Institut für Marxismus-Leninismus
beim Zentralkomitee der SED

GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITER BEWEGUNG

IN ACHT BÄNDEN

Dietz Verlag Berlin

Institut für Marxismus-Leninismus
beim Zentralkomitee der SED

GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITER BEWEGUNG

BAND 3

Von 1917 bis 1923

Dietz Verlag Berlin 1966

Autorenkollektiv: Walter Ulbricht (Vorsitzender), Horst Bartel, Lothar Berthold (Sekretär), Ernst Diehl, Friedrich Ebert, Ernst Engelberg, Dieter Fricke, Fritz Globig, Kurt Hager, Werner Horn, Bernard Koenen †, Wilhelm Koenen †, Albert Schreiner, Hanna Wolf

An der Ausarbeitung des Gesamtwerkes waren als Autoren beteiligt: Horst Bartel, Günter Benser, Lothar Berthold, Ernst Diehl, Stefan Doernberg, Rolf Dlubek, Gerhard Engel, Wilhelm Ersil, Herwig Förder, Dieter Fricke, Heinrich Gemkow, Heinz Heitzer, Werner Horn, Günter Hortzschansky, Annelies Laschitza, Bruno Löwel, Walter Nimtz, Walter Schmidt, Wolfgang Schumann, Walter Wimmer

Vorbemerkung

Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist entsprechend der Periodisierung im „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" in 15 Kapitel eingeteilt und in acht Bänden zusammengefaßt:

Band 1 Kapitel I bis III: Von den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts;
Band 2 Kapitel IV und V: Vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis 1917;
Band 3 Kapitel VI und VII: Von 1917 bis 1923;
Band 4 Kapitel VIII und IX: Von 1924 bis Januar 1933;
Band 5 Kapitel X und XI: Von Januar 1933 bis Mai 1945;
Band 6 Kapitel XII: Von Mai 1945 bis 1949;
Band 7 Kapitel XIII: Von 1949 bis 1955;
Band 8 Kapitel XIV und XV: Von 1956 bis Anfang 1963.

Jeder Band enthält Illustrationen, Dokumente, ein Personenverzeichnis und ein Verzeichnis geographischer Namen.

Bei der Ausarbeitung wurden das Autorenkollektiv und die Autoren außer vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED von folgenden Institutionen unterstützt: dem Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, der Parteihochschule „Karl Marx" beim Zentralkomitee der SED, dem Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin und Instituten anderer Universitäten und Hochschulen, von verschiedenen Archiven sowie dem Institut für Stilistik und literarische Publizistik an der Karl-Marx-Universität Leipzig.

Diesen Instituten sowie allen, die durch Einzeluntersuchungen, Berichte, Erschließung von Materialien und Dokumenten, durch Erinnerungen und Bemerkungen geholfen haben, sei an dieser Stelle gedankt.

Die Dokumente und Materialien im Anhang ergänzen die historische Darstellung. Sie erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit und werden meistens nur auszugsweise wiedergegeben. Auf Auslassungen wird in den Überschriften hingewiesen und im laufenden Text durch drei Punkte aufmerksam gemacht. Auf Hervorhebungen wird verzichtet, ausgenommen die Arbeiten Karl Marx', Friedrich Engels' und W. I. Lenins. In der Regel wird als Quellenbeleg sowohl auf das Archiv oder die Erstveröffentlichung als auch auf eine heute allgemein zugängliche Publikation verwiesen. Programme und Statuten der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung wurden nicht abgedruckt, da sie in den Publikationen „Revolutionäre deutsche Parteiprogramme" und „Revolutionäre deutsche Parteistatuten" veröffentlicht werden.

Institut für Marxismus-Leninismus
beim Zentralkomitee der
Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und ihre Auswirkungen auf Deutschland. Der Beginn der weltgeschichtlichen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Die Novemberrevolution und die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Periode vom November 1917 bis Januar 1919)

Das Heranreifen der Revolution in Deutschland unter dem Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution (November 1917 — Oktober 1918)

1. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution – Wende in der Menschheitsgeschichte

Mehr als drei Jahre dauerte bereits das imperialistische Völkermorden des ersten Weltkrieges. Da eilte Anfang November 1917 die aufrüttelnde Nachricht um die Welt, daß sich die Arbeiter und Bauern Rußlands gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker erhoben, die Herrschaft der Kapitalisten und Großgrundbesitzer gestürzt und ihre Macht, die Macht der Arbeiter und Bauern, errichtet hatten. Mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution begann eine neue welthistorische Ära, die Ära des Zusammenbruchs des Kapitalismus und des Siegeszuges des Sozialismus und Kommunismus über den ganzen Erdball. Damit begann zugleich eine neue, die vierte Hauptperiode der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 bis zur Befreiung Deutsch-

lands vom Hitlerfaschismus 1945 reicht. Das waren in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung die Jahre des Entstehens, der Behauptung und Festigung des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates der Welt, der Errichtung des Sozialismus in einem Lande, der Formierung der kommunistischen Weltbewegung und der Durchsetzung des Leninismus in der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung sowie des Widerstandskampfes gegen den Faschismus.

Am 6. November 1917 – nach der im alten Rußland gültigen Zeitrechnung war es der 24. Oktober – traten die Petrograder revolutionären Arbeiter, Soldaten und Matrosen unter Führung der Partei der Bolschewiki in den bewaffneten Aufstand, um die bürgerliche Provisorische Regierung Kerenski zu stürzen, die das Volk unterdrückte und den verbrecherischen Krieg fortsetzen wollte. Auf Befehl des vom ZK der bolschewistischen Partei geleiteten Revolutionären Militärkomitees, unter unmittelbarer Leitung W. I. Lenins, besetzten bewaffnete Formationen von Arbeitern und Soldaten innerhalb weniger Stunden die wichtigsten strategischen Punkte der damaligen Hauptstadt Rußlands. Am Abend des 7. November begann, nachdem die Schüsse des Kreuzers „Aurora" das Signal zum Angriff gegeben hatten, der Sturm auf das Winterpalais in Petrograd, den letzten Zufluchtsort der bürgerlichen Regierung. „Es war ein heroischer Moment der Revolution", so berichtete N. I. Podwoiski, einer der Führer dieses Sturmes, „herrlich und unvergeßlich. Im Dunkel der Nacht, durch blassen, nebelhaften Rauch hindurch, nur beleuchtet vom Licht der Laternen und den feurigen Blitzen der Schüsse, kamen aus allen angrenzenden Straßen und hinter den nächsten Ecken die Ketten von Rotgardisten, Matrosen und Soldaten wie schreckliche, unheildrohende Schatten hervor ... In der Luft stand, das unaufhörliche trockene Knattern der Maschinengewehre und Karabiner übertönend, ein ununterbrochenes sieghaftes ‚Hurra', ein gewaltiges, mitreißendes, die ganze verschiedenartige Masse zusammenschweißendes ‚Hurra'. Ein Augenblick – und die Barrikaden, ihre Verteidiger und die Angreifer verschmolzen zu einer kompakten dunklen Masse, kochend wie ein Vulkan, und im nächsten Moment erdröhnte der Siegesschrei bereits auf der anderen Seite der Barrikaden. Der Menschenstrom überflutete die Freitreppe, die Eingänge, die Treppen des Palastes."[1]

In den ersten Morgenstunden des 8. November wurden die Mit-

[1] G. N. Golikow: Geschichte der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, Berlin 1962, S. 321/322.

glieder der Provisorischen Regierung verhaftet. Die große politische und militärische Überlegenheit der revolutionären Kräfte und ihre feste Verwurzelung in den Massen, die völlige Isolierung der kapitalistischen Regierung und der bürgerlichen Parteien vom Volke, die kühne und zugleich elastische Führung der bewaffneten Massen durch die bolschewistische Partei und W. I. Lenin, der Heroismus der Arbeiter, Soldaten und Matrosen sicherten den schnellen und unblutigen Sieg des Oktoberaufstandes in Petrograd.

In diesen Stunden waren 650 Delegierte von Sowjets aus allen Gebieten Rußlands, darunter etwa 400 Bolschewiki, zum II. Sowjetkongreß in Petrograd zusammengetreten. In einem von W. I. Lenin, dem großen Führer der Revolution, verfaßten Aufruf an die Arbeiter, Soldaten und Bauern erklärte der Kongreß einmütig: „Gestützt auf den Willen der gewaltigen Mehrheit der Arbeiter, Soldaten und Bauern, gestützt auf den in Petrograd vollzogenen siegreichen Aufstand der Arbeiter und der Garnison, nimmt der Kongreß die Macht in seine Hände ...

Der Kongreß beschließt: Die ganze Macht geht allerorts an die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten über, die eine wirkliche revolutionäre Ordnung zu gewährleisten haben."[2]

Am Abend des 8. November faßte der Kongreß weitere Beschlüsse von geschichtlicher Tragweite, mit denen Grundforderungen der revolutionären Arbeiter und Bauern erfüllt wurden.

In seiner ersten Rede vor dem Kongreß behandelte W. I. Lenin die Frage, die nicht nur die Werktätigen Rußlands, sondern die ganze Welt am tiefsten bewegte: die Frage des Friedens und trug das von ihm ausgearbeitete „Dekret über den Frieden" vor. „Während er das ‚Dekret über den Frieden' verlas", so berichtete ein Delegierter, „entstand im Raum eine solche Stille, als ob die Menschen sogar aufgehört hätten zu atmen. Und danach war es, als ob der ganze Saal erleichtert aufatmete – und unmittelbar darauf folgte ein Wirbel und Donner des Beifalls, der Freudenschreie ..."[3]

In dem vom Kongreß beschlossenen Friedensdekret wurde die Fortsetzung des Krieges als „das größte Verbrechen an der Menschheit" angeprangert und allen kriegführenden Völkern und Regierungen vor-

2 W. I. Lenin: An die Arbeiter, Soldaten und Bauern! In: Werke, Bd. 26, Berlin 1961, S. 237.

3 G. N. Golikow: Geschichte der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, S. 328/329.

geschlagen, sofort Verhandlungen über einen gerechten, demokratischen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen aufzunehmen. Die Sowjetregierung verkündete „feierlich ihre Entschlossenheit, unverzüglich Friedensbedingungen zu unterzeichnen, die diesem Krieg unter den obengenannten, für ausnahmslos alle Völkerschaften gleich gerechten Voraussetzungen ein Ende machen"[4].

Das Friedensdekret wandte sich nicht nur an die Regierungen der anderen Staaten, sondern auch unmittelbar an die Volksmassen, insbesondere an die klassenbewußten Arbeiter Deutschlands, Englands und Frankreichs, mit dem Ruf, entschlossen für die Beendigung des Krieges zu kämpfen. Es sprach die Erwartung aus, daß die Arbeiter dieser Länder „durch ihre allseitige, entschiedene, rückhaltlos energische Tätigkeit helfen werden, die Sache des Friedens und zugleich damit die Sache der Befreiung der werktätigen und ausgebeuteten Volksmassen von jeder Sklaverei und jeder Ausbeutung erfolgreich zu Ende zu führen"[5].

Das erste Dekret der Sowjetmacht zeugte davon, daß mit dem Sieg der sozialistischen Revolution erstmals eine Staatsmacht entstanden war, die entschlossen und unbeirrbar für den Frieden und das Glück der Völker eintrat.

Gleichzeitig mit dem Friedensdekret beschloß der II. Sowjetkongreß das von W. I. Lenin ausgearbeitete „Dekret über den Grund und Boden". Es verkündete die entschädigungslose Enteignung des gesamten Gutsbesitzerlandes und die Übergabe des gesamten Grund und Bodens in die Hände des Volkes.

Der II. Sowjetkongreß bildete die neue Regierung, den Rat der Volkskommissare. Ihr Vorsitzender wurde W. I. Lenin.

Nach dem Sieg des Oktoberaufstandes in Petrograd ergriff die sozialistische Revolution in wenigen Wochen das ganze weite Territorium Rußlands. In harten Auseinandersetzungen, häufig in opferreichen bewaffneten Kämpfen, schlugen die Werktätigen die Konterrevolution. Überall errichteten die Arbeiter, Bauern und Soldaten unter Führung der Bolschewiki die Sowjetmacht.

Der Verlauf der Revolution bestätigte die genialen Feststellungen Karl Marx' und Friedrich Engels' ebenso wie die Erfahrungen der Pariser Kommune, daß die siegreiche Arbeiterklasse den alten Staats-

[4] W. I. Lenin: Rede über den Frieden, 26. Oktober (8. November). In: Werke, Bd. 26, S. 240.

[5] Ebenda, S. 242.

apparat nicht übernehmen kann, sondern ihn zertrümmern und ihren eigenen Staat, die Diktatur des Proletariats, aufbauen muß. Überall in Rußland wurde die Staatsmaschine des Ausbeuterstaates zerschlagen. Die bolschewistische Partei und W. I. Lenin persönlich leisteten eine riesige Arbeit zur Errichtung des Sowjetstaates. Die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten, die im revolutionären Kampf um die Macht entstanden waren, wurden zu den einzigen bevollmächtigten Trägern der neuen proletarischen Staatsgewalt. Mit der Sowjetmacht entstand ein Staat neuen Typus, der sich von allen Formen des Ausbeuterstaates grundlegend unterschied. Die Sowjets – das waren Organe der Massen selbst, Organe, die engstens mit den Werktätigen verbunden und deren Deputierte dem Volk rechenschaftspflichtig und jederzeit abberufbar waren. Vor allem waren sie Organe, die die schöpferische Kraft der Volksmassen unter der Leitung der Partei zusammenfaßten und die Werktätigen befähigten, ihr eigenes Leben im Einklang mit den objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung bewußt zu gestalten.

Geführt von der Partei, gestützt auf die Organe des neuen Staates, begannen die Arbeiter, Soldaten und Bauern grundlegende gesellschaftliche Umwälzungen. Bei der Verwirklichung des „Dekrets über den Grund und Boden" gingen über 150 Millionen Hektar Land aus dem Eigentum der Großgrundbesitzer in die Hände des Volkes über. Drei Wochen nach dem Sieg der Revolution erließ die Sowjetregierung Richtlinien über die Einführung der Arbeiterkontrolle in allen Industrie-, Handels-, Landwirtschafts-, Transport- und Genossenschaftsunternehmen; diese Richtlinien wurden in kurzer Zeit von der Arbeiterklasse im ganzen Land durchgesetzt. Die Sowjetmacht ging zur Nationalisierung der Großbetriebe, der Banken und des Verkehrswesens über. Es entstanden sozialistische Betriebe, in denen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein für allemal beseitigt wurde. Der Sowjetstaat nahm die Kommandohöhen der Volkswirtschaft fest in seine Hand. Die Partei und die Regierung trafen zugleich Maßnahmen zur Linderung der schlimmsten Not, zur Verbesserung der wirtschaftlichen und kulturellen Lage der Volksmassen.

Mit dem Sieg der Revolution begannen sich die Aufgaben und der Charakter der Arbeiterbewegung in Rußland, der Inhalt der Tätigkeit der Partei der Bolschewiki grundlegend zu verändern. Die Arbeiterklasse war aus einer unterdrückten und ausgebeuteten Klasse zur herrschenden Klasse des ersten sozialistischen Staates der Welt ge-

worden; die Partei hatte sich aus einer Oppositionspartei, die gegen die Staatsmacht der Ausbeuterklassen kämpfte, in eine Regierungspartei verwandelt. Siebzig Jahre zuvor war im „Manifest der Kommunistischen Partei" festgestellt worden, daß das siegreiche Proletariat seine politische Herrschaft dazu benutzen werde, „die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren"[6].

Nun begann die erste siegreiche proletarische Partei die Mobilisierung der Werktätigen für die friedliche schöpferische Arbeit zur Wiederherstellung und zur Entfaltung der Produktivkräfte, zur sozialistischen Umgestaltung des gesamten Wirtschaftslebens immer mehr in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit zu stellen. Im Frühjahr 1918 legte W. I. Lenin in seiner genialen Arbeit „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht" diese neuen Aufgaben der siegreichen Arbeiterklasse Rußlands dar und begründete, daß es jetzt in erster Linie notwendig sei, die Arbeitsproduktivität zu steigern, um den Sieg der Revolution zu verankern und den Kapitalismus völlig zu besiegen. Unter sehr schweren Bedingungen, in einem wirtschaftlich rückständigen und dazu durch den Krieg schwer getroffenen Land, inmitten kapitalistischer Umkreisung und von ausländischer Intervention bedroht, gegen den erbitterten Widerstand der gestürzten Ausbeuterklassen, gingen die Arbeiter und die werktätigen Bauern des Sowjetlandes die ersten Schritte auf dem bisher unerforschten Wege zum Sieg des Sozialismus.

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution leitete die tiefste gesellschaftliche Umwälzung in der ganzen bisherigen Menschheitsgeschichte ein. Alle bisherigen Revolutionen hatten nur zur Ablösung einer Form der Ausbeutung durch eine andere, zur Ersetzung einer Form der Herrschaft der Ausbeuterklasse durch eine andere geführt. Die siegreiche sozialistische Revolution dagegen durchbrach zum erstenmal die mehrere tausend Jahre währende Herrschaft der Ausbeuterordnungen und gab die Staatsmacht in die Hände der Ausgebeuteten, der Arbeiter und der anderen Werktätigen. Sie legte den Grundstein für die Beseitigung aller Formen der Ausbeutung und der Unterdrückung und gab den Weg zur völligen Erneuerung aller Existenzformen der menschlichen Gesellschaft frei.

Die Oktoberrevolution bahnte auch eine grundlegende Wende in den Beziehungen der Staaten und der Völker an. Die ganze Geschichte der Ausbeutergesellschaft war gesetzmäßig mit Kriegen und mit der

6 Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 4, Berlin 1964, S. 481.

Unterdrückung anderer Völker verbunden. Jetzt war erstmals in der internationalen Arena ein Staat entstanden, der den Krieg als Mittel zur Lösung strittiger Fragen verurteilte, den Frieden und die friedliche Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zur Grundlinie seiner Außenpolitik machte und für den Triumph neuer, auf Gleichberechtigung, Zusammenarbeit und Freundschaft der Völker beruhender internationaler Beziehungen eintrat. Die Menschheit erhielt ein Bollwerk in ihrem Kampf gegen Raubkriege, für festen Frieden und die Sicherheit der Völker.

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution war ein unausbleibliches Ergebnis der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die antagonistischen Widersprüche des Kapitalismus hatten sich in der Epoche des Imperialismus auf das äußerste verschärft und die sozialistische Revolution objektiv auf die Tagesordnung gesetzt. Nicht zufällig siegte die sozialistische Revolution zuerst in Rußland. Kraft des Wirkens des Gesetzes der ungleichmäßigen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der kapitalistischen Länder war Rußland um die Jahrhundertwende zum schwächsten Kettenglied im System des Imperialismus und zum Knotenpunkt aller imperialistischen Widersprüche geworden. Hier war zugleich die gesellschaftliche Kraft herangereift, die fähig war, die alte Ordnung zu stürzen und den Weg zum Sozialismus zu bahnen: eine Arbeiterklasse, die durch die Schule der Revolutionen von 1905 und vom Februar 1917 gegangen, die eng mit den werktätigen Bauern und den übrigen Werktätigen verbunden war und die von einer erfahrenen marxistisch-leninistischen Partei geführt wurde. Die von der Kommunistischen Partei geführte Arbeiterklasse Rußlands hatte sich als Vorhut des Weltproletariats und der ganzen Menschheit auf dem Wege zum Sozialismus und Kommunismus erwiesen.

Karl Marx und Friedrich Engels hatten wissenschaftlich die weltgeschichtliche Rolle der Arbeiterklasse begründet, Totengräber der alten kapitalistischen und Schöpfer der neuen sozialistischen Gesellschaft zu sein. W. I. Lenin hatte unter den Bedingungen des Imperialismus die Lehre von der Partei neuen Typus entwickelt, die Möglichkeit des Sieges des Sozialismus zunächst in *einem* Lande begründet und die Strategie und Taktik des Kampfes um die Diktatur des Proletariats ausgearbeitet. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution war ein Triumph der Ideen des Marxismus-Leninismus und bestätigte die Genialität W. I. Lenins als des Fortsetzers des Werkes von Karl

Marx und Friedrich Engels. Auf einem Sechstel des Erdballs verhalf die Arbeiterklasse der objektiven Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung zum Durchbruch und begann ihre geschichtliche Mission zu verwirklichen. Zum erstenmal in der Geschichte ergriff die Arbeiterklasse eines Landes das Steuer des Staates, wurde der Sozialismus aus einer Idee zur lebendigen Wirklichkeit.

Damit beantwortete das Proletariat Rußlands unter Führung der Partei der Bolschewiki und W. I. Lenins erstmalig in der Praxis die Frage nach dem Wege zur Eroberung der Staatsmacht, zur Errichtung der Diktatur des Proletariats und zum Aufbau des Sozialismus.

Die Widersprüche, die durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution gelöst wurden, waren nicht lediglich nationale Widersprüche des alten Rußlands. Es waren zugleich Widersprüche, die für die imperialistische Epoche überhaupt charakteristisch waren, vor allem die Widersprüche zwischen den Ausbeutungs- und Eroberungsinteressen des räuberischen Finanzkapitals und den friedlichen und demokratischen Lebensinteressen der Völker. Der Sturz der Ausbeuterherrschaft und die Errichtung der Diktatur des Proletariats durch die Arbeiterklasse Rußlands zeigten damit den Weg zur Lösung der Grundwidersprüche des Imperialismus überhaupt. Die Grundfragen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution waren daher nicht, wie die imperialistischen Ideologen behaupteten und bis heute behaupten, eine „rein russische Angelegenheit", sondern waren und sind Grundfragen der sozialistischen Revolution in jedem Land. Da sich in jeder sozialistischen Revolution unvermeidlich die Grundzüge der Oktoberrevolution wiederholen, besaßen und besitzen ihre grundsätzlichen Lehren und Erfahrungen allgemeingültige Bedeutung.

Die Oktoberrevolution bewies vor allem die weltgeschichtliche Bedeutung der Leninschen Lehre von der sozialistischen Revolution. Das Leben bestätigte, daß die Arbeiterklasse nur siegen und ihre Staatsmacht errichten kann, wenn sie von einer gestählten Partei neuen Typus geführt wird, die Feind aller Spielarten der bürgerlichen Ideologie und insbesondere des Opportunismus ist und es versteht, die revolutionäre Theorie schöpferisch anzuwenden und aufs engste mit der Praxis des Klassenkampfes und des sozialistischen Aufbaus zu verbinden. Der Sieg der Revolution zeigte die große Bedeutung der von Lenin ausgearbeiteten wissenschaftlichen Strategie und Taktik der proletarischen Partei für die Sammlung aller demokratischen, revolutionären Kräfte und Strömungen unter Führung der Arbeiterklasse

und für die schrittweise Heranführung der Volksmassen an den Kampf um die Diktatur des Proletariats. Die Leninsche Lehre von der Entfaltung des Kampfes für Demokratie als Voraussetzung für den Kampf um den Sozialismus, vom Hinüberwachsen der bürgerlich-demokratischen in die sozialistische Revolution bestand glänzend die Probe der Praxis. Die Erfahrung der Oktoberrevolution bewies, daß eine entscheidende Voraussetzung für den Sieg der sozialistischen Revolution das feste Bündnis des Proletariats mit der Bauernschaft und mit allen anderen werktätigen Schichten in Stadt und Land ist. Schließlich bestätigte die erste siegreiche sozialistische Revolution den Grundgedanken der marxistisch-leninistischen Theorie, daß die Frage der Macht die Kernfrage der sozialistischen Revolution ist. Ohne die Errichtung und die Festigung der Diktatur des Proletariats – so erwies sich – gibt es keinen Aufbau des Sozialismus. Das Vorhandensein der proletarischen Diktatur in dieser oder jener Form ist für den erfolgreichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus notwendig.

Die Oktoberrevolution war der erste Schritt zum Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab. Auf einem Sechstel der Erde war der Herrschaft des Kapitalismus für immer ein Ende gemacht. Unter diesen völlig veränderten internationalen Bedingungen bildete sich die allgemeine Krise des Kapitalismus, die mit dem ersten Weltkrieg eingesetzt hatte, voll heraus und trat in ihre erste Entwicklungsetappe ein. Diese allgemeine Krise war das Ergebnis der Entfaltung und Zuspitzung aller dem Kapitalismus innewohnenden Widersprüche. Sie betraf nicht nur, wie das bei den für den Kapitalismus typischen periodischen Wirtschaftskrisen der Fall ist, einzelne Seiten der Gesellschaft und diese nur vorübergehend. Die allgemeine Krise ergriff vielmehr alle Seiten des kapitalistischen Gesellschaftssystems: seine Wirtschaft und seine Politik, seine Idéologie und seine Kultur. Es handelte sich um die ständig fortschreitende Zersetzung des Kapitalismus und die Schwächung seiner inneren Kräfte, um die Epoche des Niedergangs und des Verfalls des Kapitalismus bis zu seinem völligen Untergang.

Das Entstehen und die Entfaltung der allgemeinen Krise des Kapitalismus hing unmittelbar mit dem Ausbruch Rußlands aus dem System des Imperialismus und mit der Herausbildung zweier entgegengesetzter Gesellschaftssysteme zusammen. Mit der Errichtung des ersten sozialistischen Staates hörte der Kapitalismus ein für allemal auf, das weltbeherrschende System zu sein. Die Welt wurde in zwei Lager gespalten, in das Lager des sterbenden Kapitalismus und das Lager des

erstarkenden Sozialismus. Der Kampf zwischen ihnen, das entscheidende Merkmal der allgemeinen Krise des Kapitalismus, bildete von nun an den Hauptinhalt der Weltgeschichte.

Eine neue weltgeschichtliche Epoche, deren Hauptinhalt der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ist, hatte begonnen, „die Epoche des Kampfes der beiden entgegengesetzten Gesellschaftssysteme, die Epoche der sozialistischen und der nationalen Befreiungsrevolutionen, die Epoche des Zusammenbruchs des Imperialismus und der Liquidierung des Kolonialsystems, die Epoche des Übergangs immer neuer Völker auf den Weg des Sozialismus, die Epoche des Triumphes des Sozialismus und Kommunismus im Weltmaßstab"[7].

2. Die Lage Deutschlands Ende 1917. Das Anwachsen der Massenbewegung gegen den Krieg und das kaiserlich-imperialistische Regime. Der Januarstreik 1918

Deutschland befand sich Ende 1917 in einer tiefen wirtschaftlichen und politischen Krise. Die militärische Lage Deutschlands hatte sich – trotz der Erfolge gegen die zerfallende russische Armee und an der italienischen Front – immer aussichtsloser gestaltet. Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg, der den schnellen Sieg über England bringen sollte, war gescheitert. Die ökonomische und militärische Überlegenheit der Entente trat, vor allem seit dem Kriegseintritt der USA im April 1917, immer deutlicher in Erscheinung. Die Mittelmächte, Deutschland und seine Verbündeten, dagegen befanden sich schon in einem Zustand großer Erschöpfung. Der Krieg hatte bereits Millionen Tote, Verwundete und Krüppel gefordert.

Die deutsche Wirtschaft, sowohl die Industrie als auch die Landwirtschaft, war 1917/1918 zerrüttet. Die industrielle Gesamtproduktion ging gegenüber 1913 auf 57 Prozent zurück, obwohl die Rüstungsproduktion gewaltig angewachsen war. Die Konsumgüterindustrie und andere für die Versorgung der Bevölkerung wichtige Industriezweige jedoch waren weitgehend eingeschränkt oder sogar stillgelegt worden. So sank die Erzeugung der Textilindustrie, die fast

[7] Programm und Statut der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Angenommen auf dem XXII. Parteitag der KPdSU, 17. bis 31. Oktober 1961, Berlin 1961, S. 5.

nur noch für die Ausrüstung der Armee produzierte, auf 17 Prozent des Vorkriegsstandes. Die ganze Industrie arbeitete für den Bedarf der Kriegführung, die jedoch mehr verschlang als hergestellt werden konnte, obwohl die von deutschen Truppen besetzten Gebiete, vor allem Belgien und Polen, rücksichtslos ausgeplündert wurden. Schon Ende 1917 blieb die Lieferung von Geschoßhülsen, von Lokomotiven und Güterwagen erheblich hinter dem Bedarf der Armee zurück.

Die landwirtschaftliche Erzeugung lag 1918 um 40 bis 60 Prozent unter dem Vorkriegsstand. Sowohl die Anbauflächen und die Hektarerträge der landwirtschaftlichen Kulturen als auch die Viehbestände waren stark zurückgegangen. Die Regierung war unfähig, eine auch nur einigermaßen geregelte Versorgung und Ernährung der Bevölkerung aufrechtzuerhalten. Die Nahrungsmittelrationen betrugen 1917/1918 im Verhältnis zum Friedensverbrauch durchschnittlich etwa nur noch: bei Fleisch 20 Prozent, bei Eiern 13 Prozent, bei Schmalz 11 Prozent, bei Butter 21 Prozent, bei Pflanzenfetten 41 Prozent und bei Mühlenprodukten 47 Prozent. Die Lebensmittelkrise nahm katastrophale Ausmaße an. Selbst die völlig unzureichenden Mengen der amtlich festgesetzten Zuteilungen konnten in der Regel nicht voll geliefert werden. Die offiziellen Preise für Lebensmittel aber waren etwa um das Zwei- bis Fünffache, die Preise für Bekleidung und Schuhwerk rund um das Drei- bis Siebenfache gegenüber 1913 gestiegen, obwohl die Qualität der Waren ständig schlechter wurde. Viele lebensnotwendige Dinge mußten sich die Menschen zu enorm hohen Schleichhandelspreisen kaufen.

Die Reallöhne der Arbeiter lagen etwa 25 Prozent unter dem Vorkriegsstand. Die Arbeitszeit war schon seit Anfang 1915 erheblich verlängert worden. Mehr als 60 Prozent der Groß- und Mittelbetriebe der Berliner Rüstungsindustrie hatte die tägliche Arbeitszeit von etwa neun Stunden vor dem Kriege auf zehn bis zwölf Stunden erhöht. In mehr als 50 Prozent der Betriebe mußten die Arbeiter auch regelmäßig sonntags fünf bis zwölf Stunden arbeiten. Besonders schwer war die Lage der Arbeiterinnen. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten in Industrie und Bergbau war von etwa 20 Prozent im Jahre 1913 auf mehr als ein Drittel gestiegen. Viele Arbeiterfrauen, deren Männer zum Militärdienst eingezogen waren, mußten in die Kriegsindustrie gehen, um sich den Lebensunterhalt zu verdienen. Nur Frauen, die ihre Kinder zu betreuen hatten und wegen der häuslichen Verhältnisse oder aus gesundheitlichen Gründen nicht arbeiten konn-

ten, erhielten eine kärgliche Unterstützung. So waren in der Metallindustrie im August 1916 bereits 265 300 Frauen gegenüber 63 570 vor dem Kriege beschäftigt. Nach Berichten der Groß-Berliner Krankenkassen hatte sich der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Arbeiter vom Dezember 1914 bis zum Dezember 1917 in der chemischen Industrie von 19 auf 51 Prozent und bei den Verkehrsbetrieben und der Post von 18 auf 70 Prozent erhöht. Die Löhne der Frauen lagen jedoch im Durchschnitt um 30 bis 50 Prozent niedriger als die der Männer. Das Gesetz der absoluten Verelendung des Proletariats war in voller Wirksamkeit. Während sich die Monopolherren und die Großgrundbesitzer maßlos bereicherten, herrschte unter den werktätigen Massen in den Städten und Industriezentren bittere Not. Hunger und Unterernährung untergruben die Gesundheit der Bevölkerung, und Krankheiten und Epidemien forderten viele Opfer. Getrieben von Profitgier und Eroberungssucht, hatten die deutschen Imperialisten und Militaristen das deutsche Volk ins Verderben geführt.

Die verheerenden Auswirkungen des Krieges und der Einfluß der Februarrevolution 1917 in Rußland hatten zu einer außerordentlichen Verschärfung des Klassenkampfes in Deutschland geführt. Das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus, das die Macht der Monopole mit der Macht des Staates vereinte und in der Militärdiktatur General Erich Ludendorffs gipfelte, lastete schwer auf allen werktätigen Klassen und Schichten. Im Kampf gegen den Krieg und das halbabsolutistische, imperialistische Regime entwickelte sich eine revolutionäre Massenbewegung, deren entschiedenste Kraft die deutschen Linken waren.

Unter diesen Bedingungen fanden die Große Sozialistische Oktoberrevolution und das „Dekret über den Frieden", deren hohe Ideen über Schützengräben, Grenzen und Meere hinweg in alle Länder eindrangen, starken Widerhall in Deutschland. Sie wirkten vor allem in der Arbeiterklasse und unter den Soldaten, aber auch in großen Teilen der werktätigen Mittelschichten und der Intelligenz. Bereits die ersten Nachrichten über die revolutionären Ereignisse in Rußland riefen große Begeisterung hervor, obwohl sie von der Zensur und der bürgerlichen Presse entstellt wurden. Der „Vorwärts", das Zentralorgan der SPD, und die „Leipziger Volkszeitung", das bedeutendste Organ der USPD, brachten am 9. November 1917 die ersten Meldungen über den Sieg der Arbeiter und Soldaten in Petrograd. Am 12. November erfuhr die Welt durch den historischen Funkspruch W. I. Lenins „An

alle! An alle!"[8], daß die Macht in Rußland an die Sowjets übergegangen und eine Sowjetregierung unter dem Vorsitz W. I. Lenins gebildet worden war. Der Funkspruch berichtete über die entschlossenen Maßnahmen der Sowjetregierung zur Unterdrückung der konterrevolutionären Aufstände und verkündete die Annahme der Dekrete über den sofortigen Übergang aller Ländereien der Gutsbesitzer an die Bauernkomitees und über das Angebot eines demokratischen Friedens. In ihrer Ausgabe vom 14. November schrieb die „Leipziger Volkszeitung": „Mit unserm ganzen Herzen sind wir deutschen Proletarier in dieser Stunde mit unsern kämpfenden russischen Genossen. Sie kämpfen auch für unsre Sache. Sie sind *die Vorkämpfer der Menschheit, die Vorkämpfer des Friedens*."[9] Ein Berliner Arbeiter berichtete über das gewaltige Erlebnis jener Tage: „In den Königssälen in der Alexanderstraße hatten wir in den Novembertagen 1917 eine große Versammlung. Daran nahmen städtische Arbeiter und Angestellte teil ... Dort hörten wir zum ersten Mal vom Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Minutenlang erdröhnte der Saal von dem Beifall und Jubel, den diese Nachricht bei uns auslöste."[10]

So war es überall. In Fabriken und Rüstungsbetrieben, in Versammlungen und auf den Straßen, in der Armee und in der Flotte wurden die revolutionären Ereignisse in Rußland stürmisch begrüßt und lebhaft erörtert. Sie weckten die Hoffnung auf ein baldiges Ende des Krieges.[11] Die große Künstlerin Käthe Kollwitz schrieb Ende 1917 in ihr Tagebuch, gleichsam die Stimmung vieler humanistischer Künstler ausdrückend: „Was hat dies Jahr gebracht? ... Es hat nicht den Frieden gebracht ... Gegeben hat es neue Ausblicke durch Rußland. Von da ist etwas Neues in die Welt gekommen, was mir entschieden vom Guten zu sein scheint. Eine neue Hoffnung, daß in der Entwicklung der Völker ... nicht wie bis jetzt nur Macht entscheidet, sondern daß ‚von nun an' auch die Gerechtigkeit mitwirken soll. Die Russen haben gezeigt, daß eine Möglichkeit dazu ist, und dies ist vielleicht das schönste geistige Erlebnis im letzten Jahr gewesen ..."[12] Der Friedenswille wuchs in allen Schichten des deutschen Volkes, auch unter den Soldaten in den Schützengräben. An der Ostfront führte die Oktober-

8 Dokument Nr. 1.

9 Leipziger Volkszeitung, 14. November 1917.

10 Neues Deutschland (Berlin), 7. November 1953.

11 Dokument Nr. 2.

12 Käthe Kollwitz: Aus Tagebüchern und Briefen, Berlin 1959, S. 101/102.

revolution zunächst zur Einstellung der Kampfhandlungen und zu Massenverbrüderungen deutscher und russischer Soldaten an vielen Frontabschnitten.

Die deutschen Linken erkannten von Anfang an die welthistorische Bedeutung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, die auch der deutschen Arbeiterklasse den Weg zum Sieg über die imperialistischen und militaristischen Verderber der deutschen Nation wies. Die hervorragenden Führer der Linken, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die wegen ihres entschlossenen Kampfes gegen den imperialistischen Krieg und für die nationalen Interessen des deutschen Volkes in den Kerkern des reaktionären deutschen Staates saßen, begrüßten begeistert den Sieg der Arbeiter und Bauern Rußlands. Schon am 11. November 1917 schrieb Karl Liebknecht, daß der „ungeheure Prozeß der sozialen und wirtschaftlichen Revolutionierung Rußlands" bereits „im Beginn vor unbegrenzten Möglichkeiten" stehe, „weit größer als die große französische Revolution"[13]. Rosa Luxemburg nannte in einem Brief aus dem Gefängnis die Oktoberrevolution „eine weltgeschichtliche Tat, deren Spur in Äonen nicht untergehen wird"[14]. Am 16. November veröffentlichte Clara Zetkin in einem Artikel in der „Leipziger Volkszeitung" eine gekürzte Wiedergabe des von W. I. Lenin verfaßten Aufrufs „An die Arbeiter, Soldaten und Bauern!", der am 7. November vom II. Sowjetkongreß angenommen worden war. Sie wies nach, daß die „Übernahme der ganzen Regierungsgewalt durch die Arbeiter- und Soldatenräte" in Rußland für alle Völker den Weg zum demokratischen Frieden öffne, wenn „ihre heiße Friedenssehnsucht ... sich zum bewußten Friedenswillen zusammenballt, der Geschichte macht".[15] In den Spartakusbriefen und in illegalen Flugblättern rief die Spartakusgruppe die deutschen Arbeiter und Soldaten auf, dem Beispiel der Oktoberrevolution zu folgen, denn „der allgemeine Friede läßt sich ohne Umsturz der herrschenden Macht in Deutschland nicht erreichen"[16].

Ebenso wie die Spartakusgruppe bekannten sich die Bremer Linksradikalen zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Die „Arbei-

[13] Karl Liebknecht: Brief an Sonja Liebknecht aus dem Zuchthaus in Luckau. In: Ausgewählte Reden, Briefe und Aufsätze, Berlin 1952, S. 460.

[14] Rosa Luxemburg: Briefe an Karl und Luise Kautsky (1896–1918). Hrsg. von Luise Kautsky, Berlin 1923, S. 193.

[15] Leipziger Volkszeitung, 16. November 1917.

[16] Spartakusbriefe. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1958, S. 410.

terpolitik", die legale Wochenschrift der Bremer Linken, begrüßte in ihrer Ausgabe vom 17. November 1917 die revolutionären Ereignisse in Rußland. Sie veröffentlichte den Artikel W. I. Lenins „Die Krise ist herangereift", der den Lesern helfen sollte, die Lage in Rußland am Vorabend der Oktoberrevolution zu verstehen. Im Leitartikel „Der Sieg der Bolschewiki" wurden Bedeutung und Aufgaben dieser Revolution erläutert. Es hieß darin: „Die Bolschewiki, die russischen Linksradikalen, haben gesiegt ... Lenin, der Geächtete, der Marat der russischen Revolution, ... ist an die Spitze der russischen Staatsmacht" getreten. „Getragen von dem Willen der Industriearbeiterschaft, die alle Schlachten der Revolution geschlagen, ... getragen von den Hoffnungen des kriegsmüden Heeres aller Elenden und Hungernden, gehen jetzt die Bolschewiki daran, den russischen Augiasstall zu reinigen, Rußlands Wirtschaft wiederaufzurichten, der Welt den Frieden zu bringen." Der Artikel warnte jedoch davor, „sich jetzt gemächlich Illusionen auf einen Frieden hinzugeben, der ganz von allein kommt". Der Sieg der Bolschewiki sei „die erste Realität" auf dem Wege zum Frieden. Sein Erfolg aber werde „wesentlich von dem Verhalten der übrigen Völker abhängen".[17] Auf diese Weise versuchte die Zeitung, soweit es die Zensur zuließ, den Arbeitern zu erklären, daß eine solche Revolution wie in Rußland auch für Deutschland notwendig sei.

Die Leitung der USPD sandte der Sowjetregierung ein Begrüßungstelegramm, in dem sie das Proletariat Rußlands zur Eroberung der politischen Macht beglückwünschte und die Hoffnung aussprach, daß es ihm gelingen werde, unterstützt von dem Proletariat der anderen Länder, rasch einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen herbeizuführen. In einem Aufruf vom 12. November bezeichnete die USPD die Oktoberrevolution als ein „Ereignis von weltgeschichtlicher Bedeutung" und forderte das deutsche Proletariat auf, „überall Massenkundgebungen für einen auf allen Seiten annexionslosen Frieden zu veranstalten"[18]. Die revolutionären Kräfte in der USPD, vor allem auf lokaler und regionaler Ebene, gingen jedoch häufig darüber hinaus und organisierten – meist in Zusammenarbeit mit den Spartakusanhängern – Aktionen gegen den Krieg.

Der Sieg der Arbeiter und Bauern Rußlands stärkte den Einfluß

[17] Arbeiterpolitik (Bremen), 17. November 1917.

[18] Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, 1914–1945, Bd. 2. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1957, S. 19.

der revolutionären Kräfte in der deutschen Arbeiterklasse und leitete einen neuen Aufschwung der Massenbewegung ein. Im November und Dezember 1917 führte die USPD in ganz Deutschland Versammlungen und Kundgebungen durch, an denen viele Arbeiter und auch Angehörige anderer Schichten teilnahmen. Sie stimmten dem sowjetischen Vorschlag für einen sofortigen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen begeistert zu und brachten ihre Solidarität mit Sowjetrußland zum Ausdruck. Diese Forderungen kennzeichneten den neuen, höheren Inhalt der sich immer breiter entwickelnden Volksbewegung gegen den Krieg. Trotz des Belagerungszustandes demonstrierten in Berlin am 18. November mehr als 2000 Arbeiter für den Frieden. Am 25. November kam es in den Berliner Arbeiterbezirken erneut zu Demonstrationen. Mehrere tausend Menschen, die sich auf dem Bülowplatz versammelt hatten, durchbrachen die Sperrketten der Polizei und versuchten, unter Hochrufen auf Karl Liebknecht und den Frieden, die Straße Unter den Linden zu erreichen. Nur durch rücksichtsloses Vorgehen mit der Waffe gelang es der Polizei, die Demonstration aufzulösen. 13 Arbeiter wurden verhaftet, eine größere Anzahl wurde durch Säbelhiebe verletzt. In Halle, Leipzig, Mannheim und Stettin fanden am gleichen Tage Kundgebungen und Demonstrationen statt. Im November und Anfang Dezember nahm auch die Streikbewegung wieder zu. So legten im Ruhrgebiet unter anderen etwa 1000 Arbeiter der Gutehoffnungshütte in Neuoberhausen und 2000 Arbeiter der Maschinenfabrik Thyssen in Mülheim die Arbeit nieder. In Berlin streikten 2600 Arbeiter der Daimler-Motoren-Werke und etwa 4000 Arbeiter der Berliner Maschinenbau AG.

Auch die Führungen der SPD und der Gewerkschaften begrüßten anfangs die Oktoberrevolution und forderten die kaiserliche Regierung auf, das sowjetische Friedensangebot anzunehmen. Das bedeutete jedoch nicht, daß die Führung der SPD, die seit 1914 die antinationale verbrecherische Kriegspolitik des deutschen Imperialismus unterstützt hatte, nunmehr etwa ihre Haltung geändert hätte. Die rechten sozialdemokratischen Führer betrachteten die Revolution in Rußland zunächst als „ein wahres Gottesgeschenk“[19] für Deutschland. Sie hofften, daß die Beendigung des Krieges im Osten dem deutschen Imperialismus ermöglichen würde, aus seiner verzweifelten Situation herauszukommen und der drohenden militärischen Niederlage sowie

[19] Friedrich Stampfer: Die ersten 14 Jahre der Deutschen Republik, Offenbach/Main 1947, S. 32.

der heraufziehenden revolutionären Krise zu entgehen. Daher versuchten sie, auf die kaiserliche Regierung einzuwirken, sie solle unverzüglich Verhandlungen mit der Sowjetregierung aufnehmen und den Abschluß eines Friedens nicht durch allzu räuberische Forderungen verzögern oder gar gefährden. Zugleich stimmten sie erneut den Kriegskrediten zu, die den deutschen Imperialisten und Militaristen ermöglichten, den Kampf im Westen verstärkt weiterzuführen.

Beunruhigt durch die wachsende Aktivität der Arbeitermassen, veranstaltete die Führung der SPD unter der Losung „Sozialdemokratie, Frieden und Volksrechte" im ganzen Lande Versammlungen. Sie griff die extremen Annexionisten an, die den Krieg bis zum „Siegfrieden" fortsetzen wollten, trat für einen „Verständigungsfrieden" auf der Grundlage der sowjetischen Vorschläge ein und bekundete ihre „Solidarität mit den russischen Genossen"[20]. Selbst der Vorsitzende der SPD, Friedrich Ebert, bezeichnete in einer Versammlung in Elberfeld am 18. November 1917 den Sieg der Arbeiter- und Soldatenräte in Rußland als einen Sieg des Friedenswillens und versicherte, die deutsche Arbeiterschaft werde es als ihre Ehrensache betrachten, den Kampf des Proletariats in Rußland zu stärken. Die sozialdemokratische Führung versuchte, sich der breiten Welle der Sympathie für die Oktoberrevolution anzupassen, um in der Arbeiterklasse nicht weiter an Einfluß gegenüber der USPD und der Spartakusgruppe einzubüßen. Dabei betonte sie jedoch nachdrücklich, daß der „russische Weg" der sozialen Umwälzung in einem hochindustrialisierten und politisch entwickelten Land wie Deutschland nicht gangbar sei. Unter solchen Verhältnissen sei allein die „deutsche sozialdemokratische Taktik" des „schrittweisen Vordringens"[21] richtig und möglich.

Als die deutsche Regierung Ende November das Friedensangebot der Sowjetregierung[22] annahm, konnte sie große Teile der werktätigen Massen irreführen, die nun ein baldiges Ende des Krieges erwarteten. Die sozialdemokratischen Führer förderten die Illusion, die kaiserlich-imperialistische Regierung würde zu einem demokratischen Frieden ohne gewaltsame Eroberungen, ohne politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigung der Völker bereit sein. Am 3. Dezember begannen in Brest-Litowsk die Verhandlungen zwischen Deutschland

20 Vorwärts (Berlin), 15. November 1917.

21 Ebenda, 10. November 1917.

22 Dokument Nr. 3.

und Sowjetrußland. Es wurde zunächst eine zehntägige Waffenruhe vereinbart und am 15. Dezember ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet, das am 17. Dezember in Kraft trat. Der Beginn der Friedensverhandlungen wurde auf den 22. Dezember festgesetzt. Die Soldaten an den Fronten und die hungernde, leidgeprüfte Bevölkerung in der Heimat atmeten erleichtert auf. Der Friede schien greifbar nahegerückt.

Die deutschen Imperialisten und Militaristen, die sich heuchlerisch für einen Frieden auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker erklärt hatten, dachten in Wirklichkeit keineswegs an einen solchen Frieden. Sie wollten vielmehr das Ausscheiden Rußlands aus dem Kriege, das ihre Siegeshoffnungen neu belebte, als willkommene Gelegenheit zu Raub und Erpressung rücksichtslos ausnutzen. In völliger Verkennung des wirklichen Kräfteverhältnisses glaubten Regierung und Oberste Heeresleitung, sowohl ihre Eroberungspläne im Osten verwirklichen als auch die Voraussetzungen für eine militärische Niederwerfung der Westmächte schaffen zu können. Mitte Januar 1918 legte die deutsche Delegation bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk den sowjetischen Vetretern in ultimativer Form die räuberischen Bedingungen der Mittelmächte vor, die unter anderem eine Abtrennung der baltischen Gebiete, großer Teile Russisch-Polens und der Ukraine vorsahen. Die annexionistischen Forderungen und das brutale Auftreten der deutschen Imperialisten und Militaristen und ihrer Verbündeten riefen bei den werktätigen Massen Deutschlands und Österreich-Ungarns, die sich in ihren Friedenserwartungen betrogen sahen, Unruhe und Empörung hervor.

Die Spartakusgruppe hatte bereits im Dezember 1917 in ihrem Aufruf „Die Stunde der Entscheidung“[23] den Kampf für einen allgemeinen demokratischen Frieden zur Hauptaufgabe der deutschen Arbeiterklasse erklärt. Mit allem Nachdruck warnte sie davor, der Friedensdemagogie der deutschen Imperialisten und Militaristen Glauben zu schenken, die ihre alten Eroberungsziele nur durch neue Mittel zu erreichen suchten. Sie sagte voraus, daß nach dem Abschluß eines Separatfriedens mit Sowjetrußland der Krieg im Westen mit verdoppelter Kraft fortgesetzt werden würde. „Der Hunger und das gegenwärtige Massenelend werden nicht aufhören“, hieß es im Aufruf, „solange diejenigen, die ein Interesse am Kriege haben, das heißt

[23] Dokument Nr. 4.

die Regierung und die bürgerlichen Klassen, am Ruder sind. Die Herrschaft der Reaktion und der imperialistischen Klassen in Deutschland gilt es zu brechen, wenn wir dem Völkermord ein Ende machen wollen." Daher verband die Spartakusgruppe den Kampf um die Beendigung des Krieges mit der Vorbereitung auf die Revolution zum Sturz der imperialistischen Herrschaft und zur „Erringung der Volksrepublik in Deutschland"[24]. Nur so, betonte sie, kann die deutsche Arbeiterklasse auch ihre internationale Pflicht zur Verteidigung der Oktoberrevolution vor den Anschlägen des deutschen Imperialismus erfüllen. Diese Politik entsprach den wahren nationalen Interessen des deutschen Volkes.

Als nächste Aufgabe sah die Spartakusgruppe vor, durch entschlossene Massenaktionen und Massenstreiks „das ganze wirtschaftliche Getriebe und die gesamte Kriegsindustrie zum Stillstand"[25] zu bringen. In illegalen Flugblättern, die in fast allen Teilen Deutschlands verbreitet wurden, rief die Spartakusgruppe Anfang Januar 1918 auf, zum Massenstreik zu rüsten. Dabei arbeitete sie eng mit linken Kräften der USPD zusammen, vor allem mit den revolutionären Obleuten in den Betrieben der Metall- und Rüstungsindustrie. Die Obleute, die fast ausschließlich dem linken Flügel der USPD angehörten, hatten ihre illegale Organisation nach der Oktoberrevolution erweitert und ausgebaut. Sie drängten die Leitung der USPD zum Handeln; doch die Mehrzahl der zentristischen Führer schreckte davor zurück, sich offen für einen Streik auszusprechen. Aber die Mitglieder und die Anhänger der USPD und auch viele sozialdemokratische Arbeiter erkannten, daß der Frieden ohne wirksame Kampfaktionen nicht zu erreichen war. Große Unterstützung fand die Spartakusgruppe bei der revolutionären Arbeiterjugend, die von Anfang an zu den glühendsten Verteidigern des jungen Sowjetstaates gehörte; ihre besten Kräfte schlossen sich der Spartakusbewegung an.

Mitte Januar 1918 kam es in den Ländern der Habsburger Monarchie zu machtvollen Massenaktionen. In Wiener Neustadt brach am 14. Januar ein politischer Massenstreik aus, der sich in wenigen Tagen über fast alle Teile Österreich-Ungarns ausbreitete. Die streikenden Arbeiter bildeten, dem russischen Beispiel folgend, Arbeiterräte und forderten sofortigen Frieden ohne Annexionen, demokratisches Wahlrecht und bessere Lebensmittelversorgung. In Brünn, Budapest,

[24] Dokumente und Materialien . . ., Reihe II, Bd. 2, S. 51.
[25] Ebenda.

Prag, Wien und anderen Städten kam es zu machtvollen Straßendemonstrationen und zu Zusammenstößen mit der Polizei. Die österreichische Regierung war gezwungen, den Wiener Arbeiterrat anzuerkennen und einige Versprechungen zu machen, bevor es den rechten sozialdemokratischen Führern gelang, den Kampf am 20. Januar abzubrechen. Wenige Tage später, am 1. Februar, begann auf den österreichisch-ungarischen Flotteneinheiten im Kriegshafen von Cattaro ein Matrosenaufstand. Drei Tage wehte die rote Fahne auf den Kriegsschiffen und über der Stadt, ehe es den Militärbehörden gelang, die Bewegung niederzuschlagen. Ende Januar 1918 brach im industriellen Süden Finnlands die Revolution aus. Die von den Arbeitern gebildete Rote Garde besetzte die Hauptstadt Finnlands, Helsinki, wo am 28. Januar eine revolutionäre Regierung, der Rat der Volkskommissare Finnlands, gebildet wurde. Ende Januar kam es auch in England und Frankreich zu Massenstreiks für den Frieden.

Die revolutionären Ereignisse in den anderen Ländern stärkten die Bereitschaft der deutschen Arbeiterklasse zum Kampf gegen die volksfeindliche, räuberische Kriegspolitik der herrschenden Kreise Deutschlands. Die Spartakusgruppe schlug dem Aktionsausschuß der revolutionären Obleute vor, dem Beispiel der österreichischen und ungarischen Arbeiter zu folgen. Sie riefen für den 28. Januar 1918 unter den Losungen „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!" zum politischen Massenstreik auf[26]. Der Kampf sollte zunächst für demokratische Mindestforderungen geführt werden: für die Aufhebung des Belagerungszustandes und des Arbeitszwangsgesetzes, für die Herstellung der Presse-, Versammlungs-, Streik- und Koalitionsfreiheit sowie für die Freilassung aller politischen Gefangenen. Die Durchsetzung dieser Ziele betrachtete die Spartakusgruppe als notwendige Voraussetzung, um den „Kampf um die Macht, um die Volksrepublik in Deutschland und einen sofortigen allgemeinen Frieden frei zu entfalten". Zur Leitung des Kampfes schlug die Spartakusgruppe vor, in jedem Betrieb eine „frei gewählte Vertretung nach russischem und österreichischem Muster" zu schaffen, die sich als „Arbeiterrat konstituieren"[27] sollte.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Munitions- und Rüstungsindustrie folgten dem Ruf der Spartakusgruppe und der revolutionären Obleute. Am 28. Januar verließen in Berlin und in den Vororten

26 Dokument Nr. 5.

27 Dokumente und Materialien . . ., Reihe II, Bd. 2, S. 72.

mehr als 400 000 kampfentschlossene Arbeiter die Betriebe und wählten ihre Vertrauensleute. In einigen Stadtteilen und vor allem in Charlottenburg und Spandau kam es zu Demonstrationen, die trotz des Einsatzes von Polizei während des ganzen Tages anhielten.

Viele der streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen versammelten sich vor dem Gewerkschaftshaus am Engelufer. Dort traten am Nachmittag 414 gewählte Betriebsvertrauensleute zusammen und konstituierten sich als Groß-Berliner Arbeiterrat. Sie beschlossen einstimmig, für die Durchsetzung folgender Streikforderungen zu kämpfen: schleunige Herbeiführung des Friedens ohne Annexionen und ohne Kriegsentschädigung, entsprechend den Vorschlägen der sowjetrussischen Volksbeauftragten in Brest-Litowsk; Hinzuziehung von Arbeitervertretern aller Länder zu den Friedensverhandlungen; ausgiebigere Lebensmittelversorgung; Aufhebung des Belagerungszustandes und Gewährung aller demokratischen Rechte und Freiheiten; Freilassung aller politischen Gefangenen; durchgreifende Demokratisierung der gesamten Staatseinrichtungen und Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen. Die Verwirklichung dieser Ziele, die den wahren Lebensinteressen des Volkes entsprachen, wäre ein entscheidender Schritt zu Frieden und Demokratie gewesen.

Zur Leitung des Streiks wählte der Arbeiterrat einen Aktionsausschuß aus elf Mitgliedern, die alle oppositionelle, in ihren Betrieben einflußreiche Funktionäre waren und aus den Reihen der revolutionären Obleute kamen. Den Vorsitz übernahm der Leiter der revolutionären Obleute, Richard Müller. Auf seinen Vorschlag wurde gegen nur wenige Stimmen beschlossen, je drei Vertreter der Parteivorstände der USPD und der SPD hinzuzuziehen. Von der USPD traten Wilhelm Dittmann, Hugo Haase und Georg Ledebour und von der SPD Otto Braun, Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann in den Aktionsausschuß ein. Diese verhängnisvolle Entscheidung räumte neben den zentristischen auch den rechten sozialdemokratischen Führern maßgeblichen Einfluß auf die Streikleitung ein. Während die Führer der SPD, wie Friedrich Ebert später erklärte, „mit der bestimmten Absicht in die Streikleitung" eintraten, „den Streik zum schnellsten Abschluß zu bringen"[28], nahmen die streikenden Arbeiter im Kampf um den ersehnten Frieden große Entbehrungen und Opfer auf sich.

In den folgenden Tagen wuchs die Streikbewegung weiter an. In Berlin erhöhte sich die Zahl der Streikenden auf mehr als eine halbe Mil-

28 Karl Brammer: Der Prozeß des Reichspräsidenten, Berlin 1925, S. 21.

lion. Die Regierung setzte den demokratischen Forderungen der Massen Terror und Gewalt entgegen und versuchte, den Streik mit allen Mitteln zu unterdrücken. Bereits am 29. Januar verbot das Oberkommando in den Marken das Abhalten von Streikversammlungen und die Bildung von Streikkomitees. Die zentrale Streikleitung, der jede weitere Betätigung untersagt wurde, setzte ihre Arbeit illegal fort. Obwohl die Polizei, die durch 5000 Unteroffiziere der Armee verstärkt worden war, brutal gegen die Arbeiter vorging, fanden auf Straßen und Plätzen Demonstrationen und Kundgebungen statt, vor allem im Norden, in der Jungfernheide, in Moabit und in Siemensstadt, sowie in Spandau und im Treptower Park. Am 30. Januar erklärten die Militärbehörden den Berliner Arbeiterrat und seinen Aktionsausschuß für aufgelöst. Starke Polizeikräfte besetzten das Gewerkschaftshaus und andere Versammlungsräume der Arbeiter, um weitere Zusammenkünfte zu verhindern. Aber alle Versuche, die Streikenden einzuschüchtern, waren vergebens.

Die gewaltige Massenbewegung hatte sich über Berlin hinaus ausgebreitet und fast alle industriellen Gebiete des Landes ergriffen. Sämtliche Zechen des Dortmunder Kohlenreviers, die Werften in Bremen, Danzig, Hamburg und Kiel, die Krupp-Betriebe in Essen und München, die Zeißwerke in Jena und die Lokomotivenfabrik Henschel in Kassel lagen still. In Barmen, Bielefeld, Brandenburg, Dresden, Düsseldorf, Gera, Gotha, Halle, Köln, Leipzig, Lübeck, Magdeburg, Mannheim, Münster, Nürnberg, Pirna, Schweinfurt und Solingen stand eine große Anzahl Arbeiter im Kampf. Fast überall gingen die werktätigen Massen auf die Straße und erhoben in Kundgebungen ihre Forderungen, die im wesentlichen mit dem Berliner Streikprogramm übereinstimmten. In Essen, Hamburg, Kiel und anderen Städten wurden ebenfalls Arbeiterräte und Ausschüsse zur Leitung des Streiks gewählt. In ganz Deutschland nahmen mehr als eine Million Arbeiter und Arbeiterinnen an dem politischen Massenstreik teil.

In Berlin erreichte die Streikbewegung am 30. und 31. Januar ihren Höhepunkt. Viele Arbeiter mittlerer und kleiner Betriebe schlossen sich dem Streik an. Auch ein Teil der Druckereiarbeiter legte die Arbeit nieder, so daß einige bürgerliche Zeitungen, wie der „Berliner Lokalanzeiger", das „Berliner Tageblatt", die „Berliner Morgenpost" und andere, vorübergehend ihr Erscheinen einstellen mußten. Die Stimmung der Massen hatte in jenen Tagen, wie führende Mitglieder der Spartakusgruppe berichteten, „einen Anhauch von revolutionärer

Bereitschaft"[29]. Für den 31. Januar hatte der Aktionsausschuß zu mehreren Kundgebungen auf verschiedenen Plätzen und in Parks aufgerufen. Große Menschenmassen, darunter viele Frauen, bewegten sich durch die Straßen zu den Versammlungsplätzen. Verstärkt durch berittene Gendarmerie, ging die Polizei mit Säbelattacken gegen die Demonstranten vor. Die Arbeiter setzten sich energisch zur Wehr. Polizisten wurden von den Pferden gerissen, Straßenbahnwagen und Fuhrwerke umgeworfen, Stromleitungen heruntergeholt, und an einzelnen Stellen wurde das Straßenpflaster aufgerissen. Im Norden und Osten der Stadt kam der Straßenbahnverkehr völlig zum Erliegen. Die Lage in Berlin nahm bürgerkriegsähnlichen Charakter an. Am Alexanderplatz und in Charlottenburg gab es blutige Zusammenstöße, bei denen die Polizei von der Schußwaffe Gebrauch machte. Heftige Kämpfe fanden in Moabit am Kleinen Tiergarten statt, wo sich etwa 10 000 Menschen versammelt hatten. Mit umgestürzten Straßenbahnzügen und Möbeltransportwagen sperrten die Arbeiter die Straßen und verteidigten sich gegen die Polizei. Erst als weitere Einheiten, mit Karabinern bewaffnet, und berittene Gendarmerie herangezogen wurden, die rücksichtslos in die Massen schossen, gelang es, die Demonstration aufzulösen. Mehrere Arbeiter wurden ermordet und viele andere schwer verletzt. Die Polizei gab ihre Verluste mit einem Toten und einundzwanzig Verletzten an.

Das Ausmaß der Bewegung, die Einmütigkeit und Geschlossenheit der Arbeiter versetzten die herrschende Klasse Deutschlands in Furcht und Schrecken. Noch am Abend des 31. Januar verhängten die Militärbehörden den verschärften Belagerungszustand über Berlin und setzten außerordentliche Kriegsgerichte ein. Am 1. Februar wurden sieben große Berliner Rüstungsbetriebe unter militärische Leitung gestellt. Die Arbeiter erhielten unter Androhung schwerer Strafen den Befehl, die Arbeit bis zum 4. Februar wiederaufzunehmen. Zugleich setzten Massenverhaftungen ein, die außerordentlichen Kriegsgerichte fällten drakonische Urteile, und täglich wurden etwa 500 bis 600 Arbeiter zum Kriegsdienst einberufen. Auch in anderen Teilen Deutschlands hatten die Militärbehörden ähnliche Maßnahmen ergriffen. In der Nähe der Großstädte wurden zuverlässige Truppen aus ländlichen Gebieten bereitgestellt. Zur Sicherung Berlins zog die Oberste Heeresleitung vier feldmarschmäßig ausgerüstete Jägerbataillone, die für den Fronteinsatz vorgesehen waren, heran.

[29] Dokumente und Materialien . . ., Reihe II, Bd. 2, S. 134.

Trotz aller Repressalien aber war der Kampfgeist der Berliner Arbeiter ungebrochen. Die Spartakusgruppe erklärte ihnen in diesen kritischen Tagen, daß nur die entschlossene Fortsetzung und Steigerung der Aktion zum Erfolg führen könne. In ihrem Flugblatt „Ausharren um jeden Preis“[30] forderte die Spartakusgruppe, der brutalen Gewaltpolitik der Regierung die Gewalt der mit allen Mitteln kämpfenden Massen entgegenzusetzen. „Wir müssen mit der Reaktion ‚russisch‘ reden“, hieß es im Aufruf. „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung! Hoch der Kampf um Frieden, Freiheit und Brot!“[31] Am 1. und 2. Februar kam es an verschiedenen Stellen erneut zu Kundgebungen und Demonstrationen, wie im Treptower Park und in der Schönholzer Heide, an denen mehrere tausend Arbeiter teilnahmen. Der Aktionsausschuß aber, durch die rechten Führer der Sozialdemokratie irregeführt, ließ jede planmäßige Leitung der Bewegung vermissen. Er hatte sich von dem elementaren Ausbruch des Streiks die größte Wirkung auf die Regierung versprochen und eine weitgehende Verhandlungsbereitschaft erwartet. Der Verschärfung des Kampfes stand er unvorbereitet und hilflos gegenüber. Während ein Teil des Arbeiterrates, der am 2. Februar illegal zusammentrat, noch zur Fortsetzung des Streiks aufrief, beschloß der Aktionsausschuß am 3. Februar, den Kampf abzubrechen. Am 4. Februar, nach sechstägigem erbittertem Ringen, nahm die überwiegende Mehrzahl der Streikenden die Arbeit wieder auf.

Trotz der Niederlage der Arbeiter aber war dieser gewaltige politische Massenstreik ein geschichtliches Ereignis von großer nationaler und internationaler Bedeutung. Mehr als eine Million Arbeiter und Arbeiterinnen hatte gegen den imperialistischen Krieg und die Raubpläne des deutschen Imperialismus gegenüber der Sowjetmacht, für einen sofortigen demokratischen Frieden und den Sturz der kaiserlich-imperialistischen Regierung gekämpft. W. I. Lenin bezeichnete „diese Aktion des Proletariats in einem vom Taumel des Nationalismus erfaßten und vom Gift des Chauvinismus verseuchten Land“ als „eine Tatsache von erstrangiger Wichtigkeit und... einen Wendepunkt in den Stimmungen des deutschen Proletariats“[32].

30 Dokument Nr. 6.

31 Dokumente und Materialien . . ., Reihe II, Bd. 2, S. 99.

32 W. I. Lenin: Referat auf der Moskauer Gouvernementskonferenz der Betriebskomitees, 23. Juli 1918. In: Werke, Bd. 27, Berlin 1960, S. 548/549.

Der Januarstreik, der die Grundlagen des monarchistischen und militaristischen Deutschlands erschütterte, war die größte Friedensaktion der deutschen Arbeiterklasse während des ersten Weltkrieges. Diese Aktion zeigte das Anwachsen der revolutionären Kräfte und der Kampfbereitschaft der Arbeiter unter dem Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Zugleich aber trat auch die größte Schwäche der deutschen Arbeiterbewegung in Erscheinung: das Fehlen einer ideologisch und organisatorisch einheitlichen marxistischen Partei, die – fest mit den Massen verbunden – den Kampf hätte führen können. Die Spartakusgruppe hatte vielerorts diese machtvolle Aktion in Gang gebracht, und ihre Anhänger kämpften in den vordersten Reihen. Sie hatte große Anstrengungen unternommen, um ihre Auffassungen in die Massen zu tragen und während des Streiks insgesamt acht verschiedene Flugblätter und Aufrufe in Auflagen von 25000 bis 100000 Exemplaren herausgegeben. Doch gelang es ihr nicht, ihre richtige Politik und Taktik im Berliner Arbeiterrat und seinem Aktionsausschuß durchzusetzen, da sie nur schwach in den entscheidenden Streikorganen vertreten war. In der Spartakusgruppe unterschätzte man noch die Bedeutung der Organisation im Klassenkampf, sowohl die Rolle der Partei als auch die Notwendigkeit der systematischen Arbeit in den Gewerkschaften. Durch die Zugehörigkeit zur USPD war die revolutionäre Wirksamkeit der Spartakusgruppe als selbständige politische Kraft behindert.

Die Führung der SPD dagegen konnte, infolge der schwankenden, unentschlossenen Haltung des Aktionsausschusses und der Führer der USPD, entscheidenden Einfluß in den leitenden Streikorganen gewinnen und im Zusammenspiel mit der Regierung die Kampffront von innen zersetzen. Einige Jahre später, im Magdeburger Reichspräsidentenprozeß 1924, gab Philipp Scheidemann die Handlangerdienste rechter sozialdemokratischer Führer für die imperialistische und militaristische Reaktion offen zu. „Wenn wir nicht in das Streikkomitee hineingegangen wären", sagte er aus, *„dann wäre der Krieg* und alles andere meiner festen Überzeugung nach *schon im Januar erledigt gewesen*... Durch unser Wirken wurde der Streik bald beendet und alles in geregelte Bahnen gelenkt. Man sollte uns eigentlich dankbar sein..."[33] Die rechten Gewerkschaftsführer hatten von Anfang an offen gegen den Januarstreik Stellung genommen und erklärt,

33 Karl Brammer: Der Prozeß des Reichspräsidenten, S. 89.

sie würden „nach wie vor ihre Kraft einsetzen, die Landesverteidigung zu sichern“[34]. Diese antinationale, arbeiterfeindliche Politik der rechten Führer der SPD und der Gewerkschaften erleichterte es den deutschen Imperialisten und Militaristen, die Massenbewegung noch einmal gewaltsam niederzuzwingen und den verbrecherischen Krieg um weitere neun Monate zu verlängern.

Die herrschende Klasse Deutschlands setzte nach der Abwürgung des Streiks ihre Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiter fort. Allein in Berlin erhielten rund 50 000 Streikteilnehmer als Strafe die Einberufung zum Militärdienst. Tausende wurden verhaftet und viele führend am Streik beteiligte Funktionäre zu Zuchthaus, Gefängnis und Festungshaft verurteilt, darunter Wilhelm Dittmann, Mitglied des Parteivorstandes der USPD, der 5 Jahre Festung erhielt. Bei der wütenden Hetzjagd auf revolutionäre Arbeiterfunktionäre war Johann Knief, der Führer der Bremer Linksradikalen, bereits im Januar den Schergen in die Hände gefallen. Am 24. März 1918 gelang es der Polizei in Berlin, eine illegale Beratung führender Spartakusanhänger aufzuspüren. Acht Teilnehmer der Beratung, unter ihnen Leo Jogiches, der die illegale Organisation der Spartakusgruppe seit der Verhaftung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs leitete, wurden verhaftet und eingekerkert. Wenig später, im Mai 1918, stieß die Polizei zufällig auf die illegale Druckerei der Spartakusgruppe, in der gerade eine neue Ausgabe der Spartakusbriefe hergestellt wurde. Diese schweren Rückschläge hemmten die revolutionäre Tätigkeit der Spartakusgruppe, die in den Monaten April und Mai kaum neue Flugblätter und Zeitungen herausbringen konnte.

Die Welle der Brutalität und des Terrors, die auf die revolutionären Kräfte niederging, schwächte wohl ihre Reihen, konnte sie aber nicht zerschlagen. Der Kampf der Massen wurde zeitweilig unterbrochen, die Arbeiter traten den Rückzug an, aber sie fühlten sich nicht besiegt. In einem Aufruf vom März 1918[35] zog die Spartakusgruppe wichtige Lehren aus den Erfahrungen der Januarereignisse. „Der letzte politische Massenstreik... hat bewiesen“, hieß es im Aufruf, daß die Arbeiterklasse im Kampf um die Herbeiführung des sofortigen allgemeinen und demokratischen Friedens „ohne Gewaltanwendung gegen die bestehende Gesellschaftsordnung nichts auszurichten vermag.“ Deshalb schlug die Spartakusgruppe vor, „für die dem-

[34] Dokumente und Materialien . . ., Reihe II, Bd. 2, S. 97.

[35] Dokument Nr. 7.

nächst bevorstehende Aktion ... einen Arbeiter- und Soldatenrat zu schaffen", der sich auf ein System von Arbeiter- und Soldatenräten aller Ebenen stützen sollte. Diesem Rat wurde die Aufgabe zugewiesen, „die Massen zur Revolution aufzurufen, ferner sich der Regierungsgewalt zu bemächtigen und die deutsche Volksrepublik auszurufen".[36] Alle parlamentarischen Körperschaften und ausführenden Regierungsorgane sollten aufgelöst und durch eine frei gewählte Konstituante und durch Volkskommissare ersetzt werden. Wichtige Hinweise erhielt die Spartakusgruppe von Karl Liebknecht, der in seiner Zuchthauszelle in Luckau die Massenkämpfe in Österreich-Ungarn und in Deutschland mit heißem Herzen verfolgt hatte. In einem Kassiber, der der Führung der Spartakusgruppe zugeleitet wurde, schrieb er: „Lehren. Parole. Auch in Deutschland die sozialistische Revolution direkt propagieren? Hinweis auf wirtschaftliche und politische Bedeutung. Notwendigkeit, Kriegsgewinne, Kriegsanleihen aller Kriegsbetriebe – Mun. u. Waffenfabriken und des gesamten Kapitals der Kriegs- und Kriegszielinteressenten –, allen kapitalistischen Grundbesitz, alle Fabriken, Bankkapital etc. in Gemeinbesitz bringen. Für Ausrottung der Wurzeln und Quellen aller Kriegsinteressen wie der politischen Reaktion."[37]

Karl Liebknecht stellte die Zweckmäßigkeit einer unmittelbaren Propagierung der sozialistischen Revolution in Frage und empfahl der Spartakusgruppe, solche demokratischen Forderungen zu erheben, die dem Bewußtseinsstand der werktätigen Massen entsprachen. Da alle Volksschichten in Deutschland nichts so sehr herbeisehnten wie die Beendigung des Krieges und einen gesicherten Frieden, zeigten die Forderungen Karl Liebknechts einen Weg, die Massen über den Kampf gegen die monopolkapitalistischen Kriegsgewinnler an die sozialistische Revolution heranzuführen. So lernte die Führung der Spartakusgruppe unter dem Einfluß der Oktoberrevolution und aus den Erfahrungen des Klassenkampfes in Deutschland immer besser, eine Politik und Taktik auszuarbeiten, die geeignet war, den Kampf der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Massen für die Beendigung des Krieges und den Sturz des kaiserlich-imperialistischen Regimes mit dem Kampf für den Sozialismus zu verbinden.

[36] Dokumente und Materialien ..., Reihe II, Bd. 2, S. 137/138.

[37] Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv, NL 1/27, Bl. 343/344.

3. Die Niederlage des deutschen Imperialismus und Militarismus und die Entstehung einer revolutionären Krise

Nachdem die deutschen Imperialisten und Militaristen durch die Niederschlagung des Januarstreiks zunächst vom Alpdruck der revolutionären Bewegung befreit waren, konnten sie nunmehr der Sowjetmacht ihre räuberischen Friedensbedingungen diktieren. Sowjetrußland, das gerade erst begann, seine Rote Armee aufzubauen, war gezwungen, das Friedensdiktat am 3. März 1918 zu unterzeichnen.[38] Darin waren unter anderem festgelegt: die völlige Demobilisierung der russischen Armee; die Abtrennung Kurlands, Litauens, polnischer Gebiete und einiger Gebiete in Kaukasien; die Anerkennung der „Selbständigkeit" Finnlands, Polens und der Ukraine, die deutsche Vasallenstaaten werden sollten; die Aufrechterhaltung des Okkupationsregimes in den von deutschen Truppen besetzten Gebieten; der Abzug der sowjetischen Truppen aus Estland, Finnland, Livland und der Ukraine; die Aufnahme der diplomatischen und der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten. Durch den Vertrag wurde ein Gebiet von mehr als 400 000 Quadratmeilen mit einer Bevölkerung von 60 Millionen Menschen von Sowjetrußland abgetrennt, das damit zugleich seine reichsten Getreidegebiete, fast alle Ölquellen und etwa 80 Prozent seiner Produktion an Kohle und Eisen verlor. Der deutsche Imperialismus, der selbst schon am Zusammenbrechen war, zeigte noch einmal seine ganze Raubgier und Brutalität. Alle Erklärungen der kaiserlichen Regierung für das „Selbstbestimmungsrecht der Völker" und einen „Verständigungsfrieden ohne Annexionen" hatten sich als heuchlerische Phrasen erwiesen, die nur der Tarnung imperialistischer Eroberungsgelüste dienten. Bei der Abstimmung im Reichstag, am 22. März 1918, sprachen sich alle bürgerlichen Parteien für den Brester Raubfrieden aus. Die SPD enthielt sich der Stimme. Nur die Abgeordneten der USPD, die den Vertrag als räuberisches Friedensdiktat brandmarkten, stimmten dagegen. „Das Fazit von Brest", schrieb Karl Liebknecht im Frühjahr 1918, war „die Entlarvung der Mittelmächte, die Entlarvung der deutschen Raubgier, Verlogenheit, Hinterlist und Heuchelei... Es hat in verschiedenen Ländern bedeutsame Massenbewegungen zu entfesseln vermocht... Es wird sich zeigen, welche Ernte den heutigen

[38] Dokument Nr. 8.

Triumphatoren aus dieser Saat reifen wird. Sie sollen ihrer nicht froh werden!"[39]

Zunächst aber hatte die Kriegspartei des deutschen Imperialismus wieder Oberwasser. Am 21. März 1918 begannen die Armeen der Westfront, die durch 40 Divisionen aus dem Osten verstärkt worden waren, eine große Offensive, die den Sieg über die Entente bringen sollte. Anfangserfolge wurden zu großen Siegen aufgebauscht, eine chauvinistische Welle wurde im Lande hochgepeitscht. Die Herren der Monopole und der Banken meldeten erneut ihre Eroberungsziele im Westen an, die sich vor allem auf Belgien und das nordfranzösische Kohle- und Erzbecken erstreckten. Zugleich führten die deutschen Imperialisten und Militaristen unter Verletzung des Brester Vertrages auch den Krieg im Osten weiter. Bereits im Februar 1918 waren deutsche Armeen in Stärke von 300 000 Mann in die Ukraine eingefallen. Ende April erreichten sie den Don und unterstützten die weißgardistischen Einheiten der Donkosaken im Kampf gegen die Sowjetrepublik mit Waffen, Munition und sonstigem Kriegsgerät. Bis in den Kaukasus drangen die deutschen Truppen vor, um die reichen Erdöl- und Manganerzvorkommen für die deutschen Imperialisten zu sichern. Weiter okkupierten sie die restlichen Gebiete des Baltikums und entsandten Anfang April ein Expeditionskorps nach Finnland, das zusammen mit einheimischen konterrevolutionären Kräften die im Süden des Landes gebildete Sowjetmacht zerschlug. Unter dem Eindruck der ersten Erfolge im Westen genügten den Herren der Schwer- und Rüstungsindustrie diese Eroberungen jedoch nicht mehr. Im Mai 1918 legten sie der Reichsregierung ein sogenanntes „Ostprogramm"[40] vor, nach dem die Sowjetmacht gestürzt und Rußland bis zum Ural und den eisfreien Häfen der Murmanküste in eine Halbkolonie Deutschlands verwandelt werden sollte. Diese Pläne konnten zwar nicht mehr verwirklicht werden, aber noch im August 1918 zwangen die deutschen Imperialisten der Sowjetregierung durch Zusatzabkommen zum Brester Vertrag Kontributionen in Höhe von 6 Milliarden Goldmark auf.

Die imperialistischen Mächte wollten sich nicht mit der Existenz

[39] Karl Liebknecht: Politische Aufzeichnungen aus seinem Nachlaß. Geschrieben in den Jahren 1917–1918. Unter Mitarbeit von Sophie Liebknecht herausgegeben, mit einem Vorwort und mit Anmerkungen versehen von Franz Pfemfert, Berlin-Wilmersdorf 1921, S. 51/52.

[40] Dokument Nr. 9.

eines Landes abfinden, in dem die Arbeiter und Bauern die Macht besaßen und durch ihr Beispiel revolutionierend auf die Werktätigen der kapitalistischen Länder einwirkten. Auch die Mächte der Entente trafen bereits Ende 1917 Vorbereitungen zum Kampf gegen Sowjetrußland, um den ersten sozialistischen Staat der Welt zu vernichten. Sie glaubten, das Rad der Geschichte zurückdrehen und die alleinige Herrschaft des Imperialismus wiederherstellen zu können. Im Frühjahr und Sommer 1918 begannen Frankreich, Großbritannien, Japan und die USA die militärische Intervention im Fernen Osten und im Gebiet von Murmansk, in Transkaukasien und in Turkestan. Sie halfen, die weißgardistische Konterrevolution zu organisieren, und unterstützten sie mit Waffen, Munition und Kriegsmaterial aller Art. Faktisch kämpften die Mächte der Entente und der deutsche Imperialismus Seite an Seite gegen die Sowjetrepublik. Zeitweilig befanden sich große Teile des Landes in den Händen der ausländischen Interventen und der russischen Weißgardisten. Die Rote Armee, die gerade geschaffen wurde, war zahlenmäßig noch klein und besaß kaum Kampferfahrung. Doch die von Ausbeutung und Unterdrückung befreiten Arbeiter und werktätigen Bauern Rußlands überwanden die ungeheuren Schwierigkeiten und verteidigten unter großen Opfern ihre Sowjetmacht.

Die deutschen Imperialisten und Militaristen errichteten ein konterrevolutionäres Schreckensregime in den von ihnen besetzten Gebieten und raubten diese rücksichtslos aus. Die Hoffnungen jedoch, damit den wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands noch aufhalten zu können, erwiesen sich als trügerisch. Die Bevölkerung leistete den deutschen Eindringlingen erbitterten Widerstand. In der Ukraine erhoben sich die Arbeiter zu Streiks und Aufständen. Die ukrainischen Bauern setzten sich gegen die Ausplünderungen zur Wehr, und ihre Aktionen breiteten sich über große Gebiete aus. Trotz schärfster Repressalien und blutiger Gewaltmaßnahmen der deutschen Militaristen blieb die Beute an Lebens- und Futtermitteln, an Rohstoffen und industriellen Erzeugnissen weit hinter den Erwartungen zurück. Die antisowjetische Intervention der deutschen Imperialisten und Militaristen beschleunigte nur deren militärische Niederlage.

Ungeachtet der schweren Bedingungen des Brester Vertrages und der Grausamkeiten und Brutalitäten der deutschen Okkupanten ließen sich die Bolschewiki unbeirrbar vom proletarischen Internationalismus leiten und unterstützten den Kampf der revolutionären deut-

schen Arbeiter und Soldaten. Seit dem Frühjahr 1918 wurden in verstärktem Maße Flugblätter und Zeitungen in deutscher Sprache, wie „Die Fackel", „Der Friedens-Apostel", „Die Kriegswoche", „Der Stern", „Der Völkerfriede", „Die Wahrheit", „Die Weltkommune" und „Welt-Revolution", unter den Soldaten der Ostfront verbreitet. Diese Materialien wurden mit Unterstützung der Kommunistischen Partei Rußlands vom Komitee der Kriegsgefangenen-Internationalisten herausgegeben, das sich aus Vertretern revolutionärer Organisationen verschiedener Nationen zusammensetzte. Diese Organisationen waren nach der Oktoberrevolution in den Kriegsgefangenenlagern entstanden. Im April 1918 gründeten ehemalige deutsche Kriegsgefangene, die Mitglieder der Kommunistischen Partei geworden waren, die deutsche Sektion beim ZK der KPR(B). Die Sektion schloß sich im Mai 1918 mit anderen nationalen Sektionen zur Zentralen Föderation ausländischer Gruppen der KPR(B) zusammen. Die Zentrale Föderation, an deren Spitze der hervorragende ungarische Revolutionär Béla Kun stand, leitete die gesamte revolutionäre Arbeit sowohl unter den Besatzungstruppen als auch in den Kriegsgefangenenlagern. Zahlreiche deutsche Kriegsgefangene traten, wie auch viele Angehörige anderer Nationen, in die Reihen der Roten Armee ein und verteidigten die Sowjetrepublik.

Auch die revolutionären Kräfte in Deutschland verstärkten seit dem Frühjahr 1918 die Antikriegsarbeit in der Armee. Auf den verschiedensten Wegen, mit der Feldpost und durch Urlauber, mit Militärtransporten und in Versorgungszügen, kamen Flugblätter und andere antimilitaristische Materialien, wie die „Arbeiterpolitik", die „Jugend-Internationale", „Der Kampf", die „Leipziger Volkszeitung", „Der Sozialdemokrat", die Spartakusbriefe, an die Fronten. Im Sommer 1918 wurden große Mengen illegaler Spartakusflugblätter an der Ostfront verbreitet, in denen die deutschen Soldaten aufgerufen wurden, sich nicht als „Henker der Freiheit" gegen die Republik der Arbeiter und Bauern mißbrauchen zu lassen, sondern nach dem Beispiel der russischen Brüder für die revolutionäre Beendigung des Krieges und für eine „freie und glückliche deutsche soziale Republik"[41] zu kämpfen.

Unter dem Einfluß der revolutionären Friedenspropaganda und durch die unmittelbare Berührung mit den Arbeitern und Bauern Rußlands wurden die deutschen Soldaten im Osten, wie W. I. Lenin

[41] Dokumente und Materialien . . ., Reihe II, Bd. 2, S. 128 u. 184.

schrieb, „vom Geist der russischen Revolution infiziert“[42]. Bereits im Frühjahr 1918 kam es unter den deutschen Truppen im Baltikum, in Belorußland und in der Ukraine zu Meutereien und Aufständen. Im April 1918 erhoben sich die Matrosen der Linienschiffe „Westfalen“ und „Posen“, die vor der finnischen Küste lagen. Nach der Niederschlagung der Meuterei wurden 46 Matrosen zum Tode durch Erschießen verurteilt. Im Kreise Dwinsk weigerten sich 5000 Soldaten, an die Westfront zu gehen. Sie wurden entwaffnet, 500 Mann eingekerkert und die übrigen unter Bewachung nach Deutschland transportiert. In Pskow fanden Kundgebungen deutscher Soldaten statt, die zu Zusammenstößen mit der Feldgendarmerie führten. Im Juni 1918 weigerte sich ein deutsches Infanteriebataillon, gegen aufständische Bauern im Gouvernement Kiew vorzugehen und beschloß sogar, den Bauern Waffen zu übergeben. Schon im August 1918 stellte W. I. Lenin fest: „Die deutschen Imperialisten konnten die sozialistische Revolution nicht abwürgen. Die Niederwerfung der Revolution im roten Lettland, Finnland und in der Ukraine bezahlte Deutschland mit der Zersetzung seiner Armee.“[43]

An der Westfront war die deutsche Offensive völlig gescheitert. Nach fünf mörderischen Schlachten, in denen die deutschen Truppen mehr als eine Million an Toten, Verwundeten und Vermißten verloren hatten, mußte die Oberste Heeresleitung im Juli 1918 die Angriffe einstellen. Am 8. August wurde die deutsche Front von den Ententetruppen durchbrochen und die deutsche Armee unter schweren Verlusten zum Rückzug gezwungen. Das deutsche Heer war erschöpft, kriegsmüde und begann zu zerfallen. Dazu hatten vor allem die Soldaten beigetragen, die „von der Ostfront an die deutsche Westfront geworfen wurden und das mitgebracht haben, was die Bourgeoisie den Weltbolschewismus nennt“[44]. Auch Kriegsgefangene, die nach dem Abschluß des Brester Friedens aus Sowjetrußland zurückkamen, wo sie die Oktoberrevolution erlebt und zum Teil auch mitgemacht hatten, brachten Friedenslosungen und revolutionäre Ideen in die Heimat und an die Westfront. Desertionen und Urlaubsüberschreitungen waren an der Tagesordnung. Hinter der Front, vor allem in Belgien, wirkten

42 W. I. Lenin: Rede über die internationale Lage, 8. November. In: Werke, Bd. 28, Berlin 1959, S. 152.

43 W. I. Lenin: Rede auf dem I. Gesamtrussischen Kongreß für Bildungswesen, 28. August 1918. In: Ebenda, S. 73.

44 W. I. Lenin: Rede zum Jahrestag der Revolution, 6. November. In: Ebenda, S. 143.

deutsche und einheimische revolutionäre Arbeiter und Soldaten gemeinsam für den Frieden. Sie beförderten illegale Literatur an die verschiedenen Frontabschnitte und leiteten Deserteure nach Holland und Deutschland weiter. In der Postüberwachungsstelle Straßburg saßen Anhänger der deutschen Linken, die regelmäßig illegales Material an die Front, an Lazarette und an Rekrutendepots versandten.

Der Versuch der deutschen Imperialisten und Militaristen, die Mächte der Entente niederzuringen und einen günstigen Kriegsausgang zu erreichen, war endgültig fehlgeschlagen. Die völlige militärische Niederlage konnte nur noch eine Frage der Zeit sein. Unter diesen Umständen waren große Teile der imperialistischen Bourgeoisie bestrebt, mit Hilfe der rechten Führer der SPD und der Gewerkschaften einen Übergang vom Krieg zum Frieden zu finden, der die Machtpositionen des deutschen Finanzkapitals und der Großgrundbesitzer nicht gefährdete.

Schon im Dezember 1917 hatten, beunruhigt durch die machtvollen Massenkämpfe der deutschen Arbeiter und Matrosen und durch die Oktoberrevolution in Rußland, führende Monopolherren der Elektroindustrie, des Maschinenbaues und der rheinisch-westfälischen Schwer- und Rüstungsindustrie Verhandlungen mit der Generalkommission der Gewerkschaften aufgenommen. Um der wachsenden Massenbewegung entgegenzuwirken, hatten die Gewerkschaften Ende November 1917 ein „Sozialpolitisches Arbeiterprogramm" veröffentlicht. Es sah vor, die Monopolbetriebe der Aufsicht und Kontrolle des imperialistischen Staates zu unterstellen und gab diese staatsmonopolistische Maßnahme als Vorbereitung für die Sozialisierung aus. Weiter wurden die Einrichtung eines Reichsarbeitsamtes, die gesetzliche Anerkennung der Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiterschaft sowie bestimmte arbeitsrechtliche und soziale Reformen gefordert. Auf dieser Grundlage sollten gemeinsam mit den Monopolherren und der Regierung wirtschafts- und sozialpolitische Übergangsmaßnahmen vereinbart werden, um die Massen der bei Kriegsschluß zu demobilisierenden Soldaten aufzufangen und eine revolutionäre Krise zu vermeiden. Die Verhandlungen wurden jedoch wieder unterbrochen; denn die Herren der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie waren nach der Niederschlagung des Januarstreiks und den Anfangserfolgen der deutschen Truppen im Westen zu keinen Zugeständnissen mehr bereit. Als sich jedoch zeigte, daß die deutsche Offensive nicht die erwartete Wende des Krieges bringen werde, nahmen seit Mai 1918 Vertreter der

Chemie-, der Elektro-, der Metallindustrie und anderer Monopolgruppen erneut die Verhandlungen mit den rechten Gewerkschaftsführern auf. Die reaktionärsten Kräfte des deutschen Monopolkapitals und die Oberste Heeresleitung aber stürzten noch Anfang Juli den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Richard von Kühlmann, weil er am 24. Juni im Reichstag erklärt hatte, daß durch rein militärische Entscheidungen allein ein Ende des Krieges kaum erwartet werden könnte. Ende August jedoch, als die militärische Lage bereits aussichtslos geworden war, berieten führende Monopolherren, der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Albert Ballin, und der Großindustrielle Hugo Stinnes, welche Schritte unternommen werden müßten, um zum Frieden zu kommen. Das geschah im Einverständnis mit General Erich Ludendorff, der vorschlug, auch den Leiter des Chemie-Trusts Carl Duisberg und den Kanonenkönig Gustav Krupp von Bohlen und Halbach hinzuzuziehen. Wie aus den Aufzeichnungen Albert Ballins hervorgeht, kam man überein, daß eine gewisse Demokratisierung des Regimes und die Bildung einer Regierung, die auch das Vertrauen der Sozialdemokraten genieße, notwendig seien, um günstigere Bedingungen für Friedensverhandlungen zu schaffen und eine revolutionäre Entwicklung im Lande zu verhindern.

Nach dem machtvollen Massenstreik im Januar 1918 rückten die rechten sozialdemokratischen Führer sehr bald von ihren „Sympathieerklärungen" für den Kampf der Arbeiter und Bauern Rußlands ab. Im „Vorwärts" vom 15. Februar erklärte der rechte Sozialdemokrat und spätere preußische Ministerpräsident Otto Braun, daß die SPD zwischen sich und den Bolschewiki *„einen dicken, sichtbaren Trennungsstrich ziehen"* müsse. Er reihte sich in die imperialistische Front der antibolschewistischen Hetze ein und forderte, unzweideutig auszusprechen, daß die Sozialdemokraten *„diese Gewaltmethoden der Bolschewiki auf das schärfste verurteilen"*.[45] Der Januarstreik hatte den gewaltigen Einfluß gezeigt, den die Ideen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf die deutsche Arbeiterklasse ausübten. Die brutale Niederschlagung der kämpfenden Arbeiter förderte noch die Erkenntnis, daß auch in Deutschland Frieden und Demokratie nur mit revolutionären Mitteln erreicht werden konnten. Die Stellung zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und zur Sowjetmacht, dem ersten sozialistischen Staat der Welt, war zur wichtigsten Frage in der deutschen Arbeiterbewegung geworden.

[45] Vorwärts (Berlin), 15. Februar 1918.

Unter den neuen Bedingungen reichte die bisherige sozialdemokratische Politik des „Burgfriedens" und der „Vaterlandsverteidigung" nicht mehr aus, um die Arbeiter vom revolutionären Kampf abzuhalten. Deshalb machten die rechten sozialdemokratischen Führer den Antikommunismus und Antibolschewismus immer mehr zur ideologischen Grundlage ihrer opportunistischen Politik. Sie verleumdeten die Sowjetmacht, indem sie die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und den Hunger, die das Ergebnis des Krieges, der Konterrevolution und der ausländischen Intervention waren, als Folgen der Revolution und der „bolschewistischen Herrschaft" ausgaben, und sagten den baldigen Zusammenbruch Sowjetrußlands voraus. Vor allem wandten sie sich gegen die Macht der Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats, die sie als „Preisgabe der Demokratie" bezeichneten. In Deutschland paktierten die rechten sozialdemokratischen Führer mit der reaktionären imperialistischen Militärdiktatur, die die Friedenssehnsucht und die demokratischen Forderungen des Volkes blutig unterdrückte – die revolutionären Maßnahmen aber, die die Sowjetmacht zur Verteidigung gegen die weißgardistische Konterrevolution und die mit ihr verbündeten Menschewiki anzuwenden gezwungen war, stellten sie als „brutale Terrorherrschaft" hin. Die rechten Führer der SPD versuchten, den Aufbau der neuen, sozialistischen Ordnung, den die Arbeiter und Bauern Sowjetrußlands, geführt von der Partei der Bolschewiki, unter ungeheuren Schwierigkeiten in Angriff nahmen, vor den deutschen Arbeitern als „bolschewistische Anarchie", als „diktatorisches Regime" zu verleumden, das nichts mit Sozialismus zu tun habe. Sie erklärten, daß der Sozialismus nur auf „demokratischem Wege" verwirklicht werden könne.

Ende Mai 1918, als sich die Kriegsniederlage bereits ankündigte und der Widerstand der werktätigen Massen erneut anwuchs, veröffentlichte der Parteivorstand der SPD den Entwurf eines „Aktionsprogramms"[46], mit dem, wie betont wurde, das Erfurter Parteiprogramm ergänzt werden sollte. Der Entwurf orientierte jedoch keineswegs auf die Verwirklichung der Hauptaufgaben des Erfurter Programms von 1891, das die Erringung der politischen Macht der Arbeiterklasse und die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum forderte. Dagegen hieß es jetzt, die SPD müsse „in zielbewußter Mitarbeit die Neugestaltung der politischen und wirtschaftlichen

[46] Dokument Nr. 10.

Lebensverhältnisse unseres Volkes in eine zum Sozialismus führende Bahn zu lenken suchen". Politische Reformen, die dem Volke entscheidenden Einfluß auf den Reichstag und die Regierung sichern sollten, wurden als der Weg zur „demokratischen Durchdringung des Staates", zur „Durchführung der Volksherrschaft" ausgegeben, auf dem der „Übergang des alten Obrigkeitsstaates in einen demokratisch-sozialistischen Verwaltungsstaat"[47] vorbereitet werde. Weiter sah das Programm eine Reihe wirtschaftlicher und sozialpolitischer Maßnahmen vor, die einen „planmäßigen" Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft gewährleisten, aber die Machtpositionen der Monopolherren und der Junker nicht antasten sollten.

Dieses Programm war ein Versuch der rechten sozialdemokratischen Führer, der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, die zum ersten Mal in der Praxis den Weg zur Eroberung der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse gezeigt hatte, einen sogenannten dritten Weg, einen Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus, entgegenzustellen. Dieser Konzeption lag die revisionistische Auffassung zugrunde, die Arbeiterklasse könne dem gesetzmäßigen Kampf zwischen dem Neuen und dem Alten, dem revolutionären Kampf mit der imperialistischen Bourgeoisie um die Macht ausweichen und ohne sozialistische Revolution und ohne Diktatur des Proletariats, auf dem Wege der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, das heißt auf dem Wege der Zusammenarbeit mit den Ausbeuterklassen, friedlich in den Sozialismus hineinwachsen. Die Orientierung auf bürgerliche Demokratie und parlamentarische Wahlen konnte nicht zum Sozialismus führen. Sie bedeutete, die Arbeiterklasse den Interessen der imperialistischen Bourgeoisie unterzuordnen, denn auch der bürgerlich-demokratische Staat ist nur eine der Formen ihrer Klassenherrschaft, ihr Machtinstrument zur Niederhaltung der Arbeiterklasse. Die antikommunistische Politik des dritten Weges war eine arbeiterfeindliche und antinationale Politik, die angesichts der bevorstehenden Niederlage des kaiserlich-imperialistischen Deutschlands und der heranreifenden revolutionären Krise nur dazu dienen konnte, die Arbeiterklasse von der Revolution abzulenken und die Herrschaft der deutschen Imperialisten und Militaristen vor dem Ansturm der Volksmassen zu bewahren.

In der USPD, deren politische Zusammensetzung sowohl in der Führung als auch in der Mitgliedschaft sehr unterschiedlich war, hatte

[47] Vorwärts (Berlin), 23. Mai 1918.

sich nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution die Differenzierung zwischen der zentristischen Parteiführung und den proletarischen Mitgliedermassen verstärkt. In den örtlichen und den bezirklichen Organisationen begann sich ein proletarisch-revolutionärer Flügel herauszubilden, zu dem sich auch Mitglieder der Parteileitung wie Ernst Däumig, Adolph Hoffmann und Georg Ledebour zählten. Die Anhänger dieser Strömung bekannten sich zur Oktoberrevolution und zum proletarischen Internationalismus. Sie hatten jedoch nicht immer klare Vorstellungen darüber, wie der Kampf gegen den Krieg geführt werden sollte. Nach der Niederlage des Januarstreiks waren es vor allem die linken Kräfte in der USPD, die das illegale System der politischen Betriebsvertrauensleute und der revolutionären Obleute wiederherstellten und ausbauten. Sie verstärkten, häufig in Zusammenarbeit mit Spartakusanhängern, die Antikriegsarbeit in den Betrieben, in der Armee und in der Flotte und waren wesentlich an den Massenaktionen gegen den Krieg beteiligt, die im Sommer 1918 erneut anwuchsen.

In der Leitung der USPD hatten solche zentristischen Führer wie Hugo Haase, Rudolf Hilferding, Karl Kautsky, Heinrich Ströbel und andere den bestimmenden Einfluß. Obwohl auch sie in Aufrufen, Versammlungen und Reichstagsreden Sympathieerklärungen für Sowjetrußland abgaben und sich gegen die barbarische Kriegführung des deutschen Imperialismus und Militarismus und seine Unterdrükkungspolitik in den besetzten Ostgebieten wandten, verstanden sie die Probleme der sozialistischen Revolution in Rußland nicht. Die „Leipziger Volkszeitung", die damals das größte und bedeutendste Organ der USPD war, informierte ausführlich, soweit die Zensur es zuließ, über die Vorgänge in Sowjetrußland und veröffentlichte auch zahlreiche Artikel, in denen die Sowjetmacht verteidigt wurde, darunter auch Arbeiten von Franz Mehring und Clara Zetkin. Die Grundhaltung der Zeitung aber wurde durch die Auffassungen der rechten Führer bestimmt, die sich in den Grundfragen von der Politik der Bolschewiki und der Sowjetregierung distanzierten. Die rechten Führer der USPD vermochten die Bedeutung der Erfahrungen der Oktoberrevolution für den Kampf um Frieden und Demokratie in Deutschland nicht zu erkennen.

Der Wortführer dieser Kräfte war Karl Kautsky, der nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution immer offener als Feind der Sowjetmacht und der deutschen und der internationalen revolutio-

nären Arbeiterbewegung hervortrat. Im Frühjahr 1918 veröffentlichte er eine Schrift unter dem Titel „Sozialdemokratische Bemerkungen zur Übergangswirtschaft", in der er von einem angeblich marxistischen Standpunkt aus „beweisen" wollte, daß es im Interesse der Arbeiterklasse am zweckmäßigsten wäre, wenn sich der Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft auf kapitalistischer Grundlage vollzöge. Wenn das Proletariat in dieser Zeit des Übergangs zur Herrschaft käme, hätte es den Sozialismus unter den ungünstigsten Bedingungen durchzuführen, weil die unerläßliche materielle Voraussetzung, die schnelle Entwicklung der Produktivkräfte, nach dem Kriege erheblich eingeengt sein werde. „Unter den Bedingungen der Übergangswirtschaft zur Herrschaft zu kommen", schrieb Karl Kautsky, „braucht also nicht das Ziel unserer Sehnsucht zu sein."[48] Die Arbeiterklasse müsse ihre Aufgabe zunächst darin sehen, mit Hilfe einer durch allgemeine, gleiche und direkte Wahlen geschaffenen demokratischen Staatsgewalt energisch in die Übergangswirtschaft einzugreifen, um die krassesten Auswüchse der Anarchie der kapitalistischen Warenproduktion zu unterbinden und die Profite der Großkapitalisten zum Nutzen der Gesamtheit einzuschränken. Das sollte durch Maßnahmen wie Nationalisierung der Berg- und Hüttenwerke sowie der chemischen Industrie, durch Mitbestimmungsrecht gewählter Arbeitervertretungen in den industriellen Gesellschaften und Syndikaten, durch Achtstundentag, Arbeitslosenunterstützung, Arbeitsschutzgesetze und hohe Besteuerung der Besitzenden erreicht werden. Damit versuchte Karl Kautsky der Arbeiterklasse einzureden, daß es angeblich nicht in ihrem Interesse läge, die Kriegsniederlage des deutschen Imperialismus und Militarismus zum Sturz seiner Herrschaft auszunutzen. Er entwickelte in ähnlicher Weise wie die Führer der SPD und der Gewerkschaften Vorschläge für eine „Übergangswirtschaft", die die Machtpositionen der Monopolherren und der Großgrundbesitzer nicht beeinträchtigt hätten.

Als die Sympathie und die Begeisterung für Sowjetrußland in den Reihen der deutschen Arbeiterklasse immer weiter um sich griff, schlug Karl Kautsky im Sommer 1918 dem Parteivorstand der USPD vor, die Angriffe gegen die Bolschewiki und die Spartakusgruppe zu verstärken. Die politische und ideologische Grundlage dafür sollte seine Arbeit „Die Diktatur des Proletariats" bilden, die im August

[48] Karl Kautsky: Sozialdemokratische Bemerkungen zur Übergangswirtschaft, Leipzig 1918, S. 166.

1918 erschien. Darin entstellte er die marxistische Lehre des Staates, der Revolution und der Diktatur des Proletariats und versuchte, Widersprüche zwischen dem Marxismus und der Theorie und Politik W. I. Lenins und der Bolschewiki zu konstruieren. Karl Kautsky ging von einer formalen Gegenüberstellung der Begriffe „Diktatur" und „Demokratie" aus und behauptete, daß jede Diktatur die Aufhebung der Demokratie bedeute. Dabei sprach er von der Demokratie schlechthin, die er mit der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie gleichsetzte. Er versuchte zu beweisen, daß die Arbeiterklasse unter den Bedingungen einer „reinen Demokratie" – das sollte eine „Demokratie" sein, in der die Bourgeoisie das allgemeine Wahlrecht und die Rolle des Parlaments nicht beschränken und der Arbeiterklasse volle demokratische Gleichberechtigung gewähren würde – friedlich, auf dem Wege der Wahlen, die Mehrheit gewinnen und die politische Macht erobern könne. Auch für das zur Macht gelangte Proletariat, erklärte er, bestehe nicht die mindeste Veranlassung, diese Demokratie und das allgemeine Stimmrecht anzutasten. Von dieser angeblich marxistischen Warte aus griff er die Bolschewiki an und verurteilte vor allem die Übernahme der Macht durch die Sowjets und die Auflösung der Konstituierenden Versammlung. Da der Rätegedanke auch unter den deutschen Arbeitern bereits Fuß gefaßt hatte, war Karl Kautsky bereit, die Sowjets als Kampforgane der Arbeiterklasse anzuerkennen. Sie hätten jedoch nicht, wie in Rußland, die Macht übernehmen und zu Staatsorganisationen werden dürfen, weil damit die „Demokratie" beseitigt worden sei. So stellte Karl Kautsky der Diktatur des Proletariats die opportunistische Phrase von der „reinen Demokratie" entgegen. Dabei „vergaß" er jedoch die für jeden Marxisten selbstverständliche Tatsache, daß es in einer in Klassen gespaltenen Gesellschaft keine „reine Demokratie" geben kann, daß auch die demokratischste bürgerliche Republik ein Machtinstrument der Bourgeoisie zur Unterdrückung des Proletariats ist. Karl Kautsky trug wesentlich dazu bei, den Klassencharakter der bürgerlichen Demokratie als eine der Formen der Diktatur der Großbourgeoisie zu verschleiern und die Illusion zu erwecken, daß die Arbeiterklasse ohne proletarische Revolution und ohne Zerschlagung des alten bürgerlichen Staatsapparates, auf dem Wege parlamentarischer Wahlen friedlich in den Sozialismus hineinwachsen könne. Damit lieferte er den Opportunisten aller Schattierungen eine pseudo-marxistische Begründung für die Politik des sogenannten dritten Weges, die Politik,

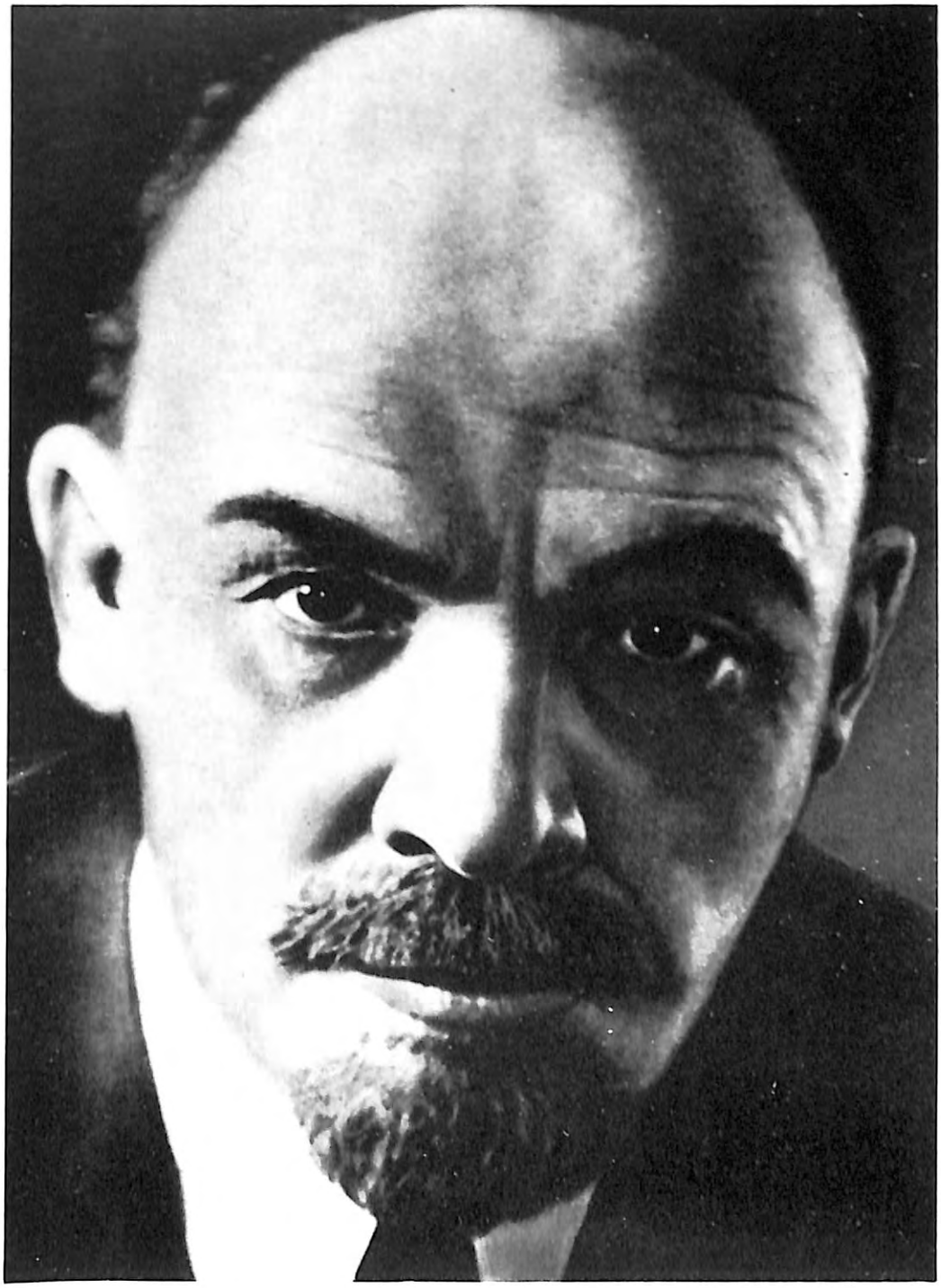
die letzten Endes auf ein Paktieren mit der imperialistischen Bourgeoisie gegen die Interessen der Arbeiterklasse und der Nation hinauslief. Karl Kautsky hatte sich zu einem der Hauptvertreter des Revisionismus und des Antibolschewismus entwickelt.

Die marxistischen deutschen Linken traten, getreu dem proletarischen Internationalismus und ihrer nationalen Aufgabe in Deutschland, der Schlammflut antisowjetischer Lügen und Verleumdungen entgegen. Sie verteidigten die Große Sozialistische Oktoberrevolution, begannen sich mit deren Grundfragen auseinanderzusetzen, wandten die Lehren der Revolution auf den Klassenkampf in Deutschland an und vollzogen in diesem Prozeß eine Wendung zum Leninismus. Das war jedoch bei der lockeren Verbindung der Spartakusgruppe und der anderen Linken keine einheitliche und gleichmäßige Entwicklung. Ihre Anhänger kämpften illegal und wurden von der Reaktion verfolgt und gehetzt. Ein Teil ihrer hervorragenden Führer war eingekerkert. Unter diesen Bedingungen, im ständigen Kampf gegen die bürgerliche und opportunistische Ideologie, verlief der Klärungsprozeß differenziert und widerspruchsvoll.

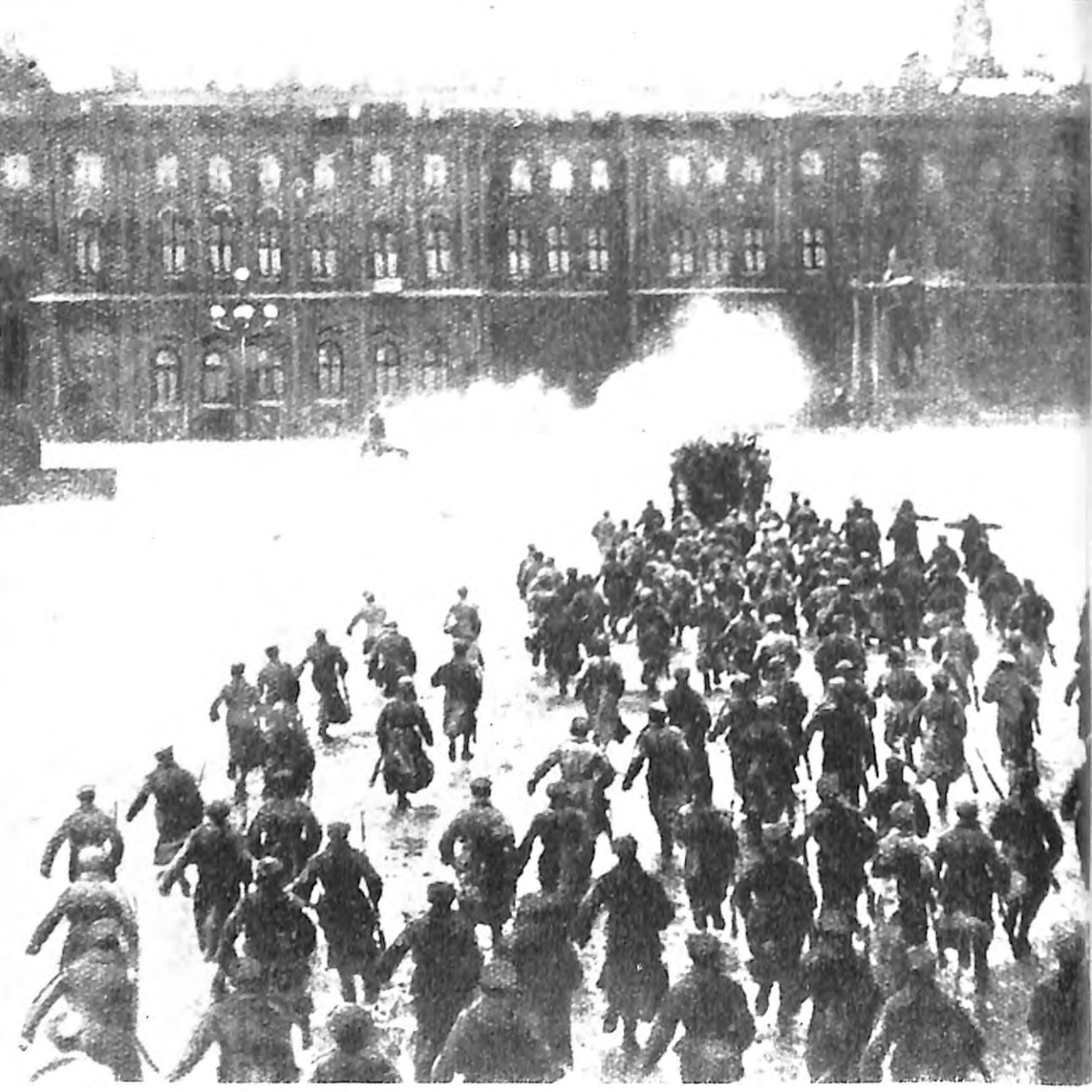
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die in der Abgeschlossenheit ihrer Kerkerzellen nur spärliche Nachrichten erhielten, verfolgten mit leidenschaftlicher Anteilnahme und tiefer Sorge die großen Anstrengungen der Arbeiterklasse Rußlands und der Partei der Bolschewiki im Kampf gegen die Intervention des deutschen und des internationalen Imperialismus und für die Festigung der Sowjetmacht. Im Mai 1918 schrieb Karl Liebknecht, daß es für Sowjetrußland vor allem notwendig sei, „sich so schnell wie möglich handfeste Machtmittel zu verschaffen, die hinreichen ... dem *deutschen Imperialismus* eine Parole zu bieten – sich seinem Würgegriff zu entziehen", um „die Dauer des sozialistischen Regimes zu sichern und ihm die Durchführung seiner sozialen Aufgaben zu ermöglichen, damit es als Vorbild und Pionier für das Proletariat der anderen Länder der sozialen Weltrevolution die Bahn bereiten kann; die Bahn, auf der als erstes und schwerstes Hindernis der deutsche Imperialismus liegt".[49]

Auch Rosa Luxemburg, die die deutschen Arbeiter und Soldaten zur Verteidigung Sowjetrußlands, zum „Aufstand im Rücken des deutschen Imperialismus"[50] aufrief, bekannte sich entschieden zur Partei der Bolschewiki. In einer Arbeit, die sie während ihrer Gefängnishaft

[49] Karl Liebknecht: Zu Rußland. In: Ausgewählte Reden, Briefe und Aufsätze, S. 465.
[50] Spartakusbriefe, S. 460.



W. I. Lenin



Sturm auf das Winterpalais in Petrograd, 7. November 1917
(Aufnahme aus dem Film „Oktober – 10 Tage, die die Welt erschütterten")



Gemälde N. J. Ossenjews „Das erste Wort der Sowjetmacht."
Verkündung des „Dekrets über den Frieden"



Verbrüderung deutscher und russischer Soldaten an der Ostfront, 1917



Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens zwischen Vertretern der Mittelmächte und Sowjetrußlands, 15. Dezember 1917



Streikende Munitionsarbeiter vor dem Gewerkschaftshaus in Berlin, Januar 1918

Wir sind in die letzte Periode des Krieges eingetreten. Nach 50 Monaten zeigt sich sein Werk so, wie es nach unserer Auffassung sein mußte: Auf der einen Seite die Masse derjenigen, die diese lange Zeit in den Schützengräben verbluteten, Leib und Leben, ihr Blut und ihre Gesundheit opferten, um „das Vaterland" zu verteidigen, die weil der Krieg selbst das wenige, was sie vom Vaterland hatten, ihre Familien, ihre wirtschaftliche Existenz, vernichtete. auf der anderen Seite die Schar derer, die zu Hause in Behaglichkeit sitzen, die Konjunktur des Krieges ausnutzten, den Proletariern an der Front und deren Klassengenossen zu Hause in Kriegslieferungen, mit Lebensmittelwucher das Geld aus der Tasche zu stehlen.

Dieses Resultat des Krieges hat in allen Ländern der Welt nicht nur die objektiven Grundlagen der Revolution verstärkt, sondern den Zeitpunkt des unmittelbaren Beginnens der Revolution herangeführt. Für Deutschland kommt noch ein besonderes hinzu.

Dieser Krieg, mit der frechsten Lüge der Weltgeschichte — der vom „schmählichen Ueberfall" — begonnen, sieht endlich nach vierjähriger Häufung von Lüge auf Lüge das deutsche Proletariat gegenüber der nackten Tatsache: **daß Deutschlands Imperialismus politisch und militärisch vernichtend geschlagen ist.**

Das Uebermaß dieses Leidens und der schimpfliche Mißbrauch mit der Gutgläubigkeit der Proletarier hat aber in Deutschland bereits über den Zeitpunkt des Beginns revolutionärer Kämpfe hinausgeführt.

Sie haben in der Armee begonnen. Massenweise Desertionen, unzählige Scharen von Urlaubern, die mit großer Verspätung oder überhaupt nicht an die Front zurückkehren, bataillons- und divisionsweises Ueberlaufen beweisen, daß die Soldaten begonnen haben ihr Joch abzuwerfen, daß die Armee, das wichtigste Werkzeug der Reaktion, zerbricht.

Diese erste Regung der Revolution findet aber schon die Konterrevolution auf dem Posten. Mit der Einräumung scheinbarer Rechte sucht sie, da die Gewaltmittel versagen, die Bewegung einzudämmen; Parlamentarisierung und preußisches Wahlrecht sollen das Proletariat geneigt machen, weiter zu dulden und so, wenn schon der Raubzug nach außen mißglückt ist, der Bourgeoisie die Früchte des Diebstahls am eigenen Volke sichern, und die schwankende Krone Wilhelm II. und der übrigen souveränen Herren Deutschlands zu schützen. In diesem Bestreben haben sie die freundwillige Unterstützung jener Sozialisten gefunden, deren Geschäft seit dem 4. August 1914 ist, das Vertrauen, das sie aus Friedenszeiten her in den Volksmassen besaßen, der Junker- und Kapitalistenbande zur Verfügung zu stellen, damit sie um so unbesorgter das Volk belügen und bestehlen konnten. Sie, die am 4. August 1914 erklärten, daß sie das „Vaterland" — will heißen das Vaterland der Kapitalisten und Junker — gegenüber dem äußeren Feinde nicht im Stiche lassen, lassen es auch gegenüber dem Andrängen der Proletariermassen nicht im Stich. In der Person Scheidemanns und Bauers haben sie ihre Agenten in die Regierung entsandt, um dort unter Führung des Prinzen Max von Baden den Fürsten ihre Throne und den Kapitalisten ihre Kassenschränke zu retten.

Darüber hinaus aber und gemeinsam mit ihren Klassengenossen in den „feindlichen" Ländern, die in einer ähnlichen Gefahr sich befinden, versuchen die deutschen Kapitalisten und Junker ein neues Lügengewebe um das Proletariat zu stricken. Sie, die Wilhelm II., Poincaré, Lloyd George, Wilson und alle anderen kleineren Götter, die vier Jahre lang ihre Völker abschlachten ließen, verwandeln sich mit einem Male in die Hohenpriester eines Völkerbundes. Der Sinn der Heuchelei ist klar. Geschwächt an Kapital und an Kanonenfutter, wie die imperialistischen Staaten aus diesem Kriege hervorgehen, sind sie auf eine Reihe von Jahren außerstande, Kriege zu führen und haben nur eines zu fürchten: daß der Proletarier selbst den Willen zeige, mit eigener Tat die Quelle künftiger Kriege zu verstopfen. Um diesen Willen und diese Energie einzuschläfern, erfindet man den „Völkerbund", in dem sich in Wirklichkeit nur die Mörder dieses Krieges verbrüdern und der nichts anderes ist, als die heilige Allianz von vor hundert Jahren, in der sich gleichfalls die Monarchen verbanden, um den Frieden zu sichern, mit dem Erfolge, daß das 19. Jahrhundert mit Blut getränkt war, wie keines zuvor.

In Anbetracht dieser Lage überhaupt, in Deutschland im besonderen ergeben sich sich für das Proletariat folgende Aufgaben:

I. Nachdem die Soldaten an der Front unter so viel schwierigeren Umständen — dem Druck der Kriegsjahre — den revolutionären Kampf begonnen haben, ist es Pflicht der Massen zu Hause, den Brüdern an der Front nicht nur nicht in den Rücken zu fallen, sondern mit aller Macht diesen Kampf zu unterstützen und aufzunehmen.

Das Volk hat dies umsomehr zu tun, als es von den parlamentarischen Vertretern der Arbeiterschaft,

nach deren Haltung gegenüber dem Matrosenstreik im vorigen Jahre und nach deren Haltung in der jetzigen Situation, in der sie für Parlamentarismus, Völkerbund und,

Aufruf an die Bevölkerung, beschlossen von der Reichskonferenz der Spartakusgruppe am 7. Oktober 1918 in Berlin

preußisches Wahlrecht schwärmen und sich so zu wenn auch unfreiwilligen Förderern der Reaktion machen,

nichts zu erwarten hat.

Unbekümmert um Gesetze und Verordnungen der kommandierenden Generale muß das Proletariat mit allen Mitteln verlangen.

1. unverzügliche Freilassung all derer, die für die Sache des Proletariats in den Gefängnissen und Zuchthäusern, sei es in Schutzhaft oder in Strafhaft, schmachten, Befreiung aller Soldaten, die wegen militärischer und politischer Vergehen verurteilt sind. Entlassung aller Soldaten, die aus politischen Gründen eingezogen sind oder im Heere zurückbehalten werden; Aufhebung aller Beschränkungen, die aus politischen Gründen über Soldaten verhängt wurden,
2. Die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes,
3. Die sofortige Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes.

II. Darüber hinaus hat das Proletariat zu fordern:

1. Annullierung sämtlicher Kriegsanleihen ohne jede Entschädigung;
2. Enteignung des gesamten Bankkapitals, der Bergwerke und Hütten wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit, Festsetzung von Mindestlöhnen.
3. Enteignung alles Groß- und Mittelgrundbesitzes; Uebergabe der Leitung der Produktion an Delegierte der Landarbeiter und Kleinbauern.
4. Durchgreifende Umgestaltung des Heerwesens, nämlich:
   a) Verleihung des Vereins- und Versammlungsrechts an die Soldaten in dienstlichen und außerdienstlichen Angelegenheiten,
   b) Aufhebung des Disziplinarstrafrechtes des Vorgesetzten, die Disziplin wird durch Soldatendelegierte aufrecht erhalten,
   c) Abschaffung der Kriegsgerichte,
   d) Entfernung von Vorgesetzten auf Mehrheitsbeschluß der ihnen Untergebenen.
5. Abschaffung der Todesstrafe und der Zuchthausstrafe für politische und militärische Vergehen.
6. Uebergabe der Lebensmittelverteilung an Vertrauensleute der Arbeiter.
7. Abschaffung der Einzelstaaten und Dynastien.

Proletarier! Die Erreichung dieser Ziele bedeutet noch nicht die Erreichung Eures Zieles! Sie sind der Prüfstein dafür, ob die Demokratisierung, die die herrschenden Klassen und deren Agenten, Euch vorflunkern, echt ist.

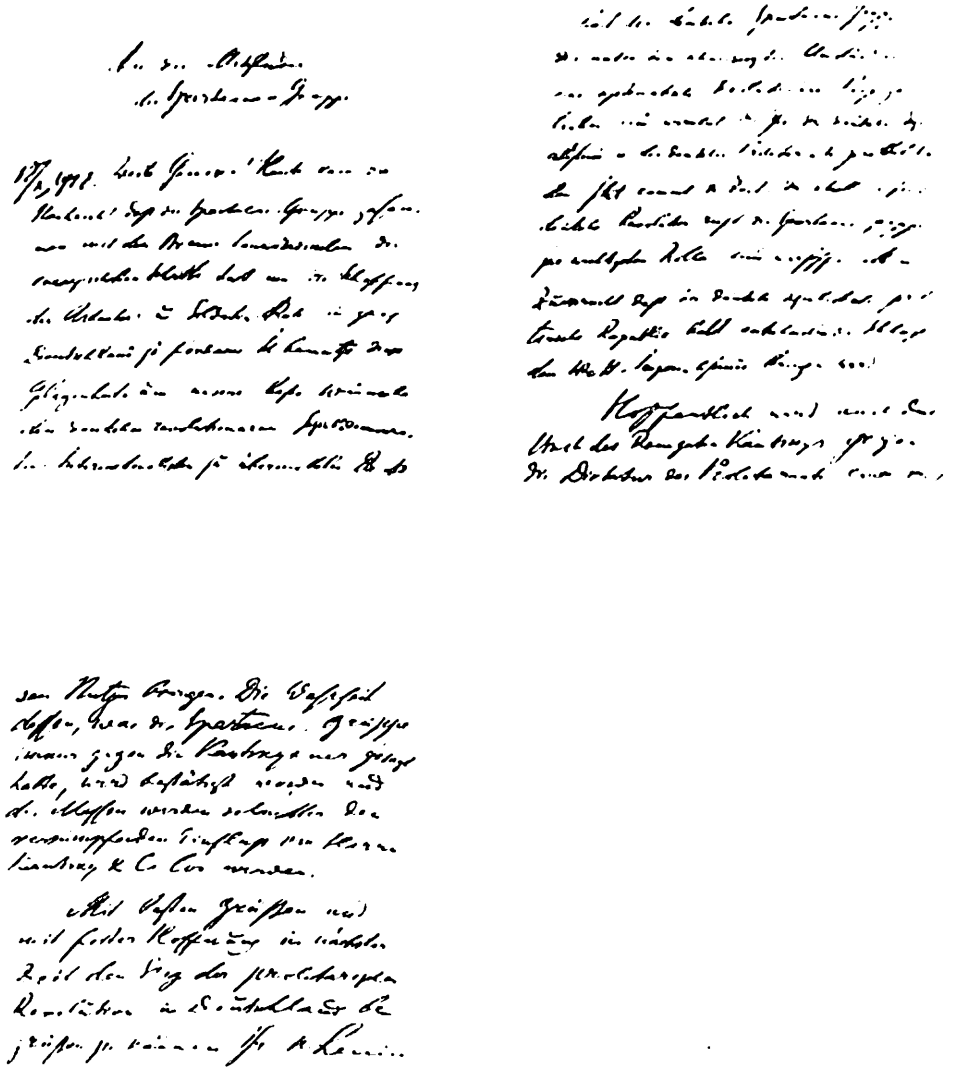
Der Kampf um die wirkliche Demokratisierung geht nicht um Parlament oder Wahlrecht oder Abgeordnetenminister und anderen Schwindel: er gilt den realen Grundlagen aller Feinde des Volkes! Besitz an Grund und Boden, an Kapital, Herrschaft über die bewaffnete Macht und über die Justiz.

Das alte Gebäude der Kapitalistenherrschaft ist morsch geworden.

Proletarier! Nach 50 Monaten des Leidens ist jetzt Eure Stunde gekommen. Zeigt Euch ihrer würdig. Seht auf Eure Brüder in Rußland! Seht auf Eure Brüder an der Front Den Frieden und mit ihm das Brot, das Euch die Besitzenden nicht geben können, müßt Ihr selbst jetzt holen für Euch, für Eure Kinder, für Eure Brüder auf der ganzen Welt!

Es lebe die soziale Revolution!
Es lebe der Frieden der Völker!
Nieder die Regierung!
Tod dem Kapitalismus!

Die Gruppe Internationale (Spartacusgruppe).
Die Linksradikalen Deutschlands.



Brief W. I. Lenins an die Mitglieder der Spartakusgruppe

im September 1918 anfertigte, setzte sie sich mit den Grundfragen der Oktoberrevolution auseinander. Sie schrieb darin: „Die Lenin-Partei war die einzige, die das Gebot und die Pflicht einer wirklich revolutionären Partei begriff, die durch die Losung: alle Macht in die Hände des Proletariats und des Bauerntums, den Fortgang der Revolution gesichert hat.

Die Bolschewiki haben auch sofort als Zweck dieser Machtergreifung das ganze und weitgehendste revolutionäre Programm aufgestellt: nicht etwa Sicherung der bürgerlichen Demokratie, sondern Diktatur des Proletariats zum Zwecke der Verwirklichung des Sozialismus. Sie haben sich damit das unvergängliche geschichtliche Verdienst erworben, zum ersten Mal die Endziele des Sozialismus als unmittelbares Programm der praktischen Politik zu proklamieren. Was eine Partei in geschichtlicher Stunde an Mut, Tatkraft, revolutionärem Weitblick und Konsequenz aufzubringen vermag, das haben die Lenin, Trotzki und Genossen vollauf geleistet. Die ganze revolutionäre Ehre und Aktionsfähigkeit, die der Sozialdemokratie im Westen gebrach, war in den Bolschewiki vertreten. Ihr Oktoberaufstand war nicht nur eine tatsächliche Rettung für die russische Revolution, sondern auch eine Ehrenrettung des internationalen Sozialismus."[51]

In einigen Fragen aber verstand Rosa Luxemburg die Taktik der Bolschewiki nicht, da sie einige fehlerhafte theoretische Anschauungen noch nicht überwunden hatte. Außerdem mußte sie ihre Arbeit unter den Bedingungen der Haft, abgeschlossen von der revolutionären Bewegung und ohne genügende Kenntnis der revolutionären Ereignisse in Rußland, der Reden W. I. Lenins und der Dokumente der Sowjetregierung, schreiben. So kritisierte sie die Bolschewiki in der nationalen Frage, weil sie die Notwendigkeit der Anwendung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen nicht verstand. In den Fragen der Bündnispolitik sprach sie sich gegen die Aufteilung des Großgrundbesitzes an die Bauern und für die Bildung sozialistischer landwirtschaftlicher Großbetriebe aus und war der Ansicht, daß die Oktoberrevolution auch die Groß- und Mittelbauern hätte enteignen müssen. Sie erkannte auch noch nicht, daß die Sowjetmacht eine höhere Form der Demokratie verkörperte als das parlamentarische System.

[51] Rosa Luxemburg: Die Russische Revolution. Eine kritische Würdigung. Aus dem Nachlaß von Rosa Luxemburg. Herausgegeben und eingeleitet von Paul Levi, o. O. 1922, S. 80/81.

Daher billigte sie zwar die Auflösung der alten reaktionären Konstituierenden Versammlung, war aber der Meinung, daß an deren Stelle eine neue hätte gewählt werden müssen. Auch der Beschränkung der demokratischen Rechte und Freiheiten für die gestürzten Ausbeuterklassen und ihre Lakaien stand sie zunächst ablehnend gegenüber. Rosa Luxemburg korrigierte jedoch sehr bald in einer Reihe von Fragen ihre falschen Auffassungen, als sie, durch die Revolution aus dem Gefängnis befreit, sich gründlich über die Politik der Bolschewiki informieren und ihren Standpunkt an den Erfahrungen der revolutionären Kämpfe in Deutschland überprüfen konnte. Was sie in der Haft geschrieben hatte, erschien nun, wie Leo Jogiches gegenüber Clara Zetkin äußerte, als „ein erster, tastender und noch unfertiger Versuch, die russische Revolution wissenschaftlich-kritisch zu bewältigen"[52], und Rosa Luxemburg dachte nicht mehr daran, ihre Arbeit zu veröffentlichen. Sie habe ihre „Vorbehalte und Bedenken ... in den wichtigsten Fragen fallenlassen"[53], schrieb Rosa Luxemburg Anfang Dezember 1918 an den polnischen Revolutionär Adolf Warski. Das beweisen ihre Reden und Artikel und vor allem ihr konsequentes revolutionäres Handeln während der Novemberrevolution für die Interessen der Arbeiterklasse und der deutschen Nation. Nach den Worten W. I. Lenins „war sie und bleibt sie ein Adler" und „wird ihr Name in die Geschichte der Arbeiterbewegung der ganzen Welt eingehen".[54]

Von den Führern der Spartakusgruppe, die sich in Freiheit befanden, waren es vor allem Franz Mehring und Clara Zetkin, die dem Verständnis der Leninschen Theorie und Taktik und der darauf begründeten Politik der bolschewistischen Partei und der Sowjetregierung am nächsten kamen. Mit zahlreichen Artikeln in der legalen Presse, die allerdings häufig von der Zensur zusammengestrichen wurden, gaben sie der Arbeiterklasse und dem ganzen deutschen Volk ein wahrheitsgetreues Bild von der welthistorischen Umwälzung in Rußland und vermittelten wichtige Lehren für den Kampf um die nationale und soziale Befreiung in Deutschland.

Bereits Ende November 1917 unternahm Clara Zetkin in dem Ar-

52 Clara Zetkin: Um Rosa Luxemburgs Stellung zur russischen Revolution, Hamburg 1922, S. 9.

53 Adolf Warski: Rosa Luxemburgs Stellung zu den taktischen Problemen der Revolution, Hamburg 1922, S. 7.

54 W. I. Lenin: Notizen eines Publizisten. In: Werke, Bd. 33, Berlin 1963, S. 195.

tikel „Der Kampf um Macht und Frieden in Rußland" den ersten marxistischen Versuch in der revolutionären Publizistik außerhalb Sowjetrußlands, den Charakter, die Ursachen, die Triebkräfte und die Perspektiven der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution darzulegen, die „tiefe, unverwischbare Spuren in die Geschichte graben"[55] werde. In einem Brief an W. I. Lenin schrieb Clara Zetkin: „Mit leidenschaftlichem Interesse, mit angehaltenem Atem verfolge ich die Nachrichten aus Rußland. Dort geht es um der Menschheit große Dinge, dort ist das Leben wert, gelebt zu werden."[56]

In ihrem Brief vom Sommer 1918 an die Konferenz des Reichsausschusses und der Frauenvertreter der USPD legte Clara Zetkin ausführlich und mit grundsätzlicher Klarheit ihre Stellung zur Sowjetmacht dar. Dabei setzte sie sich scharf mit der heuchlerisch als „Kritik" getarnten Antisowjethetze Karl Kautskys auseinander und verteidigte vorbehaltlos die bolschewistische Politik und Taktik, deren internationale Bedeutung sie erkannte. Am Beispiel der Entwicklung Rußlands wies Clara Zetkin den völligen Bankrott der kleinbürgerlichen Konzeption der „reinen Demokratie" nach und bekannte sich mit tiefer Überzeugung zur Diktatur des Proletariats, die „ihre geschichtliche Rechtfertigung" darin habe, „daß sie im Interesse der ungeheuren Mehrzahl des Volkes ausgeübt wird". Sie erklärte sich entschieden für die Macht der Sowjets, „die auf breitester demokratischer Basis beruhen, gesetzgebend, verwaltend und ausführend zugleich sind". „Der ‚Bolschewismus'", schrieb sie, „hat die Staatsmaschinerie des alten Rußland so gründlich zerschlagen, daß sie nicht wieder zusammengeflickt werden kann." Nachdrücklich verteidigte sie auch die energischen revolutionären Maßnahmen der Sowjetmacht gegen die innere und äußere Konterrevolution, weil sich ohne revolutionäre Gewalt „eine proletarische, auf den Sozialismus gerichtete Revolution" nicht durchsetzen könne. Clara Zetkin betrachtete den „heldenhaften Kampf der Bolschewiki zur Verwirklichung des sozialistischen Gesellschaftsideals" als beispielgebend und forderte, daß die in der Revolution „bestätigten Grundsätze und Methoden für die Praxis der so-

55 Clara Zetkin: Der Kampf um Macht und Frieden in Rußland. In: Ausgewählte Reden und Schriften. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. I, Berlin 1957, S. 777.

56 Clara Zetkin: Brief an Wladimir Iljitsch Lenin. In: Ausgewählte Reden und Schriften. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. II, Berlin 1960, S. 41/42.

zialistischen Parteien in allen Ländern ausschlaggebend werden"[57] müßten.

Franz Mehring verteidigte in der Artikelserie „Die Bolschewiki und wir", die im Mai und Juni 1918 in der „Leipziger Volkszeitung" erschien, die Politik der Bolschewiki und der Sowjetregierung. In der Auseinandersetzung mit rechten Führern der SPD und der USPD erinnerte Franz Mehring an die Begeisterung, mit der Karl Marx die Pariser Kommune begrüßt und die Keime des Neuen, die aus ihr hervorgegangen waren, erforscht hatte. „Wenn Marx", so schlußfolgerte er, „diese Anfänge schon mit heller Begeisterung begrüßte, so mag man sich leicht vorstellen, wie er sich zur Sowjetregierung stellen würde." Die Sowjets, erläuterte Franz Mehring, seien die geeigneten Organe der Diktatur des Proletariats, sie gewährten „allen Schichten der arbeitenden Klassen freien Spielraum" und überträfen in der einsichtigen Entschlossenheit und Aktionsfähigkeit, „womit sie ihre revolutionären Maßregeln ausführen, alle revolutionären Regierungen ..., die vor ihnen dagewesen sind".[58]

In seinem „Offenen Brief" an die Bolschewiki vom 3. Juni 1918[59] übermittelte Franz Mehring den „russischen Freunden und Gesinnungsgenossen" die „leidenschaftliche und tiefe Sympathie" der Spartakusanhänger, die in ihnen „die kraftvollen Vorkämpfer der neuen Internationale bewundern". Die Spartakusgruppe habe im schroffsten Gegensatz zur USPD „seit vier Jahren unter den schwierigsten Umständen, auf demselben Boden, mit derselben Taktik gekämpft wie die Bolschewiki". Offen aber bekannte Franz Mehring die Versäumnisse der Spartakusgruppe in der Organisationsfrage. „Nur in einem haben wir uns getäuscht", schrieb er, „nämlich als wir uns nach der Gründung der Unabhängigen – selbstverständlich unter Wahrung unseres selbständigen Standpunktes – ihr organisatorisch anschlossen, in der Hoffnung, sie vorwärts treiben zu können. Diese Hoffnung haben wir aufgeben müssen."[60]

Ungehindert durch die Zensur, deckten die illegal erscheinenden Spartakusbriefe die Unterstützung der rechten sozialdemokratischen Führer für die Kriegspolitik der deutschen Imperialisten auf und wandten sich gegen die Halbheiten der Zentristen. Offen erklärte die

57 Clara Zetkin: Mit Entschiedenheit für das Werk der Bolschewiki. In: Ebenda, S. 8–40.

58 Leipziger Volkszeitung, 10. Juni 1918.

59 Dokument Nr. 11.

60 Dokumente und Materialien ..., Reihe II, Bd. 2, S. 158–162.

Spartakusgruppe, daß die Revolution in Rußland die ureigenste Sache der deutschen Arbeiter sei, die berufen seien, „die Botschaft der Revolution und des Friedens vom Osten nach dem Westen zu tragen". Sie rief die deutschen Arbeiter und Soldaten auf, „dem Sturmwagen des Imperialismus in die Speichen zu fallen".[61]

Wilhelm Pieck arbeitete im Auftrag der Spartakusgruppe an dem revolutionär-sozialistischen Wochenblatt „Der Kampf" in Amsterdam mit, das illegal in Deutschland verbreitet wurde. In zahlreichen Artikeln forderte er die deutschen Arbeiter und Soldaten auf, dem russischen Beispiel zu folgen und im Kampf um den Frieden „mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Revolution des deutschen Proletariats"[62] herbeizuführen.

Über 20 Jahre stand Wilhelm Pieck damals schon in den vordersten Reihen des erbitterten Kampfes gegen die Feinde der Arbeiterklasse und der Nation und hatte sich zu einem führenden Mitglied der Spartakusgruppe, der revolutionären Vorhut der deutschen Arbeiterklasse, entwickelt. Am 3. Januar 1876 als Sohn einer Arbeiterfamilie in Guben geboren, hatte er nach dem Besuch der sechsklassigen Volksschule das Tischlerhandwerk erlernt. Noch während seiner Wanderschaft war er im Juni 1894 in den Deutschen Holzarbeiterverband und im Juli 1895, mit 19 Jahren, in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands eingetreten. Vom Oktober 1896 bis zum April 1910 war Wilhelm Pieck in Bremen als Funktionär des Holzarbeiterverbandes und der Sozialdemokratie sowie als Abgeordneter der Bremer Bürgerschaft tätig gewesen. Er hatte von Anfang an auf dem linken Flügel der Partei gestanden und sich entschieden der revisionistischen Gefahr entgegengestemmt. Vom Vertrauen der Mitglieder getragen, war er im Juni 1906 zum hauptamtlichen Sekretär der Bremer Parteiorganisation gewählt worden. Ab Oktober 1907 hatte er ein halbes Jahr die Reichsparteischule in Berlin besucht, wo Rosa Luxemburg und Franz Mehring zu seinen Lehrern gehört hatten. Im Mai 1910 war Wilhelm Pieck als zweiter Sekretär des Zentralen Bildungsausschusses der Sozialdemokratischen Partei und Sekretär der Reichsparteischule nach Berlin berufen worden. Hier war er in engere Verbindung mit den führenden Genossen der Linken gekommen, hatte sich hervor-

[61] Spartakusbriefe, S. 411 u. 422.

[62] Wilhelm Pieck: Die Lösung, 8. Juni 1918. In: Gesammelte Reden und Schriften. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. I, Berlin 1959, S. 380.

ragend am Kampf gegen die opportunistische Versumpfung beteiligt und bald große Popularität in den Reihen der Berliner Parteiorganisation erworben. Nach Ausbruch des ersten Weltkrieges hatte sich Wilhelm Pieck sofort an die Seite der entschiedensten linken Kräfte um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gestellt. Er war auf der Reichskonferenz der deutschen Linken im März 1915 anwesend und hatte den Druck und die Verbreitung der Zeitschrift „Die Internationale" übernommen. Bei einer von ihm vorbereiteten Friedensdemonstration der Frauen vor dem Reichstag war er Ende Mai 1915 verhaftet und nach seiner Freilassung im Oktober 1915 sofort zum Militärdienst einberufen worden. Während eines kurzen Urlaubs hatte er am 1. Januar 1916 an der Reichskonferenz der Gruppe Internationale in Berlin teilgenommen. Im März 1916 war Wilhelm Pieck an die Westfront gekommen, wo seine Einheit in schweren Kämpfen große Verluste erlitten hatte. Wegen seines mutigen Auftretens gegen den verbrecherischen Krieg war er im August 1917 vor ein Kriegsgericht gestellt worden. Auf dem Militärtransport, mit dem er im Oktober erneut an die Westfront gebracht werden sollte, war es ihm trotz strenger Bewachung gelungen zu fliehen. Illegal in Berlin lebend, hatte er in den Reihen der Spartakusgruppe gekämpft, bis er auf Beschluß ihrer Leitung im Februar 1918 zur revolutionären Antikriegsarbeit nach Holland gegangen war.

Bremer Linken

Eine bedeutende Rolle im Kampf gegen Imperialismus und Krieg spielten die Bremer Linksradikalen unter der Leitung von Johann Knief. Linksradikale Gruppen arbeiteten auch in Hamburg, Hannover und anderen Orten. Die Wochenschrift der Bremer Linken, die „Arbeiterpolitik", behandelte häufig Fragen der Oktoberrevolution und der Politik der Bolschewiki und brachte den deutschen Arbeitern wichtige Reden und Arbeiten W. I. Lenins zur Kenntnis, darunter „Das Militärprogramm der proletarischen Revolution", einzelne Kapitel aus „Staat und Revolution", die „Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes" und „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht". In der „Arbeiterpolitik" vom 15. Dezember 1917 behandelte Johann Knief eine der wichtigsten Lehren der Oktoberrevolution, die Schaffung einer eigenen revolutionären Partei. Der Sieg der Revolution in Rußland und ihre Erfolge seien nur möglich gewesen, „weil in Rußland eine selbständige Partei der Linksradikalen" bestand. Auch für die deutsche Arbeiterklasse bezeichnete er „die Gründung einer eigenen linksradikalen Partei als dringendste

Notwendigkeit".[63] Die Bremer Linken hatten schon 1917 den Anschluß der Spartakusgruppe an die USPD verurteilt und wesentlich früher als führende Spartakusanhänger die Forderung nach dem organisatorischen Bruch mit dem Zentrismus und der Schaffung einer eigenen Partei erhoben. Doch hatten sie noch keine Klarheit über das Wesen und die Rolle einer revolutionären Partei. Die „Arbeiterpolitik" veröffentlichte, besonders im Jahre 1918, nachdem Johann Knief eingekerkert worden war, zahlreiche Artikel, in denen Vertreter der Linksradikalen, erbittert und empört über die arbeiterfeindliche Politik der rechten Führer der SPD und der Gewerkschaften, falsche Auffassungen vertraten. Sie propagierten anarcho-syndikalistische Vorstellungen von einer Einheitsorganisation, die sowohl die Aufgaben einer Partei als auch die der Gewerkschaften übernehmen und nach dem föderalistischen Prinzip aufgebaut sein sollte. Einige Vertreter der Linksradikalen, darunter Paul Frölich, Hamburg, und Felix Schmidt, Hannover, lehnten die Arbeit in den von Reformisten geleiteten Gewerkschaften ab und stellten die schädliche Losung „Heraus aus den Gewerkschaften" auf. Auch einige Spartakusanhänger, zum Beispiel in Düsseldorf, nahmen solch eine falsche Haltung ein. Im Kampf gegen den Krieg und das kaiserlich-imperialistische Regime, vor allem im Januarstreik 1918, standen die Linksradikalen Seite an Seite mit der Spartakusgruppe und stützten sich in der Hauptsache auf deren Losungen. Nach der Niederschlagung des Massenstreiks fand eine Beratung von Vertretern der Spartakusgruppe mit den Linksradikalen in Hamburg statt, auf der gemeinsame Lehren aus dem Streik gezogen wurden. Die linksradikalen Gruppen in Bremen und Hamburg hatten auch Verbindung mit der Auslandsvertretung des ZK der Bolschewiki in Stockholm, von der sie Flugblätter und andere Materialien erhielten.

W. I. Lenin schätzte die revolutionäre Arbeit der deutschen Linken, insbesondere ihrer führenden Kraft, der Spartakusgruppe, hoch ein. In einem Brief an Clara Zetkin vom 26. Juli 1918 schrieb er: „Es freut uns alle in höchstem Maße, daß Sie, Genosse Mehring und andere ‚Spartakusgenossen' in Deutschland ‚mit Kopf und Herz mit uns' sind. Das bringt uns Zuversicht, daß beste Elemente der westeuropäischen Arbeiterschaft uns doch – trotz aller Schwierigkeiten – zu Hilfe kommen werden."[64] Gleichzeitig aber erwiesen W. I. Lenin

[63] Arbeiterpolitik (Bremen), 15. Dezember 1917.

[64] W. I. Lenin: An Clara Zetkin. In: Werke, Bd. 35, Berlin 1963, S. 320.

und die Bolschewiki den revolutionären Kräften in Deutschland wirksame Unterstützung im Kampf gegen den Zentrismus, vor allem gegen die theoretischen Verfälschungen des Marxismus durch Karl Kautsky. W. I. Lenin maß der Auseinandersetzung mit diesen revisionistischen Theorien besondere Bedeutung bei, weil die Auffassungen Karl Kautskys auf große Teile der deutschen und auch der internationalen Arbeiterbewegung wirkten, die in ihm noch immer den marxistischen Theoretiker sahen. Daher veranlaßte W. I. Lenin, daß seine Arbeit „Staat und Revolution" in deutscher Sprache herausgegeben wurde. Ihre ersten Exemplare konnten im Sommer 1918 illegal aus der Schweiz nach Deutschland gebracht werden.

W. I. Lenin schrieb das Werk „Staat und Revolution" im August und September 1917, unmittelbar vor der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. In dieser Situation hatte die Frage des Verhältnisses der sozialistischen Revolution zum Staat nicht nur eine theoretische, „sondern auch eine höchst aktuelle Bedeutung als eine Frage der Aufklärung der Massen darüber, was sie zu ihrer Befreiung vom Joch des Kapitals in der nächsten Zukunft zu tun haben"[65]. Mit dieser Arbeit gab W. I. Lenin der Arbeiterklasse und der Partei in den entscheidenden Fragen eine klare und richtige Orientierung für die bevorstehende Revolution.

In seiner Arbeit „Staat und Revolution" stellte W. I. Lenin in der Auseinandersetzung mit den opportunistischen Entstellungen und Verflachungen die Marxsche Lehre vom Staat wieder her und entwickelte sie an Hand der neuen revolutionären Erfahrungen, insbesondere der Tätigkeit der Sowjets, weiter. Dabei ging er von den Grundgedanken des Marxismus über die historische Rolle und Bedeutung des Staates aus. W. I. Lenin widerlegte die revisionistische These vom „über den Klassen stehenden Staat" und wies nach, daß der Staat „ein Organ der Klassen*herrschaft*, ein Organ zur *Unterdrückung* der einen Klasse durch die andere" ist.[66] Die Hauptwerkzeuge der Gewaltausübung zur Sicherung der Macht der herrschenden Klasse sind das stehende Heer, die Polizei und der Beamtenapparat. Da der Staat mitten im Konflikt der Klassen entstanden ist, „ ‚so ist er in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittelst seiner auch politisch herrschende Klasse wird und so neue Mittel erwirbt zur

[65] W. I. Lenin: Staat und Revolution. In: Werke, Bd. 25, Berlin 1960, S. 396.
[66] Ebenda, S. 399.

Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse'"[67]. Das gilt auch für die demokratische Republik, die „die denkbar beste politische Hülle des Kapitalismus" ist, unter der er seine Macht indirekt, aber um so sicherer ausübt. „Imperialismus und Herrschaft der Banken", betonte W. I. Lenin, behaupten „die Allmacht des Reichtums in jeder beliebigen demokratischen Republik"[68], vor allem durch die Methoden der Zusammenarbeit der Reformisten mit der Bourgeoisie, durch die direkte und indirekte Korruption und durch die Allianz der Regierung mit den Syndikaten und Konzernen. Die opportunistische Anbetung des allgemeinen Stimmrechts als Mittel, den Willen der Mehrheit der Werktätigen wirklich zum Ausdruck zu bringen, bezeichnete er als illusionär.

Die Marxsche Lehre vom Staat, hob W. I. Lenin hervor, „ist untrennbar verbunden mit seiner ganzen Lehre von der revolutionären Rolle des Proletariats in der Geschichte"[69]. Schon im „Manifest der Kommunistischen Partei" hatten Karl Marx und Friedrich Engels nachgewiesen, daß die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft nur auf dem Wege der proletarischen Revolution durch den Sturz der Bourgeoisie und die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse eingeleitet werden kann. Der bürgerliche Staat, die Klassenherrschaft der Bourgeoisie, muß in der Revolution gestürzt und an seiner Stelle der proletarische Staat, die Diktatur des Proletariats, errichtet werden. Voraussetzung dafür ist, daß die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten durch eine revolutionäre Partei geführt werden. Nur unter Führung der Kommunisten ist die Arbeiterklasse fähig, „die Macht zu ergreifen und *das ganze Volk* zum Sozialismus *zu führen*, die neue Ordnung zu leiten und zu organisieren, Lehrer, Leiter, Führer aller Werktätigen und Ausgebeuteten zu sein bei der Gestaltung ihres gesellschaftlichen Lebens ohne die Bourgeoisie und gegen die Bourgeoisie"[70].

In der Auseinandersetzung mit den rechten Opportunisten und den Kautskyanern, die sich eine sozialistische Umgestaltung nicht als revolutionären Sturz der Bourgeoisie vorstellten, sondern als friedliche Unterordnung der Minderheit unter eine parlamentarische Mehrheit, wies W. I. Lenin darauf hin, daß Karl Marx die Lehre vom Klassen-

67 Ebenda, S. 404.
68 Ebenda, S. 405.
69 Ebenda, S. 417.
70 Ebenda, S. 416/417.

kampf konsequent bis zur Lehre von der Diktatur des Proletariats entwickelt hatte. „Wer *nur* den Klassenkampf anerkennt", schrieb er, „ist noch kein Marxist, er kann noch in den Grenzen bürgerlichen Denkens und bürgerlicher Politik geblieben sein ... Ein Marxist ist nur, wer die Anerkennung des Klassenkampfes auf die Anerkennung der *Diktatur des Proletariats erstreckt*."[71]

Ausgehend von den geschichtlichen Erfahrungen in der Epoche des Imperialismus und gestützt auf die Lehren der Revolutionen in Rußland, entwickelte W. I. Lenin die grundlegenden und allgemeingültigen Aufgaben der Diktatur des Proletariats: „Das Proletariat braucht die Staatsmacht, eine zentralisierte Organisation der Macht, eine Organisation der Gewalt sowohl zur Unterdrückung des Widerstands der Ausbeuter als auch zur *Leitung* der ungeheuren Masse der Bevölkerung, der Bauernschaft, des Kleinbürgertums, der Halbproletarier, um die sozialistische Wirtschaft ‚in Gang zu bringen'."[72]

„Wenn aber das Proletariat den Staat als eine *besondere* Organisation der Gewalt *gegen* die Bourgeoisie braucht", schrieb W. I. Lenin, dann ist das nicht denkbar „ohne vorherige Abschaffung, ohne Zerstörung der Staatsmaschine, die die Bourgeoisie *für sich* geschaffen hat."[73] Während die rechten Führer der Sozialdemokratie und die Zentristen die politischen Formen des bürgerlichen parlamentarisch-demokratischen Staates als die unüberschreitbare Grenze betrachteten, hatte bereits Karl Marx nachgewiesen, daß die Arbeiterklasse die bürokratisch-militärische Staatsmaschine der Bourgeoisie nicht einfach übernehmen und für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann, sondern sie zerschlagen und zerbrechen muß. Darin ist, wie W. I. Lenin hervorhob, „die Hauptlehre des Marxismus von den Aufgaben des Proletariats in der Revolution gegenüber dem Staat enthalten"[74]. Sorgfältig analysierte W. I. Lenin die Arbeiten Karl Marx' und Friedrich Engels' über die Pariser Kommune, „die ‚endlich entdeckte' politische Form, durch die man das Zerschlagene *ersetzen* kann und muß"[75]. Seit 1871 hatten Karl Marx und Friedrich Engels einen Staat vom Typus der Pariser Kommune als die spezifische Form der Diktatur des Proletariats bezeichnet. Gestützt auf die Erfahrungen der Re-

71 Ebenda, S. 424.
72 Ebenda, S. 416.
73 Ebenda, S. 417.
74 Ebenda, S. 428.
75 Ebenda, S. 445.

volutionen von 1905 und 1917 in Rußland, entwickelte W. I. Lenin diese Erkenntnisse weiter und begründete, daß unter den neuen Bedingungen die geeignetste Form der Diktatur des Proletariats ein *„Staat der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten"*[76] war.

W. I. Lenin wies nach, daß die Diktatur des Proletariats zur „gewaltigen Erweiterung des Demokratismus" führt, „der *zum erstenmal* ein Demokratismus für die Armen, für das Volk wird".[77] In der kapitalistischen Gesellschaft dagegen ist der Demokratismus „durch den engen Rahmen der kapitalistischen Ausbeutung stets eingeengt und bleibt daher im Grunde genommen stets ein Demokratismus für die Minderheit, nur für die besitzenden Klassen, nur für die Reichen"[78]. Gleichzeitig aber wandte sich W. I. Lenin gegen jegliche Unterschätzung der Demokratie im Befreiungskampf der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten, denn „eine breitere, freiere, offenere *Form* des Klassenkampfes und der Klassenunterdrückung bedeutet für das Proletariat eine riesige Erleichterung"[79] im Kampf um den Sozialismus.

„Das Wesen der Marxschen Lehre vom Staat hat nur erfaßt", schrieb W. I. Lenin, „wer begriffen hat, daß die Diktatur *einer* Klasse nicht nur schlechthin für jede Klassengesellschaft notwendig ist, nicht nur für das *Proletariat*, das die Bourgeoisie gestürzt hat, sondern auch für die ganze *historische Periode*, die den Kapitalismus von der ‚klassenlosen Gesellschaft', vom Kommunismus, trennt... Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus muß natürlich eine ungeheure Fülle und Mannigfaltigkeit der politischen Formen hervorbringen, aber das Wesentliche wird dabei unbedingt das *eine* sein: *die Diktatur des Proletariats*."[80]

Das hervorragende Werk W. I. Lenins „Staat und Revolution" spielte eine wichtige Rolle beim ideologischen Klärungsprozeß in den Reihen der deutschen Linken. Von großer Bedeutung war, daß diese Arbeit noch am Vorabend der Novemberrevolution in Deutschland bekannt wurde, als die Grundfragen des Staates und der Revolution auch für die deutsche Arbeiterbewegung höchst aktuell geworden waren.

76 Ebenda, S. 484.
77 Ebenda, S. 475.
78 Ebenda, S. 473/474.
79 Ebenda, S. 467.
80 Ebenda, S. 425.

Viele Materialien und Dokumente kamen über die Auslandsvertretung des ZK der Bolschewiki in Stockholm und auch über die Internationale Sozialistische Kommission in Stockholm in die Hände der Linken – wie im Juni 1918 die „Thesen über die sozialistische Revolution und die Aufgaben des Proletariats während seiner Diktatur in Rußland" – und unterstützten und erleichterten die revolutionäre Arbeit in Deutschland.

In der neuen weltgeschichtlichen Epoche war angesichts des Heranreifens revolutionärer Krisen in einer Reihe imperialistischer Staaten die Frage der Diktatur des Proletariats zur wichtigsten Frage des ganzen proletarischen Klassenkampfes geworden. Deshalb schrieb W. I. Lenin, bald nachdem die Kautskysche Arbeit „Die Diktatur des Proletariats" erschienen war, das Werk „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky". Darin setzte er sich erneut mit den Entstellungen der marxistischen Staatstheorie durch Karl Kautsky auseinander, dessen sowjetfeindliche Veröffentlichungen die ideologische Verwirrung in der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung noch vertieften. Die Leninsche Arbeit wurde als unmittelbare Hilfe für den Kampf der revolutionären Kräfte in Deutschland und in den westeuropäischen Ländern geschrieben.

Die antimarxistische Konzeption der Kautskyschen Schrift bestand darin, daß sie an Stelle des tatsächlichen unversöhnlichen Klassengegensatzes zwischen Proletariat und Bourgeoisie einen Widerspruch zwischen Demokratie und Diktatur konstruierte und die sogenannte „Theorie des dritten Weges" zwischen Kommunismus und Kapitalismus entwickelte. W. I. Lenin widerlegte diese kleinbürgerlichen, arbeiterfeindlichen Auffassungen und bereicherte die Lehre von der Diktatur des Proletariats durch die Erfahrungen der jungen Sowjetmacht. „Diktatur bedeutet nicht unbedingt", erklärte er, „die Aufhebung der Demokratie für die Klasse, die diese Diktatur über die anderen Klassen ausübt."[81] Die Frage der Diktatur des Proletariats ist daher die Frage nach dem Verhältnis der proletarischen Demokratie zur bürgerlichen Demokratie. Karl Kautsky aber betrachtete bestimmte, historisch bedingte Formen, wie allgemeines Wahlrecht, Parteien und Parlamentarismus, als Demokratie schlechthin, ohne zu untersuchen, welche Klasse die Macht im Staate ausübt. Damit verschleierte er den bürgerlichen Klassencharakter der Demokratie unter

[81] W. I. Lenin: Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky. In: Werke, Bd. 28, S. 233.

der Herrschaft des Kapitalismus. „Es gibt keinen einzigen Staat", schrieb W. I. Lenin, „und sei es auch der demokratischste, wo es in der Verfassung nicht Hintertürchen oder Klauseln gäbe, die der Bourgeoisie die Möglichkeit sichern .... Militär gegen die Arbeiter einzusetzen, den Belagerungszustand zu verhängen u. a. m."[82], wenn diese sich gegen Unterdrückung und Ausbeutung zur Wehr setzen. In einer in Klassen gespaltenen Gesellschaft kann es keine „reine", außerhalb der Klassen stehende Demokratie geben. „‚Reine Demokratie'", betonte W. I. Lenin, „das ist die verlogene Phrase eines Liberalen, der die Arbeiter zum Narren hält. Die Geschichte kennt die bürgerliche Demokratie, die den Feudalismus ablöst, und die proletarische Demokratie, die die bürgerliche ablöst."[83]

W. I. Lenin bewies am Beispiel der Sowjetmacht, daß die proletarische Demokratie – im Gegensatz zur bürgerlichen Demokratie – „für die gigantische Mehrheit der Bevölkerung, für die Ausgebeuteten und Werktätigen, eine in der Welt noch nie dagewesene Entwicklung und Erweiterung der Demokratie gebracht"[84] hatte. Unter der Herrschaft der Sowjets, die die unmittelbare Organisation der werktätigen Massen selbst sind, werden die Deputierten von den Arbeitern und den werktätigen Bauern gewählt, kontrolliert und können jederzeit abberufen werden. Presse- und Versammlungsfreiheit haben aufgehört, Heuchelei zu sein. „Gibt es in der ganzen Welt ... auch nur ein Land", schrieb W. I. Lenin, wo der Arbeiter, der Landarbeiter oder der ländliche Halbproletarier „auch nur annähernd solch eine *Freiheit* genießt, Versammlungen in den besten Gebäuden abzuhalten, solch eine *Freiheit*, über die größten Druckereien und die besten Papierlager zu verfügen, um seine Ideen darlegen und seine Interessen vertreten zu können, solch eine *Freiheit*, gerade Menschen seiner Klasse mit der Leitung und ‚Einrichtung' des Staates zu betrauen, wie in Sowjetrußland?"

W. I. Lenin betonte nachdrücklich: „Die proletarische Demokratie ist *millionenfach* demokratischer als jede bürgerliche Demokratie; die Sowjetmacht ist millionenfach demokratischer als die demokratischste bürgerliche Republik."[85]

Gegenüber der gestürzten Bourgeoisie und den reaktionären Fein-

[82] Ebenda, S. 243.
[83] Ebenda, S. 241.
[84] Ebenda, S. 245.
[85] Ebenda, S. 247.

den aber braucht das Proletariat eine starke Staatsgewalt. W. I. Lenin wies, ausgehend von den Erfahrungen der Sowjetmacht, nach, „daß in jeder tiefgreifenden Revolution ein *langer, hartnäckiger, verzweifelter* Widerstand der Ausbeuter, die eine Reihe von Jahren hindurch große tatsächliche Vorteile gegenüber den Ausgebeuteten bewahren, die *Regel* ist“[86]. Nicht alle Kapitalisten und Gutsbesitzer können sofort enteignet werden; ferner bleiben ihnen das Geld, die Beziehungen, die Kenntnis und die Routine in der Organisation, der Verwaltung und dem Militärwesen, die höhere Bildung und die enge Verbindung mit der leitenden technischen Intelligenz. Insbesondere fördern auch die zahlreichen internationalen Verbindungen der Ausbeuterklassen die innere Konterrevolution, der unvermeidlich auch Teile der politisch am wenigsten entwickelten kleinbürgerlichen Schichten zeitweilig Gefolgschaft leisten. Bei einer „solchen Lage der Dinge, in der Epoche des verzweifelten, verschärften Kampfes, da die Geschichte Fragen des Seins oder Nichtseins jahrhunderte- und jahrtausendealter Privilegien auf die Tagesordnung setzt, ... ist die *gewaltsame* Niederhaltung der Ausbeuter als *Klasse* und folglich eine *Verletzung* der ‚reinen Demokratie‘, d. h. der Gleichheit und Freiheit, *gegenüber* dieser Klasse“[87] unerläßliche Bedingung der Diktatur des Proletariats. Welche Formen dieser Kampf annimmt, hängt vom internationalen Kräfteverhältnis und von den konkreten Bedingungen jedes Landes, vor allem aber auch vom Verhalten der gestürzten Ausbeuterklassen, ab.

In der Auseinandersetzung mit Karl Kautsky, der in seiner Schrift behauptet hatte, daß die Oktoberrevolution unvermeidlich bürgerlichen Charakter haben müsse, weil die Bauernschaft, die die große Mehrheit der Bevölkerung bilde, auf dem Boden der bürgerlichen gesellschaftlichen Verhältnisse stehe, entwickelte W. I. Lenin den Zusammenhang zwischen bürgerlich-demokratischer und sozialistischer Revolution. Er wies nach, daß diese Frage „von den Bolschewiki schon 1905 völlig geklärt worden“ war. Der Verlauf der Revolution im Jahre 1917 habe die Richtigkeit der bolschewistischen Auffassungen bestätigt: „*Zuerst* zusammen mit der ‚gesamten‘ Bauernschaft gegen die Monarchie, gegen die Gutsbesitzer, gegen das Mittelalter (und insoweit bleibt die Revolution eine bürgerliche, bürgerlich-demokratische Revolution). *Dann* zusammen mit der armen Bauernschaft, zu-

[86] Ebenda, S. 252.

[87] Ebenda, S. 253 u. 255.

sammen mit dem Halbproletariat, zusammen mit allen Ausgebeuteten *gegen den Kapitalismus*, einschließlich der Dorfreichen, der Kulaken, der Spekulanten, und insofern wird die Revolution zu einer *sozialistischen* Revolution." Den Versuch Karl Kautskys, „künstlich eine chinesische Mauer zwischen dieser und jener aufzurichten", bezeichnete W. I. Lenin als „Vulgarisierung des Marxismus". Er begründete, daß beide Revolutionen durch nichts anderes voneinander getrennt sind „als durch den Grad der Vorbereitung des Proletariats und den Grad seines Zusammenschlusses mit der Dorfarmut".[88] Damit arbeitete W. I. Lenin die Kernfrage des Hinüberwachsens der bürgerlich-demokratischen in die sozialistische Revolution heraus.

In seinem Werk „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky" entwickelte W. I. Lenin zum ersten Mal in größerem Umfang die grundlegenden, allgemeingültigen Lehren der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution sowie die Erfahrungen der Sowjetmacht für die internationale Arbeiterbewegung und begründete, „daß der Bolschewismus den richtigen Weg zur Rettung vor den Schrecken des Krieges und des Imperialismus gewiesen hat, daß sich der Bolschewismus *als Vorbild der Taktik für alle eignet*"[89]. Während die II. Internationale, vom Opportunismus zerfressen, in den Prüfungen des ersten Weltkrieges zusammengebrochen war, hatte der Bolschewismus „die ideologischen und taktischen Grundlagen für die III. Internationale, die wirklich proletarische und kommunistische Internationale, *geschaffen*, die sowohl die Errungenschaften der friedlichen Epoche berücksichtigt als auch die Erfahrungen der *bereits angebrochenen Epoche der Revolutionen*"[90].

Noch vor der Fertigstellung seiner Arbeit veröffentlichte W. I. Lenin am 11. Oktober 1918 einen Artikel zu demselben Thema in der „Prawda", um die Auseinandersetzung mit dem Kautskyanertum in der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung zu beschleunigen. Mit allem Nachdruck wies W. I. Lenin darin auf die Notwendigkeit des Bruchs mit den Zentristen hin und bezeichnete das Fehlen revolutionärer proletarischer Kampfparteien in der europäischen Arbeiterbewegung als „ein großes Unglück und eine große Gefahr"[91]. Sehr bald kam dieser Artikel, in deutscher Sprache gedruckt, aus der

88 Ebenda, S. 300/301.
89 Ebenda, S. 294.
90 Ebenda, S. 293.
91 Ebenda, S. 103.

Schweiz nach Deutschland und wurde unter den revolutionären Kräften verbreitet.

Der Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und die Hilfe W. I. Lenins beschleunigten im Zusammenhang mit den Erfahrungen des Klassenkampfes in Deutschland den ideologischen Klärungsprozeß in den Reihen der Linken und führten auch zu einer Verstärkung der organisatorischen Arbeit. Trotz der schweren Bedingungen der Illegalität war es den führenden Genossen der Spartakusgruppe, vor allem Ernst Meyer und Hugo Eberlein, gelungen, die durch die Verhaftungen im März 1918 zerrissenen Kontakte wiederherzustellen. In mühevoller Arbeit hatte die Leitung der Spartakusgruppe ein Netz von Verbindungen zu Städten und Industriegebieten im ganzen Lande geschaffen. Sie stützte sich jeweils auf einen Vertrauensmann, der das Propagandamaterial und die Flugblätter empfing, für deren Verteilung sorgte und der Leitung über die Tätigkeit der Spartakusgruppe am Ort, über die Lage in der Stadt, in den Betrieben und über die Stimmung unter der Arbeiterbevölkerung berichtete. Die örtlichen Gruppen, die meist verhältnismäßig klein und organisatorisch noch nicht zusammengefaßt waren, hatten die Aufgabe, Verbindungen zu Betrieben und Kasernen herzustellen. Dabei arbeiteten sie mit vielen auf dem linken Flügel der USPD stehenden Mitgliedern und Funktionären zusammen. In verschiedenen Stadtteilen Berlins und in einigen Vororten bestanden starke illegale Gruppen, die die revolutionäre Tätigkeit der Spartakusanhänger leiteten. Eine wichtige Rolle spielten die Spartakusgruppen in den Druckereibetrieben des Berliner Zeitungsviertels, in denen zeitweilig viele Flugblätter und andere Materialien hergestellt werden konnten. Die Führung der Spartakusgruppe hatte unter Leitung von Otto Franke einen illegalen Kurier- und Transportdienst aufgebaut, der die Verbindungen aufrechterhielt und das Propagandamaterial beförderte.

Unter den Auswirkungen der militärischen Rückschläge an der Westfront und des Kriegs- und Hungerregimes in der Heimat entwickelte sich die revolutionäre Krise seit dem Sommer 1918 in schnellem Tempo. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands verschärften sich außerordentlich. Mitte Juni wurden die Lebensmittelrationen erneut herabgesetzt. Im Düsseldorfer Industriegebiet gingen die Zuteilungen an Brot von 4 auf 3½ Pfund und an Kartoffeln von 7 auf 5 Pfund je Person und Woche zurück. Bei Fleisch konnten statt der vorgesehenen 250 Gramm kaum noch 125 Gramm und bei Speise-

fetten nur noch 62½ Gramm wöchentlich geliefert werden. Im Schleichhandel aber kostete ein Pfund Butter 22 Mark. Obwohl die Maschinen in der Rüstungsindustrie des Ruhrgebietes auf Hochtouren liefen, war der tägliche Ausstoß an Kriegsmaterial um 30 bis 40 Prozent gesunken. Hunger und Krankheiten hatten die Kräfte der Arbeiter, vor allem der vielen Frauen, die in den Betrieben arbeiteten, untergraben.

Der Belagerungszustand wurde immer brutaler gehandhabt, die Pressezensur verschärft, Arbeiterversammlungen wurden verboten. Immer schrankenloser herrschte die Unternehmerwillkür in den Betrieben. Dennoch konnte die Spartakusgruppe in Zusammenarbeit mit den revolutionären Obleuten die illegale Arbeit in den Betrieben verstärken und die Beschaffung von Waffen organisieren. In Aufrufen und Flugblättern[92], die wieder in größerer Zahl in Fabriken und Wohnhäusern, in Kasernen und Lazaretten verbreitet wurden, erklärte die Spartakusgruppe, daß es den ersehnten Frieden „nur auf den Trümmern der heutigen Regierung, der Militärdiktatur, der Monarchie, des Imperialismus geben werde". Sie rief die Arbeiter und Soldaten auf, sich zu erheben und „die ganze Gewalt in die Hände der Arbeiterräte" zu legen, „der Gewählten von der proletarischen Masse, wie in Rußland, dann können wir sofort Frieden schaffen, dauerhaften Frieden, bei dem die geplagten Völker aufatmen werden".[93]

Unter dem Einfluß der Spartakusgruppe und der anderen linken Kräfte begann eine neue Welle von Massenaktionen und Streiks, an denen sich auch die Frauen und die Arbeiterjugend hervorragend beteiligten. Im Frühjahr 1918 vereinigten sich der unter Führung der Spartakusgruppe arbeitende Berliner Jugendbildungsverein und die unter dem Einfluß der USPD entstandene „Vereinigung Arbeiterjugend" zur „Freien Jugend Groß-Berlin". Am 5. Mai 1918, dem 100. Geburtstag von Karl Marx, veranstaltete die neue Jugendorganisation im Walde von Stolpe bei Berlin eine illegale Gedenkkundgebung, an der mehr als 2000 Jugendliche teilnahmen. Sie wurden aufgerufen, dem Beispiel der Arbeiter und Bauern Rußlands zu folgen, die in ihrem großen Lande begonnen hatten, die Lehren von Karl Marx in die Tat umzusetzen. Als die Kundgebung mit dem Appell „Macht's wie die Russen! Nieder mit dem Krieg! Es lebe die Revo-

92 Dokument Nr. 12.

93 Dokumente und Materialien . . ., Reihe II, Bd. 2, S. 176.

lution!"[94] zu Ende ging, überfiel Polizei die Veranstaltung, beschlagnahmte Fahnen und verhaftete einige der Teilnehmer. Doch die empörten Jugendlichen zogen geschlossen hinter dem Polizeikommando her und erzwangen schließlich die Freilassung der Verhafteten.

Auch in den großen Industriestädten an der Wasserkante und in den anderen Teilen Deutschlands begann die revolutionäre Arbeiterjugend ihre Organisationen, die durch die Verfolgungen im Herbst 1917 geschwächt worden waren, wieder auszubauen, zerrissene Verbindungen neu zu knüpfen und die Antikriegsarbeit zu verstärken. Die „Freie Jugend Groß-Berlin" unternahm Schritte, um die oppositionelle Jugend in ganz Deutschland zusammenzufassen. Die Vertreter der „Freien Jugend", vor allem Fritz Globig und Erich Habersaath, führten Beratungen und Konferenzen im ganzen Lande durch und bereiteten die Bildung einer einheitlichen revolutionären Jugendorganisation vor.

Im Juni 1918 nahm die Streikbewegung in den schlesischen Bergbau-, Eisenhütten- und Textilbetrieben einen größeren Umfang an. Im oberschlesischen Industriegebiet streikten vom 26. Juni bis 24. Juli deutsche und polnische Arbeiter gemeinsam für die Verbesserung der Lebensbedingungen, die Herabsetzung der Arbeitszeit und die Beendigung des Krieges. Auf dem Höhepunkt der Bewegung standen etwa 20 000 Arbeiter aus über 60 Gruben und Hütten im Kampf. Mit großer Hartnäckigkeit streikten die Erzwäscherinnen der oberschlesischen Gruben nahezu 10 Wochen, vom 1. Juli bis 7. September, für die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit von 11 auf 8 Stunden. Vom 8. bis 11. Juli legten mehr als 15 000 Arbeiter der Textil-, Maschinenbau- und Rüstungsindustrie in Hirschberg, Landeshut und Sagan die Arbeit nieder. Die Streikbewegung in Schlesien wurde durch Truppen brutal unterdrückt. 1600 Arbeiter wurden vor Militärgerichte gezerrt, die Strafen von insgesamt etwa 250 bis 300 Jahren Freiheitsentzug verhängten. Trotzdem hatten die Arbeiter in einer Reihe von Betrieben eine Herabsetzung der Arbeitszeit und einige andere Verbesserungen erzwingen können.

Im Ruhrgebiet kam es vom Juni bis September 1918 zu mehr als 70 Streiks. Am 13. Juli streikten 35 000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Maschinenfabrik Thyssen in Mülheim für die Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 53 Stunden. Ihrem Beispiel folgten die

[94] Fritz Globig: ... aber verbunden sind wir mächtig. Aus der Geschichte der Arbeiterjugendbewegung, Berlin 1958, S. 232.

Arbeiter mehrerer Werke der Eisen- und Stahlindustrie in Duisburg, Oberhausen, Sterkrade und anderen Orten. Ende Juli und Anfang August streikten etwa 20 000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Rüstungsindustrie im Gebiet von Remscheid und Wuppertal. Auch im Ruhrbergbau kam es zu größeren Arbeitsniederlegungen. Allein in Essen brachen vom 12. bis 20. August auf zahlreichen Zechen umfangreiche Streiks aus, an denen zeitweilig 12 000 Bergarbeiter beteiligt waren. Ende August streikten etwa 12 500 Arbeiter aus 53 Betrieben in Hagen und Haspe.

Im sächsischen Bergbaugebiet streikten vom 24. bis 28. Juli die Arbeiter aller Werke des Lugau-Oelsnitzer Steinkohlenreviers für eine bessere Lebensmittelversorgung, höhere Löhne und die Beendigung des Krieges. Größere Streiks in Betrieben der Kriegsindustrie gab es auch in Berlin, Görlitz, Hamburg, Magdeburg, Mannheim, Saarbrücken, Torgau, Zeitz und anderen Orten.

In Berlin und vielen anderen Städten kam es auf Wochenmärkten und vor Lebensmittelgeschäften zu Tumulten und Protestaktionen der Frauen, die sich häufig auch gegen herbeieilende Polizei zur Wehr setzten.

Die Mittelschichten in Stadt und Land hatten ebenfalls schwer unter den Auswirkungen des Krieges zu leiden, der auch von ihnen große Blutopfer forderte. In der werktätigen Bauernschaft wuchsen Unzufriedenheit und die Erbitterung über den Krieg und die Großgrundbesitzer. Der überwiegende Teil der Bauern war zum Militär eingezogen, und die Frauen konnten die Wirtschaften häufig nur durch Einschränkung der Anbauflächen und des Viehbestandes aufrechterhalten. Diese Betriebe wurden besonders hart durch die kriegswirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen, die Beschlagnahme von Getreide, Futtermitteln und Vieh, betroffen, die im letzten Kriegsjahr, angesichts der katastrophalen Ernährungslage, rücksichtslos gehandhabt wurden. Während sich Junker und Großbauern durch Wucher und Spekulation bereicherten, wurden viele Betriebe werktätiger Bauern schwer geschädigt oder sogar wirtschaftlich zugrunde gerichtet.

Ebenso hatte sich die Lage der städtischen Mittelschichten erheblich verschlechtert. Infolge der Rationierung der Lebensmittel und der rigorosen Einschränkung der Konsumgüterproduktion mußten viele kleine Gewerbetreibende und Einzelhändler ihre Geschäfte schließen. Von den 45 000 selbständigen Handwerkern, die es bei Kriegsausbruch im Gebiet von Groß-Berlin gegeben hatte, war im Oktober 1918 nur

noch die Hälfte tätig. Doch selbst die wenigen Handwerksbetriebe, die noch arbeiteten, litten stark unter dem Mangel an Rohstoffen, Betriebsmitteln und Arbeitskräften. Große Teile dieser Schichten hatten ihre Ersparnisse zugesetzt und waren völlig verarmt. Unter dem Eindruck der militärischen Niederlagen griffen in den Mittelschichten die Unzufriedenheit mit dem Regime und der Wunsch nach Frieden immer stärker um sich.

Der Krieg und seine verheerenden Auswirkungen ließen die unüberbrückbaren Gegensätze zwischen der Arbeiterklasse und den anderen werktätigen Klassen und Schichten einerseits und den Junkern, Monopolherren, Militaristen und ihrem Kriegsregime andererseits immer offener zutage treten. Große Teile der werktätigen Mittelschichten sympathisierten mit der Arbeiterklasse und waren mehr und mehr bereit, deren Kampf gegen den Krieg und gegen die Regierung zu unterstützen.

Ende September 1918 stand Deutschland unmittelbar vor dem militärischen Zusammenbruch. Der Block der Mittelmächte begann zu zerfallen. Bulgarien hatte bereits die Waffen gestreckt und unterzeichnete am 29. September den Waffenstillstand. Österreich-Ungarn bemühte sich seit Mitte September um die Einleitung von Friedensverhandlungen. Im Westen brachte eine neue große Offensive der Entente die ganze deutsche Front in höchste Gefahr. Unter diesen Umständen mußte General Erich Ludendorff die völlige militärische Niederlage Deutschlands eingestehen.[95] Am 29. September erklärte er vor dem Kronrat im Großen Hauptquartier, daß der Krieg verloren sei und die verzweifelte Lage des Heeres einen sofortigen Waffenstillstand erfordere.

Damit war nach mehr als vierjährigem blutigem Völkermorden der erste Versuch des deutschen Imperialismus, die Weltherrschaft zu erobern, schmählich gescheitert. „Zuerst hat er sich", sagte W. I. Lenin in seiner Rede auf dem VI. Sowjetkongreß, „über drei Viertel Europas ausgebreitet und sich unglaublich aufgebläht, dann aber ist er unter Zurücklassung eines fürchterlichen Gestanks geplatzt."[96] Das deutsche Volk mußte die verbrecherische imperialistische Kriegspolitik mit furchtbaren Opfern bezahlen. Mehr als 2 Millionen deutsche Soldaten waren gefallen oder vermißt. Insgesamt, mit den Verwundeten und

[95] Dokument Nr. 14.

[96] W. I. Lenin: Rede über die internationale Lage, 8. November. In: Werke, Bd. 28, S. 151.

den an Hunger und Epidemien in der Heimat Gestorbenen, verloren etwa 6,5 Millionen deutsche Menschen Leben oder Gesundheit durch den Krieg. Die unmittelbaren Kriegskosten Deutschlands beliefen sich auf etwa 161 Milliarden Mark. Die innere Verschuldung, die dem deutschen Volk aufgebürdet wurde, betrug rund 220 Milliarden Mark. Der Papiergeldumlauf war von 2,3 Milliarden Mark im Jahre 1913 auf 32,9 Milliarden Mark Ende 1918 gestiegen. Die Herren der Monopole und der Banken aber hatten märchenhafte Kriegsgewinne erzielt, deren Gesamthöhe auf rund 50 Milliarden Mark geschätzt wurde. Die deutschen Imperialisten und Militaristen, die Urheber und Nutznießer des blutigen Völkermordens, hatten sich als die schlimmsten Feinde der deutschen Nation erwiesen.

Um von den wirklichen Ursachen und den wahren Verantwortlichen für die nationale Katastrophe abzulenken, erfanden die deutschen Imperialisten und Militaristen noch in der Schlußphase des Krieges die Lüge von dem „Dolchstoß", der – von der „bolschewistisch und pazifistisch verseuchten Heimat" in den Rücken des Heeres geführt – angeblich den militärischen Zusammenbruch verschuldet habe. Damit beabsichtigte man einerseits, die revolutionäre Arbeiterbewegung und alle anderen Kriegsgegner als antinational und landesverräterisch zu verleumden und zum anderen, den Nimbus von der Unbesiegbarkeit des deutschen Militarismus zu erhalten. Diese Dolchstoßlegende, die nach dem ersten Weltkrieg in der reaktionär-bürgerlichen, militaristischen, monarchistischen und faschistischen Geschichtsschreibung und Propaganda eine große Rolle spielte, war eine der verlogensten Geschichtsfälschungen, deren sich die Reaktion zur ideologischen Vorbereitung der faschistischen Diktatur und des zweiten Weltkrieges bediente.

Der militärische Zusammenbruch des deutschen Imperialismus und Militarismus war keineswegs zufällig, sondern unvermeidlich und gesetzmäßig. Der deutsche Imperialismus mußte den ersten Weltkrieg verlieren, weil er die reaktionärsten gesellschaftlichen Kräfte verkörperte, das ganze gesellschaftliche Leben den militaristischen Interessen unterordnete und die Widersprüche im Innern außerordentlich verschärfte; weil seine Kriegsziele die räuberischsten waren; weil er, selbst als seine Niederlage schon sichtbar war, unter allen imperialistischen Mächten am aktivsten gegen das sozialistische Sowjetrußland kämpfte; weil seine Eroberungsziele im Widerspruch zum realen Kräfteverhältnis zwischen den kriegführenden Mächtegruppen standen.

Die Entwicklung seit der Jahrhundertwende und vor allem der Weltkrieg zeigten, daß der Imperialismus dem deutschen Volk nur Ausbeutung und Unterdrückung, Krieg und Vernichtung zu bieten hatte. Die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen, die die revolutionäre Beendigung des Krieges und den Sturz der imperialistischen Klassenherrschaft erstrebten, befanden sich daher in völliger Übereinstimmung mit der Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung und den wahren nationalen Interessen des deutschen Volkes.

4. Die Versuche der deutschen Imperialisten und Militaristen zur Rettung ihrer Machtpositionen. Die Aufgaben der Revolution. Die Reichskonferenz der Spartakusgruppe

Ende September/Anfang Oktober 1918 reifte in Deutschland, das unter den Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und der Kriegsniederlage zum schwächsten Kettenglied im System der imperialistischen Staaten geworden war, eine unmittelbar revolutionäre Situation heran. Die Arbeiterklasse und auch die anderen werktätigen Klassen und Schichten waren nicht mehr bereit, in der alten Weise weiterzuleben, und die herrschende Klasse begriff, daß sie nicht mehr in der alten Weise weiterregieren konnte. W. I. Lenin schrieb am 3. Oktober 1918, daß in Deutschland „eine politische Krise ausgebrochen" sei, die „entweder den Beginn der Revolution" bedeute oder ankündige, „daß die Revolution unvermeidlich ist und nahe bevorsteht".[97]

In dieser Lage versuchten die deutschen Imperialisten und Militaristen durch parlamentarische Reformen und die Einleitung von Friedensverhandlungen die Empörung der gequälten und betrogenen Volksmassen abzulenken und einen Weg zur Rettung ihrer Machtpositionen zu finden. Die Furcht vor dem Bolschewismus war zum Alpdruck für die deutsche Bourgeoisie geworden. Mit kaiserlichem Erlaß vom 30. September[98] wurde die sogenannte Parlamentarisie-

97 W. I. Lenin: Schreiben an die gemeinsame Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees und des Moskauer Sowjets mit Vertretern der Betriebskomitees und der Gewerkschaften, 3. Oktober 1918. In: Werke, Bd. 28, S. 90.

98 Dokument Nr. 15.

rung angekündigt und am 3. Oktober – in Übereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung und den Parteien der Reichstagsmehrheit – der angeblich liberale Prinz Max von Baden zum Reichskanzler berufen. Die deutsche Großbourgeoisie war mit allen Mittel bestrebt, in die Regierung auch Vertreter der SPD und der Gewerkschaften aufzunehmen, um sie an der Verantwortung für die volksfeindliche Politik eines imperialistischen Auswegs aus der Kriegsniederlage zu beteiligen. Damit sollte der neuen Regierung der Anschein eines demokratischen Regimes gegeben, die Spaltung der Arbeiterklasse vertieft und die revolutionäre Bewegung gelähmt werden.

Statt daß die Führung der SPD die imperialistischen Betrugsmanöver verhindert und sich an die Spitze der kampfbereiten Massen der Arbeiter und der anderen Werktätigen gestellt hätte, um den Krieg zu beenden, die monopolkapitalistischen Kriegsgewinnler und die Militaristen zu entmachten und wirklich demokratische Verhältnisse zu schaffen, ging sie auf das Angebot der herrschenden Klasse ein. Die Reichstagsfraktion und der Parteiausschuß der SPD sprachen sich bereits am 23. September mit 55 gegen 10 und 25 gegen 11 Stimmen grundsätzlich für den Eintritt in eine neu zu bildende „parlamentarisch-demokratische" Regierung aus[99] und bereiteten damit den Übergang von der Burgfriedenspolitik der Kriegszeit zur Koalitionspolitik der Nachkriegszeit vor. Zur Begründung dieser Entscheidung erklärte Friedrich Ebert, eine Ablehnung durch die SPD würde bedeuten, das „weitere Schicksal Deutschlands der Partei der Revolution zu überlassen", aber niemand könnte „doch der Meinung sein, daß solche Zustände wie in Rußland bei uns wünschenswert sind. Wir müssen uns im Gegenteil in die Bresche werfen".[100] Philipp Scheidemann, Mitglied des Parteivorstandes der SPD, und Gustav Bauer, zweiter Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften, traten neben Vertretern des Zentrums und der Fortschrittlichen Volkspartei als kaiserliche Staatssekretäre in die Regierung des Prinzen Max von Baden ein. Die rechten Führer der SPD und der Gewerkschaften waren in konsequenter Fortführung ihrer arbeiterfeindlichen und antinationalen Politik vom 4. August 1914 bereit, bei den Bemühungen der Monopolherren, der Junker und der Militaristen, die Monarchie und die imperialistische Klassenherrschaft zu retten, aktiv mitzuwirken.

Die erste Maßnahme der neuen Regierung war das Ersuchen um

99 Dokument Nr. 13.

100 Vorwärts (Berlin), 24. September 1918.

Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen[101], das sie auf Drängen der Obersten Heeresleitung noch in der Nacht vom 3. zum 4. Oktober an den Präsidenten der USA, Woodrow Wilson, richtete. Dabei wollten die deutschen Imperialisten jedoch noch einen Frieden durchsetzen, der ihnen zumindest Elsaß-Lothringen und die Kolonien sowie ihre räuberischen Eroberungen im Osten sichern sollte. Wenn die Mächte der Entente einen solchen „Frieden des Rechts" ablehnten, sollten die „nationale Verteidigung" proklamiert und Volk und Armee aufgerufen werden, „den Kampf auf Leben und Tod"[102] fortzusetzen. Offen schrieb der „Vorwärts", das Zentralorgan der SPD: „Wehe dem Volke, das seine Waffen fünf Minuten zu früh an die Wand stellt."[103]

Auf innenpolitischem Gebiet versprachen die Regierung und die Führungen der SPD und der Gewerkschaften dem deutschen Volk eine entschiedene demokratische Umgestaltung. Nach vorheriger Zustimmung des Kaisers und des Bundesrates beschloß der Reichstag am 26. Oktober gegen die Stimmen der Konservativen Verfassungsänderungen, durch die einige Rechte der Krone auf den Reichstag und den Bundesrat übertragen wurden. Der Reichskanzler mußte in Zukunft das Vertrauen des Reichstages besitzen und war diesem und dem Bundesrat für seine Amtsführung verantwortlich; Kriegserklärung und Friedensschluß wurden an die Zustimmung des Reichstages und des Bundesrates gebunden, und die Ernennung und Verabschiedung von Offizieren der Armee bedurfte der Gegenzeichnung durch die Kriegsminister der jeweiligen Länder und bei Offizieren der Marine durch den Reichskanzler. Damit wurden zwar die Rechte des Parlaments erweitert, ohne jedoch grundlegende demokratische Umgestaltungen einzuleiten, die eine Beseitigung der Macht der Rüstungsmonopole und eine gründliche Säuberung und Änderung des reaktionären Staatsapparates erfordert hätten. An den ökonomischen und politischen Machtverhältnissen, an der imperialistischen Klassenherrschaft der Monopolherren, der Junker und der Militaristen, hatte sich nichts geändert. Um die Arbeiter von ihren demokratischen und sozialistischen Forderungen abzulenken, arbeitete Gustav Bauer, kaiserlicher Staatssekretär des Reichsarbeitsamtes, Vorschläge zur Verbesserung der Kranken- und der Sozialversicherung sowie arbeitsrechtliche Re-

101 Dokument Nr. 16.

102 Prinz Max von Baden: Erinnerungen und Dokumente, Stuttgart, Berlin und Leipzig 1928, S. 366.

103 Vorwärts (Berlin), 3. Oktober 1918.

formen aus. Die rechten Führer der SPD und der Gewerkschaften versuchten, der Arbeiterklasse und den anderen Werktätigen einzureden, daß durch den Eintritt von Sozialdemokraten in die Regierung Deutschland nun zu einem „demokratischen Volksstaat" würde und alle Voraussetzungen gegeben wären, daß der Sozialismus seinen Vormarsch antreten könnte. Eine Revolution sei daher nicht mehr notwendig, sondern sogar schädlich.

Die Spartakusgruppe schätzte die Bildung der Regierung des Prinzen Max von Baden und deren Politik richtig als die Reaktion der Konterrevolution auf die ersten Regungen der Revolution ein. „Die Scheidemann und Bauer", hieß es im letzten der Spartakusbriefe vom Oktober 1918, „die jetzt mit einem Kuß auf die Hand der deutschen Monarchie beginnen, werden noch mit blauen Bohnen gegen streikende und demonstrierende deutsche Arbeiter enden. Der Regierungssozialismus stellt sich mit seinem jetzigen Eintritt in die Regierung als Retter des Kapitalismus der kommenden proletarischen Revolution in den Weg ... Ihr erster Ruf, ihre erste Etappe muß sein: *Deutschland – Republik.*"[104]

Bürgerliche Historiker entstellen die Grundfragen der Novemberrevolution und behaupten, daß mit der sogenannten Parlamentarisierung des monarchistischen Regimes im Oktober 1918 die für Deutschland mögliche und notwendige Umgestaltung der politischen Verhältnisse erfolgt sei. Sie leugnen, daß eine Revolution in Deutschland historisch notwendig war, die objektive, nationale, antiimperialistische, demokratische und sozialistische Aufgaben zu erfüllen hatte. Diese Historiker sind bestenfalls bereit, die militärische Niederlage, die verheerenden Auswirkungen des Krieges auf die Volksmassen und Fehler der Regierung und der Obersten Heeresleitung als Ursachen der Novemberrevolution anzuerkennen. In ihren Darstellungen erscheint sie daher als ein zufälliges Ereignis, als ein Unglück, als ein Verhängnis unserer Geschichte, das durch eine klügere Politik durchaus hätte vermieden werden können. Auch verschiedene sozialdemokratische Historiker vertreten ähnliche Auffassungen.

Die entscheidenden Ursachen der Revolution aber lagen in den antagonistischen Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Diese „objektiven Voraussetzungen für die sozialistische Revolution", schrieb W. I. Lenin im Jahre 1917, „die zweifellos in den am stärksten entwickelten fortgeschrittenen Ländern schon vor dem

[104] Spartakusbriefe, S. 467.

Kriege gegeben waren, sind noch mehr herangereift und entwickeln sich infolge des Krieges mit rasender Schnelligkeit weiter"[105].

Bereits seit der Jahrhundertwende, als der Kapitalismus in sein monopolistisches Stadium trat, drängte in Deutschland der Grundwiderspruch des Kapitalismus zur Lösung. Seine Wirksamkeit verschärfte sich sehr durch die beschleunigte Entwicklung zum staatsmonopolistischen Kapitalismus während des Krieges. Staatsmonopolistischer Kapitalismus aber ist, wie W. I. Lenin schrieb, „die vollständige *materielle* Vorbereitung des Sozialismus, seine unmittelbare *Vorstufe* ..., denn auf der historischen Stufenleiter *gibt es* zwischen dieser Stufe und derjenigen, die Sozialismus heißt, *keinerlei Zwischenstufen mehr*"[106]. Die außerordentliche Verschärfung des Widerspruchs zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen in Deutschland machte eine sozialistische Revolution objektiv möglich und notwendig.

Die sozialen und politischen Verhältnisse Deutschlands zeigten, daß der junkerlich-bürgerliche deutsche Imperialismus, das heißt die Klassenherrschaft der Konzern- und Bankherren, der Junker und Militaristen, die größte Gefahr für die deutsche Nation war. Obwohl Deutschland ökonomisch zu den fortgeschrittensten Ländern der Welt gehörte, hatte es eine äußerst reaktionäre politische Ordnung. Da die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution im 19. Jahrhundert nicht zu Ende geführt worden waren, war Deutschland eine halbabsolutistische Monarchie geblieben, in der jedoch die Interessen des deutschen Finanzkapitals vorherrschten. Aber die Junker hatten ihre Positionen in der Armee, in der Diplomatie und im übrigen Staatsapparat behalten. Die Verbindung mit dem preußischen Junkertum verstärkte in Deutschland die dem Monopolkapital innewohnende Tendenz zur Reaktion und Aggressivität außerordentlich, und der Militarismus nahm besonders krasse Formen an. Der erste Weltkrieg ließ die verbrecherische, antinationale Rolle des deutschen Imperialismus und Militarismus besonders deutlich werden, der in seiner Profitgier und Eroberungssucht das deutsche Volk an den Rand des Abgrundes brachte. Aus der nationalen Katastrophe am Ende des ersten

105 W. I. Lenin: Resolution über die gegenwärtige Lage. In: Werke, Bd. 24, Berlin 1959, S. 302.

106 W. I. Lenin: Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll. In: Werke, Bd. 25, S. 370.

Weltkrieges gab es nur einen Ausweg, der den Lebensinteressen des deutschen Volkes entsprach: den Weg der Volksrevolution unter Führung der Arbeiterklasse. Die geschichtliche Aufgabe der Revolution in Deutschland war es, den Widerspruch zu lösen, der sich seit der Jahrhundertwende zwischen den von der Arbeiterklasse geführten demokratischen und friedliebenden Volksmassen einerseits und den für Krieg und Not verantwortlichen Kräften des deutschen Imperialismus und Militarismus andererseits herausgebildet hatte.

Das Kräfteverhältnis und die Wechselbeziehungen der Klassen zeigten im Herbst 1918, als das kaiserlich-imperialistische Deutschland zusammenbrach, daß die herrschende Klasse, die Monopolherren und Junker, entscheidend geschwächt und weitgehend isoliert war. Bei den werktätigen Mittelschichten in Stadt und Land hatte sie fast jede politische Unterstützung verloren. Das wichtigste Machtinstrument, die Armee, war militärisch geschlagen, erschöpft, kriegsmüde, teilweise von revolutionären Vorstellungen erfaßt und begann zu zerfallen.

Damit hatte sich eine äußerst günstige Situation für die Arbeiterklasse ergeben, die allein der Führer in der bevorstehenden Revolution gegen den volksfeindlichen Imperialismus und Militarismus sein konnte. Die Reihen der deutschen Arbeiterklasse aber waren gespalten. In der Arbeiterbewegung gab es drei politische Richtungen: die Reformisten, die Zentristen und die revolutionären Linken.

Die deutsche Arbeiterklasse hatte am Vorabend der Revolution noch keine selbständige marxistische Kampfpartei. Die Mehrheit der Arbeiter stand unter dem opportunistischen Einfluß der rechten Führer der SPD und der USPD. Die Notwendigkeit des Bündnisses mit der werktätigen Bauernschaft wurde selbst von der Spartakusgruppe noch unterschätzt. Aus diesen Gründen konnte die Arbeiterklasse ihre Rolle als Führer der Revolution nicht voll verwirklichen. Daher galt es zunächst, in einer demokratischen Revolution den Militarismus zu vernichten, den Staatsapparat zu säubern und die für den Krieg verantwortlichen Kräfte des Junkertums und des Monopolkapitals zu enteignen. Das bedeutete zugleich, die in der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/1849 nicht bewältigten Aufgaben nun im Kampf gegen den Imperialismus zu lösen. In diesem revolutionären Umwälzungsprozeß mußte sich das Kräfteverhältnis der Klassen so verändern, daß der Übergang zur sozialistischen Revolution möglich wurde, die objektiv seit der Jahrhundertwende auf der Tagesordnung

stand. Im Interesse einer glücklichen, friedlichen Zukunft der ganzen Nation mußten der deutsche Imperialismus und Militarismus gestürzt und ein friedliebendes, demokratisches und sozialistisches Deutschland geschaffen werden, das mit dem ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat der Welt fest verbunden war und die Achtung und Sympathien aller Völker erwarb. Die Lösung dieses nationalen Grundproblems, die im Einklang mit den Erfordernissen der neuen weltgeschichtlichen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus stand, war die historische Aufgabe der Novemberrevolution 1918 in Deutschland.

Jedoch erkannte nur die Spartakusgruppe die großen historischen Aufgaben, die vor der Arbeiterklasse, vor dem ganzen deutschen Volke standen. Auf ihrer geschichtlich bedeutungsvollen Reichskonferenz, die am 7. Oktober 1918 illegal in Berlin stattfand und an der auch die linksradikalen Gruppen teilnahmen, beschloß sie das Programm der Volksrevolution für die sofortige Beendigung des Krieges, für die revolutionäre Erkämpfung demokratischer Rechte und Freiheiten und für den Sturz des deutschen Imperialismus und Militarismus.[107]

Die Reichskonferenz nahm eine Entschließung zur weltpolitischen Lage an. Darin wurde als Endziel des Kampfes in Deutschland die „sozialistische Republik" bezeichnet, „die mit der russischen Sowjetrepublik solidarisch ist, zur Entfesselung des Kampfes des Proletariats der Welt gegen die Bourgeoisie der Welt".[108] Die Konferenz hob die große moralische Unterstützung hervor, die die revolutionäre Bewegung in Deutschland durch die Oktoberrevolution gefunden hatte. Es wurde beschlossen, „den Genossen in Rußland den Ausdruck des Dankes, der Solidarität und brüderlichen Sympathie zu übermitteln mit dem Versprechen, diese Solidarität nicht durch Worte, sondern durch Aktionen, entsprechend dem russischen Vorbild, zu betätigen"[109].

Die Konferenz verurteilte die arbeiterfeindliche, antinationale Politik der rechten sozialdemokratischen Führer. Sie wandte sich auch entschieden gegen die schwankende, opportunistische Politik der rech-

107 Dokument Nr. 17.

108 Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Vom Kommunistischen Manifest bis zum Programm des Sozialismus. Hrsg. und eingel. von Lothar Berthold und Ernst Diehl, Berlin 1964, S. 102.

109 Ebenda, S. 234.

ten Führung der USPD, die die Bildung der Regierung des Prinzen Max von Baden als eine sich anbahnende Demokratisierung der deutschen Verfassungszustände betrachtete. Die Parteileitung und die Reichstagsfraktion der USPD hatten in einem Aufruf vom 5. Oktober 1918 dem Waffenstillstands- und Friedensangebot der deutschen Regierung ohne Vorbehalte zugestimmt und betont, daß dieser Schritt ihren „unausgesetzten Friedensbestrebungen"[110] entgegenkäme, die sie von Anfang an vertreten hätten. Eine solche Haltung gegenüber dem Versuch der Bourgeoisie, einen imperialistischen Ausweg aus der Kriegsniederlage zu finden, förderte nur die parlamentarisch-demokratischen Illusionen in den Reihen der Arbeiterklasse und lenkte „von dem eigentlichen Ziel der proletarischen Bewegung, nämlich der Herbeiführung der Revolution"[111], ab.

In einem Aufruf an die Bevölkerung legte die Reichskonferenz die weiteren Kampfmaßnahmen fest und stellte unter anderem folgende Forderungen auf:

1. Unverzügliche Freilassung aller politischen Gefangenen, Befreiung aller Soldaten, die wegen militärischer und politischer Verbrechen verurteilt sind.
2. Sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes.
3. Sofortige Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes.
4. Annullierung sämtlicher Kriegsanleihen ohne jede Entschädigung.
5. Enteignung des gesamten Bankkapitals, der Bergwerke und Hütten, wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit, Festsetzung von Mindestlöhnen.
6. Enteignung des Groß- und Mittelgrundbesitzes, Übergabe der Leitung der Produktion an Delegierte der Landarbeiter und Kleinbauern.
7. Durchgreifende Umgestaltung des Heereswesens.
8. Abschaffung der Todes- und Zuchthausstrafe für politische und militärische Vergehen.
9. Übergabe der Lebensmittelverteilung an Vertrauensleute der Arbeiter.
10. Abschaffung der Einzelstaaten und Dynastien.

Über die Bedeutung und den Charakter dieser Forderungen heißt es im Aufruf: „Proletarier, die Erreichung dieser Ziele bedeutet noch

110 Ebenda, S. 207.

111 Ebenda, S. 228.

nicht die Erreichung eures Zieles, sie sind der Prüfstein dafür, ob die Demokratisierung, die die herrschenden Klassen und deren Agenten euch vorflunkern, echt ist. Der Kampf um die wirkliche Demokratisierung geht nicht um Parlament, Wahlrecht oder Abgeordnetenminister und anderen Schwindel; er gilt den realen Grundlagen aller Feinde des Volkes: Besitz an Grund und Boden und Kapital, Herrschaft über die bewaffnete Macht und über die Justiz."[112]

Die Spartakuskonferenz ging im Gegensatz zur Politik der rechten Führer der SPD und der USPD davon aus, daß die Zerschlagung des Militarismus und eine wirkliche Demokratisierung nur zu erreichen sind, wenn die Macht des Monopolkapitals und des Großgrundbesitzes beseitigt wird. Daher stellte die Konferenz zunächst ein Programm mit konsequenten antiimperialistischen, demokratischen Forderungen auf, deren Erfüllung die Voraussetzung für den Übergang zur sozialistischen Revolution war. Das Programm der Spartakuskonferenz umriß die nationale und soziale Grundaufgabe der Novemberrevolution unter Berücksichtigung des Kräfteverhältnisses der Klassen im wesentlichen richtig. In seinen Hauptzügen entsprach es den Grunderkenntnissen, die W. I. Lenin in seinem Werk „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution" über das Heranführen der werktätigen Massen an die sozialistische Revolution dargelegt hatte. Das Programm der Oktoberkonferenz war der folgerichtige Höhepunkt in der Entwicklung der Politik und Taktik der Spartakusgruppe für den Sturz des deutschen Imperialismus und Militarismus auf dem Wege der Volksrevolution. In Deutschland hatte nur die Spartakusgruppe ein wissenschaftlich begründetes Programm, das mit den nationalen Lebensinteressen des deutschen Volkes übereinstimmte. Es ging von den Erfahrungen der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen aus und war geeignet, breite Massen für den Kampf gegen die imperialistische und militaristische Reaktion in Bewegung zu bringen. Die im Programm enthaltene Forderung nach der Enteignung des Mittelgrundbesitzes war jedoch nicht richtig. Die Spartakusgruppe, die sich immer mehr dem Leninismus näherte, konnte noch nicht alle Fragen des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft klar beantworten.

Die Konferenz orientierte auf den bewaffneten Aufstand und beriet, ausgehend von der Arbeit W. I. Lenins „Das Militärprogramm der proletarischen Revolution", die grundlegenden militärpolitischen

[112] Ebenda, S. 233.

Aufgaben der Arbeiterklasse. In der Erkenntnis, daß das Schicksal der Revolution in hohem Maße von der Haltung der Millionen Werktätigen im Soldatenrock abhing, beschloß die Konferenz, die revolutionäre Arbeit unter den Soldaten zu verstärken. Die Forderungen der Spartakusgruppe zur durchgreifenden demokratischen Umgestaltung des Heereswesens, wie Verleihung des Vereins- und Versammlungsrechts an die Soldaten in dienstlichen und außerdienstlichen Angelegenheiten, Aufhebung des Disziplinarstrafrechts der Vorgesetzten, Aufrechterhaltung der Disziplin durch Soldatendelegierte, Aufhebung der Kriegsgerichte und Entfernung von Vorgesetzten auf Mehrheitsbeschluß der ihnen Untergebenen, entsprach den Vorstellungen und Bestrebungen der großen Mehrheit der Soldaten und Matrosen. Ihre Verwirklichung sollte die kaiserliche Armee als das wichtigste militärische Machtinstrument der herrschenden Klasse unbrauchbar machen und zur allgemeinen Bewaffnung der revolutionären Arbeiter und Soldaten überleiten. Das militärpolitische Programm der Spartakusgruppe war darauf gerichtet, den preußisch-deutschen Militarismus völlig zu zerschlagen und auf dem Boden neuer demokratischer Verhältnisse auch neue, ausschließlich dem Frieden, dem Schutz der Werktätigen und den wahren nationalen Interessen dienende bewaffnete Kräfte aufzubauen.

Weiter beschloß die Konferenz, überall sofort mit der Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten zu beginnen. In einem besonderen Tagesordnungspunkt wurden die Lage in der Arbeiterjugendbewegung und deren Aufgaben im revolutionären Kampf der Arbeiterklasse beraten. Mit einer Solidaritätserklärung für die in Haft befindlichen Genossen, insbesondere für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, wurde die Konferenz beendet.

Die Spartakusgruppe sprach sich in ihren Beschlüssen eindeutig gegen die schwankende Haltung der zentristischen Führung der USPD aus. Durch die Klärung grundlegender Fragen der Politik und Taktik wurde der Prozeß der ideologischen Abgrenzung vom Opportunismus und Zentrismus gefördert. Obwohl die Frage des organisatorischen Bruchs mit der USPD nicht aufgeworfen wurde, war die Konferenz doch ein weiterer Schritt in der Entwicklung der Spartakusgruppe zu einer selbständigen revolutionären Kampfpartei. Die Übereinstimmung in den grundlegenden Fragen der bevorstehenden Revolution leitete auch eine engere Zusammenarbeit mit den linksradikalen Gruppen ein.

W. I. Lenin schätzte die Bedeutung der Konferenz hoch ein. Nach Kenntnis ihrer Beschlüsse schrieb er am 18. Oktober 1918 einen Brief an die Spartakusgruppe, in dem es hieß: „Die Arbeit der deutschen Spartakusgruppe, die unter den schwierigsten Umständen eine systematische revolutionäre Propaganda trieb, hat wirklich die Ehre des deutschen Sozialismus und des deutschen Proletariats gerettet. Jetzt kommt die Zeit: die schnell reifende deutsche Revolution ruft die Spartakusgruppe zur wichtigsten Rolle, und wir hoffen alle mit Zuversicht, daß die deutsche sozialistische, proletarische Republik bald entscheidende Schläge dem Weltimperialismus bringen wird."[113]

W. I. Lenin erkannte, daß die revolutionäre Entwicklung in Deutschland von großer internationaler Bedeutung war. Ein Sieg der Revolution in Deutschland hätte sowohl die Lage der jungen Sowjetrepublik wesentlich erleichtert als auch große revolutionäre Auswirkungen auf die anderen europäischen Länder gehabt und das internationale Kräfteverhältnis entscheidend zugunsten des Sozialismus verändert. Deshalb betrachtete W. I. Lenin die herannahende deutsche Revolution als das „wichtigste Glied" in der Kette der internationalen Revolution, denn „vor allem von ihr hängt der Erfolg der Weltrevolution ab"[114]. Er sah aber auch die großen Schwierigkeiten voraus, die die Siegermächte der Entente der deutschen Revolution bereiten würden. Sie waren wohl entschlossen, dem deutschen Imperialismus eine militärische Niederlage zu bereiten und ihre imperialistischen Kriegsziele auf seine Kosten durchzusetzen. Doch wollten sie ein reaktionäres kapitalistisches Deutschland als Bastion des Antikommunismus in Europa erhalten. Noch vor Beendigung des Krieges, im Oktober 1918, erklärte der amerikanische General Bliss: „Deutschland ... muß ein Bollwerk gegen den Bolschewismus sein."[115]

Schon Anfang Oktober 1918, als sich die revolutionäre Situation in Deutschland abzeichnete, wies W. I. Lenin die Organe der Sowjetmacht an, die größtmögliche Hilfe und Unterstützung für die deutsche Revolution vorzubereiten. Er stellte die Aufgabe, „alle Kraft anzuspannen, *um den deutschen Arbeitern zu helfen,* denen schwerste

113 W. I. Lenin: An die Mitglieder der Spartakusgruppe. In: Werke, Bd. 35, S. 345.

114 W. I. Lenin: Bericht in der gemeinsamen Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees, des Moskauer Sowjets, der Betriebskomitees und der Gewerkschaften, 22. Oktober 1918. In: Werke, Bd. 28, S. 114.

115 Zit. nach: A. J. Kunina: Das Fiasko der amerikanischen Weltherrschaftspläne 1917–1920, Berlin 1953, S. 117.

Prüfungen, der äußerst schwierige Übergang von der Sklaverei zur Freiheit und der hartnäckigste *Kampf sowohl gegen den eigenen als auch gegen den englischen Imperialismus*, bevorstehen". Daher forderte er, die Anstrengungen zu verzehnfachen, vor allem „Getreidevorräte anzulegen ..., damit wir den deutschen Arbeitern helfen können, wenn sie durch die Umstände bei ihrem Kampf für die Befreiung von den imperialistischen Bestien und Ungeheuern in eine schwierige Lage geraten".[116]

Die revolutionären Kräfte der deutschen Arbeiterklasse, die sich von Anfang an fest auf die Hilfe der Sowjetmacht und auf die revolutionäre Bewegung in den anderen Ländern stützen konnten, standen an einem besonders wichtigen Frontabschnitt des weltweiten Kampfes gegen den Imperialismus und für den Frieden. Die Spartakusgruppe war sich der großen internationalen Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse bewußt, in deren Hände „die Entscheidung darüber gelegt" war, „ob die proletarische Revolution, die in Rußland ihren Anfang nahm"[117], zum Sieg über die Weltbourgeoisie weitergeführt werden konnte.

Die Oktoberkonferenz leitete eine verstärkte agitatorische und organisatorische Tätigkeit der Spartakusgruppe und der Linksradikalen ein, die auf die revolutionäre Erhebung des deutschen Proletariats gerichtet war. Sehr bald wuchs unter den Arbeitern die Erkenntnis, daß die mit sozialdemokratischen Staatssekretären „demokratisch" aufgeputzte Regierung des Prinzen Max von Baden nicht ihre Regierung war. Für die Werktätigen hatte sich die Lage nur weiter verschlechtert. Not und Hunger der arbeitenden Massen nahmen noch größeres Ausmaß an. Der Krieg aber wurde weitergeführt. In der Kabinettssitzung am 17. Oktober erklärte Philipp Scheidemann: „Fleisch haben wir nicht mehr. Kartoffeln können wir nicht liefern ..., Fett haben wir überhaupt nicht mehr"[118]; es sei ein völliges Rätsel, wovon die Menschen noch lebten. In derselben Sitzung aber erörterte die Regierung mit General Erich Ludendorff bereits die Kriegsaussichten für das Jahr 1919 und sagte der Obersten Heeresleitung für

116 W. I. Lenin: Schreiben an die gemeinsame Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees und des Moskauer Sowjets mit Vertretern der Betriebskomitees und der Gewerkschaften, 3. Oktober 1918. In: Werke, Bd. 28, S. 91/92.

117 Dokumente und Materialien ..., Reihe II, Bd. 2, S. 229.

118 Amtliche Urkunden der Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918, Berlin 1924, S. 137.

die nächsten Monate weitere 600 000 bis 700 000 Mann als Kanonenfutter zu. Als der Präsident der USA, Woodrow Wilson, auf das Friedens- und Waffenstillstandsersuchen der deutschen Regierung zunächst Bedingungen stellte, die die militärische Überlegenheit der Entente sichern und eine Fortführung des Krieges durch Deutschland verhindern sollten, bezeichnete die Oberste Heeresleitung diese Bedingungen als unannehmbar und rief auf, den Krieg mit äußersten Kräften fortzusetzen. In der Regierung aber gab es in dieser Frage, unter dem Eindruck der wachsenden revolutionären Massenbewegung, schon erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Am 26. Oktober wurde General Ludendorff entlassen, und an seiner Stelle trat General Wilhelm Groener in die Oberste Heeresleitung ein. Noch Ende Oktober und Anfang November erfolgten in großem Umfang Einberufungen zum Militärdienst.

Die Führung der SPD unternahm alle Anstrengungen, um die Arbeiter und die anderen Werktätigen von Aktionen zurückzuhalten. Aber die Politik der Unterordnung unter die Interessen der imperialistischen Bourgeoisie und ihres bankrotten Regimes verschärfte den Widerspruch zwischen den rechten Führern und einer Vielzahl der Mitglieder und Anhänger der Sozialdemokratie. Alle Versprechungen, „im Wege friedlicher Umwälzung ... unser Staatswesen zur Demokratie und das Wirtschaftsleben zum Sozialismus" überzuleiten, alle Warnungen vor „sinn- und zwecklosen Streiks und Demonstrationen", vor „putschistischen Treibereien"[119] konnten nicht verhindern, daß die hungernden, aufs äußerste erbitterten Massen dem Einfluß der rechten sozialdemokratischen Führer entglitten. Immer mehr griff die Erkenntnis um sich, daß dem blutigen Völkermorden, dem Hunger und Elend nur auf revolutionärem Wege ein Ende gemacht werden könne.

Die Spartakusgruppe rief in zahlreichen Flugblättern auf, Arbeiter- und Soldatenräte zu bilden, Massenaktionen und den bewaffneten Aufstand vorzubereiten „zum Kampf um die ganze Macht", um „wahre Demokratie, um wirklichen dauerhaften Frieden und Sozialismus".[120] In Berlin demonstrierten am 16. Oktober etwa 5000 bis 6000 Arbeiter vor dem Reichstag und vor der sowjetischen Botschaft, um ihre Sympathie für Sowjetrußland zum Ausdruck zu bringen. Sie durchbrachen die polizeilichen Absperrungen am Brandenburger Tor

119 Dokumente und Materialien ..., Reihe II, Bd. 2, S. 253.

120 Ebenda, S. 225 u. 227.

und zogen mit den Rufen: „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung! Hoch Liebknecht!" die Straße Unter den Linden entlang. Die Polizei hieb mit Säbeln auf die Menge ein und verletzte zahlreiche Demonstranten. In Eisleben, Halle, Leipzig und anderen Städten fanden Massenkundgebungen statt, auf denen sofortiger Frieden und demokratische Rechte und Freiheiten gefordert wurden. Für die gleichen Ziele demonstrierten am 20. Oktober etwa 20 000 Werktätige in Dortmund. In Breslau streikten die Arbeiter mehrerer Rüstungsbetriebe und veranstalteten eine Großkundgebung im Zentrum der Stadt.

Unter dem Druck der anwachsenden Massenbewegung mußte Karl Liebknecht aus dem Zuchthaus entlassen werden. Als er am 23. Oktober in Berlin eintraf, wurde er vor dem Anhalter Bahnhof von etwa 20 000 Arbeitern, Frauen und Soldaten, die spontan die zwei- und dreifachen polizeilichen Postenketten durchbrachen, begeistert empfangen. Die Polizei konnte nicht verhindern, daß sich ein gewaltiger Demonstrationszug bildete, der sich mit Karl Liebknecht an der Spitze zum Potsdamer Platz bewegte. Dort, wo er am 1. Mai 1916 zur Beendigung des Krieges und zum Sturz der Regierung aufgefordert hatte, rief er nun die Berliner Arbeiter und Soldaten zur Revolution. Die Polizei wagte nicht einzuschreiten. Erst als die Demonstration in der Straße Unter den Linden vor der sowjetischen Botschaft angekommen war, gelang es der inzwischen verstärkten Polizei, den Zug unter Anwendung von Waffengewalt allmählich aufzulösen. Am nächsten Tage, am 24. Oktober, fand in der sowjetischen Botschaft ein Empfang zu Ehren Karl Liebknechts statt, an dem unter anderen auch Emil Barth, Hugo Haase, Franz Mehring und als Vertreter der Jugend Fritz Globig teilnahmen. Dort wurde Karl Liebknecht ein Begrüßungstelegramm des ZK der KPR(B) überreicht, in dem es hieß: „Übermitteln Sie unverzüglich Karl Liebknecht unseren heißesten Gruß. Die Befreiung des Vertreters der revolutionären Arbeiter Deutschlands aus dem Gefängnis ist das Zeichen einer neuen Epoche, der Epoche des siegreichen Sozialismus, die sich jetzt Deutschland wie auch der ganzen Welt eröffnet."[121]

Unter Führung der Spartakusgruppe fand am 26. und 27. Oktober in Berlin eine Reichskonferenz der oppositionellen, revolutionären Jugendorganisationen statt, die zum Gründungskongreß der Freien Sozialistischen Jugend Deutschlands wurde. Karl Liebknecht hielt das

[121] Ebenda, S. 264.

Hauptreferat, in dem er die Notwendigkeit der sofortigen Vorbereitung der Revolution begründete und die Jugend zum Kampf für die Errichtung einer sozialistischen Republik aufrief. Nach Auseinandersetzungen mit einigen Vertretern der USPD beschloß die Konferenz die Vereinigung aller proletarisch-revolutionären Jugendgruppen auf der Grundlage der Resolution der Jenaer Jugendkonferenz von 1916. Erstmals gelang es, eine Arbeiterjugendorganisation, die in ganz Deutschland wirkte, auf der Grundlage eines revolutionären Programms zu bilden. In einem Telegramm des Reichsausschusses der Freien Sozialistischen Jugend an den Ende Oktober 1918 in Moskau tagenden Gründungskongreß des Komsomol hieß es: „Die deutsche Jugend, die um Liebknecht versammelt ist, grüßt die russischen Genossen und erklärt, daß sie bereit ist, ihrem ruhmreichen Beispiel zu folgen."[122]

Einen starken Auftrieb erhielt die Bewegung in Deutschland durch die revolutionären Ereignisse und den Sturz der Monarchie in Österreich-Ungarn. In Wien begann die Revolution am 28. Oktober mit Generalstreik und Massendemonstrationen für sofortigen Frieden, für Freiheit, Republik und Sozialismus. Am 31. Oktober wurde eine neue österreichische Regierung unter der Leitung des rechten Sozialdemokraten Karl Renner gebildet. In den tschechischen Gebieten war bereits am 14. Oktober ein Generalstreik gegen die Habsburger Monarchie und für die Errichtung eines unabhängigen tschechoslowakischen Staates ausgebrochen; Bauernerhebungen unterstützten diese Bewegung. Am 28. Oktober kam es zu Massendemonstrationen in Prag und anderen Städten, und der Nationalausschuß der tschechischen Bourgeoisie proklamierte die Übernahme der obersten Gewalt. Auch in Budapest begannen am 28. Oktober Demonstrationen und Kämpfe der Arbeiter und der Soldaten. In den Betrieben wurden Arbeiterräte gebildet, die am 31. Oktober zum Generalstreik aufriefen. In der Nacht zum 1. November besetzten bewaffnete Arbeiter die Regierungsgebäude in Budapest und verjagten die alten Machthaber.

In den letzten Tagen des Oktober hatte die revolutionäre Stimmung in Deutschland einen solchen Grad erreicht, daß der Abgeordnete Otto Rühle, der zur linksradikalen Gruppe in Dresden gehörte, in der Reichstagssitzung am 25. Oktober offen zur Absetzung und Bestrafung des Kaisers, zur Revolution und zum Kampf für den So-

[122] Uns lehrte Lenin. Aus der Geschichte des Komsomol, Bd. 1, Berlin 1961, S. 132.

zialismus aufrufen konnte. Auch in der bürgerlichen Presse wurde bereits öffentlich die Abdankung Wilhelms II. erörtert, der am 29. Oktober ins Große Hauptquartier der Obersten Heeresleitung nach Spa flüchtete.

Angesichts der wachsenden Kampfbereitschaft der Massen versuchte die Spartakusgruppe seit Ende Oktober die Arbeiter der Berliner Betriebe in Bewegung zu bringen. Die Führung der Spartakusgruppe plante, die Revolution durch einen Generalstreik in Berlin, der in den bewaffneten Aufstand übergehen sollte, einzuleiten. Karl Liebknecht, der am 26. Oktober an einer Sitzung der revolutionären Obleute teilnahm, wies auf die Erfahrungen der Oktoberrevolution hin und schlug vor, für den 3. November Massenversammlungen und Demonstrationen zu organisieren, um die Arbeiter an entscheidende revolutionäre Kämpfe heranzuführen. Aber Vertreter der USPD, wie Emil Barth, Ernst Däumig und Richard Müller, die an der Spitze der revolutionären Obleute standen, schreckten vor entschiedenem revolutionärem Handeln zurück und wandten sich gegen diese Vorschläge. Drei führende Mitglieder der Spartakusgruppe, Karl Liebknecht, Ernst Meyer und Wilhelm Pieck, der am 26. Oktober aus Holland zurückgekehrt war, traten in den Vollzugsausschuß der revolutionären Obleute ein, um diesen vorwärtszudrängen. Doch auch der Antrag, für den 4. oder 5. November den Generalstreik auszurufen, der dann in bewaffnete Demonstrationen übergeleitet werden sollte, wurde abgelehnt. Auf Veranlassung Wilhelm Piecks erschien ein Flugblatt, das Anfang November in den Berliner Betrieben verteilt wurde und zum ersten Mal die Unterschrift „Der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates" trug. Es riet den Arbeitern, den neuen Masseneinberufungen nicht mehr Folge zu leisten und forderte: „Macht euch bereit, in Kürze selbst zu handeln. Werdet euch eurer Macht bewußt!... Setzt eure Arbeiterbataillone in Marsch, wenn der Ruf an euch ergeht... für Frieden und Freiheit... in einer sozialistischen Republik."[123]

Ende Oktober und Anfang November kamen überall in Deutschland die breitesten Arbeitermassen in Bewegung. In Hamburg demonstrierten am 26. Oktober etwa 2000 Werktätige für den Frieden und für die Befreiung der politischen Gefangenen. In Berlin sprach Karl Liebknecht am 27. Oktober in fünf Versammlungen. Anschließend fanden Demonstrationen statt, bei denen es zu heftigen Zusammen-

[123] Dokumente und Materialien . . ., Reihe II, Bd. 2, S. 277.

stößen mit der Polizei kam. Am 29. Oktober marschierten in Hanau Tausende durch die Straßen der Stadt und brachten Hochrufe auf Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und die sozialistische Republik aus. In Stuttgart demonstrierten am 30. Oktober nach einer Massenversammlung etwa 6000 bis 7000 Arbeiter auf dem Schloßplatz für sofortigen Waffenstillstand, für Beseitigung der Dynastien und eine sozialistische Republik. Machtvolle Kundgebungen und Demonstrationen für den Frieden und die Republik gab es auch in Frankfurt (Main), Friedrichshafen, Halberstadt, Kassel, Mannheim, Zeitz und anderen Städten.

Die bedeutendste Aktion, die dann zur Auslösung der Revolution führte, war der Aufstand, der Ende Oktober in der Flotte ausbrach und sich gegen die Fortsetzung des Krieges richtete. Den Anlaß gab der verbrecherische Versuch der deutschen Seekriegsleitung, die gesamte deutsche Hochseeflotte, die am 28. Oktober auf der Außenreede von Wilhelmshaven zusammengezogen wurde, zu einem letzten verzweifelten Kampf gegen die überlegenen britischen Seestreitkräfte einzusetzen. Die 80 000 Matrosen, die gewissenlos in den Untergang gejagt werden sollten, machten jedoch den geplanten Angriff zunichte. Bereits am Abend des 29. Oktober hatte der Aufstand einen großen Teil der Flotte erfaßt. Die Matrosen mehrerer Linienschiffe und Kreuzer verweigerten die Befehle, während auf anderen Schiffen passiver Widerstand geleistet wurde. Es bildeten sich Matrosenräte, und die Besatzungen der „Thüringen" und der „Helgoland" hißten die rote Flagge. Am 30. Oktober, als die Flotte zum Kampf auslaufen sollte, weigerten sich die Matrosen, die Anker zu lichten, und die Heizer rissen die Feuer unter den Kesseln heraus, so daß die Aktion endgültig aufgegeben werden mußte. Mit Hilfe von Marineinfanterie und einigen Torpedobooten und U-Booten konnte der Aufstand für wenige Tage noch einmal gewaltsam unterdrückt werden; mehr als 1000 Matrosen wurden festgenommen. Die Flottenkonzentration wurde aufgelöst, und die einzelnen Verbände begaben sich in ihre Häfen zurück.

Die revolutionäre Situation hatte ihren Höhepunkt erreicht. Die Lage war aufs äußerste gespannt. Sie glich einem Pulverfaß, das der nächste Funke zur Explosion bringen mußte.

Die Novemberrevolution und ihre Entwicklung bis zum ersten Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands (November 1918 bis Dezember 1918)

1. Der Ausbruch der Revolution und die Bildung des Rates der Volksbeauftragten

Die Revolution begann am 3. November 1918 mit dem bewaffneten Aufstand der Matrosen in Kiel. Die brutalen Gewaltmaßnahmen zur Unterdrückung der Meuterei auf den Kriegsschiffen vor Wilhelmshaven hatten die Empörung und Erbitterung unter den Mannschaften aufs höchste gesteigert. Als auf den Schiffen des III. Geschwaders, das am 31. Oktober im Kriegshafen von Kiel eingetroffen war, weitere umfangreiche Verhaftungen vorgenommen wurden, erhoben sich die Matrosen erneut und begannen den Kampf um die Befreiung ihrer eingekerkerten Kameraden. Marinelandtruppen, die gegen die Matrosen vorgehen sollten, verweigerten den Gehorsam.

Am 3. November fand eine von proletarisch-revolutionären Kräften der USPD vorbereitete Massenkundgebung statt, auf der sich

Kieler Arbeiter und Soldaten mit den Matrosen solidarisch erklärten. Unter Rufen wie: „Es lebe die Internationale! Es lebe die deutsche Republik! Weg mit dem Kaiser!" zogen die Versammlungsteilnehmer in einer großen, zum Teil bewaffneten Demonstration durch die Straßen der Stadt. Die Kommandantur hatte Militärstreifen eingesetzt, die den Zug auflösen sollten. „Wir ließen uns jedoch nicht aufhalten", berichtet der damalige Oberheizer Karl Artelt, der führend am Aufstand der Kieler Matrosen beteiligt war, „und entwaffneten die Patrouillen mühelos. Inzwischen hatte sich unser Demonstrationszug durch weitere Teilnehmer vergrößert, die sich dem Zug spontan angeschlossen hatten. Vor dem Kaiser-Café empfing uns plötzlich Maschinengewehrfeuer. Unser Demonstrationszug stoppte. Als wir feststellten, daß niemand getroffen war, gingen wir weiter. Daraufhin schossen die Maschinengewehrschützen direkt in unseren Zug hinein. Vierzig bis fünfzig Demonstranten, darunter auch Frauen und Kinder, brachen unter den Kugeln zusammen. Acht von ihnen wurden getötet und neunundzwanzig schwer verletzt.

Durch die Massen ging ein Schrei der Entrüstung und des Protestes. Nachdem die Mörder, die unter dem Kommando des Leutnants Steinhäuser standen, auch angesichts dieses Blutbades nicht bereit waren, das Feuer einzustellen, sprang ein Matrose aus der vorderen Reihe des Demonstrationszuges vor und schlug den Leutnant Steinhäuser mit dem Gewehrkolben nieder... Junge Matrosen und Arbeiter stürmten die Stellung der Maschinengewehrschützen und schlugen sie in die Flucht... Dann reichten wir uns alle die Hände und gelobten, mit unerbittlicher Härte gegen die Schuldigen an diesen Opfern und am räuberischen Kriege vorzugehen und nicht eher zu ruhen, bis ihnen für immer ihr schmutziges Handwerk gelegt ist."[124] Diese blutigen Zusammenstöße in den Straßen Kiels leiteten den bewaffneten Aufstand ein.

Die Kieler Militärbehörden, die ihre Macht überschätzt hatten, mußten sehr bald feststellen, daß ihnen die Truppen völlig entglitten. Noch in der Nacht wurden auf den Schiffen und in den Kasernen Matrosen- und Soldatenräte gewählt. Die Besatzungen der Schiffe holten die kaiserliche Kriegsflagge ein und setzten die rote Fahne. Auf dem Linienschiff „König" wurden Offiziere, die das Hissen der

[124] Karl Artelt: Mit der roten Fahne zum Vizeadmiral Souchon. In: Vorwärts und nicht vergessen. Erlebnisberichte aktiver Teilnehmer der Novemberrevolution 1918/1919, Berlin 1958, S. 93/94.

roten Flagge mit der Waffe in der Hand verhindern wollten, niedergeschossen. Am Mittag des 4. November konnten sich die Räte bereits auf 20 000 bewaffnete Matrosen und Soldaten stützen. Ihre ersten Forderungen waren: sofortige Beendigung des Krieges, Abdankung der Hohenzollern, Aufhebung des Belagerungszustandes, Freilassung der verhafteten Matrosen und aller politischen Gefangenen sowie allgemeines Wahlrecht.

Die Kieler Arbeiter schlossen sich gegen den anfänglichen Widerstand der rechten Führer der SPD und der Gewerkschaften der revolutionären Bewegung an. Sie bildeten am 4. November einen Arbeiterrat, der paritätisch aus Vertretern der SPD und der USPD zusammengesetzt war und für den 5. November zum allgemeinen Streik aufrief.

Der Gouverneur von Kiel, der über keine einsatzfähigen Truppen mehr verfügte, mußte die Arbeiter- und Soldatenräte anerkennen, ihre Forderungen entgegennehmen und die Freilassung der Gefangenen zugestehen. Der Versuch, auswärtige Truppen zur Niederschlagung der revolutionären Bewegung einzusetzen, mißlang. Die Soldaten der Infanterieeinheiten, die am 4. November in Kiel eintrafen, gingen in der Mehrzahl zu den revolutionären Kräften über, während der Rest entwaffnet wurde.

Am Abend des 4. November war Kiel völlig in der Hand der revolutionären Matrosen, Arbeiter und Soldaten. Auf den Schiffen und den öffentlichen Gebäuden wehten die roten Fahnen. Der Hafen und alle militärischen Anlagen waren von den Aufständischen besetzt. Der provisorische Arbeiter- und Soldatenrat leitete den Sicherheits- und Polizeidienst und übte die Kontrolle über die Stadtverwaltung und die Lebensmittelversorgung aus. Die gesamte zivile und militärische Gewalt lag in den Händen des Arbeiter- und Soldatenrates, der über 40 000 bewaffnete Matrosen und Soldaten, starke Einheiten der Kriegsflotte und die großen Reserven der Arsenale und Depots verfügen konnte.

Die alarmierenden Nachrichten aus Kiel riefen in der Regierung Unruhe und Panik hervor. Fast pausenlos tagte das Kriegskabinett. Aber alle Pläne, mit militärischer Gewalt gegen das revolutionäre Kiel vorzugehen, mußten aufgegeben werden. Den Militärbehörden standen nicht mehr genügend einsatzfähige und zuverlässige Truppen zur Verfügung. So wurden zunächst Straßen und Eisenbahnen gesperrt, um das vom Aufstand erfaßte Gebiet abzuriegeln. Noch am 4. No-

vember entsandte die Regierung den rechten Sozialdemokraten Gustav Noske und den bürgerlichen Staatssekretär Conrad Haussmann nach Kiel. Sie sollten versuchen, die revolutionäre Bewegung „zurückzurollen" und vor allem ein Übergreifen auf andere Städte zu verhindern. Die Regierung hoffte, inzwischen ausreichende und zuverlässige militärische Kräfte, insbesondere Fronttruppen aus dem Westen, heranschaffen zu können, um den Aufstand gewaltsam niederzuschlagen.

Diese Pläne scheiterten jedoch. Weder gelang es, die Revolution im Keime zu ersticken, noch konnte ihre Ausbreitung aufgehalten werden. Aber infolge der politischen Unerfahrenheit der Matrosen und der Arbeiter und des Fehlens einer zielklaren revolutionären Führung konnte Gustav Noske sich mit demagogischen Mitteln an die Spitze der Bewegung in Kiel setzen und sie – wie die 14 Forderungen des Soldatenrates[125] zeigen – in „ruhigere Bahnen" lenken. Dabei fand er auch die Unterstützung der örtlichen Führer der USPD, die ihm halfen, sich zum Gouverneur der Ostseestation zu machen und seinen Einfluß auf die Arbeiter- und Soldatenräte in Schleswig-Holstein auszudehnen. Der Parteivorsitzende der USPD, Hugo Haase, der am 7. November in Kiel eintraf, billigte die Haltung der dortigen Parteileitung und war mit Gustav Noske der Meinung, daß nur durch die Zusammenarbeit der beiden sozialdemokratischen Parteien unabsehbares Unheil vermieden werden könnte. Aus Furcht vor der revolutionären Bewegung der Massen ordneten sich die rechten Führer der USPD schon in den ersten Tagen der Revolution der konterrevolutionären Politik der rechten sozialdemokratischen Führer unter.

Alle Maßnahmen der Regierung, der Militärbehörden und der Führung der SPD konnten jedoch nicht verhindern, daß der Kieler Aufstand in wenigen Tagen das ganze Land entflammte. Mit Elan und Begeisterung trugen die roten Matrosen die Fahne der Revolution die gesamte Nord- und Ostseeküste entlang und tief nach West- und Mitteldeutschland hinein. Verlauf und Inhalt der Bewegung aber waren in den einzelnen Städten und Gebieten unterschiedlich. Obwohl die marxistischen deutschen Linken, vor allem die Spartakusanhänger, in zahlreichen Städten für die Erhebung der Massen und die Schaffung von Arbeiter- und Soldatenräten arbeiteten, fehlte der Bewegung die zentrale einheitliche Führung durch eine revolutionäre Partei.

In Stuttgart kam es auf Initiative der Spartakusgruppe unter Lei-

[125] Dokument Nr. 19.

tung von Fritz Rück und August Thalheimer bereits am 4. November zum Generalstreik. 30 000 Arbeiter und Arbeiterinnen demonstrierten für einen sofortigen Waffenstillstand und für die sozialistische Republik. Es wurde ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, dessen Forderungen[126] dem Programm der Spartakuskonferenz vom 7. Oktober entsprachen. Am nächsten Tage erschien in Stuttgart die erste Zeitung, die in Deutschland den Namen „Die rote Fahne" trug. Die Bewegung wurde aber noch einmal unterdrückt, und ihre Führer wurden verhaftet. Am 9. November erhoben sich die Arbeiter und Soldaten Stuttgarts erneut und stürzten die württembergische Monarchie. Mit großer Begeisterung wurde Clara Zetkin begrüßt, die auf dem Schloßplatz zu den Massen sprach. Im Arbeiter- und Soldatenrat und seinem Vollzugsausschuß, dem unter anderen Edwin Hoernle, Fritz Rück, August Thalheimer und Jacob Walcher angehörten, hatten die Spartakusgruppe und die USPD zunächst die Mehrheit.

Am 5. November erfaßte die Revolution Brunsbüttel und Lübeck und am 6. November Altona, Bremen, Bremerhaven, Cuxhaven, Flensburg, Hamburg, Neumünster, Oldenburg, Rostock und Wilhelmshaven. In Lübeck wurde die revolutionäre Erhebung durch Kieler Matrosen ausgelöst, denen sich die Lübecker Soldaten und Arbeiter anschlossen. Ohne Widerstand konnten die öffentlichen Gebäude, die Kasernen und Magazine besetzt werden. Es entstand ein Arbeiter- und Soldatenrat, in dem die rechten Sozialdemokraten und die Gewerkschaftsführer den entscheidenden Einfluß besaßen. Seine wichtigsten Forderungen waren: sofortiger Waffenstillstand und Frieden, allgemeines Wahlrecht sowie Einführung des Achtstundentages und einer Arbeitslosenversicherung. Während auch in den meisten anderen Städten die Arbeiter- und Soldatenräte sofort in die Hände der SPD gerieten, standen in Hamburg und Bremen die Linksradikalen und die USPD an der Spitze der Massenbewegung.

In Hamburg war es bereits am 5. November zu Unruhen auf den Werften gekommen. In einer von etwa 5000 Arbeitern besuchten Massenversammlung der USPD wurde für den 6. November der Generalstreik beschlossen. Noch in der Nacht besetzte eine Abteilung Kieler Matrosen den Hafen, das Gebiet der Werften und den Hauptbahnhof. Am Morgen des 6. November traten die Arbeiter in Aktion. Machtvolle Demonstrationen mit bewaffneten Matrosen und Arbeitern an der Spitze befreiten die politischen und militärischen Gefan-

[126] Dokument Nr. 20.

genen und öffneten die Kasernen, wobei es an einigen Stellen zu blutigen Kämpfen kam. An der Kaserne des 76. Infanterieregiments schossen reaktionäre Offiziere mit Maschinengewehren in die demonstrierenden Massen. Sechs Menschen wurden getötet und viele verwundet. Dabei fiel als einer der ersten Friedrich Peter, einer der Führer der Hamburger revolutionären Arbeiterjugend. Die empörten Massen stürmten die Kaserne und überwältigten die Offiziere. Auch die Artilleriekaserne, die noch in der Hand der Offiziere war, ergab sich erst, als der von Wilhelmshaven zu Hilfe gekommene Kreuzer „Augsburg" seine Geschütze auf die Kaserne richtete. Während sich die Soldaten der revolutionären Bewegung anschlossen, floh der Kommandierende General vor den anrückenden Demonstranten. Die militärische Macht der Reaktion war gebrochen. Auf einer Massenkundgebung stimmten 70 000 Arbeiter und Soldaten einem Aufruf[127] zu, der sich für eine sozialistische deutsche Arbeiterrepublik aussprach, und wählten einen Arbeiter- und Soldatenrat. Das sozialdemokratische „Hamburger Echo", das bis zuletzt im Dienste der Kriegspolitik gestanden hatte, wurde dem Arbeiter- und Soldatenrat übergeben, der die Zeitung unter dem Titel „Die Rote Fahne" erscheinen ließ.

In Bremen wurden schon am 4. und 5. November in Massenversammlungen Forderungen erhoben, die mit dem Programm der Oktoberkonferenz der Spartakusgruppe übereinstimmten: sofortiger Waffenstillstand, Aufhebung des Belagerungszustandes, Abschaffung aller Dynastien und Errichtung einer sozialistischen Republik. Kieler Matrosen, die am 6. November in Bremen eintrafen, lösten auch hier die revolutionären Aktionen der Arbeiter und Soldaten aus. Auf der Weser AG, der größten Bremer Werft mit etwa 10 000 Beschäftigten, wurde ein Arbeiterrat gewählt, dem in der Mehrheit Vertreter der Linksradikalen, darunter auch Josef Miller, angehörten. In den Kasernen kam es zu Befehlsverweigerungen. Die Soldaten gingen zu den Matrosen und Arbeitern über. Die Gefängnisse und Haftanstalten wurden geöffnet und die politischen Gefangenen befreit. Am Abend des 6. November zog eine machtvolle Demonstration durch die Straßen der Stadt. Auf einer Massenkundgebung vor dem Rathaus wurde der Sieg gefeiert und ein Arbeiter- und Soldatenrat gewählt. Dieser stand zunächst unter dem Einfluß der USPD, da die namhaften Führer der Linksradikalen entweder noch an den Fronten waren oder

[127] Dokument Nr. 26.

außerhalb Bremens in den Gefängnissen saßen. Die rechten Führer der USPD versuchten mit den bürgerlichen Kräften im Senat und mit den Militärs zu paktieren, so daß einige Offiziere, darunter sogar der kaiserliche Garnisonskommandant, in den Soldatenrat gelangen konnten. Gestützt auf die Arbeitermassen, setzten sich aber die revolutionären Kräfte im Arbeiter- und Soldatenrat durch, entfernten die Offiziere und beschlossen am 9. November einen programmatischen Aufruf[128], der die Macht der Arbeiter- und Soldatenräte und die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft forderte.

Am 7. und 8. November ergriff die Revolution bis auf Berlin fast alle wichtigen Städte und industriellen Gebiete Deutschlands. In Bayern stürzte am 7. November der erste deutsche Königsthron. Nach einer gewaltigen Kundgebung für Frieden und Demokratie in München bildete sich eine Demonstration, an der etwa 200 000 Menschen, überwiegend Arbeiter und Soldaten, teilnahmen. Sie stürmten die Kasernen und das Militärgefängnis. Unter dem Vorsitz des Führers der USPD, Kurt Eisner, wurde ein Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat gebildet und Bayern zur demokratischen Republik erklärt.[129] Am 8. November wurde ein provisorischer „Nationalrat" geschaffen, der sich aus Mitgliedern des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates und aus Vertretern der ehemaligen Landtagsfraktionen der SPD, des Bayrischen Bauernbundes und der Liberalen zusammensetzte. Die USPD und die SPD bildeten gemeinsam eine Regierung mit Kurt Eisner als Ministerpräsidenten. Am 8. November entstanden in Augsburg, Nürnberg, Passau und Rosenheim Arbeiter- und Soldatenräte, in denen die rechten Führer der SPD und der Gewerkschaften vorherrschten.

Auch die wichtigsten mitteldeutschen Städte wurden am 7. und 8. November von der revolutionären Welle erfaßt. In Braunschweig, wo die Spartakusgruppe erheblichen Einfluß hatte, wagten die Militärbehörden schon am 3. November nicht mehr, gegen demonstrierende Arbeiter und Soldaten vorzugehen. Am 7. November kam es erneut zu einer Massendemonstration, an der Matrosen, die den Bahnhof besetzt hatten, aktiv beteiligt waren. Die Soldaten der Garnison schlossen sich der Bewegung an. Kampflos wurden die öffentlichen Gebäude besetzt und die Gefangenen befreit. Es bildete sich ein Arbeiter- und Soldatenrat, an dessen Spitze der Spartakusanhänger August

[128] Dokument Nr. 31.

[129] Dokument Nr. 27.

Merges stand. Der Herzog und seine Familie wurden zur Abdankung gezwungen und ihre Güter und Ländereien zum Eigentum des Landes Braunschweig erklärt. In Hannover kam es am 7. November vor dem Hauptbahnhof, der von einer stärkeren Abteilung Kieler Matrosen besetzt und befestigt worden war, mehrmals zu heftigen Kämpfen. Die zum Angriff befohlenen Truppen gingen jedoch bald zu den Aufständischen über. Ein aus Celle herangeführtes Regiment schloß sich ebenfalls der revolutionären Bewegung an. Die Offiziere wurden entwaffnet, das Generalkommando wurde besetzt und der Kommandierende General verhaftet. Aber schon am nächsten Tag kam der unter Leitung des rechten Sozialdemokraten Robert Leinert stehende Arbeiter- und Soldatenrat mit den kaiserlichen Militärbehörden überein, die militärische Gewalt in Hannover mit ihnen gemeinsam auszuüben. Während in Erfurt und Magdeburg die rechten Führer der SPD gemeinsam mit den rechten Führern der USPD den Arbeiter- und Soldatenrat bildeten, hatten in Gotha und Halle die Vertreter des linken Flügels der USPD den entscheidenden Einfluß. Der Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha wurde abgesetzt und das Land zur Republik erklärt.

In den Städten des Ruhrgebietes entstanden am 8. November ohne größere Widerstände Arbeiter- und Soldatenräte, die sich zunächst fast überall unter dem Einfluß der SPD befanden. In Düsseldorf, wo es eine zwar kleine, aber aktive Spartakusgruppe gab, waren die Arbeiter schon seit dem 6. November in Bewegung. Sie überrumpelten Polizeistationen, um sich Waffen zu beschaffen, und besetzten den Bahnhof. Die Soldaten schlossen sich den Arbeitern an. Die Kaserne des Dragonerregiments, dessen Offiziere noch Widerstand zu leisten versuchten, konnte nach kurzem Kampf gestürmt werden. Die Offiziere wurden verhaftet. Der Arbeiter- und Soldatenrat, der sich am 8. November bildete, setzte sich paritätisch aus Vertretern der SPD und der USPD zusammen. Zu größeren Aktionen kam es am 7. und 8. November in Köln. Dort beriet der Vorsitzende der SPD Wilhelm Sollmann noch mit dem Oberbürgermeister Konrad Adenauer und dem kaiserlichen Militärgouverneur, wie man eine revolutionäre Erhebung in der Stadt verhindern könnte, als Kieler Matrosen bereits den Bahnhof besetzten und Verbindung zu den Arbeitern und den Truppen der Garnison aufnahmen. Demonstrationen der Matrosen, Arbeiter und Soldaten befreiten die politischen Gefangenen. Am nächsten Tage verweigerten bereits 45 000 Soldaten den Gehorsam

und wählten ihre Räte. Die Militärbehörden waren machtlos. Die Soldatenräte beschlagnahmten in den ersten Tagen Depots mit Waffen, Munition und anderen Heeresbeständen und unterbanden den Nachschub für die Front. Damit wurde eines der wichtigsten militärischen Versorgungs- und Transportzentren im Westen lahmgelegt. Daher setzte die Oberste Heeresleitung eine als zuverlässig geltende Garde-Infanteriedivision, die von der Westfront kam und zur Sicherung von Berlin vorgesehen war, gegen die Revolution im Raum von Köln ein. Aber auch diese Truppen versagten den Gehorsam und lösten sich auf, als sie mit der revolutionären Atmosphäre in der Heimat in Berührung kamen. Doch die Führung der SPD, die die Mehrheit im Kölner Arbeiter- und Soldatenrat besaß, konnte diesen bald weitgehend unter ihren Einfluß bringen und seine Tätigkeit in „ruhigere" Bahnen lenken. Die revolutionäre Bewegung der Bergarbeiter im Ruhrgebiet nahm erst ab Mitte November entschiedenere Formen an.

Auch die sächsischen Zentren wurden am 8. November von der Revolution erfaßt. In Leipzig, wo die USPD den überragenden Einfluß besaß, lösten die Nachrichten von den revolutionären Ereignissen in Kiel große Erregung in der Arbeiterschaft aus. Die kleine Gruppe der Spartakusanhänger rief, unterstützt von linken Kräften der USPD und der sozialistischen Jugendorganisation, die Arbeiter auf, am 7. November, dem Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, die Arbeit niederzulegen. Am 7. November verließen viele Arbeiter die Betriebe und demonstrierten mit roten Matrosen an der Spitze, die gerade in Leipzig eingetroffen waren, zum Volkshaus. In einigen Betrieben und Kasernen wurden Räte gebildet. Am 8. November kam es erneut zu Demonstrationen, denen sich viele Soldaten anschlossen. Die Ulanenkaserne, die allein noch unter dem Kommando der Offiziere stand, wurde von bewaffneten Matrosen überrumpelt. Bald lagen fast alle Betriebe still. Die Arbeiter gingen auf die Straße und solidarisierten sich mit den Soldaten. Gruppen bewaffneter Matrosen, Arbeiter und Soldaten besetzten das Generalkommando und die öffentlichen Gebäude und entwaffneten die Polizei. Der von der Leitung der USPD gebildete Arbeiter- und Soldatenrat rief zum Generalstreik für die Eroberung der politischen Macht und die Errichtung der sozialistischen Republik auf.[130]

In Chemnitz war es schon seit dem 5. November zu Straßenkund-

130 Dokument Nr. 28.

gebungen gekommen. Am 8. November wurde Fritz Heckert, unter dessen Leitung die Spartakusgruppe entscheidenden Einfluß in der Chemnitzer USPD gewonnen hatte, aus der Haft befreit. Die Soldaten schlossen sich der revolutionären Bewegung an. Es entstand ein Arbeiter- und Soldatenrat, in dem auch die SPD vertreten war. Fritz Heckert wurde zu einem der drei Vorsitzenden gewählt. Am Morgen des 9. November traten die Arbeiter in den Generalstreik, demonstrierten gemeinsam mit den Soldaten und besetzten die öffentlichen Gebäude. Der Arbeiter- und Soldatenrat verkündete die Übernahme der politischen und militärischen Macht und erklärte sich für die Errichtung einer sozialistischen deutschen Republik.

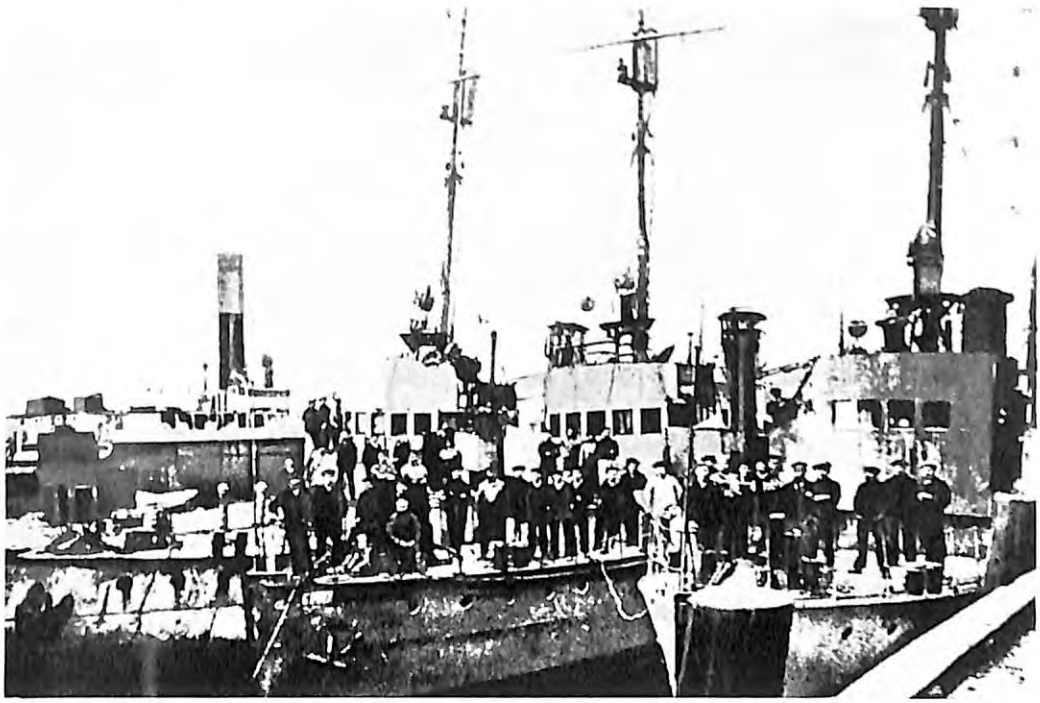
In der sächsischen Landeshauptstadt Dresden kam es am Abend des 8. November zu einer Demonstration, an der vorwiegend revolutionäre Soldaten beteiligt waren. Die Kasernen öffneten ohne Widerstand ihre Tore. Die Gefängnisse und Haftanstalten wurden gestürmt und die politischen Gefangenen befreit. Es bildete sich ein Arbeiter- und Soldatenrat, der unter dem Einfluß der sozialdemokratischen Führer stand. Am 9. November waren Straßen und Plätze der Stadt von demonstrierenden Arbeitern und Soldaten erfüllt. Sie besetzten das Generalkommando, das Polizeipräsidium und die Regierungsgebäude. Diese Aktionen gingen vor allem von der Dresdener Gruppe der Linksradikalen aus, an deren Spitze Otto Rühle stand. Sie schuf gemeinsam mit der USPD einen Revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat. Aber noch am Nachmittag des 9. November schlossen sich auf Betreiben der rechten Führer der USPD beide Räte zum Vereinigten Revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat zusammen, der die Monarchie und die Regierung für abgesetzt erklärte und Sachsen zur „sozialen Republik" proklamierte.

Die revolutionäre Welle hatte innerhalb weniger Tage, ohne auf ernsthaften Widerstand zu stoßen, fast ganz Deutschland überflutet. Nur die Hauptstadt und die östlichen Gebiete waren hinter der allgemeinen Bewegung zurückgeblieben. Die Regierung und die zentralen Leitungen der SPD und der Gewerkschaften unternahmen alle Anstrengungen, einen Aufstand in Berlin zu verhindern[131] und der Revolution im Lande ein rasches Ende zu bereiten. Mit Hilfe des Militärapparates wurde die Hauptstadt isoliert. Die Presse durfte über die revolutionären Vorgänge in Kiel und im Lande nicht berichten. Vor allem waren die Regierung und die Führung der SPD bestrebt, die

131 Dokument Nr. 21.



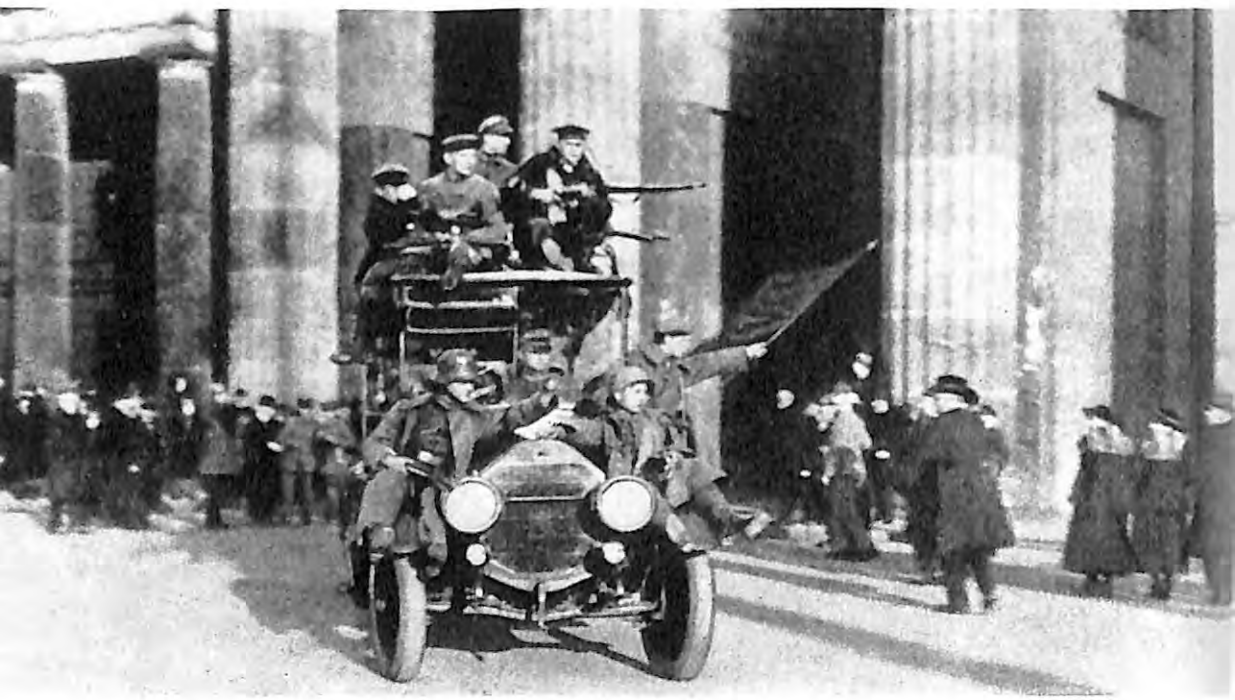
Demonstration in Wilhelmshaven, 4. November 1918



Revolutionäre Matrosen auf ihren Schiffen im Hamburger Hafen, 6. November 1918



Revolutionäre Arbeiter und Soldaten in München, 7. November 1918



Revolutionäre Soldaten und Matrosen am Brandenburger Tor in Berlin, November 1918



Massendemonstration in Leipzig, 8. November 1918

9. November 1918 Nr. 1

Preis 10 Pfennig

Die rote Fahne

Ehemaliger Berliner Lokal-Anzeiger — 2. Abend-Ausgabe

Verlag August Scherl G. m. b. H., Berlin SW 68, Zimmerstr. 36-41. — Fernsprecher: Amt Zentrum 9001 bis 9020. — Telegramme: Scherlverlag.

Berlin unter der roten Fahne.

Polizeipräsidium gestürmt. — 650 Gefangene befreit. — Rote Fahnen am Schloß.

Die Redaktion des „Berliner Lokal-Anzeigers" ist von Vertretern des revolutionären Volkes (Spartakus-Gruppe) besetzt. Die Redaktionsführung ist damit an die Leitung der Genossen übergegangen.

Mit rasender Wucht rollt sich die Entwicklung der Ereignisse nun auch in Berlin ab. Seit heute vormittag sind fast alle Stellen, die für den Verkehr, die Verwaltung und die Sicherheit der Stadt wichtig sind, in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte und seiner Beauftragten. Die Bewegung setzte vormittags ruhig ein und vollzog sich auch weiterhin in völlig [illegible] Formen.

Ueber die Vorgänge des Nachmittags liegen uns die folgenden Nachrichten vor:

Die Uebernahme der Kasernen.

Beim 2. Garde-Regiment zu Fuß besetzten Kaserne, in der Alexanderstraße, [illegible] hat sich auch ein Soldatenrat gebildet. Die Mannschaften bewahren Ruhe.

Ueber die Vorgänge in der Maikäferkaserne wird uns noch berichtet: Um 1/2 12 Uhr kam vom Stettiner Bahnhof her ein riesiger demonstrierender Zug von Frauen und Männern mit roten Fahnen. Viele machten sich auf den Weg zur Maikäferkaserne. Hier fielen die ersten Schüsse. Der Führer der Jugendwehr und zwei Mann wurden getroffen. Daraufhin schlug die Menge die Scheiben ein und befreite die Soldaten. Die Uebergabe der Kaserne erfolgte. Sämtliche Gewehre, 6 Maschinengewehre, viel Munition und zwei Autos fielen in die Hände der Menge. Die Maschinengewehre wurden auf den Autos untergebracht und dort geladen. Die Soldaten und bewaffnetes Zivil machte sich nun unter den Hochrufen der Menge auf den Weg zum Stettiner Bahnhof. Unzählige Rufe, wie „Hoch Liebknecht", „Hoch die Revolution", erschallten. Eine Abordnung begab sich in die Kaserne der Garde-Ulanen, und forderte die Uebergabe. Sie erfolgte nicht. Es wurde Aufstellung genommen, der erste Schuß fiel. Hiernach betrat die Kommission nochmals die Kaserne, es erfolgte nunmehr die Uebergabe. Alle Gewehre nahm die Menge an sich. Auch wurden zwei weitere Autos angehalten. Einem Oberleutnant wurde der Degen und Revolver abgenommen, man stellte ihm eine Bescheinigung aus. Ein Herr Cohen-Reuß hielt vom Auto aus eine Ansprache und teilte die Abdankung des Kaisers mit, nicht endenwollende Hochrufe erschollen. Im Namen des Reichskanzlers ersuchte er um Ruhe, daß kein unnützes Blut fließt. Die Menge ging nun nach dem Militärgefängnis Lehrter Straße und holte die Soldaten aus der Haft. Wie wir soeben hören, sind aus dem Militärgefängnis in der [illegible]straße 700 Mann befreit worden.

In der Wilhelmstraße.

Um 1/3 Uhr marschierte ein Trupp von einigen hundert Arbeitern und Soldaten mit zahlreichen roten Fahnen durch die Wilhelmstraße. Am Palais des Prinzen August Wilhelm machte er Halt. Ein Teil der Arbeiter und Soldaten drang in den Hof und zwang die dort aufgestellte Infanteriewache, die Gewehre abzugeben. Am benachbarten Reichsamt des Innern ersuchten sie die Führer eines dort haltenden Militärautos, sich ihnen anzuschließen. Zwei Soldaten erkletterten das Dach und schwangen im [illegible] rote Fahnen. Vor dem Auswärtigen Amt machten die Demonstrierenden ebenfalls eine kurze Pause, betraten das Gebäude, kehrten aber sofort wieder freiwillig um. Ebenso ließen sie das angrenzende Reichskanzlerpalais unbehelligt. Der Zug bewegte sich sodann in der Richtung auf die Leipziger Straße.

Rote Fahnen am Schloß.

Am Kgl. Schloß und am Kronprinzenpalais waren am Eingang zu den Portalen rote Fahnen angebracht. — Die Hauptwache Unter den Linden ist vom Militär entblößt, davor sind drei Zivilisten mit Gewehr aufgezogen, die Wachposten an das Publikum stellen. Ein Arbeiterposten bemerkte unter anderem, daß an [illegible] heute [illegible] sei.

Der Sturm auf das Polizei-Präsidium.

In den Nachmittagsstunden begannen bewaffnete Trupps in Kraftwagen mit Umzügen durch die Stadt. In der Nähe des Halleschen Tores wurden aus einem

geheimen Waffendepot

Gewehre verteilt, und nun begann die Revolution, die zweifellos gut organisiert war.

Vom Norden her drang ein Zug von mehreren Hundert Personen, darunter eine Abteilung Soldaten der dem Soldatenrat bereits beigetretenen Maikäferkaserne gegen das Polizeipräsidium vor. Unterwegs schlossen sich neue Mengen an, so daß beim Eintreffen des Zuges der Alexanderplatz binnen weniger Minuten mit einer unübersehbaren Menge besetzt war.

Von allen Seiten wurde nun der Sturm auf das Polizei-Präsidium begonnen. Dem Präsidium war einige Zeit vorher der Befehl gegeben worden, sämtliche Türen des Gebäudes zu schließen.

Mit dem Gewehrkolben

wurde an die Türen gehämmert. Nichts rührte sich. Aus der Menge fielen Rufe: „Schlagt die Fenster ein!" Im selben Augenblick klirrten die Scheiben und eine Reihe von Schüssen wurde gegen die Fenster abgegeben. Um Blutvergießen zu vermeiden, wurden schließlich die Türen geöffnet, und eine Abordnung Bewaffneter drang in das Gebäude. Das Gefängnis wurde geöffnet und

650 Gefangene befreit.

Die Bewaffneten nahmen den Schutzleuten das Versprechen ab, keinen Widerstand zu leisten, und der Polizeipräsident verließ darauf mit den höheren Beamten das Gebäude, das von dem Anführer der Aufständischen besetzt wurde.

Gegen zwei Uhr nachmittags zog von der Straße Unter den Linden her ein starker Trupp die Wilhelmstraße entlang, um die besetzten Dienststellen zum Niederlegen ihrer Tätigkeit zu zwingen. In der Reichskanzlei kamen Bewaffnete, fanden die Räume aber bereits verlassen. Am Wilhelmplatz sammelte ein Zivilist die Bewaffneten zu einer Abteilung. Ein Offizier aus dem Trupp [illegible] erklärte: „Kameraden, Genossen! Als langjähriger Offizier, dem im Felde bereits großes Unrecht geschehen ist, ersuche ich euch, der Freiheit zum vollen Siege zu verhelfen. Die meisten [illegible] vermeiden, müssen aber selbst Ordnung halten. Nicht schießen! [illegible] auf die Gewehrträger unter euch, hindert die Waffen zum Mißbrauch. Jede unnötige Gewalt muß unterbleiben. Es lebe die soziale Republik!"

W.T.B. von A. und S. besetzt.

In den ersten Nachmittagsstunden erschienen Abgesandte des Arbeiter- und Soldatenrates in den Räumen des bisher amtlichen Wolffschen Telegraphenbureaus und übernahmen es im Auftrage des Rates. Die Eingänge wurden scharf kontrolliert, nur Personen mit Ausweis bekamen Zutritt. Die Uebermittlung der Nachrichten durch den Fernsprecher setzte um diese Zeit aus. Gegen 4 Uhr kam wieder die erste Meldung aus dem W.T.B. in die Redaktionen. Sie lautete:

Das „Amtliche Telegraphische Bureau" wurde heute mittag durch den Arbeiter- und Soldatenrat besetzt. Seit 3 Uhr steht der Nachrichtendienst dieses Bureaus unter der Vorzensur des Arbeiter- und Soldatenrates. Die Besetzung des Bureaus geschah ohne Schwierigkeiten, so daß der Nachrichtendienst für die deutsche Presse hierdurch keine Verzögerung erleidet.

Gefangenenbefreiung im Lazarett.

Ein Trupp von etwa 80 bis 100 Zivilpersonen, bewaffnet mit Gewehren und Handgranaten bewaffnet, drang in den heutigen Mittagsstunden in die [illegible] des Garnisonlazaretts in der Scharnhorststraße und von da aus in das Lazarett selbst ein. An ihrer Spitze befand sich eine Frau mit einer großen roten Fahne. Die zur Bewachung des Lazaretts dort befindlichen Soldaten ließen sich ohne Widerstand entwaffnen. Hierauf erfolgte nach Verhandlung mit einem der im Lazarett tätigen Stabsärzte die Befreiung sämtlicher wegen politischer Vergehen dort festgehaltenen Insassen der Gefangenenabteilung. Die Leute durften ihre Kleidung in der Kammer in Empfang nehmen und alsbald das Lazarett verlassen. Gefangene, die wegen gemeiner Vergehen in Haft gehalten werden, sowie solche mit Geschlechtskrankheiten und nicht Gehfähige wurden ohne weiteres im Lazarett belassen.

Die Kokarden.

Am Nachmittag wurden den Soldaten und Offizieren von den Beauftragten des Arbeiter- und Soldatenrats die Kokarden von den Mützen abgenommen. Das geschah meistens in ziemlich höflichen Formen. Die Offiziere wurden umringt, und es blieb ihnen schließlich nichts weiter übrig, als dem Willen der Beteiligten nachzukommen. Auch in die Droschken, in denen Soldaten und Offiziere saßen, drangen Beteiligte hinein und entfernten die Kokarden. Später legte die Mehrzahl der Soldaten, die auf den Straßen zu sehen waren, freiwillig die Kokarden ab.

Die Rundfahrt der Roten Flagge.

Der Arbeiter- und Soldatenrat ließ heute nachmittag eine große Anzahl Militär- und Privatautomobile mit roten Fahnen besetzt, durch die Stadt fahren, um der Bevölkerung die Abdankung des Kaisers mitzuteilen. Die Automobile waren dicht besetzt mit Arbeitern und Soldaten, die Mehrzahl mit Gewehren bewaffnet. Vorne auf den Automobilen stand je ein Arbeiter und ein Soldat, die [illegible]. Auf einem Automobil sahen wir auch einen Z.-Oberleutnant. Von den Automobilen wurden zu Tausenden Flugblätter heruntergeworfen, die gemeinsam den bekannten Brief des Reichskanzlers enthielten und dann auch folgende Mitteilung enthielten:

„Es wird nicht geschossen!"

Der Reichskanzler hat angeordnet, daß seitens des Militärs von der Waffe kein Gebrauch gemacht werde.

Parteigenossen! Arbeiter! Soldaten! Soeben sind das Alexanderregiment und die vierten Jäger geschlossen zum Volke übergegangen. Sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter Wels u. a. haben zu den Truppen gesprochen. Offiziere haben sich den Soldaten angeschlossen. Der sozialdemokratische Arbeiter- und Soldatenrat.

Die französische Front.

In Berlin sind heute Nachrichten eingetroffen, denen zufolge an oder hinter der französischen Front ähnliche Bewegungen ausgebrochen sind wie jetzt in Deutschland.

Hughes' Friedensforderungen.

Drahtbericht unseres Korrespondenten.

I. Rotterdam, 8. November. Der australische Ministerpräsident Hughes hielt gestern im Australischen Klub in London eine Rede. Er erinnerte daran, daß der Rat von Versailles nicht nur über die Waffenstillstand[illegible] sondern auch über die Friedensbedingungen die Entscheidung getroffen habe, und fügte sein Bedauern über die Tatsache, daß die Dominien über die Friedensbedingungen nicht gefragt worden seien. Zum dritten Punkte Wilsons erklärte er, daß das australische Volk nicht daran denke, Deutschland auf dem Gebiet der Zoll- und Handelsabkommen die nämliche Behandlung zu gewähren wie den Verbündeten. Diese Bedingung würde den Völkern ihre souveränen Rechte nehmen, die Gesetze nach ihrem eigenen Gutdünken zu machen. Im Namen Australiens protestiere er dagegen. Er fordere eine Verständigung der Verbündeten über die [illegible]. Ob eine solche Verständigung bestehe, welche Deutschland nicht so zu behandeln wünsche wie die Verbündeten, sei noch nicht ausdrücklich erwiesen worden. Deshalb müsse man eine Erklärung über die [illegible], die die Verbündeten über die [illegible] gefaßt haben, fordern. Hughes sagte weiter, er würde die Friedensbedingungen beanstanden, welche keine Kriegsentschädigung vorsähen.

Aus Oesterreich.

Telegraphische Meldungen.

Graz, 7. November. Wie dem Grazer Volksblatt aus Cilli gemeldet wird, werden die deutschen Gemeinden des slowenischen Unterlandes zum Anschluß gezwungen. Die Stadtverwaltung von Rann wurde bereits am 31. Oktober den Slowenen übergeben. Auch die deutschen Ortschaften wurden unter slowenische Verwaltung gestellt. Die südslawische Regierung hat für den slowenischen Teil Kroatiens den Schriftleiter des [illegible], Franz [illegible], zum Kommissar ernannt, der mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet wurde. Die Behörden in Untersteiermark liefern das Geld nach Laibach ab.

Innsbruck, 7. November. Wie aus Bregenz gemeldet wird, sind die Verhältnisse in Vorarlberg vollständig normal. Das Leben wickelt sich in voller Ruhe und Ordnung ab. Plünderungen und Ausschreitungen sind nirgends vorgekommen. Der Soldatenrat hat die Geschäfte der Landesverwaltung übernommen und führt sie in zielbewußter Weise.

Die erste Nummer der „Roten Fahne" vom 9. November 1918

Nr. 310. 35. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

10 Pfennig

Redaktion SW. 68, Lindenstraße 3. | Sonntag, den 10. November 1918. | Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

An die deutschen Bürger!

Berlin, 9. November. Der neue Reichskanzler Ebert erläßt folgende Kundgebung an die deutschen Bürger:

Mitbürger!

Der bisherige Reichskanzler Prinz Max von Baden hat mir unter Zustimmung der sämtlichen Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen. Ich bin im Begriff, die neue Regierung im Einvernehmen mit den Parteien zu bilden und werde daher über das Ergebnis der Oeffentlichkeit in Kürze berichten.

Die neue Regierung wird eine Volksregierung sein. Ihr Bestreben wird sein müssen, dem deutschen Volke den Frieden schnellstens zu bringen und die Freiheit, die es errungen hat, zu befestigen.

Mitbürger! Ich bitte Euch alle um Eure Unterstützung bei der schweren Arbeit, die unser harrt, Ihr wißt, wie schwer der Krieg die Ernährung des Volkes, die erste Voraussetzung des politischen Lebens, bedroht.

Die politische Umwälzung darf die Ernährung der Bevölkerung nicht stören.

Es muß die erste Pflicht aller in Stadt und Land bleiben, die Produktion von Nahrungsmitteln und ihre Zufuhr in die Städte nicht zu hindern, sondern zu fördern.

Nahrungsmittelnot bedeutet Plünderungen und Raub, mit Elend für alle! Die Aermsten würden am schwersten leiden, die Industriearbeiter am bittersten getroffen werden.

Wer sich an Nahrungsmitteln oder sonstigen Bedarfsgegenständen oder an den für ihre Verteilung benötigten Verkehrsmitteln vergreift, versündigt sich aufs schwerste an der Gesamtheit.

Mitbürger! Ich bitte Euch alle dringend: Verlaßt die Straßen! Sorgt für Ruhe und Ordnung!

Berlin, den 9. November 1918.

Der Reichskanzler. Ebert.

An alle Behörden und Beamten!

Berlin, 9. November. Der Reichskanzler Ebert veröffentlicht nachfolgenden Aufruf:

Die neue Regierung hat die Führung der Geschäfte übernommen, um das deutsche Volk vor Bürgerkrieg und Hungersnot zu bewahren und seine berechtigten Forderungen auf Selbstbestimmung durchzusetzen. Diese Aufgabe kann sie nur erfüllen, wenn alle Behörden und Beamten in Stadt und Land ihre hilfreiche Hand leisten.

Ich weiß, daß es vielen schwer werden wird, mit den neuen Männern zu arbeiten, die das Reich zu leiten unternommen haben, aber ich appelliere an ihre Liebe zu unserem Volke. Ein Verlegen der Organisation in dieser schweren Stunde würde Deutschland der Anarchie und dem schrecklichsten Elend ausliefern.

Helft also mit mir dem Vaterlande durch furchtlose und unverdrossene Weiterarbeit, ein jeder auf seinem Posten, bis die Stunde der Ablösung gekommen ist.

Berlin, den 9. November 1918.

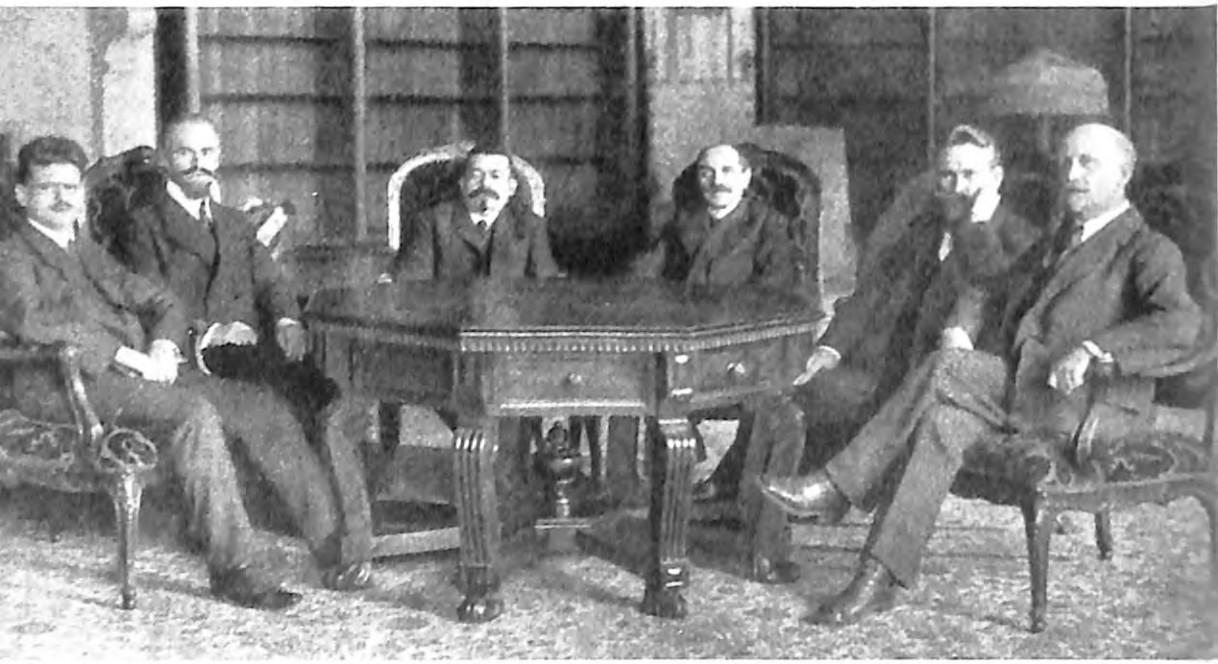
Der Reichskanzler. gez. Ebert.

Soldaten! Es ist der Wunsch der in Bildung begriffenen sozialistischen Regierung, daß Ihr bald wieder in Eure Kasernen zurückkehrt, wo Ihr durch Soldatenräte Eure Interessen gewahrt seht. Nur dort kann Ihr Eure Verpflegung sichern.

Kein Bruderkampf!

[illegible]

Das Zentralorgan der SPD wendet sich gegen die revolutionäre Bewegung und ruft zu Ruhe und Ordnung auf



Der Rat der Volksbeauftragten, v. l. n. r.: Emil Barth (USPD), Otto Landsberg (SPD), Friedrich Ebert (SPD), Hugo Haase (USPD), Wilhelm Dittmann (USPD), Philipp Scheidemann (SPD)



Karl Liebknecht an der Spitze eines Demonstrationszuges
Unter den Linden in Berlin, Dezember 1918



Karl Liebknecht spricht vor dem Berliner Zeughaus
auf der Protestdemonstration gegen die Konterrevolution, 7. Dezember 1918



Berliner Arbeiter und Soldaten demonstrieren vor dem Preußischen Abgeordnetenhaus
anläßlich der Eröffnung des I. Reichskongresses der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands
in Berlin, 16. Dezember 1918



Blick in den Sitzungssaal des Preußischen Abgeordnetenhauses,
die Tagungsstätte des I. Reichskongresses der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands
in Berlin, 16. bis 21. Dezember 1918

Sowjetbotschaft schnellstens aus Berlin zu entfernen, um die unmittelbare Verbindung der revolutionären Kräfte mit den Vertretern der Arbeiter-und-Bauern-Macht Rußlands zu zerreißen. Den Vorwand dazu lieferte eine von dem sozialdemokratischen Staatssekretär Philipp Scheidemann ausgeheckte Provokation.[132] Am Abend des 4. November ließ man auf dem Bahnhof Friedrichstraße eine angeblich zum sowjetischen Kuriergepäck gehörende Kiste platzen, um darin Flugblätter mit Aufrufen zur Revolution zu finden, die von der Polizei zuvor hineingetan worden waren. Dieser hinterhältige Anschlag, den die rechten sozialdemokratischen Führer später selber zugaben, um die Bourgeoisie an die ihr geleisteten Dienste zu erinnern, bot der Regierung die gewünschte Handhabe. Unter dem Vorwand, daß sich die sowjetische Regierung in die inneren Verhältnisse Deutschlands einmische, wurden am 5. November die diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland abgebrochen. Die sowjetische Botschaft wurde ausgewiesen und mußte noch in der Nacht zum 6. November Berlin verlassen. Damit wollte die deutsche Regierung zugleich den Westmächten ihre eindeutig antibolschewistische Haltung demonstrieren und sich zum gemeinsamen Kampf gegen die Sowjetmacht anbieten. Der Bolschewismus, erklärte Philipp Scheidemann, sei jetzt die größere Gefahr als die Entente.

Schon am 6. November aber mußte die Regierung feststellen, daß alle ihre Maßnahmen, die Revolution zurückzudrängen, fehlgeschlagen waren. Die Aufrufe des Reichskanzlers[133], der Regierung zu vertrauen und Ordnung und Manneszucht zu wahren, blieben wirkungslos. Die Truppen des Heimatheeres gingen überall zu den revolutionären Kräften über oder verhielten sich neutral. Die von der Westfront erwarteten Divisionen, mit denen man das eigene Volk blutig niederzuschlagen gedachte, trafen nicht ein. In Berlin konnten die sozialdemokratischen Führer die ihrem Einfluß entgleitenden Arbeiter nur noch mit größter Mühe von revolutionären Aktionen zurückhalten.[134] Verzweifelt versuchten die Regierung und die rechten Führer der SPD, Wilhelm II. zu bewegen, schnellstens abzudanken und Wahlen für eine verfassunggebende Nationalversammlung anzukündigen. Sie glaubten, wenn dieser beim Volk verhaßte Repräsentant des junkerlich-militaristischen Regimes sofort zurückträte, noch eine

132 Dokument Nr. 23.
133 Dokument Nr. 24.
134 Dokument Nr. 25.

Sowjetbotschaft schnellstens aus Berlin zu entfernen, um die unmittelbare Verbindung der revolutionären Kräfte mit den Vertretern der Arbeiter-und-Bauern-Macht Rußlands zu zerreißen. Den Vorwand dazu lieferte eine von dem sozialdemokratischen Staatssekretär Philipp Scheidemann ausgeheckte Provokation.[132] Am Abend des 4. November ließ man auf dem Bahnhof Friedrichstraße eine angeblich zum sowjetischen Kuriergepäck gehörende Kiste platzen, um darin Flugblätter mit Aufrufen zur Revolution zu finden, die von der Polizei zuvor hineingetan worden waren. Dieser hinterhältige Anschlag, den die rechten sozialdemokratischen Führer später selber zugaben, um die Bourgeoisie an die ihr geleisteten Dienste zu erinnern, bot der Regierung die gewünschte Handhabe. Unter dem Vorwand, daß sich die sowjetische Regierung in die inneren Verhältnisse Deutschlands einmische, wurden am 5. November die diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland abgebrochen. Die sowjetische Botschaft wurde ausgewiesen und mußte noch in der Nacht zum 6. November Berlin verlassen. Damit wollte die deutsche Regierung zugleich den Westmächten ihre eindeutig antibolschewistische Haltung demonstrieren und sich zum gemeinsamen Kampf gegen die Sowjetmacht anbieten. Der Bolschewismus, erklärte Philipp Scheidemann, sei jetzt die größere Gefahr als die Entente.

Schon am 6. November aber mußte die Regierung feststellen, daß alle ihre Maßnahmen, die Revolution zurückzudrängen, fehlgeschlagen waren. Die Aufrufe des Reichskanzlers[133], der Regierung zu vertrauen und Ordnung und Manneszucht zu wahren, blieben wirkungslos. Die Truppen des Heimatheeres gingen überall zu den revolutionären Kräften über oder verhielten sich neutral. Die von der Westfront erwarteten Divisionen, mit denen man das eigene Volk blutig niederzuschlagen gedachte, trafen nicht ein. In Berlin konnten die sozialdemokratischen Führer die ihrem Einfluß entgleitenden Arbeiter nur noch mit größter Mühe von revolutionären Aktionen zurückhalten.[134] Verzweifelt versuchten die Regierung und die rechten Führer der SPD, Wilhelm II. zu bewegen, schnellstens abzudanken und Wahlen für eine verfassunggebende Nationalversammlung anzukündigen. Sie glaubten, wenn dieser beim Volk verhaßte Repräsentant des junkerlich-militaristischen Regimes sofort zurückträte, noch eine

132 Dokument Nr. 23.

133 Dokument Nr. 24.

134 Dokument Nr. 25.

letzte Möglichkeit zu haben, die Revolution abfangen und die Bewegung der Massen von der Straße in die Wahllokale lenken zu können. „Wenn der Kaiser nicht abdankt", warnte Friedrich Ebert den Reichskanzler noch am 7. November, „dann ist die soziale Revolution unvermeidlich. Ich aber will sie nicht, ja, ich hasse sie wie die Sünde."[135] Dabei dachten die rechten sozialdemokratischen Führer jedoch keineswegs daran, die Monarchie überhaupt zu beseitigen. Sie schlugen vielmehr vor, der Kaiser solle, da auch der Kronprinz Wilhelm nicht mehr tragbar war, einem seiner anderen Söhne die Regentschaft übertragen. Die Herren der Konzerne und ihre Parteien, mit Ausnahme der Konservativen, unterstützten offen diese Forderungen. Sie waren bereit, Wilhelm II. zu opfern, um ihre Macht zu retten.

Der Kaiser aber dachte noch nicht daran abzutreten, sondern wollte an der Spitze der Armee gegen die Revolution in der Heimat marschieren. Jedoch auch die Truppen der Westfront konnten nicht mehr gegen die revolutionäre Bewegung eingesetzt werden. Auf einer Beratung am 9. November 1918 im Großen Hauptquartier erklärte die überwiegende Mehrheit der anwesenden Frontkommandeure, daß die Armee nicht mit der Waffe in der Hand gegen die Heimat kämpfen werde. Der preußische Kriegsminister aber glaubte, der Regierung noch am 8. November die Zuverlässigkeit der in und um Berlin zusammengezogenen Truppen garantieren zu können. Er erklärte, daß alle Maßnahmen getroffen wären, um die Hauptstadt gegen jeden Versuch einer revolutionären Erhebung zu sichern. Der gesamte Eisenbahnverkehr von und nach Berlin war eingestellt. An den Bahnhöfen wurden die Wachen verstärkt und Maschinengewehre aufgestellt. Alle Zufahrtsstraßen standen unter strenger Kontrolle. Die Stadtbahn und die Großbetriebe waren militärisch besetzt, und in den Straßen patrouillierten schwerbewaffnete Offiziersstreifen.

In den Berliner Betrieben gärte und brodelte es. Als am 4. November erste Nachrichten über den Matrosenaufstand in Kiel bekannt wurden, trat auf Drängen der Spartakusgruppe der Vollzugsausschuß der revolutionären Obleute zusammen. Unter dem Einfluß der schwankenden Führer der USPD aber wurden die Vorschläge Karl Liebknechts und Wilhelm Piecks abgelehnt, auch in Berlin Aktionen einzuleiten und als spätesten Termin für einen Aufstand den 8. oder 9. November vorzusehen. Die Führung der USPD konnte sich in

135 Prinz Max von Baden: Erinnerungen und Dokumente, S. 599.

ihrem Aufruf vom 4. November[136] nur dazu entschließen, die Arbeiter aufzurufen, vor der Regierung auf der Hut zu sein und den Ereignissen nicht freien Lauf zu lassen. Obwohl Karl Liebknecht nachdrücklich vor weiterem Zögern warnte, glaubte die Mehrheit der revolutionären Obleute, wegen angeblich noch nicht ausreichender technischer Vorbereitung vor dem 11. November nichts unternehmen zu können. Am ersten Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, am 7. November, herrschte in Berlin eine gespannte Atmosphäre. Die Ausweisung der sowjetischen Botschaft und die Nachrichten über die Revolution im Lande steigerten die Erregung der Arbeiter aufs höchste. Die Spartakusgruppe hatte zum Jahrestag der Oktoberrevolution eine achtseitige Flugschrift herausgegeben, in der sie die Arbeiter zum Sturz der Regierung und zur Errichtung einer revolutionären Macht nach dem Beispiel der Arbeiter und Bauern Rußlands aufforderte. Am 8. November endlich, nachdem die Polizei bereits das Parteibüro der USPD durchsucht und Mitglieder des Vollzugsausschusses verhaftet hatte, beschlossen die revolutionären Obleute auf Vorschlag der Spartakusgruppe, die Arbeiter und Soldaten Berlins für den 9. November 1918 zum Generalstreik und zum bewaffneten Aufstand aufzurufen. Der Vollzugsausschuß entsandte Kuriere in die Betriebe und gab Flugblätter heraus[137], die als Ziel der Aktion den Sturz der Regierung und der Monarchie und den Kampf für die sozialistische Republik verkündeten. Zugleich rief auch die Spartakusgruppe in einem Flugblatt zum Kampf für die sozialistische Republik auf[138]. Als die nächsten Ziele des Aufstandes bezeichneten sie:

- Befreiung aller politischen und militärischen Gefangenen;
- Aufhebung aller Einzelstaaten und Beseitigung aller Dynastien;
- Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten in allen Fabriken und Truppenteilen;
- Übernahme der Regierung durch Beauftragte der Arbeiter- und Soldatenräte;
- sofortige Verbindung mit dem internationalen Proletariat, insbesondere mit der russischen Arbeiterrepublik.

Am Morgen des 9. November folgten Hunderttausende dem Ruf der Spartakusgruppe und der revolutionären Obleute. Gegen 9 Uhr

136 Dokument Nr. 22.
137 Dokument Nr. 30.
138 Dokument Nr. 29.

legten die Arbeiter der Berliner Maschinenfabrik und der AEG Brunnenstraße die Arbeit nieder und bildeten den ersten großen Demonstrationszug. Ihm schlossen sich die Werktätigen der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken und der Maschinenfabrik Loewe an. Auch in den anderen industriellen Bezirken und Vororten der Stadt, in Moabit und Reinickendorf, in Charlottenburg und Spandau, in Marienfelde und Tegel, in Oberschöneweide und Weißensee, verließen die Arbeiter in den Vormittagsstunden die Betriebe. Unter den roten Fahnen der Arbeiterklasse zogen riesige Demonstrationszüge mit Trupps bewaffneter Arbeiter und Soldaten an der Spitze entschlossen und kampfbereit zum Zentrum der Hauptstadt. Ein Teilnehmer dieser Ereignisse berichtete: „Überall war festzustellen, daß die Arbeiter uns mit Begeisterung folgten. Unterwegs wurden die Schutzleute von den Demonstranten entwaffnet und auch einige Polizeiwachen besetzt. Widerstand wurde von der Polizei nirgends geleistet. Ihre Waffen gingen in die Hände der Arbeiter über. Wir hatten den Auftrag, uns mit den Zügen aus Moabit und aus Charlottenburg zu vereinigen und die Soldaten der Kaserne am Lehrter Bahnhof für die Revolution zu gewinnen. Das Tor der Kaserne war verschlossen. Die Massen riefen daraufhin: Brüder, schießt nicht auf uns! Macht Schluß mit dem Krieg! Frieden! Weg mit Kaiser Wilhelm! Da war wirklich ein tiefer, revolutionärer Geist zu verspüren. Wir, die wir bewaffnet waren, rechneten mit Schießereien und waren in Feuerstellung gegangen. Aber unsere Unterhändler haben auch diese Soldaten überzeugt und unter dem riesigen Jubel der Arbeiter veranlaßt, am Zug ... teilzunehmen."[139]

Unter den Demonstranten befanden sich viele Frauen und Mütter. Sie wollten Frieden und Brot für ihre Kinder und ihre Familien, verlangten ein menschenwürdiges Leben und ihre politische und soziale Gleichberechtigung. Jetzt zeigte sich, daß die unermüdliche Arbeit der deutschen Linken, insbesondere Clara Zetkins, die Frauen dafür zu gewinnen, an den politischen Aktionen und Kämpfen der Arbeiterklasse teilzunehmen, erfolgreich gewesen war. Viele Frauen verstanden, daß sie ihre Ziele nur erreichen konnten, wenn sie an der Seite der Arbei-

139 Joachim Petzold: Der 9. November 1918 in Berlin. Berliner Arbeiterveteranen berichten über die Vorbereitung der Novemberrevolution und ihren Ausbruch am 9. November 1918 in Berlin. Hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung der SED Groß-Berlin, Berlin 1958, S. 32.

ter und Soldaten mitwirkten, das alte Regime zu stürzen. Mädchen und Frauen verteilten Flugblätter und schafften Munition herbei, sorgten für die Ausgabe von Lebensmitteln und halfen, die Soldaten für die Sache der Revolution zu gewinnen.

Überall weigerten sich die Truppen, gegen die demonstrierenden Massen vorzugehen. Sie öffneten die Kasernen, schlossen sich den Arbeitern an oder verhielten sich neutral. Nur an der Maikäferkaserne, der Kaserne des Garde-Füsilier-Regiments in der Chausseestraße, schossen Offiziere mit Maschinengewehren in die Menge, als das Tor aufgesprengt wurde. Drei Arbeiter fielen unter den Kugeln der Mörder, darunter Erich Habersaath, einer der Führer der revolutionären Berliner Jugendbewegung. Die empörten Demonstranten drangen in die Kaserne ein und erzwangen ihre Übergabe.

Noch um diese Zeit, als die Massen bereits durch die Straßen Berlins fluteten, versuchten die Regierung und rechte Führer der SPD, die Bewegung abzufangen und die Monarchie zu retten. Der Reichskanzler Prinz Max von Baden veröffentlichte eine Erklärung[140] über den Thronverzicht des Kaisers und des Kronprinzen und kündigte die Einsetzung einer Regentschaft sowie Wahlen für eine verfassunggebende Nationalversammlung an. Zugleich trat er von seinem Amt zurück und übergab Friedrich Ebert die Geschäfte des Reichskanzlers, die dieser im Rahmen der bestehenden Verfassung weiter zu führen versprach. Der neue Reichskanzler Friedrich Ebert rief zu „Ruhe und Ordnung", zum Verlassen der Straßen auf und kündigte die Bildung einer neuen „Volksregierung" im Einvernehmen mit den Parteien an.[141] Aber auch dieser Versuch, in letzter Minute vom alten Regime zu retten, was noch zu retten war, hatte keinen Erfolg.

Bereits am Mittag des 9. November war Berlin in den Händen der revolutionären Arbeiter und Soldaten, die das Polizeipräsidium, das Haupttelegraphenamt, das Rathaus und andere wichtige Gebäude besetzt hatten. Sie befreiten die politischen und militärischen Gefangenen, darunter auch Leo Jogiches, der in Moabit eingekerkert war. Bereit, jeden Widerstand zu unterdrücken, fuhren bewaffnete Arbeiter und Soldaten auf Lastautos mit roten Fahnen durch die Straßen der Stadt. Offiziere wurden entwaffnet und die alten kaiserlichen Militärabzeichen, wenn nötig mit Gewalt, heruntergerissen. Überall tauchten rote Kokarden und rote Bänder auf. Von den Massen be-

[140] Dokument Nr. 32.

[141] Dokument Nr. 33.

geistert begrüßt, traf Karl Liebknecht an der Spitze eines Demonstrationszuges vor dem Schloß ein. Er verkündete, daß der Arbeiter- und Soldatenrat von Berlin das Schloß in seinen Schutz genommen habe und erklärte: „Der Tag der Revolution ist gekommen. Wir haben den Frieden erzwungen. Der Friede ist in diesem Augenblick geschlossen. Das Alte ist nicht mehr. Die Herrschaft der Hohenzollern, die in diesem Schloß jahrhundertelang gewohnt haben, ist vorüber. In dieser Stunde proklamieren wir die freie sozialistische Republik Deutschland. Wir grüßen unsere russischen Brüder, die vor vier Tagen schmählich davongejagt worden sind."

Dann begab sich Karl Liebknecht auf den Balkon des Schlosses und hielt eine flammende Ansprache an die Arbeiter, Arbeiterinnen und Soldaten, die dichtgedrängt den weiten Platz füllten: „Die Herrschaft des Kapitalismus, der Europa in ein Leichenfeld verwandelt hat, ist gebrochen. Wir rufen unsere russischen Brüder zurück. Sie haben bei ihrem Abschied zu uns gesagt: ‚Habt ihr in einem Monat nicht das erreicht, was wir erreicht haben, dann wenden wir uns von euch ab.' Und nun hat es kaum vier Tage gedauert. Wenn auch das Alte niedergerissen ist, dürfen wir doch nicht glauben, daß unsere Aufgabe getan sei. Wir müssen alle Kräfte anspannen, um die Regierung der Arbeiter und Soldaten aufzubauen und eine neue staatliche Ordnung des Proletariats zu schaffen, eine Ordnung des Friedens, des Glücks und der Freiheit unserer deutschen Brüder und unserer Brüder in der ganzen Welt. Wir reichen ihnen die Hände und rufen sie zur Vollendung der Weltrevolution auf."[142]

Auf dem Schloß wurde am Mast der Kaiserstandarte die rote Fahne gehißt. In der Nacht zum 10. November floh Wilhelm II. aus dem Großen Hauptquartier in Spa nach Holland. Das war das klägliche Ende der Hohenzollern-Dynastie, die ihre unheilvolle Herrschaft vor einem halben Jahrtausend in der Mark Brandenburg begonnen hatte.

Die Politik der imperialistischen Bourgeoisie und der rechten Führer der SPD, die Revolution zu verhindern und die Arbeiterklasse, die Volksmassen durch die Umwandlung der halbabsolutistischen in eine bürgerlich-parlamentarische Monarchie irrezuführen, war völlig gescheitert. Aber die rechten sozialdemokratischen Führer waren auch auf eine andere Entwicklung der Ereignisse vorbereitet. Noch in den Mittagsstunden des 9. November, als Friedrich Ebert sich zum Reichs-

[142] Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution, Berlin (1929), S. 209/210.

kanzler ernennen ließ, versuchte der Parteivorstand der SPD, den Anschluß an die revolutionäre Bewegung zu gewinnen. Mit einem Extrablatt des „Vorwärts" rief ein sozialdemokratischer „Arbeiter- und Soldatenrat von Berlin" unter der Losung der „sozialen Republik" zum Generalstreik auf, den die Arbeiter bereits seit dem Morgen erfolgreich durchführten. Auch Philipp Scheidemann, der eben erst gestürzte kaiserliche Staatssekretär, beeilte sich, die „freie deutsche Republik" zu proklamieren. Da es den rechten Führern der SPD nicht gelungen war, die Revolution zu verhindern, unternahmen sie nun alle Anstrengungen, um die Bewegung unter ihren Einfluß zu bringen. Während die über den leichten Sieg begeisterten Massen noch in den Straßen Berlins demonstrierten, waren die rechten sozialdemokratischen Führer schon am Werk, um die Revolution einzudämmen.

Bereits am Nachmittag des 9. November nahm der Parteivorstand der SPD Verhandlungen mit der USPD über die Bildung einer „Revolutionsregierung" auf. Die rechten sozialdemokratischen Führer wußten, daß ihr Einfluß in der Arbeiterklasse erheblich gesunken war und sie ohne oder gar gegen die USPD keine Regierung bilden konnten. Deshalb forderten sie eine paritätische Besetzung aller Revolutionsorgane und bedienten sich der Losungen „Kein Bruderkampf" und „Einigung aller Sozialisten", die großen Widerhall bei den Arbeitern und Soldaten fanden. Die rechten Führer der SPD waren sogar bestrebt, Karl Liebknecht in die Regierung aufzunehmen, in der Absicht, seine große Autorität bei den Massen für sich auszunutzen und ihn auf diese Weise politisch „unschädlich" zu machen. Mit der Begründung, daß besonders sein Name zum sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandes beitragen würde, versuchten sie, durch zahlreiche Soldaten- und Arbeiterdelegationen einen starken Druck auf ihn auszuüben. Karl Liebknecht handelte richtig, als er daraufhin Bedingungen stellte, unter denen er bereit wäre, für drei Tage, bis zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes, in eine gemeinsame Regierung einzutreten. Die wichtigsten dieser Bedingungen lauteten: Deutschland soll eine sozialistische Republik sein; die gesamte Macht muß allein in den Händen von gewählten Vertrauensmännern der ganzen werktätigen Bevölkerung und der Soldaten liegen; alle bürgerlichen Mitglieder sind aus der Regierung auszuschließen. Diese Forderungen aber, denen sich zunächst auch die Führung der USPD anschloß, nahm der Parteivorstand der SPD, der eine derartige Entwicklung gerade verhindern wollte, nicht an. Während Karl Liebknecht nun jede Be-

teiligung an der Regierung ablehnte, war die Führung der USPD jedoch bereit, gemeinsam mit der SPD eine Regierung zu bilden, um, wie sie erklärte, „die revolutionären sozialistischen Errungenschaften zu befestigen“[143]. Es wurde eine provisorische Regierung aus drei Vertretern der SPD, Friedrich Ebert, Otto Landsberg, Philipp Scheidemann, und drei Vertretern der USPD, Emil Barth, Wilhelm Dittmann, Hugo Haase, vereinbart, die sich Rat der Volksbeauftragten nennen sollte.

Die Revolution, die spontan mit dem bewaffneten Aufstand der Matrosen und der Arbeiter in Kiel ausgebrochen war, hatte sich gegen den Willen und den Widerstand der Führung der SPD in wenigen Tagen über den größten Teil Deutschlands ausgebreitet und Kaiser, Könige und Fürsten hinweggefegt. Es war eingetreten, was Friedrich Engels bereits 1887 vorausgesagt hatte: Ein von Preußen-Deutschland entfesselter Weltkrieg könne nur enden mit dem „Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, derart, daß die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt“[144].

Die herrschenden Klassen konnten der Revolution keinen gewaltsamen Widerstand mehr entgegensetzen. Der alte bürgerlich-monarchistische Staatsapparat war zunächst weitgehend lahmgelegt. In den östlichen Teilen des Landes setzte die Bewegung im allgemeinen erst nach dem 9. November ein. Sie vollzog sich zumeist unter der Leitung der örtlichen Führer der SPD, der USPD und der Gewerkschaften, die die Arbeiter und Soldaten zu Demonstrationen und Kundgebungen aufriefen und Arbeiter- und Soldatenräte wählen ließen.

Die Arbeiterklasse, die ungeachtet der Spaltungsversuche der sozialdemokratischen Führung zunächst in örtlichem Maßstab einheitlich handelte, war die Haupttriebkraft der Revolution. Die Arbeiter kämpften für den sofortigen Frieden, für die Beseitigung des Kriegsregimes, des Militarismus und der Monarchie und erstrebten in ihrer Mehrheit eine sozialistische Umgestaltung Deutschlands. Der Arbeiterklasse schlossen sich, vor allem durch die Teilnahme der Soldaten, Angehörige der anderen werktätigen Klassen und Schichten in Stadt und Land an. Sie hatten gemeinsame Interessen im Kampf um den

143 Dokumente und Materialien . . ., Reihe II, Bd. 2, S. 346.

144 Friedrich Engels: Einleitung zu Sigismund Borkheims Broschüre „Zur Erinnerung für die deutschen Mordspatrioten. 1806–1807“. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 21, Berlin 1962, S. 351.

Frieden, gegen den Militarismus und das monarchistische Regime. Die revolutionäre Erhebung der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Massen und ihre demokratischen Ziele entsprachen den wahren Lebensinteressen der deutschen Nation.

Charakteristisch war, daß überall sofort Arbeiter- und Soldatenräte als Kampforgane der Arbeiterklasse entstanden. Darin zeigte sich der mächtige Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf die deutsche Arbeiterklasse. In vielen Orten und Betrieben übten die Räte anfangs reale Macht aus. Ihnen fehlte aber die Führung durch die revolutionäre Partei, die den Kampf sofort auf die gründliche Säuberung des Staatsapparates, die restlose Vernichtung des Militarismus und die Bestrafung und Entmachtung der monopolkapitalistischen Kriegsverbrecher und der Junker gelenkt hätte. Deshalb geriet die Mehrzahl der Räte unter die Leitung sozialdemokratischer Funktionäre und bewegte sich im wesentlichen in reformistischen Bahnen. In einer Reihe von Städten jedoch, besonders dort wo der Einfluß der Spartakusanhänger, der Linksradikalen und linker Kräfte der USPD vorherrschte, wurden revolutionäre Maßnahmen verwirklicht.

Die unmittelbaren Ergebnisse des Kampfes von Millionen deutscher Arbeiter und anderer Werktätiger waren der Sturz der Hohenzollern-Monarchie und der kaiserlichen Regierung, die Beseitigung der Fürstenherrschaft in den deutschen Einzelstaaten, die Proklamierung der Republik und die Eroberung wichtiger demokratischer Rechte und Freiheiten für die Volksmassen. Das war eine schwere Niederlage für die Feinde des Volkes, die Konzernherren, Großgrundbesitzer und Militaristen. Sie wußten, daß sie ihre erschütterten und gefährdeten Machtpositionen nur retten konnten, wenn es ihnen mit der „Methode des Betrugs, der Schmeichelei, der Phrase, der millionenfachen Versprechungen, der lumpigen Bettelgaben, der Zugeständnisse im Unwichtigen“[145] gelang, die revolutionären Kräfte zu spalten und die Weiterführung der Revolution zu verhindern. Dabei stützte sich die Bourgeoisie auf die rechten Führer der SPD und der Gewerkschaften; mit Hilfe dieser Kräfte organisierte sie von Anfang an die Konterrevolution.

Die Spartakusgruppe erwies und bewährte sich schon in den ersten Tagen der Revolution als konsequente Kraft der Arbeiterklasse und

[145] W. I. Lenin: Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution. In: Werke, Bd. 24, S. 48.

der ganzen Nation. Eine der ersten Maßnahmen der Spartakusgruppe war die Schaffung einer eigenen Zeitung unter dem Namen „Die Rote Fahne", mit der sie die revolutionären Auffassungen in die Massen tragen und deren Kampf Ziel und Richtung geben konnte. Unter der Redaktion Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs und nach der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands als deren Zentralorgan wurde „Die Rote Fahne" zur gefürchteten Waffe der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung.

Am Nachmittag des 9. November hatten Spartakusanhänger mit Unterstützung bewaffneter Matrosen und Soldaten die Druckerei und die Redaktion des reaktionären „Berliner Lokalanzeigers" besetzt. Unter der Leitung Hermann Dunckers und Ernst Meyers wurde noch am selben Abend die erste Nummer der Zeitung „Die rote Fahne" herausgegeben. In einem Extrablatt erklärte die Spartakusgruppe den Arbeitern und Soldaten, daß durch die Verjagung der Hohenzollern und die Errichtung einer Republik mit einigen Sozialdemokraten an der Spitze die grundlegenden Aufgaben der Revolution noch keineswegs gelöst waren. „Die rote Fahne" vom 10. November schrieb: „Diese Revolution muß nicht nur hinwegschwemmen alle Reste und Ruinen des Feudalismus, sie muß nicht nur brechen alle Zwingburgen des Junkertums ... ihre Losung heißt nicht nur Republik, sondern sozialistische Republik! ... Noch stehen wir am Anfang dieses schwierigen ... Weges. Nicht gilt es, sich vorschnell des errungenen Sieges zu freuen. Arbeiter und Soldaten! Organisiert euch, befestigt eure Macht! Behaltet die Waffen!"[146]

Am selben Tage veröffentlichte die Spartakusgruppe in der „roten Fahne" eine Grußbotschaft an die Sozialistische Sowjetrepublik: „‚Die Rote Fahne' (Organ der Spartakusrichtung) schickt ihren ersten und heißesten Gruß der föderativen sozialistischen Sowjetrepublik und bittet sie, unseren russischen Brüdern kundzutun, daß die Berliner Arbeiterschaft den ersten Jahrestag der russischen Revolution gefeiert hat durch die Vollbringung der deutschen Revolution."[147] Die Spartakusgruppe forderte die Arbeiter und Soldaten auf, in allen Versammlungen die „unverzügliche Wiederherstellung der deutschen Beziehungen zur Sozialistischen Russischen Sowjetrepublik, dem siegreichen Vortrupp der Weltrevolution"[148], zu verlangen. Die revolutionären

146 Die rote Fahne (Berlin), 10. November 1918.

147 Ebenda.

148 Dokumente und Materialien . . ., Reihe II, Bd. 2, S. 344.

Kräfte der deutschen Arbeiterklasse erkannten, daß ein festes Bündnis mit dem ersten sozialistischen Staat der Welt die Voraussetzung für den Sieg über die imperialistischen Feinde im eigenen Lande war.

Als die ersten Nachrichten über die deutsche Revolution in Sowjetrußland eintrafen, wies W. I. Lenin die Parteiorganisationen und die Sowjets der Grenzgebiete an, mit allen Mitteln zu versuchen, die deutschen Soldaten über die Vorgänge in ihrer Heimat zu unterrichten und sie aufzurufen, dem Beispiel ihrer Brüder zu folgen. In einem Telegramm vom 11. November beglückwünschte die Regierung Sowjetrußlands die deutschen Arbeiter-, Soldaten- und Matrosenräte.[149] Gestützt auf die Erfahrungen der Revolution in Rußland, riet sie ihnen, die Waffen nicht aus der Hand zu geben und sich keine Nationalversammlung aufschwatzen zu lassen, sondern „wirklich die Macht überall zu übernehmen und eine Arbeiter-, Soldaten- und Matrosenregierung mit Liebknecht an der Spitze zu bilden"[150]. Sie forderte die Arbeiter- und Soldatenräte auf, die deutschen Truppen im Osten anzuweisen, gemeinsam mit der Roten Armee für die Befreiung der Ukraine von den weißen Banden zu kämpfen. Die Sowjetregierung versprach, die deutsche Revolution durch eine baldige Entsendung von Getreide und Brot zu unterstützen.

In den Berliner Betrieben und Kasernen wählten die Arbeiter und Soldaten am 10. November ihre Vertreter für die am gleichen Tage zusammentretende Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte. Sie sollte die zentralen Organe, den Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte und die Regierung, wählen und die weiteren Aufgaben der Revolution festlegen. Die Spartakusgruppe wandte sich in einem programmatischen Aufruf an die „Arbeiter und Soldaten von Berlin"[151], in dem sie „die sofortige Herbeiführung eines proletarisch-sozialistischen Friedens ... und die Umwandlung der Gesellschaft in eine sozialistische"[152] als Ziel der Revolution bezeichnete. Zu seiner Verwirklichung sollten zunächst folgende Forderungen konsequent durchgesetzt werden:

Entwaffnung der Polizei und der Offiziere und Bewaffnung des Volkes;

149 Dokument Nr. 40.

150 Dokumente und Materialien . . ., Reihe II, Bd. 2, S. 360.

151 Dokument Nr. 35.

152 Dokumente und Materialien . . ., Reihe II, Bd. 2, S. 341.

Übernahme sämtlicher militärischer und ziviler Behörden und Kommandostellen durch die Arbeiter- und Soldatenräte;

Übergabe aller Waffen- und Munitionsbestände sowie aller Rüstungsbetriebe an die Arbeiter- und Soldatenräte;

Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit und Ersetzung des militärischen Kadavergehorsams durch freiwillige Disziplin der Soldaten;

Beseitigung des Reichstages und aller Parlamente sowie der bestehenden Reichsregierung und Übernahme der Regierung durch den Berliner Arbeiter- und Soldatenrat bis zur Errichtung eines Reichs-Arbeiter- und Soldatenrates;

Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten in ganz Deutschland, in deren Hand allein die Gesetzgebung und Verwaltung liegen;

Abschaffung aller Dynastien und Einzelstaaten und Errichtung der einheitlichen sozialistischen Republik Deutschland;

Rückberufung der Botschaft Sowjetrußlands nach Berlin.

Mit diesem Programm entwickelte die Spartakusgruppe die Aufgaben zur Weiterführung der Revolution und orientierte vor allem auf die Zerschlagung des alten Staatsapparates und die Errichtung der Grundlagen eines friedliebenden, demokratischen und sozialistischen deutschen Staates. Nachdrücklich warnte die Spartakusgruppe vor den rechten Führern der SPD und forderte, keine „Scheidemänner" in die Revolutionsregierung und die anderen Organe aufzunehmen.

Die Führung der SPD setzte ihren gesamten Organisationsapparat ein, um die Delegiertenwahl zur Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte zu ihren Gunsten zu entscheiden. Während die Spartakusgruppe organisatorisch zu schwach war und die Führung der USPD die Aufklärung der Arbeiter und Soldaten nur ungenügend organisiert hatte, gelang es den sozialdemokratischen Führern, vor allem unter den politisch unerfahrenen Massen der Soldaten großen Einfluß zu gewinnen. Die gewählten Soldatenräte, unter denen sich viele Unteroffiziere und Feldwebel befanden, wurden zunächst ins „Vorwärts"-Gebäude eingeladen, wo sich auch die sozialdemokratischen Betriebsvertrauensleute einfanden. Dort sprach das Mitglied des Parteivorstandes Otto Wels zu ihnen und forderte sie auf, sich gegen alle „bolschewistischen" Bestrebungen zu wenden und nur für paritätisch aus SPD und USPD zusammengesetzte Regierungsorgane einzutreten. Nach diesen Vorbereitungen fand Friedrich Ebert auf der Räteversammlung, die am Nachmittag des 10. November im Zirkus

Busch zusammentrat, allgemeine Zustimmung, als er mitteilte, daß zwischen der USPD und der SPD eine Verständigung über die Bildung einer gemeinsamen Regierung erreicht worden war. Es gelte nun, erklärte er demagogisch, den „Bruderstreit" zu begraben und gemeinsam den Aufbau der Wirtschaft nach den Grundsätzen des Sozialismus vorzunehmen. Hugo Haase bestätigte die Vereinbarungen mit der SPD, bei denen sich die USPD von dem Bestreben hätte leiten lassen, die Kraft des Proletariats und der Soldaten ungebrochen zu erhalten. Nur Karl Liebknecht trat entschieden gegen diese verderbliche opportunistische Einheit mit den sozialdemokratischen Führern auf. Aber als er erklärte, daß „die Gegenrevolution bereits auf dem Marsche" sei, und davor warnte, den rechten Führern der SPD gegenüber, die „vorgestern noch Feinde der Revolution waren", allzu vertrauensselig zu sein, wurde er von lärmenden Protesten der Soldaten unterbrochen, die stürmisch „Einigkeit" forderten.[153] Unter diesen Bedingungen konnte der Vorschlag der revolutionären Kräfte, in den Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte nur wirkliche Revolutionäre aus den Reihen der Spartakusgruppe und der USPD zu wählen, nicht durchgesetzt werden. Mit regelrechten Tumulten erzwangen die von den rechten sozialdemokratischen Führern beeinflußten Soldaten auch hier eine paritätische Zusammensetzung aus Vertretern der SPD und der USPD. In dieser Situation war die Haltung der Spartakusgruppe, die es ablehnte, mit „Regierungssozialisten" zusammen im Vollzugsrat zu sitzen, nicht elastisch genug. Sie verzichtete damit auf jede Mitwirkung in diesem wichtigen Organ der Revolution, das bis zur Wahl eines Zentralrates provisorisch als oberstes Organ der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands die weitere Entwicklung leiten sollte.

Die Vollversammlung bestätigte den Rat der Volksbeauftragten in der von der SPD und der USPD vereinbarten Zusammensetzung als provisorische Regierung und wählte einen Vollzugsrat, der sich aus je 7 Vertretern der SPD und der USPD und 14 Vertretern der Soldaten, die fast alle Anhänger der SPD waren, zusammensetzte. Einstimmig wurde ein Aufruf „An das werktätige Volk" beschlossen,[154] der zugleich die Grundlage für die Politik der „Revolutionsregierung" sein sollte. Dieser Aufruf erklärte Deutschland zur sozialistischen Republik, in der die Arbeiter- und Soldatenräte die Träger der poli-

[153] Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Zentrales Parteiarchiv, Nr. 11/18, Bl. 46.

[154] Dokument Nr. 36.

tischen Macht seien. Die provisorische Regierung wurde beauftragt, schnellstens einen Waffenstillstand zu vereinbaren und den Frieden herbeizuführen mit der raschen und konsequenten Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsmittel zu beginnen. Die Vollversammlung sprach der Arbeiter- und Soldatenregierung Sowjetrußlands ihre brüderlichen Grüße aus und verpflichtete die neue Regierung, sofort die völkerrechtlichen Beziehungen zur Sowjetrepublik aufzunehmen.

Dieser Aufruf entsprach den Vorstellungen und Forderungen der revolutionären Arbeiter und Soldaten. Er bewies, wie auch die vielen anderen Aufrufe und Erklärungen der Arbeiter- und Soldatenräte in allen Teilen des Landes, daß die Arbeiterklasse den Sozialismus wollte. Infolge des langjährigen opportunistischen Einflusses und der dadurch hervorgerufenen parlamentarisch-demokratischen Illusionen aber hatten die Arbeiter nur unklare Vorstellungen vom Sozialismus und den Mitteln und Methoden, ihn zu verwirklichen. Die Mehrheit der Arbeiterklasse verstand nicht die Grundfragen des Staates und der Revolution und damit auch die Hauptaufgaben nicht, die in der Novemberrevolution zu lösen waren. Sie glaubte, mit dem Sturz der Monarchie, der Erringung der Republik und des allgemeinen Wahlrechts bereits die politische Macht erobert und die Voraussetzungen für den Sozialismus geschaffen zu haben. Diese irrigen Vorstellungen wurden vor allem auch durch die USPD genährt, die in ihrem Aufruf vom 12. November[155] erklärte, daß die Gewalt fest in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte liege und der Grund für die neue sozialistische Ordnung gelegt sei.

Die sozialdemokratischen Führer förderten diese Illusionen und nutzten sie für ihre konterrevolutionäre Politik aus. Sie waren mit allen Mitteln bestrebt zu verhindern, daß die Arbeiterklasse die Revolution über den bürgerlich-demokratischen Rahmen hinaus zur sozialistischen Umwälzung führe. Deshalb sahen sie die wichtigste Aufgabe zunächst darin, die alte kaiserlich-imperialistische Staatsmaschinerie, vor allem ihren militaristischen Machtapparat, soweit wie möglich zu erhalten und zu festigen. Noch am 10. November, nachdem Friedrich Ebert sich in der Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte zum Mitglied der „Revolutionsregierung" hatte wählen lassen, vereinbarte er mit General Wilhelm Groener, dem Vertreter der Obersten Heeresleitung, ein gemeinsames Vorgehen gegen die Revo-

[155] Dokument Nr. 42.

lution.[156] Das Ziel dieses Bündnisses war, wie der General 1925 im Münchener Dolchstoßprozeß aussagte, „die restlose Bekämpfung der Revolution, Wiedereinsetzung einer geordneten Regierungsgewalt, Stützung dieser Regierungsgewalt durch die Macht einer Truppe und baldigste Einberufung einer Nationalversammlung"[157]. Zu diesem Zweck sollten zehn zuverlässige Divisionen aufgestellt und mit voller militärischer Ausrüstung nach Berlin in Marsch gesetzt werden, um zunächst in der Hauptstadt die Räte und die revolutionären Kräfte niederzuwerfen. Noch am 10. November gab Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg telegrafisch an alle Heeresgruppen und Armeeoberkommandos bekannt[158], daß die Oberste Heeresleitung mit Friedrich Ebert zusammengehen werde, „um die Ausbreitung des terroristischen Bolschewismus in Deutschland zu verhindern"[159]. Auf Verlangen der Obersten Heeresleitung ordnete die Regierung bereits am 12. November an, daß die Befehlsgewalt der kaiserlichen Offiziere in der Armee wiederherzustellen sei.[160] Die Soldatenräte sollten nur noch beratende Stimme in Fragen der Verpflegung, des Urlaubs und der Verhängung von Disziplinarstrafen haben.

Dieser Pakt mit dem Militarismus beweist, daß Friedrich Ebert und andere rechte Führer der SPD von Anfang an entschlossen waren, gemeinsam mit den kaiserlichen Generalen und Offizieren den Bürgerkrieg zu entfesseln und die Revolution gewaltsam zu unterdrücken. Wenn es nicht schon in den ersten Wochen nach dem 9. November zum Einsatz von Militär kam, so deshalb, weil die von der Westfront zurückkehrenden Truppen dem Einfluß der Offiziere entglitten, sobald sie mit der revolutionären Bewegung im Lande in Berührung kamen.

Die Verständigung zwischen Friedrich Ebert und General Groener hatte zur Folge, daß die militärische Macht in den Händen des deutschen Generalstabs belassen wurde. Die Oberste Heeresleitung blieb unter dem Vorwand, die reibungslose Rückführung des Heeres nach Deutschland sichern zu müssen, unverändert bestehen. Sie war das Zentrum der militärischen Konterrevolution.

156 Dokument Nr. 37.

157 Aus dem Kreuzverhör von General Groener. Zeugenaussagen und Dokumente des Münchener Dolchstoßprozesses. In: Hans Herzfeld: Die deutsche Sozialdemokratie und die Auflösung der nationalen Einheitsfront im Weltkriege, Leipzig 1928, S. 384.

158 Dokument Nr. 38.

159 Dokumente und Materialien . . ., Reihe II, Bd. 2, S. 357.

160 Dokument Nr. 43.

Auch der alte reaktionäre Regierungs- und Verwaltungsapparat, der von antidemokratischem Geist erfüllt und auf vielfältige Weise mit der imperialistischen Großbourgeoisie und dem Großgrundbesitz verbunden war, wurde nicht angetastet. Die alten Regierungen Preußens und der anderen Bundesländer hatten noch am 7. und 8. November alle Behörden angewiesen, auch nach der Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten ihre Tätigkeit fortzusetzen und ihre Mitwirkung anzubieten, um unter allen Umständen einen Zusammenbruch der Regierungsmaschine zu verhindern. Sofort am 9. November, nachdem Friedrich Ebert das Amt des Reichskanzlers übernommen hatte, rief er alle Behörden und Beamten auf, weiterzuarbeiten und die neue Regierung zu unterstützen.[161] Der Rat der Volksbeauftragten bestätigte unmittelbar nach seiner Wahl, am 11. November, ausdrücklich auch die obersten Spitzen der reaktionären Staatsbürokratie, die bisherigen kaiserlichen Staatssekretäre und die Chefs der Reichsbehörden, in ihren Ämtern und beauftragte sie mit der Weiterführung der Geschäfte.

Diese konterrevolutionäre Politik wurde wesentlich dadurch erleichtert, daß der Rat der Volksbeauftragten als die Regierung auftreten konnte, die dem Volke den Frieden gebracht hatte. Am 11. November 1918 wurde das Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet. Obwohl es Deutschland schwere Bedingungen auferlegte, ging ein Aufatmen durch das deutsche Volk, als nach über vier Jahren Krieg endlich die Waffen schwiegen. Die Hauptfrage, die breite Massen zu Beginn der Revolution in Bewegung gebracht hatte, die Beendigung des Krieges, war gelöst.

In dieser Situation veröffentlichte der Rat der Volksbeauftragten am 12. November in einem Aufruf „An das deutsche Volk" das Regierungsprogramm.[162] Sein Inhalt entsprach jedoch in keiner Weise dem Beschluß der Räteversammlung vom 10. November. Um die Massen irrezuführen, hieß es einleitend, daß die aus der Revolution hervorgegangene Regierung „rein sozialistisch" sei und sich zum Ziel setze, „das sozialistische Programm zu verwirklichen".[163] In der Tat aber enthielt dieses Programm nicht eine Forderung sozialistischen Charakters. Einen Teil der darin enthaltenen Maßnahmen, wie zum Beispiel Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit, hatten sich die Arbeiter

161 Dokument Nr. 34.

162 Dokument Nr. 41.

163 Dokumente und Materialien . . ., Reihe II, Bd. 2, S. 365.

selbst erkämpft und bereits verwirklicht. Auch der Belagerungszustand und das Hilfsdienstgesetz waren schon mit dem Sturz des Kriegsregimes hinweggefegt worden. Auf dem Lande wurden die halbfeudale Gesindeordnung und andere reaktionäre Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter außer Kraft gesetzt. Weiter versprach die Regierung den Achtstundentag, eine Arbeitslosenhilfe sowie das allgemeine Wahlrecht für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen und kündigte Wahlen für eine konstituierende Versammlung an.

Das Regierungsprogramm ging nicht über Reformen im Rahmen der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung hinaus. Es sah weder eine Säuberung des Staatsapparates noch eine Bodenreform noch eine Bestrafung und Enteignung der Kriegsverbrecher vor. Den Monopolherren und den Junkern wurde im Gegenteil das Eigentum an den Produktionsmitteln garantiert. Dieses Programm zeigte, daß der Rat der Volksbeauftragten seinem wirklichen Charakter nach eine bürgerliche, konterrevolutionäre Regierung war. Während sie der Arbeiterklasse eine sozialistische Entwicklung vortäuschte, nahm sie in der Tat nicht einmal die Lösung der antiimperialistisch-demokratischen Aufgaben der Revolution in Angriff. Damit begannen die rechten Führer der SPD, die anfangs einheitlich kämpfende Arbeiterklasse zu spalten, die in ihrer Mehrheit die mit sozialistischen Phrasen verbrämte konterrevolutionäre Politik nicht zu durchschauen vermochte. Da sich zunächst auch nirgends gewaltsamer Widerstand zeigte, sah die Mehrzahl der Arbeiter die Revolution im wesentlichen als beendet an und glaubte den Erklärungen der rechten Führer der SPD und der USPD, die weiteren Aufgaben ohne revolutionäre Kämpfe auf dem Wege parlamentarischer Wahlen lösen zu können.

Doch konnte die rechte Führung der SPD ihre reaktionäre Politik der Zurückdrängung und Liquidierung der Revolution zunächst nur schrittweise und allmählich betreiben. Die Mehrzahl der sozialdemokratischen Mitglieder und Funktionäre und die breiten Massen der Arbeiter erstrebten ehrlich Demokratie und Sozialismus und nahmen die Versprechungen in den Reden und Aufrufen ihrer Führer ernst. Solange die Regierung über keine militärische Macht verfügte, hing ihre Position entscheidend davon ab, daß die kleinbürgerlichen, opportunistischen Vorstellungen über die Rolle des Staates in den Reihen der Arbeiterklasse erhalten blieben.

2. Der Kampf des Spartakusbundes und der anderen revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse für die Weiterführung der Revolution. Die Rolle der Arbeiter- und Soldatenräte

Die Revolution in Deutschland bildete einen Teil der internationalen revolutionären Bewegung gegen den Imperialismus und für den Frieden. Die Erhebung der deutschen Arbeiter und Soldaten und der Zusammenbruch des kaiserlich-imperialistischen Deutschlands erleichterten die Lage Sowjetrußlands. In den besetzten Gebieten entbrannte der Kampf der werktätigen Massen gegen die deutschen Imperialisten und Militaristen mit neuer Kraft. Mit Hilfe der Roten Armee wurden Belorußland, Estland, Lettland, Litauen und die Ukraine befreit und Sowjetrepubliken in diesen Gebieten errichtet. Andererseits aber ermöglichte die Beendigung des Krieges den imperialistischen Mächten der Entente, der russischen Konterrevolution größere Hilfe zu erweisen und die Armeen nun verstärkt zur Intervention gegen Sowjetrußland einzusetzen.

Die deutsche Revolution förderte und begünstigte auch in den anderen Ländern Europas die revolutionäre Bewegung. In Österreich wurde am 12. November und in Ungarn am 16. November die bürgerlich-demokratische Republik ausgerufen. Aber die Bewegung der Massen, deren Forderungen damit noch keineswegs erfüllt waren, wuchs weiter an. In Ungarn wurde Ende November die Kommunistische Partei gegründet. Unter ihrem Einfluß begannen die Arbeiter Bergwerke und Großbetriebe unter ihre Kontrolle zu nehmen, und die Bauern erhoben sich gegen die Großgrundbesitzer. Auch in der Tschechoslowakei kam es zu weiteren Aktionen der werktätigen Massen, nachdem sich der Nationalausschuß am 14. November zur provisorischen Nationalversammlung erklärt hatte, die von der Bourgeoisie und den Gutsbesitzern beherrscht wurde. In Serbien und in den anderen südslawischen Gebieten hatten im Herbst 1918 revolutionäre Aktionen der Matrosen und Soldaten begonnen. Sie wurden von den Bauern unterstützt, die zur Aufteilung der Gutsbesitzerländereien übergingen. Anfang November wurde die revolutionäre Bewegung durch Truppen der serbischen Armee und durch Streitkräfte der Entente unterdrückt. Doch schon kurze Zeit später, nach der Ausrufung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen am 1. De-

zember 1918, brachen erneut in vielen Städten und Dörfern Unruhen aus.

Polen hatte sich Anfang November 1918, nachdem das deutsche und das österreichische Okkupationsregime zusammengebrochen waren, als selbständiger Staat konstituiert, in dem die Bourgeoisie und die Großgrundbesitzer die Macht ausübten. Gegen die Herrschaft dieser Kreise war eine starke revolutionäre Bewegung entstanden, die in Warschau und in anderen Städten zur Bildung von Arbeiterräten führte. Die Kämpfe verschärften sich, als die Bourgeoisie und die Gutsbesitzer am 22. November Jozef Pilsudski zum „Staatsoberhaupt" und Diktator Polens erkoren. Am 16. Dezember 1918 wurde die Kommunistische Arbeiterpartei Polens gegründet. Unter ihrem Einfluß entwickelten sich im ganzen Lande revolutionäre Aktionen für die Rätemacht. Seit dem Herbst 1918 hatte sich auch in Rumänien, eingeleitet durch den großen Eisenbahnerstreik in Jassi (Iaşi), eine revolutionäre Bewegung entwickelt. Die Bergarbeiter Transsylvaniens stellten eine bewaffnete Arbeitergarde auf und versuchten, die Macht in ihre Hände zu nehmen. Auf dem Lande erhoben sich die Bauern, bemächtigten sich der Ländereien der Gutsbesitzer und ließen Schlösser in Flammen aufgehen. In Bukarest kam es zu Massenstreiks, großen Demonstrationen und blutigen Zusammenstößen mit Polizei und Militär.

Auch in den westeuropäischen Ländern wuchs die revolutionäre Bewegung an. In Paris kam es Anfang November 1918 zu Massenversammlungen und Demonstrationen gegen die Regierung. In Le Havre und Marseille brachen Unruhen in der Marine aus, die zur Bildung von Matrosenräten führten. In der Schweiz fand vom 11. bis 15. November unter Leitung des Gewerkschaftsbundes und der Sozialdemokratischen Partei ein machtvoller Generalstreik für die Demokratisierung der reaktionären politischen Verhältnisse und die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter statt. Als die Regierung Truppen einsetzte, riefen die Streikenden die Soldaten auf, Räte zu bilden und nicht mit Waffengewalt gegen die Arbeiter vorzugehen. Mitte November 1918 begannen in Holland Demonstrationen und Kundgebungen der Arbeiter für eine demokratische Umgestaltung des reaktionären politischen Regimes. In Amsterdam und Rotterdam kam es zu blutigen Zusammenstößen, als die Regierung Truppen gegen die werktätigen Massen einsetzte. Auch in dänischen Städten, vor allem in Kopenhagen, gab es Massenversammlungen und Demonstra-

tionen, die in einigen Städten zu größeren Unruhen und zu Zusammenstößen mit Polizei und Militär führten. In England nahm die Streikbewegung Ende 1918 großen Umfang an. An der Spitze standen die Bergarbeiter, die Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit forderten, aber darüber hinaus auch für die Nationalisierung der Kohlenindustrie und die Arbeiterkontrolle über die Gruben kämpften. Im Januar 1919 bildeten sich unter der Losung „Hands off Russia" Kampfkomitees gegen die Intervention in Sowjetrußland, die eine machtvolle Bewegung unter den werktätigen Massen Englands auslösten.

In Deutschland war die vorwärtstreibende Kraft der revolutionären Bewegung die Spartakusgruppe. Sie kämpfte unter schwierigen Bedingungen entschlossen für die Weiterführung der Revolution. Noch am 9. November hatte Karl Liebknecht versucht, unterstützt von Heinrich Dorrenbach – später einer der Führer der Volksmarinedivision –, in Berlin eine Rote Garde zu schaffen. Der Versuch scheiterte jedoch am Widerstand der Soldatenräte, die zum größten Teil den sozialdemokratischen Führern folgten. Daher konnte die Regierung Ebert–Haase auch bereits am 11. November den ersten Schlag gegen die revolutionären Kräfte führen. Er richtete sich gegen „Die Rote Fahne", der von Anfang an der Haß aller reaktionären und opportunistischen Kräfte galt. Auf einen Protest des Scherl-Verlages hin ließ die Regierung den Betrieb des „Berliner Lokalanzeigers" unter militärischen Schutz stellen. Ohne den Einspruch des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte zu beachten, zwang sie die Spartakusgruppe, die Redaktion und die Druckerei wieder zu räumen. Nur mit großer Mühe gelang es, eine andere Druckerei zu finden, so daß „Die Rote Fahne" erst am 18. November wieder erscheinen konnte.

Die Erfahrungen der ersten Tage der Revolution hatten bereits gelehrt, daß ein wirksamer revolutionärer Kampf auch bestimmte organisatorische Voraussetzungen erforderte. Außerdem war es notwendig, die weitere Politik und Taktik festzulegen, nachdem sich gezeigt hatte, daß die Mehrheit der Arbeiter und Soldaten noch den rechten Führern der SPD und der USPD vertraute. Diese Fragen standen im Mittelpunkt einer Beratung der führenden Spartakusvertreter am 11. November, auf der der „Spartakusbund" gegründet wurde. An dieser Sitzung nahm auch Rosa Luxemburg wieder teil, die – durch die Revolution aus der Haft befreit – am 10. November in Berlin eingetroffen war. Es wurde beschlossen, zur Leitung der revo-

lutionären Massenarbeit eine Zentrale aus 13 Genossen zu bilden. Ihr gehörten an: Willi Budich, Hermann und Käte Duncker, Hugo Eberlein, Leo Jogiches, Paul Lange, Paul Levi, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Ernst Meyer, Wilhelm Pieck und August Thalheimer. Der Spartakusbund war aber noch keine Partei. Er bildete zunächst noch eine geschlossene Propagandavereinigung, deren Anhänger in der USPD verblieben. Vor allem Rosa Luxemburg hielt diesen Weg für zweckmäßig und schlug vor, die baldige Einberufung eines Parteitages der USPD zu erzwingen. Sie war der Ansicht, daß es möglich wäre, die zentristischen Führer aus der Leitung zu verdrängen und die Mehrheit der USPD für die revolutionären Auffassungen des Spartakusbundes zu gewinnen. Objektiv aber begann mit der Gründung des Spartakusbundes die unmittelbare Vorbereitung für die Schaffung einer eigenen Partei. Es wurden eine Redaktion und ein Zentralbüro mit verschiedenen Sekretariaten gebildet und die organisatorische Zusammenfassung der Spartakusanhänger im ganzen Lande begonnen. Für die Redaktion, die Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg leiteten, waren außerdem Paul Lange, Paul Levi und August Thalheimer vorgesehen. Leo Jogiches wurde die Reichsagitation, Wilhelm Pieck die Arbeit im Bereich von Groß-Berlin und Hermann und Käte Duncker die Agitation unter der Jugend und den Frauen übertragen. Die Geschäftsführung übernahm Hugo Eberlein. Um eine planmäßige und wirksame revolutionäre Arbeit unter den Soldaten zu entwickeln, wurde am 15. November der „Rote Soldatenbund" geschaffen, den Willi Budich organisierte und leitete.

Der Spartakusbund war bestrebt, die Massen unter der Losung: „Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten" für die Weiterführung der Revolution mit dem Ziel der sozialistischen Republik zu gewinnen. Diese Forderungen stimmten mit den Vorstellungen und Bestrebungen der Mehrheit der Arbeiterklasse überein. Die Führung des Spartakusbundes ging von einer richtigen Einschätzung der bisherigen Ergebnisse der Revolution aus, die, wie Karl Liebknecht erklärte, nur die politische Form einer „proletarischen Aktion" hatte, während ihr „sozialer Inhalt der einer bürgerlichen Reform"[164] war. Die Hauptursache dafür sah der Spartakusbund in dem ungenügend entwickelten Klassenbewußtsein der Arbeitermassen und vor allem der Soldaten, die die wirkliche Rolle der Regierung Ebert–Haase nicht erkannten. „Das Bild der deutschen Revolution", schrieb Rosa Luxemburg in der

[164] Die Rote Fahne (Berlin), 21. November 1918.

„Roten Fahne" vom 18. November, „entspricht der inneren Reife der deutschen Verhältnisse." Soldaten, die gestern noch in Rußland und in der Ukraine Krieg führten, konnten „nicht in 24 Stunden zu zielklaren Trägern des Sozialismus"[165] werden. Daher erhob der Spartakusbund nicht die Forderung, die konterrevolutionäre Regierung zu stürzen, sondern lenkte den Kampf der revolutionären Kräfte zunächst auf folgende Aufgaben:

den Ausbau und die Wiederwahl der lokalen Arbeiter- und Soldatenräte, um damit den bewußten Prozeß der Selbstverständigung über Ziele, Aufgaben und Wege der Revolution zu beschleunigen;

die Einberufung eines Reichsparlamentes der Arbeiter und Soldaten, das die politische Macht in seine Hände nehmen und die Aufgaben zur Sicherung und Entwicklung der sozialistischen Revolution festlegen sollte;

die unverzügliche Organisierung von Räten der Landarbeiter und der Kleinbauern, die bisher außerhalb der Revolution standen;

die Bildung einer proletarischen Roten Garde und die Schaffung einer Arbeitermiliz durch Bewaffnung des Proletariats;

die Beseitigung der übernommenen Organe des reaktionären Polizeistaates, der Verwaltung, der Justiz und der Armee;

die Konfiskation der dynastischen Vermögen und Besitzungen sowie des Großgrundbesitzes als vorläufig erste Maßnahme zur Sicherung der Volksernährung;

die sofortige Einberufung eines Arbeiterweltkongresses nach Deutschland, um den sozialistischen und internationalen Charakter der Revolution scharf und klar hervorzukehren.

Darin sah der Spartakusbund die ersten notwendigen Schritte zur Sicherung und Weiterführung der Revolution. Im Kampf um die Lösung dieser Aufgaben galt es, das Klassenbewußtsein der Arbeiter und Soldaten an Hand ihrer eigenen Erfahrungen zu entwickeln, die Mehrheit in den Räten zu gewinnen, die reformistischen, bürgerlichen und militaristischen Elemente aus ihnen zu entfernen und die Räte zu wirklichen Machtorganen der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen umzugestalten. Damit wäre unter Führung der Arbeiterklasse eine wirkliche Volksmacht entstanden, die Deutschland bereits nach dem ersten Weltkrieg von den unheilvollen Kräften des Imperialismus und Militarismus befreit und es auf den Weg einer friedlichen, demokratischen und sozialistischen Entwicklung geführt hätte. Diese Poli-

[165] Ebenda, 18. November 1918.

tik, wie sie vom Spartakusbund unter der Führung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs vertreten wurde, entsprach den wahren nationalen Interessen unseres Volkes, den Interessen der deutschen Nation.

In der Frage der Staatsmacht aber, der Grundfrage jeder Revolution, gab es die größten Unklarheiten in den Reihen der Arbeiterklasse und der Räte. Die Arbeiter- und Soldatenräte, die in der Mehrzahl unter opportunistischen Einflüssen standen, glaubten, die politische Macht bereits errungen zu haben. Sie betrachteten sich auch als Träger dieser Macht, wußten aber in der Regel nicht, wie sie davon Gebrauch machen sollten.

Das galt auch für den Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte, der bis zur Einberufung eines Reichsrätekongresses als provisorische zentrale Instanz der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte, als oberstes Organ der „sozialistischen" Republik die gesetzgebende und vollziehende Gewalt ausüben sollte. Dieser Aufgabe war der Vollzugsrat, der von der USPD Richard Müller und von der SPD Brutus Molkenbuhr zu seinen Vorsitzenden gewählt hatte, keineswegs gewachsen. Schon seine Zusammensetzung sicherte der sozialdemokratischen Führung den entscheidenden Einfluß, da mehr als die Hälfte des Vollzugsrates aus Vertretern der SPD bestand. Um ihre Stellung weiter zu verstärken, wechselte sie einen ihrer gewählten Arbeitervertreter gegen das Mitglied des Parteivorstandes Hermann Müller aus. Er hatte den Auftrag, die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung, vor allem Friedrich Ebert, ständig über die Vorgänge im Vollzugsrat zu informieren und entscheidende revolutionäre Beschlüsse und Maßnahmen zu verhindern. Aber auch die Mitglieder des Vollzugsrates, die dem linken Flügel der USPD angehörten, wie Ernst Däumig, Georg Ledebour, Richard Müller, besaßen keine klare Vorstellung von den bestehenden Machtverhältnissen und von den grundlegenden Aufgaben, die die Arbeiterklasse in der Revolution zu lösen hatte.

In seinem ersten Aufruf vom 11. November bestätigte auch der Vollzugsrat[166] die weitere Tätigkeit aller „kommunalen, Landes-, Reichs- und Militärbehörden". Er ging sogar soweit, zu erklären: „Alle Anordnungen dieser Behörden erfolgen im Auftrage des Vollzugsrates"[167], und jedermann habe ihnen Folge zu leisten. Als jedoch die preußische Regierung selbst die alten Oberpräsidenten, Regierungs-

166 Dokument Nr. 39.

167 Dokumente und Materialien . . ., Reihe II, Bd. 2, S. 359.

präsidenten und Landräte, die in der Mehrzahl aus dem Junkertum kamen, in ihren Ämtern beließ, rief der Vollzugsrat am 16. November[168] die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte zu „schärfster Kontrolle" der Behörden auf. Er ermächtigte die Räte, „alle Landräte und sonstigen Beamten, die ihre Amtstätigkeit nach dem alten System fortsetzen oder gegenrevolutionäre Bestrebungen bezeigen oder unterstützen", unverzüglich abzusetzen. „Offener Widerstand", hieß es, „ist gegebenenfalls mit Waffengewalt zu brechen".[169] Eine konsequente Durchführung dieses Beschlusses hätte wesentlich zur Säuberung des alten Staatsapparates beitragen können.

Doch dem Vollzugsrat fehlte die Kraft und die Entschlossenheit, seine Maßnahmen gegenüber der Regierung und dem alten Staatsapparat durchzusetzen. Er unterließ es, sich auf die Macht bewaffneter revolutionärer Arbeiter zu stützen und die reaktionären Kräfte zu entwaffnen. Unter dem Druck der von sozialdemokratischen Führern aufgehetzten Soldatenräte zog er sogar seinen Beschluß vom 12. November, „2000 sozialistisch geschulte und politisch organisierte Genossen und Arbeiter"[170] zu bewaffnen und eine Rote Garde zum Schutz der Revolution zu bilden, wieder zurück. Bald mußte der Vollzugsrat die Erfahrung machen, daß die Forderung nach Kontrolle ohne die bewaffnete Macht der revolutionären Arbeiter und ohne entschiedene Maßnahmen zur Säuberung und Zerschlagung des alten Staatsapparates „eine kleinbürgerliche Phrase" ist, wie W. I. Lenin sagte, „die den Gang und die Entwicklung der... Revolution hemmt"[171]. Die Versuche des Vollzugsrates, Reichs- und Militärbehörden zu kontrollieren, stießen überall auf Widerstand und wurden von den „Volksbeauftragten" offen abgelehnt.

Auch in der Frage Rätemacht oder Nationalversammlung vermochte es der Vollzugsrat nicht, eine klare Stellung einzunehmen. Eine von Ernst Däumig vorgelegte Erklärung gegen die Einberufung einer Nationalversammlung und für die Sicherung und den Ausbau des Rätesystems wurde von der sozialdemokratischen Mehrheit abgelehnt. Nach langer Diskussion kam am 17. November eine Entschließung zustande, die sich für die Einberufung einer Delegiertenversammlung

168 Dokument Nr. 46.

169 Dokumente und Materialien . . ., Reihe II, Bd. 2, S. 408.

170 Ebenda, S. 364.

171 W. I. Lenin: Siebente Gesamtrussische Konferenz der SDAPR(B) (Aprilkonferenz), Referat zur politischen Lage, 24. April (7. Mai). In: Werke, Bd. 24, S. 220.

der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands und die Wahl eines Zentralrates aussprach.[172] Dieser Zentralrat sollte eine „den Grundsätzen der proletarischen Demokratie entsprechende Verfassung" entwerfen, die er „einer von ihm einzuberufenden konstituierenden Nationalversammlung zur Beschlußfassung vorzulegen" hätte.[173] Damit wurde der Versuch unternommen, das Rätesystem mit der Nationalversammlung zu verbinden. Dieser Beschluß kam einer Absage an die Rätemacht gleich und konnte die Verwirrung in den Fragen des Staates nur noch vergrößern.

Unter dem Druck der rechten Führer der SPD und der USPD gab der Vollzugsrat eine Position nach der anderen preis. Die Regierung konnte bereits am 23. November durchsetzen, daß ihr das alleinige Recht der Exekutive offiziell zuerkannt wurde.[174] Der Vollzugsrat beschränkte seine Rolle damit selbst auf die einer parlamentarischen legislativen Institution. Am gleichen Tage erließ er für die Tätigkeit der örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte Richtlinien, in denen es hieß, daß die Räte sich „jedes direkten Eingriffes in die Verwaltung zu enthalten" hätten. Verhaftungen und Beschlagnahmen dürften „nur in dringenden Fällen ... im Einverständnis mit den maßgebenden Stellen erfolgen"[175]. Die Räte sollten nur noch das Recht der Kontrolle haben und sich im übrigen auf eine Mitwirkung bei der Demobilisierung der Soldaten beschränken. Aber auch dieses Zurückweichen genügte der Regierung noch nicht. In der Sitzung des Rates der Volksbeauftragten am 13. Dezember wandte sich Friedrich Ebert erneut scharf gegen den Vollzugsrat, der nach seiner Auffassung nur ein beratendes Organ mit der Befugnis sein dürfte, zu bestimmten Zeiten Berichte zu hören, so wie früher der Hauptausschuß des kaiserlichen Reichstages. Für den künftigen, vom Reichsrätekongreß zu wählenden Zentralrat sollten von vornherein entsprechende Festlegungen getroffen werden. Auch Hugo Haase fand, daß die „Rechte" des früheren Hauptausschusses für den Vollzugsrat durchaus genügten. Er stimmte mit Friedrich Ebert überein, daß weder ein Zentralrat noch irgendein lokaler Rat in die Tätigkeit der Regierung und der Verwaltung eingreifen dürfe.

Viele Räte wandten sich gegen die Stärkung des alten Staats- und

172 Dokument Nr. 47.

173 Dokumente und Materialien ..., Reihe II, Bd. 2, S. 414.

174 Dokument Nr. 49.

175 Dokumente und Materialien ..., Reihe II, Bd. 2, S. 465/466.

Militärapparates, besonders gegen die Wiederherstellung der Befehlsgewalt der alten reaktionären Offiziere. Die Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte von Chemnitz, Dresden und Leipzig erklärten, daß sie nicht gewillt wären, wichtige revolutionäre Errungenschaften zum Nachteil des Proletariats preiszugeben. In ähnlicher Weise protestierten der Arbeiter- und Soldatenrat in Bremen, der Zentral-Arbeiter- und Soldatenrat Elsaß-Lothringens in Straßburg und der Oberste Soldatenrat der Ostseestation in Kiel gegen die Einschränkung ihrer Rechte. Aber die Mehrzahl der Räte, die unter dem Einfluß rechter Funktionäre der SPD, der USPD und der Gewerkschaften stand, beschränkte sich nach den Maßnahmen der ersten Tage im allgemeinen auf eine formale Kontrolle der Verwaltung. Die alten Behörden der Landes-, Provinzial-, Kreis- und Stadtverwaltungen hatten sich in der Regel in den „Dienst des neuen Regimes" gestellt und sich zur Zusammenarbeit mit den Arbeiter- und Soldatenräten bereit erklärt. Damit behielten die Behörden alle Fäden in der Hand und setzten im wesentlichen ihre frühere Tätigkeit fort, während sich die Räte meist auf die Regelung von Fragen der Lebensmittelversorgung, der Aufrechterhaltung des Verkehrs, der Demobilisierung der Soldaten, der Arbeitsbeschaffung usw. ablenken ließen.

Nur die Räte, in denen Anhänger des Spartakusbundes, der Linksradikalen oder linke Kräfte der USPD an der Spitze standen, begann mit der Säuberung der örtlichen Organe des Staatsapparates und mit der Einschränkung der wirtschaftlichen Macht der Konzernherren.

In den ersten Tagen der Revolution setzten die Arbeiterräte in fast allen Betrieben wichtige Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiter durch. Die Arbeitsbedingungen wurden erleichtert, die Löhne erhöht, und die Arbeitszeit wurde herabgesetzt. In vielen Betrieben übernahmen die Arbeiterräte die Kontrolle der Produktion. Die Leunawerke waren zeitweilig völlig in der Hand der Arbeiter. Bereits am 9. November erzwangen die 16 000 Leuna-Arbeiter, die geschlossen in den Streik getreten waren, die Einführung des Achtstundentages mit entsprechendem Lohnausgleich, die Beseitigung der Überstunden- und der Sonntagsarbeit und die Entfernung reaktionärer Vorgesetzter. Es wurde ein Arbeiterrat gewählt, der etwa 200 Mitglieder, darunter auch Vertreter der Angestellten, umfaßte. An der Spitze des Rates stand ein Vollzugsausschuß, dem Bernard Koenen als einer der Vorsitzenden angehörte.

Der Arbeiterrat sorgte vor allem dafür, daß die Produktion für Kriegszwecke eingestellt wurde, und bildete verschiedene Kommissionen, die den gesamten Betrieb kontrollierten. Das Akkordsystem wurde abgeschafft, der Arbeitsschutz verbessert, und die Löhne wurden erhöht. Die Konzerndirektoren waren weitgehend ausgeschaltet. Der Arbeiterrat handelte als politisches Machtorgan, unter dessen Leitung demokratische Rechte und soziale Verbesserungen durchgesetzt wurden. Der Erfolg der Leuna-Arbeiter strahlte auf die revolutionäre Bewegung im ganzen mitteldeutschen Industriegebiet aus. In zahlreichen Betrieben und Gruben übernahmen die Arbeiterräte die Kontrolle und setzten die Forderungen der Arbeiter durch. In den Spandauer Staatswerkstätten löste der Arbeiterrat die alte Direktion ab und bildete eine aus elf Arbeitern und acht Angestellten bestehende Betriebsleitung. Ähnliche Beispiele gab es im Rheinland, wo chemische Betriebe von den Arbeiterräten übernommen und die reaktionären Betriebsleitungen verjagt wurden, sowie im Kohlenbergbau des Ruhrgebietes und im oberschlesischen Industrierevier. Die Arbeiterräte führten in vielen Betrieben konsequente demokratische Maßnahmen durch und begannen, mit den Kriegsverbrechern und Konzernherren abzurechnen.

Gegen den Widerstand der rechten Führer der SPD und der USPD kämpften die Arbeiter- und Soldatenräte in zahlreichen Städten für eine entschiedene Demokratisierung der Verwaltungen. In Hamburg wurden am 12. November die alten reaktionären Staatsorgane der Hansestadt, der Senat und die Bürgerschaft, aufgelöst. Dieser Beschluß war erst nach heftigen Auseinandersetzungen mit den Vertretern der SPD im Arbeiter- und Soldatenrat zustande gekommen. Der Arbeiter- und Soldatenrat war am 10. November als Exekutivorgan des Großen Arbeiterrates und des Soldatenrates gebildet worden und setzte sich aus 18 Mitgliedern des Großen Arbeiterrates und je drei Vertretern der SPD, der USPD, der Linksradikalen und der Gewerkschaften sowie 30 Delegierten der Soldaten zusammen. An seiner Spitze stand der Führer der linksradikalen Gruppe, Dr. Heinrich Laufenberg, ein kleinbürgerlicher Intellektueller, der durch sein Auftreten gegen die Kriegspolitik der rechten Führung der SPD großes Ansehen gewonnen hatte. Als Präsident des Arbeiter- und Soldatenrates handelte er jedoch nicht nach den politischen Auffassungen der Linksradikalen, sondern ging immer mehr zu einer prinzipienlosen Kompromißpolitik mit den rechten Führern der SPD und der USPD

über. Unter dem Druck dieser Kräfte wurden schon am 18. November Senat und Bürgerschaft wiedereingesetzt, die nun als kommunale Körperschaften unter der Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrates die Verwaltung und vor allem das Finanzwesen leiten sollten. Aber schon Ende November versuchte die Bürgerschaft wieder ihre alte politische Funktion auszuüben und die Durchführung allgemeiner Wahlen für Hamburg zu beschließen. Der Arbeiter- und Soldatenrat unterband zwar diese Provokation, ohne jedoch weitere Schlußfolgerungen zu ziehen. Als der Rat am 22. November und am 10. Dezember über die Haltung zur Nationalversammlung debattierte, erklärten sich auch Heinrich Laufenberg und andere linksradikale Vertreter für die Wahl einer gesetzgebenden Versammlung, neben der jedoch die Arbeiter- und Soldatenräte weiterbestehen sollten.

In Bremen, wo sich die Linksradikalen auf das Vertrauensmännersystem in den Großbetrieben und Werften stützen konnten, blieb der Einfluß der linken Kräfte im Arbeiter- und Soldatenrat erhalten. Am 14. November wurden auch im Bremer Staatsgebiet Senat und Bürgerschaft abgesetzt, während der Verwaltungsapparat weitgehend bestehen blieb und unter der Leitung des Arbeiter- und Soldatenrates weiterarbeitete. Der Rat entfernte jedoch die reaktionären Elemente aus der Polizei und ersetzte sie durch Arbeiter. Die militaristischen Lehrer wurden aus dem Schuldienst entlassen. Scharf wandte sich der Aktionsausschuß des Bremer Soldatenrates, dem als Vertreter der Linksradikalen Karl Jannack angehörte, in einer Erklärung vom 15. November gegen die Regierung Ebert-Haase. Darin hieß es: „Eine Regierung, die Hand in Hand mit den Trägern des alten Systems arbeitet, hat ihr Urteil selbst gesprochen ... Die örtlichen Soldaten- und Arbeiterräte haben die Gewalt und werden diese auch gegen die anmaßende Gewalt der Regierung Ebert-Haase durchsetzen, solange diese bürgerliche Politik treibt und keine sozialistische."[176] Mit Massendemonstrationen protestierten die Werftarbeiter unter Führung von Johann Knief, der nach seiner Befreiung aus der Haft am 18. November nach Bremen zurückgekehrt war, gegen die Nationalversammlung und forderten vom Arbeiter- und Soldatenrat die Bewaffnung des Proletariats. Anfang Dezember lehnte der Arbeiter- und Soldatenrat einen sozialdemokratischen Antrag, Senat und Bürgerschaft wieder voll einzusetzen, mit großer Mehrheit ab. Der Rat verbot bürgerliche Versammlungen und Demonstrationen für den Senat und die Natio-

[176] Hamburger Nachrichten, 18. November 1918.

nalversammlung und verhaftete etwa 20 ehemalige Offiziere, die konterrevolutionäre Flugblätter hergestellt und verbreitet hatten. Der Versuch der Bourgeoisie, ein am 11. Dezember nach Bremen zurückkehrendes Infanterieregiment gegen die Räte auszunutzen, scheiterte. Der Soldatenrat demobilisierte die Truppe und begann, die revolutionären Arbeiter zu bewaffnen. Ende Dezember wurden aus zuverlässigen, politisch organisierten Arbeitern auf der Weserwerft und in den anderen Betrieben bewaffnete Einheiten der Roten Garde gebildet.

Für das Land Braunschweig hatte der Arbeiter- und Soldatenrat, in dem der Spartakusbund starken Einfluß hatte, einen Rat der Volkskommissare als Regierung eingesetzt. Die leitenden Beamten der staatlichen, militärischen und städtischen Behörden waren abgesetzt und verhaftet worden. Die neue Regierung bildete eine aus Werktätigen bestehende Polizeiverwaltung und schuf eine Rote Garde aus bewaffneten Arbeitern.

Im Ruhrgebiet, wo die Arbeiterschaft politisch immer aktiver auftrat, berieten am 20. November alle Arbeiter- und Soldatenräte des Bezirks Niederrhein und westliches Westfalen auf einer Konferenz[177] ihre Ziele und Aufgaben und setzten einen Bezirks-Arbeiter- und Soldatenrat ein. Die Konferenz erklärte, daß die „ganze Gewalt" in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte liegen müsse, die für die „Sozialisierung der Gesellschaft, die Überführung der Produktionsmittel aus den Händen weniger in den Besitz der Gesamtheit" als Ziel der Revolution eintreten. Es sei die Pflicht der Arbeiter- und Soldatenräte, „die Volksmassen zum rücksichtslosen Kampf" gegen die Konterrevolution aufzurufen. Die Wahl einer Nationalversammlung wurde entschieden abgelehnt und als „gegenrevolutionärer Plan" bezeichnet, der „die kapitalistische Gesellschaftsordnung vor... der Revolution"[178] retten sollte. In einem „Leitfaden"[179] für die Tätigkeit der örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte wurden wichtige Maßnahmen festgelegt, wie die Übernahme des Sicherheitswesens, die Schaffung einer Roten Garde, die Überwachung und Beschlagnahme von Lebensmittelvorräten, die Einrichtung eines Aufklärungsdienstes. Die Stadtverordnetenversammlungen und Behörden, einschließlich des Justizwesens, aber sollten bestehenbleiben und unter der Kontrolle der Räte weiterarbeiten. Obwohl die Arbeiter- und

177 Dokument Nr. 48.

178 Dokumente und Materialien . . ., Reihe II, Bd. 2, S. 509/510.

179 Dokument Nr. 50.

Soldatenräte dieses Bezirks eine richtige revolutionäre Orientierung hatten, wurden jedoch weder der Staatsapparat ernstlich angetastet noch wirksame Maßnahmen gegen die Kanonenkönige und Kriegsgewinnler an Rhein und Ruhr eingeleitet.

In Düsseldorf hatten USPD und Spartakusbund die Mehrheit im Arbeiter- und Soldatenrat gewonnen. Mitte November versuchten reaktionäre Offiziere und bürgerliche Kräfte, konterrevolutionäre Demonstrationen anzuzetteln, die jedoch von den revolutionären Arbeitern zerschlagen wurden. Darüber kam es im Arbeiter- und Soldatenrat zu heftigen Auseinandersetzungen mit den Vertretern der SPD, in deren Verlauf diese aus dem Rat austraten. Damit wuchs die Aktionsfähigkeit des Arbeiter- und Soldatenrates, der zur Abwehr konterrevolutionärer Anschläge ein Sicherheitsregiment aus 1500 gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeitern aufgestellt hatte. Ende November 1918, als die Armeen von der Westfront zurückkehrten, kam es zu Zusammenstößen mit Truppen, die noch ihren reaktionären Offizieren folgten. Sie wurden von dem Sicherheitsregiment und den Düsseldorfer Arbeitern aufgelöst und entwaffnet. Auch im Mülheimer Arbeiter- und Soldatenrat hatten USPD und Spartakusbund die Mehrheit. Der Rat entwaffnete die Polizei und bildete eine Sicherheitskompanie aus revolutionären Arbeitern. Der Arbeiter- und Soldatenrat in Solingen forderte Ende November, die chemischen Werke in Leverkusen zu beschlagnahmen und den Generaldirektor Carl Duisberg zu verhaften. Dieser hatte Verbindungen zu den englischen und den französischen Besatzungsbehörden aufgenommen, um sie zum Eingreifen gegen die revolutionäre Bewegung im Rheinland zu veranlassen. In Essen, wo die USPD und der Spartakusbund Mitte Dezember die Mehrheit im Arbeiter- und Soldatenrat gewannen, wurde Eugen Leviné, der später an der Spitze der Münchener Räterepublik stand, als Mitglied in den Rat und als Delegierter zum Reichsrätekongreß in Berlin gewählt.

Der Arbeiter- und Soldatenrat in Frankfurt (Main) wandte sich am 21. November mit einem Aufruf an die Fronttruppen, in dem er die revolutionären Vorgänge erläuterte und die Soldaten aufforderte, sich für die Republik und den Sozialismus einzusetzen. Als die Oberste Heeresleitung versuchte, den Frankfurter Rat wegen „bolschewistischer Propaganda" aufzulösen, setzte sich dieser erfolgreich zur Wehr. Die Vollversammlung des Arbeiterrates wandte sich gegen die antibolschewistische Hetze und bezeichnete sie als eine Gefährdung der Revolution. Anfang Dezember erzwang der Frankfurter Arbeiter- und

Soldatenrat die Absetzung des Abschnittskommandeurs General von Studnitz, der sich geweigert hatte, den Rat und dessen Anordnungen anzuerkennen. In Hanau hatten der Spartakusbund und die Vertreter des linken Flügels der USPD im Arbeiter- und Soldatenrat den entscheidenden Einfluß. Schon in den ersten Tagen der Revolution traf dieser Rat eine Reihe sozialer Maßnahmen zum Schutz der Arbeiter. So ordnete er an, daß jeder Unternehmer seine Arbeiter und Angestellten zunächst für mindestens drei Monate bei vollem Lohn weiterbeschäftigen mußte, daß die Arbeitszeit acht Stunden täglich nicht überschreiten durfte und daß jeder Betrieb auch seine früheren Arbeiter, wenn sie vom Heeresdienst entlassen wurden, zu diesen Bedingungen wieder einstellen mußte. Der Landrat und andere reaktionäre Beamte wurden vom Arbeiter- und Soldatenrat abgesetzt, der Anfang Dezember eine revolutionäre Schutzwehr in Stärke von 1000 Mann aufstellte.

Im Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrat, in dem die linken Kräfte zunächst das Übergewicht hatten, legte der Spartakusbund am 11. November ein Aktionsprogramm mit antiimperialistischen demokratischen Forderungen vor und beantragte, dem Arbeiter- und Soldatenrat die volle Macht zu übertragen. Doch die Vertreter der USPD, die in der Mehrzahl in parlamentarisch-demokratischen Illusionen befangen waren, lehnten diesen Antrag ab. Statt dessen wurde eine provisorische Regierung für Württemberg bestätigt, die aus Sozialdemokraten, unabhängigen Sozialdemokraten und bürgerlichen Vertretern bestand. Der Arbeiterrat und sein Aktionsausschuß konnten verschiedene demokratische Maßnahmen und soziale Verbesserungen durchsetzen, obwohl die linke Mehrheit nur kurze Zeit bestand. Bei den Arbeiterratswahlen am 13. November erhielten der Spartakusbund und die linken Kräfte der USPD zwar die Mandate der Großbetriebe, die Masse der Angestellten und der Beamten, der Handwerker und der Gewerbetreibenden und viele Arbeiter der Mittel- und Kleinbetriebe aber gaben ihre Stimme der SPD. Im Großen Arbeiterrat, der am 25. November zum erstenmal zusammentrat, waren die SPD mit 200 und die linken Kräfte mit 75 Delegierten vertreten, und in den neuen Vollzugsausschuß wurden elf Sozialdemokraten und vier Anhänger der USPD und des Spartakusbundes gewählt. Der starke sozialdemokratische Einfluß in Württemberg begünstigte ebenso wie in Baden, Bayern und Hessen die föderalistischen Bestrebungen in Süddeutschland, die auch von den dortigen sozialdemo-

kratischen Parteien vertreten wurden. Die sozialdemokratischen Regierungen dieser Länder wandten sich gegen einen einheitlichen deutschen Nationalstaat und forderten im Namen der „Eigenart ihrer Völker" einen föderalistischen Staatsaufbau.

Im ehemaligen Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha beschlagnahmte der Arbeiter- und Soldatenrat, in dem die linken Kräfte der USPD vorherrschten, alle Waffenbestände, setzte die reaktionären Offiziere ab und übernahm die Leitung der Polizeiorgane. Mitte November löste er den Landtag und sämtliche Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindeausschüsse auf. Auch in Chemnitz, Gera und Leipzig wurden die Stadtverordnetenversammlungen aufgelöst, während der Verwaltungsapparat in diesen Städten seine Tätigkeit weiterführte. Der Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat übernahm das Polizeiamt, löste die politische Polizei auf und ernannte einen Funktionär der USPD zum Polizeidirektor. Weiter besetzte der Rat die Propaganda- und Presseabteilung des Generalkommandos, entließ die dort beschäftigten Offiziere und begann eine Aufklärungsabteilung aufzubauen. Unter dem Druck der Massen wurde eine Sicherheitswehr aus bewaffneten Arbeitern gebildet. Die revolutionären Kräfte erzwangen Ende November die Einstellung der Rüstungsproduktion in allen Leipziger Betrieben. In Halle entwaffnete der Arbeiter- und Soldatenrat die Polizei und schuf eine Rote Matrosenkompanie sowie eine Sicherheitswehr, die aus revolutionären politisch organisierten Arbeitern bestand. Auch in vielen anderen Städten, Kreisen und Gemeinden setzten die Arbeiter- und Soldatenräte Bürgermeister und Landräte ab, bildeten Rote Garden oder Arbeiterwehren und zensierten und verboten reaktionäre bürgerliche Zeitungen.

Diese revolutionären Maßnahmen der Räte waren erste Schritte auf dem Wege zur Zerschlagung des alten reaktionären Staatsapparates und zur Beseitigung der Macht der Konzernherren. Doch gingen diese Maßnahmen in der Regel nicht über die örtlichen Grenzen hinaus und konnten auch nur so lange gesichert werden, wie es gelang, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse gegen den Einfluß der rechten sozialdemokratischen Führer zu erhalten. Diese versuchten häufig, auch bürgerliche Kräfte in die Arbeiter- und Soldatenräte einzuschleusen, um sie damit, wie Karl Liebknecht schrieb, „zu einem allgemeinen Volksparlament mit beruflicher Gliederung"[180] zu machen.

Auf diese Weise wurde in Köln unter dem Vorsitz des Oberbürger-

[180] Die Rote Fahne (Berlin), 21. November 1918.

meisters Konrad Adenauer ein sogenannter „Wohlfahrtsausschuß" gebildet, dem unter anderen der Vorsitzende der Kölner SPD, Wilhelm Sollmann, der Vertreter der christlichen Gewerkschaften, Jakob Kaiser, ein Vertreter der Schwerindustrie, ferner der Militärgouverneur und der alte kaiserliche Regierungspräsident angehörten. Dieser Ausschuß sah seine erste Aufgabe in der Entwaffnung der Arbeiter und der Bildung einer reaktionären Bürgerwehr in Stärke von 6000 Mann. Auch in Karlsruhe und Mannheim entstanden Wohlfahrtsausschüsse ähnlichen Charakters. In Breslau bildete der spätere sozialdemokratische Reichstagspräsident Paul Löbe einen sogenannten „Volksausschuß", der sich aus Vertretern der SPD und der Gewerkschaften, bürgerlichen Parlamentariern, Stadträten und Stadtverordneten sowie einigen Arbeiter und Soldaten zusammensetzte. Auch der zentrale Hessische Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat beschloß am 10. Dezember, sich in einen „Volksrat" umzuwandeln, der sich auf alle Bevölkerungsschichten stützen sollte.

Der Spartakusbund und die anderen revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse traten entschieden für die Zerschlagung der politischen und ökonomischen Macht der Großgrundbesitzer ein. Sie wandten sich vor allem an die arme Landbevölkerung und forderten, durch die Bildung von Räten der Landarbeiter und der Kleinbauern die Revolution ins Dorf zu tragen. Viele Landarbeiter und werktätige Bauern waren bereit, den Kampf gegen die Großgrundbesitzer und für eine Bodenreform aufzunehmen. Um ein Übergreifen der Revolution auf das Land zu verhindern, rief die Regierung Ebert-Haase am 12. November zur Bildung sogenannter Bauernräte auf[181], in denen sowohl die Großgrundbesitzer und die Großbauern als auch die Kleinbauern und die Landarbeiter vertreten sein sollten. Der Zweck dieser reaktionären Räte war, wie es im Aufruf der Regierung hieß, die ländlichen Betriebe „vor allen willkürlichen Eingriffen Unberufener in ihre Eigentums- und Produktionsverhältnisse"[182] zu bewahren. Dennoch bildeten sich in verschiedenen Gebieten, wie in Oberschlesien, Süddeutschland und der Uckermark, revolutionäre Bauernräte, die zum Teil gemeinsam mit Arbeiter- und Soldatenräten den Kampf um die Aufteilung der Gutsbesitzerländereien begannen. In Donzdorf – halb Arbeiter- und halb Bauerndorf – hatte sich ein revolutionärer Arbeiter- und Bauernrat gebildet. Dieser forderte von dem Großgrund-

181 Dokument Nr. 44.

182 Dokumente und Materialien . . ., Reihe II, Bd. 2, S. 367.

besitzer, dem Grafen Rechberg, die Abtretung der im Dorf gelegenen Pachtgüter, die Überlassung von 200 Morgen Wald und die Nachzahlung von zwei Millionen Mark sowie die Übernahme sämtlicher Schulden der Gemeinde als Ersatz für zu wenig gezahlte Steuern. Der Gemeinderat und die Bürger schlossen sich diesen Forderungen an, die dem Grafen in Form eines auf 24 Stunden befristeten Ultimatums überreicht wurden. Nur dadurch, daß die staatlichen Behörden schließlich mit dem Einsatz von Truppen drohten, konnten sie eine gewaltsame Aufteilung der gräflichen Ländereien verhindern. Der Arbeiter- und Soldatenrat in Trebbin ließ die Gutsbesitzer der Umgebung zusammenholen und teilte ihnen mit, daß ihre Güter beschlagnahmt seien und jetzt den Landarbeitern gehörten. Die Gutsbesitzer verschwanden für einige Zeit, bis die Gefahr für sie vorüber war. Auch der Arbeiterrat von Wernrode forderte die Aufteilung des Rittergutes Wernrode unter die Landarbeiter. Der Arbeiter- und Soldatenrat in Barth verpflichtete die Gutsbesitzer und Bauern des Kreises Franzburg-Barth, die Ernte voll einzubringen, und drohte bei Versäumnissen mit dem Standgericht. Der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates in Damgarten zog mehrmals mit einem Trupp bewaffneter Arbeiter auf die Junkergüter der Umgebung und beschlagnahmte Nahrungsmittel und Kohlen für die Versorgung der Stadt. Das aber blieben einzelne, örtlich begrenzte Erscheinungen. Eine wirksame revolutionäre Bewegung der Landarbeiter und der werktätigen Bauern gab es während der Novemberrevolution nicht.

Den stärksten Einfluß konnten die rechten sozialdemokratischen Führer auf die ihrer sozialen Zusammensetzung nach sehr unterschiedlichen Soldatenräte ausüben. Diese Räte wurden häufig von Unteroffizieren, Feldwebeln und sogar von Offizieren geleitet und erklärten sich in der Mehrzahl für die Regierung Ebert-Haase. Das galt vor allem für die Soldatenräte des Feldheeres im Westen. Sie wurden in der Regel erst auf Befehl der Obersten Heeresleitung gebildet, um die Bewegung, die man nicht mehr aufhalten konnte, „in die Hand der Offiziere zu bekommen“[183]. Die Soldatenräte waren, wie es in den „Richtlinien für die Einwirkung auf die Truppe“ vom 16. November hieß, als „Schutzimpfung“ gedacht, um das Heer „gegen die radikalen Strömungen widerstandsfähig zu machen“[184]. So wurde bei der Obersten Heeresleitung am 11. November ein Soldatenrat gebildet, dem unter

183 Ebenda, S. 356.

184 Ebenda, S. 410.

anderen ein Ordonnanzunteroffizier General Wilhelm Groeners und als Vertreter der Marine der Bursche des Admirals Reinhard von Scheer angehörten. Dieser Soldatenrat, der zugleich auch der oberste Soldatenrat des gesamten Feldheeres war, ließ sich, nach den Worten General Groeners, „zunächst leicht als ... Sprachrohr" der Obersten Heeresleitung benutzen, so daß „das Zusammenwirken mit den Soldatenräten des Feldheeres ... einigermaßen nach unserem Wunsch"[185] ging. Unter diesen Umständen kam auf der Tagung der Soldatenräte der Fronttruppen in Bad Ems am 1. Dezember nach einer antibolschewistischen Hetzrede des rechten Sozialdemokraten Carl Giebel, des Vertreters der Regierung bei der Obersten Heeresleitung, eine „einmütige" Erklärung für die Regierung Ebert-Haase und für die Einberufung einer Nationalversammlung zustande.

Obwohl auch die Soldatenräte der Ostfront in ihrer Mehrheit die konterrevolutionäre Politik der Regierung Ebert-Haase nicht erkannten und für die Nationalversammlung eintraten, unterschieden sie sich doch erheblich von den Soldatenräten des Westheeres. Der Einfluß der sozialistischen Sowjetrepublik auf die deutschen Soldaten und die sich bildenden Räte wurde nach dem Ausbruch der Revolution in Deutschland noch wirksamer. In Kiew fand am 13. November eine Versammlung aller Soldatenräte der dort stationierten deutschen Truppen statt; sie beschloß, das reaktionäre antisowjetische Regime in der Ukraine nicht mehr zu unterstützen. Schon am 12. November suchte eine Delegation deutscher Soldaten des 19. und 106. Landwehrregiments mit roten Fahnen das sowjetische 1. Ukrainische Regiment in Unetscha auf, das eine große Versammlung zur Begrüßung der revolutionären deutschen Soldaten veranstaltete. Am nächsten Tage begab sich die Delegation zusammen mit dem sowjetischen Regiment zu den Standorten der deutschen Truppenteile. Dort kam es zu Verbrüderungskundgebungen, und die Vertreter der deutschen und der sowjetischen Soldaten sandten gemeinsam ein Begrüßungstelegramm an W. I. Lenin. Solche Verbindungen, die häufig zu Vereinbarungen zwischen deutschen und sowjetischen Truppenteilen führten, gab es an verschiedenen Frontabschnitten. Die deutschen Soldaten waren nicht mehr bereit, gegen die Sowjetmacht zu kämpfen. In zahlreichen Einheiten übernahmen die Soldatenräte die Befehlsgewalt. Sie räumten besetzte Städte und Gebiete, übergaben sie an

185 Wilhelm Groener: Lebenserinnerungen. Jugend. Generalstab. Weltkrieg. Hrsg. von Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen, Göttingen 1957, S. 470.

die Rote Armee und bereiteten den eigenen Rücktransport in die Heimat vor.

Einige zentrale Soldatenräte gaben revolutionäre Flugblätter und Zeitungen für die deutschen Soldaten heraus und nahmen Verbindung mit den revolutionären Kräften in Deutschland auf. Der Propagandaausschuß des Großen Soldatenrates der Heeresgruppe Kiew schrieb an Rosa Luxemburg und beglückwünschte sie zu ihrer Befreiung aus dem Gefängnis. Er übersandte zugleich eine Nummer seines Mitteilungsblattes, das einen Leitartikel über Karl Marx enthielt. Der Artikel schloß mit folgenden Worten: „So war es denn eine selbstverständliche historische Pflicht für einen proletarischen Soldatenrat, des Mannes zu gedenken, der als der einzige Sieger das Schlachtfeld verläßt. Deshalb neigen wir, bevor wir an unsere eigentliche Arbeit gehen, huldigend unsere Fahnen vor Karl Marx, dessen Lebensarbeit uns den Weg in das neue Land wies."[186]

Die zum Reichsrätekongreß entsandten Delegierten der Soldatenräte der Ostfront setzten sich nachdrücklich für die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen Deutschlands zur Sowjetrepublik ein.

Am entschiedensten traten im allgemeinen die Räte der Marine auf. Die Mannschaften der Kriegsflotte bestanden zu einem großen Teil aus Facharbeitern, die häufig schon vor dem Kriege politisch und gewerkschaftlich organisiert waren. Diese Kräfte, die in der Mehrzahl zur USPD neigten, hatten meist auch den entscheidenden Einfluß in den Räten. Als das Reichsmarineamt versuchte, den Erlaß der Regierung über die Wiederherstellung der Befehlsgewalt der kaiserlichen Offiziere in der Marine durchzusetzen, beschlossen die empörten Matrosen, eine Delegiertentagung der gesamten norddeutschen Matrosenräte einzuberufen. Diese Tagung fand am 19. November in Wilhelmshaven statt und rief zum gemeinsamen Handeln gegen die reaktionären Machenschaften auf. Sie wählte einen Hauptausschuß der Marine mit Sitz in Wilhelmshaven und übertrug ihm die Berechtigung zu militärischen Anordnungen für die ganze Marine. Weiter wurde beschlossen, 53 Vertreter der Matrosenräte für einen Kontrollausschuß zu bestimmen, der die Marinebehörden in Berlin überwachen sollte. Dieser 53er-Ausschuß der Marine trat am 23. November in Berlin zusammen und wählte aus seiner Mitte den Zentralrat der Marine, der aus fünf Mitgliedern bestand.

Dem 53er-Ausschuß der Marine gehörten auch Vertreter der Volks-

[186] Die Rote Fahne (Berlin), 16. Dezember 1918.

marinedivision in Berlin an. Diese Truppe aus revolutionären Matrosen war am 11. November von Heinrich Dorrenbach und Paul Wieczorek, die sich bereits während des Krieges im revolutionären Kampf bewährt hatten, gegründet worden. Paul Wieczorek, der zum Kommandanten der Division gewählt wurde, fiel schon am 14. November einem konterrevolutionären Anschlag zum Opfer. Die Truppe, die anfangs etwa 600 Mann zählte und Ende November mit rund 3200 Mann ihren höchsten Stand erreichte, setzte sich überwiegend aus Berliner Arbeitern zusammen, die zur Kriegsmarine eingezogen waren und, nach Ausbruch der Revolution nach Hause zurückgekehrt, sich der Matroseneinheit anschlossen. Die Volksmarinedivision hatte sich dem Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn, der zum linken Flügel der USPD gehörte, unterstellt und wurde in der Hauptsache zum Bewachungs- und Sicherheitsdienst eingesetzt. Sie war die einzige revolutionäre Truppe Berlins und stand – wenn auch nicht ohne Schwankungen – an der Seite der revolutionären Arbeiter.

Die Volksmarinedivision war im November und Dezember ein bedeutender militärischer und politischer Faktor in Berlin, der auch dem Auftreten des 53er-Ausschusses der Marine Rückhalt und Nachdruck gab. Dieser Ausschuß traf entschiedene Maßnahmen zur sorgfältigen Überwachung der gesamten Geschäftsführung und der Finanzen des Reichsmarineamtes und des Admiralstabes. Das war der konsequenteste Versuch, den es in der Novemberrevolution gab, einen wichtigen Teil des alten Staatsapparates einer strengen Kontrolle zu unterziehen. Obwohl diese nichts an dem reaktionären Charakter der Organe des alten Staates ändern konnte, weil der Apparat der Marinebehörden insgesamt nicht angetastet wurde, erschwerten die Maßnahmen des 53er-Ausschusses doch erheblich deren konterrevolutionäre Umtriebe. So konnte der Ausschuß verhindern, daß 20 000 Mann Marinetruppen im Auftrag der Regierung gegen streikende Bergarbeiter in Oberschlesien eingesetzt wurden. Er verurteilte auch die antibolschewistische Hetze gegen die revolutionären Kräfte, und zahlreiche seiner Mitglieder standen in enger Verbindung mit dem Spartakusbund. Anfang Dezember veröffentlichte der 53er-Ausschuß ein politisches Programm[187], das sich für die sozialistische Republik aussprach. Es forderte unter anderem die Aufteilung des Großgrundbesitzes, die Bestrafung der Kriegsverbrecher, die Erfassung aller Kriegsgewinne und die grundlegende Umgestaltung des Gesundheits-, Erziehungs- und

187 Dokument Nr. 54.

Bildungswesens. Im Prinzip stimmte das Programm jedoch der Einberufung einer Nationalversammlung zu, wenn vorher alle dafür geeigneten Betriebe verstaatlicht und hinreichende Gelegenheit zur Aufklärung der Massen gegeben würden.

Ungeachtet aller Unzulänglichkeiten brachten die Arbeiter- und Soldatenräte die revolutionären Energien und Bestrebungen der Arbeiter und Soldaten zum Ausdruck. Die Räte mobilisierten bedeutende Kräfte der Arbeiterklasse und rüttelten entschieden an den Machtgrundlagen der herrschenden Klasse. Die Konzernherren, die Militaristen und die rechte Führung der SPD sahen daher in den Arbeiter- und Soldatenräten, um die sich die revolutionären Kräfte des Proletariats scharten, die größte Gefahr für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Sie befürchteten, daß sich ebenso wie 1917 in Rußland auch in Deutschland in den Arbeiter- und Soldatenräten ein revolutionärer Klärungsprozeß vollziehen werde.

3. Der Kampf des Spartakusbundes und der anderen revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse gegen die vordringende Konterrevolution. Der Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands

Angesichts der Gefahr für den Bestand der kapitalistischen Ordnung in Deutschland sammelten sich auf der Grundlage des Antikommunismus alle konterrevolutionären Kräfte von den Militaristen und den Monopolherren, den Junkern und der hohen Staatsbürokratie bis zu den rechten Führern der SPD und der Gewerkschaften. Die Gegensätze im Lager der Großbourgeoisie, die unterschiedlichen Auffassungen und Interessen dieser Kreise traten zeitweilig weitgehend in den Hintergrund. Die Hauptkräfte der herrschenden Klasse richteten alle ihre Anstrengungen, ihre politischen, wirtschaftlichen und vor allem ihre großen finanziellen Mittel und Möglichkeiten, darauf, die Räte und die Revolution zu liquidieren und die imperialistische Klassenherrschaft in der Form einer bürgerlich-parlamentarischen Republik zu erhalten. Da diese reaktionären Kräfte vorerst über keine ausreichenden militärischen Machtmittel verfügten, unterstützten sie die Politik der rechten Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften und drängten diese weiter auf den Weg der Konterrevolution.

Um die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen irrezuführen und die Vorbereitungen zur Niederwerfung der revolutionären Kräfte zu verschleiern, trat die gesamte Reaktion zunächst unter den von den rechten sozialdemokratischen Führern verbreiteten Losungen des „Kampfes gegen den Bolschewismus", für „Demokratie" und „Wahlen zur Nationalversammlung" auf. Schon 1884 hatte Friedrich Engels in einem Brief an August Bebel auf eine solche Formierung der Kräfte im Falle einer Revolution der Arbeiterklasse hingewiesen. Er schrieb: „Jedenfalls ist unser einziger Gegner am Tag der Krise und am Tag nachher – *die um die reine Demokratie sich gruppierende Gesamtreaktion.*"[188] Allerdings konnte Friedrich Engels damals noch nicht voraussehen, daß 34 Jahre später die rechten Führer der Sozialdemokratie und ihre antikommunistischen Theorien zum Sammelpunkt dieser „Gesamtreaktion" werden sollten.

Die ersten Schritte der rechten Führer der SPD auf diesem Wege waren das Zusammengehen mit der hohen Staatsbürokratie, die Erhaltung und allmähliche Festigung des alten Staatsapparates, das Paktieren mit der Obersten Heeresleitung und den Großgrundbesitzern. Am 15. November folgte das Bündnis zwischen den rechten Gewerkschaftsführern und den Monopolherren. Damit hatten die Verhandlungen, die sich seit Ende 1917 hinzogen, einen schnellen Abschluß gefunden. Als die revolutionäre Bewegung im Oktober 1918 mächtig anwuchs, waren neben den Konzernherren der Elektro- und der Chemieindustrie auch die reaktionärsten Kräfte des Monopolkapitals, die Kanonenkönige und Schwerindustriellen von Rhein und Ruhr, an ernsthaften Vereinbarungen interessiert.[189] Das Ziel dieser Herren war es, wie der Geschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller Dr. Johann Reichert berichtete, die Gewerkschaften als Bundesgenossen zu gewinnen, um „das Unternehmertum vor der drohenden, über alle Wirtschaftszweige hinwegfegenden Sozialisierung, der Verstaatlichung und der nahenden Revolution"[190] zu bewahren. Dafür waren die Monopolherren zu arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Zugeständnissen bereit, zumal die abschließenden Verhandlungen unter dem unmittelbaren Eindruck der revolutionären

188 Engels an A. Bebel, 11. Dezember 1884. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Ausgewählte Briefe, Berlin 1953, S. 454.

189 Dokument Nr. 18.

190 J. Reichert: Entstehung, Bedeutung und Ziel der „Arbeitsgemeinschaft", Berlin 1919, S. 6.

Ereignisse in Berlin und des Zusammenbruchs des kaiserlich-imperialistischen Regimes geführt wurden. Das Ergebnis war das Abkommen über die „Zentralarbeitsgemeinschaft“[191], in dem die Monopolherren die Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiter anerkannten und ihnen volle Koalitionsfreiheit zusicherten. Weiter sollten die Arbeitsbedingungen in Kollektivvereinbarungen festgelegt und ein Zentralausschuß sowie Schlichtungsausschüsse mit paritätischer Besetzung zur gemeinsamen Regelung aller sozialen und arbeitsrechtlichen Fragen gebildet werden.

Mit diesem Abkommen versuchten die Monopolherren den Eindruck zu erwecken, daß eine grundlegende Wende in ihrer Politik eingetreten sei. Ihre Bereitschaft zu sozialpolitischen Zugeständnissen erleichterte es der Regierung, eine Reihe von Verbesserungen auf sozialem und arbeitsrechtlichem Gebiet einzuführen. Als erste Maßnahme wurde eine Erwerbslosenfürsorge aus staatlichen Mitteln geschaffen. Das war unmittelbar nach Kriegsende von großer Bedeutung, weil durch die Demobilisierung der Truppen die Arbeitslosigkeit ungeheuer anwuchs. Auch für Kurzarbeiter wurde bei Nachweis der Bedürftigkeit eine Unterstützung gewährt. Die Regierung legte den Achtstundentag als die gesetzlich zulässige Arbeitszeit fest, verbot die Nacht- und Sonntagsarbeit im Bäcker- und Konditorgewerbe und richtete staatliche Arbeitsnachweisstellen ein. Auf der Grundlage der Vereinbarungen der Partner der Zentralarbeitsgemeinschaft erließ das Reichsarbeitsamt eine einheitliche gesetzliche Regelung des Tarifvertrags- und des Schlichtungswesens. Ferner wurde die Sozialversicherungspflicht für weitere Schichten der Werktätigen eingeführt und die Unfallversicherung auf Berufskrankheiten ausgedehnt, die Leistungen der Krankenkassen wurden erhöht.

Die Führungen der SPD und der Gewerkschaften priesen das Arbeitsgemeinschaftsabkommen und die sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Maßnahmen als große Erfolge ihrer Politik. Damit konnten sie viele Arbeiter beeinflussen und ihnen den Blick dafür trüben, daß die entscheidende Voraussetzung für eine wirksame Verbesserung und Veränderung ihrer Lage die Befreiung von kapitalistischer Ausbeutung war. Treffend schrieb „Die Rote Fahne“ vom 21. November, daß alle diese Konzessionen für die Bourgeoisie nichts weiter seien „als eine Versicherungsprämie, die die Kapitalisten zahlen wollen, um vor den Angriffen gegen das kapitalistische System gesichert zu

[191] Dokument Nr. 45.

sein"[192]. Die Politik der Arbeitsgemeinschaft und der sozialpolitischen Zugeständnisse trug mit dazu bei, die werktätigen Massen von der Lösung einer der Hauptaufgaben der Revolution, der Entmachtung der monopolkapitalistischen Kriegsverbrecher, abzulenken.

Unter diesen Bedingungen traten auch die reaktionären bürgerlichen Parteien sehr bald wieder hervor, wobei sie sich den Anstrich „demokratischer Volksparteien" zu geben suchten. Durch die Unterstützung der räuberischen Kriegspolitik war ihr Ansehen in den Volksmassen so gesunken, daß sie nun gezwungen waren, ihre Klassenpolitik in anderem Gewande fortzuführen. Die Zentrumspartei nahm vorübergehend den Namen Christlich-Demokratische Volkspartei an. Die bayrischen Zentrumsführer trennten sich von ihr und gründeten am 12. November eine selbständige Partei unter dem Namen Bayerische Volkspartei. Am 16. November entstand die Deutsche Demokratische Partei, die sich aus Teilen der ehemaligen Nationalliberalen Partei und der Fortschrittlichen Volkspartei zusammensetzte, während der rechte Flügel der Nationalliberalen Partei und andere großkapitalistische Kreise sich am 23. November zur Deutschen Volkspartei zusammenschlossen. Frühere Konservative und Christlich-Soziale gründeten am 22. November die Deutschnationale Volkspartei.

In Anbetracht der tiefen Krise der imperialistischen Herrschaft waren sich die bürgerlichen Parteien bei allen Unterschieden der Interessen zunächst jedoch einig in den Forderungen nach Niederwerfung der Revolution und Beseitigung der Arbeiter- und Soldatenräte, nach Sicherheit und Schutz des Privateigentums an den Produktionsmitteln und nach unverzüglicher Einberufung einer Nationalversammlung. In ihren Programmen und Aufrufen aber, die für die Öffentlichkeit bestimmt waren, sprachen sie von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, von Gleichberechtigung aller Staatsbürger, vor allem auch der Frauen, von freien Wahlen und freiheitlicher Verfassung. Um die Volksmassen über ihre wahren Ziele zu täuschen, erklärten sich diese Parteien – im einzelnen mit Unterschieden – für wirtschaftliche und soziale Maßnahmen wie: Erfassung aller Kriegsgewinne; Vermögensabgabe aller Besitzenden; Sozialisierung der monopolistisch entwickelten Wirtschaft; Aufteilung von Staatsdomänen und unwirtschaftlich gewordenem Großgrundbesitz an Bauern und Landarbeiter; gerechte Löhne und Gehälter; großzügige Sozialpolitik für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten. Mit solchen demagogi-

[192] Die Rote Fahne (Berlin), 21. November 1918.

schen Forderungen versuchten die bürgerlichen Parteien, ihren Einfluß auf die werktätigen Massen, vor allem auf die Mittelschichten, wiederherzustellen und sie von der revolutionären Bewegung fernzuhalten.

Die konterrevolutionären Kräfte in Deutschland wurden auch von den imperialistischen Siegermächten, vor allem von den USA, unterstützt. Die herrschenden Kreise dieser Länder verstanden, welche Bedeutung die Entwicklung in Deutschland für den Verlauf des Kampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus in der Welt hatte und waren deshalb bestrebt, einen Sieg der Revolution unter allen Umständen zu verhindern. So wurde auf Bitten der deutschen Waffenstillstandskommission die Zahl der abzuliefernden Maschinengewehre um 5000 herabgesetzt. Die Kommission hatte sich, wie der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau schrieb, unter Hinweis auf die bolschewistische Gefahr in Deutschland darüber beklagt, „daß wir ihnen zu viele Maschinengewehre wegnähmen und daß ihnen keine blieben, um auf die eigenen Landsleute zu schießen"[193]. Die sozialdemokratische „Revolutionsregierung" und ihre bürgerlichen Staatssekretäre konspirierten mit der Entente gegen das eigene Volk. Der Leiter des Auswärtigen Amtes, Dr. Wilhelm Solf, ließ den Regierungen der Entente Mitte November eine Botschaft zugehen, in der er die Ententemächte bat zu erklären, „daß sie den Bolschewismus nicht dulden" und die „Feindseligkeiten wieder aufnehmen"[194], das hieß erneut Krieg gegen Deutschland führen würden, wenn die revolutionären Kräfte die Oberhand gewinnen sollten. Zur Rettung ihrer Klassenherrschaft war die deutsche Großbourgeoisie zu jedem Landesverrat bereit. Auch die Regierung Ebert-Haase regte im Dezember 1918 an, wie aus den Dokumenten des amerikanischen Außenministeriums hervorgeht, „daß es gut wäre, wenn die Alliierten Berlin besetzen und die Stadt vor dem Bolschewismus schützen würden"[195].

Schon Mitte November forderten amerikanische Diplomaten von ihrer Regierung eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands. „Wenn wir nicht sofort handeln", hieß es in einem Bericht an den amerikanischen Staatssekretär des Äußeren, „wird eine Liebknecht-Mehring-Diktatur in Berlin unvermeidlich dieselbe Rolle

193 The intimate Papers of Colonel House, Bd. IV, London 1928, S. 141/142.

194 Papers Relating to the Foreign Relations of the United States 1919, Bd. II, Washington 1942, S. 95.

195 Papers Relating to the Foreign Relations of the United States 1919, Bd. XII, Washington 1947, S. 15.

spielen wie Lenins Diktatur in Petrograd."[196] Die Regierung der USA unternahm alle Anstrengungen, um die Stellung der Regierung Ebert-Haase politisch zu festigen. So ließ sie diese über ihre Botschaften in den neutralen Ländern informieren, daß im Falle der Bildung einer wirklichen Räteregierung in Berlin die Entente keine Lebensmittel liefern, den Waffenstillstand kündigen, das Land militärisch besetzen und keinen Frieden schließen werde. Schon die Rückberufung der sowjetischen Botschaft, hieß es, werde solche Maßnahmen hervorrufen. Ende November schlug der amerikanische Präsident sogar vor, die Mächte der Entente sollten gemeinsam erklären, daß es nur dann einen Friedensvertrag mit Deutschland geben könne, wenn statt der Arbeiter- und Soldatenräte eine verfassunggebende Versammlung die Gewalt übernähme. Diese Ankündigung würde, betonte der Präsident, „die Dinge in Deutschland zu einer Krise zuspitzen und so den Weg schneller... frei machen"[197]. Das aber bedeutete, daß der Frieden und die Aufhebung der Hungerblockade gegen das deutsche Volk von der Niederschlagung der Räte und der revolutionären Kräfte der deutschen Arbeiterklasse, von der Entfesselung eines Bürgerkrieges, abhängig gemacht wurden. Unter der Losung „Brot oder Bolschewismus" hetzte die bürgerliche und die sozialdemokratische Presse gegen den Spartakusbund und die Revolution.

Trotz der räuberischen Waffenstillstandsbedingungen und der Hungerblockade folgte die Regierung Ebert-Haase auch in der Außenpolitik der antinationalen, konterrevolutionären Linie der deutschen Großbourgeoisie: der Anlehnung an die imperialistischen Kreise Englands und der USA und der Feindschaft gegenüber der Sowjetmacht. Die deutsche Regierung war bereit, im Dienste der Entente gegen Sowjetrußland vorzugehen. Unter dem Vorwand des „Schutzes der Heimat vor dem Bolschewismus" setzte sie den Krieg gegen die Rote Armee fort, die, von den Volksmassen unterstützt, die baltischen Länder befreite. Da die deutschen Soldaten im Osten nicht mehr für imperialistische Interessen kämpfen wollten, schufen die Regierung und die Militaristen sogenannte Grenzschutzformationen und Freikorps, unter ihnen die berüchtigte „Eiserne Division", die am 30. November in Mitau gegründet wurde. Die Regierung, die geglaubt hatte, sich durch ihren Antibolschewismus bei den Westmächten anbiedern und bessere Friedensbedingungen erhalten zu können, hatte damit

196 Papers Relating to the Foreign Relations of the United States 1919, Bd. II, S. 99.
197 Ebenda, S. 102.

aber nur ihre eigene Schwäche offenbart. Die USA und die anderen imperialistischen Siegermächte bedienten sich des Hungers als Druckmittel gegen das deutsche Volk bis zur blutigen Niederschlagung der revolutionären Kräfte und zur Unterzeichnung des Versailler Raubfriedens. Dafür aber „half" die imperialistische Regierung der USA durch die Entsendung von Sondermissionen, deren erste am 27. Dezember 1918 in Deutschland eintraf. Sie sollte die Regierung und die konterrevolutionären Kräfte bei der Niederwerfung der Revolution beraten und den Boden für ein verstärktes Eindringen amerikanischen Kapitals in Deutschland vorbereiten.

Eine wahrhaft nationale Außenpolitik, die von den Lebensinteressen des deutschen Volkes ausgegangen wäre, hätte auf eine enge Zusammenarbeit mit dem Sowjetstaat gerichtet sein müssen, für die der Spartakusbund und die anderen revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse kämpften. W. I. Lenin und die russische Arbeiterklasse waren – getreu den Prinzipien des proletarischen Internationalismus – zu jeder Hilfe für die deutsche Revolution bereit. Ungeachtet der äußerst schweren Lage Sowjetrußlands beschloß das Allrussische Zentralexekutivkomitee am 11. November, als erste Hilfeleistung 50 Waggons Brotgetreide für die hungernden deutschen Arbeiter zu senden. Der Volksbeauftragte Hugo Haase aber, der für die Außenpolitik verantwortlich war, lehnte im Auftrag der Regierung, die bei den amerikanischen Imperialisten um Lebensmittel bettelte, dieses Angebot proletarischer Solidarität ab. In Moskau hatte sich nach dem Ausbruch der Novemberrevolution in Deutschland ein Zentralrat Deutscher Revolutionärer Arbeiter und Soldaten unter dem Vorsitz Rudolf Rothkegels gebildet, der seinen Sitz im Gebäude des deutschen Generalkonsulats hatte. Damit waren neue Möglichkeiten gegeben, die Beziehungen zwischen Sowjetrußland und dem revolutionären Deutschland auf dem Boden des proletarischen Internationalismus herzustellen. Hugo Haase aber war empört, bei einer direkten Verbindung über den Fernschreiber nicht mehr die alten kaiserlichen Diplomaten vorzufinden, obwohl sich diese doch der neuen Regierung zur Verfügung gestellt hätten. Die Regierung Ebert-Haase weigerte sich, wieder normale diplomatische Beziehungen mit Sowjetrußland anzubahnen. Die Sowjetregierung hatte am 13. November den Gewaltfrieden von Brest-Litowsk für null und nichtig erklärt und der deutschen Regierung vorgeschlagen, einen neuen Frieden auf brüderlicher Grundlage zu schließen. Die sozialdemokratische Regierung, die

sich auf ihrer Sitzung am 18. November mit der Stellung zu Sowjetrußland beschäftigte, lehnte jedoch dieses Angebot ab. Auf Vorschlag Hugo Haases und Karl Kautskys wurde beschlossen, sich abwartend zu verhalten, da die Sowjetmacht doch nicht mehr lange bestehen, sondern in einigen Wochen erledigt sein würde. Auch auf die weiteren Bemühungen der Sowjetregierung zur Normalisierung der deutsch-sowjetischen Beziehungen ging die deutsche Regierung nicht ein.

Mit Hilfe des Antibolschewismus versuchten die herrschende Klasse und die rechten Führer der SPD, der USPD und der Gewerkschaften die deutsche Arbeiterklasse daran zu hindern, in der Sowjetmacht ihren besten Verbündeten zu erkennen und nach ihrem Beispiel Frieden, Demokratie und Sozialismus auch in Deutschland zu erkämpfen. Millionen deutscher Arbeiter und Soldaten aber, die das reaktionäre monarchistische Regime gestürzt hatten, fühlten sich mit den Arbeitern und Bauern Rußlands brüderlich verbunden und traten, geleitet vom Spartakusbund und den anderen linken Kräften, für Freundschaft und Verständigung mit der Sowjetrepublik ein. Mit Demonstrationen, in Kundgebungen und Versammlungen brachten sie ihre Sympathie für den ersten sozialistischen Staat der Welt zum Ausdruck.

Die überwiegende Mehrheit der Arbeiterklasse war der Meinung, daß auch in Deutschland mit der Verwirklichung des Sozialismus begonnen werden müsse. Die Arbeiter erwarteten, schrieb Max Peters in seiner Ebert-Biographie, „daß die politische Umgestaltung sie vom kapitalistischen Wirtschaftssystem erlösen würde. Sie wollten nicht mehr für andere arbeiten." In dem Verhalten der Regierung sahen sie „den Unwillen, grundsätzliche Änderungen vorzunehmen".[198] Unter dem Druck der Massen beschloß die Regierung am 18. November, eine Komission einzusetzen, die die Möglichkeit der Sozialisierung von Betrieben, die ihrer Entwicklung nach dazu geeignet seien, prüfen sollte. Am 24. November wurde die sogenannte „Sozialisierungskommission" unter dem Vorsitz Karl Kautskys berufen. Ihr gehörten neben rechten Führern der SPD, der USPD und der Gewerkschaften auch bürgerliche Wissenschaftler als „Sachverständige" an. Diese „freie wissenschaftliche" Kommission, die keinerlei Rechte und Befugnisse besaß, hatte lediglich die Aufgabe, Gutachten und Vorschläge vorzubereiten, über die eine künftige Nationalversammlung zu be-

198 Max Peters: Friedrich Ebert. Erster Präsident der Deutschen Republik, Berlin-Grunewald 1954, S. 101 u. 102.

schließen haben sollte. Die rechten sozialdemokratischen Führer nutzten die weit verbreiteten unklaren Vorstellungen über den Sozialismus und die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus zur Irreführung der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Massen aus. Im Beschluß des Parteiausschusses der SPD vom 28. November[199] wurde das allgemeine Wahlrecht als die „wichtigste politische Errungenschaft der Revolution" bezeichnet und behauptet, der Stimmzettel sei „zugleich das Mittel, die kapitalistische Gesellschaftsordnung nach dem Willen des Volkes in planmäßiger Arbeit zur sozialistischen umzuwandeln"[200]. Der „Vorwärts" vom 5. Dezember aber schrieb anläßlich der ersten Tagung der Sozialisierungskommission, daß es deren Aufgabe sein werde, „von vornherein beruhigend zu wirken in dem Sinne, daß keine unvernünftigen Experimente zu befürchten sind und daß zum mindesten niemand einen Schaden davon haben wird, wenn er zunächst seiner vor dem Kriege gewohnten Beschäftigung wieder nachgeht"[201]. Trotz „angestrengtester" Arbeit der Sozialisierungskommission, die am 11. Dezember ihr Programm[202] veröffentlichte, wurde denn auch keiner der Konzern- und Bankherren, der Großgrundbesitzer und Militaristen enteignet. Die Verkündung der „Sozialisierung" lenkte die Massen vom außerparlamentarischen Kampf auf das Parlament und auf bürokratische Kommissionen ab und half der herrschenden Klasse, die Zeit zu gewinnen, die sie zur Vorbereitung der militärischen Niederwerfung der revolutionären Kräfte benötigte. Als die revolutionäre Woge abebbte, bedurfte man der Sozialisierungskommission nicht mehr und löste sie am 7. April 1919 auf.

Die Mehrheit der Arbeiterklasse ließ sich durch die Losung „Der Sozialismus marschiert" irreführen, weil sie noch nicht verstand, daß die Voraussetzungen für den Sozialismus die völlige politische und ökonomische Entmachtung der Imperialisten und Militaristen und die Errichtung der Diktatur des Proletariats sind. Zu diesen Unklarheiten trugen wesentlich die zentristischen Führer der USPD bei, die vor allem in der Grundfrage der Revolution, der Frage der Staatsmacht, große Verwirrung anrichteten. Sie traten für eine Nationalversammlung ein, weil diese gegenüber dem Rätesystem der „Minder-

199 Dokument Nr. 51.

200 Richard Müller: Vom Kaiserreich zur Republik, Bd. II, (Wien 1925), S. 248.

201 Vorwärts (Berlin), 5. Dezember 1918.

202 Dokument Nr. 57.

heitsdiktatur", den „demokratischen Mehrheitswillen" zum Ausdruck bringe: zugleich aber sollten neben der Nationalversammlung auch die Räte erhalten bleiben. Ein solcher Versuch, das Rätesystem mit der Nationalversammlung, die Macht der Arbeiterklasse mit der Macht der Bourgeoisie verbinden zu wollen, offenbarte, wie W. I. Lenin schrieb, „den völligen ideologischen Bankrott"[203] der zentristischen Führer.

Der Spartakusbund und die anderen linken Kräfte kämpften entschieden um die Gewinnung der Massen für die Rätemacht. Die Führer der revolutionären Linken aber wurden bereits wieder verleumdet, gehetzt und verfolgt. Schon am 15. November brachte der „Vorwärts" die ersten erlogenen Meldungen über unmittelbar bevorstehende „spartakistische Putschversuche". Die Redaktion der „Roten Fahne" und das Büro des Spartakusbundes wurden mehrmals überfallen. Ungeachtet aller Schwierigkeiten aber leisteten die Spartakusanhänger, oft unter Bedrohung ihres Lebens, eine unermüdliche Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit. Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Wilhelm Pieck und andere sprachen fast täglich in mehreren Versammlungen, auf Kundgebungen, in Betrieben und Kasernen und auf Tagungen der Arbeiter- und Soldatenräte. „Wenn Du wüßtest ... wie ich hier lebe", schrieb Rosa Luxemburg am 29. November an Clara Zetkin, „wie im Hexenkessel! Gestern nachts um 12 Uhr bin ich zum ersten Mal in meine Wohnung gekommen und zwar nur deshalb, weil wir beide – Karl und ich – aus sämtlichen Hotels dieser Gegend (um den Potsdamer und Anhalter Bahnhof) ausgewiesen worden sind."[204]

Einen großen Teil ihrer Tätigkeit widmeten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg der „Roten Fahne", die die Stimme des Spartakusbundes weithin zu Gehör brachte. Die Regierung beschränkte jedoch die Papierlieferungen, so daß die revolutionäre Zeitung in der Regel nur vier Seiten umfaßte, während die bürgerliche und die sozialdemokratische Presse Berlins täglich in einer Stärke von insgesamt etwa 300 Seiten erschien. Trotzdem sahen immer mehr Arbeiter in der „Roten Fahne" die einzige sozialistische Zeitung Berlins. Die Organisierung ihres Vertriebs förderte auch die organisatorische Entwicklung

203 W. I. Lenin: Thesen und Referat über bürgerliche Demokratie und Diktatur des Proletariats, 4. März. In: Werke, Bd. 28, S. 481.

204 Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv, NL 5, III–A/15, Bl. 86.

des Spartakusbundes. Bis Ende November war das Vertriebsnetz in Berlin und den Vororten im wesentlichen aufgebaut. Auch in einigen anderen Städten, wie in Dresden, Kiel und Leipzig, wurden Geschäftsstellen eingerichtet.

Am 23. November erschien die erste Nummer der Zeitung „Der Rote Soldat", die der Rote Soldatenbund dreimal wöchentlich herausgab. Der Rote Soldatenbund stellte sich zur Aufgabe, die Soldatenbewegung in proletarisch-revolutionäre Bahnen zu lenken und sie mit den sozialistischen Ideen vertraut zu machen. Er trat entschieden für die restlose Zerschlagung des Militarismus ein und kämpfte vor allem gegen die Wiedereinführung der Befehlsgewalt der Offiziere der alten Armee und für die Säuberung der Soldatenräte von Offizieren und anderen konterrevolutionären Elementen. Seit Anfang Dezember übernahm der Rote Soldatenbund, die erste Wehrorganisation der deutschen Arbeiterklasse, auch den bewaffneten Schutz revolutionärer Demonstrationen und Kundgebungen.

Der Spartakusbund unternahm große Anstrengungen, um im Kampf gegen die kleinbürgerlichen reformistischen Illusionen den Klärungsprozeß in den Arbeiter- und Soldatenräten zu fördern. In Flugblättern, Zeitungen und Versammlungen deckte er die arbeiterfeindliche Politik der rechten sozialdemokratischen Führer und der Regierung auf und versuchte, die Arbeiter und Soldaten aus den ideologischen Fesseln der Ebert und Scheidemann, der Haase und Kautsky zu befreien. In der „Roten Fahne" vom 20. November bezeichnete Rosa Luxemburg die Gegenüberstellung von Demokratie und Diktatur als „gegenrevolutionäre Demagogie" und schrieb: „Nicht darum handelt es sich heute, ob Demokratie oder Diktatur. Die von der Geschichte auf die Tagesordnung gestellte Frage lautet: *bürgerliche* Demokratie oder *sozialistische* Demokratie. Denn Diktatur des Proletariats, das ist Demokratie im sozialistischen Sinne. Diktatur des Proletariats, das sind nicht Bomben, Putsche, Krawalle, ‚Anarchie', wie die Agenten des kapitalistischen Profits zielbewußt fälschen, sondern das ist der Gebrauch aller politischen Machtmittel zur Verwirklichung des Sozialismus ..."[205] Karl Liebknecht erläuterte den Arbeitern und Soldaten den konterrevolutionären Charakter der Forderungen nach der Nationalversammlung und wies nach, daß die Absicht der Bourgeoisie dahin gehe, „zu den gesetzlichen Zuständen der früheren ‚Ordnung' zurückzukehren und die Revolution, die das Proletariat

[205] Die Rote Fahne (Berlin), 20. November 1918.

gemacht hat, als einen ungesetzlichen Vorgang, gleichsam als ein geschichtliches Mißverhältnis zu diskreditieren und zu beseitigen"[206].

In seinen Leitsätzen vom 28. November 1918[207] charakterisierte Karl Liebknecht die Revolution in Deutschland als eine „bürgerlich-politische Reformbewegung" und entwickelte ein umfassendes Programm der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben zur Weiterführung der Revolution. Zunächst legte er die Aufgaben dar, die das Proletariat erfüllen mußte, um „den herrschenden Klassen die politische Macht endgültig" zu entwinden. Dabei wies Karl Liebknecht bereits auf die Notwendigkeit des Bündnisses mit den werktätigen Mittelschichten hin. Er forderte, daß die gesamte gesetzgebende, vollziehende und richterliche Gewalt „in den Händen der städtischen und ländlichen Arbeiter einschließlich des nur scheinbar selbständigen kleinen Mittelstandes und der proletarischen Soldaten" liegen müsse. Die Organe dazu waren die Arbeiter- und Soldatenräte, für die Angehörige der herrschenden Klasse weder wahlberechtigt noch wählbar sein dürften. Die Räte müßten von den Massen unter ständiger Kontrolle gehalten werden und seien abzuberufen, wenn sie das Vertrauen der Massen verloren hätten. Alle politischen, militärischen und richterlichen Ämter seien durch Wahlen zu besetzen. Die militärische Befehlsgewalt der Offiziere sei sofort aufzuheben und eine „proletarische demokratische Organisation von Heer und Marine" durchzuführen.

Als wirtschaftliche Hauptaufgabe des Proletariats bezeichneten die Leitsätze die Vergesellschaftung der „Großbetriebe in Rohstoffgewinnung, Industrie, Handel, Verkehr, Bauwesen, Landwirtschaft" und der gesamten Rüstungsindustrie sowie die Entwicklung des Genossenschaftswesens für den Mittelstand in Stadt und Land. Weiter sollten die Kriegsanleihen und sonstigen Staatsschulden ab 5000 Mark annulliert und das Vermögen der Dynastien sofort in den Besitz der Gesellschaft übernommen werden.

Den Weg zur „Eroberung aller dieser Positionen" sahen die Leitsätze in revolutionären Massenaktionen, die jedoch voraussetzten, daß „die Masse des Proletariats Ziel und Weg klar erkennt und von Opfer- und Tatbereitschaft erfüllt ist". Daher forderte Karl Liebknecht die Verstärkung der revolutionären Propaganda, die „Aufklärung und Revolutionierung" der von den Fronten kommenden

206 Karl Liebknecht: Was will der Spartakusbund? In: Ausgewählte Reden, Briefe und Aufsätze, S. 508.

207 Dokument Nr. 52.

Armeen, „die in den Händen der verbrecherischen Offiziere eine ungeheure Bedrohung der Revolution bilden". Vorbedingung für die Abwehr der gegenrevolutionären Machenschaften sei die Bewaffnung des revolutionären Proletariats, die Bildung von Arbeitermilizen und Roten Garden. Eine „tief einschneidende soziale Gesetzgebung, eine grundlegende Umgestaltung des Wohnungs-, Gesundheits-, Erziehungs- und Bildungswesens" sollten der Arbeiterklasse die endgültige Eroberung der sozialen Machtstellungen ermöglichen.

Die Voraussetzung für die Lösung aller dieser Aufgaben sei die Vereinigung der revolutionären Kräfte des Proletariats, die jedoch keine „Scheineinigkeit innerlich verschiedenartiger, in Ziel und Weg abweichender Elemente" sein dürfe. „Durch Klarheit und innere Übereinstimmung zur Einigkeit. Unmöglich ist ein Zusammenarbeiten mit den Regierungssozialisten." Die deutsche Arbeiterklasse könne ihre große soziale und nationale Aufgabe nur erfüllen auf dem Boden des proletarischen Internationalismus, in solidarischer Verbundenheit mit den „revolutionären Massen der französischen, englischen, italienischen, amerikanischen Arbeiter" und den schon „hilfsbereit stehenden russischen Brüdern".[208]

Die Leitsätze Karl Liebknechts waren ein hervorragendes Dokument, eine programmatische Grundlage für die Klärung der wesentlichen Fragen des Staates und der Revolution in den Reihen der marxistischen Vorhut der Arbeiterklasse und für die Abgrenzung von den kleinbürgerlichen, zentristischen Positionen der Führung der USPD. Die Leitsätze wiesen den Weg zum Sieg der Revolution, zur Lösung der nationalen Lebensfragen des deutschen Volkes, zur Errichtung eines friedliebenden, demokratischen und sozialistischen Deutschlands.

In zahlreichen Städten folgten die Räte der revolutionären Linie des Spartakusbundes und der anderen linken Gruppen. In Bremen erklärte sich die Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte am 19. November gegen die Nationalversammlung und für die Einberufung eines Kongresses von Vertretern der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte. Der Oberste Soldatenrat und der Arbeiterrat in Kiel forderten am 21. November: „Die Banken und die Großbetriebe der Industrie sowie der Großgrundbesitz sind sofort als Nationaleigentum zu erklären", um eine sichere Grundlage für „den Übergang zur sozia-

208 Karl Liebknecht: Reden und Aufsätze. Hrsg. von Julian Gumperz, Hamburg 1921, S. 322–326.

listischen Republik" zu haben und „ein für allemal die Möglichkeit eines... Massenmordens aus der Welt" zu schaffen.[209] Gegen die Nationalversammlung und für die Rätemacht sprachen sich der Arbeiter- und Soldatenrat sowie die Landesregierung in Braunschweig, die Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte der Kreishauptmannschaft Leipzig, die Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte des Ruhrgebietes, der Soldatenrat des 64. Infanterieregiments und andere aus.

In Massenversammlungen und auf Kundgebungen in allen Teilen Deutschlands bekannten sich viele Arbeiter und Soldaten zur Macht der Räte und gegen eine Nationalversammlung. In Berlin fanden am 21. November fünf Massenversammlungen des Spartakusbundes statt, in denen Paul Levi, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Wilhelm Pieck sprachen. Die Versammlungsteilnehmer stimmten der Weiterführung der Revolution und der Festigung der Räte zu und demonstrierten anschließend im Zentrum Berlins. Am 27. November sprachen sich in Bremen die Teilnehmer an fünf öffentlichen Versammlungen der Linksradikalen gegen die Einberufung einer Nationalversammlung aus und forderten die „Bewaffnung der gesamten industriellen Arbeiterschaft" und „die sofortige Rückkehr der Russischen Botschaft"[210]. Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, traten am 29. November 20 000 Arbeiter der Bremer Werften und Betriebe in den Streik und demonstrierten vor dem Tagungslokal des Arbeiter- und Soldatenrates. In Berlin wurden am 1. Dezember in sechs Massenversammlungen des Spartakusbundes Entschließungen angenommen, die die Nationalversammlung als ein Mittel der Gegenrevolution ablehnten und die Übergabe der gesamten Macht an die Arbeiter- und Soldatenräte forderten. Am 2. Dezember sprach Karl Liebknecht vor 10 000 Arbeitern und Angestellten der deutschen Waffen- und Munitionsfabriken über die Ziele und Aufgaben der Revolution. Die Versammlung forderte den Rücktritt Friedrich Eberts, Philipp Scheidemanns und anderer Mitglieder der Regierung, „da sie das Vertrauen des Proletariats verwirkt respektive nie besessen haben"[211]. Auch in den Städten des rheinisch-westfälischen Industriegebiets – in Barmen, Düsseldorf, Elberfeld, Solingen und anderen – führten der Spartakusbund und die linken Kräfte der USPD Ende

209 Dokumente und Materialien . . ., Reihe II, Bd. 2, S. 445/446.

210 Ebenda, S. 492.

211 Ebenda, S. 531.

November/Anfang Dezember öffentliche Versammlungen für die Rätemacht durch. Einen großen Erfolg erreichte die Spartakusbewegung in Essen, wo Eugen Levinć im Saalbau vor mehr als 6000 Werktätigen sprach.

Zu den aktivsten Kräften der revolutionären Bewegung zählte die proletarische Jugend, die mit Begeisterung an der Seite des Spartakusbundes kämpfte. Die Freie Sozialistische Jugend Deutschlands erklärte sich für die sozialistische Republik und erhob im Interesse der ganzen arbeitenden Jugend unter anderen folgende Forderungen:

- Mitbestimmung der Jugend an der Verwaltung des Staates;
- Wahlrecht zu allen gesetzgebenden Körperschaften vom 18. Lebensjahr an für beide Geschlechter;
- völlige Lern-, Lehrmittel- und Bildungsfreiheit;
- Schaffung eines fortschrittlichen Lehrlingsgesetzes unter Mitbestimmung der Jugend, Beseitigung der alten Lehrverträge, des Lehrgeldes und des Züchtigungsrechtes;
- sechsstündiger Maximalarbeitstag für Jugendliche und Festlegung eines einheitlichen Mindestwochenlohnes;
- Verbot der Nacht- und der Sonntagsarbeit für Jugendliche;
- vier Wochen Urlaub bei voller Bezahlung;
- Schaffung eines Jugendgesetzes unter Mitwirkung von Vertretern der Jugend.

Tausende von Jugendlichen nahmen an den öffentlichen Versammlungen der Freien Sozialistischen Jugend teil, auf denen die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Forderungen zur Beseitigung der elenden Lage der arbeitenden Jugend im Mittelpunkt standen. Am 17. November stimmte auch eine Versammlung der sozialdemokratischen Arbeiterjugend in Berlin dem Programm der Freien Sozialistischen Jugend zu, das deren Vertreter dort erläuterten. In einer Jugendversammlung am 24. November rief Karl Liebknecht die Jugendlichen auf, die revolutionäre Erhebung, an der sie mitgewirkt hatten, fortführen zu helfen bis zur Errichtung der sozialistischen Ordnung und der Vergesellschaftung der industriellen Großbetriebe und des Großgrundbesitzes. Auch in den Betrieben führte die Freie Sozialistische Jugend Versammlungen jugendlicher Arbeiterinnen und Arbeiter und der Lehrlinge durch und nahm sich ihrer Forderungen an. Es wurden zahlreiche Betriebsausschüsse der Jugendlichen gebildet, die deren Interessen in den Arbeiterräten und gegenüber den Unternehmern vertraten.

Am 27. November 1918 erschien zum ersten Mal die revolutionäre Zeitung der deutschen Arbeiterjugend „Die junge Garde". Sie veröffentlichte am 11. Dezember die Leitsätze und den Aufruf an die Arbeiterjugend zur Weiterführung der Revolution. Die Leitsätze der Freien Sozialistischen Jugend bezeichneten die „klassenlose sozialistische Republik" als das Endziel des Kampfes der proletarischen Jugend. Sie wandten sich gegen die Einberufung einer Nationalversammlung und forderten, „daß die gesamte Gewalt allein in die Hände der revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte gelegt wird". Die Freie Sozialistische Jugend trat für die sofortige Verbindung mit Sowjetrußland ein und erklärte sich bereit, „der proletarischen Revolution durch Bildung Roter Garden zum Siege zu verhelfen".[212]

In den oberschlesischen und den rheinisch-westfälischen Bergbaugebieten sowie im Berliner Raum entwickelte sich seit Mitte November eine große Streikbewegung. Ermutigt durch die konterrevolutionäre Politik der Regierung Ebert-Haase und das Bündnis mit den reformistischen Gewerkschaftsführern, setzten die Monopolherren den Forderungen der Arbeiter verstärkten Widerstand entgegen und versuchten, einige der Rechte und Verbesserungen, die in den ersten Tagen der Revolution erzwungen worden waren, wieder abzubauen. Dagegen griffen die Arbeiter zur Waffe des Streiks.

In Oberschlesien begannen die ersten Streiks am 14. November. Sie dehnten sich in kurzer Zeit zu einem allgemeinen Bergarbeiterstreik aus, der vom 21. November bis zum 2. Dezember dauerte und an dem etwa 30 000 deutsche und polnische Arbeiter teilnahmen. Am 19. Dezember brach erneut ein Bergarbeiterstreik im Rybniker Revier aus, und am 22. und 23. Dezember kam es zu einem allgemeinen Straßenbahnerstreik in Oberschlesien. Diese Kämpfe wurden angesichts der besonders scharfen Ausbeutung und des niedrigen Lebensstandards der Arbeiter in diesen Gebieten in erster Linie um die Verbesserung der materiellen Lage geführt. Doch setzten die Arbeiterräte auf vielen Gruben auch reaktionäre Beamte ab und ergriffen Maßnahmen zur Erleichterung der Arbeitsbedingungen.

Im Ruhrgebiet traten die Bergarbeiter vieler Zechen gegen den Willen der reformistischen Führer des Bergarbeiterverbandes am 18. November in den Streik. Auch hier breitete sich die Streikbewegung schnell aus und griff Anfang Dezember auf die Zechen in Essen, Hamborn, Mülheim, Oberhausen und anderen Orten über.

[212] Die junge Garde (Berlin), 11. Dezember 1918.

Ende Dezember standen etwa 42 000 Ruhrbergarbeiter im Streik. Sie forderten zunächst die Erhöhung der Löhne, die Verkürzung der Arbeitszeit und die Absetzung reaktionärer und besonders verhaßter Betriebsleiter und Steiger. Anfang Dezember aber nahm die Streikbewegung mit den stärker hervortretenden Bestrebungen nach Produktionskontrolle und „Sozialisierung" des Bergbaus mehr und mehr politischen Charakter an. Durch Demonstrationen versuchten die Bergarbeiter ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Dabei kam es häufig zu Zusammenstößen mit Zechen- und Sicherheitswehren, wobei am 17. Dezember in Gladbeck drei Arbeiter getötet und vier verwundet wurden.

In Berlin entzündeten sich die Auseinandersetzungen, als die Monopolherren Ende November unter Mithilfe der rechten Gewerkschaftsführer zum Angriff auf die Rechte der Arbeiter übergingen. Unter Berufung auf das Arbeitsgemeinschaftsabkommen versuchten die Unternehmer die Zugeständnisse aus den ersten Tagen der Revolution zurückzuziehen und vor allem die in den Betrieben gewählten revolutionären Arbeiterräte auszuschalten. Im Kampf um die Rechte der Arbeiterräte entwickelte sich in Berlin eine große Streikbewegung. Sie begann am 22. November, als 3000 Arbeiter der Daimler-Motoren-Gesellschaft in Marienfelde die Arbeit niederlegten. In wenigen Tagen breitete sich die Bewegung auf weitere Betriebe aus. Bis Mitte Dezember kam es zu etwa 15 größeren Streiks, darunter bei der Fritz-Werner-AG Marienfelde, in den Siemenswerken, bei den Berliner Formern und Gießereiarbeitern, bei Siemens-Schuckert, im Warenhauskonzern Wertheim, bei dem technischen Personal der Verlage Mosse, Scherl und Ullstein sowie in der AEG Hennigsdorf.

Die Streikkämpfe der Monate November/Dezember 1918 leiteten einen weiteren Aufschwung der Massenbewegung ein. Sie verliefen jedoch infolge der organisatorischen Schwäche der revolutionären Kräfte spontan, uneinheitlich und ohne zentrale Führung. Neben der Gewerkschaftsbürokratie traten selbst linke Vertreter der USPD wie Emil Barth und Richard Müller gegen die Streikbewegung auf. Trotzdem wuchs sie zu den gewaltigen Massenstreiks an, die sich seit Mitte Januar 1919 in fast allen Teilen Deutschlands entwickelten. Im Kampf gegen die konterrevolutionären Bestrebungen sammelten sich die revolutionären Kräfte unter Führung des Spartakusbundes und der anderen linken Gruppen.

Die Konterrevolution aber war bereits Ende November/Anfang Dezember 1918 vorbereitet und entschlossen, den Angriff auf die Räte und die Revolution zu eröffnen. Unter dem Deckmantel der Hetze gegen den Spartakusbund, den sie des Terrors und der Vorbereitung des Bürgerkrieges beschuldigte, organisierte die Konterrevolution reaktionäre militärische Bürgerkriegsverbände wie Einwohner-, Bürger- und Studentenwehren, Offiziers- und Unteroffiziersvereinigungen. Mitte November begann der sozialdemokratische Stadtkommandant von Berlin, Otto Wels, mit der Aufstellung einer Republikanischen Soldatenwehr, die, von aktiven Offizieren und Unteroffizieren kommandiert, eine zuverlässige Schutztruppe der Regierung gegen die revolutionären Arbeiter werden sollte. Am 1. Dezember wurden das Generalsekretariat zum Studium und zur Bekämpfung des Bolschewismus und die Antibolschewistische Liga gegründet. Die führenden Konzernherren Deutschlands stellten diesen konterrevolutionären Hetz- und Terrororganisationen Anfang Januar 1919 500 Millionen Mark zur Verfügung[213], die Hugo Stinnes als „eine Versicherungsprämie" gegen die Gefahr der Revolution bezeichnete.[214] Mit diesen gewaltigen Mitteln wurden die reaktionären Verbände, die Werbebüros der Freikorps und die sogenannten Selbstschutzorganisationen finanziert. Eine große antibolschewistische Propagandawelle wurde eingeleitet. An Häuserwänden und Litfaßsäulen erschienen Hetzplakate mit Schlagzeilen wie „Spartakus bringt Hunger und Bürgerkrieg", „Liebknecht will neuen Krieg".

Zu offenen konterrevolutionären Demonstrationen kam es bei der Rückkehr der Armeen von der Westfront, die zum großen Teil mit klingendem Spiel, mit schwarzweißroten, preußischen und Regimentsfahnen in großer Parade in ihre Standorte einzogen. Die Erwartungen der Regierung und der Generalität, mit Hilfe dieser Truppen gegen die Arbeiter- und Soldatenräte vorgehen zu können, erfüllten sich jedoch nicht. In der revolutionären Atmosphäre der Heimat entglitten die Mannschaften schnell dem Einfluß der Offiziere, die Einheiten lösten sich auf. Es erwies sich, daß geschlossene Truppenteile der alten Armee nicht gegen die Revolution eingesetzt werden konnten. Einzelne Einheiten, die aufgehetzt noch ihren reaktionären Offizieren folgten, wurden von revolutionären Arbeitern und Soldaten zurückgeschlagen und entwaffnet. Der Spartakusbund alarmierte die werktätigen Massen

213 Dokument Nr. 76.

214 Eduard Stadtler: Als Antibolschewist 1918/19, Düsseldorf 1935, S. 46/47.

gegen die konterrevolutionären Anschläge, rief zum Kampf für die restlose Vernichtung des Militarismus auf und forderte:

die Wiederaufhebung der Kommandogewalt der Offiziere und die Einführung einer demokratischen Heeresorganisation;

die Bewaffnung der Arbeiter und der proletarischen Soldaten und die Entwaffnung der reaktionären Kräfte;

die Entfernung und Festnahme Hindenburgs und aller gegenrevolutionären Offiziere sowie die Verlegung des Großen Hauptquartiers in das revolutionäre Berlin.

Unter dem Druck der Massenproteste war die Regierung Ebert-Haase gezwungen, von dem übereilten Vorgehen einiger Generale abzurücken. Die Oberste Heeresleitung mußte am 29. November jedes Eingreifen in die Befugnisse der Arbeiter- und Soldatenräte untersagen und das Verbot roter Fahnen in den Truppenteilen des Feldheeres aufheben.

Am 6. Dezember 1918 versuchte die Konterrevolution mit einem Putsch, der von dem sozialdemokratischen Stadtkommandanten Otto Wels, dem Generalkommando des Gardekorps sowie von Vertretern des Kriegsministeriums und des Auswärtigen Amtes vorbereitet worden war, den ersten militärischen Schlag gegen die revolutionären Kräfte in Berlin zu führen. Von reaktionären Elementen irregeführte bewaffnete Truppen erschienen vor der Reichskanzlei, forderten die sofortige Einberufung der Nationalversammlung und riefen Friedrich Ebert zum Präsidenten der deutschen Republik aus. Gleichzeitig umstellte eine andere Einheit das Gebäude des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte und erklärte diesen für verhaftet. Arbeiter und Soldaten, vor allem Matrosen der Volksmarinedivision, fanden sich bald vor dem Gebäude ein und befreiten den Vollzugsrat wieder. Eine weitere Gruppe bewaffneter Soldaten besetzte die Redaktion und die Druckerei der „Roten Fahne", um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg festzunehmen, die sich jedoch noch nicht in der Redaktion befanden. Es gelang bald, den Soldaten klarzumachen, wofür sie mißbraucht werden sollten, so daß sie wieder abzogen und der Anschlag scheiterte. Aber noch am Abend des 6. Dezember floß Blut in den Straßen Berlins. Eine von konterrevolutionären Offizieren befehligte Einheit schoß in der Chausseestraße in eine Demonstration des Roten Soldatenbundes, wobei 14 Demonstranten getötet und mehr als 30 verwundet wurden. Am 7. Dezember drang erneut eine Gruppe bewaffneter Soldaten in die Redaktion der „Roten Fahne" ein. Sie ver-

hafteten Karl Liebknecht, der jedoch bald wieder durch revolutionäre Arbeiter und Soldaten befreit wurde.

Auch in anderen Teilen Deutschlands fanden um den 6. Dezember konterrevolutionäre Aktionen statt oder wurden im Stadium der Vorbereitung vereitelt. In Essen wurde am 3. Dezember ein Putschversuch aufgedeckt, dessen Organisatoren in der Krupp-Villa Hügel Pläne zur Aushebung des Essener Arbeiter- und Soldatenrates vorbereitet hatten. Am 6. Dezember flog in Hamburg eine konterrevolutionäre Verschwörung auf. Mit Hilfe von Truppen sollten die Arbeiter- und Soldatenräte gestürzt, ihre führenden Vertreter verhaftet und die reaktionäre Herrschaft des alten Senats wieder errichtet werden. In Chemnitz überfielen am 8. Dezember Ulanen den Arbeiter- und Soldatenrat und nahmen fünf seiner Mitglieder, darunter Fritz Heckert, fest. Bewaffnete Arbeiter zogen vor die Ulanenkaserne, erzwangen die Freilassung der Räte und verhafteten die Offiziere, die an dem Anschlag beteiligt waren. In Mülheim verhaftete der Arbeiter- und Soldatenrat am 8. Dezember die Großindustriellen Edmund Stinnes, August und Fritz Thyssen und einige Direktoren der Schwerindustrie des Ruhrgebietes.[215] Sie planten, um der „roten Gefahr" zu entgehen, das ganze rheinisch-westfälische Gebiet durch Truppen der Entente besetzen zu lassen und von Deutschland abzutrennen. Separatistische Kreise der Zentrumspartei hatten bereits am 4. Dezember in einer Versammlung in Köln unter Mitwirkung Konrad Adenauers die Schaffung einer Rheinisch-Westfälischen Republik gefordert. Die monopolkapitalistischen Kriegsverbrecher, die das deutsche Volk bedenkenlos in die Katastrophe gestürzt hatten, scheuten auch vor Separatismus und Landesverrat nicht zurück, um ihre Macht vor der Revolution zu retten. Die Regierung Ebert-Haase aber ließ die festgenommenen Konzernherren, die der Mülheimer Arbeiter- und Soldatenrat ins Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit gebracht hatte, nach viertägiger Haft wieder frei.

Die konterrevolutionären Putschversuche riefen in ganz Deutschland Empörung hervor. In Berlin antworteten die Arbeiter und Soldaten am 7. Dezember mit wuchtigen Protestdemonstrationen und Kundgebungen, auf denen Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck sprachen. Es war die erste große Aktion, zu der der Spartakusbund selbständig aufgerufen hatte. In einer machtvollen Demonstration zogen die Massen zum Gebäude der sowjetischen Botschaft und forderten

[215] Dokument Nr. 53.

deren Rückberufung nach Berlin. Eine Abteilung der Republikanischen Soldatenwehr, die sich dem Zuge entgegenzustellen versuchte, wurde aufgelöst. Am 8. Dezember führte der Spartakusbund erneut eine Massenkundgebung auf den Treptower Wiesen durch, an der etwa 150 000 Arbeiter und Soldaten teilnahmen. Von mehreren Tribünen riefen Hermann Duncker, Hugo Eberlein, Otto Franke, Eugen Levine, Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck die Massen zur Abwehr der Konterrevolution auf. In einem gewaltigen Zuge marschierten die Versammelten zum Stadtinnern und forderten vor dem Reichskanzlerpalais den Rücktritt der Regierung. Vor dem Gebäude der sowjetischen Botschaft kam es erneut zu Sympathiekundgebungen für Sowjetrußland. Auch in anderen Städten gab es Protestaktionen gegen die Konterrevolution. Der Arbeiterrat in Köln wandte sich unter dem Druck der Betriebsbelegschaften am 8. Dezember entschieden gegen die antinationalen reaktionären Bestrebungen, das rheinisch-westfälische Gebiet von Deutschland abzuspalten. Mitte Dezember wurden an Rhein und Ruhr zahlreiche Kundgebungen gegen den Separatismus durchgeführt. Allein in Essen demonstrierten am 15. Dezember etwa 50 000 Arbeiter und Soldaten für eine einheitliche sozialistische deutsche Republik.

Die machtvollen Protestaktionen der Arbeitermassen und der Soldaten brachten die Pläne der Konterrevolution erheblich durcheinander. Die Oberste Heeresleitung hatte inzwischen, wie mit der Regierung vereinbart, neun angeblich zuverlässige Divisionen um Berlin zusammengezogen, die zum Einmarsch bereit waren. Am 8. Dezember richtete Generalfeldmarschall von Hindenburg ein Schreiben an Friedrich Ebert[216], in dem er die Regierung zum Handeln drängte und forderte, die Arbeiter- und Soldatenräte sofort zu beseitigen und die Nationalversammlung noch im Dezember einzuberufen. Die Truppen begannen zwar planmäßig mit voller Bewaffnung und Ausrüstung am 10. Dezember in Berlin einzurücken und wurden auf die Regierung vereidigt, doch wagte diese nach dem Fehlschlag vom 6. Dezember und angesichts der Kampfstimmung der Arbeiter nicht, die Divisionen, wie vorgesehen, gegen die Räte und die revolutionären Kräfte einzusetzen.[217]

Der Spartakusbund rüttelte die Massen zum Kampf gegen die drohende Gefahr der Gegenrevolution auf und entlarvte die Kräfte, die

[216] Dokument Nr. 55.

[217] Dokument Nr. 56.

hinter dem Anschlag vom 6. Dezember standen. Empört über die klassenfeindliche Politik der rechten sozialdemokratischen Führer und deren Paktieren mit den militaristischen Kräften, rief der Spartakusbund zum Sturz der Regierung auf. „Die Rote Fahne" vom 8. Dezember schrieb: „Ein Orkan der Volksempörung im ganzen Reiche muß die Verbrecher hinwegfegen! Es gibt nur eine Parole, einen Ruf, ein Ziel: Fort mit den Ebert-Scheidemann!... Auf die Schanzen, Arbeiter im ganzen Reiche! Es gilt, die Revolution, die Freiheit, den Sozialismus zu retten!"[218] Von tiefer Sorge um das Schicksal der Revolution erfüllt, versuchte die Führung des Spartakusbundes die revolutionäre Entwicklung zu beschleunigen. Doch selbst die Mehrheit der revolutionären Arbeiter und der Funktionäre der USPD erkannte nicht den Ernst der Situation und die Größe der Gefahr für die Revolution. Im Auftrage des Spartakusbundes trat Rosa Luxemburg auf der Außerordentlichen Verbandsgeneralversammlung der USPD von Groß-Berlin am 15. Dezember gegen die Politik der rechten Führer der USPD auf. Sie forderte unter anderem den sofortigen Austritt der Vertreter der USPD aus der Regierung, die Ablehnung der Nationalversammlung, die Übernahme der ganzen Macht durch die Arbeiter- und Soldatenräte und die sofortige Einberufung des Parteitages der USPD. Rosa Luxemburg konnte sich jedoch gegen den Einfluß der zentristischen Führer nicht durchsetzen. Die Generalversammlung stimmte mit 485 gegen 195 Stimmen einer Resolution zu[219], die die Vorbereitung auf die Wahlen zur Nationalversammlung zur wichtigsten politischen Aufgabe der USPD erklärte.

Am Tage zuvor, am 14. Dezember, hatte „Die Rote Fahne" unter dem Titel „Was will der Spartakusbund?" das von Rosa Luxemburg verfaßte Programm des Bundes veröffentlicht. Dieses hervorragende Dokument, das mit den Leitsätzen Karl Liebknechts vom 28. November übereinstimmte, gab eine marxistische Antwort auf die Grundfragen der Revolution und wies den Weg zur Lösung der sozialen und nationalen Lebensfragen des deutschen Volkes. Es bildete die programmatische Grundlage für den Kampf der revolutionären Kräfte und war objektiv ein weiterer wichtiger Schritt zur Schaffung der marxistischen Partei der deutschen Arbeiterklasse. Das Zentralorgan der USPD „Die Freiheit" nahm am 15. Dezember die Veröffentlichung des Programms zum Anlaß, um in die Hetze gegen den Spartakusbund

218 Die Rote Fahne (Berlin), 8. Dezember 1918.

219 Dokument Nr. 58.

einzustimmen. Sie beschuldigte ihn des Hinneigens „zu phantastischen Utopien", der „gefährlichen Neigung zum Blanquismus" und der „zügellosen Agitation".[220] Die mit revolutionären Phrasen verbrämte kleinbürgerliche Politik der zentristischen Führer der USPD verstärkte die Unklarheiten und Illusionen in den Reihen der Arbeiterklasse und ermöglichte der rechten Führung der SPD erst ihr Paktieren mit der Konterrevolution. Die Dezemberereignisse hatten bewiesen, daß die Arbeiterklasse bereit war, die in der Revolution erkämpften Errungenschaften zu verteidigen. Doch zeigte sich zugleich, daß die Mehrheit der Arbeiter die konterrevolutionäre Rolle der rechten Führer der SPD nicht erkannte und ihnen weiterhin folgte.

Im Kampf um die Frage Rätemacht oder Nationalversammlung war nach dem 9. November die breite revolutionäre Massenbewegung zerfallen, die zu Beginn der Revolution im Kampf um den Frieden, gegen den Militarismus und das monarchistische Regime entstanden war. Am Vorabend des ersten Reichskongresses der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, der vom 16. bis zum 21. Dezember in Berlin zusammentrat, hatten sich folgende politische Hauptkräfte herausgebildet:

1. Der Spartakusbund und die anderen linken Gruppen sowie die linken unabhängigen Sozialdemokraten – die Vorhut der Arbeiterklasse, die unter der Losung: „Alle Macht den Räten" für die Durchführung der Grundaufgaben der Revolution mit dem Ziel des Sozialismus kämpfte. Die revolutionären Kräfte, die für die Weiterführung der Revolution eintraten, waren in der Minderheit.

2. Die ihrem Wesen nach bürgerliche Regierung Ebert-Haase, die von der Mehrheit der Arbeiterklasse unterstützt wurde. Sie verhinderte die Lösung der demokratischen Aufgaben der Revolution und kämpfte unter dem Deckmantel sozialistischer Phrasen für die Nationalversammlung und die Liquidierung der Räte und der Revolution.

3. Das Monopolkapital, die Junker und Großgrundbesitzer sowie die gesamte Bourgeoisie, die die Führer der SPD, der Gewerkschaften und die rechten Führer der USPD für die Erhaltung und Sicherung ihrer imperialistischen Klassenherrschaft ausnutzten. Die kleinbürgerlichen Schichten hatten sich infolge der Spaltung der Arbeiterklasse fast völlig wieder der Bourgeoisie untergeordnet. Die deutsche imperialistische Bourgeoisie fand die Unterstützung der imperialistischen Siegermächte, besonders der USA.

220 Die Freiheit (Berlin), 15. Dezember 1918.

4. Die organisierte militärische Konterrevolution, deren Zentrum die Oberste Heeresleitung war. Sie stellte militärische Verbände auf, darunter bereits die ersten Freikorps, um so bald wie möglich mit bewaffneter Gewalt gegen die Revolution vorgehen zu können.

Diese Veränderung des Kräfteverhältnisses spiegelte sich auch in der Zusammensetzung des Reichsrätekongresses wider. Von den 489 stimmberechtigten Delegierten waren mehr als die Hälfte, und zwar 289, Vertreter der SPD. Die USPD hatte 90 Delegierte, darunter zehn Spartakusanhänger, deren bekannteste Fritz Heckert und Eugen Leviné waren. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg hatten kein Mandat zum Kongreß erhalten. Zweimal wurde der Antrag gestellt, sie mit beratender Stimme zuzulassen. Beide Anträge wurden jedoch von der sozialdemokratischen Mehrheit niedergestimmt. Die Führung der SPD verhinderte auch, daß eine Delegation der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Sowjetrußlands am Rätekongreß in Deutschland teilnehmen konnte.

Die Wahlen zum Reichsrätekongreß hatten die Hauptschwäche der revolutionären Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung gezeigt. Der deutschen Arbeiterklasse fehlte die marxistische Kampfpartei, die eine richtige Taktik für den Kampf um die demokratischen Forderungen als Bestandteil des Kampfes um den Sozialismus unter den konkreten Bedingungen Deutschlands hätte ausarbeiten und die Massen bei der Verwirklichung der revolutionären Aufgaben hätte lenken und leiten können. Die Führung des Spartakusbundes erkannte nicht immer klar genug, daß infolge des starken opportunistischen und zentristischen Einflusses zunächst noch um die konsequente Lösung der antiimperialistisch-demokratischen Aufgaben gekämpft und die Linie der Spartakuskonferenz vom Oktober 1918 weiterentwickelt werden mußte. Auch die Leitsätze Karl Liebknechts vom 28. November wiesen diese taktischen Mängel auf. Die politisch-ideologische und organisatorische Kraft und die revolutionären Erfahrungen des Spartakusbundes reichten noch nicht aus, um die Mehrheit in den Räten zu gewinnen.

Die rechten sozialdemokratischen Führer dagegen hatten es verstanden, mit Hilfe des Partei-, Gewerkschafts- und Staatsapparates, der Sozialisierungspropaganda und der Hetze gegen den „Bolschewismus" und den Spartakusbund ihren Einfluß bei den Neuwahlen der Arbeiter- und Soldatenräte und den Wahlen der Delegierten zum Rätekongreß erheblich zu steigern. Dabei konnten sie auch die Tat-

sache ausnutzen, daß es keine einheitliche Wahlordnung gab. Die Arbeiterratswahlen in Dresden wurden zum Beispiel nicht in den Betrieben, sondern in den städtischen Wohnbezirken durchgeführt, wobei alle Einwohner wahlberechtigt waren, deren Einkommen 6000 Mark im Jahr nicht überschritt. Bei diesem Verfahren, das bis auf die Einkommensbeschränkung den bürgerlichen Parlamentswahlen entsprach, gaben die weniger klassenbewußten Teile der Arbeiter und der Angestellten und die Mittelschichten den Ausschlag, so daß die SPD 117 566, die USPD aber lediglich 8440 Stimmen erhielt. Ähnlich gingen die Wahlen in vielen anderen Städten vor sich, darunter auch in Chemnitz, wo für die SPD rund 78 500, für die USPD dagegen nur 6600 Stimmen abgegeben wurden. In Berlin fanden die Wahlen zum Arbeiterrat zwar in den Betrieben statt, doch waren dabei alle Kopf- und Handarbeiter bis auf Millionäre, Grundbesitzer und Pfarrer wahlberechtigt. Dadurch gelangten auch bürgerliche Kräfte in den Groß-Berliner Arbeiterrat, der sieben sozialdemokratische, fünf unabhängige sozialdemokratische und einen bürgerlichen Delegierten zum Rätekongreß wählte. Die Wahlen bei den Soldatenräten verliefen meistens noch günstiger für die SPD, die auf diese Weise die absolute Mehrheit auf dem Reichsrätekongreß erreichte.

Der Spartakusbund lud am 15. Dezember Delegierte der USPD zu einer Beratung ein, um ein einheitliches Vorgehen auf dem Rätekongreß zu vereinbaren. Karl Liebknecht, der die Sitzung leitete, hatte mehrere Anträge formuliert[221], die auf dem Kongreß eingebracht werden sollten, um ihn auf die Hauptaufgaben zu lenken, die zur Sicherung und Weiterführung der Revolution zu lösen waren. In diesen Fragen gab es jedoch mit den zentristischen Funktionären der USPD erhebliche Differenzen grundsätzlicher und taktischer Art, vor allem in der Stellung zur Nationalversammlung, so daß ein gemeinsames Auftreten mit der USPD nicht zu erreichen war. Die revolutionären Kräfte, die Delegierten des Spartakusbundes, des linken Flügels der USPD und einige andere, die in den Grundfragen im wesentlichen zusammengingen, waren jedoch zu schwach, um die Entscheidungen des Kongresses wirksam beeinflussen zu können.

Gemeinsam mit den revolutionären Obleuten rief der Spartakusbund das Berliner Proletariat anläßlich der Eröffnung des Rätekongresses zu einer Massenkundgebung auf. Der Spartakusbund war bestrebt, den Kongreß zur energischen Aufrüttelung der Arbeiter auszu-

[221] Dokument Nr. 60.

nutzen und ihn, nach der in jeder Volksrevolution bewährten Taktik, unter den Druck der Massen zu stellen. Am 16. Dezember demonstrierten 250 000 Berliner Arbeiter und Soldaten vor dem Kongreßgebäude und erhoben folgende Forderungen:

„1. Deutschland einige sozialistische Republik.

2. Die ganze Macht den A.- und S.-Räten.

3. Der vom Zentralrat gewählte Vollzugsrat der A.- und S.-Räte als höchstes Organ der Gesetzgebung und Regierungsgewalt.

4. Beseitigung des Ebertschen Rats der Volksbeauftragten.

5. Sofortige energische Durchführung aller zum Schutze der Revolution erforderlichen Maßnahmen durch den Zentralrat, vor allem: Entwaffnung der Gegenrevolution, Bewaffnung des Proletariats, Bildung der Roten Garde.

6. Sofortiger Aufruf des Zentralrats an die Proletarier aller Länder zur Bildung von A.- und S.-Räten zwecks Durchführung der Aufgaben der sozialistischen Weltrevolution."[222]

Während eine Abordnung den Zutritt zum Kongreßsaal erzwang, um den Delegierten die Forderungen der Berliner Werktätigen vorzulegen, erklärte Karl Liebknecht unter dem begeisterten Beifall der Massen: „Wir verlangen von dem Kongreß, daß er die volle politische Macht zwecks Durchführung des Sozialismus in die Hand nimmt und *die Macht nicht einer Nationalversammlung überträgt*, die nicht ein Organ der Revolution sein würde. Wir fordern von dem Rätekongreß, daß er die Hand zu unseren russischen Brüdern ausstreckt *und die Delegierten der Russen herüberruft*."[223]

Der Kongreß war gezwungen, die Forderungen entgegenzunehmen, jedoch wurde über sie weder verhandelt noch abgestimmt. Mit Hilfe der absoluten Mehrheit konnte die rechte Führung der SPD ihre konterrevolutionäre Politik zur Liquidierung der Revolution durchsetzen.[224] Am 18. Dezember stimmte der Kongreß einem sozialdemokratischen Antrag zu, der „bis zur anderweitigen Regelung durch die Nationalversammlung die gesetzgebende und vollziehende Gewalt" dem Rat der Volksbeauftragten übertrug. Zur „parlamentarischen Überwachung des deutschen und des preußischen Kabinetts" wurde ein Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte bestellt, der nur noch

222 Dokumente und Materialien . . ., Reihe II, Bd. 2, S. 616.

223 Karl Liebknecht: Gegen die Nationalversammlung – Für die Arbeiter- und Soldatenräte. In: Ausgewählte Reden, Briefe und Aufsätze, S. 503/504.

224 Dokument Nr. 61.

das Recht haben sollte, wichtige Gesetzesvorlagen der Regierung zu beraten.[225] In diesen Zentralrat wurden nur Sozialdemokraten gewählt. Die linken Unabhängigen hatten in der Fraktion der USPD durchgesetzt, daß diese sich an einem solchen Organ, das keine wirklichen Rechte mehr hatte, nicht beteiligte.

Mit diesen Beschlüssen, die eine Regelung durch die Nationalversammlung und einen rechtlosen Zentralrat vorsahen, war die Entscheidung über die Hauptfrage, die der Kongreß zu behandeln hatte, Nationalversammlung oder Rätesystem, bereits gefallen. Der rechte Sozialdemokrat Max Cohen, der das Referat zu dieser Frage hielt, sprach sich nachdrücklich für die Nationalversammlung aus und beantragte, die Wahlen auf den 19. Januar 1919 festzusetzen. Das Korreferat zu diesem Tagesordnungspunkt hielt Ernst Däumig, der entschieden für die Rätemacht eintrat und in seinem Antrag forderte, „daß unter allen Umständen an dem *Rätesystem* als Grundlage der Verfassung der sozialistischen Republik *festgehalten* wird, und zwar derart, daß den Räten die höchste gesetzgebende und Vollzugsgewalt zusteht"[226]. Während dieser Antrag mit 344 gegen 98 Stimmen abgelehnt wurde, stimmte der Kongreß den Wahlen zur Nationalversammlung mit großer Mehrheit zu. Gegen den Willen breiter Arbeitermassen gaben die Räte mit diesen Beschlüssen ihre Macht aus den Händen und sprachen sich ihr eigenes Todesurteil.

Nur in der Frage der militärischen Kommandogewalt erlitten die Führung der SPD und die Regierung Ebert-Haase eine ernste Niederlage. Der Kongreß nahm die sogenannten „Hamburger Punkte" an, die „der Zertrümmerung des Militarismus und der Abschaffung des Kadavergehorsams"[227] dienen sollten. Darin war vorgesehen, die oberste Kommandogewalt den Volksbeauftragten unter Kontrolle des Vollzugsrates zu übertragen, alle Rangabzeichen und das außerdienstliche Waffentragen abzuschaffen, die Soldaten ihre Führer selbst wählen zu lassen, das stehende Heer aufzulösen und beschleunigt eine Volkswehr zu errichten. Das Bestreben, den Militarismus zu vernichten, war so allgemein, daß die rechte Führung der SPD auch die sozialdemokratischen Soldatendelegierten nicht hindern konnte, dem Antrag zuzustimmen. Dieser Beschluß, der den offenen Widerstand der

225 Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands vom 16. bis 21. Dezember 1918. Stenographische Berichte, Berlin o. J., S. 88.

226 Ebenda, S. 142.

227 Ebenda, S. 95.



Angehörige der Volksmarinedivision vor dem Brandenburger Tor in Berlin



Angehörige der Volksmarinedivision nach der Abwehr des Angriffs konterrevolutionärer Regierungstruppen, 24. Dezember 1918

POLITISCHE AKTIONS-BIBLIOTHEK
HERAUSGEGEBEN VON FRANZ PFEMFERT

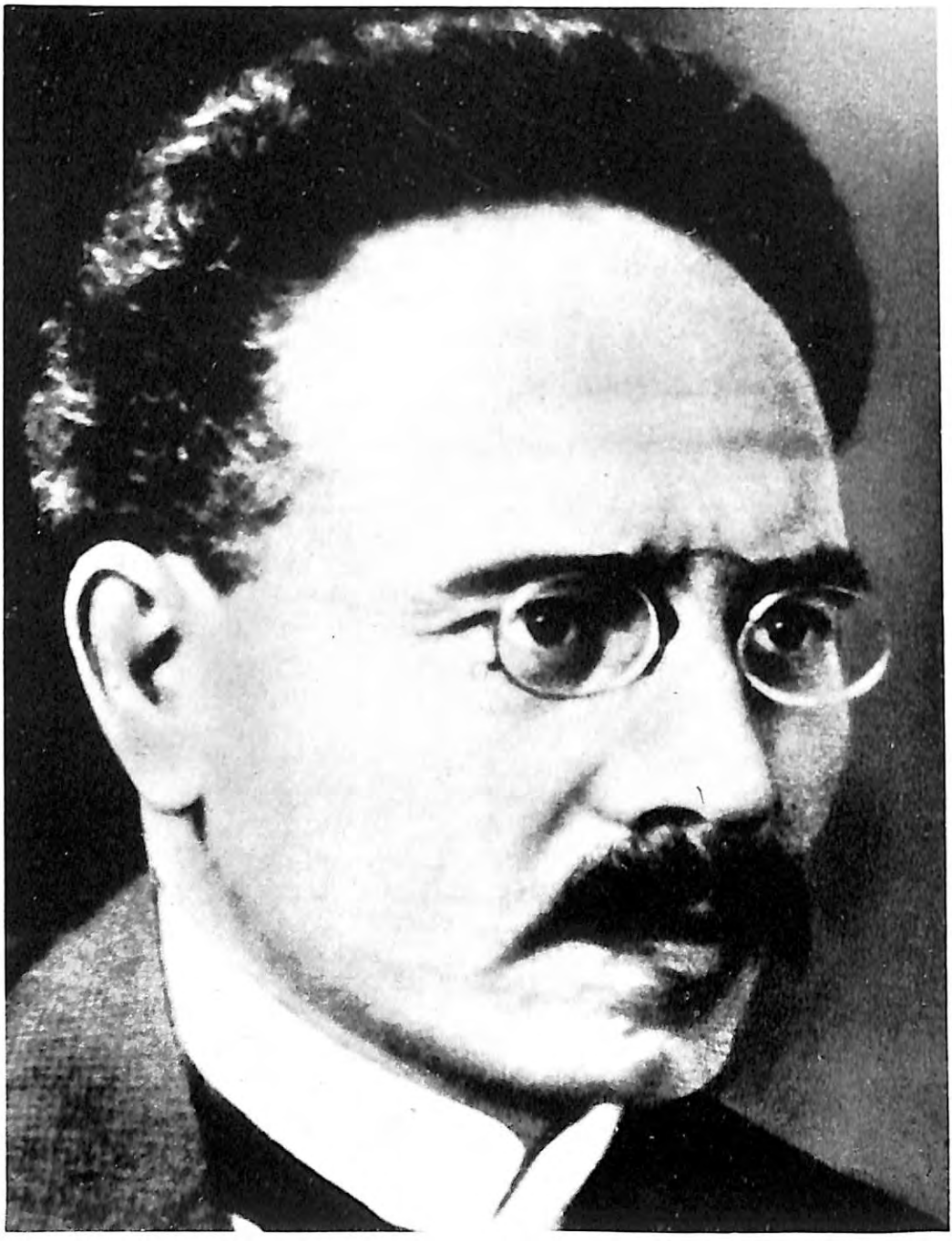
N. LENIN
STAAT UND REVOLUTION

VERLAG DIE AKTION/BERLIN-WILMERSDORF

Die erste Ausgabe von W. I. Lenins „Staat und Revolution" in Deutschland, 1918



Preußisches Abgeordnetenhaus in Berlin.
In diesem Gebäude tagte der Gründungskongreß der KPD.
30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919



Karl Liebknecht

Die Mitglieder der Zentrale der KPD, gewählt auf dem Gründungsparteitag, 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919



Rosa Luxemburg



Hermann Duncker



Käte Duncker



Hugo Eberlein



Paul Frölich



Leo Jogiches

Die Mitglieder der Zentrale der KPD, gewählt auf dem Gründungsparteitag, 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919



Paul Lange



Paul Levi



Ernst Meyer



Wilhelm Pieck



August Thalheimer

Nr. 45 — Jahrgang 1918 Sonntag, 31. Dezember 1918 Preis 10 Pfg.

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)

Schriftleitung: Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Konstituierung der Kommunistischen Partei.

Die Ebert-Regierung für Krieg gegen Polen.

Berlin, 30. Dezember. In der heutigen Sitzung des Vollzugsrats wurde für Soldaten, die sich mit der Absicht, sich Lebensmittel zu verschaffen, nach der Grenzzone begeben, die Todesstrafe angedroht. Ebert-Scheidemann-Landsberg wünschen den Bürgerkrieg, sie wollen ihn, sie provozieren ihn geradezu. Sie wollen ihn, weil sie wissen, daß sie nur durch den Bürgerkrieg, durch die Niederwerfung der Arbeiterschaft, die Macht behalten können. Sie wollen ihn, weil sie wissen, daß sie nur durch den Bürgerkrieg, durch die Niederwerfung der Arbeiterschaft, die Macht behalten können. Sie wollen ihn, weil sie wissen, daß sie nur durch den Bürgerkrieg, durch die Niederwerfung der Arbeiterschaft, die Macht behalten können.

Das Polizeipräsidium und die Besetzung des „Vorwärts".

Der Polizeipräsident erläßt nun folgende Bekanntmachung:

Berlin, 29. Dezember 1918.

In einer bürgerlich-sozialdemokratischen Zeitungsbesprechung hat der Vorsitzende der Zeitungsbesprechung, Herr Ernst Heilmann u. a. gesagt: „Wenn der Polizeipräsident auf unsere Anfrage, wer die Besetzung des „Vorwärts" befohlen habe, antwortete: wir haben den Vorwärts besetzt, so ist das kein Grund, Lärm zu machen." Wir berichtigen dazu der Wahrheit, daß wir bei der Besetzung des Vorwärts durch die Volksmarine-Division ausdrücklich betonten, daß wir nur Ruhe und Ordnung wünschten, daß wir keine Zeitung unterdrücken wollten, daß wir nur verhindern wollten, daß Waffen in das Gebäude hineingebracht würden. Wir haben auch ausdrücklich betont, daß wir nicht wollten, daß Herr Heilmann sich weiter betätigen könnte. Wir haben auch ausdrücklich betont, daß wir nicht wollten, daß Herr Heilmann sich weiter betätigen könnte. Wir haben auch ausdrücklich betont, daß wir nicht wollten, daß Herr Heilmann sich weiter betätigen könnte.

gez. Eichhorn.

Die vollständige Demobilisation.

Braunschweig, 30. Dezember. Das Amtsblatt veröffentlicht ein Gesetz, nach dem mit der sofortigen Auflösung sämtlicher in Braunschweig stehenden militärischen Truppenverbände und Behörden begonnen wurde, endgültig bis zum 1. Januar. Die Macht des bisherigen Herrn ist nun der sozialistischen Republik Braunschweig. Die Verordnungen des 10. Armeekorps sind für Braunschweig nicht maßgebend.

Ein Protest der russischen Partei gegen die Wiederbelebung der zweiten Internationale.

Das Zentralkomitee der russischen Kommunistischen Partei in Petersburg veröffentlicht einen langen Protest gegen den von der englischen Labour Party einberufenen Internationalen Kongreß in Bern. Die Erklärung weist mit Recht darauf hin, daß die Internationale im August 1914 schmählich zu Grunde gegangen ist, als die sie bildenden Parteien sich in Kriegführende und Neutrale spalteten. Jetzt, wo der Imperialismus jeden Deckmantel abgeworfen hat, wo die Bankiers und Kapitalisten der alten Internationale durch die Bajonettherrschaft der bürgerlichen Regierungen absolute Diktatur. Die Zusammensetzung der Arbeiterparteien ist während des Krieges ganz anders als früheren Kongressen. Parteien, die bisher als rein sozialistisch anerkannt waren, werden gezwungen werden, zu Kompromiß und den Verrätern überzugehen, die nationalen Regierungen. Schon begrüßt der „Vorwärts" die Internationale. Schon verbinden sich die Sozialpatrioten der Ententeländer, die während des Krieges Plechanow in vollem Chor haben, mit Scheidemännern. Die russische Partei weist sich daher von dem Kongreß nicht beteiligen. Nur so kommt es darauf an, die wahre Internationale der Klassenkampf Proletarier zu schaffen, die sich Massenaktion, die sein Thema weist ist, sondern tatsächliche Wirklichkeit.

Der Berliner Soldatenrat.

Die ernste Phase der Revolution wird gekennzeichnet durch einen Kampf zwischen dem Vorstand, der in der Leitung der Berliner Soldaten zu den revolutionären Ereignissen eingetreten ist. Der Aufruf vom 9. November war gezeichnet von einer recht heterogenen Mischung von Leuten, die Ruhe, die Disziplin und den Kadavergehorsam. Mit dem Gedanken der Exekution der Garnisonstruppen hat sich der Soldatenrat zum erstenmal bewußt gegen revolutionäre Bestrebungen aufgelehnt. Diese Weigerung, sich an dem Blutvergießen gegen die Massen zu beteiligen, hat den Ausgrenzen der Berliner Arbeiter ermöglicht und damit eine Niederlage der Revolution in Berlin verhindert.

Diese Haltung ist ohne Zweifel, ja über den Kopf des Berliner Soldatenrats erfolgt. Dieser Soldatenrat hat sich in den ersten Wochen nach der Revolution, wohl ohne Absicht seiner Mitglieder, für alle möglichen gegenrevolutionären Zwecke mißbrauchen lassen. Er ist den Einflüssen der gestürzten in Berlin führenden militärischen Kommandostellen und ihrer Helfershelfer, der Rechtssozialisten, erlegen, die es sich angelegen sein ließen, alle revolutionsfeindlichen Bestrebungen mit einem sozialistischen Mäntelchen zu bekleiden. So waren es die Berliner Soldatenräte, die die vom Vollzugsrat beruhigt angenommene Bildung einer roten Garde verhindert haben. Die Haltung jener Vertretungen gegen den Vollzugsrat aufgereizt, daß im Kampfe gegen diesen erschöpft und ihren eigenen Einfluß völlig ausgeschaltet, indem sie der Hetze der Regierung gegen den Vollzugsrat nicht entgegentreten sind. Die Warnungen des Vollzugsrats, ja selbst einzelner Mitglieder des Soldatenrats, daß mit General Lequis die Gegenrevolution heraufbeschworen in Berlin einzieht, hat der Soldatenrat in den Wind geschlagen. Noch dem den Welt verlassenen Putsch vom 6. Dezember blieb der Soldatenrat passiv. Er hatte den Zusammenbruch mit der Revolution völlig verloren. Inzwischen aber waren die Soldatenmassen, durch die Ereignisse schief belehrt, mit ihr schon wieder zusammengewachsen.

Es war der Einzug eben dieser Armee Lequis, des Feldheeres gewaltsamer Aristokratie, des Niederwerfungen der befreiten Garnisonregimenter, des Hetzen gegen den Soldatenrate der einzelnen Truppenteile, was die Soldatenmassen zwang, über den Groß-Berliner Soldatenrat hinweg zur Selbsthilfe zu greifen, sollten nicht alle Errungenschaften der Revolution ihnen verloren gehen und die alte Kommandogewalt weiter bestehen werden. So bildete zur Durchsetzung der Soldatenforderungen sich ganz spontan jene Vereinigung von 21 Garbereggimentern, deren Übertragung in Rätekongreß die Furcht und den Schrecken der Arbeiterschaftsführer erregt, aber im ersten Anlauf nur wenig erreicht hat.

Durch den Weihnachtsputsch nun, die Niederlage der Gegenrevolution, ist eine ganz neue Situation für Berlin eingetreten. Es gilt jetzt, die Revolution mit aller Macht zu sichern, damit noch größere, klarere Kämpfe vermieden werden. Jetzt kommt es vor allem darauf an, daß der Soldatenrat seiner Aufgabe für die nächste Zukunft gewachsen ist. Die hohe und schöne Aufgabe jeder revolutionären Organisation ist es, selbst im scheinbaren Flug der Ereignisse sicherend, von ihrem Richtung und Ziel zu verfolgen, und gleichzeitig durch die bewußte Gestaltung der revolutionären Massenbewegung diese Ziele zur klaren Erkenntnis jedes Einzelnen zu bringen. Dazu ist die Herstellung des engsten Zusammenhanges zwischen Soldatenrat und Truppen erforderlich. Ob dies dadurch geschieht, daß jene Vereinigung der 21 Regimenter nach Beirrin der nach feststehenden sich an Stelle des bisher bestehenden Soldatenrates setzt, oder ob die Soldaten diejenigen der Delegierten, die mit den Grundsätzen nicht übereinstimmen sind, durch andere ersetzen, oder ob irgend ein anderer Weg eingeschlagen wird, ist gleichgültig, wenn nur das Ziel erreicht wird: den Groß-Berliner Soldatenrat als den zentralen Kern der jetzt bei den Berliner Truppen erreichten Höhe des revolutionären Bewußtseins erscheinen zu lassen.

Klar muß dabei durchgesetzt, — und daß es durchgesetzt wird, liegt allein an der Tatkraft der Truppen selbst, — in sind die einzelnen Aufgaben, die sich aus der gegenwärtigen Lage ergeben, leicht zu lösen.

Die wichtigste sofort zu erfüllende Forderung ist Übertragung der ganzen Kommandogewalt für Groß-Berlin auf den Soldatenrat. Der Rätekongreß freilich hat diesen Vorfragen der Soldatenrepräsentation zuvorkommen gewollt. Statt der revolutionären klaren Forderung der Soldaten, ihnen die volle Macht zu geben, hat er nur neue Instanzen, und damit neue Streitigkeiten geschaffen. Und darum sollte der Berliner Soldatenrat sich sich nicht das durchsetzen können, und in anderen Städten schon längst erfolgt ist? Es droht der Hauptsache Soldatenrat nicht hören, auf Befehl des Rats-Generalrats die politische Macht zum Kommandogewalt, die er in seinen Händen hat, abzugeben. In Hamburg in Braunschweig hat der Soldatenrat die Kommandogewalt; in Braunschweig demobilisiert er im Gegensatz zu den übergeordneten Kommandostellen die jüngeren Jahrgänge. In Bremen bildet er zum Schutze der Revolution eine rote Garde.

Mögen Hindenburg-Groener, mag der neue Zentralrat der Scheidemänner in Berlin mit Ebert verhandeln, die Durchführung selbst der beschlossenen Kampfmaßnahmen verhindern: seit dem 24. Dezember ist die Lage geklärt. Der Soldatenrat kann heute, trotz mancher noch vorhandenen Unklarheiten und Schwankungen, wie sie im letzten Beschluß der Republikanischen Soldatenwehr noch zum Ausdruck kommen, geistigt auf das Vertrauen der Truppen, trotz des Rückzugs der Revolution, die Einführung der Kommandogewalt in die Hand nehmen, er hat die Macht, sie zu behaupten. Hindenburg und seine Gefolgschaft werden, tritt der Soldatenrat nur entschlossen auf, kaum Offiziere ohne Soldaten sein.

Besitzt aber der Soldatenrat erst wirklich die Kommandogewalt, so ergibt sich damit von selbst, was zu tun ist: daß die Bestellung des neuen Kommandanten von Berlin an Stelle des Welt nur durch die Macht des Soldatenrates erfolgen kann, heben die Räte bereits beschlossen. Eine Beteiligung der Macht durch das Kriegskommissariat oder andere Instanzen muß abgelehnt werden. Besser freilich wäre es, wenn der Soldatenrat, auf die Ernennung eines Kommandanten verzichtend, einen aus seinen Mitgliedern gewählten Kommission die Kommandantenpflichte übertragen würde. Er würde dann diese Stelle, wie die Ereignisse gezeigt haben, für die Sicherung der Revolution in Berlin äußerst wichtig ist, selbst in der Hand haben. Damit wäre auch äußerlich dokumentiert, daß der Soldatenrat die Kommandogewalt übernommen hat. Zur Ausübung dieser Gewalt gehört weiter die Entwaffnung der Berliner Offiziere, die Durchführung der Demobilisierung in Berlin durch den Soldatenrat, einschließlich der Entwaffnung der gegenrevolutionären Truppen des Generals v. Lequis. Alle Berlin betreffenden Anordnungen des Kriegsministeriums oder des Generalkommandos haben, solange diese überflüssigen Behörden noch bestehen, selbstverständlich nur durch den Soldatenrat und nach seiner Zustimmung ausgeführt werden.

Diese direkte Gewalt in der Hauptstadt ist gleichzeitig die Grundlage für die Bildung des Zentralsoldatenrates, der, nach der Forderung der Soldatendemonstration die Kommandogewalt für das ganze Reich ausüben sollte. Die Marine ist hier mit ihrem Rat Dorrsch hervorragend vorangegangen.

Von der Energie, der Entschlußkraft der Berliner Garde und ihrer gewählten Vertreter allein hängt es ab, ob sie sich in den wirklichen Besitz der Macht setzen. Auf Parteien und Führer kann die Revolution nicht warten, sie muß sich ihr Recht selbst erkämpfen. Eile tut not. Noch ist die Armee Lequis nicht entwaffnet. Der 24. Dezember hat die alte Erfahrung in der Revolution bestätigt, daß allein Mangeln Entschlossen-

Genossen!

Wollt Ihr „Die Rote Fahne" weiterlesen, geht sofort zu Eurem Postamt und erneuert das Abonnement per Januar oder 1. Quartal 1919. Sagt den Beamten bei der Bestellung, „Die Rote Fahne" ist im ersten Nachtrag der Zeitungspreisliste eingetragen.

„Die Rote Fahne."

Bericht über die Gründung der KPD

Obersten Heeresleitung hervorrief, wurde jedoch trotz vieler Forderungen der Soldatenräte niemals verwirklicht.

Zur Irreführung der Arbeiterklasse, vor allem der streikenden Bergarbeiter, ließ die Führung der SPD noch einen Beschluß annehmen, der die Regierung beauftragte, „mit der Sozialisierung aller hierzu reifen Industrien, insbesondere des Bergbaus, unverzüglich zu beginnen"[228].

In zahlreichen Werken der bürgerlichen und vor allem der sozialdemokratischen Geschichtsschreibung über die Novemberrevolution werden die Beschlüsse des Reichsrätekongresses als Beweis dafür ausgegeben, daß die große Mehrheit der Arbeiter- und Soldatenräte die Politik der rechten Führer der SPD billigte und angeblich nur eine bürgerlich-demokratische Republik erstrebte. Während in Rußland die Sowjets 1917 revolutionären Charakter getragen hätten und schließlich zu Organen der „bolschewistischen Diktatur" geworden wären, hätten die Räte in Deutschland, der ganzen Tradition der deutschen Arbeiterbewegung entsprechend, gar keinen anderen als einen reformistischen Charakter haben können.

In Wirklichkeit aber entstanden die Räte in Deutschland ebenso wie in Rußland als Kampforgane der Arbeiterklasse und der übrigen werktätigen Massen im Ringen um Frieden, Demokratie und Sozialismus. Schon in den Aprilstreiks 1917 hatten die deutschen Arbeiter – unter dem Einfluß der Februarrevolution in Rußland – Räte gewählt, die ihre Forderungen vertraten. Im Januarstreik 1918 folgten die deutschen Arbeiter dem Beispiel der Oktoberrevolution und bildeten erneut Arbeiterräte zur Leitung des Kampfes. Ebenso entstanden in den Novembertagen 1918 überall sofort Arbeiter- und Soldatenräte, die sich in ihrer großen Mehrheit zu Trägern der politischen Macht erklärten und ein neues, ein sozialistisches Deutschland schaffen wollten. Auch in Rußland waren die Sowjets zunächst unter den Einfluß der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre geraten. Aber dort gab es eine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, eine Partei neuen Typus, die in fünfzehn Jahren schwersten Ringens gegen den Zarismus große Erfahrungen erworben hatte. Im Kampf um die Beendigung des Krieges, die Aufteilung des Grund und Bodens, die Gleichberechtigung aller Nationen und um den Sozialismus konnten die Bolschewiki unter Führung W. I. Lenins die Mehrheit in den Räten erobern, die nach dem Sturz der Macht der Kapitalisten und der Groß-

228 Ebenda, S. 182.

grundbesitzer zu Organen des neuen proletarischen Staates wurden. In Deutschland aber fehlte der Arbeiterklasse eine erfahrene marxistische Kampfpartei, so daß die rechten Führer der SPD und der USPD ihren Einfluß auf die Räte erhalten und deren Tätigkeit in parlamentarisch-demokratische Bahnen lenken konnten. Die Beschlüsse des Reichsrätekongresses beweisen nur, daß die Mehrheit der Delegierten sich der Tragweite ihrer Entscheidungen nicht bewußt war. In kleinbürgerlichen, reformistischen Illusionen befangen, hielt die Mehrheit des Kongresses eine sozialistische Entwicklung Deutschlands durch Wahlen zur Nationalversammlung für möglich und gesichert. Sie erkannte nicht, daß sie damit die Grundfrage der Revolution – Vernichtung der Macht des Imperialismus und Aufrichtung der Rätemacht oder Aufrechterhaltung der imperialistischen Macht in parlamentarischer Form durch Einberufung der bürgerlichen Nationalversammlung – zugunsten des bürgerlichen Staates entschied.

Der Reichsrätekongreß, der in seinen Beschlüssen das veränderte Kräfteverhältnis der Klassen zum Ausdruck brachte, war der Wendepunkt im Verlaufe der Novemberrevolution. Die antinationale, konterrevolutionäre Politik der rechten Führer der SPD hatte die Macht des deutschen Imperialismus und Militarismus vor dem Ansturm der Volksmassen gerettet.

Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nach dem Reichsrätekongreß trat die Revolution in eine neue Phase ihrer Entwicklung ein. Die Konterrevolution verstärkte den Kampf mit militärischen Mitteln, um die revolutionären Kräfte bis zu den Wahlen zur Nationalversammlung blutig niederzuschlagen. Die Reaktion war bestrebt, durch eine Bürgerkriegsatmosphäre, durch Mord und Terror gegen die Vorhut der Arbeiterklasse Bedingungen für „freie" und „demokratische" Wahlen im Interesse der Bourgeoisie zu schaffen. Die rechten Führer der SPD halfen, die militärische Konterrevolution zu organisieren und die revolutionären Kräfte niederzuwerfen. Der erste Angriff wurde in den Weihnachtstagen in Berlin geführt.

Der Reichsrätekongreß und seine Ergebnisse hatten die Stellung der Regierung Ebert-Haase gestärkt. Gestützt auf die seit dem

10. Dezember bereitstehenden Divisionen, gedachte die Regierung, nun mit den revolutionären Kräften in Berlin schnell aufzuräumen. Auch die Oberste Heeresleitung drängte zum Handeln, denn ihre ausgesuchten, angeblich zuverlässigen Truppen, die in den Vororten Berlins untergebracht waren, begannen sich zu zersetzen und aufzulösen. Unmittelbar nach der Beendigung des Rätekongresses sollte daher ein Schlag gegen die Volksmarinedivision geführt werden, die seit Mitte November im Schloß und im Marstall einquartiert war. Die sozialdemokratische Regierung sah in dieser Truppe ein wesentliches Hindernis für ihre reaktionären Pläne und glaubte, die Volksmarinedivision, deren Stärke schon auf etwa 1800 Mann herabgesetzt worden war, gewaltsam entwaffnen und auflösen zu können.

Den Anlaß zum militärischen Vorgehen lieferte der sozialdemokratische Stadtkommandant Otto Wels. Er ließ den Matrosen die Löhnung sperren und, als sie dagegen protestierten, auf sie schießen, um die „nötigen" Zwischenfälle zu provozieren, die den Einsatz der konterrevolutionären Truppen rechtfertigen sollten. Die Matrosen aber gaben der Regierung nicht die gewünschte Gelegenheit, sondern setzten am 23. Dezember den Stadtkommandanten fest und versuchten, den Konflikt durch Verhandlungen beizulegen. General Wilhelm Groener aber, dem die Niedermetzelung der Berliner Arbeiter und Soldaten nicht schnell genug ging, stellte – nach seinen eigenen Aussagen – Friedrich Ebert noch in der Nacht zur Rede und warf ihm vor, daß er mit seinen Verhandlungen die Truppen verderbe, die „alle Lust" gehabt hätten, „diese Matrosen abzumurksen"[229]. Er forderte für den 24. Dezember den Angriff auf die Volksmarinedivision.

Als am Morgen des 24. Dezember die konterrevolutionären Truppen gegen Schloß und Marstall anrückten, waren von den neun „zuverlässigen" Divisionen nur noch etwa 1800–2000 Mann übriggeblieben. Trotzdem glaubten die Offiziere, mit den Matrosen leicht fertig werden zu können. Im Schloß und im Marstall waren zusammen nur wenig mehr als 100 Mann anwesend, da die dienstfreien Mannschaften – auf die Verhandlungen mit der Regierung vertrauend – sich in ihren Berliner Wohnungen oder auf Weihnachtsurlaub außerhalb Berlins befanden. Obwohl die Regierungstruppen Schloß und Marstall

229 Aus dem Kreuzverhör von General Groener. Aus den Zeugenaussagen und Dokumenten des Münchner Dolchstoßprozesses. In: Hans Herzfeld: Die deutsche Sozialdemokratie und die Auflösung der nationalen Einheitsfront im Weltkriege, S. 387.

mit Artillerie beschossen, kapitulierte die kleine Schar der Matrosen nicht. Sie verteidigte sich heldenhaft und schlug mit ihren Maschinengewehren zwei Stunden lang alle Angriffe der Sturmtrupps zurück. Einer der Matrosen berichtete über diese Kämpfe: „Nach drei Fronten mußten wir uns mit Kugelspritzen gegen Minenwerfer und Flachbahngeschütze verteidigen... Dorrenbach [einer der Führer der Volksmarinedivision] zeichnete sich in vorbildlicher Weise aus, indem er den zaghaften Kameraden neuen Mut zusprach und, als bereits das Tor am Lustgarten... gestürmt war, eigenhändig auf dem Hof ein neues Maschinengewehr in Stellung brachte und so die Entscheidung des Kampfes eine Stunde hinauszögerte."[230]

Inzwischen aber rückten, vom Spartakusbund und den revolutionären Obleuten alarmiert, vom Norden Berlins große Arbeitermassen, darunter viele Frauen und Kinder, heran. Sie durchbrachen an vielen Stellen die Absperrungen, gelangten in den Rücken der Angreifer und forderten sie auf, die Waffen niederzulegen. Ganze Trupps begannen zu meutern, weigerten sich weiterzukämpfen und verjagten ihre Offiziere. Andere Abteilungen wurden von Arbeitern und Matrosen gewaltsam entwaffnet und aufgelöst. Der konterrevolutionäre Anschlag war völlig gescheitert. Die Matrosen hatten 11 Tote zu beklagen, während die Verluste der Regierungstruppen 56 Mann betrugen.

Der konterrevolutionäre Überfall auf die Volksmarinedivision löste in ganz Deutschland große Empörung aus, die sich auch in starkem Maße gegen die Regierung Ebert-Haase richtete. In Berlin kam es in den Weihnachtstagen zu gewaltigen Massendemonstrationen und -kundgebungen, zu denen der Spartakusbund und die revolutionären Obleute aufgerufen hatten. Während der Demonstrationen am 25. Dezember zogen Trupps empörter Arbeiter zum „Vorwärts"-Gebäude und besetzten Redaktion und Druckerei des Zentralorgans der SPD, das besonders gegen die revolutionären Arbeiter und Matrosen gehetzt hatte. Die Zeitung wurde für einen Tag als „Roter Vorwärts" herausgegeben. Auch in anderen Teilen des Landes gab es Kundgebungen, Streiks und andere Aktionen gegen die Konterrevolution und die Regierung Ebert-Haase. Zugleich setzten die ersten Proteste der Arbeiter und der Räte gegen die Beschlüsse des Reichsrätekon-

[230] Kurt Wrobel: Der Sieg der Arbeiter und Matrosen im Dezember 1918 in Berlin. Hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung der SED Groß-Berlin, Berlin 1958, S. 51.

gresses ein, wie in Braunschweig, Bremen, Hamburg und Leipzig.[231] In einigen Städten des Ruhrgebietes, so in Duisburg, Hamborn, Hervest-Dorsten, Ickern und Oberhausen, wurden Anfang Januar die rechten Sozialdemokraten und die Vertreter bürgerlicher Parteien aus den Arbeiter- und Soldatenräten entfernt und neue Räte aus Vertretern der USPD und der KPD gebildet. Im oberschlesischen Industriegebiet, wo die Streikbewegung erneut großen Umfang annahm, gingen konterrevolutionäre Truppen brutal gegen die Arbeiter vor. Ende Dezember und Anfang Januar kam es mehrmals zu bewaffneten Zusammenstößen, die zahlreiche Tote und Verwundete forderten.

Unter dem Eindruck der Massenproteste im ganzen Lande wurden die Forderungen nach dem Ausscheiden der USPD aus der Regierung auch in den eigenen Reihen immer lauter. Doch erst als die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder, die die Vertreter der USPD nur noch als Hindernis für ihre konterrevolutionäre Politik betrachteten, die Auseinandersetzungen so verschärften, daß den Volksbeauftragten der USPD keine andere Wahl mehr blieb, traten Emil Barth, Wilhelm Dittmann und Hugo Haase am 29. Dezember aus der Regierung aus. Das war der völlige Bankrott der Politik der zentristischen Führung der USPD, die in die Regierung gegangen war, um – wie sie erklärte – die revolutionären und sozialistischen Errungenschaften zu befestigen, während sie in der Tat zur Stütze der Gegenrevolution geworden war. Für die ausgeschiedenen Vertreter der USPD traten die Sozialdemokraten Gustav Noske und Rudolf Wissell in das Kabinett ein, das sich nun Reichsregierung nannte und noch entschiedener den konterrevolutionären Kurs steuerte.[232]

In dieser für die geschichtliche Entwicklung Deutschlands entscheidenden Situation entstand in den Kämpfen der Novemberrevolution die Kommunistische Partei Deutschlands. Der Spartakusbund hatte an der Spitze der revolutionären Kräfte einen unbeirrbaren und aufopferungsvollen Kampf geführt, um der Revolution zum Siege zu verhelfen. Aber aller Heroismus der Vorhut der Arbeiterklasse konnte die fehlende revolutionäre Partei nicht ersetzen. Die tiefen Veränderungen, die unter dem Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in der deutschen Arbeiterklasse vor sich gegangen waren, und die Erfahrungen der revolutionären Massenkämpfe in Deutsch-

231 Dokument Nr. 63.

232 Dokument Nr. 64.

land führten den Spartakusbund zu der Erkenntnis, daß die endgültige Trennung von der USPD und die Schaffung einer revolutionären Kampfpartei zur dringendsten Aufgabe geworden war.

Seit der Bildung des Spartakusbundes hatte Leo Jogiches in unermüdlicher Arbeit in allen Bezirken Deutschlands Verbindungen aufgenommen und die Voraussetzungen für eine Reichsorganisation des Spartakusbundes geschaffen. In zahlreichen Städten waren neue Gruppen des Spartakusbundes entstanden, wie in Berlin, wo es gelungen war, in allen Stadtbezirken und in den Vororten Stützpunkte und Gruppen aufzubauen. Neben Berlin war die Spartakusbewegung vor allem in Braunschweig, Chemnitz, Dresden, Frankfurt (Main), Leipzig, Magdeburg, Stuttgart und in Bezirken und Gebieten wie Bayern, Hessen, Niederrhein, Nordwest, Oberschlesien, Ostpreußen, Ruhrgebiet, Thüringen und Wasserkante stärker vertreten.

Obwohl die Forderungen nach Gründung einer eigenen Partei in den Reihen des Spartakusbundes immer mehr hervortraten, versuchten vor allem Leo Jogiches und Rosa Luxemburg noch bis zuletzt, die Einberufung eines Parteitages der USPD durchzusetzen. Sie glaubten, durch eine offene und prinzipielle Auseinandersetzung mit den Halbheiten der USPD die Mehrheit der revolutionären Arbeiter für die Politik des Spartakusbundes gewinnen, die rechten Führer verdrängen und die USPD zur revolutionären Partei der Arbeiterklasse umwandeln zu können. In der „Roten Fahne" vom 29. November schrieb Rosa Luxemburg: „Das deutsche Proletariat braucht heute an seiner Spitze eine sozialistische Partei, die der großen Stunde gewachsen ist. Für eine Partei der Halbheit und Zweideutigkeit ist in der Revolution kein Platz... Die schleunigste Einberufung des Parteitages, der Klärung und Entscheidung bringen wird, ist eine unabweisbare Forderung geworden!"[233]

Aber schon die Außerordentliche Generalversammlung der USPD von Groß-Berlin am 15. Dezember lehrte, daß die Vorstellung, über einen Parteitag der USPD zur revolutionären Partei zu gelangen, unreal war. Nach dem konterrevolutionären Putsch vom 6. Dezember und dem Ausgang des Reichsrätekongresses trat vor allem Karl Liebknecht für eine schnelle organisatorische Trennung von der USPD ein. Am 22. Dezember beschloß die Zentrale, eine Reichskonferenz des Spartakusbundes zum 29. Dezember nach Berlin einzuberufen, die zur Krise in der USPD, zum Programm des Bundes und zur National-

[233] Die Rote Fahne (Berlin), 29. November 1918.

versammlung Stellung nehmen sollte. Nachdem „Die Rote Fahne" am 23. Dezember die Einladung zur Reichskonferenz veröffentlicht hatte, fanden überall in den Gruppen des Spartakusbundes Versammlungen statt, auf denen die Hauptfragen erörtert und die Delegierten gewählt wurden.

Am 29. Dezember traten im Festsaal des Abgeordnetenhauses in Berlin 83 Delegierte aus 46 Orten, drei Vertreter des Roten Soldatenbundes, ein Vertreter der Jugend und 16 Gäste zur Reichskonferenz des Spartakusbundes zusammen. Sie beriet zunächst in nichtöffentlicher Sitzung über die Gründung einer eigenen Partei, die nach kurzer Debatte gegen drei Stimmen beschlossen wurde. Am Nachmittag nahmen die Delegierten an der Beisetzung der in den Weihnachtskämpfen gefallenen 11 Matrosen teil, die sich zu einer machtvollen Kundgebung gegen die Konterrevolution gestaltete.

Am 30. Dezember 1918 konstituierten sich die Delegierten der Reichskonferenz als Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands, der bis zum 1. Januar 1919 in Berlin tagte. An dem Gründungsparteitag nahmen unter anderen folgende Delegierte teil: Karl Becker, Hermann Duncker, Käte Duncker, Hugo Eberlein, Paul Frölich, Fritz Globig, Georg Handke, Fritz Heckert, Leo Jogiches, Karl Klein, Paul Lange, Paul Levi, Max Levien, Eugen Leviné, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Ernst Meyer, Karl Minster, Edwin Morgner, Wilhelm Pieck, Otto Rühle, Felix Schmidt, Karl Schulz, August Thalheimer, Jacob Walcher.

Ernst Meyer eröffnete den Parteitag und begrüßte die Delegierten und die Gäste im Namen der Zentrale. In einem kurzen Rückblick würdigte er die Entwicklung und den Kampf der Spartakusbewegung seit Beginn des ersten Weltkrieges. Es wurde beschlossen, Franz Mehring und Clara Zetkin, den „treuen Beratern und Vorkämpfern des Spartakusbundes", die wegen Erkrankung am Parteitag nicht teilnehmen konnten, Begrüßungstelegramme zu senden.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung, „Die Krisis in der USPD", sprach Karl Liebknecht. In seiner mit stürmischem Beifall aufgenommenen Rede rechnete er grundsätzlich mit dem Zentrismus ab und begründete die Notwendigkeit des vollständigen Bruchs mit der USPD. Er wies nach, daß diese Partei „im Laufe der Zersetzung der alten Sozialdemokratie" als ein „Gelegenheitsprodukt des Krieges" entstanden war und „weder theoretische klare Grundsätze noch ein Aktionsprogramm" besaß. Seit dem Beginn der Revolution und dem

Eintritt in die Regierung hatte sich die Prinzipienlosigkeit der USPD noch gesteigert. Karl Liebknecht charakterisierte die Politik der zentristischen Führer, die der Konterrevolution durch Duldung oder Mitwirkung Vorschub geleistet hatten, als „Hochverrat an der Revolution". „Ein weiteres Verbleiben in der USPD", erklärte er, „wäre Solidarisierung mit der Gegenrevolution. Die Trennung von ihr ist geboten durch die Treue zur Revolution. Keine Solidarität ist mehr möglich mit Haase-Barth-Dittmann. Es muß sofort gehandelt werden. Es gilt heute in aller Öffentlichkeit den Trennungsstrich zu ziehen und uns als neue selbständige Partei zu konstituieren, entschlossen und rücksichtslos, geschlossen und einheitlich im Geist und Willen, mit klarem Programm, Ziele und Mittel zusammengestimmt nach den Interessen der sozialistischen Weltrevolution."[234]

Der Parteitag stimmte dem Referat Karl Liebknechts ohne weitere Diskussion zu und faßte den geschichtlich bedeutungsvollen Beschluß[235] über die Gründung der revolutionären Partei der deutschen Arbeiterklasse: „Unter Lösung seiner organisatorischen Beziehungen zur USPD konstituiert sich der Spartakusbund als selbständige politische Partei unter dem Namen: *Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund).*"[236]

Die linksradikalen Gruppen, die sich auf ihrer Reichskonferenz Mitte Dezember unter dem Namen „Internationale Kommunisten Deutschlands" vereinigt hatten, schlossen sich der Kommunistischen Partei Deutschlands an.[237]

Während des Parteitages verhandelten Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck mit Vertretern der revolutionären Obleute über deren Beitritt zur Kommunistischen Partei.[238] Die Mehrheit der Obleute stand jedoch noch unter zentristischem Einfluß und lehnte den sofortigen Anschluß ab; viele von ihnen kamen erst nach weiteren revolutionären Erfahrungen zur KPD.

Die Entstehung der Kommunistischen Partei Deutschlands war das gesetzmäßige Ergebnis der Entwicklung in der deutschen Arbeiterbewegung. Sie bestätigte die Lehre W. I. Lenins, daß in der Epoche

234 Bericht über den Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919, o. O. o. J., S. 4, 5 u. 6.

235 Dokument Nr. 65.

236 Bericht über den Gründungsparteitag der KPD, S. 8.

237 Dokument Nr. 66.

238 Dokument Nr. 68.

des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus die Herausbildung marxistisch-leninistischer Parteien, Parteien neuen Typus, eine allgemeingültige, objektive Gesetzmäßigkeit in allen Ländern ist.

In Deutschland hatte der Sieg des Opportunismus in der Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg die Arbeiterklasse gespalten, den reaktionären deutschen Imperialismus und Militarismus gestärkt und seine antinationale, aggressive Kriegspolitik begünstigt. Im Kampf gegen diese für die Arbeiterklasse und das ganze deutsche Volk verhängnisvolle Entwicklung sammelten sich die besten revolutionären Kräfte des deutschen Proletariats. Sie formierten sich unter den schwierigen Bedingungen des Klassenkampfes in Deutschland und schufen auf dem Höhepunkt des Ringens um die sozialen und nationalen Lebensinteressen der Arbeiterklasse und des ganzen deutschen Volkes, in der Novemberrevolution, die revolutionäre Partei des deutschen Proletariats. Das war ein langwieriger und komplizierter, jedoch gesetzmäßiger Weg. Die Entwicklung der Linken seit der Jahrhundertwende und der Kampf der Spartakusgruppe während des Weltkrieges hatten die Bildung der Partei objektiv vorbereitet. Die Ablehnung der Kriegskredite durch Karl Liebknecht am 2. Dezember 1914, die Ausarbeitung einer selbständigen politischen Plattform für den Kampf gegen den imperialistischen Krieg und den Sozialchauvinismus, die Gründung der Gruppe Internationale, die Spartakuskonferenz vom Oktober 1918 und die Bildung der Spartakuszentrale nach dem Ausbruch der Novemberrevolution waren wichtige Meilensteine auf diesem Wege.

Die Entstehung der Kommunistischen Partei Deutschlands war die Krönung des heldenhaften Kampfes, den die deutschen Linken und ihre hervorragenden Führer Fritz Heckert, Leo Jogiches, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Wilhelm Pieck, Clara Zetkin und andere gegen Imperialismus, Militarismus und Krieg, gegen Revisionismus und Zentrismus geführt hatten. Die Gründung der KPD entsprach den Bedürfnissen und Interessen der deutschen Arbeiterklasse, der deutschen Nation; denn die Führung der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Massen durch die revolutionäre Partei ist die unabdingbare Voraussetzung für die Lösung der geschichtlichen Aufgaben des Proletariats, für den Sturz der imperialistischen und militaristischen Volksfeinde und für die Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht.

Nach der Konstituierung der Partei begrüßte als Vertreter der

KPR(B) und der Sowjetrepublik Karl Radek den Parteitag. Er hatte der sowjetischen Delegation angehört, die zwar vom Vollzugsrat zum Reichsrätekongreß eingeladen worden war, jedoch von der Regierung Ebert-Haase keine Einreisegenehmigung erhalten hatte. Karl Radek war es gelungen, die Grenze zu überschreiten, so daß er am Gründungsparteitag der KPD teilnehmen konnte. Von den Delegierten begeistert empfangen, umriß er mit packenden Worten den Prozeß der gewaltigen revolutionären Umwälzung in Rußland und charakterisierte die internationale Bedeutung der Oktoberrevolution und der Revolution in Deutschland. Der Parteitag sandte ein Begrüßungstelegramm an die sozialistische Sowjetrepublik, in dem es hieß: „Die Reichskonferenz des Spartakusbundes, die heute die Kommunistische Partei Deutschlands gegründet hat, sendet die aufrichtigsten Grüße der russischen Räterepublik, den russischen Mitkämpfern gegen den gemeinsamen Feind der Unterdrückten aller Länder. Das Bewußtsein, daß bei euch alle Herzen für uns schlagen, gibt uns in unserem Kampfe Kraft und Stärke. Es lebe der Sozialismus! Es lebe die Weltrevolution!“[239]

Im weiteren Verlauf der Tagesordnung behandelte der Parteitag die Stellung zur Nationalversammlung und zu den wirtschaftlichen Kämpfen. Dabei kam es zu größeren Auseinandersetzungen über die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung und über die Arbeit in den Gewerkschaften. Die Führung des Spartakusbundes behandelte diese Fragen vom Gesichtspunkt des Ringens um die Mehrheit der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen und trat für eine Teilnahme an den Wahlen ein. Die meisten Delegierten aber wandten sich gegen jede Wahlbeteiligung, die, wie vor allem Otto Rühle betonte, die Arbeiter nur verwirre und von den dringenden Aufgaben, insbesondere der Stärkung der Arbeiter- und Soldatenräte, ablenke. Sie forderten, den Kampf gegen die Nationalversammlung mit Massenstreiks und anderen Aktionen zu führen. Mit großem Nachdruck wandten sich vor allem Käte Duncker, Fritz Heckert, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gegen diese sektiererische Auffassung. Obwohl auch sie davon ausgingen, daß in naher Zukunft neue revolutionäre Kämpfe um die Macht bevorstünden, vertraten sie jedoch die Meinung, daß die Partei auch den Wahlkampf und die Tribüne der Nationalversammlung zur Aufrüttelung der Arbeiterklasse ausnutzen müsse. Der Parteitag aber lehnte mit 62 gegen 23 Stimmen die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversamm-

[239] Bericht über den Gründungsparteitag der KPD, S. 8.

lung ab. Das war, angesichts der starken parlamentarisch-demokratischen Illusionen in den Reihen der deutschen Arbeiterklasse, ein ernster Fehler.

Die Mehrzahl der Delegierten unterschätzte auch noch die Notwendigkeit einer zielstrebigen Arbeit in den von reformistischen Führern geleiteten Gewerkschaften und neigte der vor allem von Paul Frölich vertretenen sektiererischen Parole „Heraus aus den Gewerkschaften" zu. Führende Spartakusvertreter wandten sich gegen diese Forderung, wobei auch sie die arbeiterfeindliche Politik der rechten Gewerkschaftsführer verurteilten und der Meinung waren, daß die meisten gewerkschaftlichen Aufgaben später von den Räten übernommen werden könnten. Fritz Heckert begründete, daß die Losung „Heraus aus den Gewerkschaften" schädlich wirken und die Arbeit der Partei hemmen müsse. Der Parteitag überwies die Anträge in dieser Frage zur Prüfung und weiteren Bearbeitung an die Programmkommission.

Diese falschen Auffassungen erwuchsen aus den bei vielen Delegierten vorherrschenden Stimmungen revolutionärer Ungeduld. Sie hatten ihre Ursache vor allem in dem Mangel an revolutionärer Erfahrung und an nüchterner, realer Einschätzung des Kräfteverhältnisses der Klassen. Die Mehrheit der Delegierten ging von der zu jener Zeit weit verbreiteten Vorstellung aus, daß es für die Bourgeoisie unmöglich sei, einen Ausweg aus der Kriegsniederlage zu finden, und daß der unvermeidliche Zusammenbruch der imperialistischen Herrschaft nahe bevorstehe. So hatten die linksradikalen Gruppen in der „Grundsätzlichen Erklärung" ihrer Reichskonferenz von Mitte Dezember 1918[240] die „Herbeiführung des Kommunismus" zur unmittelbaren Aufgabe erklärt[241]. Die meisten Delegierten unterschätzten daher die Notwendigkeit demokratischer Forderungen und betrachteten die Wahlen zur Nationalversammlung und die Arbeit in den Gewerkschaften nur als Ablenkung vom Kampf für den Sieg der Revolution. Doch der ganze bisherige Verlauf der Revolution hatte gezeigt, daß die subjektiven Voraussetzungen für einen unmittelbaren Kampf um die Rätemacht, die Diktatur des Proletariats, nicht gegeben waren. Infolge der konterrevolutionären Politik der rechten Führer der SPD und der Gewerkschaften und des dadurch hervorgerufenen tiefen Hasses sowie infolge der ungenügenden Kenntnis der Lehren W. I. Lenins

240 Dokument Nr. 59.

241 Dokumente und Materialien . . ., Reihe II, Bd. 2, S. 610.

verstanden viele Delegierte nicht, daß zunächst der Kampf um die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen für die Verteidigung der Errungenschaften der Novemberrevolution und für die Verwirklichung der noch nicht durchgesetzten antiimperialistisch-demokratischen Forderungen die Hauptaufgabe der revolutionären Kräfte war.

Den Höhepunkt des Gründungsparteitages bildeten die Beratung und der Beschluß über das Programm der Partei, das Rosa Luxemburg in ihrer bedeutungsvollen Rede „Unser Programm und die politische Situation" begründete. Sie ging davon aus, daß durch „große historische Vorgänge", durch die Entwicklung des Kapitalismus, die Ergebnisse des Weltkrieges und die Oktoberrevolution in Rußland, neue geschichtliche Bedingungen entstanden waren, die den Übergang zur Verwirklichung des Sozialismus unmittelbar auf die Tagesordnung gestellt hatten. Deshalb müsse das „sozialistische Programm des Proletariats überhaupt auf eine neue Basis gestellt werden"[242], die deutsche Arbeiterklasse ein den neuen Aufgaben entsprechendes klares marxistisches Programm erhalten. Rosa Luxemburg setzte sich entschieden mit den revisionistischen Entstellungen des Marxismus durch die Führer der SPD und die rechten Führer der USPD auseinander und wies nach, daß das Programm der KPD auf den Lehren Karl Marx' und Friedrich Engels' beruhte und an das Kommunistische Manifest anknüpfte. Unter der begeisterten Zustimmung der Delegierten erklärte sie: „Nun, Parteigenossen, heute erleben wir den Moment, wo wir sagen können: wir sind wieder bei Marx, unter seinem Banner. Wenn wir heute in unserm Programm erklären: die unmittelbare Aufgabe des Proletariats ist keine andere, als – in wenigen Worten zusammengefaßt – den Sozialismus zur Wahrheit und Tat zu machen und den Kapitalismus mit Stumpf und Stiel auszurotten, so stellen wir uns auf den Boden, auf dem Marx und Engels 1848 standen und von dem sie prinzipiell nie abgewichen waren."[243] Das Programm der KPD bildete die Fortsetzung des „Manifestes der Kommunistischen Partei" von 1848, des Eisenacher Programms der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei von 1869 und des Erfurter Programms der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von 1891 unter den neuen weltgeschichtlichen Bedingungen.

Das Programm zog die Lehren aus der deutschen Geschichte, ins-

242 Bericht über den Gründungsparteitag der KPD, S. 19.

243 Ebenda, S. 24/25.

besondere des ersten Weltkrieges, und begründete die Notwendigkeit, den deutschen Imperialismus und Militarismus zu stürzen und den Sozialismus zu errichten. Die Herrschaft „der imperialistischen Bourgeoisie und des Junkertums", hieß es im Programm, „die bürgerliche Klassenherrschaft: das ist der wahre Schuldige des Weltkrieges in Deutschland ..., in Europa wie in Amerika ... Mit dem Ausgang des Weltkrieges hat die bürgerliche Klassenherrschaft ihr Daseinsrecht verwirkt. Sie ist nicht mehr imstande, die Gesellschaft aus dem furchtbaren wirtschaftlichen Zusammenbruch herauszuführen, den die imperialistische Orgie hinterlassen hat... Aus all dieser blutigen Wirrsal und diesem gähnenden Abgrund gibt es keine Hilfe, keine Rettung als im Sozialismus."[244]

Die KPD erkannte, daß Deutschland als imperialistischer Staat keine Perspektive hatte, daß es nur unter Führung der Arbeiterklasse einen wirklichen Ausweg aus der Katastrophe gab. „Nur die Weltrevolution des Proletariats kann in dieses Chaos Ordnung bringen, kann allen Arbeit und Brot verschaffen, kann der gegenseitigen Zerfleischung der Völker ein Ende machen, kann der geschundenen Menschheit Frieden, Freiheit, wahre Kultur bringen."[245]

Den von den rechten Führern der SPD und der USPD verbreiteten reformistischen Vorstellungen vom „demokratischen Sozialismus" stellte die KPD die marxistische Auffassung vom Sozialismus entgegen. Das Programm kennzeichnete das sozialistische Ziel der Arbeiterklasse als eine Gesellschaft, in der die Produktionsmittel in Gemeineigentum überführt, die Lohnarbeit durch die genossenschaftliche Arbeit ersetzt und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt werden. Darin sah die KPD die Voraussetzung für eine wahrhaft demokratische, freiheitliche und menschliche Ordnung, in der die Produktion und die Verteilung der Erzeugnisse im Interesse aller Mitglieder geregelt und jedem Arbeitenden ein menschenwürdiges Dasein gesichert ist. „Erst in einer solchen Gesellschaft sind Völkerhaß, Knechtschaft entwurzelt. Erst wenn eine solche Gesellschaft verwirklicht ist, wird die Erde nicht mehr durch Menschenmord geschändet. Erst dann wird es heißen: *Dieser Krieg ist der letzte gewesen!* Sozialismus ist in dieser Stunde der einzige Rettungsanker der Menschheit."[246] Das Programm der KPD stellte der antinationalen

[244] Ebenda, S. 49/50.
[245] Ebenda, S. 50.
[246] Ebenda.

Kriegs- und Katastrophenpolitik der herrschenden Klasse Deutschlands die nationale Politik des Kampfes für Frieden, Demokratie, Völkerfreundschaft und für die humanistische Gesellschaftsordnung des Sozialismus entgegen.

Ausführlich behandelte das Programm die historische Rolle der Arbeiterklasse und der Volksmassen bei der „Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung", der „gewaltigsten Aufgabe, die je einer Klasse und einer Revolution der Weltgeschichte zugefallen ist. Diese Aufgabe erfordert einen vollständigen Umbau des Staates und eine vollständige Umwälzung in den wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen der Gesellschaft".[247] Während die rechten Führer der SPD und der USPD die Erwartungen der Arbeiterklasse auf die Sozialisierungskommission und die Nationalversammlung ablenkten, erklärte das Programm, daß die sozialistische Umwälzung „nur von der Volksmasse selbst in Angriff genommen und durchgeführt werden"[248] kann. Das Wesen der sozialistischen Gesellschaft besteht gerade darin, „daß die große arbeitende Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein, vielmehr das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst lebt und in bewußter freier Selbstbestimmung lenkt". Dazu müssen von „der obersten Spitze des Staates bis zur kleinsten Gemeinde ... die überkommenen Organe der bürgerlichen Klassenherrschaft" beseitigt und „durch eigene Klassenorgane, die Arbeiter- und Soldatenräte, ersetzt" werden, deren Tätigkeit allein „den Staat mit sozialistischem Geiste erfüllen" kann.[249]

Nachdrücklich betonte das Programm, daß der Sozialismus nur durch die bewußte, ehrliche und gewissenhafte Arbeit der Werktätigen aufgebaut werden kann. „Die Proletariermassen müssen lernen, aus toten Maschinen, die der Kapitalist an den Produktionsprozeß stellt, zu denkenden, freien, selbsttätigen Lenkern dieses Prozesses zu werden. Sie müssen das Verantwortlichkeitsgefühl wirkender Glieder der Allgemeinheit erwerben, die Alleinbesitzerin alles gesellschaftlichen Reichtums ist. Sie müssen Fleiß ohne Unternehmerpeitsche, höchste Leistung ohne kapitalistische Antreiber, Disziplin ohne Joch und Ordnung ohne Herrschaft entfalten. Höchster Idealismus im Interesse der Allgemeinheit, straffste Selbstdisziplin, wahrer Bürgersinn der Massen sind für die sozialistische Gesellschaft die moralische Grundlage, wie

247 Ebenda.
248 Ebenda.
249 Ebenda, S. 51.

Stumpfsinn, Egoismus und Korruption die moralische Grundlage der kapitalistischen Gesellschaft sind.

Alle diese sozialistischen Bürgertugenden, zusammen mit Kenntnissen und Befähigungen zur Leitung der sozialistischen Betriebe, kann die Arbeitermasse nur durch eigene Betätigung, eigene Erfahrung erwerben."[250] Damit wurde der menschenfeindlichen imperialistischen Ordnung das moralische Bild des im Sozialismus von Ausbeutung und Unterdrückung befreiten Menschen entgegengestellt.

Das Programm grenzte sich scharf von den opportunistischen Theorien des sogenannten dritten Weges, des „friedlichen Hineinwachsens" in den Sozialismus, ab und erklärte: „Es ist ein toller Wahn zu glauben, die Kapitalisten würden sich gutwillig dem sozialistischen Verdikt eines Parlaments, einer Nationalversammlung fügen, sie würden ruhig auf den Besitz, den Profit, das Vorrecht der Ausbeutung verzichten. Alle herrschenden Klassen haben um ihre Vorrechte bis zuletzt mit zähester Energie gerungen ... sie haben alle Ströme von Blut vergossen, sie sind über Leichen, Mord und Brand geschritten, sie haben Bürgerkrieg und Landesverrat angestiftet, um ihre Vorrechte und ihre Macht zu verteidigen ...

All dieser Widerstand muß Schritt um Schritt mit eiserner Faust und rücksichtsloser Energie gebrochen werden. Der Gewalt der bürgerlichen Gegenrevolution muß die revolutionäre Gewalt des Proletariats entgegengestellt werden."[251] Dafür muß sich die proletarische Revolution „das nötige Rüstzeug bereiten, sie muß lernen, es zu gebrauchen – zu Kämpfen und Siegen.

Eine solche Ausrüstung der kompakten arbeitenden Volksmasse mit der ganzen politischen Macht für die Aufgaben der Revolution, das ist die Diktatur des Proletariats und deshalb die wahre Demokratie. Nicht wo der Lohnsklave neben dem Kapitalisten, der Landproletarier neben dem Junker in verlogener Gleichheit sitzen, um über ihre Lebensfragen parlamentarisch zu debattieren: dort, wo die millionenköpfige Proletariermasse die ganze Staatsgewalt mit ihrer schwieligen Faust ergreift, um sie wie der Gott Thor seinen Hammer den herrschenden Klassen aufs Haupt zu schmettern: dort allein ist die Demokratie, die kein Volksbetrug ist."[252]

Mit der Gründung der KPD war nun auch in Deutschland eine

250 Ebenda.
251 Ebenda, S. 52/53.
252 Ebenda, S. 53.

Partei entstanden, die – auf den Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels fußend – die Fragen des Staates und der Revolution in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus grundsätzlich richtig beantwortete und sich zur Diktatur des Proletariats bekannte. Die Schaffung der KPD bedeutete ideologisch und organisatorisch den endgültigen Bruch der revolutionären Vorhut der Arbeiterklasse mit dem Rechtsopportunismus und dem Zentrismus. Mit der Gründung der KPD wurde die revolutionäre marxistische Entwicklungslinie in der deutschen Arbeiterbewegung fortgeführt und der Grundstein für die marxistisch-leninistische Partei der deutschen Arbeiterklasse gelegt.

Den grundsätzlichen Darlegungen des Programms folgten die konkreten Forderungen und Aufgaben für die Sicherung und Weiterführung der Revolution. Als sofortige Maßnahmen waren vorgesehen: Entwaffnung der Polizei, der Offiziere und aller Angehörigen der herrschenden Klasse; Beschlagnahme aller Waffen- und Munitionsbestände und der Rüstungsbetriebe; Bewaffnung des Proletariats, Bildung einer Arbeitermiliz und einer Roten Garde; Aufhebung der Kommandogewalt der Offiziere und Unteroffiziere; Ersetzung aller politischen Organe und Behörden des früheren Regimes durch Vertrauensmänner der Arbeiter- und Soldatenräte; Einsetzung eines Revolutionstribunals zur Aburteilung der Hauptschuldigen am Kriege und aller Verschwörer der Gegenrevolution; Beschlagnahme aller Lebensmittel zur Sicherung der Volksernährung.

Auf politischem und sozialem Gebiet forderte das Programm: Abschaffung aller Einzelstaaten und Errichtung einer einheitlichen deutschen sozialistischen Republik; Beseitigung aller Parlamente und Gemeinderäte und Übernahme ihrer Funktionen durch Arbeiter- und Soldatenräte; Neuwahl von Arbeiter- und Soldatenräten in ganz Deutschland und Wahlen von Delegierten für den Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte, der den Vollzugsrat als das oberste Organ der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt zu wählen hat; völlige rechtliche und soziale Gleichstellung der Geschlechter; umfassende soziale Gesetzgebung, Verkürzung der Arbeitszeit, gründliche Umgestaltung des Ernährungs-, Wohnungs- und Erziehungswesens.

Die nächsten wirtschaftlichen Forderungen waren: Einziehung aller Vermögen und Einkünfte der ehemaligen Herrscherhäuser; Annullierung der Staats- und anderer öffentlicher Schulden; Enteignung aller landwirtschaftlichen Groß- und Mittelbetriebe, der Banken, Berg-

werke und Hütten sowie aller Großbetriebe in Industrie und Handel; Übernahme des gesamten öffentlichen Verkehrswesens; Wahl von Betriebsräten, die in allen Betrieben im Einvernehmen mit den Arbeiterräten die Arbeitsverhältnisse zu regeln, die Produktion zu kontrollieren und schließlich die Betriebsleitung zu übernehmen haben; Einsetzung einer zentralen Streikkommission zur einheitlichen Leitung der Streikbewegung im ganzen Lande.

Auf internationalem Gebiet sollten sofort die Verbindungen mit den Bruderparteien des Auslandes aufgenommen werden, „um die sozialistische Revolution auf internationale Basis zu stellen und den Frieden durch die internationale Verbrüderung und revolutionäre Erhebung des Weltproletariats zu gestalten und zu sichern"[253].

Diese Aufgaben lenkten die revolutionären Kräfte der deutschen Arbeiterklasse im wesentlichen richtig auf die Aktivierung, die Stärkung und den Ausbau der Arbeiter- und Soldatenräte, auf die Entwaffnung der konterrevolutionären Kräfte und die Bewaffnung des Proletariats, auf die Säuberung des Staatsapparates und die Zerschlagung des Militarismus sowie auf die Bestrafung der Kriegsschuldigen und die Entmachtung der Monopolherren und der Junker.

In ihrer Rede zum Programm gab Rosa Luxemburg nach einer Einschätzung des Verlaufs der Revolution taktische Hinweise zur Verwirklichung dieser Forderungen. Sie erklärte, daß der Kampf noch nicht unmittelbar um den Sturz der Regierung geführt werden könne. Zunächst komme es darauf an, die Regierung im revolutionären Massenkampf zu unterminieren und jene Illusionen in der Arbeiterklasse zu überwinden, daß mit der Beseitigung der imperialistischen Kriegsregierung und der Übernahme der Ministersessel durch sozialdemokratische Führer der Weg zum Sozialismus geebnet sei. „Wir müssen vorbereiten von unten auf", erklärte Rosa Luxemburg, „den Arbeiter- und Soldatenräten eine solche Macht geben, daß, wenn die Regierung Ebert-Scheidemann ... gestürzt wird, dies dann nur der Schlußakt ist."[254]

Mit großem Nachdruck wies Rosa Luxemburg darauf hin, daß die Revolution bisher nur die Städte erfaßt hatte, während das flache Land so gut wie unberührt geblieben war. „Wenn wir Ernst machen wollen mit einer sozialistischen Umgestaltung", betonte sie, „müssen Sie Ihr Augenmerk ebenso auf das flache Land richten wie auf die Industrie-

253 Ebenda, S. 55.

254 Ebenda, S. 40.

zentren, und hier sind wir leider noch nicht einmal beim Anfang des Anfangs."[255] Sie forderte, schnellstens auch die Landarbeiter und die Kleinbauern in das Rätesystem einzubeziehen. Aber in den Fragen der Bündnispolitik mit der Bauernschaft gab es noch Unklarheiten. So forderte das Programm nicht nur die Enteignung des Großgrundbesitzes, sondern auch der Mittelbetriebe und sah die sofortige „Bildung sozialistischer landwirtschaftlicher Genossenschaften unter einheitlicher zentraler Leitung"[256] vor. Diese Forderungen gingen jedoch zu weit und erschwerten es, die breiten Massen der werktätigen Bauern, die eine Bodenreform erstrebten, für den gemeinsamen Kampf mit der Arbeiterklasse zu gewinnen. Die jahrzehntelange Unterschätzung der Bauernfrage durch die deutsche Arbeiterbewegung konnte auch in der jungen KPD erst allmählich überwunden werden.

Die KPD konnte am Anfang ihres heroischen Weges noch nicht alle Fragen des Kampfes um die Gewinnung der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen richtig beantworten. Es bedurfte noch vieler Erfahrungen, um die Leninsche Strategie und Taktik schöpferisch auf die komplizierten Bedingungen des Klassenkampfes in Deutschland anzuwenden. Doch die Grundanschauungen des vom Gründungsparteitag einstimmig angenommenen Programms haben im Gegensatz zu den Programmen der Sozialdemokratie ihre Wirksamkeit im Leben bewiesen, weil sie von der historischen Mission der Arbeiterklasse ausgingen, auf der Einsicht in die Entwicklungsgesetze der Gesellschaft beruhten und den nationalen Lebensinteressen des deutschen Volkes entsprachen.

Der Parteitag bestätigte die Zentrale in ihrer alten Zusammensetzung und ergänzte sie durch einen Vertreter der bisherigen Gruppe der Internationalen Kommunisten Deutschlands. Die Zentrale der KPD bestand aus folgenden zwölf Mitgliedern: Hermann Duncker, Käte Duncker, Hugo Eberlein, Paul Frölich, Leo Jogiches, Paul Lange, Paul Levi, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Ernst Meyer, Wilhelm Pieck und August Thalheimer.

Vom ersten Tage ihrer Gründung an war die junge Kommunistische Partei Deutschlands fest mit dem Sowjetstaat und seiner ruhmreichen Kommunistischen Partei verbunden und trat für ein enges Bündnis Deutschlands mit Sowjetrußland ein. Ein solches Bündnis lag im Interesse der Nation, weil es dem deutschen Volke die Hilfe des ersten

255 Ebenda, S. 39.

256 Ebenda, S. 55.

sozialistischen Staates gesichert und Deutschland vor dem imperialistischen Diktatfrieden der Ententemächte bewahrt hätte. Der Parteitag brandmarkte die antisowjetische Intervention der Regierung Ebert-Scheidemann in den baltischen Gebieten.[257] Er protestierte entschieden gegen „das Zusammengehen deutscher Truppen mit denen baltischer Barone und englischer Imperialisten", das „einen niederträchtigen Verrat an den russischen Proletariern und an der russischen Revolution"[258] bedeutete. Der Kampf für die Verteidigung der Sowjetmacht war für die KPD stets die erste und vornehmste Pflicht des proletarischen Internationalismus. Die KPD lehrte die deutsche Arbeiterklasse, daß die Solidarität mit dem ersten sozialistischen Staat der Welt die Voraussetzung für den Sieg über Imperialismus und Militarismus im eigenen Lande ist.

Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands war ein wichtiges Ereignis in der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung. Die KPD war die erste kommunistische Partei in einem der größten und höchstentwickelten kapitalistischen Länder der Welt. W. I. Lenin schrieb in seinem „Brief an die Arbeiter Europas und Amerikas": „Als der deutsche ‚Spartakusbund' ... den Namen ‚Kommunistische Partei Deutschlands' annahm, da war die *Gründung* einer wahrhaft proletarischen, wahrhaft internationalistischen, wahrhaft revolutionären III. Internationale, der *Kommunistischen Internationale, Tatsache* geworden."[259] Die Entstehung der revolutionären Partei der Arbeiterklasse in Deutschland, im Herzen Europas, wirkte auch als Beispiel für die revolutionären Kräfte in den anderen kapitalistischen Ländern und beschleunigte die Herausbildung weiterer kommunistischer Parteien, vor allem in Westeuropa.

Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands war ein Wendepunkt in der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung. Mit der Bildung der KPD entstand ein entscheidender Faktor für die geschichtliche Entwicklung der deutschen Nation, die marxistisch-leninistische Partei, die fähig ist, die Arbeiterklasse und das ganze deutsche Volk im Kampf für die Befreiung von imperialistischer Kriegspolitik und kapitalistischer Knechtschaft zu führen. Das vom Gründungsparteitag der KPD angenommene Programm

257 Dokument Nr. 67.

258 Bericht über den Gründungsparteitag der KPD, S. 42.

259 W. I. Lenin: Brief an die Arbeiter Europas und Amerikas. In: Werke, Bd. 28, S. 442.

war das erste Programm der revolutionären Partei der deutschen Arbeiterklasse, das – entsprechend dem Inhalt der neuen Epoche und in Übereinstimmung mit den Lehren der deutschen Geschichte – den Weg zur Überwindung des volksfeindlichen deutschen Imperialismus und Militarismus, zu einem Deutschland wies, dessen Größe auf seinen friedlichen Leistungen auf kulturellem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet beruht.

Die Niederlage der Arbeiterklasse in der Novemberrevolution und ihre Ursachen

Die Gründung der KPD stärkte die revolutionären Kräfte, auch wenn sie den Ausgang der Novemberrevolution nicht mehr zu ändern vermochte. Die Bourgeoisie und die rechten sozialdemokratischen Führer sahen eine große Gefahr in der neuen revolutionären Partei. Sie fürchteten die zunehmende Radikalisierung der Massen, den wachsenden Kampfeswillen der Arbeiterklasse und den sich stärkenden Einfluß der revolutionären Kräfte in den Räten. Deshalb richtete die Konterrevolution ihren Hauptschlag gegen die junge KPD. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schrieb schon am Tage der Gründung der Partei, am 30. Dezember, daß zu ihrer „Niederwerfung Theorien nicht genügen" werden und man bereit sein müsse, den Kommunisten „Gewalt gegenüberzustellen".[260] Die revolutionäre Partei der Arbeiter-

[260] Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin), 30. Dezember 1918.

klasse und ihre Führer sollten mit allen Mitteln bekämpft und vernichtet werden, bevor die KPD erstarken und ihren Einfluß in den Massen ausdehnen und festigen könnte. Die Hetze der Reaktion und der rechten Führer der SPD wurde immer zügelloser. Offen rief die Konterrevolution in der Presse und mit Riesenplakaten an Litfaßsäulen zum Mord auf: „Schlagt ihre Führer tot! Tötet Liebknecht! Dann werdet ihr Frieden, Arbeit und Brot haben."

Die Konterrevolution hatte sich nach dem gescheiterten Überfall auf die Volksmarinedivision auf neue, entscheidende Kämpfe vorbereitet, die sie am 4. Januar mit der Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten, des linken unabhängigen Sozialdemokraten Emil Eichhorn, einleitete. Durch diesen Vorstoß sollten die revolutionären Arbeiter und Soldaten Berlins zu vorzeitigen, unvorbereiteten bewaffneten Kämpfen provoziert werden, um die Vorhut der Arbeiterklasse noch vor den Wahlen blutig niederschlagen zu können. Der rechte Sozialdemokrat Eugen Ernst erklärte am 16. Januar in einem Interview mit ausländischen Journalisten: „Ein Erfolg der Spartakusleute war von vornherein ausgeschlossen, da wir sie durch unsere Vorbereitungen zum früheren Zuschlagen genötigt haben ... als sie es wünschten, und wir waren daher in der Lage, ihnen entgegenzutreten."[261]

Bereits seit Anfang Dezember 1918 hatte die Oberste Heeresleitung mit der Aufstellung von Freiwilligenverbänden begonnen, um wieder zuverlässige Truppen gegen die Revolution einsetzen zu können. Diese sogenannten Freikorps setzten sich in der Hauptsache aus Offizieren und aktiven Unteroffizieren der alten Armee, aus reaktionären Studenten und aus kleinbürgerlichen und lumpenproletarischen Elementen zusammen. Ende Dezember 1918 wurden die ersten dieser Einheiten in Stärke von insgesamt etwa 10 000 Mann unter dem Befehl des Generals Walter Freiherr von Lüttwitz im Süden und Südwesten Berlins zusammengezogen. Diese Vorbereitungen auf den Bürgerkrieg waren mit Friedrich Ebert vereinbart, der bereits am 4. Januar 1919, am Tage der Absetzung Emil Eichhorns, gemeinsam mit Gustav Noske Freikorpsverbände im Lager Zossen besichtigte. An der Vorbereitung der Januarkämpfe war auch die Ende Dezember eingetroffene amerikanische Sondermission beteiligt. Ihr Leiter Ellis Dresel bemühte sich, einigen noch zögernden Politikern klarzumachen, daß „die Abneigung, vor den Wahlen Blut zu vergießen, ein Element der Schwäche sei"[262].

261 Zit. nach: Die Rote Fahne (Berlin), 4. Februar 1919.

262 Papers Relating to the Foreign Relations of the United States 1919, Bd. II, S. 135.

Er berichtete, daß Gustav Noske ihm am 5. Januar erklärte: „Die Regierung bereitet jetzt alles vor, so daß sie einen Schlag führen kann."[263]

Den Oberbefehl über die konterrevolutionären Verbände übertrug die Regierung Anfang Januar 1919 Gustav Noske, der mit den zynischen Worten: „Meinetwegen! Einer muß der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht!"[264] das Amt des Henkers der Revolution übernahm. Die Militaristen und die Regierung hofften, die Mehrheit der Arbeiter über den konterrevolutionären Charakter der Regierungstruppen täuschen zu können, wenn offiziell ein „Arbeiterführer" statt eines kaiserlichen Generals an ihrer Spitze stände. Schon Karl Marx und Friedrich Engels hatten vorausgesehen, daß die Führer der Arbeiterbewegung, die sich auf den Standpunkt der Bourgeoisie begeben, folgerichtig bei der Konterrevolution landen müssen. Voller Ironie hatten sie 1879 geschrieben: „Wenn Berlin wieder einmal so ungebildet sein sollte, einen 18. März zu machen, so müssen die Sozialdemokraten, statt als ‚barrikadensüchtige Lumpe' am Kampf teilzunehmen, vielmehr den ‚Weg der Gesetzlichkeit beschreiten', abwiegeln, die Barrikaden wegräumen und nötigenfalls mit dem herrlichen Kriegsheer gegen die einseitigen, rohen, ungebildeten Massen marschieren."[265] Vierzig Jahre später waren rechte Führer der SPD durch ihre Politik der Unterordnung unter die Interessen der Bourgeoisie so tief hinabgesunken, daß sie auch noch den konterrevolutionären Bürgerkriegsgeneral stellten, um die Revolution im Blut zu ersticken.

Die Absetzung Emil Eichhorns, mit der die sozialdemokratische Regierung zugleich auch das Polizeipräsidium in die Hand bekommen wollte, das in Berlin noch der einzige Stützpunkt war, über den sie nicht uneingeschränkt verfügen konnte, rief unter den Arbeitermassen heftige Empörung hervor.[266] „Die Rote Fahne" vom 5. Januar schrieb: „Der Streich gegen Eichhorn richtet sich nicht gegen seine Person, sondern gegen die Sache der Revolution ... Die Arbeiterschaft kann diese dreiste Provokation nicht ruhig hinnehmen."[267] Die revolutionären Obleute, die Berliner Leitung der USPD und die Zentrale der KPD riefen gemeinsam die werktätigen Massen und die Soldaten zum

263 Ebenda, S. 167.

264 Gustav Noske: Von Kiel bis Kapp, Berlin 1920, S. 68.

265 Karl Marx/Friedrich Engels: Zirkularbrief an Bebel, Liebknecht, Bracke u. a. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 161.

266 Dokument Nr. 69.

267 Die Rote Fahne (Berlin), 5. Januar 1919.

politischen Massenstreik und zu Kundgebungen und Demonstrationen für die Rücknahme der Absetzung Emil Eichhorns, für die Entwaffnung der Konterrevolution und die Bewaffnung der Arbeiter auf.[268] Diese Forderungen entsprachen der gegebenen Situation und waren notwendig, um die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen.

Mehr als hunderttausend Arbeiter und Soldaten folgten dem Aufruf und zogen am 5. Januar in riesigen Marschsäulen unter Losungen wie „Nieder mit Ebert–Scheidemann" zum Polizeipräsidium. An der Spitze marschierten bewaffnete Gruppen des Roten Soldatenbundes und der Großbetriebe. Lastautos, von den Arbeitern der Waffenfabriken mit Maschinengewehren besetzt, sicherten die Demonstration, der sich unterwegs immer neue Züge anschlossen. Bald stauten sich die Menschen vor dem Polizeipräsidium; der Alexanderplatz und die umliegenden Straßen waren gedrängt voll. Vom Balkon des Gebäudes sprachen Ernst Däumig, Emil Eichhorn, Georg Ledebour und Karl Liebknecht zu den Massen, die stürmisch nach Waffen verlangten.

Die Beratung am Abend des 5. Januar, die über weitere Kampfmaßnahmen beschließen sollte, stand ganz unter dem Eindruck der gewaltigen Massendemonstration. Die revolutionären Obleute forderten, nun den Kampf um die Beseitigung der Regierung Ebert–Scheidemann aufzunehmen. Dafür sprachen sich auch die Vertreter der Berliner Leitung der USPD aus. Ein Führer der Volksmarinedivision erklärte in seinem Bericht über die Haltung der Berliner Truppen – der, wie sich später zeigte, jedoch nicht der Wirklichkeit entsprach –, daß sowohl die Matrosen als auch die Soldaten der anderen Einheiten und Truppenteile hinter den revolutionären Obleuten ständen und bereit seien, gegen die Regierung zu kämpfen. Unter diesen Umständen stimmten auch Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck, die als Vertreter der KPD an der Sitzung teilnahmen, der Steigerung der Aktion zu. So wurde in falscher Einschätzung der Lage und des Kräfteverhältnisses beschlossen, die Berliner Arbeiter und Soldaten für den 6. Januar zum bewaffneten Kampf für den Sturz der Regierung Ebert–Scheidemann und für die Eroberung der „Macht des revolutionären Proletariats"[269] aufzurufen.[270] Zur Leitung des Kampfes bildete sich ein Revo-

[268] Dokument Nr. 70.

[269] Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II: 1914–1945, Bd. 3. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1958, S. 11.

[270] Dokument Nr. 71.

lutionsausschuß aus 33 Mitgliedern, dem Vertreter der revolutionären Obleute, der USPD, der Volksmarinedivision, des Zentralrates der Marine, der Eisenbahner, der Berliner Garnison sowie von der KPD Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck angehörten. Der Beschluß, den Kampf um die Macht aufzunehmen, war jedoch ein schwerer Fehler, denn für diese Zielsetzung waren bei dem gegebenen Kräfteverhältnis der Klassen, wie der Reichsrätekongreß deutlich gezeigt hatte, die Voraussetzungen nicht vorhanden.

Außerdem erwies sich der Revolutionsausschuß, in dem die Leitungen der Berliner USPD und der revolutionären Obleute den entscheidenden Einfluß hatten, als unfähig, entschlossen zu handeln und die kampfbereiten Massen zu organisieren und zu führen. So zersplitterten die bewaffneten Arbeiter ihre Kräfte in spontanen Einzelaktionen, wobei häufig Provokateure ihre Hände im Spiel hatten. Noch am Abend und in der Nacht des 5. Januar besetzten Arbeiter und Soldaten im Berliner Zeitungsviertel das „Vorwärts"-Gebäude, die bürgerlichen Zeitungsverlage Büxenstein, Mosse, Scherl und Ullstein und das Wolffsche Telegraphenbüro. Der „Vorwärts" erschien unter neuer Redaktion vom 6. bis 11. Januar als „Organ der revolutionären Arbeiterschaft Groß-Berlins". Eine Anzahl bürgerlicher Zeitungen mußte ihr Erscheinen vorübergehend einstellen.

Am 6. Januar setzte der Generalstreik des Berliner Proletariats mit voller Wucht ein. Fast alle größeren Betriebe lagen still. Berlin erlebte an diesem Tage mit über einer halben Million Teilnehmern eine gewaltige Demonstration. Vergebens aber forderten die KPD und ihre Vertreter im Revolutionsausschuß zielbewußtes, revolutionäres Handeln und klare, schnelle Entschlüsse für die kampfbereiten Arbeitermassen. Der Ausschuß tagte und beriet, aber er handelte nicht. Die Mehrheit seiner Mitglieder schreckte vor den Konsequenzen der eigenen Beschlüsse zurück.

Auf Veranlassung der Kommunisten und einiger revolutionärer Obleute gelang es, aus den staatlichen Depots und Werkstätten in Spandau und Wittenau Waffen nach Berlin zu schaffen. Sie wurden zusammen mit kleineren Beständen der Volksmarinedivision und des Polizeipräsidiums verteilt, so daß etwa 3000 Arbeiter Gewehre erhalten konnten. Trupps bewaffneter Arbeiter und Soldaten besetzten am 6. Januar die Reichsdruckerei, das Proviantamt, die Eisenbahndirektion und das Haupttelegraphenamt. Die Pionierkaserne in der Köpenicker Straße wurde unter Einsatz von Geschützen gestürmt. Da-

gegen gelang es nicht, die Berliner Kommandantur und das Kriegsministerium zu erobern. In den nächsten Tagen wurden auch der Anhalter, der Potsdamer und der Schlesische Bahnhof von revolutionären Arbeitern besetzt. Viele wichtige Positionen und Objekte aber blieben unbeachtet. Infolge der unklaren, schwankenden Haltung des Revolutionsausschusses gelang es auch nicht, die Masse der Soldaten mitzureißen. Die Mehrheit der Truppen der Berliner Garnison, darunter auch die Volksmarinedivision, erklärte sich für neutral und verhielt sich zunächst abwartend.

Die rechten Führer der USPD, die den revolutionären Kampf fürchteten, boten der sozialdemokratischen Regierung bereits am 6. Januar Verhandlungen zur Einstellung des „Blutvergießens" an, denen die Regierung zunächst auch zustimmte. Selbst die Mehrheit der revolutionären Obleute ließ sich täuschen und erklärte sich gegen den Protest Karl Liebknechts und Wilhelm Piecks zu Verhandlungen mit der Regierung bereit, zu deren Sturz sie gerade aufgerufen hatte. Damit trugen die zentristischen Führer der USPD und die revolutionären Obleute Verwirrung und Zweifel in die Reihen der Massen und fielen den kämpfenden Arbeitern in den Rücken. In dieser Situation trat am 8. Januar die Zentrale der KPD zusammen, die in ihrer Mehrheit mit der Zielsetzung des Kampfes, die Regierung zu stürzen, nicht einverstanden war. Angesichts der kapitulantenhaften Haltung des Revolutionsausschusses beschloß sie, ihre Vertreter aus dem Ausschuß abzuberufen. Doch blieben die Kommunisten an der Seite der kämpfenden Arbeiter und unterstützten diese weiterhin mit aller Kraft. Die Zentrale warnte vor dem drohenden Einmarsch der konterrevolutionären Truppen und versuchte, mit den Forderungen nach Bewaffnung der Arbeiterklasse und Entwaffnung der Gegenrevolution dem Kampf der Arbeiter Ziele zu stellen, die dem gegebenen Kräfteverhältnis entsprachen.[271] In einem Schreiben vom 10. Januar teilte die Zentrale den Obleuten und dem Revolutionsausschuß ihren Beschluß mit[272] und erklärte zugleich, daß die Kommunisten „unbeschadet aller Differenzen Schulter an Schulter mit den revolutionären Obleuten kämpfen, wenn immer sie zu einer konsequenten revolutionären Aktion schreiten"[273].

Zur Unterstützung des Berliner Proletariats führten die Arbeiter in vielen Städten – so in Braunschweig, Dortmund, Erfurt, Halle, Ham-

271 Dokument Nr. 73.

272 Dokument Nr. 74.

273 Dokumente und Materialien . . ., Reihe II, Bd. 3, S. 42.

born, Hamburg, Mülheim, Wolfenbüttel, Zwickau – Kundgebungen, Demonstrationen und Streiks durch. In Dresden, München, Nürnberg und Stuttgart kam es zu bewaffneten Zusammenstößen mit reaktionären Truppen, wobei es Tote und Verwundete gab. Die Leipziger Arbeiter entwaffneten am 9. Januar einen Transport von Regierungstruppen, die zum Einsatz gegen die revolutionären Arbeiter und Soldaten in Berlin bestimmt waren. Am selben Tage schlugen bewaffnete Arbeiter in Hagen das Freikorps Lichtschlag in die Flucht, und am 10. Januar befand sich Düsseldorf in der Hand der Arbeiter. In Cuxhaven wurde am 11. Januar eine Räteherrschaft ausgerufen. Im Ruhrgebiet standen Mitte Januar 1919 rund 82 000 Arbeiter im Streik.

Die bedeutendste Aktion unternahmen die revolutionären Kräfte in Bremen. Dort wurde am 10. Januar die Räterepublik errichtet, die bis zu ihrer Niederschlagung durch Regierungstruppen am 4. Februar bestand. Die Bremer Kommunisten hatten, gestützt auf eine Massendemonstration von 30 000 teilweise bewaffneten Arbeitern und Soldaten, die Säuberung des Arbeiter- und Soldatenrates von rechten Sozialdemokraten und bürgerlichen Elementen und die Bildung eines Rates der Volkskommissare durchgesetzt. Dieser Rat, der aus je drei Vertretern der KPD, der USPD und des Soldatenrates bestand, erklärte Bremen zur sozialistischen Republik und beschloß die Verhängung des Standrechtes, die Entwaffnung der Bourgeoisie und eine Vorzensur für die bürgerliche Presse. Es wurden bewaffnete Arbeiterbataillone aufgestellt und die materiellen Lebensbedingungen der Werktätigen verbessert. Noch am 10. Januar rief der Rat der Volkskommissare die Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands zur Unterstützung des Berliner Proletariats und zum Kampf gegen die Bourgeoisie und die mit ihr verbündete Ebert-Regierung auf.[274]

Die Kämpfe, die fast alle Teile Deutschlands erfaßten, verliefen jedoch isoliert voneinander und ohne einheitliche Führung. Es gelang der revolutionären Vorhut nicht, die Mehrheit der Arbeiterklasse in den entscheidenden Industriegebieten mitzureißen.

In Berlin war infolge der kapitulantenhaften Politik der zentristischen Führer die einheitliche Kampffront der Arbeiter zerfallen. Am 8. Januar begann der Angriff der Regierungstruppen.[275] Obwohl die Kommunisten aus dem Revolutionsausschuß ausgetreten waren, ließen sie die revolutionären Arbeiter und Soldaten nicht im Stich, sondern

[274] Dokument Nr. 75.

[275] Dokument Nr. 72.

standen in den Reihen der Vorhut, die heldenhaft gegen die Übermacht der konterrevolutionären Nosketruppen kämpfte. Am 8. Januar stürmten die Freikorpsbanden die Eisenbahndirektion und den Anhalter Bahnhof. Am nächsten Tage kam es zu heftigen Kämpfen am Brandenburger Tor. Die Reichsdruckerei fiel durch Verrat in die Hände der Regierungstruppen. Die Versuche aber, das Zeitungsviertel zu stürmen, wurden nach hartnäckigen Kämpfen unter schweren Verlusten für die Angreifer abgeschlagen. In der Nacht vom 9. zum 10. Januar fiel die Druckerei der „Roten Fahne" in die Hände der Nosketruppen. Am 10. Januar drangen die Freikorpsbanden in Spandau ein. Unter Einsatz von Artillerie wurden die Verteidiger niedergeschlagen. Viele Arbeiter, vor allem Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates, wurden gefangengenommen, mißhandelt und ermordet.

In den Morgenstunden des 11. Januar begann der Sturm der Regierungstruppen auf das „Vorwärts"-Gebäude. Der erste Angriff, der nach einem viertelstündigen Artilleriebeschuß durch Handgranatensturmtrupps eingeleitet wurde, brach im Abwehrfeuer der Verteidiger zusammen. Nun schossen die Noskegarden zwei Stunden lang mit Feldgeschützen und Minenwerfern auf das befestigte Gebäude. Die Beschießung richtete große Verwüstungen an, forderte schwere Opfer unter der Besatzung und zeigte, daß weiterer Widerstand nutzlos war. Teilnehmer berichteten über diese Kämpfe: „Aus sicherer Deckung, für die Verteidiger, die nur über Handfeuerwaffen verfügten, unerreichbar, eröffneten die konterrevolutionären Truppen mit großkalibrigen Geschützen und schweren Minenwerfern das Feuer auf das Gebäude.

Der Artilleriebeschuß, vor allem die Minen, hatten eine verheerende Wirkung. Sie durchschlugen das Gebäude bis zum Keller. Dennoch gelang es den Stoßtrupps nicht, in das Haus einzudringen. Heldenhaften Widerstand leisteten die Verteidiger, unter ihnen Frauen ...

Nach zweistündigem Beschuß war das ‚Vorwärts'-Gebäude zu einer brennenden Ruine geworden und mußte von den Verteidigern aufgegeben werden."[276]

Parlamentäre, die die Besatzung zu Übergabeverhandlungen hinausschickte, wurden bestialisch zugerichtet und ermordet. 300 revolutionäre Arbeiter mußten sich den weißgardistischen Banden ergeben.

276 Heinz Schmidt/Alfred Lösdau: Die Januarkämpfe 1919 in Berlin. Hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung der SED Groß-Berlin, Berlin 1960, S. 30/31.

Sie wurden mit Peitschen und Gewehrkolben schwer mißhandelt; ein Teil von ihnen wurde erschossen.

Auch die übrigen Verlags- und Druckereigebäude im Zeitungsviertel wurden heftig umkämpft. Dort gelang es jedoch den Arbeitern, sich unter Mitnahme der Waffen vom Gegner zu lösen und der Gefangenschaft zu entgehen. Bei den Kämpfen um das Mossehaus war die revolutionäre Jugend besonders tatkräftig beteiligt. Nach der Niederlage der „Vorwärts"-Besatzung mußten sich auch die Arbeiter und Soldaten aus dem Schlesischen Bahnhof zurückziehen, wo sie sich bis zum 11. Januar erfolgreich zur Wehr gesetzt und Militärtransporte über die Stadt- und Fernbahn verhindert hatten. Am selben Tage, am 11. Januar, wurde auch das Büro der Zentrale der KPD von Nosketruppen besetzt und völlig verwüstet.

Die letzten Kämpfe fanden am 12. Januar um das Polizeipräsidium statt, wo sich noch etwa 300 Arbeiter, Matrosen und Soldaten verteidigten. Die Regierung setzte starke Truppeneinheiten und schwere Waffen ein. Der Kommandant und vier seiner Mitkämpfer, die wegen der Übergabe Verhandlungen aufnehmen wollten, wurden gefangengenommen und erschossen. Mit Minen und Granaten wurde das Präsidium sturmreif geschossen und durch schwer bewaffnete Nahkampftrupps, die, gedeckt durch die U-Bahn-Schächte, eindringen konnten, erobert. Die Überlebenden der Besatzung wurden gefangengenommen, mißhandelt und viele von ihnen ermordet.

Berlin wurde völlig von den Nosketruppen besetzt, über die Stadt wurde der Belagerungszustand verhängt.[277] In einem Bericht aus jenen Tagen heißt es: Die Hauptstadt ist „in ein waffenstarrendes Lager verwandelt worden. Nachdem bereits ... das Moabiter Stadtviertel durch schwer bewaffnete Truppen besetzt worden ist, zogen ... erneut 5 Divisionen in Berlin ein. Sie kamen vom Tempelhofer Feld und setzten sich im Innern der Stadt fest. Sämtliche größeren öffentlichen Gebäude sind von Truppenlagern umgeben. Die Truppen kamen mit Artillerie, Tanks, Panzerautomobilen, Flammenwerfern, Minenwerfern und Maschinengewehren an ...

Bereits gegen Mittag waren verschiedene Straßen der Stadt abgesperrt worden. Einige Brücken durften nicht mehr passiert werden. An allen Plätzen sieht man Minenwerfer, Artillerie oder Maschinengewehre aufgestellt."[278]

277 Dokument Nr. 77.

278 Die Freiheit (Berlin), 16. Januar 1919.

In den Proletariervierteln raste der weiße Terror. Die Kommunisten und ihre Führer wurden gejagt. Die konterrevolutionären Truppen verhafteten und mißhandelten Tausende von Arbeitern. Personen, bei denen man Waffen oder die Mitgliedskarte der KPD fand, wurden erschossen. Die Bourgeoisie wütete und forderte Rache an „Spartakus".

Trotz aller Verfolgungen aber erschien, dank dem Heroismus und dem Opfermut der Kommunisten, vor allem Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, auch in diesen schweren Tagen „Die Rote Fahne". Sie veröffentlichte am 15. Januar den flammenden Kampfruf Karl Liebknechts „Trotz alledem!", seine von Siegesgewißheit erfüllten Worte an die deutsche Arbeiterklasse:

„Jawohl! Geschlagen wurden die revolutionären Arbeiter Berlins! Niedergemetzelt an die Hundert ihrer Besten! ...

Aber es gibt Niederlagen, die Siege sind; und Siege, verhängnisvoller als Niederlagen.

Die Besiegten der blutigen Januarwoche, sie haben ruhmvoll bestanden; sie haben um Großes gestritten, ums edelste Ziel der leidenden Menschheit ...

Die Geschlagenen von heute werden die Sieger von morgen sein. Denn die Niederlage ist ihre Lehre ...

Denn Spartakus – das heißt Feuer und Geist, das heißt Seele und Herz, das heißt Wille und Tat der Revolution des Proletariats ... Denn Spartakus, das heißt Sozialismus und Weltrevolution.

Noch ist der Golgathaweg der deutschen Arbeiterklasse nicht beendet – aber der Tag der Erlösung naht ... Himmelhoch schlagen die Wogen der Ereignisse – wir sind es gewohnt, vom Gipfel in die Tiefe geschleudert zu werden. Aber unser Schiff zieht seinen geraden Kurs fest und stolz dahin bis zum Ziel.

Und ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht wird – leben wird unser Programm; es wird die Welt der erlösten Menschheit beherrschen. Trotz alledem!"[279]

Dieser letzte Artikel Karl Liebknechts war gleichsam sein Vermächtnis an die deutsche Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Partei.

Noch am selben Tage, am Abend des 15. Januar 1919, fielen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in ihrem illegalen Quartier in Wilmersdorf den weißgardistischen Truppen in die Hände und wurden

[279] Karl Liebknecht: Trotz alledem! In: Ausgewählte Reden, Briefe und Aufsätze, S. 526, 527 u. 530.

zum Eden-Hotel, dem Stabsquartier der konterrevolutionären Gardekavallerieschützendivision, gebracht. Nach kurzem Verhör wurde Karl Liebknecht in ein Auto gezerrt, mit einem Gewehrkolben niedergeschlagen und in den Tiergarten gefahren, wo ihn die begleitenden Offiziere hinterrücks niederschossen. Kurze Zeit später wurde auch Rosa Luxemburg hinausgeführt, am Hotelausgang niedergeschlagen und in ein bereitstehendes Auto geschleppt, das schnell davonfuhr. Unterwegs schoß man ihr eine Kugel durch den Kopf und warf den Leichnam in den Landwehrkanal. Unter den verlogenen Schlagzeilen „Liebknecht auf der Flucht erschossen! Rosa Luxemburg von der Menge getötet!" berichtete die reaktionäre bürgerliche Presse mit kaum verhohlenem Triumph über die feige Mordtat.

Der Tod Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs war ein schwerer Verlust für die deutsche und die internationale Arbeiterbewegung. Die deutsche Arbeiterklasse und ihre Kommunistische Partei verloren in Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ihre hervorragendsten und erfahrensten Führer.[280] Seit dem Beginn ihrer politischen Tätigkeit gehörten sie zu den entschiedensten revolutionären Kräften der deutschen Arbeiterbewegung. Im Kampf gegen die Kriegs- und Katastrophenpolitik des deutschen Imperialismus und Militarismus wurden sie zu den Führern der deutschen Linken und hielten auch in den härtesten Bewährungsproben dem Marxismus und dem proletarischen Internationalismus die Treue. Standhaft und opferbereit kämpften sie für die Befreiung der Arbeiterklasse und für die glückliche, sozialistische Zukunft des deutschen Volkes. Deshalb galt ihnen der Haß der imperialistischen und militaristischen Reaktion, die sie verleumdete und verfolgte, sie in Gefängnisse und Zuchthäuser warf und sie schließlich bestialisch ermorden ließ. Von allen friedliebenden und fortschrittlichen Menschen aber wurden und werden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg als wahre Helden der deutschen Nation geachtet und verehrt. Sie gehören zu den großen, unvergessenen proletarischen Führern und Freiheitskämpfern, die die deutsche und die internationale Arbeiterbewegung hervorgebracht haben.

Der feige Meuchelmord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg rief tiefe Trauer und zornige Empörung bei der Arbeiterklasse und bei allen fortschrittlichen Kräften in ganz Deutschland hervor. So würdigte der humanistische Schriftsteller Arnold Zweig die ermordeten Führer des revolutionären Proletariats als die „Urheber der deutschen Revolu-

[280] Dokument Nr. 78.

tion, heilige Werkzeuge des Schicksals, Hebel einer neuen Zeit"[281]. In vielen Städten führten die Arbeiter Protestversammlungen, Kundgebungen, Demonstrationen und Streiks durch, in denen sie entschiedenen Kampf gegen die Konterrevolution, Beseitigung der Regierung Ebert-Scheidemann und strenge Bestrafung der Mörder und ihrer Hintermänner forderten. In einer machtvollen Massendemonstration unter Teilnahme von Delegationen revolutionärer Arbeiter aus ganz Deutschland trug das Berliner Proletariat am 25. Januar Karl Liebknecht und 31 der ermordeten Januarkämpfer zu Grabe.

Mit Demonstrationen, in Resolutionen und Telegrammen protestierten auch die Arbeiter zahlreicher Länder Europas gegen den Mord an den Führern der deutschen Arbeiterklasse. Empörung und Zorn rief die feige Mordtat vor allem in Sowjetrußland hervor. Am 19. Januar fanden in Moskau und vielen anderen Städten gewaltige Protestdemonstrationen und Kundgebungen statt, in denen die Arbeiter und die anderen werktätigen Massen ihre Verbundenheit mit dem Kampf des deutschen Proletariats bekundeten. W. I. Lenin schrieb in jenen Tagen: „Man findet keine Worte für die ganze Abscheulichkeit und Niedertracht dieser Henkertaten der Pseudosozialisten ...

Das Blut der Besten der weltumspannenden proletarischen Internationale, der unvergeßlichen Führer der sozialistischen Weltrevolution wird immer neue Arbeitermassen stählen zum Kampf auf Leben und Tod. Und dieser Kampf wird zum Sieg führen."[282]

Die Januarkämpfe hatten mit einer schweren Niederlage der revolutionären Vorhut und der ganzen deutschen Arbeiterklasse geendet. Die eben gegründete Kommunistische Partei besaß noch nicht genügend Kampferfahrung, und ihre Verbindungen mit den breiten Massen des Proletariats und der anderen Werktätigen waren noch schwach. Die Partei war daher nicht imstande, die Mehrzahl der Arbeiter zur Abwehr der konterrevolutionären Provokationen zusammenzufassen und im Kampf zu führen, den Einfluß der rechten Führer der SPD, der USPD und der Gewerkschaften auf die Mehrheit der Arbeiterklasse zu überwinden. Die Mehrheit der Arbeiterklasse hatte den Kampf zum Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann nicht unterstützt. Sie sah in der SPD noch immer eine sozialistische Partei, deren Führer lediglich „Fehler" machten, und erkannte nicht, daß die Bourgeoisie

281 Arnold Zweig: Grabrede auf Spartacus. In: Die Weltbühne, 1919, Nr. 4.

282 W. I. Lenin: Brief an die Arbeiter Europas und Amerikas. In: Werke, Bd. 28, S. 446/447.

mit Hilfe dieser Führer die Revolution und ihre Errungenschaften systematisch zu beseitigen versuchte. Vor allem hinderte die mit sozialistischen Phrasen verbrämte kleinbürgerliche Politik der zentristischen Führer der USPD eine schnellere Entwicklung des Bewußtseins der breiten Arbeitermassen.

Die Januarkämpfe hatten bewiesen, daß es in dem industriell hochentwickelten Deutschland, wo während des ersten Weltkrieges ein starker staatsmonopolistischer Kapitalismus entstanden und die Arbeiterklasse besonders tief durch den Opportunismus gespalten war, keine Möglichkeit gab, mit einem Sprung zur Rätemacht, zur Diktatur des Proletariats, zu gelangen. Es war der imperialistischen Bourgeoisie mit Hilfe der rechten Führer der SPD gelungen, der Arbeiterklasse die für den Verlauf der Revolution entscheidende Niederlage zu bereiten.

Mit der blutigen Niederschlagung der revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse in ihrer stärksten und wichtigsten Position, in der Hauptstadt Deutschlands, hatte die Konterrevolution ihr unmittelbares Ziel erreicht und die Voraussetzungen für das Zustandekommen einer reaktionären Nationalversammlung geschaffen. Der Belagerungszustand und das Wüten der weißen Banden, das Triumphgeschrei der Bourgeoisie, die antikommunistische Mordhetze und die ungehemmte reaktionäre Propaganda terrorisierten und verwirrten die Mehrheit der Arbeiterklasse und der kleinbürgerlichen Schichten. Die rechten Führer der SPD und der USPD hatten die Spaltung der Arbeiterklasse weiter vertieft und sie mit demagogischen Losungen über „Demokratie" und „Sozialisierung" irregeführt. Die Besten der revolutionären Kräfte aber waren ermordet, eingekerkert oder in die Illegalität gezwungen. In dieser Situation fanden am 19. Januar 1919 die „freien" und „demokratischen" Wahlen unter dem „Schutz" der Freikorpsbanden Noskes statt. In einem Bericht über den Tag der Wahlen in Berlin hieß es: „Vor allen Wahllokalen waren Posten mit Stahlhelmen, Handgranaten und Schußwaffen aufgestellt worden. Stärkere Patrouillen zogen durch die Straßen, um die ‚Sicherung' der Wahlen durchzuführen. Zuweilen rasselten mit Maschinengewehren bewaffnete Autos durch die Stadt. An verschiedenen Stellen waren Geschütze aufgestellt. Manche Stadtviertel glichen einem richtigen Heerlager."[283]

Unter diesen Bedingungen ergaben die Wahlen eine Mehrheit für die bürgerlichen Parteien. Von den rund 30 Millionen abgegebenen Stimmen entfielen auf die SPD 11,5 und auf die USPD 2,3 Millionen,

283 Die Freiheit (Berlin), 20. Januar 1919.

während die bürgerlichen Parteien vom Zentrum bis zur Deutschnationalen Volkspartei zusammen etwa 16 Millionen Stimmen erhielten. Die bürgerliche Nationalversammlung und damit auch die „demokratische" Weimarer Republik gingen aus blutigem Bürgerkrieg, aus Terror und Mord gegen die Vorhut der Arbeiterklasse und der Nation hervor. Das waren die Grundlagen der „Legalität", mit der die imperialistische deutsche Bourgeoisie ihre Ausbeuterordnung retten und erhalten konnte.

Die SPD war mit 11,5 Millionen Stimmen als stärkste Partei aus den Wahlen hervorgegangen. Dieses Ergebnis zeigte, daß die überwiegende Mehrheit der Arbeiterklasse der Führung der SPD folgte und die Durchsetzung ihrer grundlegenden Forderungen von der Nationalversammlung erwartete. Die Mehrzahl der Arbeiter glaubte, ohne opferreichen Kampf mit Hilfe parlamentarischer Wahlen allmählich Staat und Wirtschaft reformieren und in den Sozialismus hineinwachsen zu können. Teile der Arbeiterklasse waren jedoch von der Zusammensetzung der Nationalversammlung enttäuscht, weil die rechten Führer der SPD und der USPD die Illusion hervorgerufen hatten, daß die Wahlen nach den Spielregeln der „reinen" Demokratie eine „sozialistische" Mehrheit ergeben müßten. Doch die Überwindung der opportunistischen Illusionen in den Reihen der Arbeiterklasse vollzog sich nur langsam und widerspruchsvoll.

Mit den Wahlen zur Nationalversammlung war die Niederlage der Arbeiterklasse besiegelt und die Novemberrevolution beendet. Die imperialistische deutsche Bourgeoisie konnte mit Hilfe der rechten Führung der SPD die Voraussetzungen für die Konstituierung der bürgerlich-parlamentarischen Form ihrer Klassenherrschaft schaffen. Es gelang der Konterrevolution jedoch nicht, alle Errungenschaften der Revolution rückgängig zu machen und die junge KPD zu vernichten. Das Kräfteverhältnis und die Wechselbeziehungen der Klassen aber hatten sich so verändert, daß zunächst weder die Bedingungen für die konsequente Durchführung der antiimperialistisch-demokratischen Revolution noch für deren Hinüberleitung zur sozialistischen Revolution gegeben waren. Die Hauptverantwortung dafür trugen die rechten Führer der SPD und der Gewerkschaften, die die Arbeiterklasse spalteten, sich mit den imperialistischen und militaristischen Kräften verbanden und direkt im Lager der Konterrevolution standen. Darin trat der gesetzmäßige Zusammenhang zwischen Imperialismus und Opportunismus während der Novemberrevolution in Erscheinung.

Die Mehrheit der Arbeiterklasse unterstützte die arbeiterfeindliche, antinationale Politik der rechten Führer der SPD, weil sie noch nicht verstand, daß die Voraussetzung für den gesellschaftlichen Fortschritt, für die Lösung der nationalen Lebensfragen des deutschen Volkes die politische und ökonomische Entmachtung des Imperialismus und Militarismus war und es deshalb in der Frage der Macht, der Grundfrage jeder Revolution, keine Halbheiten geben durfte. Darin zeigten sich die verhängnisvollen Auswirkungen der jahrzehntelangen opportunistischen Verfälschungen der marxistischen Theorie in den Fragen des Staates und der Revolution. Es war die Tragik der deutschen Arbeiterbewegung, daß die Mehrheit der Arbeiterklasse in bürgerlichen Staatsauffassungen befangen war und sich nicht vorstellen konnte, wie sie die Führung in Staat und Wirtschaft in die eigenen Hände nehmen sollte.

Daher gelang es nicht, die zu Beginn der Revolution im Kampf gegen Krieg, Monarchie und Militarismus entstandene breite revolutionäre Massenbewegung, die die halbabsolutistische junkerlich-monarchistische Form der imperialistischen Klassenherrschaft zerschlug und die Grundlagen des Imperialismus und Militarismus erschütterte, zu erhalten und sie zum Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft und den anderen werktätigen Schichten für die Zuendeführung der antiimperialistischen demokratischen Revolution weiterzuentwickeln. Der Arbeiterklasse fehlte die Führung durch eine revolutionäre Kampfpartei, die in den Stürmen der Klassenkämpfe erprobt und fest in den Massen der Werktätigen verwurzelt war. Die junge KPD, die erst entstand, als die Revolution ihren Höhepunkt bereits überschritten hatte, konnte diese Aufgabe noch nicht erfüllen.

Unter diesen Bedingungen konnte die imperialistische Bourgeoisie das Kräfteverhältnis der Klassen Schritt für Schritt zu ihren Gunsten verändern, die Gefahr ihres Sturzes abwenden, der Arbeiterklasse eine entscheidende Niederlage zufügen und die imperialistische Klassenherrschaft in der Form der bürgerlich-parlamentarischen Republik erhalten.

Der Verlauf der Novemberrevolution und die Niederlage der revolutionären Kräfte bestätigten die allgemeingültige Erkenntnis des Marxismus-Leninismus, daß die Arbeiterklasse ihre nationale und demokratische Aufgabe, die Beseitigung der Herrschaft des Imperialismus und Militarismus, nur lösen kann, wenn sie von einer revolutio-

nären Kampfpartei geführt und der Einfluß des Opportunismus in ihren Reihen überwunden wird.

Trotz der Niederlage der Arbeiterklasse prägten die Novemberrevolution und ihre Ergebnisse der weiteren Entwicklung Deutschlands ihren Stempel auf. Die Millionenmassen der Arbeiter und Soldaten hatten sich nach dem Beispiel der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution gegen den volksfeindlichen deutschen Imperialismus und Militarismus erhoben und für den Ausweg aus der nationalen Katastrophe, für ein Deutschland des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus gekämpft. Die Arbeiterklasse erwies sich als die Hauptkraft der Nation, als die Vertreterin der wahren Interessen des ganzen werktätigen deutschen Volkes.

Durch das geschichtliche Versagen der rechten Führer der SPD, der USPD und der Gewerkschaften konnte die Arbeiterklasse ihre historische Aufgabe jedoch nicht erfüllen. Die Grundlagen der ökonomischen und politischen Macht des deutschen Imperialismus und Militarismus blieben erhalten. Es gelang nicht einmal, die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution zu Ende zu führen, die Großgrundbesitzer zu entmachten und die junkerlichen Kräfte aus dem Staatsapparat zu entfernen.

Trotzdem hatte die Arbeiterklasse wichtige Erfolge errungen. Sie hatte das junkerlich-monarchistische Regime gestürzt, die Fürsten verjagt und die Errichtung einer bürgerlich-demokratischen Republik erzwungen. Sie hatte wichtige demokratische Rechte und Freiheiten wie das allgemeine Wahlrecht – auch für Frauen –, die Koalitions-, Versammlungs- und Pressefreiheit erkämpft. Auf sozialem Gebiet war der Achtstundentag, die alte Forderung der Arbeiterbewegung, gesetzlich festgelegt worden. Auf dem Lande waren die reaktionären Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter und die halbfeudale Gesindeordnung gefallen. Mit diesen Ergebnissen, auch wenn sie den Rahmen bürgerlich-demokratischer Verhältnisse nicht überschritten, hatte sich die Arbeiterklasse günstigere Bedingungen für den weiteren Kampf um ihre Befreiung geschaffen.

Ihrem Charakter nach war die Novemberrevolution infolgedessen *„eine bürgerlich-demokratische Revolution*, die in gewissem Umfange mit proletarischen Mitteln und Methoden durchgeführt wurde“[284]. Mit

[284] Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland. Thesen anläßlich des 40. Jahrestages. In: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. VII, Berlin 1961, S. 379.

dieser Einschätzung in den Thesen des ZK der SED zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution in Deutschland wurde eine Diskussion über den Charakter der Novemberrevolution abgeschlossen und die falsche Auffassung zurückgewiesen, daß die Novemberrevolution eine sozialistische Revolution gewesen sei, die eine Niederlage erlitten habe. Dieser Meinung lag die von der Praxis der gesellschaftlichen Entwicklung widerlegte dogmatische und politisch schädliche These zugrunde, daß es in den entwickelten kapitalistischen Ländern nur noch Revolutionen sozialistischen Inhalts geben könne. Die Vertreter dieser unmarxistischen Auffassung versuchten, ihren Standpunkt mit den objektiven sozialökonomischen Voraussetzungen und den sozialistischen Vorstellungen und Wünschen der revolutionären Vorhut und breiter Schichten der Arbeiterklasse zu begründen.

Der entscheidende Fehler dieser Konzeption bestand in der Unterschätzung der führenden Rolle der marxistisch-leninistischen Partei als einer objektiven Gesetzmäßigkeit der sozialistischen Revolution. Eine Revolution nimmt erst sozialistischen Charakter an, wenn unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei das Klassenbewußtsein und die Organisiertheit der Arbeiterklasse und das Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft und den anderen werktätigen Schichten so gefestigt sind, daß die Arbeiterklasse ihre Hegemonie verwirklichen und das erforderliche Kräfteverhältnis schaffen kann, um die Grundfrage der proletarischen Revolution, die Frage der Macht, zu lösen.

In der Novemberrevolution aber war die deutsche Arbeiterklasse durch den Opportunismus gespalten und gelähmt und konnte ihre Hegemonie selbst in der antiimperialistisch-demokratischen Revolution nicht verwirklichen, weil ihr die erfahrene revolutionäre marxistische Kampfpartei fehlte und das Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft nicht zustande kam. Deshalb konnten die Möglichkeiten zu einer wahrhaft demokratischen und sozialistischen Umgestaltung Deutschlands, die durch die objektive ökonomische Entwicklung gesetzmäßig herangereift waren, nicht ausgenutzt werden. Die Grundfrage der Novemberrevolution, die Frage der Macht, blieb daher zugunsten der imperialistischen Bourgeoisie entschieden.

Die Novemberrevolution war die erste Revolution der deutschen Arbeiterklasse gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus, für die Lösung der nationalen und sozialen Lebensfragen des deutschen Volkes. Sie war die größte antiimperialistische revolutionäre Massenbewegung in Europa nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

und hatte auch große internationale Auswirkungen. In den Thesen der Kommunistischen Internationale zum 15. Jahrestag ihrer Gründung hieß es, daß die „neben den großen Lehren der *Oktoberrevolution* für das internationale Proletariat bedeutsamste Lehre ... in den Ergebnissen der *Novemberrevolution* von 1918 in Deutschland verkörpert"[285] ist. Der Sturz des kaiserlich-imperialistischen Regimes durch den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse in einem der mächtigsten monopolkapitalistischen Länder im Herzen Europas war ein anspornendes Beispiel für die revolutionären Kräfte in den anderen Ländern. Die deutsche Revolution wirkte günstig auf die nationalen Befreiungsbewegungen in den südosteuropäischen Ländern ein und beeinflußte auch die revolutionäre Bewegung in Westeuropa. Vor allem aber war sie eine Hilfe für die junge Sowjetmacht, der sie die Annullierung des Brester Raubfriedens und die Befreiung Belorußlands und der Ukraine erleichterte.

285 Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung (Basel), 1934, Nr. 19.

Die revolutionäre Nachkriegskrise.
Die Gründung der Dritten Internationale.
Die Bedeutung des III. Weltkongresses
der Kommunistischen Internationale und die Hilfe
W. I. Lenins für die deutsche Arbeiterklasse.
Der Kampf der Arbeiterklasse und der anderen
Werktätigen unter Führung der KPD für die
Verteidigung und Erweiterung der demokratischen
Rechte und Freiheiten gegen die Machtpositionen
der Konterrevolution. Die Entwicklung der KPD
zur revolutionären Massenpartei.
Der Kampf um die soziale und nationale Befreiung
des deutschen Volkes im Jahre 1923
(Periode vom Januar 1919 bis Ende 1923)

Die Massenkämpfe in den Jahren 1919 und 1920 und die Entwicklung der KPD zur revolutionären Massenpartei

1. Die revolutionären Massenkämpfe nach der Niederlage der Novemberrevolution. Die Gründung der Kommunistischen Internationale

Die deutsche Arbeiterklasse hatte in der Novemberrevolution eine Niederlage erlitten. Auch in den anderen kapitalistischen Staaten hatte die Bourgeoisie ihre Macht behaupten können. Aber die Herrschaft der Bourgeoisie war noch nicht gefestigt. 1919 hielten in der ganzen Welt die heftigen antiimperialistischen Massenbewegungen an. Aufstände flammten empor. Überall kam es zu Streikaktionen von bisher nicht gekanntem Ausmaß. Wesentlich beeinflußten das Beispiel der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und die Entwicklung der Sowjetmacht in Rußland den Befreiungskampf der Arbeiterklasse, den Kampf der Völker für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus. Der Sowjetstaat, das feste Bollwerk aller Ausgebeuteten und Unterdrückten, zeigte den Volksmassen der kapitalistischen

Staaten sowie der kolonialen und der abhängigen Länder die Perspektive ihres eigenen Kampfes. Das Bestehen des ersten sozialistischen Staates schuf zugleich durch das zugunsten der Volksmassen veränderte internationale Kräfteverhältnis bessere Bedingungen für Erfolge in deren Ringen. In Bulgarien, Polen und Ungarn kam es zu gewaltigen revolutionären Aktionen. In den meisten kapitalistischen Ländern entwickelten sich Massenstreiks für höhere Löhne, Verkürzung des Arbeitstages, Erweiterung der Rechte der Gewerkschaften und vielfach auch für die Nationalisierung von großen Unternehmungen, vor allem in Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien und den USA. Oft waren diese Massenkämpfe mit Aktionen zur Verteidigung Sowjetrußlands verbunden. Die nationale Befreiungsbewegung in China, Indien, Korea, in der Türkei und in anderen Ländern wuchs an. Alle diese revolutionären Aktionen zeugten von der Verschärfung der imperialistischen Widersprüche und der Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus.

Die Verelendung der Volksmassen infolge des Weltkrieges, die Empörung der Massen gegen das Völkermorden waren wesentliche Ursachen für den stürmischen Aufschwung der revolutionären Bewegung. Der Weltimperialismus befand sich in einer tiefen Krise. Die Jahre bis 1923 gingen als die Periode der revolutionären Nachkriegskrise in die Geschichte ein.

Die junge Sowjetmacht in Rußland hatte 1918 in opferreichem und entbehrungsvollem, hartem Ringen die Angriffe der inneren Konterrevolution und der ausländischen Interventen zurückgeschlagen. Anfang 1919 befand sich die Rote Armee an den meisten Fronten in der Offensive. Angesichts der erfolgreichen Kämpfe der Arbeiter und Bauern Sowjetrußlands, unter dem Einfluß der Tätigkeit der Partei der Bolschewiki im Hinterland des Gegners sowie unter dem Eindruck der internationalen Bewegung zur Verteidigung Sowjetrußlands kam es zu Unruhen und Aufständen unter den imperialistischen Interventionstruppen. Sie forderten ihren Abtransport in die Heimat. Im Laufe des Frühjahrs mußten die imperialistischen Regierungen ihre Truppen aus Furcht vor deren Revolutionierung aus einigen Gebieten Sowjetrußlands zurückziehen.

Im März 1919 begannen die Weißgardisten, unterstützt von den imperialistischen Staaten, einen neuen Feldzug gegen die Sowjetmacht. Im Sommer 1919 befand sich der Sowjetstaat in ernster Gefahr. Doch unter Anspannung aller Kräfte gelang es der Roten Armee, in schwe-

ren und erbitterten Kämpfen im Herbst und Winter 1919 die Armee des weißgardistischen Generals A. I. Denikin im Süden des Landes zu zerschlagen. Das war der Wendepunkt im Bürgerkrieg. Der Sieg über Denikin ermöglichte es, in den folgenden Monaten den gesamten konterrevolutionären Ring um das Sowjetland zu sprengen. Das Sowjetvolk und seine Rote Armee siegten vor allem deshalb, weil sie einen gerechten Krieg führten, weil die sowjetische Staats- und Gesellschaftsordnung seit den ersten Tagen ihres Bestehens auf dem festen Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft und auf der Gleichberechtigung und Freundschaft der Nationen beruhte und weil Sowjetrußland von der kampferprobten Kommunistischen Partei geführt wurde. Eine weitere entscheidende Ursache des Sieges über die Interventen und die Weißgardisten war der revolutionäre Kampf des internationalen Proletariats zur Verteidigung Sowjetrußlands.

In den Aktionen der internationalen Arbeiterklasse gegen die antisowjetische Intervention spiegelte sich wider, daß ein neuer Wesenszug des proletarischen Internationalismus immer klarer erkannt wurde. Das Proletariat Rußlands hatte unter der Führung der Bolschewiki als erstes seine historische Aufgabe gelöst und seine Staatsmacht errichtet. Indem es diese Staatsmacht festigte, leistete es der Arbeiterklasse und allen anderen Werktätigen in den kapitalistischen und den kolonialen Ländern die größte Hilfe. Die Interessen des Sowjetstaates deckten sich von Anfang an völlig mit den Interessen der internationalen Arbeiterklasse, mit den Interessen des gesellschaftlichen Fortschritts. Die Einstellung zum ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat wurde zum Prüfstein für die Treue zur Arbeiterklasse, für den proletarischen Internationalismus. Internationalist sein bedeutete jetzt vor allem, die Sowjetmacht mit allen Mitteln zu unterstützen, der Antisowjethetze entschieden entgegenzutreten und das Sowjetland und die Leninsche Kommunistische Partei vorbehaltlos als Bollwerk und Vortrupp der Arbeiterbewegung in der ganzen Welt anzuerkennen. Eine solche internationalistische Haltung erleichterte nicht nur das schwere Ringen der sowjetischen Arbeiter und Bauern. Sie nutzte den Werktätigen in den kapitalistischen Ländern selbst, half, sie vom Gift des Chauvinismus und Antikommunismus zu befreien, und befähigte sie, der Verantwortung gegenüber ihrer Nation gerecht zu werden.

Die revolutionären Massenaktionen in der ganzen Welt, die Zuspitzung der imperialistischen Widersprüche unter dem Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution verschärften auch den

Kampf zwischen den zwei Grundrichtungen in der internationalen Arbeiterbewegung. Die Revolution hatte unter dem Banner der Ideen von Marx, Engels und Lenin gesiegt und damit durch die Praxis den internationalen Opportunismus widerlegt. Das Entstehen der Sowjetmacht, das Vorbild der Partei der Bolschewiki und die Kraft der Leninschen Ideen beschleunigten in vielen kapitalistischen Ländern den völligen Bruch der konsequent revolutionären, wirklich internationalistischen Kräfte der Arbeiterbewegung mit dem offenen Opportunismus und dem Zentrismus. Bis März 1919 hatten sich neben der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) unter anderem in Deutschland, Finnland, Österreich, Polen und Ungarn Kommunistische Parteien konstituiert. Revolutionäre linke Gruppen bestanden in Argentinien, Bulgarien, China, England, Frankreich, Holland, Jugoslawien, Korea, Norwegen, Persien, Rumänien, Schweden, der Schweiz, der Tschechoslowakei, der Türkei, den USA und in anderen Ländern. Damit war die Gründung einer kommunistischen Internationale möglich geworden. Sie war notwendig, um eine einheitliche revolutionäre Front des Weltproletariats gegen den Imperialismus zu schaffen. Die jungen kommunistischen Parteien waren ideologisch und organisatorisch noch schwach. Sie benötigten die Unterstützung einer wahrhaft revolutionären Internationale. Die linken Gruppen bedurften einer klaren Orientierung und der Hilfe für die Bildung kommunistischer Parteien. W. I. Lenin und die Partei der Bolschewiki hatten schon während des imperialistischen Weltkrieges durch ihren Kampf gegen Opportunismus, Sektierertum und Dogmatismus und für den Zusammenschluß der revolutionären Internationalisten der verschiedenen Länder die Gründung einer neuen, kommunistischen Internationale vorbereitet. Im Januar 1919 fand auf Initiative der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) unter der Leitung W. I. Lenins eine internationale Beratung statt, die in einem Aufruf die kommunistischen Parteien und Gruppen zu einem internationalen Kongreß zur Bildung der Kommunistischen Internationale einlud. Deren Bildung war um so dringender, als sich die rechten Führer der sozialdemokratischen Parteien, beunruhigt über den wachsenden Einfluß der kommunistischen Parteien und Gruppen, bemühten, eilig die II. Internationale wiederherzustellen.

Vom 3. bis 10. Februar 1919 versammelten sich in Bern Vertreter zahlreicher sozialdemokratischer und zentristischer Parteien zu ihrer ersten Konferenz nach Kriegsende. Nachdem die II. Internationale

ihre Tätigkeit wiederaufgenommen hatte, bereiteten auch die reformistischen Gewerkschaftsführer den Zusammenschluß der unter ihrem Einfluß stehenden Gewerkschaften vor. Ende Juli 1919 wurde in Amsterdam der Internationale Gewerkschaftsbund (Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale) gegründet, der von Reformisten beherrscht wurde.

Am 2. März wurde in Moskau eine internationale kommunistische Konferenz eröffnet. An ihr nahmen 51 Delegierte, davon 33 mit beschließender und 18 mit beratender Stimme, aus rund 30 Ländern teil. Unter ihnen befanden sich die Vertreter der Kommunistischen Parteien Deutschlands, Finnlands, Österreichs, Polens, der Revolutionären Balkanföderation, in der die bulgarischen Engherzigen und andere linke Gruppen zusammengeschlossen waren, Sowjetrußlands und Ungarns sowie linker Gruppen aus China, England, Frankreich, Holland, Korea, Persien, der Schweiz, der Tschechoslowakei, der Türkei und den USA. Verschiedenen Parteien und Gruppen gelang es wegen der gegen Sowjetrußland verhängten Blockade nicht, ihre Vertreter nach Moskau zu entsenden.

Zunächst berichteten die Delegierten über die Lage in ihren Ländern, den aufopferungsvollen Kampf gegen den Imperialismus und die Situation in der Arbeiterbewegung. Die Berichte der Vertreter aus kapitalistischen Ländern zeigten, daß sich – wenn auch in unterschiedlichem Grade – in diesen Ländern ein deutlicher revolutionärer Aufschwung und eine Linksentwicklung in der Arbeiterklasse abzeichneten. Gleichzeitig wiesen diese Berichte aber auch auf den starken Einfluß der rechten sozialdemokratischen und der zentristischen Führer auf breite Schichten der Arbeiterklasse hin. Alle diese Tatsachen machten die sofortige Bildung einer kommunistischen Internationale erforderlich. Am 4. März 1919 stellten einige Delegierte den Antrag, sofort die Kommunistische Internationale zu gründen. Dieser Antrag wurde von allen Delegierten, bei Stimmenthaltung des deutschen Vertreters, angenommen.

Auch die Führung der KPD befürwortete die Gründung der Kommunistischen Internationale. Rosa Luxemburg hatte sie für eine *„bedingungslose Selbstverständlichkeit"*[1] erklärt. Da aber erst in wenigen entwickelten kapitalistischen Ländern kommunistische Parteien oder Gruppen bestanden, hielt Rosa Luxemburg den Zeit-

[1] Hugo Eberlein (Max Albert): Die Gründung der Komintern und der Spartakusbund. In: Die Kommunistische Internationale (Berlin), 1929, Heft 9/10/11, S. 676.

punkt für verfrüht. Die Gründung sollte ihrer Auffassung nach einige Monate später erfolgen. Entsprechend der von ihr und auch von Leo Jogiches geäußerten Meinung hatte Hugo Eberlein von der Zentrale der KPD das Mandat erhalten, sich gegen eine sofortige Gründung der Kommunistischen Internationale auszusprechen. Ungeachtet dieser Haltung arbeitete die KPD von Anfang an in der Kommunistischen Internationale mit und wurde bald zu einer ihrer führenden Sektionen.

Die Konferenz konstituierte sich am 4. März als I. Kongreß der Dritten, der Kommunistischen Internationale.[2] Die Dritte Internationale setzte unter den neuen historischen Bedingungen das Werk der Ersten Internationale fort. Sie knüpfte an die positiven Leistungen und Errungenschaften der Zweiten Internationale an. Die Hauptaufgabe der Dritten Internationale bestand darin, die kommunistischen Parteien zur Erfüllung der neuen Aufgaben zu befähigen, die der internationalen Arbeiterbewegung mit dem Eintritt in die weltgeschichtliche Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus gestellt waren. „Die weltgeschichtliche Bedeutung der III., der Kommunistischen Internationale besteht darin", sagte W. I. Lenin, „daß sie damit begonnen hat, die große Losung von Marx in die Tat umzusetzen, die Losung, die aus der hundertjährigen Entwicklung des Sozialismus und der Arbeiterbewegung die Bilanz zieht, die Losung, die ihren Ausdruck findet in dem Begriff: Diktatur des Proletariats."[3]

Im Mittelpunkt der Beratungen des Kongresses standen die Thesen und das Referat W. I. Lenins über bürgerliche Demokratie und Diktatur des Proletariats. W. I. Lenin setzte sich mit der rechtssozialdemokratischen und der zentristischen Verfälschung der Staatsfrage auseinander. Er enthüllte die Beschränktheit der bürgerlichen Demokratie, die zwar einen Fortschritt gegenüber dem Mittelalter darstellt, aber schließlich durch die wirkliche Demokratie für die Mehrheit der Bevölkerung überwunden werden muß. In Deutschland, einem der fortgeschrittensten europäischen Staaten, so erklärte W. I. Lenin, offenbart die Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs den wirklichen Klasseninhalt der bürgerlich-demokratischen Republik. Sie ist eine Diktatur der Bourgeoisie zur gewaltsamen Unterdrückung des Widerstandes der überwiegenden Mehrheit der Ausgebeuteten. Dem-

2 Dokument Nr. 83.

3 W. I. Lenin: Die Dritte Internationale und ihr Platz in der Geschichte. In: Werke, Bd. 29, Berlin 1963, S. 296.

Extrablatt der „Freiheit“

Mülheim a. d. Ruhr, den 8. Dezember 1918. Preis 10 Pfg.

Thyssen verhaftet!

Entente-Truppen sollten deutsche Arbeiter züchtigen!

Wie flossen sie über von „wahrer Vaterlandsliebe“ und von „treuer Ergebenheit“, die Herren Großkapitalisten, wie oft hörten wir sie während der blutigen Kriegsjahre alle jene schmähen und beschimpfen, die nicht alles willig und freudig auf dem Altar des Vaterlandes, des Vaterlandes der Reichen und Mächtigen, opferten und nicht mit Freuden ihr Leben einsetzten und ihre Knochen zerschießen ließen

für die Interessen der Thyssen und Stinnes.

Bis zum letzten Mann, daß heißt bis zum letzten deutschen Arbeiter wollten die Herren Großindustriellen den Kampf fortsetzen, und nicht eher sollte das deutsche Schwert in die Scheide gesteckt werden, als bis die Feinde allesamt niedergerungen und zu einem deutschen Frieden bereit seien. Wußten doch die Industriebarone des rheinisch-westfälischen Gebiets, daß

ihre Profite um so größer

werden, je länger die deutschen Arbeiter sich zur Schlachtbank schleppen ließen und hofften sie doch außerdem, durch die Fortsetzung des Krieges die reichen Erzgebiete in Nordfrankreich in ihren Besitz zu bekommen.

Daß der Patriotismus und der Nationalismus der Herren, ihr Opfermut für das Vaterland nur ein frecher Schwindel war, darüber waren sich verständige Leute schon längst klar. Denn es war längst bekannt, daß gerade die Industriebarone aus dem Ruhrrevier nie von nationalen Bedenken geplagt wurden, sofern ihnen Profit winkte. Möglichst großer Profit war allezeit ihre Losung.

Um Profit verkauften sie ihr Vaterland.

Und wenn die Herren Thyssen und Stinnes während der Kriegsjahre jeden als Vaterlandsverräter bezeichneten, der zum Beispiel die Franzosen nicht als Menschen minderen Grades bezeichnete, so war dies nichts wie eine erbärmliche Heuchelei. Denn die Herren Thyssen und Stinnes saßen jahrelang mit den französischen Kapitalisten freundschaftlich zusammen in einer Reihe großer Industrieunternehmungen. Und in den letzten Tagen gingen diese deutschen

Überpatrioten zum offenen Landesverrat

über. In einer Sitzung im Fürstenhof in Dortmund am 5. Dezember, an der die Herren

August Thyssen, Fritz Thyssen jr., Direktor Herrle, Direktor Becker, Direktor Wirtz, Kommerzienrat Küchen, Bergassessor Stein und Edmund Stinnes

teilnahmen, wurde nach einer lebhaften Aussprache, an der auch Herr Thyssen sich beteiligte, von den Herren Großkapitalisten vereinbart, daß es unbedingt erforderlich wäre, daß die Truppen der Entente möglichst rasch das ganze rheinisch-westfälische Gebiet besetzen müssen.

Und womit begründen die Herren Patrioten den

Ruf nach Ententeheeren?

Mit nichts anderem als ihren gefährdeten Profitinteressen. Die Ententetruppen sollen, wie die Herren in der Sitzung im Fürstenhof in Dortmund ganz offen erklärten, die rote Gefahr unter allen Umständen beseitigen und den Achtstundentag sowie die anderen Vorteile, welche sie durch die Revolution erlangt haben, aufheben.

Und weiter wurde angeführt, daß vor und während des Krieges der deutsche Kapitalismus mit dem Entente-Kapitalismus verbrüdert war und daß diese Verbrüderung unter allen Umständen aufrecht erhalten werden müsse.

Deutsche Arbeiter!

Das sind die Leute, die sich als Deutsche Patrioten gebärdeten und sich als Muster hinstellten, während sie, wenn sie unter sich sind, unverblümt bekennen, daß sie stets mit dem Entente-Kapitalismus brüderlich vereint waren und daß diese Verbrüderung aufrecht erhalten werden müsse. Die Interessen mit dem Entente-Kapitalismus stehen den rheinisch-westfälischen Industriebaronen höher als ihre Phrasen von den „vaterländischen Interessen“, mit denen sie das deutsche Volk vor ihren Karren spannten. Glücklicherweise wurde der Plan rechtzeitig enthüllt, und dank des energischen Eingreifens des Arbeiter- und Soldatenrates in Mülheim-Ruhr wurden

die Uebeltäter festgenommen.

Damit ist zwar den Hauptschreiern nach Hilfe der Entente, den Rufern nach Ententetruppen das Handwerk gelegt, aber noch nicht alle Köpfe der Hydra sind abgeschlagen. **Arbeiter, seid deshalb auf der Hut,** denn es werden neue Anschläge gegen Euch folgen.

Arbeiter und Soldaten! Schart Euch fest um Eure Arbeiter- und Soldatenräte und sorgt dafür, daß in Euren Räten allezeit Männer sitzen, die Eure Interessen mit fester Entschlossenheit und ohne Rücksicht auf die Interessen der Kapitalisten wahrnehmen!

Mitteilung über die Verhaftung Fritz Thyssens durch den Arbeiter- und Soldatenrat in Mülheim (Ruhr), Dezember 1918



Demonstration Berliner Arbeiter in der Leipziger Straße gegen die Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten, Emil Eichhorn, 5. Januar 1919



Wilhelm Pieck spricht in der Siegesallee in Berlin zu Demonstranten, 5. Januar 1919

Extrablatt „Vorwärts“

Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Nummer 4 — Freitag, den 10. Januar 1919 — Nummer 4

Offensive gegen Spartakus

Berliner!

Die Reichsregierung hat mir das Amt des ersten Kommandanten von Groß-Berlin übertragen mit dem Befehl, die öffentliche Ordnung wiederherzustellen.

Helft mir!

Ich kann diese schwere Aufgabe nicht erfüllen, wenn ihr nicht

folgende Weisungen befolgt:

1. Die Anordnungen der Regierungstruppen gelten für jedermann;

2. Der Verkehr auf den Straßen ist möglichst einzuschränken. Frauen und Kinder sollen zuhause bleiben. Es sind Kämpfe im Gange, bei denen niemand für euer Leben einstehen kann;

3. Waffentragen ist nur Truppen und

Die Kasernen auf der Dächer

der Kinderklinik an der Ecke der Schöpenstraße schweigen seit dem Tage, da [illegible] Schützenketten vorgingen und Granaten in die Straßen und Fernsprecher flogen. Dann begann die Kinderklinik [illegible] und das Leben [illegible] Schwester der Kinderklinik [illegible] Operationssaal über die Dächer der Schöpenstraße bis zur Marstallstraße sah herüberwinken und man hörte deutlich die Kommando- und Befehlsrufe verstehen. Diese Tatsache wurde dem Führer der Regierungstruppen gemeldet, und dieser sah nun auch die Maschinengewehrnester durch eine dicke Rauchwand abgesperrt, so daß die Verwundeten unsichtbar für der Kasernen abtransportiert werden. Irgendwelche Hemmungen waren auch die Flammenwerfer [illegible] bei den Kämpfen der Tage [illegible] über die Häuser hinweg nach der Ecke Schöpenstraße und Jerusalemer Straße gebracht werden, um das Gebäude mit diesen Nachtkämpfen [illegible] machen. Trotz der 3 Maschinengewehre wurden die Barrikaden der Regierungstruppen durch die Jerusalemer Straße und traf an der Jerusalemer Straße [illegible] Spartakus-Kämpfern belegte Fahrzeuge, mit denen es zu Demonstrationen gegen [illegible] Regierung kommen sollte.

Spartakisten sehr schwere blutige Verluste.

Dagegen hatte [illegible] Regierungstruppen die Friedrichstraße [illegible] Spartakisten Häuser der Jerusalemer Straße gegenüber der Kirche besetzen und [illegible] auf die Kämpfer an der Schöpenstraße [illegible]. Die Regierungstruppen besetzten [illegible] die Jerusalemer Straße und drangen im Südwesten [illegible] schwere Maschinengewehre zur Aufstellung, mit denen sie die

Der Entscheidung zu!

Militärisches.

[illegible]

In den irregeführten Kämpfern erblicken sich [illegible] nicht [illegible] verantwortungsbewußte Verbrecher, denen der Bürgerkrieg eine [illegible] Gelegenheit [illegible] kleinen Privatvorteile zu bringen. Daß [illegible] die Spartakus-Kampftruppe sind [illegible] Häuserblock [illegible] angreifen, wo es [illegible] wird, [illegible] sie [illegible] und [illegible].

Die Schwäche der Gewaltpartei wird [illegible] durch [illegible] Mangel einer [illegible] Führung. Es handelt sich um [illegible] truppe, die [illegible] planlos [illegible] und [illegible] blutige Köpfe holen, wo [illegible] wäre [illegible] Unternehmungslust [illegible]. Der Wille, der sie [illegible], ist ein [illegible] rücksichtsloser, [illegible] haben überall [illegible] eingedrungen, wo Proviant [illegible], über die sie sich freuen, und wo [illegible]

Der „Vorwärts“ gegen die revolutionäre Vorhut der deutschen Arbeiterklasse



Der rechte Sozialdemokrat und Volksbeauftragte Gustav Noske (Mitte) mit konterrevolutionären Soldaten, Januar 1919



Gedenkblatt von Käthe Kollwitz für Karl Liebknecht, 1919/1920



Werktätige Berlins und Abordnungen des revolutionären Proletariats
aus ganz Deutschland geben Karl Liebknecht und 31 der ermordeten Januarkämpfer
das letzte Geleit, 25. Januar 1919



Im sozialdemokratischen „Vorwärts" vom 23. Februar 1919
wird für die reaktionären Freikorps geworben



Konterrevolutionäre Truppen am Spittelmarkt in Berlin im Kampf gegen die revolutionären Arbeiter, März 1919



Demonstration in München zur Zeit der Bayrischen Räterepublik, April 1919.
Vorn Mitte: Rudolf Egelhofer, Oberkommandierender der Roten Armee in Bayern



Präsidium des Gründungskongresses der Kommunistischen Internationale in Moskau, 1919. V. l. n. r.: Klinger, Hugo Eberlein, W. I. Lenin, Fritz Platten

gegenüber ist die Diktatur des Proletariats nicht nur völlig gerechtfertigt als Mittel zum Sturz der Ausbeuter und zur Unterdrückung ihres Widerstandes, „sondern auch absolut notwendig für die ganze Masse der Werktätigen als einziger Schutz gegen die Diktatur der Bourgeoisie, die zum Krieg geführt hat und neue Kriege vorbereitet"[4]. Die Thesen W. I. Lenins wurden von den Delegierten gebilligt.[5]

Der Kongreß beschloß ferner die „Richtlinien der Kommunistischen Internationale"[6], in denen die Grundaufgaben des internationalen Proletariats im Kampf um den Sozialismus niedergelegt wurden. In einem Manifest an das Proletariat der ganzen Welt rief der Kongreß die Arbeiter und Arbeiterinnen auf, sich unter dem Banner des Kommunismus zum Kampf gegen alle Formen der sozialen und der nationalen Unterdrückung zu vereinigen.

Die „Thesen über die internationale Lage und die Politik der Entente" enthüllten die räuberischen Pläne des Ententeimperialismus gegenüber den besiegten Ländern sowie die Versuche der herrschenden Kreise in Deutschland, mit Hilfe der sozialdemokratisch-bürgerlichen Regierung die volle Macht des deutschen Imperialismus wiederherzustellen. Eindeutig charakterisierten die Thesen die räuberischen Pläne des Ententeimperialismus gegenüber Sowjetrußland, die in der Unterstützung der weißgardistischen Konterrevolution am deutlichsten hervortraten. „Die weitere Herrschaft des Finanzkapitals würde entweder zur völligen Vernichtung der zivilisierten Gesellschaft oder zu einer Steigerung der Ausbeutung, der Versklavung, der politischen Reaktion, der Rüstungspolitik und schließlich zu neuen vernichtenden Kriegen führen"[7], so endeten warnend diese Thesen.

Entschieden sprachen sich die Teilnehmer des Kongresses gegen den weißen Terror aus und riefen die Arbeiter aller Länder zu gemeinsamen Aktionen gegen die antisowjetischen Interventionen und zur Unterstützung der ersten sozialistischen Republik auf.

Einstimmig nahm der Kongreß eine Resolution über die Frauenarbeit an. Darin wurde festgestellt, daß die Kommunistische Inter-

4 W. I. Lenin: Thesen und Referat über bürgerliche Demokratie und Diktatur des Proletariats. In: Werke, Bd. 28, Berlin 1959, S. 477/478.

5 Dokument Nr. 82.

6 Dokument Nr. 84.

7 Der I. und II. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Dokumente der Kongresse und Reden W. I. Lenins. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1959, S. 108.

nationale alle ihre „Aufgaben wie auch der endgültige Sieg des Weltproletariats und die vollständige Abschaffung der kapitalistischen Ordnung nur durch den engverbundenen, gemeinsamen Kampf der Frauen und Männer der Arbeiterklasse gesichert sein können ... Die Diktatur des Proletariats kann nur unter dem regen und aktiven Anteil der Frauen der Arbeiterklasse verwirklicht und behauptet werden."[8]

Am 6. März, dem letzten Beratungstag, wurde beschlossen, zur Leitung der Kommunistischen Internationale ein Exekutivkomitee (EKKI) zu bilden. In das erste EKKI sollten die Parteien Deutschlands, Österreichs, der Revolutionären Balkanföderation, der Schweiz, Skandinaviens, Sowjetrußlands und Ungarns ihre Vertreter entsenden. Die Parteien der Länder, die vor dem zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale ihren Beitritt erklärten, erhielten ebenfalls das Recht, jeweils einen Vertreter in das EKKI zu delegieren. Erster Vorsitzender des EKKI wurde G. J. Sinowjew.

Mit der Gründung der Kommunistischen Internationale war der erste, entscheidende Schritt zur Herausbildung eines internationalen Führungsorgans der kommunistischen Weltbewegung getan. Damit war die Voraussetzung geschaffen, dem Weltimperialismus die einheitliche Front der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung unter dem Banner von Marx, Engels und Lenin entgegenzustellen.

Im November 1919 fand in Berlin auf Initiative des Russischen Kommunistischen Jugendverbandes ein internationaler Jugendkongreß statt, der die Gründung der Kommunistischen Jugendinternationale und deren Anschluß an die Kommunistische Internationale beschloß. Im Juli 1921 entstand die Rote Gewerkschaftsinternationale. In ihr schlossen sich revolutionäre Gewerkschaften und linke Gruppen der von Reformisten geführten Gewerkschaften zusammen.

Nach der Novemberrevolution stand die Kommunistische Partei Deutschlands, die einzige konsequent revolutionäre Kraft der deutschen Arbeiterklasse, vor komplizierten Aufgaben. Die Partei befand sich erst im Aufbau. Unter den schweren Bedingungen des konterrevolutionären Terrors entstanden Anfang 1919 die ersten Ortsgruppen der KPD. Sie bildeten sich zunächst in solchen Städten, in denen vor dem Gründungsparteitag Gruppen des Spartakusbundes oder der Linksradikalen bestanden hatten. Bis Ende Januar 1919 entstanden Ortsgruppen der KPD in Berlin, Beuthen, Brandenburg, Bremen,

[8] Ebenda, S. 112.

Breslau, Chemnitz, Dresden, Düsseldorf, Elberfeld, Erfurt, Essen, Frankfurt (Main), Gera, Gleiwitz, Halle, Hamborn, Hamburg, Hannover, Ingolstadt, Jena, Leipzig, Lübeck, Mannheim, Mülheim (Ruhr), München, Oberhausen, Stettin, Stuttgart, Wilhelmshaven, Zwickau und anderen Städten. Im Frühjahr begann der Aufbau von Bezirksleitungen, danach von Unterbezirksleitungen der KPD. So entstanden erste Anfänge einer einheitlichen und festen Parteiorganisation. Allerdings gab es in verschiedenen Organisationen der jungen Partei noch Widerstand gegen einen zentralistischen Parteiaufbau.

Die ideologische und politische Selbständigkeit der Partei erforderte Klarheit über die entscheidenden Probleme des Klassenkampfes. Das galt vor allem für die Staatsfrage, in der die bürgerliche Ideologie seit Jahrzehnten tiefe Verwirrung in der Arbeiterklasse angerichtet hatte. Die Mehrheit der Arbeiterklasse war, beeinflußt von der Propaganda der rechten Führer der SPD und der USPD, vor allem Karl Kautskys, in bürgerlich-parlamentarischen Illusionen befangen. Klarheit in dieser entscheidenden Frage war aber Voraussetzung, um sich entschieden von der reformistischen Politik der Klassenzusammenarbeit abgrenzen zu können. Nur wenn man die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats für den Sieg des Sozialismus anerkannte sowie den Charakter der in Deutschland bestehenden Staatsmacht richtig einschätzte, war es möglich, eine klare Stellung im Klassenkampf zu beziehen und eine richtige Politik zur Gewinnung der Massen für den Kampf gegen den Imperialismus zu entwickeln. Hierin unterschied sich die KPD grundlegend von allen anderen Parteien. Von Anfang an hatte sie klar erkannt, daß sich mit der Novemberrevolution keine grundsätzliche Veränderung der bestehenden Gesellschaftsordnung in Deutschland vollzogen hatte. Dementsprechend kennzeichnete sie die Staatsmacht als Instrument der Diktatur des Großkapitals.

Eine bedeutende Hilfe für die Propagierung dieser Erkenntnisse war die Verbreitung von Schriften der Klassiker des Marxismus-Leninismus und von Führern der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung. „Staat und Revolution" von W. I. Lenin erschien 1918/1919 in Deutschland in mehreren Auflagen und auch in Auszügen. 1919 gab die KPD W. I. Lenins Werk „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky" und die Schrift von Karl Marx „Der Bürgerkrieg in Frankreich" heraus. Artikel und Reden von W. I. Lenin und von führenden Vertretern der deutschen und der

internationalen Arbeiterbewegung erschienen im theoretischen Organ der KPD, „Die Internationale", und in der Zeitschrift der III. Internationale, „Die Kommunistische Internationale", sowie in Zeitungen der KPD und in den Organen der USPD, die unter dem Einfluß ihres linken Flügels standen.

Nach der entscheidenden Niederlage der Arbeiterklasse in den Januarkämpfen wurde in der Zentrale der KPD begonnen, erste Schlußfolgerungen aus der veränderten Lage zu ziehen. In richtiger Einschätzung der Absichten der Konterrevolution warnte die KPD die revolutionären Arbeiter vor lokalen bewaffneten Aufständen und orientierte verstärkt auf die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse. Die Zentrale erklärte in Aufrufen, daß das militärische Übergewicht der Konterrevolution und der Bewußtseinsstand der Massen den sofortigen Kampf um die Macht ausschließen. Sie rief zur Neuwahl der Arbeiterräte und zur Entfernung der Opportunisten aus den Räten auf.[9] So entstanden vor allem in der Zentrale Überlegungen über die Möglichkeit einer langsameren Entwicklung der Revolution. Doch hinderten verschiedene Umstände die Führung der KPD daran, die grundlegende Veränderung der objektiven Lage, die mit der Niederlage der Arbeiterklasse in der Novemberrevolution eingetreten war, voll zu erkennen. Die revolutionären Bewegungen in vielen europäischen Ländern hielten an. Der Klassenkampf in Deutschland wurde mit großer Härte und Erbitterung geführt. Die Zentrale der KPD, gegen die sich vor allem der Haß und der Terror der Konterrevolution richteten, mußte 1919 ihren Sitz immer wieder in andere Städte verlegen, um die Führung der Partei zu sichern. Der Sitz der Zentrale war von April bis Dezember 1919 nacheinander Leipzig, Berlin, Eisenach, Frankfurt (Main) und schließlich wieder Berlin. Auch viele Organisationen der KPD, die sich noch im Aufbau befanden, mußten häufig unter den Bedingungen der Illegalität arbeiten. Die KPD hatte ihre besten Führer verloren und besaß noch ungenügende Kampferfahrungen. In der jungen Partei bestand noch keine ideologische Einheit; auch in ihrer Führung gab es unterschiedliche Auffassungen und Schwankungen. Sowohl Vertreter der Parteiführung als auch viele Funktionäre und Mitglieder waren der Meinung, daß neue Kämpfe um die Macht unmittelbar bevorstünden und daß die Zuspitzung der Klassenkämpfe in kurzer Frist, innerhalb einiger Wochen oder Monate, die Massen der Arbeiterklasse auf die Positionen der Revolution

9 Dokument Nr. 79.

führen werde. Der Glaube an einen unvermeidlichen baldigen Zusammenbruch des Kapitalismus und an eine spontane Erhebung der Arbeitermassen, der in der KPD wirkte, hinderte diese, die Notwendigkeit der Führung und der Organisierung des Kampfes der Massen durch die Partei voll zu verstehen und konsequent die sozialen Tagesinteressen und die demokratischen Teilforderungen der Massen aufzugreifen. Die Auswirkungen dieser Auffassungen und die auf dem Gründungsparteitag der KPD sichtbar gewordenen linksradikalen Tendenzen, die auch einige führende Mitglieder der KPD vertraten, erschwerten es der Partei, sich mit den Massen der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen zu verbinden.

Die herrschende Klasse in Deutschland war bestrebt, ihre angeschlagene Machtstellung weiter zu festigen. Ihr Ziel war es, die ökonomische Macht des deutschen Imperialismus zu stärken und sich auf einen Revanchekrieg, auf einen neuen Versuch zur Eroberung der Weltherrschaft vorzubereiten. Bereits im Dezember 1918 waren diese Pläne auf einer politischen Beratung im Generalstab ausgesprochen worden.[10] Um ihr antinationales Streben verwirklichen zu können, konzentrierten die deutschen Imperialisten und Militaristen ihre ganze Kraft zunächst darauf, die deutsche Arbeiterklasse, den entschiedensten Gegner der imperialistischen Raubpolitik, zu knebeln.[11] Die Monopolherren, Junker und Militaristen wollten die Arbeiter in ganz Deutschland blutig niederwerfen und entwaffnen, die Arbeiter- und Soldatenräte auflösen, die KPD vernichten und die Errungenschaften der Novemberrevolution beseitigen. Die deutsche Großbourgeoisie verstärkte, gestützt auf die rechten Führer der SPD, ihre Angriffe auf die revolutionäre Bewegung. Wie in den Januarkämpfen zielte die Taktik der Großbourgeoisie darauf, das revolutionäre Proletariat zu vorzeitigen bewaffneten Aktionen zu provozieren, um es in isolierten Kämpfen nacheinander niederzuschlagen, bevor es sich unter Führung der KPD zum einheitlichen Kampf zusammengeschlossen hatte. Planmäßig wurde der militärische Feldzug zur Niederwerfung der Arbeiter in den revolutionären Zentren geführt.

Zunächst richtete die Konterrevolution ihren Schlag gegen Bremen. Auf Befehl Gustav Noskes rückte eine Division unter Führung von Oberst Wilhelm Gerstenberg zur blutigen Niederwerfung der Bremer Räterepublik vor. Nach heldenhaftem Widerstand der klassenbewuß-

10 Dokument Nr. 62.

11 Dokument Nr. 92.

ten Bremer Arbeiter – in ihrer ersten Reihe die Kommunisten – gegen den militärisch weit überlegenen Gegner wurde Bremen am 4. Februar 1919 von den konterrevolutionären Truppen besetzt.

Etwa zur gleichen Zeit marschierten die Truppen des Generalmajors Georg Maercker in Weimar und in anderen Orten Thüringens ein. Unter dem Schutz dieser Truppen, abseits von den revolutionären Zentren Deutschlands, trat am 6. Februar in Weimar die aus den Wahlen vom 19. Januar hervorgegangene Nationalversammlung zusammen. Sie wählte am 11. Februar Friedrich Ebert zum Reichspräsidenten. Am 13. Februar bildete Philipp Scheidemann eine Regierung aus Vertretern der SPD, der Deutschen Demokratischen Partei und des Zentrums, eine Regierung der sogenannten Weimarer Koalition. Die SPD stellte außer dem Reichskanzler mit Gustav Bauer den Arbeitsminister, mit Otto Landsberg den Justizminister, mit Gustav Noske den Wehrminister, mit Robert Schmidt den Ernährungsminister, mit Rudolf Wissell den Wirtschaftsminister und Eduard David als Minister ohne Portefeuille.

In seiner Erklärung vom 13. Februar entwickelte Philipp Scheidemann das Regierungsprogramm[12], das folgende Versprechungen enthielt: Demokratisierung der Verwaltung, Schaffung eines Volksheeres, öffentliche Kontrolle der privatmonopolistischen Wirtschaftszweige, Sozialisierung der Bergwerke und der Erzeugung von Energie, Koalitionsfreiheit für jedermann, Regelung der Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge, Verbesserung der Volksgesundheit und Wohnungsfürsorge, Unterstützung der kleinbäuerlichen und bäuerlichen Wirtschaften, Schaffung von Siedlungsland, verschärfte Erfassung der Kriegsgewinne. Doch trafen die Nationalversammlung und die Regierung nur zögernd Maßnahmen zur Verwirklichung einiger Versprechungen; in der Mehrzahl blieben sie unerfüllt, obgleich die Sozialdemokratie zu dieser Zeit entscheidenden Einfluß besaß.

Die Nationalversammlung zögerte dagegen nicht, Gesetze zur Sicherung der Macht der herrschenden Kreise zu verabschieden. Damit offenbarte sie eindeutig ihren bürgerlichen Klassencharakter. Sie beschloß mit großer Mehrheit zur Deckung des Finanzbedarfs des imperialistischen Staates eine bedeutende Erhöhung der Massensteuern. Die gewaltigen Kriegsprofite des deutschen Finanzkapitals dagegen ließ sie unangetastet. Um die konterrevolutionären Truppen in einer Hand zu konzentrieren und reguläre bewaffnete Organe der bürger-

12 Dokument Nr. 80.

lichen Staatsmacht zu schaffen, beschloß die Nationalversammlung am 27. Februar mit Zustimmung der Fraktion der SPD das Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr[13] aus Teilen der Freikorps und durch Werbung weiterer Söldner. Diese Reichswehr, zusammengesetzt aus konterrevolutionärer Soldateska, geführt von eingefleischten Militaristen, den ehemaligen kaiserlichen Generalen und Offizieren, sollte, wie es im Gesetz hieß, „den Anordnungen der Reichsregierung Geltung" verschaffen und die „Ruhe und Ordnung im Innern"[14] aufrechterhalten.

Während die Vertreter der bürgerlichen Parteien und der SPD in der Nationalversammlung über Freiheit und Demokratie redeten, wütete der Terror der konterrevolutionären Truppen weiter. Er forderte am 8. Februar in Berlin fünf Todesopfer. Zwei Tage später besetzte das dem Generalleutnant Oskar Freiherr von Watter unterstellte Freikorps Lichtschlag die Stadt Münster und verhaftete den Generalsoldatenrat des VII. Armeekorps. Am 11. Februar wurde über Hamburg der Belagerungszustand verhängt, am 12. wurden in Breslau mehrere Arbeitslose gemordet. Schritt für Schritt festigte die Großbourgeoisie ihre Staatsmacht.

Trotz ihrer Niederlage setzte die Arbeiterklasse im Februar und März die Massenkämpfe in den großen industriellen Zentren fort. In diesen Kämpfen fanden die Unzufriedenheit breiter Arbeitermassen mit den Ergebnissen der Revolution und die Empörung über das Erstarken und das provokatorische Vorgehen der Konterrevolution ihren Ausdruck. Zugleich rangen die Arbeiter um die Verbesserung ihrer Lebenslage, die sich nur wenig von derjenigen der letzten Kriegsmonate unterschied. Hunger und Elend hielten an. Die Blockade gegen Deutschland wurde von den imperialistischen Siegermächten fortgesetzt. Über eine Million Arbeiter waren arbeitslos. Tausende Erwachsene und Kinder wurden Opfer der Unterernährung. Vielen Werktätigen mangelte es an Heizmaterial und ausreichender Kleidung.

Entscheidenden Einfluß auf diese Bewegungen, in denen die Forderungen nach Sozialisierung und nach Anerkennung der Betriebsräte im Mittelpunkt standen, besaß der linke Flügel der USPD. Er hoffte, durch den Druck der Massenaktionen auf die Weimarer Nationalversammlung seine Ziele durchsetzen zu können.

Seit Mitte Februar 1919 entwickelte sich im Ruhrgebiet eine um-

[13] Dokument Nr. 86.

[14] Reichs-Gesetzblatt (Berlin), 1919, Nr. 57, S. 295.

fassende Streikbewegung, die durch das provokatorische Vorgehen der Regierungstruppen gegen die Arbeiterschaft im größten deutschen Industriezentrum ausgelöst wurde und die auf ihrem Höhepunkt am 20. Februar rund 180 000 Arbeiter erfaßte. Die Hauptforderungen der Ruhrarbeiter waren die Entfernung und Entwaffnung der konterrevolutionären Truppen und die Sozialisierung der Betriebe. Gegen die Streikenden wurde der gesamte Staatsapparat eingesetzt. Freikorps, Sicherheits- und Bürgerwehren gingen gegen die revolutionären Arbeiter vor, schossen auf die Streikposten und feuerten rücksichtslos in unbewaffnete Demonstrationen. Streikbrecher wurden mit Waffengewalt geschützt. Am 21. Februar mußte der Abbruch des Generalstreiks beschlossen werden. Kurz darauf rückten die militaristischen Verbände weiter in das Ruhrgebiet ein und wüteten grausam unter der werktätigen Bevölkerung.

Einige Tage nach Abbruch der Kämpfe im Ruhrgebiet traten große Teile der mitteldeutschen Arbeiterschaft in den Generalstreik. Im Mittelpunkt ihrer Forderungen stand die Bildung von Betriebsräten und deren Anerkennung. Auch diese demokratischen Forderungen der Arbeiter wurden von der Regierung mit dem Einsatz von Truppen beantwortet.

Das brutale Vorgehen der von General Maercker kommandierten Truppen gegen die Arbeiterbevölkerung führte vor allem in Halle zu erbitterten Kämpfen. Unter dem Druck des einheitlichen Kampfwillens der mitteldeutschen Arbeiter sah sich die Regierung schließlich gezwungen, der von der USPD geführten Streikleitung zu versichern, daß die Betriebsräte, Bezirksarbeiterräte und ein Zentralarbeiterrat in der Verfassung verankert werden würden. Nach diesem Teilerfolg wurde am 7. März der Generalstreik in Mitteldeutschland abgebrochen.

Auch in Oberschlesien flammten in diesen Wochen große Streikkämpfe auf. In vielen Gebieten Deutschlands kam es zu Teilstreiks, Massenkundgebungen und Demonstrationen.

Arbeiter aus Berliner Großbetrieben hatten seit Ende Februar den Anschluß an den mitteldeutschen Generalstreik gefordert. Am 3. März stimmte die große Mehrheit der Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, darunter viele Sozialdemokraten, für den Generalstreik. Ihre Streikforderungen – Wahl von Betriebsräten, Entwaffnung der Konterrevolution und andere – lehnten sich eng an die Forderungen der KPD an. Erstmals während der Frühjahrskämpfe

trat die Kommunistische Partei hier selbständig mit einem Kampfprogramm auf. Der Generalstreik setzte am 4. März ein. Er wurde von den Berliner Arbeitern mit großer Wucht geführt und legte tagelang Produktion und Verkehr der deutschen Hauptstadt fast völlig still. Die KPD warnte die Arbeiter, sich von der Konterrevolution zu bewaffneten Kämpfen herausfordern zu lassen.

Wieder ließ Gustav Noske seine Truppen gegen die Arbeiter marschieren und provozierte nach einem schon vor Streikbeginn festgelegten Plan bewaffnete Kämpfe. Auch Streikbrecherorganisationen wurden eingesetzt. Schließlich gelang es den rechten Führern der SPD und der USPD, den Abbruch des Generalstreiks durchzusetzen. Die Ereignisse der folgenden Tage charakterisierten die Ziele und die Methoden der Konterrevolution. Die revolutionäre Bewegung sollte im Blute erstickt werden.

Am 9. März verbreitete der Stab der Noske-Truppen mit Hilfe des preußischen Innenministeriums die Lüge, daß 60 Polizeibeamte in Lichtenberg durch „Spartakisten" ermordet worden seien. Das gab Noske die gewünschte Begründung zur Verkündung des Standrechts. Nun wüteten die konterrevolutionären Truppen hemmungslos. Etwa 1200 Arbeiter und Soldaten wurden hingemordet, einige tausend Werktätige inhaftiert. Nachdem die Reaktion ihr Ziel erreicht hatte, wurde die Meldung dementiert.

Unter den Opfern der Märzkämpfe befand sich Leo Jogiches, der im Gefängnis ermordet wurde. Er war einer der Mitbegründer der KPD und Mitglied ihrer Zentrale. Auch Heinrich Dorrenbach, einer der Führer der Volksmarinedivision, fiel einem Mordanschlag im Gefängnis zum Opfer.

Die Kämpfe im Februar und März waren auf die Verteidigung der von der Arbeiterklasse in der Novemberrevolution errungenen Rechte und auf deren Erweiterung gerichtet. Das kam auch in den Forderungen nach Sozialisierung und nach Betriebsräten zum Ausdruck. Dieses Streben nach der Beseitigung der Macht der kapitalistischen Monopole zeigte das Fortwirken der programmatischen Forderungen der revolutionären deutschen Sozialdemokratie aus der Zeit August Bebels und Wilhelm Liebknechts. Die elementaren Bewegungen bewiesen, daß Hunderttausende, ja Millionen deutscher Arbeiter hinter diesen proletarischen Forderungen standen. Diese Aktionen drückten die tiefe Unzufriedenheit mit den Ergebnissen der Revolution und die Abwendung Hunderttausender von der Sozialdemokratie aus. Aber auch

unter diesen Arbeitern wirkten noch Illusionen über den Weg zur Verwirklichung ihrer Forderungen und über den Charakter der bestehenden Staatsmacht, über Möglichkeiten, mit Hilfe dieser Staatsmacht die Sozialisierung durchzusetzen. Die Erkenntnis, daß die Sozialisierung die Beseitigung der bestehenden Staatsmacht voraussetzt, hatte sich erst ein kleiner Teil des deutschen Proletariats zu eigen gemacht.

In Betriebsräten, die in den Betrieben gewählt werden sollten, sahen viele Arbeiter ein wichtiges Organ zum Kampf gegen die Unternehmer, zur Wahrung des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter und für die Verteidigung und Erweiterung der Arbeiterrechte. Hier wurde der große Einfluß der Räteidee sichtbar, die seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution im deutschen Proletariat tiefe Wurzeln geschlagen hatte. Die Betriebsräte konnten zu wirksamen Organen zur Führung der Kämpfe in den Betrieben und zur Vertretung der Arbeiterinteressen gegen die Unternehmer werden. Die Mehrheit der Arbeiter erkannte aber noch nicht, daß die von den Führern der USPD propagierte Erringung der wirtschaftlichen und politischen Macht durch die Betriebsräte die Zerschlagung der imperialistischen Staatsmacht voraussetzte und nur im politischen Kampf gegen die Imperialisten und deren Staatsgewalt erzwungen werden konnte.

Die blutigen Feldzüge der von Gustav Noske befehligten Truppen und die ersten Handlungen der Nationalversammlung hatten vielen Arbeitern die Augen über die konterrevolutionäre Politik der Führung der SPD geöffnet. Die dadurch einsetzende Linksentwicklung in der Arbeiterklasse führte zunächst vor allem zur Stärkung der USPD. Die meisten revolutionär gesinnten Arbeiter gingen nicht sofort auf den Standpunkt des entschiedenen Klassenkampfes über. Sie sahen in der USPD die revolutionäre Partei des deutschen Proletariats und erkannten noch nicht die Bedeutung der Gründung der KPD.

In der USPD erstarkte der linke Flügel. Das wurde auch auf dem außerordentlichen Parteitag der USPD sichtbar, der vom 2. bis 6. März 1919 in Berlin stattfand. Unter dem Einfluß der Linksentwicklung in der deutschen Arbeiterklasse hatte sich der Gegensatz zwischen den zentristischen Führern und den linken Kräften in der USPD verschärft. In zahlreichen Anträgen örtlicher Organisationen an den Parteitag kam die Unzufriedenheit vieler Mitglieder mit der Politik der zentristischen Führung zum Ausdruck. Sie forderten, offen die Diktatur des Proletariats als Kampfziel zu proklamieren. Die „Programma-

tische Kundgebung" des Parteitages[15] sprach sich für die Errichtung der Diktatur des Proletariats und für das Rätesystem aus. Diese Erkenntnis wurde jedoch durch die zentristische Forderung entwertet, die zugleich die Einordnung des Rätesystems in die Verfassung verlangte. Diesen Versuch, die Diktatur der Bourgeoisie mit der Diktatur des Proletariats zu vereinen, kennzeichnete W. I. Lenin als „eine völlige Preisgabe sowohl des Marxismus als auch des Sozialismus überhaupt"[16]. Der Parteitag zeigte, daß sich die zwei in der USPD wirkenden gegensätzlichen Kräfte weiter voneinander abgegrenzt hatten: die zentristischen Führer, deren opportunistische Politik in allen Grundfragen des Klassenkampfes nun für viele Mitglieder deutlicher sichtbar wurde, und der revolutionäre linke Flügel, der von namhaften Funktionären und von großen Teilen der Mitgliedschaft verkörpert wurde.

Einen Höhepunkt des Parteitages bildete das Auftreten Clara Zetkins. Auf Anraten von Rosa Luxemburg und Leo Jogiches war sie auch nach der Gründung der KPD in der USPD geblieben, um dort für die Trennung von den zentristischen Führern und die Vereinigung der revolutionären Kräfte der USPD mit der KPD zu wirken. In einer flammenden Rede setzte sich Clara Zetkin mit den Halbheiten und der Inkonsequenz der Führung der USPD auseinander. Sie geißelte die verhängnisvolle Politik der rechten Führer der USPD während der Revolution, die Unterstützung des Sozialisierungsschwindels und das Eintreten für den Schutz der bestehenden Machtverhältnisse unter der Losung von Ruhe und Ordnung. Entschieden sprach sie sich für die enge Freundschaft mit Sowjetrußland und gegen die Versuche zur Wiederbelebung der II. Internationale aus. Deutlich charakterisierte sie die Zwiespältigkeit der USPD, das Bestehen einer revolutionären und einer opportunistischen Richtung in ihren Reihen und forderte die Trennung von den Rechten. Für sich selbst erklärte sie: „Für mich persönlich ist ein weiteres Zusammengehn mit der Rechten in der USP ein Ding der Unmöglichkeit ... Fast seit 40 Jahren kämpfe ich für das sozialistische Ideal. So alt ich bin ..., will ich doch die Zeit, in der ich noch wirken kann, dort stehen, dort kämpfen, wo das Leben ist ..."[17]

15 Dokument Nr. 85.

16 W. I. Lenin: Die Helden der Berner Internationale. In: Werke, Bd. 29, S. 383.

17 Clara Zetkin: Ich will dort kämpfen, wo das Leben ist. Aus der Rede auf dem außerordentlichen Parteitag der USPD in Berlin. In: Ausgewählte Reden und Schriften. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. II, Berlin 1960, S. 112.

Nach ihrem Austritt aus der USPD wurde Clara Zetkin Mitglied der Zentrale der KPD.

Großen Widerhall im internationalen Proletariat und auch in der deutschen Arbeiterbewegung fanden die revolutionären Vorgänge im Frühjahr 1919 in Ungarn. Dort war unter dem Druck der Massenbewegung am 20. März die bürgerlich-sozialdemokratische Koalitionsregierung zurückgetreten. Am 21. März besetzten Arbeiter und Soldaten alle wichtigen Punkte Budapests. Die Räterepublik wurde ausgerufen. Der Kampf der Kommunistischen Partei Ungarns und der ungarischen Arbeiter hatte in einer unblutigen Revolution zur Errichtung der Rätemacht geführt. Die Räteregierung verwirklichte eine Reihe bedeutender revolutionärer Maßnahmen wie die Entwaffnung der Bourgeoisie und die Bildung der Roten Armee, die Nationalisierung der Industrie, der Banken, des Transportwesens und Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Werktätigen. Die Räteregierung stellte sofort ein freundschaftliches Bündnis mit Sowjetrußland her. Doch mit Hilfe konterrevolutionärer Truppen aus den Nachbarstaaten Jugoslawien, Rumänien und der Tschechoslowakei gelang es den Ententeimperialisten, die heroisch kämpfende ungarische Rote Armee durch die gewaltige militärische Übermacht niederzuschlagen. Am 1. August fiel nach erbitterten Kämpfen die Ungarische Räterepublik. Sie hatte 133 Tage bestanden.

Die Errichtung der Ungarischen Räterepublik beflügelte den Kampf der deutschen Arbeiter. Ende März entwickelte sich im Ruhrgebiet erneut eine Massenbewegung der Bergarbeiter. Unter dem Eindruck dieser Bewegung sahen sich die Vorstände der Gewerkschaftsverbände der Ruhrbergarbeiter veranlaßt dafür einzutreten, daß die Sechsstundenschicht unter Tage – jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt – eingeführt werden sollte. Die Unternehmer mußten sich – auf den Hinweis der Gewerkschaftsführer hin, nur so könnten sie ihren Einfluß erhalten – für die Einführung der Siebeneinhalbstundenschicht aussprechen. Große Teile der Bergarbeiterschaft des Ruhrgebietes ließen sich jedoch mit diesem Teilzugeständnis nicht abspeisen. Über die Köpfe der rechten Gewerkschaftsführer hinweg beschloß eine von der KPD und der USPD einberufene Delegiertenkonferenz revolutionärer Bergarbeiter am 30. März den Generalstreik.

Diese Konferenz ließ eine Erscheinung besonders deutlich werden, die den Zusammenschluß aller Arbeiter gegen die Konterrevolution ernsthaft erschwerte: Die Empörung und der Haß gegen die Arbeits-

gemeinschaftspolitik der reformistischen Führer der SPD und der Gewerkschaften veranlaßten einen Teil der revolutionär gesinnten Arbeiterschaft, die Arbeit in den Gewerkschaften abzulehnen, und machten diese Arbeiter für sektiererische Losungen empfänglich. Unter dem Einfluß linkssektiererischer Kräfte gewannen Forderungen nach Austritt aus den von Reformisten geführten Gewerkschaften, nach deren Zerschlagung sowie nach Bildung sogenannter revolutionärer Betriebsorganisationen (Arbeiterunionen) an Einfluß. 1919 entstanden mehrere solcher Arbeiterunionen, die nach föderalistischem Prinzip aufgebaut waren, teilweise anarchistische Ideen verbreiteten und zur weiteren Zersplitterung der Arbeiterbewegung beitrugen.

Die Schachtdelegiertenkonferenz in Essen wandte sich gegen die arbeiterfeindliche Politik der reformistischen Führer des Verbands der Bergarbeiter Deutschlands, die die Sozialisierungsbestrebungen der Bergarbeiter mit Ausschlüssen aus dem Verband zu bekämpfen suchten. Gegen acht Stimmen beschlossen die Delegierten die Bildung der Allgemeinen Bergarbeiter-Union. Diese Union, die auch unter der Bergarbeiterschaft Mitteldeutschlands und Oberschlesiens Einfluß gewann, schloß sich im September 1919 auf einer Konferenz in Düsseldorf mit einigen kleineren Unionen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes zur Freien Arbeiterunion (Richtung Gelsenkirchen) zusammen. Diese bildete den Kern der im September 1921 geschaffenen Union der Hand- und Kopfarbeiter (Räteorganisation), die der Roten Gewerkschaftsinternationale angehörte.

In der KPD bestanden unterschiedliche Auffassungen über die Gewerkschaftspolitik. Unter dem Einfluß ultralinker, sektiererischer Kräfte und geleitet von den Vorstellungen von einem baldigen Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, besaßen anfangs die Stimmen derer starken Einfluß, die für die Bildung selbständiger Gewerkschaftsverbände eintraten. Mit den Veränderungen in der Lage nach den Frühjahrskämpfen 1919 und besonders angesichts des raschen zahlenmäßigen Wachstums der freien Gewerkschaften setzten sich in der Partei jedoch zunehmend jene Kräfte durch, die diese sektiererische Position ablehnten und die Notwendigkeit der Arbeit der Kommunisten in den bestehenden Gewerkschaften erkannt hatten.

Gegen den Generalstreik der Ruhrbergarbeiter verhängte die Reichsregierung sofort den Belagerungszustand. Am 7. April wurde der rechte Sozialdemokrat Carl Severing als Reichs- und Staatskommissar ins Ruhrgebiet entsandt mit dem Auftrag, die Bewegung

niederzuwerfen. Der militärische Terror und das Auftreten der rechten Führer der SPD und der Gewerkschaften gegen den Streik führten nach drei Wochen dessen Abbruch herbei. Jedoch erreichten die Bergarbeiter die Anerkennung der Siebenstundenschicht und erkämpften damit einen wichtigen Teilerfolg. Vom 31. März bis 8. April standen auch die Arbeiter Württembergs im Generalstreik.

Im Kampf gegen die Massenbewegungen des Frühjahrs 1919 zeigte es sich, daß die herrschende Klasse ihren Willen allein mit militärischer Gewalt nicht durchsetzen konnte. Sie mußte gleichzeitig zu Betrugsmanövern greifen.[18] Obgleich sich die Regierung noch Ende Februar gegen jegliche Form der Anerkennung der Räte ausgesprochen hatte und die rechten Gewerkschaftsführer sich noch Anfang April gegen die Rechte der Räte in den Betrieben wandten, sah sich die Regierung, die sich bereits am 5. März für eine Verankerung der Räte in der Verfassung hatte aussprechen müssen, am 6. April gezwungen, einen Gesetzentwurf über die Verankerung des Rätesystems in der Reichsverfassung zu veröffentlichen. Der Gesetzentwurf sah vor, die Räte zu Berufsvertretungen mit eng begrenzten ökonomischen und sozialen Aufgaben herabzuwürdigen und die Rätebewegung so ihres revolutionären Charakters zu berauben. Die Räte sollten nicht Kampforgane der Arbeiterklasse gegen die Unternehmer, sondern Organe der Arbeitsgemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit werden.

Unter dem Druck der Massenbewegungen im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland hatte die Regierung am 3. März Gesetzentwürfe für die Sozialisierung veröffentlicht. Zur gleichen Zeit, da die konterrevolutionären Truppen in vielen Städten Deutschlands Arbeiter ermordeten, klebten allerorts Plakate mit der amtlichen Verlautbarung „Die Sozialisierung ist da!“[19]. Am 13. März beschloß die Nationalversammlung das sogenannte Sozialisierungsgesetz, das am 23. März in Kraft trat. Es enthielt allgemein gehaltene Festlegungen über das Recht, dafür „geeignete wirtschaftliche Unternehmungen“ gegen Entschädigung in „Gemeinwirtschaft“, in die Hände des Reiches, der Gliedstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbände oder „wirtschaftlicher Selbstverwaltungskörper“[20], zu überführen. Was unter „Gemein-

18 Dokument Nr. 81.

19 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Reihe II, Bd. 3, Berlin 1958, S. 294.

20 Reichs-Gesetzblatt (Berlin), 1919, Nr. 68, S. 341/342.

wirtschaft" wirklich zu verstehen war, wurde durch das gleichzeitig in Kraft getretene Kohlenwirtschaftsgesetz und durch das etwas später erlassene Gesetz über die Kaliwirtschaft offenbar. Der bürgerliche Weimarer Staat verfügte mit deren Hilfe die Zwangssyndizierung der Kohle- und der Kaliindustrie, was den Konzentrations- und Zentralisierungsprozeß des Kapitals beschleunigte. Die Leitung dieser Wirtschaftszweige wurde einem Reichskohlen- beziehungsweise Reichskalirat übertragen. Ihnen gehörten Vertreter der Gewerkschaften und der Monopolherren, Vertreter der Länder, des Handels und der Verbraucher an. Den bestimmenden Einfluß in diesen Organen besaßen die Unternehmer. Die neugeschaffenen wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper waren Werkzeuge der großen Monopole mit staatlichen Befugnissen innerhalb der betreffenden Wirtschaftszweige. Die Mitarbeit reformistischer Gewerkschaftsführer in diesen Organen sollte deren monopolkapitalistischen Charakter verschleiern, den Arbeitern die Vergesellschaftung der Produktionsmittel vorspiegeln und die Massenbewegung eindämmen. Das Eigentum der Kohle- und Kaliherren an den Produktionsmitteln aber blieb unangetastet.

Diese Gesetze stärkten die wirtschaftliche und politische Macht der Monopolisten dieser Industriezweige und dienten zur Neuorganisation des staatsmonopolistischen Kapitalismus unter den Bedingungen der Nachkriegsentwicklung sowie zur Überwindung der Folgen der Kriegsniederlage. Ungeachtet dieser Tatsachen wurden diese Gesetze von der Führung der SPD als Wende im Leben der deutschen Arbeiterklasse, als Anfang vom Ende der Ausbeutung, als „Grundstein zum Aufbau des sozialistischen Staates"[21] gepriesen.

Während die deutsche Konterrevolution im Innern den Feldzug gegen das revolutionäre Proletariat führte, nahm sie gleichzeitig am Interventionskrieg des internationalen Imperialismus gegen die Sowjetmacht teil. Mit Wissen und Unterstützung der Reichsregierung sowie führender sozialdemokratischer Politiker und im Einvernehmen mit den imperialistischen Westmächten halfen die Truppen des Generals von der Goltz bei der blutigen Niederschlagung der Sowjetmacht in Litauen und dann in Lettland. Diese antisowjetische Außenpolitik der herrschenden großkapitalistischen Kräfte und der führenden Vertreter der SPD isolierte Deutschland im gleichen Augenblick, da die imperialistischen Siegermächte auf der Pariser Friedenskonferenz über

21 Vorwärts (Berlin), 14. März 1919 (Morgenausgabe).

den Gewaltfrieden verhandelten, den sie Deutschland aufzuzwingen gedachten.

Die KPD rief zum Kampf gegen die antinationale Politik der deutschen Konterrevolution, zur festen, brüderlichen Solidarität mit dem ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat der Welt auf. Viele Arbeiter folgten diesem Ruf. Die Kieler Werftarbeiter zum Beispiel lehnten die Reparatur von Kriegsschiffen ab, die im Interventionskrieg eingesetzt werden sollten. Die Eisenbahner in Ostpreußen und in anderen Gebieten verhinderten den Transport von Kriegsmaterial.

Im April 1919 wurde Bayern zum Zentrum der proletarischen Abwehrkämpfe in Deutschland. Am 21. Februar war der bayrische Ministerpräsident Kurt Eisner, ein führender Funktionär der USPD, von einem ultrareaktionären Offizier ermordet worden. Die Bluttat rüttelte die Arbeiter Münchens auf. Weit über 100 000 Menschen beteiligten sich an dem Trauerzug und demonstrierten damit gegen die Konterrevolution. In Bayern, vor allem in München, forderten die Arbeiter unter dem Eindruck der Massenkämpfe im übrigen Deutschland und der Ereignisse in Ungarn immer häufiger die Errichtung einer Räterepublik. Am 7. April proklamierten Vertreter der USPD, der Anarchisten, des Bayerischen Bauernbundes und eines Teils der SPD eine bayrische Räterepublik. Führend traten hier der junge, politisch unklare Dichter Ernst Toller, Führer der USPD in München, der Schriftsteller Ernst Niekisch, Mitglied der SPD, und die Schriftsteller und Anarchisten Gustav Landauer und Erich Mühsam hervor. Die aus Vertretern dieser vier Richtungen gebildete Regierung ließ den bürgerlichen Staatsapparat unangetastet und tat fast nichts, um die Konterrevolution zurückzudrängen und die Positionen der Arbeiterklasse zu erweitern. Die Räterepublik stieß auf den wütenden Haß der Konterrevolution.

Auch die rechten Führer der bayrischen SPD wandten sich gegen diese Räterepublik. Die bayrische Regierung, die von dem Sozialdemokraten Johannes Hoffmann geleitet wurde, hatte sich mit Ausnahme der beiden Minister, die der USPD angehörten, nach Bamberg begeben. Von dort aus bereitete die Regierung die Niederschlagung der bayrischen Arbeiterschaft durch konterrevolutionäre Truppen vor.

Die Parteiorganisation der KPD in München und besonders Eugen Leviné, den die Parteiführung im März nach München gesandt hatte – er sollte dort die Redaktion der „Münchner Roten Fahne" übernehmen und die Parteiarbeit unterstützen –, hatten vor der Ausrufung

der Räterepublik gewarnt. Sie lehnten die Beteiligung an der Scheinräterepublik entschieden ab, da eine wirkliche Räteregierung nur aus Massenaktionen der Arbeiterklasse hervorgehen könne und die Situation nach der Niederschlagung der Massen im übrigen Deutschland für die Ausrufung der Rätemacht ungünstig sei. Eugen Levine wies auf das Verhalten einiger rechter Führer der SPD hin, die in den ersten Apriltagen für eine Rätemacht in Bayern auftraten und damit unzweifelhaft provokatorische Absichten verfolgten.

Ein Teil der Münchener Garnison putschte in der Nacht zum 13. April gegen die Scheinräteregierung. Die revolutionären Arbeiter und Soldaten Münchens erhoben sich unter Führung der Kommunisten gegen diesen konterrevolutionären Putsch und schlugen ihn nieder. Am selben Tage wählte die Vollversammlung der Münchener Betriebs- und Soldatenräte einen fünfzehnköpfigen Aktionsausschuß, der aus Mitgliedern der KPD, der USPD und der SPD bestand. Angesichts der Gefahr der blutigen Niederwerfung der revolutionären Bewegung trat die KPD für entschiedene Maßnahmen gegen die Konterrevolution ein. Der Aktionsausschuß billigte das von der KPD vorgeschlagene Aktionsprogramm, das die Schaffung einer wirklichen Räterepublik vorsah, und bildete als oberstes Organ einen vierköpfigen Vollzugsrat unter der Leitung Eugen Levinés. Die KPD versuchte, die Aktionen der Arbeiterklasse zur Verteidigung der demokratischen Rechte durch den Kampf um die Beseitigung der Machtpositionen des Monopolkapitals und der Militaristen zum Erfolg zu führen.

Die Räteregierung organisierte die Bewaffnung der Arbeiter in den Betrieben und die Bildung einer Roten Armee[22], traf Maßnahmen zur Entwaffnung der Bourgeoisie, zur Besetzung wichtiger Funktionen in der Verwaltung, zur Kontrolle der Produktion durch die Betriebsräte und zur Nationalisierung der Banken.

W. I. Lenin begrüßte in einem Telegramm die Räterepublik in Bayern und gab ihr Ratschläge für ihre weitere Tätigkeit. Dieses Telegramm gelangte aber nicht mehr in die Hände der Räteregierung.

Die Bourgeoisie und die rechten Führer der SPD bereiteten die gewaltsame Niederwerfung der Räterepublik vor.[23] Anfangs erzielte die Rote Armee in Gefechten mit konterrevolutionären Truppen vor allem bei Dachau und Rosenheim militärische Erfolge. Angesichts der großen Übermacht der Konterrevolution traten jedoch unter kleinbürgerlich

22 Dokument Nr. 88.

23 Dokument Nr. 87.

gestimmten Betriebs- und Soldatenräten Schwankungen auf. Auf der Vollversammlung der Betriebs- und Soldatenräte am 27. April setzten Führer der USPD, gestützt auf diese Stimmungen, die Aufhebung wichtiger revolutionärer Maßnahmen durch, die die einheitliche Kampffront der Münchener Arbeiter im entscheidenden Augenblick schwächten. So durften wieder die bürgerlichen Zeitungen erscheinen – auch diejenigen, die hemmungslos gegen die Rätemacht hetzten –, und die alte bürgerliche Polizei wurde wieder eingesetzt. Daraufhin traten die Kommunisten aus dem Aktionsausschuß aus. Der neu gewählte provisorische Ausschuß wurde von Ernst Toller geleitet.

Am 1. Mai gelang es den Regierungstruppen, in München einzudringen. Nach dreitägigem erbittertem Kampf unterlag das Münchener Proletariat, in dessen ersten Reihen bis zuletzt die Kommunisten kämpften, der konterrevolutionären Übermacht. Dem brutalen Terror der Soldateska und der Klassenjustiz der bürgerlichen Sondergerichte fielen zusammen mit Hunderten standhaften Kämpfern die Kommunisten Eugen Levinė, Vorsitzender des Vollzugsrates, Rudolf Egelhofer, Oberkommandierender der Roten Armee, und der Anarchist Gustav Landauer zum Opfer.

In seinem Auftreten vor Gericht zeigte sich Eugen Levinė als standhafter Kommunist. Er versuchte nicht, sein Leben zu retten, sondern verteidigte die Ehre seiner Partei und seine kommunistische Weltanschauung gegen die Anwürfe des Staatsanwalts. Seine Ausführungen vor Gericht endeten mit den Worten: „Fällen Sie das Urteil, wenn Sie es für richtig halten. Ich habe mich nur dagegen gewehrt, daß meine politische Agitation, der Name der Räterepublik, mit der ich mich verknüpft fühle, daß der gute Name der Münchner Arbeiter beschmutzt wird."[24] Mit einem Hochruf auf die Weltrevolution brach er am 5. Juni 1919 unter den Kugeln konterrevolutionärer Söldner zusammen.

Mit der Niederschlagung der Bayrischen Räterepublik endeten die proletarischen Massenkämpfe, die unmittelbar der Novemberrevolution gefolgt waren. Die machtvollen Streiks und die bewaffneten Kämpfe waren nach ihrem objektiven Inhalt Aktionen zur Verteidigung der Novembererrungenschaften und für deren Erweiterung, vor allem für die Nationalisierung wichtiger Produktionsmittel und für das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben. Die revolutionäre Vorhut der deutschen Arbeiterklasse war bestrebt, diese

[24] Dokumente und Materialien . . ., Reihe II, Bd. 3, S. 426.

Kämpfe zu Aktionen für die Beseitigung der Machtpositionen der Monopolkapitalisten und Militaristen zu steigern. Diese Kämpfe bewiesen, daß der Kampfwille entscheidender Teile der Arbeiterklasse durch die Niederlage in der Novemberrevolution nicht gebrochen war. Die Aktionen der Werktätigen fanden ihren Niederschlag auch in der Aufnahme einer Anzahl demokratischer Rechte und Freiheiten in der Weimarer Verfassung, die in diesen Monaten ausgearbeitet wurde.

Insgesamt erlitten aber die kämpfenden Massen auch im Frühjahr 1919 trotz ihres Heldentums Niederlagen. Viele tausend Arbeiter und andere Revolutionäre wurden Opfer des weißen Terrors. Die einzelnen Kämpfe blieben voneinander isoliert. Es gelang nicht, sie gleichzeitig wenigstens in mehreren Gebieten auszulösen. Das ermöglichte es der einheitlich vorgehenden Konterrevolution, die Arbeiterklasse in den verschiedenen proletarischen Zentren nacheinander niederzuschlagen. Eine entscheidende Ursache dafür war das Bündnis der rechten Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften mit den Monopolkapitalisten und den Militaristen, das den einheitlichen Kampf der Arbeiterklasse und die Einbeziehung anderer Werktätiger in die Auseinandersetzung mit dem Großkapital verhinderte. Eine weitere Ursache war das Fehlen einer einheitlichen revolutionären Führung der Aktionen. Die KPD befand sich erst im Aufbau und war noch nicht so stark, um Kämpfe solchen Ausmaßes leiten zu können. Die revolutionären Kräfte in der USPD besaßen noch unklare Vorstellungen in einigen Grundfragen des Klassenkampfes.

Die Niederschlagung der deutschen Arbeiterklasse erleichterte es dem internationalen Imperialismus, Deutschland den Versailler Vertrag aufzuzwingen, und ermöglichte es der herrschenden Großbourgeoisie, ihre Staatsmacht durch die Verabschiedung der Weimarer Verfassung weiter zu festigen.

2. Der Versailler Vertrag und die endgültige Konstituierung der Weimarer Republik

Am 7. Mai 1919, wenige Tage nach der blutigen Niederwerfung der Bayrischen Räterepublik, überreichte der Präsident der Pariser Friedenskonferenz, der französische Ministerpräsident Georges Clemen-

ceau, in Versailles einer Delegation der deutschen Reichsregierung die Bedingungen des Friedensvertrags mit Deutschland. Das Versailler Diktat war in monatelangen Verhandlungen der Siegermächte zustande gekommen. Deutschland war von den Beratungen ausgeschlossen.

Der imperialistische Weltkrieg hatte zu wesentlichen Veränderungen im imperialistischen Lager geführt. Neben dem Gegensatz zwischen den Siegerstaaten und den besiegten Ländern bestanden auch erbitterte Gegensätze zwischen den imperialistischen Siegermächten. Die USA, gewaltig gestärkt aus dem Krieg hervorgegangen und aus einem Schuldner- zu einem Gläubigerstaat geworden, rangen mit Großbritannien, der ehemals stärksten imperialistischen Macht, um die Vorherrschaft auf dem Weltmarkt. Die USA, aber auch Großbritannien und Japan erstrebten die Vorherrschaft über den Fernen Osten und den Pazifik. Frankreich und Großbritannien trachteten beide nach der Vorherrschaft über Europa.

Alle diese Widersprüche sowie der Widerspruch zwischen Imperialismus und Sozialismus spiegelten sich auch in der Politik der imperialistischen Siegermächte gegenüber Deutschland wider und führten auf der Pariser Friedenskonferenz zu langen und heftigen Auseinandersetzungen zwischen diesen Staaten. Allen diesen Staaten gemeinsam war das Bestreben, Deutschland als Konkurrenten auszuschalten und das deutsche Volk auszuplündern. Vor allem aber ließen sich die Westmächte von der Stellung Deutschlands im Kampf der beiden gesellschaftlichen Systeme leiten. Deutschland war zu einem Knotenpunkt der imperialistischen Widersprüche und zum schwächsten Kettenglied im System der imperialistischen Staaten geworden. Von allen imperialistischen Ländern wurde Deutschland am stärksten von den Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution ergriffen. Ein Sieg der revolutionären Kräfte in Deutschland, einem der industriell entwickeltsten Länder der Welt mit einer hochorganisierten Arbeiterbewegung, mußte nach dem Sieg der Arbeiter und Bauern in Rußland das Schicksal des Imperialismus zumindest in Europa besiegeln. Deshalb sollte nach dem Willen der imperialistischen Siegerstaaten die Machtgrundlage des deutschen Imperialismus und Militarismus bestehen und die deutsche Großbourgeoisie so stark bleiben, daß sie in der Lage war, eine fortschrittliche und demokratische Entwicklung Deutschlands zu verhindern und die um die Befreiung vom imperialistischen Joch kämpfenden Volksmassen in Deutschland niederzuhal-

ten. Der deutsche Imperialismus und Militarismus sollte als Stoßdegen des Weltimperialismus gegen Sowjetrußland erhalten bleiben. Trotz aller Widersprüche waren sich die Schöpfer des Versailler Vertrages daher einig in dem Bestreben, Deutschland in ein antibolschewistisches Bollwerk zu verwandeln. Sie sahen im deutschen Imperialismus nicht nur den besiegten Feind, sondern auch einen Verbündeten im Kampf gegen den Sowjetstaat und die revolutionäre Bewegung in Deutschland und in ganz Europa. Dementsprechend erklärten die deutschen Imperialisten, Deutschland sei das Bollwerk Europas gegen den Kommunismus. Diese Parole betonte die klassenmäßige Gemeinsamkeit der Imperialisten aller Länder und bedeutete Anpassung an die siegreichen Konkurrenten. Als Gegenleistung für seine antikommunistische Haltung erhoffte das deutsche Finanzkapital die Unterstützung der Siegermächte für die Niederwerfung der revolutionären Kräfte in Deutschland. Weiterhin ging es ihm um militärische Zugeständnisse im Friedensvertrag. Diese hofften die deutschen Imperialisten und Militaristen durch ihre antisowjetische Orientierung leichter erlangen zu können.

Zwischen den imperialistischen Mächten bestanden weitgehende Differenzen über die Verwirklichung ihrer gegen die Interessen der deutschen Nation gerichteten Vorhaben. Jeder der imperialistischen Staaten versuchte, auf Kosten des deutschen Volkes seine eigenen Machtpositionen zu stärken.

Der französische Imperialismus verlangte die Rheingrenze, um seinen Vorherrschaftsansprüchen eine materielle Basis zu verschaffen. Er war bestrebt, das Ruhrgebiet unter seine Kontrolle zu bekommen, und forderte eine weitgehende Zersplitterung und Schwächung Deutschlands sowie hohe Reparationsleistungen, darunter vor allem die Lieferung von Kohle und Koks zur Verhüttung der französischen Eisenerze. Als wichtigste Sicherung gegen die revolutionäre Bewegung in Deutschland sah er dessen weitgehende Zerstückelung an.

Die englischen Imperialisten strebten vor allem danach, Deutschland als Konkurrenten zur See und auf dem Weltmarkt auszuschalten und sich die deutschen Kolonien anzueignen. Auch das britische Finanzkapital forderte Reparationen. Es war jedoch an einer zu weit gehenden Schwächung Deutschlands nicht interessiert, sondern wollte Deutschland als Gegengewicht gegen die französischen Vorherrschaftsbestrebungen in Europa und als zahlungsfähigen Abnehmer englischer Waren erhalten.

Die Imperialisten der USA suchten besonders durch ihre finanzielle Stärke, durch die Ausnutzung ihrer Gläubigerstellung gegenüber den alliierten Mächten und durch die Vergabe von Anleihen, ihre Weltherrschaftspläne zu verwirklichen. Diese Politik betrieben sie auch gegenüber Deutschland, das die Finanzkapitalisten der USA als ein entscheidendes Kampffeld gegen den Vormarsch der internationalen revolutionären Bewegung ansahen. Darum unterstützten sie die deutsche Reaktion bei der Niederwerfung des Proletariats, womit sie zugleich den Boden für große Anleihen an Deutschland vorbereiten wollten. Sie erstrebten ein relativ starkes, aber von den USA abhängiges Deutschland als antisowjetischen Stoßkeil und als europäisches Gegengewicht gegenüber England und Frankreich.

Der Versailler Vertrag[25] gliederte sich in 15 Teile und enthielt 440 Artikel. Seine Bestimmungen schwächten Deutschland ökonomisch, politisch und militärisch. Das Territorium Deutschlands wurde gegenüber 1910 um ein Achtel, seine Bevölkerung um ein Zehntel verringert. Auf die abzutretenden Gebiete entfielen vor dem Krieg etwa 75 Prozent der Eisenerzförderung, etwa 20 Prozent der Steinkohlenförderung und 26 Prozent der Roheisenerzeugung Deutschlands. Frankreich erhielt das 1871 vom deutschen Kaiserreich geraubte Elsaß-Lothringen zurück, Polen große Teile seiner Gebiete, die Preußen Ende des 18. Jahrhunderts annektiert hatte. Danzig erhielt den Status einer „Freien Stadt".

Die Artikel 42 bis 44 legten die Entmilitarisierung des Rheinlandes fest. Die linksrheinischen Gebiete wurden von alliierten Truppen besetzt und sollten in drei Etappen erst 1925, 1930 und 1935 geräumt werden. Die Kohlengruben des Saargebietes wurden Frankreich übereignet. Für 15 Jahre wurde es der Herrschaft des französischen Imperialismus ausgeliefert. Dann sollte eine Abstimmung über die weitere Zukunft des Saargebietes entscheiden. Die Kolonien Deutschlands wurden unter den Siegermächten aufgeteilt.

Teil V des Vertrages enthielt die militärischen Bestimmungen. Deutschland wurden erhebliche Rüstungsbeschränkungen auferlegt. Sein Landheer sollte bis zum 31. März 1920 auf 100 000, die Marinetruppe innerhalb von zwei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages auf 15 000 Mann reduziert werden. Der deutsche Generalstab wurde aufgelöst und seine Neubildung verboten. Durch den Artikel 173 wurde die allgemeine Wehrpflicht aufgehoben. Deutschland wurde der

[25] Dokument Nr. 93.

Besitz von schwerer Artillerie, Panzern, Unterseebooten, Kriegsflugzeugen und anderen modernen Waffen untersagt; die Anzahl der großen Kriegsschiffe wurde auf sechs Schiffe bis zu einer Tonnage von je 10 000 t beschränkt. Dadurch sollte eine neue Aggression des deutschen Imperialismus gegen die Westmächte verhindert werden. Zugleich aber wurden die Truppen so stark belassen, daß sie als Bürgerkriegsarmee dienen konnten.

Alliierte Kommissionen erhielten weitgehende Kontrollrechte in Deutschland. Die deutsche Verfügungsgewalt über einen Teil der Wasserstraßen, der Häfen, der Eisenbahnen und des deutschen Luftgebietes wurde begrenzt, die Beteiligung am internationalen Handel zahlreichen Einschränkungen unterworfen.

Durch die Arbeit mehrerer Generationen deutscher Werktätiger sollte eine riesige Reparationslast aufgebracht werden, deren Höhe nach langen Auseinandersetzungen 1921 auf 132 Milliarden Goldmark festgesetzt wurde. Bis 1921 sollten aber schon 20 Milliarden Goldmark gezahlt werden. Die Reparationen waren in Geld- und Sachlieferungen, vor allem in Kohle und Koks, zu leisten.

Nach der Unterzeichnung des Vertrages von Versailles schlossen die Siegerstaaten in anderen Pariser Vororten mit den ehemaligen Verbündeten Deutschlands, mit Bulgarien, Österreich, der Türkei und Ungarn, Friedensverträge ab, die gleichfalls imperialistischen Charakter trugen. So entstand das Versailler Nachkriegssystem.

In alle diese Verträge einschließlich des Versailler Vertrages wurde eingangs die Satzung des Völkerbundes aufgenommen. Die Bildung dieser Organisation war am 28. April 1919 auf der Pariser Friedenskonferenz beschlossen worden. In der Satzung des Völkerbundes wurden als dessen Aufgaben genannt, die Zusammenarbeit der Völker zu fördern und den Frieden und die internationale Sicherheit zu gewährleisten. Mit der Bildung dieses Bundes suchten die imperialistischen Siegermächte formal dem Drängen der Volksmassen nach Frieden Rechnung zu tragen und der Wirksamkeit der Leninschen Friedensprinzipien zu begegnen. Die im Völkerbund tonangebenden Mächte, vor allem Frankreich und Großbritannien, waren bestrebt, ihn als ein Werkzeug für den Kampf gegen Sowjetrußland und die gesamte revolutionäre Bewegung und zur Sicherung des Versailler Systems zu gebrauchen.

Das Versailler System spiegelte das durch den Kriegsausgang zustande gekommene Kräfteverhältnis der imperialistischen Mächte

wider. Es verschärfte die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten, vor allem zwischen den Siegern und den Besiegten. Da das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung zwischen imperialistischen Staaten weiterwirkte, barg dieses System den Keim neuer schwerer Konflikte, neuer imperialistischer Kriege in sich.

Der spätere Zusammenbruch des Versailler Systems lag in dessen imperialistischem Wesen begründet. Die Politik der imperialistischen Siegermächte gegenüber Deutschland, die sich von der Absicht leiten ließ, die Machtgrundlagen des deutschen Imperialismus zu erhalten, erwies sich in der Folgezeit als äußerst verhängnisvoll auch für diese imperialistischen Staaten, richtete sich doch die Aggression des mit ihrer Hilfe wiedererstarkten deutschen Imperialismus dann zunächst gegen sie selbst. So bewies der Imperialismus, daß er unfähig ist, die vom Krieg hinterlassenen Probleme zu lösen und einen wirklichen Frieden zu schaffen.

In der deutschen Nationalversammlung kam es zu lautstarken Auseinandersetzungen über das Friedensdiktat. Die Regierung Scheidemann trat zurück. Schließlich stimmte am 22. Juni eine Mehrheit, die aus den Fraktionen des Zentrums, der SPD, der USPD und einigen Mitgliedern der Deutschen Demokratischen Partei bestand, für die Unterzeichnung. Die bürgerlichen Rechtsparteien hatten zugestanden, daß die Unterzeichner „nur aus vaterländischen Gründen“[26] handelten. Die Unterschrift leisteten aber nicht die Politiker, die im Interesse des deutschen Monopolkapitals den Krieg entfesseln halfen, und nicht die Generale, die ihn geführt hatten, sondern Vertreter der Koalitionsregierung. Das begünstigte die nationalistische und revanchistische Hetze der rechtsbürgerlichen Kreise gegen das Friedensdiktat. Am 28. Juni wurde der Vertrag in Versailles für Deutschland von dem Außenminister Hermann Müller (SPD) und von dem Verkehrsminister Johannes Bell (Zentrum) unterzeichnet.

Der imperialistische Raubfrieden von Versailles beeinflußte lange Zeit tiefgehend die Lage des deutschen Volkes. Er unterwarf die deutschen Werktätigen der zusätzlichen Ausbeutung durch die Ententeimperialisten und beschränkte die Souveränität Deutschlands. Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse für ihre eigene Befreiung und damit für die Befreiung der ganzen Nation wurde noch schwieriger und komplizierter. Der Versailler Vertrag verschärfte dadurch die natio-

[26] Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, Stenographische Berichte, Berlin 1920, S. 1141.

nale Frage. Er traf in erster Linie das deutsche Volk, während er die Machtgrundlagen des deutschen Imperialismus bestehen ließ.

Weil in Deutschland die Macht der Monopole erhalten blieb, wurden die Lasten des Krieges und des Versailler Vertrages auf die Volksmassen abgewälzt. Gleichzeitig aber mißbrauchten die finanzkapitalistischen Kräfte die verletzten nationalen Gefühle und die berechtigte Empörung der Volksmassen gegen die erdrückenden Bedingungen des Vertrages zur chauvinistischen Propaganda. In der bürgerlichen Presse, in zahllosen Broschüren und Büchern wurden Hunger, Not, Arbeitslosigkeit und alle anderen Folgen der Herrschaft des Finanzkapitals und des imperialistischen Krieges als Ergebnis allein des Versailler Vertrages hingestellt. Als einzigen Ausweg aus dem Elend, als den einzigen Weg zu Deutschlands Größe bezeichneten die großbürgerlichen Politiker und Publizisten die gewaltsame Änderung der bestehenden Grenzen und die Eroberung von „Lebensraum". Die chauvinistische Hetze sollte die Werktätigen vom Kampf gegen ihren wirklichen Hauptfeind, den deutschen Imperialismus und Militarismus, abhalten und sie ideologisch für einen neuen imperialistischen Eroberungskrieg reif machen. Zugleich sollte sie darüber hinwegtäuschen, daß der Versailler Diktatfriede das zwangsläufige Ergebnis der verbrecherischen Politik des deutschen Finanzkapitals war. Alle diese Propagandisten der deutschen Großbourgeoisie, die vom Versailler Schmachfrieden, von der Vergewaltigung des deutschen Volkes redeten und schrieben, verschwiegen, daß die deutschen Monopolherren, Junker und Militaristen mit dem Vertrag von Brest-Litowsk, den sie Anfang 1918 dem jungen Sowjetstaat aufgezwungen hatten, das Musterbeispiel eines imperialistischen Raubfriedens geliefert hatten. Der Revanchismus wurde zu einer Hauptdoktrin des geschlagenen deutschen Imperialismus, zu einer von ihm geschickt angewandten gefährlichen Waffe.

Das Versailler Diktat war auch die Folge der außenpolitischen Orientierung der Regierung der Volksbeauftragten und der ersten Regierung der Weimarer Republik. Der antisowjetische Kurs und die Anbiederungsversuche dieser Regierungen bei den imperialistischen Westmächten, vor allem bei dem amerikanischen Monopolkapital, ermunterten die Westmächte, Deutschland das Raubdiktat aufzuzwingen. Ihren engstirnigen Klasseninteressen folgend, hatten die herrschenden großkapitalistischen Kräfte, unterstützt von den rechten Führern der SPD und der Gewerkschaften, Deutschland von Sowjet-

rußland isoliert, dem einzigen Staat der Welt, der ein entschiedener Gegner aller imperialistischen Annexions- und Versklavungspläne war, sich entschieden gegen den Versailler Raubfrieden wandte und gleichberechtigte Beziehungen zu Deutschland anstrebte.

Die deutschen Konzernherren und Großagrarier suchten in der Folgezeit Wege zur Revision und letztlich zur Beseitigung des Versailler Vertrages, um ihre Macht nach innen und außen uneingeschränkt ausüben, das deutsche Proletariat allein ausbeuten und einen neuen Raubkrieg zur Errichtung ihrer Weltherrschaft entfesseln zu können. Ihr Kampf gegen Versailles trug imperialistischen Charakter und setzte die Existenz der deutschen Nation aufs Spiel.

Der gerechte Kampf der besten Vertreter der deutschen Arbeiterklasse, an ihrer Spitze die KPD, gegen den Versailler Vertrag hatte dagegen das Ziel, Frieden und Demokratie in Deutschland zu sichern und das Selbstbestimmungsrecht und die Unabhängigkeit des deutschen Volkes durchzusetzen. Dieser Kampf richtete sich daher nicht nur gegen die ausländischen imperialistischen Unterdrücker, sondern in erster Linie gegen die Hauptfeinde einer friedlichen und demokratischen Entwicklung des deutschen Volkes, gegen die deutschen Monopolherren und Militaristen. Dieser Kampf trug demokratischen Charakter und entsprach den Lebensinteressen der ganzen Nation.

Bereits im Mai 1919 verkündete die Zentrale der KPD in den „Leitsätzen über den Frieden“[27] den entschiedenen Kampf gegen das Friedensdiktat. In ihnen wurde das imperialistische Klassenwesen des deutschen Staates gekennzeichnet und der imperialistische und gegenrevolutionäre Charakter des Versailler Vertrages entlarvt.

Als Ausweg wurden der Sturz der herrschenden Klasse in Deutschland und die Errichtung der Rätemacht genannt, die sich fest auf die werktätigen Massen im eigenen Lande und in den Ententeländern stützen könne und im engen Bündnis mit Sowjetrußland stünde. Nur so könne Deutschland einen wirklich demokratischen Friedensvertrag erlangen. Während die bürgerlichen Parteien und auch einige Führer der SPD den Versailler Vertrag vom Standpunkt des Revanchismus betrachteten, stellte die KPD als einzige Partei in Deutschland völlig richtig und konsequent die Klassenfrage in den Mittelpunkt ihrer Stellungnahme zu diesem Vertrag.

Gleichzeitig spiegelten die Leitsätze jedoch die damals in der KPD vorherrschenden Auffassungen von der nahe bevorstehenden proleta-

[27] Dokument Nr. 89.

rischen Revolution und die Unterschätzung der Möglichkeiten einer breiten Bündnispolitik im Kampf um einen demokratischen Frieden wider.

Das Auftreten der Vorhut der deutschen Arbeiterklasse gegen den Versailler Vertrag erhielt die solidarische Unterstützung der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung und vor allem des sozialistischen Sowjetrußlands.

W. I. Lenin erklärte, der Versailler Vertrag sei ein „ungeheuerlicher Raubfrieden, der Millionen und aber Millionen Menschen, darunter die zivilisiertesten, zu Sklaven macht. Das ist kein Frieden, das sind vielmehr Bedingungen, die einem wehrlosen Opfer von Räubern mit dem Messer in der Hand diktiert worden sind."[28]

Die Rettung vor den Folgen des Versailler Vertrages sah W. I. Lenin im entschiedenen Kampf der Volksmassen gegen ihre eigenen Ausbeuter. Er wies darauf hin, „daß keine Versailler Verträge die Kraft der Arbeiter und Bauern brechen können, wenn diese mit den Gutsbesitzern und Kapitalisten aufzuräumen verstehen"[29].

W. I. Lenin warnte die deutschen Kommunisten allerdings davor, sich im Kampf gegen den Versailler Vertrag im voraus die Hände zu binden und zu versprechen, im Falle der proletarischen Machteroberung den Vertrag sofort zu annullieren. Die Möglichkeit, den Versailler Vertrag zu zerreißen, hinge von der Stärke der deutschen und der internationalen revolutionären Bewegung ab, die „das einzig zuverlässige, unbezwingbare, international machtvolle Bollwerk"[30] gegen den Versailler Frieden und gegen den internationalen Imperialismus überhaupt wäre.

Die Sowjetregierung protestierte gegen den Versailler Raubfrieden. Der Volkskommissar für Äußeres G. W. Tschitscherin übermittelte in einem Funkspruch an das „deutsche arbeitende Volk" den „brüderlichen Gruß" der revolutionären Arbeiter und Bauern Sowjetrußlands und „den Ausdruck ihrer Teilnahme, Sympathie und Arbeitersolidarität".[31]

28 W. I. Lenin: Rede auf der Konferenz der Vorsitzenden der Exekutivkomitees der Kreis-, Amtsbezirks- und Dorfsowjets des Moskauer Gouvernements. In: Werke, Bd. 31, Berlin 1964, S. 317.

29 Ebenda, S. 318.

30 W. I. Lenin: Der „linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus. In: Ebenda, S. 62.

31 Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Neue Folge, 35. Jg., 1919, 2. Teil, München 1923, S. 296.

Wenige Wochen nach dem Abschluß des Versailler Vertrages wurde die Arbeit an der deutschen Verfassung beendet. Sie wurde von der Nationalversammlung am 31. Juli 1919 gegen die Stimmen der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der USPD beschlossen, am 11. August vom Reichspräsidenten unterzeichnet und trat am 14. August in Kraft. Damit war die Konstituierung der Weimarer Republik abgeschlossen. Ihren Namen erhielten die Republik und die Verfassung nach dem ersten Tagungsort der Nationalversammlung. In der Weimarer Republik herrschten die gleichen Klassenkräfte wie im Kaiserreich. Aber innerhalb der herrschenden Klasse hatte sich das Kräfteverhältnis weiter zugunsten des Monopolkapitals verschoben. Der politische und ökonomische Einfluß des Großgrundbesitzes ging zurück. Noch immer jedoch besaßen die Junker starke Positionen in Armee, Justiz und Verwaltung.

Die zu dieser Zeit mächtigsten Monopole in der Montanindustrie waren die von Haniel, Kirdorf, Klöckner, Krupp, Stinnes, Thyssen und Wolff. Durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages, vor allem durch die Gebietsabtrennungen und die Kohle- und Kokslieferungen, war diese Industriegruppe relativ am stärksten betroffen. In der Elektroindustrie herrschten die AEG, Berlin, Siemens & Halske A-G, Berlin, und Siemens-Schuckert-Werke GmbH, Berlin. Die größten Chemiemonopole, die Farbenfabriken vorm. Friedrich Bayer & Co., Leverkusen, die Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation (Agfa) in Treptow bei Berlin, die Badische Anilin- und Sodafabrik, Ludwigshafen, und die Farbwerke vorm. Meister, Lucius & Brüning, Höchst, hatten sich durch Verträge eng zusammengeschlossen.

Die Monopolherren hatten im Bündnis mit den Junkern ihre Macht behauptet. Aber ihre kompromittiertesten Vertreter sahen sich gezwungen, in den Hintergrund zu treten. In der Form der bürgerlichen Klassenherrschaft vollzogen sich wesentliche Veränderungen. An die Stelle der halbabsolutistischen Monarchie trat die Republik, in der das Finanzkapital seine Diktatur demokratisch verbrämt ausübte.

In diesen Veränderungen spiegelte sich das neue nationale und internationale Kräfteverhältnis wider, vor allem das Bestehen der Sowjetmacht und das Anwachsen der revolutionären Bewegung. Unter diesen neuen historischen Bedingungen griff das deutsche Finanzkapital zu neuen Mitteln und Methoden, um seine Machtpositionen wieder zu festigen und seine antinationalen Ziele durchzusetzen.

Innerhalb der herrschenden Klasse in Deutschland gab es unter-

schiedliche Auffassungen über die auf längere Sicht einzuschlagende Politik. Ein Teil der deutschen Großbourgeoisie sah in der bürgerlich-parlamentarischen Republik und in der Zusammenarbeit mit der Führung der Sozialdemokratie die geeignetste Form der Machtausübung. Hinter dieser Politik standen vor allem die Herren der Elektro- und der Chemieindustrie.

Vertreter der rheinisch-westfälischen Kohle-, Eisen- und Stahlmonopole dagegen waren ebenso wie die ostelbischen Grundbesitzer und die führenden Militärs grundsätzliche Gegner der bürgerlichen Demokratie; sie strebten eine Regierung ohne Beteiligung der Sozialdemokratie an und lehnten eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsführern ab. Angesichts des im Frühjahr und Sommer 1919 herrschenden Kräfteverhältnisses stellten sie jedoch notgedrungen ihre Forderungen zunächst zurück und unterstützten im wesentlichen die Politik der wendigeren Vertreter der Großbourgeoisie.

Auf den Boden dieser elastischeren Politik stellte sich auch der neugegründete Reichsverband der Deutschen Industrie, zu dem sich der Zentralverband deutscher Industrieller und der Bund der Industriellen zusammengeschlossen hatten. Diese Vereinigung, die im Frühjahr 1919 erfolgte, zeigte, wie sich die herrschende Klasse durch Zentralisation den neuen Kampfbedingungen anzupassen suchte. So schlossen sich auch die landwirtschaftlichen Organisationen, die unter der Führung der Großgrundbesitzer standen, zusammen. Mitte 1919 wurde der Deutsche Landbund gegründet, aus dem Ende 1920 durch Vereinigung mit dem Bund der Landwirte der Reichslandbund hervorging. Durch die Bildung zahlreicher Organisationen und Vereinigungen suchten sich die deutschen Monopolherren und Junker eine Massenbasis unter kleinbürgerlichen Schichten und auch in der Arbeiterklasse zu schaffen. Es entstanden konterrevolutionäre Organisationen wie der Stahlhelm, der Werwolf und der Jungdeutsche Orden, militärische Traditionsverbände und zahlreiche andere rechtsextremistische Vereinigungen. Zum großen Teil gingen sie aus den bewaffneten konterrevolutionären Truppenverbänden hervor und standen mit der Reichswehr in Verbindung. Sie waren Kampforgane der Reaktion gegen die Arbeiterklasse und alle demokratischen Kräfte und zugleich ein Reservoir für die Reichswehr. Finanziert wurden sie von den Monopolherren, besonders der Schwerindustrie, und von Großgrundbesitzern. Auch der berüchtigte Alldeutsche Verband konnte wieder seine Tätigkeit aufnehmen.

Die Mittelschichten befanden sich in überwiegender Mehrzahl noch unter dem politischen und ideologischen Einfluß der Großbourgeoisie. Sie sahen unter der Wirkung der bourgeoisen Propaganda ihre schlechte Lage in erster Linie als Folge der Niederlage im Krieg und nicht als Ergebnis der imperialistischen Kriegs- und Ausplünderungspolitik an. Die Teile der Mittelschichten, besonders der Intelligenz, die eine demokratische Umgestaltung Deutschlands erstrebten, orientierten sich vor allem auf die Demokratische Partei und auf die Sozialdemokratie.

Noch größer als in der Stadt war der Einfluß der Reaktion auf dem Lande, obgleich sich auch hier eine gewisse Veränderung abzuzeichnen begann, besonders dort, wo – wie in Mitteldeutschland – Kleinbauern, Halbproletarier und Industriearbeiter eng zusammenlebten. Während der Novemberrevolution und auch in den auf sie folgenden Monaten hatten Kleinbauern und Siedler in einigen Gebieten Forderungen nach Grund und Boden erhoben. Die Landarbeiter begannen, sich in großer Zahl gewerkschaftlich zu organisieren. Jedoch verstanden es die Großgrundbesitzer, den Klein- und Mittelbauern vorzugaukeln, die Landbevölkerung habe gemeinsame Interessen gegenüber der Stadt. Sie nutzten dabei berechnend den Haß der werktätigen Bauern auf die bürokratische Zwangswirtschaft der Kriegsjahre aus und forderten im Interesse der Großagrarier und auf Kosten der Werktätigen in den Städten – und letztlich auch der wirtschaftlich schwachen landwirtschaftlichen Betriebe – die Beseitigung aller preisbindenden gesetzlichen Bestimmungen. Die Lage auf dem Lande wurde auch dadurch beeinflußt, daß sich hier die Kriegsfolgen, vor allem der Hunger, weniger bemerkbar machten, obgleich die Klein- und die Mittelbauern unter den hohen Preisen für Düngemittel und landwirtschaftliche Maschinen und Geräte zu leiden hatten und die Steuergesetze den Großgrundbesitz begünstigten. Insgesamt besaßen die nationalistischen und in den katholischen Gebieten die klerikalen Parteien und Organisationen auf dem Lande starken Anhang.

Die herrschende Klasse band mit Hilfe eines Systems politischer Parteien große Teile der werktätigen Bevölkerung an ihre Politik und setzte mit Hilfe dieser Parteien ihre Klasseninteressen in den Parlamenten durch.

Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), die die Interessen der Junker und Großgrundbesitzer, des reaktionären Offizierskorps, der höheren Beamtenschaft und von Teilen der Schwerindustrie vertrat, besaß beträchtlichen Einfluß in landwirtschaftlichen Gebieten, beson-

ders in Ostelbien, und bei Teilen der städtischen Mittelschichten. Diese Partei betrieb eine unverhüllte chauvinistische und revanchistische Politik und trat offen gegen den bürgerlich-demokratischen Weimarer Staat auf. Starke Kräfte in ihr drängten auf eine Wiederherstellung der Monarchie und propagierten den Antisemitismus. Namhafte Vertreter dieser Partei waren Karl Helfferich, Alfred Hugenberg, Elard von Oldenburg-Januschau und Kuno Graf von Westarp.

Die Deutsche Volkspartei (DVP) war die Interessenvertreterin entscheidender Teile der deutschen Schwerindustrie und des Bankkapitals. Der besonders arbeiterfeindliche, antidemokratische Charakter dieser Partei wurde unter anderem durch die Mitgliedschaft des nach dem Krieg einflußreichsten Monopolisten Hugo Stinnes und des Großindustriellen Albert Vögler verdeutlicht. Daneben aber gab es in ihr Kräfte, die das Verhältnis der Klassen nüchterner einschätzten und sich auf den Boden der bürgerlichen Republik stellten. Sie traten für die Zusammenarbeit mit den rechten Führern der Sozialdemokratie ein, um mit deren Hilfe die Einschränkung der demokratischen Rechte der Volksmassen und den Abbau sozialer Errungenschaften der Werktätigen durchsetzen zu können. Zu ihnen gehörte Gustav Stresemann.

Die Deutsche Demokratische Partei (DDP) vertrat vorwiegend die Interessen der Fertigwarenindustrie sowie des Bank- und Handelskapitals. In ihr wirkten auch bürgerlich-liberale und demokratische Kräfte. Ihre verhältnismäßig schmale und labile Massenbasis hatte sie in Teilen des Mittelstandes, vor allem der Angestellten, der Beamten und der bürgerlichen Intelligenz. Führende Politiker dieser Partei waren Bernhard Dernburg, Erich Koch, Wilhelm Külz, Walther Rathenau und auf ihrem linken Flügel Otto Nuschke.

Das Zentrum (Z) vertrat vorwiegend die Interessen der katholischen Monopolkapitalisten und Großagrarier, besonders in Rheinland-Westfalen und Schlesien, und des hohen katholischen Klerus. Der Mißbrauch religiöser Gefühle sicherte dieser Partei eine starke und recht beständige Massenbasis in den überwiegend katholischen Gebieten. Ihr Einfluß erstreckte sich über die christlichen Gewerkschaften auch auf Teile der Arbeiterklasse. Die Religion wurde vom hohen Klerus der katholischen Kirche unmittelbar in den Dienst der imperialistischen Politik gestellt. Hierin lag die besondere Gefährlichkeit des politischen Klerikalismus für die Volksmassen. In der Partei gab es aber auch Vertreter einer kleinbürgerlich-demokratischen Politik. Politischer Kopf des Zentrums war der Prälat Ludwig Kaas. Zu ihren führenden Ver-

tretern gehörten auch Heinrich Brüning, Matthias Erzberger, Wilhelm Marx, Franz von Papen, Adam Stegerwald und Joseph Wirth, die unterschiedliche Strömungen innerhalb der Partei verkörperten.

Die Bayerische Volkspartei (BVP), die Nachfolgerin der Zentrumspartei in Bayern, stand zumeist rechts vom Zentrum. Sie vertrat die Interessen der bayrischen Handels- und Industriebourgeoisie und der Großbauern in Bayern.

Bei allen Interessenverschiedenheiten waren die bürgerlichen Parteien sich einig in ihrer Feindschaft gegenüber der deutschen Arbeiterklasse und deren revolutionärer Partei, der KPD, und gegenüber der Sowjetmacht. Innerhalb dieser Parteien bestanden jedoch tiefe Widersprüche zwischen den Interessen der reaktionären Kräfte, die die Linie dieser Parteien bestimmten, und denen ihrer werktätigen Mitglieder und Wähler. Durch eine elastische Politik, durch chauvinistische Hetze und soziale Demagogie suchten die führenden Kräfte, die Massen an die Bourgeoisie zu binden. Neben den Nationalismus und Revanchismus und die Propagierung der klassenlosen „reinen Demokratie" trat immer mehr der Antibolschewismus und Antikommunismus. Er wurde zur Hauptdoktrin der Feinde der Demokratie und des sozialen Fortschritts.

Das Bestehen einer Vielzahl von bürgerlichen Parteien und die parlamentarische Herrschaftsform erschwerten es vielen Werktätigen, den imperialistischen Klassencharakter des neuentstandenen Staates und das Wesen seines Mehrparteiensystems zu erkennen. Von der bürgerlichen Propaganda verwirrt, sahen sie nicht, daß diese Parteien den Großkapitalisten, Großagrariern und Militaristen dienten. Die demokratisch-parlamentarische Tarnung der Diktatur des Monopolkapitals sollte dem Streben der Massen nach wirklicher Demokratie, die mit der Macht der Monopole unvereinbar ist, entgegenwirken, sollte verhindern, daß das Beispiel der konsequenten, der proletarischen Demokratie von Sowjetrußland her auf Deutschland ausstrahlte.

Diesem Zweck diente auch die Weimarer Verfassung.[32] Sie wurde von großbürgerlichen Politikern und rechtssozialdemokratischen Führern ausdrücklich als internationales Modell einer „demokratischen Verfassung" der Verfassung Sowjetrußlands gegenübergestellt.

Die Weimarer Verfassung, die aus insgesamt 181 Artikeln bestand, fixierte juristisch die Ergebnisse der Novemberrevolution. Sie spiegelte das veränderte Verhältnis der Klassenkräfte wider, das sich aus der

[32] Dokument Nr. 94.

Novemberrevolution und den ihr folgenden revolutionären Kämpfen ergeben hatte.

Die Arbeiterklasse hatte sich als mächtige Kraft erwiesen und den deutschen Imperialismus zu Zugeständnissen gezwungen. So enthielt die Weimarer Verfassung eine Anzahl demokratischer Rechte und Freiheiten für das Volk. Sie garantierte im Unterschied zur Verfassung des Kaiserreichs das Wahlrecht auch allen Frauen über 20 Jahre. Alle Wahlen sollten nach dem allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Verhältniswahlrecht abgehalten werden (Artikel 22). Die Verfassung gab die Möglichkeit, Volksbegehren und Volksentscheide durchzuführen (Artikel 73 bis 75). Sie verkündete im zweiten Hauptteil demokratische Rechte wie die Rede-, Presse-, Koalitions- und Versammlungsfreiheit, die Freiheit der Person und die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz sowie die Gleichberechtigung der Frau. Die Verfassung sicherte in Artikel 163 das Recht auf Arbeit beziehungsweise Arbeitslosenunterstützung zu und gewährte im Artikel 111 allen Arbeitern, also auch den Landarbeitern, das Recht der Freizügigkeit. Die Betriebsräte wurden durch die Verfassung als wirtschaftliche Interessenvertreter der Arbeiterklasse anerkannt (Artikel 165). Im Vergleich zur Verfassung im Kaiserreich wurden die Befugnisse der deutschen Einzelstaaten zugunsten einer festeren staatlichen Zentralisation eingeschränkt.

Alle diese demokratischen Rechte und Freiheiten konnten, richtig genutzt, den Kampf der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen erleichtern. Die Weimarer Republik bot den Massen einen besseren Kampfboden als die Hohenzollernmonarchie.

Aber die Arbeiterklasse war in der Novemberrevolution geschlagen worden. Die Monopolherren und Militaristen hatten ihre Macht behauptet. Das vor allem bestimmte den Inhalt der Verfassung.

Die Deklarationen der Verfassung über „Freiheit" und „Demokratie" verschleierten ihren bürgerlich-kapitalistischen Klassencharakter. Der Klassencharakter eines Staates wird nicht durch Formulierungen in der Verfassung bestimmt, sondern durch die bestehenden ökonomischen und politischen Machtverhältnisse. Es gab keine Verfassungsbestimmung, die die ökonomische und politische Macht der Monopolherren, Junker und Militaristen, die schon im Kaiserreich die Macht ausgeübt hatten, auch nur im geringsten angetastet hätte. Im Gegenteil! Der Artikel 153 garantierte das kapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln, das die ökonomische Grundlage der in der Republik

herrschenden Gesellschaftsordnung war. Die Verfassung gewährleistete die Aufrechterhaltung der alten volksfeindlichen, bürokratischen Staatsmaschine, des Beamten-, Gerichts-, Militär- und Polizeiapparates, dessen Aufgabe in erster Linie der Kampf gegen die Volksmassen war.

Obwohl der Artikel 1 der Verfassung verkündete: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus", garantierte die Verfassung die Verfügungsgewalt einer kleinen Minderheit von Monopolherren über die Reichtümer der Nation; sie garantierte die Unantastbarkeit der Staatsbürokratie, die eng mit der herrschenden Klasse verbunden war, und sicherte so die Diktatur einer ausbeutenden Minderheit über die breiten Volksmassen. Die Rechte des Reichstages, der Volksvertretung, waren beschränkt. Der Staatsapparat war von ihm unabhängig. Die Verfassung stellte zudem den Reichspräsidenten über den Reichstag. In den Artikeln über den Reichspräsidenten, die ihm diktatorische Vollmachten verliehen, traten die antidemokratischen Züge der Verfassung offen hervor. Diese Artikel sollten als Sicherung dienen, wenn die übrigen Mittel nicht ausreichten, die imperialistische Ordnung zu schützen. Der Reichspräsident wurde auf sieben Jahre gewählt. Er hatte den Oberbefehl über die Reichswehr, er ernannte und entließ die Regierung, die zu ihrer Amtsführung das Vertrauen des Reichstages brauchte. Der Reichspräsident konnte, während er selbst faktisch unabsetzbar war, nach Artikel 25 den gewählten Reichstag auflösen. Durch den berüchtigten Artikel 48 erhielt er das Recht, die verfassungsmäßigen Grundrechte außer Kraft zu setzen, wenn „die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird". Wann diese Voraussetzung gegeben war, bestimmte der Reichspräsident, das heißt: bestimmten letztlich die mit ihm verbundenen Kräfte der herrschenden Klasse.

Ein Wesenszug der Verfassung, der sich aus ihrem Klassencharakter ergab, war der Gegensatz zwischen vielen Deklarationen im Text und der Wirklichkeit der Ausbeutergesellschaft. Die Verfassung verkündete zum Beispiel die Pressefreiheit. Aber die übergroße Zahl der Papierfabriken und der Druckereien war Eigentum der herrschenden Klasse. Die wenigen Druckereien und Presseerzeugnisse der Arbeiterklasse waren dem Terror des Staatsapparates ausgesetzt. So verhängte die Regierung 1919 eine Papiersperre über das Zentralorgan der KPD, „Die Rote Fahne". Das Papier mußte zu Schwarzmarktpreisen gekauft werden. Das führte zur Erhöhung des Verkaufspreises. Die Arbeiter

halfen sich jedoch durch Kollektivabonnements und Lesezirkel. Als die Regierung auf diese Weise ihr Ziel nicht erreichte, verbot sie die Zeitung überhaupt. Im Jahre 1919 war die „Rote Fahne" allein 270 Tage, also Dreiviertel des Jahres, verboten. Druckereien wurden geschlossen, Redakteure in Haft genommen; zugleich wurde die Pressefreiheit durch die zunehmende Monopolisierung der Presse und der anderen Institutionen der öffentlichen Meinungsbildung untergraben, um so die Meinungsbildung im Sinne der imperialistischen Ordnung zu beherrschen.

W. I. Lenin schrieb in der Auseinandersetzung mit den rechtsopportunistischen Phrasen über die „reine Demokratie": „Die jetzige ‚Versammlungs- und Pressefreiheit' in der ‚demokratischen' (bürgerlich-demokratischen) deutschen Republik ist Lug und Trug, denn *in Wirklichkeit* bedeutet sie die *Freiheit für die Reichen*, die Presse zu kaufen und zu korrumpieren, die *Freiheit für die Reichen*, das Volk mit dem Fusel der bürgerlichen Zeitungslügen betrunken zu machen, die *Freiheit für die Reichen*, die Herrensitze, die besten Gebäude usw. als ihr ‚Eigentum' fest in der Hand zu halten."[33] Die Verfassung schrieb die Unabhängigkeit der Richter vor. Aber diese Richter kamen in der Regel aus der herrschenden Klasse und sprachen Recht im Interesse ihrer Klasse. Staatsapparat, Militär und Polizei setzten sich weitgehend aus den alten, bereits im Kaiserreich tonangebenden Kräften zusammen und übten die Macht im Interesse der Reaktion aus. Schrittweise drängten der reaktionäre Staatsapparat und die reaktionäre Justiz den Reichstag, das bürgerlich-demokratische Parlament, zurück.

Der Weimarer Staat war das Instrument der Monopolisten, Militaristen und Junker zur Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft, zur Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterklasse, der gesamten Volksmassen und zur Vorbereitung eines neuen Krieges.

Die geschickte Taktik der deutschen Großbourgeoisie stellte an die Prinzipienfestigkeit und die Wendigkeit der KPD und aller ihrer Mitglieder hohe Anforderungen. Sie mußte es lernen, die bürgerlich-demokratische Ordnung für den Kampf gegen den Imperialismus und Militarismus auszunutzen und die demokratischen und sozialen Errungenschaften durch machtvolle Volksaktionen gegen alle Angriffe zu verteidigen und zu erweitern. Es kam darauf an, die in der Verfassung deklarierten demokratischen Rechte und Freiheiten mit wirklichem Leben zu erfüllen. Es galt für die KPD, sich den grundlegenden Hin-

[33] W. I. Lenin: Über „Demokratie" und Diktatur. In: Werke, Bd. 28, S. 377.

weis W. I. Lenins zu eigen zu machen, daß „das Proletariat, das den in jeder Hinsicht konsequenten, revolutionären Kampf um die Demokratie nicht führt, sich nicht zum Siege über die Bourgeoisie vorbereiten"[34] kann.

3. Die allmähliche politische und organisatorische Festigung der KPD. Die Stellung der SPD zur Weimarer Republik

Die Unterzeichnung des Versailler Vertrages und die endgültige Konstituierung des Weimarer Staates durch die Annahme der Verfassung waren von heftigen Klassenkämpfen begleitet. In zahlreichen Städten protestierten die Arbeiter auch im Sommer 1919 mit Streiks und Demonstrationen gegen den provokatorischen Einmarsch von Regierungstruppen. In vielen Orten Deutschlands veranstalteten revolutionäre Arbeiter Kundgebungen gegen das imperialistische Friedensdiktat von Versailles und für den gemeinsamen Kampf des internationalen Proletariats gegen den Weltimperialismus.

Immer wieder flammten Hungerunruhen auf, so in Berlin, Bochum, Dortmund, Kassel, Magdeburg und Mannheim. In Hamburg führte die Empörung der Werktätigen über Schieberunwesen und Lebensmittelverfälschungen sogar zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Zeitfreiwillige schossen auf die demonstrierenden Arbeiter. Arbeiter, Frauen und Kinder waren die Opfer. Die empörten Arbeiter bewaffneten sich, stürmten am 25. Juni das Rathaus und die Börse und nahmen die Besatzung gefangen. Allein beim Sturm auf das Rathaus ließen sechs Sozialdemokraten, fünf Mitglieder der USPD und fünf Mitglieder der KPD ihr Leben. Die von der Regierung nach Hamburg entsandten Soldaten weigerten sich, gegen die Arbeiter vorzugehen; viele gaben ihre Waffen ab und verließen die Stadt. Ruhe und Ordnung wurden durch die Betriebsräte und die Sicherheitswehr, die größtenteils aus sozialdemokratischen Arbeitern bestand, aufrechterhalten. Dennoch setzte Gustav Noske die Truppen des berüchtigten Kolonialisten General von Lettow-Vorbeck ein, die am 1. Juli in Hamburg einrückten. Wahllos wurden Verhaftungen vorgenommen und die Verhafteten, Männer und Frauen, nach Kolonialmanier ausgepeitscht. Die Truppen gingen so brutal und provokatorisch vor, daß die Bevöl-

[34] W. I. Lenin: Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen (Thesen). In: Werke, Bd. 22, Berlin 1963, S. 145.

kerung immer nachdrücklicher ihren Abzug forderte. Schließlich mußte sich auch die Führung der SPD dieser Forderung anschließen. Die Truppen des Generals Lettow-Vorbeck mußten abziehen. Die Sicherheitswehr aber, die in der Novemberrevolution entstanden war, wurde aufgelöst. Die Reaktion fürchtete Waffen in den Händen der Arbeiter.

Zu einer eindrucksvollen Demonstration proletarischer Solidarität gegen Konterrevolution und Militarismus wurde die Beisetzung Rosa Luxemburgs am 13. Juni 1919. Ihr Leichnam war wenige Tage vorher im Landwehrkanal gefunden worden. In Berlin ruhten die Industriebetriebe. Hunderttausende nahmen an der Trauerfeier teil. Unzählige Kränze wurden an ihrem Grab niedergelegt, an dem Vertreter des deutschen und des internationalen Proletariats der toten Führerin der deutschen Arbeiterklasse gedachten. Überall in Deutschland fanden mächtige Kundgebungen statt. In zahlreichen Städten wurde gestreikt. Auch im Ausland gedachten Arbeiter in Demonstrationen und Kundgebungen der hervorragenden deutschen Arbeiterführerin.

Im Sommer 1919 kam es zu einem gewissen Aufschwung der deutschen Wirtschaft. Die Zahl der Arbeitslosen sank von Anfang bis Ende 1919 um etwa die Hälfte, die Produktion stieg in vielen Industriezweigen leicht an. Im Vergleich zum fürchterlichen Hunger der Kriegsjahre und der ersten Nachkriegsmonate verbesserte sich allmählich und in sehr bescheidenem Ausmaß die Lebenslage eines Teils der werktätigen Bevölkerung. Hierzu trug auch die Aufhebung der Hungerblockade durch die imperialistischen Westmächte am 12. Juli 1919 bei, die von ihnen bis dahin aufrechterhalten worden war, um das deutsche Volk zur Annahme ihrer räuberischen Friedensbedingungen zu zwingen.

Unter diesen veränderten Umständen begannen die Unternehmer, die Preise in die Höhe zu treiben, um auf diese Weise die Lasten des Krieges und des Versailler Vertrages auf die Volksmassen abzuwälzen. Damit gewann die Verteidigung der sozialen und demokratischen Tagesinteressen der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen größere Bedeutung.

Im Juni 1919 trat in Weimar ein Parteitag der SPD zusammen. Zu dieser Zeit hatte die SPD eine Mitgliederzahl von über einer Million erreicht.

Der Parteitag spiegelte die veränderte Stellung und die veränderte soziale Zusammensetzung der SPD wider. Seit der Novemberrevolution war sie die stärkste Regierungspartei und hielt ausschlaggebende Positionen des Staatsapparates in ihrer Hand. Sie stellte den Reichs-

präsidenten und den Reichskanzler. Im größten deutschen Teilstaat, Preußen, sowie in anderen Ländern hatten Sozialdemokraten entscheidende Positionen in den Landesregierungen inne. Viele Tausende Sozialdemokraten wurden – als Minister, Regierungspräsidenten, Polizeipräsidenten, Bürgermeister oder als mittlere und untere Beamte und Angestellte in den Reichs- und Länderregierungen und in anderen staatlichen Einrichtungen – an den bürgerlichen Staat gebunden. Dazu kam, daß seit der Novemberrevolution – wie Otto Wels im Vorstandsbericht erklärte – zahlreiche Leute, „die während des Krieges im konservativen, liberalen und alldeutschen Lager gestanden haben"[35], zur SPD gestoßen waren. So verbreiterte sich die soziale Basis des Revisionismus in der SPD wesentlich. Nach wie vor aber stammte die Mehrheit der Mitglieder der SPD aus der Arbeiterklasse.

Der Weimarer Parteitag war der erste Parteitag der Sozialdemokratie nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und nach der Novemberrevolution. Nachdem der Siegeszug des Sozialismus begonnen hatte und Deutschland zum schwächsten Kettenglied im System der imperialistischen Staaten geworden war, wurde die Spaltung der Arbeiterklasse mit Hilfe des Opportunismus für die Aufrechterhaltung der imperialistischen Klassenherrschaft noch notwendiger. Der Sozialismus war inzwischen aus einer Theorie zur praktischen Wirklichkeit geworden; die Novemberrevolution hatte auch für Deutschland alle Grundfragen des Klassenkampfes gegen den Imperialismus und für den Sozialismus aufgeworfen. Die Führung der SPD mußte diesen Veränderungen Rechnung tragen und auf die neuen Bedingungen Antwort geben. Dazu reichten die alten Mittel und Methoden des Opportunismus nicht mehr aus.

Die rechten Führer der Sozialdemokratie leugneten die Allgemeingültigkeit der Lehren der Oktoberrevolution und der Erfahrungen der ersten Arbeiter-und-Bauern-Macht. Der beginnenden sozialistischen Wirklichkeit im Sowjetland und dem durch die Praxis des Kampfes der Arbeiter und Bauern Rußlands bestätigten Weg zur Errichtung der Macht der Arbeiterklasse stellten sie einen Weg gegenüber, der ihrer Meinung nach weder kapitalistisch noch kommunistisch wäre. Und diesen „dritten Weg" zum Sozialismus wollten sie mit Hilfe der Weimarer Republik beschreiten.

An Stelle des tatsächlichen und unversöhnlichen Widerspruchs zwi-

35 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Weimar vom 10. bis 15. Juni 1919, Berlin 1919, S. 142.

schen Imperialismus und Sozialismus, zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie konstruierten die rechtssozialistischen Führer einen Scheinwiderspruch zwischen Demokratie und Diktatur. Befangen im blinden Antikommunismus, erklärten sie sich zu Vorkämpfern einer angeblich reinen Demokratie, die sie der wirklich demokratischen Macht der Arbeiter und Bauern Sowjetrußlands, der Diktatur des Proletariats, gegenüberstellten. Den Hunger, das Elend und die tiefe wirtschaftliche Zerrüttung des Sowjetlandes, die das Ergebnis des imperialistischen Raubkrieges und des von der inneren Konterrevolution und den imperialistischen Interventen verursachten Bürgerkrieges waren, gaben die opportunistischen Führer der SPD wider besseres Wissen als Ergebnis der Politik der Sowjetmacht aus. „Bolschewistisches Chaos" oder Demokratie in Gestalt der Weimarer Republik, das bezeichnete die sozialdemokratische Führung als die Alternative, vor der das deutsche Volk stünde.

Um diese Gegenüberstellung glaubhaft zu machen, erklärten die rechten Führer der Sozialdemokratie – entgegen der historischen Wahrheit – den imperialistischen Staat der Weimarer Republik für einen demokratischen Volksstaat, mit dessen Hilfe sozialistische Politik gemacht werden könne und dessen Spitzenpositionen sie gerade aus diesen Gründen besetzt hielten. Den Sturz des Kaiserreiches und die Errichtung der aus der Novemberrevolution hervorgegangenen Weimarer Republik gaben sie als Erfüllung der alten sozialdemokratischen Ziele aus. Diese rechten Sozialdemokraten täuschten mit der veränderten Staatsform, so wichtig sie auch für den Kampf der Arbeiterklasse war, die Werktätigen über den unveränderten Klassencharakter des deutschen Staates hinweg.

Der Bericht des Parteivorstandes an den Weimarer Parteitag begann dementsprechend mit der Feststellung, daß mit der Novemberrevolution die Arbeiterklasse die politische Macht erobert habe. Die Stellung zur bestehenden Staatsmacht stand im Mittelpunkt der gesamten Beratungen des Parteitages. Das Grundprinzip der Sozialdemokratie sei das Bekenntnis zur „Demokratie". Eine solche Demokratie bestünde in der Weimarer Republik, in der das Volk herrsche. Diese Argumentation bildete den Kern der Ausführungen der rechtssozialdemokratischen Führer. So hieß es im schriftlich vorgelegten Bericht des Parteivorstandes: „Mit der Durchführung der politischen Demokratie ist Deutschland zum freiesten Staate der Welt geworden."[36] Gegen alle

[36] Ebenda, S. 16.

Versuche der KPD und von Anhängern der USPD, eine „Diktatur der Minderheit" zu errichten, müsse darum die Weimarer Demokratie verteidigt werden, die allein den Weg zum Sozialismus eröffne.

So verbreiteten die Rechtsopportunisten die Illusion, der Sozialismus könnte ohne die führende Rolle der Arbeiterklasse, ohne den Sturz der Staatsmacht der Bourgeoisie, ohne die Diktatur des Proletariats verwirklicht werden. Als Wesen ihres „Weges zum Sozialismus" bezeichneten die rechten Führer der SPD die Gewinnung der Mehrheit bei den Wahlen zum Reichstag. Den Willen der Wähler verfälschten sie jedoch. Die Millionen Stimmen für die Sozialdemokratie – abgegeben im guten Glauben, dem Sozialismus zu dienen – wurden zur Aufrechterhaltung der Macht der alten herrschenden Kräfte mißbraucht. Ja, Ebert, Noske, Scheidemann und andere sozialdemokratische Führer arbeiteten zusammen mit Monopolkapitalisten und Militaristen an der Niederwerfung der Arbeiter und wandten sich gegen den außerparlamentarischen Kampf. Sie hatten den alten Staatsapparat unangetastet gelassen, eine konterrevolutionäre bewaffnete Macht schaffen helfen und den Klassenkampf des Proletariats gegen die Herrschaft der Monopole mit allen Mitteln zu verhindern gesucht. W. I. Lenin charakterisierte die ausschließliche Orientierung auf Wahlen zur Eroberung der Macht als den „Gipfel der Borniertheit oder der Heuchelei, das hieße den Klassenkampf und die Revolution durch Abstimmungen unter Beibehaltung der alten Gesellschaftsordnung, unter der alten Staatsmacht, ersetzen"[37].

Die Anpassung der rechten sozialdemokratischen Führer an die herrschende Ausbeuterklasse vertiefte die Krise in der Sozialdemokratie. Unter dem Einfluß der neuen weltgeschichtlichen Epoche traten die Gegensätze in der deutschen Sozialdemokratie deutlicher hervor. In zahlreichen Anträgen und Diskussionsbeiträgen auf dem Weimarer Parteitag kam die Unzufriedenheit vieler sozialdemokratischer Mitglieder und Anhänger mit der Politik der Parteiführung zum Ausdruck, wurde das Streben der sozialdemokratischen Mitglieder nach wahrer Demokratie und sozialer Gerechtigkeit, nach Sozialismus deutlich. Besonders in den großen Industriezentren forderten Sozialdemokraten eine wirkliche Demokratisierung der Verwaltung, die Entfernung der reaktionären Beamten und Richter aus dem Staatsapparat, entschiedene Maßnahmen zur Sozialisierung, größere Rechte für die Betriebsräte

37 W. I. Lenin: Gruß den italienischen, französischen und deutschen Kommunisten. In: Werke, Bd. 30, Berlin 1961, S. 42.

und vor allem die Auflösung der gegenrevolutionären Freiwilligenformationen und die Bildung einer Volkswehr. Einzelne Anträge verurteilten in scharfer Form das grausame Vorgehen der gegenrevolutionären Truppen und die kompromißlerische Haltung der sozialdemokratischen Minister, deren Abweichen von den alten sozialdemokratischen Grundsätzen. Mehrfach wurde die Entfernung Gustav Noskes aus der Regierung verlangt. Andere Anträge erhoben nachdrücklich die Forderung an die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder, die Kriegsgewinne zu erfassen, entschlossener gegen den Wucher vorzugehen, die Versorgung der Werktätigen mit Lebensmitteln und Wohnungen zu verbessern, neue Steuergesetze zugunsten der werktätigen Massen zu erlassen und den fürstlichen und gräflichen Großgrundbesitz zu enteignen.

In ihren Entgegnungen auf diese Kritiken wiesen die sozialdemokratischen Parteiführer auf die Errungenschaften der Novemberrevolution hin, die gegenüber dem kaiserlichen Deutschland tatsächlich einen historischen Fortschritt bedeuteten. Die von den Massen erkämpften Rechte und Freiheiten gaben die Revisionisten, die Gegner der Novemberrevolution, als Ergebnis ihrer eigenen Politik aus. Sie behaupteten, die Hauptursache für die Unvollkommenheit vieler Maßnahmen liege in der Haltung der Massen selbst, vor allem sei sie Schuld der Kommunisten und der linken Kräfte der USPD.

Der sozialdemokratische Minister Eduard David erklärte, die Massen trügen die Verantwortung, wenn noch nicht mehr erreicht sei. Sozialismus sei Arbeit; Streiks um höhere Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit führten nur zur Zerrüttung des Wirtschaftslebens. Entsprechend ihrer Konzeption einer über den Klassen stehenden Demokratie und des allmählichen Hineinwachsens in den Sozialismus, bezeichneten die rechten Führer der SPD ihren Kampf gegen links, gegen Streiks und gegen alle revolutionären Massenbewegungen als Kampf um Demokratie und Sozialismus und suchten so den Einsatz der konterrevolutionären Truppen gegen Arbeiter zu rechtfertigen. Ausgehend von ihrer Grundthese, daß das Volk die Macht bereits erobert hätte, verleumdeten sie alle revolutionären Massenaktionen gegen die imperialistische Klassenherrschaft und um demokratische Rechte der Arbeiterklasse als Angriffe gegen Demokratie und Sozialismus.

Verschiedene Delegierte wandten sich gegen diese Politik und Argumentation des Parteivorstandes. Mehrere Redner verwahrten sich entschieden gegen Eduard Davids Verleumdungen der Streiks und wiesen nach, daß gerade durch diese Streiks viele der sozialen Errungenschaf-

ten erkämpft worden waren und daß angesichts der ständigen Preistreibereien der Bourgeoisie kein anderer Weg zur Sicherung der elementaren Lebensbedürfnisse der Arbeiterklasse blieb. Sie kritisierten, wie es ein Delegierter aus Frankfurt (Main) formulierte, die „Karikatur der Demokratie", die „alte Landratsherrschaft"[38] in der Verwaltung und die Herrschaft der reaktionären Offiziere in der Reichswehr. Sie spürten, wie begrenzt die errungene Demokratie war. Unter dem Eindruck der wiederholten Forderungen sozialdemokratischer Delegierter nahm der Parteitag einen Antrag zur Sozialisierung[39] an, in dem die Sozialisierung oder – wo diese noch nicht möglich sei – eine gesellschaftlich kontrollierte Volkswirtschaft verlangt wurde. Jedoch beruhte auch dieser Beschluß auf den Prinzipien der Arbeitsgemeinschaftspolitik. Die rechten Führer der SPD nahmen weder die Sozialisierung ernsthaft in Angriff noch verwirklichten sie die geforderte gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeiter im Wirtschaftsleben.

Ein Beschluß über die Freiwilligenkorps[40] „würdigt die Beschwerden der Parteigenossen über die Haltung der Freiwilligenkorps und ihrer Führer"[41]. Er verlangte die politische Neutralität dieser Verbände. Hiermit wurde zwar formell den Protesten Hunderttausender Arbeiter Rechnung getragen, aber wirksame Maßnahmen gegen den konterrevolutionären Terror wurden weder festgelegt noch später eingeleitet.

In der Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie sahen die rechten Führer der SPD das Mittel zur Verwirklichung ihrer Konzeption. Sie erklärten, daß die Bildung von Koalitionsregierungen wegen der Wahlergebnisse unvermeidlich geworden sei. Die Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik der rechten Führer der SPD und der Gewerkschaften sowie die Abwiegelung aller Massenkämpfe konnten angesichts der tatsächlichen Machtverhältnisse in Deutschland, wo die Macht in den Händen der Monopolherren lag, nur zu deren Stärkung führen.

Durch seine elastischere Politik war es dem deutschen Monopolkapital mit Hilfe der sozialdemokratischen Führung gelungen, seinen Einfluß auf einen großen Teil der deutschen Arbeiterklasse aufrechtzu-

38 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Weimar vom 10. bis 15. Juni 1919, S. 184.

39 Dokument Nr. 91.

40 Dokument Nr. 90.

41 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Weimar vom 10. bis 15. Juni 1919, S. 507.

erhalten und Illusionen über die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verbreiten, die sich in der Auffassung vom „dritten Weg" widerspiegelten. Einer der Vertreter des deutschen Monopolkapitals, Gustav Stresemann, erklärte zu dieser Zeit: „Eine Regierung ohne Sozialdemokraten scheint mir während der nächsten 2 bis 3 Jahre überhaupt noch nicht möglich zu sein, da wir sonst von Generalstreik zu Generalstreik taumeln würden ..."[42]

Die Propagierung des „dritten Weges" blieb nicht ohne Einfluß auf große Teile der sozialdemokratischen Anhängerschaft. Da im Reich und in der Mehrzahl der Länder Sozialdemokraten an der Spitze von Koalitionsregierungen standen, wurden Illusionen geweckt, daß die Arbeiterklasse tatsächlich führend an der Ausübung der Macht teilnähme. In bürgerlichen Auffassungen vom Staat befangen, durchschauten viele Arbeiter nicht, daß die Politik der sozialdemokratischen Minister den Interessen der Großbourgeoisie diente. Die Durchsetzung jahrzehntelanger Teilforderungen der Arbeiterklasse während und nach der Novemberrevolution und der Erlaß einer größeren Anzahl sozialpolitischer Gesetze und Verordnungen wie die über den Achtstundentag und über die Sozialversicherung vertieften diese Illusionen noch. Das Sehnen der Arbeiter nach Frieden, Brot und Arbeit schien nach jahrelangem Völkermorden seine Erfüllung zu finden. Die Bindung an die Partei und die Unterordnung unter die Parteidisziplin, diese guten proletarischen Traditionen, mißbrauchten die Ebert und Noske für ihre antinationale und arbeiterfeindliche Politik. Große Teile der Arbeiterklasse waren auch durch die Niederlagen in den revolutionären Kämpfen entmutigt und darum den Argumenten der sozialdemokratischen Parteiführung zugänglich, daß mit Massenkämpfen nichts zu erreichen sei und Streiks nur die ruhige Entwicklung zum Sozialismus aufhielten. So gelang es den rechten Führern der Sozialdemokratie, gegen den Widerstand einiger Delegierter, in deren Auftreten sich die Wünsche und Vorstellungen großer Teile der sozialdemokratischen Mitgliedschaft widerspiegelten, auf dem Parteitag ihre Politik der Klassenzusammenarbeit durchzusetzen.

Da die rechten sozialdemokratischen Führer in den Gewerkschaften entscheidende Positionen innehatten, konnten sie ihre bürgerlich-revisionistischen Ideen in breite Schichten der Arbeiterklasse tragen.

Die Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften war nach dem Kriege

[42] Zit. nach: Annelise Thimme: Gustav Stresemann. Eine politische Biographie zur Geschichte der Weimarer Republik, Hannover und Frankfurt am Main 1957, S. 40.

sprunghaft angewachsen. Betrug sie 1918 im Jahresdurchschnitt erst 1,6 Millionen, so erreichte sie im Sommer 1919 bereits 5,8 Millionen und Ende 1919 7,3 Millionen, davon 1,6 Millionen Frauen. So waren die Gewerkschaften zur Organisation breitester Arbeitermassen geworden. Das stürmische Wachstum der Gewerkschaften zeigte, daß große Teile des Proletariats gewillt waren, ihre Lage zu verbessern und ihre Interessen zu verteidigen.

In der Zeit vom 30. Juni bis 5. Juli 1919 tagte der 10. Gewerkschaftskongreß in Nürnberg. Er beschloß die Vereinigung der Zentralverbände zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB), nahm dessen Satzungen und die „Richtlinien über die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften" an. Carl Legien, der bisherige Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften, wurde Vorsitzender des ADGB. Die rechtssozialdemokratischen Gewerkschaftsführer setzten auf dem Kongreß gegen starke oppositionelle Kräfte ihre Konzeption der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie und des friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus durch. Mit 420 gegen 181 Stimmen wurde den Gewerkschaften die Beteiligung an den Arbeitsgemeinschaften mit den Unternehmern empfohlen.

Die große Mehrheit der oppositionellen Kräfte stand unter der Führung von Funktionären der USPD, während der Einfluß der KPD in den Gewerkschaften noch schwach war. Einen sichtbaren Ausdruck fand die Linksentwicklung innerhalb der Gewerkschaften auf der 14. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV) im Oktober 1919 in Stuttgart. Robert Dißmann, Mitglied der USPD, wandte sich als Hauptsprecher der oppositionellen Delegierten entschieden gegen die Burgfriedenspolitik, gegen die Taktik der Klassenzusammenarbeit der rechten Führer der Gewerkschaften und erklärte, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband eine Organisation des Klassenkampfes sein müsse. Die oppositionelle Mehrheit der Konferenz lehnte entsprechend den von den Kommunisten unterstützten Anträgen linker Mitglieder der USPD die Arbeitsgemeinschaft ab und forderte den Zusammenschluß der gewerkschaftlichen Organisationen zu Industrieverbänden. Die Konferenzmehrheit wandte sich dagegen, die Arbeitslosenunterstützung aus Gewerkschaftsmitteln zu erhöhen, da die Unterstützung der Arbeitslosen Angelegenheit des Staates sei, und sprach sich für die Erhöhung der Streikunterstützung aus. Gegen nur zwei Stimmen wurde auf Antrag des Kommunisten Josef Miller eine Entschließung angenommen, die dem kämpfenden Sowjetrußland

brüderliche Sympathie aussprach, die Einstellung der Blockade gegen den Hort der proletarischen Revolution forderte und die sofortige Aufnahme diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen zu Sowjetrußland verlangte. Die unter Führung der USPD stehende Opposition erhielt die Mehrheit im Verbandsvorstand.

Die Struktur des ADGB erschwerte das geschlossene Auftreten der in ihm vereinigten Arbeiter. Er war in über fünfzig Berufsverbände zersplittert. Neben dem ADGB bestanden noch immer der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands unter maßgeblichem Einfluß des Zentrums mit etwa einer Million Mitgliedern und der Verband der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) mit rund 190 000 Mitgliedern. Eng verbunden mit dem ADGB war die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (AfA), die sich 1920 als Allgemeiner freier Angestelltenbund fester zusammenschloß und 1921 einen Organisationsvertrag mit dem ADGB unterzeichnete.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1919 kämpften in ökonomischen Streiks große Teile der deutschen Arbeiterklasse für Lohnerhöhungen und gegen Preissteigerungen. Infolge des verstärkten ökonomischen Druckes der Monopolbourgeoisie wurden in wachsendem Maße auch Teile der Arbeiterklasse, der Angestellten- und Beamtenschaft, die bisher nicht aktiv am Klassenkampf teilgenommen hatten, in die Aktionen einbezogen.

Von Ende Mai bis Anfang Juli 1919 kam es zu einer Welle von Eisenbahnerstreiks, die in Ostpreußen ihren Ausgang nahm und auf Berlin, Mitteldeutschland, Schlesien und Westdeutschland übergriff. Im Sommer und Herbst streikten vielerorts Landarbeiter für höhere Löhne, besonders in Mitteldeutschland, Ostpreußen, Pommern und Schleswig-Holstein. Ein Ausstand der Berliner Telegrafenarbeiter im Juli erzwang die Wiedereinstellung von 287 entlassenen Kollegen. 25 000 Siemens-Arbeiter erreichten durch Arbeitsniederlegung Ende Juli die Wiedereinstellung von 41 entlassenen Vertrauensleuten. Im August streikten 25 000 mitteldeutsche Kaliarbeiter, die Arbeiter von Chemnitz, die Hamburger Bankbeamten und fast 200 000 deutsche und polnische Berg- und Hüttenarbeiter in Oberschlesien, im Oktober 15 000 Hilfsangestellte des Berliner Magistrats.

Der Berliner Metallarbeiterstreik, der vom 18. September bis zum 11. November dauerte, erfaßte rund 160 000 Arbeiter. Die Führung dieses Streiks lag in den Händen der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, in der die USPD die Mehrheit besaß. Die

Taktik der Streikleitung, in einzelnen Abteilungen der Betriebe den Unternehmern Forderungen zu stellen und bei deren Ablehnung für diese Teile der Belegschaft den Streik auszurufen, brachte ihn jedoch nur schleppend in Gang. Die Streikleitung bemühte sich, den Streik im Rahmen eines Lohnkampfes zu halten. Die rechten Führer der SPD traten von Anfang an gegen den Streik auf. Der Einfluß der Zentrale der KPD auf diesen Kampf war gering, da sie wegen des Belagerungszustandes in Berlin ihren Sitz nach Frankfurt (Main) hatte verlegen müssen und weil in der Berliner Organisation der KPD die antigewerkschaftliche, radikalistische Opposition starke Positionen besaß.

Obgleich Sympathiestreiks der Heizer, Maschinisten und Elektriker die Bereitschaft der Berliner Werktätigen bewiesen, den Kampf der Metallarbeiter zu unterstützen, obgleich noch auf der Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes am 2. und 3. November, an der über 4000 Gewerkschafter teilnahmen, die Mehrheit der Redner die Ausrufung des Generalstreiks der Berliner Arbeiter verlangte, verhinderte die Berliner Gewerkschaftskommission unter dem Einfluß rechter sozialdemokratischer Führer den Generalstreik. Zur Unterdrückung des Streiks wurde in größerem Umfang die Technische Nothilfe, eine im Laufe des Jahres 1919 aus reaktionären Kräften gebildete staatliche Streikbrecherorganisation, eingesetzt. Der Kampf der Berliner Metallarbeiter, die einer einheitlichen Front der Unternehmer und des Staatsapparates gegenüberstanden, wurde am 11. November mit geringen Teilerfolgen von der Streikleitung abgebrochen.

Eine große Rolle spielten in den Aktionen der zweiten Jahreshälfte die Kämpfe um die Rechte der Betriebsräte. Im Zusammenhang mit dem veränderten Charakter der Kämpfe verloren die noch bestehenden politischen Arbeiterräte ihre Bedeutung. Dagegen vermochten die Arbeiter die Existenz von Betriebsräten zu sichern, die ein begrenztes Mitbestimmungsrecht ausübten. Die rechten Führer der Gewerkschaften suchten nun, da sie erkannten, daß das Bestehen der Betriebsräte nicht mehr zu verhindern war, diese den Gewerkschaften unterzuordnen.

Die Mehrzahl der ökonomischen Streiks führte nur zu Teilerfolgen für die Arbeiterklasse. Vielfach wurden die von den Arbeitern erkämpften Lohnerhöhungen durch Preissteigerungen und zunehmende Geldentwertung bald wieder zunichte gemacht. Die rechten sozialdemokratischen Führer benutzten ihre starken Positionen in den Ge-

werkschaften, um die Streikbewegung getreu ihrer Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik abzuwürgen.

Das Fehlen großer revolutionärer Auseinandersetzungen in der zweiten Hälfte des Jahres 1919 war sichtbarer Ausdruck der sich jetzt voll auswirkenden Niederlage der Arbeiterklasse in der Novemberrevolution. Das machte es für die KPD noch notwendiger, aus den veränderten Kampfbedingungen entsprechende Schlußfolgerungen zu ziehen.

Die Novemberrevolution hatte gelehrt, daß der Kampf nicht unmittelbar um die Diktatur des Proletariats geführt werden konnte. Das deutsche Monopolkapital war in der Machtausübung erfahren und trug auf seine Weise den revolutionären Ereignissen in Deutschland und der Welt Rechnung. Einerseits suchte es durch brutalen Terror die revolutionären Kräfte der deutschen Arbeiterklasse blutig niederzuwerfen. Mit sozialpolitischen Zugeständnissen bemühte es sich andererseits, den Eindruck zu erwecken, als ob eine Wende in seiner Politik eingetreten sei. Schließlich war es bestrebt, durch Chauvinismus und Revanchismus breite Schichten der Bevölkerung an sich zu ketten. Das alles verband das deutsche Monopolkapital mit einer breit angelegten antikommunistischen Hetze. Diese Taktik ermöglichte es ihm, trotz der Schwächung und Erschütterung seiner Positionen seinen Einfluß auf große Teile des Volkes, darunter auch auf die Mehrzahl der Bauern und auf andere werktätige Schichten, zu erhalten.

Vor allem war es den deutschen Imperialisten gelungen, mit Hilfe der rechten Führer der SPD und der Gewerkschaften sowie der rechten Führer der USPD die Spaltung der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten. Der Einfluß des Opportunismus war in der deutschen Arbeiterklasse noch stark.

Schließlich besaß die deutsche Monopolbourgeoisie in ihrem Kampf gegen die revolutionäre Bewegung die Unterstützung der imperialistischen Siegerstaaten, die um die Bedeutung Deutschlands im Kampf der beiden gesellschaftlichen Systeme wußten.

Das waren einige der komplizierten Bedingungen, die von der KPD bei der Ausarbeitung ihrer Strategie und Taktik berücksichtigt werden mußten.

Angesichts der veränderten Lage war es für die KPD noch dringlicher geworden, feste Verbindungen mit den Massen der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen herzustellen und hauptsächlich in den großen Massenorganisationen der Arbeiterklasse, vor allem in den

Gewerkschaften, zu wirken. Die KPD mußte eine Politik entwickeln, die es ihr ermöglichte, die Arbeiter und die anderen Werktätigen vom opportunistischen Einfluß zu befreien und sie anhand ihrer eigenen Erfahrungen auf den Weg des entschiedenen antiimperialistischen Kampfes zu führen.

Es galt, an die die Arbeiter und die übrigen Werktätigen unmittelbar bedrängenden Sorgen und Nöte anzuknüpfen. Im Kampf um die Verteidigung und Erweiterung der in der Novemberrevolution errungenen sozialen Rechte und demokratischen Freiheiten mußte die Mehrheit der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen gewonnen und mußten alle Möglichkeiten genutzt werden, um die demokratischen Bewegungen zu Massenkämpfen zum Sturz der Herrschaft der Monopolkapitalisten und Militaristen zu steigern. Das erforderte von der KPD, sich mitten im Feuer des härtesten Klassenkampfes die grundlegenden Erkenntnisse des Leninismus anzueignen und sie schöpferisch auf die konkreten Kampfbedingungen in Deutschland anzuwenden. Nur so konnte die Partei ihre historische Aufgabe lösen. Sie mußte Losungen aufstellen und Formen und Methoden des Kampfes ausfindig machen, die den in Deutschland gegebenen Verhältnissen entsprachen, den Massen verständlich waren und diese an den Kampf um die Macht der Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats, heranführten.

Die ideologische und organisatorische Festigung der KPD war die Voraussetzung, um den Einfluß des Revisionismus zurückzudrängen, die Arbeiter in der USPD vom Einfluß des Zentrismus zu lösen, die KPD zu einer revolutionären Massenpartei zu entwickeln und die Arbeitereinheit herzustellen. Die Partei und ihre Mitglieder waren nicht durch eine Mauer von den anderen Klassen und Schichten getrennt. Die Partei stand im schweren, komplizierten Kampf gegen einen mächtigen und erfahrenen imperialistischen Gegner. In der Partei gab es nicht nur revolutionäre, im Klassenkampf gestählte Kader. Die Arbeiter und die übrigen Werktätigen, die zur KPD stießen – sie zählte im Herbst 1919 annähernd 107 000 Mitglieder –, besaßen unterschiedliche politische Reife. Unter ihnen waren auch solche, die Vorurteile und Unklarheiten in die Partei hineintrugen.

Die Versuche, eine den neuen Bedingungen des Kampfes entsprechende Taktik auszuarbeiten, stießen in der Partei auf den Widerstand linkssektiererischer Auffassungen. Deren Verfechter traten mit einer engen Politik auf, wandten sich gegen die Massenarbeit der Partei und gegen den Kampf um demokratische Forderungen. Diese Auffassungen

hatten sich auf die Haltung vieler Delegierter des Gründungsparteitages in wichtigen politischen Fragen ausgewirkt. In der veränderten Lage wurden diese linkssektiererischen Erscheinungen noch gefährlicher, drohte noch mehr die Isolierung von den Massen. Diese Politik, deren Hauptvertreter Heinrich Laufenberg, Fritz Wolffheim sowie Otto Rühle waren, war Ausdruck eines kleinbürgerlichen Revolutionarismus, der Ideologie der vom Imperialismus ruinierten Kleinbürger, die sich in revolutionären Situationen voller Ungeduld und Leidenschaft in den revolutionären Kampf werfen, denen aber proletarische Disziplin und Ausdauer fehlen.

Unter Ausnutzung der schweren Lage, in der sich die Partei befand, wandten sich die radikalistischen Kräfte gegen den Aufbau einer fest organisierten und von einem Zentrum geleiteten kommunistischen Partei. Unter dem Schlagwort des Kampfes gegen die Diktatur der Führer richteten sie das Feuer gegen die sich gerade festigende Parteidisziplin und den sich erst herausbildenden demokratischen Zentralismus. Diese Kräfte erstrebten die Bildung einer politisch-gewerkschaftlichen Einheitsorganisation, die an die Stelle der Partei treten sollte. Diese syndikalistische These richtete sich gegen die führende Rolle der revolutionären Partei im Klassenkampf der Arbeiterklasse. Die linken Sektierer lehnten die Arbeit in den von den Reformisten geleiteten Gewerkschaften und die Ausnutzung des bürgerlichen Parlaments für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse ab. Damit erschwerten sie es der Partei, die entscheidende Aufgabe zu lösen, die Mehrheit der Arbeiter und der anderen Werktätigen zu gewinnen. Einige Vertreter dieser Gruppe bezogen einen bürgerlich-nationalistischen Standpunkt. Der Angriff der linkssektiererischen Elemente, die unter dem Druck der imperialistischen Bourgeoisie vor den Schwierigkeiten des Kampfes um die Gewinnung der Massen kapitulierten, richtete sich gegen den Bestand der Partei selbst.

Die parteifeindlichen Kräfte machten sich dabei die unklaren linksradikalen Stimmungen zunutze, die unter vielen ehrlichen revolutionären Arbeitern, darunter auch Parteimitgliedern, verbreitet waren. Diese Stimmungen waren die Reaktion vieler im Klassenkampf noch wenig erfahrener Arbeiter auf die Haltung der rechten sozialdemokratischen Führer während der Revolution und auf den Terror des Weimarer Staates gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung. Dieser aufrichtige und berechtigte Haß machte viele revolutionäre Arbeiter blind, ließ sie die neuen Kampfbedingungen und die Notwendigkeit einer

breiten Massenpolitik der Partei nicht erkennen. Gestützt auf diese unklaren Stimmungen, brachten die Parteifeinde die KPD in eine schwierige Lage.

Die Auseinandersetzung mit parteifeindlichen Auffassungen und Gruppen in der KPD war ein unvermeidlicher Bestandteil des Klassenkampfes zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie, zwischen der revolutionären proletarischen und der reaktionären bürgerlichen Ideologie, seine Widerspiegelung innerhalb der Partei und nicht, wie die Reaktion in ihrer antikommunistischen Propaganda erklärt, eine Aufeinanderfolge von Cliquenkämpfen.

Ein Schritt vorwärts in der Entwicklung der Organisation der KPD war die Reichskonferenz, die am 14. und 15. Juni 1919 illegal in Berlin tagte. Sie beschloß das erste Parteistatut der KPD, das nach geringfügigen Veränderungen vom 2. Parteitag bestätigt wurde. Als Voraussetzung für die Mitgliedschaft, die vom 14. Lebensjahr an möglich war, wurde die Anerkennung des Programms und der Satzung der Partei gefordert. Handlungen gegen deren Grundsätze und Beschlüsse sollten mit dem Ausschluß aus der Partei geahndet werden. Die Ortsgruppen waren nach diesem Statut in ihrer Organisationsarbeit im Rahmen der Parteigrundsätze und der Parteibeschlüsse selbständig und gaben sich eine eigene Satzung. Die Ortsgruppen sollten sich nach Wirtschaftsgebieten und diese nach Agitationsbezirken zusammenschließen. Höchste Instanz der Bezirke war die Bezirkskonferenz, die einen Bezirksausschuß zur Leitung der ständigen Parteiarbeit einsetzte, höchstes Organ der Gesamtpartei der Parteitag. Seine Beschlüsse wurden als bindend für alle Mitglieder und Organisationen erklärt. Die Führung der Geschäfte der Partei sollte im Auftrag des Parteitages ein Zentralausschuß übernehmen. Zwölf Mitglieder – nach der Änderung des Statuts durch den 2. Parteitag nur noch sieben – waren unmittelbar durch den Parteitag, 13 Mitglieder nach den Vorschlägen der Bezirke zu wählen. Die engere Zentrale, deren Tätigkeit durch den Gesamtausschuß zu kontrollieren war, hatte die laufenden Geschäfte zu führen. Der Zentralausschuß sollte regelmäßig zu Tagungen zusammentreten und bei allen wichtigen Beschlüssen mitwirken. Obwohl dieses Statut gewisse Mängel hatte – es legte dem Parteiaufbau noch ungenügend den demokratischen Zentralismus zugrunde und behielt die Wohnbezirksorganisation als Grundzelle der Partei bei –, besaß es für die Auseinandersetzung mit den parteifeindlichen Auffassungen und für die politisch-organisatorische Festigung der Partei große Bedeutung.

Die Konferenz faßte einen Beschluß gegen den Syndikalismus. Sie forderte von allen Parteimitgliedern, die Notwendigkeit der politischen Partei des Proletariats anzuerkennen, deren Organisation nicht föderalistisch, sondern straff zentralisiert sein müsse. Wesentliche Hilfe in der Auseinandersetzung mit den ultralinken Auffassungen leistete Karl Radek. Er war im Februar 1919 in Berlin in Schutzhaft genommen worden, aber unterstützte vom Gefängnis aus mit Artikeln und Broschüren die Auseinandersetzung mit den Sektierern.

Am 10. Oktober 1919 nahm W. I. Lenin in seinem Gruß an die italienischen, französischen und deutschen Kommunisten auch zu Grundfragen der Entwicklung der KPD Stellung. Anhand der Erfahrungen der Arbeiterbewegung Rußlands wies er auf die Notwendigkeit der engsten Verbindung der Partei mit den Massen hin und bezeichnete es deswegen als erforderlich, daß sich die Kommunisten am bürgerlichen Parlament beteiligen, in den von Reformisten geleiteten Gewerkschaften arbeiten und überall dort wirken, wo die Massen sind. Gleichzeitig hob W. I. Lenin die entscheidende Rolle der festen zentralisierten politischen Partei der Arbeiterklasse hervor.

Von weittragender Bedeutung für den inneren Klärungsprozeß der Partei war der 2. Parteitag der KPD, der vom 20. bis 23. Oktober 1919 in Heidelberg, Mannheim und der Umgebung dieser Städte illegal tagte.

In seinem Referat auf dem Parteitag setzte sich Paul Levi, seit Frühjahr 1919 Vorsitzender der Partei, gestützt auf die Analyse der Lage in Deutschland und unter Auswertung der Erfahrungen des Kampfes der Partei, grundsätzlich mit den linkssektiererischen Auffassungen auseinander. Der Heidelberger Parteitag beschloß drei wichtige Dokumente. Sie waren Ausdruck einer taktischen Neuorientierung der KPD. In den „Leitsätzen über kommunistische Grundsätze und Taktik“[43] grenzte sich der Parteitag entschieden vom Linksradikalismus ab. Die Leitsätze gingen von der Erfahrung aus, „daß die soziale Revolution nicht in einem raschen Sturmanlauf vollendet werden könne“[44]. Sie wiesen nach, daß sich die Arbeiterklasse nur im politischen Kampf gegen die Bourgeoisie und durch die Eroberung der politischen Macht befreien kann, und legten die Rolle der kommunistischen Partei als der bewußten und organisierten Vorhut der Arbeiterklasse dar. In den „Leitsätzen über den Parlamentarismus“ wurde festgestellt, daß die

[43] Dokument Nr. 96.

[44] Kommunistische Räte-Korrespondenz, 1920, Nr. 1, S. 3.

Arbeiterklasse und ihre Partei in ihrem Kampf nicht auf die Tribüne des Parlaments zur Aufklärung der breiten Massen des werktätigen Volkes verzichten dürfen. Es wurde festgelegt, daß sich die Partei an den Wahlen zu den bürgerlichen Parlamenten beteiligt. Die „Leitsätze über die Gewerkschaftsfrage" sprachen sich gegen die syndikalistische Forderung nach einer politisch-gewerkschaftlichen Einheitsorganisation aus. Sie forderten von den Kommunisten, in den von den Reformisten geleiteten Gewerkschaften zu arbeiten, und verurteilten anarchistische Methoden des wirtschaftlichen Kampfes wie die Sabotage, weil sie nur zur Zersplitterung der Arbeiterklasse führen können. Die Leitsätze ließen jedoch noch Raum für die Bildung von gewerkschaftlichen Sonderorganisationen (Arbeiterunionen) neben den von den Reformisten geleiteten Gewerkschaften.

Der 2. Parteitag löste wichtige Fragen der Taktik der Partei, die der Gründungsparteitag falsch oder gar nicht beantwortet hatte, und schuf Voraussetzungen für eine bessere Massenarbeit der Partei und für deren Entwicklung zu einer revolutionären Massenpartei. Die Heidelberger Leitsätze zeigten, wie sich die deutschen Kommunisten leninistische Erkenntnisse aneigneten.

Die „Leitsätze über kommunistische Grundsätze und Taktik" wurden vom Parteitag mit 31 gegen 18 Stimmen angenommen. Daraufhin wurden alle Delegierten, die gegen die Leitsätze gestimmt hatten, von den weiteren Verhandlungen des Parteitages ausgeschlossen. Auch nach dem Parteitag wurden kaum ideologische Auseinandersetzungen geführt, die allerdings unter den Bedingungen der faktischen Illegalität, der Presseverbote und der Verfolgungen außerordentlich erschwert waren. Das sowie die Alternativfrage – Zustimmung oder Ausschluß aus der Partei – erschwerten es, die gesamte Partei von der Richtigkeit der Leitsätze zu überzeugen und die ehrlichen, von den linksradikalen Phrasen beeinflußten proletarischen Funktionäre und Mitglieder rasch von den Parteifeinden zu trennen. Andererseits erleichterte das der Gruppe um Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim, ihre parteifeindliche Haltung zu verschleiern und den Kernfragen der Auseinandersetzung auszuweichen. Daher konnte diese Gruppe in viele Parteiorganisationen Verwirrung tragen und die revolutionäre Arbeit desorganisieren. Das hemmte in den nächsten Monaten ernsthaft die praktische Verwirklichung der Parteibeschlüsse.

W. I. Lenin widmete dem ideologischen Klärungsprozeß in der KPD große Aufmerksamkeit. In seinen Briefen an die Zentrale der KPD

und an die Vertreter der Opposition vom 28. Oktober 1919 empfahl er den deutschen Kommunisten, wenn in der Partei eine einheitliche Auffassung in Grundfragen wie der Diktatur des Proletariats und der Rätemacht bestehe, sich an die Kommunistische Internationale zu wenden, um mit ihrer Hilfe die Einheit der KPD wiederherzustellen.

Auch in der USPD setzte sich der revolutionäre Klärungsprozeß fort. Angesichts der brutalen Unterdrückungspolitik der deutschen Reaktion und unter dem Eindruck der Erfolge, die Sowjetrußland in seinem schweren Ringen mit den imperialistischen Interventen und der inneren Konterrevolution errang, sowie nicht zuletzt infolge der Tätigkeit der KPD verschärften sich die Gegensätze zwischen den proletarischen Mitgliedermassen und den zentristischen Führern weiter. Bei den Auseinandersetzungen in der USPD wurden nachdrücklich die Forderungen nach einem revolutionären marxistischen Programm und dem Anschluß an die Kommunistische Internationale erhoben. Der wachsende Einfluß des revolutionären linken Flügels zeigte sich deutlich auf dem außerordentlichen Parteitag der USPD vom 30. November bis 6. Dezember 1919 in Leipzig. Der Parteitag faßte Beschlüsse, die einen Fortschritt gegenüber denen vom März 1919 darstellten. Das „Aktionsprogramm", das der Parteitag annahm, enthielt die eindeutige Forderung nach der Diktatur des Proletariats auf der Grundlage des Rätesystems und bejahte die Notwendigkeit der Zertrümmerung des kapitalistischen Staates. Die Delegierten des linken Flügels, unter ihnen Martha Arendsee, Otto Brass, Bertha Braunthal, Ernst Däumig, Otto Geithner, Bernard Koenen, Wilhelm Koenen, Alfred Oelßner, Hermann Remmele, Viktor Stern, Walter Stoecker und Ernst Thälmann, forderten in einem Resolutionsentwurf den unverzüglichen Beitritt der USPD zur Kommunistischen Internationale. Unter dem Einfluß dieser Kräfte lehnte der Parteitag die weitere Teilnahme der USPD an den Konferenzen der II. Internationale ab und sprach sich für die Aufnahme von Verbindungen mit der III. Internationale aus. Den Zentristen gelang es aber, den sofortigen Anschluß an die Kommunistische Internationale dadurch zu verhindern, daß sie die Forderung durchsetzten, vorher mit anderen von Zentristen geführten Parteien zu verhandeln, um diese Parteien zum gleichzeitigen Anschluß zu bewegen. Die Delegierten stimmten einer Grußadresse an die kämpfende Arbeiterklasse Rußlands zu und forderten das deutsche Volk und das internationale Proletariat auf, alle Kräfte zur Unterstützung des Sowjetlandes einzusetzen. Der Parteitag zeigte, daß der revolutio-

näre, linke Flügel der USPD, dem die Mehrheit der Mitglieder folgte, bereits selbständig und organisiert innerhalb der USPD auftrat.

Um die Jahreswende 1919/1920 entbrannten erneut heftige Auseinandersetzungen über die Rechte der Arbeiter in den kapitalistischen Betrieben. Die Regierung hatte der Nationalversammlung den Entwurf eines Betriebsrätegesetzes vorgelegt. Es sollte die von der Arbeiterklasse erkämpften proletarischen Klassenorgane, die in den ökonomischen Kämpfen eine wachsende Rolle spielten, zu Hilfsorganen der Unternehmer degradieren. Der Gesetzentwurf, der unter unmittelbarem Einfluß der Unternehmerverbände[45] noch weiter verschlechtert wurde, bezeichnete als Aufgabe der Betriebsräte, „für möglichste Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen", das heißt für den Unternehmerprofit, zu sorgen, den Betrieb vor „Erschütterungen"[46], das heißt vor Streiks und anderen Aktionen der Arbeiter, zu bewahren und den Gedanken der Arbeitsgemeinschaft der Unternehmer mit den Arbeitern zu propagieren. Der Unternehmer war befugt, den Betriebsrat nach seinem Belieben einberufen zu lassen. Dem Betriebsrat wurde verboten, Kämpfe der Belegschaften zu leiten. Nach dem Gesetzentwurf sollten für Arbeiter und Angestellte gesonderte Vertretungen gebildet werden. Mit dem Betriebsrätegesetz[47] glaubte die Reaktion, dem in der Arbeiterklasse noch sehr lebendigen Rätegedanken den Todesstoß versetzen und sich die von den Massen geschaffenen Betriebsräte unterordnen zu können.

Mit zahlreichen Protestaktionen verteidigten größere Teile der Arbeiterklasse die schwer erkämpften Positionen in den Betrieben. In einem gemeinsamen Aufruf[48] stellten KPD und USPD sowie die von linken Kräften der USPD geleitete Zentrale der Betriebsräte fest, daß der Gesetzentwurf „die Betriebsräte zu bloßen Antreibern im Dienste des kapitalistischen Unternehmertums"[49] mache. Sie forderten die Arbeiterschaft auf, revolutionäre Betriebsräte mit vollem Kontroll- und Mitbestimmungsrecht in den Betrieben zu erkämpfen.

Auf der ersten Tagung des Zentralausschusses der KPD nach dem Heidelberger Parteitag, am 4. und 5. Januar 1920, wurde beschlossen, den Kampf gegen den reaktionären Entwurf des Betriebsrätegesetzes

45 Dokument Nr. 95.

46 Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 341, Anlagen zu den Stenographischen Berichten, S. 2159.

47 Dokument Nr. 98.

48 Dokument Nr. 97.

49 Die Rote Fahne (Berlin), 13. Januar 1920.

energisch weiterzuführen, im Falle der Annahme dieses Gesetzes aber die gegebenen Möglichkeiten auszunutzen, sich an den Betriebsrätewahlen zu beteiligen und die Betriebsräte zu wirklichen Kampforganen der Arbeiterschaft zu machen.

Am 13. Januar, als die zweite Lesung des Betriebsrätegesetzes in der Nationalversammlung begann, versammelten sich Zehntausende Berliner Arbeiter vor dem Reichstagsgebäude, um ihrer Empörung über den Gesetzentwurf Ausdruck zu verleihen. Die konterrevolutionäre Sicherheitswehr schoß auf die friedlichen und waffenlosen Demonstranten. Die Verantwortung für den Schießbefehl des Generals von Lüttwitz trugen der sozialdemokratische Reichswehrminister Gustav Noske und der sozialdemokratische preußische Innenminister Wolfgang Heine. 42 Tote und 105 Verwundete waren die Opfer dieses Blutbades, das den Weg zur Annahme des Betriebsrätegesetzes frei machte.

Wenige Tage danach gab die Zentrale der KPD in einem Rundschreiben klare Richtlinien für den Kampf um revolutionäre Betriebsräte. In dem Rundschreiben hieß es, daß die Kommunisten den Kampf für die Interessen des Proletariats – je nach dem Kräfteverhältnis – außerhalb oder auf dem Boden des Betriebsrätegesetzes führen müßten. Weiterhin wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Betriebsräte im örtlichen Rahmen zu Vollversammlungen zusammenzufassen, die nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Forderungen des Proletariats vertreten sollten.

Der 3. Parteitag der KPD, der am 25. und 26. Februar 1920, wiederum illegal, in Karlsruhe und Durlach stattfand, bestätigte die Heidelberger Leitsätze und erklärte sie zusammen mit dem Programm des Gründungsparteitages zum Grundgesetz der Partei. Diejenigen Bezirksorganisationen, deren Delegiertenkonferenzen unter dem Einfluß der parteifeindlichen Gruppe auch weiterhin die Leitsätze abgelehnt hatten – Groß-Berlin, Dresden, Niedersachsen, Nord und Nordwest –, wurden aus der KPD ausgeschlossen. Dadurch wurde die Partei vorübergehend organisatorisch stark geschwächt, darunter in wichtigen proletarischen Zentren. Die Gesamtmitgliederzahl sank um über ein Drittel. Der Parteitag verpflichtete die Genossen, die mit den Beschlüssen ihrer Bezirkskonferenzen nicht einverstanden waren und sich zu den Heidelberger Leitsätzen bekannten, in diesen fünf Bezirken sofort Ortsgruppen und Bezirksorganisationen zu bilden.

Die Überwindung der linkssektiererischen Abweichungen zog den Schlußstrich unter eine monatelange Auseinandersetzung, die die Par-

tei viel Kraft gekostet hatte. Nunmehr konnte sich die KPD stärker auf die Arbeit unter den Massen konzentrieren.

W. I. Lenin, der für die Klärung der Meinungsverschiedenheiten mit den von ultralinken Führern irregeführten Arbeitern innerhalb der Partei eingetreten war, hielt die Abspaltung der ehrlichen, von den Parteifeinden irregeführten Arbeiter von der KPD für eine vorübergehende Erscheinung. Diese Arbeiter würden sich, wie er erklärte, anhand ihrer eigenen Erfahrungen rasch von der arbeiterfeindlichen, antikommunistischen Rolle der Vertreter des Linksradikalismus überzeugen und auf den Weg des revolutionären Klassenkampfes zurückfinden. Er schrieb zum Ausschluß der parteifeindlichen Kräfte: „Spaltung ist immerhin besser als Konfusion, die sowohl das ideologische, theoretische, revolutionäre Wachstum, den Reifeprozeß der Partei als auch ihre einmütige, wirklich organisierte, wirklich die Diktatur des Proletariats vorbereitende, praktische Arbeit hemmt."[50] Zugleich forderte W. I. Lenin, alles zu unternehmen, um die ehrlichen, revolutionären Kräfte für die Partei zurückzugewinnen.

Die ausgeschlossenen Vertreter des Linksradikalismus bildeten im April 1920 die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD). Nur kurze Zeit konnte diese Partei in einzelnen Gebieten Deutschlands nennenswerten Einfluß gewinnen. Die abenteuerliche Politik der linksradikalen Führer wurde von der Bourgeoisie für ihre Provokationen ausgenutzt. In kaum anderthalb Jahren entlarvten sich diese Führer als Abenteurer, die mit der Arbeiterklasse nichts gemein haben und landeten zumeist im Lager des Klassenfeindes. Ende 1921 war die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands zu einer kleinen Sekte geworden. Die ehrlichen proletarischen Elemente in dieser Partei brachen mit den linksradikalen Führern und fanden zur KPD zurück.

4. Die machtvolle Einheitsaktion der deutschen Arbeiterklasse zur Zerschlagung des konterrevolutionären Kapp-Putsches

Im ersten Halbjahr 1919 war die revolutionäre Vorhut der deutschen Arbeiterklasse von der Reaktion in blutigen Kämpfen niedergeworfen worden. Die Konterrevolution erstarkte. Vor allem auf den Gütern

[50] W. I. Lenin: Der „linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus. Nachtrag. In: Werke, Bd. 31, S. 95.

der ostelbischen Großgrundbesitzer und in Bayern sammelten sich bewaffnete konterrevolutionäre Verbände. Die reaktionärsten Kräfte des deutschen Imperialismus bereiteten sich darauf vor, mit Waffengewalt die bürgerliche Demokratie und die Errungenschaften der Novemberrevolution zu beseitigen, die Arbeiterklasse niederzuwerfen, deren Organisationen zu zerschlagen und in Deutschland eine Militärdiktatur zu errichten.

Im Sommer 1919 gründete Hauptmann Waldemar Pabst, einer der Hauptverantwortlichen für die Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, die Nationale Vereinigung, das Zentrum der Verschwörung. Sie stand in Verbindung zum Nationalklub, dem unter anderen die Großindustriellen Ernst von Borsig, Emil Kirdorf, Hugo Stinnes, Albert Vögler, der Militaristenklüngel um Erich Ludendorff und die reaktionären Politiker Karl Helfferich und Alfred Hugenberg angehörten.

Diese Verschwörergruppe aus schwerindustriellen Kriegsgewinnlern, eingefleischten Militaristen und deren politischen Interessenvertretern aus der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei stützte sich auf Teile der von den rechtssozialdemokratischen Führern zur Niederwerfung der revolutionären Arbeiterklasse gebildeten Reichswehr, auf die in der blutigen Unterdrückung der Arbeiter und im antisowjetischen Interventionskrieg „bewährten" Freikorps und auf Teile der bürgerlichen Einwohnerwehren.

Die auf Grund des Versailler Vertrages geforderte Reduzierung des Landheeres auf 100 000 Mann und die von Gustav Noske auf die Forderung der Entente hin verfügte Auflösung der Marinebrigaden Ehrhardt und Loewenfeld nahmen die Verschwörer zum Vorwand, um den geplanten Putsch auszulösen. Am 10. März 1920 unterbreitete General von Lüttwitz dem sozialdemokratischen Reichspräsidenten Friedrich Ebert ein Ultimatum, dessen Hauptforderungen waren: Keine Verringerung der Reichswehr, keine Abgabe von Waffen und Munition an die Entente, Neuwahl der Nationalversammlung und des Reichspräsidenten. Jetzt erst erließ die Regierung, die seit langem von den Putschvorbereitungen wußte, einen Haftbefehl gegen die Verschwörer. Der Befehl kam zu spät. Als in der Nacht vom 12. zum 13. März die konterrevolutionäre Soldateska gegen Berlin vorrückte, weigerte sich Generalmajor Hans von Seeckt, der Chef des Truppenamtes im Reichswehrministerium – das Truppenamt hatte die wesent-

lichen Funktionen des durch den Versailler Vertrag verbotenen Generalstabs übernommen –, die Reichswehr gegen die Meuterer einzusetzen.

In den frühen Morgenstunden des 13. März 1920 zog die berüchtigte Marinebrigade Ehrhardt unter schwarz-weiß-roten Fahnen mit dem Hakenkreuz am Stahlhelm in die deutsche Hauptstadt ein und besetzte das Regierungsviertel. Die Regierung hatte schon vorher fluchtartig die Stadt verlassen. Auch in anderen Teilen Deutschlands schlugen die militaristischen Verschwörer los. Ihre Führer nahmen die Regierungsgewalt in die Hand, erklärten die Nationalversammlung für aufgelöst und die Regierung Bauer für abgesetzt.[51] Es begann ein rücksichtsloser Terror der Putschisten. Arbeiter, vor allem Mitglieder und Funktionäre der KPD, der USPD und der SPD, aber auch bürgerliche Demokraten wurden von den militaristischen Banden verhaftet, mißhandelt, ermordet.

An der Spitze des Putsches standen Junker und Militaristen wie der einstige Gründer der reaktionären Deutschen Vaterlandspartei, der Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp, der Befehlshaber des Gruppenkommandos I der Reichswehr, General von Lüttwitz, der ehemalige kaiserliche Polizeipräsident von Berlin, Traugott von Jagow, der geschlagene Heerführer des Weltkrieges, General Erich Ludendorff, und Waldemar Pabst.

Der Kapp-Putsch war der Versuch der extremsten Konterrevolutionäre, ihre unverhüllte Diktatur zu errichten.[52] Sie hielten die Zeit für gekommen, da sie ohne die rechten Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften regieren könnten. So glaubten sie am besten die Herrschaft des Finanzkapitals in Deutschland sichern und die innenpolitischen Voraussetzungen für neue Kriegsabenteuer schaffen zu können.

Außenpolitisch waren die Verschwörer Verfechter einer offenen und aktiven Beteiligung Deutschlands am imperialistischen Kreuzzug gegen die junge Sowjetrepublik. General von Lüttwitz erklärte, daß der Kampf gegen den Bolschewismus ein Hauptgrund der ganzen Bewegung sei, und forderte die Verstärkung der Reichswehr, um zur Offensive im Osten übergehen zu können.

Die Rettung der Macht der Monopolherren und Militaristen während und nach der Novemberrevolution, die verderbliche antikommunisti-

51 Dokument Nr. 100.

52 Dokument Nr. 99.

sche Politik der bürgerlichen Parteien und der rechtssozialdemokratischen Führer hatten den Boden für den Putsch bereitet.

In der Stunde der höchsten Gefahr für das deutsche Volk, als die Regierung geflohen war und die Reichswehr direkt oder indirekt die Verschwörer unterstützte, erwies sich erneut die Arbeiterklasse als entschiedenste Verfechterin der Demokratie und konsequenteste Gegnerin des Militarismus. Der Vorstoß der Konterrevolution löste in der gesamten deutschen Arbeiterklasse tiefe Empörung aus. Mit elementarer Wucht erhob sie sich zur Abwehr des Putsches. Millionen Arbeiter, Mitglieder der KPD, der USPD, der SPD und Parteilose, erkannten, daß dieser Angriff gegen die Interessen aller Teile der Arbeiterschaft, unabhängig von ihrer politischen Auffassung, gerichtet war. Millionen legten die Arbeit nieder und beantworteten den Putsch mit stürmischen Versammlungen und Demonstrationen. Unter dem Eindruck der Gefahr, die von den Putschisten ausging, besann sich die durch die opportunistische Politik der Führung der SPD und rechter Führer der USPD gespaltene Arbeiterklasse auf ihre stärkste Waffe, auf ihre Einheit.

Der Putsch bedrohte die bürgerliche Republik und die von der SPD in Regierung und Verwaltung errungenen Positionen. Angesichts dessen riefen die Führungen der SPD[53], der USPD und der Gewerkschaften[54] am 13. März 1920 zum Generalstreik gegen die Putschisten auf.

Die Kommunisten und die linken Kräfte der USPD standen in der ersten Reihe der Kämpfer. Die revolutionäre Agitation und Propaganda der KPD, die seit ihrer Gründung konsequent gegen Imperialismus und Militarismus gekämpft hatte, ihre wiederholten Warnungen vor konterrevolutionären Putschen trugen wesentlich dazu bei, daß die Volksmassen den Putschisten so entschlossen die Stirn boten. Die große Mehrzahl der Bezirks- und viele Ortsorganisationen beteiligten sich von den ersten Stunden an entschlossen an den Abwehrkämpfen des Proletariats.[55] Am 13. März riefen die Organisationen der KPD in Rheinland-Westfalen und im Bezirk Erzgebirge-Vogtland[56] zum Kampf gegen die Putschisten auf und forderten die Bewaffnung der Arbeiter und die Bildung von Arbeiterräten. Kommunisten traten in die vielerorts entstehenden Streikleitungen und Aktionsausschüsse ein

53 Dokument Nr. 101.
54 Dokument Nr. 102.
55 Dokument Nr. 108.
56 Dokument Nr. 103.

und drängten am nachdrücklichsten darauf, daß entschiedene Kampfmaßnahmen gegen die Kapp-Putschisten getroffen wurden.

Während die meisten Organisationen der KPD von Anfang an konsequent den Kampf gegen die Putschisten aufnahmen, kam es in der Zentrale in dieser Situation erneut zu Diskussionen über Grundprobleme der Taktik. Der Putsch traf die junge Partei gerade in dem Augenblick, als sie durch die Abspaltung vieler Mitglieder nach dem 3. Parteitag organisatorisch stark geschwächt war und erst begann, eine richtige Massenpolitik zu entwickeln. In Berlin zählte zu dieser Zeit die KPD beispielsweise nur etwa achthundert Mitglieder. Alle diese Umstände beeinflußten die Auseinandersetzungen in der Parteiführung.

Am 13. März beschloß die Mehrheit der in Berlin anwesenden Mitglieder der Zentrale, auch unter dem Einfluß der ultralinken Führer der Berliner Bezirksleitung, unter ihnen Ernst Reuter-Friesland, im Gegensatz zur Haltung der Mehrheit der Parteimitglieder, nicht zur Beteiligung am Generalstreik aufzurufen. Eine Minderheit, die sich gegen den Beschluß wandte und für den Generalstreik eintrat, konnte sich nicht durchsetzen. In dem Aufruf der Zentrale vom 13. März wurde zwar die Notwendigkeit des entschiedenen Kampfes gegen die Militärdiktatur betont, aber es wurde abgelehnt, für die Verteidigung der Regierung der Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, für die Verteidigung der bürgerlichen Republik zu kämpfen. Dafür sei, so hieß es in falscher Einschätzung des Kampfwillens der Arbeiterklasse und des Kräfteverhältnisses der Klassen, das Proletariat nicht bereit und auch nicht in der Lage. Der Kapp-Putsch wurde nur als Auseinandersetzung innerhalb der herrschenden Klasse gewertet. Wenn das Gesicht der Militärdiktatur sich enthüllt haben werde, dann würden die Arbeiter den Kampf aufnehmen. Der Aufruf spiegelte Unklarheiten über das Verhältnis des Kampfes um Demokratie und Sozialismus in der KPD wider.

Diese sektiererische Stellungnahme, die von einer Unterschätzung der Notwendigkeit zeugte, den bürgerlich-demokratischen Kampfboden gegen die Militaristen zu verteidigen, wurde bereits am folgenden Tag korrigiert.

Die Zentrale der KPD rief am 14. März, wie es schon vorher die Mehrzahl der Parteiorganisationen in vielen Bezirken und Orten getan hatte, zum gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse gegen die Putschisten auf.[57] Sie forderte die Entwaffnung der Reichswehr, der Sicher-

[57] Dokument Nr. 104.

heitspolizei, der Einwohnerwehren und der der Reichswehr unterstehenden Zeitfreiwilligen sowie die Bildung einer Arbeiterwehr; sie entlarvte die großkapitalistischen und junkerlichen Hintermänner der Verschwörer und die verderbliche proimperialistische, arbeiterfeindliche Politik der Koalitionsregierung. Dadurch wies sie den Aktionen der Volksmassen Richtung und Ziel und erleichterte dem Proletariat die klassenmäßige Einschätzung des Putsches und des Weimarer Staates. Völlig richtig wandte sie sich gegen die Wiederkehr der bisherigen Regierung, unter deren Augen der Putsch vorbereitet worden war.

Am Montag, dem 15. März, war der Generalstreik allgemein. In ganz Deutschland ruhte die Arbeit.

Insgesamt standen etwa 12 Millionen Arbeiter und Angestellte im Kampf gegen die Konterrevolution. Der Verkehr war lahmgelegt. In fast allen größeren Städten fanden Massenkundgebungen und Protestversammlungen statt. Dort, wo die KPD und der linke Flügel der USPD den größten Masseneinfluß besaßen, wurden die Kämpfe am entschiedensten geführt. Im örtlichen Maßstab kam es mehrfach zu Abkommen zwischen Organisationen der KPD, der USPD und der SPD. Gemeinsam bildeten Kommunisten, Sozialdemokraten und Mitglieder der USPD sowie christliche und parteilose Arbeiter mannigfache Einheitsorgane wie Streikausschüsse, Einheitskomitees, Vollzugsräte und Volksausschüsse zur Führung des Abwehrkampfes gegen die Kapp-Putschisten. Viele Angehörige der Mittelschichten, der Intelligenz und des demokratischen Bürgertums schlossen sich unter dem Eindruck der machtvollen einheitlichen Kämpfe der Arbeiterklasse der Front gegen die militaristischen Verschwörer an. Die Deutsche Demokratische Partei und das Zentrum nahmen in Erklärungen gegen die Kapp-Putschisten Stellung. Der damalige Chefredakteur der „Berliner Volkszeitung", Otto Nuschke, wirkte in Berlin aktiv bei der Organisierung des Widerstandes gegen den Putsch.

Für Berlin wurde aus Vertretern der Führung der USPD, der Berliner Gewerkschaftskommission und der Zentrale der KPD eine Zentrale Streikleitung gebildet. Ähnlich zusammengesetzte Streikleitungen entstanden auch in anderen Städten. Zur Niederhaltung der Konterrevolution und zur Sicherung der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung übernahmen Vollzugsräte vielfach die örtliche Gewalt. So wurden in Chemnitz auf Initiative der KPD bereits am Montag, dem 15. März, in den Betrieben Wahlen für Arbeiterräte abgehalten. In geheimer Abstimmung wurde ein Vollzugsrat gebildet, in dem sich zehn

Mitglieder der KPD, neun der SPD, ein Vertreter der USPD und ein Vertreter der DDP befanden. 3000 Arbeiter bewaffneten sich und besetzten Rathaus, Post, Telegrafenbüro und Bahnhof. Mit Unterstützung der Arbeiter von Chemnitz wurden im Umkreis von 50 Kilometern die reaktionären Zeitfreiwilligeneinheiten und Einwohnerwehren entwaffnet.

In Forst (Lausitz) schufen sich die Arbeiter einen Vollzugsrat, dem Kommissionen für Bewaffnung, Ernährung, Propaganda, Verkehr und für den Kurierdienst unterstanden.

In Eberswalde bildete sich eine zentrale Kampfleitung für das ganze Finowgebiet heraus. Dieser Zentralrat stützte sich auf 2000 bewaffnete Arbeiter. Er übte die Polizeigewalt im Finowgebiet aus, beschlagnahmte Waffen, Autos, kontrollierte Mühlen und Lebensmittelläden, organisierte die Beschaffung von Lebensmitteln und verbot den Alkoholausschank.

In den Gebieten Mitteldeutschlands, wo der Einfluß der KPD und des linken Flügels der USPD besonders stark war, wurden paritätisch zusammengesetzte Aktionsausschüsse aus Vertretern aller drei Arbeiterparteien gebildet. Sie waren die geeignetste Form, um den Kampfwillen der Arbeiter auf die Erreichung des gemeinsamen Zieles, die Vernichtung der Konterrevolution, zu lenken.

Diese vielfältigen Formen der Leitung des Kampfes spiegelten den unterschiedlichen Grad des Bewußtseins und der Organisiertheit der Arbeiter in den verschiedenen Teilen Deutschlands wider. Dort, wo der Einfluß der sozialdemokratischen Führer groß war, kam es meist nur zur Bildung von Streikleitungen, in denen Sozialdemokraten die Führung innehatten.

In Flugblättern, auf Kundgebungen und in Demonstrationen kehrte die Forderung nach Entwaffnung der Konterrevolution, Bewaffnung der Arbeiter und Bildung von Arbeiterwehren immer wieder. Nicht nur der Kapp-Putsch sollte niedergeschlagen, sondern die Konterrevolution insgesamt sollte zerschmettert werden. Es galt, den Kampf für die Verteidigung und die Erweiterung der demokratischen Rechte und Freiheiten zu führen, um die Wiederholung eines konterrevolutionären Putsches unmöglich zu machen und die Positionen der Arbeiterklasse zu stärken.

Unter der Führung der Kommunisten und linker Mitglieder der USPD beschränkten sich die Arbeiter in einigen Gebieten Deutschlands nicht auf den Generalstreik, sondern nahmen gegen den Wider-

stand opportunistischer Führer der SPD und der USPD den bewaffneten Kampf gegen die Konterrevolution auf. Die Arbeiter entwaffneten reaktionäre Einwohnerwehren und einzelne Truppenteile, hoben geheime Waffenlager der Freikorps auf den großen Gütern in Nord- und Ostdeutschland aus und besetzten einzelne Waffenfabriken, so in Suhl und Zella-Mehlis. In Berlin, Leipzig, im Senftenberger Revier und in weiteren Gebieten Deutschlands kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen der Arbeiter mit der brutal vorgehenden konterrevolutionären Soldateska. Im Mansfelder Revier hatten sich über zehntausend Arbeiter bewaffnet und die Putschisten zum Rückzug gezwungen.

Größeren Umfang nahmen die Kämpfe in Thüringen an. Hier war der Einfluß der USPD stark, der der KPD wuchs ständig. In Gotha bestand noch eine Regierung aus Mitgliedern der USPD. Als der Reichswehrbefehlshaber am 13. März diese Regierung für abgesetzt erklärte, rief sie zum Generalstreik und zur Bildung von Verteidigungsausschüssen und Volkswehren auf. Einige hundert Arbeiter wurden bewaffnet. Arbeiter und Polizei besetzten gemeinsam die wichtigsten öffentlichen Gebäude der Stadt. Am 14. März gelang es schwerbewaffneten Reichswehrtruppen, Gotha zu besetzen. Inzwischen hatten die Suhler Arbeiter die Reichswehr zur Kapitulation gezwungen. Die Arbeiter aus den Dörfern des Thüringer Waldes bildeten bewaffnete Einheiten und besetzten am 17. März den Truppenübungsplatz Ohrdruf. Von dort aus erfolgte der Angriff zur Befreiung Gothas, der im Zusammenwirken der Arbeiter aus Gotha und aus den Walddörfern am 22. März nach erbitterten Kämpfen zur Vertreibung der Reichswehrtruppen führte. Auch in Erfurt, Greiz, Jena und Weimar kam es zu Auseinandersetzungen. In Gera wurden nach harten Kämpfen die konterrevolutionären Truppen zurückgeschlagen, in Sömmerda wurde die Reaktion entwaffnet.

Auch in Greifswald, Rostock und in anderen Orten Mecklenburgs entwickelten sich heftige Kämpfe. Die Landarbeiter griffen zu den Waffen. Der Streik und die bewaffneten Aktionen der mecklenburgischen Landarbeiter trafen die Putschisten dort, wo sie ihre Kräfte zusammengezogen hatten, auf den großen Gütern, verhinderten die weitere Konzentrierung der konterrevolutionären Kräfte und deren Eingreifen in anderen Teilen Deutschlands. Unter dem Einfluß revolutionärer Industriearbeiter bildeten die Landarbeiter in Übereinstimmung mit dem Aufruf der Zentrale der KPD vom 14. März 1920 auf

einigen großen Gütern Gutsräte. Die Aktionen des Landproletariats zeugten von dessen sprunghaft gewachsenem Klassenbewußtsein.

Den Höhepunkt erreichte der bewaffnete Kampf der Arbeiterklasse im Ruhrgebiet. Hier war die USPD die stärkste Arbeiterpartei. Dem Aufruf zum Generalstreik folgend, waren die Arbeiter auch hier in den Ausstand getreten und hatten gemeinsame Kampfleitungen, Aktionsausschüsse und Vollzugsräte gebildet. Bereits in der Nacht vom 13. zum 14. März 1920 kam es in einzelnen Städten zu bewaffneten Zusammenstößen der Arbeiter mit Sicherheitswehr und Polizei. Generalleutnant von Watter ordnete daraufhin die militärische Besetzung des Ruhrgebietes an. Im Kampf gegen die Freikorps, die Reichswehreinheiten und die Polizei bildeten Kommunisten, Mitglieder der USPD, Sozialdemokraten und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter Abteilungen der Roten Armee.

Die Rote Armee war etwa 100 000 Mann stark. Sie war in Kompanien und Bataillone gegliedert, deren untere Führer aus den eigenen Reihen gewählt wurden. Die höheren Führer wurden von den zentralen Leitungen eingesetzt. Zum größten Teil war die Rote Armee nach lokalen Gesichtspunkten aufgebaut. Jeder Ort stellte seine Kompanien, die von dem betreffenden Aktions- oder Vollzugsausschuß Verpflegung und Löhnung erhielten.

Die in allen Orten eingerichteten Werbebüros der Roten Armee stellten nur Werktätige ein, die bereits militärische Erfahrungen besaßen und die den Gewerkschaften oder einer der Arbeiterparteien angehörten.

Die ersten Waffen der Roten Armee waren die wenigen, die die Arbeiter versteckt und über alle Razzien gerettet hatten. Dann wurden in vielen Orten die Bürgerwehren, Einwohnerwehren und Kriegerverbände entwaffnet. Den größten Teil der Waffen, der Munition und der Transportmittel eroberten sich die Arbeiter im Kampf.

Fast allen Kompanien waren Spezialkräfte wie Artilleristen, Maschinengewehrschützen, Radfahrer, Kuriere und Sanitäter zugeteilt.

Es gab Sonderformationen wie Maschinengewehr-, Radfahrer- und Sanitätskompanien. Die Arbeiterfrauen des Ruhrgebietes unterstützten aktiv den Kampf gegen die Konterrevolution. Vor allem bei der Verpflegung und bei der Behandlung der Verwundeten halfen zahlreiche Frauen den Soldaten der Roten Armee.

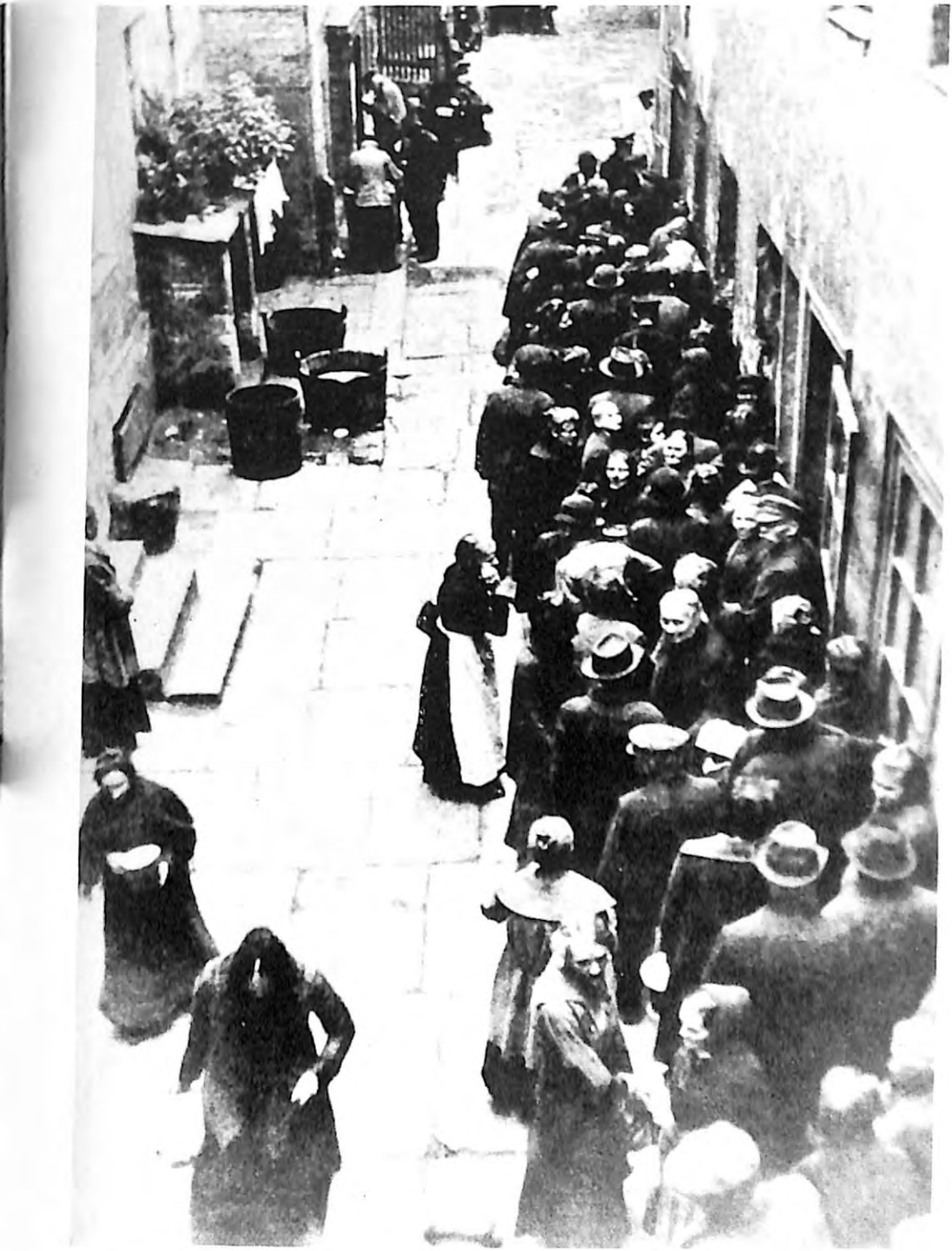
Am 15. März 1920 begann der Kampf der Roten Ruhrarmee gegen die Kapp-Putschisten und gegen die sie unterstützenden Reichswehr-



Werktätige Berlins geben Rosa Luxemburg das letzte Geleit, 13. Juni 1919



Legale und illegale Zeitungen der KPD im Herbst 1919



Ausgabe von Volksküchenessen an Erwerbslose in Hamburg, 1919



Beamtendemonstration in Berlin, Ende 1919



Kundgebung der Berliner Arbeiterschaft vor dem Reichstagsgebäude gegen die Annahme des Betriebsrätegesetzes, 13. Januar 1920



Abriegelung des Regierungsviertels in Berlin durch konterrevolutionäre Truppen während des Kapp-Putsches, März 1920



Konterrevolutionäre Truppen schießen am Brandenburger Tor auf die Berliner Bevölkerung. Kapp-Putsch, März 1920



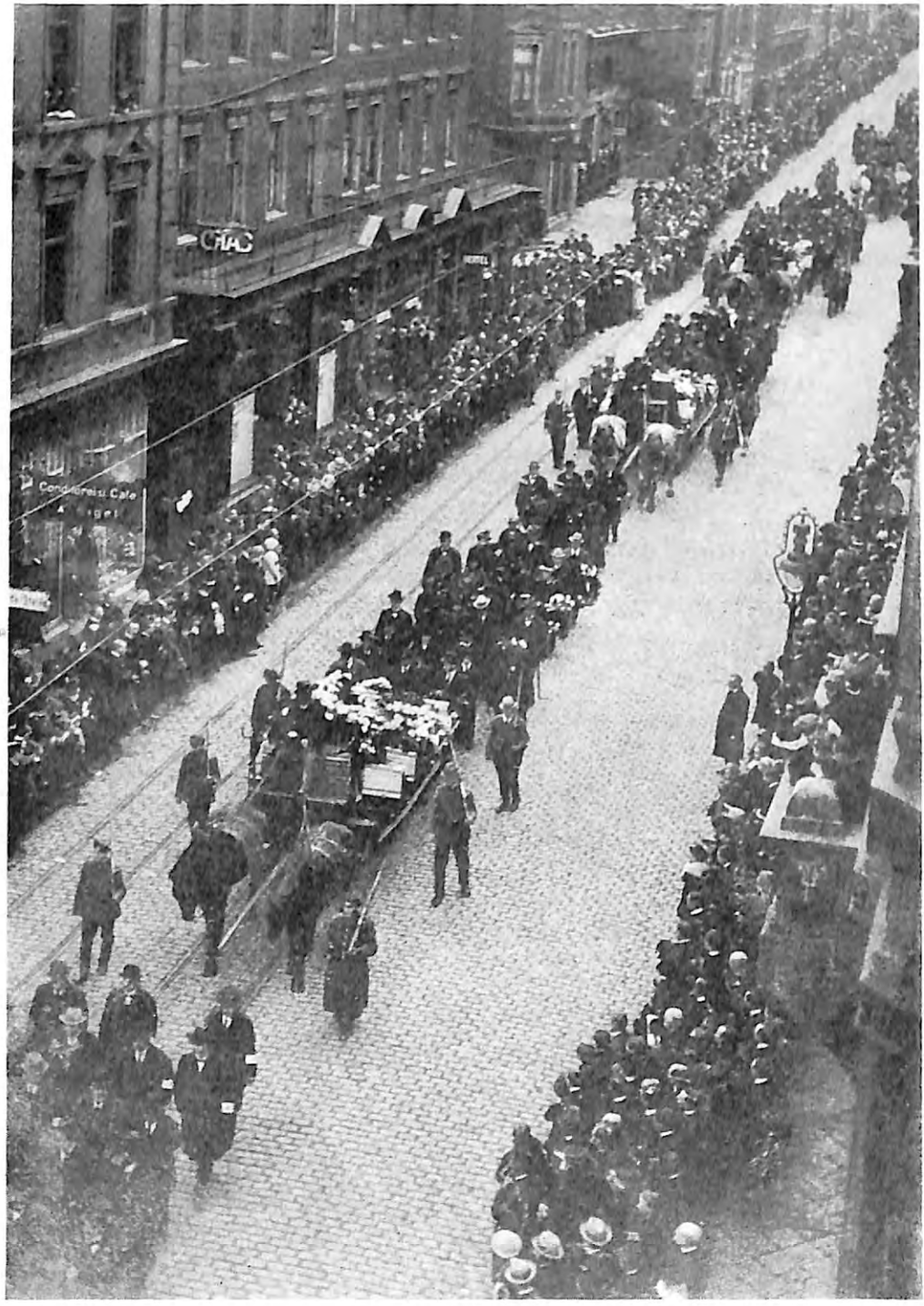
Kämpfer der Roten Ruhrarmee bei der Ausbildung, März 1920



Kämpfer der Roten Ruhrarmee auf dem Marsch, März 1920



Kämpfer der Roten Ruhrarmee vor der Fahrt zur Front, März 1920



Einwohner Remscheids geben den während des Kapp-Putsches ermordeten revolutionären Kämpfern das letzte Geleit, März 1920

und Polizeitruppen. Der Aktionsausschuß in Hagen ging daran, eine zentrale militärische Leitung zu bilden und reguläre Fronten aufzubauen. Eine einheitliche und überall anerkannte Leitung entstand aber nicht.

Am Morgen des 17. März begannen die Kämpfer der Roten Ruhrarmee, Dortmund anzugreifen, das nach hartem Kampf, an dem sich etwa 10 000 bewaffnete Arbeiter beteiligten, genommen wurde. In Ahlen, Beckum und Hamm wurden militärische Stützpunkte der Roten Ruhrarmee errichtet. Bei Barmen kam es zu Gefechten. Die Reichswehr flüchtete nach Remscheid, das von der Roten Ruhrarmee am 17. März eingeschlossen wurde. Nach der Ablehnung eines Ultimatums, das die reaktionären Truppen zum Abmarsch ohne Waffen aufforderte, wurde die Stadt nach erbitterten Straßenkämpfen am 18. März den Reichswehrtruppen entrissen.

Die Hauptkräfte der Roten Ruhrarmee standen im Westen des Industriegebietes. In heftigen Gefechten wurde am 18. und 19. März Essen von der Arbeiterarmee besetzt. Ein Teilnehmer dieser Kämpfe berichtete darüber:

„Mit frischem Mut und verstärkt durch viele hundert Kumpel, die auf dem gestürmten Flugplatz bewaffnet werden konnten, ging am Morgen der Sturm auf Essen los. Den ersten größeren Widerstand gab es am Essener Schlachthof. Hier hatte sich der Hauptteil der reaktionären Truppen eingenistet. Nachdem der Schlachthof von allen Seiten eingekreist worden war, zog der Haupttrupp weiter zum Viehhoferplatz.

Im Schlachthof gab es um jede Halle heftige Kämpfe. Hier kam den kämpfenden Arbeitern wieder die bessere Ortskenntnis zu Hilfe. Immer, wenn die Verteidiger sich im Hinterhalt glaubten, bekamen sie von der Flanke oder von hinten Feuer. Ihre Verluste waren deshalb hier besonders groß.

Durch den schnellen Vormarsch der Arbeiter zur Stadtmitte wurde verhindert, daß sich dort größere Polizeitruppen konzentrieren konnten.

Während auf dem Schlachthof noch heftig gekämpft wurde, stieß der Haupttrupp auf dem Viehhoferplatz auf den ersten größeren Widerstand. Hier hatte sich die verstärkte Besatzung der Polizeiwache am Pferdemarkt eingenistet. Die Polizisten waren es hier gewohnt, daß die Arbeiter schon bei den ersten Schüssen auseinanderliefen. Als sie diesmal aber selbst blaue Bohnen bekamen, waren sie sehr erstaunt.

Diesmal waren sie es, die auseinanderrannten. In der Rottstraße und am Kopstadtplatz machten sie einen letzten Versuch des Widerstandes, den sie aber unter dem Feuer der von allen Seiten heranstürmenden Arbeiter nach wenigen Minuten aufgaben. Wild umherschießend, zogen sie sich zum Rathaus zurück.

Trotz der frühen Morgenstunden waren die von den Arbeitern beherrschten Straßen Essens ungewöhnlich stark belebt. Vor den Geschäften, wo bei dem Kampf Schaufenster zertrümmert worden waren, standen sofort bewaffnete Arbeiter Posten, um Plünderungen zu verhindern."[58]

Bis zum 23. März war fast das ganze Ruhrgebiet von den militaristischen Verbänden gesäubert.

Unter dem Eindruck der Wucht der einheitlichen Abwehraktion griff Furcht im Lager der herrschenden Klasse um sich. Die Widersprüche in ihren Reihen spitzten sich zu. In der Reichswehr kam es zu Gegensätzen zwischen den einfachen Soldaten und den Offizieren. Die anfänglich mit Kapp sympathisierenden nationalistischen Kreise des Bürgertums holten angesichts des Massenwiderstandes die schwarzweiß-roten Fahnen, das Symbol des deutschen Militarismus, rasch wieder ein.

Teile der Großbourgeoisie, die politisch vor allem von der DVP vertreten wurden und anfänglich mit den Zielen des Putsches sympathisiert hatten, wagten es unter dem Eindruck der gewaltigen Massenaktionen nicht mehr, für die Putschisten Partei zu ergreifen.

Andere Vertreter des deutschen Monopolkapitals hatten aus Abneigung gegen die abenteuerlichen Pläne der Putschisten und auch aus Furcht vor dem Kampf der Volksmassen versucht, den Putsch möglichst schnell zu ersticken. Die Monopolherren der Arbeitsgemeinschaft Chemie hatten bereits am 15. März den Generalstreik als Abwehrmittel gebilligt und sich kurz darauf auch bereit erklärt, die Streiktage zu bezahlen. So suchten die Chemiegewaltigen die Arbeitermassen zu beschwichtigen.

Der einmütige Generalstreik und die Erfolge der Arbeiter im bewaffneten Kampf gegen die Konterrevolution führten zu einem vollständigen Zusammenbruch des Putsches.

58 Fritz Fomferra: Die „Jungens" vom Ernestine-Schacht standen immer in der vordersten Reihe. In: Arbeitereinheit siegt über Militaristen. Erinnerungen an die Niederschlagung des Kapp-Putsches, März 1920. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1960, S. 62/63.

Am 17. März 1920 mußte die Regierung Kapp abdanken. Kapp und andere führende Putschisten flohen ins Ausland.

Der Sieg der Arbeiterklasse über die Putschisten offenbarte die gewaltige Kraft der einheitlich handelnden und kämpfenden Arbeiterklasse. Mit dem Sieg über die extremen konterrevolutionären Kräfte des deutschen Monopolkapitals halfen die deutschen Arbeiter, den Plan der Weltreaktion zu vereiteln, Deutschland aktiv in den antisowjetischen Kampf einzubeziehen. Sie unterstützten auf diese Weise Sowjetrußland im Kampf gegen die imperialistischen Interventen.

Erschreckt von der Wucht der einheitlichen Aktionen der Arbeiterklasse, richtete die herrschende Klasse jetzt alle Kraft darauf, die Kampffront der Arbeiter zu sprengen.[59] Der Vizekanzler Eugen Schiffer, der von der Regierung in Berlin belassen worden war, hatte in deren Auftrag versucht, die Putschisten zum schnellen Rücktritt zu veranlassen. Dann sollten der Abbruch des Generalstreiks und die Entwaffnung der Arbeiter durchgesetzt werden.

Am 17. März, nach dem Sturz der Kapp-Regierung, setzte Eugen Schiffer im Auftrag von Friedrich Ebert den General von Seeckt als obersten Militärbefehlshaber ein. Mit fast den gleichen Worten wie die Putschisten in ihrer letzten Kundgebung riefen Eugen Schiffer und von Seeckt im Namen der Regierung zum „Kampf gegen den Bolschewismus" auf. Die Regierung setzte Freikorps und Reichswehrverbände, auch solche, die es abgelehnt hatten, gegen die Putschisten zu kämpfen, zur Niederwerfung der Arbeiterklasse in Marsch. In Berlin verpflichtete General von Seeckt auch die Ehrhardt-Truppen zum „Kampf gegen den Bolschewismus". Diese Kerntruppe der Konterrevolution provozierte am 17. März und in den folgenden Tagen bewaffnete Auseinandersetzungen, denen zahlreiche Berliner zum Opfer fielen. Dieser Putschistenbande sprach General von Seeckt seinen Dank aus, ihr zahlte die Regierung die vom Putschistenführer General von Lüttwitz eingeführte Kapp-Zulage von sieben Mark pro Tag weiter aus. Reichswehrtruppen und Zeitfreiwillige marschierten auf Befehl der Koalitionsregierung gegen diejenigen, die unter Einsatz ihres Lebens die Republik gegen die Militaristen verteidigt hatten. In dieser Situation rief am 18. März die Führung der SPD zum Abbruch des Generalstreiks auf.

Überall verlangten die Arbeiter echte Garantien gegen die Wiederholung eines Militärputsches. Erneut wurden Forderungen nach Sozialisierung und nach Enteignung des Großgrundbesitzes laut. Diese For-

[59] Dokument Nr. 109.

derungen spiegelten sich in abgeschwächter Form in einem vom Vorstand des ADGB ausgearbeiteten Neunpunkteprogramm wider, in dem unter anderem verlangt wurde: Einflußnahme der Gewerkschaften auf die Regierungsbildung, Entwaffnung aller putschistischen Truppen und Auflösung aller konterrevolutionären militärischen Organisationen, Rücktritt Gustav Noskes, Reinigung der Verwaltung von Reaktionären, neue Sozialgesetze, Sozialisierung, Übernahme des Sicherheitsdienstes durch die Arbeiterschaft. Diese Punkte bildeten die Grundlage für Verhandlungen zwischen Vertretern der Gewerkschaften und der Regierungsparteien. Als sich die Regierungsparteien bereit erklärten, für die Erfüllung der gewerkschaftlichen Forderungen einzutreten, riefen die Führungen des ADGB und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände ebenfalls zum Abbruch des Streiks auf. Am 22. März stimmte dem auch die Führung der USPD gegen den Widerstand Wilhelm Koenens, Walter Stoeckers und anderer linker Mitglieder des Zentralkomitees zu. Daraufhin riefen am gleichen Tage die Vorstände des ADGB, der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, der SPD und der USPD gemeinsam zum Abbruch des Generalstreiks auf.[60] Dieser Beschluß verstieß gegen die Interessen der Arbeiterklasse und der Demokratie, denn es gab keine Garantien für die Verwirklichung des gewerkschaftlichen Programms. Im Gegenteil, die konterrevolutionären Truppen rückten gegen die revolutionären Zentren vor, die Arbeiter wurden entwaffnet. Am 23. März beschloß auch die Generalversammlung der revolutionären Betriebsräte Groß-Berlins den Abbruch des Generalstreiks.

Die Forderungen der Gewerkschaften durchzusetzen, bedingte die weitere gemeinsame Aktion der Arbeiterklasse, die Weiterführung des Generalstreiks und die Bewaffnung des Proletariats.

Allein die KPD nahm entschieden die Interessen der Werktätigen und der ganzen Nation wahr. Die Zentrale rief am 19. März auf, den Streik fortzusetzen, bis die Reaktion entwaffnet sei und die Waffen sich in den Händen der Arbeiter und Angestellten befänden. Gemeinsam mit dem linken Flügel der USPD suchten die Kommunisten in vielen Orten den Streik in der richtigen Erkenntnis weiterzuführen, daß es galt, den Sieg über die Putschisten durch die völlige Zerschlagung des Militarismus und die Erweiterung der politischen Rechte der Arbeiter zu sichern.

Diese Aufgabenstellung entsprach dem gegebenen Kräfteverhältnis.

[60] Dokument Nr. 105.

Die Bereitschaft der Arbeiter zum Kampf gegen die Militaristen, für demokratische Forderungen war deutlich sichtbar geworden. Die nächste Aufgabe, die Entwaffnung der Konterrevolution und die Entfernung der reaktionären militaristischen Kräfte aus dem Staatsapparat, zu lösen, erforderte eine Änderung der Regierung.

Der Sieg der Arbeiterklasse über die Kapp-Putschisten hatte das Kräfteverhältnis der Klassen verändert. Das ließ die Möglichkeit zu, die Fortsetzung der verhängnisvollen Koalitionspolitik der rechten sozialdemokratischen Führer zu verhindern und die Bildung einer Arbeiter- beziehungsweise Gewerkschafts- oder Volksregierung zu erzwingen.

Unter dem Eindruck der Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse und angesichts der Tatsache, daß die Koalitionspolitik vor den Massen diskreditiert war, begann der Vorstand des ADGB unter Leitung Carl Legiens am Tage des Sturzes der Kapp-Regierung Verhandlungen über die Bildung einer neuen Regierung. Sie sollte sich aus Vertretern der SPD, der USPD und der Gewerkschaften zusammensetzen. Die rechten Gewerkschaftsführer suchten sich an die Spitze der Bewegung zu stellen. Die Bildung einer solchen Regierung im Ergebnis des Generalstreiks und des bewaffneten Kampfes, die sich auf die kampfbereiten Massen stützen konnte und mußte, hätte einen Schritt vorwärts bedeutet. Die Führung der SPD, die an ihrer Koalitionspolitik festhalten wollte, nahm zu dem Vorschlag nicht offen Stellung und versuchte, Zeit zu gewinnen. Die Führung der USPD lehnte gegen den Widerstand einiger Mitglieder des Zentralkomitees der USPD, unter denen Wilhelm Koenen besonders hervortrat, den Vorschlag mit linksradikalen Phrasen ab. So erklärte Artur Crispien unter Zustimmung der Mehrheit des Zentralkomitees der USPD: „Niemals werde ich mich mit Arbeitermördern an einen Tisch setzen!“[61] Ernst Däumig, der zusammen mit Artur Crispien Vorsitzender der USPD war, drohte für den Fall einer Einigung über den Eintritt in die Arbeiterregierung mit der Niederlegung seiner Funktion und mit dem Austritt aus der Partei.

Diese Ablehnung war ein ernster Fehler. Eine Gewerkschaftsregierung wäre zwar keine sozialistische Regierung gewesen; aber sie hätte unter dem Druck der bewaffneten Arbeiter der revolutionären Bewe-

61 Wilhelm Koenen: Zur Frage der Möglichkeit einer Arbeiterregierung nach dem Kapp-Putsch. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Berlin), 1962, Heft 2, S. 348.

gung einen weiten Spielraum lassen müssen. Sie hätte den Arbeitern und ihren Kampforganen gestatten müssen, mit außerparlamentarischen Mitteln den Kampf gegen die Konterrevolution fortzusetzen. Sie wäre eine Übergangsregierung gewesen. Bei stetem Wachstum des Klassenbewußtseins und der Organisiertheit des Proletariats hätte sie einen Schritt auf dem Wege zur Errichtung der revolutionär-demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern bedeutet, die sich später zur Diktatur des Proletariats hätte entwickeln können. Die Bildung einer solchen Regierung hätte im Interesse der Arbeiterklasse, im Interesse der demokratischen Entwicklung der Nation gelegen.

Auch innerhalb der Führung der KPD gab es heftige Auseinandersetzungen über die Stellungnahme zu einer Arbeiter- oder Gewerkschaftsregierung. Ein Teil der Mitglieder der Zentrale erkannte nicht, daß in der gegebenen Situation die Orientierung auf die Bildung von politischen Arbeiterräten mit dem Ziel der baldigen Errichtung der Diktatur des Proletariats falsch war, daß es vielmehr galt, eine Regierungsumbildung zu erzwingen. Millionen hatten den Kampf gegen die Putschisten aufgenommen. Aber noch immer war die Mehrzahl der Arbeiter in parlamentarisch-demokratischen Illusionen befangen. Die Mittelschichten und vor allem die Bauern befanden sich in überwiegender Mehrheit unter dem Einfluß der Bourgeoisie. Die Forderung nach der unmittelbaren Errichtung der proletarischen Diktatur in Form der Rätemacht und nach der Bildung von politischen Arbeiterräten, mit der die KPD in verschiedenen Stellungnahmen ihre richtigen Losungen verband, entsprach nicht dem Entwicklungsstand der Massen. Diese Forderung war nicht geeignet, die Mehrheit der Arbeiterklasse an die nächsten Aufgaben auf dem Weg zur Erringung der politischen Macht der Arbeiterklasse heranzuführen.

Einige Vertreter der KPD, unter ihnen Wilhelm Pieck, und einzelne Führer der USPD drängten in den Beratungen der Zentralen Streikleitung in Berlin am 21. März richtig auf den Eintritt der USPD in eine zu bildende Arbeiter- oder Gewerkschaftsregierung. In der Führung der KPD sprachen sich neben Wilhelm Pieck vor allem August Thalheimer und Jacob Walcher für die Bildung solch einer Regierung aus. Am 23. März erklärte sich die Zentrale der KPD für die Bildung einer Arbeiterregierung.[62] Die Zentrale ging in ihrer am 26. März veröffentlichten Erklärung davon aus, „daß die objektiven Grundlagen für die

[62] Dokument Nr. 106.

proletarische Diktatur im gegenwärtigen Moment nicht gegeben sind". Die Parteiführung legte dar, daß eine Arbeiterregierung günstigere Möglichkeiten für die Entfaltung des proletarischen Kampfes gewähren könne. Die KPD werde, so hieß es weiter, „gegenüber der Regierung eine loyale Opposition treiben, solange diese Regierung die Garantien für die politische Betätigung der Arbeiterschaft gewährt, solange sie die bürgerliche Konterrevolution mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft und die soziale und organisatorische Kräftigung der Arbeiterschaft nicht hemmen wird".[63]

Diese Erklärung war, wie W. I. Lenin in seinem Werk „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus" schrieb, sowohl ihrer grundlegenden Voraussetzung nach als auch in ihren praktischen Schlußfolgerungen richtig.

Die Erfahrungen der KPD und der revolutionären Linken in der USPD reichten noch nicht aus, um die Bildung einer Arbeiterregierung zu erzwingen. Vor allem aber verhinderte die Politik der rechten Führer der SPD und der USPD, daß die Möglichkeiten für die Bildung einer Arbeiterregierung in Deutschland im Frühjahr 1920 hätten genutzt werden können. Die Führung der SPD setzte ihre Koalitionspolitik fort, mußte allerdings der Stimmung breiter Massen Rechnung tragen und die in der Arbeiterklasse verhaßten Minister Gustav Noske und Wolfgang Heine fallenlassen. Am 27. März 1920 wurde die Regierung Bauer durch eine neue Koalitionsregierung unter dem sozialdemokratischen Kanzler Hermann Müller abgelöst.

Nachdem die Einheitsfront der Arbeiter durch die opportunistische Politik der rechten Führer der SPD und der USPD zerbrochen worden war, ging die Monopolbourgeoisie dazu über, mit Hilfe der Koalitionsregierung den Kampf der Arbeiter vollends abzuwürgen und die Arbeiter zu entwaffnen.

Im Berliner Raum und in Mecklenburg, in Mitteldeutschland und im Vogtland kam es erneut zu bewaffneten Kämpfen der Arbeiter mit den konterrevolutionären Militärverbänden. Dort, wo Kommunisten und linke Kräfte der USPD einen bestimmenden Einfluß besaßen, konnte dem weißen Terror besonders erfolgreich begegnet werden. So erkämpften die Arbeiter in Halle in tagelangem Ringen die Freilassung ihrer gefangenen Klassengenossen. Am 28. März rief die Zentrale der KPD angesichts des weißen Terrors in Mitteldeutschland und des

63 Die Rote Fahne (Berlin), 26. März 1920.

drohenden Einmarsches der Reichswehr in das Ruhrgebiet die Arbeiter Deutschlands auf, den Kampf gegen die Konterrevolution weiterzuführen.[64]

Mit besonderer Sorge betrachteten das deutsche Monopolkapital und die Koalitionsregierung die Entwicklung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, das fast völlig in der Hand der bewaffneten Arbeiter war.

Die Leitungen der SPD und der USPD im Ruhrgebiet sahen den Kampf ebenfalls als beendet an. Der gemeinsame Aufruf der Gewerkschaften, der SPD und der USPD vom 22. März zur Beendigung des Generalstreiks diente dem sozialdemokratischen Reichs- und Staatskommissar für Rheinland-Westfalen, Carl Severing, als Grundlage für seine arbeiterfeindliche, die einheitliche Front des Ruhrproletariats zersetzende Tätigkeit.

Carl Severing hatte die Vollzugsausschüsse und Stadtverwaltungen der wichtigsten Städte des Industriegebietes sowie die zuständigen Regierungspräsidenten für den 23. März zu einer Besprechung nach Bielefeld geladen, an der auch der Reichspostminister Johann Giesberts und der preußische Landwirtschaftsminister Otto Braun teilnahmen. Von den politischen Parteien waren auf der Konferenz die drei Arbeiterparteien, die Deutsche Demokratische Partei und das Zentrum vertreten.

Das Ergebnis der Verhandlungen war das sogenannte Bielefelder Abkommen vom 24. März[65] sowie der Abschluß eines sofortigen Waffenstillstandes. Das Abkommen wurde von den Regierungsvertretern Johann Giesberts und Carl Severing, von Vertretern der Arbeiterparteien, der Gewerkschaften, der Deutschen Demokratischen Partei, des Zentrums, einigen Kommunalvertretern sowie von dem Protokollführer Ernst Mehlich unterzeichnet. Die zwei Vertreter der KPD, die an der Beratung teilgenommen und das Abkommen mit unterzeichnet hatten, besaßen dazu keinen Auftrag der Partei und wurden deshalb später von der Bezirksleitung der KPD zur Rechenschaft gezogen.

Das Bielefelder Abkommen beruhte im wesentlichen auf den neun Forderungen der Gewerkschaften. Es verlangte von der Arbeiterschaft, den Generalstreik abzubrechen und die Waffen an die Behörden abzuliefern. Von der Regierung wurde unter anderem die Entwaffnung und Bestrafung der Putschisten, die Auflösung der konterrevolutionären

64 Dokument Nr. 110.

65 Dokument Nr. 107.

militärischen Formationen, die Bildung von Ortswehren aus den Kreisen der republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiterschaft, sowie die Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige gefordert. Die Gewerkschaften sollten entscheidenden Einfluß bei der Neuregelung der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetze erhalten. Der Arbeiterschaft wurde versprochen, daß bei Einhaltung der Vereinbarungen die Reichswehr nicht in das Industriegebiet einmarschiere.

Im Vertrauen auf diese Versprechungen legte nach dem 24. März ein großer Teil des Ruhrproletariats die Waffen nieder. Einige der militärischen Führer der Roten Armee dagegen weigerten sich, den Kampf einzustellen. Die bis dahin einig kämpfende Arbeiterklasse war verwirrt und aufgesplittert. Unterdessen wurden weitere Reichswehrtruppen um das Ruhrgebiet zusammengezogen. Die Regierung gab keine Zusage, das Bielefelder Abkommen einzuhalten.

Nur die KPD unterstützte entschlossen das Ruhrproletariat. Sie wandte sich gegen die Spaltungsmanöver der rechten sozialdemokratischen Führer und bemühte sich angesichts des drohenden Reichswehreinmarsches, die einheitliche Front der Ruhrarbeiter wiederherzustellen. Am 24. März traf Wilhelm Pieck, den die Zentrale der KPD in das Ruhrgebiet entsandt hatte, in Essen ein. Da in fast allen Teilen Deutschlands der Streik und der bewaffnete Kampf der Werktätigen abgebrochen worden waren, riet Wilhelm Pieck dazu, das Waffenstillstandsabkommen durchzuführen. Damit sollte Zeit gewonnen werden, die im Bielefelder Abkommen vorgesehenen, aus Arbeitern, Angestellten und Beamten zu bildenden Ortswehren aufzustellen und die in den Händen der Arbeiter befindlichen Waffen zu sichern.

Auf Vorschlag der KPD wurde am 25. März auf einer Vollversammlung der Vollzugsräte des Industriegebiets in Essen, an der auch einige militärische Führer der Roten Ruhrarmee teilnahmen, ein Zentralrat zur einheitlichen Leitung der Abwehrkämpfe gewählt. Wilhelm Pieck wies darauf hin, daß das Bielefelder Abkommen keinerlei Garantien böte, zumal ihm die Regierung noch nicht zugestimmt habe. Die einzige Garantie für die Arbeiter sei, die Waffen zu behalten, um jederzeit ein Eindringen der Reichswehr verhindern zu können. Die Regierung müsse durch die Kraft der Arbeiter gezwungen werden, sich auf das Abkommen zu verpflichten und die Truppen zurückzuziehen. Der Essener Zentralrat machte sich diese politische Linie der KPD zu eigen. Weiterhin lehnte aber ein Teil der militärischen Führer die Einstellung

der bewaffneten Kämpfe ab und kam so den provokatorischen Plänen der Militaristen entgegen, die ihrerseits die Truppen allmählich weiter gegen die bewaffneten Arbeiter vorrücken ließen.

Um ein Blutbad unter den Arbeitern zu vermeiden, schlug der Zentralrat auf einer Konferenz von Vertretern der Arbeiterparteien am 26. März in Hagen vor, den bewaffneten Kampf überall im Ruhrgebiet einzustellen. Wilhelm Pieck erklärte, sich gegen unreale radikalistische Forderungen wendend, daß in der gegebenen Situation die Voraussetzungen fehlten, in einem Sprung zur Diktatur des Proletariats zu gelangen. Zu erreichen sei aber die Bewaffnung der Arbeiter und die Entwaffnung der Bourgeoisie. Einem Vorschlag, mit der Regierung zu verhandeln, wurde zugestimmt. Ziel der Verhandlungen sollte sein, die Regierung zu verpflichten, das Bielefelder Abkommen einzuhalten. Es wurde weiter beschlossen, den Kampf einzustellen, aber die errungenen Positionen nicht aufzugeben. Im Falle des Scheiterns der Verhandlungen oder des Einrückens der Reichswehr sollte erneut der Generalstreik ausgerufen werden. Auf ein entsprechendes Waffenstillstandsangebot des Zentralrats antwortete die Regierung am 28. März abends ablehnend und stellte Bedingungen für die Beendigung des Kampfes, die bis zum 30. März, 12 Uhr, erfüllt werden sollten. Während der Zentralrat diese Bedingungen unter der Voraussetzung annahm, daß die Regierung die Bielefelder Vereinbarungen verbindlich anerkennt, stellte General von Watter am gleichen Tage ultimative Forderungen zur Auflösung und Entwaffnung der Arbeitertruppen, die so angelegt waren, daß ihre Erfüllung praktisch unmöglich war. Das sollte den Militaristen den Vorwand verschaffen, unter allen Umständen ins Ruhrgebiet einmarschieren zu können.

Gegen den drohenden Einmarsch der Reichswehr riefen die Zentrale der KPD und der Essener Zentralrat erneut zum Generalstreik auf, dem sich im Ruhrgebiet große Teile der Arbeiterschaft anschlossen. Zur gleichen Zeit sandte der Zentralrat Wilhelm Pieck und einen zweiten Vertreter nach Berlin, die mit führenden Funktionären der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien über die durch die Militaristen verschärfte Situation verhandeln sollten. Diese Organisationen beschlossen, die Regierung zu ersuchen, eine bindende Zusage zum Bielefelder Abkommen zu geben, die über dieses Abkommen hinausgehenden militärischen Maßnahmen aufzuhalten, den General von Watter abzuberufen und eine achtundvierzigstündige Frist für die Ausführung des Abkommens zuzugestehen. Eine fünfköpfige Delegation verhan-

delte darüber mit dem Reichskanzler. Unter dem Druck der anschwellenden Streikbewegung im Ruhrgebiet und der Proteste in anderen Teilen Deutschlands sah sich die Regierung gezwungen, die Frist für die Auflösung und Entwaffnung der Arbeitertruppen bis zum 2. April, 12 Uhr, zu verlängern und den Befehl zu geben, bis zu diesem Zeitpunkt den Vormarsch der Reichswehr ins Industriegebiet einzustellen. Diese Vereinbarung wurde am 31. März auf einer Besprechung in Münster getroffen, die Carl Severing mit Vertretern der politischen Parteien und des Zentralrates führte.

Am 1. April sprach sich die Vollversammlung der Vollzugsräte Rheinland-Westfalens für die Anerkennung der Vereinbarungen von Bielefeld und Münster aus und erklärte den Generalstreik für beendet.

Den rechten Führern der SPD, der USPD und der Gewerkschaften war es gelungen, die von der KPD geforderte Ausdehnung des Generalstreiks auf ganz Deutschland zu verhindern. Das erleichterte es der Reaktion, die durch die Politik der rechten sozialdemokratischen Führer gespaltene und von den Arbeitern des übrigen Deutschlands isolierte Arbeiterschaft des Ruhrgebiets Ende März und Anfang April 1920 zu schlagen.

Der Zentralrat und auch die militärische Leitung der Roten Ruhrarmee taten alles, um den aussichtslos gewordenen bewaffneten Kampf abzubrechen. Aber Reichswehrtruppen verlegten Einheiten der Roten Armee den Rückweg mit Sperrfeuer; andere Reichswehrverbände setzten den Vormarsch und die Kampfhandlungen fort. Einige militärische Führer der Roten Armee weigerten sich noch immer, den Kampf einzustellen. Teilweise war ihnen das aber auch durch das Vordringen der Reichswehr unmöglich gemacht worden. Einzelne Einheiten der Roten Armee hatten keine Verbindung mit dem Zentralrat und waren nicht über die getroffenen Abmachungen informiert. Alles das hatten die Militaristen einkalkuliert, als sie derartig kurze Fristen für die Einstellung der Kämpfe, die Entwaffnung der Arbeiter und die Freilassung der Gefangenen gestellt hatten. Die Reaktion wollte einen Anlaß, um blutig mit den Arbeitern abrechnen zu können.

In den ersten Apriltagen begann unter dem Vorwand, die Abmachungen seien nicht eingehalten worden, ein brutaler Terrorfeldzug gegen die Werktätigen des Ruhrgebietes. Die Regierung ließ Reichswehr, Sicherheitspolizei und Freikorps, unter ihnen die berüchtigte Brigade Ehrhardt, weiter in das Ruhrgebiet einrücken. Nur vereinzelt leisteten Gruppen der Roten Armee Widerstand. Gegen die mit mo-

dernen Waffen ausgerüsteten, zentral gelenkten, zahlenmäßig überlegenen Truppen vermochte sie sich nicht zu behaupten. Die Soldateska verübte unvorstellbare Greuel an den Arbeitern und deren Angehörigen. Hunderte Arbeiter, darunter viele, die nicht an den Kämpfen teilgenommen hatten, auch Frauen und Jugendliche, wurden häufig auf bloße Denunziation hin ohne Verhör erschossen. Viele Hunderte wurden verhaftet und unmenschlich mißhandelt, teilweise zu Tode geprügelt. Arbeiterfrauen und -mädchen wurden vergewaltigt. Die Klassenjustiz der Weimarer Republik offenbarte ihr wahres Gesicht, indem sie Tausende Arbeiter in die Gefängnisse werfen ließ, während die Kapp-Putschisten – mit Ausnahme Traugott von Jagows, der zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt wurde – straffrei ausgingen.

Die Massenkämpfe der deutschen Arbeiterklasse im März 1920 gehören zu den großen Ruhmestaten in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. In der bis dahin bedeutendsten proletarischen Einheitsaktion der deutschen Geschichte verhinderte die deutsche Arbeiterklasse die Errichtung einer offenen Militärdiktatur in Deutschland und verteidigte die demokratischen und sozialen Errungenschaften der Novemberrevolution.

Der Sieg über den Kapp-Putsch vermittelte die geschichtliche Lehre, daß die einheitlich handelnde Arbeiterklasse im Bündnis mit den übrigen werktätigen Massen eine gewaltige Kraft ist. Kommunisten, Gewerkschafter, Parteilose, die Mehrheit der Mitglieder der USPD und der sozialdemokratischen Arbeiter hatten gemeinsam gekämpft. Die Aktionseinheit ermöglichte es der Arbeiterklasse, breite werktätige Schichten, Angehörige der Mittelschichten, der Intelligenz und des demokratischen Bürgertums in den Kampf für die demokratischen Rechte und Freiheiten einzubeziehen.

Der Sieg der deutschen Arbeiterklasse über die Kapp-Putschisten konnte nicht ausgebaut werden. Ursache dafür waren die opportunistische, auf die Erhaltung der Macht des deutschen Monopolkapitals gerichtete Politik der Führung der SPD und die Schwankungen und Halbheiten der zentristischen Führer der USPD. Die KPD war organisatorisch noch zu schwach und besaß noch keine ausreichenden Erfahrungen, die Arbeiter in den Kampf um die Sicherung ihres Sieges über die Kapp-Putschisten führen zu können.

Die Erfahrungen aus dem Kampf gegen den Kapp-Putsch beschleunigten den revolutionären Reifeprozeß in der deutschen Arbeiterklasse. In der SPD kam es zu heftigen Auseinandersetzungen.

Die revolutionären Arbeiter der USPD überzeugten sich davon, daß die zentristischen Führer eine in ihrem Wesen rechtsopportunistische Politik betrieben. Der gemeinsame Kampf der Kommunisten und der revolutionären Kräfte in der USPD festigte das Vertrauen zwischen ihnen und beschleunigte die Annäherung des linken Flügels der USPD an die KPD.

Der Verlauf und das Ergebnis der Kämpfe gegen den Kapp-Putsch bewiesen erneut die Bedeutung einer revolutionären Arbeiterpartei, die alle Werktätigen in den Kampf zu führen vermag.

Nach dem Kapp-Putsch wurde in der KPD die Diskussion über die Haltung der Partei fortgesetzt. Einmütig wurde die fehlerhafte Stellungnahme der Zentrale vom 13. März verurteilt. Die Auseinandersetzung entbrannte besonders um die Stellung der KPD zur Arbeiterregierung.

Auf dem 4. Parteitag am 14. und 15. April 1920 in Berlin verteidigten unter anderen Wilhelm Pieck, August Thalheimer und Jacob Walcher die Erklärung der Zentrale vom 23. März gegen sektiererische Angriffe. Wilhelm Pieck bezeichnete es als eine in den Märztagen lösbare Aufgabe, die Waffen in die Hände der Arbeiter zu bringen, die Bourgeoisie zu entwaffnen und damit eine Sicherung vor weiteren konterrevolutionären Putschen zu erhalten. „Für dieses allgemeine Ziel war damals die gesamte Arbeiterschaft zu haben, und so hätte eine Arbeiterregierung, die sich die Durchführung dieses Zieles zum Programm gemacht hätte, eine tragfähige Basis gehabt. Eine solche, auf die bewaffnete Arbeiterschaft sich stützende Regierung hätte aber auch der revolutionären Bewegung einen weiten Spielraum lassen müssen, was besonders für uns von größter Bedeutung gewesen wäre."[66] Der Arbeiterregierung, einer Übergangsinstitution zur Diktatur des Proletariats, hätten die Kommunisten in loyaler Opposition gegenübertreten müssen, betonte Wilhelm Pieck.

In den Zeitschriften „Die Internationale" und „Die Kommunistische Internationale" wurden die Diskussionen über die Politik der Partei fortgeführt. Besonders M. J. Braun (M. Brónski) und August Thalheimer betonten dabei die Notwendigkeit einer elastischeren Politik und des Kampfes um Teilziele, die den Massen verständlich sind. Im Heft 25 der „Internationale" setzte sich August Thalheimer, gestützt

66 Wilhelm Pieck: Zur Frage der Arbeiterregierung. Diskussionsrede. In: Gesammelte Reden und Schriften. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. II, Berlin 1959, S. 33.

auf W. I. Lenins Arbeit „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus", mit einem linkssektiererischen Artikel Paul Frölichs auseinander und bezeichnete die Bildung einer starken Partei und die Gewinnung der außerhalb der Partei stehenden proletarischen und kleinbürgerlichen Massen als die Hauptaufgabe der KPD.

Dieser Standpunkt setzte sich in der Partei zunehmend durch. Das zeigte sich auch darin, daß auf dem 4. Parteitag und noch mehr danach immer energischer die Forderung nach einer engen kameradschaftlichen Zusammenarbeit mit dem linken Flügel der USPD erhoben und gegenteilige sektiererische Auffassungen zurückgewiesen wurden.

Der 4. Parteitag beschloß auch die Beteiligung der KPD an den bevorstehenden Reichstagswahlen und benannte die Kandidaten der KPD für die Reichswahlliste. Auf Anregung Edwin Hoernles nahmen die Delegierten zur Arbeit auf dem Lande Stellung und stimmten seinem Antrag auf Bildung einer Sektion für Landarbeiter- und Kleinbauernpropaganda bei der Parteiführung zu.

5. Die Vereinigung des linken Flügels der USPD mit der KPD und die Entwicklung der KPD zur revolutionären Massenpartei

Die Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920, an denen sich erstmals die KPD beteiligte, zeigten eine starke Polarisierung der Klassenkräfte in Deutschland. Die SPD, die bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 11,5 Millionen Stimmen erhalten hatte, bekam nur noch 5,6 Millionen Stimmen. Für die USPD stimmten 4,9 Millionen Wähler, mehr als doppelt soviel wie anderthalb Jahre vorher. Die KPD mit über 440 000 Wählern war erstmals mit zwei Abgeordneten, Paul Levi und Clara Zetkin, im Reichstag vertreten.

Aber auch die reaktionären Parteien des Monopolkapitals, die Deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei, erreichten teilweise beträchtliche Stimmengewinne.

Millionen Wähler, die 1919 ihre Hoffnungen auf die Deutsche Demokratische Partei und die SPD gesetzt hatten, wandten sich enttäuscht von ihnen ab. Die Koalitionspolitik der rechten sozialdemokratischen Führer, deren Zugeständnisse an die Großbourgeoisie führten nicht zur Erhöhung des Einflusses der SPD, sondern trieben im Gegenteil

einen Teil der Wähler in die Arme der Reaktion. Das Wahlergebnis zeigte zugleich, daß viele Werktätige einen Ausweg in der Politik der USPD sahen. Die USPD erreichte ihren größten Masseneinfluß.

Im Ergebnis der Wahlen wurde unter dem Zentrumskanzler Konstantin Fehrenbach eine Koalitionsregierung der Deutschen Demokratischen Partei, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei gebildet, ohne Beteiligung der SPD, die jedoch diese, von der Kapp-Regierung abgesehen, bis dahin reaktionärste Nachkriegsregierung in Deutschland tolerierte.

1920 hielt in Deutschland der langsame Aufschwung der Produktion, der Mitte 1919 eingesetzt hatte, an. Aber es wurde noch immer wesentlich weniger produziert als vor dem Kriege. Der Kohlenmangel, der vor allem durch die Reparationslieferungen verursacht wurde, führte zur teilweisen Stillegung verschiedener Werke. Die Lebenshaltungskosten stiegen 1920 doppelt so stark wie die Löhne. Während die werktätigen Massen sich nicht satt essen und sich nicht ausreichend kleiden konnten, erzielten zahlreiche Großunternehmer in wenigen Monaten Gewinne in Höhe ihres Aktienkapitals. Während durch die inflationistische Entwicklung Geldeinkommen und Geldvermögen ständig an Wert verloren, blieben die Sachwerte erhalten.

Zur Verteidigung ihrer unmittelbaren Lebensinteressen gegen die Unternehmerangriffe setzten sich die deutschen Arbeiter in zahlreichen Streikkämpfen zur Wehr. Im Juli streikten die Bergarbeiter Mitteldeutschlands gegen gesetzliche Festlegungen über einen zehnprozentigen Steuerabzug vom Lohn, Ende Juli bis Anfang August die Arbeiter der Leunawerke. Diese Kämpfe wurden mit Teilerfolgen für die Streikenden beendet. Es gelang jedoch der herrschenden Klasse, die Entstehung einer einheitlichen Kampffront und eine politische Zuspitzung des Kampfes zu verhindern und die wachsende Bewegung gegen den Steuerraub abzufangen. Im Sommer und Herbst 1920 wurden durch das Zusammenwirken von Unternehmern, Staatsapparat und reformistischen Gewerkschaftsführern, durch Teilzugeständnisse und den Einsatz der Technischen Nothilfe umfassende Streikkämpfe verhindert.

Die weitere Festigung der Herrschaft des Finanzkapitals und die Angriffe der Unternehmer machten den Zusammenschluß aller revolutionären Kräfte in der deutschen Arbeiterbewegung und die Entwicklung der KPD zu einer revolutionären Massenpartei noch dringlicher. Bei der Abwehr des Kapp-Putsches hatten die revolutionären

Mitglieder der USPD und die Kommunisten noch enger zusammengefunden. Dieser Prozeß wurde durch die mächtige Massenaktion der deutschen Arbeiterklasse Mitte 1920, die Solidaritätsbewegung „Hände weg von Sowjetrußland!", weiter vorangetrieben.

Im April hatten die reaktionären polnischen Gutsbesitzer und Kapitalisten mit Unterstützung des französischen und auch des englischen Imperialismus den dritten Interventionskrieg des Weltimperialismus gegen die Sowjetmacht entfesselt. Wieder mußte das Sowjetvolk den friedlichen Aufbau unterbrechen und seine Kräfte vor allem auf den Kampf gegen die Interventen und die Weißgardisten konzentrieren. Die Rote Armee ging zur Gegenoffensive über und versetzte den Aggressoren vernichtende Schläge.

In den kapitalistischen Ländern entwickelte sich die bis dahin machtvollste Bewegung der internationalen Arbeiterklasse zur Unterstützung der schwer ringenden Sowjetmacht. In England, Frankreich, Italien, Österreich, der Tschechoslowakei, den USA und in anderen Staaten demonstrierten und streikten Hunderttausende Arbeiter unter der Losung „Hände weg von Sowjetrußland!" und verhinderten Waffenlieferungen an Polen. Diese Aktionen ließen den tiefen Einfluß des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates auf die gesamte internationale Arbeiterbewegung sichtbar werden. Sie spiegelten die wachsende Erkenntnis wider, daß die Verteidigung Sowjetrußlands die ureigenste Sache des internationalen Proletariats ist, daß jeder Erfolg des ersten sozialistischen Staates zugleich bessere Bedingungen für die Auseinandersetzung der Arbeiterklasse jeden Landes mit der eigenen Bourgeoisie schafft, umgekehrt aber jeder Erfolg der antisowjetischen Politik die Konterrevolution stärkt, die Lage der Arbeiterklasse, die Klassenkampfbedingungen für das Proletariat in jedem Lande verschlechtert.

Im Kampf der internationalen Arbeiterklasse gegen die imperialistischen Interventen trugen die deutschen Arbeiter eine hohe Verantwortung. Da die Waffenlieferungen der Entente für die polnische Reaktion vor allem über deutsches Gebiet geleitet werden mußten, hing vom Verhalten des deutschen Proletariats weitgehend die Wirksamkeit der gesamten internationalen Solidaritätsbewegung für Sowjetrußland ab.

Am 9. Mai 1920 erschien in der „Roten Fahne" ein Aufruf der Zentrale der KPD „An das Proletariat Berlins"[67], in dem die Partei erklärte, daß allein der sozialistische Aufbau in Sowjetrußland den immer mehr verelendenden Arbeitermassen Mittel- und Westeuropas

67 Dokument Nr. 111.

die Aussicht auf ihren eigenen Aufstieg eröffne. Deshalb müßten die Arbeiter der kapitalistischen Länder und auch das deutsche Proletariat mit größter Energie die Existenz Sowjetrußlands, das nichts anderes als die Möglichkeit friedlichen Aufbaus verlangt, verteidigen. Die Partei forderte die Arbeiterklasse auf, jede Unterstützung der Interventen durch die deutsche Konterrevolution und die Regierung zu verhindern und für die engste wirtschaftliche und politische Verbindung Deutschlands mit Sowjetrußland einzutreten. KPD und USPD riefen die Arbeiter Berlins zu einer Kundgebung am 11. Mai auf. Hunderttausende Berliner Werktätige demonstrierten zum Lustgarten und bekundeten ihre Solidarität mit Sowjetrußland und ihre Bereitschaft, den Sowjetstaat gegen die Angriffe der Konterrevolution zu verteidigen.

Am 2. Juli sprach Clara Zetkin im Deutschen Reichstag. Es war die erste Rede eines Vertreters der KPD in diesem Parlament. Clara Zetkin eröffnete sie mit einem glühenden Bekenntnis zu Sowjetrußland:

„Das erste Wort der Kommunisten hier ist über dieses Haus, ist über Deutschlands Grenzen hinaus gerichtet. Es ist das Bekenntnis zur internationalen Solidarität der Proletarier aller Länder... Es ist insbesondere ein Ausdruck dankbarer und bewundernder Brüderlichkeit für das unter den größten Schwierigkeiten gegen eine ganze Welt kämpfende und aufbauende sozialistische Räterußland. Es ist das Gelöbnis unverbrüchlicher Einheit des Kampfwillens und des Kampfzieles mit dem heldenmütigen russischen Proletariat, das unter der Führung der kühnen Bolschewiki den Arbeitern der ganzen Welt vorangegangen ist im Kampfe für die Verwirklichung des Sozialismus, richtungweisend und beispielgebend."[68] Sie forderte nachdrücklich eine Änderung der Außenpolitik Deutschlands, die bis dahin „im Zeichen der Demut und des Duckens vor dem Ententeimperialismus und der gepanzerten Faust gegen Räterußland"[69] gestanden hatte. Jene Politik hatte Deutschland außenpolitisch isoliert. Ihr stellte Clara Zetkin die einzige, wahre Alternative gegenüber: „Ein Schutz- und Trutzbündnis Deutschlands mit dem sozialistischen Sowjetrußland würde die internationale Isoliertheit Deutschlands aufheben, durchbrechen und würde eine internationale Machtstärkung bedeuten."[70]

In knappen und treffenden Worten geißelte die Abgeordnete der

68 Clara Zetkin: Das erste Wort der Kommunisten im Deutschen Reichstag. In: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. II, S. 195.

69 Ebenda, S. 197.

70 Ebenda.

KPD die reaktionäre Verleumdung vom Export der Revolution: „Der Bolschewismus, der Kommunismus, alles, was diejenigen fürchten, die auf dem Boden der bürgerlichen Ordnung stehen, es kann nicht als russische Importware in Deutschland eingeführt werden. Die Revolution des deutschen Proletariats ist kein Homunkulus, der in der Verschwörerretorte russischer Bolschewisten fabriziert werden könnte. Nein, die Revolution des deutschen Proletariats ist entstanden im Schoße der kapitalistischen Gesellschaft Deutschlands, und sie zieht die Kraft ihres Wachstums aus den politischen, den wirtschaftlichen und den kulturellen Zuständen, die der sich auflösende und zerfallende Kapitalismus hier in Deutschland schafft. Das ureigenste Kind der deutschen Geschichte, allmählich zu Fleisch und Blut verkörpert in der Riesengestalt des deutschen Proletariats, wird sie über Höhen und durch Tiefen weiterschreiten, bis sie ihr Ziel erreicht hat . . ."[71] Als Voraussetzung für eine Änderung der Außenpolitik Deutschlands bezeichnete Clara Zetkin die Änderung des Kräfteverhältnisses im Innern durch den entschiedenen Kampf gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus. Von der Tribüne des Parlaments forderte sie die deutschen Arbeiter auf, die Lieferung jeglichen Kriegsmaterials und Heeresbedarfs an Polen zu unterbinden.

Die Aufrufe der KPD und der USPD übten auf die deutsche Arbeiterklasse eine tiefe Wirkung aus. Nicht nur Kommunisten und Mitglieder der USPD, sondern auch Parteilose und Arbeiter, die in der SPD organisiert waren, protestierten in allen Teilen Deutschlands gegen die Bedrohung Sowjetrußlands. Darin zeigte sich, daß die Ideen des proletarischen Internationalismus tief im deutschen Proletariat, unabhängig von der Parteizugehörigkeit, verwurzelt waren und daß die antibolschewistische Hetze die starken Sympathien für den ersten sozialistischen Staat nicht abtöten konnte. Unter dem Eindruck der entschlossenen Aktionen der Arbeiterklasse wurde die deutsche Regierung gezwungen, offiziell ihre Neutralität und Nichteinmischung zu erklären.

Zur Verteidigung des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates der Welt begannen die Arbeiter, Kontrollausschüsse zu bilden, die in Häfen und auf Bahnhöfen die Transporte überprüften. Die Weiterleitung von Zügen der Alliierten, die Waffen und andere Kriegsmaterialien transportierten, wurde immer häufiger verhindert. Arbeiter lehnten die Be- und Entladung von Schiffen ab, in denen sich Waffenlieferungen für

[71] Ebenda, S. 198.

Polen befanden. So sicherten die Hamburger Hafenarbeiter auf Initiative Ernst Thälmanns, daß kein einziges Schiff mit Waffen im Hafen abgefertigt wurde. Diese Bewegung besaß tiefe Sympathien in den Massen. Die KPD war die führende Kraft dieser Bewegung in Deutschland.

Anfang August wuchs mit dem siegreichen Vormarsch der Roten Armee auf Warschau die Gefahr, daß die Entente über deutsches Gebiet offen in den Interventionskrieg der polnischen Reaktion gegen Sowjetrußland eingriff. Die KPD rief alle Werktätigen zu größter Wachsamkeit und Tatkraft auf. Während der Solidaritätsaktionen begann sich eine machtvolle Einheitsfront des deutschen Proletariats herauszubilden. Unter dem Eindruck dieser Massenbewegung unterzeichneten der ADGB, die SPD und die USPD gemeinsam mit der KPD am 7. August einen Aufruf[72], der die Arbeiter ganz Deutschlands zur Verhinderung von Waffentransporten aufforderte. Dieser Aufruf war das erste Dokument nach der Novemberrevolution, das von den zentralen Leitungen aller Arbeiterparteien und des ADGB gemeinsam herausgegeben wurde. Das war ein Erfolg der Politik der KPD und spiegelte zugleich das elementare Wirken der Ideen des proletarischen Internationalismus wider. Der Aufruf ließ erkennen, daß der Kampf zur Verteidigung der Sowjetmacht das Streben der deutschen Arbeiterklasse nach gemeinsamem Handeln für die Verteidigung der gemeinsamen Interessen vertieft hatte.

Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse trug dazu bei, die imperialistischen Interventionspläne gegen Sowjetrußland zu zerschlagen. Er zwang die deutsche Regierung, ihre Neutralitätserklärung einzuhalten, und sicherte Deutschland den Frieden. Die Bewegung „Hände weg von Sowjetrußland!" zeigte die tiefe Verbundenheit von Millionen deutscher Werktätiger mit den Arbeitern und Bauern des Sowjetlandes.

Die Massenbewegung im Sommer 1920 stärkte den Einfluß der KPD in der Arbeiterklasse und beschleunigte den Drang der linken Kräfte in der USPD zum Bruch mit den zentristischen Führern und zum Anschluß an die KPD. Dort, wo der linke Flügel der USPD mit der KPD gut zusammenwirkte, erreichte der Kampf der Arbeiterklasse die besten Erfolge. Das vertiefte die Erkenntnis, daß es erforderlich war, alle revolutionären Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung in einer Partei zu vereinen.

72 Dokument Nr. 115.

Für den weiteren Verschmelzungsprozeß war der II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale von großer Bedeutung. Er tagte am 19. Juli in Petrograd und vom 23. Juli bis zum 7. August 1920 in Moskau. An ihm nahmen 167 Delegierte mit beschließender und 51 Delegierte mit beratender Stimme teil; sie vertraten kommunistische Parteien und Organisationen aus 37 Ländern. Seit dem I. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale hatten sich in Bulgarien, Griechenland, Großbritannien, Indonesien, in Jugoslawien, Mexiko, den Niederlanden, Persien, Spanien und den USA Kommunistische Parteien gebildet beziehungsweise linke Gruppen oder Parteien sich in Kommunistische Partei umbenannt. Auf dem Kongreß waren neben den Kommunisten aus Sowjetrußland und aus den entwickelten kapitalistischen Staaten kommunistische Delegierte unter anderem aus China, Indien, Korea und der Türkei vertreten. Es waren auch Delegierte von Parteien anwesend, die ihren Austritt aus der II. Internationale erklärt hatten, wie die USPD und die Französische Sozialistische Partei, ferner verschiedene syndikalistische Gruppen. Der II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale veranschaulichte das Wachstum der kommunistischen Weltbewegung und ihren zunehmenden Einfluß.

Die wachsenden Sympathien für die Arbeiter-und-Bauern-Macht in Sowjetrußland, die Zuspitzung der Klassengegensätze in den kapitalistischen Staaten und der Haß gegen die Politik der rechten Führer der Sozialdemokratie hatten in der ganzen Welt breite Arbeitermassen nach links getrieben. Immer nachdrücklicher forderten sie den Anschluß an die Kommunistische Internationale. In einigen Ländern, wie in Frankreich und Österreich, hatte – ebenso wie in Deutschland – diese Linksentwicklung zunächst zur Stärkung der von Zentristen geleiteten Parteien geführt. Die zentristischen Führer dieser Parteien mußten, wenn sie an der Spitze bleiben wollten, sich mit dem Eintritt in die Kommunistische Internationale einverstanden erklären. Die Aufnahme dieser Elemente, die auf bürgerlichen Klassenpositionen standen, hätte jedoch die Kommunistische Internationale gefährdet. Der Kongreß mußte darum diesen zentristischen Führern den Zutritt zur Kommunistischen Internationale versperren, ohne die ehrlichen, revolutionären Kräfte in diesen Parteien abzustoßen.

Eine andere Gefahr in den jungen kommunistischen Parteien war das Auftreten „linker" Gruppen, die sich gegen die führende Rolle der Partei und die politische Massenarbeit wandten. Eine solche Politik

führt zum Sektierertum, zur Lostrennung der Partei von den Massen, zur Entwaffnung des Proletariats gegenüber der Bourgeoisie.

Die Hauptaufgabe des Kongresses bestand daher besonders darin, Beschlüsse zu fassen, die die Entwicklung ideologisch und organisatorisch gefestigter proletarischer Massenparteien fördern sollten.

Außerordentliche Bedeutung für die erfolgreiche Lösung dieser Aufgabe hatte die kurz vor dem Kongreß veröffentlichte Arbeit W. I. Lenins „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus".

In diesem bedeutsamen Werk vermittelte W. I. Lenin der internationalen kommunistischen Bewegung die weltgeschichtlichen Kampferfahrungen der bolschewistischen Partei. Der Bolschewismus hatte, wie W. I. Lenin hervorhob, „eine fünfzehnjährige (1903–1917) praktische Geschichte hinter sich, die an Reichtum der Erfahrung nicht ihresgleichen kennt. Denn kein anderes Land hatte in diesen 15 Jahren auch nur annähernd so viel durchgemacht an revolutionärer Erfahrung, an rapidem und mannigfaltigem Wechsel der verschiedenen Formen der Bewegung: ... In keinem anderen Lande war in einem so kurzen Zeitraum ein solcher Reichtum an Formen, Schattierungen und Methoden des Kampfes *aller* Klassen der modernen Gesellschaft konzentriert gewesen, und zwar eines Kampfes, der infolge der Rückständigkeit des Landes und des schweren Jochs des Zarismus besonders schnell heranreifte und sich besonders begierig und erfolgreich das entsprechende ‚letzte Wort' der amerikanischen und europäischen politischen Erfahrungen zu eigen machte."[73] Der Bolschewismus hatte auf der Grundlage seiner Erfahrungen die Arbeiter und Bauern Rußlands zum Siege geführt. Darum war die Aneignung dieser Erfahrungen eine Grundfrage für die anderen kommunistischen Parteien. Als Zweck seiner Schrift bezeichnete es W. I. Lenin, „auf Westeuropa das anzuwenden, was in der Geschichte und der heutigen Taktik des Bolschewismus allgemein anwendbar, von allgemeiner Bedeutung und allgemeiner Gültigkeit ist"[74].

W. I. Lenin wies nach, daß der Bolschewismus in der Auseinandersetzung mit zwei Feinden innerhalb der Arbeiterbewegung erstarkt ist: im Kampf mit dem Rechtsopportunismus und mit dem kleinbürger-

[73] W. I. Lenin: Werke, Bd. 31, S. 10.
[74] Ebenda, S. 32.

lichen Revolutionarismus, dem Abenteurertum und Sektierertum. Dieser Revolutionarismus ähnelt dem Anarchismus und weicht „in allem, aber auch allem Wesentlichen von den Bedingungen und Erfordernissen des konsequenten proletarischen Klassenkampfes“[75] ab. Die soziale Basis des Revolutionarismus ist der Kleineigentümer, der Kleinbesitzer, der, „weil er unter dem Kapitalismus ständiger Unterdrükkung und sehr oft einer unglaublich krassen und raschen Verschlechterung der Lebenshaltung und dem Ruin ausgesetzt ist, leicht in extremen Revolutionarismus verfällt, aber nicht fähig ist, Ausdauer, Organisiertheit, Disziplin und Standhaftigkeit an den Tag zu legen. Der durch die Schrecken des Kapitalismus ‚wild gewordene‘ Kleinbürger ist eine soziale Erscheinung, die ebenso wie der Anarchismus allen kapitalistischen Ländern eigen ist. Die Unbeständigkeit dieses Revolutionarismus, seine Unfruchtbarkeit, seine Eigenschaft, schnell in Unterwürfigkeit, Apathie und Phantasterei umzuschlagen ... das ist allgemein bekannt.“[76]

In der Auseinandersetzung mit den linksopportunistischen Auffassungen betonte W. I. Lenin, daß die Hauptursache für den Sieg der Bolschewiki die straff organisierte, zentralisierte, disziplinierte und eng mit den Massen verbundene Partei war. „Ohne eine eiserne und kampfgestählte Partei, ohne eine Partei, die das Vertrauen alles dessen genießt, was in der gegebenen Klasse ehrlich ist, ohne eine Partei, die es versteht, die Stimmung der Massen zu verfolgen und zu beeinflussen, ist es unmöglich, einen solchen Kampf erfolgreich zu führen.“[77] Mit aller Schärfe geißelte W. I. Lenin die von den „Linken“ konstruierte Gegenüberstellung von Partei und Klasse, Führern und Masse und das Hervortreten neuer Führer, die die Entbehrlichkeit der Partei überhaupt proklamierten: „Verneinung des Parteibegriffs und der Parteidisziplin – das ist es, was bei der Opposition *herausgekommen* ist. Das aber ist gleichbedeutend mit völliger Entwaffnung des Proletariats *zugunsten der Bourgeoisie.*“[78]

W. I. Lenin setzte sich mit radikalistischen Phrasen wie „keinerlei Kompromisse“, „der Parlamentarismus ist politisch erledigt“, „keine Arbeit in konterrevolutionären Gewerkschaften“ auseinander und wies die Bedeutung einer wissenschaftlichen Strategie und Taktik, der Lehre

75 Ebenda, S. 16.
76 Ebenda, S. 16/17.
77 Ebenda, S. 29.
78 Ebenda, S. 28.

von der Führung des Klassenkampfes der Arbeiterklasse, nach. Diese Lehre gründet sich auf die marxistische Theorie und erfordert, „vor jeder politischen Aktion die Klassenkräfte und ihre Wechselbeziehungen streng objektiv abzuwägen".[79]

In den westeuropäischen Staaten stand, wie W. I. Lenin hervorhob, vor den kommunistischen Parteien die Aufgabe, die Massen zu gewinnen, sie an die Positionen der revolutionären Vorhut heranzuführen. Diese Aufgabe konnte nicht erfüllt werden ohne die Überwindung des linken Doktrinarismus.

Unter der Fragestellung „Sollen Revolutionäre in den reaktionären Gewerkschaften arbeiten?" kritisierte W. I. Lenin die Losung der sogenannten Linken „Heraus aus den Gewerkschaften!". Um die Massen, das heißt in erster Linie die Mehrheit der Arbeiterklasse, zu gewinnen, muß man „unbedingt *dort arbeiten, wo die Massen sind*"[80]. Große Teile der Arbeiterklasse waren in den Gewerkschaften organisiert, Millionen traten in diesen Jahren der elementarsten, umfassendsten Organisation der Arbeiterklasse, der Gewerkschaft, bei. Um die Millionen Arbeiter für eine revolutionäre Klassenpolitik zu gewinnen, mußte der Schwerpunkt der Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften liegen. Nicht in den Gewerkschaften zu arbeiten hieße, sich von den Massen zu isolieren, und wäre „eine so unverzeihliche Dummheit, daß sie dem größten Dienst gleichkommt, den Kommunisten der Bourgeoisie erweisen können"[81].

Ebenso entschieden verwarf W. I. Lenin die sektiererische Ablehnung der Arbeit im bürgerlichen Parlament. Diese Antiparlamentarier ignorierten dogmatisch und völlig vom Leben losgelöst den tatsächlichen Bewußtseinsstand der werktätigen Massen, die tief von parlamentarischen Vorurteilen durchdrungen waren. Den eigenen Wunsch, die eigene ideologisch-politische Vorstellung für objektive Wirklichkeit zu halten, wie es die linken Sektierer taten, „ist der gefährlichste Fehler, den Revolutionäre machen können"[82]. Der dogmatische Antiparlamentarismus stößt bei der Masse der Arbeiter und erst recht bei den übrigen Werktätigen auf Unverständnis. Darum müssen die Kommunisten – nach dem Vorbild Karl Liebknechts – in „den bürgerlichen Parlamenten von innen heraus den langwierigen, hartnäckigen, vor

79 Ebenda, S. 17.
80 Ebenda, S. 38.
81 Ebenda, S. 37.
82 Ebenda, S. 43.

keinen Schwierigkeiten zurückschreckenden Kampf zur Enthüllung, Zerstreuung und Überwindung dieser Vorurteile führen"[83].

Große Bedeutung für die KPD hatte W. I. Lenins Abrechnung mit der dogmatischen Ablehnung jeglicher Kompromisse. Ohne Kompromisse, Umwege, Bündnisse mit verschiedenen proletarischen und auch kleinbürgerlichen Gruppen, ohne zu lavieren, kann das Proletariat seinen Gegner, die internationale Bourgeoisie, nicht schlagen. „Es kommt nur darauf an, daß man es *versteht*, diese Taktik so anzuwenden, daß sie zur *Hebung* und nicht zur Senkung des *allgemeinen* Niveaus des proletarischen Klassenbewußtseins, des revolutionären Geistes, der Kampf- und Siegesfähigkeit beiträgt."[84] In Deutschland stand die KPD vor der Aufgabe, „*unbedingt* die geeignete Form eines Kompromisses" mit dem linken proletarischen Flügel der USPD zu finden, „eines Kompromisses, das einerseits die notwendige völlige Verschmelzung mit diesem Flügel erleichtern und beschleunigen, anderseits aber die Kommunisten in ihrem ideologischen und politischen Kampf gegen den opportunistischen rechten Flügel der ‚Unabhängigen' in keiner Weise behindern würde".[85]

In den Schlußfolgerungen hob W. I. Lenin noch einmal die Notwendigkeit hervor, daß die Partei alle Formen der gesellschaftlichen Tätigkeit, alle Kampfmittel beherrschen müsse, um siegen zu können. In der bestehenden Situation kommt es darauf an, die grundlegenden Prinzipien des Kommunismus richtig, entsprechend den jeweiligen nationalen Bedingungen, anzuwenden. W. I. Lenins Werk, dieses Lehrbuch der Strategie und Taktik der internationalen kommunistischen Bewegung, war von richtungweisender Bedeutung für die Entwicklung aller kommunistischen Parteien. Es zog die Lehren aus den Kämpfen der internationalen Arbeiterbewegung und vermittelte ihr grundlegende Erkenntnisse darüber, wie die Massen gewonnen und an den Kampf um die Macht herangeführt werden konnten.

Die Gedanken aus diesem Werk und aus den Reden W. I. Lenins, insbesondere aus der über die internationale Lage und die Hauptaufgaben der Kommunistischen Internationale, standen im Mittelpunkt der Beratungen des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale und waren die Grundlage für dessen Beschlüsse.

Nach heftigen Auseinandersetzungen mit Vertretern linkssektiere-

83 Ebenda, S. 50.
84 Ebenda, S. 60.
85 Ebenda.

rischer Auffassungen wurden die Leitsätze über die Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution[86] angenommen. In ihnen wurde die Notwendigkeit der Existenz der kommunistischen Partei begründet. „Nur wenn das Proletariat als Führer eine organisierte und erprobte Partei hat mit ganz bestimmten Zielen und einem konkreten Aktionsprogramm für die nächste Zeit sowohl auf dem Gebiet der Innen- als auch der Außenpolitik, wird die Eroberung der politischen Macht nicht eine zufällige Episode sein, sondern der Ausgangspunkt für einen langwierigen kommunistischen Aufbau durch das Proletariat... Die Arbeiterklasse braucht die Kommunistische Partei nicht nur bis zur Eroberung der Macht... Die Geschichte der Kommunistischen Partei Rußlands... zeigt, daß die Rolle der Kommunistischen Partei nach der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse nicht nur nicht geringer geworden, sondern im Gegenteil außerordentlich gewachsen ist."[87] Die Leitsätze forderten für die Parteien den Aufbau nach dem Grundsatz einer straffen Zentralisation, die enge Verbindung von legaler und illegaler Arbeit und die Bildung von kommunistischen Zellen überall da, „wo Proletarier und Halbproletarier vorhanden sind, mag ihre Zahl auch gering sein"[88].

Der Kongreß beschloß Leitsätze über die Bedingungen zur Aufnahme in die Kommunistische Internationale[89]. Diese 21 Bedingungen, deren Entwurf W. I. Lenin ausgearbeitet hatte, waren darauf gerichtet, die Einheit und Geschlossenheit der internationalen kommunistischen Bewegung zu gewährleisten und sie gegen das Eindringen rechtsopportunistischer und zentristischer Elemente zu schützen. Die Aufnahmebedingungen forderten von allen Parteien unter anderem die Sicherung eines kommunistischen Inhalts der Agitation und Propaganda, die Anerkennung und Propagierung der Diktatur des Proletariats, den Aufbau der Partei auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus und die Durchsetzung der festen Parteidisziplin. Die Parteien mußten eine systematische Arbeit unter den Arbeitern und Werktätigen in Stadt und Land und in deren Organisationen, vor allem in den Gewerkschaften, leisten, mit allen Spielarten des Opportunismus gebrochen und seine Verfechter aus allen verantwortlichen Funktionen entfernt haben. Die Aufnahmebedingungen machten es jeder Partei zur

86 Dokument Nr. 112.

87 Der I. und II. Kongreß der Kommunistischen Internationale, S. 156 u. 160.

88 Ebenda, S. 162.

89 Dokument Nr. 114.

Pflicht, jeden Staat, in dem die Macht der Arbeiterklasse errichtet wurde, rückhaltlos zu unterstützen und jeder Befreiungsbewegung in den Kolonien zu helfen.

In den Aufnahmebedingungen waren die Erfahrungen der bolschewistischen Partei, die Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung verallgemeinert und die grundlegenden Merkmale einer Partei neuen Typus formuliert, wie sie die Arbeiterklasse zur Erfüllung ihrer geschichtlichen Mission braucht. Die Aufnahmebedingungen halfen entscheidend, den Marxismus-Leninismus in der internationalen Arbeiterbewegung durchzusetzen. Sie beschleunigten den Differenzierungsprozeß in den zentristischen Parteien, förderten die Vereinigung der revolutionären Kräfte dieser Parteien mit den Kommunisten und die Bildung von kommunistischen Parteien in den Ländern, in denen bis dahin noch keine bestanden.

Bei der Diskussion der Aufnahmebedingungen entbrannte auf dem Kongreß ein scharfer Kampf mit den rechten Vertretern der USPD, Artur Crispien und Wilhelm Dittmann. Im Bunde mit dem Vertreter der Sozialistischen Partei Italiens, Giacinto Menotti Serrati, widersetzten sie sich den in den Aufnahmebedingungen formulierten Grundsätzen. Sie suchten ihre kompromißlerische, arbeiterfeindliche Politik zu verteidigen, verwässerten den Begriff der Diktatur des Proletariats und wandten sich gegen den revolutionären Terror. W. I. Lenin entlarvte den Zentrismus einiger Führer der USPD. Die Notwendigkeit der Eroberung der politischen Macht erkennen in Worten auch die offenen Opportunisten an – nicht aber die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats und des revolutionären Weges zur Macht. Einen Unterschied zwischen Terror und Gewalt zu machen, wie Crispien es tue, sei in der politischen Praxis, besonders unter den deutschen Verhältnissen, unzulässig. „Gegen Leute, die so handeln wie die deutschen Offiziere bei der Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs, gegen Leute vom Schlage der Stinnes und Krupp, die die Presse kaufen – gegen solche Leute sind wir gezwungen, Gewalt und Terror anzuwenden."[90] In scharfen Worten prangerte W. I. Lenin die Haltung Artur Crispiens an, der erklärt hatte, daß es den deutschen Arbeitern im Vergleich zu den russischen recht gut gehe und darum eine Revolution nur durchgeführt werden könne, wenn der Lebensstandard sich dadurch nicht zu sehr verschlechtere. W. I. Lenin kennzeichnete eine solche Haltung als

90 W. I. Lenin: Rede über die Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale. In: Werke, Bd. 31, S. 237.

konterrevolutionär, weil sie den Kampfwillen und die Opferbereitschaft der Arbeiterklasse verneine. Der Kongreß erteilte den Vertretern solcher opportunistischen Auffassungen eine entschiedene Abfuhr. Ernst Däumig und Walter Stoecker, die als Vertreter des linken Flügels der USPD auf dem Weltkongreß auftraten, drückten ihre Übereinstimmung mit den in den 21 Bedingungen genannten Grundfragen aus.

Auch der nationalen und kolonialen Frage widmete der Kongreß großes Augenmerk und beantwortete sie im Gegensatz zu den von Opportunisten geführten Parteien im Sinne des proletarischen Internationalismus. W. I. Lenin hatte hierzu den Entwurf der Thesen verfaßt, und er erstattete auch den Bericht der zu dieser Frage eingesetzten Kommission. Die Thesen gingen von der Unterscheidung in unterdrükkende und unterdrückte Völker aus. Der zweite Leitgedanke war, daß bei der bestehenden Weltlage „die gegenseitigen Beziehungen der Völker, das ganze Weltsystem der Staaten bestimmt wird durch den Kampf einer kleinen Gruppe imperialistischer Nationen gegen die Sowjetbewegung und die Sowjetstaaten, an deren Spitze Sowjetrußland steht. Wenn wir das außer acht lassen, dann werden wir außerstande sein, auch nur eine einzige nationale oder koloniale Frage richtig zu stellen ..."[91] Weiter erklärte W. I. Lenin, daß die Kommunisten jede wirklich revolutionäre Bewegung der unterdrückten Völker unterstützen, auch wenn diese nationalen Bewegungen bürgerlich-demokratischen Charakter besitzen. Bedeutungsvoll war auch seine These, daß die zurückgebliebenen Völker, die sich befreien, nicht ein kapitalistisches Entwicklungsstadium durchlaufen müssen, sondern durch Unterstützung der Sowjetregierungen und des Proletariats der fortgeschrittensten Länder über bestimmte Entwicklungsstufen zum Kommunismus gelangen können. Schließlich hob er die Pflicht der kommunistischen Parteien hervor, nicht nur in ihrem eigenen Lande revolutionäre Arbeit zu leisten, sondern auch in den Kolonialländern und insbesondere unter den Truppen, deren sich die Ausbeuternationen bedienen, um die Völker der Kolonien niederzuhalten.

In den zu diesen Fragen auf dem Kongreß eingebrachten Ergänzungsthesen wurde unterstrichen, daß das Zusammenwirken der proletarischen revolutionären Bewegung in den imperialistischen Staaten und der nationalen revolutionären Befreiungsbewegung in den unter-

91 W. I. Lenin: Bericht der Kommission für die nationale und die koloniale Frage. In: Werke, Bd. 31, S. 229.

drückten Ländern Voraussetzung für den endgültigen Sturz des Imperialismus ist.

In den Leitsätzen über die Nationalitäten- und Kolonialfrage wurden alle kommunistischen Parteien verpflichtet, die revolutionären Freiheitsbewegungen in den abhängigen Ländern durch die Tat zu unterstützen. „In erster Linie trifft diese Verpflichtung zur tatkräftigen Hilfe die Arbeiter desjenigen Landes, von dem die zurückgebliebene Nation in kolonialer oder finanzieller Hinsicht abhängt."[92] Gleichzeitig wurde die Notwendigkeit der Selbständigkeit der proletarischen Bewegung betont: „Die Kommunistische Internationale soll ein zeitweiliges Zusammengehen, ja selbst ein Bündnis mit der revolutionären Bewegung der Kolonien und der rückständigen Länder herstellen, darf sich aber nicht mit ihr zusammenschließen, sondern muß unbedingt den selbständigen Charakter der proletarischen Bewegung – sei es auch in ihrer Keimform – aufrechterhalten."[93]

Der II. Weltkongreß beschloß auch die Statuten der Kommunistischen Internationale[94]. Der Berichterstatter zu diesem Punkt der Tagesordnung, der bulgarische Kommunist Christo Kabaktschieff, erklärte die Vereinigung und Zentralisation des internationalen revolutionären Proletariats als Hauptbedingung für den Erfolg der proletarischen Revolution gegen die vereinigte Front der gegenrevolutionären Bourgeoisie. Die jungen kommunistischen Parteien bedurften des festen Zusammenschlusses, um sich die revolutionäre Theorie, um sich den Leninismus schnell aneignen zu können. Nur eine feste und disziplinierte Weltorganisation ermöglichte in der gegebenen Situation, eine einheitliche Strategie und Taktik auszuarbeiten. Das schnelle Wachstum der kommunistischen Weltbewegung konnte zudem die Reinheit der revolutionären Taktik gefährden und machte eine feste Zentralisation noch dringender.

In der Einleitung knüpften die Statuten ausdrücklich an die Generalstatuten der Internationalen Arbeiterassoziation an: „Die Kommunistische Internationale ... erklärt feierlich vor der ganzen Welt, daß sie es auf sich nimmt, das große Werk, das von der I. Internationalen Arbeiterassoziation begonnen wurde, fortzusetzen und zu Ende zu führen."[95] Weiter wurden in den einleitenden Abschnitten die Haupt-

92 Der I. und II. Kongreß der Kommunistischen Internationale, S. 174.

93 Ebenda, S. 175.

94 Dokument Nr. 113.

95 Der I. und II. Kongreß der Kommunistischen Internationale, S. 211.

ziele der Kommunistischen Internationale genannt: der Sturz der Bourgeoisie, die Errichtung der Diktatur des Proletariats als des einzigen Mittels zur Befreiung der Menschheit von den Greueln des Kapitalismus und der Aufbau des Kommunismus. Schließlich wurde die Verpflichtung ausgesprochen, die Errungenschaften der Revolution in Rußland, der ersten siegreichen sozialistischen Revolution, zu schützen und jede Sowjetrepublik zu unterstützen, wo immer sie geschaffen wird.

Die Kommunistische Internationale wurde entsprechend ihrer Zielsetzung und den Bedingungen des Kampfes als straff organisierte und zentral geleitete internationale Organisation des Weltproletariats aufgebaut. Die ihr angehörenden Parteien fügten ihrem Namen die Bezeichnung Sektion der Kommunistischen Internationale hinzu. Höchste Instanz der Internationale war der Weltkongreß aller ihr angehörenden Parteien und Organisationen, der jährlich einmal zusammentreten sollte. Er hatte über die wichtigsten Fragen des Programms und der Taktik zu beraten und zu beschließen und das Exekutivkomitee zu wählen. Das Exekutivkomitee war das leitende Organ der Internationale zwischen den Weltkongressen und nur ihnen verantwortlich.

Die Hauptarbeit des EKKI lastete auf der Partei des Landes, in dem auf Beschluß des Weltkongresses das Komitee seinen Sitz hatte. Die Partei des betreffenden Landes hatte fünf und die zehn bis dreizehn bedeutendsten Parteien hatten je einen Vertreter mit beschließender Stimme in das EKKI zu entsenden. Allen anderen in die Kommunistische Internationale aufgenommenen Parteien und Organisationen stand das Recht zu, je einen Vertreter mit beratender Stimme zu delegieren. Der II. Weltkongreß beschloß einmütig als Sitz des EKKI Sowjetrußland. Das EKKI konstituierte sich am 7. August 1920 unter Leitung seines Vorsitzenden G. J. Sinowjew. Die KPD war im EKKI zunächst durch Ernst Meyer, dann durch andere Mitglieder der Parteiführung vertreten. In der Zeit der Vorbereitung des III. Weltkongresses wurde Fritz Heckert in das EKKI entsandt. Die Beschlüsse der Weltkongresse und des EKKI waren für alle kommunistischen Parteien bindend. Der feste demokratische Zentralismus half den Parteien der verschiedenen Länder, sich den Marxismus-Leninismus anzueignen, eine richtige Strategie und Taktik des Klassenkampfes auszuarbeiten und sich zu marxistisch-leninistischen Parteien zu entwickeln.

Der Kongreß übte auf die deutsche Arbeiterbewegung tiefgehenden

Einfluß aus. Er befähigte die KPD, in den nächsten Monaten im Kampf um die Vereinigung mit dem linken Flügel der USPD ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Er half den linken Kräften in der USPD, den vollständigen Bruch mit den zentristischen Führern zu vollziehen und den Weg zur Vereinigung mit der KPD bis zu Ende zu gehen.

Nach dem II. Weltkongreß entwickelte sich in den Organisationen der USPD und in ihrer Presse eine heftige Auseinandersetzung über die Anerkennung der in den 21 Bedingungen festgelegten Grundsätze einer revolutionären proletarischen Partei. In diesen Auseinandersetzungen prallten die Auffassungen der proletarisch-revolutionären Kräfte in der USPD, die fest in den Arbeitermassen verwurzelt waren und sich dem Leninismus annäherten, mit dem Standpunkt der zentristischen Führer zusammen, deren opportunistische Rolle immer unverhohlener hervortrat. Die KPD unterstützte mit Rat und Tat den Kampf des linken Flügels der USPD und half ihm, Unklarheiten und Schwankungen zu überwinden.

Nach ihrer Rückkehr aus Moskau veröffentlichten die Mitglieder der Delegation der USPD ihre Stellungnahme zu den Ergebnissen des II. Weltkongresses. Die Delegierten des revolutionären Flügels erklärten ihr vorbehaltloses Einverständnis mit den Beschlüssen des Kongresses und traten für den sofortigen Anschluß der USPD an die Kommunistische Internationale ein. Artur Crispien, Wilhelm Dittmann, Rudolf Hilferding und die anderen rechten Führer dagegen, in deren Händen sich der Apparat der Partei und die meisten Zeitungen befanden, eröffneten sofort eine Kampagne gegen die Annahme der Aufnahmebedingungen. Sie richteten ihre Angriffe vor allem gegen diejenigen Bedingungen, die den demokratischen Zentralismus der Internationale und ihrer Sektionen, die Reinigung der Partei von den offenen und versteckten Opportunisten sowie die zielklare Führung des Kampfes um die Macht der Arbeiterklasse verlangten. Die zentristischen Führer gingen zu offener antikommunistischer Hetze über.

Die KPD half den revolutionären Kräften in der USPD in diesen Auseinandersetzungen vor allem dadurch, daß sie die Wahrheit über den Sowjetstaat verbreitete und die antikommunistischen Lügen zerschlug.

Auf der Reichskonferenz der USPD vom 1. bis 3. September 1920 in Berlin prallten die Gegensätze hart aufeinander. Die Konferenz war von den rechten Führern überstürzt einberufen worden, um die Funktionäre auf ihren opportunistischen Standpunkt zu bringen. Dieses Ziel

erreichten die Rechten jedoch nicht. Auf der Reichskonferenz traten Paul Böttcher, Franz Dahlem, Ernst Däumig, Wilhelm Koenen, Walter Stoecker und andere für den Beitritt zur Kommunistischen Internationale und für die Annahme der Beschlüsse des II. Weltkongresses ein.

Leidenschaftlich wurde nach der Reichskonferenz in Mitgliederversammlungen, Kreis- und Bezirkskonferenzen der USPD in allen Teilen Deutschlands um die zur Diskussion stehenden Fragen gerungen. Viele Organisationen erklärten sich nach gründlichen Diskussionen für den sofortigen Anschluß an die III. Internationale. Unter dem Einfluß der rechten Führer sprachen sich aber auch eine Reihe von Organisationen gegen den Anschluß an die Komintern aus, andere suchten der Auseinandersetzung auszuweichen und leisteten damit den Rechten Schützenhilfe.

Diese und andere Widerstände konnten jedoch nicht den immer mächtiger werdenden Drang zur Vereinigung bremsen.

Eine große Hilfe für die revolutionären Arbeiter in der USPD war der Brief W. I. Lenins an die deutschen und französischen Arbeiter vom 24. September 1920, in dem er die revolutionären Kräfte in der USPD und in der Französischen Sozialistischen Partei auf den völligen Bruch mit den rechten Kräften orientierte. W. I. Lenin bezeichnete die Auseinandersetzungen in diesen Parteien als einen Kampf „zwischen revolutionären, *proletarischen* und opportunistischen, *kleinbürgerlichen* Elementen", in dem letztere „das Proletariat *dem bürgerlichen Reformismus unterzuordnen*"[96] suchen.

Die KPD verstärkte ihre Unterstützung für den linken Flügel der USPD. Im September wurden in Berlin 15 öffentliche Versammlungen mit dem Thema „Der Kampf um die III. Internationale" veranstaltet, auf denen neben anderen Ottomar Geschke, Fritz Heckert und Wilhelm Pieck sprachen. Ähnliche Veranstaltungen fanden in Breslau, Chemnitz, Duisburg, Halle, München und anderen Orten statt. Kommunisten traten in Versammlungen der USPD auf. Die kommunistische Presse veröffentlichte ständig Artikel zu den Auseinandersetzungen in der USPD, die eine wesentliche Hilfe für die linken Kräfte darstellten. Besonders wertvoll war die im Oktober in der „Roten Fahne" erschienene Artikelserie Clara Zetkins „Der Weg nach Moskau".

Anfang Oktober trat die Auseinandersetzung in der USPD in ein

[96] W. I. Lenin: Brief an die deutschen und französischen Arbeiter. In: Werke, Bd. 31, S. 270/271.

neues Stadium. Ganze Bezirksorganisationen entschieden sich für den Anschluß an die III. Internationale; in einigen Bezirken kam es zur organisatorischen Spaltung. Es war zu einem wesentlichen Teil das persönliche Verdienst Ernst Thälmanns, daß in Hamburg 95 Prozent der Mitglieder der USPD sich für den Anschluß an die KPD aussprachen und nur fünf Prozent den Rechten folgten.

Schon im Alter von 17 Jahren – er wurde am 16. April 1886 in Hamburg geboren – war Ernst Thälmann der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und ein Jahr später den freien Gewerkschaften beigetreten. Bereits in jungen Jahren hatte sich Ernst Thälmann das Vertrauen der Hamburger Arbeiter erworben, die ihn 1912 und 1914 als Delegierten zu Verbandstagen des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes gewählt hatten. Im August 1914 hatte Ernst Thälmann in Hamburg gegen die Kriegskreditbewilligung durch die rechten sozialdemokratischen Führer protestiert. Auch an der Front war er gegen Militarismus und Krieg aufgetreten.

In der Novemberrevolution hatte Ernst Thälmann – auf den Positionen des linken Flügels der USPD stehend – den Kampf für die Verwirklichung der Losung „Alle Macht den Räten!" geführt. Im März 1919 war er als Vertreter der USPD in die Hamburger Bürgerschaft gewählt worden, von deren Tribüne aus er die Interessen der Werktätigen verteidigte.

Auf dem 10. Verbandstag des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes im Juni 1919 in Stuttgart war Ernst Thälmann gegen die Burgfriedenspolitik der reformistischen Führer aufgetreten und hatte die Forderung erhoben, die Gewerkschaften wieder mit dem Geist des Klassenkampfes zu erfüllen.

Ernst Thälmann hatte frühzeitig erkannt, daß mit der Gründung der KPD der Grundstein für die Wiedervereinigung der deutschen Arbeiterklasse auf dem Fundament des Marxismus-Leninismus gelegt worden war. Für diese Vereinigung war Ernst Thälmann, seit 1919 der Erste Vorsitzende der Ortsgruppe Hamburg der USPD, eingetreten. Ende 1919 hatte er an befreundete Genossen der USPD in Köln geschrieben: „Wenn ich meinem Herzen nachginge, wäre ich schon längst in den Spartakusbund eingetreten. Aber jede Übertrittsbewegung einzelner ist jetzt schädlich ... *Es kommt jetzt darauf an, die Kommunistische Partei zu einer Massenpartei zu machen. Dies ist aber nur dann in kürzester Frist möglich, wenn sich der entscheidende Teil der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei mit der Kommunistischen Partei*

vereinigt. Diese Vereinigung anzustreben und diesem Ziel alles unterzuordnen ist unsere revolutionäre Aufgabe."[97]

Am 31. Oktober 1919 war in einer Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Hamburg der USPD auf Initiative Ernst Thälmanns ein Antrag an den bevorstehenden Parteitag angenommen worden, in dem gefordert wurde, der Parteitag „möge eine Aussprache herbeiführen über den eventuellen Zusammenschluß der USPD mit der Richtung der Zentrale der KPD"[98]. Auf dem außerordentlichen Parteitag der USPD Ende 1919 hatte Ernst Thälmann zu den Delegierten des linken Flügels gehört, der den sofortigen Anschluß an die Kommunistische Internationale gefordert hatte.

Als sich nach der Niederschlagung des Kapp-Putsches die Gegensätze zwischen dem linken, revolutionären Flügel und den rechten Führern in der USPD weiter vertieften, setzten die von Ernst Thälmann geführten Hamburger Mitglieder der USPD im April 1920 die Abberufung der Zentristen aus der Fraktion der Hamburger Bürgerschaft durch.

Während des Parteitages der USPD vom 12. bis 17. Oktober 1920 in Halle fanden die Auseinandersetzungen der revolutionären Kräfte der USPD mit den zentristischen Führern ihren Abschluß. Nach mehreren Referaten und einer heftigen Diskussion entschied sich der Parteitag, an dem auch eine Delegation der Kommunistischen Internationale teilnahm, mit 237 gegen 156 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen für den sofortigen Anschluß der Partei an die Kommunistische Internationale und damit für die Vereinigung mit der KPD. Großen Anteil daran hatte eine wirkungsvolle mehrstündige Rede des damaligen Vorsitzenden der III. Internationale, G. J. Sinowjew, in der er besonders die Argumente der Sprecher des rechten Flügels der USPD zerschlug. Während nach der entscheidenden Abstimmung die Linken die Internationale sangen, verließen die Rechten den Saal. Diese Minderheit setzte separat den Parteitag fort und spaltete damit die Partei. Sie bezeichnete sich als USPD. Die revolutionären Kräfte nannten sich bis zur Vereinigung mit der KPD USPD (Linke).

97 Ernst Thälmann: Aus einem Brief an befreundete Genossen der Linken in der USPD in Köln. In: Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd I, Berlin 1955, S. 13.

98 Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages in Leipzig vom 30. November bis 6. Dezember 1919, Berlin o. J., S. 47.

Nach dem Parteitag trat das Ringen um die Vereinigung der USPD (Linke) mit der KPD in seine letzte Phase. Der Zentralausschuß der KPD rief am 23. Oktober dazu auf, die Verschmelzung sofort vorzubereiten und rasch durchzuführen. Die Zentrale der KPD und das Zentralkomitee der USPD (Linke) bildeten unmittelbar nach dem Parteitag in Halle gemeinsam eine provisorische Zentrale, die die Verschmelzung vorbereitete. Die Vertreter der USPD (Linke) unternahmen große Anstrengungen, um den Klärungsprozeß in der USPD abzuschließen und einen möglichst großen Teil der Mitgliedermassen für die Vereinigung mit der KPD zu gewinnen. Die provisorische Zentrale kam überein, daß dort, wo auf beiden Seiten der Wunsch nach einer sofortigen Verschmelzung bestand und die Voraussetzungen gegeben waren, dieser nichts in den Weg gelegt werden sollte.

Vom 1. bis 3. November 1920 tagte der 5. Parteitag der KPD in Berlin. Im Mittelpunkt der Beratungen des Parteitages stand die Vereinigung mit der USPD (Linke). Der Parteitag gab der Resolution des Zentralausschusses vom 23. Oktober seine volle Zustimmung. In einem weiteren Beschluß wurde festgelegt, noch vor dem Abschluß des Vereinigungsprozesses gemeinsam mit der USPD (Linke) eine Gewerkschaftskonferenz durchzuführen, in der Grundfragen der Gewerkschaftspolitik behandelt werden sollten.

In Übereinstimmung mit den zwischen den Zentralen der KPD und der USPD (Linke) getroffenen Vereinbarungen kam es in den Monaten Oktober und November zu immer engerer kameradschaftlicher Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern und Funktionären beider Parteien. Überall in Deutschland begann der organisatorische Zusammenschluß.

Dieser Prozeß spiegelte sich auch in der revolutionären Arbeiterjugendbewegung wider. Am 7. November 1920 nahm der Kongreß der Jugendorganisation der USPD, der Sozialistischen Proletarierjugend, in Leipzig mit 145 gegen 141 Stimmen eine Entschließung an, die sich für den Anschluß an die Kommunistische Jugendinternationale und für die Schaffung einer einheitlichen kommunistischen Jugendorganisation in Deutschland aussprach. Bald darauf schloß sich der linke Flügel der Sozialistischen Proletarierjugend mit der Kommunistischen Jugend Deutschlands zusammen. Diesen Namen hatte die Freie Sozialistische Jugend im September 1920 angenommen. Im Verlaufe des Jahres 1919 war es innerhalb der Freien Sozialistischen Jugend zu starken Auseinandersetzungen über den Charakter der Jugendorganisation gekommen. Die Mehrheit der Freien Sozialistischen Jugend hatte sich auf

dem 2. und 3. Reichskongreß im Februar und Oktober 1919 für die Politik der KPD ausgesprochen. Führer der USPD hingegen hatten versucht, die Entwicklung der Freien Sozialistischen Jugend zur kommunistischen Jugendorganisation zu verhindern. Als ihnen das mißlungen war, hatten sie Ende 1919 die Freie Sozialistische Jugend gespalten und die Sozialistische Proletarierjugend gegründet, deren linker Flügel bereits ein Jahr später zur Kommunistischen Jugend Deutschlands fand. Mit der Gründung der Kommunistischen Jugend Deutschlands und dem organisatorischen Zusammenschluß der revolutionären Arbeiterjugendbewegung wurde der Grundstein für eine revolutionäre Organisation der deutschen Arbeiterjugend gelegt, die ihre Mitglieder im Geiste des Marxismus-Leninismus erzog und einen entschlossenen Kampf gegen Ausbeutung, Militarismus und imperialistischen Krieg, für die Grundrechte der Jugend führte.

Die Krönung des Vereinigungsprozesses der USPD mit der KPD bildete der Vereinigungsparteitag vom 4. bis 7. Dezember 1920 in Berlin. 349 Delegierte der USPD und 136 der KPD verkündeten mit dem „Manifest an das deutsche und internationale Proletariat“[99] den Zusammenschluß der revolutionären Arbeiter Deutschlands in einer proletarischen Massenpartei, die sich Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands (VKPD) nannte.

Die Beschlüsse des Vereinigungsparteitages orientierten auf die Entwicklung einer umfassenden Massenarbeit. Der Parteitag beschloß unter anderem ein Agrarprogramm[100] und Leitsätze über die Gewerkschaftsarbeit sowie Richtlinien zur Jugendbewegung. Das Agrarprogramm forderte die entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes und die Aufhebung aller gutsherrlichen Rechte. Es garantierte den Klein- und den Mittelbauern ihren Besitz an Land und Produktionsmitteln nach der Machtergreifung des Proletariats und sprach sich für die Unterstützung des Zusammenschlusses der Kleinbetriebe zu Genossenschaften nach der sozialistischen Revolution aus. Damit gab die Partei eine im wesentlichen richtige Zielstellung in den Grundfragen der Agrarpolitik im Sozialismus. Dagegen fehlten in diesem Programm die nächsten demokratischen und ökonomischen Forderungen und Ziele der Agrarpolitik der VKPD. Das zeigte, daß die Unterschätzung der Arbeit auf dem Lande noch nicht überwunden war.

[99] Dokument Nr. 117.

[100] Dokument Nr. 116.

Die Leitsätze über die Gewerkschaftsarbeit verpflichteten die Kommunisten, in den bestehenden Gewerkschaften mit dem Ziel zu arbeiten, sie zu revolutionieren. Die Kommunisten sollten für den Bruch der Gewerkschaften mit der Arbeitsgemeinschaftspolitik eintreten. Die Leitsätze forderten den Kampf um die Kontrolle der Produktion, um die Eingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß, um die Sicherung der Existenz der Arbeitslosen, der Arbeits- und Kriegsinvaliden, die Versorgung der Arbeiter mit Lebensmitteln und den Kampf gegen die Wohnungsnot. Um die Zersplitterung im ADGB zu überwinden, wurde in den Leitsätzen verlangt, daß die Kommunisten dafür eintreten, daß sich die Arbeiter in Industrieverbänden zusammenschließen. Um die Revolutionierung der Gewerkschaften rasch und systematisch voranzutreiben, wurde der Zusammenschluß der Kommunisten in den Gewerkschaften zu Fraktionen festgelegt, „nicht um sich in Zellen oder Fraktionen einzukapseln, sondern um wirksam unter den nichtkommunistischen Klassengenossen zu arbeiten“[101]. Auch hier wurde deutlich, wie die Partei erfolgreich sektiererische Hemmnisse überwand und auf eine breite Massenpolitik, auf die konsequente Vertretung der Tagesinteressen der werktätigen Massen orientierte.

In den Richtlinien zur Jugendbewegung nahm die VKPD prinzipiell zur Jugendarbeit Stellung und trug damit zur Klärung der damals in der Kommunistischen Jugendinternationale entbrannten Diskussion über die Rolle und die Aufgaben der Jugendorganisation bei. Die Richtlinien betonten, daß sich die Aufgaben der kommunistischen Jugendorganisation nicht nur auf den politischen Kampf, sondern auch auf die kommunistische Erziehung des Jungproletariats erstrecken müssen und daß die Jugendorganisation die Massen der Jugend erfassen muß. Die Parteimitglieder wurden zur allseitigen Unterstützung der Kommunistischen Jugend verpflichtet.

Andere Beschlüsse galten der Arbeit unter den Beamten, den Erwerbslosen und der Tätigkeit in den Elternbeiräten. Als Endziel des schulpolitischen Kampfes, eines wichtigen Teils des proletarischen Befreiungskampfes, forderte die Partei die sozialistische Einheits-, Arbeits- und Gemeinschaftsschule. Gleichzeitig formulierte die Partei schulpolitische Teilziele für den Kampf innerhalb der bestehenden Ge-

101 Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der USPD (Linke) und der KPD (Spartakusbund). Abgehalten in Berlin vom 4. bis 7. Dezember 1920. Hrsg. von der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin 1921, S. 261.

sellschaft wie das Recht der Elternbeiräte auf Mitbestimmung im Unterricht, bei der Schulspeisung und bei der Entlassung von Lehrern. Schon auf dem 5. Parteitag der KPD war gefordert worden, daß die kommunistischen Gemeindevertreter den Kampf um Schulgeldfreiheit und um die Weltlichkeit der Schulen führen.

Ausführlich nahm der Parteitag zur Frauenarbeit Stellung. Dieser Arbeit widmete Clara Zetkin große Aufmerksamkeit. Unter ihrer Redaktion hatte die KPD seit Mai 1919 die Zeitschrift „Die Kommunistin" herausgegeben. Um die Frauen, die noch stärker als die Männer ausgebeutet wurden, die am schwersten an den Lasten der Lebensmittelnot, der Teuerung und der Wohnungsnot zu tragen hatten, für den gemeinsamen Befreiungskampf gegen das kapitalistische System, das an ihrer elenden Lage schuld war, zu gewinnen, wurden vom Parteitag „Richtlinien für die Frauenagitation"[102] angenommen. Diese beruhten auf den von Clara Zetkin ausgearbeiteten „Richtlinien für die kommunistische Frauenbewegung" und auf den Beschlüssen der ersten internationalen kommunistischen Frauenkonferenz, die während des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale in Moskau stattgefunden hatte. Zur Durchsetzung des Parteitagsbeschlusses wurde ein Frauen-Reichssekretariat eingerichtet.

Im Anschluß an den Vereinigungsparteitag fand eine Reichsfrauenkonferenz der VKPD statt. Die Konferenz begrüßte die vom Vereinigungsparteitag angenommenen „Richtlinien für die Frauenagitation". Die Reichskonferenz beschloß, vor allem die Arbeit mit den Frauen auf dem Lande zu verstärken. Clara Zetkin sprach auf dieser Konferenz über die Stellung der Frau in Sowjetrußland.

Die vom Parteitag beschlossenen Organisationssatzungen stellten einen Fortschritt gegenüber denen von 1919 dar. Sie beruhten im wesentlichen auf den Prinzipien des demokratischen Zentralismus. Im Paragraph 2 forderten sie von den Mitgliedern der Partei, „im Sinne der Grundsätze und Taktik der Partei zu wirken und deren Beschlüsse durchzuführen. Sie haben sich in den Betrieben und in allen Körperschaften, in denen die Partei die Arbeit der Kommunisten für notwendig hält, insbesondere in den Gewerkschaften, Betriebsräten und Genossenschaften, zusammenzuschließen und einheitlich nach den Richtlinien und unter Kontrolle der zuständigen Parteiorganisation unter den Arbeitern der Betriebe und den Mitgliedern der genannten

102 Dokument Nr. 118.

Körperschaften für die kommunistische Bewegung zu wirken."[103] Im neu aufgenommenen Paragraph 11 wurde die Verantwortlichkeit der in parlamentarischen Körperschaften tätigen Parteimitglieder gegenüber ihrer zuständigen Leitung festgelegt. Wenn der Parteitag auch auf die Bildung kommunistischer Fraktionen in den Betrieben orientierte, blieb jedoch nach wie vor die Ortsgruppe die Grundlage der Parteiorganisation.

Das Manifest des Parteitages rechnete entschieden mit den rechten sozialdemokratischen und den zentristischen Führern, mit ihrer Politik und Ideologie ab und wertete die Bildung der VKPD als einen wesentlichen Erfolg der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung. In Überschätzung des durch die Vereinigung geschaffenen Kräfteverhältnisses wurde im Manifest jedoch davon gesprochen, daß die Partei jetzt stark genug sei, um erforderlichenfalls „auf eigene Faust in Aktionen zu treten"[104]. Derartige Formulierungen begünstigten in der Folgezeit das Aufkommen der von einigen führenden Funktionären der VKPD vertretenen sogenannten Offensivtheorie.

Zu Vorsitzenden der Partei wurden Ernst Däumig und Paul Levi gewählt. Sekretäre der Zentrale wurden Heinrich Brandler, Otto Brass, Wilhelm Koenen, Wilhelm Pieck, Hermann Remmele, Walter Stoecker und Clara Zetkin; Beisitzer der Zentrale wurden Otto Gäbel, Curt Geyer, Fritz Heckert, Adolph Hoffmann und August Thalheimer. In den Zentralausschuß wurden unter anderen Paul Böttcher, Franz Dahlem, Georg Schumann, Robert Siewert und Ernst Thälmann gewählt.

Der Zusammenschluß des revolutionären Flügels der USPD mit der KPD war ein bedeutender Erfolg für die deutsche Arbeiterbewegung und Ausdruck der weiteren Aneignung Leninscher Ideen durch die revolutionäre Vorhut des deutschen Proletariats. In historisch kurzer Zeit war die KPD als erste kommunistische Partei in einem hochindustrialisierten Lande zu einer revolutionären Massenpartei geworden. An einem entscheidenden Abschnitt des weltweiten Kampfes zwischen Imperialismus und Sozialismus war die Mehrheit der revolutionären proletarischen Kräfte in einer einheitlichen Partei vereinigt, was auf die Arbeiterbewegung in vielen Ländern Europas ausstrahlte. Die Mitgliederzahl der Partei stieg durch die Vereinigung von 100 000 auf rund 300 000, die Zahl der Ortsgruppen von 1200 auf fast 2500. Von

103 Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der USPD (Linke) und der KPD (Spartakusbund), S. 243.

104 Ebenda, S. 232.

der Fraktion der USPD im Reichstag trat allerdings nur eine Minderheit der Fraktion der VKPD bei, darunter Wilhelm Bartz, Emil Eichhorn, Joseph Herzfeld, Emil Höllein, Wilhelm Koenen, Hermann Remmele und Walter Stoecker.

Die Vereinigung war das Verdienst des Kampfes Zehntausender von Kommunisten und Mitgliedern der USPD. Sie besiegelte die schwere Niederlage des organisierten Zentrismus in Deutschland. Anhand ihrer eigenen Erfahrungen hatte sich die Mehrheit der Mitglieder der USPD mit Hilfe der Kommunistischen Internationale und der KPD vom bürgerlichen Klassencharakter der Politik der zentristischen Führer überzeugt und sich das Verständnis für die historische Rolle der geeinten revolutionären Partei der Arbeiterklasse angeeignet.

Die deutschen Linken und die von ihnen geschaffene Kommunistische Partei Deutschlands wirkten bei der Linksentwicklung in der deutschen Arbeiterbewegung und bei der Herausbildung und Festigung eines linken Flügels in der USPD als wesentliche Triebkraft.

Zum ersten Male in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung hatte in einem industriell hochentwickelten Land der gemeinsame Kampf zweier Arbeiterparteien zur Vereinigung in einer Partei auf revolutionärer Grundlage geführt.

Die Entwicklung der Massenpolitik der KPD im Kampf zur Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen gegen die Offensive des Monopolkapitals (1921/1922)

1. Die Ausarbeitung der Einheitsfrontpolitik der KPD. Die Märzkämpfe. Der III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale

Seit Mitte 1920 zeichnete sich immer deutlicher eine Offensive des deutschen Monopolkapitals gegen elementare Lebensrechte der deutschen Werktätigen ab. Die Massenkämpfe der Arbeiterklasse 1919 und in der ersten Hälfte des Jahres 1920 hatten die Großbourgeoisie zu vorsichtigerem Vorgehen und zu einigen Zugeständnissen an die Werktätigen veranlaßt. Die Bildung der Regierung Fehrenbach und deren Tolerierung durch die rechten sozialdemokratischen Führer ermunterten nun die deutschen Konzernherren, zum Angriff überzugehen, um die Lasten des imperialistischen Krieges und der Niederlage auf die Schultern der deutschen Werktätigen abzuwälzen und die eigenen Machtpositionen weiter zu festigen. In Unternehmerkreisen verstärkten sich die Forderungen nach Abbau des achtstündigen Arbeits-

tages und wurde der Ruf nach Einführung der Akkordarbeit in den Betrieben laut. Der Unternehmerdruck auf die Betriebsarbeiterschaft nahm zu.

Der Vorstoß des Großkapitals hing auch damit zusammen, daß die Festlegung der Summe, die Deutschland auf Grund des Versailler Vertrages an die Ententemächte als Reparation zahlen sollte, nahe bevorstand. Nach langen, heftigen Auseinandersetzungen zwischen den imperialistischen Siegermächten beschloß die Pariser Reparationskonferenz der Alliierten im Januar 1921, daß Deutschland den ungeheuren Betrag von 226 Milliarden Goldmark in 42 Jahresraten aufbringen sollte.

In der herrschenden Klasse Deutschlands gab es über den Weg zur Abschüttelung des Versailler Vertrages im Interesse des deutschen Monopolkapitals tiefe Differenzen. Die reaktionärsten finanzkapitalistischen Gruppen und bürgerlichen Politiker glaubten unter völliger Mißachtung des internationalen Kräfteverhältnisses, eine rasche Lösung zugunsten der deutschen Großbourgeoisie erzwingen zu können. Sie traten für eine sogenannte Katastrophenpolitik ein und sprachen sich dafür aus, die Reparationszahlungen zu sabotieren. Bedenkenlos wollten sie damit eine von den Versailler Siegermächten für diesen Fall angedrohte Besetzung weiteren deutschen Gebietes provozieren. Das werde, so war ihre abenteuerliche, den nationalen Interessen zutiefst entgegengesetzte Spekulation, zu einer Zuspitzung der Gegensätze innerhalb der imperialistischen Westmächte und zum gewaltsamen Zusammenbruch des Versailler Vertrages führen.

Demgegenüber hielten die Verfechter der „Erfüllungspolitik", die die Lage des deutschen Finanzkapitals nüchterner einschätzten, eine allmähliche Revision der Versailler Vertragsbestimmungen für aussichtsreicher und richteten sich auf einen längeren Weg zum Wiedererstarken des deutschen Imperialismus ein. Konzernkreise und bürgerliche Politiker, die diese Linie verfolgten, sprachen sich dafür aus, „im Rahmen des Möglichen" Reparationen zu zahlen, und strebten nach einer Verbesserung der Beziehungen Deutschlands zu den imperialistischen Westmächten.

Bei allen Gegensätzen zwischen „Katastrophen-" und „Erfüllungspolitikern" über die anzuwendenden Methoden waren sich beide Gruppen einig in dem Ziel, die alten imperialistischen Positionen zurückzugewinnen. Einig waren sie sich vor allem darin, alle Lasten der

Niederlage und des Versailler Vertrages der Arbeiterklasse und den anderen Werktätigen aufzubürden.

Als Hauptmittel zur eigenen Bereicherung und zur Ausplünderung der Volksmassen benutzte das deutsche Monopolkapital immer mehr die Inflation, die rasche Entwertung des Papiergeldes. Die herrschende Klasse hatte ihre riesigen Ausgaben während des Krieges und auch nach der Niederlage im wesentlichen dadurch finanziert, daß sie immer neues Papiergeld drucken ließ, dem kein entsprechender wirtschaftlicher Wert gegenüberstand. Während die Industrieproduktion 1920 nur etwas mehr als die Hälfte derjenigen des letzten Vorkriegsjahres 1913 ausmachte, betrug der Geldumlauf 1920 fast 68 Milliarden Mark gegenüber 6 Milliarden Mark 1913. Die Folge dieses gewaltigen Papiergeldüberhangs war eine Teuerung, die immer größere Ausmaße annahm und vom Monopolkapital bewußt vorangetrieben wurde. Zwar waren Löhne, Gehälter und Renten seit der Novemberrevolution erhöht worden – die Löhne lagen 1920 um das Fünf- bis Zehnfache über dem Stand von 1913 –, doch waren die Lebenshaltungskosten wesentlich rascher gestiegen. Infolgedessen lagen die Reallöhne Ende 1920 bis zu einem Drittel unter dem Vorkriegsstand.

Die Inflation bereicherte die großen Besitzer von Produktionsmitteln und anderen Sachwerten. Das deutsche Monopolkapital konnte sich eines großen Teils seiner Steuerverpflichtungen entziehen und alte Schulden und neu aufgenommene Kredite zu einem Bruchteil ihres ursprünglichen Wertes zurückzahlen. Kapitalisten entzogen verknappte Waren dem regulären Handel; sie wurden zu Schieberpreisen auf dem schwarzen Markt verkauft. Das niedrige Lohnniveau in Deutschland gestattete es dem deutschen Monopolkapital zugleich, auf den kapitalistischen Auslandsmärkten erfolgreich zu konkurrieren und beträchtliche Gewinne in stabiler ausländischer Valuta zu erzielen. Der „Patriotismus" der deutschen Konzernherren äußerte sich darin, daß sie in einer Zeit tiefer Not des deutschen Volkes massenhaft Werte ins Ausland verschoben und den Ausverkauf Deutschlands betrieben, um sich selbst zu bereichern.

Das ausländische, vor allem das amerikanische Finanzkapital, sah in der Markentwertung eine große Chance, sich billig Teile des deutschen Nationalvermögens anzueignen. Einflußreiche Monopolgruppen der USA wie die Morgan-Gruppe und die Rockefeller-Gruppe kauften in zunehmendem Umfang deutsche Betriebe auf, erwarben Aktienbeteiligungen und stellten enge Verbindungen zu deutschen Finanz-

gruppen her. Teile der deutschen Großbourgeoisie begünstigten das Eindringen des Auslandskapitals in die deutsche Wirtschaft. Sie betrachteten eine möglichst umfangreiche Anlage vor allem amerikanischen Kapitals in Deutschland als Schutz vor neuen revolutionären Erschütterungen und als eine Garantie für das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus.

Die Inflation beschleunigte den Prozeß einer raschen Konzentration und Zentralisation von Produktion und Kapital in den Händen einer kleinen Gruppe von Monopolherren. Viele kleinere kapitalistische Betriebe, die nicht genügend kapitalkräftig waren, fielen dem Konkurrenzkampf zum Opfer. Eine Besonderheit dieses Konzentrations- und Zentralisationsprozesses war es, daß er sich weitgehend auf der Grundlage der alten, während des Krieges abgenutzten Technik vollzog.

Zu den größten Nutznießern der Inflation gehörte der Konzernherr Hugo Stinnes. Stinnes bildete Ende 1920 zusammen mit den Monopolherren Emil Kirdorf und Carl Friedrich von Siemens die Siemens-Rheinelbe-Schuckert-Union, die größte Monopolvereinigung, die seit den Anfängen des deutschen Imperialismus entstanden war. 1921 verkörperte der Stinnes-Konzern eine Kapitalmacht von etwa 8 Milliarden Mark und beherrschte insgesamt 1340 Fabrikanlagen, Kohlengruben, Elektrizitätswerke, Transportbetriebe, Banken und sonstige Unternehmen, in denen 600 000 Arbeiter beschäftigt waren. Der Prozeß der Kapitalkonzentration wurde infolgedessen in der deutschen Arbeiterklasse damals treffend als Stinnesierung bezeichnet. Er fand auch in anderen Monopolbildungen, so dem Entstehen des Otto-Wolff-Konzerns und dem Zusammenschluß der Darmstädter mit der Nationalbank zur Danatbank 1920/21, seinen Ausdruck. Mit der Reorganisation der Monopole strebte das deutsche Finanzkapital danach, seine Kriegsgewinne zu realisieren, die durch die militärische Niederlage und die Versailler Vertragsbestimmungen erlittenen Verluste wettzumachen und seine Macht und seinen Einfluß unter den veränderten Bedingungen wieder rasch zu festigen.

Zugleich mit diesem Machtzuwachs der Monopole erstarkten die Positionen der Reichswehr und der verschiedenen nationalistischen, militaristischen und revanchistischen Verbände. Vor allem die Aktivität des Stahlhelms und der im August 1920 aus der Zusammenfassung der reaktionären Selbstschutzverbände in Bayern entstandenen Organisation Escherisch, der sogenannten Orgesch, wuchs.

Der hemmungslosen Bereicherung einer kleinen Gruppe von Monopolgewaltigen, Großagrariern, von Schiebern und Spekulanten stand eine ständig zunehmende Verarmung der großen Mehrheit des deutschen Volkes, der Arbeiterklasse, großer Teile der Beamten, der Intelligenz und der Mittelschichten, gegenüber. Löhne, Gehälter, Renten und Spareinlagen verloren mit zunehmender Inflation mehr und mehr an Wert. Die ohnehin geringe Kaufkraft breiter werktätiger Schichten sank ständig weiter. Für Millionen Deutsche wurde die Sicherung eines Minimums an Nahrung und Kleidung immer mehr zur Hauptsorge.

Infolge der Inflation hatte schon Ende 1920 die Verelendung der deutschen Arbeiterklasse beträchtlich zugenommen. Der Reallohn der deutschen Arbeiterklasse lag bedeutend niedriger als in den anderen entwickelten Industrieländern. 1920 erhielten beispielsweise die Arbeiterinnen und Arbeiter in den deutschen Baumwollwebereien Löhne, die etwa einem Fünftel der Löhne ihrer amerikanischen, einem Drittel der Löhne ihrer englischen und der Hälfte der Löhne ihrer französischen Kollegen entsprachen. Die niedrigen Löhne führten zu einem erschreckenden Rückgang im Lebensmittelverbrauch. 1920 kauften die deutschen Arbeiter durchschnittlich 44 Prozent weniger Mehl, 63 Prozent weniger Fleisch und 26 Prozent weniger Zucker als 1913. Der Verbrauch von Fett, Milch und Kartoffeln war im gleichen Zeitraum um etwa die Hälfte zurückgegangen. Als Folge der Unterernährung verschlechterte sich der Gesundheitszustand des Volkes beträchtlich und erhöhte sich die Mütter- und Säuglingssterblichkeit vor allem in den proletarischen Familien. Die Verelendung des deutschen Proletariats wurde durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit noch mehr gesteigert. Anfang 1921 gab es über 400 000 Arbeitslose, die von niedrigen Unterstützungen leben mußten, und eine noch größere Zahl von Kurzarbeitern. Selbst die amtliche Statistik, die nur die Unterstützungsempfänger zählte, hielt die wirkliche Zahl der Erwerbslosen in dieser Zeit für bedeutend größer. Elend, Hunger und die Aussicht auf ständige weitere Verschlechterung der Lebenslage – das bedeutete die Unternehmeroffensive für die deutsche Arbeiterklasse.

Der Angriff des Großkapitals traf alle Teile des deutschen Proletariats, unabhängig von ihrer politischen Auffassung und ihrer organisatorischen Bindung. In der Arbeiterschaft, vor allem in den Gewerkschaften, wuchs der Wille zur entschlossenen Verteidigung der proletarischen Lebensinteressen. In Erinnerung an die siegreiche Niederschlagung des Kapp-Putsches wurde in der Arbeiterklasse das Be-

streben lebendig, dem einheitlichen Vorgehen der Unternehmer die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse entgegenzustellen.

Am 2. Dezember 1920 veröffentlichte die Ortsverwaltung Stuttgart des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, in der Kommunisten und andere klassenbewußte Arbeiter die führenden Funktionen innehatten, im Namen ihrer 26 000 Mitglieder einen Aufruf an alle deutschen Gewerkschafter, einheitlich den Kampf für konkrete Forderungen zur Verbesserung der Lage des Proletariats aufzunehmen. Zu diesen Forderungen gehörten: Herabsetzung der Preise für tägliche Bedarfsgegenstände, Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, Steuerermäßigung für die Werktätigen und Steuererhöhung für die Kapitalisten, Kontrolle der Produktion und Verteilung von Rohstoffen und Lebensmitteln durch Betriebsräte, Gewerkschaften und Genossenschaften und Entwaffnung der Orgesch bei gleichzeitiger Bewaffnung der Arbeiterschaft. Eine Mehrheit der Delegiertenversammlung der Ortsverwaltung stimmte diesem Appell zu und verlangte vom ADGB die Einleitung entsprechender Kampfaktionen. Diese „Stuttgarter Forderungen" gingen von den gemeinsamen Interessen der Arbeiterklasse aus. Sie wurden Ende 1920 und Anfang 1921 in vielen Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen in ganz Deutschland diskutiert und fanden in der Arbeiterklasse vielfältigen Widerhall, wozu das Zentralorgan der VKPD „Die Rote Fahne" und andere Parteizeitungen viel beitrugen.

Die Veränderungen im Verhältnis der Klassenkräfte, die sich seit Mitte 1920 vollzogen hatten, stellten die VKPD vor neue politische Aufgaben. In den Vordergrund des Kampfes traten jetzt das Ringen um die Durchsetzung der wirtschaftlichen Tagesforderungen und die Verteidigung demokratischer Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen gegen die Unternehmeroffensive. Angesichts der weiter andauernden tiefen Erschütterung der Macht des deutschen Finanzkapitals konnten sich daraus rasch erneut Kämpfe für die Erweiterung der demokratischen Rechte, um die Zurückdrängung und Brechung der Machtpositionen der Monopolherren und Militaristen entwickeln. In dieser Situation erwuchs der Partei die Verpflichtung, in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit die Durchsetzung solcher elementarer Forderungen zu stellen, die die Interessen aller Arbeiter unmittelbar berührten, und sich dazu mit den breitesten Massen des Proletariats, die in den Gewerkschaften und in den anderen Arbeiterparteien organisiert waren, zu verbinden. Die Partei mußte alle Schran-

ken niederreißen, die der Opportunismus, aber auch das Sektierertum in der Arbeiterbewegung aufgerichtet hatten, und allen Arbeitern den Weg zum gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind weisen. Die Kommunisten mußten sich als entschiedenste Verfechter auch der Tagesinteressen der Werktätigen, als zielklarste Vorkämpfer des einheitlichen Handelns der Arbeiterklasse bewähren. Die starke Stellung, die die Partei nach der Vereinigung in den Gewerkschaften, den Betriebsräten und in vielen Landtagen, Kreis-, Stadt- und Gemeindeparlamenten besaß, schuf für diese Politik günstige Voraussetzungen.

Ende Dezember 1920 beschloß die Zentrale der VKPD entsprechend dem Willen breiter Arbeitermassen, das Ringen um die einheitliche Front der Arbeiterklasse gegen die Unternehmeroffensive zu organisieren. Am 7. Januar 1921 verabschiedete sie einen „Offenen Brief"[105], der sich an die Leitungen der Gewerkschaften, der SPD, der USPD und der KAPD wandte mit der Aufforderung, gemeinsam für die unmittelbaren Lebensinteressen der Werktätigen zu kämpfen. Der Aufruf ging von der Notwendigkeit aus, daß angesichts der Unternehmeroffensive „die proletarische Klasse sich als Gesamtheit zur Wehr setzt"[106]. Er schlug vor, einheitliche Lohnkämpfe zur Sicherung der Existenz der Arbeiter, Angestellten und Beamten aufzunehmen und für die Erhöhung der Renten, Pensionen und Arbeitslosenunterstützungen „unter ausschließlicher Heranziehung des Kapitals"[107] einzutreten. Er forderte weiter, für die Abgabe verbilligter Lebensmittel an die Lohnempfänger und die Empfänger niedriger Gehälter, für die zwangsweise Einquartierung von Werktätigen in große Wohnungen und Häuser und für die Kontrolle über Produktion und Verwendung von Lebensmitteln und Rohstoffen durch die Betriebsräte und durch Guts- und Kleinbauernräte in Verbindung mit den Landarbeiterorganisationen zu kämpfen. Schließlich stellte er die Aufgabe, die sofortige Entwaffnung und Auflösung der konterrevolutionären Verbände und die Bildung proletarischer Selbstschutzorganisationen sowie die Amnestierung und Freilassung aller politischen Gefangenen zu erreichen und die sofortige Aufnahme von wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland durchzusetzen. Die VKPD unterstrich, daß die Erfüllung dieser Forderungen die Ursachen der Not der Werktätigen nicht beseitigen könne, daß dazu vielmehr die Errich-

105 Dokument Nr. 119.

106 Die Rote Fahne (Berlin), 8. Januar 1921 (Morgenausgabe).

107 Ebenda.

tung der politischen Macht der Arbeiterklasse notwendig sei. Sie erklärte aber ihre Bereitschaft, trotz aller bestehenden tiefen Gegensätze gemeinsam mit den anderen proletarischen Parteien und Organisationen für die genannten Forderungen zu kämpfen.

Der „Offene Brief" war ein wichtiger Schritt vorwärts in der Entwicklung der Taktik der Partei. Er entsprach den Lehren, die W. I. Lenin in seinem Werk „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus" dargelegt hatte. Der „Offene Brief" beschränkte sich darauf, solche Aufgaben zu stellen, die dem Bewußtseinsstand der meisten Arbeiter entsprachen und zum großen Teil vom ADGB, der SPD und der USPD selbst schon formuliert worden waren. Ohne das Trennende zu verschweigen, stellte er das, was alle Arbeiter und ihre Organisationen einte, in den Mittelpunkt; er legte das Hauptgewicht auf die nächsten Schritte, die alle Arbeiter gemeinsam gehen konnten. Hatte sich die KPD bis zum Vereinigungsparteitag im Kampf um die Mehrheit der Arbeiterklasse vor allem auf die Gewinnung der Arbeiter in der USPD konzentriert, richtete sie ihr Augenmerk nun auf eine breite Massenarbeit in allen Teilen und mit allen großen Organisationen der Arbeiterklasse.

Mit dem „Offenen Brief" leitete die Partei eine Wende in ihrer Politik ein, die für die kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern vorbildlich war. Angesichts der starken Machtpositionen der monopolkapitalistischen und militaristischen Kräfte in Deutschland und der verhängnisvollen Folgen des bürgerlichen Einflusses in der Arbeiterklasse war die Herstellung der Einheitsfront aller Teile des deutschen Proletariats die Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf um Frieden, Demokratie und Sozialismus. Das Ringen um die proletarische Einheitsfront war daher die ständige Grundlinie im Kampf der KPD für die Interessen der deutschen Arbeiterklasse und der ganzen Nation.

Bei Hunderttausenden Arbeitern fand der „Offene Brief" Zustimmung. In zahlreichen Versammlungen und Konferenzen forderten Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte von den anderen Arbeiterparteien und den Gewerkschaften, dem Vorschlag der VKPD zu entsprechen und gemeinsam zu handeln.

Die rechten Führer der SPD, der USPD und der Gewerkschaften aber antworteten auf die Vorschläge der VKPD ablehnend. Sie behaupteten, der Vorschlag der VKPD sei ein Manöver, das nur den Kommunisten Vorteile bringen solle. Tatsächlich fürchteten sie, durch

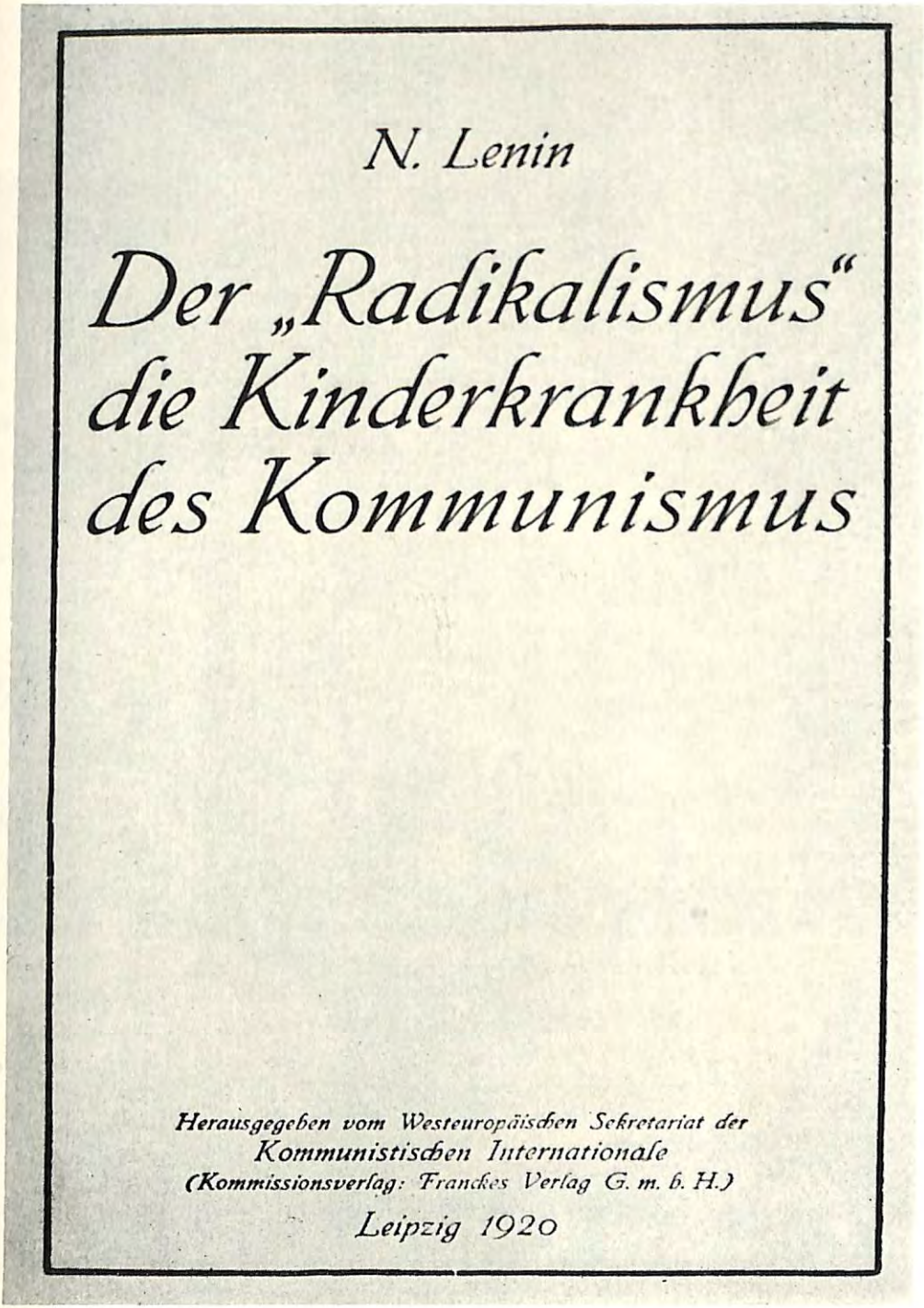
ein Eingehen auf diesen Vorschlag die Bourgeoisie zu erschrecken. Mit ihren heftigen antikommunistischen Ausfällen wollten sie verdecken, daß sie im Interesse der Koalitionspolitik nicht einmal bereit waren, für Forderungen zu kämpfen, die sie selbst aufgestellt hatten. Der Antikommunismus der rechten Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften erwies sich als ein schweres Hindernis für den einheitlichen Kampf der Arbeiterklasse und half der Großbourgeoisie, die Spaltung der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten.

Dessenungeachtet unternahm die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands große Anstrengungen, um die Gedanken des „Offenen Briefes" in der ganzen deutschen Arbeiterklasse zu verbreiten. In Berlin und in den größeren Städten aller deutschen Industriezentren führte die Partei öffentliche Kundgebungen durch, von denen aus sie zur Herstellung der proletarischen Einheitsfront aufrief. „Die Rote Fahne" und die Bezirkszeitungen der Partei veröffentlichten laufend Berichte von Arbeiterversammlungen, die die Spaltungspolitik der rechten Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften verurteilten und die gemeinsame proletarische Aktion forderten.

Der gewachsene Kampfwille der Arbeiterklasse veranlaßte Ende Februar 1921 den Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, zehn „Forderungen der deutschen Gewerkschaften zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" zu erheben. Sie sahen unter anderem die Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten, die zwangsweise Einstellung von Arbeitslosen in den Betrieben bei Begrenzung der Unternehmergewinne und bei Sicherung der Tariflöhne und Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung vor. Das waren Forderungen, die ihrem Wesen nach gegen die Offensive des Monopolkapitals gerichtet waren. Der Vorstand des ADGB richtete diese Forderungen jedoch an die Regierung und suchte die Illusion zu erwecken, sie könnten auf dem Verhandlungswege durchgesetzt werden.

Getreu der Politik des „Offenen Briefes" unterstützte die VKPD den Aufruf des ADGB und erklärte, sie werde alles tun, um dessen Forderungen zum Siege zu verhelfen. Die Partei betonte aber, daß die zehn Forderungen nicht nur durch Verhandlungen, sondern vor allem durch den selbständigen Kampf des Proletariats und durch die Herstellung der proletarischen Einheitsfront zu verwirklichen seien.

Zu dieser Zeit stand allerdings die Ausarbeitung einer marxistisch-leninistischen Strategie und Taktik durch die Partei noch in ihren Anfängen. Die Partei besaß noch keine geschlossene, reife und kampf-



Titelblatt der deutschen Erstausgabe von W. I. Lenins
„Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“, 1920



Solidaritätskundgebung Berliner Werktätiger für Sowjetrußland, 11. Mai 1920



Ernst Thälmann



Blick in den Sitzungssaal des Parteitages der USPD in Halle, 12. bis 17. Oktober 1920



Lehrervereinshaus in Berlin, Tagungsort des Vereinigungsparteitages der USPD (Linke) mit der KPD, 4. bis 7. Dezember 1920

N. Jahrg. / Nr. 11. / Preis der Einzelnummer 30 Pfg. Morgen-Ausgabe Sonnabend, den 8. Januar 1921.

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion: Geschäftsstelle, SW 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Dönhoff 6, 7 und 8. Telegramm-Adresse: Rotfahne Berlin. Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 96 57. Erscheint gratis täglich. Sonntags und Montags einmal. Expedition und Postversandstelle: SW 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Dönhoff 6, 7 und 8. Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 96 57.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Offener Brief

an

Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund,
Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände,
Allgemeiner Arbeiterrat,
Freie Arbeiterräte (Syndikalisten),
Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands.

Die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands hält es für ihre Pflicht, in einem für die gesamte deutsche Proletariat bedeutsamen und schweren Augenblicke sich an alle sozialistischen Parteien und Gewerkschaftsorganisationen zu wenden.

Die fortschreitende Zerrüttung der Kapitalswirtschaft, die Rückwirkungen der weltweiten Weltkrise zu den Bedingungen der besonderen deutschen Krise, die fortschreitende Entwertung des Geldes und die in Kürze zu erwartende Katastrophe der Lebenshaltung der Preise aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände, die geschwinde Arbeitslosigkeit und Verelendung der breiten Massen machen es notwendig, daß die proletarische Klasse sich als Gesamtheit zur Wehr setzt, und damit nicht nur der Zwischenparteien gedacht, sondern als der Schädigen, der auf jeden verzichtet, sich ihrer proletarischen Charaktere bewußt werden.

In dieser unerträglichen Situation wird das Proletariat gezwungen durch die fortschreitende Reaktion, die in Orpsch. in dem Monarchismus, in der Justiz, die seinen Ausdruck findet, immer neue Hoffnung für das Proletariat erfindet und die auf die Unsicherheit der Proletariats spekuliert.

Die VKPD. schlägt daher sämtlichen sozialistischen Parteien und Gewerkschaftsorganisationen vor, sich auf folgender Grundlage zu gemeinsamer zu beginnenden, im einzelnen noch näher zu beratenden Aktionen gemeinsam zusammenzuschließen:

I. a) Einführung von einheitlichen Kampfmaßnahmen zur Sicherung der Existenz der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Verbindung der einzelnen Lebensmittel der Eisenbahner, Bergarbeiter und Bergleute, sowie der anderen Industrie- und Landarbeiter zur gemeinsamen Aktion.

b) Sicherung aller Waffen und Munitionen der Kriegswerke, Munitions- und Waffenfabriken, sowie der anderen Industrie- und Landarbeiter zur gemeinsamen Aktion.

c) Einheitliche Regelung der Arbeitslosenfrage für das ganze Reich auf der Grundlage der Verbreitung der Beschäftigten.

Verteilung des Arbeits auf der Unterstützung unter ausschließlicher Heranziehung des Kapitals für diese Zwecke.

Kontrolle der Arbeitslosen durch besondere Arbeitslosenräte in Verbindung mit den Gewerkschaften.

II. Maßnahmen zur Verhinderung der Lebensmittelverhaltung, nämlich:

a) Abgabe verbilligter Lebensmittel an alle Lohn- und anderen Gehaltsempfänger (Arbeiterausschüsse, Witwen-, Waisenrentenempfänger usw.) unter Heranziehung der Konsumvereine und unter Kontrolle der Gewerkschaften und Betriebsräte.

Verbilligung des Brotes durch Verbilligung der Backkosten.

b) Sofortige Beschlagnahme aller zur Verfügung Brotes vorhandenen Räume mit dem Recht nicht nur grundsätzlicher Enteignung, sondern auch grundsätzlicher Nutznießung seiner Besitzer und großen Wohnungen oder gar Häusern.

III. Maßnahmen zur Verhinderung der Lebensmittel und Bedarfsgegenstände:

a) Kontrolle aller vorhandenen Nahrungsmittel, Kohle, Textilstoffe durch die Betriebsräte.

Weitestmöglichste Aufgabe der Betriebe, soweit sie Bedarfsgegenstände herstellen. Beschränkung dieser so hergestellten Gegenstände nach den Grundsätzen zu II a).

b) Kontrolle der Beschäftigung, der Preise und des Verkaufs aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse durch Bauern- und Kleinbauernräte in Verbindung mit den Landarbeiterorganisationen.

IV. a) Sofortige Entwaffnung und Auflösung aller bürgerlichen Selbstschutzorganisationen und Bildung proletarischer Selbstschutzorganisationen in allen Ländern und Gemeinden.

b) Aufruf für alle Truppe, die auf politischen Machten oder auf Befehlen der bürgerlichen Regierungen Rat begangen werden. Verteilung aller politischen Gefangenen.

c) Aufhebung der bekannten Ausnahmegesetze.

d) Sofortige Aufhebung der Handels- und diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland.

Indem wir diese Aktionsgrundlage vorschlagen, verbehalten wir keinen Augenblick, weder uns selbst noch den Arbeitermassen, daß wir neue und weitgehendere Forderungen über Rat nicht-beschlossen können. Aber auch für einen Augenblick darauf zu verzichten, in den Arbeitermassen den Gedanken von dem Kampf, von der Diktatur, den einzigen Weg zur Rettung, weiter zu verbreiten, ohne darauf zu verzichten, die Arbeitermassen in jedem günstigen Moment zum Kampf um die Diktatur aufzufordern und zu führen, ist die Vereinigte Kommunistische Partei bereit, mit anderen Parteien, die sich auf das Proletariat stützen, gemeinsam die Mittel um die oben angeführten Maßregeln durchzuführen.

Wir verlangen die Gegenstände nicht, die uns von den anderen Parteien trennen. Wir erklären nochmals: wir wollen von den Organisationen, an die wir uns wenden, nicht ein Sippenbekenntnis zu den vorgeschlagenen Aktionsgrundlagen, sondern die Bereitschaft für die aufgestellten Forderungen.

Wir fragen die Parteien, an die wir uns wenden, nicht, ob sie diese Forderungen für berechtigt, sondern ob sie gewillt sind, sie durchzusetzen.

Wir fragen sie:

Sind sie bereit, gemeinsam mit uns für diese Forderungen einzutreten, sich rückhaltlos für diesen Kampf aufzuopfern?

Auf diese Fragen und eindeutige Worte sollen wir einer ehrlichen und eindeutigen Antwort entgegen. Die Situation erfordert rasch und eine rasche Antwort. Die erwarten deshalb eine Antwort bis zum 13. Januar 1921.

Gelingt die Parteien und die Gewerkschaften, an die wir uns wenden, nicht zu einer Einigung, dann werden wir gezwungen, zu versuchen, die VKPD. sich für verpflichtet machen, diesen Kampf allein zu führen, und sie ist überzeugt, daß für die Arbeitermassen folgen werden. Schon heute wendet sich die VKPD. an alle proletarischen Organisationen im Reiche und die sich um sie sammelnden Arbeitermassen mit der Aufforderung, in Betriebsräumen ihren Willen zum gemeinsamen Abwehr gegen den Kapitalismus und gegen die Reaktion, zur gemeinsamen Vorbereitung ihrer Interessen zu bekunden.

Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands.

Die Eisenbahner gegen das Kompromiß.

TU. Oldenburg, 7. Januar.

Über den Deutschen Eisenbahnerverband, Ortsverwaltung Oldenburg, wird bekanntgegeben, daß die gestern durch die Vertrauensmännerversammlung der Bahnhöfe, sowie der ganzen Belegschaft von Oldenburg zum Streikbeginn erwirkt worden ist, so heftigen Widerstand fanden und Verwirrung entsprechenden machen, daß der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes sowie der Zentralvorstand über den gefaßten Beschluß keinen Zweifel mehr machen und nur der Streik einer Streiks die in nächster Zeit weitere Hilfe gerade für Oldenburg notwendig sein dürfte. Die Eisenbahner werden an den zuletzt erfolgten Forderungen als Streikverbindung festhalten.

Verräter unter den Beamten.

TU. Bremen, 7. Januar. Der Beamtenausschuß des Landarbeiterrates gegen den Streikbeschluß der Ortsverwaltung der Deutschen Postpartei sowie einer Streikabstimmung, die die Beamten aufforderte, zum ersten Streik abzustimmen, da ein solcher in den letzten Tagen zu den Streiks völlig unnötig geworden sind, die Beamten selbst als Verräter des Streiks am meisten schädigen würde.

Die sozialpatriotischen Streikbrecher haben durch diese Stellungnahme der Ausführung unter den Beamten einen guten Dienst erwiesen.

Die Eisenbahner werden demonstrieren.

Berlin, den 7. Januar.

Die heute im Gewerkschaftshaus verkammelten Funktionäre des T. V. G. haben mit überwiegender Majorität beschlossen, sich an den Demonstrationen im Eisenbahnerstreik gegen die Entwaffnungspolitik der Regierung gemeinsam mit dem gesamten Post- und Telegraphenpersonal zu beteiligen.

Ausstand der Danziger Elektromonteure.

TU. Danzig, 7. Januar. Die Danziger Elektromonteure sind am Donnerstag wegen Lohndifferenzen in den Ausstand getreten.

Die Krise der oberschlesischen Textilindustrie.

Die Beamtenschaft der Textilbranche, Ring, Sonn. 69, Textilarbeiterverband i. d. Industrie, Sekt. „Lenz“ vom 7. Januar ab wird noch die Streiken der Textilien erklärt, obwohl für die Textilien 25 Prozent Lohnerhöhung und der Tarifvertrag bis Ende Dezember gültig sind. Die Firmen Kunstlich-Textil und Sonn haben ihren Betrieb schon seit dem 13. Dezember stillgelegt.

Weitere Verkürzung der Arbeitszeit.

TU. Mülhausen, 7. Januar. Infolge der schlechten Lage der Arbeitsmarktlage wurden fünf weitere Firmen die 30-Stundenwoche einführen. Hier die gestrigen acht Stunden erhalten die Arbeiter 25 Prozent des Lohnes.

Auf die Schanzen.

Das Proletariat ist nicht um der Kommunisten willen da, sondern die Kommunisten um des Proletariates willen. Der revolutionäre Heldenmut des Proletariates führt ohne eine Kommunistische Partei in die Irre: das beweisen die verflossenen Monate und Jahre der deutschen Revolution gezeigt. Die Kommunistische Partei, die große Partei, die Scharen überzeugter und überlegener Geschulen in ihren Reihen hat, ist erstanden. Sie ist das lebendigste Glied am Körper des Proletariats, — sie ist aber immer nur das Glied, das nicht vergessen darf, daß es ohne die anderen Glieder verdorren muß, wie umgekehrt.

In seinem Augenblick darf der Kampf der Kommunisten gegen andere proletarische Parteien zu einem Kampf gegen einen Teil der proletarischen Klasse werden. Es immer die Lebensnotwendigkeit des Proletariats verlangt, kennt die Kommunistische Partei „keine Parteien“ mehr. Denn erste Voraussetzung ist, daß das Proletariat lebt. Nur wenn es lebt, kann es sich befreien.

Das sind die Gedanken, von denen die Vereinigte Kommunistische Partei sich leiten läßt, wenn sie mit der Einladung an die Organisationen sich wendet, die neben ihr auf das Proletariat sich stützen. Von diesen Gedanken lassen, soweit sie Parteien sind, trennen uns, gewiß nach rechts, tiefe Gegensätze. Wir haben die Sozialdemokratische Partei von ersten Tage an bekämpft und taten gut daran. Wir haben die Unabhängige Sozialdemokratische Partei bekämpft, als wir in ihr waren und seit wir aus ihr ausgeschieden waren, und taten gut daran. Wir haben auch in diesen Tagen sie aufs heftigste bekämpft, als sie angesichts neuer proletarischer Leichen die Blüchers, preußischer Polizeichefs gnädlich weinten. Wir haben von allebem nichts zu verbergen, nichts zu verschweigen und nichts zu vermischen. Wir haben den Parteien nicht nach den Herzen: Dein Gut ist mein Gut, und du bleibst, du willst sich auch hingehen und wir werden auch nicht dann und dort tagenden sein, wo und wenn SPD. und USP. werden tagenden sein. Wir sagen, daß wir den Kern marxismus wollen und nichts anderes, und daß der Weg der Diktatur das Proletariats der einzige dazu sei.

Aber wir wollen, daß das Proletariat lebt!

Wir sehen, wie die Zeiten schwer sind für das Proletariat. Wie eine ganze gepeinigte Schicht von Werktätigen jeder Art, von Stufe zu Stufe sinkt in immer grausames Elend hinein. Wie Kinder sterben, wie Schwindsüchtige fallen, wie Arbeitslose irren, wie Frauen hungern, wie Männer, nicht nur Arbeiter, auch kleine, mittlere Beamte, kleine Handwerker, alle Werktätigen mit leeren Augen in den trüben Tag starren, wenn sie des Hauses der Familie gedenken.

Ein ganzes großes Volk von Arbeitenden in Not, in Todesnot: die Kommunisten aber wollen, daß es lebe.

Wir sehen, wie die Reaktion von Tag zu Tag mit immer kühnerer Stirn dem Proletariat trotzt. Die rechnet nur damit, daß auch in Todesnot das Proletariat es unterlasse, für seine Lebensnotwendigkeit zu kämpfen. Sie, die Bourgeoisie, trotzt der Entwaffnung. Sie schießen die Orgesch, sie schießen die Bebern, sie schießen sie, um morgen das Proletariat zu erschlagen.

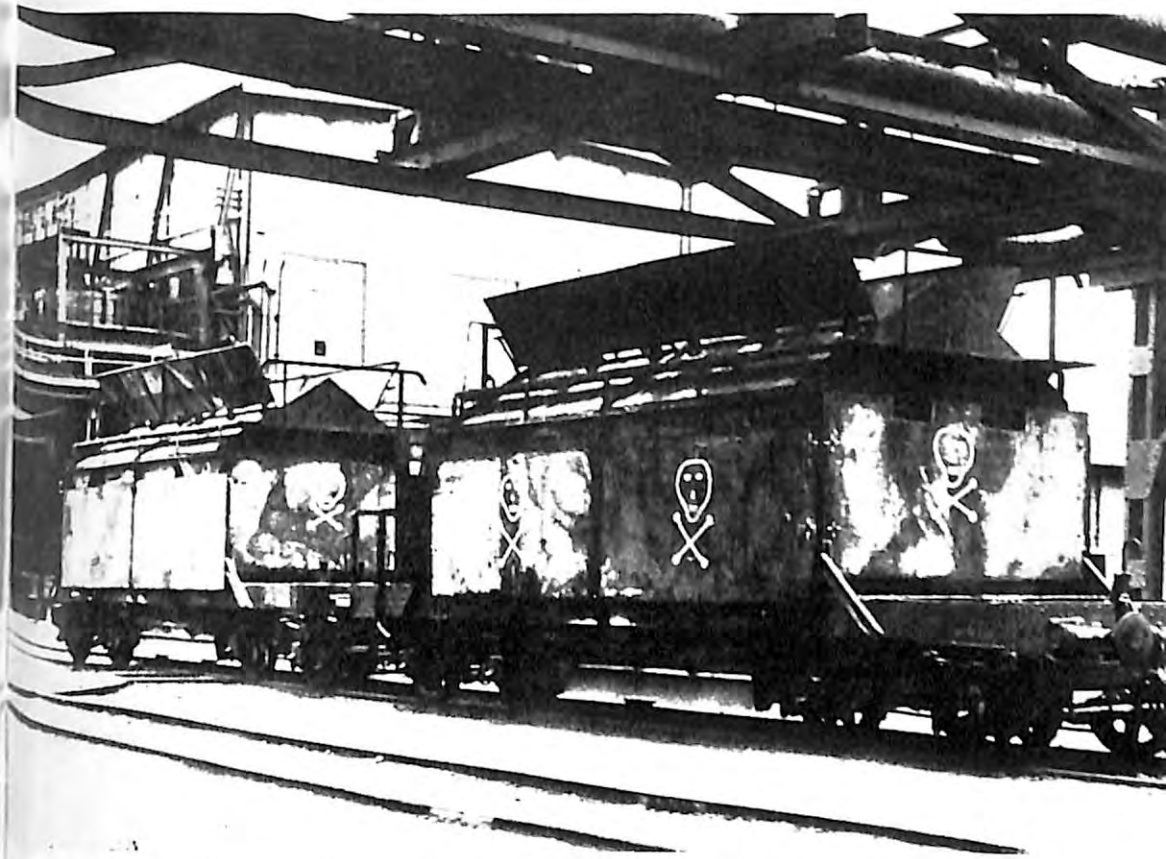
Wir Kommunisten aber wollen, daß das Proletariat lebe.

So kam die Vereinigte Kommunistische Partei dazu, die Forderungen zu formulieren, die ihr als Minderheit dessen erscheinen, was das Proletariat jetzt haben muß, um nicht jetzt zu sterben. Dabei freilich sagen wir ebenso wenig, daß auch in heiligen Glühschwüren, daß wenn diese Forderungen teile, wirds kein Hungerjahr sein werden. Die Forderungen müssen nicht nur mit Weltwonne besprochen, sondern sie müssen durchgeführt werden. Die Forderungen sind Forderungen der gesamten proletarischen Klasse, auch derer, die unsere kommunistischen Ziele noch nicht teilen. Sie erhebt sich das ganze Proletariat, um sie zu erkämpfen. Hier ist der Boden, wo die gesamte proletarische Klasse sich zum ersten Male finden kann, einig, geschlossen gegen einen Feind gewendet.

Wir Kommunisten haben in allen Kämpfen, die wir führten, immer gesagt: wir führen keine Kämpfe zwecklos des Proletariats um unsere, um der Partei willen. Wir

Proletarier: Protestiert am Sonntag gegen den Flensburger Mord.

Die Zentrale der KPD schlägt in ihrem „Offenen Brief“ vom 7. Januar 1921 gemeinsame Aktionen der deutschen Arbeiterklasse vor



Von Leuna-Arbeitern erbauter und während des Mitteldeutschen Aufstandes eingesetzter Panzerzug, März 1921



W. I. Lenin spricht auf dem III. Kongreß der Kommunistischen Internationale, 1921

gestählte Führung. Die Einheitsfrontpolitik mußte gegen starke rechtsopportunistische und ultralinke Tendenzen in der VKPD ausgearbeitet und durchgesetzt werden.

Viele Parteimitglieder standen noch ganz unter dem Eindruck der scharfen Auseinandersetzungen mit dem Rechtsopportunismus und Zentrismus, die in den Monaten vor dem Vereinigungsparteitag geführt worden waren. Es gab Auffassungen, die auch durch einige Formulierungen in den Beschlüssen des Parteitages genährt wurden, die Partei sei nun so stark, daß sie selbständig, ohne Rücksicht auf die Haltung der SPD und der USPD, Kämpfe führen könne. In berechtigter Empörung über die für die Arbeiterklasse schädliche Politik der rechten Führer der SPD, der USPD und der Gewerkschaften verstand mancher Kommunist nicht, warum sich die Partei zur Mobilisierung des gesamten Proletariats an die Führungen der anderen Arbeiterparteien und der Gewerkschaften wandte und sich darauf beschränkte, allen Arbeitern verständliche Tagesforderungen aufzustellen. Das Verständnis für die Politik der Einheitsfront wurde vielen Parteimitgliedern auch dadurch erschwert, daß der „Offene Brief" von der Zentrale ohne entsprechende ideologische Vorbereitung in den Parteiorganisationen veröffentlicht wurde.

Auf dem Boden derartiger Stimmungen trat erneut eine ultralinke Tendenz in der Partei hervor. Sie wurde vor allem von den Leitern der Berliner Parteiorganisation Ruth Fischer, Arkadi Maslow und Ernst Reuter-Friesland vertreten. Das waren kleinbürgerliche Intellektuelle, die unter dem Einfluß des verschärften Klassenkampfes während des Krieges zur revolutionären Arbeiterbewegung gestoßen waren und persönliche, karrieristische Ziele verfolgten. Sie standen den Massen überheblich und geringschätzig gegenüber und verachteten den disziplinierten, organisierten Kampf des Proletariats und seiner revolutionären Partei. Sie glaubten nicht an die Möglichkeit des gemeinsamen Kampfes mit den sozialdemokratischen und den parteilosen Arbeitern, verdeckten dies jedoch hinter revolutionär klingenden, radikalen Phrasen, wodurch es manchen Kommunisten erschwert wurde, ihre wahren Absichten zu erkennen. Die Ultralinken traten mit scharfen Angriffen gegen die Zentrale auf und bezeichneten die Politik der Einheitsfront als opportunistisch.

Zugleich trat in der Partei die Gefahr des Rechtsopportunismus auf. Auf der Sitzung des Zentralausschusses Ende Februar 1921, auf der die Berliner Ultralinken verurteilt wurden, unternahm der Parteivor-

sitzende Paul Levi einen Angriff gegen die Kommunistische Internationale. Er forderte vom EKKI, im Ringen um die Herausbildung kommunistischer Parteien in den kapitalistischen Ländern den Kampf gegen den Zentrismus abzuschwächen, was im Grunde auf eine Preisgabe der vom II. Weltkongreß beschlossenen 21 Aufnahmebedingungen hinauslief. Mit diesem Vorstoß mißachtete Levi die eigenen Erfahrungen der VKPD, die ja erst durch den völligen ideologischen und organisatorischen Bruch mit dem Zentrismus entstanden und zur Massenpartei geworden war. Diese politische Konzeption Levis gefährdete die ideologische Selbständigkeit und die Prinzipienfestigkeit der Partei, an die mit der Entwicklung einer breiten Massenpolitik höhere Anforderungen gestellt wurden. Die Mehrheit des Zentralausschusses lehnte die Linie Paul Levis ab und sprach der Politik des EKKI das Vertrauen aus. Darauf traten Levi, der Mitvorsitzende Ernst Däumig sowie Otto Brass, Adolph Hoffmann und Clara Zetkin von ihren Funktionen in der Zentrale zurück. Der Disziplinbruch Paul Levis erschwerte die Lage der Partei in der ohnehin komplizierten Situation noch mehr. Heinrich Brandler und Walter Stoecker wurden als neue Parteivorsitzende gewählt.

Die Entfaltung der mit dem „Offenen Brief" erfolgreich begonnenen Politik wurde durch die Märzkämpfe 1921 in Mitteldeutschland unterbrochen.

Seit einiger Zeit bereiteten monopolkapitalistische Kreise eine Provokation vor, um den Widerstand der Werktätigen gegen die Unternehmeroffensive zu brechen. Der Hauptschlag sollte gegen die VKPD geführt werden, bevor die Politik des „Offenen Briefes" auszureifen und die Partei feste Verbindungen zu den breitesten Massen herzustellen vermochte. Die Provokation wurde in Mitteldeutschland vorbereitet. Hier war es der Konterrevolution bisher – im Unterschied zu den meisten anderen proletarischen Zentren Deutschlands – nicht gelungen, die Arbeiterklasse blutig niederzuwerfen und zu entwaffnen. Zudem besaß die VKPD gerade in Mitteldeutschland bedeutenden Einfluß. So hatte bei den preußischen Landtagswahlen im Februar 1921 die VKPD im Wahlkreis Merseburg fast 200 000 Stimmen gewonnen, während die SPD und die USPD zusammen knapp 145 000 Stimmen erhielten. Im Mansfelder Gebiet hatte die VKPD sogar über 40 Prozent aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. In den Betrieben, den Gewerkschaften und in den Gemeinden Mitteldeutschlands besaß die Partei starke Positionen. Diese Positionen wollte die Konterrevo-

lution beseitigen, um die Unternehmeroffensive in ganz Deutschland vorantreiben zu können.

Die Provokation war seit längerem geplant. Sie wurde seit Februar 1921 in Absprachen zwischen den Direktionen des Leunawerkes, des Mansfelder Kupferschieferbergbaus, der mitteldeutschen Braunkohlenkonzerne und der von rechten sozialdemokratischen Führern geleiteten preußischen Regierung im einzelnen vorbereitet. Ihre unmittelbare Durchführung übernahmen der sozialdemokratische preußische Innenminister Carl Severing und der sozialdemokratische Oberpräsident der Provinz Sachsen, Otto Hörsing. Die Absicht bestand darin, durch den Einmarsch stark bewaffneter Polizeiverbände in die mitteldeutschen Arbeiterzentren die revolutionären Arbeiter zum bewaffneten Kampf herauszulocken, um sie daraufhin isoliert von der Arbeiterklasse im übrigen Deutschland blutig niederzuschlagen, zu entwaffnen und den starken Einfluß der Vereinigten Kommunistischen Partei zu brechen. Diese wirklichen Ursachen der Märzkämpfe versucht die imperialistische Geschichtsschreibung bis heute mit der Lüge zu vertuschen, daß es damals um die Abwehr eines „kommunistischen Aufstandes" gegangen sei. Tatsächlich gab es keinerlei Aufstandsvorbereitungen der Partei. Den Kommunisten sollte die Schuld für das Blutvergießen zugeschoben werden, das die Konterrevolution – wie schon 1919 und 1920 – zur Niederschlagung der Arbeiterklasse und zur Festigung ihrer eigenen Macht brauchte.

Am 19. März, einem Sonnabend, begann der Einmarsch bewaffneter Polizeieinheiten in die mitteldeutschen Industrieorte. Er wurde von Otto Hörsing offiziell mit der Notwendigkeit begründet, weitere Feld- und Betriebsdiebstähle zu verhindern. Das war ein erlogener Vorwand, der nur darauf abzielte, die Erregung unter den Arbeitern in Mitteldeutschland zu steigern. Der Polizeieinmarsch löste in der revolutionären Arbeiterschaft große Empörung aus.

Am 21. März traten die Arbeiter des Mansfelder Reviers auf einen Aufruf der Unterbezirksleitung der VKPD, des Gewerkschaftskartells und der Streikleitung in Mansfeld hin in den Generalstreik. Als die Polizei in Eisleben gegen Protestversammlungen der Werktätigen gewaltsam einschritt, gingen revolutionäre Arbeiter im Mansfelder Gebiet am Morgen des 23. März über den Generalstreik hinaus zu bewaffneten Aktionen über. Im Mansfelder Revier bildete sich eine Anzahl proletarischer Kampfabteilungen. Am 23. März wurden von den kämpfenden Arbeitern drei Polizeihundertschaften in Eisleben in ihren

Unterkünften eingeschlossen und in Schach gehalten, obwohl die Arbeiter nur vier Maschinengewehre und etwa hundert Gewehre zur Verfügung hatten. Mehrere Versuche, die Eingeschlossenen von außen zu entsetzen, wurden von den Arbeitern erfolgreich abgewehrt.

Seit dem 23. März flammten auch in anderen Orten des Mansfelder Gebiets und in dessen weiterer Umgebung bewaffnete Kämpfe auf, vor allem in Hettstedt, Sangerhausen, Schraplau, Wimmelburg und Wolferode. Diese Kämpfe zogen sich teilweise bis zum 1. April hin.

In diesen bewaffneten Kämpfen spielte Max Hoelz eine Rolle. Er hatte sich durch sein mutiges Auftreten gegen die Konterrevolution in der revolutionären Arbeiterschaft einen guten Namen erworben. Max Hoelz, der nach dem Beginn der Märzkämpfe nach Mitteldeutschland gekommen war, unternahm hier auf eigene Faust bewaffnete Aktionen und wandte sich gegen jeden Versuch, ein einheitliches Vorgehen der kämpfenden Arbeiter zu erreichen.

Als die bewaffneten Kämpfe im Mansfeldischen schon im Gange waren, begannen am 23. März auch die Arbeiter des Leunawerkes den Generalstreik. Auch hier bildeten revolutionäre Proletarier Kampfabteilungen und gingen unter Leitung eines gewählten Aktionsausschusses, dem Vertreter der VKPD und der KAPD angehörten, dazu über, das Werk in eine Festung zu verwandeln. Mit großer Energie und Findigkeit bereiteten sie sich auf die bewaffnete Auseinandersetzung mit den Polizeitruppen vor, Sprengladungen und Handgranaten wurden selbst angefertigt. In Tag- und Nachtarbeit richteten Leuna-Kumpel einen improvisierten Panzerzug her, der auf der Strecke Leuna–Großkorbetha im Kampf gegen Polizeieinheiten seine Bewährungsprobe bestand.

In der Nacht vom 28. zum 29. März durchbrachen einige hundert bewaffnete Leuna-Arbeiter den sich um das Werk zusammenschließenden Ring der Polizeitruppen. Doch kam dieser Durchbruch zu spät, als daß er den Ausgang der Kampfhandlungen noch wirksam hätte beeinflussen können. Die Umgebung des Werkes wurde bereits von der Polizei kontrolliert. Im Morgengrauen des 29. März wurde nach Artilleriebeschuß das Werk, in dem sich neben kleinen bewaffneten Gruppen 2000 unbewaffnete Notstandsarbeiter befanden, von der Polizei besetzt.

Am 24. März hatten die Zentrale und die Bezirksleitung Halle-Merseburg der VKPD die Arbeiterklasse zum Generalstreik aufgerufen. Doch wurde in Mitteldeutschland außerhalb des Mansfelder Gebiets

der Generalstreik nicht geschlossen, sondern nur an einzelnen Tagen und örtlich zu verschiedenen Zeiten durchgeführt. In den anderen Teilen Deutschlands kam es nur in Hamburg und im Ruhrgebiet zu größeren Solidaritätsaktionen. Am 1. April rief die Zentrale der VKPD auf, den Generalstreik abzubrechen.

Tapfer hatten etwa 100 000 mitteldeutsche Arbeiter, unter ihnen viele junge Arbeiter, in vorderster Reihe die Kumpel des Mansfelder Reviers und des Leunawerkes, in Streiks und bewaffneten Aktionen gegen die militärisch überlegene Konterrevolution gekämpft.

Die Polizeitruppen gingen gegen die unterlegenen Arbeiter mit viehischer Brutalität vor. Viele gefangene Proletarier wurden mißhandelt und grausam ermordet. Im Verlauf der Märzaktion fielen 145 Arbeiter. Etwa 6000 revolutionäre Arbeiter, Frauen und Jugendliche wurden verhaftet. Auf Grund einer vom sozialdemokratischen Reichspräsidenten Friedrich Ebert erlassenen Verordnung wurden Sondergerichte gegen die Teilnehmer an den Märzkämpfen geschaffen. Rund 4000 Märzkämpfer wurden zu insgesamt 3000 Jahren Zuchthaus- und Gefängnishaft verurteilt. So wüteten Polizei und Klassenjustiz der Weimarer „Demokratie" gegen klassenbewußte Arbeiter.

Der hemmungslosen Pogromhetze gegen die VKPD, die die Konterrevolution in den Tagen der Märzkämpfe entfesselte, fiel auch ein bekannter revolutionärer Führer der Berliner Elektrizitätsarbeiter, der Obermaschinist Wilhelm Sült, zum Opfer. Er wurde Ende März in Berlin aus einer Versammlung kommunistischer Betriebsvertrauensleute heraus verhaftet. Auf dem Wege zu einer Vernehmung wurde im Berliner Polizeipräsidium hinterrücks auf ihn geschossen. Den ihm dabei zugefügten schweren Verletzungen erlag er am 1. April. Die Beteiligung Zehntausender Berliner Werktätiger machte die Beisetzung Wilhelm Sülts am 6. April 1921 zu einer eindrucksvollen Demonstration des Protestes gegen den konterrevolutionären Terror.

In den Märztagen erlitten die mutig kämpfenden Arbeiter eine blutige Niederlage. Es gab keine objektiven Voraussetzungen für eine erfolgreiche bewaffnete Erhebung des Proletariats. Die Abwehrkämpfe der Arbeiter blieben im wesentlichen auf Mitteldeutschland beschränkt und gingen auch hier ohne einheitliche Zielsetzung und Führung vor sich. Die Führer der KAPD, die damals auch in einigen Gegenden Mitteldeutschlands noch einen kleinen Teil der Arbeiterklasse beeinflußten, trugen mit dem Geschrei vom „bewaffneten Aufstand" und vom „Kampf um die Diktatur des Proletariats" Verwirrung und Zersetzung

in die Reihen der kämpfenden Arbeiter und verrieten angesichts der sich abzeichnenden Niederlage schließlich die Bewegung.

Zugleich traten die rechten Führer der SPD und der USPD in einer Front mit der Konterrevolution gegen die kampfgewillten Arbeiter auf und überschlugen sich in antikommunistischen Verleumdungen.

Die VKPD, die als einzige Partei auf der Seite der kämpfenden Arbeiter stand, besaß noch nicht genügend Erfahrungen, um die komplizierte Lage zu meistern. Sie befand sich in heftigen Auseinandersetzungen um die Entwicklung einer revolutionären Massenpolitik, als sie unvorbereitet durch die Provokation des Monopolkapitals zum Handeln gezwungen wurde.

Die Abwehr der konterrevolutionären Provokation erforderte eine sehr bewegliche Taktik der Partei. Es galt, die mit dem „Offenen Brief" eingeschlagene Politik unbeirrbar fortzusetzen und große Teile des Proletariats, auch der Mitglieder der SPD und der USPD, in Mitteldeutschland und auch in den übrigen Gebieten Deutschlands geschlossen in den Kampf zur Verteidigung der sozialen und demokratischen Rechte der Arbeiterklasse zu führen. Die Partei mußte in ihren Losungen den Verteidigungscharakter, den der Kampf gegen den Unternehmervorstoß objektiv besaß, stets hervorheben und sich gegen jedes Spielen mit dem Aufstand wenden. Auf diese Weise hätte der Plan der Monopolherren durchkreuzt werden können.

Doch hatte in der Partei kurz vor den Märzkämpfen die antileninistische „Offensivtheorie" Verbreitung gefunden. In Überschätzung der Kraft, die die Partei durch die Vereinigung gewonnen hatte, erhielten in der Zentrale der VKPD gefährliche linksradikale Stimmungen das Übergewicht. Sie liefen auf eine Abkehr von der mit dem „Offenen Brief" eingeleiteten Einheitsfrontpolitik hinaus. Im betonten Gegensatz zum Rechtsopportunismus Paul Levis umriß der neue Parteivorsitzende Heinrich Brandler auf einer Sitzung des Zentralausschusses Mitte März 1921 erstmals die „Offensivtheorie", in der die ultralinken Auffassungen ihren Niederschlag fanden. Das Wesen dieser „Theorie" bestand in der Forderung, daß die Partei unter allen Umständen zu „offensiven" Aktionen übergehen müsse, ohne Berücksichtigung des realen Kräfteverhältnisses der Klassen, der objektiven Situation und ohne Rücksicht auf die Haltung jener Teile der Arbeiterklasse, die der SPD und der USPD folgten. Im Gegensatz zur tatsächlichen Lage erklärte Brandler, die Partei müsse sich auf rasch heranreifende Kämpfe zum Sturz der Regierung einstellen. Das war eine gefährliche „Theo-

rie", die die ganze bisherige erfolgreiche Massenpolitik der Partei in Frage stellte und die Partei im gleichen Augenblick, in dem das Monopolkapital einen Schlag gegen sie vorbereitete, von den Massen zu isolieren drohte.

Die führenden Ultralinken um Ruth Fischer stimmten dieser „Theorie" selbstverständlich zu und sahen in ihr eine Möglichkeit, ihre Linie durchzusetzen. Viele revolutionäre Mitglieder und Funktionäre der Partei sahen in der sogenannten Offensivtheorie, die nicht von vornherein völlig eindeutig formuliert war, nur die Kampfansage an den Rechtsopportunismus und die berechtigte Forderung nach erhöhter Aktivität der Partei. Die Erfahrungen vieler Kommunisten reichten noch nicht aus, um die Gefahren, die aus dieser „Theorie" für die Politik der Partei erwuchsen, sofort zu erkennen. Der Zentralausschuß der VKPD billigte gegen eine Stimme eine von der Zentrale vorgelegte Resolution, welche die Konzeption der „Offensivtheorie" enthielt.

Doch traf die Zentrale vor Beginn der Märzprovokation des Monopolkapitals in Mitteldeutschland keinerlei konkrete Festlegungen im Sinne dieser „Theorie", wie dies imperialistische und rechtssozialdemokratische Geschichtsfälscher immer wieder behaupten. Die ganze Gefährlichkeit der „Offensivtheorie" für die Partei, für die gesamte Arbeiterklasse zeigte sich erst, *nachdem* die Konzernherren und rechte sozialdemokratische Führer den Vorstoß gegen das mitteldeutsche Proletariat begonnen hatten. Die „Offensivtheorie" nahm der VKPD jetzt die erforderliche taktische Beweglichkeit. Die imperialistische Bourgeoisie, die den für sie geeignetsten Zeitpunkt zum Losschlagen gewählt hatte, konnte der Partei den Kampf aufzwingen.

Die Politik der Partei geriet in einen tiefen Widerspruch zu den objektiven Erfordernissen. In Dokumenten der Partei und in der „Roten Fahne" wurde der Eindruck erweckt, als handele es sich um Angriffskämpfe der Arbeiterklasse. Dementsprechende Losungen wurden ausgegeben. Die falsche und dazu noch häufig in sich widerspruchsvolle politische Orientierung der VKPD erleichterte die zersetzende Tätigkeit der Führer der KAPD. Vor allem aber ermöglichte die „Offensivtheorie" es den Konzernherren und den rechten Führern der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, die VKPD des Putschismus zu bezichtigen. Die herrschende Klasse konnte den Unwillen, der angesichts der Unternehmerprovokation und des blutigen Vorgehens der Polizei in Mitteldeutschland auch viele Sozialdemokraten und Gewerkschafter erfaßt hatte, in einer Flut antikommunistischer Hetze ersticken

und den Graben, der die einzelnen Teile der Arbeiterklasse voneinander trennte, vertiefen. Die abenteuerliche, subjektivistische Politik, die sich aus der „Offensivtheorie" ergab, arbeitete dem Klassenfeind in die Hände.

Dennoch erreichte die Konterrevolution in den Märzkämpfen ihr eigentliches Ziel, die Niederschlagung der VKPD, nicht. Der Partei war nun die Aufgabe gestellt, die „Offensivtheorie" und ihre gefährlichen Folgen rasch zu überwinden und die durch die Märzaktion unterbrochene Entwicklung einer leninistischen Massenpolitik, einer breiten Einheitsfrontpolitik im Sinne des „Offenen Briefes" wiederaufzunehmen.

Die schnelle Ausmerzung des Linksradikalismus wurde durch den Verrat Paul Levis an der Partei erschwert. Levi trat unmittelbar nach dem Ende der Märzkämpfe öffentlich gegen die Partei und die Kommunistische Internationale auf. Seine Verleumdung, bei den Märzkämpfen habe es sich um einen Putsch der Partei gehandelt, entsprach völlig der wilden Hetze, die die Großbourgeoisie und rechte sozialdemokratische Führer zur Verschleierung der wirklichen Hintergründe der Märzkämpfe entfesselt hatten. Damit war Levi der Partei in einer sehr schwierigen Situation in den Rücken gefallen und zum Klassenfeind übergelaufen. Levi wurde am 15. April 1921 von der Zentrale „wegen groben Vertrauensbruchs und schwerer Parteischädigung"[108] aus den Reihen der VKPD ausgeschlossen.

Die Partei zog die Lehren aus den Märzkämpfen in mehrmonatigen harten Auseinandersetzungen, in denen marxistisch-leninistische und dogmatisch-sektiererische Auffassungen miteinander rangen. Schrittweise setzte sich die Einsicht in die Schädlichkeit der „Offensivtheorie" durch. Eine wichtige positive Rolle im Ringen um die Durchsetzung der leninistischen Strategie und Taktik spielte Clara Zetkin. Sie korrigierte damit zugleich ihr fehlerhaftes Verhalten vom Februar, als sie in falscher Solidarität mit Paul Levi ihre Funktion als Mitglied der Zentrale niedergelegt hatte. Clara Zetkin grenzte sich jetzt vom Rechtsopportunismus ab, wandte sich aber vor allem gegen die „Offensivtheorie". Sie kritisierte die Taktik der Partei in den Märzkämpfen und bezeichnete es als Hauptfehler, daß die Partei mit der Politik des „Offenen Briefes" gebrochen und nicht an sie angeknüpft hatte. Clara Zetkin erklärte, daß jede Aktion der Partei „durch die genaue Klarheit des Kampfes, durch enge Fühlung mit den Massen" vorbereitet werden

108 Die Rote Fahne (Berlin), 15. April 1921 (Morgenausgabe).

und unter Losungen aufgenommen werden müsse, „die so konkrete Lebensnotwendigkeiten der proletarischen Massen betreffen, daß sie sie eben aufrütteln und uns zuführen".[109]

Anfang Mai 1921 kam es wegen der alliierten Reparationsforderungen an Deutschland zu einer schweren Krise und schließlich zum Rücktritt der Regierung Fehrenbach. Am 5. Mai 1921 verlangten die Entente-Imperialisten ultimativ die bedingungslose Annahme ihrer Reparationsforderungen und drohten im Weigerungsfalle die Besetzung weiteren deutschen Gebietes an. An die Stelle der Regierung Fehrenbach trat eine Koalitionsregierung aus Vertretern des Zentrums, der Deutschen Demokratischen Partei und der Sozialdemokratie. Reichskanzler wurde der Zentrumspolitiker Joseph Wirth. Zum Kabinett gehörte als Wiederaufbau- und später als Außenminister der Präsident des AEG-Konzerns Walther Rathenau. Die Regierung befolgte den Standpunkt der imperialistischen „Erfüllungspolitik" und nahm das Ultimatum der Entente an. Sie schlug eine Politik ein, die sich vom Abenteurertum der reaktionärsten Kreise des deutschen Finanzkapitals abhob und auf einer realeren Einschätzung des internationalen Kräfteverhältnisses beruhte. Doch drohten angesichts der Annahme des imperialistischen Reparationsultimatums zugleich neue Anschläge auf die Lebensrechte der Werktätigen. Durch ihren Eintritt in die Regierung übernahmen die rechten sozialdemokratischen Führer dafür die unmittelbare Mitverantwortung.

Die VKPD wandte sich in einem Aufruf vom 21. Mai 1921 an das deutsche Proletariat, an die Mitglieder der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien. Sie bezeichnete die neue Reichsregierung als eine Regierung der Kapitalsoffensive gegen die Arbeiter und schlug vor, „eine feste, geschlossene Kampffront des gesamten Proletariats ohne Unterschied der Richtungen, für alle Forderungen, die das Schicksal von Leben und Tod der Arbeiter bestimmen"[110], zu bilden. Dieser Aufruf zeugte davon, daß die Partei in ihrer praktischen Politik wieder an die Linie des „Offenen Briefes" anzuknüpfen begann. In Betrieben und Gewerkschaften kamen die Kommunisten schrittweise aus der Isolierung heraus, in die sie in der Zeit der Märzkämpfe geraten waren, und gewannen wieder an Einfluß.

Doch erst der III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale

109 Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Zentrales Parteiarchiv. 2/5, Bl. 26.

110 Die Rote Fahne (Berlin), 22. Mai 1921 (Morgenausgabe).

und vor allem die unmittelbare Hilfe W. I. Lenins brachten die inneren Auseinandersetzungen in der VKPD zum Abschluß und führten zur leninistischen Festigung der Partei.

Der historische III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, der vom 22. Juni bis 12. Juli 1921 in Moskau tagte und auch die Märzereignisse in Deutschland auswertete, erlangte für die ganze kommunistische Weltbewegung, besonders auch für die VKPD als eine ihrer stärksten Abteilungen, grundlegende Bedeutung. 603 Teilnehmer vertraten kommunistische Parteien und Gruppen sowie andere Organisationen aus über 50 Ländern.

Der III. Weltkongreß fand in einer internationalen Situation statt, die sich beträchtlich von der Weltlage zur Zeit des II. Weltkongresses unterschied. Einerseits hatte sich das Sowjetland, solidarisch von der internationalen Arbeiterklasse unterstützt, gegen die Angriffe der imperialistischen Interventen und der einheimischen Konterrevolution siegreich behauptet. Zwischen dem aufstrebenden Sozialismus und dem historisch zum Untergang verurteilten Kapitalismus hatte sich ein gewisses, wenn auch äußerst labiles Gleichgewicht herausgebildet. Das gab der Sowjetrepublik die Möglichkeit, unter den Bedingungen der kapitalistischen Umkreisung zu bestehen und sich zu entwickeln. Mit dem Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik hatten sich die Arbeiter und Bauern Sowjetrußlands dem friedlichen Aufbau zugewandt. Angesichts des Nebeneinanderbestehens des ersten sozialistischen Staates und der kapitalistischen Staaten erforderten die Interessen des Sozialismus und des Friedens, daß den internationalen Beziehungen die Prinzipien friedlicher Koexistenz – Anerkennung der Gleichberechtigung und der beiderseitigen Souveränität, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, Regelung aller Streitfragen ohne Gewaltanwendung und auf dem Verhandlungswege – zugrunde gelegt wurden. Diese Prinzipien wurden damals von W. I. Lenin entwickelt und bestimmten den Inhalt der sowjetischen Außenpolitik, die von Anfang an auf die Festigung des Friedens und der Völkerfreundschaft gerichtet war.

Andererseits hatte das Proletariat der kapitalistischen Länder in den revolutionären Erhebungen und großen Klassenschlachten der ersten Nachkriegsjahre zeitweilige Niederlagen erlitten. Dem internationalen Imperialismus war es gelungen, die große Bewegung des italienischen Proletariats zur Fabrikbesetzung im September 1920, die mächtigen Streikbewegungen in der Tschechoslowakei im Dezember 1920 und in

Großbritannien im Frühjahr 1921 niederzuschlagen und dem deutschen Proletariat im März 1921 eine blutige Niederlage zuzufügen. Unter den Bedingungen der 1920 einsetzenden ersten Weltwirtschaftskrise nach Kriegsende war das Monopolkapital zur wirtschaftlichen und politischen Offensive gegen die Arbeiterklasse übergegangen und hatte das Proletariat der kapitalistischen Länder vorerst in die Defensive gedrängt. Doch war die Zerrüttung der kapitalistischen Gesellschaft keineswegs überwunden. Die Lage in den kapitalistischen Ländern blieb objektiv revolutionär.

Die Hauptursache für alle Niederlagen der Arbeiterklasse in den ersten Jahren der revolutionären Nachkriegskrise lag darin, daß die rechten Führer der in der II. Internationale zusammengeschlossenen sozialdemokratischen Parteien, die Führer der reformistischen Gewerkschaften und der im Februar 1921 entstandenen zentristischen Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien, die meist Internationale II½ genannt wurde, die Spaltung der internationalen Arbeiterklasse vertieft hatten. Wie in Deutschland, so war auch international die Rolle des Reformismus für die Aufrechterhaltung der imperialistischen Klassenherrschaft angesichts der Existenz des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates der Welt noch gestiegen. Die rechten und die zentristischen Führer der sozialdemokratischen Parteien und der Gewerkschaften beeinflußten die Mehrheit der Arbeiterklasse in den entwickelten kapitalistischen Ländern.

Die Entwicklung der internationalen revolutionären Bewegung hatte sich verlangsamt. Doch war die kommunistische Bewegung rasch weiter angewachsen. Nach dem II. Weltkongreß waren zahlreiche weitere kommunistische Parteien, auch in einigen hochentwickelten imperialistischen Staaten, entstanden. Der Beschluß des Parteitages der Französischen Sozialistischen Partei im Dezember 1920 in Tours, sich der III. Internationale anzuschließen, der auf Vorschlag Marcel Cachins zustande kam und von der überwiegenden Mehrheit der Delegierten gebilligt wurde, bedeutete die Gründung der Kommunistischen Partei Frankreichs. Aus der Spaltung der Sozialistischen Partei Italiens war im Januar 1921 in Livorno die Kommunistische Partei Italiens hervorgegangen, auf deren Herausbildung Antonio Gramsci und Palmiro Togliatti bedeutenden Einfluß ausgeübt hatten. Im Mai 1921 waren die Kommunistischen Parteien Rumäniens und der Tschechoslowakei geschaffen worden. Anfang Juli 1921 entstand die Kommunistische Partei Chinas.

Die jungen und noch wenig erfahrenen kommunistischen Parteien standen vor schwierigen Problemen. Die Klassenkämpfe seit 1919 hatten erwiesen, daß – wie in Deutschland, so auch in anderen kapitalistischen Staaten – die Arbeiterklasse nicht in einem Sprung zur Errichtung der Diktatur des Proletariats kommen konnte. Die kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern mußten zu starken, mit den Massen fest verbundenen Parteien werden und sich auf einen längeren Weg des Kampfes um die Macht orientieren. Sie standen vor der Aufgabe, sich rasch auf die jeweiligen konkreten Kampfbedingungen und das veränderte Kräfteverhältnis der Klassen einzustellen. Zu einer großen Gefahr für die internationale kommunistische Bewegung wurden unter diesen Bedingungen Dogmatismus und Sektierertum.

Schon 1920 hatte Lenin in seinem Werk „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus" die Schlußfolgerungen gezogen, die sich aus dem Verlauf der Klassenkämpfe seit Anfang 1919 für die kommunistische Weltbewegung ergeben hatten. Die wichtigste Aufgabe der kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern in der veränderten Lage hatte Lenin in der bedeutsamen Feststellung zusammengefaßt: „Jetzt gilt es, alle Kräfte, die ganze Aufmerksamkeit auf den *nächsten* Schritt zu konzentrieren, der weniger wichtig zu sein scheint – und es von einem gewissen Standpunkt auch wirklich ist –, aber dafür der konkreten Lösung der Aufgabe praktisch näher kommt, nämlich darauf, die Form des *Übergehens* zur proletarischen Revolution oder des *Herangehens* an sie ausfindig zu machen."[111] In seiner Arbeit hatte W. I. Lenin den Weg gewiesen, wie die kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder das Sektierertum in ihren Reihen überwinden, die Mehrheit der Arbeiterklasse gewinnen, das Bündnis mit den werktätigen Bauern herstellen und die Massen an den Kampf um die politische Macht heranführen müssen. Damit hatte Lenin die Erfahrungen der Bolschewiki verallgemeinert und gezeigt, wie diese Erfahrungen von den kommunistischen Parteien entsprechend den konkreten Bedingungen in den einzelnen Ländern zu nutzen sind.

Der III. Weltkongreß wurde durch die Ideen und das persönliche Auftreten W. I. Lenins bestimmt und stand vor allem im Zeichen der von Lenin in seinem Werk „Der ‚linke Radikalismus'" niedergelegten grundlegenden Gedanken. Lenins Werk, seine Reden auf dem Kongreß und seine Aussprachen mit den Vertretern der VKPD halfen der Partei, die Lehren aus den Kämpfen seit 1919, besonders aus den März-

[111] W. I. Lenin: Werke, Bd. 31, S. 79.

ereignissen von 1921, zu ziehen und eine den Kampfbedingungen Deutschlands entsprechende Strategie und Taktik zu erarbeiten.

Im Mittelpunkt der Diskussionen des Weltkongresses standen die Probleme der internationalen Lage und der Strategie und Taktik der kommunistischen Parteien.

In seinem Referat über die Taktik der Kommunistischen Partei Rußlands zog Lenin die Schlußfolgerung, daß die revolutionäre Bewegung nach dem Kriege „nicht so geradlinig" verlaufen sei, „wie wir erwartet hatten".[112] Die nach längeren Auseinandersetzungen vom Kongreß beschlossenen Thesen zur Weltlage und zu den Aufgaben der Kommunistischen Internationale[113] enthielten in diesem Sinne eine nüchterne Einschätzung der Veränderungen in der internationalen Situation. Die gründliche wissenschaftliche Analyse der objektiven Kampfbedingungen des internationalen Proletariats richtete sich einerseits gegen dogmatische Auffassungen von einem unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruch des Kapitalismus, mit denen ultralinke Elemente ihre sektiererische Politik begründeten. Sie war andererseits gegen die rechtsopportunistische These von einer Wiederherstellung des kapitalistischen Gleichgewichts gerichtet und hob die revolutionäre Perspektive, die Gesetzmäßigkeit baldiger neuer, tiefer revolutionärer Erschütterungen des kapitalistischen Systems hervor.

Aus der Verlangsamung der revolutionären Entwicklung leitete W. I. Lenin als wichtigste Aufgabe ab: „Gegenwärtig ist eine gründliche Vorbereitung der Revolution und ein tiefschürfendes Studium ihrer konkreten Entwicklung in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern notwendig."[114] Von der Tatsache ausgehend, daß die Spaltung der Arbeiterklasse durch die Opportunisten sich als die Hauptursache für alle Niederlagen der Arbeiterklasse erwiesen hatte, hob Lenin hervor: „Je organisierter das Proletariat in einem kapitalistisch entwickelten Lande ist, um so mehr Gründlichkeit verlangt die Geschichte von uns bei der Vorbereitung der Revolution und mit um so größerer Gründlichkeit müssen wir daran arbeiten, die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern."[115] Das war auch für die VKPD ein Hinweis von grundlegender Bedeutung.

Die entscheidende Auseinandersetzung auf dem Kongreß entwik-

112 W. I. Lenin: Werke, Bd. 32, Berlin 1963, S. 503.

113 Dokument Nr. 120.

114 W. I. Lenin: Referat über die Taktik der KPR. In: Werke, Bd. 32, S. 504.

115 Ebenda.

kelte sich um die Strategie und Taktik der kommunistischen Parteien und um deren Verhältnis zu den Massen der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen. Den Verfechtern der „Offensivtheorie" in der VKPD und ihren Gesinnungsgenossen in einigen anderen kommunistischen Parteien hielt Lenin in einer Rede, die den Ausgang der Diskussion entschied und von der Kongreßmehrheit mit anhaltendem, stürmischem Beifall aufgenommen wurde, entgegen: „Um zu siegen, braucht man aber die Sympathie der Massen. Nicht immer ist die absolute Mehrheit erforderlich; doch um zu siegen und die Macht zu behaupten, ist nicht nur die Mehrheit der Arbeiterklasse erforderlich ..., sondern auch die Mehrheit der ausgebeuteten und werktätigen Landbevölkerung."[116] Die Dokumente des Kongresses, vor allem die Thesen über die Taktik[117], entwickelten die Politik zur Lösung dieser Aufgabe.

In Kongreßbeschlüssen und in Reden W. I. Lenins wurde das Heldentum der Arbeiter hervorgehoben, die im März 1921 in Mitteldeutschland gegen die Provokation der imperialistischen Bourgeoisie gekämpft hatten. Die Märzkämpfe wurden deshalb von Lenin als „ein großer Schritt vorwärts, ungeachtet der fehlerhaften Führung"[118], bezeichnet. Doch zugleich wurde die „Offensivtheorie" grundsätzlich verurteilt. Der Kongreß erklärte in diesem Zusammenhang: „Die Formen und die Mittel des Kampfes, sein Umfang, sind ebenso wie die Frage der Offensive oder Defensive an bestimmte Bedingungen, die nicht willkürlich zu schaffen sind, gebunden."[119] Der Kongreß wandte sich gegen jeden Subjektivismus bei der Festlegung der Politik der Partei, gegen jegliche Spekulation auf die spontane Erhebung der Massen, gegen jedes Nachgeben gegenüber Stimmungen der revolutionären Ungeduld und forderte von der VKPD, daß „sie in der Zukunft ihre Kampflosungen den wirklichen Situationen besser anpaßt, diese Situationen auf das sorgfältigste studiert und die Aktionen in der einheitlichsten Weise durchführt"[120].

Alle Beschlüsse des Kongresses waren von der Idee der führenden und organisierenden Rolle der revolutionären Partei der Arbeiterklasse

116 W. I. Lenin: Rede zur Verteidigung der Taktik der Kommunistischen Internationale. In: Werke, Bd. 32, S. 499/500.

117 Dokument Nr. 121.

118 W. I. Lenin: Rede zur Verteidigung der Taktik der Kommunistischen Internationale. In: Werke, Bd. 32, S. 496.

119 Thesen und Resolutionen des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (Moskau, 22. Juni bis 12. Juli 1921), Hamburg 1921, S. 53.

120 Ebenda.

durchdrungen. Sie enthielten ein ganzes Programm mit dem Ziel, enge Beziehungen zwischen der Partei und den Massen herzustellen, den bürgerlichen Einfluß auf die Arbeiterklasse zurückzudrängen und die Massen schrittweise an die sozialistische Revolution heranzuführen. Auf dem Kongreß wurde die Politik des „Offenen Briefes" gegen alle Angriffe der sektiererischen Kräfte verteidigt und gebilligt. W. I. Lenin sagte dazu: „Er ist vorbildlich als erster Akt der praktischen Methode, die Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen."[121] Den Hauptsinn aller Beschlüsse des Kongresses faßte die Losung: „Heran an die Massen!" zusammen.

Die Entscheidungen des Kongresses gegen die „Offensivtheorie", für die Politik des „Offenen Briefes" waren ein großartiger Sieg des Leninismus über alle Spielarten bürgerlichen Einflusses in der kommunistischen Bewegung. Die Ergebnisse des III. Weltkongresses bedeuteten einen geschichtlichen Wendepunkt in der Entwicklung der Kommunistischen Internationale und übten tiefgehenden Einfluß auf alle kommunistischen Parteien, auch die VKPD, aus.

Mit seinen Beschlüssen erarbeitete der Kongreß zugleich die politischen Grundlagen für den Kampf um die Herstellung der proletarischen Einheitsfront. Von diesen Ergebnissen ausgehend verabschiedete die Tagung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale im Dezember 1921 Leitsätze über die Einheitsfront der Arbeiter.[122] Darin erklärte die Kommunistische Internationale, „daß die Parole des 3. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale ‚Zu den Massen' und die allgemeinen Interessen der kommunistischen Bewegung überhaupt von den kommunistischen Parteien und der Kommunistischen Internationale als Ganzes die Unterstützung der Parole der Einheitsfront der Arbeiter und die Übernahme der Initiative in dieser Frage fordern"[123].

Seit ihrer Gründung hatte die Kommunistische Internationale um die Einigung der internationalen Arbeiterbewegung gerungen. Auf der Grundlage der inzwischen gesammelten Erfahrungen arbeitete sie nun unter maßgeblicher Mitwirkung W. I. Lenins die Grundsätze der Politik zur Herstellung der proletarischen Einheitsfront aus. Diese Politik

121 W. I. Lenin: Rede zur Verteidigung der Taktik der Kommunistischen Internationale. In: Werke, Bd. 32, S. 493.

122 Dokument Nr. 129.

123 Protokoll des vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale. Petrograd-Moskau vom 5. November bis 5. Dezember 1922, Hamburg 1923, S. 1021/1022.

wurde in der Folgezeit zu einem festen Bestandteil der Generallinie der kommunistischen Parteien.

Die Politik der Einheitsfront oder der Aktionseinheit – beides ist dem Wesen nach identisch – ist aus den praktischen Erfordernissen des proletarischen Klassenkampfes hervorgewachsen. Sie geht von der objektiven Tatsache aus, daß alle Arbeiter durch gemeinsame grundlegende Klasseninteressen miteinander verbunden sind und einen gemeinsamen Gegner besitzen. Die Einheit der Arbeiter aber bildet sich nicht im Selbstlauf heraus. Sie wird – wie alle geschichtlichen Erfahrungen zeigen – im Kampf gegen den Klassenfeind verwirklicht. Um sie zu erreichen, ist eine zielklare und zugleich elastische Politik der revolutionären Vorhut des Proletariats notwendig.

In jedem kapitalistischen Land ist die Arbeiterklasse ungleichartig zusammengesetzt, ist sie nicht gleichmäßig bewußt und organisiert. Das ergibt sich aus den objektiven Lebensbedingungen der Arbeiterklasse in der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft. Noch entscheidender aber ist, daß die Bourgeoisie alle Möglichkeiten ausnutzt, um die Reihen des Proletariats zu spalten und so die Arbeiterklasse an der Erkenntnis und Verwirklichung ihrer historischen Mission zu hindern. Sie unternimmt alle Anstrengungen, um die bürgerliche Ideologie in die organisierte Arbeiterbewegung zu tragen und diese von innen her zu zersetzen und zu zerreißen. Der bürgerliche Einfluß in der Arbeiterbewegung ist die Hauptursache für deren Spaltung. Je mehr sich das Kräfteverhältnis in einem einzelnen Lande und auf internationaler Ebene zugunsten der Arbeiterklasse und zuungunsten der Reaktion verändert, desto vielfältigere Methoden und Mittel zur Spaltung der Arbeiterbewegung wendet die Bourgeoisie an.

Die Kommunisten haben keine besonderen Interessen gegenüber den Interessen der gesamten Arbeiterklasse. Diese Feststellung Karl Marx' und Friedrich Engels' im „Manifest der Kommunistischen Partei" ist der Ausgangspunkt für das Ringen der Kommunisten um die proletarische Einheitsfront. Die Beherrschung der marxistisch-leninistischen Theorie befähigt die Kommunisten, stets die Gesamtinteressen der Arbeiterbewegung, der Arbeiterklasse zu erkennen und zu vertreten, legt ihnen aber auch eine große Verantwortung gegenüber der gesamten Arbeiterklasse, gegenüber allen Werktätigen auf und läßt sie zu den entschlossensten Verfechtern der Arbeitereinheit werden.

Die Kommunisten erstreben daher stets die Zusammenarbeit mit allen Arbeiterorganisationen, unabhängig von den politischen und welt-

anschaulichen Ansichten der Mitglieder dieser Organisationen. Sie erstreben vor allem die Zusammenarbeit mit solchen nichtkommunistischen Parteien, in denen Arbeiter organisiert sind oder die Einfluß auf größere Teile der Arbeiterklasse besitzen. An diese Zusammenarbeit binden die Kommunisten keine Bedingungen außer der einen: Sie muß den Interessen der Arbeiterklasse, den Interessen des ganzen Volkes dienen.

Um die Einheitsfront zu erreichen, genügt es nicht, daß die Partei die Grundsätze des Marxismus-Leninismus und das Endziel des proletarischen Befreiungskampfes propagiert. Die Partei muß sich vielmehr eng mit den Massen verbinden und sie anhand ihrer eigenen Erfahrungen von der Notwendigkeit und der Möglichkeit des gemeinsamen Kampfes überzeugen.

Am unmittelbarsten werden sich die Arbeiter ihrer grundlegenden gemeinsamen Interessen im Kampf um die Verteidigung ihrer Tagesinteressen bewußt. Deswegen ist der Kampf um ökonomische Teilforderungen wie zum Beispiel Lohnerhöhung oder bessere Arbeitsbedingungen Teil und Grundlage des Ringens der Kommunisten um die Einheitsfront. Daraus ergibt sich auch die große Rolle, die die Kommunisten der Arbeit in den Gewerkschaften zumessen.

Die imperialistische Entwicklung bringt den Arbeitern immer stärker zum Bewußtsein, daß sie über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg ein gemeinsames Interesse an der Verteidigung der Demokratie und des Friedens besitzen. Der Kampf der Kommunisten für antiimperialistische, demokratische Forderungen und für den Frieden fördert daher die Annäherung der verschiedenen Teile der Arbeiterklasse. Je besser es die Kommunisten verstehen, entsprechend W. I. Lenins Hinweisen den Kampf um Demokratie zu entfalten, um so günstigere Bedingungen entstehen für die Bildung der proletarischen Einheitsfront.

Mit der Entwicklung der proletarischen Einheitsfront wird der bürgerliche Einfluß in der Arbeiterbewegung zurückgedrängt. In großen Teilen der Arbeiterklasse reift immer stärker die Einsicht in ihre Kraft und in die gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten. So führt die Politik der Einheitsfront, von der Kommunistischen Partei bewußt geleitet, die ganze Arbeiterklasse schrittweise an das Verständnis ihrer geschichtlichen Aufgaben heran. Ziel der Einheitsfrontpolitik ist es, die Spaltung der Arbeiterbewegung zu überwinden und alle Teile der Arbeiterklasse zum Kampf um die Eroberung der politischen Macht und um die Errichtung des Sozialismus zusammenzuschließen.

Der Kampf um die Einheitsfront stellt an die kommunistischen Parteien, an jeden einzelnen Kommunisten hohe Anforderungen. Er verlangt Prinzipienfestigkeit und Unversöhnlichkeit gegenüber der bürgerlichen Ideologie, gegenüber den Machenschaften der Spalter der Arbeiterklasse. Er verlangt große Anstrengungen zur Überwindung des Antikommunismus, der das Hauptmittel der imperialistischen Bourgeoisie zur Aufrechterhaltung der Zersplitterung in den proletarischen Reihen ist. Zugleich müssen die Kommunisten Geduld und Beharrlichkeit zeigen, um die andersdenkenden Arbeiter, besonders die Sozialdemokraten, für den gemeinsamen Kampf zu gewinnen. Ohne das Trennende zu verwischen und ohne die Kritik an der opportunistischen Ideologie und Politik einzustellen, rücken die Kommunisten die nächsten gemeinsamen Schritte in den Vordergrund und suchen engste Verbindungen mit den nichtkommunistischen Arbeitern.

Das sind einige Grundsätze des Kampfes um die proletarische Einheitsfront, die auf dem III. Weltkongreß und auf den folgenden Tagungen der Kommunistischen Internationale begründet wurden und deren Richtigkeit durch die Praxis des Klassenkampfes seither tausendfach bestätigt wurde.

Der III. Weltkongreß beschloß auch Leitsätze über den organisatorischen Aufbau der kommunistischen Parteien, über die Methoden und den Inhalt ihrer Arbeit.[124] Sie wurden von Wilhelm Koenen und O. W. Kuusinen vorbereitet und von ersterem auf dem Kongreß begründet. Die Leitsätze gingen von der Notwendigkeit aus, die Kampffähigkeit der kommunistischen Parteien zu stärken, um sie dadurch zur erfolgreichen Verwirklichung der vom Kongreß beschlossenen Massenpolitik zu befähigen. Der organisatorische Aufbau der kommunistischen Parteien sollte so gestaltet werden, daß die größte Schlagkraft und Beweglichkeit in der Führung des Klassenkampfes und die engste Verbindung mit den proletarischen Massen gewährleistet wurden. Alle Parteimitglieder, so wurde verlangt, sollten an der täglichen Parteiarbeit teilnehmen. Es wurde beschlossen, die in Betrieben und Werkstätten oder in proletarischen Massenorganisationen tätigen Parteimitglieder in Zellen zusammenzufassen. Das zeugte vom Ringen um die Überwindung des alten sozialdemokratischen Organisationsaufbaus, wie er damals auch noch für die VKPD charakteristisch war, und um die Durchsetzung der organisatorischen Prinzipien der Partei neuen Typus in der kommunistischen Weltbewegung.

[124] Dokument Nr. 122.

Unter weiteren vom III. Weltkongreß verabschiedeten Beschlüssen befanden sich auch Thesen über die Methoden und Formen der Arbeit der Kommunisten zur Gewinnung der Frauen, an deren Ausarbeitung Clara Zetkin maßgeblich beteiligt war. Diese Richtlinien zeigten, wie die kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern die Frauen in den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für Frieden und Sozialismus einbeziehen mußten. Die einzelnen Parteien wurden verpflichtet, spezielle organisatorische Formen für die Arbeit unter den Frauen zu entwickeln.

Angesichts der erhöhten Aufgaben der kommunistischen Weltbewegung legte der III. Weltkongreß fest, das Exekutivkomitee zu erweitern. Die größten und bedeutendsten kommunistischen Parteien sowie die Exekutive der Kommunistischen Jugendinternationale sollten statt wie bisher einen, nun jeweils zwei Vertreter ins EKKI entsenden. Im neuen Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, dessen Vorsitz weiter G. J. Sinowjew hatte, besaß die VKPD zwei Vertreter. Bis zum IV. Weltkongreß wurden die deutschen Kommunisten im EKKI unter anderen durch Heinrich Brandler, Hugo Eberlein, Paul Frölich, Fritz Heckert und Wilhelm Pieck vertreten.

Der III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale fand in der internationalen, auch in der deutschen Arbeiterbewegung einen lebhaften Widerhall. Der 7. Parteitag der KPD, der vom 22. bis 26. August 1921 in Jena tagte, war der erste Parteitag einer kommunistischen Partei nach dem III. Weltkongreß. Auf dem Parteitag waren 274 Delegierte und 76 Teilnehmer mit beratender Stimme anwesend. Sie vertraten etwa 180 000 von der Parteikassierung erfaßte Mitglieder.

In einem bedeutsamen „Brief an die deutschen Kommunisten", der an den Parteitag gerichtet war, faßte W. I. Lenin die Lehren des III. Weltkongresses für die revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung zusammen. Er schrieb: „Kaltes Blut und Standhaftigkeit bewahren; systematisch die Fehler der Vergangenheit korrigieren; unaufhörlich darauf bedacht sein, die Mehrheit der Arbeitermassen sowohl in den Gewerkschaften als auch außerhalb der Gewerkschaften zu erobern; geduldig eine starke und kluge kommunistische Partei aufbauen, die fähig ist, bei allen und jeglichen Wendungen der Ereignisse die Massen wirklich zu führen; sich eine Strategie ausarbeiten, die der besten internationalen Strategie der (durch die jahrhundertelange Erfahrung im allgemeinen und durch die ‚russische Erfahrung' im besondern) ‚am

meisten aufgeklärten' fortgeschrittenen Bourgeoisie gewachsen ist – das ist es, was man tun muß, und was das deutsche Proletariat tun wird, was ihm den Sieg garantiert."[125]

Im Bericht, den Fritz Heckert über den Weltkongreß gab, und in dem von Ernst Meyer erstatteten Bericht der Zentrale an den Parteitag wurden die Kritik des Kongresses an der „Offensivtheorie" voll anerkannt und der Losung „Heran an die Massen!" zugestimmt. Der tiefgreifende Einfluß, den der Weltkongreß auf die VKPD ausgeübt hatte, zeigte sich darin, daß kein Diskussionsredner gegen die Linie des Weltkongresses auftrat. In einem zu diesem Tagungsordnungspunkt gefaßten Beschluß[126], der gegen sieben Stimmen angenommen wurde, hieß es: „Der Parteitag stellt sich auf den Boden der Beschlüsse des Dritten Weltkongresses und ist bereit, die Partei auf die Durchführung der Beschlüsse einzustellen."[127] Als Lehre aus den Märzereignissen wurde bezeichnet: „Genaue Analyse der konkreten Situation und sorgfältige Vorbereitung aller Kämpfe. Engste Verbindung der Partei mit den breiten Massen. Entfesselung von Kämpfen für Ziele, die für jeden Arbeiter verständlich sind."[128]

Ein Referat Walter Stoeckers bildete die Grundlage für die Diskussion der nächsten Aufgaben der Partei. Die dazu gefaßten Beschlüsse richteten den Kampf der Partei auf die Herstellung der proletarischen Einheitsfront zur Abwehr der verstärkten Unternehmeroffensive, gegen Inflation, Steuerraub und Arbeitslosigkeit. Angesichts des Kurses der Regierung Wirth auf eine bedeutende Erhöhung der Steuern rief die Partei dazu auf, die Abwälzung dieser Lasten auf die Werktätigen zu verhindern und dahin zu wirken, daß die Steuererhöhung von der Bourgeoisie aufgebracht werde. In einem Manifest[129] forderte der Parteitag die Werktätigen in Stadt und Land auf, gemeinsam für eine Erhöhung der Löhne, Gehälter und Renten, für die Erhöhung der die Bourgeoisie belastenden Steuern, für die Beschlagnahme des Vermögens der Fürsten und der Kriegsverbrecher, die Durchführung des

125 W. I. Lenin: Werke, Bd. 32, S. 538/539.

126 Dokument Nr. 123.

127 Bericht über die Verhandlungen des 2. [7.] Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Jena vom 22. bis 26. August 1921. Hrsg. von der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin 1922, S. 408.

128 Ebenda.

129 Dokument Nr. 124.

Arbeitslosenprogramms des ADGB vom Februar 1921 und für die Freilassung der politischen Gefangenen zu kämpfen.

Der Parteitag beschloß, sowohl zentral als auch lokal an alle Arbeiterorganisationen heranzutreten und sie zum gemeinsamen Auftreten für diese Forderungen zu veranlassen. Er stellte die Aufgabe, dem Streben der Werktätigen zum einheitlichen Handeln durch Einberufung überparteilicher Konferenzen aus Delegierten von Betrieben und Büros einen festen Rückhalt zu geben. Das war ein Ansatz auf der Suche nach organisatorischen Formen der proletarischen Einheitsfront.

In den Beschlüssen des Parteitages wurde richtig die drückende Lage der Werktätigen auf dem Lande charakterisiert. Die Kleinbauern wurden zum gemeinsamen Kampf mit der Arbeiterklasse aufgerufen. Doch wurden keine konkreten Maßnahmen zur Verstärkung der Arbeit der Partei auf dem Lande beschlossen. Trotz entsprechender Hinweise des III. Weltkongresses wurde die Unterschätzung der Bündnisfrage nicht überwunden.

Der Parteitag beriet die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften. In den dazu beschlossenen Richtlinien[130] wurde jeder Kommunist verpflichtet, sich gewerkschaftlich zu organisieren und in den Gewerkschaften im Sinne der kommunistischen Grundsätze zu wirken. Der Parteitag rief die von der Gewerkschaftsbürokratie ausgeschlossenen Gewerkschafter und Gewerkschaftsorganisationen auf, sich nach wie vor als zur Gewerkschaft gehörig zu betrachten und die gewerkschaftliche Arbeit fortzusetzen. Zur Verwirklichung dieser Gewerkschaftspolitik wurde die Abteilung Gewerkschaften bei der Zentrale der KPD gebildet, die aus der seit dem Vereinigungsparteitag bestehenden Reichsgewerkschaftszentrale hervorging.

Der Parteitag beschloß auch neue Organisationssatzungen, deren Entwurf Wilhelm Koenen begründet hatte. In den Satzungen wurden in Übereinstimmung mit den organisatorischen Leitsätzen des III. Weltkongresses die Prinzipien des demokratischen Zentralismus verstärkt angewendet. In Weiterentwicklung der vom Vereinigungsparteitag beschlossenen Statuten wurde die Schaffung von Zehnergruppen in den Ortsgruppen festgelegt. Die Satzungen legten die Bildung eines Politischen und eines Organisatorischen Büros – Polbüro und Orgbüro genannt – als Organe der Zentrale der Partei fest.

Der Parteitag beschloß einstimmig, das Wort „Vereinigte" im Namen der Partei zu streichen. Das wurde damit begründet, daß die Ent-

[130] Dokument Nr. 125.

wicklung seit dem Vereinigungsparteitag die Partei fest miteinander verschmolzen habe. Damit sei es nicht länger notwendig, im Namen der Partei darauf hinzuweisen, daß sie aus der Vereinigung von zwei Richtungen der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung hervorgegangen war.

In die neue Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands wurden gewählt: Paul Böttcher, Bertha Braunthal, Hugo Eberlein, Fritz Heckert, Edwin Hoernle, Ernst Meyer, Wilhelm Pieck, Hermann Remmele, Ernst Reuter-Friesland, Felix Schmidt, August Thalheimer, Jacob Walcher, Rosi Wolfstein und Clara Zetkin. Dem Zentralausschuß der KPD gehörten unter anderen Ruth Fischer, Ottomar Geschke, Arkadi Maslow, Georg Schumann, Robert Siewert und Ernst Thälmann an. In der Zentrale waren Ernst Meyer als Vorsitzender des Polbüros, Hugo Eberlein und dann Wilhelm Pieck als Vorsitzende des Orgbüros tätig.

Der Parteitag schloß einstimmig einige Parteifunktionäre aus, weil sie mit Paul Levi Verbindung aufrechterhalten und die Partei verraten hatten. Unter Leitung des Renegaten Levi bildete sich in der Folgezeit eine rechtsopportunistische Splittergruppe, die sich Kommunistische Arbeitsgemeinschaft nannte. Sie trat gegen die Kommunistische Internationale auf und versuchte, die KPD zu zersetzen. Ende 1921 stieß zu dieser parteifeindlichen Gruppierung auch Ernst Reuter-Friesland. Er hatte sich innerhalb weniger Monate vom Ultralinken zum Rechtsopportunisten gemausert und wurde Anfang 1922 aus der Partei ausgeschlossen. Die rechtsopportunistische Gruppe hat niemals nennenswerten politischen Einfluß erringen können. Ihre wenigen Mitglieder schlossen sich fast alle bald der USPD an und traten mit dieser im Herbst 1922 zur Sozialdemokratie über.

Der Parteitag zeigte, daß in der Partei „linke" Tendenzen wirkten. Sie drückten sich vor allem in einer Unterschätzung der Einheitsfrontpolitik der Partei aus. Auf dem Parteitag traten diese Tendenzen infolge des tiefen Einflusses, den der Verlauf und die Ergebnisse des III. Weltkongresses in der ganzen Partei hinterlassen hatten, allerdings nur in verschleierter Form auf.

Der 7. Parteitag der KPD zog einen Schlußstrich unter die monatelangen Auseinandersetzungen über Grundfragen der Strategie und Taktik. Die Hilfe, die der III. Weltkongreß und W. I. Lenin gewährt hatten, hatten zur Zerschlagung der sektiererischen „Offensivtheorie" geführt. Um bedeutsame Erfahrungen bereichert, setzte die Partei nun

die Politik des „Offenen Briefes", der Sammlung der Arbeiter und der anderen Werktätigen zur Verteidigung ihrer sozialen und demokratischen Rechte gegen die Unternehmeroffensive fort.

2. Der wachsende Masseneinfluß der KPD in den Kämpfen zur Verteidigung der sozialen und demokratischen Interessen der Volksmassen (Herbst 1921 bis Ende 1922)

In der zweiten Hälfte des Jahres 1921 setzten die Monopole ihre Offensive gegen die sozialen und demokratischen Rechte der deutschen Werktätigen verstärkt fort. Zugleich nahm die Differenzierung im Lager der herrschenden Klasse zu. Im Prozeß der Stinnesierung wuchs das Gewicht der reaktionärsten Gruppen des Finanzkapitals. Sie nutzten die Unterzeichnung des Reparationsultimatums der Entente durch die Regierung Wirth zu scharfen Angriffen auf die „Erfüllungspolitik" und zur Verstärkung der chauvinistischen und revanchistischen Hetze. Die antidemokratische Tätigkeit nationalistischer, militaristischer und revanchistischer Verbände, wie der aus Freikorps hervorgegangenen Organisationen Consul und Roßbach, ferner des Alldeutschen Verbandes, des Jungdeutschen Ordens, des Stahlhelms, des Werwolfs und vieler anderer griff weiter um sich. Die mächtigsten Monopolherren, vor allem Hugo Stinnes, strebten danach, sich den Staatsapparat unterzuordnen und ihn uneingeschränkt zur Sicherung ihrer Maximalprofite einzusetzen.

Am 26. August wurde der Zentrumspolitiker Matthias Erzberger, der als Unterzeichner des Waffenstillstands vom 11. November 1918 und durch sein Eintreten für eine imperialistische „Erfüllungspolitik" seit langem Zielscheibe nationalistischer Angriffe war, von Angehörigen der konterrevolutionären Organisation Consul ermordet. Mit Recht erblickte die Arbeiterklasse in diesem Mord einen Anschlag auf die Demokratie. In großen, einheitlichen Demonstrationen in vielen deutschen Städten protestierten in den letzten Augusttagen Millionen Arbeiter zusammen mit Angehörigen der Mittelschichten und der Intelligenz gegen die konterrevolutionären Umtriebe. Allein in Berlin nahm eine halbe Million Menschen am Aufmarsch teil. Rechte Führer der SPD, der USPD und des ADGB bemühten sich, die KPD von diesen

Aktionen auszuschließen. Doch die Kommunisten vereitelten solche Absichten, beteiligten sich aktiv an den Kundgebungen und gaben der Bewegung klare politische Ziele. Die Zentrale der KPD rief die Arbeiterklasse auf, die proletarische Einheitsfront zu bilden und die restlose Entwaffnung der reaktionären Verbände, die Entfernung aller offenen und verkappten Monarchisten aus Reichswehr, Verwaltung und Justiz und die Freilassung aller politischen Gefangenen zu erkämpfen.

Seit dem Sommer 1921 entwickelte sich auf Initiative der Kommunistischen Internationale unter den Arbeitern vieler Länder eine wirksame Solidaritätsbewegung für Sowjetrußland. Anlaß dazu war die Hungersnot, in die viele Millionen Werktätige des Sowjetlandes 1921 geraten waren. Sie war durch eine fürchterliche Dürre in weiten Gebieten Sowjetrußlands ausgelöst worden. Diese Dürre wirkte sich vor allem deswegen so schwerwiegend aus, weil die Zarenherrschaft das Land zu wirtschaftlicher Rückständigkeit verurteilt hatte, weil Sowjetrußland durch Krieg und Bürgerkrieg schwer verwüstet und der brutalen Blockade der imperialistischen Mächte ausgesetzt war. Hunderttausende deutscher Arbeiter und anderer Werktätiger, unter ihnen viele Frauen und Jugendliche, reihten sich in die internationale Hilfsaktion ein. Trotz ihres eigenen Elends spendeten sie Geld und Sachwerte für die Werktätigen Sowjetrußlands. Die Kommunisten machten gleichzeitig erfolgreich Anstrengungen, um der Bevölkerung die Wahrheit über den ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat zu vermitteln und die reaktionären Verleumdungen über das Sowjetland zu entlarven. In der Hilfsaktion für Sowjetrußland wurden insgesamt 7 Millionen Mark und Sachspenden im Wert von 33 Millionen Mark gesammelt. Erneut erwies sich, daß die Idee der Solidarität mit den Klassenbrüdern des ersten sozialistischen Staates der Welt in der deutschen Arbeiterklasse tiefe Wurzeln geschlagen hatte.

An dieser Aktion beteiligten sich auch viele fortschrittliche Angehörige der deutschen künstlerischen Intelligenz. Dabei entstand die weithin berühmt gewordene Graphik-Mappe „Hunger" (1921), für die unter anderen Hans Baluschek, George Grosz, Käthe Kollwitz, Otto Nagel und Heinrich Zille Blätter gaben. Sie war ein wichtiges Ereignis im Werden einer neuen, proletarisch-revolutionären Kunst. Aus dieser Künstlerhilfe erwuchs 1923 die Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland, die sich in den folgenden Jahren viele Verdienste um die Verbreitung der Wahrheit über die Sowjetunion in Deutschland erwarb.

Zur Organisierung der internationalen Solidaritätsaktion wurde im August 1921 in Berlin die Internationale Arbeiterhilfe gegründet. Maßgebenden Anteil an ihrem Entstehen hatte Willi Münzenberg. Auf den Aufruf zur Hilfsaktion bildeten sich in vielen deutschen Städten Komitees der Internationalen Arbeiterhilfe, in denen zusammen mit Kommunisten auch Sozialdemokraten, parteilose Arbeiter und viele hervorragende Angehörige der Intelligenz wirkten. Dem Aufruf schlossen sich unter anderen Albert Einstein, Leonhard Frank, George Grosz, Käthe Kollwitz, Alexander Moissi und Paul Oestreich an. Auch in zahlreichen anderen Ländern bildete sich bald die Internationale Arbeiterhilfe. Sie wurde in der Folgezeit zur ersten großen internationalen Solidaritätsorganisation des Proletariats und spielte in den zwanziger und dreißiger Jahren in vielen Ländern eine wichtige Rolle. Die KPD gewährte ihr eine vielfältige Unterstützung.

Die Partei war auch Initiator einer Solidaritätsbewegung für die proletarischen Klassenkämpfer, die von der reaktionären deutschen Klassenjustiz zu Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilt worden waren, besonders für die inhaftierten Teilnehmer der Märzkämpfe. Ein Hungerstreik, in den im November 1921 130 Revolutionäre im Zuchthaus Lichtenburg bei Torgau traten, löste in der Arbeiterschaft eine Bewegung für die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen aus. Zahlreiche Delegationen aus Betrieben und Ortschaften suchten die Vorstände der Arbeiterparteien und die sozialdemokratischen Minister auf und unterbreiteten entsprechende Forderungen, die jedoch von der Regierung und den rechten sozialdemokratischen Führern abgelehnt wurden. In der Bewegung spielten die Rote-Hilfe-Komitees, die unter dem Einfluß der Partei seit dem Sommer 1921 entstanden waren und deren Tätigkeit von einem Zentralkomitee koordiniert wurde, eine große Rolle. Sie organisierten die solidarische Unterstützung der Opfer des Justizterrors und deren Angehöriger und gewannen dafür die Mitarbeit vieler sozialdemokratischer und parteiloser Arbeiter sowie Angehöriger des Mittelstandes und der Intelligenz.

Die rechten sozialdemokratischen Führer hielten an ihrer Politik der Spaltung der Arbeiterklasse auch angesichts der immer offeneren Vorstöße der Reaktion fest. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Görlitz, der vom 18. bis 24. September 1921 stattfand, verleumdeten sie die KPD und nutzten die riesigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in denen sich damals das Sowjetland befand, zu Ausfällen gegen den ersten Staat der Arbeiter und Bauern aus. Alle Anträge an den

Parteitag, die das einheitliche Auftreten des Proletariats unter Einbeziehung der Kommunisten verlangten und damit die Stimmung in Teilen der sozialdemokratischen Mitgliedschaft widerspiegelten, wurden abgelehnt. Der Parteitag erklärte dagegen mit 290 gegen 67 Stimmen die Bereitschaft der SPD, mit allen auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehenden Parteien in eine Koalition einzutreten. Damit äußerte die SPD erstmals seit der Novemberrevolution ihre Bereitschaft, eine Koalition auch mit der großkapitalistischen Deutschen Volkspartei, der Partei Hugo Stinnes', einzugehen. Diese Entscheidung war eine weitere Konsequenz der von den rechten Führern seit der Novemberrevolution betriebenen Arbeitsgemeinschaftspolitik und half der Reaktion bei der Festigung ihrer Positionen.

Der Parteitag beschloß ein neues sozialdemokratisches Parteiprogramm.[131] Unter dem Vorwand, ihr Programm den veränderten Verhältnissen anpassen zu wollen, gab die SPD jetzt offen wesentliche revolutionäre marxistische Grundsätze des Erfurter Programms preis. Der Sieg des Opportunismus in der Sozialdemokratie wurde damit programmatisch verankert.

Ermuntert durch die vom Görlitzer Parteitag gebilligte Stillhaltepolitik der rechten sozialdemokratischen Führer, unternahmen die reaktionärsten Teile des Monopolkapitals neue Vorstöße. Im Oktober 1921 bot eine Delegation des Reichsverbandes der Deutschen Industrie der Regierung Wirth, die sich – nicht zuletzt infolge der Steuersabotage der Großkapitalisten – in großen finanziellen Schwierigkeiten befand, einen Kredit an. Als Gegenleistung verlangten die Konzernherren den weitgehenden Abbau der Sozialpolitik, die Beseitigung des Achtstundentages und die Überführung der staatlichen Unternehmen, vor allem der Deutschen Reichsbahn, in Privatbesitz, was deren Auslieferung an die Monopole bedeutet hätte. Zugleich drängten sie darauf, die Deutsche Volkspartei in die Regierungskoalition aufzunehmen. Anfang November wurde in Preußen eine Regierung gebildet, der auch Vertreter der Sozialdemokratie und der Deutschen Volkspartei angehörten.

In breiten Teilen der Arbeiterklasse lösten diese Unternehmervorstöße große Unruhe und Empörung aus. Viele Arbeiter sahen darin zu Recht neue Anschläge auf ihre elementaren Lebensinteressen. Viele Mitglieder der SPD, der USPD und der Gewerkschaften drängten in ihren Organisationen darauf, daß endlich der Offensive der Konzernherren energischer Widerstand entgegengesetzt werde. In der Arbeiter-

131 Dokument Nr. 126.

klasse wurde die Forderung laut, eine staatliche Beteiligung am Sachvermögen der Kapitalisten festzulegen, statt einer Privatisierung der Staatsbetriebe zuzustimmen. Auf diese Weise sollten weitere Steuerhinterziehungen der Monopolherren verhindert und die Lasten des Krieges und des Versailler Vertrages dem Kapital auferlegt werden. Die Pläne einer Koalition der Sozialdemokratie mit der Deutschen Volkspartei stießen auf heftige Ablehnung vieler Arbeiter. Trotz aller antikommunistischen Hetze rechter Führer forderten auch viele Mitglieder und Funktionäre der Sozialdemokratie, dem Unternehmerangriff gemeinsam mit den Kommunisten entgegenzutreten.

Ende Oktober 1921 wandte sich die KPD wieder an die Vorstände der anderen Arbeiterparteien und der Gewerkschaften mit dem Vorschlag, einheitlich für die Verteidigung der Rechte der Werktätigen zu kämpfen. Die KPD schlug als gemeinsame Forderungen vor:

„1. Die Erfassung der Goldwerte, d. h. die Konfiskation eines Teiles der kapitalistischen Vermögen zugunsten des Staates. 2. Unbedingter Schutz des Achtstundentages und des Streik- und Koalitionsrechtes. 3. Die Entwaffnung und Auflösung aller konterrevolutionären Formationen (Orgesch usw.), Bildung eines Selbstschutzes der arbeitenden Massen. 4. Reinigung der Verwaltung, der Justiz, der Reichswehr, der Schutzpolizei von allen monarchistischen Elementen unter Kontrolle der Arbeiterschaft."[132]

Entsprechend der Stimmung in den werktätigen Massen beschlossen die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes am 15. November zehn Forderungen zu Steuer- und Wirtschaftsfragen an die Regierung und den Reichstag.[133] Diese Forderungen sahen unter anderem eine Beteiligung des Reiches an den Sachwerten, die Sozialisierung des Kohlenbergbaus und Maßnahmen gegen die Hinterziehung von Steuern durch die Kapitalisten vor. Die KPD erklärte ihre Bereitschaft, für die Verwirklichung dieser Forderungen zu kämpfen. In vielen Veranstaltungen brachten die kommunistischen Parteiorganisationen das Programm des ADGB Hunderttausenden in den Betrieben und den Gewerkschaften nahe. Unter dem Einfluß der Partei kamen Ende November Arbeiterdelegationen aus vielen deutschen Betrieben in Berlin zusammen und forderten vom Vorstand des ADGB die Einberufung eines Betriebs-

132 Die Rote Fahne (Berlin), 27. Oktober 1921 (Morgenausgabe).

133 Dokument Nr. 127.

rätekongresses, der Maßnahmen zur Durchsetzung der zehn Forderungen beschließen sollte. Doch der Vorstand des ADGB lehnte solche Vorschläge ab und traf auch sonst keine praktischen Maßnahmen, um seine eigenen Forderungen durchzusetzen.

Die Kämpfe im Herbst 1921, vor allem die Bewegung anläßlich der Ermordung Matthias Erzbergers und die Kampagne für die Forderungen des ADGB, brachten die Partei mit breiten Massen in Verbindung und führten sie aus der Isolierung heraus, in die sie in der Zeit der Märzkämpfe geraten war. Die Praxis bestätigte die Richtigkeit der Beschlüsse des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Aus dem Verlauf des Klassenkampfes und dem Stand der Bewußtheit und Organisiertheit der Arbeiterklasse ergaben sich für die Partei zugleich eine Anzahl neuer politischer Fragen, die im Interesse der weiteren erfolgreichen Entwicklung der Einheitsfrontpolitik, des Zusammenschlusses der Arbeiterklasse gegen die Unternehmeroffensive beantwortet werden mußten.

Die Aktionen der konterrevolutionären und militaristischen Organisationen warfen die Frage auf, wie sich die Partei zur Verteidigung der demokratischen Errungenschaften der Weimarer Republik gegen Angriffe der Reaktion stellen mußte. Die Partei trat der Politik der rechten sozialdemokratischen Führer entgegen, die die Massen auf das Parlament vertrösteten. Sie stellte demgegenüber fest, daß demokratische Sicherheiten für die Werktätigen nur durch den Kampf der Massen gegen die Reaktion geschaffen werden konnten. Als wichtigste Forderungen des demokratischen Kampfes bezeichnete die Partei die Entwaffnung und Auflösung der konterrevolutionären Formationen, die Schaffung eines proletarischen Selbstschutzes, die Reinigung der Verwaltung, der Justiz, der Reichswehr, der Schutzpolizei usw. von monarchistischen Elementen unter Kontrolle der Arbeiterklasse. Die Partei vertrat die von breiten Massen unterstützte Forderung der Sachwerterfassung, der Beteiligung des Staates an den kapitalistischen Unternehmungen, weil diese Forderung gegen den Vorstoß der Monopole gerichtet war. Um den Gefahren einer opportunistischen Auslegung dieser Losung zu begegnen und um die Massen selbst zum Träger des Kampfes um die Verwirklichung dieser Forderung zu machen, propagierte die KPD zugleich die Errichtung einer Produktionskontrolle in den kapitalistischen Betrieben, in Handel und Verkehr durch die Gewerkschaften, Betriebsräte usw. Das war unter den Bedingungen der tiefen revolutionären Erschütterung der kapitalistischen Gesellschaft

eine revolutionär-demokratische Losung, die geeignet war, breite Massen zu sammeln.

Die KPD beschränkte sich damit bewußt auf Losungen, die weiten Kreisen der Arbeiter und der anderen Werktätigen verständlich waren. Sie verzichtete auf die Formulierung unmittelbar sozialistischer Zielsetzungen und richtete im Kampf um die Verteidigung und Erweiterung der Demokratie den Hauptstoß gegen die reaktionärsten, offen antidemokratischen Elemente der Ausbeuterklasse.

Der Drang in der Arbeiterklasse zum gemeinsamen Kampf über alle Parteischranken hinweg und der wachsende Unwille über die Folgen der Koalitionspolitik erforderten die Beantwortung der Frage, wie sich die KPD zur Bildung einer Regierung stellen mußte, der nur Vertreter der SPD und der USPD angehörten, und ob sie sich unter Umständen an einer solchen Regierung beteiligen sollte. In Sachsen, wo die Arbeiterparteien seit der Wahl vom November 1920 die Stimmenmehrheit im Landtag besaßen, hatte die Partei dafür bereits wichtige praktische Erfahrungen gesammelt. Es ging jetzt um die völlige Klärung dieses Problems, das für den Kampf der Partei in ganz Deutschland grundsätzliche Bedeutung besaß. Dabei erhielt die KPD die Unterstützung des EKKI. Als dessen Beauftragter leistete in dieser Zeit vor allem Karl Radek der Partei wichtige Hilfe bei der Ausarbeitung einer wissenschaftlichen Strategie und Taktik, besonders im Hinblick auf den Kampf um eine Arbeiterregierung und die proletarische Einheitsfront.

In Auswertung der Erfahrungen aus den Tagen der Niederschlagung des Kapp-Putsches und in konsequenter Fortführung ihrer Einheitsfrontpolitik beschloß die Partei, den Kampf um die Arbeiterregierung in den Mittelpunkt ihrer Politik zu stellen. Die erste Tagung des Zentralausschusses der KPD nach dem 7. Parteitag im November 1921 faßte einen Beschluß[134], in dem sich die Partei für die Unterstützung einer sozialdemokratischen Regierung aussprach, wenn diese sich die Durchführung der von den Massen aufgestellten Forderungen zum Ziele setzte. In einem Politischen Rundschreiben an alle Parteiorganisationen vom 8. Dezember 1921 ging die Zentrale der KPD noch einen Schritt weiter und erklärte die grundsätzliche Bereitschaft der Partei, unter bestimmten Bedingungen in eine Arbeiterregierung einzutreten.

Auf der nächsten Tagung des Zentralausschusses im Januar 1922 wurde diese Haltung der Zentrale gebilligt. In einem Beschluß[135] wurde

134 Dokument Nr. 128.

135 Dokument Nr. 130.

erklärt: „In der Erkenntnis, daß eine Arbeiterregierung gegenüber einer offenen oder verkappten Stinnesregierung die Möglichkeit einer politischen Machterweiterung des Proletariats bedeutet (z. B. durch Auflösung der legalen und illegalen gegenrevolutionären Verbände, Umwandlung der Polizei und Justiz zu Klassenorganen des Proletariats, Freilassung der verurteilten Revolutionäre, Erweiterung der Rechte der Betriebsräte usw.), ist die KPD bereit, unter bestimmten Voraussetzungen in eine Arbeiterregierung, sei es im Reiche, sei es in den Ländern, einzutreten. Der Eintritt der Kommunisten in eine solche Arbeiterregierung hängt ab von dem Kampfwillen der Arbeitermassen und der sich auf diese Massen stützenden Parteien sowie von den realen Möglichkeiten, die gegeben sind, um die Arbeitermacht zu befestigen und auszudehnen."[136] Die KPD hob hervor, daß die Arbeiterregierung nur als Ergebnis des Kampfes der Massen entstehen könne und daß der außerparlamentarische Kampf über ihre Entwicklung entscheide.

Die Forderungen Sachwerterfassung, Produktionskontrolle und Arbeiterregierung bildeten ein geschlossenes Aktionsprogramm der Partei, das geeignet war, breite Kreise unter ihrer Führung zu sammeln und das Kräfteverhältnis schrittweise zuungunsten des Monopolkapitals und zugunsten der Volksmassen zu verändern. Die Losung einer Arbeiterregierung entsprach dem Bewußtseinsstand großer Teile der Arbeiterklasse, die noch nicht bereit waren, für den Sturz der Bourgeoisie und die Errichtung der Diktatur des Proletariats zu kämpfen, aber die verhängnisvollen Folgen der Koalitionspolitik der rechten sozialdemokratischen Führer sahen und eine Regierung wollten, die die unmittelbaren Klasseninteressen der Arbeiter gegen die Unternehmeroffensive verteidigte. Auf diese Weiterentwicklung der Politik der Partei übten die Ideen solcher Werke W. I. Lenins wie „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution" und „Der ‚linke Radikalismus'" bedeutenden Einfluß aus. Mit der Orientierung auf den Kampf um die Arbeiterregierung entsprach die KPD der Leninschen Forderung, den nächsten Schritt auf dem Wege zum Sozialismus ausfindig zu machen und auf ihn die ganze Aufmerksamkeit zu richten.

Doch stießen diese Schritte zur Bereicherung der Einheitsfrontpolitik in den Reihen der Partei selbst auf Widerstand. Angesichts des damaligen Entwicklungsstandes der Partei setzten sich die richtigen, leninistischen Grundsätze ihrer Massenpolitik nicht auf einmal, sondern

136 Die Rote Fahne (Berlin), 25. Januar 1922 (Morgenausgabe).

ungleichmäßig und erst auf einem längeren, schwierigen Wege durch. Ausdruck dieser komplizierten Entwicklung war vor allem das Hervortreten einer „linken" Strömung in der Partei, die ihre Hauptstützpunkte in solchen proletarischen Zentren und Parteibezirken wie Berlin-Brandenburg und Wasserkante besaß und zu deren führenden Vertretern damals unter anderen Ottomar Geschke und Ernst Thälmann gehörten. In dieser „linken" Strömung äußerte sich die revolutionäre Ungeduld zahlreicher, der Sache der Partei und der Arbeiterklasse fest ergebener Mitglieder und Funktionäre.

Die Kampferfahrungen vieler dieser Parteimitglieder reichten noch nicht aus, um sich gerade angesichts der Preisgabe der Interessen der Arbeiterklasse durch rechte sozialdemokratische Führer von der Notwendigkeit einer geduldigen, beharrlichen Politik der Partei zur Heranführung der sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter an den gemeinsamen Kampf gegen Imperialismus und Militarismus zu überzeugen. Die berechtigte Forderung nach erhöhter revolutionärer Tatkraft der Partei verbanden sie daher mit einer Einengung der Politik der Einheitsfront und des Kampfes um eine Arbeiterregierung. Im praktischen Kampf machten sich in der Folgezeit die besten Vertreter dieser Strömungen die Grundsätze leninistischer Massenpolitik voll zu eigen.

Nach außen hin einheitlich mit der „linken" proletarischen Strömung, aber geleitet von ihren kleinbürgerlichen, abenteuerlichen Vorstellungen griffen die Ultralinken um Ruth Fischer und Arkadi Maslow die neuen vorwärtsweisenden politischen Schritte der Partei an. Sie bezeichneten den Kampf der Partei für demokratische Teilforderungen und für die Einheitsfront als opportunistisch und erklärten, die Arbeiterregierung könne nur mit der Diktatur des Proletariats identisch sein. Sie versuchten, die Partei an alte, überlebte Positionen zu binden und traten dem Wesen nach gegen die vom III. Weltkongreß beschlossene Politik auf.

Zugleich war die Entfaltung einer breiten Massenpolitik mit der Belebung rechtsopportunistischer Illusionen in der Partei verbunden. Sie äußerten sich in dem Bestreben mancher Parteimitglieder, die Einheitsfront nicht im gemeinsamen Kampf um die Sicherung der Arbeiterinteressen, sondern durch lediglich formale Vereinbarungen mit der Sozialdemokratie zustande zu bringen. Manche Kommunisten, vor allem in Gewerkschaften und Parlamenten, glaubten die Herstellung der proletarischen Einheitsfront zu fördern, indem sie auf die Verfech-

tung eines klaren Klassenstandpunktes verzichteten. Sie mißachteten die Notwendigkeit der festen ideologischen und politischen Selbständigkeit der Kommunistischen Partei im Ringen um die Einheitsfront.

In all diesen Erscheinungen zeigte sich der damalige Stand der ideologischen und organisatorischen Entwicklung der Partei. Der Erfolg der Einheitsfrontpolitik der Partei hing daher in hohem Maße von der völligen Durchsetzung des Leninismus in ihr ab.

Gedeckt durch die Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik der rechten Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, richtete die Regierung Wirth um die Jahreswende 1921/1922 den Angriff gegen die Angehörigen der Deutschen Reichsbahn. Hier hoffte die herrschende Klasse den geringsten Widerstand zu finden, weil sie durch Verleihung des „Beamten"-Status und durch andere Vergünstigungen seit langem versucht hatte, die Eisenbahnarbeiter und -angestellten von den Massen des Proletariats zu trennen. Die Regierung sprach die Entlassung von 20000 Eisenbahnern aus, legte eine Verlängerung der Arbeitszeit für die unteren und mittleren Beamten fest und verweigerte berechtigte Forderungen nach Gehaltserhöhung. Die Offensive der Monopole zur Abwälzung aller Lasten auf die Volksmassen drängte also auch solche Schichten der Werktätigen in die Auseinandersetzung, die lange Zeit abseits vom Klassenkampf gestanden hatten.

Nach langen, vergeblichen Verhandlungen mit der Regierung sah sich die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamter und -Anwärter, eine bürgerliche Organisation, veranlaßt, den Streik in ganz Deutschland auszurufen. Daraufhin erließ der sozialdemokratische Reichspräsident Friedrich Ebert am 1. Februar 1922 eine Notverordnung, die den Eisenbahnern das Streikrecht absprach und für den Fall, daß sie dennoch streikten, schwerste Strafen androhte. Damit erhielt der Eisenbahnerstreik, dessen Ausgangspunkt wirtschaftliche Forderungen waren, schon vor seinem Beginn politischen Charakter. Die Eisenbahner nahmen den Kampf auf. In der Nacht vom 1. zum 2. Februar fuhr, dem Streikaufruf entsprechend, der größte Teil der Lokomotivführer die Maschinen in die Schuppen und löschte die Feuer. Dieses entschlossene Handeln beseitigte alle Unsicherheit, die es unter dem starken Druck der Regierung bei einem Teil der Arbeiter und Angestellten gegeben hatte. Bald ruhte in großen Teilen Deutschlands der Eisenbahnverkehr. Auch ein großer Teil der Mitglieder des reformistisch geführten Deutschen Eisenbahnerverbandes schloß sich – ent-

gegen der Haltung der Verbandsleitung – dem Streik an. Vom 2. bis 7. Februar streikten mehrere hunderttausend Eisenbahner.

Die Streikenden kämpften unter schweren Bedingungen gegen einen übermächtigen Gegner. Die Regierung ließ Streikführer verhaften, Gelder der Streikenden beschlagnahmen und setzte die Technische Nothilfe zum Streikbruch ein. Die rechten Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften traten scharf gegen den Streik auf und verleumdeten die um ihre elementaren Rechte kämpfenden Eisenbahner als Unruhestifter. Daher endete der größte Streik, den es bis dahin im deutschen Verkehrswesen gegeben hatte, mit einer Niederlage.

Im Gegensatz zu allen anderen Parteien stand die KPD fest an der Seite der Streikenden. Sie trat für das Streikrecht der Eisenbahner ein und rief die ganze deutsche Arbeiterklasse zur tätigen Solidarität auf. Die Partei erklärte, daß die berechtigten Forderungen der Streikenden nur durch die proletarische Einheitsfront verwirklicht werden könnten. Auch im Streik der Elektrizitätsarbeiter Berlins Anfang Februar 1922 und im süddeutschen Metallarbeiterstreik Ende Februar bis Ende Mai 1922, an dem sich auf dem Höhepunkt etwa 160 000 Arbeiter beteiligten, wirkte die KPD mobilisierend und organisierend.

Um die Jahreswende 1921/1922 trat die Frage der Beziehungen zwischen Sowjetrußland und den kapitalistischen Staaten in den Mittelpunkt der Weltpolitik. Angesichts des Erstarkens des Sowjetlandes und des schon vom III. Weltkongreß festgestellten labilen Gleichgewichts zwischen Sozialismus und Imperialismus setzte sich innerhalb der herrschenden Kreise der imperialistischen Staaten mehr und mehr die Tendenz durch, die seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution über das Sowjetland verhängte faktische Blockade aufzuheben und wirtschaftliche Beziehungen zu ihm herzustellen. Diese Veränderung der Politik war mit der Spekulation verbunden, die großen ökonomischen Schwierigkeiten Sowjetrußlands zur Erpressung ausnutzen und schließlich den ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat der Welt wirtschaftlich erdrosseln zu können. Gleichzeitig war die Gefahr einer erneuten militärischen Intervention gegen Sowjetrußland, die von den aggressivsten Kreisen des Weltimperialismus weiter betrieben wurde, nicht gebannt.

In dieser Situation machte das Sowjetland – gestützt auf seine eigene Kraft und im Vertrauen auf die Solidarität des internationalen Proletariats – getreu seiner Politik der friedlichen Koexistenz große Anstrengungen, um die Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten zu

normalisieren. Im Herbst 1921 erklärte die Sowjetregierung den Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Japans und der USA ihre Bereitschaft, Verhandlungen über die Rückzahlung eines Teils der Vorkriegsschulden der zaristischen Regierung aufzunehmen, unter der Bedingung, daß die imperialistischen Großmächte die Sowjetregierung offiziell anerkannten und endgültig einen allgemeinen Frieden mit dem Sowjetland abschließen würden. Die Sowjetregierung schlug ferner die Einberufung einer internationalen Konferenz vor, die die Herstellung des Friedens und die ökonomische Zusammenarbeit in Europa erörtern sollte. Trotz der Widerstände bestimmter imperialistischer Gruppen sahen sich daraufhin die Ententemächte veranlaßt, für das Frühjahr 1922 eine allgemeine Wirtschaftskonferenz europäischer Staaten einschließlich Sowjetrußlands nach Genua einzuberufen.

Die Anerkennung Sowjetrußlands durch die imperialistischen Staaten und die Herstellung gleichberechtigter Beziehungen zwischen dem Sowjetstaat und den kapitalistischen Staaten dienten dem Frieden und entsprachen den Interessen aller Völker. In der internationalen Arbeiterklasse breitete sich die Erkenntnis aus, daß zwischen dem Kampf gegen die Unternehmeroffensive in den kapitalistischen Staaten und der Abwehr aller imperialistischen Raubpläne gegenüber Sowjetrußland ein untrennbarer Zusammenhang bestand. Auch in den sozialdemokratischen Parteien und den von Reformisten geleiteten Gewerkschaften in vielen Ländern wurde die Forderung erhoben, der Einheitsfront des Weltimperialismus zur Erpressung des Sowjetlandes die Einheitsfront der internationalen Arbeiterklasse zur Verteidigung Sowjetrußlands gegenüberzustellen.

Auf Anregung der Zentrale der KPD schlug die Kommunistische Internationale der II. Internationale und der Internationale II½ vor, eine Weltarbeiterkonferenz einzuberufen, die ein Gegengewicht gegen diese imperialistischen Bestrebungen schaffen sollte. Vom 2. bis 5. April 1922 kam es in Berlin erstmals zu einer gemeinsamen Sitzung der Vertreter der Exekutiven dieser drei Internationalen. Die Vertreter der II. Internationale lehnten zwar die Annahme eines Beschlusses über die baldige Einberufung einer Weltarbeiterkonferenz ab. Doch stimmten sie und die zentristischen Vertreter einem Vorschlag der Delegation der Kommunistischen Internationale, der Karl Radek, Clara Zetkin und zahlreiche führende Funktionäre anderer kommunistischer Parteien angehörten, zu und sprachen sich für die Durchführung einheitlicher Massenkundgebungen anläßlich der Konferenz in Genua aus. Diese

Kundgebungen sollten unter den Losungen stattfinden: Verteidigung des Achtstundentages, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, proletarische Einheitsaktion gegen die Kapitalsoffensive und Aufnahme politischer und wirtschaftlicher Beziehungen aller Staaten zu Sowjetrußland. Obwohl die Vertreter der II. Internationale bald gegen die gemeinsam gefaßten Beschlüsse auftraten, übte die Konferenz der drei Internationalen starken Einfluß auf die Entfaltung der Einheitsfrontbewegung im internationalen und im deutschen Proletariat aus.

Im Laufe des April und des Mai solidarisierten sich Hunderttausende deutscher Arbeiter, darunter viele Mitglieder der SPD, der USPD und parteilose Gewerkschafter, auf Versammlungen und Kundgebungen mit Sowjetrußland. Allein am 20. April 1922 demonstrierten zum Beispiel auf den Aufruf der KPD und der USPD hin in Berlin über 100 000, in Düsseldorf 40 000 und in Halle 20 000 Arbeiter für die proletarische Einheitsfront und den Schutz Sowjetrußlands. Der unermüdliche Kampf, den die KPD seit ihrer Gründung für die deutsch-sowjetische Freundschaft geführt hatte, trug sichtbar Früchte.

Die Entwicklung der internationalen Beziehungen, das Erstarken Sowjetrußlands und dessen wachsende internationale Autorität verstärkten auch die Differenzierung im deutschen Monopolkapital. Bestimmte Kreise der deutschen Großbourgeoisie, vor allem in der Fertigwaren- und Exportindustrie, die auf die Regierung Wirth Einfluß ausübten, aber auch Gruppen der Schwerindustrie verstanden, daß die einseitige Orientierung auf die imperialistischen Westmächte, die seit der Novemberrevolution von allen deutschen Regierungen eingehalten worden war, ihren Interessen widersprach. Diese Kräfte gelangten zu einer realistischeren Einschätzung des internationalen Kräfteverhältnisses. Sie begriffen, daß der Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen und der Abschluß politischer Vereinbarungen mit dem Sowjetland es Deutschland ermöglichen würden, sich aus der außenpolitischen Isolierung zu befreien, in der es von den imperialistischen Westmächten gehalten wurde. Im eigenen Interesse traten diese monopolkapitalistischen Kreise für eine Zusammenarbeit Deutschlands mit Sowjetrußland ein.

Die Sowjetregierung hatte in Verwirklichung ihrer Politik der friedlichen Koexistenz schon viele Versuche unternommen, zu einer Verständigung mit Deutschland zu kommen. Auf dem Gebiet der Wirtschaftsbeziehungen waren diese Bestrebungen nicht ohne Erfolg geblieben. Im Mai 1921 hatte Deutschland als einer der ersten großen kapitalistischen Staaten offiziell Handelsbeziehungen zu Sowjetrußland

aufgenommen. Doch weitergehende Vorschläge der Sowjetregierung waren längere Zeit auf Ablehnung gestoßen. Nun kam es während der Konferenz europäischer Staaten in Genua auf Initiative Sowjetrußlands am 16. April 1922 in Rapallo zum Abschluß eines geschichtlich bedeutsamen deutsch-sowjetischen Vertrages.[137] Er wurde für die Sowjetregierung vom Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten G. W. Tschitscherin und für Deutschland von Außenminister Walther Rathenau unterzeichnet. Einwände des sozialdemokratischen Reichspräsidenten Friedrich Ebert gegen den Vertragsabschluß[138] blieben ergebnislos.

Der Rapallo-Vertrag sah die Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten vor. Beide Staaten verzichteten gegenseitig auf die Erstattung von Kriegskosten. Deutschland verzichtete auf jeglichen Entschädigungsanspruch für solche von der Sowjetregierung nationalisierten Betriebe und Einrichtungen, die früher deutschen Kapitalisten gehört hatten. Den Wirtschaftsbeziehungen sollten die Grundsätze der Meistbegünstigung und des gegenseitigen Vorteils zugrunde gelegt werden.

Der Rapallo-Vertrag war der erste Vertrag mit Deutschland, den eine Großmacht nach dem Ende des Krieges auf der Basis der Gleichberechtigung abschloß. Im Gegensatz zu den imperialistischen Westmächten, die Deutschland mit dem Versailler Vertrag unterdrückten und in Abhängigkeit hielten, erkannte Sowjetrußland Deutschland als selbständigen, unabhängigen Vertragspartner an.

Der Vertrag war eine Frucht der Leninschen Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Er zeugte von dem ehrlichen Bestreben des Sowjetlandes, mit Deutschland zu einer dauerhaften, friedlichen und freundschaftlichen Zusammenarbeit zu gelangen.

In der neuen weltgeschichtlichen Epoche, die mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution eingesetzt hatte, war die Stellung zum Sowjetland zu einer Kernfrage der Politik in Deutschland geworden. Eine glückliche, friedliche Zukunft der Nation erforderte die Zusammenarbeit mit dem Sowjetland, das die neue, aufsteigende Welt des Sozialismus verkörperte. Der Vertrag von Rapallo konnte eine Wende in den deutsch-sowjetischen Beziehungen und zugleich eine Wende der nationalen Entwicklung einleiten. Er eröffnete einem kapitalistischen

137 Dokument Nr. 131.
138 Dokument Nr. 132.

Deutschland die Möglichkeit, auf friedlichem Wege, durch freundschaftliche internationale Beziehungen und durch friedliche Arbeit zu internationalem Ansehen zu gelangen. Der Vertrag entsprach damit vollauf den nationalen Interessen Deutschlands und kam den Wünschen der Mehrheit der Bevölkerung entgegen.

Die Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages fand in Deutschland und in vielen anderen Ländern lebhaften Widerhall. Er wurde von der deutschen Arbeiterklasse und den anderen deutschen Werktätigen begrüßt. Große Teile des Bürgertums bis in die Großbourgeoisie hinein sahen im Vertragsabschluß ein positives Ereignis.[139]

Die offenen Gegner des Vertrages waren in der Minderheit, verfügten aber über starke Positionen. Gegen den Vertrag traten vor allem reaktionäre Gruppen der deutschen Schwerindustrie und Großagrarier sowie rechte Führer der SPD und der USPD auf. Ein Grund für die Ablehnung der deutsch-sowjetischen Verständigung durch diese Kräfte lag in der Befürchtung, die Rapallo-Politik werde die Unterstützung des amerikanischen Finanzkapitals beim Wiedererstarken des deutschen Imperialismus gefährden. Deswegen waren sie mit allen Mitteln bestrebt, die Rapallo-Politik zu hintertreiben. Darin kam erneut der unversöhnliche Widerspruch zwischen den Machtinteressen des deutschen Finanzkapitals und den nationalen Interessen des deutschen Volkes zum Ausdruck.

Die KPD trat allen Angriffen auf den Rapallo-Vertrag entschlossen entgegen und rief die Volksmassen dazu auf, über seine Verwirklichung zu wachen.[140] In den großen Demonstrationen und Kundgebungen für Sowjetrußland, die entsprechend dem Beschluß der drei Internationalen stattfanden, erläuterten die Kommunisten den Massen die Bedeutung des Abkommens. In der Parteipresse und von der Reichstagstribüne unterbreitete die KPD der Regierung konkrete Vorschläge zur Verwirklichung des Vertrages und forderte den unverzüglichen Ausbau der deutsch-sowjetischen Handelsbeziehungen. In diesem Kampf der Partei wurde der Zusammenhang zwischen der Verteidigung der nationalen Interessen Deutschlands und dem proletarischen Internationalismus offenbar.

Am 24. Juni 1922 ermordeten Angehörige der Organisation Consul in Berlin den Unterzeichner des Rapallo-Vertrages, Walther Rathenau. Dieses neuerliche Verbrechen der Konterrevolution löste in den Massen

139 Dokument Nr. 134.

140 Dokument Nr. 133.

große Erregung und Empörung aus. Noch am gleichen Tag fand eine gemeinsame Sitzung der Leitungen der KPD, der SPD und der USPD statt. Die Vertreter der KPD forderten, in ganz Deutschland den Generalstreik auszurufen mit dem Ziel, die Auflösung aller monarchistischen, nationalistischen Organisationen, die Entlassung aller reaktionären Offiziere, Beamten und Richter und die Verhaftung Erich Ludendorffs und der Führer der konterrevolutionären Orgesch zu erzwingen.[141] Die KPD schlug vor, die Verwirklichung dieser Forderungen durch Kontrollorgane der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu überwachen. Diese Organe sollten überall auf Betriebsrätevollversammlungen gebildet werden.

Einem Aufruf des ADGB folgend, traten am 27. Juni Millionen deutscher Arbeiter in einen halbtägigen allgemeinen Proteststreik gegen die Konterrevolution. Die Betriebe und der Verkehr ruhten. Namhafte Vertreter der Intelligenz, der Mittelschichten und des demokratisch gesinnten Bürgertums bekundeten ihre Übereinstimmung mit der Massenaktion der Arbeiterklasse. In Deutschland herrschte eine Stimmung, die mit der in der Zeit des Kapp-Putsches vergleichbar war. Unter dem Eindruck der Massenbewegung klagte Reichskanzler Joseph Wirth in diesen Tagen in einer Reichstagsrede die Konterrevolution an und rief aus: „Dieser Feind steht rechts!"[142]

Am 27. Juni beschlossen führende Vertreter der drei Arbeiterparteien und der Gewerkschaften im Auftrage der zentralen Leitungen ihrer Organisationen nach langen, heftigen Auseinandersetzungen das sogenannte Berliner Abkommen[143], das Forderungen „Zur Verteidigung der Republik und der Grundrechte der Arbeitnehmerschaft" enthielt. In diesem Dokument wurden von der Reichsregierung und vom Reichstag gesetzliche Maßnahmen zum Verbot und zur Auflösung aller monarchistischen oder antirepublikanischen Verbindungen, zur Säuberung der Regierungsstellen und Behörden, einschließlich der Gerichte und der Reichswehr, von allen monarchistischen oder antirepublikanischen Elementen und die Einsetzung eines außerordentlichen Gerichtshofes zur Verfolgung konterrevolutionärer Umtriebe verlangt. Die politischen Gefangenen, vor allem diejenigen, die wegen Beteiligung am Eisenbahnerstreik verurteilt worden waren, sollten amnestiert

141 Dokument Nr. 136.

142 Verhandlungen des Reichstags, I. Wahlperiode 1920, Bd. 356, Stenographische Berichte, Berlin 1922, S. 8058.

143 Dokument Nr. 137.

werden. Es hieß wörtlich: „Die politischen Arbeiterparteien haben sich verpflichtet, diese Forderungen gemeinsam durchzusetzen und alle Maßnahmen der Regierung zur Erreichung dieses Zieles zu unterstützen."[144]

Die einheitliche Massenbewegung nach dem Mord an Rathenau und das Berliner Abkommen bewiesen die Möglichkeit und die große Kraft der proletarischen Einheitsfront. Sie bewiesen auch die Möglichkeit einer Zusammenarbeit zwischen den Leitungen der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei zur Verteidigung der demokratischen Rechte der Werktätigen. Das war die bisher sichtbarste Bestätigung für die Richtigkeit der Einheitsfrontpolitik der KPD. Obwohl das Berliner Abkommen hinter den Vorschlägen der Partei zurückblieb und keine unmittelbaren Massenaktionen vorsah, stimmte die KPD ihm zu, weil es Möglichkeiten eröffnete, den konterrevolutionären Einfluß zurückzudrängen und die Positionen der Volksmassen zu stärken. Die Partei warnte die Massen jedoch davor, sich auf gesetzgeberische Maßnahmen zu verlassen, und rief zu weiteren Aktionen auf.

Am 4. Juli kam es auf den Aufruf der drei Arbeiterparteien und der Gewerkschaften hin erneut zu riesigen Demonstrationen und zum Generalstreik in großen Teilen Deutschlands. Den Forderungen der KPD entsprechend, entstanden im Rhein-Ruhrgebiet, in Sachsen, Thüringen, in Württemberg und in anderen Teilen Deutschlands Kontrollausschüsse aus Vertretern der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften. Diese Ausschüsse drängten auf die Durchsetzung von Forderungen des Berliner Abkommens.

Die rechten Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften waren bestrebt, ein Weitertreiben der Bewegung zu verhindern, weil sie sich gegen ihre Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik gerichtet hätte. Unter dem Vorwand, die KPD habe durch Aufstellung weitergehender Forderungen das Berliner Abkommen gebrochen, sprengten sie die einheitliche Kampffront und verhinderten damit greifbare Erfolge. Zur Beruhigung und Täuschung der Massen beschloß der Reichstag mit den Stimmen der SPD und der USPD am 18. Juli 1922 das sogenannte Republikschutzgesetz, das keiner der Hauptforderungen des Berliner Abkommens gerecht wurde und in der Folgezeit in erster Linie zur Niederhaltung der revolutionären Arbeiterbewegung diente. So verhinderten die rechten Führer der SPD, der USPD und der Gewerkschaften, daß eine große Chance zur Erweiterung der de-

[144] Die Rote Fahne (Berlin), 28. Juni 1922 (Morgenausgabe).

mokratischen Rechte der Volksmassen und zur Zurückdrängung der militaristischen und revanchistischen Kräfte genutzt werden konnte. Entgegen den Forderungen der Massen vermochten die konterrevolutionären Kräfte ihre Positionen nicht nur zu behaupten, sondern weiter auszubauen und zu festigen.

Das Erstarken der konterrevolutionären Kräfte war mit immer neuen Anschlägen auf die elementaren Lebensrechte der Arbeiter, großer Teile der Bauern, der Mittelschichten und der Intelligenz verbunden. Im Laufe des Jahres 1922 entwickelte sich die Inflation in immer schnellerem Tempo. Einer Goldmark entsprachen durchschnittlich

im Januar	1921	15 Mark
im Januar	1922	46 Mark
im Juli	1922	117 Mark
im Dezember	1922	1808 Mark.

Die Lebenshaltungskosten stiegen schwindelerregend, und zwar gegenüber den Vorkriegspreisen

im Januar	1921	auf das 12fache
im Dezember	1921	auf das 19fache
im Juni	1922	auf das 41fache
im Dezember	1922	auf das 605fache.

In Berlin kostete durchschnittlich

	Juni 1922	Dezember 1922
ein Kilogramm Roggenbrot	8,15 Mark	163,16 Mark
ein Kilogramm Kartoffeln	4,05 Mark	16,65 Mark
ein Kilogramm Schweinefleisch	123,00 Mark	1880,00 Mark
ein Kilogramm Butter	144,00 Mark	3050,00 Mark
ein Kilogramm Margarine	76,00 Mark	2040,00 Mark
ein Kilogramm Zucker	35,00 Mark	355,00 Mark
ein Ei	5,30 Mark	82,00 Mark
ein Liter Vollmilch	10,00 Mark	188,00 Mark

Die Erhöhung der Nominallöhne blieb weit hinter der Steigerung der Lebenshaltungskosten zurück. Die Lebenshaltungskosten waren 1921 etwa um die Hälfte, 1922 etwa um ein Drittel schneller als die Löhne gestiegen.

Die rasche Verschlechterung ihrer Lebenslage beantworteten die deutschen Arbeiter mit zahlreichen Aktionen für die Verteidigung ihrer ökonomischen Interessen. Lohnbewegungen und Streiks – teils in einzelnen Betrieben und Orten, teils in ganzen Industriezweigen und Wirtschaftsgebieten – zeugten von der Härte des Klassenkampfes zwischen Kapital und Arbeit.

Auch in den gewerkschaftlichen Kämpfen gegen die Offensive der Monopolherren zeichnete sich der Gegensatz zwischen den revolutionären und den reformistischen Kräften deutlich ab. Viele rechte Gewerkschaftsführer erklärten, daß Streiks den wirtschaftlichen Aufbau gefährdeten. Der Arbeitsgemeinschaftspolitik folgend, waren sie bestrebt, Streiks zu verhindern oder zumindest in engen Grenzen zu halten. Das Elend der Arbeiter und deren Kampfbereitschaft veranlaßte rechte Gewerkschaftsführer zwar häufig dazu, die „Unersättlichkeit" der Unternehmer anzuprangern und Forderungen an die Regierung zu stellen. Doch folgten dem keine entsprechenden Taten.

Die Kommunisten dagegen waren bemüht, die Gewerkschaften in Übereinstimmung mit den Interessen der Gewerkschaftsmitglieder und aller Arbeiter zu wirksamen Kampforganisationen für die Verteidigung der sozialen und demokratischen Rechte der Arbeiterklasse zu machen. Entsprechend den Beschlüssen des III. Weltkongresses und des 7. Parteitages der Partei, entfalteten Zehntausende Kommunisten eine rege gewerkschaftliche Tätigkeit. Obwohl rechte Gewerkschaftsführer eine massive antikommunistische Hetze betrieben und viele Parteimitglieder aus den Gewerkschaften ausschlossen, gewannen die Kommunisten durch ihr aktives Eintreten für die Arbeiterinteressen in Betrieben und örtlichen Gewerkschaftsorganisationen beträchtlichen Einfluß. 1922 bestanden etwa 1000 kommunistische Gewerkschaftsfraktionen; in 60 Ortsausschüssen des ADGB hatten die Kommunisten die Mehrheit gewonnen. Bei den Betriebsrätewahlen 1922 eroberten die kommunistischen Kandidaten in vielen hundert Betrieben erstmals Sitze in den Betriebsräten. Bei Abstimmungen zeigte sich, daß rund 30 Prozent aller Gewerkschafter den Kommunisten folgten. In einzelnen Verbänden des ADGB, vor allem in denen der Metall-, der Bau- und der Transportarbeiter, entwickelte sich unter dem Einfluß der Kommunisten eine starke proletarische Opposition, die die Bewegungsfreiheit der rechten Gewerkschaftsführer einschränkte.

Die Schärfe der Klassenwidersprüche und das Wirken der proletarischen Opposition lösten Auseinandersetzungen über die von den Gewerkschaften einzuschlagende Politik aus. Bis in den Bundesausschuß des ADGB hinein traten führende Gewerkschaftsfunktionäre, vor allem des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, gegen die Arbeitsgemeinschaftspolitik der rechten Führer um Theodor Leipart auf. Diese Gewerkschaftsführer sprachen sich, obwohl sie vom Antikommunismus beeinflußt und von Illusionen über den Weimarer Staat erfüllt waren,

für wirksame gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen einschließlich Streiks gegen die Unternehmeroffensive aus. In vielen Teilfragen des gewerkschaftlichen Kampfes konnten die Kommunisten mit diesen Kräften gemeinsam vorgehen.

Auch auf dem 11. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands (1. Bundestag des ADGB), der vom 19. bis 24. Juni 1922 in Leipzig tagte, wurde diese Entwicklung in den Gewerkschaften spürbar. Obwohl die rechten Gewerkschaftsführer die innergewerkschaftliche Demokratie eingeschränkt hatten, waren von den 690 Delegierten 90 Kommunisten, die den Kern einer umfassenderen proletarischen Opposition bildeten. Die kommunistischen Vertreter nahmen in zahlreichen Erklärungen zu den auf dem Kongreß behandelten Fragen Stellung und brachten eigene Anträge ein. Nach einer heftigen Auseinandersetzung, in der kommunistische Delegierte, aber auch der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Robert Dißmann, und andere sozialdemokratische Funktionäre sich gegen die Arbeitsgemeinschaftspolitik wandten, stimmte eine knappe Mehrheit der Delegierten für den Austritt aus der im November 1918 entstandenen Zentralarbeitsgemeinschaft. Auch ein Antrag, die Zersplitterung der Gewerkschaften in Berufsverbände zu beseitigen und statt dessen Industriegewerkschaften zu bilden, wurde mit Mehrheit angenommen.[145] Doch konnten in wichtigen Fragen die rechten Führer des ADGB ihre Linie durchsetzen. Sie verhinderten in der folgenden Zeit auch die Verwirklichung der meisten Beschlüsse, die der Kongreß gegen ihren Willen gefaßt hatte.

Auch die Landarbeiter nahmen wachsenden Anteil an den Klassenkämpfen. Vor allem 1921 und 1922 führten sie in vielen Zentren des Großgrundbesitzes wiederholt Streiks für höhere Löhne und Deputate, gegen die Anschläge der Großagrarier und Junker. Die rechten Gewerkschaftsführer des Deutschen Landarbeiter-Verbandes verhinderten jedoch viele Streiks, was zu Massenaustritten unzufriedener Landarbeiter aus dem Verband führte. Die KPD begann systematischer unter den Landarbeitern zu wirken und gewann vor allem in der Nähe von Industriegebieten größeren Einfluß.

Je weiter die Inflation fortschritt, desto härter traf sie auch die Klein- und Mittelbauern, während sich Großagrarier und Großbauern bereicherten. Unter den Kleinbauern breitete sich die Forderung nach Aufteilung von Großgrundbesitzerland aus. Doch blieb die überwiegende Masse der Bauern unter reaktionärem Einfluß. Viele Klein- und Mittel-

[145] Dokument Nr. 135.

bauern unterlagen der Propaganda der Monopolherren und Großagrarier und der reaktionären Bauernorganisationen über die angebliche Gemeinsamkeit der Interessen aller „Landwirte". Die Reaktion knüpfte an den Eigentumssinn der Klein- und Mittelbauern an und suchte diese Schichten durch die Lüge, die Arbeiter und vor allem die Kommunisten seien „Feinde der Bauern", vom Zusammengehen mit ihrem Bundesgenossen abzuhalten.

Die Offensive der Monopole zur Abwälzung aller Lasten auf die Volksmassen führte zum Ruin Zehntausender Angehöriger des städtischen Mittelstandes und der Intelligenz. Sie verloren ihre Vermögen und unterschieden sich ihrer Lebenslage nach wenig von den Massen des Proletariats. Die chauvinistische und antikommunistische Hetze der Reaktion wirkte jedoch tief und hinderte viele Angehörige dieser Schichten daran, die wirklichen Ursachen ihres Unglücks zu verstehen und Wege zu seiner Überwindung zu erkennen. Vor allem unter der Intelligenz breiteten sich Stimmungen des Pessimismus, des Nihilismus und des „Weltuntergangs" aus.

Die KPD unternahm erste Schritte, um ihre Politik den Klein- und Mittelbauern und den städtischen Mittelschichten nahezubringen. In Parlamenten, in Genossenschaften und anderen Organisationen der Bauern und des Mittelstandes erhoben Kommunisten Forderungen zum Schutze dieser Schichten vor den Folgen der Inflation. Mitglieder der KPD unterstützten das Verlangen der Kleinbauern nach Landzuteilung, der kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden nach Stundung von Mieten und Zinsen. Doch blieb die Arbeit der Partei unter diesen Schichten sporadisch. Sie wurde von einzelnen Mitgliedern geleistet und war noch nicht zur Sache der gesamten Partei geworden.

Mit dem Aufstieg der KPD begann eine neue Epoche der revolutionären deutschen Arbeiterkulturbewegung. Wenn auch die Partei in den ersten Jahren nach der Novemberrevolution noch keine systematische kulturpolitische Tätigkeit zu leisten vermochte, beeinflußte sie doch alle progressiven kulturellen Kräfte und Strömungen und die Entwicklung einer sozialistischen Literatur und Kunst in Deutschland immer stärker.

Viele fortschrittlich gesinnte Künstler und Schriftsteller standen den Massenkämpfen der deutschen Arbeiterklasse in der Novemberrevolution und in der folgenden Zeit mit Sympathie gegenüber und fühlten sich durch die revolutionären Ereignisse im Haß gegen Krieg und Militarismus und in der Sehnsucht nach Frieden und nach einer besseren

Zukunft der Menschheit bestärkt. Das fand zum Beispiel in dem Roman Bernhard Kellermanns „Der 9. November" und in den Revolutionsdramen Ludwig Rubiners und Ernst Tollers seinen Ausdruck. Das 1920/1921 von Erwin Piscator geleitete Proletarische Theater in Berlin suchte in seinen Aufführungen, bei denen häufig Arbeiterschauspieler mitwirkten, revolutionäres Verhalten im Klassenkampf zu propagieren. Ähnliche Ziele stellten sich die Mitglieder des unter führender Teilnahme Ludwig Rubiners gegründeten Bundes für proletarische Kultur.

Die Sympathien vieler progressiver Künstler für den Kampf der Arbeiterbewegung und deren humanistische Ziele beruhten jedoch nur selten auf einem klaren Verständnis der geschichtlichen Rolle der Arbeiterklasse und des Weges zum Sozialismus. Besonders deshalb zeichneten sich im Verlauf der revolutionären Nachkriegskrise innerhalb der fortschrittlichen deutschen Literatur bald unterschiedliche Richtungen ab. In einer ganzen Anzahl künstlerischer Werke fand die Enttäuschung über die Niederlagen der Arbeiterklasse ihren Niederschlag in Zügen politischer Resignation und Äußerungen des Unglaubens an die Kraft des deutschen Proletariats. Zahlreiche Kulturschaffende hofften, daß die Weimarer Republik eine demokratische und friedliche Entwicklung Deutschlands herbeiführen werde.

Unter dem Einfluß der revolutionären Erschütterungen seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und der Novemberrevolution in Deutschland verbanden sich in diesen Jahren eine Reihe fortschrittlicher Intellektueller mit der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung und traten damit an die Seite sozialistischer Dichter wie Edwin Hoernle, der schon in den Reihen der deutschen Linken gewirkt hatte. Johannes R. Becher, der 1917 im „Gruß des deutschen Dichters an die Russische Föderative Sowjetrepublik" die Oktoberrevolution bejaht hatte und 1919 der KPD beigetreten war, begann seine Entwicklung zum bedeutenden literarischen Repräsentanten des kämpfenden deutschen Proletariats. Neben Becher waren es vor allem Berta Lask, Rudolf Leonhard und Friedrich Wolf, die in künstlerischen Werken die revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung unterstützten. Die aus den eigenen Kampferfahrungen und dem Studium der marxistisch-leninistischen Theorie gewonnene weltanschauliche Klarheit befähigte die revolutionären Kulturschaffenden, ihre künstlerische Tätigkeit bewußt in den Dienst des proletarischen Befreiungskampfes zu stellen und dabei subjektiv-expressionistische Elemente ihres Schaffens immer mehr zu überwinden. Sie fanden in den Presseorganen

der KPD, vor allem in der „Roten Fahne", in den Verlagen und anderen kulturellen Institutionen Möglichkeiten des künstlerischen Wirkens im Sinne des Sozialismus und erprobten gleichzeitig erste Formen kollektiver Tätigkeit.

Für das Aufblühen der proletarisch-revolutionären Kultur in Deutschland waren der Aufstieg des Sowjetlandes und seiner sozialistischen Kultur von höchster Bedeutung. Seit 1917 entwickelten sich Inhalt und Form der revolutionären Kunst und Literatur unter dem Einfluß der tiefgehendsten gesellschaftlichen Umwälzung, die die bisherige Geschichte der Menschheit kannte. Das Beispiel der sozialistischen Kulturrevolution im Sowjetland, die Verbreitung der marxistischen Auffassungen über die gesellschaftliche Rolle von Literatur und Kunst und über die Bedeutung des kulturellen Erbes für den Kommunismus, wie sie W. I. Lenin darlegte, sowie das literarische und künstlerische Schaffen im Sowjetland halfen vielen revolutionären deutschen Kulturschaffenden, klare politische und künstlerische Positionen zu gewinnen, und ermöglichten es der KPD, die Einflüsse des sogenannten Proletkults zu bekämpfen, der auf eine von den konkreten Kampfaufgaben der revolutionären Arbeiterbewegung losgelöste Kunst und Literatur, auf die Negierung der Errungenschaften der klassischen Kultur und aller traditionellen künstlerischen Formen hinauslief und dem deshalb Massenwirkung versagt blieb. Durch die öffentliche Auseinandersetzung mit Proletkult-Bestrebungen unterstützte die KPD die revolutionären Kulturschaffenden bei der Überwindung unrealistischer Schaffensmethoden und bei der Orientierung auf künstlerische Werke, die den Massen verständlich sind und sie zum richtigen Handeln anregen.

Für die Propagierung der Ideen und Ziele der Partei erhielten Sprechchöre und Massenspiele Bedeutung, in denen revolutionäre Arbeiter und andere Werktätige, darunter auch zahlreiche Frauen und Jugendliche, mitwirkten. Viele neue Arbeiterlieder, so das Büxensteinlied „Im Januar um Mitternacht", das anläßlich der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs entstandene Lied „Auf, auf zum Kampf", das Leuna-Lied und „Wir sind die erste Reihe" kündeten vom Haß gegen den Klassenfeind und vom Kampfwillen und der Siegeszuversicht der revolutionären deutschen Arbeiterschaft. Zahlreiche Lieder der siegreichen Arbeiterbewegung in Rußland und neue sowjetische Massenlieder wurden in der deutschen Arbeiterbewegung bekannt und erlangten rasch große Popularität.

Die KPD machte erste Schritte zur Erarbeitung fester theoretischer Positionen der revolutionären Kulturpolitik. In den „Leitsätzen zur Bildungsarbeit", die vom Reichsbildungsausschuß der KPD erarbeitet worden waren und Ende 1921/Anfang 1922 zur Diskussion veröffentlicht wurden, betonte die Partei die Bedeutung eines klaren revolutionären Klassenstandpunktes für die Arbeit auf ideologischem und kulturellem Gebiet. In den Presseorganen der Partei, vor allem in der „Roten Fahne", wurde in zunehmendem Umfang gegen reaktionäre kulturelle Bestrebungen Stellung genommen, wurden die kulturellen Traditionen der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung gewürdigt und neue künstlerische Werke vor allem deutscher und sowjetischer Kulturschaffender gewürdigt.

Unter Leitung der KPD nahm seit dem Spätsommer 1922 die proletarische Einheitsfrontbewegung einen neuen Aufschwung. Auf eine große Teuerungswelle antworteten Gewerkschafts- und Betriebsräteversammlungen in Berlin, Stuttgart und in anderen Städten mit dem Appell an die Führer des ADGB, endlich den Kampf um die zehn Forderungen vom November 1921 aufzunehmen und zu diesem Zweck einen Reichsbetriebsrätekongreß einzuberufen. Die rechten Führer lehnten dies ab und verstärkten ihre antikommunistischen Ausfälle und ihre Ausschlußdrohungen gegen kampfgewillte Gewerkschafter. Teile der Arbeiterklasse waren angesichts der Anschläge der Monopole jedoch nicht gewillt, diese erneute Sabotage hinzunehmen. Auf den Aufruf einiger Berliner Betriebsräte hin, in denen die KPD stark vertreten war, fand am 30. August gegen den Willen der rechten Gewerkschaftsführer eine Versammlung Berliner Betriebsräte statt. Sie appellierten an die ganze deutsche Arbeiterklasse, sich zum Kampf gegen die Teuerung und für eine Arbeiterregierung zu rüsten, Kontrollausschüsse zu bilden und Delegierte für einen Reichsbetriebsrätekongreß zu wählen. Dieser Aufruf fand in vielen deutschen Betrieben, in Gewerkschaftsversammlungen und Betriebsräten lebhafte Zustimmung. Unter starkem Einfluß der KPD bildete sich die Bewegung der revolutionären Betriebsräte und Kontrollausschüsse, in der die Kommunisten mit vielen sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern zusammenwirkten. Im Kampf für die Verteidigung der Arbeiterinteressen entstanden organisatorische Formen der proletarischen Einheitsfront.

In dieser Zeit verschärfter Klassenauseinandersetzungen vereinigte sich die Rest-USPD, die aus der Abspaltung der Rechten von der USPD auf dem Parteitag in Halle im Oktober 1920 hervorgegangen

war und für sich den Namen USPD usurpiert hatte, wieder mit der Sozialdemokratie. Beide Parteien waren schon seit der Vereinigung des linken Flügels der USPD mit der KPD im Dezember 1920 einander immer nähergekommen. Nun wurde auf dem Parteitag in Nürnberg am 24. September 1922 organisatorisch der Zusammenschluß zur Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (VSPD) vollzogen. Das war das gesetzmäßige Ergebnis der Entwicklung des Zentrismus. Der Verlauf des Klassenkampfes und der Aufstieg der KPD zur revolutionären Massenpartei hatten es den Zentristen unmöglich gemacht, weiter eine Mittelstellung zwischen den revolutionären und den opportunistischen Kräften in der Arbeiterbewegung einzunehmen. Das opportunistische Wesen des Zentrismus hatte sich immer deutlicher enthüllt.

In der Sozialdemokratie zeichnete sich unter dem Druck der Mitglieder und Anhänger deutlicher eine linke Strömung ab, die vor allem in Hessen und Sachsen wirkte. Sie fand in einigen linken Führern ihre Sprecher, die gegen die Koalitionspolitik auftraten und sich in bestimmten Grenzen für die Zusammenarbeit mit den Kommunisten aussprachen.

Ausschlaggebende Gruppen des Monopolkapitals und die Großagrarier verschärften die Offensive gegen die Lebensrechte der Volksmassen weiter. In einem vertraulichen Plan vom Oktober 1922[146] forderte Hugo Stinnes unter anderem, den Achtstundentag aufzuheben, das Streikrecht und andere soziale und demokratische Errungenschaften der Werktätigen zu beseitigen. Stinnes' Haltung wurde vom Reichsverband der Deutschen Industrie weitgehend unterstützt. Die reaktionärsten Kreise des Finanzkapitals betrachteten die Regierung Joseph Wirth als ein Hindernis bei der Durchsetzung eines solchen volksfeindlichen Kurses und zwangen sie zum Rücktritt. An die Stelle des Kabinetts Wirth trat am 22. November 1922 die Regierung Cuno, die aus Vertretern der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Deutschen Demokratischen Partei bestand. Mit Wilhelm Cuno, bisher Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, trat erstmals seit der Novemberrevolution ein Vertreter der führenden Kreise des Monopolkapitals an die Spitze der Regierung. Wilhelm Cuno besaß auch enge Beziehungen zum Finanzkapital der USA. Die Regierung nahm entsprechend dem Unternehmerprogramm innenpolitisch Kurs auf den beschleunigten und radikalen Abbau der demokratischen Rechte der Werktätigen

[146] Dokument Nr. 138.

und auf die Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung; außenpolitisch orientierte sie sich auf die Ersetzung der „Erfüllungs-" durch die „Katastrophenpolitik" und auf die Annäherung an die USA. Die Regierung Cuno war – abgesehen von der Kapp-Regierung – die reaktionärste, volksfeindlichste Regierung in Deutschland seit dem November 1918. Trotzdem wurde sie von der Sozialdemokratie toleriert.

Vom 23. bis 25. November 1922 tagte in Berlin der Reichsbetriebsrätekongreß unter Teilnahme von etwa 850 Delegierten, darunter auch einer Anzahl sozialdemokratischer und parteiloser Arbeiter. Er setzte dem Programm der Monopole und ihrer Regierung Cuno ein proletarisches Kampfprogramm[147] entgegen. Dieses Programm sah unter anderem vor: die Verteilung verbilligter Lebensmittel und Bedarfsgegenstände an die Werktätigen, die Abwälzung der Steuerlasten auf die Besitzenden, die Durchsetzung der Produktionskontrolle in den Betrieben, die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, die Auflösung der konterrevolutionären Verbände und die Reinigung der Reichswehr, Polizei, Justiz und des Staatsapparates von allen antidemokratischen Elementen. Das Programm forderte, gemeinsam mit Sowjetrußland den Kampf zur Annullierung des Versailler Vertrages zu führen. „Um diese Forderungen durchzusetzen", so hieß es, „muß die Bildung einer Arbeiterregierung, gestützt auf Arbeiterwehren, Betriebsräte und Kontrollausschüsse der... mobilisierten gesamten werktätigen Bevölkerung, erkämpft werden."[148] Der Kongreß wählte den Reichsausschuß deutscher Betriebsräte, dem Mitglieder der Arbeiterparteien und Gewerkschaften angehörten.

Große Bedeutung für die Weiterentwicklung der Politik der kommunistischen Parteien hatte der IV. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, der vom 5. November bis zum 5. Dezember 1922 in Petrograd und in Moskau stattfand. Am Kongreß nahmen 340 Delegierte mit beschließender und 48 mit beratender Stimme teil, die kommunistische Parteien und Gruppen sowie andere revolutionäre Organisationen aus 57 Ländern vertraten. Die zentrale Frage des Kongresses war das Problem der Einheitsfront und der Arbeiterregierung.

Der Kongreß wies auf die weitere Verschärfung der Kapitalsoffensive gegen die internationale Arbeiterklasse hin. Angesichts des Sieges,

147 Dokument Nr. 139.

148 Die Rote Fahne (Berlin), 25. November 1922 (Morgenausgabe).

den der Faschismus Ende Oktober 1922 in Italien errungen hatte, und des Auftretens faschistischer Bewegungen in anderen Ländern rief er die Arbeiter und die anderen Werktätigen in der ganzen Welt zum Kampf gegen die faschistische Gefahr auf. Der Kongreß charakterisierte den Faschismus als ein Instrument der reaktionären Bourgeoisie zur Befestigung ihrer erschütterten Machtpositionen und zur brutalen Niederschlagung der Arbeiterklasse.

In dem bedeutendsten Dokument des Kongresses, den nach gründlicher Beratung angenommenen Thesen über die Taktik der Komintern[149], wurde erklärt, daß die Lage in der Welt weiterhin objektiv revolutionär sei und viele Anlässe zum Ausgangspunkt für große revolutionäre Kämpfe werden könnten. Bei der fortdauernden Labilität des Kapitalismus könne ein einzelnes Ereignis plötzlich die schärfste Krise auslösen. Der Kongreß orientierte damit die kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder auf die Möglichkeit, daß die Kämpfe um die Verteidigung der sozialen und demokratischen Rechte der Werktätigen rasch in Aktionen zur Zurückdrängung und Brechung der Macht des Monopolkapitals und Militarismus, in Machtkämpfe hinüberwachsen würden. „Aber gerade deshalb", so hieß es in den Thesen, „gewinnt der ‚subjektive' Faktor ungeheure Bedeutung, d. h. der Grad des Selbstbewußtseins, des Kampfeswillens und der Organisation der Arbeiterklasse und ihrer Avantgarde."[150]

Unter diesen Umständen erklärte es der Kongreß für notwendig, die Linie des III. Weltkongresses „Heran an die Massen!" konsequent fortzusetzen. Er verallgemeinerte die Erfahrungen, die die kommunistischen Parteien mit der Einheitsfrontpolitik gesammelt hatten, und verteidigte diese Politik gegen rechtsopportunistische und ultralinke Auffassungen. Als das Wichtigste in der Einheitsfrontpolitik bezeichnete er die Mobilisierung und Zusammenfassung der Arbeitermassen. Er lenkte das Augenmerk auf die Notwendigkeit, feste organisatorische Formen der Einheitsfront zu schaffen.

Die bis dahin vorliegenden Erfahrungen bei der Anwendung der Einheitsfrontpolitik und die Möglichkeit der raschen Entwicklung neuer revolutionärer Massenkämpfe veranlaßten den Kongreß, gründlich die Frage zu untersuchen, wie man an die proletarische Revolution herankommen könne. Er zog aus den Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung seit dem Kriegsende die Schlußfolgerung: „Zwi-

149 Dokument Nr. 140.

150 Protokoll des vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale, S. 1014.

schen der gegenwärtigen Periode der Herrschaft der offenen bürgerlichen Reaktion und dem vollen Sieg des revolutionären Proletariats über die Bourgeoisie liegen verschiedene Etappen und sind verschiedene vorübergehende Episoden möglich. Die Kommunistische Internationale und ihre Sektionen müssen auch diese Eventualitäten ins Auge fassen; sie müssen verstehen, bei *jeder* Lage die revolutionären Positionen zu verteidigen."[151]

Der Kongreß begründete die Losung der Arbeiterregierung genauer als Entwicklungsstufe auf dem Wege zur Diktatur des Proletariats. Bei der Erörterung der mit dem Kampf um eine Arbeiterregierung verbundenen Probleme zog der Kongreß die Erfahrungen der KPD besonders zu Rate. Die Losung der Arbeiterregierung erhielt unmittelbar praktische Bedeutung in Ländern, in denen die Machtpositionen der Bourgeoisie besonders unsicher, große Teile der Arbeiterklasse aber zum Kampf um die proletarische Diktatur noch nicht bereit waren. Der Koalitionspolitik der rechten sozialdemokratischen Führer, die die Arbeiterklasse spaltete und einen Teil des Proletariats an den imperialistischen Staat band, stellten die kommunistischen Parteien den Kampf um eine Arbeiterregierung gegenüber. Das mußte eine Regierung von Vertretern der verschiedenen proletarischen Parteien und Organisationen sein, die aus dem einheitlichen Kampf kommunistischer, sozialdemokratischer und parteiloser Arbeiter erwuchs, die Interessen der Werktätigen gegen die Kapitalsoffensive durchsetzte und damit das politische Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten veränderte. Solch eine Regierung konnte zur Vorstufe für die Errichtung der revolutionär-demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern werden, die sich zur Diktatur des Proletariats entwickelt.

In den Kongreßbeschlüssen wurde unterstrichen, daß diese Arbeiterregierung nicht das Ergebnis lediglich parlamentarischer Kombinationen sein konnte, sondern aus dem Kampf der Massen selbst geboren werden mußte. Sie mußte sich auf kampffähige Arbeiterorgane stützen. Als elementare Aufgaben der Arbeiterregierung bezeichnete es der Kongreß, „das Proletariat zu bewaffnen, die bürgerlichen, konterrevolutionären Organisationen zu entwaffnen, die Kontrolle der Produktion einzuführen, die Hauptlast der Steuern auf die Schultern der Reichen abzuwälzen und den Widerstand der konterrevolutionären Bourgeoisie zu brechen"[152].

151 Ebenda, S. 1012.

152 Ebenda, S. 1016.

Die Losung der Arbeiterregierung war die unvermeidliche Konsequenz, die sich aus der Einheitsfrontpolitik der kommunistischen Parteien ergab. Diese Losung knüpfte an das Bewußtsein der Arbeitermassen an und formulierte ein verständliches Ziel für den gemeinsamen Kampf. Sie war geeignet, die Arbeiter anhand eigener Erfahrungen von allen Einflüssen bürgerlichen Staatsdenkens zu befreien, an das Verständnis der Diktatur des Proletariats und an den bewußten Kampf um deren Eroberung heranzuführen. Damit bereicherte der IV. Weltkongreß die Strategie und Taktik der kommunistischen Weltbewegung.

Der IV. Weltkongreß war der letzte, der zu Lebzeiten und unter der Führung W. I. Lenins stattfand. Lenin hielt auf dem Kongreß das Referat „Fünf Jahre russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution". Er sprach über die Erfolge und die weiteren Aufgaben bei der Verwirklichung der Neuen Ökonomischen Politik im Sowjetland und begründete die Gesetzmäßigkeit des Sieges der internationalen Arbeiterklasse über den Kapitalismus. Dazu müßten die kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern sich die Erfahrungen der bolschewistischen Partei und der Revolution in Rußland schöpferisch aneignen und sie auf die Verhältnisse des jeweiligen Landes übertragen. Lenin erinnerte besonders an die vom III. Weltkongreß beschlossenen Leitsätze über den organisatorischen Aufbau der kommunistischen Parteien, über die Methoden und den Inhalt ihrer Arbeit, die auf die Durchsetzung des Leninismus in allen kommunistischen Parteien gerichtet waren, und erklärte: „Man muß diese Resolution zur Durchführung bringen ... Wenn das geschieht", so schloß er seine mit langem Beifall aufgenommene Rede, „dann werden, davon bin ich überzeugt, die Perspektiven der Weltrevolution nicht nur gut, sondern ausgezeichnet sein."[153] Die Aufforderung, die Partei zu stählen und sie damit zur Verwirklichung ihrer führenden Rolle gegenüber der Arbeiterklasse, gegenüber der ganzen Nation zu befähigen – das war gleichsam das Vermächtnis, das W. I. Lenin den kommunistischen Parteien, auch der KPD, hinterließ.

W. I. Lenin gab den Delegierten der KPD auch außerhalb der offiziellen Sitzungen des Weltkongresses in persönlichen Aussprachen bedeutsame Hinweise. In einer Aussprache mit der deutschen Delegation zum IV. Weltkongreß ließ sich Lenin genau über die Kämpfe des deutschen Proletariats unterrichten und sprach sich dafür aus, alle Mei-

153 W. I. Lenin: Werke, Bd. 33, Berlin 1962, S. 417/418.

nungsverschiedenheiten in der Partei zurückzustellen und mutig den Kampf um eine Arbeiterregierung zu führen.

Der IV. Weltkongreß beschloß, die Rolle des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zu verstärken. Deswegen sollten die einzelnen kommunistischen Parteien ihre Vertreter ins EKKI nicht mehr delegieren, sondern das EKKI sollte vom Weltkongreß gewählt werden. Zu dem vom IV. Weltkongreß gewählten Mitgliedern und Kandidaten des EKKI gehörten von der KPD Paul Böttcher, Edwin Hoernle und Clara Zetkin.

Zur Zeit des IV. Weltkongresses konnte die KPD auf eine erfolgreiche Entwicklung zurückblicken. Auf der Grundlage der Beschlüsse des III. Weltkongresses hatte die Partei eine elastische Massenpolitik entwickelt und das feste Vertrauen der fortgeschrittenen Teile der deutschen Arbeiterklasse sowie anderer Werktätiger erobert. Die Disziplin iertheit und die organisatorische Kraft der Partei waren gewachsen. Ihre Mitgliederzahl war gestiegen.

In der Partei gab es auch ernsthafte Bemühungen, theoretische Fragen zu behandeln und die Mitglieder der Partei ideologisch zu festigen. In der „Roten Fahne", in den über 30 Tageszeitungen in den Parteibezirken, in der theoretischen Zeitschrift „Die Internationale", in Broschüren und Büchern verbreitete die Partei Grunderkenntnisse des wissenschaftlichen Kommunismus. Einige wichtige Arbeiten W. I. Lenins, vor allem „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus", „Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll" und „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", wurden von der Partei herausgegeben. Zugleich propagierte sie die Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels und verteidigte den Marxismus gegen die opportunistischen Verfälschungen. Neben anderen Werken wurden von der KPD das Kommunistische Manifest und Marx' Kritik des Gothaer Programms neu herausgegeben.

In der KPD entwickelten sich in diesen Jahren Anfänge der Parteischulung. Vor allem auf Initiative der bei der Zentrale bestehenden Abteilung Bildung und Propaganda, die nach dem 7. Parteitag unter Leitung Edwin Hoernles gebildet worden war, wurde im Reichs- und Bezirksmaßstab mit der Durchführung mehrwöchiger Schulungsveranstaltungen für Parteifunktionäre begonnen. Eine Reihe leitender Propagandisten, die als Wanderlehrer bezeichnet wurden, unter ihnen auch Hermann Duncker, trat vor Funktionärs- und Mitgliederversammlungen in Bezirken und Orten mit Vorträgen über grundsätzliche Fra-

gen auf. In den Schulungsveranstaltungen wurden vor allem Probleme der Politischen Ökonomie, der Staatstheorie, der Geschichte der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung, der Revolution in Rußland und der Politik des Sowjetstaates, der Strategie und Taktik und der proletarischen Massenpolitik der Partei behandelt.

So wirkte die Partei als einzige Verfechterin der Ideen von Marx, Engels und Lenin in Deutschland und beeinflußte auf diese Weise das Denken vieler Arbeiter und anderer deutscher Werktätiger. Angesichts der tiefen Krise der imperialistischen Ordnung und des bürgerlichen Denkens, angesichts der Realität des ersten sozialistischen Staates wuchs unter Arbeitern und Angehörigen der Intelligenz auch außerhalb der Reihen der Partei das Interesse für die marxistisch-leninistische Theorie.

Doch blieb das ideologische und theoretische Wachstum der Partei beträchtlich hinter den Erfolgen ihrer Politik zurück. Zwischen ihrem rasch wachsenden Masseneinfluß und dem unbefriedigenden Grad ihrer ideologischen Reife bestand ein Widerspruch.

Die Entwicklung der ideologischen Arbeit der Partei stieß auf viele Schwierigkeiten. Die junge Partei, deren Kader erst im Verlauf des Klassenkampfes wachsen und reifen mußten, stand einer Vielzahl im praktischen Kampf zu lösender Aufgaben gegenüber, die die ganze Kraft der Partei erforderten. Die ohnehin begrenzten materiellen Mittel für die theoretische und propagandistische Arbeit wurden mit dem Fortgang der Inflation trotz aller Opferbereitschaft der Parteimitglieder immer geringer. Dazu kam aber auch eine Unterschätzung der theoretischen Arbeit in den Reihen der Partei.

In der Partei wirkten neben richtigen, dem Leninismus entsprechenden Auffassungen eine Reihe fehlerhafter Theorien. Tief verwurzelt war beispielsweise die Vorstellung, daß die inneren ökonomischen und politischen Widersprüche des Imperialismus ihm keinen Ausweg mehr lassen und seinen baldigen völligen Zusammenbruch herbeiführen würden. Solche Auffassungen erschwerten es, die Rolle der Partei als der bewußten und organisierten Vorhut der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen richtig zu verstehen und die komplizierten Probleme des Weges zur Macht der Arbeiterklasse umfassend auszuarbeiten. Die grundlegenden Ideen des Leninismus und die Erfahrungen der bolschewistischen Partei waren in der Partei erst teilweise bekannt.

Die Partei war noch keine ideologisch und politisch einheitliche Kraft. Die Ultralinken versuchten die Partei auf eine sektiererische, aben-

teuerliche Linie zu ziehen. Zugleich aber mußten wiederholt rechtsopportunistische Entstellungen der Einheitsfrontpolitik der Partei zurückgewiesen werden.

Alle diese Umstände behinderten die Aktionsfähigkeit der Partei und erschwerten die Sicherung ihrer Geschlossenheit gegenüber dem Druck der imperialistischen und opportunistischen Ideologie. Angesichts des Heranreifens neuer revolutionärer Kämpfe gewannen die Überwindung solch fehlerhafter Auffassungen und die rasche innere Festigung der Partei auf der Grundlage des Leninismus erhöhte Bedeutung.

Der soziale und nationale Befreiungskampf der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen unter Führung der KPD 1923

1. Die Verschärfung der revolutionären Nachkriegskrise durch den imperialistischen Kampf um das Ruhrgebiet. Die Massenkämpfe der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen gegen Cuno und Poincaré unter Führung der KPD. Der Sturz der Regierung Cuno durch den Generalstreik

Anfang 1923 erreichte die revolutionäre Nachkriegskrise einen neuen Höhepunkt. Nach dem Machtantritt der Regierung Cuno in Deutschland spitzten sich – provoziert von den reaktionärsten Kräften des deutschen Monopolkapitals unter Führung von Hugo Stinnes, Fritz Thyssen und anderen – die Widersprüche zwischen dem deutschen und dem französischen Monopolkapital scharf zu. Verhandlungen der Stinnes-Gruppe mit den französischen Stahlindustriellen über die Schaffung einer westeuropäischen Montanunion brachen zusammen. Während Stinnes und seine Gruppe eine fünfzigprozentige Beteiligung des deutschen Monopolkapitals an dem geplanten Riesenkonzern forderten, wollten die französischen Stahlkönige ihren deutschen Rivalen

lediglich einen Anteil von 40 Prozent zugestehen. Um ihr Profit- und Machtstreben durchzusetzen, sabotierten die reaktionärsten Gruppen des deutschen Finanzkapitals daraufhin die Reparationsleistungen an Frankreich. Damit zielten die deutschen Monopolherren bewußt darauf ab, den französischen Imperialismus zur Besetzung des Ruhrgebietes zu provozieren. Auf diese Weise – so war ihre zutiefst abenteuerliche Spekulation – müßten sich die Gegensätze zwischen den Entente-Imperialisten verschärfen. Das könnte es dem deutschen Monopolkapital in Anlehnung an das Finanzkapital der USA ermöglichen, die ihm durch das Versailler Diktat auferlegten Beschränkungen zu durchbrechen und den französischen Imperialismus zurückzudrängen. Um einen höheren Profitanteil, um die Stärkung seiner Machtpositionen und nicht – wie die lautstarke chauvinistische, revanchistische Propaganda der herrschenden Klasse behauptete – um die nationalen Interessen ging es dem deutschen Monopolkapital im Kampf um das Ruhrgebiet.

Das französische Monopolkapital benutzte den willkommenen Vorwand, den ihm das deutsche Großkapital mit der Sabotage der Reparationsleistungen lieferte, zum Einmarsch ins Ruhrgebiet. Auf Beschluß der reaktionären Regierung Poincaré besetzten ab 11. Januar 1923 französische und belgische Truppen das größte deutsche Industriezentrum in einer Separataktion, die nicht die Zustimmung der herrschenden Kreise Großbritanniens und der USA hatte. Das industrielle Herz Deutschlands, in dem 72 Prozent der Steinkohlen-, 54 Prozent der Roheisen- und 53 Prozent der Rohstahlproduktion Deutschlands konzentriert waren, wurde ausländischer imperialistischer Herrschaft unterworfen und bald durch eine Zollgrenze vom übrigen Deutschland abgetrennt.

Der Kampf um das Ruhrgebiet war ein imperialistischer Konkurrenzkampf, der auf dem Rücken des deutschen Volkes ausgetragen wurde. Er beschwor eine ernste Gefahr für den Frieden und für die Entwicklung, ja für die Existenz der deutschen Nation herauf.

Die deutsche Großbourgeoisie versuchte auch diesmal, ihre egoistischen Klasseninteressen als nationale Interessen auszugeben. Die Regierung, alle bürgerlichen Parteien – auch die Verfechter der „Erfüllungspolitik" – und die sozialdemokratische Parteiführung wetteiferten in der Entfesselung der nationalistischen Leidenschaften. Deutschland wurde von einer chauvinistischen Welle überflutet, die vorübergehend vor allem das Kleinbürgertum erfaßte, sich anfangs

aber auch auf Teile der Arbeiterklasse auswirkte. Die Regierung Cuno rief zum sogenannten passiven Widerstand auf, der alle Deutschen verpflichtete, sich allen Anordnungen der Besatzungsbehörden zu widersetzen. Tatsächlich diente die Proklamierung des „passiven Widerstandes" in erster Linie der nationalistischen Verhetzung der Volksmassen. Er führte anfangs zu einem Rückgang der Kohleförderung und zur Lahmlegung des Eisenbahntransportes in dem von den Franzosen besetzten Gebiet.

Unter der verlogenen Parole von der Einigung aller Deutschen gegen den Landesfeind verstärkte und beschleunigte die deutsche Großbourgeoisie zugleich ihre Offensive gegen die Lebensrechte und demokratischen Freiheiten der Werktätigen. Die Regierung, die Reichswehrgeneralität und bestimmte Kreise des Monopolkapitals trieben den geheimen Aufbau der Schwarzen Reichswehr aus revanchistischen, konterrevolutionären Organisationen voran. Unterstützt von extrem reaktionären Kräften des Monopolkapitals gewann die faschistische Bewegung Einfluß und wurde erstmals zu einer Gefahr für die deutsche Arbeiterklasse, für alle deutschen Demokraten.

Die rechten Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften hielten aber auch weiterhin an ihrer verhängnisvollen Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik fest.

Sie erklärten, erst müsse gemeinsam mit der Regierung und den bürgerlichen Parteien der Angriff des französischen Militarismus auf die Weimarer Demokratie abgewehrt werden, ehe man zum Sozialismus voranschreiten könne. Die rechten Führer traten für den Burgfrieden ein und begründeten damit ihr Vorgehen gegen jede Aktion der Werktätigen zur Verteidigung ihrer sozialen und demokratischen Rechte. Ende Januar 1923 unterzeichneten die Spitzenkörperschaften der Gewerkschaftsverbände gemeinsam mit den Unternehmerorganisationen einen Aufruf[154], in dem dazu aufgefordert wurde, für die Führung des Ruhrkampfes Geldmittel einem sogenannten Ruhrhilfefonds zur Verfügung zu stellen. Damit verdeckten sie, daß sich der Hauptfeind des deutschen Volkes in Deutschland selbst befand und daß die Interessen der Arbeiterklasse, die Interessen der ganzen Nation nur im entschlossenen Kampf gegen das deutsche Monopolkapital verteidigt und durchgesetzt werden konnten. Führende Rechtssozialisten, vor allem in der Regierung in Preußen, führten die imperialistische Ruhrpolitik der Regierung Cuno selbst aktiv mit durch. Einige von ihnen sprachen sich

[154] Dokument Nr. 142.

schon im Januar 1923 für die Bildung einer Regierung der Großen Koalition, also für den Eintritt der Sozialdemokratie in die monopolkapitalistische Regierung Cuno, aus.

Der imperialistische Kampf um das Ruhrgebiet stellte die KPD vor eine ernste Bewährungsprobe. Die Partei mußte einer Flut chauvinistischer Hetze und imperialistischer Kriegsdrohungen gegenüber konsequent den Klassenstandpunkt der Arbeiterklasse und die Ideen des proletarischen Internationalismus und des Friedens verteidigen. Nur so konnte sie der antinationalen Politik des deutschen Finanzkapitals eine echt demokratische, friedliche, den Interessen der Nation entsprechende Alternative gegenüberstellen und für sie die Massen gewinnen.

Noch vor Beginn der imperialistischen Ruhrbesetzung hatten die kommunistischen Parteien die Völker gewarnt, sich nicht in neue imperialistische Abenteuer verstricken zu lassen. Von einer internationalen Konferenz am 6. und 7. Januar 1923 in Essen aus riefen die Kommunistischen Parteien Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, der Niederlande und der Tschechoslowakei die Arbeiterklasse Europas auf, durch die Herstellung der internationalen proletarischen Einheitsfront die drohende Ruhrbesetzung in letzter Minute zu verhindern und die vom Imperialismus heraufbeschworene ernste Gefährdung des Friedens abzuwenden. In einem Appell rief die Konferenz den deutschen Arbeitern zu: „Euer Feind ist nicht der französische Soldat, auch nicht der französische Arbeiter noch der französische Kleinbauer, die gleich euch Ausgebeutete und Opfer der Bourgeoisie sind. Euer gemeinsamer Feind ist der deutsche und der französische Kapitalist. Eure dringendste Pflicht ist der Kampf gegen die Bourgeoisie eures eigenen Landes... Stellt dem phrasenreichen Nationalismus der sogenannten Nationalsozialisten und ihrer Verbündeten, der großdeutschen Parteien, die internationale Solidarität und den gemeinsamen Kampf aller Arbeiter gegen die internationale Bourgeoisie gegenüber."[155] Auf der Konferenz wurde ein internationales Aktionskomitee gebildet, das den Kampf der kommunistischen Parteien Westeuropas gegen die Ruhrbesetzung und den Versailler Vertrag koordinierte.

Am 10. Januar 1923, am Vorabend der Ruhrbesetzung, wandte sich die Zentrale der KPD an das werktätige Volk, an die VSPD und die Gewerkschaften mit der Aufforderung, sofort die Einheitsfront der

155 Die Rote Fahne (Berlin), 9. Januar 1923.

Arbeiterklasse herzustellen und in ganz Deutschland in den Generalstreik zu treten mit dem Ziel, die französische imperialistische Ruhrbesetzung abzuwehren, die Last der Reparationen den besitzenden Klassen Deutschlands aufzuerlegen, die Regierung Cuno zu stürzen und eine Arbeiterregierung zu bilden, deren Politik ausschließlich von den Interessen des werktätigen Volkes bestimmt würde.

Am 22. Januar 1923 beschloß die Zentrale der KPD mit dem berühmten Aufruf „Schlagt Poincaré an der Ruhr und Cuno an der Spree!“[156] ein programmatisches Dokument für den sozialen und nationalen Befreiungskampf der deutschen Arbeiterklasse. In dieser Erklärung an die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen enthüllte die KPD die Hintergründe und den imperialistischen Charakter des Ruhrkampfes. Sie rief die Arbeiterklasse zum Kampf nach zwei Seiten, sowohl gegen den französischen Imperialismus als auch gegen das deutsche Großkapital, auf und hob hervor, daß der Chauvinismus nur die Bourgeoisie stärke. Die deutsche Arbeiterklasse könne den Kampf um ihre eigene Befreiung und um die Befreiung der ganzen Nation nur als selbständige Kraft führen, getrennt von der deutschen Bourgeoisie und gegen sie. Die feste proletarische Klassenposition, so hieß es in diesem Aufruf, sichere den deutschen Werktätigen die Solidarität der internationalen und vor allem die Hilfe der französischen Arbeiterklasse.

Der Aufruf der Partei gab eine richtige Antwort auf die Frage, wie sich die deutsche Arbeiterklasse angesichts der mit der Ruhrokkupation verbundenen verschärften Bedrohung der deutschen Nation zu verhalten habe. Dieses Dokument der Partei zeugte von einem tiefen Verständnis für das Wesen der nationalen Frage in Deutschland und von der geschichtlichen Verantwortung der deutschen Arbeiterklasse vor der ganzen Nation. Im scharfen Kampf gegen den bürgerlichen Nationalismus begann die Partei, Stimmungen des Nihilismus gegenüber der nationalen Frage in ihren Reihen zurückzudrängen.

Besonders großes Verdienst bei der Klärung der Frage nach der richtigen Haltung der deutschen Arbeiterklasse und der Kommunisten zur Nation in dieser komplizierten Situation erwarb sich Clara Zetkin. In ihrem bedeutenden Artikel „Um das Vaterland“ in der „Roten Fahne“ erklärte sie, daß unter der Herrschaft der Großbourgeoisie nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Kleinbürger und die Intellektuellen von der Entscheidung über die Geschicke der Nation aus-

[156] Dokument Nr. 141.

geschlossen seien. Auch diese Schichten, die meist noch ihren eigenen Todfeinden folgten, müßten ihre „geschichtliche Schicksalsgemeinschaft" mit den Arbeitern „erkennen und die Aufgabe der Stunde, sich mit ihnen zusammen kämpfend das Vaterland zu erobern... Der erste große entscheidende Schritt zur Befreiung, zur Wiederaufrichtung des deutschen Vaterlandes", sagte Clara Zetkin schlußfolgernd, „ist der Kampf des deutschen Proletariats zum Sturz der Cuno-Regierung, zum Sturz jeder Koalitionsregierung, ist der Kampf für die Arbeiterregierung."[157] In einer anderen Arbeit, in dem Artikel „Um Deutschlands nationales Lebensrecht", unterstrich Clara Zetkin, daß proletarischer Internationalismus und die Verfechtung der echten nationalen Interessen einander bedingen. Sie schrieb: „Die Kommunistische Partei Deutschlands hat die Führung der Proletarier im Ringen für das nationale Lebensrecht des Reiches zu übernehmen. Sie muß ihnen auf dem mit Gefahren und Opfern besäten Weg des Kampfes zu ihrer Konstituierung als Klasse, als herrschende Klasse und damit als Nation, kühn, entschlossen, zielklar voranschreiten... So muß die Partei der stärksten, klarsten, bewußtesten Internationalität gleichzeitig auch zur führenden nationalen Partei werden. Nicht erst morgen, in siegreicher Zukunft, nein, heute schon in kämpfender Gegenwart, indem sie gegen den französischen Imperialismus wie den deutschen Kapitalismus die gesamten Interessen der großen ‚Nation' der Werktätigen mit unwandelbarer Treue und unbeugsamer Energie verficht..."[158]

Während imperialistische Großmächte wie Großbritannien und die USA den imperialistischen Ruhrkonflikt in ihrem eigenen Interesse eifrig schürten, erhob als einziger Staat der Welt die Sowjetunion ihre Stimme für die Interessen der deutschen Nation. In einem Aufruf an die Völker aller Länder, der von seinem Vorsitzenden M. I. Kalinin unterzeichnet war, protestierte am 13. Januar 1923 das Gesamtrussische Zentral-Exekutiv-Komitee im Namen des Sowjetstaates feierlich gegen die imperialistischen Versuche, das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes mit Füßen zu treten, das deutsche Volk zu unterjochen und seine staatliche Einheit zu zerstören. Der Aufruf appellierte an die Völker Europas, durch ihr entschlossenes Eingreifen den Frieden zu retten.

Vom 28. Januar bis zum 1. Februar 1923 fand in Leipzig der 8. Par-

157 Die Rote Fahne (Berlin), 21. Januar 1923.

158 Clara Zetkin: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. II, S. 662/663.

teitag der KPD statt. An ihm nahmen 219 Delegierte teil, die über 200 000 Parteimitglieder vertraten.

Vor dem Parteitag stand die Aufgabe, die Schlußfolgerungen aus den Beschlüssen des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale zu ziehen und im Zusammenhang damit die durch die Ruhrbesetzung verschärfte Situation und die sich aus ihr ergebenden komplizierten Bedingungen des Klassenkampfes richtig einzuschätzen. Der Parteitag mußte die KPD auf die Entwicklung von Massenkämpfen zur Verteidigung der sozialen und demokratischen Rechte der Werktätigen und der Interessen der Nation einstellen. Zugleich war es erforderlich, die Partei auf die Möglichkeit des Hinüberwachsens solcher Verteidigungskämpfe in Aktionen zur Zurückdrängung und Brechung der Macht der monopolkapitalistischen und militaristischen Kräfte, zur Schaffung einer Arbeiter-und-Bauern-Regierung zu orientieren.

Der Parteitag wurde mit einer Rede Clara Zetkins eingeleitet, in der sie die internationale und nationale Verantwortung kennzeichnete, die der imperialistische Ruhrkampf der deutschen Arbeiterklasse auferlegte. Die Delegierten nahmen Berichte der Zentrale über die politische und organisatorische Tätigkeit der Partei entgegen, die von Ernst Meyer und Wilhelm Pieck erstattet wurden. Über den IV. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale und über den in der gleichen Zeit durchgeführten II. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale berichteten Clara Zetkin und Fritz Heckert. Das Referat über die Fragen der Einheitsfront und der Arbeiterregierung hielt Heinrich Brandler.

In einem Manifest rief der Parteitag das internationale und das deutsche Proletariat zum gemeinsamen Vorgehen gegen die verbrecherische Politik der französischen und der deutschen Schwerindustrie auf. In der Einheitsfront zusammengeschlossen, sollten die deutschen Arbeiter für die Bewaffnung der Arbeiterklasse, für die Auflösung der konterrevolutionären Organisationen, für die Abwälzung der Lasten der Krise und des Ruhrkampfes auf die Schultern der Großkapitalisten, für die Kontrolle der gesamten Produktion durch die Betriebsräte und für die Bildung einer Arbeiterregierung als Regierung aller Arbeiterparteien und Gewerkschaften kämpfen. Eine solche Arbeiterregierung sollte ein Schutz- und Trutzbündnis mit der Sowjetunion schließen und die Beziehungen Deutschlands zu Frankreich auf eine neue Grundlage stellen.

Der Parteitag dankte dem Sowjetland für die unverbrüchliche Solidarität und Hilfe, die es der deutschen Arbeiterklasse erneut erwiesen hatte. Wörtlich hieß es: „Der Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands dankt Sowjetrußland für die mit Strömen von Blut und unermeßlichen Opfern unverwischbar in die Geschichte geschriebene große Lehre, daß die Sache der Nation heute die Sache der Arbeiterklasse ist."[159] Während die Bourgeoisie nach außen und nach innen ständig das Recht der Völker auf nationale Unabhängigkeit und Selbständigkeit gefährde und verrate, habe die Sowjetunion bewiesen, daß dieses Recht nur durch die Entfaltung der revolutionären Massenkräfte gesichert und behauptet werden könne.

In einem weiteren Manifest an alle Mitglieder der Gewerkschaften entlarvte der Parteitag die verhängnisvolle Burgfriedenspolitik der rechten Gewerkschaftsführer. Das Manifest rief dazu auf, die Einheit und Geschlossenheit der Gewerkschaften zu festigen. Der Parteitag unterstrich, daß es Pflicht aller Parteimitglieder sei, trotz der von den rechten Gewerkschaftsführern betriebenen Ausschlüsse von Kommunisten aktiv in den Gewerkschaften zu wirken.

Im Mittelpunkt der Diskussion auf dem Parteitag standen die Probleme der Einheitsfront und der Arbeiterregierung. Diese Fragen erhielten auf Grund der sich seit dem Ausbruch des Ruhrkampfes abzeichnenden Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen noch größere praktische Bedeutung. Um ihre Klärung entbrannten auf dem Parteitag lebhafte Auseinandersetzungen. Darin zeigte sich, daß sich die Partei noch mitten im Prozeß der Aneignung der leninistischen Strategie und Taktik und ihrer Anwendung auf die konkreten Kampfbedingungen Deutschlands befand.

Die Mehrheit des Parteitages stand auf dem Boden der Beschlüsse, die der IV. Weltkongreß zu diesen Fragen gefaßt hatte, und trat für die Fortsetzung der breiten Massenpolitik der Partei ein. Gegen die Parteimehrheit trat auf dem Parteitag eine „linke" Opposition auf, die sich vor allem auf die Parteibezirke Berlin-Brandenburg, Hessen-Frankfurt, Lausitz, Mittelrhein und Wasserkante-Hamburg stützte. Die Delegationen dieser Bezirke stellten einem Beschlußentwurf der Zentrale einen eigenen Resolutionsentwurf zur Einheitsfront und

159 Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Leipzig vom 28. Januar bis 1. Februar 1923. Hrsg. von der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin o. J., S. 401.

Arbeiterregierung entgegen. In diesem waren richtige Auffassungen mit Feststellungen verbunden, die auf eine sektiererische Einengung der Politik der Partei und auf eine Preisgabe wichtiger im praktischen Kampf bereits erprobter Grundsätze der Einheitsfrontpolitik der Partei hinausliefen.

Die Ultralinken, als deren Sprecher Ruth Fischer und Arkadi Maslow auftraten, nutzten die Existenz einer „linken" proletarischen Opposition auf dem Parteitag aus und führten offene Angriffe gegen die Einheitsfrontpolitik und das sich aus ihr ergebende Kampfziel einer Arbeiterregierung. Die Ultralinken bezeichneten es als einziges Ziel der Einheitsfrontpolitik, die opportunistischen Führer zu entlarven, und leugneten die Möglichkeit des einheitlichen Handelns der Mitglieder der verschiedenen Arbeiterparteien und -organisationen. Die Arbeiterregierung wurde von ihnen im Grunde der Diktatur des Proletariats gleichgesetzt. Eine solche Vorstellung bedeutete aber, das Wesen der Arbeiterregierung als Entwicklungsstufe auf dem Wege zur proletarischen Macht zu negieren.

Die Auffassungen der Ultralinken wurden von der Mehrheit der Parteitagsdelegierten entschieden zurückgewiesen. So setzte sich Walter Stoecker mit der von Ruth Fischer aufgestellten schädlichen These auseinander, daß es keinen gemeinsamen Kampf „mit der SPD als Partei" geben könne. Er erklärte demgegenüber: „Wir müssen den Arbeitermassen und insbesondere den sozialdemokratischen Arbeitermassen immer wieder sagen, wir sind jeden Augenblick bereit, auch gemeinsam mit euren Führern die Kampffront zu bilden, wenn die Arbeiter nur zum Kämpfen bereit sind."[100] Walter Ulbricht brachte ebenfalls den Standpunkt der Mehrheit zum Ausdruck, indem er sich gegen die Auffassung der Ultralinken wandte, eine Arbeiterregierung auf Landesebene könne nur in einer Situation zustande kommen, in der das Proletariat unmittelbar vor dem Kampf um die Diktatur des Proletariats stehe: „So mechanisch, so gradlinig und einheitlich wird sich der Kampf um die Diktatur nicht vollziehen, sondern wir werden in Deutschland sehr wahrscheinlich eine Periode durchmachen, wo in Bezirken, in denen die sozialen Verhältnisse besonders geartet sind – wie in Sachsen –, die Arbeitermassen weiter vorwärts sind als in anderen Teilen Deutschlands und daß in diesem Teile des Reiches die Betriebsrätebewegung eine breitere Basis besitzt als in anderen

[100] Ebenda, S. 347.

Bezirken. In dieser Lage ist es möglich, daß Kommunisten in eine Landesarbeiter-Regierung eintreten, auch wenn noch nicht feststeht, daß wir unmittelbar vor der Eroberung der politischen Macht stehen."[161] Zugleich sagte Walter Ulbricht, gegen rechtsopportunistische Illusionen gewandt: „Die Arbeiterregierung wird von uns gefordert, um die proletarischen Massen zu aktivieren, sie in den Kampf zu führen, dessen Ziel die Ergreifung der Macht durch das Proletariat ist."[162]

Nach einer Debatte, in der die gegensätzlichen Auffassungen hart aufeinanderprallten, wurden die von der Zentrale vorgelegten „Leitsätze zur Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung"[163] mit 118 gegen 59 Stimmen angenommen. Das bedeutete zugleich die Ablehnung des von der „linken" Opposition zum gleichen Tagesordnungspunkt vorgelegten Resolutionsentwurfs.

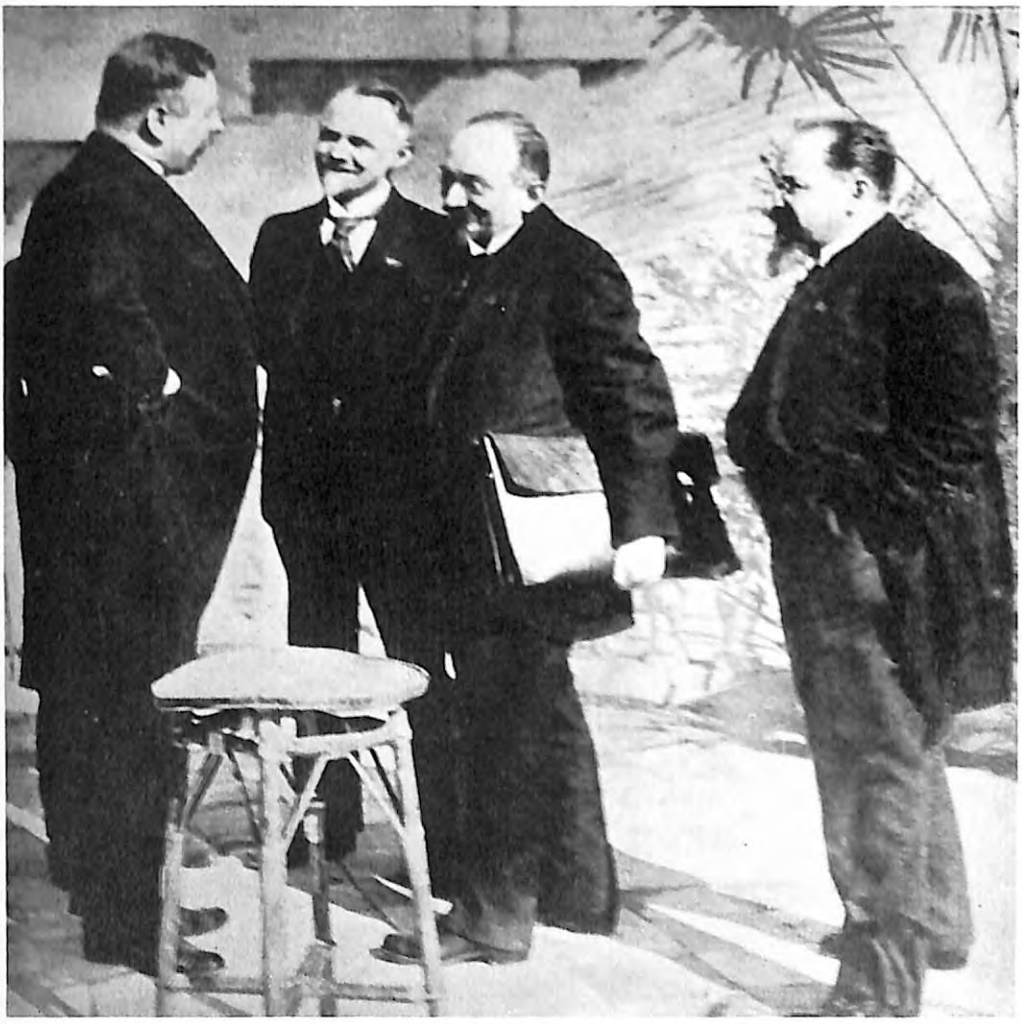
In den vom Parteitag beschlossenen Leitsätzen wurde die Fortführung der Einheitsfrontpolitik im Kampf um die Tagesforderungen der Werktätigen und unter den Losungen der Sachwerterfassung, der Produktionskontrolle und des Kampfes um eine Arbeiterregierung festgelegt. Zur Einheitsfrontpolitik der Partei wurde festgestellt: „Die Kommunisten sind in jeder Stunde bereit, mit allen Proletariern und allen proletarischen Organisationen und Parteien den Kampf für die Interessen des Proletariats zu führen. Die Kommunistische Partei muß sich deshalb in jeder ernsten Situation sowohl an die Massen wie auch an die Spitzen aller proletarischen Organisationen mit der Aufforderung zum gemeinsamen Kampf zur Bildung der proletarischen Einheitsfront wenden."[164] Die Leitsätze wiederholten die prinzipielle Bereitschaft der KPD, unter bestimmten Bedingungen in eine Regierung mit anderen Arbeiterparteien einzutreten, und hoben den grundsätzlichen Unterschied zwischen dem Charakter einer Arbeiterregierung und der sozialdemokratischen Koalitionspolitik mit den Worten hervor: „Die Arbeiterregierung ist eine Regierung von Arbeiterparteien, die den Versuch macht, gegenüber der Bourgeoisie eine proletarische Politik zu treiben durch Abwälzung aller Lasten auf die besitzende Klasse, während die bisherige Koalitionspolitik der SPD zur Abwäl-

161 Ebenda, S. 356.

162 Ebenda, S. 357.

163 Dokument Nr. 143.

164 Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), S. 417.



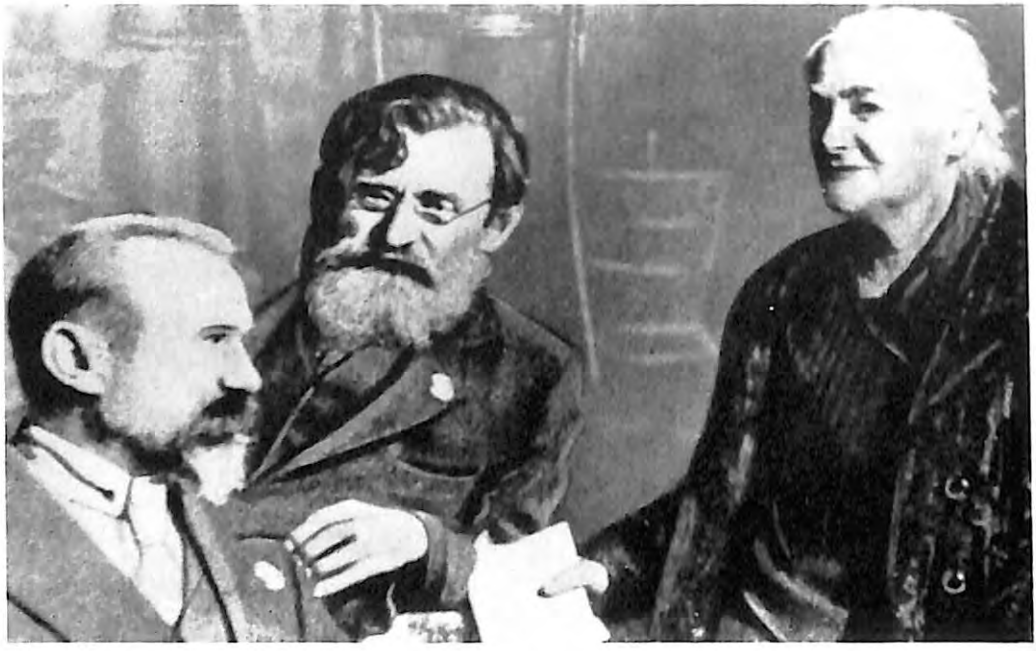
Mitglieder der sowjetischen und der deutschen Delegation
nach Abschluß des Rapallovertrages, 16. April 1922.
V. l. n. r.: Joseph Wirth, L. B. Krassin, G. W. Tschitscherin, A. A. Joffe



Gemeinsame Protestkundgebung
von KPD, USPD, SPD und Gewerkschaften
gegen die Ermordung des deutschen Außenministers Walther Rathenau
durch Angehörige einer konterrevolutionären Terrororganisation
in Berlin, 4. Juli 1922



Aufruf der Zentrale der KPD zum Kampf für die nationale und soziale Befreiung des deutschen Volkes, 22. Januar 1923



Clara Zetkin, Julian Marchlewski und Felix Cohn (v. r. n. l.)
während des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, 1922



Blick in den Sitzungssaal des 8. Parteitages der KPD in Leipzig,
28. Januar bis 1. Februar 1923

Die auf dem
8. Parteitag
der KPD,
28. Januar
bis 1. Februar 1923,
gewählten
Mitglieder
der Zentrale



Karl Becker



Paul Böttcher



Heinrich Brandler



Hugo Eberlein

Paul Frölich



Arthur Ewert

Fritz Heckert





Die auf dem
8. Parteitag
der KPD,
28. Januar
bis 1. Februar 1923,
gewählten
Mitglieder
der Zentrale



Edwin Hoernle



August Kleine



Wilhelm Koenen

Wilhelm Pieck



Rudolf Lindau

Hermann Remmele



Hans Pfeiffer







Felix Schmidt



Georg Schumann



Walter Stoecker



August Thalheimer

Jacob Walcher

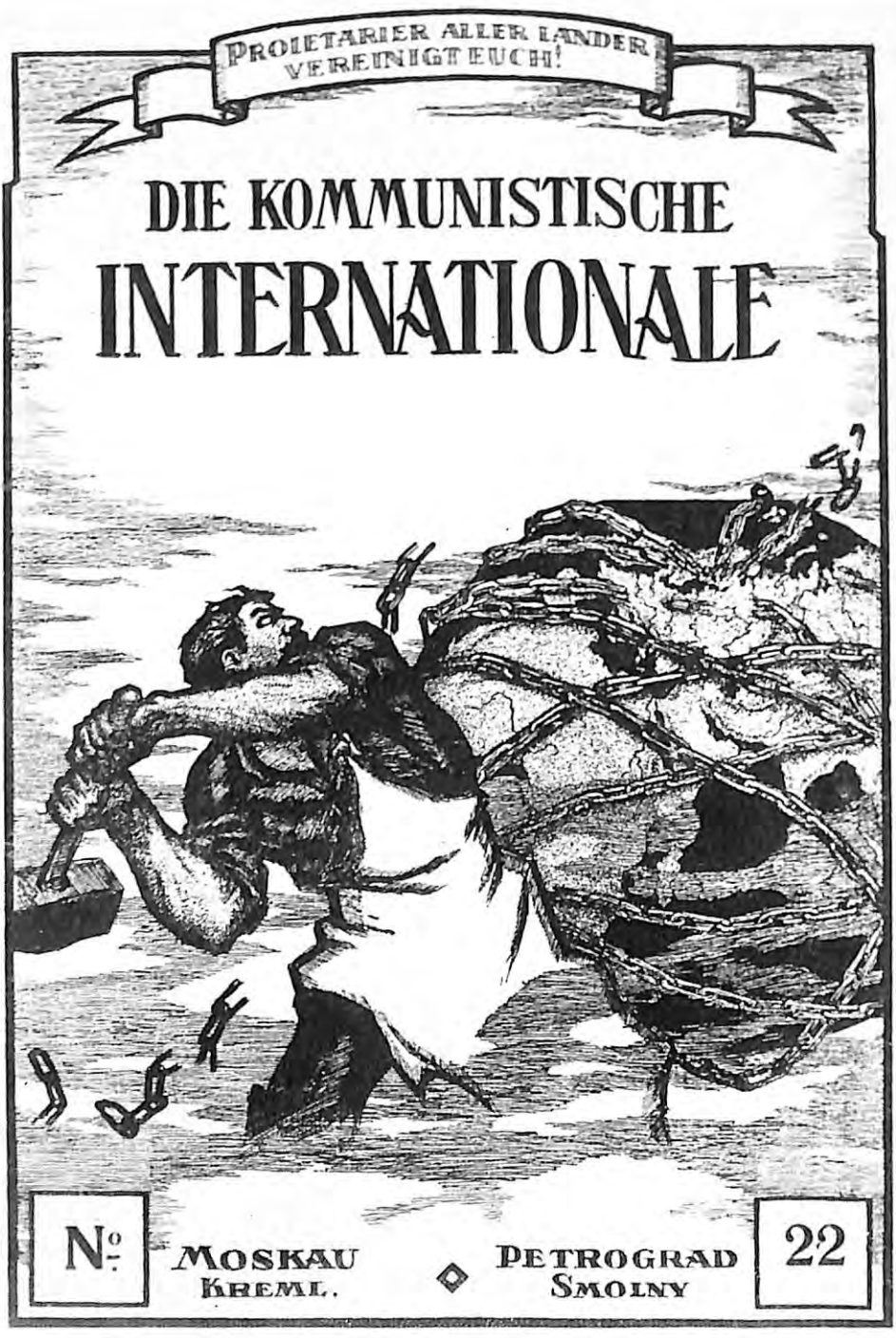


Walter Ulbricht

Clara Zetkin







Titelblatt der Zeitschrift der Kommunistischen Internationale

zung aller Lasten auf die Arbeiterklasse geführt hat."[165] Die Leitsätze erklärten, daß sich die Arbeiterregierung auf die Arbeitermassen und die aus der Einheitsfrontbewegung entstehenden Kampforgane stützen müsse.

Die Leitsätze verallgemeinerten die bisherigen Kampferfahrungen der Partei bei der Verwirklichung der Einheitsfrontpolitik und entsprachen im wesentlichen den Beschlüssen des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale.

Zugleich enthielten die Leitsätze, ebenso wie das zu ihrer Begründung gehaltene Referat Heinrich Brandlers, Feststellungen, die geeignet waren, rechtsopportunistische Illusionen über den Weg zur Macht der Arbeiterklasse zu nähren. So wurde in den Leitsätzen die Arbeiterregierung auch als „ein Versuch der Arbeiterklasse" bezeichnet, „im Rahmen und vorerst mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie, gestützt auf proletarische Organe und proletarische Massenbewegungen, Arbeiterpolitik zu treiben".[166] Die Arbeiterregierung wurde eine „Position des Proletariats im Rahmen des bürgerlichen demokratischen Staates"[167] genannt.

Sicher mußte eine Arbeiterregierung nicht *sofort* über den Rahmen der bürgerlichen Ordnung hinausgehen. Doch konnte eine solche Regierung ihre Aufgaben gerade unter den Bedingungen eines sich rasch zuspitzenden Klassenkampfes nur erfüllen, wenn sie vorwärtsschritt, gestützt auf die Kraft der Massen und ihrer Kampforgane, entschlossen die Arbeiterinteressen gegen die Interessen des Großkapitals durchsetzte und damit den engen, volksfeindlichen Rahmen der bürgerlichen Legalität sprengte. Die genannten Formulierungen wurden dieser Dialektik des Kampfes nicht gerecht und ließen eine rechtsopportunistische Entstellung der Politik der Partei zu.

In den Beschlüssen des Parteitages wurde richtig festgestellt, daß die Bedrohung der Nation durch Ruhrbesetzung und Monopoloffensive nachdrücklich die Übereinstimmung der Interessen der Arbeiterklasse mit den Grundinteressen der werktätigen Bauern und des Mittelstandes zeige. Doch erhob der Parteitag keine ins einzelne gehenden Forderungen, mit denen diese Schichten für das Bündnis mit der Arbeiterklasse gewonnen werden konnten.

Der vom Parteitag gewählten Zentrale gehörten an: Karl Becker,

165 Ebenda, S. 420.
166 Ebenda.
167 Ebenda, S. 422.

Paul Böttcher, Heinrich Brandler, Hugo Eberlein, Arthur Ewert, A. J. Guralski (Kleine), Paul Frölich, Fritz Heckert, Edwin Hoernle, Wilhelm Koenen, Rudolf Lindau, Hans Pfeiffer, Wilhelm Pieck, Hermann Remmele, Felix Schmidt, Georg Schumann, Walter Stoecker, August Thalheimer, Walter Ulbricht, Jacob Walcher und Clara Zetkin. In der Zentrale wirkten Heinrich Brandler als Vorsitzender des Polbüros und Wilhelm Pieck als Vorsitzender des Orgbüros. In den Zentralausschuß wurden unter anderen Ruth Fischer, Ottomar Geschke, Bernard Koenen, Arkadi Maslow, Josef Miller, Siegfried Rädel, Robert Siewert und Ernst Thälmann gewählt.

Der 8. Parteitag zeigte, daß die KPD als einzige politische Kraft in Deutschland der vom deutschen Monopolkapital herbeigeführten Bedrohung der Nation eine Alternative entgegenzusetzen vermochte, die den nationalen Interessen entsprach. Zugleich zeigten die Ergebnisse des Parteitages aber auch, daß die Partei noch nicht genügend Erfahrungen zur richtigen Beantwortung aller komplizierten Fragen der Massenpolitik und des Weges zur Macht der Arbeiterklasse besaß, die die Verschärfung des Klassenkampfes aufwarf.

Die Ruhrbesetzung führte schon nach kurzer Zeit zu katastrophalen wirtschaftlichen Folgen. Die Lostrennung des Zentrums der deutschen Schwerindustrie vom deutschen Wirtschaftskörper zerrüttete die deutsche Wirtschaft und führte zu einem raschen Produktionsrückgang. Die deutsche Industrieproduktion betrug im Jahre 1923 47 Prozent der Produktion von 1913. Die Arbeitslosigkeit stieg an. Nach der offiziellen Statistik gab es im Mai 1923 im unbesetzten Gebiet Deutschlands über 260 000 Arbeitslose und fast 380 000 Kurzarbeiter, die Unterstützungen erhielten; viele Tausende bekamen gar keine Unterstützung. Die Steuersabotage der Monopolherren und die Finanzierung des „passiven Widerstandes" führten zum völligen Zusammenbruch des Staatshaushaltes.

Die Monopolherren steigerten durch Devisenspekulationen die Inflation bis zum völligen Währungsverfall. Hatten einer Goldmark im Januar 1923 4300 Mark entsprochen, so waren es durchschnittlich

im Mai bereits	11 400 Mark
im Juni	26 200 Mark
im Juli	84 200 Mark
im August	1 100 600 Mark.

Die Geldentwertung führte zu einem sprunghaften Anwachsen der Preise. In Berlin kostete durchschnittlich

	April 1923	Juni 1923
ein Kilogramm Roggenbrot	474 Mark	1 253 Mark
ein Kilogramm Kartoffeln	74 Mark	333 Mark
ein Kilogramm Schweinefleisch	8 700 Mark	21 200 Mark
ein Kilogramm Butter	17 800 Mark	30 300 Mark
ein Kilogramm Margarine	5 800 Mark	20 200 Mark
ein Kilogramm Zucker	2 130 Mark	2 815 Mark
ein Ei	338 Mark	793 Mark
ein Liter Vollmilch	920 Mark	1 380 Mark

Die Geldlöhne blieben immer mehr hinter diesem schwindelerregenden Preisanstieg zurück. So erhielt zum Beispiel im April 1923 ein gelernter Bauarbeiter – er gehörte zu den besser bezahlten Arbeitern – einen Wochenlohn von 80 303 Mark. Die Löhne großer Teile der Arbeiterklasse lagen beträchtlich unter dieser Summe, so daß sie zur Deckung der notwendigsten Lebensbedürfnisse nicht ausreichten.

Jede Erhöhung der Löhne und Unterstützungen, die die Werktätigen durchsetzten, war durch die Preisentwicklung schon nach wenigen Tagen entwertet. Eben ausgezahlte Löhne und Gehälter schrumpften im Laufe von Tagen, ja später von Stunden, auf einen Bruchteil ihrer ursprünglichen Kaufkraft zusammen. Oft eilten die Hausfrauen mit dem Geld, das der Mann gerade nach Hause gebracht hatte, vergeblich in die Markthallen und Geschäfte, denn inzwischen waren die Preise schon wieder gestiegen, war das Geld wertlos geworden.

Noch schlimmer traf die Inflation die Arbeitslosen und die Rentner. Der Höchstsatz der Arbeitslosenunterstützung betrug Anfang August 1923 33 000 Papiermark für einen Tag. Dafür konnte man noch nicht einmal zwei Pfund Kartoffeln kaufen.

Die Offensive der Monopole drückte den Reallohn der deutschen Arbeiter im Sommer und Herbst 1923 auf ein Niveau hinab, das ein bis zwei Drittel unter dem Stand der Vorkriegsreallöhne lag. Das war der niedrigste Stand in der Zeit der revolutionären Nachkriegskrise. Noch nie hatte es in einem hochentwickelten kapitalistischen Land einen solchen Tiefstand der Lebenslage der Arbeiterklasse gegeben. Hunger und Armut herrschten in den meisten Arbeiterfamilien.

Die galoppierende Inflation ruinierte Zehntausende Einzelhändler, Handwerker, kleine und mittlere Bauern und stürzte sie in tiefes Elend. Niemals zuvor waren in Deutschland in so kurzer Zeit so viele mittelständische Existenzen vernichtet worden. Die Masse der Beamten und der Angehörigen der Intelligenz litt bittere Not. Viele kleine und mittlere Privatkapitalisten gingen bankrott.

Der Verelendung der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes stand die Bereicherung einer winzigen Minderheit von Großkapitalisten und Großagrariern gegenüber. Die Monopolherren des Ruhrgebietes erhielten vom Staat auf Kosten der Steuerzahler riesige Entschädigungssummen für wirkliche und angebliche Verluste. Große Konzerne wie der Stinnes-Konzern profitierten am Verfall der Währung und brachten weitere Teile des deutschen Nationalvermögens in ihre Hände.

Die rasche Verschärfung der Klassengegensätze in Deutschland und die Politik der KPD führten bald – entgegen den Einigungsparolen der Großbourgeoisie und der Burgfriedenspolitik der rechten Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften – zu einem Aufschwung der Arbeiterkämpfe. Bereits im Januar und Februar 1923 fanden in Tausenden deutscher Städte, Ortschaften und Betriebe Versammlungen und Kundgebungen statt, in denen Hunderttausende Arbeiter gegen das imperialistische Ruhrabenteuer protestierten und zum Widerstand gegen Cuno und Poincaré aufriefen. Unter dem Einfluß der Politik der KPD faßten in zunehmendem Maße Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen, Betriebsräte- und Volksversammlungen Beschlüsse gegen die Burgfriedenspolitik und lehnten Zahlungen für den „Ruhrhilfefonds" ab. Am 7. Februar sprach sich auch der Erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gegen den gemeinsamen „Ruhrhilfefonds" von Gewerkschaften und Unternehmerverbänden aus.[168]

Im Frühjahr entwickelte sich eine größere Anzahl örtlicher Streiks und Bewegungen für Lohnerhöhungen, Teuerungszulagen und andere materielle Forderungen. Im März traten 40 000 Bergarbeiter Oberschlesiens unter Führung von Kommunisten in einen Streik für die Wiedereinstellung gemaßregelter revolutionärer Betriebsräte und gegen Umtriebe faschistischer Mordbanden. In dieser Zeit verschärfte sich die Lage vor allem im Ruhrgebiet. Am 31. März schoß französisches Militär in eine Versammlung der Belegschaft der Krupp-Werke in Essen, die gegen Requirierungsmaßnahmen der Besatzungsmacht protestierte, und ermordete elf Arbeiter; drei weitere erlagen später ihren Verletzungen. Auf Notstandsarbeiter und Arbeitslose, die am 18. April in Mülheim (Ruhr) für eine einmalige Teuerungszulage demonstrierten, verübten faschistische Schlägerkolonnen und deutsche Polizei einen bewaffneten Überfall. Acht deutsche Arbeiter wurden hingemordet.

[168] Dokument Nr. 144.

Die Angriffe des Monopolkapitals auf die Lebensrechte der Werktätigen lösten auch bei vielen sozialdemokratischen Arbeitern und Funktionären tiefe Unzufriedenheit mit der Burgfriedenspolitik der rechten Parteiführer aus. Immer häufiger wurden in der VSPD Stimmen laut, die sich für ein Zusammengehen mit den Kommunisten gegen die Ruhrbesetzung, gegen die Cuno-Regierung und die faschistischen Terrorbanden aussprachen.

Diese Differenzierung und das Hervortreten einer linken Strömung in der Sozialdemokratie wurden besonders deutlich in Sachsen. Am 4. März 1923 beriet ein außerordentlicher Landesparteitag der sächsischen Sozialdemokratie, der zahlenmäßig stärksten Landesparteiorganisation der VSPD, über die Bildung einer neuen Regierung, nachdem die bisherige, von Rechtssozialisten geführte Landesregierung Ende Januar gestürzt worden war. Der Parteitag, dem ein offener Brief der KPD mit dem Programm für eine Landesarbeiterregierung vorlag, lehnte nach heftigen Diskussionen jede Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien ab und beschloß, mit der KPD zusammenzuarbeiten.[169] Der Einfluß der rechten sozialdemokratischen Führer wurde stark zurückgedrängt. Zum Sprecher der kampfgewillten sozialdemokratischen Massen Sachsens machte sich eine Gruppe linker sozialdemokratischer Führer, die schon seit einiger Zeit hervorgetreten war und zu der unter anderen Arthur Arzt, Karl Böchel, Georg Graupe, Hermann Liebmann, Max Seydewitz und Erich Zeigner gehörten. Der Landesparteitag wählte eine siebenköpfige Kommission unter Georg Graupe, die bevollmächtigt wurde, unabhängig von den von den Rechten beherrschten offiziellen Parteiinstanzen mit der KPD über die Regierungsbildung in Sachsen zu verhandeln. Trotz aller Spaltungsbemühungen des sozialdemokratischen Parteivorstandes schlossen am 15. März der Landesvorstand Sachsen der KPD und die Siebenerkommission ein Abkommen, das die Bildung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung ermöglichte. Das Abkommen sah unter anderem Maßnahmen gegen die faschistische Gefahr, die Aufstellung proletarischer Hundertschaften, die Wahl von Kontrollausschüssen zur Bekämpfung des Wuchers durch Betriebsräte- und Gewerkschaftsversammlungen, die Bildung einer Arbeiterkammer und die Durchführung einer Amnestie für politische Gefangene vor. Am 21. März bestätigte der sächsische Landtag, in dem VSPD und KPD die absolute Mehrheit besaßen, mit den Stimmen der beiden Arbeiter-

[169] Dokument Nr. 145.

parteien die Bildung eines Kabinetts, dessen entscheidende Positionen von linken sozialdemokratischen Führern eingenommen wurden und das von Erich Zeigner als Ministerpräsidenten geleitet wurde.

Von Anfang an war diese Regierung heftigen Angriffen der Großbourgeoisie und der rechten sozialdemokratischen Führer ausgesetzt. Vor allem die Reichswehrgeneralität drängte schon bald auf die Durchführung einer Reichsexekution zur gewaltsamen Beseitigung der Regierung Zeigner, weil sie im Zusammengehen von Kommunisten und Sozialdemokraten eine Gefahr für die Verwirklichung ihrer volksfeindlichen Pläne sah. Bereits im Frühjahr 1923 forderte der Chef der Heeresleitung, in Sachsen einen Reichskommissar einzusetzen.

Obwohl die Zeigner-Regierung in den folgenden Monaten ständig schwankte und die Entfaltung der Massenbewegung zu bremsen suchte, waren in Sachsen damit doch so günstige Kampfbedingungen für die Arbeiterklasse entstanden wie sonst nirgends in Deutschland. Der Bruch mit der Koalitionspolitik und die Einheitsfront mit der KPD waren als Ergebnis einer echten oppositionellen Bewegung unter den Massen der sozialdemokratischen Parteimitglieder in Sachsen zustande gekommen. Diese Entwicklung war ein Erfolg des zähen Ringens der KPD um die Einheitsfront und um die Arbeiterregierung und bestätigte in der Praxis die Fruchtbarkeit dieser Politik. Das sächsische Beispiel fand in der ganzen deutschen Arbeiterklasse Widerhall und löste lebhafte Diskussionen aus. Die Zentrale der KPD orientierte darauf, auch in anderen Gebieten Deutschlands, wo entsprechende Voraussetzungen bestanden, so in Braunschweig, Bremen, Hamburg, Lübeck und in Thüringen, den Kampf um die Bildung von Arbeiterregierungen energisch weiterzuführen.

Der wachsende Einheitswille in der Arbeiterklasse fand seinen Ausdruck im raschen Aufschwung solcher Massenbewegungen und Einheitsfrontorgane wie der revolutionären Betriebsrätebewegung, der Bewegung der Kontroll- und Erwerbslosenausschüsse und der proletarischen Hundertschaften.

Die revolutionäre Betriebsrätebewegung vereinigte immer mehr Arbeiter ungeachtet aller politischen und beruflichen Schranken. Bei Betriebsrätewahlen im Frühjahr 1923 gewann die revolutionäre Opposition, die von der KPD unterstützt wurde, die Mehrheit in vielen Betrieben, darunter in wichtigen Großbetrieben. Gestützt auf ihre wachsende Autorität unter den Massen, traten die revolutionären Betriebsräte immer häufiger als Organisatoren der proletarischen

Kämpfe gegen die Verelendungspolitik der herrschenden Klassen und gegen die faschistischen und militaristischen Umtriebe auf. Der Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte und einige Landesausschüsse, vor allem in Berlin, Rheinland-Westfalen, Sachsen und Thüringen, begannen, sich zu angesehenen Arbeitervertretungen zu entwickeln. In engem Zusammenwirken mit den revolutionären Betriebsräten entstanden in vielen Orten Erwerbslosenausschüsse. Ihnen gelang es immer häufiger, den Kampf der Erwerbslosen eng mit der Bewegung der Betriebsbelegschaften zu verbinden.

Zur breitesten organisatorischen Form der Einheitsfront wurden die Kontrollausschüsse, die in ihrer Tätigkeit von der drückendsten Sorge der Menschen, von der sie bedrängenden ungeheuren Not, ausgingen. Die Kontrollausschüsse mobilisierten größere Kreise der Werktätigen, darunter auch Angehörige des Mittelstandes und Kleinbauern, zur Selbsthilfe gegen Preiswucher und Schwarzhandel. An ihrer Tätigkeit nahmen besonders viele werktätige Frauen aktiven Anteil. Die Kontrollausschüsse wurden in vielen Fällen in Betriebs- oder Einwohnerversammlungen gewählt und legten öffentlich Rechenschaft über ihre Tätigkeit ab. Gestützt auf die Massen, erreichten viele Kontrollausschüsse sichtbare Erfolge, zum Beispiel die Herabsetzung überhöhter Preise, die kostenlose Verteilung oder den verbilligten Verkauf beschlagnahmter Schieberware und die Umquartierung von Arbeitern aus Kellerlöchern in leerstehende Wohnungen. Die Ausbreitung der Kontrollausschüsse konnte auch durch die Hetze der Bourgeoisie und durch staatliche Verbotsmaßnahmen nicht verhindert werden. Mitte 1923 bestanden etwa 800 Kontrollausschüsse, die vor allem in den Großstädten, aber auch in zahlreichen Kleinstädten tätig waren.

Aus örtlichen Selbstschutzformationen des Proletariats gegen die wachsende faschistische und militaristische Gefahr entstand unter Führung der Partei und der revolutionären Betriebsräte seit Februar und März 1923 in vielen Teilen Deutschlands die Bewegung der proletarischen Hundertschaften. Der Aufbau dieser Kampforgane wurde vielerorts auf Initiative der kommunistischen Parteiorganisationen von Betriebsbelegschaften, Betriebsräten und Gewerkschaftskartellen beschlossen. Die Mehrzahl der Hundertschaften wurde gegen den erbitterten Widerstand rechter Führer der VSPD gemeinsam von kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern gebildet. Die Erfolge, die die proletarischen Hundertschaften bei der Verteidigung des Eigentums der Arbeiterorganisationen, beim Schutz von

Streiks und Demonstrationen und bei der Verhinderung faschistischer und militaristischer Provokationen erzielten, stärkten das Kraftbewußtsein in der Arbeiterklasse und drängten den Einfluß der faschistischen Bewegung zurück. Am 1. Mai 1923 marschierten erstmals proletarische Hundertschaften in Berlin und anderen Großstädten an der Spitze der Demonstrationszüge. Bis Mai 1923 waren etwa 300 proletarische Hundertschaften entstanden, vor allem in Berlin, im Ruhrgebiet, in Sachsen und Thüringen.

Das selbständige Auftreten der besten Teile der deutschen Arbeiterklasse, der wahrhaft internationalistische und zugleich zutiefst nationale Geist des Kampfes gegen Cuno und Poincaré sicherte dem deutschen Proletariat die Solidarität der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung. Die kommunistischen Parteien und andere revolutionäre Organisationen veranstalteten in vielen europäischen Ländern Demonstrationen, Versammlungen und Aktionen gegen die imperialistischen Anschläge auf die Lebensrechte der deutschen Arbeiterklasse, des gesamten deutschen Volkes und gegen die Gefahr eines imperialistischen Krieges.

Sofort nach dem Beginn der Ruhrbesetzung – im Geiste der feierlichen Protesterklärung des höchsten sowjetischen Machtorgans gegen die Versklavung des deutschen Volkes – breitete sich über das ganze Sowjetland eine machtvolle Welle der Solidarität mit der deutschen Arbeiterklasse, mit dem ganzen deutschen Volk aus. In unzähligen Veranstaltungen in Fabriken und Werken, in Hochschulen und Klubs, durch Erklärungen und Resolutionen drückten Hunderttausende Sowjetbürger, Arbeiter, Bauern und Angehörige der Intelligenz, ihr heißes Mitgefühl für Deutschland und das deutsche Volk und ihren Haß gegen die imperialistischen Feinde der deutschen Nation aus.

Die Arbeiterklasse der Sowjetunion organisierte auf die Berichte von dem großen Elend hin, in dem sich Millionen deutscher Arbeiter befanden, eine eindrucksvolle Solidaritätsaktion für das deutsche Proletariat. Obwohl es im Lande selbst noch große wirtschaftliche Schwierigkeiten gab, wurden den Ruhrarbeitern im Frühjahr 1923 fast 10 000 Tonnen Brotgetreide als Geschenk übersandt. Die Kontrollausschüsse übernahmen die Verteilung dieser sowjetischen Brotspende, die Tausenden half, die ärgste Not zu lindern, vor allem aber erneut die brüderliche Verbundenheit sowjetischer und deutscher Werktätiger bewies.

Enge, brüderliche Verbindungen stellten im Kampf gegen die im-

perialistischen Raubpläne der herrschenden Klassen ihrer Länder auch die Kommunistischen Parteien Deutschlands und Frankreichs her. Auf den Aufruf der Kommunistischen Partei hin fanden in Frankreich zahlreiche Versammlungen und Kundgebungen statt, die gegen die Ruhrbesetzung protestierten und den Abzug der französischen Okkupationstruppen forderten. Die französischen Kommunisten, viele französische Arbeiter und andere Werktätige drückten ihre feste Verbundenheit mit der deutschen Arbeiterklasse aus.

Ein großartiges Beispiel des proletarischen Internationalismus war die gemeinsame Arbeit der Kommunistischen Jugend Deutschlands und Frankreichs unter den Soldaten der französischen Besatzungsarmee. Ohne Furcht vor Bestrafung und Einkerkerung durch die Besatzungsorgane klebten die Jugendlichen Plakate und verteilten Flugblätter in französischer Sprache, in denen die Soldaten zur Solidarität mit den deutschen Arbeitern aufgefordert wurden. Auch unter dem Einfluß dieser Propaganda stieg die Zahl der Disziplinverletzungen und Desertionen in der französischen Okkupationsarmee ständig an. Um sie vor Zersetzung zu schützen, mußten die Einheiten in immer kürzeren Abständen abgelöst werden.

Vom 17. bis zum 21. März 1923 tagte in Frankfurt (Main) eine internationale Arbeiterkonferenz gegen die Ruhrbesetzung. An der Konferenz nahmen 243 Delegierte, davon 50 ausländische, teil, die in der Mehrzahl in Gewerkschafts- oder Betriebsrätekonferenzen gewählt worden waren. Unter den deutschen Delegierten war gemeinsam mit Kommunisten auch eine Anzahl sozialdemokratischer Arbeiter. Die Konferenz wandte sich an alle Arbeiter Europas, auch an die sozialdemokratischen Parteien und die von Reformisten geleiteten Gewerkschaften, mit dem Appell, in einheitlicher Front und an der Seite der deutschen Arbeiter gegen die imperialistische Ruhrbesetzung zu kämpfen. Die deutsche Arbeiterklasse wurde aufgefordert, die Regierung Cuno zu stürzen, entschlossen gegen die faschistische Gefahr vorzugehen und eine revolutionäre Arbeiterregierung zu errichten, weil allein solch eine Regierung imstande sei, die Existenzgrundlagen des arbeitenden Volkes und die friedliche Entwicklung Deutschlands zu sichern. Die Konferenz bildete ein überparteiliches Aktionskomitee, das mit allen Arbeiterorganisationen, darunter auch mit der II. Internationale, Verbindungen aufnehmen sollte. Die Beschlüsse der Konferenz fanden in der deutschen Arbeiterklasse starken Widerhall. Sie förderten die Einheitsfrontbewegung und führten

zur Bildung neuer proletarischer Hundertschaften und Kontrollausschüsse.

Der Aufschwung der Massenbewegung unter Führung der KPD untergrub die Stellung der Regierung Cuno. Dazu trug auch der offensichtliche Mißerfolg des „passiven Widerstandes" bei. Der deutschen Schwerindustrie und ihrer Regierung war es nicht gelungen, den französischen Imperialismus zum Nachgeben zu zwingen. Die amerikanische und die britische Finanzoligarchie hielten die Zeit zum offenen Eingreifen zugunsten des deutschen Imperialismus noch nicht für gekommen und schürten weiterhin zum eigenen Nutzen die Auseinandersetzung zwischen dem deutschen und dem französischen Monopolkapital.

Unter diesen Umständen versuchte die Regierung Cuno, um die Hände für die Niederschlagung der deutschen Arbeiterklasse freizubekommen, den imperialistischen Ruhrkonflikt durch eine imperialistische Verständigung auf Kosten des deutschen Volkes zu beenden. Am 2. Mai 1923 bot die deutsche Regierung den imperialistischen Westmächten die Zahlung von Reparationen an. Zugleich steigerten Monopolkapital und Regierung die Brutalität ihrer Angriffe auf die demokratischen Freiheiten und sozialen Rechte der Werktätigen. Am 12. Mai ließ die Cuno-Regierung durch den sozialdemokratischen preußischen Innenminister Carl Severing die proletarischen Hundertschaften im größten deutschen Einzelstaat verbieten. In der Folgezeit gingen die meisten übrigen deutschen Länderregierungen mit Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Hundertschaftsbewegung vor. Ende Mai erneuerte der Reichsverband der Deutschen Industrie seine schon 1921 erhobenen arbeiter- und volksfeindlichen Forderungen. Er verlangte von der Cuno-Regierung, den Achtstundentag aufzuheben, die Reichsbahn und andere staatliche und kommunale Betriebe in die Verfügungsgewalt der Großindustrie zu übergeben und die Steuerlasten noch mehr auf die Schultern der Werktätigen abzuwälzen.

Am 16. und 17. Mai erörterte der Zentralausschuß der KPD unter anderem die nächsten politischen Aufgaben der Partei, die organisatorische Umstellung der Partei auf die Grundlage von Betriebszellen, die Rolle der proletarischen Hundertschaften und die Gewerkschaftspolitik der Partei. Der Sitzung waren unter maßgeblicher Mitwirkung des EKKI Verhandlungen zwischen der Zentrale und Vertretern der „linken" Opposition in der Partei vorangegangen, die zu der Vereinbarung führten, künftig die Politik der Partei unter Zurückstellung

der Meinungsverschiedenheiten geschlossen zu verwirklichen. Auf Grund dieser Vereinbarung, die der Zentralausschuß billigte, wurden Ruth Fischer, Ottomar Geschke, Arthur König und Ernst Thälmann in die Zentrale der KPD gewählt.

In einer Resolution zur politischen Lage[170], die gegen eine Stimme angenommen wurde, warnte der Zentralausschuß vor der sich abzeichnenden Kapitulation des deutschen Finanzkapitals und der Regierung Cuno vor dem Entente-Imperialismus und vor der wachsenden faschistischen Gefahr. Richtig wurde hervorgehoben, daß die Partei, die gesamte Arbeiterklasse in Deutschland „Zeiten des schärfsten revolutionären Massenkampfes"[171] entgegengehen. Als einzigen Ausweg aus der von den herrschenden Klassen geschaffenen Lage bezeichnete der Beschluß den einheitlichen Kampf der Arbeiterklasse für den Sturz der Regierung Cuno, für eine Arbeiterregierung, die Deutschland vor der Kapitulation retten, den Achtstundentag schützen, die Löhne erhöhen und durch die Erfassung der Sachwerte unter Kontrolle der organisierten Arbeiterschaft alle Lasten auf die Besitzenden abwälzen werde.

In einem Referat über die Durchsetzung der organisatorischen Leitsätze des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale begründete Walter Ulbricht auf der Sitzung des Zentralausschusses die Notwendigkeit, das Schwergewicht der Parteiorganisation von den Wohn- auf die Betriebszellen zu verlagern. Es ging darum, Lenins Losung: Jeder Betrieb soll unsere Burg sein! zu verwirklichen. Gestützt auf die Lehren aus den Märzkämpfen 1921 und auf die Erfahrungen, die er selbst seit 1922 in der Thüringer Parteiorganisation beim Aufbau von Betriebszellen gewonnen hatte, zeigte Walter Ulbricht, daß nur eine fest in den Betrieben verwurzelte revolutionäre Partei das Vertrauen des Proletariats erobern, die Einheitsfront herstellen und die breiten Massen der Arbeiter und Bauern zum Kampf um die Macht führen kann. Die Partei konnte erst durch die Überwindung der alten sozialdemokratischen Organisationstraditionen und durch die organisatorische Verankerung im Betrieb zu einer wirklichen Kampforganisation werden.

Auf der Tagung des Zentralausschusses erfolgte jedoch, auch unter dem Einfluß rechtsopportunistischer und ultralinker Auffassungen, keine grundsätzliche Klärung dieser entscheidenden Frage. Der Zen-

170 Dokument Nr. 147.

171 Die Rote Fahne (Berlin), 18. Mai 1923.

tralausschuß faßte zwar einen Beschluß über die Bildung kommunistischer Betriebszellen[172], doch in der Praxis machten viele Parteiorganisationen ungenügende Bemühungen, dem Organisationsaufbau der Partei die leninistischen Prinzipien zugrunde zu legen. Das Fehlen von Betriebszellen wirkte sich vor allem während der Massenkämpfe im Sommer und Herbst 1923 sehr negativ aus.

Walter Ulbricht war seit dem Leipziger Parteitag als Mitglied der Zentrale zugleich Mitglied des Orgbüros der Partei. Am 30. Juni 1893 in Leipzig in einer klassenbewußten Arbeiterfamilie geboren, hatte er seit früher Jugend am eigenen Leibe das Elend gespürt, dem das Proletariat im Kapitalismus ausgesetzt ist, aber auch die Kraft des Kampfes der Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und Unterdrückung kennengelernt. Während seiner Lehrzeit als Möbeltischler war er Mitglied des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes geworden und hatte sich im Arbeiterjugend-Bildungsverein in Leipzig aktiv betätigt. Seit 1912 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, trat er im Herbst 1914 gemeinsam mit anderen jungen Sozialisten in Leipzig gegen den Raubkrieg des deutschen Imperialismus und den Verrat des sozialdemokratischen Parteivorstandes am Marxismus und am proletarischen Internationalismus auf. Während des Krieges kämpfte Walter Ulbricht im Sinne Karl Liebknechts konsequent gegen Imperialismus und Opportunismus. Im Januar 1919, wenige Tage nach dem Gründungsparteitag der KPD, gehörte er zu den Begründern der kommunistischen Parteiorganisation in Leipzig. Verfolgt von Freikorpsbanden, verleumdet vom Gegner, war Walter Ulbricht ein aktiver Funktionär der jungen Partei geworden, dem bald verantwortliche Funktionen übertragen wurden. Von April 1921 bis Anfang 1923 wirkte er als Politischer Sekretär der Bezirksleitung Groß-Thüringen der KPD. Für Walter Ulbrichts Tätigkeit in dieser Funktion waren enge Verbundenheit mit den Parteimitgliedern, mit sozialdemokratischen und parteilosen Werktätigen, genaues Studium der neuen Kampferfahrungen und ihre operative Verbreitung charakteristische Kennzeichen. Walter Ulbricht, der schon seit jungen Jahren sich gründliche Kenntnisse des Marxismus angeeignet hatte, studierte während seiner Tätigkeit in Thüringen die ihm erreichbaren Werke W. I. Lenins und setzte die daraus gewonnenen Erkenntnisse in die Praxis um.

In der zweiten Maihälfte 1923 entwickelte sich im besetzten Ruhrgebiet eine machtvolle Streikbewegung. Sie wurde durch Forderungen

[172] Dokument Nr. 146.

der Bergarbeiter nach Lohnerhöhung und Teuerungszulagen ausgelöst – die Lebensmittelpreise waren seit Jahresbeginn um das Zwei- bis Vierfache gestiegen –, erhielt aber bald politischen Charakter. Der Streik begann über die Köpfe der rechten Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften hinweg unter starkem Einfluß der KPD und der Union der Hand- und Kopfarbeiter, der etwa hunderttausend Berg- und Metallarbeiter angehörten und die die stärkste Organisation im Ruhrgebiet war.

Am 16. Mai 1923 begannen die Kumpel der Schachtanlage „Kaiserstuhl" im Dortmunder Revier den Streik für Lohnforderungen. Am folgenden Tag riefen sie von einer Belegschaftsversammlung aus, der sich eine Demonstration anschloß, die Arbeiterklasse des Ruhrgebietes auf, in den Streik zu treten.

Am 22. Mai trat in Dortmund eine Betriebsrätekonferenz des Ruhrgebietes zusammen. Kommunistische, sozialdemokratische und christliche Betriebsräte stimmten für den Streik im ganzen Ruhrgebiet zur Durchsetzung einer Lohnerhöhung von 50 Prozent. Eine Streikleitung wurde gebildet, der gemeinsam mit Kommunisten, revolutionären Betriebsräten und Angehörigen der Union auch sozialdemokratische, christliche und parteilose Arbeiter angehörten. In den folgenden Tagen griff der Streik im ganzen Revier um sich.

Die Lage wurde durch provokatorische Überfälle faschistischer Banden auf streikende Arbeiter rasch verschärft. In Abwehr einer faschistischen Provokation erstürmten am 23. Mai streikende Arbeiter nach blutigem Kampf das Polizeipräsidium von Gelsenkirchen. In vielen Arbeiterzentren, so in Borbeck, Bottrop, Dortmund, Gelsenkirchen und Gladbeck, entstanden auf Initiative der kommunistischen Parteiorganisationen proletarische Sicherheitswehren und Hundertschaften aus Angehörigen aller Arbeiterparteien und Gewerkschaften zum Schutz der Streikenden.

In dieser Situation appellierten die Ruhrmonopolisten an die Klassensolidarität der französischen Schwerindustriellen. Mit Billigung seiner staatlichen Vorgesetzten in Berlin richtete am 25. Mai der stellvertretende Regierungspräsident von Düsseldorf, Lutterbeck, einen Brief an den französischen Kommandierenden General Jean Degoutte. Darin bat er, den Einmarsch bewaffneter Schutzpolizei ins Ruhrgebiet zur Niederhaltung der Arbeiter zu gestatten. Schamlos erinnerte er dabei an die Hilfe, die das deutsche Oberkommando 1871 der französischen Bourgeoisie bei der Niedermetzelung der Pariser Kommune

gewährt hatte. Die Besatzungsorgane entsprachen seinem Ersuchen. Die deutsche Großbourgeoisie, die ihre Profitinteressen bedroht sah, war für die Zusammenarbeit mit den französischen Besatzern, die sie eben noch als Landesfeind bezeichnet hatte, gegen die deutsche Arbeiterklasse.

Gegen ihre in- und ausländischen Unterdrücker verbreiterte die Ruhrarbeiterschaft ihre Kampffront. Am 29. Mai standen etwa 380 000 Berg-, Hütten- und Metallarbeiter im Ausstand, der von der zentralen Streikleitung geführt wurde. Dieser große Streik stärkte die Kampfbereitschaft auch in der Arbeiterklasse des unbesetzten Gebietes. Doch gelang es Ende Mai dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, durch Lohnversprechungen die Metallarbeiter des Ruhrgebietes aus der einheitlichen Streikfront herauszulösen. Die Streikleitung faßte daraufhin den Beschluß, den Streik abzubrechen. So endete diese machtvolle proletarische Kampfaktion mit einer Niederlage.

Trotzdem löste der Streik im Ruhrgebiet eine stürmische Flut anderer Streiks und Bewegungen aus, in denen Arbeiter und andere Werktätige ihre elementaren Lebensrechte verteidigten. Anfang Juni begann ein Streik von über 100 000 ober- und niederschlesischen Berg- und Hüttenarbeitern; die Bergarbeiter im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier übten passive Resistenz. Schon vorher hatte ein vier Wochen andauernder Streik von 120 000 schlesischen Landarbeitern eingesetzt, der größte Landarbeiterstreik in der Periode der revolutionären Nachkriegskrise. Anfang Juli legten über 130 000 Berliner Metallarbeiter gemeinsam mit mehreren zehntausend Bau- und Holzarbeitern die Arbeit nieder. Diese Streikbewegung war vielerorts von Versammlungen und Demonstrationen der Werktätigen zum Protest gegen die Teuerung begleitet. Noch richteten sich die Aktionen der Mehrheit der Arbeiterklasse und anderer Werktätiger vorwiegend gegen die Auswirkungen der Unternehmeroffensive. Doch verstärkte sich infolge der verschärften Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung der politische Charakter der Kämpfe.

In den Bewegungen im Frühjahr und Sommer 1923 zeichneten sich tiefgehende Veränderungen im deutschen Proletariat ab. Die rechten Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften hatten beträchtlich an Boden verloren. Zwar folgte ihnen, vor allem in den wirtschaftlich und politisch weniger entwickelten Gebieten, weiterhin die Mehrheit der Arbeiterklasse. Doch hatte die Kommunistische Partei

in wichtigen Industriezentren und Gewerkschaftsorganisationen Einfluß auf breite proletarische Massen gewonnen.

Im Sommer 1923 folgten etwa 40 Prozent der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter den revolutionären Gewerkschaftsfunktionären. Bei den Verbandswahlen im größten Gewerkschaftsverband des ADGB, im Deutschen Metallarbeiter-Verband, errangen die Kandidaten der revolutionären Opposition in vielen Städten und Industriegebieten die Mehrheit. In Berlin stimmten rund 54 000 Metallarbeiter für die revolutionären Kandidaten und 22 000 für die von den rechten Gewerkschaftsführern benannten Kandidaten. In Sachsen wurden 48 Prozent aller Stimmen für kommunistische Kandidaten abgegeben. Ähnliche Ergebnisse hatten Wahlen im Deutschen Textilarbeiter-Verband, im Deutschen Holzarbeiter-Verband und in einigen anderen Gewerkschaften. Im Bezirk Halle-Merseburg vermochte die KPD die Mehrheit im Bezirksausschuß des ADGB zu erringen. Um zu verhindern, daß kommunistische Gewerkschafter in ganzen Gewerkschaftsverbänden die Führung erringen oder ihren Einfluß weiter festigen konnten, gingen rechte Gewerkschaftsführer dazu über, die Verbandstage der einzelnen Gewerkschaften zu verschieben.

Die wachsende Unterstützung, die die Politik der KPD auch in anderen Schichten erfuhr, bewiesen die Ergebnisse von Landtagswahlen in vorwiegend agrarischen Gebieten im Juni 1923. In Oldenburg vervierfachte sich die Zahl der Wähler der KPD, während in Mecklenburg-Strelitz die KPD von 35 Landtagssitzen sieben, die VSPD acht erhielt. Die Partei übte auf Kleinbauern, Angehörige des Mittelstandes und der Intelligenz eine zunehmende Anziehungskraft aus. Unter dem Einfluß der KPD entstanden vor allem in Thüringen Anfänge einer Bauernbewegung für eine demokratische Bodenreform.

Diese bedeutenden Veränderungen in der deutschen Arbeiterbewegung, in den werktätigen Schichten waren vor allem ein Ergebnis des mutigen, unerschrockenen Kampfes, den die KPD gegen Cuno und Poincaré, für die proletarische Einheitsfront, für die demokratischen Rechte und die sozialen Interessen der Werktätigen geführt hatte.

Diese Entwicklung verschärfte die Situation im Lager der herrschenden Klasse. Die Mißerfolge im Kampf gegen die französische Ruhrbesetzung und vor allem die machtvolle Entfaltung proletarischer Kämpfe erschütterten die Stellung der Regierung Cuno noch stärker.

Gleichzeitig war das Gewicht der militaristischen und faschistischen Kräfte weiter gewachsen.

Die chauvinistische Hetze gegen die französische Ruhrbesetzung hatte der faschistischen Bewegung in Deutschland starken Auftrieb gegeben. Bayern war zur Brutstätte der faschistischen Hitlerbewegung geworden, die sich demagogisch als Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei bezeichnete. Sie war 1919 in München, gefördert durch die Reichswehr, aus entwurzelten Angehörigen des Mittelstandes und Elementen des Lumpenproletariats entstanden und hatte seit Anfang 1923 in Süddeutschland größeren Einfluß gewonnen. Sie fand nun wachsende Aufmerksamkeit und finanzielle Unterstützung reaktionärer Kreise der deutschen Großbourgeoisie, aber auch des internationalen Finanzkapitals. Sie besaß, vor allem in Bayern, in der sogenannten SA eine konterrevolutionäre Bürgerkriegsgarde.

Auch in Norddeutschland griff die faschistische Bewegung um sich. Hier wurde sie neben der Nazipartei vor allem von der sogenannten Deutsch-Völkischen Freiheitspartei verkörpert, die sich von der Deutschnationalen Volkspartei abgetrennt hatte.

Die faschistische Bewegung entsprach den Klasseninteressen des reaktionärsten Teils des Finanzkapitals, der die deutsche Arbeiterbewegung und alle demokratischen Kräfte terroristisch unterdrückte und die Ergebnisse des ersten Weltkrieges rasch gewaltsam rückgängig machen wollte. Das Erstarken faschistischer Strömungen zeugte davon, daß bestimmte Gruppen der herrschenden Klasse es angesichts ihrer labilen Lage und der Linksentwicklung in der Arbeiterbewegung für notwendig hielten, die bürgerliche Demokratie unverhüllt abzubauen und eine offene konterrevolutionäre Diktatur aufzurichten. Im Aufkommen der faschistischen Bewegung drückte sich das Wiedererstarken der monopolkapitalistischen und militaristischen Kräfte aus, deren Macht in der Novemberrevolution nicht gebrochen worden war.

Die faschistischen Kräfte wandten sich vor allem an die Bauern, die Beamten und die Angehörigen des Mittelstandes, die durch die Inflation massenweise ins Elend gestürzt worden waren. Mit wilder chauvinistischer und revanchistischer Hetze, durch Antikommunismus und soziale Demagogie suchten die Faschisten diese Schichten von den wahren Schuldigen an der Not des Volkes abzulenken und sich selbst als einzige Kraft hinzustellen, die Deutschland vor dem Untergang retten könne. Es bestand die große Gefahr, daß Teile der Mittelschichten sich von ihren imperialistischen und militaristischen Todfeinden gegen

die Arbeiterklasse und damit gegen ihre eigenen Interessen, gegen die Interessen der ganzen Nation mißbrauchen ließen.

Die Partei mußte ihre Politik entsprechend diesen Veränderungen im Klassenkampf weiterentwickeln. Eine wichtige Hilfe dabei erhielt sie durch die Beschlüsse einer Tagung des Erweiterten Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale im Juni 1923. Diese Beschlüsse wiesen die kommunistischen Parteien nachdrücklich auf die Aufgabe hin, die Bauernschaft mit dem revolutionären Proletariat im festen Bündnis zu vereinen, wobei die Arbeiterklasse mit ganzer Kraft die Forderungen der Bauern unterstützen müsse. In konsequenter Fortführung der Leninschen Politik des Kampfes um die Einheitsfront und um die Arbeiterregierung empfahlen die Beschlüsse den kommunistischen Parteien, den Kampf um die Errichtung einer Arbeiter-und-Bauern-Regierung zu proklamieren.

Auf der Grundlage eines Referats, das Clara Zetkin hielt, beriet die Tagung über den Kampf gegen den Faschismus. Clara Zetkin unterstrich, daß der Faschismus ein Produkt der Zersetzung der kapitalistischen Ordnung, ein Ausdruck der Schwäche und Furcht der Bourgeoisie vor der proletarischen Revolution sei. Er sei nicht lediglich konterrevolutionäre Gewalt, sondern zugleich eine Massenbasis des Großkapitals zum Kampf gegen die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen. Zur Bekämpfung des Faschismus solle die Arbeiterklasse, so forderte Clara Zetkin, sich fest mit den Angehörigen des Mittelstandes, der Intelligenz und bürgerlichen Kräften verbünden, mit allen Schichten, die „durch ihre wirtschaftliche und soziale Stellung in wachsenden Gegensatz zum Großkapitalismus kommen“[173]. In dem Beschluß zu diesem Tagesordnungspunkt wurde gesagt, daß die faschistische Gefahr sowohl mit ideologischen Mitteln als auch durch die Organisierung des proletarischen Selbstschutzes bekämpft werden müsse. Der antifaschistische Kampf sollte mit dem Ringen um eine Arbeiter-und-Bauern-Regierung verbunden werden, die die Massen bewaffnet und einen konsequenten Kampf gegen die konterrevolutionären Kräfte führt.

Von der Tagung der Erweiterten Exekutive aus wandte sich Karl Radek an jene deutschen Offiziere, Beamten und Angehörigen der Mittelschichten, die glaubten, der Faschismus sei eine Kraft zur nationalen Befreiung. Radek knüpfte an den Tod Leo Schlageters an, eines völkischen Offiziers, der wegen terroristischer Aktionen gegen die Be-

173 Clara Zetkin: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. II, S. 719.

satzungstruppen im Ruhrgebiet von französischen Organen festgenommen und erschossen worden war und deswegen von der nationalistischen und faschistischen Propaganda verherrlicht wurde. Karl Radek erklärte warnend, daß die nationalen Interessen nicht Seite an Seite mit dem deutschen Großkapital wahrgenommen werden können, das zu jedem nationalen Verrat bereit sei. Deutschlands Freiheit könne nur gemeinsam mit der deutschen Arbeiterklasse und im Bunde mit der Sowjetmacht, durch die Beseitigung seiner Verderber erkämpft werden. Die in dieser Rede umrissene Politik war nicht, wie imperialistische Geschichtsschreiber immer wieder verleumderisch behaupten, Ausdruck eines Bündnisses von Kommunisten und Faschisten. Sie zielte vielmehr darauf ab, dem Einfluß des Faschismus und der chauvinistischen, revanchistischen Hetze entgegenzuwirken und im nationalen und sozialen Befreiungskampf eine Annäherung von Angehörigen der Mittelschichten an die Arbeiterklasse und an die KPD zu erleichtern. Die Rede Radeks fand starken Widerhall und löste auch bei Menschen, die den faschistischen Parolen Glauben schenkten, ein lebhaftes Echo aus.

Die Partei stellte den Kampf gegen den Faschismus stärker in den Mittelpunkt ihrer Politik. Ein Aufruf der Zentrale „An die Partei" vom 11. Juli 1923[174] warnte nachdrücklich vor der faschistischen Gefahr. Die Partei rechnete mit verschiedenen Möglichkeiten reaktionärer Vorstöße: „Der Angriff des Faschismus braucht nicht in den Formen des Kapp-Putsches zu erfolgen; er kann beginnen als Reichsexekutive gegen Sachsen und Thüringen; er kann ausgehen von der Ausrufung der rheinisch-westfälischen Republik und dem Angriff auf die Abwehrbewegung der Arbeiter."[175] Die Partei warnte vor den Putschvorbereitungen der Hitlerbewegung in Bayern. Die KPD appellierte an die Bauern und den Mittelstand und rief diese Schichten zum gemeinsamen Kampf mit der Arbeiterklasse auf. „Wir fordern euch auf", so hieß es im Juli 1923 in einem Aufruf der Partei an den arbeitenden Mittelstand, an die Beamten und die Bauern Deutschlands, „errichtet zusammen mit den Kommunisten die gemeinsame Front der Not und der Arbeit gegen die Prasser, Spekulanten und Ausbeuter!"[176] Es gelte, die Regierung Cuno zu stürzen und eine Arbeiter-und-Bauern-Regierung zu erkämpfen, die durch Sachwert-

174 Dokument Nr. 148.

175 Die Rote Fahne (Berlin), 12. Juli 1923.

176 Die Rote Fahne (Berlin), 25. Juli 1923.

erfassung und Produktionskontrolle auf Kosten des Großkapitals die Arbeiterklasse und den Mittelstand vor dem Untergang rette. Die Partei rief auf, zur Mobilisierung der Massen einen Antifaschistentag vorzubereiten.

Diese Weiterentwicklung der Politik der Partei entsprach der raschen Verschärfung der Lage und den neuen Möglichkeiten für eine Verbreiterung der Kampffront. Die Partei unternahm damit erste Schritte, um eine breite Bündnispolitik zu entwickeln und die Unterschätzung der Bündnisfrage, die sich auch in den Beschlüssen des 8. Parteitages niedergeschlagen hatte, zu überwinden. Doch beschränkten sich die Aufrufe an die Bauern und den Mittelstand meist darauf, allgemeine politische Losungen aufzustellen, und enthielten häufig keinerlei Teilforderungen zur Verteidigung der demokratischen Rechte und zur unmittelbaren Verbesserung der Lage dieser Schichten. Die stärkere Orientierung der Partei auf diese Schichten war noch ungenügend mit entsprechenden konkreten Schritten verbunden.

Der Aufruf zum Antifaschistentag fand in breiten Teilen der Arbeiterklasse lebhaften Widerhall. Obwohl rechte sozialdemokratische Führer eine Beteiligung untersagt hatten, wirkten doch zahlreiche sozialdemokratische Parteimitglieder, Funktionäre und Ortsorganisationen an der Seite der kommunistischen und der parteilosen Arbeiter aktiv an der Vorbereitung des Antifaschistentages mit. Viele Betriebsbelegschaften, Gewerkschaftsorganisationen und Betriebsräte beschlossen Maßnahmen zur Steigerung der antifaschistischen Kampfbereitschaft. Die proletarischen Hundertschaften, die trotz ihres Verbotes in vielen Teilen Deutschlands wirkten, erlebten einen neuen Aufschwung.

Am 29. Juli fanden in einer Atmosphäre politischer Hochspannung in vielen deutschen Städten und Orten Kundgebungen zum Antifaschistentag statt. Hunderttausende Arbeiter, darunter auch viele Sozialdemokraten und parteilose Gewerkschafter, drückten entsprechend den Losungen der KPD ihren Willen zum Kampf gegen den Faschismus und zum Sturz der Regierung Cuno aus. Der Antifaschistentag bewies, daß große Teile der Arbeiterklasse sich nicht mehr auf Verteidigungskämpfe beschränken wollten. Der Erfolg der antifaschistischen Julibewegung der Arbeiterklasse leitete den Sturz der Regierung Cuno ein.

Ende Juli und Anfang August brach die Währung völlig zusammen. Die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung verschlechterte sich von Tag zu Tag. Die Arbeiter verdienten wöchentlich Millionen und holten ihr Geld im Rucksack ab, konnten sich aber kaum trockenes Brot dafür

kaufen. Die Gelddruckereien konnten nicht mehr genügend Papiergeldscheine drucken, so daß die ohnehin völlig unzureichenden Löhne und Gehälter nur teilweise ausgezahlt werden konnten.

Der neue brutale Angriff der Monopole und der Regierung Cuno auf die Existenzgrundlagen der Bevölkerung brachte breiteste Massen der Arbeiter, aber auch der Beamten, der Angestellten, der Angehörigen des städtischen Mittelstandes und Teile des Kleinbauerntums in Bewegung.

In Protestversammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen, durch passive Resistenz in Betrieben und Schächten und in Streiks äußerte sich die Erbitterung der Werktätigen. An der Ruhr traten unter Führung der KPD und der revolutionären Betriebsräte etwa 200 000 Arbeiter in passive Resistenz und in den Ausstand. Besonders umfassend war die Bewegung in Sachsen, wo seit dem 25. Juli die über 30 000 Bergarbeiter des Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenreviers geschlossen streikten. Aber auch in anderen Gebieten, so in Berlin, in Mittel- und Nordwestdeutschland, im Rheinland, in Thüringen und Württemberg, schlugen die Wogen des Massenkampfes immer höher. In einigen Gebieten Deutschlands traten erneut die Landarbeiter in den Streik gegen die Großagrarier.

In den Städten kam es zu einer Vielzahl erregter Kundgebungen gegen die Teuerung, an denen sich zusammen mit kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern Hausfrauen, Rentner, kleinere Beamte, Angestellte, Angehörige der Intelligenz und auch viele Kleinhändler und Handwerker aktiv beteiligten. Viele Einzelhändler traten in den Steuerstreik und schlossen ihre Geschäfte.

In dieser stürmischen Massenbewegung kamen sich die Kommunisten und ein großer Teil der Sozialdemokraten näher. Im örtlichen Maßstab traten vielfach Parteiorganisationen der KPD und der VSPD mit den Gewerkschaften gemeinsam für den Sturz der Regierung Cuno ein. Auf mehreren Betriebsrätekonferenzen, so in Chemnitz, in Frankfurt (Main) und für Rheinland-Westfalen, stimmten kommunistische, sozialdemokratische, christliche und parteilose Arbeiter für den Sturz Cunos. Die von der KPD seit langem erhobene Forderung: Weg mit der Regierung Cuno! wurde zu einer Losung von vielen Millionen Werktätigen.

Unter dem Druck der sozialdemokratischen Arbeiter sprachen sich eine Reihe sozialdemokratischer Parteiorganisationen gegen die weitere Tolerierung der Cuno-Regierung durch die VSPD aus, forderten

den Sturz der Regierung und Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenslage der Massen. Diese Forderungen machte sich auch eine Konferenz von 30 oppositionellen Mitgliedern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu eigen, die am 29. Juli in Weimar stattfand[177]. Die linke Strömung in der Sozialdemokratie gewann weiter an Boden. Unter den linken sozialdemokratischen Führern bestanden jedoch keine klaren Vorstellungen darüber, was nach der Beseitigung der Regierung Cuno geschehen solle. Ein Teil der linken sozialdemokratischen Führer erklärte sich für eine gemeinsame Regierung von Kommunisten und Sozialdemokraten und für Maßnahmen zur Zügelung der Militaristen und Faschisten. Die Mehrzahl dieser Führer trat jedoch für eine Regierung der Weimarer Koalition ein, also für die Zusammenarbeit mit dem Zentrum und der Deutschen Demokratischen Partei auf dem Boden des Weimarer Staates, und lehnte den Kampf um eine Arbeiterregierung ab.

Das Monopolkapital, das Junkertum und die Militaristen versuchten fieberhaft, den Sturz der Regierung zu verhindern. Der Reichstag wurde überstürzt für den 8. August 1923 einberufen, um einige Maßnahmen gegen die schlimmsten Auswirkungen der Inflation zu beschließen und durch entsprechende Manöver die Regierung Cuno zu stützen. Gleichzeitig gingen die Staatsorgane zu rigorosen Maßnahmen gegen die Kommunistische Partei und die Massenbewegung über. In verschiedenen Städten wurde von der aufgeputschten Polizei auf Menschenansammlungen geschossen; dabei wurden zahlreiche Werktätige ermordet. Doch weder Ausnahmebestimmungen, die gegen die revolutionäre Presse und das Recht auf Demonstrationen gerichtet waren, noch die Mobilisierung der Polizei und militaristischer und faschistischer Verbände waren imstande, den Ansturm des arbeitenden Volkes länger aufzuhalten.

In der Sitzung des Reichstages am 10. August stimmten die Fraktionen der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie Regierungsvorlagen zu und sprachen damit der Regierung das Vertrauen aus. Zur gleichen Zeit trat ein Berliner Betrieb nach dem anderen unter Führung der revolutionären Betriebsräte in den Streik. In vielen Teilen Deutschlands, beispielsweise in Hamburg, Kiel, Lübeck, im Ruhrgebiet und in Sachsen, standen Arbeiter seit Tagen im Ausstand. Aus ganz Deutschland kamen Delegationen von Kommunisten, Sozialdemokraten und parteilosen Arbeitern in den Reichstag. Sie unterstütz-

[177] Dokument Nr. 149.

ten die Forderung der Reichstagsfraktion der KPD, die Cuno-Regierung zu stürzen und durch eine Arbeiterregierung zu ersetzen.

Unter dem Druck der Massen, vor allem der Gewerkschaftsmitglieder, kam es am 10. August zu Verhandlungen zwischen Vertretern der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften und der KPD. Als Vertreter der Zentrale der KPD schlug Wilhelm Koenen vor, gemeinsam zum Generalstreik für Mindeststundenlöhne, für den Sturz der Cuno-Regierung und die Bildung einer Arbeiter-und-Bauern-Regierung aufzurufen. Doch die Rechtssozialisten lehnten ab. Mit ihrer Haltung stellten sie sich in Gegensatz zu den Forderungen von Millionen Arbeitern und anderer Werktätiger, in Gegensatz zum Willen auch der Mehrzahl ihrer eigenen Mitglieder. Doch vermochten die rechten sozialdemokratischen Führer damit die Regierung Cuno nicht zu retten.

Am 11. August trat eine vom Berliner Ausschuß der revolutionären Betriebsräte einberufene Betriebsrätevollversammlung zusammen. Annähernd 20 000 Berliner Betriebsräte, unter ihnen Tausende Sozialdemokraten, Vertreter der Berliner Arbeiter, Angestellten und Beamten, beschlossen einen dreitägigen Generalstreik zum Sturz der Regierung Cuno. Sie riefen die Werktätigen ganz Deutschlands auf, den Kampf für die Bildung einer Arbeiterregierung aufzunehmen und für folgende Forderungen in den Streik zu treten:

„1. Sofortiger Rücktritt Cunos.
2. Beschlagnahme der Lebensmittel zur Sicherung der Ernährung.
3. Sofortige Anerkennung der proletarischen Kontrollausschüsse.
4. Sofortige Aufhebung des Verbots der proletarischen Hundertschaften.
5. Sofortige Festsetzung eines Minimalstundenlohnes von 60 Friedenspfennigen für alle Arbeiter und Angestellten.
6. Wiedereinstellung aller Arbeitslosen und Beschäftigung der Kriegsrentner zum vollen Lohn.
7. Aufhebung des Demonstrationsverbots und der Ausnahmeverordnung.
8. Sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen."[178]

Am gleichen Tag begannen die Berliner Arbeiter den Generalstreik. Im übrigen Deutschland trafen die Arbeiter Streikvorbereitungen.

Am 12. August riefen die Zentrale der KPD und der Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte die deutschen Arbeiter auf, sich dem

[178] Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Zentrales Parteiarchiv, D. F. VI/16.

Berliner Generalstreik anzuschließen und für eine Arbeiter-und-Bauern-Regierung in den Generalstreik zu treten.[179]

Unter dem Druck des Beschlusses über den Generalstreik und der Massenbewegung in fast ganz Deutschland vollzog die Führung der Sozialdemokratie nunmehr eine taktische Wendung. Sie sah sich veranlaßt, im Reichstag für den Sturz der Regierung Cuno zu stimmen. Sie tat dies, um sich nicht weiter durch die Tolerierung der bankrotten Regierung zu kompromittieren. Die rechten sozialdemokratischen Führer versuchten, den Sturz der Regierung als das Ergebnis einer parlamentarischen Abstimmung hinzustellen, um die Generalstreikbewegung lähmen, spalten und bürgerlich-parlamentarische Illusionen wieder festigen zu können. Am 12. August erklärte Wilhelm Cuno seinen Rücktritt.

Der Kampf gegen die Cuno-Regierung, den die KPD als einzige deutsche Partei seit dem Beginn der imperialistischen Ruhrbesetzung geführt hatte, brachte einen großen Erfolg. Die von Teilen des Kleinbürgertums in Stadt und Land unterstützte, einheitlich handelnde Arbeiterklasse stürzte diese Regierung, deren gesamter innen- und außenpolitischer Kurs auf die rasche Stärkung der Macht des deutschen Monopolkapitals gerichtet war. In der Tatsache, daß diese machtvolle Aktion gegen den Widerstand der rechten Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsvorstände zustande gekommen war, zeigte sich der beträchtliche Rückgang des Masseneinflusses dieser Führer und die Entwicklung der proletarischen Einheitsfront unter dem Einfluß der KPD.

Die Großbourgeoisie war über diesen Ablauf der Ereignisse bestürzt. Sie wollte mit allen Mitteln verhindern, daß der Generalstreik zu einem unmittelbaren Angriff auf die Grundlagen des monopolkapitalistischen Regimes würde. Bereits am 13. August, mit einer bei Regierungswechseln überraschenden Schnelligkeit, wurde eine Regierung der Großen Koalition unter Leitung Gustav Stresemanns, des Führers der Deutschen Volkspartei, gebildet. Die Regierung bestand aus Angehörigen der Deutschen Volkspartei, des Zentrums, der Deutschen Demokratischen Partei und aus rechten Sozialdemokraten.

Der Teil der herrschenden Klasse, der hinter Gustav Stresemann stand, hielt in dieser Situation die Einbeziehung der Rechtssozialisten in eine Regierung für das zweckmäßigste Mittel, um die Massenbewegung spalten und die volksfeindliche Politik des Monopolkapitals fort-

[179] Dokument Nr. 151.

setzen zu können.[180] Die rechten Führer der VSPD ermöglichten es mit ihrer Regierungsbeteiligung der deutschen Großbourgeoisie erneut, die Machtpositionen entgegen den Interessen der Arbeiterklasse, entgegen den Interessen der ganzen Nation zu behaupten und zu festigen.

Der Eintritt der rechten Führer in die Regierung vertiefte die Krise in der Sozialdemokratie weiter. Ganze örtliche Organisationen und Leitungen der VSPD traten gegen die Bildung der Großen Koalition auf. Der Berliner Bezirksvorstand und 45 Mitglieder der Reichstagsfraktion der VSPD lehnten sie ab. Die meisten linken sozialdemokratischen Führer schwankten jedoch und schreckten davor zurück, gegen die rechten Führer aufzutreten.

Entsprechend einem Aufruf der Zentrale der KPD und des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte, setzten die Berliner Arbeiter den Generalstreik mit dem Ziel fort, alle ihre Forderungen durchzusetzen und dazu den Sturz der Regierung Stresemann zu erzwingen. Am 13. und 14. August traten auch die Arbeiter Hamburgs, der Lausitz, Mitteldeutschlands, großer Teile Sachsens und Thüringens und vieler anderer Gebiete in den Generalstreik. Damit standen etwa drei Millionen Arbeiter und Angestellte im Streik; weitere Hunderttausende waren bereit, sich ihm anzuschließen.

Doch vermochten die rechten Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften in einigen Teilen Deutschlands, wo ihr Einfluß stark war, die Streikfront zu spalten. Der Streik verlor an Geschlossenheit und kam schließlich zum Erliegen. Die Spaltungspolitik der rechten Führer verhinderte einen vollen Erfolg des Generalstreiks.

Jedoch wirkten die Ursachen, die den mächtigen Generalstreik gegen die Cuno-Regierung herbeigeführt hatten, auch nach dessen Abbruch und nach der Bildung der Regierung Stresemann weiter. In Deutschland begann die Entwicklung einer revolutionären Krise.

2. Die revolutionäre Krise in Deutschland im Herbst 1923. Die Niederlage der deutschen Arbeiterklasse und ihre Ursachen

Sofort nach dem Abbruch des Generalstreiks gegen die Cuno-Regierung gingen das deutsche Finanzkapital und die Regierung Stresemann zu einem massiven Angriff auf die Arbeiterklasse über. Die

[180] Dokument Nr. 150.

Unternehmer, die während des Streiks mit Versprechungen über Lohnerhöhungen und andere soziale Maßnahmen nicht gespart hatten, warfen jetzt Tausende Arbeiter wegen ihrer Beteiligung am Generalstreik auf die Straße. Den Hauptschlag richteten die Staatsorgane gegen die revolutionäre Betriebsrätebewegung, deren bedeutenden Masseneinfluß der Generalstreik nachdrücklich bewiesen hatte. Dem Beispiel des sozialdemokratischen preußischen Innenministers Carl Severing, der Mitte August die revolutionäre Betriebsrätebewegung in Preußen verboten hatte, folgte in den nächsten Wochen die Mehrzahl der deutschen Länderregierungen. Hunderte von Kommunisten und anderen revolutionären Arbeitern wurden verhaftet.

Doch war sich das deutsche Monopolkapital darüber klar, daß allein mit brutalem Terror und einigen Beruhigungsmaßnahmen das weitere Anwachsen der revolutionären Bewegung in ganz Deutschland nicht verhindert werden konnte. Die entscheidenden finanzkapitalistischen Gruppen, die hinter der Regierung standen und mit tiefer Furcht die Massenaktionen verfolgten, traten deswegen dafür ein, die Auseinandersetzung mit dem französischen Imperialismus über das Ruhrgebiet unverzüglich zu beenden. Die Kapitulation nach außen sollte die Möglichkeit eröffnen, die ganze Kraft auf den Kampf nach innen, auf die Unterdrückung der deutschen Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen, zu konzentrieren.

Am 26. September verkündete die Regierung den Abbruch des „passiven Widerstandes". Am Tag darauf verhängte der sozialdemokratische Reichspräsident Friedrich Ebert – unter Berufung auf den Artikel 48 der Verfassung – den militärischen Ausnahmezustand über das ganze Reich. Die gesamte vollziehende Gewalt ging damit in die Hände des Reichswehrministers Otto Gessler über. Tatsächlich wurde sie vom Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, ausgeübt. Das waren Schritte zur Aufrichtung einer parlamentarisch verbrämten Militärdiktatur in Deutschland.[181] Sie zeugten von einer tiefen Krise der imperialistischen Staatsmacht. Die herrschende Klasse war nicht fähig, mit den bisher angewandten Mitteln allein weiter ihre Macht zu behaupten und zu festigen.

Gustav Stresemann und die mit ihm verbundenen großkapitalistischen Kreise erstrebten die parlamentarisch-demokratische Tarnung einer Militärdiktatur, weil dies Möglichkeiten eröffnete, die Massen über den tatsächlichen Abbau der demokratischen Rechte und Frei-

[181] Dokument Nr. 158.

heiten hinwegzutäuschen, ja sogar bürgerlich-demokratische Illusionen für die Festigung der Militärdiktatur auszunutzen. Diese Tarnung erleichterte den rechten sozialdemokratischen Führern die aktive Mitwirkung an allen reaktionären Anschlägen der Großen Koalition auf die Volksmassen. Warum Stresemann weiterhin größten Wert auf die Bindung der rechten sozialdemokratischen Führer an den imperialistischen Staat legte, erklärte er später damit, „daß es für die Durchführung vieler der damaligen Gesetze und Aktionen von größter Bedeutung für die Beruhigung der Massen war, daß sie mit der Sozialdemokratie geschah und nicht gegen die Sozialdemokratie“[182].

Angesichts der Schlüsselstellung, die Deutschland im weltweiten Kampf zwischen Imperialismus und Sozialismus einnahm, bezogen jetzt einflußreiche Kreise des britischen, vor allem aber des amerikanischen Finanzkapitals immer offener Stellung für die deutsche Großbourgeoisie. Sie übten auf den französischen Imperialismus Druck aus, um ihn an der Ausnutzung seines Erfolges im Ruhrkampf zu hindern. Diese veränderte Haltung wurde maßgeblich durch die tiefe Unruhe beeinflußt, die der Aufschwung der KPD und der revolutionären Bewegung in Deutschland in den herrschenden Kreisen Großbritanniens und der USA auslöste. Ein möglicher Sieg der Arbeiterklasse und aller anderen demokratischen Kräfte in Deutschland hätte, dessen waren sich diese Kreise bewußt, jeder weiteren Ausplünderung des deutschen Volkes, der Umwandlung Deutschlands in eine Aggressionsbasis des Weltimperialismus gegen die Sowjetunion ein Ende gemacht; er hätte nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution die Positionen des Imperialismus in Mittel- und Westeuropa zutiefst erschüttert. Die Regierung Gustav Stresemann nutzte diese Befürchtungen für die außenpolitische Stärkung des deutschen Monopolkapitals aus. Mit der Behauptung, daß die französische Ruhrpolitik nur zum Sieg des Bolschewismus in Deutschland führe, suchte die Stresemann-Regierung die offene Unterstützung des amerikanischen und des britischen Imperialismus für ihre Politik zu gewinnen.

Allerdings stieß dieser innen- und außenpolitische Kurs der Regierung Gustav Stresemann innerhalb der herrschenden Klasse selbst auf heftigen Widerstand. Zwar waren sich alle Kräfte des deutschen Monopolkapitals und des Militarismus einig in ihrer Feindschaft

182 Gustav Stresemann: Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden. Hrsg. von Henry Bernhard unter Mitarbeit von Wolfgang Goetz und Paul Wiegler, Erster Bd., Berlin (1932), S. 326.

gegen die deutsche Arbeiterklasse, gegen alle demokratischen Kräfte in Deutschland und in ihrem Ziel, das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus zu sichern. Doch verschärften sich nach dem großen Generalstreik gegen die Cuno-Regierung und angesichts der ersten politischen Schritte der Regierung Stresemann unter den großkapitalistischen und militaristischen Kreisen die Gegensätze über die geeignetsten Formen und Methoden des Vorgehens gegen die deutsche Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen und über die Wege zur Behauptung und Festigung der eigenen Machtpositionen. Über bedeutsame Fragen der Innen- und Außenpolitik, auch über den Weg zur Beendigung der Inflation und zur Stabilisierung der Währung, gab es in der Großbourgeoisie heftige Auseinandersetzungen.

Die extreme Reaktion, vertreten durch die Alldeutschen, die Völkischen, die Deutschnationalen und den rechten Flügel der Deutschen Volkspartei, hinter denen vor allem Monopole der Schwerindustrie und militaristische Kräfte standen, trat gegen den Abbruch des Ruhrkampfes durch die Regierung Stresemann auf. Mit dem Ruf nach dem „starken Mann" forderte sie die Errichtung der offenen, unverhüllten Diktatur des Monopolkapitals in Deutschland.[183] Einheiten der mit den reaktionärsten Kreisen eng verbundenen Schwarzen Reichswehr unternahmen am 1. Oktober in Küstrin einen Putsch, der jedoch rasch niedergeschlagen wurde.

In Bayern herrschte die monarchistische Reaktion, die offen separatistische Pläne verfolgte. Die bayrische Regierung ging gegen die Arbeiterklasse und andere demokratische Kräfte noch brutaler vor als die Reichsregierung und bewaffnete die Konterrevolution. Die Regierung Stresemann ließ es geschehen, daß unter Bruch der Weimarer Verfassung die in Bayern stationierte Reichswehrdivision auf die bayrische Regierung vereidigt wurde. Die faschistische Hitlerpartei bereitete einen Putsch gegen die Reichsregierung vor.

Der Abbruch des „passiven Widerstandes" war auch mit einem Wiederaufleben des rheinischen Separatismus verbunden.[184] Einflußreiche westdeutsche Monopolkapitalisten, beispielsweise der Konzernherr Otto Wolff, der Bankier Louis Hagen und der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer, suchten Anschluß an den französischen Imperialismus. Sie beabsichtigten – angesichts des Aufschwungs der revolutionären Bewegung und der Möglichkeit eines Sieges der

[183] Dokument Nr. 154.

[184] Dokument Nr. 152.

Arbeiterklasse in Deutschland –, ihre Macht und ihr Eigentum auf Kosten der Einheit Deutschlands zu retten.

Der Angriff des Großkapitals auf die Werktätigen und der volksfeindliche Kurs der Stresemann-Regierung verschärften die Widersprüche zwischen dem deutschen Monopolkapital und der Masse der deutschen Werktätigen weiter.

Im Herbst 1923 erreichte die Inflation ihren Höhepunkt. Einer Goldmark entsprachen durchschnittlich

im September	23,5	Millionen Mark
im Oktober	6	Milliarden Mark
im November	522	Milliarden Mark
im Dezember	1	Billion Mark.

Doch ein Lohn von mehreren Milliarden Papiermark reichte für den Arbeiter nicht mehr aus, um auch nur seine dringendsten Bedürfnisse zu befriedigen. Für viele Millionen Menschen waren selbst geringe Mengen Brot und Kartoffeln nicht mehr erschwinglich. Millionen Familien gingen ohne Heizmaterial dem Winter entgegen.

In Deutschland herrschte allgemeine wirtschaftliche Zerrüttung. Die Industrieproduktion sank auf etwa ein Fünftel des Vorkriegsstandes. Viele Unternehmer schlossen ihre Betriebe oder schränkten die Produktion wesentlich ein. Im November gab es etwa 3 Millionen Arbeitslose und 3 Millionen Kurzarbeiter, die Unterstützung erhielten. Die Großagrarier sabotierten Lieferungen von Lebensmitteln gegen das wertlose Papiergeld und beschworen damit die Gefahr einer Hungerkatastrophe herauf. Das deutsche Großkapital stieß breiteste Massen der deutschen Werktätigen in ein Elend, dessen Ausmaß selbst die Not während der Hungerzeiten des ersten Weltkrieges und der ersten Nachkriegsjahre übertraf.

Unter diesen Umständen war das Abflauen der Kämpfe nach dem Abbruch des Generalstreiks gegen die Cuno-Regierung nicht von langer Dauer. Die Massen wurden durch ihre elende Lage zu neuen Kämpfen gedrängt. Das konnte auch der Terror, mit dem Unternehmer und Regierung gegen die revolutionären Arbeiter und die revolutionäre Betriebsrätebewegung vorgingen, nicht lange verhindern.

Mitte September begann eine neue Streikwelle: Die Textilarbeiter in Sachsen, die Berg-, Hütten- und Metallarbeiter im Rheinland und im Ruhrgebiet sowie die Bergarbeiter Oberschlesiens traten für Lohnforderungen in den Ausstand.

Besonders eindrucksvoll war der Generalstreik der Arbeiter in Baden Mitte September. Er begann mit einem Streik der Textilarbeiter Lörrachs, die die Wiedereröffnung der von den Unternehmern Anfang September stillgelegten Betriebe, die Enteignung von Produktionssaboteuren und die Legalisierung der Kontrollausschüsse und der proletarischen Hundertschaften durchsetzen wollten. Gegen die Lörracher Arbeiter zog die badensische Regierung unter dem Einfluß des sozialdemokratischen Staatspräsidenten von Baden, Adam Remmele, Sicherheitspolizei zusammen, die die Stadt besetzte, Maschinengewehre aufstellte und Stacheldraht zog. Die Polizei ermordete bei brutalen Überfällen drei Arbeiter und verletzte viele andere schwer. 300 Arbeiter wurden verhaftet. Die Betriebsrätevollversammlung der Arbeiter Lörrachs, an der viele Sozialdemokraten teilnahmen, beschloß einstimmig die Fortsetzung des Streiks und verlangte den Abzug der Sicherheitspolizei. Große Teile der Arbeiterschaft Badens traten in den Solidaritätsstreik. Das zwang die Regierung nachzugeben. Am 24. September, nachdem die Polizeitruppen abgezogen waren, wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Dieser Streik zeigte, daß die Arbeiterklasse auch in politisch weniger entwickelten Bezirken in Bewegung geriet und große kämpferische Entschlossenheit offenbarte.

Obwohl der Eintritt der rechten sozialdemokratischen Führer in die Regierung in Teilen der Arbeiterklasse opportunistische Illusionen verstärkte, ging angesichts der weiteren Verschlechterung der Lebenslage breiter Massen und der Verschärfung des Klassenkampfes das Anwachsen einer linken Strömung in der deutschen Sozialdemokratie weiter. In vielen sozialdemokratischen Parteiorganisationen, vor allem in Berlin, Hessen, Sachsen und Thüringen, aber auch in anderen Teilen Deutschlands, wurde die Koalitionspolitik der rechten Führer auf das heftigste angegriffen. Unter den Mitgliedern und Funktionären der VSPD nahm vielerorts die Bereitschaft weiter zu, zur Verteidigung der sozialen und demokratischen Rechte der Werktätigen mit den Kommunisten zusammenzuwirken.

Unter all diesen Umständen vergrößerte sich der Masseneinfluß der KPD weiter, wenn auch in den verschiedenen Gebieten Deutschlands sehr unterschiedlich. Die Zahl der kommunistischen Fraktionen im ADGB stieg in der Zeit vom Juli bis zum Oktober 1923 von 4000 auf 6000. Im Herbst befand sich etwa die Hälfte der Mitglieder der wichtigsten deutschen Gewerkschaftsverbände unter dem Einfluß der

KPD. Die Partei drängte vielerorts erfolgreich den Einfluß der rechten Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften weiter zurück. Die Mitgliederzahl der Partei stieg schnell. Im Laufe eines dreiviertel Jahres erhöhte sich die Zahl der Parteimitglieder um etwa 50 Prozent und betrug nun fast 300 000.

Gleichzeitig beschäftigten sich viele Parteiorganisationen systematischer mit der Gewinnung der Kleinbauern und der Angehörigen des Mittelstandes für den gemeinsamen Kampf. Der Einfluß des im November 1922 in Berlin unter Führung der Partei gegründeten Bundes schaffender Landwirte stieg. Auch in anderen kleinbäuerlichen Organisationen verstärkte sich der Einfluß der Kommunisten. Diese Entwicklung führte Anfang November 1923 zum Zusammenschluß des Bundes schaffender Landwirte und anderer Bauernorganisationen, so des Reichsbundes für Siedlung und Pachtung und des Badischen Kleinpächterverbandes, zur Arbeitsgemeinschaft der schaffenden Landwirte, Pächter und Siedler. Dem Präsidium dieser Arbeitsgemeinschaft gehörte auch Heinrich Rau an.

Alle diese Tatsachen zeugten davon, daß wichtige objektive Voraussetzungen für einen erfolgreichen Kampf zum Sturz der Regierung Stresemann und zur Bildung einer Arbeiter-und-Bauern-Regierung, einer Koalitionsregierung aus Kommunisten, Sozialdemokraten und anderen demokratischen Kräften, zum Sturz der Macht der Monopolkapitalisten und Militaristen wuchsen. In der herrschenden Klasse existierten beträchtliche Gegensätze über die Wege zur Festigung der Macht des deutschen Imperialismus. Not und Elend von Millionen Unterdrückten und Ausgebeuteten in Deutschland hatten sich in bisher nicht gekanntem Umfange verschärft. Trotz allen Terrors und trotz der Spaltungspolitik der rechten Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften verstärkte sich unter den fortgeschrittenen Teilen der Arbeiterklasse die Bereitschaft zum Kampf. Die revolutionäre Krise entwickelte sich.

Für einen erfolgreichen Kampf der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten bestand im Herbst 1923 auch eine Reihe günstiger internationaler Bedingungen. Vor allem stand die deutsche Arbeiterklasse dem deutschen Monopolkapital und dem mit ihm verbundenen internationalen Imperialismus nicht allein gegenüber, sondern hatte in der rasch erstarkenden Sowjetunion einen mächtigen Verbündeten. In Bulgarien und in Polen gingen tiefgehende revolutionäre Klassenkämpfe vor sich. Unter Führung der Kommunistischen Partei Bul-

gariens, in der Georgi Dimitroff und Wassili Kolaroff maßgeblichen Einfluß besaßen, traten die bulgarischen Werktätigen im September in den bewaffneten Aufstand gegen die faschistische Regierung. Polen wurde im Herbst von einer Welle mächtiger Streiks erschüttert, die bald politischen Charakter annahmen und von verstärkten Kämpfen armer Bauern um Boden begleitet wurden. Als Antwort auf brutale Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung erhoben sich Anfang November die Arbeiter Krakóws zum bewaffneten Kampf.

Die internationale revolutionäre Arbeiterbewegung drückte im Herbst 1923 in vielfältiger Form ihre Solidarität mit dem kämpfenden deutschen Proletariat aus. Die Werktätigen des Sowjetlandes bezeugten ihre tiefe Verbundenheit mit der deutschen Arbeiterklasse in großen Demonstrationen und durch weitere Aktionen praktischer Unterstützung. Die Kommunistische Partei Frankreichs organisierte auf dem Höhepunkt der Klassenauseinandersetzungen in Deutschland im Oktober 1923 Massenversammlungen und rief die Arbeiter und Soldaten auf, einer etwaigen Intervention der französischen Imperialisten und Militaristen gegen eine deutsche Revolution in den Arm zu fallen.

Doch entwickelte sich die revolutionäre Krise in Deutschland nicht geradlinig; den günstigen objektiven Bedingungen stand eine Reihe negativer Umstände entgegen. Entscheidende Gruppen des amerikanischen Finanzkapitals waren fest entschlossen, einen Sieg der demokratischen Kräfte in Deutschland zu verhindern und die angeschlagene Macht des deutschen Monopolkapitals zu stützen. Die hinter der Regierung Stresemann stehenden Teile der Großbourgeoisie bereiteten, nachdem sie durch den Abbruch des „passiven Widerstands" die Hände für den Kampf im Innern freibekommen hatten, zielstrebig die gewaltsame Niederschlagung der revolutionären Bewegung vor; dabei betrachteten sie die Koalition mit der Sozialdemokratie als willkommenen Deckmantel. Die herrschende Klasse besaß – im Unterschied zur Zeit der Novemberrevolution – eine militärische Macht, die einsatzfähig und gut bewaffnet war. Breite Schichten der Werktätigen standen noch im Bann von Chauvinismus und Revanchismus und wurden dadurch an der Erkenntnis der wahren Ursachen ihrer Not gehindert. Schließlich beeinflußten – trotz des beträchtlichen Rückgangs des opportunistischen Einflusses – rechte Führer der VSPD und der Gewerkschaften noch Millionen deutscher Werktätiger und banden sie mit den verschiedensten Mitteln an die imperialistische Staats-

macht. Die Mehrheit der Arbeiterklasse befand sich noch unter opportunistischem Einfluß.

Unter diesen Bedingungen wurde es Aufgabe der KPD, in Aktionen für die Verteidigung demokratischer Rechte und für die Verbesserung der ökonomischen Lage die Einheitsfront der Arbeiterklasse zu schaffen, das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und den anderen werktätigen Schichten herzustellen und – darauf gestützt – den Kampf zum Sturz der Regierung Stresemann und zur Errichtung einer Arbeiter-und-Bauern-Regierung zu führen. Unter den konkreten Verhältnissen des Klassenkampfes in Deutschland und angesichts der beschleunigten Bürgerkriegsvorbereitungen der Konterrevolution, der Reichswehr, der Polizei und der faschistischen Verbände, die sich zur blutigen Niederschlagung der Arbeiterklasse rüsteten, mußte die Partei die Führung der Massenkämpfe mit der Vorbereitung des bewaffneten Kampfes gegen die volksfeindlichen Kräfte verbinden.

Die Zentrale der KPD und das EKKI gingen seit dem Ende des Generalstreiks gegen die Cuno-Regierung davon aus, daß in Deutschland sich in schnellem Tempo die revolutionäre Krise entwickle und daß damit der Entscheidungskampf heranreife. Seit Ende September, seit der Verhängung des Ausnahmezustandes, wurde die Partei, die in vielen Teilen Deutschlands im Grunde unter halblegalen Bedingungen arbeitete, auf die Vorbereitung des Generalstreiks gegen die Militärdiktatur orientiert, aus dem der Kampf zum Sturz der Regierung Stresemann hervorgehen sollte. Die Zentrale forderte alle Parteiorganisationen auf, die Initiative zur Bildung von Aktionsausschüssen der proletarischen Parteien und Organisationen zu ergreifen. Bei der Zentrale wurde ein Militärischer Rat geschaffen, an dessen Spitze Ernst Schneller, der Leiter der proletarischen Hundertschaften in Sachsen, trat.

Ernst Schneller war am 8. November 1890 in Leipzig-Eutritzsch als Sohn eines einfachen Eisenbahnangestellten geboren worden. Seine Familie hatte ihm unter großen persönlichen Opfern das Studium ermöglicht. In den Jahren vor dem ersten Weltkrieg begann er, in der kleinen Erzgebirgsstadt Kirchberg seinen Beruf als Lehrer auszuüben. Seine erste nachhaltige Begegnung mit der aufsteigenden Kraft des Sozialismus hatte der 27jährige Ernst Schneller als Leutnant einer deutschen Landwehreinheit, die 1918 in der Sowjetukraine Besatzungsdienste leistete. Der heldenmütige Kampf der jungen Roten Armee gegen die imperialistischen Eindringlinge, die Treue der Ar-

beiter und Bauern zu ihrem sozialistischen Staat ließen Ernst Schneller, wie er später zurückschauend feststellte, ahnen, daß eine neue Welt, die Welt des Sozialismus, im Entstehen war. Noch als Offizier in der kaiserlichen Armee begann er sich mit den Problemen der Arbeiterbewegung und mit dem Marxismus zu beschäftigen.

Nach der Novemberrevolution, in deren Verlauf er im Soldatenrat seines Regiments aktiv tätig war, nahm Ernst Schneller seine pädagogische Tätigkeit in Schwarzenberg, einem Zentrum der Arbeiterbewegung im westlichen Erzgebirge, wieder auf. Jetzt brach er endgültig mit seiner bürgerlichen Vergangenheit. Er wurde im Frühjahr 1919 Mitglied der SPD. Eigene politische Erfahrungen und die Hilfe der revolutionären Arbeiterschaft brachten ihn bald in enge persönliche und politische Beziehungen zur Schwarzenberger Ortsgruppe der KPD. Unmittelbar nach dem Kapp-Putsch, im April 1920, trat Ernst Schneller der KPD bei. Sein Kampfgeist, seine theoretischen Kenntnisse, seine enge Verbundenheit mit den einfachen Menschen ließen ihn bald zu einem im Erzgebirge bekannten kommunistischen Funktionär werden. 1921 wurde er Sekretär des Unterbezirks Aue-Schwarzenberg der KPD. Als Mitglied des sächsischen Landtags hatte Ernst Schneller mutig und sachkundig gegen die Schulreaktion, für eine demokratische, fortschrittliche Gestaltung des Bildungswesens im Interesse der breiten Volksmassen gekämpft. Seit Anfang 1923 nahm er hervorragenden Anteil am Aufbau und an der Entwicklung der proletarischen Hundertschaften in Sachsen und wurde deren Leiter.

Entsprechend den Parteibeschlüssen gingen viele Parteiorganisationen eine Reihe richtiger politischer Schritte zur weiteren Stärkung der Massenverbindungen der Partei in Vorbereitung der herannahenden Kämpfe.

Auf Initiative der Kommunisten bildeten sich in Hamburg und in zahlreichen Betrieben und Orten des Ruhrgebietes, Sachsens und in anderen Industriegebieten Aktionsausschüsse, in denen sich Funktionäre und Mitglieder der kommunistischen, sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Organisationen zum gemeinsamen Kampf gegen die drohende Militärdiktatur, gegen Faschismus und Massenelend zusammenschlossen. Damit entstanden neue organisatorische Formen der Einheitsfront. Auch auf bezirklicher Ebene fanden vielerorts Zusammenkünfte der Leitungen der KPD, der VSPD und des ADGB statt und wurden Aktionsausschüsse gebildet. Selbst dort, wo die rechten Führer der Sozialdemokratie starken Einfluß ausübten, wider-

setzten sich die sozialdemokratischen Vertreter nicht offen der Bildung solcher Einheitsfrontorgane, sondern versuchten vielmehr deren Tätigkeit von innen lahmzulegen.

In den ersten Oktoberwochen fanden in mehreren Teilen Deutschlands, so in Bayern, Hessen-Waldeck, im Rheinland und in Thüringen, ungeachtet der in den meisten Ländern ausgesprochenen Verbote, Bezirkskongresse der revolutionären Betriebsrätebewegung statt. Unter ihren Teilnehmern waren viele sozialdemokratische und parteilose Arbeiter. Die Kongresse berieten über die Mobilisierung der Massen für den Generalstreik.

Eine Anzahl kommunistischer Parteiorganisationen verband das Ringen um die Einheitsfront, um die Vorbereitung der Massen auf den Generalstreik und auf den bewaffneten Kampf aufs engste mit der Verteidigung von politischen und wirtschaftlichen Tagesforderungen der Werktätigen. In Aktionsausschüssen und Arbeiterversammlungen schlugen Kommunisten Kampfprogramme vor, die unter anderem die Aufhebung des Ausnahmezustandes, die Entwaffnung aller konterrevolutionären Organisationen und die Bewaffnung der proletarischen Hundertschaften, die Sicherung des Achtstundentages, die Einführung einer wertbeständigen Währung, die Enteignung und Bestrafung von Produktionssaboteuren und die Sicherung der Lebensmittelversorgung für die Bevölkerung verlangten und damit die Aufforderung verbanden, für die Errichtung einer Arbeiter-und-Bauern-Regierung zu kämpfen. Die Bezirksparteiorganisation Thüringen erhob in ihrem Programm für die Schaffung einer Landes-Arbeiter-und-Kleinbauern-Regierung[185] konkrete Teilforderungen zur Gewinnung der Bauern wie die nach Zuteilung von Großgrundbesitzerland an die armen Bauern und nach Belieferung der Kleinbauern mit verbilligten Maschinen, Düngemitteln usw. Das war ein für die ganze Partei vorbildlicher Schritt zur Herstellung des Bündnisses der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauern.

Eine große Rolle spielten die kommunistischen Parteiorganisationen im Rheinland und im Ruhrgebiet bei der Abwehr der separatistischen Bewegung, die seit Ende September 1923 offen hervortrat. Als am 30. September 1923 sich Separatisten aus dem ganzen Rheinland, die teilweise bewaffnet waren, in Düsseldorf versammelten, um mit Unterstützung der französischen Besatzungsmacht eine Rheinische Republik auszurufen, stießen sie auf aktiven Widerstand kommuni-

185 Dokument Nr. 153.

stischer, sozialdemokratischer und parteiloser Arbeiter sowie anderer Werktätiger. Kommunisten sprengten mit der Waffe in der Hand die zur Proklamation der Separatistenrepublik einberufene Kundgebung auf den Rheinwiesen. In der Innenstadt Düsseldorfs setzten sich die Kämpfe fort. Sie endeten mit einer völligen Niederlage der Separatisten, an der auch die bewaffnete Einmischung von Besatzungstruppen nichts zu ändern vermochte. Zum Fiasko des Separatistenaufmarsches in Düsseldorf trug bei, daß die Kölner Kommunisten unter Leitung Wilhelm Florins drei vorwiegend von Separatisten besetzte Züge gewaltsam an der Fahrt nach Düsseldorf hinderten und deren Insassen entwaffneten.

Wirksame Solidarität im Ringen gegen den Separatismus erwies die Kommunistische Partei Frankreichs, die in Tausenden Klebzetteln und Flugblättern die Soldaten der Besatzungsarmee zur Unterstützung der um die nationale Einheit kämpfenden deutschen Werktätigen aufforderte. Einfache französische Soldaten ermöglichten es deutschen Kommunisten, sich in den Besitz von Waffen zu setzen, um der separatistischen Bewegung bewaffnet entgegentreten zu können. Französische Soldaten weigerten sich, gegen deutsche Arbeiter vorzugehen, die gegen die Separatistenbanden kämpften.

Die französischen Besatzungsorgane rächten sich und ließen mit Unterstützung deutscher Polizei über hundert deutsche und französische Jungkommunisten verhaften. 57 von ihnen wurden im Juni 1924 von einem französischen Militärgericht in Mainz verurteilt. Der Mainzer Antimilitaristenkongreß zeugte von der brüderlichen Verbundenheit der revolutionären Jugend Deutschlands und Frankreichs im Kampf gegen die gemeinsamen imperialistischen und militaristischen Feinde.

Ende Oktober und Anfang November 1923 unternahmen die Separatisten Putsche in Aachen, Bonn, Koblenz, Trier, Wiesbaden und anderen Orten des Rheinlandes und der Pfalz. Doch schlugen die kommunistischen Organisationen mit Unterstützung sozialdemokratischer und parteiloser Arbeiter und anderer Werktätiger auch jetzt die Separatisten in die Flucht. Zur gleichen Zeit, da einflußreiche Vertreter des deutschen Großkapitals und separatistische Elemente mit französischen Generalen über die Lostrennung wichtiger Gebiete Deutschlands vom deutschen Nationalverband verhandelten, retteten die deutschen Kommunisten zusammen mit anderen deutschen Arbeitern und Werktätigen die staatliche Einheit Deutschlands.

Großen Anteil an allen Kämpfen des deutschen Proletariats an Rhein und Ruhr hatte während des ganzen Jahres 1923 der Leiter des Oberbezirks West der KPD, Walter Stoecker. Am 9. April 1891 in Köln-Deutz geboren, war er in einem von bürgerlich-liberalem Geist erfüllten Elternhaus aufgewachsen. Seine 1907 beginnende Volontärzeit in einer Kölner Maschinenfabrik hatte ihn erstmals mit den Leiden des vom Kapitalismus ausgebeuteten Proletariats, aber auch mit der Kraft der revolutionären Arbeiterbewegung in Berührung gebracht. Gegen den Willen seines Vaters war er 1908 der sozialistischen Arbeiterjugendbewegung beigetreten, zu deren führenden Funktionären in Köln er bald gehörte. 1909, am Tage seines 18. Geburtstages, wurde er Mitglied der deutschen Sozialdemokratie. Als Redakteur an sozialdemokratischen Lokalzeitungen war er in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg in erste Auseinandersetzungen mit Vertretern des Revisionismus geraten. Vor allem 1913 und 1914, als er in Köln und in Leipzig Volkswirtschaft und Geschichte studierte, erwarb er sich gründliche Kenntnisse der marxistischen Theorie. Während des Krieges, auch seit Anfang 1915 als Soldat in der kaiserlichen Armee, war er im Sinne Karl Liebknechts gegen das imperialistische Völkermorden aufgetreten und hatte die Burgfriedenspolitik der rechten sozialdemokratischen Führer bekämpft. 1917 trat er wie Zehntausende andere revolutionäre Arbeiter der USPD bei. In deren Reihen wurde er im Verlauf der Novemberrevolution und der nachfolgenden Kämpfe des Jahres 1919 zu einem bekannten deutschen Arbeiterführer. Im Juli 1919 wurde Walter Stoecker als Mitglied und Sekretär ins Zentralkomitee der USPD kooptiert. In dieser Funktion hatte er in den Auseinandersetzungen mit den zentristischen Führern um den Anschluß der USPD an die Kommunistische Internationale und um die Vereinigung mit der KPD eine führende Rolle gespielt. Auf dem II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, auf dem er mit W. I. Lenin zusammengetroffen war, und auf dem Parteitag der USPD in Halle hatte er entschieden gegen Parteiführer wie Artur Crispien und Rudolf Hilferding Stellung genommen und die Notwendigkeit des völligen Bruchs mit dem Zentrismus begründet. Daß sich die große Mehrheit der Mitglieder der USPD im Rheinland mit der KPD vereinigte, war in hohem Maße ein Verdienst Walter Stoeckers. In der KPD war er auf dem Vereinigungsparteitag und dann wieder auf dem 8. Parteitag zum Mitglied der Zentrale gewählt worden. 1923 oblag ihm die schwierige, verantwortungsvolle Leitung

des nationalen und sozialen Befreiungskampfes in den vom ausländischen Imperialismus besetzten und bedrohten Gebieten des Rheinlandes und des Ruhrgebiets.

Seit dem Beschluß über die Vorbereitung des Kampfes um den Sturz der Regierung konzentrierten die Parteiorganisationen der KPD ihre Hauptkraft immer stärker auf die militärischen Probleme. Der Militärische Rat traf umfassende Aufstandsvorbereitungen und organisierte die Bewaffnung der proletarischen Hundertschaften. Als eines seiner Mitglieder berichtete darüber Walter Ulbricht:

„Aus Suhl, Pirna, Chemnitz und Potsdam wurden Waffen beschafft. Die Arbeiter aus Suhl leiteten einige Waffenlieferungen, die für die reaktionären Mordbanden gedacht waren, zu den Verteilerstellen der KPD. Ein Teil der Waffen wurde gekauft. Einige Soldaten der Potsdamer Regimenter unterstützten die Bewaffnung der Arbeiter. In Chemnitz konnte durch die Wachsamkeit der Eisenbahner auf dem Güterbahnhof ein großer Schuppen voller Kisten mit Gewehren und Munition, die für die Separatisten bereitgestellt waren, entdeckt und die Waffen abtransportiert werden. In Koffern transportierten die Genossen Sprengstoffe aus einem Lager in Berlin-Charlottenburg zu wichtigen Verkehrsknotenpunkten in Mitteldeutschland."[186]

In vielen Parteiorganisationen herrschte eine Atmosphäre gesteigerter Kampfbereitschaft und Aktivität. Viele Tausende Kommunisten scheuten keine Anstrengung, um sich – meist in den Abend- und Nachtstunden – in den Reihen der Hundertschaften Kenntnisse des Waffenhandwerks anzueignen und den bewaffneten Kampf gegen den Klassenfeind vorzubereiten. „Manche Nacht", schrieb Wilhelm Koenen in Erinnerung an diese stürmische Zeit, „ging hin mit militärischen Übungen und mit Übungen an den Waffen, die immer neu und mit größerem Umfang beschafft wurden. Geradezu liebevoll gingen die Proleten mit jeder ihrer Waffen um."[187] „Stets wurden sie", schrieb er an anderer Stelle, „nach Übungen wieder sorgfältig in sicheren Verstecken geborgen. Jedes Mitglied der proletarischen Hundertschaften war sich bewußt, was eine Waffe in seiner Hand bedeutet, daß er für

186 Walter Ulbricht: Die Nachkriegskrise in Deutschland und die Ereignisse des Jahres 1923. In: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. I, Berlin 1963, S. 133.

187 Wilhelm Koenen: So entstanden die proletarischen Hundertschaften. In: Sächsische Zeitung (Dresden), 11. Januar 1956.

ihr gutes Funktionieren zu gegebener Zeit verantwortlich war."[188] Mit viel Tatkraft bereiteten sich auch die Mitglieder der Kommunistischen Jugend Deutschlands an der Seite der KPD auf große Klassenschlachten vor.

Der Militärische Rat arbeitete einen Plan aus, der die konkreten Aufstandsvorbereitungen im wesentlichen auf Sachsen und Thüringen beschränkte. Der Aufstand sollte in diesen beiden Ländern aus der Verteidigung gegen einen Einmarsch der Reichswehr und gegen einen von Bayern ausgehenden Überfall der Faschisten herauswachsen. Im übrigen Deutschland sollte die Partei die Massen zu höchster Kampfbereitschaft mobilisieren und alle Transporte konterrevolutionärer Verbände nach Mitteldeutschland unterbinden. Die Bedeutung solch proletarischer Zentren wie Berlins und des Ruhrgebiets für den Erfolg des Aufstandes wurde jedoch unterschätzt.

Während sie die militärischen und die organisatorischen Vorbereitungen für den bewaffneten Aufstand sorgfältig traf, vernachlässigte die Partei demgegenüber die weitere Entfaltung der Massenkämpfe, vor allem das Ringen um die Einheitsfront der Arbeiterklasse. Heinrich Brandler und andere führende Funktionäre der KPD, die von Karl Radek unterstützt wurden, bremsten die Entfaltung von Massenkämpfen für die Verteidigung der sozialen und demokratischen Rechte der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, um – wie sie erklärten – alle Kraft für den Zeitpunkt des Generalstreiks und des bewaffneten Aufstandes aufzusparen. Nur in vielen Einzelaktionen konnten sich aber die proletarische Einheitsfront und das Bündnis der Arbeiterklasse mit den anderen werktätigen Schichten so machtvoll entfalten, wie es Generalstreik und bewaffneter Kampf erforderten. Eine breite Massenpolitik der Partei wurde auch durch die linksradikalen Auffassungen mancher Funktionäre und durch das Sektierertum der Ultralinken erschwert. Die tiefe Unzufriedenheit breiter Massen mit ihrer Lage und deren Aufbegehren gegen die bestehenden Zustände führten dazu, daß die Partei den Grad der Loslösung der Arbeiter und anderer Werktätiger vom Einfluß der bürgerlichen Ideologie überschätzte. Die großen Sympathien, die Millionen Werktätige im Herbst 1923 den deutschen Kommunisten entgegenbrachten, wurden häufig mit der Bereitschaft der Massen gleichgesetzt, unter Führung der KPD „in den Entscheidungskampf" zu treten. Die Vorbereitung des bewaff-

188 Wilhelm Koenen: Die proletarischen Hundertschaften. In: Das freie Wort (Suhl), 2. Juni 1956.

neten Aufstandes wurde infolgedessen nicht genügend mit dem Kampf um die Durchsetzung der unmittelbaren Tagesinteressen der Werktätigen und mit der Verteidigung der von der herrschenden Klasse aufgehobenen oder bedrohten demokratischen Rechte verbunden. Das Tempo bei der Zuspitzung der revolutionären Krise wurde überschätzt und zugleich die Manövrierfähigkeit der imperialistischen und militaristischen Kräfte nicht immer real beurteilt.

Alle diese Ursachen führten dazu, daß zwar die Masse der Parteiorganisationen, aber nicht Millionen Werktätige außerhalb der Reihen der Partei auf den Generalstreik und den bewaffneten Kampf zum Sturz der Regierung Stresemann und zur Errichtung einer Arbeiter-und-Bauern-Regierung vorbereitet waren.

Besondere Bedeutung für die Klassenauseinandersetzungen im Herbst 1923 hatte die Entwicklung in Mitteldeutschland. In Sachsen und Thüringen bestand ein für die Arbeiterklasse verhältnismäßig günstiges politisches Kräfteverhältnis. Die Einheitsfrontbewegung war hier schon weiter entfaltet als in anderen Teilen Deutschlands. Im Gegensatz zu den meisten deutschen Ländern konnte die revolutionäre Betriebsrätebewegung legal wirken, und ein Drittel aller proletarischen Hundertschaften war hier konzentriert. Beide Länder konnten einen Ausgangspunkt für den siegreichen Kampf der Arbeiterklasse gegen die Militärdiktatur, für die Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Regierung in Deutschland bilden.

Die Regierung Erich Zeigner in Sachsen, die ständig zwischen der Konterrevolution und der kampfgewillten Arbeiterschaft geschwankt hatte, wich nach der Verhängung des Ausnahmezustandes vor dem Druck der reaktionären Kräfte zurück. Sie duldete das Verbot der kommunistischen Zeitungen, der proletarischen Hundertschaften und der Kontrollausschüsse durch den sächsischen Reichswehrkommandeur, Generalleutnant Alfred Müller. Die sozialdemokratische Regierung August Frölich in Thüringen, in der linke Führer bestimmenden Einfluß hatten, verhielt sich ähnlich. Doch in beiden Ländern setzten die fortgeschrittenen Teile der Arbeiterklasse, auch ein beträchtlicher Teil der sozialdemokratischen Mitglieder und Funktionäre, den ersten Schritten zur Errichtung einer Militärdiktatur in Deutschland und der Unentschlossenheit der linken sozialdemokratischen Führer die Forderung entgegen, eine entschlossene Regierung der proletarischen Einheitsfront aus Sozialdemokraten und Kommunisten zu bilden.

Anknüpfend an solche Forderungen und um die proletarischen

Positionen für die bevorstehenden Massenkämpfe zu stärken, beschloß die Zentrale der KPD in Übereinstimmung mit dem EKKI Anfang Oktober 1923 den Eintritt der Kommunisten in die Regierungen Sachsens und Thüringens. Am 10. Oktober in Sachsen, sechs Tage später in Thüringen, wurden Arbeiterregierungen geschaffen, die aus einer Koalition von linken Sozialdemokraten und Kommunisten bestanden. Ministerpräsidenten dieser Arbeiterregierungen waren die Sozialdemokraten Erich Zeigner und August Frölich, zu ihren kommunistischen Ministern gehörten in Sachsen Paul Böttcher und Fritz Heckert, in Thüringen Karl Korsch und Albin Tenner. Heinrich Brandler wurde Leiter der Sächsischen Staatskanzlei, Theodor Neubauer Staatsrat für Gotha.

Während die Regierungsbildung in Sachsen ohne bindende Abmachungen der beiden Parteien zustande kam, vereinbarten die KPD und die VSPD Groß-Thüringens ein gemeinsames Regierungsprogramm[189]. In diesem Programm hieß es, daß die „Sicherstellung der Existenz der werktätigen Bevölkerung und der entschiedenste Kampf gegen den Faschismus, Revanchepolitik, Reaktion und die verfassungswidrige Militärdiktatur“[190] Grundlage der Regierungspolitik sein sollten. Im einzelnen sah das Programm die Verwirklichung einer Reihe demokratischer Forderungen vor wie den Aufbau gemeinsamer republikanischer Notwehren, die Unterstellung der gesamten Polizei unter zuverlässige republikanische Beamte, die Bekämpfung der faschistischen Organisationen und die staatliche Anerkennung der Kontrollausschüsse. Es legte eine Reihe von Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit fest. Eine Durchsetzung dieser richtigen demokratischen Forderungen hätte der Arbeiterregierung die notwendige Massenbasis zu sichern vermocht und die Positionen der Arbeiterklasse im Kampf gegen die konterrevolutionären Kräfte gestärkt.

Die Bildung der Arbeiterregierungen fand in ganz Deutschland ein lebhaftes Echo und wurde in breiten Arbeitermassen als eine Antwort auf die Verbotsmaßnahmen der Reichswehrgenerale und auf die Sammlung der faschistischen Kräfte aufgefaßt und begrüßt. Viele Werktätige in Sachsen und Thüringen erwarteten von den Regierungen entschlossene Maßnahmen zur Linderung der schlimmsten Not und zur Bekämpfung der Konterrevolution. In Thüringen bildeten sich in

189 Dokument Nr. 155.

190 Neue Zeitung (Jena), 13. Oktober 1923.

vielen Städten und größeren Orten Aktionsausschüsse, die sich aus Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und Parteilosen zusammensetzten. Auch in Sachsen entstanden, allerdings nicht so umfassend wie in Thüringen, zahlreiche Aktionsausschüsse. Auf dem Kongreß der proletarischen Hundertschaften Sachsens am 13. Oktober, der wegen des Verbots durch den sächsischen Reichswehrbefehlshaber illegal stattfand, äußerte sich der Wille der besten Teile des sächsischen Proletariats, darunter vieler Sozialdemokraten und Parteiloser, jedem konterrevolutionären Vorstoß mit bewaffneter Gewalt zu begegnen. Von der Stärke der Linksströmung in der Sozialdemokratie zeugte der Verlauf des Bezirksparteitages Chemnitz der VSPD, der in Anwesenheit einer Delegation der Bezirksleitung der KPD stattfand. Der Parteitag setzte den überwiegend aus rechten Sozialdemokraten bestehenden Bezirksvorstand ab, wählte ausschließlich linke Sozialdemokraten in die neue Leitung und appellierte in einem Telegramm an die Landesregierung, vor keiner Drohung der Konterrevolution zurückzuweichen, sondern im Ernstfall den Generalstreik auszurufen und sich an die Spitze des Kampfes der Arbeiter zu stellen.

Doch die Arbeiterregierungen enttäuschten die Hoffnungen der Massen. Der Staatsapparat blieb unverändert. Den Befehlen des Reichswehrkommandeurs folgend, beteiligten sich Polizei- und Justizorgane in Sachsen an der Unterdrückung der kommunistischen Presse, während Kommunisten in der Regierung saßen. Vor allem aber machten die Regierungen in Sachsen und Thüringen, trotz aller bei der Koalitionsbildung getroffenen Absprachen, keine wirksamen Schritte zur unmittelbaren Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter, der werktätigen Bauern, der Angehörigen des Mittelstandes und der Intelligenz, aller von der Inflation schwer getroffenen Schichten, und zur Verwirklichung konsequent demokratischer Maßnahmen. Anstatt, gestützt auf die Gewerkschaften und andere Organe der Arbeiterklasse, die Arbeitsaufnahme in stillgelegten Betrieben und die Ablieferung landwirtschaftlicher Produkte durch die Großagrarier zu erzwingen, begnügte sich das Kabinett Zeigner mit einem Appell an die Unternehmerorganisationen und die Bankkapitalisten Sachsens, zur Verhinderung einer wirtschaftlichen Katastrophe die Regierung zu unterstützen. Die Arbeiterregierungen vermochten deswegen nicht, sich rasch eine feste Vertrauensbasis unter den Arbeitern und den anderen Werktätigen zu schaffen. Dadurch wurde es auch unmöglich, Einfluß in den in Sachsen und Thüringen stationierten Verbänden der Reichs-

wehr und der Polizei zu gewinnen und die Bewaffnung der Arbeiterklasse zu organisieren.

Die großkapitalistischen Kräfte in den beiden Ländern, die hinter sich die Konterrevolution im ganzen übrigen Deutschland wußten, nutzten diese Umstände aus. Sie verstärkten ihre Angriffe auf die Arbeiterregierungen und verlangten von der Reichsregierung, zur Wiederherstellung von „Ruhe und Ordnung" schleunigst die Reichswehr in Mitteldeutschland einmarschieren zu lassen.

Der zugespitzte Klassenkampf verstärkte die Schwankungen der linken sozialdemokratischen Führer. Von den rechten Führern im sozialdemokratischen Parteivorstand unter Druck gesetzt, in bürgerlich-parlamentarischen Illusionen befangen, wichen sie jedem Schritt nach vorn aus und suchten jede selbständige Aktion der Massen zu verhindern.

Die kommunistischen Regierungsmitglieder wurden durch die Konzeption, alle Massenbewegung bis zum „Tag des Entscheidungskampfes" abzubremsen, des notwendigen Rückhalts unter den Massen beraubt, was die Möglichkeiten einer revolutionären Ausnutzung ihrer Regierungspositionen einschränkte. Sie vermochten daher nicht, gestützt auf die Werktätigen, vor allem auch auf die Anhänger der Sozialdemokratie, gegen alle Widerstände rasch Verbesserungen der Lebenslage der Werktätigen und eine Erweiterung der demokratischen Rechte durchzusetzen, und wurden in hohem Maße von der Haltung der linken sozialdemokratischen Führer abhängig. Georgi Dimitroff umriß 1935 in seiner Rede auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale die Fehler der Kommunisten in den mitteldeutschen Arbeiterregierungen folgendermaßen: „... die Kommunisten, die sich an der Regierung beteiligten, hätten ihre Positionen vor allem *zur Bewaffnung des Proletariats* ausnützen müssen. Sie haben das nicht gemacht. Sie haben nicht einmal eine einzige Wohnung der Reichen beschlagnahmt, obwohl die Wohnungsnot der Arbeiter so groß war, daß viele mit Frau und Kind kein Obdach hatten. Sie unternahmen auch *nichts,* um die revolutionäre Massenbewegung der Arbeiter zu organisieren. Überhaupt verhielten sie sich wie *gewöhnliche* parlamentarische Minister im ‚Rahmen der bürgerlichen Demokratie'."[191]

191 Georgi Dimitroff: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus. In: Ausgewählte Schriften, Bd. 2, Berlin 1958, S. 602.

Mitte Oktober 1923 spitzte sich die politische Lage in Deutschland zu. In zahlreichen Städten kam es zu ausgedehnten Hungerunruhen. Bei Hungerdemonstrationen in Berlin, Frankfurt (Main), Gelsenkirchen, Köln, Mannheim, Solingen und in anderen Städten ging die Polizei brutal gegen die Demonstranten vor und tötete und verletzte viele Werktätige.

Am 13. Oktober billigte der Reichstag – auch mit den Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion – ein Ermächtigungsgesetz, das es der Regierung ermöglichte, unter Ausschaltung des Parlaments mit Notverordnungen zu regieren.[192] Damit war ein weiterer Schritt zur Militärdiktatur getan. Die großbürgerliche Presse fiel mit Verleumdungen über die Arbeiterregierungen her und erklärte, ihre Existenz bedrohe die Einheit und Lebensfähigkeit des Staates.

Unter diesen Bedingungen beschleunigte die Regierung Gustav Stresemann die Vorbereitungen für einen Einmarsch der Reichswehr in Sachsen und Thüringen und zur Beseitigung der verfassungsmäßig zustande gekommenen Regierungen dieser Länder. Die Reichswehraktion gegen Mitteldeutschland wurde mit ausdrücklicher Zustimmung rechter sozialdemokratischer Führer, darunter des Reichspräsidenten Friedrich Ebert, vorbereitet, die nicht zu Unrecht die beispielhafte Wirkung des Bestehens kommunistisch-sozialdemokratischer Koalitionsregierungen auf die ganze deutsche Arbeiterklasse fürchteten. Am 21. Oktober begann der Reichswehreinmarsch in Sachsen.

Am Vorabend dieser Reichsexekution, am 20. Oktober, beschloß die Führung der KPD angesichts des unmittelbar bevorstehenden Angriffs der reaktionären Kräfte auf die Arbeiterregierungen, den Generalstreik einzuleiten, aus dem, entsprechend dem Aufstandsplan, die bewaffnete Erhebung zum Sturze der Regierung Stresemann hervorgehen sollte. Der Aufruf an die gesamte deutsche Arbeiterklasse zum Generalstreik und zum Kampf um die Arbeiter-und-Bauern-Regierung sollte von einer Konferenz der sächsischen Regierung mit Vertretern der Betriebsräte, Gewerkschaften und Kontrollausschüsse Sachsens ergehen, die zum 21. Oktober nach Chemnitz einberufen worden war. Es wurde weiter festgelegt, daß am 23. Oktober die bewaffnete Erhebung in Hamburg beginnen sollte, die als Signal für den Aufstand in ganz Deutschland gedacht war.

In der Zentrale der KPD wurde der Entwurf eines Kampfpro-

[192] Dokument Nr. 156 und Nr. 157.

gramms[193] vorbereitet, das der Chemnitzer Konferenz vorgelegt werden sollte und eine Reihe bedeutsamer politischer und ökonomischer Grundsätze für eine Arbeiter-und-Bauern-Regierung enthielt. Sie sahen unter anderem vor: Aufhebung des Belagerungszustandes, Entwaffnung der faschistischen und sonstigen reaktionären Kräfte und umfassende Bewaffnung der Arbeiterschaft, Durchsetzung der Produktionskontrolle, Beschlagnahme des Vermögens und der Betriebe von Landesverrätern, Schiebern und Produktionssaboteuren, Beschlagnahme von Großgrundbesitzerland und seine Übergabe zur Nutzung vor allem an Landarbeiter und Kleinbauern sowie eine Reihe von Maßnahmen zur unmittelbaren Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter, der Kleinbauern, der Angehörigen des Mittelstandes und der freien Berufe. Der Programmentwurf stellte die Aufgabe, die Selbstbestimmung und die Einheit Deutschlands zu erhalten und enge politische und wirtschaftliche Beziehungen mit der Sowjetunion herzustellen.

An der Chemnitzer Konferenz am 21. Oktober 1923 nahmen neben den Vertretern der sächsischen Arbeiterschaft auch Abgesandte der revolutionären Betriebsrätebewegung und von Aktionsausschüssen aus vielen Gebieten Deutschlands teil. Nachdem einige Minister der sächsischen Regierung mehrere Stunden lang über die derzeitige Wirtschaftslage Sachsens und über Pläne der Regierung zur wirtschaftlichen Stabilisierung gesprochen hatten, ergriff Heinrich Brandler das Wort und schlug der Konferenz die sofortige Ausrufung des Generalstreiks vor. Der linkssozialdemokratische Minister Georg Graupe antwortete mit der Forderung, diese Frage nicht zu behandeln, und drohte, daß die Sozialdemokraten andernfalls die Konferenz verlassen würden. Nach langen Verhandlungen wurde lediglich ein Mehrheitsbeschluß über die Bildung einer paritätischen Kommission gefaßt, die bei verschärfter Situation mit der sächsischen Regierung, den Arbeiterparteien und den Gewerkschaften über die Ausrufung eines Generalstreiks verhandeln sollte. Damit war der entscheidende Zeitpunkt für den Beginn des Generalstreiks verpaßt. Die Kommunisten, alle revolutionären Arbeiter in ganz Deutschland warteten vergeblich auf das Signal zum Kampf.

Der Ausgang der Chemnitzer Konferenz zeugte davon, daß die Einheitsfront der kommunistischen und sozialdemokratischen Organisationen und ihrer Führungen erst schwach entwickelt war und nur

[193] Dokument Nr. 159.

wenige Sozialdemokraten in die Vorbereitung der Massenkämpfe einbezogen waren. Auch in Sachsen war es in der kurzen Zeit des Bestehens der Einheitsfront noch nicht gelungen, die opportunistischen Einflüsse der Führung der VSPD so weit zurückzudrängen, daß die sozialdemokratischen Funktionäre und Mitglieder zur sofortigen Organisierung des Generalstreiks bereit gewesen wären. Der Druck des Finanzkapitals und der rechten sozialdemokratischen Führer verstärkte vielmehr im entscheidenden Augenblick die Schwankungen unter jenen linken sozialdemokratischen Mitgliedern und Funktionären, die sich im Kampf gegen den Faschismus und zur Verteidigung bürgerlich-demokratischer Freiheiten den Kommunisten angenähert hatten.

Viele sozialdemokratische und parteilose Konferenzteilnehmer waren von dem Aufruf zum Generalstreik völlig überrascht, weil die Partei die Massen nicht in Teilaktionen systematisch auf den Kampf zum Sturz der Regierung Stresemann vorbereitet hatte. Der Ausgang der Chemnitzer Konferenz veranlaßte die Zentrale, den Beschluß über den Generalstreik und den bewaffneten Aufstand aufzuheben.

In Unkenntnis des Verlaufs der Chemnitzer Konferenz löste – den zuvor gefaßten Parteibeschlüssen entsprechend – die Hamburger Parteiorganisation am 23. Oktober den bewaffneten Aufstand aus.

In Hamburg hatte die Partei, die hier im Laufe des Jahres 1923 auf 18 000 Mitglieder angewachsen war, eine beharrliche Massenpolitik betrieben. In harten Klassenauseinandersetzungen mit der reaktionären Politik des Senats der Hansestadt, der von rechten Sozialdemokraten geleitet wurde, gewann die KPD Sympathien in breiten Arbeitermassen. Im Herbst 1923 entstanden in einer ganzen Anzahl Hamburger Fabriken und Werften Aktionsausschüsse aus kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern. Als am 13. Oktober bekannt wurde, daß die im Hamburger Gebiet stationierten Reichswehreinheiten den Befehl zum Marsch in Richtung Sachsen und Thüringen erhalten hatten, verstärkte sich die Massenbewegung. Am 20. Oktober fanden Erwerbslosendemonstrationen statt, die zu Zusammenstößen mit der Polizei führten. Am 22. Oktober traten, einem Aufruf der Partei folgend, die Arbeiter der meisten Hamburger Werften sowie die Hafen-, Bau- und Holzarbeiter in den Streik. Der gesamte Hamburger Hafen war stillgelegt. In der Stadt herrschte eine gespannte Atmosphäre. Die Streiks und Demonstrationen der Hamburger Arbeiter fanden die Zustimmung vieler Angehöriger der Mittelschichten. Die Hamburger Polizei war der Massenbewegung gegenüber

machtlos. Die Versuche der Polizei, mit Terror gegen die Werktätigen vorzugehen, wurden von den streikenden und demonstrierenden Arbeitern erfolgreich zurückgeschlagen.

Am Abend des 22. Oktober legte die Oberbezirksleitung Nordwest der KPD in Anwesenheit zahlreicher weiterer Parteifunktionäre, besonders der für die militärische Vorbereitung verantwortlichen, endgültig den Plan des bewaffneten Aufstandes fest. Der Plan sah vor, daß mit dem Aufstand in den Arbeitervororten, die Hamburg nördlich umgeben, begonnen werden sollte. Dabei fiel dem Kampf in dem nordöstlich vom Stadtkern gelegenen Vorort Barmbeck eine besondere Rolle zu. Nach der Entwaffnung der Polizei in den Arbeitervierteln sollten die bewaffneten Arbeiterabteilungen ins Zentrum Hamburgs vorstoßen und den Gegner über die Elbe und nach Süden zu abdrängen. Der Plan stellte die Aufgabe, die zentralen Post- und Telegrafenämter, die wichtigsten Bahnhöfe und den Flugplatz zu besetzen. Die Parteiorganisationen und bewaffnete Arbeitereinheiten in der weiteren Umgebung der Stadt sollten die Verkehrsverbindungen unterbrechen und das Heranführen feindlicher Verstärkungen verhindern. Hauptträger der bewaffneten Aktionen sollte der sogenannte Ordnerdienst sein, der aus kampferprobten Kommunisten bestand und den militärischen Kern der proletarischen Hundertschaften bildete. Der Aufstand sollte mit einem schlagartigen Überfall auf die in den Arbeitervierteln gelegenen Polizeireviere beginnen. Dies sollte auch der Selbstbewaffnung der Arbeiter dienen, die vor Aufstandsbeginn lediglich über 19 Gewehre und 27 Pistolen verfügten.

In den Morgenstunden des 23. Oktober stürmten die Kampftrupps der Arbeiter 17 von 26 im Aufstandsplan festgelegten Polizeirevieren und entwaffneten die völlig überraschten Polizisten. Eine halbe Stunde nach Beginn des Aufstandes hatten die Arbeiter etwa 170 Gewehre und viel Munition erbeutet. Die erste Aufgabe des Planes – die Überrumpelung des Gegners und die Selbstbewaffnung – wurde an vielen Stellen erfolgreich gelöst. Vor allem in Barmbeck, wo die Leitung direkt in den Händen Ernst Thälmanns lag, hatten die Kampftrupps im ersten Ansturm die gestellten Ziele erreicht.

In den folgenden Stunden kam es in verschiedenen Teilen Hamburgs, vor allem im Zentrum, zu neuen Arbeiterdemonstrationen. Die Massen strömten auf die Straßen; Kommunisten und andere revolutionäre Arbeiter riefen die Werktätigen zum Generalstreik auf. Die wich-

tigsten Verkehrsmittel wurden zum Stehen gebracht. Doch reichte die Kraft der Partei nicht aus, um die in der Arbeiterklasse und unter den Werktätigen vorhandenen Sympathien für die Aufständischen rasch zur unmittelbaren Beteiligung am Kampf gegen die Konterrevolution zu steigern. Das Fehlen kommunistischer Betriebszellen und einer festen proletarischen Einheitsfront erwiesen sich als ernste Hemmnisse.

Nach den ersten Erfolgen begannen die Aufständischen auf Initiative Ernst Thälmanns in den nördlichen und östlichen Arbeitervororten, vor allem in Barmbeck, mit dem Bau von Barrikaden, um heranrückende Polizeitruppen aufzuhalten. Hierbei wurden die Kampftrupps von zahlreichen Arbeitern, von Angehörigen des Mittelstandes, von Frauen und Jugendlichen tatkräftig unterstützt. Allein im Südteil Barmbecks entstanden in wenigen Stunden 58 Barrikaden. Ein aktiver Teilnehmer, Gustav Gundelach, berichtet über die Kämpfe in Barmbeck: „Bäume wurden gefällt, Pflastersteine aus den Straßen gerissen und zum Bau der Barrikaden benutzt. Die Bevölkerung nahm an diesen Verteidigungsmaßnahmen in den einzelnen Straßen regen Anteil. Männer, auch ältere, und ganz besonders die Frauen halfen, Bäume heranzuschaffen und Steine zu häufen. Arbeiterfrauen sorgten dafür, daß die an den Barrikaden stehenden bewaffneten Kämpfer zu trinken und zu essen bekamen."[194]

Zum Unterschied von der bis dahin üblichen Kampfesweise benutzten die Aufständischen die Barrikaden vorwiegend als Sperren für den Gegner. Das schildert Willi Bredel, der als Funktionär der Kommunistischen Jugend Deutschlands während des Aufstandes wichtige Aufgaben löste, folgendermaßen: Die Arbeiter „kämpften nicht mehr nur auf Barrikaden, sondern verteidigten ihre Arbeiterviertel von den Dächern aus. So wurden Handgranaten und Panzer ... unwirksam. Doch nicht nur das. Glaubten die Polizeitruppen einen Wohnbezirk eingekesselt, und gingen sie nun vor, diesen Aufstandsherd zu liquidieren, fanden sie zu ihrem größten Erstaunen nicht einen einzigen kämpfenden Arbeiter mehr vor. Und ehe sie überhaupt begriffen, was geschehen war, sahen sie sich selbst eingeschlossen und von allen Seiten unter Feuer genommen ... So zog sich der Kampf mit wechselnden Fronten hin; verstummte er an der einen Stelle, flammte er an einer

194 Gustav Gundelach: Mit Ernst Thälmann zusammen in Hamburg. In: Deutschlands unsterblicher Sohn. Erinnerungen an Ernst Thälmann. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1963, S. 60/61.

anderen wieder auf."[195] Bewaffnete Kampftrupps der Arbeiter gingen überraschend zum Angriff vor, was vor allem zur Beschaffung weiterer Waffen und zur Desorientierung des Feindes diente. Diese bewegliche Taktik der proletarischen Kämpfer verwirrte den Gegner, fügte ihm empfindliche Verluste zu und erschwerte es ihm, seine große Übermacht an Menschen und Waffen rasch konzentriert einzusetzen.

Zahlreiche junge Arbeiter und Arbeiterinnen, vor allem Angehörige der Kommunistischen Jugend, aber auch Parteilose, nahmen am Aufstand aktiv teil. Sie stellten, häufig unter Einsatz ihres Lebens, die Verbindungen zwischen einzelnen Kampfbezirken und Barrikaden her und versorgten die bewaffneten Kämpfer mit Munition, Nahrungsmitteln und Sanitätsmaterial.

Nachdem die Arbeiter am ersten Tag alle feindlichen Vorstöße zurückgewiesen hatten, begannen am 24. Oktober die Polizeitruppen, die von außerhalb der Stadt verstärkt worden waren, den allgemeinen Angriff auf die Aufständischen. Der Hauptstoß der Polizei richtete sich gegen Barmbeck. Etwa 6000 mit modernen Waffen ausgerüstete und durch eine Anzahl Panzerwagen unterstützte Polizisten griffen die revolutionären Arbeiter an, von denen nur etwa 300 bewaffnet waren. Die Aufständischen verteidigten sich hartnäckig und mutig, zogen sich vor überlegenen feindlichen Verbänden zurück und fügten durch blitzschnelle Gegenangriffe dem Gegner neue Verluste zu. Den konterrevolutionären Kräften gelang es auch am zweiten Tag nicht, den Aufstand zu unterdrücken.

Am Abend des 24. Oktober fand eine Sitzung der militärischen Leitung des Aufstandes statt, in der die Lage beraten wurde. Es war nun klar, daß der heroische Aufstand der Hamburger revolutionären Arbeiter isoliert geblieben war. Dazu kam, daß die Auswirkungen der Politik Heinrich Brandlers und die Tätigkeit des Sekretärs der Hamburger Bezirksleitung, des Ultralinken Hugo Urbahns, der gegen den Aufstand auftrat, als dieser bereits im Gange war, an einigen Stellen den Aufstand desorganisiert hatten. In dieser Situation wurde beschlossen, den Aufstand abzubrechen. Die Kampfgruppen der Arbeiter zogen sich im Laufe des 25. Oktober in musterhafter Disziplin zurück.

Der Hamburger Aufstand zeugte vom Heroismus der revolutionären deutschen Arbeiter im Kampf gegen Monopolkapital und Mili-

[195] Willi Bredel: Ernst Thälmann. Beitrag zu einem politischen Lebensbild, Berlin 1961, S. 72/73.



Inflation. Der Korb kann kaum die Tageseinnahme einer Zeitungsverkäuferin fassen



Blatt aus George Grosz'
„Die Gezeichneten"



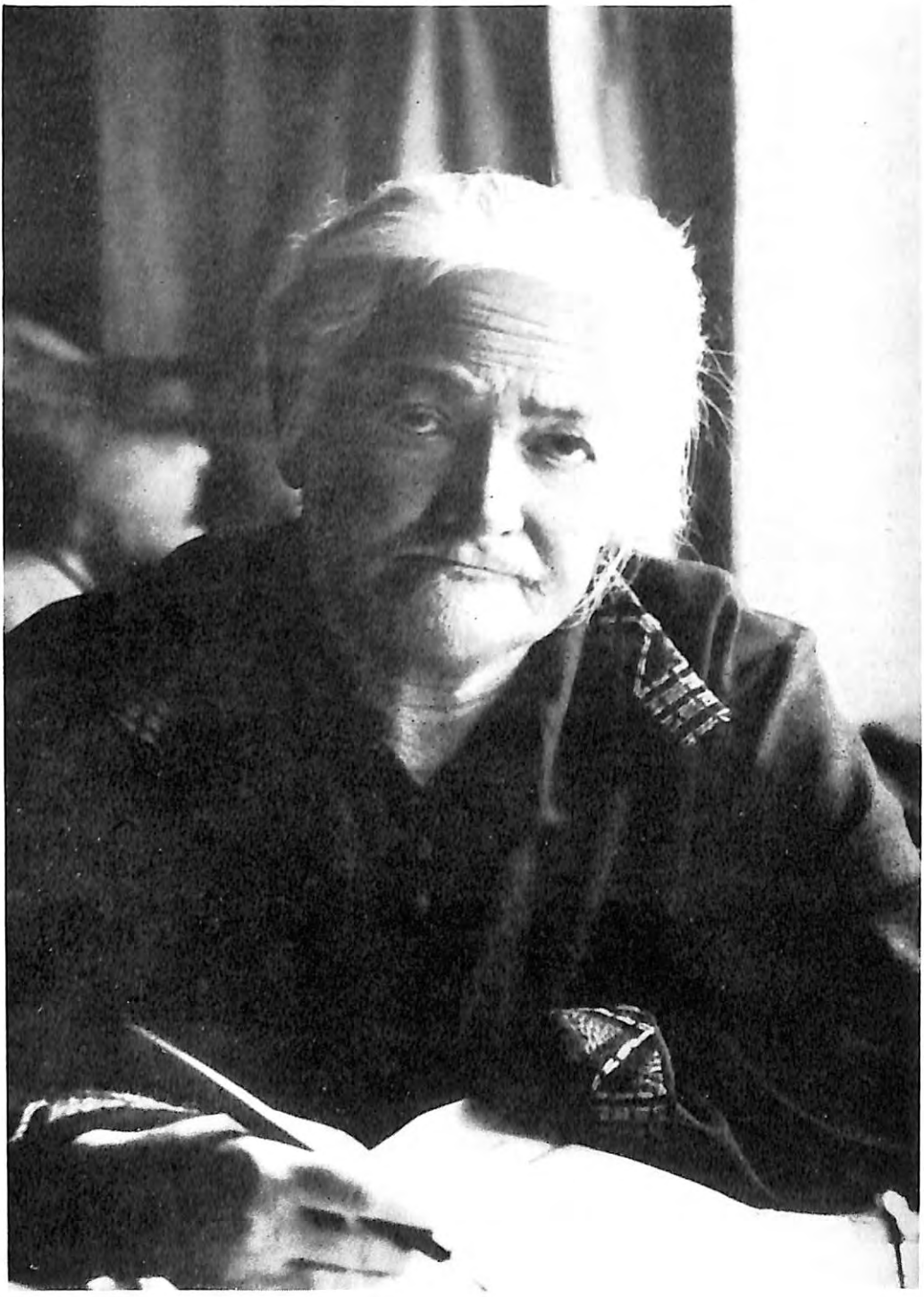
Verteilung von Brot aus Getreidespenden sowjetischer Arbeiter und Bauern
durch die Internationale Arbeiterhilfe in Weimar



Ernst Schneller



Demonstration in Dresden anläßlich des Antifaschistentages, 29. Juli 1923



Clara Zetkin

Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund)
Bezirk Württemberg

Mitgliedskarte

für

Klara Zetkin

Beruf .....

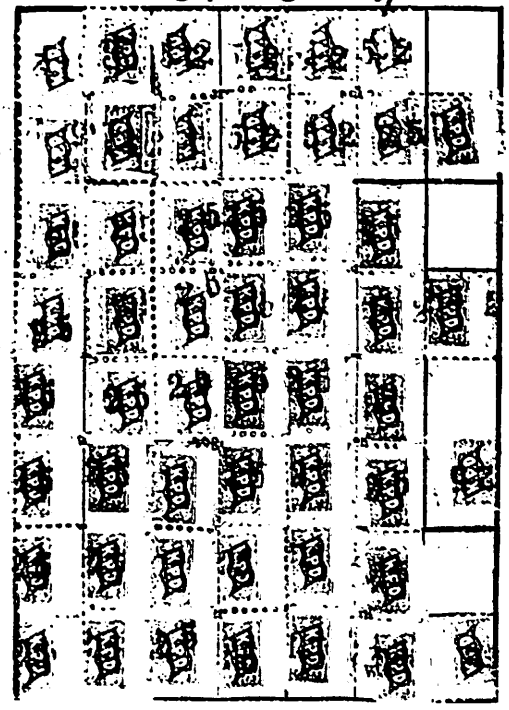
Geburtsdatum 5. Juli 1857

Eingetreten am .....

Wohnung Lilienstr. 8 –
Nikolaushöhe

Schreiber
Der Vorsitzende.

Beitragsquittung für 1919



Clara Zetkins Mitgliedskarte der KPD

Kampf auf der ganzen Linie!

An das deutsche Proletariat!

Die Bourgeoisie, die glaubt, mit dem Proletariat bis ins endlose Schindluder spielen zu können, hat es nun erreicht: Seit 1918 durchbraust keine so elementare wuchtige Bewegung Deutschland wie jetzt. Die tolle Spekulation, das landesverräterische Treiben der großen Konzerne, die Aushungerungspolitik der Junker, die Politik der Bankrottregierung Cuno, die Bankrottpolitik der SPD. und Gewerkschaftsbürokratie, der nackte Hunger und die Verzweiflung haben ungeheure breite Massen spontan in die Bewegung getrieben. Die Berliner Betriebsräte haben gestern einmütig und geschlossen den Generalstreik für Berlin ausgerufen. Sie haben die Bewegung des Berliner Proletariats in die Hände genommen. Sie lassen nicht, wie die verräterische Gewerkschaftsbürokratie, die Massen ohne Führung.

Der Reichsausschuß der Betriebsräte und die Kommunistische Partei Deutschlands ruft die übrige Arbeiterschaft auf, ihre Bewegung mit der mächtigen Bewegung des Berliner Proletariats zu vereinen und den

Generalstreik über ganz Deutschland

auszudehnen.

Der Hunger der Berliner Arbeiter ist der Hunger der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands.

Die Forderungen der Berliner Arbeiterschaft sind die Forderungen des gesamten deutschen Proletariats.

Der Zentralvorstand der SPD. und die Führer des ADGB haben es, wie zu erwarten, abgelehnt, die spontane Bewegung der Arbeiterschaft zu unterstützen und gemeinsam mit der KPD. sich an die Spitze der hungernden Arbeiter zu stellen. Sie wollen auch in dieser Stunde beweisen, daß die Bezeichnung dieser Führer als Agenten der Bourgeoisie die einzig richtige Bezeichnung für sie ist.

Die Verhandlungen, die mit diesen Führern stattfanden, blieben ergebnislos, da sie es ablehnten, sich mit der kämpfenden Arbeiterschaft so solidarisierten.

Die KPD. wird mit allen ihren Kräften die spontane Bewegung des Proletariats unterstützen.

Sie fordert alle ihre Mitglieder und ihre Funktionäre auf, alle Kräfte daran zu setzen, um die Bewegung der Arbeiterschaft einheitlich und geschlossen und klassenbewußt zu führen.

Die KPD. richtet den dringenden Appell an die Mittelschichten, die ebenso hungern wie die Arbeiter, sich nicht gegen die Arbeiterschaft gebrauchen zu lassen.

Die Arbeiter reichen den unter der Herrschaft der großen Konzerne und der Bankrottpolitik der Cunoregierung verzweifelten Mittelschichten brüderlich die Hände. Sie werden nur rücksichtslos gegen jene kämpfen, die mit der großen Bourgeoisie die Arbeiter aushungern und niederschlagen wollen. Zusammen mit dem Proletariat allein ist es möglich, auch Euch vor dem Hungertod zu retten.

Die Kleinbauern und Landarbeiter fordern wir auf, tatkräftig den Kampf der Proletariermassen zu unterstützen.

Der Kampf der proletarischen Massen gegen das Schiebertum, gegen die großagrarischen Auswucherer ist gleichzeitig ein Kampf im Interesse der Kleinbauern und Landarbeiter.

Kein ehrlicher Schupo- und Reichswehrmann darf sich dazu hergeben, seine Waffen gegen Arbeiter zu verwenden.

Es darf nicht vorkommen, daß ein Schupo- oder Reichswehrmann seine Waffe gegen hungernde Arbeiter erhebt.

Arbeiter, Beamte und Angestellte!

Organisiert und schließt die Reihen zum Kampf gegen den Hunger!

Kämpft für Eure Rettung und damit für die Rettung Deutschlands!

Er muß alle Widerstände beseitigen. Er muß, mit eiserner Wucht geführt, die Ziele erreichen, die die Berliner Arbeiter gestellt haben:

1. **Sofortiger Rücktritt Cunos und Auflösung des Reichstages;**
2. **Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung;**
3. **Beschlagnahme der Lebensmittel zur Sicherung der Ernährung;**
4. **sofortige Anerkennung der proletarischen Kontrollausschüsse;**
5. **sofortige Aufhebung des Verbots der proletarischen Hundertschaften;**
6. **sofortige Festsetzung eines Minimalstundenlohnes von 60 Friedenspfennigen für alle Arbeiter und Angestellte;**
7. **Wiedereinstellung aller Arbeitslosen und die Beschäftigung der Kriegsrentner zu vollem Lohn;**
8. **Aufhebung des Demonstrationsverbots und des Ausnahmezustandes;**
9. **sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen!**

Berlin, 12. August 1923.

Die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der 3. Internationale).
Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte.

Aufruf der Zentrale der KPD und des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte zum Generalstreik gegen die Regierung Cuno, 12. August 1923



Reichswehr in Freiberg (Sachsen), Oktober 1923



Barrikaden in Hamburg-Barmbek, dem Zentrum des Aufstandes vom 23. bis 26. Oktober 1923

tarismus im Herbst 1923. Er gab ein Beispiel dafür, daß bewaffnete Proletarier bei entschlossener Führung sich auch gegen eine überlegene, gut organisierte und stark bewaffnete konterrevolutionäre Staatsmacht mit Erfolg behaupten können.

Obwohl die rechten Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften in einer Front mit den Militaristen standen, kam es auf die Nachricht vom Einmarsch der Reichswehr in Sachsen hin und in Solidarität mit den heldenhaften Hamburger Barrikadenkämpfern zu teilweise mehrere Tage andauernden Streiks in Bremen, Frankfurt (Main), Rostock und anderen Orten. Doch blieben diese Kämpfe, die sich auf Initiative der örtlichen kommunistischen Leitungen entwickelten, isoliert.

Während ihres Einmarsches in Sachsen ging die Reichswehr brutal gegen die Werktätigen vor. Bei der Besetzung Freibergs eröffneten Truppen rücksichtslos das Feuer auf die gegen den Reichswehrterror demonstrierenden Arbeiter, ermordeten 34 von ihnen und verwundeten über 50 schwer. Auch an anderen Orten wurde auf Werktätige geschossen, viele revolutionäre Arbeiter wurden inhaftiert.

Während der Terror gegen die sächsische Arbeiterschaft tobte, richtete am 27. Oktober 1923 Reichskanzler Gustav Stresemann ein Ultimatum an den sächsischen Ministerpräsidenten Erich Zeigner, in dem der Reichskanzler den Rücktritt der Landesregierung innerhalb von 24 Stunden forderte. Als dies von der Regierung Zeigner abgelehnt wurde, unterschrieb am 29. Oktober der sozialdemokratische Reichspräsident Friedrich Ebert eine auf den Artikel 48 der Weimarer Verfassung gestützte Verordnung, nach der die verfassungsmäßig gebildete und von einem Sozialdemokraten geleitete sächsische Regierung aufgelöst und das reaktionäre Reichstagsmitglied Rudolf Heinze von der Deutschen Volkspartei zum Reichskommissar in Sachsen ernannt wurde. Mitte November traten auch die kommunistischen Minister der thüringischen Arbeiterregierung zurück.

Gegen den weißen Terror und zur Verteidigung der sächsischen Arbeiterregierung riefen die Arbeiterparteien in Sachsen am 29. Oktober zum Generalstreik auf, dem auch Teile der Arbeiterklasse, so im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier, folgten. Doch kam es weder in Sachsen noch im übrigen Deutschland zu breiteren Widerstandsbewegungen gegen die Reichsexekution. Der Parteivorstand der VSPD tat alles, um jede Aktion zur Verteidigung der einfachsten demokratischen und sozialen Rechte der Werktätigen zu unterbinden. Die Ver-

nachlässigung aller Teilaktionen seit dem Generalstreik gegen die Cuno-Regierung erschwerte es jetzt der KPD, auch nur Verteidigungskämpfe auszulösen. Unter den revolutionär gesinnten Arbeitern löste das fast völlig kampflose Zurückweichen vor dem Reichswehrangriff tiefe Enttäuschung und zeitweilig Verwirrung aus.

Mit der Besetzung Sachsens und dem anschließenden Einmarsch der Reichswehr in Thüringen begann die Konterrevolution in ganz Deutschland einen Terrorfeldzug gegen die Arbeiterklasse. Die Kommunisten, die revolutionären Arbeiter wurden überall verfolgt, die kommunistische Presse wurde verboten. Tausende Kommunisten, Sozialdemokraten und Parteilose wurden eingekerkert und in der folgenden Zeit zu langjährigen Zuchthaus- und Festungsstrafen verurteilt. In Hamburg gingen die Staatsorgane besonders rücksichtslos vor und verhafteten fast 1000 Arbeiter, von denen der größte Teil vor Gericht gestellt und verurteilt wurde.

Am 8. November löste die Hitlerpartei in München einen Putsch aus. Die Reichsregierung wurde für abgesetzt erklärt und die Bildung einer Regierung verkündet, der Adolf Hitler, Erich Ludendorff und andere extreme Reaktionäre angehören sollten. Die Putschisten planten, alle Arbeiterorganisationen und demokratischen Kräfte terroristisch zu unterdrücken. Doch wurde der Hitlerputsch schon am folgenden Tage niedergeschlagen. Bei den Auseinandersetzungen im Lager der herrschenden Klasse setzten sich in der Folgezeit jene Kräfte durch, die – auch um einem erneuten Aufflammen von Massenkämpfen vorzubeugen – die Machtpositionen des Monopolkapitals festigen wollten, ohne die Formen des bürgerlichen Parlamentarismus offen preiszugeben.

General von Seeckt, dem am 8. November vom Reichspräsidenten Diktaturvollmachten übertragen worden waren, benutzte alle staatlichen Machtmittel zur Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung. Die Organe der proletarischen Einheitsfront, die Aktionsausschüsse, die proletarischen Hundertschaften, die revolutionäre Betriebsrätebewegung und die Kontrollausschüsse, wurden weitgehend zerschlagen.

Am 23. November wurde die Kommunistische Partei Deutschlands verboten. Ebenso wurde die Tätigkeit der Kommunistischen Jugend Deutschlands und aller mit der KPD verbundenen Massenorganisationen untersagt. Die Kommunisten waren gezwungen, in die Illegalität zu gehen. Unter außerordentlich komplizierten Bedingungen setzte

die Partei ihren Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse, der ganzen Nation mutig fort und begann die Auseinandersetzung mit den Fehlern in ihrer Politik im Jahre 1923 und dem Opportunismus Heinrich Brandlers und seiner Anhänger.

Den Schlag gegen die revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse begleitete der Abbau wichtiger sozialer und demokratischer Rechte. Unter der Militärdiktatur General von Seeckts wurde das Streikrecht aufgehoben und mit der faktischen Abschaffung des Achtstundentages eine wichtige Errungenschaft der Novemberrevolution beseitigt.

Das Monopolkapital hielt es jetzt für zweckmäßig, die Inflation zu beenden. Die vom Monopolkapital und den Großagrariern mit der Inflation angestrebten Ergebnisse waren erreicht. Die Lasten des Krieges und der militärischen Niederlage waren weitgehend auf die Massen abgewälzt; das Nationaleinkommen war zugunsten der Monopole umverteilt. Ein Abschluß der Inflation entsprach nun den Interessen der herrschenden Klasse, weil nur so eine baldige neue Revolutionierung der Massen verhindert und die politische Labilität des Kapitalismus in Deutschland überwunden werden konnte. Schließlich war eine Festigung der deutschen Währung auch die Voraussetzung dafür, daß das deutsche Monopolkapital größere Dollaranleihen des amerikanischen Finanzkapitals erhalten konnte.

Nachdem schon im September die Reichsregierung Maßnahmen zur Stabilisierung der Währung beschlossen hatte, wurde Mitte Oktober auf Grund des Ermächtigungsgesetzes die Deutsche Rentenbank errichtet. Ab 15. November wurde mit der Ausgabe der Rentenmark begonnen, einen Tag später die Notenpresse stillgelegt. Das Papiergeld blieb zunächst neben der wertbeständigen Rentenmark gesetzliches Zahlungsmittel. Hjalmar Schacht, der durch eine Notverordnung als Währungskommissar mit außerordentlichen Vollmachten eingesetzt worden war, wurde im Dezember gleichzeitig zum Reichsbankpräsidenten ernannt. Durch Steuerverordnungen auf Grund des Artikels 48 der Verfassung, die die Umstellung der Steuern auf Goldmark vorsahen, durch Erhöhung der Arbeitszeit für Arbeiter und Beamte, Festlegung niedriger Goldmarklöhne und -gehälter und andere Maßnahmen auf Kosten der breiten Massen der Werktätigen wurde Ende 1923/Anfang 1924 die Währung stabilisiert.

Die Klassenkämpfe dieser Periode endeten mit einer Niederlage der deutschen Arbeiterklasse. Damit waren die innenpolitischen Voraussetzungen für das verstärkte Eindringen des amerikanischen

Finanzkapitals in Deutschland, für die relative Stabilisierung des Kapitalismus und für das weitere Wiedererstarken des deutschen Imperialismus und Militarismus geschaffen.

Die Hauptursache dafür, daß es den monopolkapitalistischen und militaristischen Kräften gelang, auch im Herbst 1923 ihre Macht gegen den Ansturm der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Schichten zu behaupten, lag in der Politik der rechten Führer der VSPD und der Gewerkschaften. Sie halfen der deutschen Großbourgeoisie dabei, aus der tiefsten Krise der monopolkapitalistischen Staatsmacht nach der Novemberrevolution wieder herauszukommen. Die Erschütterung der Macht des deutschen Monopolkapitals führte im Herbst 1923 auch zu einer Vertiefung der Krise in der Sozialdemokratie. Doch war der opportunistische Einfluß auf beträchtliche Teile der Arbeiterklasse noch stark genug, um den einheitlichen, geschlossenen Kampf des ganzen deutschen Proletariats zur Durchsetzung seiner Klasseninteressen und der Interessen der ganzen Nation zu verhindern.

Die Kommunistische Partei Deutschlands war 1923 die einzige Kraft in Deutschland, die der deutschen Arbeiterklasse und dem deutschen Volk den Weg zur nationalen und sozialen Befreiung wies. Zugleich machte der Verlauf des Klassenkampfes in diesem Jahre besonders deutlich, daß die Entwicklung der Partei zur führenden Kraft der Arbeiterklasse und der Nation ein langwieriger, komplizierter Prozeß war.

In den Jahren nach dem III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale hatte die Partei große Erfolge bei der Anwendung der leninistischen Massenpolitik, vor allem der Einheitsfrontpolitik, in Aktionen erzielt, die ihrem Charakter nach Verteidigungskämpfe waren. Doch reichten, wie die Ereignisse im Herbst 1923 bewiesen, diese Erfahrungen und die innere Festigkeit der Partei nicht aus, um die ungleich schwierigeren Aufgaben des Kampfes um die Erringung der politischen Macht in Deutschland zu meistern. Die revolutionären Kräfte hatten es noch nicht genügend gelernt, die Mehrheit der Arbeiterklasse und breite Massen der Bauernschaft an den Kampf zur Beseitigung der Macht des deutschen Imperialismus und Militarismus und zur Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Regierung heranzuführen.

In der zugespitzten Situation des Jahres 1923 zeigte sich zugleich völlig klar, daß die Partei noch keine politisch-ideologisch fest ge-

schlossene Kraft war und noch keine einheitliche, erfahrene Führung besaß. Die Partei wurde durch die opportunistische Politik Heinrich Brandlers und seiner Anhänger an der Lösung der ihr gestellten Aufgaben gehindert. Gleichzeitig fügte die Politik der Ultralinken um Ruth Fischer und Arkadi Maslow der Partei schweren Schaden zu.

Der Ausgang der Kämpfe der revolutionären Nachkriegskrise vermittelte der deutschen Arbeiterklasse erneut die Lehre, daß der Sieg ohne eine zielklare, kampfgestählte und einheitliche Partei, eine Partei, die fähig ist, die Einheitsfront der Arbeiterklasse und das Bündnis des Proletariats mit den werktätigen Bauern herzustellen, nicht errungen werden kann. Im Kampf gegen alle Einflüsse der bürgerlichen Ideologie mußte in der Partei der Leninismus zum Siege geführt und die KPD zu einer marxistisch-leninistischen Partei nach dem Vorbild der sowjetischen Kommunistischen Partei entwickelt werden.

In den großen Klassenschlachten und den harten ideologischen Auseinandersetzungen dieser Periode waren in der deutschen Arbeiterklasse und in ihrer Vorhut hervorragende revolutionäre Kräfte gewachsen. Das war die Voraussetzung dafür, daß die KPD wichtige Lehren dieser Periode rasch zu ziehen und im Verlauf einer historisch kurzen Frist eine leninistische Parteiführung unter Leitung Ernst Thälmanns zu schaffen vermochte.

Dokumente

1

Funkspruch W. I. Lenins „An alle! An alle!" vom 12. November 1917

An alle! An alle!

Der Gesamtrussische Sowjetkongreß hat eine neue, eine Sowjetregierung gebildet. Die Kerenskiregierung ist gestürzt und verhaftet. Kerenski ist geflüchtet. Alle Behörden sind in den Händen der Sowjetregierung. Am 29. Oktober begann ein Aufstand der Offiziersschüler, die am 25. Oktober auf Ehrenwort freigelassen worden waren. Der Aufstand wurde am selben Tage unterdrückt. Kerenski und Sawinkow sind mit Offiziersschülern und einem Teil der Kosaken durch betrügerische Manöver nach Zarskoje Selo vorgedrungen. Die Sowjetregierung hat zur Unterdrückung des neuen Kornilowschen Marsches auf Petrograd Kräfte mobilisiert. Flotteneinheiten, mit dem Panzerkreuzer „Respublika" an der Spitze, sind nach der Hauptstadt beordert worden. Die Offiziersschüler und die Kosaken Kerenskis schwanken. Bei uns treffen Gefangene aus dem Lager Kerenskis ein, die versichern, daß die Kosaken betrogen wurden und nicht schießen werden, wenn sie erfahren, worum es geht. Die Sowjetregierung ergreift alle Maßnahmen, um ein Blutvergießen zu verhüten. Sollte es nicht gelingen, ein Blutvergießen zu vermeiden, sollten die Truppen Kerenskis doch schießen, so wird die Sowjetregierung vor schonungslosen Maßnahmen zur Unterdrückung des neuen Kerenski-Kornilowschen Vorstoßes nicht zurückschrecken.

Wir bringen zur Kenntnis, daß der Sowjetkongreß, dessen Teilnehmer bereits abgereist sind, zwei wichtige Dekrete angenommen hat: 1. über den sofortigen Übergang aller Ländereien der Gutsbesitzer an die Bauernkomitees und 2. über das Angebot eines demokratischen Friedens.

Der Vorsitzende der Sowjetregierung
Wladimir Uljanow (Lenin)

W. I. Lenin: Funkspruch des Rats der Volkskommissare, 30. Oktober (12. November) 1917.
In: Werke, Bd. 26, Berlin 1961, S. 265.

2

Das erste Echo der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in der deutschen Arbeiterklasse im November 1917

Aus dem Artikel der „Leipziger Volkszeitung"
„Proletarische Diktatur in Rußland" vom 9. November 1917

Mit fiebernder Spannung wird das Proletariat Deutschlands die weitere Entwicklung der Dinge in Rußland verfolgen. Mit all seinen Sympathien

wird es auf der Seite der kämpfenden Klassengenossen des großen Ostreiches stehen. Der Sieg des Proletariats in Rußland wäre ein gewaltiger Erfolg, der die Arbeiterbewegung der ganzen Welt befruchten müßte. Und dieser Erfolg wäre zugleich ein gewaltiger Fortschritt der Friedensarbeit. Aber natürlich kann der Frieden nicht das Werk der russischen Arbeiter allein sein. Die neue Phase der russischen Revolution bedeutet eine erneute ernste Verpflichtung der deutschen Arbeiterklasse wie der aller anderen am Krieg beteiligten Länder. Die Hand, die die russische Regierung ausstreckt, muß die offene Hand der Mittelmächte finden. Die erhöhte Einwirkung auf die Regierung Hertling, daß sie sich zu einem Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen offen bereit erkläre, das ist jetzt die dringende Pflicht des deutschen Proletariats.

Leipziger Volkszeitung, 9. November 1917.

Aus dem Artikel des „Vorwärts"
„Rußland für Waffenstillstand und Frieden" vom 13. November 1917

Die neue russische Regierung geht mit wahrhaft revolutionärer Entschiedenheit auf ihr Ziel los. Sie schlägt einen sofortigen Waffenstillstand an allen Fronten vor. Der Waffenstillstand soll drei Monate dauern, und in dieser Zeit sollen in einem neutralen Lande Verhandlungen zur Herbeiführung eines allgemeinen Friedens geführt werden. Die allgemeinen Grundsätze, die nach russischer Auffassung für diesen Frieden maßgebend sein sollen, werden des näheren ausgeführt...

Die Frage steht heute für die Regierungen so, ob sie bereit sind, einen Waffenstillstand für drei Monate abzuschließen, um in die Erörterung der Friedensfrage auf Grund des russischen Vorschlags, aber ohne Bindung an ihn, einzutreten. Diese Frage kann nicht mit Wenn und Aber beantwortet werden, sondern nur mit Ja oder Nein. Für die deutsche Regierung kann sie gar nicht anders lauten als Ja!...

Wir deutschen Sozialdemokraten sehen in den russischen Bolschewiki keine Männer, deren Theorien in jedem Punkte richtig und deren Methoden in allen Ländern anwendbar wären, aber wir sehen in ihnen Sozialisten und Klassengenossen, und da erkennen wir gerne an, daß ihre erste Tat nach ihrer Ankunft in der Macht des Sozialismus durchaus würdig ist. Diese Anerkennung wird uns dadurch erleichtert, daß das russische Manifest selbst ein rein sozialistisches Dokument ist, das alles Trennende des Richtungsstreits beiseite läßt und die Verdienste der deutschen Arbeiterklasse um den Sozialismus nicht verkennt.

Vorwärts (Berlin), 13. November 1917.

Aus dem Artikel Clara Zetkins
„Das Friedenswerk der russischen Revolution" vom 16. November 1917

Das Friedenswerk der russischen Revolution hat für die Völker eine neue, entscheidungsschwere Situation geschaffen ... Der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat hat zusammen mit dem Bauernrat und mit Unterstützung von Land- und Marinetruppen die vorläufige Koalitionsregierung gestürzt, die meisten Minister gefangengesetzt – ob der Diktator Kerenski dieses Schicksal teilt oder entkommen ist, weiß man im Ausland noch nicht – und die ganze Regierungsgewalt in die Hand des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte gelegt. Der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat besteht in seiner übergroßen Mehrzahl aus radikalen Sozialisten der Partei der Bolschewiki oder Maximalisten, die nie mit den bürgerlichen Linksparteien paktiert, sondern von Anfang an die Auffassung vertreten hat, die Existenz und das Werk der Revolution könne nur durch die Diktatur des Proletariats und die Übernahme der ganzen Regierungsgewalt durch die Arbeiter- und Soldatenräte sichergestellt werden. Die Revolution in Petersburg und ihr Sieg ist der Triumph der konsequent festgehaltenen und durchgeführten grundsätzlichen und taktischen Auffassungen der Bolschewiki ... Hinter den bolschewistischen Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat ist der Kongreß aller russischen Arbeiter- und Soldatenräte getreten, der zur Zeit in Petersburg tagt und im Namen von 10 Millionen Soldaten und des gesamten Proletariats sprechen darf ...

Zum zweitenmal tritt die revolutionäre Demokratie, tritt ihr voran das revolutionäre Proletariat Rußlands als Preisfechter des Friedens vor die Völker. Der Kampf für den Frieden wird die Kraftprobe der Reife und Macht sein. Ein Kampf von größter Tragweite und weltgeschichtlicher Bedeutung ... Der Friede ist in greifbare Nähe gerückt, wenn die heiße Friedenssehnsucht der Völker sich zum bewußten Friedenswillen zusammenballt, der Geschichte macht, wie er sie machen muß.

Leipziger Volkszeitung, 16. November 1917.
Clara Zetkin: Das Friedenswerk der russischen Revolution.
In: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. I,
Auswahl aus den Jahren 1889 bis 1917.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1957, S. 766/767, 769.

Aus Berichten von Veteranen der deutschen Arbeiterbewegung

Die Nachricht von der siegreichen Revolution der russischen Arbeiter und Soldaten wurde in den Novembertagen des Jahres 1917 von den Arbeitern und Angestellten der Berliner Rüstungsbetriebe mit großer Freude aufgenommen. Besonders im Betrieb der Daimler-Motoren-Ge-

sellschaft in Berlin-Marienfelde, in dem zahlreiche Abkommandierte der Kriegsmarine als Schmiede und Schlosser beschäftigt waren, löste die Nachricht spontane Begeisterung aus, weil man mit dem proletarischen Sieg in Rußland die Hoffnung auf baldige Beendigung des bereits über drei Jahre währenden Krieges verband. Aber es war sehr schwer, Genaues über die Verhältnisse in der jungen Sowjetrepublik zu erfahren, da die deutsche Heeresleitung keine Nachrichten durchließ.

Originalbericht von C. Keuscher.
Zit. nach: Albert Norden: Zwischen Berlin und Moskau.
Zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen,
Berlin 1954, S. 77/78.

Dann kamen aus Petersburg die Nachrichten vom siegreichen Aufstand der russischen Arbeiter, Soldaten und Bauern. Die Errichtung der Sowjetmacht gab uns Krupp-Arbeitern neuen Elan und neue Siegeszuversicht! Trotz des Wütens der Militärgerichte fanden überall Kleinstversammlungen statt und nahmen zu diesen Ereignissen Stellung. Auf ihnen wurden Solidaritäts- und Sympathie-Resolutionen angenommen und unseren russischen Arbeitsbrüdern die Kampfesgrüße der Krupp-Arbeiter übermittelt.

Josef Orlopp: Der Munitionsarbeiterstreik 1917 in Essen.
In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung,
Bd. I, Die Novemberrevolution 1918 und die deutschen Gewerkschaften, 2. Halbband, 1918,
Erinnerungen von Veteranen der deutschen Gewerkschaftsbewegung
an die Novemberrevolution (1914–1920),
Berlin 1958, S. 136.

Als im November 1917 bei uns bekannt wurde, daß die russischen Arbeiter endgültig ihre Unterdrücker verjagt hatten, wurde es in den Berliner Betrieben wieder rebellisch. Auch die Arbeiter des Betriebes Dr. Paul Meyer verlangten spontan eine Betriebsversammlung. Als kein Referent kam, meinten die Kollegen: „Cläre, mach du's!" Ich war zwar nicht darin geübt, Referate zu halten, aber ich faßte Mut und schilderte die Lage der Arbeiterschaft: die Not, den Hunger, das Leid um die vielen Gefallenen und Krüppel. Als Ausweg riet ich: „Macht es unseren russischen Brüdern nach, macht Schluß mit dem Kriege! Im Osten geht die Sonne auf!"

Cläre Casper-Derfert: „Steh auf, Arthur, heute ist Revolution!"
In: Vorwärts und nicht vergessen. Erlebnisberichte
aktiver Teilnehmer der Novemberrevolution 1918/1919.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1958, S. 294.

Während des Krieges war ich bei der Kriegsmarine. Im November 1917, als Lenin den weltgeschichtlichen Funkspruch: „An alle – An alle!" durch den Äther gab, da horchten auch die Matrosen und die Werftarbeiter auf.

Ich war damals für kurze Zeit auf der Werft in Kiel und kann mich erinnern, daß auf dem in der Werft in Kiel zur Reparatur liegenden Schlachtschiff „Seydlitz" die rote Fahne und ein Kohlensack statt der Kriegsflagge gehißt wurden. Ebenfalls hörte ich damals, daß auf einem in der Neptunwerft liegenden Kriegsfahrzeug von Werftarbeitern die rote Fahne gehißt worden war.

Originalbericht von C. H. Hesse.
Zit. nach: Albert Norden: Zwischen Berlin und Moskau,
Berlin 1954, S. 78.

Aus dem Bericht des Polizeipräsidenten von Berlin
über Friedenskundgebungen der USPD am 18. November 1917

Die Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei hatten für den 18. des Monats, nachmittags zwei Uhr mit der Tagesordnung „Der Friedensvorschlag der russischen Regierung" zehn Versammlungen einberufen, die behördlicherseits verboten worden waren. Im dritten, vierten, fünften und sechsten Wahlkreise entstanden vor den betreffenden Versammlungsräumen größere Ansammlungen in der Stärke von etwa 300, 500, 100 und 600 Menschen, die, nachdem sie von den Versammlungsverboten Kenntnis erhalten hatten, den Versuch machten, in das Stadtinnere zu gelangen. Eine Vereinigung solcher Trupps, durch Neugierige verstärkt, auf etwa 800 Teilnehmer angewachsen, kam in der Andreasstraße zustande. An der Strausberger Straße durch Schutzmänner abgelenkt, versuchte etwa die Hälfte der Menge mit Gewalt die Schutzmannskette zu durchbrechen ...

Hier mußte den Kundgebern mit Waffengewalt entgegengetreten werden.

Ein anderer Teil dieses Zuges, der nach dem Lustgarten ziehen wollte, wurde am Bülowplatz durch die Schutzmannschaft zerstreut.

Um viereinhalb Uhr zogen etwa 300 bis 400 Mann durch die Friedenstraße nach dem Königstor zu. Von den Teilnehmern wurden mehrmals Zurufe „Nieder mit dem Kriege" laut. Einer der Rufer wurde festgenommen.

Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1957, S. 23/24.

Aus dem Bericht des Polizeipräsidenten von Berlin
über die Friedensdemonstration am 25. November 1917

Ansammlungen von Kundgebern beiderlei Geschlechts fanden bis gegen 2 Uhr nachmittags hauptsächlich im 4. Kreis am Schlesischen und Görlitzer Bahnhof und im 6. Kreis am Weddingplatz, Stettiner Bahnhof und Bahnhof Gesundbrunnen statt. An den ersten beiden Treffpunkten fanden sich insgesamt ca. je 200 Leute ein, die sich um 2 Uhr nachmittags in loser Ordnung in Marsch setzten und an der Lange- Ecke Koppenstraße vereinigten. Von dort aus gingen sie ... nach dem Bülowplatz vor die Neue Freie Volksbühne ... Im 6. Kreise sammelten sich an den genannten Treffpunkten ebenfalls etwa je 150 bis 200 Leute ... Diese Züge vereinigten sich zum Teil in der Ackerstraße am Pappelplatz und zogen dann ... ebenfalls nach dem Bülowplatz. Hier hatten sich nach und nach wohl 1400 Leute angesammelt, denen sich noch einige hundert Neugierige zugesellten, so daß insgesamt etwa 2000 Menschen anwesend waren.

Gegen 3.55 Uhr setzte sich die Masse in Bewegung, um durch die Kaiser-Wilhelm-Straße nach der Straße Unter den Linden zu gelangen.

Am neuen Markt durchbrachen die Kundgeber die dort aufgestellte schwache erste Schutzmannskette.

An der nächsten Querstraße (Heiligegeiststraße) stand eine zweite Linie ... Diese drückte die Leute bis in die Höhe der Spandauer Straße zurück und hielt sie dort fest. Auf entsprechende Meldungen an die zurückliegenden Abteilungen erschien das Schloßkommando, ein Teil der Reserveabteilung und eine Anzahl berittener Schutzmänner. Die so verstärkte Truppe trieb die Volksmenge bis auf den Neuen Markt zurück. Da die Ruhestörer nunmehr mit Gewalt gegen die Beamten angingen und einen Durchbruch versuchten, mit Steinen und Asphaltstücken warfen, auch die Beamten mit Stöcken und Schirmen angriffen und beschimpften, forderte der inzwischen vom Alexanderplatz herbeigeeilte Truppenführer ... die Volksmenge mehr als dreimal zum Auseinandergehen auf und gab dann den Befehl zum Waffengebrauch ... Sicher sind infolge des Befehls zum Waffengebrauch eine größere Anzahl von Kundgebern durch Säbelhiebe verletzt worden ... Es wurden 13 Zwangsgestellungen vorgenommen ...

Einige kleinere Züge von je etwa 100 Teilnehmern hatten sich noch am Moritzplatz und in Neukölln gebildet. Der erstere ging jedoch um 3 Uhr nachmittags von selbst auseinander, da ihm die Leitung fehlte, während der letztere am Hermannplatz von der Neuköllner Schutzmannschaft auseinandergetrieben wurde.

Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1957, S. 28–30.

3

Aus der Erklärung des Reichskanzlers Georg Graf von Hertling im Deutschen Reichstag vom 29. November 1917

Die russische Regierung hat gestern von Zarskoe Selo aus ein von dem Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Herrn Trotzki, und dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, Herrn Lenin, unterzeichnetes Funkentelegramm an die Regierungen und die Völker der kriegführenden Länder gerichtet, worin sie vorschlägt, zu einem nahen Termin in Verhandlungen über einen Waffenstillstand und einen allgemeinen Frieden einzutreten. Meine Herren, ich stehe nicht an, zu erklären, daß in den bisher bekannt gewordenen Vorschlägen der russischen Regierung diskutable Grundlagen für die Aufnahme von Verhandlungen erblickt werden können und daß ich bereit bin, in solche einzutreten, sobald die russische Regierung hierzu bevollmächtigte Vertreter entsendet. Ich hoffe und wünsche, daß diese Bestrebungen bald festere Gestalt annehmen und uns den Frieden bringen werden.

Mit aufrichtiger Teilnahme verfolgen wir die Entwicklung des schwergeprüften russischen Volkes ... Wir wünschen nichts mehr, als daß es wieder zu dem nachbarlichen Verhältnis kommen wird, namentlich auf wirtschaftlichem Gebiete, wie wir es in früheren Zeiten zwischen uns und dem östlichen Nachbarn kannten.

Was die ehemals dem Zepter des Zaren unterworfenen Länder Polen, Kurland, Litauen betrifft, so achten wir das Selbstbestimmungsrecht ihrer Völker. Wir erwarten, daß sie sich selbst diejenige staatliche Gestalt geben werden, die ihren Verhältnissen und der Richtung ihrer Kultur entspricht.

Verhandlungen des Reichstags.
XIII. Legislaturperiode, Bd. 311, stenographische Berichte,
Berlin 1918, S. 3947.

4

Aus dem Aufruf der Spartakusgruppe „Die Stunde der Entscheidung" vom Dezember 1917

Arbeiter und Arbeiterinnen!

In Rußland hat die Stunde der Entscheidung geschlagen. Zum ersten Mal in der Weltgeschichte wird hier von einer proletarischen Masse der Versuch gemacht, die politische Macht im Staate an sich zu reißen. Mit einem Heldenmute sondergleichen, ohne Opfer zu scheuen, ohne das eigene Herzblut zu sparen, kämpfen jetzt die russischen Proletarier, auf das Bauerntum gestützt, um die Aufrechterhaltung und Befestigung ihrer

soeben erlangten Herrschaft im Staat. Das Ziel, das sie dabei verfolgen, ist ein doppeltes: ein Ende mit dem Völkermord, ein Anfang mit der Verwirklichung des Sozialismus ...

Über all den Graus und das Toben des Völkermordes hinweg ergeht an das Weltproletariat der Ruf der russischen Arbeiter: Nieder mit dem Kriege, sofortiger Waffenstillstand und Frieden! Die proletarische Regierung in Petersburg hat an alle am Kriege beteiligten Völker einen Aufruf zur sofortigen Einleitung von Friedensverhandlungen gerichtet. Die Junkerregierung in Berlin ist auf diesen Vorschlag eingegangen. Und jetzt werden zwischen Vertretern Rußlands und Deutschlands Verhandlungen über einen Waffenstillstand gepflogen, dem die Verständigung über einen endgültigen Friedensschluß folgen soll.

Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Auch für das deutsche Proletariat schlägt nunmehr die Stunde der Entscheidung! Seid auf der Hut! Denn gerade durch diese Verhandlungen beabsichtigt die deutsche Regierung, dem Volke Sand in die Augen zu streuen, das Elend und den Jammer des Völkermordens noch zu verlängern und zu verschärfen ...

Die Regierung und die deutschen Imperialisten verfolgen nur durch neue Mittel ihre alten Ziele. Unter dem Deckmantel des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen sollen aus den besetzten russischen Provinzen Zwergstaaten geschaffen werden ...

Das Ziel, das die deutsche Regierung verfolgt, ist eine verkappte, durch das Selbstbestimmungsrecht nur schlecht verschleierte Annexion dieser Gebiete.

Vor allem aber hofft die deutsche Regierung, das zermürbte, innerlich zerrüttete und geschwächte Rußland zu einem Separatfrieden zu zwingen ...

Ein Separatfrieden mit Rußland wird die Kriegsfurie auf den anderen Fronten nur noch mehr entfesseln, der Krieg gegen England, Frankreich, Italien und Amerika wird erst recht und mit verdoppelter Kraft losgehen, und das Völkermorden wie das Elend des deutschen Volkes werden dann gar kein Ende nehmen ...

Eine neue blutige Offensive im Westen scheint deutscherseits bereits in Vorbereitung zu sein.

Arbeiter und Arbeiterinnen! An uns liegt es, diese verbrecherischen Pläne des Imperialismus zu durchkreuzen. Unsere Aufgabe ist es, den Separatfrieden, den die deutsche Regierung anstrebt, durch unseren Willen, unsere Tatkraft, unseren Kampf in einen allgemeinen Frieden zu verwandeln ...

Der Hunger und das gegenwärtige Massenelend werden nicht aufhören, solange diejenigen, die ein Interesse am Kriege haben, das heißt die Regierung und die bürgerlichen Klassen, am Ruder sind. Die Herr-

schaft der Reaktion und der imperialistischen Klassen in Deutschland gilt es zu brechen, wenn wir dem Völkermord ein Ende machen wollen.

Wenn Rußland, das gestern noch zaristisch war, heute eine von sozialistischen Arbeitern beherrschte Republik ist, dann ist es auch in Deutschland für andere Zustände Zeit. Nur durch Massenkampf, durch Massenauflehnung, durch Massenstreiks, die das ganze wirtschaftliche Getriebe und die gesamte Kriegsindustrie zum Stillstand bringen, nur durch Revolution und die Erringung der Volksrepublik in Deutschland durch die Arbeiterklasse kann dem Völkermord ein Ziel gesetzt und der allgemeine Frieden herbeigeführt werden. Und nur so kann auch die russische Revolution gerettet werden.

Arbeiter! Rüsten wir uns zu hartnäckigen, entschlossenen Massenaktionen in allernächster Zukunft, wenn wir der heutigen Qual und Pein ein Ende bereiten wollen. Die Parole muß lauten:

Fort mit dem Separatfrieden!

Hoch der allgemeine Friede!

Hoch die Republik in Deutschland!...

Zögert nicht länger, deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Die Stunde der Entscheidung schlägt für das deutsche Proletariat! Auf zum Kampfe für Frieden, Freiheit, Brot!

Nieder mit dem Krieg!

Nieder mit der Regierung!

Hoch der Massenkampf der Arbeiter!

Hoch der Sozialismus!

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv, D. F. V/14.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1957, S. 48–52.

5

Aus dem Aufruf der Spartakusgruppe zum Streik von Ende Januar 1918

Am Montag, dem 28. Januar, beginnt der Massenstreik!

Arbeiterinnen! Arbeiter!

Auf zum Massenstreik! Auf zum Kampf! Soeben hat das österreichisch-ungarische Proletariat ein mächtiges Wort gesprochen. Fünf Tage lang ruhte die Arbeit in allen Betrieben in Wien, Budapest usw., im ganzen Reiche. In Wien haben die Arbeiter den Straßenbahnverkehr eingestellt, auch der Eisenbahnverkehr wurde zum Teil lahmgelegt, es erschien keine

einzige Zeitung. An vielen Orten kam es zu einer offenen Erhebung der Bevölkerung und zum Kampf mit der Regierungsmacht. In Prag und Budapest wurde die Republik proklamiert. In Wien hielten die Arbeiter die Brücken besetzt, um das Eindringen der Polizei in die Arbeiterviertel zu verhindern.

In schlotternder Angst vor der drohenden Revolution war die Zentralregierung gezwungen, den nach Muster der russischen Revolution gewählten Wiener Arbeiterrat anzuerkennen und mit ihm zu verhandeln. Sie beeilte sich, Konzessionen zu machen, um die Bewegung einzudämmen, wobei ihr natürlich die Regierungssozialisten und die Gewerkschaftsführer freiwillig Handlangerdienste leisteten ...

Arbeiterinnen und Arbeiter! Was unsere österreichisch-ungarischen Brüder angefangen haben, das müssen wir vollenden! Die Entscheidung der Friedensfrage liegt bei dem deutschen Proletariat!

Unser Massenstreik soll kein kraftloser „Protest" und kein von vornherein auf eine bestimmte Frist beschränkter hohler Demonstrationsstreik, sondern ein Machtkampf sein. Wir kämpfen so lange, bis unsere Mindestforderungen unverkürzt verwirklicht worden sind: Aufhebung des Belagerungszustandes, der Zensur, aller Beschränkungen der Koalitions-, Streik-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, Freilassung aller politischen Inhaftierten – dies sind die Bedingungen, die uns notwendig sind, um unseren Kampf um die Macht, um die Volksrepublik in Deutschland und einen sofortigen allgemeinen Frieden frei zu entfalten.

Jeder Separatfriede führt nur zur Verlängerung und Verschärfung des Völkermordens. Es gilt um jeden Preis, den Separatfrieden in einen allgemeinen Frieden zu verwandeln. Dies ist unser Ziel.

Arbeiter! Bevor wir die Betriebe verlassen, müssen wir uns eine frei gewählte Vertretung nach russischem und österreichischem Muster schaffen mit der Aufgabe, diesen und die weiteren Kämpfe zu leiten. Jeder Betrieb wähle pro tausend beschäftigter Arbeiter je einen Vertrauensmann; Betriebe mit weniger als tausend Arbeiter wählen nur einen Vertreter. Die Vertrauensmänner der Betriebe müssen an jedem Orte sofort zusammentreten und sich als Arbeiterrat konstituieren. Außerdem wird für jeden Betrieb ein leitender Ausschuß gewählt. Sorgt dafür, daß die Gewerkschaftsführer, die Regierungssozialisten und andere „Durchhalter" unter keinen Umständen in die Vertretungen gewählt werden. Heraus mit den Burschen aus den Arbeiterversammlungen! Diese Handlanger und freiwilligen Agenten der Regierung, diese Todfeinde des Massenstreiks haben unter den kämpfenden Arbeitern nichts zu suchen! ...

Und nun, Arbeiter und Arbeiterinnen, auf zum Kampf! Wir haben eine mächtige Waffe in der Hand, unsere Klassensolidarität! Machen wir Gebrauch von dieser Waffe: Alle für einen, einer für alle! Dann sind wir

gegen alle Drohungen, Maßregelungen und Verfolgungen seitens der Gewaltherrscher gefeit!

Ein roher Knecht der Säbeldiktatur, der General Groener, hat nach dem vorjährigen Aprilstreik jeden streikenden Arbeiter als Hundsfott beschimpft. Zeigen wir der Welt, daß die „Hundsfötter" in Deutschland noch etwas zu sagen haben!

Mann der Arbeit, aufgewacht!
Und erkenne Deine Macht!
Alle Räder stehen still,
Wenn Dein starker Arm es will.
Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!
Hoch der Massenstreik!

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv, D. F. V/4.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.
Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1957, S. 71–73.

6

Aus dem Aufruf der Spartakusgruppe „Ausharren um jeden Preis" von Anfang Februar 1918

Ausharren um jeden Preis!

Wir bleiben felsenfest – bis zum Siege!

Die Machthaber wollen nicht den Frieden. Nicht nur mit dem „äußeren Feind" wollen sie ihn nicht, auch gegen das deutsche Volk selbst wollen sie Krieg führen. Der Arbeiterrat wird von den Behörden nicht anerkannt, die streikenden Arbeiter werden als Verbrecher hingestellt, mit dem Polizeisäbel und der Polizeifaust mißhandelt, durch Kriegsgerichte mit Gefängnisstrafe bedroht!

Arbeiterinnen und Arbeiter!

Den verschärften Belagerungszustand beantworten wir durch zehnfach verstärkten Kampf! Die Regierung will uns die Zentralkommission der Gewerkschaften, die Herren Bauer, Legien und Konsorten, das heißt ihre eigenen Helfer, die mit ihr während des Krieges durch dick und dünn gingen, als Vertreter der Berliner Arbeiterschaft aufzwingen. Wir weisen diesen anmaßenden und hinterlistigen Versuch mit untauglichen Mitteln mit Entrüstung und Verachtung zurück! Der einzige berufene Vertreter der kämpfenden Berliner Arbeiterschaft ist der frei gewählte Berliner Arbeiterrat, und wenn die Regierung unsere Vertreter nicht anerkennt, so beantworten wir diese Herausforderung durch Nichtanerkennung der

Regierung und ihrer Organe, durch den Kampf der Massen mit allen Mitteln gegen ihre brutale Gewaltpolitik.

Gewalt gegen Gewalt!

Man konnte voraussagen, daß alle Verhandlungen mit der Regierung zwecklos sind; nur ein Tor kann von ihr etwas erwarten. Aber es galt, dies den Arbeitermassen, dem ganzen deutschen Volke vor Augen zu führen. Die Weigerung der Regierung hat alle Zweifel zerstreut. Nun gilt es jetzt, nicht zu verhandeln, sondern zu handeln! ...

Der Arbeiterrat ist von den Polizeibütteln gesprengt, der Aktionsausschuß ist verfolgt, um die Leitung der Bewegung unmöglich zu machen. Wir fordern daher die gewählten Betriebsvertreter in den einzelnen Stadtteilen auf, sich – überall, wo dies noch nicht geschehen ist – nach Bezirken und Unterbezirken zu organisieren und Ausschüsse einzusetzen, die die Bewegung im Bezirk zu leiten haben.

Den Gewaltakten der Polizei muß rücksichtsloser, hartnäckigster Widerstand mit allen Mitteln geleistet werden.

Die noch arbeitenden Betriebe müssen um jeden Preis stillgelegt, und der Straßenbahnverkehr muß eingestellt werden.

Arbeiter! Vor allem sucht mit allen Mitteln unsere Brüder im Waffenrock, das Heer, für die Sache des Friedens und der Freiheit zu gewinnen. Die Gewaltherrschaft stützt sich auf Bajonette und ist verloren, sobald diese ihr aus der Hand gewunden sind.

Arbeiter! Genossen! Wir müssen mit der Reaktion „russisch" reden!

Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!

Hoch der Kampf um Frieden, Freiheit und Brot!

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv, D. F. V/4.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1957, S. 98/99.

7

Aus dem Aufruf der Spartakusgruppe vom März 1918

Kameraden, Genossinnen und Genossen!

Der letzte politische Massenstreik im Februar hat bewiesen, daß die Arbeiterklasse ohne Gewaltanwendung gegen die bestehende Gesellschaftsordnung nichts auszurichten vermag ...

Es ist deshalb dringend notwendig für die demnächst bevorstehende Aktion, die sich die Herbeiführung des sofortigen Friedens sowie den Sturz der bestehenden Gesellschaftsordnung zum Ziel gesetzt hat, daß sich

tatkräftige Männer aus dem Arbeiter- und Soldatenstande an die Spitze stellen, die als A.- und S.-Rat eine Organisation zur Verwirklichung dieser Ideen schaffen.

Wir schlagen daher folgendes als Richtlinien vor:

1. Einen Arbeiter- und Soldatenrat zu schaffen, der sich aus revolutionären Klassenkämpfern zusammensetzt. Zu diesem Zwecke müssen Vertrauensleute aus den Betrieben und Kasernen, die Einfluß auf ihre Mitarbeiter und Kameraden haben, zu gewinnen gesucht werden. Diesen fällt die Aufgabe zu, die Verbreitung von Schriften und die Agitation vorzubereiten. Die Vertrauensleute halten ihre Sitzungen bezirks- resp. regimenterweise ab. Jeder Bezirk resp. jedes Regiment wählt einen A.- u. S.-Delegierten für den mittleren Rat, aus welchem der ausführende Rat hervorgeht. Dieser setzt sich aus je 5 Arbeitern und 5 Soldaten zusammen.

2. Der A.- u. S.-Rat hat die Pflicht, die Massen zur Revolution aufzurufen, ferner sich der Regierungsgewalt zu bemächtigen und die deutsche Volksrepublik auszurufen.

3. Wir empfehlen daher Bildungen von Gruppen, die es sich zur Pflicht machen, einen Teil der Arbeiter mit Waffen und Munition zu versehen. Weiter sind alle Munitionsfabriken zu besetzen. Vor allen Dingen ist es die erste Pflicht, der Polizeigewalt entgegenzutreten. Arbeitern, welche den Beschlüssen des A.- u. S.-Rats keine Folge leisten, ist Gewalt entgegenzustellen. Die Reptilienpresse ist auf jede Weise auszuschalten.

4. Sämtliche parlamentarische Körperschaften sind ohne weiteres aufzulösen und durch eine auf Grund des freien Wahlrechts gewählte Konstituante zu ersetzen.

5. An Stelle der ausführenden Regierungsorgane sind Volkskommissare zu setzen.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv, St. 9/12, Bl. 98.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1957, S. 137/138.

8

Aus dem „Friedensvertrag zwischen Deutschland, Österreich, Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Rußland andererseits" vom 3. März 1918

Artikel I

Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei einerseits und Rußland andererseits erklären, daß der Kriegszustand zwischen ihnen

beendet ist. Sie sind entschlossen, fortan in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben.

Artikel II

Die vertragschließenden Teile werden jede Agitation oder Propaganda gegen die Regierung oder die Staats- und Heereseinrichtungen des anderen Teiles unterlassen. Die Verpflichtung gilt, soweit sie Rußland obliegt, auch für die von den Mächten des Vierbundes besetzten Gebiete.

Artikel III

Die Gebiete, die westlich der zwischen den vertragschließenden Teilen vereinbarten Linie liegen und zu Rußland gehört haben, werden der russischen Staatshoheit nicht mehr unterstehen; die vereinbarte Linie ergibt sich aus der diesem Friedensvertrag als wesentlicher Bestandteil beigefügten Karte (Anlage 1). Die genaue Festlegung der Linie wird durch eine deutsch-russische Kommission erfolgen.

Den in Rede stehenden Gebieten werden aus der ehemaligen Zugehörigkeit zu Rußland keinerlei Verpflichtungen gegenüber Rußland erwachsen.

Rußland verzichtet auf jede Einmischung in die inneren Verhältnisse dieser Gebiete. Deutschland und Österreich-Ungarn beabsichtigen, das künftige Schicksal dieser Gebiete im Benehmen mit deren Bevölkerung zu bestimmen.

Artikel V

Rußland wird die völlige Demobilmachung seines Heeres einschließlich der von der jetzigen Regierung neugebildeten Heeresteile unverzüglich durchführen ...

Artikel X

Die diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen den vertragschließenden Teilen werden sofort nach der Ratifikation des Friedensvertrages wieder aufgenommen. Wegen Zulassung der beiderseitigen Konsuln bleiben besondere Vereinbarungen vorbehalten.

Reichs-Gesetzblatt (Berlin), 1918, Nr. 1 bis einschl. Nr. 196,
S. 480, 482, 484, 488.

9

Aus einer „Niederschrift über eine Besprechung im Stahlhof zu Düsseldorf am Donnerstag, dem 16. Mai 1918"

Anwesend waren die Herren:

August Thyssen	für Thyssen & Co. u. Gewerkschaft „Deutscher Kaiser"
Hugo Stinnes Generaldirektor Vögler	für Deutsch-Lux. Bergwerks- & Hütten A. G.
Geheimrat Kirdorf	für Gelsenkirchener Bergwerks A. G.
Geheimrat Hugenberg Direktor Dr. Bruhn	für Friedr. Krupp A. G.
Kommerzienrat Reusch	für Gutehoffnungshütte
Kommerzienrat Klöckner	für Lothringer Hüttenverein Aumetz-Friede
Kommerzienrat Röchling	für Röchling'sche Eisen- und Stahlwerke
Regierungsrat Fahrenhorst Direktor Poensgen	für Phönix A.-G.
Direktor Nothmann	für Oberschlesische Eisenbahn-Bedarfs A.-G.
Direktor Ohly	für Ver. Königs- & Laurahütte A. G.
Direktor Gerwin	für Stahlwerks-Verband
nachträglich hinzugetreten: Generaldirektor Hasslacher	für Rheinische Stahlwerke.

Die Anwesenden waren von Herrn Dr. Bruhn zu einer zwanglosen Besprechung gebeten worden, um über die Behandlung des Geschäftes mit Rußland, der Ukraine, dem Balkan und den sogenannten Randvölkern zu beraten ...

Im Laufe der Erörterung wurde mitgeteilt, daß bei einigen Berliner und Hamburger Großbanken bereits ähnliche Erwägungen schweben und

daß vermutlich auch die Reichsbehörden sowie die Oberste Heeresleitung mit dem Gedanken der wirtschaftlichen Erschließung der Ostgebiete bereits befaßt seien. Was die Höhe der mutmaßlich zunächst erforderlichen Summe anlangt, wurden schätzungsweise 2 Milliarden Mark genannt und dabei ausgeführt, daß eine derartige Summe nur aufzubringen sei, wenn man die breitesten Schichten des deutschen Volkes heranzöge, wobei an eine Beteiligung durch die Mittel der Industrie selbst in Höhe von etwa 50 Millionen und an eine Beteiligung der Banken in etwa der gleichen Höhe gedacht wurde, während der Rest des Kapitals durch eine öffentliche Anleihe zu decken wäre, unter Gewährleistung des Reiches für Zinsen und sonstige Sicherheiten. Als Voraussetzung für das Gelingen eines derartigen Unternehmens wurde von allen Seiten bezeichnet, daß die politische Stellung des deutschen Reiches in den östlichen Gebieten in nachhaltigster und jedenfalls viel weitergehender Weise verankert werde, als es durch die bisherigen Friedensschlüsse erkennbar sei. Vor allem sei es unerläßlich, daß eine dauernde militärische Besetzung der europäischen Zufuhrstraßen nach dem Norden Rußlands durch Deutschland und seine Verbündeten erfolge. Es sei anzustreben, daß die Murman-Küste sowie die Inseln der Ostsee, in erster Linie Oesel, die Alands-Inseln und auch Finnland selbst, in unserer militärischen Gewalt bleiben. Im Zusammenhang hiermit wurde gleichzeitig auf die ungeheuere Bedeutung der schwedischen Erzlagerstätten für die deutsche Eisen- und Stahl-Industrie hingewiesen und auf die Notwendigkeit, Sicherheiten dagegen zu schaffen, daß seitens Englands Überraschungen eintreten, die eine Gefahr für den sicheren und dauernden Bezug der schwedischen Erze mit sich brächten. Nach Mitteilungen aus Stockholm und Berlin haben die Engländer in Rußland bereits eine große Anzahl der bedeutendsten Banken durch Erwerbung des Kapitals unter Ausnutzung des günstigen Rubelkurses unter ihren Einfluß gebracht. Ohne Zweifel arbeiten die Staaten der Entente, allen voran Amerika und England, darauf hin, das russische Wirtschaftsleben unter ihre Botmäßigkeit zu bringen. Der deutsche Wettbewerb mit diesen Bestrebungen wird nur dann Aussicht auf Erfolg bieten können, wenn neben einer zielbewußten Führung der verkehrs- und handelspolitischen Geschäfte und neben einer möglichst tiefgreifenden finanziellen Durchdringung Rußlands für Wahrung des politischen und militärischen Übergewichts Deutschlands vor allen anderen feindlichen und verbündeten Staaten Sorge getragen wird ...

Die anwesenden Herren bitten Herrn Dr. Bruhn, dem Reichswirtschaftsamt, dem Verbindungsoffizier der Obersten Heeresleitung, Herrn Major von Kessler, dem Herrn Staatsminister a. D. Dr. Helfferich sowie der Direktion der Disconto-Gesellschaft, der Deutschen Bank und der Dresdener Bank von dem Ergebnis der heutigen Besprechung Mitteilung

zu machen, das Reichswirtschaftsamt um Anberaumung einer bald anzusetzenden weiteren Besprechung der Angelegenheit zu bitten und ihm die Einladung der genannten behördlichen Stellen und Banken sowie der anwesenden Werksvertreter anheimzugeben.

Essen, Gußstahlfabrik, den 16. Mai 1918

gez. Dr. Bruhn

Deutsches Zentralarchiv Potsdam,
Reichswirtschaftsamt, Reichswirtschaftsministerium,
Nr. 1139, Bl. 88, 89.

10

Aus dem Entwurf des „Aktionsprogramms" der SPD, veröffentlicht am 23. Mai 1918

Der Weltkrieg hat sich im wirtschaftlichen und politischen Leben Deutschlands als gewaltiger revolutionärer Faktor erwiesen. Die überlieferten Produktions- und Handelsverhältnisse, die Vermögens-, Erwerbs- und Klassenschichtung des deutschen Volkes haben tiefgreifende Umwälzungen erfahren ... Diese Veränderung und Verschiebung der Lebenslage unseres Volkes erfordert die möglichste Sicherung seines politischen und wirtschaftlichen Fortschritts. Das bedingt eine Umgestaltung der aus der Zeit vor dem Kriege überkommenen staatlichen Einrichtungen und stellt dadurch die deutsche Sozialdemokratie vor eine Reihe schwieriger Aufgaben. Es gilt, die jetzige, hauptsächlich auf den Kriegsbedarf eingestellte Volkswirtschaft ohne nachhaltige Erschütterung des Erwerbslebens planmäßig wieder in den Friedenszustand hinüberzuleiten und die hierzu erforderlichen organisatorischen Übergangsmaßnahmen zu treffen. Es sind die durch den Krieg zerstörten volkswirtschaftlichen Werte wieder aufzubauen und die zurückbleibenden finanziellen Lasten so zu verteilen, daß sie, ohne die fernere Wirtschaftsentwicklung zu hindern, den Leistungsfähigsten zufallen. Die geschwächte Gesundheit und Arbeitskraft des Volkskörpers sind durch eine weitblickende Sozialpolitik wieder zu stärken und ferner politische Reformen durchzuführen, die dem deutschen Volke einen maßgebenden Einfluß auf die Regierung sichern und den Übergang des alten Obrigkeitsstaates in einen demokratisch-sozialistischen Verwaltungsstaat vorbereiten. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kann und darf sich nicht von den Ereignissen treiben lassen und der durch die soziale Entwicklung zu gesteigerter Machtfülle gelangten Staatsgewalt die Durchführung der Neuordnung zuweisen, sie muß in zielbewußter Mitarbeit die Neugestaltung der politischen und wirtschaftlichen Lebensverhältnisse unseres Volkes in eine zum Sozialismus führende Bahn zu lenken suchen ...

I. Politische Forderungen

Die Erfahrungen des Krieges haben neue Beweise für die Notwendigkeit der demokratischen Durchdringung des Staates, d. h. für die Volksherrschaft, erbracht. Zur Durchführung der Volksherrschaft ist erforderlich, daß das Volk entscheidenden Einfluß auf den Reichstag, die einzelstaatlichen und kommunalen parlamentarischen Vertretungen erlangt und diese wieder auf die Regierungsgewalt.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert daher:

allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht vom 20. Lebensjahr an ohne Unterschied des Geschlechts für alle parlamentarischen Körperschaften im Reich wie in den Einzelstaaten und den Gemeinden, Einführung der Verhältniswahl;

Entscheidung der Volksvertretungen bei der Berufung und Entlassung des Reichskanzlers, der Staatssekretäre und Minister, die gegenüber den Parlamenten die volle Verantwortung für ihre Amtshandlungen zu tragen haben;

Entscheidung des Reichstags über Krieg und Frieden sowie über die Abschließung von Bündnisverträgen mit fremden Mächten; ...

Schaffung internationaler Rechtsorganisationen (internationaler Abrüstungsverträge, Schiedsgerichte usw.);

völlig freies Vereins- und Versammlungsrecht; Beseitigung aller Ausnahmegesetze; volle Selbstverwaltung in Gemeinde, Kreis und Provinz;

Umgestaltung des Erziehungswesens mit dem Ziel der Beseitigung des Bildungsmonopols der herrschenden Klassen.

II. Forderungen für den Übergang zur Friedenswirtschaft

Zur Verhinderung schwerer Wirtschaftskrisen fordert die Sozialdemokratische Partei planmäßige Überleitung der heutigen Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft, insbesondere vorläufige Beibehaltung der Lebensmittelrationierung und der Höchstpreisfestsetzungen ...

Organisation der Lebensmitteleinfuhr, des Rohstoffbezuges und der Rohstoffverteilung sowie des Exports unter staatlicher Leitung und Aufsicht, baldigste Hebung des jetzigen Tiefstandes der deutschen Valuta im Ausland ...

Ferner ist zur Sicherung einer möglichst ungehemmten Lebensmittel- und Rohstoffzufuhr der gesamte deutsche Reedereibetrieb einschließlich der Binnenschiffahrt unter Aufsicht des Staates zu stellen ...

III. Sicherstellung des Arbeitsmarktes nach dem Kriege

Damit eine plötzliche Überfüllung des Arbeitsmarktes sowie Lohndrückerei und Arbeitslosigkeit nach dem Kriege vermieden werden, fordert die deutsche Sozialdemokratie: Staat und Gemeinde haben Vorsorge

zu treffen, daß die zur Entlassung aus dem Kriegsdienst gelangenden Arbeiter und Angestellten möglichst in den Industrie- und Handelsbetrieben ihres Berufszweiges untergebracht werden und zu diesem Zwecke die Arbeitsvermittelung planmäßig organisiert wird ...

IV. Beteiligung der Arbeiter an der Übergangsorganisation

Da die Organisation der Übergangswirtschaft keine besondere Angelegenheit der Unternehmerschaft noch der staatlichen Verwaltung ist, sondern eine Angelegenheit aller am Wiederaufbau der Volkswirtschaft interessierten Volksschichten, fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, daß in dem Reichswirtschaftsamt, in den Arbeitsämtern und den Arbeitsvermittelungsstellen die deutsche Arbeiterschaft nicht nur in Arbeiterfragen, sondern auch bei der ganzen organisatorischen Umschaltung des Wirtschaftsbetriebes eine entsprechende Vertretung erhält ...

V. Maßnahmen gegen monopolistische Wirtschaftsgebilde

Da die schon während der Kriegszeit in Industrie, Handel und besonders im Bankgewerbe hervorgetretenen Konzentrations-, Verschmelzungs- und Kartellisierungstendenzen voraussichtlich nach Friedensschluß eine weitere Steigerung erfahren und zu einer Vermehrung monopolistischer Wirtschaftsgebilde führen werden, fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Soweit die wirtschaftliche Entwicklung bereits bestimmte Privatmonopole geschaffen hat, sind diese unter Bedingungen, die ihre gesamte Geschäftsführung der Kontrolle parlamentarischer Ausschüsse unterstellen, den beschäftigten Arbeitern die ihnen durch die Gewerbeordnung wie durch die soziale Gesetzgebung eingeräumten Rechte sichern und ihnen einen angemessenen Einfluß auf die Arbeitsbedingungen gewährleisten, zu verstaatlichen ...

Die Aufsicht des Reiches über das Bankwesen ist zu erweitern und durch Ausbau der Reichsbank dieser ein stärkerer Einfluß auf das private Bankgewerbe zu sichern.

VIII. Sozialpolitische Forderungen: ...

Ausbau und Vereinheitlichung der sozialpolitischen Gesetzgebung;

achtstündiger Normalarbeitstag;

grundsätzliches Verbot der Nachtarbeit unter klarer Umgrenzung der Ausnahmen von diesem Verbot;

durchgreifender Schutz der Frau vor und nach der Entbindung;

Verbot der gewerblichen Beschäftigung von Kindern unter 15 Jahren;

Schutz der Jugendlichen, Erweiterung der Jugendfürsorge;

Regelung der Wohnungsfürsorge durch ein Reichsgesetz, Schaffung

eines wirklichen Koalitionsrechtes für alle Arbeiter, Ausbau und Vereinheitlichung des Arbeitsrechts;

Ausbau und einheitliche Regelung des Einigungswesens, der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge im ganzen Reichsgebiet.

Zur einheitlichen Durchführung der sozialpolitischen Gesetzgebung ist ein besonderes Reichsamt für Sozialpolitik zu schaffen.

Das Wohl der Kriegsbeschädigten und der Kriegsteilnehmer, deren wirtschaftliche Verhältnisse durch den Krieg zerrüttet sind, wie auch der Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen erfordert besondere Fürsorgemaßnahmen.

Vorwärts (Berlin), 23. Mai 1918.

11

Aus dem Offenen Schreiben Franz Mehrings an die Bolschewiki vom 3. Juni 1918

Geehrte Genossen!

Es mag anmaßend erscheinen, wenn ich, ein einzelner Ihrer deutschen Gesinnungsgenossen, den russischen Kameraden brüderliche Grüße und herzliche Glückwünsche sende. Aber in Wahrheit schreibe ich Ihnen doch nicht als einzelner, sondern als Ältester der Gruppe Internationale, der Spartakusleute, derjenigen sozialdemokratischen Richtung in Deutschland, die seit vier Jahren unter den schwierigsten Umständen auf demselben Boden, mit derselben Taktik kämpft, wie sie von Euch angewandt worden, ehe die glorreiche Revolution Eure Anstrengungen mit dem Siege gekrönt hat. Mit neidlosem Stolz empfinden wir den Sieg der Bolschewiki als unseren Sieg, und wir würden uns freudig zu Euch bekennen, wenn unsere Reihen nicht arg gelichtet wären und viele von uns – und wahrlich nicht die Schlechtesten – hinter den Mauern des Gefängnisses schmachteten, wie die Genossin Rosa Luxemburg, oder hinter den Mauern des Zuchthauses, wie der Genosse Karl Liebknecht.

Könnte ich wenigstens bessere Kunde von dem Leben innerhalb der deutschen Arbeiterwelt senden! Aber der Regierungssozialismus frißt noch immer wie ein Ölfleck um sich, soschr er moralisch und politisch abgewirtschaftet haben mag und täglich mehr abwirtschaftet. Es ist noch das wenigste, daß er, unter dem Schutze des Belagerungszustandes, durch allerhand schäbige Kniffe und Pfiffe nahezu sämtliche Arbeiterblätter an sich gerissen hat und täglich durch hundert Röhren sein Gift und seinen Schmutz in die proletarischen Massen gießen kann ...

Den Unabhängigen ... fehlt es an der Stoß- und Werbekraft, deren es bedarf, um Arbeitermassen um sich zu scharen und fortzureißen.

Als Personen darf man ihren Mitgliedern nichts Übles nachsagen: es sind sehr tüchtige Kräfte darunter, und sie alle wollen gewiß das Beste. Aber als Partei sind sie unter keinem günstigen Stern geboren. Sie haben sich viel zu spät und viel zu zögernd von dem Regierungssozialismus getrennt, an dessen Sünden sie allzulange teilgenommen haben; sie haben sich auch gar nicht auf Grund einer gemeinsamen und klaren Überzeugung zusammengetan, sondern in vielen und darunter auch wichtigen Fragen gehen ihre Ansichten auseinander; was sie verbindet, ist nicht die Parole: Vorwärts, sondern die Parole: Zurück!

Sie wollen ihre alte deutsche Sozialdemokratie wiederhaben, wie sie bis zum 4. August 1914 war. Sie wollen zurück zur „alten bewährten Taktik" mit den „glänzenden Siegen" von Reichstagswahl zu Reichstagswahl und den siegreichen Schlachten gegen den „Revisionismus" von Parteitag zu Parteitag. Dieses eigentümliche Ziel der Unabhängigen Sozialdemokratie ist aber nichts als eine Utopie und eine reaktionäre dazu. Sie will einen Leichnam ausgraben und zu neuem Leben schminken. Die ehemalige deutsche Sozialdemokratie mit ihrer „alten bewährten Taktik" ruht unter den zermalmenden Rädern des kapitalistischen Triumphwagens. Sie existiert nicht mehr; es gibt nur noch eine deutsche Sozialdemokratie, wie sie im August 1914 geworden ist.

Dieser Sehnsucht der Unabhängigen Sozialdemokraten nach einer Vergangenheit, die niemals wiederkehren wird, entspricht ihre völlige Blindheit für die treibenden Kräfte der Gegenwart . . .

Im schroffsten Gegensatz zu der Unabhängigen Sozialdemokratie hat die Gruppe Internationale vom Beginn des Weltkrieges an allen Selbsttäuschungen den Laufpaß gegeben und sich in ihren „Leitsätzen" und sonstigen programmatischen Kundgebungen niemals der Erkenntnis verschlossen, daß nach dem entsetzlichen Zusammenbruch des 4. August 1914 nur ein völliger Neubau der Internationale möglich und nötig sei. Anfangs von allen Seiten angefeindet und verfolgt, und nicht zum wenigsten von den gegenwärtigen Häuptern der Unabhängigen – haben wir immer das Glück gehabt, offene Ohren und Herzen bei den Arbeitern zu finden und denselben Opfermut, den einst ihre Väter unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes bewiesen haben. Nur in einem haben wir uns getäuscht: nämlich als wir uns nach der Gründung der Unabhängigen – selbstverständlich unter Wahrung unseres selbständigen Standpunktes – ihr organisatorisch anschlossen, in der Hoffnung, sie vorwärtstreiben zu können. Diese Hoffnung haben wir aufgeben müssen; alle Anläufe dieser Art scheiterten daran, daß unsere besten und erprobtesten Leute von Führern der Unabhängigen als Lockspitzel verdächtigt wurden, was auch ein liebes Erbteil der „alten bewährten Taktik" ist.

Darüber könnte man schließlich die Achseln zucken, aber was unseren

Leuten den Geduldfaden gerissen hat, das ist der sinnlose Kampf, den Kautsky und Kompanie gegen die Bolschewiki führen. Wir begreifen den zitternden Unwillen dieses Denkers darüber, daß die Bolschewiki so weit die Grenzen der „alten bewährten Taktik" überschritten haben, aber man konnte einen Schimmer Hoffnung hegen, daß er aus seinem Marx, den er nach seiner eigenen Angabe auswendig kennt und ganz gewiß wortgetreu herzusagen vermag, gelernt haben würde, es schicke sich nicht für Leute, die ruhig und sicher im Auslande sitzen, zur Freude der Bourgeoisie und der Regierungen die Stellung revolutionärer Kämpfer zu erschweren, die unter den schwierigsten Verhältnissen und großen persönlichen Opfern wirken.

Indessen hat es nicht sollen sein, und so gebe ich mit diesem Schreiben gern dem Wunsche nach, der aus den Kreisen der Gruppe Internationale in der letzten Zeit wieder und wieder an mich herangetreten ist: dem Wunsche, den russischen Freunden und Gesinnungsgenossen zu sagen, daß wir uns durch alle Bande leidenschaftlicher und tiefer Sympathie mit ihnen verknüpft fühlen und daß wir in ihnen – und nicht etwa in den Gespenstern der „alten bewährten Taktik" – die kraftvollen Vorkämpfer der neuen Internationale bewundern, jener Internationale, von der es in unseren Leitsätzen heißt: „Das Vaterland der Proletarier, dessen Verteidigung alles andere untergeordnet werden muß, ist die sozialistische Internationale."

Berlin, 3. Juni 1918

Mit Gruß und Handschlag
Euer Franz Mehring

Mitteilungs-Blatt des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend (Berlin), 21. Juli 1918.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1957, S. 158–162.

12

Aus dem Aufruf der Spartakusgruppe „Auf zum Kampf um den Frieden!" vom Juli 1918

Die Lage ist klar. Der Staatssekretär v. Kühlmann hat im Reichstag am 23. Juni offen gesagt: Von militärischen Siegen ist ein Ende des Krieges nicht zu erwarten. Kühlmann hat zwar für sein Bekenntnis von Hindenburg und Ludendorff, den wahren Herrschern in Deutschland, gleich einen Fußtritt bekommen, aber das Bekenntnis bleibt bestehen ...

Hört ihr's, Arbeiter? Das heißt doch, das Morden wird trotz aller Siege kein Ende nehmen, wenn ihr dem Kriege kein Ende macht...

Frieden wollen wir! Aber Frieden gibt es nicht, solange diese skrupellose Bande von Völkerbedrückern am Ruder ist. Frieden gibt es nur auf den Trümmern der heutigen Regierung, der Militärdiktatur, der Monarchie des Imperialismus.

Die herrschende Imperialistenbande ist am Ende ihres Lateins, sie weiß nicht mehr ein noch aus, ihre Diener bekennen es selbst. Nun denn, nieder mit der Regierung, der Militärdiktatur! Die ganze Gewalt in die Hände der Arbeiterräte, der Gewählten von der proletarischen Masse, wie in Rußland, dann können wir sofort Frieden schaffen, dauerhaften Frieden, bei dem die geplagten Völker aufatmen werden...

Auf das deutsche arbeitende Volk, auf seine Ermannung, auf seine Erhebung wartet die ganze Welt. Die Schicksale des Friedens, des Sozialismus, der Kultur liegen in unseren Händen, deutsche Arbeiter!

Es gilt für uns, in der zwölften Stunde unsere befleckte Ehre zu retten, es gilt gutzumachen, was wir durch unsere Henkerdienste gegen die russische Revolution an Schmach auf uns geladen haben.

Schon gärt es und brodelt draußen an der Front wie hierzulande. Aber hier kann nur der geschlossene Kampf in ganz Deutschland die nötige Macht aufbieten.

Drum vorwärts zum Kampf, zum revolutionären Massenstreik in ganz Deutschland. Ihr Männer und Frauen der Arbeit – alle wie ein Mann, mit Zähigkeit, Opfermut, mit klarem Ziel! Nur keinen Wankelmut mehr, keine Verhandlungen mit Ministern, keine Kompromisse. Nochmals: Es geht aufs Ganze! Wir gehen allesamt durch den Krieg zugrunde, oder wir müssen uns zum Äußersten aufraffen. Nieder mit der Regierung des Völkermords! Die Macht in die Hände der deutschen Arbeiter! Schluß mit dem Kriege! Das ist das Zeichen, in dem wir siegen werden. Wir haben nichts zu verlieren als unsere Ketten und zu gewinnen die ganze Welt.

Sächsisches Landeshauptarchiv, Dresden, Ministerium des Innern,
Nr. 3890, Flugblätter 1918, Bl. 155.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1957, S. 175–177.

13

Beschluß der Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses der SPD vom 23. September 1918

Die Reichstagsfraktion und der Parteiausschuß der deutschen Sozialdemokratie haben gestern in gemeinsamer Sitzung, aber getrennter Abstimmung mit 55 gegen 10 und 25 gegen 11 Stimmen beschlossen, den Eintritt von Parteigenossen in eine etwa neu zu bildende Regierung unter folgenden Bedingungen zu billigen:

1. Uneingeschränktes Bekenntnis zu der Entschließung des Reichstags vom 19. Juli 1917 mit der Bereitschaftserklärung, einem Völkerbund beizutreten, der auf der Grundlage der friedlichen Behandlung aller Streitfälle und der allgemeinen Abrüstung beruht;

2. vollkommen einwandfreie Erklärung über die belgische Frage, Wiederherstellung Belgiens, Verständigung über Entschädigung, ebenso Wiederherstellung Serbiens und Montenegros;

3. die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk und Bukarest dürfen kein Hindernis sein für den allgemeinen Friedensschluß; sofortige Einführung der Zivilverwaltung in allen besetzten Gebieten, bei Friedensschluß sind die besetzten Länder freizugeben, demokratische Volksvertretungen sind alsbald zu begründen;

4. Autonomie Elsaß-Lothringens, für alle deutschen Bundesstaaten allgemeines und gleiches, geheimes und unmittelbares Wahlrecht, der preußische Landtag ist aufzulösen, wenn nicht das gleiche Wahlrecht unverzüglich aus den Beratungen des Herrenhausausschusses hervorgeht;

5. Einheitlichkeit der Reichsleitung, Ausschaltung unverantwortlicher Nebenregierungen, Berufung von Regierungsvertretern aus der Parlamentsmehrheit oder aus Personen, die der Politik der Parteimehrheit entsprechen; Aufhebung des Artikels 9 der Reichsverfassung; die politischen Veröffentlichungen der Krone und der Militärbehörden sind vor ihrer Veröffentlichung dem Reichskanzler mitzuteilen;

6. sofortige Aufhebung aller Bestimmungen, durch die die Versammlungs- und Pressefreiheit eingeschränkt werden, die Zensur darf nur auf rein militärische Fragen angewendet werden (Fragen der Kriegsstrategie und -taktik, Truppenbewegungen, Herstellung von Kriegsmaterial); Einrichtung einer politischen Kontrollstelle für alle Maßnahmen, die auf Grund des Belagerungszustandes verhängt werden, Beseitigung aller militärischen Institutionen, die der politischen Beeinflussung dienen.

Vorwärts (Berlin), 24. September 1918.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1957, S. 196/197.

14

Eingeständnis der Kriegsniederlage und Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand durch die Oberste Heeresleitung am 28. September 1918

Am 28. September 1918, abends 6 Uhr, trug Ludendorff dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg vor, „daß ‚Waffenstillstand' erbeten werden müsse. Generalfeldmarschall v. Hindenburg erwiderte, er sei zu dem gleichen Ergebnis gekommen."

Am 29. September „abends begründete General Ludendorff vor den versammelten Abteilungschefs der Obersten Heeresleitung seinen Entschluß hauptsächlich damit, ‚daß er es für die Führung von erträglichen Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen für unbedingt erforderlich halte, ein intaktes Heer zur Verfügung zu haben. Bei einer Weiterführung des Kampfes an der Westfront könne das aber nicht mehr garantiert werden, zumal größere unverbrauchte Reserven nicht mehr vorhanden seien.'"

In einer Niederschrift von Ende Oktober 1918 stellte Ludendorff fest: „Jetzt war der Krieg verloren, daran war nichts mehr zu ändern. Hätten wir die Kraft gehabt, das Kriegsglück im Westen zu wenden, dann wäre naturgemäß noch nichts verloren gewesen. Hierzu fehlten die Mittel. Bei der starken Inanspruchnahme der Truppen an der Westfront mußten wir mit weiteren, auch eingetretenen Rückschlägen rechnen. Unsere Lage konnte sich nur noch mehr und mehr verschlechtern, nicht mehr bessern."

Der Weltkrieg 1914 bis 1918.
Im Auftrage des Oberkommandos des Heeres bearbeitet
und hrsg. von der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres,
Vierzehnter Band, Berlin 1944, S. 631, 633, 634.

15

Erlaß Kaiser Wilhelms II. zum Rücktrittsgesuch des Reichskanzlers Georg Graf von Hertling vom 30. September 1918

Ew. Exz. haben Mir vorgetragen, daß Sie sich nicht mehr in der Lage glauben, an der Spitze der Regierung zu verbleiben. Ich will Mich Ihren Gründen nicht verschließen und muß mit schwerem Herzen Ihrer weiteren Mitarbeit entsagen. Der Dank des Vaterlandes für das von Ihnen durch Übernahme des Reichskanzleramtes in ernster Zeit gebrachte Opfer und die von Ihnen geleisteten Dienste bleiben Ihnen sicher. Ich wünsche, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschicke

des Vaterlandes mitarbeitet. Es ist daher Mein Wille, daß Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weitem Umfange teilnehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung. Ich bitte Sie, Ihr Werk damit abzuschließen, daß Sie die Geschäfte weiterführen und die von Mir gewollten Maßnahmen in die Wege leiten, bis Ich den Nachfolger für Sie gefunden habe. Ihren Vorschlägen hierfür sehe Ich entgegen.

Gr. Hauptquartier, 30. Sept. 1918
ggez. Dr. Graf v. Hertling gez. Wilhelm I. R.

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, 34. Jg., 1918.
Hrsg. von Wilhelm Stahl, Erster Teil, München 1922, S. 314.

16

Ersuchen der deutschen Regierung um Friedensverhandlungen an den Präsidenten der USA Woodrow Wilson vom 3. Oktober 1918

Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen, alle kriegführenden Staaten von diesem Ersuchen in Kenntnis zu setzen und sie zur Entsendung von Bevollmächtigten zwecks Anbahnung von Verhandlungen einzuladen. Sie nimmt das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, namentlich der Rede vom 27. September, aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an.

Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, ersucht die deutsche Regierung den sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft herbeizuführen.

gez. Max, Prinz von Baden
Reichskanzler

Deutsche Reichsgeschichte in Dokumenten 1849–1934.
Hrsg. von Dr. Johannes Hohlfeld, II. Bd.: 1906–1926,
Leipzig 1934, S. 635/636.

17

Aus dem Aufruf der Reichskonferenz der Spartakusgruppe am 7. Oktober 1918

Wir sind in die letzte Periode des Krieges eingetreten. Nach 50 Monaten zeigt sich sein Werk so, wie es nach unserer Auffassung sein mußte: Auf

der einen Seite die Masse derjenigen, die diese lange Zeit in den Schützengräben vertierten, Leib und Leben, ihr Blut und ihre Gesundheit opferten, um das „Vaterland" zu verteidigen, dieweil der Krieg selbst das wenige, was sie vom Vaterlande hatten, ihre Familien, ihre wirtschaftliche Existenz vernichtete; auf der anderen Seite die Schar derer, die zu Hause in Behaglichkeit sitzen, die Konjunktur des Krieges ausnutzen, um den Proletariern an der Front und deren Klassengenossen zu Hause in Kriegslieferungen, mit Lebensmittelwucher das Geld aus der Tasche zu stehlen.

Dieses Resultat des Krieges hat in allen Ländern der Welt nicht nur die objektiven Grundlagen der Revolution verstärkt, sondern den Zeitpunkt des unmittelbaren Beginnens der Revolution herangeführt.

Für Deutschland kommt ein Besonderes hinzu.

Dieser Krieg, mit der frechsten Lüge der Weltgeschichte – der vom schmählichen Überfall – begonnen, stellt endlich, nach vierjähriger Häufung von Lüge auf Lüge, das deutsche Proletariat vor die nackte Tatsache, daß Deutschlands Imperialismus politisch und militärisch vernichtend geschlagen ist.

Das Übermaß dieses Leidens und der schimpfliche Mißbrauch mit der Gutgläubigkeit der Proletarier hat aber in Deutschland bereits über den Zeitpunkt des Beginns revolutionärer Kämpfe hinausgeführt.

Sie haben in der Armee begonnen. Massenweise Desertionen, unzählige Scharen von Urlaubern, die mit großer Verspätung oder überhaupt nicht an die Front zurückkehren, bataillons- und divisionsweises Überlaufen beweisen, daß die Soldaten begonnen haben, ihr Joch abzuwerfen, daß die Armee, das wichtigste Werkzeug der Reaktion, zerbricht.

Diese erste Regung der Revolution findet aber schon die Konterrevolution auf ihrem Posten. Mit der Einräumung scheinbarer Rechte sucht sie, da die Gewaltmittel versagen, die Bewegung einzudämmen. Parlamentarisierung und preußisches Wahlrecht sollen das Proletariat geneigt machen, weiter zu dulden und so, wenn schon der Raubzug nach außen mißglückt ist, der Bourgeoisie die Früchte des Diebstahls am eigenen Volke sichern und die schwankenden Throne Wilhelms II. und der übrigen souveränen Herren Deutschlands stützen.

In diesem Bestreben haben sie die freundliche Unterstützung jener Sozialisten gefunden, deren Geschäft es seit dem 4. August 1914 ist, das Vertrauen, das sie aus Friedenszeiten her in den Volksmassen besaßen, der Junker- und Kapitalistenbande zur Verfügung zu stellen, damit sie um so unbesorgter das Volk belügen und bestehlen können. Sie, die am 4. August 1914 erklärten, daß sie das „Vaterland" – will heißen das Vaterland der Kapitalisten und Junker – gegenüber dem äußeren Feinde nicht im Stich lassen, lassen es auch gegenüber dem Andrängen der Prole-

tariermassen nicht im Stich. In der Person Scheidemanns und Bauers haben sie ihre Agenten in die Regierung entsandt, um dort unter Führung des Prinzen Max von Baden den Fürsten ihren Thron und den Kapitalisten ihre Kassenschränke zu retten ...

Unbekümmert um Gesetze und Verordnungen der kommandierenden Generale muß das Proletariat mit allen Mitteln verlangen:

1. Unverzügliche Freilassung all derer, die für die Sache des Proletariats in den Gefängnissen und Zuchthäusern, sei es in Schutzhaft oder in Strafhaft, schmachten; Befreiung aller Soldaten, die wegen militärischer und politischer Verbrechen verurteilt sind; Entlassung aller Soldaten, die aus politischen Gründen eingezogen sind oder im Heer zurückgehalten werden; Aufhebung aller Beschränkungen, die aus politischen Gründen über Soldaten verhängt wurden.

2. Sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes.

3. Sofortige Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes.

Darüber hinaus hat das Proletariat zu fordern:

1. Annullierung sämtlicher Kriegsanleihen ohne jede Entschädigung.

2. Enteignung des gesamten Bankkapitals, der Bergwerke und Hütten, wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit, Festsetzung von Mindestlöhnen.

3. Enteignung alles Groß- und Mittelgrundbesitzes, Übergabe der Leitung der Produktion an Delegierte der Landarbeiter und Kleinbauern.

4. Durchgreifende Umgestaltung des Heerwesens, nämlich:

a) Verleihung des Vereins- und Versammlungsrechtes an die Soldaten in dienstlichen und außerdienstlichen Angelegenheiten.

b) Aufhebung des Disziplinarstrafrechtes der Vorgesetzten; die Disziplin wird durch Soldatendelegierte aufrechterhalten.

c) Aufhebung der Kriegsgerichte.

d) Entfernung von Vorgesetzten auf Mehrheitsbeschluß der ihnen Untergebenen hin.

5. Abschaffung der Todes- und Zuchthausstrafe für politische und militärische Vergehen.

6. Übergabe der Lebensmittelverteilung an Vertrauensleute der Arbeiter.

7. Abschaffung der Einzelstaaten und Dynastien.

Proletarier, die Erreichung dieser Ziele bedeutet noch nicht die Erreichung eures Zieles, sie sind der Prüfstein dafür, ob die Demokratisierung, die die herrschenden Klassen und deren Agenten euch vorflunkern, echt ist. Der Kampf um die wirkliche Demokratisierung geht nicht um Parlament, Wahlrecht oder Abgeordnetenminister und anderen Schwindel; er gilt den realen Grundlagen aller Feinde des Volkes: Besitz an Grund und Boden und Kapital, Herrschaft über die bewaffnete Macht und über die Justiz.

Das alte Gebäude der Kapitalistenherrschaft ist morsch geworden.

Proletarier! Nach 50 Monaten des Leidens ist jetzt eure Stunde gekommen. Zeigt euch ihrer würdig! Seht auf eure Brüder in Rußland! Seht auf eure Brüder an der Front!

Den Frieden und mit ihm das Brot, das euch die Besitzenden nicht geben können, müßt ihr selbst jetzt holen; für euch, für eure Kinder, für eure Brüder auf der ganzen Welt!

Es lebe die soziale Revolution!

Es lebe der Frieden der Völker!

Nieder die Regierung!

Tod dem Kapitalismus!

Die Gruppe Internationale (Spartakus-Gruppe)
Die Linksradikalen Deutschlands

Ernst Drahn und Susanne Leonhard: Unterirdische Literatur
im revolutionären Deutschland während des Krieges,
Berlin 1920, S. 113–118.
Revolutionäre deutsche Parteiprogramme.
Vom Kommunistischen Manifest zum Programm des Sozialismus.
Hrsg. und eingel. von Lothar Berthold und Ernst Diehl.
Berlin 1965, S. 102–106.

18

Aus dem Bericht Dr. Johann Reicherts, Geschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, über eine Tagung führender Monopolherren im Stahlhof zu Düsseldorf am 9. Oktober 1918

Tatsächlich war die Lage schon in den ersten Oktobertagen klar. Es kam darauf an: Wie kann man die Industrie retten? Wie kann man auch das Unternehmertum vor der drohenden, über alle Wirtschaftszweige hinwegfegenden Sozialisierung, der Verstaatlichung und der nahenden Revolution bewahren? ...

Die Versammelten waren sich einig darüber, daß unter den bestehenden Verhältnissen die Regierung des Prinzen Max von Baden und des Herrn von Payer unhaltbar sei und daß sie bald gestürzt werden würde. Man hat die Lebensdauer dieser Regierung auf nicht mehr als 4 bis 5 Wochen veranschlagt, eine Voraussage, die leider auf den Tag zugetroffen ist. Jedenfalls haben sich die Eisenindustriellen von einer schwachen Regierung keine Hilfe versprechen können ... Einen überragenden Einfluß schien nur die organisierte Arbeiterschaft zu haben. Daraus zog man den Schluß: Inmitten der allgemeinen großen Unsicherheit, angesichts der

wankenden Macht des Staates und der Regierung gibt es für die Industrie nur auf seiten der Arbeiterschaft starke Bundesgenossen, das sind die Gewerkschaften ...

Wenn in dieser großen Masse der organisierten Arbeitnehmer der Gedanke der Zusammengehörigkeit, der Solidarität, mit den Unternehmern für die großen wirtschaftspolitischen Fragen erweckt werden kann, dann – so schien es – ist ein Weg vorhanden, auf dem man künftig zum Besten der deutschen Industrie weitergehen kann, dann ist eine Aussicht auf Rettung.

J. Reichert: Entstehung, Bedeutung und Ziel
der „Arbeitsgemeinschaft", Berlin 1919, S. 6/7.

19

Aus dem Aufruf des Soldatenrates Kiel vom Anfang November 1918

Kameraden!

Der gestrige Tag wird in der Geschichte Deutschlands ewig denkwürdig sein. Zum ersten Male ist die politische Macht in die Hände der Soldaten gelegt. Ein Zurück gibt es nicht mehr! Große Aufgaben liegen vor uns. Aber damit sie erfüllt werden können, ist Einigkeit und Geschlossenheit der Bewegung notwendig.

Ihr habt einen Soldatenrat eingesetzt, der einmütig mit dem Arbeiterrat handelt. Folgt seinen Anweisungen und Beschlüssen, sorgt für Ruhe und Ordnung, damit sich nichts ereignet, was gegen uns ausgenützt werden kann. Denkt auch an die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Kasernen ...

Die vom Soldatenrat gestellten und vom Gouverneur angenommenen 14 Punkte lauten:

1. Freilassung sämtlicher Inhaftierten und politischen Gefangenen.
2. Vollständige Rede- und Preßfreiheit.
3. Aufhebung der Briefzensur.
4. Sachgemäße Behandlung der Mannschaften durch Vorgesetzte.
5. Straffreie Rückkehr sämtlicher Kameraden an Bord und in die Kasernen.
6. Die Ausfahrt der Flotte hat unter allen Umständen zu unterbleiben.
7. Jegliche Schutzmaßnahmen mit Blutvergießen haben zu unterbleiben.
8. Zurückziehung sämtlicher nicht zur Garnison gehöriger Truppen.
9. Alle Maßnahmen zum Schutze des Privateigentums werden sofort vom Soldatenrat festgesetzt.
10. Es gibt außer Dienst keine Vorgesetzten mehr.

11. Unbeschränkte persönliche Freiheit jedes Mannes von Beendigung des Dienstes bis zum Beginn des nächsten Dienstes.

12. Offiziere, die sich mit den Maßnahmen des jetzt bestehenden Soldatenrates einverstanden erklären, begrüßen wir in unserer Mitte. Alles übrige hat ohne Anspruch auf Versorgung den Dienst zu quittieren.

13. Jeder Angehörige des Soldatenrates ist von jeglichem Dienst zu befreien.

14. Sämtliche in Zukunft zu treffenden Maßnahmen sind nur mit Zustimmung des Soldatenrates zu treffen.

Diese Forderungen sind für jede Militärperson Befehle des Soldatenrates.

Der Soldatenrat

Kieler Zeitung, 5. November 1918.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1957, S. 281, 282.

20

Forderungen des Arbeiter- und Soldatenrates Stuttgart vom 4. November 1918

1. Sofortiger Waffenstillstand und Abschluß des Friedens durch den Arbeiter- und Soldatenrat.

2. Abdanken aller Dynastien, einschließlich Wilhelms II. von Württemberg.

3. Auflösung des Landtags und des Reichstags. Die Regierungen übernehmen sofort zu wählende Delegierte der Arbeiter, Soldaten, Kleinbauern und der Landarbeiter.

4. Sofortige und vollständige Aufhebung des Belagerungszustandes; Aufhebung jeder Zensur, volle Preßfreiheit; Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes.

5. Sofortige Freilassung aller politisch Inhaftierten und aller Militärgefangenen ohne Ausnahme in Württemberg und im Reich.

6. Banken und Industrien sind zugunsten des Proletariats zu enteignen.

7. Annullierung der Kriegsanleihen von 1000 Mark aufwärts.

8. Siebenstündige Arbeitszeit; Festsetzung von Mindestlöhnen durch die Arbeiterausschüsse. Gleiche Löhne für männliche und weibliche Arbeiter.

9. Streiktage sind voll zu bezahlen.

10. Durchgreifende Umgestaltung des Heerwesens, nämlich

a) Verleihung des Vereins- und Versammlungsrechts an die Soldaten in dienstlichen und außerdienstlichen Angelegenheiten;

b) Aufhebung des Disziplinarstrafrechts der Vorgesetzten; die Disziplin wird durch Soldatendelegierte aufrechterhalten;

c) Abschaffung der Kriegsgerichte;

d) Entfernung von Vorgesetzten auf Mehrheitsbeschluß der ihnen Untergebenen hin.

11. Abschaffung der Todesstrafe und der Zuchthausstrafe für politische und militärische Vergehen.

12. Übergabe der Lebensmittelverteilung an Vertrauensleute der Arbeiter.

Der Arbeiter- und Soldatenrat

Die rote Fahne (Stuttgart), 5. November 1918.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1957, S. 283/284.

21

Aufruf des Vorstandes der SPD vom 4. November 1918

Arbeiter! Parteigenossen!

Durch unterschriftlose Flugblätter und durch Agitation von Mund zu Mund ist an euch die Aufforderung ergangen, in den nächsten Tagen die Betriebe zu verlassen und auf die Straße zu gehen. Wir raten euch dringend, dieser Aufforderung nicht zu folgen.

Wie ihr alle wißt, befindet sich die Sozialdemokratische Partei im Zuge einer sehr wichtigen Aktion. Sie hat einige Genossen in die Regierung entsandt, damit diese schleunigst Frieden schließe und im Innern alle bürgerlichen Freiheiten herstelle, deren die Arbeiterklasse zu ihrer weiteren Entwicklung bedarf.

Seit dem Eintritt unserer Genossen in die Regierung hat diese an die Gegner ein Angebot gerichtet, das in kürzester Zeit zu Waffenstillstand und Frieden führen muß; das gleiche Wahlrecht in Preußen durchgesetzt; dem Reichstag die Stellung der eigentlichen Zentralgewalt im Reiche verschafft und das persönliche Regiment beseitigt; die Unterstellung der Militärgewalt unter die Zivilgewalt durchgeführt und damit den Militarismus des stärksten Rückhalts beraubt; die Preß- und Versammlungsfreiheit erweitert; Liebknecht und viele andere aus dem Gefängnis befreit.

Dies alles genügt uns nicht. Wir arbeiten weiter, um kriegshetzerische Strömungen zu bekämpfen und die Demokratisierung Deutschlands bis aufs letzte durchzuführen.

Wie ihr alle aus den Zeitungen wißt, hat Genosse Scheidemann im

Einvernehmen mit der Partei dem Reichskanzler empfohlen, er möge dem Kaiser raten zurückzutreten. Über diese Frage schweben in diesem Augenblick noch wichtige Verhandlungen.

Arbeiter, Parteigenossen!

Wir fordern euch auf, diese Verhandlungen nicht durch unbesonnenes Dazwischentreten zu durchkreuzen. Wir stehen vor den schwersten Entscheidungen, jeden Tag können wir in die Lage kommen, euch auffordern zu müssen, daß ihr euer Wort in die Waagschale der Entscheidung werfen mögt. Jetzt gilt es aber, ruhig Blut und Disziplin zu wahren und sich von keinerlei Verwirrungsparolen einfangen zu lassen.

Je geschlossener ihr unsere Aktion unterstützt, desto früher werden alle militärischen Einziehungen und sonstigen Maßnahmen, die euch beunruhigen, wieder rückgängig gemacht werden, desto sicherer werden wir rasch zu einem dauernden Frieden gelangen, desto ohnmächtiger werden alle Versuche der Reaktion bleiben, sich wieder in den Sattel zu setzen.

Aus unbesonnenen Streichen kann einzelnen von euch und der Gesamtheit nur namenloses Unglück erwachsen. Aktionen, die Erfolg versprechen, müssen von der Gesamtheit der Arbeiterschaft getragen sein. Für solche ist aber jetzt der Augenblick nicht da. Folgt darum keiner Parole, die von einer unverantwortlichen Minderheit ausgegeben wird!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Vorwärts (Berlin), 4. November 1918.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1957, S. 289/290.

22
Aufruf der Parteileitung der USPD „An das werktätige Volk Deutschlands" vom 4. November 1918

Bulgarien hat kapituliert, die Türkei und Österreich-Ungarn haben den Waffenstillstand bereits abgeschlossen. Das Deutsche Reich steht ohne Bundesgenossen da und wird jetzt auch vom Südosten her bedroht. Trotzdem wagt es die Militärpartei, die Fortsetzung des Krieges bis zum letzten Mann zu fordern. „Lieber in Ehren untergehen, als die Waffen jetzt niederlegen" – ist ihre Parole. Sie spekuliert auf die Revolution in – Frankreich!

Die Regierung nimmt eine unklare Haltung ein. Viele Tausende Einziehungen sind in diesen Tagen im ganzen Reich erfolgt. Während die Arbeiter und Bürger das Ende des sinnlosen Mordens leidenschaftlich

erwarten, werden sie ihrer Beschäftigung entrissen, der militärischen Disziplin unterworfen, Strapazen und Entbehrungen ausgesetzt. Die Flammen der Empörung über dieses Treiben schlagen hoch.

Arbeiter! Die Regierungssozialisten ermahnen euch, Vertrauen zur Regierung zu haben. Während die Kriegstreiber am Werk sind, sollt ihr ruhig abwarten, was die Regierung beschließen wird. Jede selbständige freie Betätigung der Massen soll unterdrückt werden. Mit welchem Recht kann die Regierung euer Vertrauen fordern?

Entweder hat die Regierung die Einziehungen verfügt, dann ist sie mit der Fortsetzung des Krieges einverstanden und treibt ein freventliches Doppelspiel. Oder diese Maßregeln geschehen gegen ihren Willen, über ihren Kopf hinweg. Dann ist der Beweis erbracht, daß die Geschicke des deutschen Volks durch dunkle Mächte gelenkt werden, die daran sind, das Verderben des Volks zu vollenden.

Unverantwortlich wäre es, wenn ihr den Ereignissen freien Lauf ließet. Seid auf der Hut!

Nicht Fortsetzung des Krieges – sofortiger Friede!

das ist die unabänderliche Forderung der Arbeiterklasse und des ganzen werktätigen Volkes.

Haltet euch zum Eingreifen bereit!

Die Parteileitung der
Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands

Berlin, den 4. November 1918

Leipziger Volkszeitung, 5. November 1918.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1957, S. 287/288.

23

Über die Rolle Philipp Scheidemanns beim Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland im Oktober/November 1918

Aus dem Protokoll der Sitzung der Staatssekretäre
am 28. Oktober 1918

Dr. Drews trägt die bisher ermittelten Tatsachen vor, die dafür sprechen, daß die russische Botschaft planmäßig für die Revolution arbeite; in Berlin und im ganzen Lande herrsche die Überzeugung, daß dies der Fall

sei. Das Verfahren der Botschaft zu dulden, sei gefährlich und unwürdig ...

Scheidemann stimmt Drews darin zu, daß man sich nicht alles gefallen lassen dürfe ... Die Beweismittel reichten zu einem schärferen Einschreiten gegen die russische Botschaft nicht aus. Einen offenbaren Eingriff in die Exterritorialität müsse man vermeiden; aber wenn z. B. eine verdächtige Kurierkiste auf dem Transport zufällig entzwei ginge, so lasse sich vielleicht die Abberufung des jetzigen Botschafters verlangen; das komme auch sonst im internationalen Verkehr vor. Vor allem aber könne man einen starken Druck auf die russische Regierung dadurch ausüben, daß man mit den Kohlen zurückhalte, die Deutschland ihnen jetzt liefere. Gewandte Journalisten müßten nach Rußland geschickt werden, um in deutschen Zeitungen die furchtbaren Zustände dort anschaulich zu schildern und dadurch die Sympathie für den Bolschewismus zu ersticken.

Deutsches Zentralarchiv Potsdam,
Reichskanzlei, Nr. 2462, Bl. 250–256.

Am 4. November abends war die Kurierkiste auf dem Schlesischen Bahnhof [richtig: Bahnhof Friedrichstraße] planmäßig entzweigegangen. Solf berichtete am Morgen des 5., daß dabei aufrührerische Schriften denkbar kompromittierenden Inhalts ans Tageslicht gekommen wären: Aufrufe zum Revolutionskampf und Meuchelmord. Nunmehr hatten wir die gewünschte Handhabe gegen Joffe und seinen Stab von geübten Revolutionstechnikern. Wir beschlossen, am Abend dieses Tages dem diplomatischen Vertreter Rußlands mitzuteilen, daß er am nächsten Morgen mit seinem gesamten Botschaftspersonal Berlin zu verlassen hätte. Bis dahin sollte die Botschaft unter polizeiliche Bewachung gestellt werden. Scheidemann erklärte in dieser Sitzung: Der Bolschewismus ist heut die größere Gefahr als die Entente.

Prinz Max von Baden: Erinnerungen und Dokumente,
Stuttgart, Berlin und Leipzig 1927, S. 580.

24
Aufruf des Reichskanzlers Prinz Max von Baden vom 6. November 1918

Präsident Wilson hat heute auf die deutsche Note geantwortet und mitgeteilt, daß seine Verbündeten den 14 Punkten, in denen er seine Friedensbedingungen im Januar d. J. zusammengefaßt hatte, mit Ausnahme der Freiheit der Meere zugestimmt haben und daß die Waffenstillstandsbedingungen durch Marschall Foch mitgeteilt werden. Damit ist die

Voraussetzung für Friedens- und Waffenstillstandsverhandlungen gleichzeitig geschaffen. Um dem Blutvergießen ein Ende zu machen, ist die deutsche Abordnung zum Abschluß des Waffenstillstandes und zur Aufnahme der Friedensverhandlungen heute ernannt worden und nach dem Westen abgereist.

Die Verhandlungen werden durch Unruhen und disziplinloses Verhalten in ihrem erfolgreichen Verlauf ernstlich gefährdet.

Über vier Jahre hat das deutsche Volk in Einigkeit und Ruhe die schwersten Leiden und Opfer des Krieges getragen. Wenn in der entscheidenden Stunde, in der nur unbedingte Einigkeit des ganzen deutschen Volkes große Gefahren für seine Zukunft abwenden kann, die inneren Kräfte versagen, so sind die Folgen nicht abzusehen.

Aufrechterhaltung der bisher gewahrten Ordnung in freiwilliger Manneszucht ist in dieser Entscheidungsstunde eine unerläßliche Forderung, die jede Volksregierung stellen muß.

Mag jeder Staatsbürger sich der hohen Verantwortung bewußt sein, die er in Erfüllung dieser Pflicht seinem Volke gegenüber trägt.

Der Reichskanzler: Max, Prinz von Baden

Museum für Deutsche Geschichte, Berlin, Sektor Dokumente, P 57/32.
Prinz Max von Baden: Erinnerungen und Dokumente,
Stuttgart, Berlin und Leipzig 1928, S. 598/599.

25

Aus der Erklärung Philipp Scheidemanns in der Sitzung des Kriegskabinetts am 7. November 1918

Das Versammlungsverbot war Anlaß, daß wir die ganze Situation erneut beraten haben. Das Verbot des Oberkommandos, Arbeiter- und Soldatenräte zu bilden, hat allgemeine Heiterkeit erregt. Es hat denselben Sinn als ob man verbieten würde, daß es morgen nicht regnen soll. Das Versammlungsverbot hingegen hat wie eine Aufreizung gewirkt... Das ist für uns nicht erträglich. Es hat sich hier wiederum gezeigt, daß von militärischer Seite in anderer Richtung gearbeitet worden ist. Nach der Rücksprache zwischen Ebert und dem Herrn Reichskanzler heute morgen schien es, als ob noch ein modus vivendi gefunden werden könnte, aber durch das Versammlungsverbot und die sich überstürzenden Ereignisse ist das überholt. Die Vorgänge in den Küstenstädten und in Hannover zeigen, daß Teile des Reichs in Revolution stehen. Es kommt hinzu, daß die in Berlin vorgenommenen Maßnahmen wie: Aufpflanzen des Militärs mit Bajonetten, Aufstellung von Maschinengewehren am Lehrter Bahnhof, verbitternd gewirkt haben.

So ist eine Gesamtsituation entstanden, die uns vor die schwerste Entscheidung gestellt hat. Dem außerordentlich geschickten Eingreifen des Abgeordneten Ebert ist es die letzten Abende noch gelungen, die Massen ruhig zu halten. Jetzt ist das nicht mehr möglich, ohne daß bestimmte Forderungen erfüllt werden. Wir haben daher dem Herrn Reichskanzler im Auftrage der Vorstände der sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Fraktion folgende letzte Forderungen gestellt:

1. Freigabe der heute verbotenen Versammlungen.
2. Anweisung an Polizei und Militär zur äußersten Besonnenheit.
3. Rücktritt des Kaisers und des Kronprinzen bis Freitag mittag.
4. Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses in der Regierung.
5. Umgestaltung des preußischen Ministeriums im Sinne der Mehrheitsparteien des Reichstags.

Ist bis Freitag mittag keine befriedigende Antwort erfolgt, so tritt die Sozialdemokratie aus der Regierung aus.

Die Regierung ist bisher über Reden wenig hinausgekommen. Die unteren Organe funktionieren in alter Weise weiter und setzen zum Teil unseren Beschlüssen passive Resistenz entgegen. Jedes Mal, wenn die Beseitigung dieser oder jener Person als notwendig angesehen wird, erhalten wir die Antwort, das ginge nicht so schnell und so leicht. Wenn wir verhindern wollen, daß die Unruhen schlimmste Dimensionen annehmen, so müssen wir hier eingreifen und den Leuten zeigen, daß wir in ihrem Geiste arbeiten. Uns ist der heutige Entschluß und der Weg zum Reichskanzler furchtbar schwer gefallen; aber da wir zu der Überzeugung gekommen sind, daß der Reichskanzler von sich aus doch nicht den Entschluß fassen würde, den Kaiser zur Abdankung zu bewegen, so mußten wir handeln. Der Kaiser soll angeblich zu Exzellenz Drews gesagt haben: „Ich weiche nur der Gewalt." Wenn die Abdankung jetzt nicht erfolgt, so wird in kurzer Zeit die Frage gestellt sein: Republik oder Monarchie. Ich bitte Sie, den ganzen Ernst der Situation zu sehen ...

Wir haben uns die größte Mühe gegeben, auf die Massen zu wirken. Wenn die Massen in der Kaiserfrage in Bewegung gekommen sind, so sind in erster Linie die bürgerlichen Blätter, wie die Frankfurter Zeitung, es gewesen, die hierzu beigetragen haben. Man kann die Massen auch jetzt noch im Zaum halten, wenn man Konzessionen macht. Was auch das Kabinett für Beschlüsse faßt, die preußische Verwaltung pfeift darauf. Wenn Exzellenz von Payer auf die schwere Verantwortung hinweist, die wir tragen, so muß klargestellt werden, daß die schwerste Verantwortung der Kaiser trägt. Er mußte seit Wochen wissen, was er zu tun hatte. Es gibt wohl niemanden im Kabinett, dem nicht ein Stein vom Herzen gefallen wäre, wenn der Kaiser rechtzeitig das Richtige getan hätte. Jetzt gibt man ihm schon die Schuld am Kriege. Wenn er gesagt hat, ich weiche nur

der Gewalt, so verschlimmert das die Situation. Es ist nicht zweifelhaft, wie das ausgehen muß. Ich weiß nicht, ob die jungen Soldaten schießen würden, die alten tun es sicher nicht ...

Unsere Überzeugung ist es, daß das Reich zusammenbricht, wenn der Kaiser nicht sofort abdankt. Dankt er ab, so glauben wir die Garantie übernehmen zu können, daß die Entwicklung sich günstig gestalten wird. Wir sind bis heute unseren Zusagen treu geblieben, wir haben unsern Ruf auf das Spiel gesetzt. Gegen den Prinzen Max hatten wir seinerzeit Bedenken. Damals ist uns gesagt worden, gerade er wird, wenn der Augenblick gekommen ist, am besten geeignet sein, den entscheidenden Schritt zu tun ...

Ich mache folgenden Vorschlag:

1. Sofortige Mitteilung des Tatbestandes an den Kaiser.

2. Weder der Reichskanzler noch wir ziehen die äußersten Konsequenzen bis der Waffenstillstand abgeschlossen ist.

Ich will versuchen, diesen Vorschlag in meiner Fraktion durchzusetzen, kann aber nicht für den Erfolg garantieren ...

Ich habe inzwischen den Abgeordneten Ebert gesprochen. Er hat mir mitgeteilt, daß unsere Forderungen auf die Arbeiterschaft außerordentlich beruhigend gewirkt haben. Sie haben versprochen, nichts zu unternehmen, bis die Entscheidung gefallen ist. Sie, meine Herren, und der Herr Reichskanzler müssen doch einsehen, daß wir alles getan haben, was wir konnten, um die Massen bei der Stange zu halten.

Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Reichskanzlei,
Akten betreffend Beschlüsse des Kriegsrats, Bd. 4,
vom 17. Oktober 1918 bis 16. November 1918;
Rep. Nr. 2462/1, pag. 111–119.
Lothar Berthold/Helmut Neef: Militarismus
und Opportunismus gegen die Novemberrevolution.
Das Bündnis der rechten SPD-Führung
mit der Obersten Heeresleitung November und Dezember 1918.
Eine Dokumentation, Berlin 1958, S. 90–94.

26

Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrates Hamburg vom 8. November 1918

Arbeiter und Soldaten Hamburgs! Im ersten Kampfe seid ihr siegreich geblieben. Glaubt nicht, daß ihr jetzt ruhen könnt. Die schnell erworbene Freiheit könnt ihr euch nur erhalten, wenn ihr sie täglich neu verteidigt. Strenge Zucht und kein Nachlassen in der Wachsamkeit. Und sofort an den Aufbau. An Stelle der finsteren Festung des Kapitalismus gilt es die lichten Hallen der freien sozialistischen Gesellschaft aufzubauen. Gründ-

liche Arbeit ist dazu nötig und ruhiges, aber eisenfestes Zupacken. Die Gefahren von außen sind noch nicht beseitigt. Aber der Soldatenrat bürgt uns dafür, es bürgt uns die straffe, opferfreudige Disziplin der Roten Garde, daß Hamburg militärisch nicht zu bewältigen ist. Alle Maßregeln zum Schutze der Revolution und der Bevölkerung werden ergriffen werden. Aber auch hier heißt es: Kühnheit, Kühnheit und abermals Kühnheit!

Kühnheit und festes Vertrauen, ihr Kämpfer all! Die Vorgänge der ersten Novemberwoche sind keine Putsche, 's ist der Geschichte eh'rnes Muß! Es ist der Anfang der deutschen Revolution, der Weltrevolution! Glückauf zur gewaltigsten Tat der Weltgeschichte!

Es lebe der Sozialismus!

Es lebe die deutsche Arbeiterrepublik!

Es lebe der Weltbolschewismus!

Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands.
Eine Auswahl von Materialien und Dokumenten aus den Jahren 1914–1946.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1955, S. 52.

27

Aus dem Aufruf des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates München vom 8. November 1918

An die Bevölkerung Münchens!

Das furchtbare Schicksal, das über das deutsche Volk hereingebrochen ist, hat zu einer elementaren Bewegung der Münchener Arbeiter und Soldaten geführt. Ein provisorischer Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat hat sich in der Nacht zum 8. November im Landtage konstituiert. Bayern ist fortan ein freier Staat.

Eine Volksregierung, die von dem Vertrauen der Massen getragen wird, soll unverzüglich eingesetzt werden.

Eine konstituierende Nationalversammlung, zu der alle mündigen Männer und Frauen das Wahlrecht haben, wird so schnell wie möglich einberufen werden ...

Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat wird strengste Ordnung sichern. Ausschreitungen werden rücksichtslos unterdrückt. Die Sicherheit der Person und des Eigentums wird verbürgt. Die Soldaten in den Kasernen werden durch Soldatenräte sich selbst regieren und die Disziplin aufrechterhalten. Offiziere, die sich den Anforderungen der veränderten Zeit nicht widersetzen, sollen unangetastet ihren Dienst versehen. Wir rechnen auf die schaffende Mithilfe der gesamten Bevölkerung. Jeder Arbeiter an der neuen Freiheit ist willkommen. Alle Beamten bleiben in ihren Stellungen.

Grundlegende soziale und politische Reformen werden unverzüglich ins Werk gesetzt. Die Bauern verbürgen sich für die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln. Der alte Gegensatz zwischen Land und Stadt wird verschwinden. Der Austausch der Lebensmittel wird rationell organisiert werden ...

Es lebe die bayerische Republik! Es lebe der Friede! Es lebe die schaffende Arbeit aller Werktätigen!

München, Landtag, in der Nacht zum 8. November 1918

Der Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern
Der Erste Vorsitzende: Kurt Eisner

Leipziger Volkszeitung, 8. November 1918.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1957, S. 321/322.

28

Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrates Leipzig vom 8. November 1918

Arbeiter!

Die Stunde ist gekommen, wo es zu handeln gilt!

Die Revolution hat gesiegt in Kiel, Lübeck, Hamburg, Bremen, Hannover, Schwerin, Oldenburg, Rostock. Bayern ist Republik!

Erhebt euch zur Eroberung der politischen Macht! Schüttelt das Joch des Kapitalismus ab!

Verlaßt die Betriebe für die sozialistische Republik!

Generalstreik zur Erringung der politischen Macht! Heraus zur Unterstützung der Soldaten!

Auf! Generalstreik! Arbeiter- und Soldatenrat Leipzig

Flugblatt.
Museum für Geschichte der Leipziger Arbeiterbewegung.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1957, S. 323.

29

Aufruf der Spartakusgruppe vom 8. November 1918

Arbeiter und Soldaten!

Nun ist eure Stunde gekommen. Nun seid ihr nach langem Dulden und stillen Tagen zur Tat geschritten. Es ist nicht zuviel gesagt: In diesen Stun-

den blickt die Welt auf euch und haltet ihr das Schicksal der Welt in euren Händen.

Arbeiter und Soldaten! Jetzt, da die Stunde des Handelns gekommen ist, darf es kein Zurück mehr geben. Die gleichen „Sozialisten", die vier Jahre lang der Regierung Zuhälterdienste geleistet haben, die in den vergangenen Wochen von Tag zu Tag euch vertröstet haben mit der „Volksregierung", mit Parlamentarisierung und anderem Plunder, sie setzen jetzt alles daran, um euren Kampf zu schwächen, um die Bewegung abzuwiegeln.

Arbeiter und Soldaten! Was euren Genossen und Kameraden in Kiel, Hamburg, Bremen, Lübeck, Rostock, Flensburg, Hannover, Magdeburg, Braunschweig, München und Stuttgart gelungen ist: das muß auch euch gelingen. Denn von dem, was ihr erringt, von der Zähigkeit und dem Erfolge eures Kampfes, hängt auch der Sieg eurer dortigen Brüder ab, hängt der Erfolg des Proletariats der ganzen Welt ab.

Soldaten! Handelt wie eure Kameraden von der Flotte, vereinigt euch mit euren Brüdern im Arbeitskittel. Laßt euch nicht gegen eure Brüder gebrauchen, folgt nicht den Befehlen der Offiziere, schießt nicht auf die Freiheitskämpfer.

Arbeiter und Soldaten! Die nächsten Ziele eures Kampfes müssen sein:

1. Befreiung aller zivilen und militärischen Gefangenen.
2. Aufhebung aller Einzelstaaten und Beseitigung aller Dynastien.
3. Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten, Wahl von Delegierten hierzu in allen Fabriken und Truppenteilen.
4. Sofortige Aufnahme der Beziehungen zu den übrigen deutschen Arbeiter- und Soldatenräten.
5. Übernahme der Regierung durch die Beauftragten der Arbeiter- und Soldatenräte.
6. Sofortige Verbindung mit dem internationalen Proletariat, insbesondere mit der russischen Arbeiterrepublik.

Arbeiter und Soldaten! Nun beweist, daß ihr stark seid, nun zeigt, daß ihr klug seid, die Macht zu gebrauchen.

Hoch die Sozialistische Republik!

Es lebe die Internationale!

Die Gruppe Internationale (Spartakusgruppe)
Karl Liebknecht Ernst Meyer

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv, D. F. V/15.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1957, S. 324/325.

30

Aufruf des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates Berlin vom 8. November 1918

Arbeiter, Soldaten, Genossen!

Die Entscheidungsstunde ist da! Es gilt der historischen Aufgabe gerecht zu werden.

Während an der Wasserkante die Arbeiter- und Soldatenräte die Gewalt in Händen haben, werden hier rücksichtslos Verhaftungen vorgenommen. Däumig und Liebknecht sind verhaftet.

Das ist der Anfang der Militärdiktatur, das ist der Auftakt zu nutzlosem Gemetzel.

Wir fordern nicht Abdankung einer Person, sondern Republik! Die sozialistische Republik mit allen ihren Konsequenzen.

Auf zum Kampf für Friede, Freiheit und Brot!

Heraus aus den Betrieben!

Heraus aus den Kasernen!

Reicht euch die Hände!

Es lebe die sozialistische Republik!

Der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates
Barth, Brühl, Eckert, Franke, Haase, Ledebour,
Liebknecht, Neuendorf, Pieck, Wegmann

Emil Barth: Aus der Werkstatt der deutschen Revolution,
Berlin (1919), S. 53.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1957, S. 326.

31

Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrates Bremen vom 9. November 1918

An die Bevölkerung Bremens!

Soldaten, Arbeiter, Parteigenossen!

Was hat sich ereignet? Nichts Geringeres als eine Revolution. Ihr Produkt sind die Arbeiter- und Soldatenräte. Über die Aufgabe der Räte kann kein Zweifel sein: Ausbreitung, Sicherung und Vertiefung der Revolution. Die ganze Macht in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte. Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und damit Aufhebung jeder Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine

Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse. Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaft.

Das ist das Programm der Arbeiter- und Soldatenräte. Jeder, der es durchführen helfen will, ist willkommen. Jedem, der es bekämpft, werden wir rücksichtslos zu begegnen wissen. Einerlei, wo er stehen mag.

Soldaten, Arbeiter, Parteigenossen! Männer und Frauen! Die Stunde der Befreiung hat geschlagen. Jetzt nutzt sie! Ein Zurück gibt es nicht. Vorwärts also!

Bremen, den 9. November 1918

Der Arbeiter- und Soldatenrat

Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution,
Berlin (1929), S. 200.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.
Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1957, S. 335.

32

Bekanntmachung über die Abdankung Wilhelms II. durch Prinz Max von Baden am 9. November 1918

Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Throne zu entsagen. Der Reichskanzler bleibt noch so lange im Amte, bis die mit der Abdankung des Kaisers, dem Thronverzicht des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzentwurfs wegen der sofortigen Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine Verfassunggebende deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volkes, einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzustellen.

Der Reichskanzler: Max, Prinz von Baden

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, 34. Jg., 1918.
Hrsg. von Wilhelm Stahl, Erster Teil, München 1922, S. 451.

33
Aufruf Friedrich Eberts vom 9. November 1918

Mitbürger! Der bisherige Reichskanzler Prinz Max von Baden hat mir unter Zustimmung der sämtlichen Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen. Ich bin im Begriff, die neue Regierung im Einvernehmen mit den Parteien zu bilden, und werde über das Ergebnis der Öffentlichkeit in Kürze berichten.

Die neue Regierung wird eine Volksregierung sein. Ihr Bestreben wird sein müssen, dem deutschen Volke den Frieden schnellstens zu bringen und die Freiheit, die es errungen hat, zu befestigen.

Mitbürger! Ich bitte euch alle um eure Unterstützung bei der schweren Arbeit, die unser harrt. Ihr wißt, wie schwer der Krieg die Ernährung des Volkes, die erste Voraussetzung des politischen Lebens, bedroht.

Die politische Umwälzung darf die Ernährung der Bevölkerung nicht stören.

Es muß die erste Pflicht aller in Stadt und Land bleiben, die Produktion von Nahrungsmitteln und ihre Zufuhr in die Städte nicht zu hindern, sondern zu fördern. Nahrungsmittelnot bedeutet Plünderungen und Raub, mit Elend für alle! Die Ärmsten würden am schwersten leiden, die Industriearbeiter am bittersten getroffen werden.

Wer sich an Nahrungsmitteln oder sonstigen Bedarfsgegenständen oder an den für ihre Verteilung benötigten Verkehrsmitteln vergreift, versündigt sich aufs schwerste an der Gesamtheit.

Mitbürger! Ich bitte euch alle dringend: Verlaßt die Straßen!

Sorgt für Ruhe und Ordnung!

Berlin, den 9. November 1918

Der Reichskanzler
Ebert

Museum für Deutsche Geschichte, Berlin, Sektor Dokumente, P 65/771.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1957, S. 333.

34
Aufruf Friedrich Eberts vom 9. November 1918

Aufruf!

Die neue Regierung hat die Führung der Geschäfte übernommen, um das deutsche Volk vor Bürgerkrieg und Hungersnot zu bewahren und seine berechtigten Forderungen auf Selbstbestimmung durchzusetzen.

Diese Aufgabe kann sie nur erfüllen, wenn alle Behörden und Beamten in Stadt und Land ihre hilfreiche Hand bieten.

Ich weiß, daß es vielen schwer werden wird, mit den neuen Männern zu arbeiten, die das Reich zu leiten unternommen haben. Aber ich appelliere an ihre Liebe zu unserem Volke. Ein Versagen der Organisation in diesen schweren Stunden würde Deutschland der Anarchie und dem schrecklichsten Elend ausliefern.

Helft also mit mir dem Vaterlande durch furchtlose und unverdrossene Weiterarbeit, ein jeder auf seinem Posten, bis die Stunde der Ablösung gekommen ist.

Berlin, den 9. November 1918

Der Reichskanzler
gez. Ebert

Museum für Deutsche Geschichte, Berlin, Sektor Dokumente, P 65/772.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1957, S. 334.

35

Aufruf der Spartakusgruppe an die Arbeiter und Soldaten Berlins vom 10. November 1918

Arbeiter und Soldaten von Berlin!

Sichert die von euch errungene Macht!

Mißtrauen ist die erste demokratische Tugend!

Die rote Fahne weht über Berlin! Würdig habt ihr euch an die Seite der Städte gestellt, in denen schon das Proletariat und die Soldaten die Macht übernommen haben. Wie aber die Welt auf euch geschaut hat, ob ihr eure Aufgabe lösen werdet, so sieht die Welt jetzt auf euch, wie ihr sie lösen werdet. Ihr müßt in der Durchführung eines sozialistisch-revolutionären Programms ganze Arbeit machen. Mit der Abdankung von ein paar Hohenzollern ist es nicht getan. Noch viel weniger ist es getan damit, daß ein paar Regierungssozialisten mehr an die Spitze treten. Sie haben vier Jahre lang die Bourgeoisie unterstützt, sie können nicht anders als dies weiter tun. Mißtrauet denen, die von Reichskanzler- und Ministerstellen herunter glauben, eure Geschicke lenken zu dürfen. Nicht Neubesetzung der Posten von oben herunter, sondern Neuorganisierung der Gewalt von unten herauf. Sorget, daß die Macht, die ihr jetzt errungen habt, nicht euren Händen entgleite und daß ihr sie gebraucht für euer Ziel. Denn euer Ziel ist die sofortige Herbeiführung eines proletarisch-sozialistischen Friedens, der sich gegen den Imperialismus aller Länder wendet, und die Umwandlung der Gesellschaft in eine sozialistische.

Zur Erlangung dieses Zieles ist es vor allem notwendig, daß das Berliner Proletariat in Blusc und in Feldgrau erklärt, folgende Forderungen mit aller Entschlossenheit und unbezähmbarem Kampfwillen zu verfolgen:

1. Entwaffnung der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere sowie der Soldaten, die nicht auf dem Boden der neuen Ordnung stehen; Bewaffnung des Volkes; alle Soldaten und Proletarier, die bewaffnet sind, behalten ihre Waffen.

2. Übernahme sämtlicher militärischer und ziviler Behörden und Kommandostellen durch Vertrauensmänner des Arbeiter- und Soldatenrates.

3. Übergabe aller Waffen- und Munitionsbestände sowie aller Rüstungsbetriebe an den Arbeiter- und Soldatenrat.

4. Kontrolle über alle Verkehrsmittel durch den Arbeiter- und Soldatenrat.

5. Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit; Ersetzung des militärischen Kadavergehorsams durch freiwillige Disziplin der Soldaten unter Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrates.

6. Beseitigung des Reichstages und aller Parlamente sowie der bestehenden Reichsregierung; Übernahme der Regierung durch den Berliner Arbeiter- und Soldatenrat bis zur Errichtung eines Reichs-Arbeiter- und Soldatenrates.

7. Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten in ganz Deutschland, in deren Hand ausschließlich Gesetzgebung und Verwaltung liegen. Zur Wahl der Arbeiter- und Soldatenräte schreitet das gesamte erwachsene werktätige Volk in Stadt und Land und ohne Unterschied der Geschlechter.

8. Abschaffung aller Dynastien und Einzelstaaten; unsere Parole lautet: einheitliche sozialistische Republik Deutschland.

9. Sofortige Aufnahme der Verbindung mit allen in Deutschland bestehenden Arbeiter- und Soldatenräten und den sozialistischen Bruderparteien des Auslandes.

10. Sofortige Rückberufung der russischen Botschaft nach Berlin.

Arbeiter und Soldaten! Eine jahrtausendealte Knechtschaft geht zu Ende; aus den unsäglichen Leiden eines Krieges steigt die neue Freiheit empor. Vier lange Jahre haben die Scheidemänner, die Regierungssozialisten, euch durch die Schrecken eines Krieges gejagt, haben euch gesagt, man müsse „das Vaterland" verteidigen, wo es sich nur um die nackten Raubinteressen des Imperialismus handelte: Jetzt, da der deutsche Imperialismus zusammenbricht, suchen sie für die Bourgeoisie zu retten, was noch zu retten ist, und suchen die revolutionäre Energie der Massen zu ersticken.

Es darf kein „Scheidemann" mehr in der Regierung sitzen; es darf kein

Sozialist in die Regierung eintreten, solange ein Regierungssozialist noch in ihr sitzt. Es gibt keine Gemeinschaft mit denen, die euch vier Jahre lang verraten haben.

Nieder mit dem Kapitalismus und seinen Agenten!

Es lebe die Revolution!

Es lebe die Internationale!

Die rote Fahne (Berlin), 10. November 1918.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918,
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1957, S. 341/342.

36

Aus dem Aufruf der Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Berlins vom 10. November 1918

An das werktätige Volk!

Das alte Deutschland ist nicht mehr. Das deutsche Volk hat erkannt, daß es jahrelang in Lug und Trug gehüllt war.

Der vielgerühmte, der ganzen Welt zur Nachahmung empfohlene Militarismus ist zusammengebrochen. Die Revolution hat von Kiel ihren Siegesmarsch angetreten und hat sich siegreich durchgesetzt. Die Dynastien haben ihre Existenz verwirkt. Die Träger der Krone sind ihrer Macht entkleidet.

Deutschland ist Republik geworden, eine sozialistische Republik. Sofort haben sich die Gefängnis-, Arrest- und Zuchthausmauern für die wegen politischer und militärischer Verbrechen Verurteilten und Verhafteten geöffnet.

Die Träger der politischen Macht sind jetzt Arbeiter- und Soldatenräte. In allen Garnisonen und [Städten], in denen keine Arbeiter- und Soldatenräte bestehen, wird sich die Bildung solcher Räte rasch vollziehen. Auf dem flachen Lande werden sich Bauernräte zu demselben Zwecke bilden.

Die Aufgabe der provisorischen Regierung, die von dem Arbeiter- und Soldatenrat Berlin bestätigt ist, wird in erster Linie sein, den Waffenstillstand abzuschließen und dem blutigen Gemetzel ein Ende zu machen.

Sofortiger Friede ist die Parole der Revolution. Wie auch der Friede aussehen wird, er ist besser als die Fortsetzung des ungeheuren Massenschlachtens.

Die rasche und konsequente Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsmittel ist nach der sozialen Struktur Deutschlands und dem

Reifegrad seiner wirtschaftlichen und politischen Organisation ohne starke Erschütterung durchführbar. Sie ist notwendig, um aus den blutgetränkten Trümmern eine neue Wirtschaftsordnung aufzubauen, um die wirtschaftliche Versklavung der Volksmassen, den Untergang der Kultur zu verhüten ...

Er [der A.- und S.-Rat] gedenkt mit Bewunderung der russischen Arbeiter und Soldaten, die auf dem Wege der Revolution vorangeschritten sind, er ist stolz, daß die deutschen Arbeiter und Soldaten ihnen gefolgt sind und damit den alten Ruhm, Vorkämpfer der Internationalen zu sein, wahren. Er sendet der russischen Arbeiter- und Soldatenregierung seine brüderlichen Grüße.

Er beschließt, daß die deutsche republikanische Regierung sofort die völkerrechtlichen Beziehungen zu der russischen Regierung aufnimmt, und erwartet die Vertretung dieser Regierung in Berlin ...

Der Arbeiter- und Soldatenrat ist sich dessen bewußt, daß die revolutionäre Macht Verbrechen und Fehler des alten Regimes und der besitzenden Klassen nicht mit einem Schlage gutmachen, daß sie den Massen nicht sofort eine glänzende Lage verschaffen kann. Aber diese revolutionäre Macht ist die einzige, die noch retten kann, was zu retten ist. Die sozialistische Republik ist allein imstande, die Kräfte des internationalen Sozialismus zur Herbeiführung eines demokratischen Dauerfriedens auszulösen.

Es lebe die deutsche sozialistische Republik!

Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger (Berlin),
12. November 1918.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1957, S. 348/349.

37

Aus der Zeugenaussage des Generals Wilhelm Groener im Münchener Dolchstoßprozeß von 1925 über die Vereinbarungen zwischen der Obersten Heeresleitung und Friedrich Ebert am 10. November 1918

Zeuge: ... Wir haben uns verbündet zum Kampf gegen die Revolution, zum Kampf gegen den Bolschewismus ...

An eine Wiedereinführung der Monarchie zu denken, war meines Erachtens vollkommen ausgeschlossen. Der Zweck unseres Bündnisses, das wir am 10. November abends geschlossen hatten, war die restlose Bekämpfung der Revolution, Wiedereinsetzung einer geordneten Regie-

rungsgewalt, Stützung dieser Regierungsgewalt durch die Macht einer Truppe und baldigste Einberufung einer Nationalversammlung. Das war das Ziel.

R.-A. Dr. Hirschberg: Ich darf also dann die Äußerung, die der Herr Zeuge bei seiner zusammenhängenden Vernehmung gemacht hat, daß der Abgeordnete Ebert mit ihm zusammen die Revolution habe bekämpfen wollen, mit Ihrem Einverständnis dahin interpretieren, daß er Bolschewismus und Chaos bekämpfen wollte.

Zeuge: Bolschewismus und Chaos und die damals noch im Gang befindliche Revolution ...

Am 10. November stand die Oberste Heeresleitung vor der Entscheidung, was sie tun solle. Ich habe dem Generalfeldmarschall den Rat gegeben, nicht mit den Waffen in der Hand zur Zeit die Revolution zu bekämpfen, weil zu befürchten sei, daß bei der Verfassung der Truppen eine solche Bekämpfung mit den Waffen scheitern werde. Ich habe ihm vorgeschlagen: Ich halte es für notwendig, daß die Oberste Heeresleitung sich mit der Mehrheitssozialdemokratie verbündet. Es gibt zur Zeit in Deutschland nach meinem persönlichen Dafürhalten keine Partei, die Einfluß genug im Volk, insbesondere bei den Massen, hat, um eine Regierungsgewalt mit der Obersten Heeresleitung wiederherstellen zu können. Die Rechtsparteien waren vollkommen verschwunden, und mit den äußersten Radikalen zu gehen, war natürlich ausgeschlossen. Es blieb nichts übrig, als daß die Oberste Heeresleitung dieses Bündnis mit der Mehrheitssozialdemokratie schloß. Selbstverständlich war das dem alten Feldmarschall durchaus nicht eine sympathische Lösung. Aber da er immer, wo er auftrat, Einsicht genug hatte, um auch persönliche Stimmungen zurücktreten zu lassen, so hat er sich dazu bereit erklärt ...

Was konnten wir zunächst für Ziele haben? Das erste war, daß das Heer aus der Atmosphäre der Revolution möglichst herauskam. Ob das gelingen würde, war natürlich sehr fraglich. Am 10. abends haben wir uns zunächst verständigt für die nächsten Tage. Wir haben immer abends zwischen 11 und 1 Uhr telefonisch miteinander verkehrt, zwischen der Reichskanzlei und dem Großen Hauptquartier, immer im Einvernehmen mit dem Generalfeldmarschall, und haben von Tag zu Tag, je nach der Entwicklung der Dinge, uns besprochen. Wir hatten einen getrennten Draht, der nicht durch die Telephonzentrale ging – das war am 23. Dezember sehr wichtig –, sondern verkehrten, ohne daß ein anderer dabei mithörte. Zunächst hat es sich darum gehandelt – und das war mein Gedanke und das nächste Ziel –, in Berlin die Gewalt den Arbeiter- und Soldatenräten zu entreißen. Zu diesem Zwecke wurde eine Unternehmung geplant, der militärische Einzug von zehn Divisionen in Berlin. Der Volksbeauftragte Ebert war durchaus damit einverstanden. Ein

Offizier wurde nach Berlin geschickt, der über Einzelheiten darüber verhandeln sollte, auch mit dem preußischen Kriegsminister, der natürlich nicht ausgeschaltet werden konnte. Es gab da eine Reihe von Schwierigkeiten. Ich darf nur darauf hinweisen, daß von seiten der unabhängigen Regierungsmitglieder, der sogenannten Volksbeauftragten, aber auch von seiten, ich glaube von Soldatenräten – ich kann das im einzelnen so aus dem Stegreif nicht sagen – gefordert wurde, daß die Truppen ohne scharfe Munition einrücken. Wir haben selbstverständlich dagegen sofort Front gemacht, und Herr Ebert hat selbstverständlich zugestimmt, daß die Truppen mit scharfer Munition in Berlin einrücken.

Wir haben für diesen Einmarsch, der zugleich Gelegenheit bringen sollte, wieder eine feste Regierung in Berlin aufzustellen – ich muß jetzt unter meinem Eid aussagen, die Herren haben mich gefragt, infolgedessen muß ich in Gottes Namen reden, was ich bisher immer aus guten Gründen nicht getan habe –, ein militärisches Programm ausgearbeitet für die Einzugstage. In diesem Programm war tageweise enthalten, was zu geschehen hätte: Die Entwaffnung Berlins, die Säuberung Berlins von Spartakiden usw. Das war alles vorgesehen, tageweise für die einzelnen Divisionen. Das war auch durch den Offizier, den ich nach Berlin geschickt hatte, mit Herrn Ebert besprochen worden. Ich bin Herrn Ebert dafür besonders dankbar und habe ihn auch wegen seiner absoluten Vaterlandsliebe und restlosen Hingebung an die Sache überall verteidigt, wo er angegriffen wurde.

Aus dem Kreuzverhör von General Groener.
Aus den Zeugenaussagen und Dokumenten des Münchner Dolchstoßprozesses.
In: Hans Herzfeld: Die deutsche Sozialdemokratie
und die Auflösung der nationalen Einheitsfront im Weltkriege,
Leipzig 1928, S. 384–386.
Lothar Berthold/Helmut Neef:
Militarismus und Opportunismus gegen die Novemberrevolution.
Das Bündnis der rechten SPD-Führung mit der Obersten Heeresleitung
November und Dezember 1918.
Eine Dokumentation, Berlin 1958, S. 204–206.

38

Aus dem Telegramm des Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg an alle Heeresgruppen und Armeeoberkommandos vom 10. November 1918

10. November 1918

An alle Heeresgruppen und AOKs.

1. Damit trotz der dem Vaterlande durch den Bolschewismus drohenden Gefahr des Bürgerkrieges das Heer in Festigkeit und Ordnung in die

Heimat zurückgeführt werden kann, sind alle Offiziere und Mannschaften moralisch verpflichtet, alle mit Recht bestehenden Gewissensbedenken bezüglich des Seiner Majestät dem Kaiser und König geleisteten Fahneneides zurückzustellen und unvermindert ihre Pflicht zu tun zur Rettung der deutschen Lande aus größter Gefahr ...

2. Nachdem die Bewegung zur Bildung von Soldatenräten in das Feldheer bereits eingedrungen ist und m. E. durch Widerstand nicht mehr aufgehalten werden kann, ist es notwendig, diese Bewegung in die Hand der Offiziere zu bekommen.

Zu diesem Zweck sind bei allen Kompagnien, Batterien, Eskadrons pp. Vertrauensräte zu bilden ...

Es wird sich empfehlen, die Vertrauensräte aus der freien Wahl von Offizieren und Mannschaften hervorgehen zu lassen und die Anzahl ihrer Mitglieder je nach den Verhältnissen in dem betreffenden Truppenteil zu bestimmen. Die Vertrauensleute sind zweckmäßig in allen wirtschaftlichen und sozialen Fragen zur engsten Mitarbeit von den Truppenbefehlshabern heranzuziehen, damit die Ordnung im Heere aufrechterhalten wird. Die Führung der Truppen muß dabei jedoch fest in der Hand der Kommandobehörden bleiben.

In diesem Sinne ist auf die Mannschaften einzuwirken und ist ihnen klarzumachen, daß im gegenwärtigen Augenblick, wo die allerschwierigsten Bewegungen des Heeres zum Schlusse des Krieges noch gefordert werden, die Rückführung der Armee nur gewährleistet ist, wenn diese Bewegungen in strengster Ordnung und Manneszucht zur Ausführung gelangen.

3. Es kann bekanntgegeben werden, daß die OHL mit dem Reichskanzler Ebert, dem bisherigen Führer der gemäßigten sozialdemokratischen Partei, zusammengehen will, um die Ausbreitung des terroristischen Bolschewismus in Deutschland zu verhindern.

4. OHL hat den Reichskanzler gebeten, daß seitens der Regierung für des Feldheer die Beibehaltung der Rangabzeichen verfügt wird.

gez. v. Hindenburg

Deutschlands Schicksalsjahre 1870–1918, Bd. 6, Erich Otto Volkmann:
Der Marxismus und das deutsche Heer im Weltkriege,
Berlin 1925, S. 315/316.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1957, S. 356–358.

39

Mitteilung des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin vom 11. November 1918

An die Einwohner und Soldaten Groß-Berlins!

Der von den Arbeiter- und Soldatenräten Groß-Berlins gewählte Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats hat seine Tätigkeit aufgenommen.

Alle kommunalen, Landes-, Reichs- und Militärbehörden setzen ihre Tätigkeit fort. Alle Anordnungen dieser Behörden erfolgen im Auftrage des Vollzugsrats des Arbeiter- und Soldatenrats. Jedermann hat den Anordnungen dieser Behörden Folge zu leisten.

Alle seit Beginn der Revolution im Bereiche Groß-Berlins provisorisch gebildeten Körperschaften, auch solche, die den Namen Arbeiter- und Soldatenrat führen und bestimmte Verwaltungsmaßnahmen ausgeführt haben, treten sofort außer Kraft.

Alle weiteren Anordnungen und Verfügungen werden von den zuständigen zivilen und militärischen Stellen schnellstens erlassen werden.

Alle Bekanntmachungen und Verfügungen des Vollzugsrates werden von den beiden Vorsitzenden Richard Müller und von Beerfelde unterzeichnet werden.

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates:
Emil Barth, von Beerfelde, Bergmann, Felix Bernhagen, Otto Braun, Franz Büchel, Cohen, Ernst Däumig, Heinrich Denecke, Paul Eckert, Chr. K. Finzel, Gelberg, Gustav Gerhardt, Gierth, Gustav Heller, Ernst Jülich, Georg Ledebour, Maynz, Brutus Molkenbuhr, Richard Müller, Paul Neuendorf, Hans Paasche, Walter Portner, Colin Roß, Oskar Rusch, Otto Strobel, Walz, P. Wegmann

Vorwärts (Berlin), 13. November 1918.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1957, S. 359.

40

Aus dem Telegramm der Sowjetregierung „An alle Arbeiter-, Soldaten- und Matrosenräte Deutschlands" vom 11. November 1918

Zarskoje Selo, 11. November

Wir haben Radio von Kiel erhalten, daß Arbeiter, Soldaten und Matrosen Deutschlands die Macht erlangt haben. Die russische Räteregierung beglückwünscht Euch von ganzem Herzen ...

Arbeiter, Soldaten und Matrosen Deutschlands, solange Ihr eine Regierung duldet, die aus Prinzen, Kapitalisten und Scheidemännern besteht, habt Ihr die Macht nicht in den Händen ... Es gilt, mit den Waffen in der Hand wirklich die Macht überall zu übernehmen, eine Arbeiter-, Soldaten- und Matrosenregierung mit Liebknecht an der Spitze zu bilden. Laßt Euch keine Nationalversammlungen aufschwatzen: Ihr wißt, wohin Euch der Reichstag gebracht hat.

Nur die Arbeiter-, Soldaten- und Matrosenräte und eine Arbeiterregierung werden das Vertrauen bei den Arbeitern und Soldaten der anderen Länder erwecken. Sie wird den Arbeitern Englands und Frankreichs einen ehrlichen Frieden vorschlagen, und wir sind fest überzeugt, daß diese unserem und Eurem Beispiel folgen, mit ihren Kapitalisten und Generälen abrechnen werden und daß dann ein ehrlicher Volksfriede geschlossen wird.

Es gilt gleichzeitig mit dem Kampfe um Friede und Freiheit den Kampf um Brot zu führen. In Rußland gibt es in der Ukraine, am Don, im Kubangebiet genug Brot für uns und Euch. Darum sucht die englische Regierung schnell durch das Schwarze Meer nach Südrußland zu gelangen, um dort den Generälen Denikin, Krasnow und Skoropadski zu helfen, das Brot den Arbeitern zu entreißen. Unsere Rote Armee kämpft mutig gegen die Banden der Arbeiterfeinde, die auch von Euren Generälen und der Regierung der Scheidemänner unterstützt werden. Wollt Ihr Brot haben, dann gilt es, schnell zu handeln, bevor die Engländer es wegschnappen. Die deutschen Arbeiter-, Soldaten- und Matrosenräte müssen sofort durch Funkspruch und Delegierte den deutschen Soldaten in der Ukraine den Befehl geben. Während die Rote Armee diese Banden von Norden angreift (die Kräfte Krasnows sind sehr schwach), können wir ihn in ein paar Wochen geschlossen erdrücken, und dann gibt es Brot für Euch.

Arbeiter-, Soldaten- und Matrosenräte, die Regierung Scheidemanns hat den Gesandten der russischen Räteregierung aus Berlin hinausgejagt aus Angst, daß er die Verbindung zwischen den deutschen und russischen Soldaten und Arbeitern herstellen könnte. Wir können nicht sofort Delegierte zu Euch senden, da die deutschen Generäle in Litauen und Polen den Weg zu Euch versperren, bis Ihr die Generäle Hoffmann und Beseler an die Kandare genommen habt. Verbindet Euch mit uns durch Funkspruch, ruft die Moskauer und Zarskoje Seloer Funkstation an und teilt mit, was in Deutschland geschieht. Wir spannen alle Kräfte an, um Euch bald Brot zu senden.

Es lebe die internationale Solidarität der Arbeiter und der Soldaten!

Es lebe das Bündnis der freien russischen Arbeiter und deutschen Soldaten und Matrosen!

Es lebe die deutsche Räterepublik!

Die russische Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräteregierung

Die Rote Fahne (Berlin), 18. November 1918.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.
Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1957, S. 360/361.

41

Regierungsprogramm des Rates der Volksbeauftragten vom 12. November 1918

An das deutsche Volk!

Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch ist, setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen. Sie verkündet schon jetzt mit Gesetzeskraft folgendes:

1. Der Belagerungszustand wird aufgehoben.

2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter.

3. Eine Zensur findet nicht statt. Die Theaterzensur wird aufgehoben.

4. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei.

5. Die Freiheit der Religionsausübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.

6. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren werden niedergeschlagen.

7. Das Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen.

8. Die Gesindeordnungen werden außer Kraft gesetzt, ebenso die Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter.

9. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt.

Weitere sozialpolitische Verordnungen werden binnen kurzem veröffentlicht werden. Spätestens am 1. Januar 1919 wird der achtstündige Maximalarbeitstag in Kraft treten. Die Regierung wird alles tun, um für ausreichende Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Eine Verordnung über die Unterstützung von Erwerbslosen ist fertiggestellt. Sie verteilt die Lasten auf Reich, Staat und Gemeinde.

Auf dem Gebiete der Krankenversicherung wird die Versicherungspflicht über die bisherige Grenze von 2500 Mark ausgedehnt werden.

Die Wohnungsnot wird durch Bereitstellungen von Wohnungen bekämpft werden.

Auf die Sicherung einer geregelten Volksernährung wird hingearbeitet werden.

Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrechterhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater sowie die Freiheit und Sicherheit der Person schützen.

Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.

Auch für die konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung noch erfolgen wird, gilt dieses Wahlrecht.

Berlin, den 12. November 1918

Ebert, Haase, Scheidemann, Landsberg. Dittmann, Barth

Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger (Berlin),
13. November 1918.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1957, S. 365/366.

42

Aus dem Aufruf des Vorstandes der USPD vom 12. November 1918

An die Partei!

Parteigenossen!

Mit Freude und Stolz sprechen wir zu euch!

Das scheinbar gegen alle Stürme fest verankerte Gebäude des preußisch-deutschen Militarismus ist zusammengebrochen.

Die Kronen der deutschen Fürstenhäuser, die Krone des deutschen Kaisertums sind wie Glas zerschellt.

Verheißungsvoll tritt an die Stelle der Monarchie die sozialistische Republik.

Das revolutionäre Volk hat kurzen Prozeß gemacht mit den Trägern der alten Regierungsgewalt, den Generälen und Bürokraten. Es hat die Macht der Offiziere in der Armee, die Herrschaft der Junkerkaste in der Verwaltung, die Herrschaft des kapitalistischen Klüngels im öffentlichen Leben gebrochen und die Regierungsgewalt an sich gerissen.

Die Träger dieser Gewalt sind heute die Arbeiter- und Soldatenräte.

In derselben Stunde, in der die Mauern der alten Verwaltung zertrümmert sind, ist der Grund gelegt für den gewaltigen Bau der neuen sozialistischen Ordnung. Jetzt gilt es, mit dem Aufgebot aller schöpferischen Kräfte den Frieden zu sichern, die revolutionären Errungenschaften zu befestigen, um mit der politischen auch die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse zu vollenden ...

Die Not der Stunde verlangte gebieterisch die Herstellung einer Regierung, die dem blutigen Gemetzel ein Ende machen, die begonnenen Waffenstillstandsverhandlungen zum Abschluß bringen und den Frieden sicherstellen sollte. Eine Regierung, die mit Nachdruck an die Verwirklichung der sozialistischen Grundsätze herantritt.

Dafür war aber eine Gewähr nur gegeben, wenn unsre Partei entscheidenden Einfluß auf die Regierung bekam, deshalb verlangten wir, das neue politische Kabinett müsse ein rein sozialistisches sein, in dem beide sozialdemokratischen Parteien zu gleichen Teilen mit gleichen Rechten vertreten sind.

Diese Regierung konnte die Gewalt nur aus den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte empfangen. Die Regierung wurde deshalb auch erst in dem Augenblick konstituiert, als die erste Vollversammlung des Berliner Arbeiter- und Soldatenrats die Bildung eines provisorischen Kabinetts in dieser Zusammensetzung billigte.

Durchdrungen von dem festen Glauben an die Durchführbarkeit unsres Endzieles, gehen wir an die schwere Arbeit der Beseitigung der Kriegsübel und des Kriegselends, an den Wiederaufbau der zerstörten Volkswirtschaft, an die durchgreifende Umgestaltung aller Gebiete unseres öffentlichen Lebens, an die Ausmerzung aller Machtpositionen der bisher herrschenden, besitzenden Minderheit.

Wirksam kann dieses nur geschehen, wenn die Arbeiter in Massen zu uns stehen und unsre Arbeit fördern ...

Der Vorstand
der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Ernst Däumig, Wilhelm Dittmann, Hugo Haase, Adolf Hofer,
Gustav Laukant, Georg Ledebour, Robert Wengels, Luise Zietz

Leipziger Volkszeitung, 13. November 1918.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1957, S. 362/363.

43

Telegramm des Rates der Volksbeauftragten an die Oberste Heeresleitung vom 12. November 1918

Die Volksregierung ist von dem Wunsche beseelt, daß jeder unserer Soldaten nach dem unsäglichen Leiden und den unerhörten Entbehrungen in kürzester Zeit nach der Heimat zurückkehrt. Dieses Ziel ist aber nur zu erreichen, wenn die Demobilisierung nach einem geordneten Plane vor sich geht. Falls einzelne Trupps willkürlich zurückfluten, so gefährden sie sich selbst, ihre Kameraden und die Heimat auf das schwerste. Ein Chaos mit Hunger und Not müßte die Folge sein. Die Volksregierung erwartet von euch strengste Selbstzucht, um unermeßlichen Schaden zu verhüten. Wir ersuchen die Oberste Heeresleitung, das Feldheer von vorstehender Erklärung der Volksregierung in Kenntnis zu setzen und folgendes anzuordnen:

1. Das Verhältnis zwischen Offizier und Mann hat sich auf gegenseitigem Vertrauen aufzubauen. Willige Unterordnung des Mannes unter den Offizier und kameradschaftliche Behandlung des Mannes durch den Vorgesetzten sind hierzu Vorbedingungen.

2. Das Vorgesetztenverhältnis des Offiziers bleibt bestehen. Unbedingter Gehorsam im Dienst ist von entscheidender Bedeutung für das Gelingen der Zurückführung in die deutsche Heimat. Militärische Disziplin und Ordnung im Heere müssen deshalb unter allen Umständen aufrechterhalten werden.

3. Die Soldatenräte haben zur Aufrechterhaltung des Vertrauens zwischen Offizier und Mann beratende Stimme in Fragen der Verpflegung, des Urlaubs, der Verhängung von Disziplinarstrafen. Ihre oberste Pflicht ist es, auf die Verhinderung von Unordnung und Meuterei hinzuwirken.

4. Gleiche Ernährung für Offiziere, Beamte und Mannschaften.

5. Gleiche Zuschüsse zu den Löhnungen. Gleiche Feldzulage für Offiziere und Mannschaften. Von der Waffe gegen Angehörige des eigenen Volkes ist nur in der Notwehr oder zur Verhinderung von Plünderungen Gebrauch zu machen.

Ebert, Haase, Scheidemann, Dittmann, Landsberg, Barth

Vorwärts (Berlin), 13. November 1918.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1957, S. 369/370.

44

Aus dem Aufruf des Rates der Volksbeauftragten zur Bildung von Bauernräten vom 12. November 1918

An die deutsche Landbevölkerung!

Die neue deutsche Reichsregierung ruft hiermit alle Schichten der ländlichen Bevölkerung ohne Unterschied der Parteirichtung auf zu gemeinsamer, freiwilliger Bildung von Bauernräten, um die Volksernährung, die Ruhe und Ordnung auf dem Lande sowie die ungehinderte Fortführung der ländlichen Betriebe sicherzustellen ...

Die ländliche Bevölkerung kann versichert sein, daß die Reichsregierung sie nachdrücklichst schützen wird vor allen willkürlichen Eingriffen Unberufener in ihre Eigentums- und Produktionsverhältnisse ...

Jetzt gilt es, schnell zu handeln, jede Passivität auszuschalten und in freiwilliger, gemeinsamer Zusammenarbeit der Bauernräte auf dem Lande mit dem Kriegsernährungsamt und den Arbeiter- und Soldatenräten in den Städten alle Gefahren abzuwenden, die eine akute Hungersnot über den einzelnen und über die Volksgesamtheit heraufbeschwören muß.

Bauern, Landarbeiter, Handwerker und Gewerbetreibende auf dem Lande: Bildet unverzüglich Bauernräte!

Der Rat der Volksbeauftragten:
Ebert, Haase, Landsberg, Scheidemann, Barth, Dittmann

Berlin, den 12. November 1918

Vorwärts (Berlin), 13. November 1918.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1957, S. 367/368.

45

Aus dem Arbeitsgemeinschaftsabkommen zwischen den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften vom 15. November 1918

Die großen Arbeitgeberverbände vereinbaren mit den Gewerkschaften der Arbeitnehmer das Folgende:

1. Die Gewerkschaften werden als berufene Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt.

2. Eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen ist unzulässig.

3. Die Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände werden die Werkvereine

(die sogenannten wirtschaftsfriedlichen Vereine) fortab vollkommen sich selbst überlassen und sie weder mittelbar noch unmittelbar unterstützen.

4. Sämtliche aus dem Heeresdienst zurückkehrenden Arbeitnehmer haben Anspruch darauf, in die Arbeitsstelle sofort nach Meldung wieder einzutreten, die sie vor dem Kriege innehatten. Die beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände werden dahin wirken, daß durch Beschaffung von Rohstoffen und Arbeitsaufträgen diese Verpflichtung in vollem Umfange durchgeführt werden kann.

5. Gemeinsame Regelung und paritätische Verwaltung des Arbeitsnachweises.

6. Die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind entsprechend den Verhältnissen des betreffenden Gewerbes durch Kollektivvereinbarungen mit den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer festzusetzen. Die Verhandlungen hierüber sind ohne Verzug aufzunehmen und schleunigst zum Abschluß zu bringen.

7. Für jeden Betrieb mit einer Arbeiterschaft von mindestens 50 Beschäftigten ist ein Arbeiterausschuß einzusetzen, der diese zu vertreten und in Gemeinschaft mit dem Betriebsunternehmer darüber zu wachen hat, daß die Verhältnisse des Betriebes nach Maßgabe der Kollektivvereinbarung geregelt werden.

8. In den Kollektivvereinbarungen sind Schlichtungsausschüsse respektive Einigungsämter vorzusehen, bestehend aus der gleichen Anzahl von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern.

9. Das Höchstmaß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit wird für alle Betriebe auf 8 Stunden festgesetzt. Verdienstschmälerungen aus Anlaß dieser Verkürzung der Arbeitszeit dürfen nicht stattfinden.

10. Zur Durchführung dieser Vereinbarungen sowie zur Regelung der zur Demobilisierung, zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und zur Sicherung der Existenzmöglichkeit der Arbeitnehmerschaft, insbesondere der Schwerkriegsbeschädigten, zu treffenden weiteren Maßnahmen wird von den beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen ein Zentralausschuß auf paritätischer Grundlage mit beruflich gegliedertem Unterbau errichtet.

11. Dem Zentralausschuß obliegt ferner die Entscheidung grundsätzlicher Fragen, soweit sich solche namentlich bei der kollektiven Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ergeben, sowie die Schlichtung von Streitigkeiten, die mehrere Berufsgruppen zugleich betreffen. Seine Entscheidungen haben für Arbeitgeber und Arbeitnehmer verbindliche Geltung, wenn sie nicht innerhalb einer Woche von einem der in Frage kommenden beiderseitigen Berufsverbände angefochten werden.

12. Diese Vereinbarungen treten am Tage der Unterzeichnung in Kraft

und gelten vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung bis auf weiteres mit einer gegenseitigen dreimonatigen Kündigung.

Diese Vereinbarung soll sinngemäß auch für das Verhältnis zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Angestelltenverbänden gelten.

Berlin, den 15. November 1918

Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände
Gesamtverband deutscher Metallindustrieller
Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller
Zechenverband
Verband deutscher Waggonfabriken
Arbeitgeberverband der deutschen Textilindustrie
Berliner Arbeitgeberverband der chemischen Industrie
Arbeitgeberverband der deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie
Reichsverband der deutschen Klavierindustrie und verwandter Berufe
Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe
Arbeitgeberschutzverband deutscher Schlossereien und verwandter Gewerbe
Bund der Arbeitgeberverbände Berlins
Zentralverband deutscher Arbeitgeber in den Transport-, Handels- und Verkehrsgewerben
Schutzverband deutscher Steindruckereibesitzer
Oberschlesischer Berg- und Hüttenmännischer Verein, Kattowitz
Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Hauptvorstand Berlin
Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, östliche Gruppe, Kattowitz
Zentralverband der deutschen elektrotechnischen Industrie
Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe
Arbeitgeberverband im Rohrlegergewerbe
Allgemeiner deutscher Arbeitgeberschutzverband für das Bäckergewerbe
Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands
Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands
Verband der deutschen Gewerkvereine (H. D.)
Polnische Berufsvereinigung
Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände
Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände
Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände
Dr. Sorge; Hilger; Hugo Stinnes, zugleich für Beukenberg, Hugenberg, Vögler, Springorum; v. Raumer, zugleich für A. von Rieppel; Dieterich; Paul Mengers; Dr. Emil Franke; C. F. v. Siemens; Rathenau; E. v. Borsig;

Dir. Albert Müller; Henrich; Ernst Purschien; Deutsch; Paul Westermayer; Dr. Tänzler in Vollmacht für Kommerzienrat Avellis; Schrey; Lammers
C. Legien; A. Stegerwald; Gustav Hartmann; Hugo Sommer; Dr. Pfirrmann; Dr. Höfle

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv, St. 8/30, Bl. 2–4.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1957, S. 393–396.

46

Anordnung des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin vom 16. November 1918

Nach eingegangenen Meldungen sind die reaktionären Regierungsgewalten vielerorts bestrebt, ihre Tätigkeit nach altem System fortzusetzen.

Durch einen Erlaß der preußischen Regierung sind alle Regierungspräsidenten und Landräte ermächtigt, ihr Amt weiterzuführen. Dies ist jedoch nur so zu verstehen, daß ihre Amtsführung unter schärfster Kontrolle durch die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte erfolgt.

Alle Landräte und sonstigen Beamten, die ihre Amtstätigkeit nach dem alten System fortsetzen oder gegenrevolutionäre Bestrebungen bezeigen oder unterstützen, sind durch den zuständigen Arbeiter- und Soldatenrat unverzüglich abzusetzen.

Unbedingt sind allen Landratsämtern Beauftragte der Arbeiter- und Soldatenräte beizuordnen, denen die ständige Überwachung aller Maßnahmen obliegt.

Offener Widerstand ist gegebenenfalls mit Waffengewalt zu brechen.

Berlin, den 16. November 1918

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats
Molkenbuhr Rich. Müller

Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger (Berlin),
18. November 1918.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1957, S. 408.

47

Entschließung des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin vom 17. November 1918

Die Arbeiterschaft und die Soldaten sind am schwersten von dem alten Regierungssystem bedrückt worden. Die Arbeiter und die Soldaten hatten am meisten unter den Kriegswirkungen zu leiden. Die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen des Krieges drohen, der Arbeiterschaft schwere Lasten aufzuerlegen.

Arbeiter und Soldaten haben das alte Regierungssystem beseitigt. In der revolutionären Organisation der Arbeiter- und Soldatenräte hat sich die neue Staatsgewalt verkörpert. Diese Gewalt muß gesichert und ausgebaut werden, damit die Errungenschaften der Revolution der gesamten Arbeiterklasse zugute kommen.

Diese Sicherung kann nicht erfolgen durch Umwandlung des deutschen Staatswesens in eine bürgerlich-demokratische Republik, sondern in eine proletarische Republik auf sozialistischer Wirtschaftsgrundlage, in der das arbeitende Volk, das heißt nur die Hand- und Kopfarbeiter, öffentliche Rechte ausüben.

Das Bestreben der bürgerlichen Kreise, so schnell als möglich eine Nationalversammlung einzuberufen, soll die Arbeiter um die Früchte der Revolution bringen.

Der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins verlangt daher die Einberufung einer Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Diese hat auf Grund eines von ihr festzulegenden Wahlsystems einen Zentralrat der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte zu wählen, der eine neue, den Grundsätzen der proletarischen Demokratie entsprechende Verfassung zu entwerfen hat. Letztere ist einer von ihm einzuberufenden konstituierenden Nationalversammlung zur Beschlußfassung vorzulegen.

Vorwärts (Berlin), 20. November 1918.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1957, S. 413/414.

Beschluß der Bezirkskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte Bezirk Niederrhein vom 20. November 1918

Von der Tatsache ausgehend, daß die Revolution erst begonnen hat und vom Proletariat bis zur Durchführung der Sozialisierung der Gesellschaft

durchgekämpft werden muß, daß weiter anerkannte politische Zentralstellen nicht vorhanden sind und daß von den Stellen, die sich das Recht der Zentralgewalt anzueignen versuchen oder auch schon angeeignet haben, eine konterrevolutionäre Politik getrieben oder auf eine Versandung der Revolution hingearbeitet wird, stellt die Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte des Bezirks Niederrhein fest: Die ganze Gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte.

Das Ziel der Revolution ist, die Sozialisierung der Gesellschaft, die Überführung der Produktionsmittel aus den Händen weniger in den Besitz der Gesamtheit, zu erwirken. Hierauf hat die heutige Macht mit allen Mitteln hinzuarbeiten, um so mehr, als das revolutionäre Proletariat, die Masse des Volkes, die Herbeiführung dieses Zieles erwartet und stürmisch verlangt. Jede andere Politik wird als eine gegenrevolutionäre Politik verurteilt und aufs schärfste bekämpft werden. Die Politik der genannten unmaßgeblichen alten Regierungsstellen ist eine gegenrevolutionäre Politik und verfolgt den Zweck, das Volk um die Früchte seiner Opfer zu betrügen, den toten kapitalistischen Gesellschaftskörper zu galvanisieren. Die Arbeiter- und Soldatenräte haben die Pflicht, auf diese große Gefahr aufmerksam zu machen und die Volksmassen zum rücksichtslosen Kampf gegen diese Gegenrevolution aufzurufen. Um die Revolution zur schnellsten Durchführung zu bringen, muß die Gewalt der Arbeiter- und Soldatenräte organisatorisch zusammengefaßt werden, sind Bezirks- und Reichszentralstellen der Arbeiter- und Soldatenräte zu schaffen.

Die Arbeiter- und Soldatenräte des Bezirks Niederrhein werden keine Politik und keine Maßnahmen dulden, die geeignet sind, die Revolution in ihrem Lauf zu hemmen und das Volk um seine Rechte zu prellen. Den gegenrevolutionären Plan, die kapitalistische Gesellschaftsordnung vor der Sicherstellung der Ziele der Revolution durch eine Nationalversammlung zu retten, lehnen die Arbeiter- und Soldatenräte des Bezirks Niederrhein auf das bestimmteste ab. Nur die konsequente und restlose Durchführung der Revolution sichert den Sieg des Proletariats, Glück und Wohlbefinden des gesamten Menschengeschlechts!

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv, D. F. VI/1.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1957, S. 509/510.

49

Aus der Bekanntmachung des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin vom 23. November 1918

An die Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands!

Der Vollzugsausschuß des Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenrats hat nach Verständigung mit den Volksbeauftragten des Reichs und Preußens diesen die exekutive Regierungsgewalt übertragen. Er hat sich aber das weitestgehende Kontrollrecht über die Regierung vorbehalten. Die Regierung kann ihre Verwaltungsaufgaben nur dann erfüllen, wenn ihre Maßnahmen nicht durch Eingriffe lokaler Arbeiter- und Soldatenräte durchkreuzt werden. Diese Arbeiter- und Soldatenräte haben in ihrem Tätigkeitsgebiet gleichfalls das volle Kontrollrecht; sie haben dafür zu sorgen, daß die revolutionären Errungenschaften gesichert und ausgebaut werden. Sie haben sich aber im allgemeinen jedes direkten Eingriffes in die Verwaltung zu enthalten. In der letzten Zeit haben Arbeiter- und Soldatenräte aus rein lokalen Gesichtspunkten heraus selbständige Verfügungen in Angelegenheiten des Ernährungswesens und der Rohstoffversorgung usw. getroffen. Dadurch werden aber die Maßnahmen der Regierung wirkungslos gemacht. Die Regierung hat unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß der Verkehr (Eisenbahn usw.) für das ganze Reich einheitlich geregelt wird, die Ernährung und die Rohstoffversorgung für das ganze deutsche Volk gesichert werden, und das um so mehr, als die Demobilisierung an den ganzen Verwaltungsapparat ungeheure Anforderungen stellt.

Wir bitten daher die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte des Reiches, im Interesse der Gesamtheit folgende Richtlinien beachten zu wollen:

1. Wo sich die Behörden in den Dienst des neuen Regimes gestellt haben, ist die Führung der Geschäfte im engeren Sinne ihnen möglichst zu überlassen. Nur die für den Geist des Ganzen entscheidenden Stellen sind, im Einverständnis mit der revolutionären Regierung, neu zu besetzen, wenn eine scharfe Kontrolle nicht ausreichend erscheint. Im übrigen ist eine laufende wachsame Kontrolle, verständig ausgeübt, einzurichten. Alle störenden Eingriffe in die Verwaltung selbst müssen unterbleiben.

2. Verhaftungen dürfen nur in dringenden Fällen unter Verständigung mit den dafür maßgebenden Stellen erfolgen, soweit es sich nicht um Festnahmen im gewöhnlichen Ordnungs- und Sicherheitsdienst handelt.

3. Beschlagnahmen irgendwelcher Art (Lebensmittel, Rohstoffe, Kohlen, Gelder) dürfen nur im Einverständnis mit den maßgebenden Stellen erfolgen. Eine Beschlagnahme von Lebensmitteln oder lagernden Vorräten, die für Kommunalverbände und sonstige öffentliche Körperschaften ande-

rer Orte oder für das Heer bestimmt sind, darf unter keinen Umständen erfolgen.

4. Eine Beschlagnahme öffentlicher Kassen, die im Einverständnis mit der Regierung des Reiches oder der Einzelstaaten von den Gemeindeverwaltungen oder sonstigen öffentlichen Körperschaften verwaltet werden, ist absolut unzulässig, ebenso jeder willkürliche Eingriff in Bankdepots.

5. Alle Eingriffe in den Schiffahrts-, Eisenbahn- und Postverkehr müssen absolut unterbleiben.

Für die Zeit der Demobilisierung haben die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden ihre Aufmerksamkeit auf folgende Maßnahmen zu lenken:

1. Sorge für die Einquartierung.

a) Bereitstellung öffentlicher Gebäude für geschlossene Formationen.

b) Bereitstellung von Privatwohnungen, die in erster Linie für Frauen in Betracht kommen.

c) Bereitstellung leerer Geschäftsräume u. a. für wohnungslose Familien.

d) Bereitstellung von Decken, Bettstellen und dergleichen.

2. Ernährungsfragen.

a) Einrichtung von Massenspeiseeinrichtungen.

b) Einrichtung von Feldküchen u. a. an allen größeren Bahnhöfen.

3. Gesundheitliche Maßnahmen.

a) Einrichtung von Bädern und Entlausungsanstalten.

b) Einwirkung auf die entlassenen Kriegsteilnehmer, ärztliche Untersuchung in Anspruch zu nehmen.

c) Verweisung kranker Soldaten an die Lazarette.

d) Aufklärung über Krankheiten und Ansteckungsgefahr (Plakate).

e) Den Anordnungen des Sanitätsamtes, betreffend Seuchengefahr, ist unbedingt Folge zu leisten.

4. Arbeitsregelung.

a) Verweisung der arbeitslosen Kriegsteilnehmer und Rüstungsarbeiter an die Arbeitsnachweise (Plakate).

b) Einwirkung auf die Arbeitslosen, sich bei den im Augenblick dringend erforderlichen Landarbeiten, insbesondere der Kartoffel- und Rübenernte, zu beteiligen.

c) Hinweis der Arbeitslosen auf die Beteiligung an der dringend erforderlichen Be- und Entladungsarbeit der Güterzüge.

d) Für die bestehenden Kriegsbetriebe gilt als oberster Grundsatz: Kein Mann und keine Frau darf arbeitslos werden. Betriebe haben sich so schnell als möglich auf Friedensarbeit umzustellen. Eine Stillegung der

Betriebe soll vermieden werden. Den Anordnungen des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilisation ist Folge zu leisten.

Berlin, den 23. November 1918

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats Groß-Berlin

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv, St. 11/1, Bl. 93–97.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1957, S. 465–467.

50

Aus dem Leitfaden für die Arbeiter- und Soldatenräte des Bezirks Niederrhein und westliches Westfalen, aufgestellt von der Bezirkskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte am 25. November 1918

Das Sicherheitswesen ist durch die A.- und S.-Räte zu überwachen und zu leiten. Die bisherigen Beamten (ausschließlich Kriminalbeamte) dürfen bis auf weiteres keine Schußwaffen tragen.

Den Polizeibeamten ist beim öffentlichen Dienst ein Soldat mit Waffe beizugeben ... Den Dezernenten des Sicherheitswesens liegt die Pflicht ob, für Schaffung einer Roten Garde Sorge zu tragen.

Eine Trennung oder getrenntes Arbeiten zwischen den Arbeiter- und Soldatenräten wird nicht zugelassen.

Dem Gerichtswesen ist besondere Beachtung zu widmen. Urteile sind durch den Arbeiter- und Soldatenrat zu kontrollieren.

Die Lebensmittelversorgung ist zu sichern durch die Bestandsaufnahme, Beschlagnahme größerer Vorräte bei industriellen und gewerblichen Betrieben sowie den bei Zensiten mit über 10 000 Mark Einkommen. Scharfe Kontrolle der Güterbahnhöfe und der Verkehrsstraßen. Die fernere Zulassung von Sonderzuweisungen an Schwer- und Schwerstarbeiter soll durch Vermittlung der Regierung einheitlich geregelt werden.

Der Aufklärungsdienst ist besonderen Dezernenten zu übertragen, die Soldaten-, Gefangenen- und Volksversammlungen einzuberufen und die Bevölkerung durch Wort und Schrift über die Ziele der Revolution zu unterrichten haben.

Die Stadtverordnetenversammlungen bleiben vorläufig bestehen. Alle Beschlüsse unterliegen der Genehmigung des A.- und S.-Rats. Verfügungen früherer Regierungsstellen, die der Revolution zuwiderlaufen, sind nicht zu beachten.

Es ist geplant, ein Bezirks-Presseamt zu errichten. Über alle wichtigen Vorgänge sind kurze Berichte durch die A.- und S.-Räte an dieses Amt einzusenden ...

In der Frage der Übergangswirtschaft wird der Bezirks-A.- und S.-Rat in nächster Sitzung eine zentrale Regelung vorbereiten. Dem Bezirks-Arbeiter- und Soldatenrat Niederrhein wurden von der Bezirkskonferenz Anträge zur Erledigung überwiesen, von denen der Bezirks-A.- und S.-Rat nachstehende zur Beachtung und Durchführung empfiehlt:

1. Erlaß eines Aufrufs zur Abgabe von Lebensmitteln, eventuell Beschlagnahme.

2. Völlige Sonntagsruhe im gesamten Handelsgewerbe (Milch ausgenommen, auch Blumen, Zeitungen, Apotheken usw.). Erweiterter Geschäftsverkehr vor Weihnachtstagen ist nicht zulässig. Die wöchentliche Verkaufszeit darf 48 Stunden nicht überschreiten.

3. Verbot des Verkaufs von Vieh und Ausrüstungsgegenständen ohne Kontrolle der A.- und S.-Räte.

4. Einrichtung von Standgerichten durch die A.- und S.-Räte.

5. Der Antrag, die gesamte Alkoholindustrie, soweit sie für Genußzwecke arbeitet, ist sofort einzustellen, wird der Reichskonferenz überwiesen.

6. Der Regierung sollen die Forderungen unterbreitet werden: Offiziere, die im Dienst bleiben (das sollen die technisch Vorgebildeten sein), müssen auf dem Boden des Programms der Volksregierung stehen.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv, D. F. VI/1.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1957, S. 510–512.

51
Beschluß des Parteiausschusses der SPD vom 28. November 1918

Für die politische Gleichberechtigung aller Volksgenossen hat die deutsche Sozialdemokratie seit einem halben Jahrhundert gekämpft. Sie erblickt in dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht aller erwachsenen Männer und Frauen, getreu der seit jeher vertretenen Auffassung, die wichtigste politische Errungenschaft der Revolution und zugleich das Mittel, die kapitalistische Gesellschaftsordnung nach dem Willen des Volkes in planmäßiger Arbeit zur sozialistischen umzuwandeln.

Indem die Partei ihre Entschlossenheit ausspricht, die Errungenschaften der Revolution gegen alle gegenrevolutionären Bestrebungen bis aufs letzte zu verteidigen, wendet sie sich zugleich mit Entschiedenheit gegen alle, die dem deutschen Volke das Selbstbestimmungsrecht vorenthalten wollen, sei es auch unter dem Vorwand, es durch die Diktatur gegen seinen eignen Willen beglücken zu können.

Die Sozialdemokratische Partei fordert die schleunigste Einberufung der Nationalversammlung; sie ist jeden Tag bereit, dem Volke über ihre bisherige Tätigkeit Rechenschaft zu geben und erwartet mit Zuversicht sein Urteil.

Die Genossen im Reiche werden aufgefordert, für die schleunigste Einberufung der Nationalversammlung zu wirken und durch rastlose Aufklärungsarbeit den Sieg der Demokratie und des Sozialismus zu sichern.

Richard Müller: Vom Kaiserreich zur Republik, II. Bd., Die Novemberrevolution, (Wien 1925), S. 248.

52

Leitsätze Karl Liebknechts vom 28. November 1918

Die deutsche Revolution ist zwar in der Hauptsache ein Werk der deutschen Soldaten und Arbeiter, ihrem bisherigen Sinn und Ergebnis nach ist sie jedoch nur eine bürgerlich-politische Reformbewegung auf Beendigung des jetzigen Weltkrieges und Beseitigung der augenfälligsten politischen Vertreter des Systems, das zum Kriege geführt hat.

Dieses kümmerliche Ergebnis kann nur gesichert werden durch die energische Anwendung der Macht des Proletariats, d. h. der proletarischen Soldaten und Arbeiter, die untrennbar zusammengehören; einer Macht, die durch die zweideutige Politik einer teils unsicheren und kraftlosen, teils bewußt verräterischen Regierung seit dem 9. November bereits zum großen Teil wieder verlorengegangen ist.

Das klassenbewußte deutsche Proletariat kann sich jedoch mit jenem Ergebnis nicht begnügen.

Sein Ziel ist kein Friede des Augenblicks, sondern der dauernde Völkerfriede. Es weiß, daß Kapitalismus und Imperialismus Krieg bedeuten. Es weiß, daß ein von irgendwelchem Imperialismus diktierter oder vereinbarter Macht- oder „Verständigungs"friede nur die Vorbereitung neuer Kriege sein wird; es weiß, daß weder das Gewimmel der Besiegten und die Menschlichkeit oder Gnade eines Wilson noch ein „Völkerbund" der herrschenden Klassen einen dauernden Frieden schaffen kann, sondern nur der Wille, die Macht und die siegreiche Tat des revolutionären Proletariats aller Länder.

Das Proletariat seufzt jedoch nicht nur unter dem Krieg; auch im Frieden zehren wirtschaftliche Ausbeutung, soziale Zurücksetzung, politische Unterdrückung an seinem Mark.

Die Stunde zur Ausrottung auch dieser gesellschaftlichen Grundübel ist gekommen, die Stunde zur Aufhebung der kapitalistischen Klassenherrschaft, zur Befreiung der Arbeiterklasse.

Diese Befreiung kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, nicht aber das Werk der bürgerlichen Klassen, deren Lebensinteresse die Aufrechterhaltung der Lohnsklaverei und ihrer politischen und sozialen Herrschaft ist.

Die gesamte gesetzgebende, vollziehende, richterliche Gewalt muß daher ungekürzt und ausschließlich in den Händen der städtischen und ländlichen Arbeiter einschließlich des nur scheinbar selbständigen kleinen Mittelstandes und der proletarischen Soldaten liegen, die allein in direkter Aktion Macht gegen Macht die Zwingburg des Kapitals brechen können.

Bürgerlich-demokratisches Parlamenteln in einer „Nationalversammlung" ist dazu unfähig.

Eine Regierung der – von den Massen der Arbeiter und proletarischen Soldaten gewählten – Arbeiter- und Soldatenräte ist für ganz Deutschland zu bilden. In Arbeiter- und Soldatenräten sind Nichtproletarier, insbesondere Offiziere, Unternehmer und andere Angehörige der herrschenden Klassen, grundsätzlich nicht wahlberechtigt und wählbar; bereits Gewählte dieser Art sind schleunigst zu entfernen. Die Arbeiter- und Soldatenmassen dürfen ihre Macht nicht in die Hände dieser Räte gleiten lassen; sie müssen diese unter dauernder Kontrolle halten und unablässig dafür sorgen, daß sie die wirklichen Vertreter der revolutionären Massen bleiben. A.- und S.-Räte, die das Vertrauen der Massen verloren haben, sind zurückzuberufen und zu ersetzen.

Die bürgerliche Demokratie ist eine verfälschte Demokratie, da die ökonomische und soziale Abhängigkeit der arbeitenden Masse auch bei formaler politischer Gleichheit den herrschenden Klassen sachlich ein ungeheures politisches Übergewicht gibt und die ökonomische und soziale Abhängigkeit an und für sich wirkliche Demokratie ausschließt. So führt der Weg zur Demokratie über den Sozialismus, nicht aber der Weg zum Sozialismus über die sogenannte Demokratie. Eine „Nationalversammlung" kann höchstens am Schlusse, nicht aber am Anfang der jetzt einzuschlagenden Entwicklung stehen.

Das Proletariat muß den herrschenden Klassen die politische Macht endgültig entwinden, indem es alle staatlichen Machtfunktionen grundsätzlich dem revolutionären Proletariat vorbehält und auch die übrigen staatlichen Funktionen so schnell wie möglich von politisch unzuverlässigen

Elementen säubert. Alle nichtproletarischen revolutionären Funktionäre sind, bis sie entfernt werden können, einer dauernden scharfen Kontrolle durch Arbeiter und proletarische Soldaten zu unterstellen. Alle politischen, militärischen, richterlichen usw. Ämter sind durch Wahlen zu besetzen, zu denen nur die Arbeiter und die proletarischen Soldaten wahlfähig sind. Eine von Grund aus proletarische, demokratische Organisation von Heer und Marine mit prinzipiell gleicher Löhnung und Ernährung ist durchzuführen als Überleitung zur allgemeinen Bewaffnung des revolutionären Proletariats. Sie wird auch die Schwierigkeiten der Demobilisation in freier Selbstbestimmung der Soldatenmassen zu überwinden vermögen. Die militärische Befehlsgewalt der Offiziere ist sofort aufzuheben.

Das Proletariat muß den Kapitalisten ihre wirtschaftliche Macht, die tiefste und festeste Grundlage der Klassenherrschaft, entreißen, indem es die Arbeitsmittel, Vorräte und alle gesellschaftlichen Reichtümer aus dem Privatbesitz in den Besitz, die Verwaltung und Nutznießung der Gesamtheit überführt; ein Prozeß, der zugleich die Aufhebung der kapitalistischen und die Durchführung der sozialistischen Wirtschaftsform darstellt.

Hierzu sind die Großbetriebe in Rohstoffgewinnung, Industrie, Handel, Verkehr, Bankwesen, Landwirtschaft ebenso wie die gesamte Rüstungsindustrie sofort reif; während auf dem Gebiete des Mittelstandes in Stadt und Land das vielfach bereits hochentwickelte Genossenschaftswesen einen schnellen gangbaren Weg weist.

Gerade der Krieg hat gezeigt, wie rasch unter schwierigsten Umständen bei energischem Willen tiefste Eingriffe in das kapitalistische Wirtschaftsgetriebe ohne Desorganisation möglich sind. Das Proletariat vermag, wenn es von revolutionärem Geiste durchglüht ist, weit stärkere und edlere Energien für seine eigenen Ziele zu entfalten, als es für die imperialistischen Mordziele eingesetzt hat. Die Kriegswirtschaft bietet viele technisch-praktische Ansätze und Handhaben zur Durchführung des Sozialismus, die von denen, welche meist nicht laut genug den „Sozialismus wohin wir blicken" lobpreisen, heute, wo sie den Sozialismus verwirklichen könnten, mißachtet oder vergessen werden.

Besteuerung, Annullierung der Kriegsanleihe und sonstigen Staatsschulden unter Freilassung eines Betrags von 5000 Mark für jede Person, kommen als Mittel allmählicher Sozialisierung in Betracht. Die Versuche des Kapitals, sich der Sozialisierung durch Flucht oder Verschwendung zu entziehen, sind zu vereiteln.

Das Vermögen der Dynastien ist sofort in den Besitz der Gesellschaft zu überführen.

Die sozialen Machtstellungen der herrschenden Klassen fallen meist zugleich mit den politischen und wirtschaftlichen. Die Unterlegenheit an

Wissen und Schulung kann das Proletariat in revolutionären Zeiten durch verzehnfachten Eifer und von Begeisterung und gutem Willen erzeugte Intuition weit schneller wettmachen, als nach dem Schneckentempo des alltäglichen Schulbetriebs zu gewärtigen ist. Zur Eroberung aller dieser Positionen muß das Proletariat seine politische, seine soziale und vor allem seine ökonomische Macht in Massenaktionen einsetzen. Der Streik ist seine wichtigste Waffe zur Erringung der proletarischen und wirtschaftlichen Emanzipation. Neben ihm steht in entscheidenden Momenten die bewaffnete Massenaktion.

Erfolgreiche revolutionäre Massenaktionen sind nur möglich, wenn die Masse des Proletariats Ziel und Weg klar erkennt, von Opfer- und Tatbereitschaft erfüllt ist und die technischen Mittel zur Durchführung besitzt.

Vereinigung wesensgleicher, in Ziel und Weg übereinstimmender Kreise ist das Gebot. Verschwommene äußerliche Scheineinigkeit innerlich verschiedenartiger, in Ziel und Weg abweichender Elemente ist vom Übel. Durch Klarheit und innere Übereinstimmung zur Einigkeit. Unmöglich ist ein Zusammenarbeiten mit den Regierungssozialisten, die Mitschuldige am Krieg sind, die Internationale und den Klassenkampf verraten und abgeschworen haben, auch heute noch eine Politik der Interessenharmonie von Kapital und Arbeit treiben, der Revolution bis zum letzten Augenblick geifernd und gehässig entgegengewirkt haben und nach der Revolution den Schutz des kapitalistischen Privateigentums, die Verhinderung der sozialen Revolution und den Raub der politischen Errungenschaften der Revolution betrieben haben.

Statt alles daranzusetzen, um die Massen der Arbeiter und Soldaten so schnell wie möglich wieder in den Schlafrock der bürgerlichen Ordnung zu stecken, müßte die Regierung alle ihre Kraft auf die volle Entfaltung des revolutionären Geistes in den Massen richten, um so die Revolution zu befestigen und voranzutreiben. Die revolutionäre Propaganda ist angesichts dieser Pflichtvergessenheit der Regierung die doppelte Pflicht jedes kämpfenden Sozialisten. Dabei ist besonders Nachdruck zu legen auf die Aufklärung und Revolutionierung der jetzt von den Fronten zurückkommenden geschlossenen Armeen, die in den Händen der verbrecherischen Offiziere eine ungeheure Bedrohung der Revolution bilden.

Bewaffnung der revolutionären Masse des Proletariats in Arbeitskittel und Uniform, Entwaffnung der anderen Bevölkerungsteile ist Vorbedingung für Abwehr der gegenrevolutionären Machenschaften und Niederwerfung der herrschenden Klasse.

Wenn die heutige Regierung die Massen des Proletariats, die allein die Stütze der bisherigen und die Träger der sozialen Revolution sein können, entwaffnet und die Angehörigen der herrschenden Klassen bewaffnet oder

nicht entwaffnet, so kennzeichnet sie auch damit ihre Verständnislosigkeit für das Wesen der Revolution, ihre Unfähigkeit, ihr Mißtrauen gegen die Massen, ihren gegenrevolutionären Charakter.

Eine Arbeitermiliz und eine Rote Garde müssen sofort geschaffen werden, soll die Gegenrevolution nicht siegreich und die soziale Revolution nicht schwer gefährdet sein.

Zur endgültigen Eroberung der sozialen Machtstellungen ist eine tief einschneidende soziale Gesetzgebung, eine grundlegende Umgestaltung des Wohnungs-, Gesundheits-, Erziehungs- und Bildungswesens (Einheitsschule) notwendig, um alle menschlichen Kräfte der Gesellschaft zu entfalten und zu beschirmen.

Die Arbeiter und die proletarischen Soldaten, die heute nur noch Soldaten der Revolution sein dürfen, gehören unlöslich zusammen; kein Mißtrauen, keine Eifersucht darf sie trennen. Der Arbeiter von heute ist der Soldat von gestern und morgen, und der proletarische Soldat von heute möge nie vergessen, daß er Arbeiter war und wieder sein wird. Mißtrauen zwischen Arbeitern und proletarischen Soldaten wird nur gesät von Agenten der herrschenden Klassen, die sich als Wölfe im Schafskleid unter die proletarischen Soldaten mischen.

Die sozialistische Gesellschaftsordnung und der dauernde Völkerfriede können nur international verwirklicht werden.

Darum muß die soziale Revolution sich über Deutschland hinaus verallgemeinern und zur Tat des Proletariats aller Länder werden. Aber die Weltrevolution kann nur auf einem Wege kommen – über die soziale Revolution Deutschlands. Nur auf diesem Wege, nicht auf dem des Bittens und Bettelns bei dem Ententeimperialismus sind auch die Ernährungs- und Rohstoffschwierigkeiten für Deutschland zu lösen: Dem deutschen Volke werden die Bedingungen seiner Existenz und Wohlfahrt von einer zuverlässigeren vertrauenswürdigeren Macht gewährleistet werden: von den mit ihnen solidarischen revolutionären Massen der französischen, englischen, italienischen, amerikanischen Arbeiter und von den bereits heute hilfsbereit stehenden russischen Brüdern.

Wir fürchten den feindlichen Imperialismus so wenig, wie wir den deutschen Imperialismus fürchteten.

Weltrevolution des Proletariats gegen Weltimperialismus ist unser Feldgeschrei; die alle Völker in brüderlicher Gemeinschaft umfassende sozialistische Weltrepublik ist unser Ziel.

Karl Liebknecht: Reden und Aufsätze.
Hrsg. von Julian Gumperz, Hamburg 1921, S. 322–326.

53

Aus dem Extrablatt der Mülheimer „Freiheit" vom 8. Dezember 1918

Thyssen verhaftet!

Ententetruppen sollten deutsche Arbeiter züchtigen!

Wie flossen sie über von „wahrer Vaterlandsliebe" und von „treuer Ergebenheit", die Herren Großkapitalisten, wie oft hörten wir sie während der blutigen Kriegsjahre alle jene schmähen und beschimpfen, die nicht alles willig und freudig auf dem Altar des Vaterlandes, des Vaterlandes der Reichen und Mächtigen, opferten und nicht mit Freuden ihr Leben einsetzten und ihre Knochen zerschießen ließen für die Interessen der Thyssen und Stinnes ...

Daß der Patriotismus und der Nationalismus der Herren, ihr Opfermut für das Vaterland nur ein frecher Schwindel war, darüber waren sich verständige Leute schon längst klar. Denn es war längst bekannt, daß gerade die Industriebarone aus dem Ruhrrevier nie von nationalen Bedenken geplagt wurden, sofern ihnen Profit winkte. Möglichst großer Profit war allezeit ihre Losung. Um Profit verkauften sie ihr Vaterland.

Und wenn die Herren Thyssen und Stinnes während der Kriegsjahre jeden als Vaterlandsverräter bezeichneten, der zum Beispiel die Franzosen nicht als Menschen minderen Grades bezeichnete, so war dies nichts als eine erbärmliche Heuchelei. Denn die Herren Thyssen und Stinnes saßen jahrelang mit den französischen Kapitalisten freundschaftlich zusammen in einer Reihe großer Industrieunternehmungen. Und in den letzten Tagen gingen diese deutschen Überpatrioten zum offenen Landesverrat über. In einer Sitzung im Fürstenhof in Dortmund am 5. Dezember, an der die Herren August Thyssen, Fritz Thyssen jr., Direktor Herrle, Direktor Bekker, Direktor Wirtz, Kommerzienrat Küchen, Bergassessor Stens und Edmund Stinnes teilnahmen, wurde nach einer lebhaften Aussprache, an der auch Herr Thyssen sich beteiligte, von den Herren Großkapitalisten vereinbart, daß es unbedingt erforderlich wäre, daß die Truppen der Entente möglichst rasch das ganze rheinisch-westfälische Gebiet besetzen müssen.

Und womit begründen die Herren Patrioten den Ruf nach Ententeheeren?

Mit nichts anderem als ihren gefährdeten Profitinteressen. Die Ententetruppen sollen, wie die Herren in der Sitzung im Fürstenhof in Dortmund ganz offen erklärten, die rote Gefahr unter allen Umständen beseitigen und den Achtstundentag sowie die anderen Vorteile, welche sie durch die Revolution erlangt haben, aufheben.

Und weiter wurde angeführt, daß vor und während des Krieges der deutsche Kapitalismus mit dem Ententekapitalismus verbrüdert war und

daß diese Verbrüderung unter allen Umständen aufrechterhalten werden müsse.

Deutsche Arbeiter!

Das sind die Leute, die sich als deutsche Patrioten gebärdeten und sich als Muster hinstellten, während sie, wenn sie unter sich sind, unverblümt bekennen, daß sie stets mit dem Ententekapitalismus brüderlich vereint waren und daß diese Verbrüderung aufrechterhalten werden müsse. Die Interessen mit dem Ententekapitalismus stehen den rheinisch-westfälischen Industriebaronen höher als ihre Phrasen von den „vaterländischen Interessen", mit denen sie das deutsche Volk vor ihren Karren spannten.

Glücklicherweise wurde der Plan rechtzeitig enthüllt, und dank des energischen Eingreifens des Arbeiter- und Soldatenrates in Mülheim-Ruhr wurden die Übeltäter festgenommen ...

Arbeiter und Soldaten! Schart euch fest um eure Arbeiter- und Soldatenräte und sorgt dafür, daß in euren Räten allezeit Männer sitzen, die eure Interessen mit fester Entschlossenheit und ohne Rücksicht auf die Interessen der Kapitalisten wahrnehmen!

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv, St. 8/21, Bl. 83.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1957, S. 563–565.

54

Politisches Programm des 53er-Ausschusses (Zentralrat der Marine) vom Anfang Dezember 1918

I. Der 53er-Ausschuß der Marine steht auf dem Boden der Errichtung einer sozialistischen Republik und verwendet sich für den baldigen Abschluß eines dauernden Völkerfriedens auf gleicher Grundlage.

II. Im Prinzip wird der Einberufung der gesetzgebenden Nationalversammlung zugestimmt. Vorher verlangen wir:

a) Verstaatlichung aller dafür reifen Betriebe.

b) Hinreichende Gelegenheit zur Aufklärung der Massen. Bis zur Nationalversammlung bleibt die Gewalt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte.

III. In Anlehnung an das Erfurter Programm werden folgende Maßnahmen verlangt:

1. Trennung von Staat und Kirche, soziale Gesetzgebung, grundlegende

Umgestaltung des Wohnungs-, Gesundheits-, Erziehungs- und Bildungswesens (Einheitsschule).

2. Bildung einer sozialistisch-republikanischen Armee und Marine (Volkswehr).

3. Aufhebung aller Fideikommisse, Aufteilung des Großgrundbesitzes.

4. Restlose Erfassung aller Kriegsgewinne, Vermögensbeschlagnahme, auch der „toten Hand".

5. Zur Abtragung der Kriegsschuld und Sicherung der Reichsfinanzen durchgreifende Steuerreformen.

6. Strenge Bestrafung derjenigen Personen, die sich während des Krieges in betrügerischer Weise bereichert haben.

7. Vereitelung der Versuche des Kapitalismus, sich der Sozialisierung durch Flucht oder Verschwendung zu entziehen.

8. Einsetzen eines Volksgerichtes zur Untersuchung und Aburteilung der am Kriege schuldigen Personen sowie derjenigen, die einen früheren Verständigungsfrieden vereitelt haben. Überdies strenge Bestrafung der Richter und Offiziere, die durch Kriegs- und Feldgerichte Schreckensurteile gefällt haben.

9. Ergreifung von Maßnahmen, die geeignet sind, gegenrevolutionäre Machenschaften zu ersticken.

10. Der 53er-Ausschuß erstrebt die Einigung der sozialistischen Massen Deutschlands und unterstützt die Bestrebungen, die eine Verständigung der sozialistischen Internationale anstreben.

53er-Ausschuß (Zentralrat der Marine)

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv, D. F. VI/1.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.
Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1957, S. 571/572.

55

Aus dem Brief des Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg an Friedrich Ebert vom 8. Dezember 1918

Sehr geehrter Herr Ebert!

Wenn ich mich in nachstehenden Zeilen an Sie wende, so tue ich dies, weil mir berichtet wird, daß auch Sie als treuer deutscher Mann Ihr Vaterland über alles lieben unter Hintanstellung persönlicher Meinungen und Wünsche, wie auch ich es habe tun müssen, um der Not des Vaterlandes gerecht zu werden. In diesem Sinne habe ich mich mit Ihnen

verbündet zur Rettung unseres Volkes vor dem drohenden Zusammenbruch ...

Es liegt auf der Hand, daß wir aus diesen Zuständen nur herauskommen können, wenn die Regierung über ein Organ verfügt, das ihren Anordnungen und den bestehenden Gesetzen rücksichtslos Geltung zu verschaffen vermag. So wie die Verhältnisse liegen, kann dieses Organ nur die Armee sein, und zwar eine Armee, in der schärfste Disziplin herrscht ... Soll die Armee ein brauchbares Machtmittel in der Hand der Regierung sein und bleiben, so muß die Autorität des Offiziers sofort mit allen Mitteln wiederhergestellt und die Politik aus dem Heere entfernt werden. Dazu ist ein Erlaß der Regierung nötig, der es klar ausspricht:

1. Die militärische Kommandogewalt liegt allein bei den Kommandobehörden.

2. Das Vorgesetztenverhältnis des Offiziers und die damit zusammenhängenden Bestimmungen sind restlos wiederherzustellen. Besonders möchte ich hierbei auf die unbedingte Notwendigkeit der Grußpflicht hinweisen, die für die Disziplin von entscheidender Bedeutung ist. Es ist ein Unding, Disziplin zu fordern und gleichzeitig das Vorgesetztenverhältnis außer Dienst aufzuheben. Keine Armee der Erde kennt eine derartige Bestimmung.

3. Die S.-Räte müssen aus der Truppe verschwinden; lediglich Vertrauensräte können bestehenbleiben, die die Vorgesetzten über die Stimmung der Mannschaften auf dem laufenden halten und deren Wünsche und Beschwerden übermitteln. Eine Mitwirkung dieser Vertrauensräte bei der Ausübung der Befehlsgewalt ist durchaus auszuschließen.

Dies die militärischen Forderungen. Ich fühle mich aber auch verpflichtet, Sie über die Stimmung aufzuklären, die aus zahlreichen Zuschriften aus dem Feldheere und aus allen anderen Kreisen der Bevölkerung hervorgeht. Diese läuft im wesentlichen auf die Forderung nach sofortiger Einberufung der Nationalversammlung hinaus. Drei Gründe sind es vornehmlich, die für die Notwendigkeit dieser Maßnahme angeführt werden:

1. Die Erlangung von Frieden und Brot.

2. Die Verhütung eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs.

3. Die Verhütung eines Auseinanderfallens des deutschen Reiches ...

Meiner Überzeugung nach können nur folgende Maßnahmen uns aus den jetzigen Schwierigkeiten erretten:

1. Einberufung der Nationalversammlung noch im Dezember.

2. Bis dahin bzw. bis zur Durchführung der Beschlüsse der Nationalversammlung alleinige Führung der Geschäfte durch die Regierung und die gesetzlichen Verwaltungsorgane.

3. Damit den berechtigten Wünschen der Arbeiterschaft, für die ich vol-

les Verständnis habe, bis zum Erlaß gesetzlicher Vorschriften durch die Nationalversammlung Rechnung getragen wird, sollten den Verwaltungsbehörden zur Beratung tüchtige Männer aus dem Arbeiterstande beigegeben werden. Diese hätten keinen selbständigen „Rat" zu bilden, sondern in den Behörden mitzuarbeiten. Damit würde jede Notwendigkeit von „Arbeiterräten" entfallen.

4. Der Sicherheitsdienst darf lediglich durch die gesetzlichen Polizeiorgane und die bewaffnete Macht ausgeübt werden.

5. Sicherung der Anordnungen der Regierung durch eine zuverlässige Polizeitruppe bzw. nach Wiederherstellung der Disziplin durch das Heer.

In Ihre Hände ist das Schicksal des deutschen Volkes gelegt. Von Ihrem Entschluß wird es abhängen, ob das deutsche Volk noch einmal zu neuem Aufschwung gelangen wird. Ich bin bereit, und mit mir das ganze Heer, Sie hierbei rückhaltlos zu unterstützen ...

Ich weiß, daß ich von radikaler Seite angefeindet werde, weil ich mich angeblich in Politik mische. Es war mir aber auch Herzenssache, Vorstehendes Ihnen auszusprechen. Ich wünsche Ihnen Kraft zu entschlußfreudigem Handeln.

gez. v. Hindenburg

Dokumente der deutschen Politik,
Reihe: Die Zeit des Weltkrieges und der Weimarer Republik 1914–1933.
Hrsg. von Prof. Dr. F. A. Six, Bd. III, Teil 1,
Novemberumsturz und Versailles 1918–1919,
bearbeitet von Hans Volz, Berlin 1942, S. 402–407.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1957, S. 566–570.

56

Aktionsprogramm des Generalkommandos Lequis für die Niederschlagung der Revolution in Berlin vom Anfang Dezember 1918

10. 12. Einzug der Garde-Kavallerie-(Schützen-)Division. Besetzung der Hauptgebäude, Anschlagen der Begrüßungsproklamation der Regierung. Die Deutsche Jäger-Division und die 1. Garde-Division stehen außerhalb bereit.

11. 12. Einzug der Deutschen Jäger-Division in Berlin, der 1. Garde-Division in Potsdam. Waffen und Kriegsmaterial abgeben. Bekanntmachung: Wer ohne Waffenschein noch Waffen in Besitz hat, wird erschossen; wer Kriegsmaterial einschließlich Kraftwagen behält, wird standrechtlich abgeurteilt. Deserteure und Matrosen

haben sich innerhalb 10 Tagen beim nächsten Ersatztruppenteil oder Bezirkskommando zu melden. Wer sich unberechtigt eine Beamteneigenschaft zulegt, wird erschossen. Durchsuchung unsicherer Stadtteile.

12. 12. Einzug der 4. Garde-Division. Bestimmung über Arbeitslose und Notstandsarbeiten.

13. 12. Einzug der 5. Garde-Division. Erlaß für das ganze Reich: Die Autorität der Offiziere gilt wieder in vollem Umfang (Abzeichen, Grußpflicht, Orden, Waffentragen, Abzeichen für Feldheer). Die Behörden und Truppen übernehmen die ihnen gesetzlich zustehenden Befugnisse. Alle Ersatztruppen werden sofort aufgelöst.

14. 12. Einzug des 2. und 4. Garde-Regiments zu Fuß mit ihrer Kavallerie und Artillerie (1. Garde-Division) in Berlin. Ersatz der 1. Garde-Division durch 5. und 37. Infanterie- sowie 1. Garde-Reserve-Division.

Ab

15. 12. Einzug der 3. Garde-Division in Berlin, der 4. Garde-Division in Spandau, der 5. und 37. Infanterie-Division eventuell auch in Berlin. Besitzergreifung der Kasernen. Allmählicher Abtransport der nicht in Berlin garnisonierenden Truppen. Belassung freiwilliger Autobereitschaften; Übernahme der Sicherheit Berlins durch die Nationalgarde.

Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps.
Im Auftrage des Oberkommandos des Heeres bearbeitet und herausgegeben
von der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres,
Sechster Band (2. Reihe), Die Wirren in der Reichshauptstadt
und im nördlichen Deutschland 1918–1920, Berlin 1940, S. 28.
Lothar Berthold/Helmut Neef:
Militarismus und Opportunismus gegen die Novemberrevolution.
Das Bündnis der rechten SPD-Führung mit der Obersten Heeresleitung
November und Dezember 1918.
Eine Dokumentation, Berlin 1958, S. 165.

57

Aus dem Programm der Sozialisierungskommission vom 11. Dezember 1918

Die Kommission ist sich bewußt, daß die Vergesellschaftung der Produktionsmittel nur in einem länger währenden organischen Aufbau erfolgen kann. Erste Voraussetzung aller wirtschaftlichen Reorganisation bildet die Wiederbelebung der Produktion. Vor allem erfordert die wirtschaftliche

Lage Deutschlands gebieterisch die Wiederaufnahme der Exportindustrie und des auswärtigen Handels.

Die Kommission ist der Ansicht, daß für diese Wirtschaftszweige die bisherige Organisation gegenwärtig noch beibehalten werden muß. Ebenso erfordert die Ingangsetzung der Industrie die Aufrechterhaltung und Erweiterung des Zirkulationskredits und damit die ungestörte Funktion der Kreditbanken.

Im Interesse unserer Lebensmittelversorgung wird auch nicht vorgeschlagen werden, in die bisherigen Besitz- und Betriebsverhältnisse der bäuerlichen Bevölkerung einzugreifen. Hier soll durch der Landwirtschaft angepaßte Maßnahmen und durch Unterstützung der Genossenschaften die Produktivität gehoben und die Intensität gesteigert werden.

Dagegen ist die Kommission der Ansicht, daß jene Gebiete der Volkswirtschaft, in denen sich kapitalistisch-monopolistische Herrschaftsverhältnisse herausgebildet haben, für die Sozialisierung in erster Linie in Betracht kommen. Insbesondere muß der Gesamtheit die Verfügung über die wichtigsten Rohstoffe, wie Kohle und Eisen, zustehen. Es soll geprüft werden, welche anderen Zweige der Produktion und der Kraftgewinnung infolge der erweiterten Konzentration geeignet sind, in Gemeinwirtschaft übergeführt zu werden, welche Wirtschaftszweige sonst ihrer Natur nach, wie z. B. das Versicherungswesen und die Hypothekenbanken, für die Sozialisierung in Betracht kommen ...

Die Kommission glaubt, daß die bisherigen Besitzer für die Übergabe ihrer Betriebe durch Ablösungsrenten entschädigt werden sollen, damit Härten und Ungleichmäßigkeiten in der Heranziehung des Besitzes zu den Aufgaben der Gesamtheit vermieden werden. Es unterliegt dann der politischen Entscheidung, in welchem Umfange, vor allem auf dem Wege der Vermögensabgabe und der Besitzbesteuerung, die allgemeine Heranziehung der gesamten besitzenden Klassen erfolgt.

Die Kommission ist gewillt, von dieser allgemeinen Grundlage aus ihre Arbeit zu unternehmen und mit aller Beschleunigung ihre Vorschläge für die einzelnen Zweige der Wirtschaft zu erstatten.

Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger (Berlin),
11. Dezember 1918.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1957, S. 593/594.

58

Resolution der außerordentlichen Verbandsgeneralversammlung der USPD von Groß-Berlin vom 15. Dezember 1918

Die Verbandsgeneralversammlung erklärt:

Die wichtigste politische Aufgabe der USP ist augenblicklich die Organisation der Wahlen zur Nationalversammlung. Es handelt sich darum, alle Kraft des Proletariats aufzubieten, um den Sieg des Sozialismus über die Bourgeoisie zu erringen. Die USP betrachtet sich als die Trägerin der Revolution und als ihre vorwärtstreibende Kraft. Sie ist gewillt, alle daraus entstehenden Pflichten, wie es die Situation jeweils erfordert, sei es in der sozialistischen Regierung, sei es in entschlossener Opposition gegen jede konterrevolutionäre Bewegung, zu erfüllen. Sie fordert ihre Vertreter in der Regierung auf, mit aller Entschiedenheit und ohne schwächliche Rücksichtnahme an der Sicherung und Vermehrung der revolutionären Errungenschaften zu arbeiten.

Die Freiheit (Berlin), 16. Dezember 1918.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1957, S. 607.

59

Aus dem Bericht über die Reichskonferenz der Internationalen Kommunisten Deutschlands in Berlin vom 15. bis 17. Dezember 1918

Vom 15. bis 17. Dezember tagte in Berlin eine Konferenz von Delegierten der Ortsgruppen der Internationalen Kommunisten Deutschlands. Die Konferenz hatte den Zweck, die Ortsgruppen der IKD zusammenzufassen, Klarheit über unsere nächsten Aufgaben zu schaffen und sie, soweit sie in den Tätigkeitsbereich der Reichskonferenz fallen, durchzuführen. Dieser Zweck ist, um es gleich im voraus zu sagen, vollkommen erreicht ...

Zu Punkt 1 der Tagesordnung wurde nach einem Vortrage des Genossen Knief über die politische Lage und das Ziel der Kommunisten eine Resolution angenommen, die im wesentlichen der grundsätzlichen Erklärung der Ortsgruppe Groß-Dresden der IKD entspricht. Die Resolution lautet:

Grundsätzliche Erklärung

a) Das Ziel

Die Kommunisten gehen von der Auffassung aus, daß der Kapitalismus für den Sozialismus reif ist. Das Ziel der Kommunisten ist also die

unmittelbare Herbeiführung des Kommunismus. Das ist ein Gesellschaftszustand, in dem alle Produktions- und Verkehrsmittel in den Händen und unter der Kontrolle des gesamten arbeitenden Volkes sind und in dem die Warenproduktion abgelöst wird durch die Produktion für den Bedarf.

Im Kommunismus gibt es keine Klassen. Es besteht Arbeitspflicht.

Die Arbeit wird durch Ausnutzung aller technischen Möglichkeiten so kurz wie möglich sein. Die übrige Zeit steht jedem zu Kulturzwecken zur Verfügung.

Für durch Alter oder aus anderen Ursachen arbeitsunfähige Personen sorgt die Gesellschaft.

b) Der Weg

Der Übergang zu diesem Gesellschaftszustand erfordert die Diktatur des Proletariats über die Bourgeoisie. Diese Diktatur stützt sich auf die roten kommunistischen Garden. Die Organe dieser Diktatur sind die Räte der Arbeiter und der roten kommunistischen Garden mit ihren Vollzugsausschüssen. Die oberste Gewalt liegt in den Händen des Zentralrates der Arbeiter und der roten kommunistischen Garden.

Einen wichtigen Punkt in der Tagesordnung der Konferenz bildete der nächste: Die Organisation der IKD.

Einmütig kam auf der Konferenz die Auffassung zum Ausdruck, daß die Organisationsform der IKD der Entwicklung des revolutionären Klassenkampfes in Deutschland, in dessen Dienst die Organisation steht, entsprechen müsse. Weiter kam zum Ausdruck, daß der revolutionäre Klassenkampf heute eine wesentlich föderative Organisationsform aller kommunistischen Elemente notwendig mache, daß die IKD diese Organisationen aufzubauen haben und daß in dieser Organisation sich alle kommunistischen Elemente zusammenfinden werden, mögen sie sich bisher Spartakus, Linksradikale oder noch anders genannt haben . . .

Nach im einzelnen anregender Diskussion beschloß die Konferenz einen Antrag, der etwa folgenden Wortlaut hat:

Die Kreisausschüsse sorgen mit allen Mitteln für die Beschaffung ausreichender Waffen zur Bewaffnung des Proletariats. Waffen und Munition werden in verschiedenen Teilen des Bezirks bei durchaus zuverlässigen Vertrauensleuten untergebracht und zur gegebenen Stunde auf besondere Parole unter die Arbeiterschaft verteilt.

Weiter bereiten die Kreisausschüsse schleunigst die Bildung roter kommunistischer Garden vor, damit im Bedarfsfalle eine Kerntruppe zuverlässiger Leute vorhanden ist, die den Grundstock der revolutionären Armee zu bilden haben.

In der Frage über die Taktik in den jetzigen A.- und S.-Räten beschloß die Konferenz eine Resolution, die etwa lautet:

Die Tatsache, daß die jetzt bestehenden Räte zusammengesetzt sind aus den Vertretern der Sozialpatrioten, Unabhängigen und Linksradikalen, stellt die IKD vor ganz bestimmte Aufgaben. Es müssen nämlich solche Forderungen erhoben werden, die einerseits das Klasseninteresse des Proletariats auf das rücksichtsloseste vertreten und andererseits die Sozialpatrioten mit Notwendigkeit in Gegensatz zu diesen Forderungen bringen, sie zu ihrer Ablehnung zwingen und sie somit veranlassen, ihren arbeiterfeindlichen Charakter vor den Massen zu erkennen zu geben. In diesem Kampf werden auch bereits die Unabhängigen zu klarer Stellungnahme, zu klaren Aktionen für oder gegen die Arbeiter gezwungen werden. Dadurch wird das nächste Stadium des proletarischen Klassenkampfes, die Auseinandersetzung mit den Unabhängigen, bereits vorbereitet und abgekürzt.

Es genügt jedoch nicht, den Kampf nur innerhalb der Räte zu führen. Die Massen müssen in jeder einzelnen Aktion durch Demonstrationen vor den Sitzungsgebäuden, durch ihre Forderungen die Räte zum öffentlichen Bekenntnis ihrer Stellung in allen einzelnen Fragen zwingen. In schroffster und auf das gründlichste aufklärender Weise muß in der Presse und in Arbeiterversammlungen hierfür propagiert werden.

Weiter wurde empfohlen, bei Wahlen zu den A.- und S.-Räten auf die Durchführung des Systems der gebundenen Mandate hinzuwirken.

Der Kommunist (Dresden), 1918, Nr. 5.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1957, S. 609–612.

60

Anträge für den ersten Reichsrätekongreß,
verfaßt von Karl Liebknecht am 15. Dezember 1918

Wir beantragen vor Eintritt in die Tagesordnung: Der Rätekongreß erklärt sich als oberste gesetzgebende und ausübende Gewalt.

Wir beantragen, als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen: Die Gegenrevolution und die vom Rätekongreß sofort zu ergreifenden Maßregeln zum Schutze der Revolution.

Zu Punkt II der Tagesordnung: Wir beantragen, Deutschland eine einheitliche sozialistische Republik, in der alle Macht den A.- u. S.-Räten zusteht.

Der vom Rätekongreß gewählte Vollzugsrat – beim Nichtzusammensein des Rätekongresses – das höchste Organ der Gesetzgebung und der Voll-

zugsgewalt, durch das auch die Volksbeauftragten und alle zentralen Reichsbehörden zu ernennen und abzusetzen sind.

Wir beantragen, als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen: Sofortigen Aufruf des Rätekong. an die Proletarier aller Länder zur Bildung von A.- u. S.-Räten zwecks Durchführung der gemeinsamen Aufgaben der sozialistischen Weltrevolution.

„Spartakus" und der Kongreß der A.- und S.-Räte.
In: Kulturwille. Monatsblätter für Kultur der Arbeiterschaft (Leipzig), 1929, Heft 1, S. 3/4.

61

Die wichtigsten Beschlüsse des ersten Reichskongresses der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands in Berlin vom 16. bis 21. Dezember 1918

1. Zur Nationalversammlung ...

Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung finden am Sonntag, dem 19. Januar 1919, statt ...

2. Zur Kommandogewalt ...

1. Die Kommandogewalt über Heer und Marine üben die Volksbeauftragten unter Kontrolle des Vollzugsrats aus.

2. Als Symbol der Zertrümmerung des Militarismus und der Abschaffung des Kadavergehorsams wird die Entfernung aller Rangabzeichen und des außerdienstlichen Waffentragens angeordnet.

3. Für die Zuverlässigkeit der Truppenteile und für die Aufrechterhaltung der Disziplin sind die Soldatenräte verantwortlich. Der Kongreß der A.- und S.-Räte ist der Überzeugung, daß die unterstellten Truppen den selbstgewählten Soldatenräten und Vorgesetzten im Dienste den zur Durchführung der Ziele der sozialistischen Revolution unbedingt erforderlichen Gehorsam erweisen. Vorgesetzte außer Dienst gibt es nicht mehr.

4. Entfernung der bisherigen Achselstücke, Unteroffizierstressen usw., Kokarden, Achselklappen und Seitengewehre ist ausschließlich Angelegenheit der Soldatenräte und nicht einzelner Personen. Ausschreitungen schädigen das Ansehen der Revolution und sind zur Zeit der Heimkehr unserer Truppen unangebracht.

Der Kongreß verlangt Abschaffung aller Orden und Ehrenzeichen und des Adels.

5. Die Soldaten wählen ihre Führer selbst. Frühere Offiziere, die das Vertrauen der Mehrheit ihres Truppenteils genießen, dürfen wiedergewählt werden.

6. Offiziere der militärischen Verwaltungsbehörden und Beamte im Offiziersrange sind im Interesse der Demobilisation in ihren Stellungen zu belassen, wenn sie erklären, nichts gegen die Revolution zu unternehmen.

7. Die Abschaffung des stehenden Heeres und die Errichtung der Volkswehr sind zu beschleunigen ...

3. Zum Zentralrat ... .

1. Der Reichskongreß der A.- und S.-Räte Deutschlands, der die gesamte politische Macht repräsentiert, überträgt bis zur anderweitigen Regelung durch die Nationalversammlung die gesetzgebende und vollziehende Gewalt dem Rat der Volksbeauftragten.

2. Der Kongreß bestellt ferner einen Zentralrat der A.- und S.-Räte, der die parlamentarische Überwachung des deutschen und des preußischen Kabinetts ausübt. Er hat das Recht der Volksbeauftragten des Reiches und – bis zur endgültigen Regelung der staatlichen Verhältnisse – auch der Volksbeauftragten Preußens.

3. Zur Überwachung der Geschäftsführung in den Reichsämtern werden vom Rat der Volksbeauftragten Beigeordnete der Staatssekretäre bestimmt. In jedes Reichsamt werden zwei Beigeordnete entsandt, die aus den beiden sozialdemokratischen Parteien zu entnehmen sind. Vor der Berufung der Fachminister und der Beigeordneten ist der Zentralrat zu hören.

4. Zur Sozialisierung ...

Der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte beauftragt die Regierung, mit der Sozialisierung aller hierzu reifen Industrien, insbesondere des Bergbaues, unverzüglich zu beginnen.

Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands vom 16. bis 21. Dezember 1918 im Abgeordnetenhause zu Berlin, Stenographische Berichte.
Hrsg. vom Zentralrat der sozialistischen Republik Deutschlands, Berlin o. J., S. 181/182.

62

Bericht über programmatische Ausführungen des Majors Kurt von Schleicher und des Generalmajors Hans von Seeckt auf einer Besprechung im Generalstab am 20. Dezember 1918

Schleicher sprach. Was er sagte, war zunächst vielleicht nicht so wesentlich. Das wesentlichste jedoch war, daß er in einer Zeit, in der kein

Mensch etwas zu wollen wagte, mit fast selbstverständlicher Nonchalance sagte, daß man in der Tat für die Zukunft etwas wolle. Er hat an diesem Tage ein Programm aufgestellt, von dem er nicht wieder abgekommen ist. Drei Etappen nannte er. Zunächst müsse man im Innern eine Regierungsgewalt wieder aufrichten, die sich durchzusetzen vermöge. Wenn der Soldat dabei helfe, könne das verhältnismäßig schnell gehen. Auf der Basis der wiederhergestellten Ordnung müsse man sodann zur Gesundung der Wirtschaft kommen. Erst auf den Schultern einer aus den Trümmern wieder aufgebauten Wirtschaft könne alsdann nach langen, mühevollen Jahren an die Wiedererrichtung der äußeren Macht herangegangen werden. Bei dieser Reihenfolge ist Schleicher geblieben. Er hat die Wirtschaft den politischen Forderungen voranstellen zu müssen geglaubt ...

Seeckt führte aus: Die Wiederherstellung der Regierungsgewalt und die Ordnung im Innern ist eine Selbstverständlichkeit. Ohne dies ist überhaupt nichts zu wollen. Soweit stimme er zu. Alsdann aber glaube er, daß eine Wirtschaft nicht wieder aufzurichten sei in einem politisch ohnmächtigen Lande. Für ein Land, das im Augenblick Machtmittel nicht zur Verfügung habe, um sich durchzukämpfen, ergäbe sich die Pflicht, die belassene Wehrmacht wenigstens so zu gestalten, daß man ein begehrenswerter Bundesgenosse für andere würde. Mit ein klein wenig erhobener Stimme setzte er die Worte: Deutschland müsse so schnell als möglich wieder bündnisfähig sein. Es war ganz deutlich, daß der zweite und der dritte Punkt Schleichers bei Seeckt programmatisch ihre Stelle gewechselt hatten.

Friedrich von Rabenau: Seeckt.
Aus seinem Leben 1918–1936, Leipzig (1940), S. 117, 118.

63

Resolution der großen Ratssitzung der Arbeiter- und Soldatenräte Leipzigs vom 23. Dezember 1918

Die A.- und S.-Räte haben als Träger der Revolution die gesamte politische Macht erobert. Sie sind heute noch die Träger der politischen Gewalt. Kein Beschluß des Rätekongresses kann diese politische Macht einschränken oder aufheben. Indem der Rätekongreß die gesetzgebende und vollziehende Gewalt dem Rat der Volksbeauftragten zugesprochen hat, hat er sein Mandat überschritten.

Die Einschränkung der Befugnisse der A.- und S.-Räte kann nicht durch eine Repräsentation der A.- und S.-Räte mit Mehrheitsbeschluß, sondern nur durch die A.- und S.-Räte selbst erfolgen.

Der Leipziger A.- und S.-Rat erklärt daher, daß er trotz der Annahme

des Antrags Lüdemann durch den Rätekongreß weiter die politische Macht in seiner Hand behalten wird.

Der Leipziger A.- und S.-Rat erhebt flammenden Protest gegen den Staatsstreich des Zentralrats, der die Beschlüsse des Rätekongresses der Entschließung des Rates der Volksbeauftragten unterstellt und damit diesem sechsköpfigen Direktorium die Möglichkeit gibt, die im Interesse der Revolution gefaßten Beschlüsse nicht oder verspätet zur Durchführung zu bringen.

Er brandmarkt die Ablehnung des Antrags für Aufhebung des militärischen Grenzschutzes und die Ablehnung der Wiederanknüpfung der diplomatischen Beziehungen zu der Sowjetregierung Rußlands.

Der Leipziger A.- und S.-Rat fordert die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie auf, aus dem Direktorium der Volksbeauftragten sofort zurückzutreten.

Leipzig, den 23. Dezember 1918

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv, St. 8/18, Bl. 159.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1957, S. 651, 652.

64

Aus dem Programm der sozialdemokratischen Reichsregierung vom 29. Dezember 1918

An das deutsche Volk!

Arbeiter! Soldaten! Bürger! Bürgerinnen!

Die Unabhängigen sind aus der Regierung ausgeschieden! Die verbleibenden Mitglieder des Kabinetts haben dem Zentralrat ihre Mandate zur Verfügung gestellt, um ihm vollkommen freie Hand zu lassen. Einstimmig sind sie von ihm aufs neue bestätigt worden. Die lähmende Zwiespältigkeit ist überwunden. Die Reichsregierung ist neu und einheitlich gebildet. Sie kennt nur ein Gesetz des Handelns: Über jede Partei das Wohl, der Bestand, die Unteilbarkeit der deutschen Republik. Zwei Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sind auf einstimmigen Beschluß des Zentralrates an Stelle der ausgeschiedenen drei Unabhängigen getreten: Noske und Wissell. Alle Mitglieder des Kabinetts sind gleichberechtigt! Vorsitzende sind Ebert und Scheidemann. Und nun an die Arbeit!

Im Innern gilt es die Nationalversammlung vorzubereiten und ihre ungestörte Tagung sicherzustellen, für die Ernährung ernstlich Sorge zu tra-

gen, die Sozialisierung im Sinne des Rätekongresses in die Hand zu nehmen, die Kriegsgewinne in der schärfsten Form zu erfassen, Arbeit zu schaffen und Arbeitslose zu unterstützen, die Hinterbliebenenfürsorge auszubauen, die Volkswehr mit allen Mitteln zu fördern, die Entwaffnung Unbefugter durchzusetzen.

Nach außen: den Frieden so schnell und so günstig wie möglich herbeizuführen und die Vertretungen der deutschen Republik im Ausland mit neuen, von neuem Geist erfüllten Männern zu ersetzen. Das ist in großen Zügen unser Programm bis zur Nationalversammlung ...

Uns die Arbeit! Euch allen aber die Mitarbeit! Der neue Freistaat ist unser aller Besitz. Helft ihn sichern! Auch an euch ist die Frage des Zentralrates gerichtet:

„Seid Ihr bereit, die öffentliche Ruhe und Sicherheit gegen gewaltsame Eingriffe zu schützen und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Arbeitsmöglichkeit der Regierung gegen Gewalttätigkeiten, ganz gleich von welcher Seite, zu gewährleisten?"

Ihr müßt diese Fragen mit einem Ja! beantworten. Die Reichsregierung bekennt sich ohne Einschränkung zu diesem Ja. Ohne dieses Ja bleibt jedes Programm Papier und Worte! Wir aber wollen über den Aufruf zum Aufbau! Wir gehen ans Werk! Wir glauben an euch und an uns! Wir kommen durch!

Die Reichsregierung:
Ebert Scheidemann Landsberg Noske Wissell

Museum für Deutsche Geschichte, Berlin, Sektor Dokumente, P 62 688.

65

Resolution des Gründungsparteitages der KPD in Berlin zur Trennung von der USPD und Gründung der KPD (Spartakusbund) vom 30. Dezember 1918

Die USP ist zwar aus der allgemeinen Krisis in der deutschen Sozialdemokratie hervorgegangen, in ihrer Zusammensetzung jedoch das Erzeugnis der besonderen Gegensätze in der Kriegspolitik. Sie entstand durch Zusammenschluß verschiedenartiger Elemente, die weder in den Grundsätzen noch in der Taktik übereinstimmen und in den offiziellen Instanzen überwiegend eine verhängnisvolle scheinradikale Impotenz verkörpern. Die Politik der USP war von Anbeginn niemals eine solche der sozialistischen Klarheit, des entschlossenen Klassenkampfes, des konsequenten Internationalismus, sondern nur eine solche der opportunistischen Verworrenheit, der ängstlichen Kompromisselei, der nationalen Rechnungsträgerei und so von Anfang an zur Aktionsunfähigkeit verdammt.

Seit der Novemberrevolution hat sich die Halbheit und Unsicherheit dieser Politik bis zur völligen Prinzipienlosigkeit gesteigert. Obwohl die Mehrheitssozialisten schon am 9. November unzweideutig erklärten, daß sie eine proletarisch-revolutionäre Politik auch künftig ablehnen würden, traten Vertreter der USP in das paritätische Kabinett ein. Sie haben damit der Verwirrung und Versumpfung der Arbeiter- und Soldatenmassen stärksten Vorschub geleistet, indem sie den Ebert-Scheidemann als Feigenblatt dienten. Sie haben sich acht Wochen lang aller Verbrechen und Verrätereien der „sozialistischen" Regierung, deren Ziel die Wiederherstellung und Erhaltung der kapitalistischen Klassenherrschaft ist, durch Duldung oder offene Mittäterschaft mitschuldig gemacht. Sie haben die Voraussetzungen für ein rapides Anwachsen der gegenrevolutionären Mächte schaffen helfen und in verderblichster Weise dazu beigetragen, die revolutionäre Kraft der Arbeiter zu schwächen.

Sie haben damit auch die Mitverantwortung für die traurigen Vorgänge am 23. und 24. Dezember auf sich geladen.

Der jetzige erzwungene Austritt ihrer Mitglieder aus der Regierung ist nicht geeignet, die USP zu entlasten und zu rehabilitieren. Noch weniger vermag dieser verspätete Akt für die Zukunft eine Abkehr von der bisherigen Politik der Grundsatzlosigkeit und Schwäche zu gewährleisten, die vielmehr auch gerade diesem Akte den charakteristischen Stempel aufdrückt.

Die offizielle Politik der USP hat zur Folge gehabt, daß die Mitglieder der USP in immer größerem Umfang sich für die bevorstehenden Wahlen mit der Mehrheitspartei verbinden und selbst völlig verschmelzen.

Alle Versuche, im Rahmen des Organisationsstatuts eine Entscheidung und ein Urteil der Masse der Parteigenossen selbst über diese verderbliche Politik herbeizuführen, alle Bemühungen, die Einberufung eines Parteitages zu erzwingen, der eine proletarisch-revolutionäre Politik durchsetzen und ein Gericht über die kompromittierten Mitglieder der USP abhalten sollte, sind an dem Widerstand der Instanzen gescheitert, ein Ergebnis, das wiederum die Zerfahrenheit und Aktionsunfähigkeit der USP selbst eklatant bestätigt.

Damit ist ein Zustand eingetreten, der nicht länger ertragen werden kann. Die USP hat das Recht verwirkt, als Partei des sozialistischen Klassenkampfes anerkannt zu werden.

Die revolutionäre Lage gebietet mehr als je klare Entscheidung, unzweideutige Haltung, Lossagung von allen lauen und opportunistischen Elementen, Zusammenschluß aller ehrlich und entschlossen proletarisch-revolutionären Kämpfer. Ein länger in der USP Verweilen hieße die Pflichten gegen das Proletariat, den Sozialismus und die Revolution aufs schwerste verletzen.

Wir haben uns niemals irgendwelchen Illusionen über das Wesen der USP hingegeben, dieses Gelegenheitsproduktes des Weltkrieges, das mit dem Abschluß des Weltkrieges dem Zerfall geweiht ist.

Jetzt hat die Stunde geschlagen, in der alle proletarisch-revolutionären Elemente der USP den Rücken kehren müssen, um eine neue selbständige Partei mit klarem Programm, festem Ziel, einheitlicher Taktik, höchster revolutionärer Entschlossenheit und Tatkraft zu schaffen, als ein starkes Instrument zur Durchführung der beginnenden sozialen Revolution.

Indem die Reichskonferenz des Spartakusbundes das kämpfende Proletariat aller Länder brüderlich begrüßt und zur gemeinsamen Tat der Weltrevolution aufruft, beschließt sie:

Unter Lösung seiner organisatorischen Beziehungen zur USP konstituiert sich der Spartakusbund als selbständige politische Partei unter dem Namen: Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund).

Bericht über den Gründungsparteitag
der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)
vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919.
Hrsg. von der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund),
o. O. o. J., S. 6–8.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1957, S. 686–688.

66
Erklärung der Delegation der früheren Gruppe Internationale Kommunisten Deutschlands auf dem Gründungsparteitag der KPD in Berlin zum Eintritt in die KPD vom 31. Dezember 1918

Der Zusammenschluß der beiden linksradikalen Gruppen zur Kommunistischen Partei war eine politische Notwendigkeit. Die revolutionäre Bewegung duldet nicht das Nebeneinander zweier Gruppen, die auf demselben revolutionären Boden stehen.

In der Zeit der illegalen Arbeit war es unvermeidlich, daß von verschiedenen Zentren aus die Vorbereitung der Revolution einsetzte und, bedingt durch die Verschiedenheit des politischen und wirtschaftlichen Charakters der einzelnen Arbeitsgebiete, grundsätzliche und taktische Differenzen aufkommen mußten. Von unten herauf wuchsen und entwickelten sich die Organisationen der IKD, von oben wurde die illegale Organisation des Spartakusbundes geleitet. Die IKD erklärten sich von Anfang an grundsätzlich für die Spaltung, sowohl der alten Sozialdemo-

kratischen Partei als auch der USPD; der Spartakusbund machte es sich zur Aufgabe, die alten Parteien von innen heraus zu zersetzen.

Das war die Ursache einer Reihe von Gegensätzen auf den Tagungen der werdenden dritten Internationale (Zimmerwald und Kienthal), in der Frage der Konferenzen der zweiten Internationale (Stockholm), das erheischte bis zuletzt ein getrenntes Marschieren. Diese Gegensätze sind heute verschwunden. Beide Richtungen sind durch das Feuer der Revolution zusammengeschweißt worden. Sie marschieren beide auf dem von der Zimmerwalder Linken vorgezeigten Wege dem gemeinsamen Ziele zu.

Im Rahmen der gemeinsamen Kommunistischen Partei werden wir uns mit allen Kräften für die rücksichtslose Durchführung der proletarischen Revolution einsetzen und für eine klare, prinzipielle Politik der Partei wirken.

Der Kommunist (Dresden), 13. Januar 1919.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1957, S. 690.

67
Protestresolution des Gründungsparteitages der KPD in Berlin gegen das Vorgehen der deutschen Regierung im Osten vom 31. Dezember 1918

Die Reichskonferenz nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Vorgehen der deutschen Regierung im Osten. Das Zusammengehen deutscher Truppen mit denen baltischer Barone und englischer Imperialisten bedeutet nicht nur einen niederträchtigen Verrat an den russischen Proletariern und an der russischen Revolution, es bedeutet auch die Besiegelung des Weltbundes der Kapitalisten aller Länder gegen das kämpfende Proletariat der ganzen Welt. Der Parteitag erklärt angesichts dieser Ungeheuerlichkeiten aufs neue: Die Regierung Ebert-Scheidemann ist der Todfeind des deutschen Proletariats. Nieder mit der Regierung Ebert-Scheidemann!

Bericht über den Gründungsparteitag
der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)
vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919.
Hrsg. von der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund),
o. O. o. J., S. 42.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1957, S. 691.

68

Resolution des Gründungsparteitages der KPD in Berlin über die Stellung zu den revolutionären Obleuten Berlins vom 1. Januar 1919

Der erste Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands hat aus dem Bericht des Genossen Liebknecht mit Bedauern ersehen, daß einige scheinradikale Mitglieder der bankrotten Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei versuchen, Verwirrung in die Reihen der revolutionären Ob- und Vertrauensleute Groß-Berlins zu tragen, die treue Kampfgemeinschaft der revolutionären Ob- und Vertrauensleute mit dem Spartakusbunde in Berlin zu stören und dem gedeihlichen Wirken unserer Partei in Berlin ein Hindernis in den Weg zu legen.

Der Parteitag erklärt, daß die Kommunistische Partei Deutschlands sich durch diese Quertreibereien nicht beeinflussen lassen wird. Der Parteitag begrüßt diejenigen revolutionären Ob- und Vertrauensleute, die sich mitsamt ihren Wählern in geschlossenen Reihen unter die Fahne der Weltrevolution stellen, die allein von unserer Partei in Deutschland hochgehalten wird.

Der Parteitag zweifelt nicht daran, daß die Massen des revolutionären Proletariats von Groß-Berlin, vor die Wahl zwischen der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gestellt, sich für uns entscheiden werden.

Bericht über den Gründungsparteitag
der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)
vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919.
Hrsg. von der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund),
o. O. o. J., S. 48.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
Reihe II, 1914–1945, Bd. 2, November 1917–Dezember 1918.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1957, S. 694/695.

69

Aus dem Artikel der „Roten Fahne" „Der neueste Streich der Gegenrevolution" vom 5. Januar 1919

Kein Tag ohne einen Anschlag der Ebert-Regierung! Diesmal gilt er dem Polizeipräsidenten Eichhorn. Lange schon waren er und seine Amtsführung den Scheidemännern ein Dorn im Auge. Jetzt haben sie beschlossen, ihn kurzerhand zu Fall zu bringen ...

Die Sache ist klar. Eichhorn war den Ebert-Scheidemann-Wels höchst

unbequem. Er störte ihre Intrigen und Konspirationen. Die Sicherheitswehr wollte wirkliche Sicherheitswehr der Revolution sein, statt sich aktiv oder duldend der Konterrevolution in den Dienst zu stellen ...

Während die Ebert und Wels ringsherum einen Schlamm der Korruption im Dienste der Gegenrevolution aufgehäuft haben, wie er zu Stiebers Zeiten kaum größer gewesen, mußten sie mit Schmerz und Wut auf ein so prächtiges Hilfswerkzeug wie das Polizeipräsidium verzichten. Sie mußten umgekehrt erleben, daß das Polizeipräsidium und seine Sicherheitswehr ihren Beruf als Schutzorganisation des revolutionären Proletariats ernst nahmen und die lichtscheuen Machenschaften der Ebert- und Wels-Kreaturen empfindlich störten.

Das durfte nicht geduldet werden. Sollte das Regierungssystem Ebert-Scheidemann mit der nötigen Energie gegen die Revolution vorgehen, dann mußte Eichhorn, mußte die revolutionäre Sicherheitswehr aus dem Wege geräumt werden. Eichhorn ist nun unter allerlei Scheinvorwänden seines Amtes enthoben worden!

Der Streich gegen Eichhorn richtet sich nicht gegen seine Person, sondern gegen die Sache der Revolution. Eichhorn gehört nicht zu unserer Partei, er ist ein Mitglied der USP. Aber in Eichhorn – das sieht jeder – soll die Masse des Proletariats getroffen werden! Die Entlassung Eichhorns ist eine gegen die revolutionäre Arbeiterschaft gerichtete Provokation. Die Arbeiterschaft kann diese dreiste Provokation nicht ruhig hinnehmen. Sie muß durch energische revolutionäre Maßnahmen den Vorstoß beantworten.

Entwaffnung der Gegenrevolution, Bewaffnung des Proletariats, Zusammenschluß aller der Revolution treuen Truppenteile – das ist dringendes Gebot der Stunde! Verdoppelt laut muß der Ruf gellen:

Nieder mit Ebert-Scheidemann!

Die Rote Fahne (Berlin), 5. Januar 1919.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, 1914–1945, Bd. 3, Januar 1919–Mai 1919.
Hrsg. vom Institut für Marxismus- Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1958, S. 7/8.

70

Aufruf der revolutionären Obleute, des Zentralvorstandes der USPD Groß-Berlins und der Zentrale der KPD vom 5. Januar 1919

Arbeiter! Parteigenossen! Heute große Massendemonstration!

Berlin, den 5. Januar 1919

Die Regierung Ebert-Scheidemann hat ihr revolutionsfeindliches Treiben zu einem neuen niederträchtigen Anschlag gegen die revolutionäre Ar-

beiterschaft Groß-Berlins gesteigert: sie versucht, den Polizeipräsidenten Eichhorn in heimtückischer Weise aus seinem Amte zu drängen.

Sie will ihr willfährigstes Werkzeug, den derzeitigen preußischen Polizeiminister Ernst, an Eichhorns Stelle setzen.

Die Regierung Ebert-Scheidemann will damit nicht nur den letzten Vertrauensmann der revolutionären Berliner Arbeiterschaft beseitigen, sondern vor allem in Berlin ein Gewaltregiment gegen die revolutionäre Berliner Arbeiterschaft aufrichten.

Arbeiter! Parteigenossen! Es handelt sich hierbei nicht um die Person Eichhorns. Ihr selbst sollt vielmehr durch den Gewaltstreich um den letzten Rest der revolutionären Errungenschaften gebracht werden. Mit Hilfe der Bajonette will die Ebert-Regierung mit ihren Helfershelfern im preußischen Ministerium ihre Macht stützen und sich die Gunst des kapitalistischen Bürgertums sichern, dessen verkappte Interessenvertreter sie von Anfang an waren. Mit dem Schlage, der gegen das Berliner Polizeipräsidium geführt wird, soll das ganze deutsche Proletariat, die ganze deutsche Revolution getroffen werden.

Arbeiter! Parteigenossen!

Das könnt, das dürft ihr nicht dulden! Heraus darum zu wuchtigen Massendemonstrationen! Zeigt den Gewalthabern von heute eure Macht: zeigt, daß der revolutionäre Geist der Novembertage in euch nicht erloschen ist. Sammelt euch heute, Sonntag, um 2 Uhr, zur imposanten Massenkundgebung in der Siegesallee! Marschiert in Massen auf! Es gilt eure Freiheit, eure Zukunft, es gilt das Schicksal der deutschen Revolution!

Nieder mit der Gewaltherrschaft der Ebert-Scheidemann, Hirsch und Ernst!

Es lebe der revolutionäre internationale Sozialismus!

Die revolutionären Obleute und Vertrauensmänner
der Großbetriebe Groß-Berlins

Der Zentralvorstand der Sozialdemokratischen Wahlvereine
Groß-Berlins der Unabhängigen Sozialdemokratie

Die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Spartakusbund)

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv, D. F. VI/1.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
Reihe II, 1914–1945, Bd. 3, Januar 1919–Mai 1919.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1958, S. 9/10.

71

Aufruf der revolutionären Obleute, des Zentralvorstandes der USPD Groß-Berlins und der Zentrale der KPD vom 6. Januar 1919

Arbeiter! Soldaten! Genossen!

Mit überwältigender Wucht habt ihr am Sonntag euren Willen kundgetan, daß der letzte bösartige Anschlag der blutigen Ebert-Regierung zuschanden gemacht wurde. Um Größeres handelt es sich nunmehr! Es muß allen gegenrevolutionären Machenschaften ein Riegel vorgeschoben werden.

Erscheint in Massen heute 11 Uhr in der Siegesallee.

Es gilt, die Revolution zu befestigen und durchzuführen. Auf zum Kampf für den Sozialismus! Auf zum Kampf für die Macht des revolutionären Proletariats!

Nieder mit der Regierung Ebert-Scheidemann!

Die revolutionären Obleute und Vertrauensmänner der Großbetriebe von Groß-Berlin

Der Zentralvorstand der Sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins der USPD

Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv, D. F. VI/19.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, 1914–1945, Bd. 3, Januar 1919–Mai 1919.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1958, S. 11.

72

Aufruf der sozialdemokratischen Reichsregierung vom 8. Januar 1919

Mitbürger! Spartakus kämpft jetzt um die ganze Macht. Die Regierung, die binnen zehn Tagen die freie Entscheidung des Volkes über sein eigenes Schicksal herbeiführen will, soll mit Gewalt gestürzt werden. Das Volk soll nicht sprechen dürfen. Seine Stimme soll unterdrückt werden. Die Erfolge habt ihr gesehen. Wo Spartakus herrscht, ist jede persönliche Freiheit und Sicherheit aufgehoben. Die Presse ist unterdrückt, der Verkehr lahmgelegt. Teile Berlins sind die Stätte blutiger Kämpfe. Andere sind schon ohne Wasser und Licht, Proviantämter werden gestürmt, die Ernährung der Soldaten und Zivilbevölkerung wird unterbunden.

Die Regierung trifft alle notwendigen Maßnahmen, um die Schreckensherrschaft zu zertrümmern und ihre Wiederkehr ein für allemal zu verhindern. Entscheidende Handlungen werden nicht mehr lange auf sich warten lassen. Es muß aber gründliche Arbeit getan werden, und die bedarf der Vorbereitung. Habt nur kurze Zeit Geduld! Seid zuversichtlich, wie wir es sind, und nehmt euren Platz entschlossen bei denen, die euch Freiheit und Ordnung bringen werden. Gewalt kann nur mit Gewalt bekämpft werden. Die organisierte Gewalt des Volkes wird der Unterdrükkung und der Anarchie ein Ende machen. Einzelerfolge der Feinde der Freiheit, die von ihnen lächerlicherweise aufgebauscht werden, sind nur von vorübergehender Bedeutung. Die Stunde der Abrechnung naht!

Berlin, den 8. Januar 1919

Die Reichsregierung:
Ebert, Scheidemann, Landsberg, Noske, Wissell

Urkundenband zum Bericht über die Januar-Unruhen 1919 in Berlin, Verfassunggebende Preußische Landesversammlung 1919/21, Untersuchungsausschuß, Nr. 4121 C, S. 29.

73

Aus dem Aufruf der KPD vom 8. Januar 1919

Arbeiter! Parteigenossen!

Drei Tage heldenmütigen Kampfes liegen hinter euch! ...

Das alles sind kühne Taten, aber auch sie bestimmten noch nicht das Schicksal der Revolution. Um die Revolution auf einen sicheren Grund zu stellen, ist zweierlei noch weiter vonnöten.

Ihr müßt die Errungenschaften erweitern: Ihr müßt das Errungene wie das zu Erringende fest verankern im Willen der Arbeiterschaft und euch Organe schaffen, die die Errungenschaften festhalten.

Arbeiter und Parteigenossen!

Es genügt nicht, wenn ihr in eurem Opfermut die Gebäude besetzt haltet. Es genügt auch nicht, wenn ihr auf die Straße geht und euren Willen zur Tat aufs neue zeigt.

Es genügt noch viel weniger, wenn die Führer sich in stunden- und tagelangen Beratungen zusammensetzen und debattieren und darüber die Zeit und die Welt vergessen, um schließlich zu keinem anderen Ziel zu kommen als zu dem, daß man mit Ebert-Scheidemann verhandeln müsse, und so von neuem die Illusion erwecken, als ob ein Friede möglich sei zwischen jenen und euch, als ob es einen Fortschritt der Revolution gäbe im Wege des „Vertrages" mit Ebert-Scheidemann und dem Kapitalismus.

Ihr selbst, Arbeiter und Parteigenossen, müßt Hand anlegen, ihr seid die Träger der Revolution, ihr haucht allem revolutionären Geschehen euren Odem ein.

Verlaßt euch nicht auf die Beratungen und Verhandlungen. Denn es ist doch jedem klar, zu welchem Zwecke die Ebert-Scheidemann-Noske „verhandeln". Sie führen Verhandlungen, um in der Zwischenzeit ihre Kräfte zu sammeln, um Truppen heranzuführen, um deren Reihen zu ordnen, um in gewissenloser Agitation die Truppen bereit zu machen zu dem brudermörderischen Werke, das ihnen angesonnen werden soll. Der neue Kriegsminister Reinhardt hat ja selbst gesagt, daß Noske, der Beauftragte der deutschen „sozialistischen" Regierung für Menschenmord, damit beschäftigt sei, alle ihm unterstellten Truppen – das sind die gesamten Truppen der Berliner und Potsdamer Garnison sowie die gesamte Garde und das 3. Armeekorps – „einheitlich zu gliedern, um endlich in Berlin Ruhe und Ordnung wiederherzustellen".

Das ist so deutlich, daß ihr nicht still beiseite stehen dürft.

Rüstet euch!

Jeder waffenfähige Mann versehe sich mit einem Gewehr!

Jetzt ist es Zeit, daß alle Bewaffneten sich einheitlich in geschlossenen Formationen zusammenfinden: jetzt erstehe die Rote Garde.

Entwaffnet alle Gegenrevolutionäre. Geht hinein in alle Nester der Konterrevolution und nehmt ihnen die Waffen weg.

Entwaffnet sie moralisch: Geht in die Kasernen und klärt die Soldaten auf über ihre Pflichten gegenüber dem revolutionären Volke.

Nützet alle errungenen Positionen aus: zwingt die „revolutionären Obleute", daß sie das WTB ausnützen zur Verbreitung der Wahrheit über die Berliner Vorgänge in der ganzen Provinz.

Zeiget in allem und jedem, daß ihr willens seid, das große Werk der Revolution zu Ende zu führen, und daß kein Paktieren und Verhandeln euch abbringen kann von dem geraden Wege.

Der Weg ist der alte, das Ziel ist das alte, die Parole bleibt die alte:

Nieder die Regierung Ebert-Scheidemann!

Es lebe die Rote Garde!

Die Kommunistische Partei Deutschlands
(Spartakusbund)

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv, D. F. V/9.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
Reihe II, 1914–1945, Bd. 3, Januar 1919–Mai 1919.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1958, S. 20–22.

74

Schreiben der Zentrale der KPD an die revolutionären Obleute und den revolutionären Aktionsausschuß in Berlin vom 10. Januar 1919

Berlin, Freitag, den 10. 1. 1919

An die revolutionären Obleute und Vertrauensmänner der Großbetriebe Groß-Berlins und den revolutionären Aktionsausschuß, Berlin

Werte Genossen!

Nachdem unsere fortgesetzten Bemühungen, das Plenum der Obleute und den revolutionären Aktionsausschuß zu einer zielklaren energischen Haltung zu bestimmen, erfolglos geblieben sind; nachdem die revolutionäre Bewegung durch Unsicherheit und Unentschlossenheit beider Körperschaften aufs schwerste geschädigt ist; nachdem die revolutionären Obleute in Gemeinschaft mit dem Zentralvorstand der USP sich gegen unsern heftigen Widerspruch auf die verschleppenden, verwirrenden, demoralisierenden, desorganisierenden, lähmenden Verhandlungen mit den Scheidemann-Ebert eingelassen haben; nachdem sie beschämenderweise auf die Generalstreikparole vom Mittwoch abend am Donnerstag neue Einigungsverhandlungen haben folgen lassen und heute, Freitag, zum vierten Male diesen blamablen und schädigenden Schritt unternommen haben, hat die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) beschlossen:

Im Interesse der Klarheit und Kraft der revolutionären Bewegung ist eine sofortige Revision unseres Verhältnisses zu den revolutionären Obleuten unabweislich notwendig.

Wir sind von nun an nicht mehr imstande, auch nur als Beiräte am revolutionären Aktionsausschuß teilzunehmen, wenn wir auch fernerhin auf Wunsch jederzeit zum Meinungsaustausch mit dem Aktionsausschuß zur Verfügung stehen.

Wir entsenden in Zukunft eine Delegation von zwei Vertretern in das Plenum der Obleute zur gegenseitigen Information.

Wir sind zu diesem Beschluß gezwungen, weil wir nach überreicher Erfahrung unsere Pflicht gegen die Revolution und das Proletariat nur in voller Aktionsfreiheit und Selbständigkeit auch gegenüber den Obleuten in vollem Maße erfüllen können. Doch werden wir unbeschadet aller Differenzen Schulter an Schulter mit den revolutionären Obleuten kämpfen, wenn immer sie zu einer konsequenten revolutionären Aktion schreiten.

I. A. Pieck

Die Rote Fahne (Berlin), 13. Januar 1919.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, 1914–1945, Bd. 3, Januar 1919–Mai 1919.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1958, S. 41/42.

75

Aus dem Aufruf des „Kommunist", Bremen, vom 10. Januar 1919

Kämpft mit!

Arbeiterinnen und Arbeiter! In Berlin ist der erbittertste Machtkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat entbrannt . . .

Die Berliner Arbeiterschaft will die Herrschaft der Sozialdemokraten nicht länger mehr dulden. Sie ist fest entschlossen, an ihre Stelle die Herrschaft, die Diktatur des Proletariats zu setzen . . .

Die sozialdemokratische Regierung sammelt alles, was noch an unaufgeklärten, politisch verhetzten Elementen unter der Arbeiterschaft im Lande und was unter der Bourgeoisie im Lande bereit ist, für die Herrschaft dieser Klasse sein Leben in die Schanze zu schlagen – alle diese Kräfte sammelt die sozialdemokratische Regierung, um mit ihrer Hilfe und den ihr zu Gebote stehenden schweren Geschützen den proletarischen Befreiungskampf in einem Meer von Blut zu ersticken . . .

Arbeiter und Arbeiterinnen! Wollt ihr dem Kampf des Berliner revolutionären Proletariats gegen die Blutregierung Ebert-Scheidemann müßig zusehen?

Wollt nicht auch ihr diesen Kampf zu gleicher Stunde, mit gleicher Kraft, mit gleichem Feuer aufnehmen? . . .

Arbeiterinnen und Arbeiter! Ihr könnt in dieser Stunde nicht passiv bleiben. Ihr müßt in den Kampf, ihr müßt an die Seite der Berliner Arbeiterschaft treten.

Legt die Arbeit nieder, und nehmt sie nicht eher auf, als bis die Regierung Ebert-Scheidemann zurückgetreten und gefesselt ist, so daß ihr wißt: sie und alle ihre Vertreter können sich dem Arbeitergericht nicht mehr entziehen, das über sie Urteile fällen wird. Vertreibt sie aus allen Räten und aus allen Ämtern, duldet keinen von ihnen mehr unter euch!

Die Berliner Arbeiter kämpfen unter gleichen Parolen. Sie werden unterliegen, wenn ihr diesem Kampfe untätig zuseht, sie werden siegen, wenn ihr an ihre Seite tretet, wenn ihr ihn mit gleicher Leidenschaft, mit gleicher Rastlosigkeit und Unbeugsamkeit im Kleinen wie im Großen führt. Wir rufen euch zu: Kämpft mit!

Auf zur Demonstration am Freitag, dem 10. Januar, 4 Uhr nachmittags vor dem Rathaus. Es gilt, durch eine wuchtige Massenkundgebung nachstehende Forderungen durchzusetzen:

1. Sofortige restlose Abdankung des Senats.
2. Sofortige Einsetzung von Volkskommissariaten.
3. Sofortiges Ausscheiden der Mehrheitssozialisten aus dem Arbeiterrat. (An deren Stelle werden Kommunisten und Unabhängige in ihren Mitgliederversammlungen je 30 Vertreter in den Arbeiterrat wählen.)

4. Ausscheiden aller bürgerlichen Elemente (einschließlich der Regierungssozialisten) aus dem Soldatenrat.

Der Kommunist (Bremen), 10. Januar 1919.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.
Reihe II, 1914–1945. Bd. 3. Januar 1919–Mai 1919.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Berlin 1958. S. 50 51.

76

Aus dem Bericht über eine Beratung führender deutscher Monopolherren in Berlin über die Finanzierung der „Antibolschewistischen Liga" am 10. Januar 1919

Am gleichen Tag fand die nicht minder bedeutsame Sitzung des Führertums der Wirtschaft im Flugverbandshaus statt. Als ich Punkt 4 Uhr nachmittags ... erschien ..., waren etwa 50 Herren da: Hugo Stinnes selbst, Albert Vögler, Ernst Borsig, Siemens, Geheimrat Deutsch, Mankiewitz, Salomonsohn, Gen.-Direktor Otto Henrich usw., die ganze „haute volée" der Industrie-, Handels- und Bankwelt ... Als einziger Punkt auf der Tagesordnung stand: Referent Dr. Eduard Stadtler über „Bolschewismus als Weltgefahr".

Ich ließ nun eine Kampf- und Mahnrede auf die 50 Herren niedersausen ... Alle waren sichtlich betroffen. Da erhob sich in der Ecke rechts hinter mir ein kleiner Mann ... Es war Hugo Stinnes. In die geheimnisvolle Stille des Saales hinein sagte er ...: „Ich bin der Meinung, daß nach diesem Vortrag jede Diskussion überflüssig ist. Ich teile in jedem Punkte die Ansicht des Referenten. Wenn deutsche Industrie-, Handels- und Bankwelt nicht willens und in der Lage sind, gegen die hier aufgezeigte Gefahr eine Versicherungsprämie von 500 Millionen Mark aufzubringen, dann sind sie nicht wert, deutsche Wirtschaft genannt zu werden. Ich beantrage Schluß der Sitzung und bitte die Herren Mankiewitz, Borsig, Siemens, Deutsch usw. usw. (er nannte etwa 8 Namen), sich mit mir in ein Nebenzimmer zu begeben, damit wir uns sofort über den Modus der Umlage klarwerden können." ...

Die „historische" Summe ward auch am gleichen Tage bewilligt. Das Umlageverfahren festgelegt. Die Gelder wurden auf dem Wege einer freiwilligen Selbstbesteuerung durch die Industrie-, Handels- und Bankorganisationen auf die gesamten deutschen Unternehmungen umgelegt ...

Der sogenannte „Antibolschewistenfonds" floß nun durch alle möglichen Kanäle in die Anfang Januar 1919 einsetzende gewaltige antibolschewistische Bewegung: „Generalsekretariat zum Studium und zur Be-

kämpfung des Bolschewismus", „Antibolschewistische Liga", „Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus", „Bürgerratsbewegung", „Werbebüros für die Freikorps", „Selbstschutzorganisationen", „Studentenarbeitsstellen". Bis in die Kassen der aktiven Truppen, ja bis in die Kassen der sozialdemokratischen Partei hinein! ...

Es kann jedenfalls kein Zweifel darüber bestehen, daß die Gründung jenes Fonds mit die entscheidende antibolschewistische Tat jener wild bewegten Revolutionszeit gewesen ist.

Eduard Stadtler: Als Antibolschewist 1918/19,
Düsseldorf 1935, S. 46–49.

77

Erlaß Gustav Noskes „An die Bewohner Berlins!" vom 14. Januar 1919

An die Bewohner Berlins!

Der gestrigen Besetzung des Stadtteils Moabit folgt heute in breiter Front der Einmarsch beträchtlicher Truppenmengen in die Stadt. Alle westlichen Vororte sind gleichfalls besetzt oder durch Bürger- und Volkswehren geschützt.

Arbeiter, Soldaten, Bürger! Die von mir geführten Divisionen sind nicht Werkzeuge der Konterrevolution, dienen nicht der Unterdrückung, sondern werden die Befreiung von unerhörtem terroristischem Druck bringen, unter dem die Masse der Bevölkerung Berlins zu leiden hatte. Sicherheit der Person und des Eigentums, Freiheit der Presse und ungehinderte Ausübung des höchsten staatsbürgerlichen Rechts, der Wahl zur Nationalversammlung, will ich unbedingt sicherstellen.

Neuen Gewalttätigkeiten der Spartakusleute und verbrecherischer Elemente muß durch die Waffengewalt vorgebeugt werden. Ich fordere die Bevölkerung Berlins auf, die Truppen nach Kräften zu unterstützen und den Anordnungen der militärischen Leiter Folge zu leisten.

Dazu ist erforderlich:

1. Die von dem Rat der Volksbeauftragten angeordnete Übergabe der Waffen wird vom 15. Januar ab durch die in Berlin einrückenden beziehungsweise dort bereits vorhandenen regierungstreuen Truppen und Wehren in Verbindung mit der Polizei durchgeführt werden. Hierzu werden Durchsuchungen von Häusern und Wohnungen stattfinden.

2. Jede Ansammlung auf der Straße ist untersagt. Den Anweisungen der Posten und Straßenpatrouillen für das Freihalten der von den Posten begangenen Räume und der von geschlossenen Truppenteilen zu beschreitenden Straßen ist unbedingt Folge zu leisten.

3. Der Verkehr auf den Straßen bei Dunkelheit, aber auch während der Tagesstunden ist auf das unbedingt Nötige zu beschränken.

4. Das städtische Fernsprechnetz wird in nächster Zeit in weitem Umfange zu militärischen und polizeilichen Zwecken ausgenützt werden. Ich ersuche daher das Publikum, den Fernsprecher nur zu dringend nötigen Dienst- und Geschäftsgesprächen zu benutzen.

5. Im Hinblick auf die unerhörten Zustände der letzten Zeit ersuche ich alle Mitbürger, dahin einzuwirken, daß die Waffenabgabe schnell und reibungslos durchgeführt wird, damit die Ruhe und Ordnung in der Hauptstadt wiederhergestellt wird.

Der Oberbefehlshaber
Noske

Die Rote Fahne (Berlin), 16. Januar 1919.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.
Reihe II, 1914–1945, Bd. 3, Januar 1919–Mai 1919.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1958, S. 69/70.

78

Aus dem Aufruf der Zentrale der KPD von Mitte Januar 1919

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet!

An die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen!

An die revolutionären Soldaten Deutschlands!

Die Regierung Eberts und Scheidemanns hat Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg meucheln lassen. Die Berichte, die sie von ihrer Ermordung verbreiten läßt, sind Lug und Trug. Karl Liebknecht wurde nicht beim Fluchtversuch niedergeschossen, aus dem einfachen Grunde, weil er niemals die Absicht hatte zu fliehen ... Rosa Luxemburg soll von einem Unbekannten im Auto erschossen worden sein, erzählt der Lügenbericht der Regierung. Aber niemand wird es glauben.

Vor dem Antlitz des deutschen Proletariats, vor dem Antlitz der internationalen Arbeiterklasse werfen wir der Regierung Eberts und Scheidemanns die Anklage ins Gesicht ...

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Revolutionäre Soldaten! Unsere Worte sind zu schwach, um angesichts der frischen Leichen unserer großen Vorkämpfer der proletarischen Revolution die Gefühle auszudrücken, die euer und unser Herz erfüllen, die euer und unser Herz zerreißen. Weder Klage noch Fluch ist hier notwendig. Die Toten werden für immer im Herzen des deutschen, im Herzen des internationalen Proletariats leben als die, die im Augenblick, wo die deutsche Sozialdemokratie die deutschen Arbeiter an den Kriegsmoloch verkaufte, mutig die

Fahne der proletarischen Erhebung hißten und unbekümmert um Gefängnis und Zuchthaus die revolutionären Arbeiter zum Kampfe um die Befreiung aus den Klauen des menschenvernichtenden Kapitalismus riefen. Für ewig werden in den Büchern der Internationale ihre Namen bleiben als die derer, die im Moment der Selbstzerfleischung des Weltproletariats den Kampf dem Weltkapital angesagt haben mit dem alten Schlachtruf: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! Jetzt heißt es nicht wehklagen, nicht blindlings den Mord unserer Vorkämpfer an den Mördern persönlich rächen zu wollen. Jetzt heißt es, den blutenden Leichen zu schwören, daß wir ihr Werk zu Ende führen werden, daß wir die Fahne der proletarischen Revolution an der Zinne der Zitadelle des Kapitalismus, auf dem Hause der verräterischen sozialpatriotischen Regierung hissen werden. Es steht uns noch ein langer Kampf bevor ...

Arbeiter, der Berliner Bürgerkrieg vom 6.–12. Januar, den die Scheidemann-Regierung provoziert hat, er hat mit einer Niederlage des Proletariats geendet. Es ist offensichtlich, daß noch ein großer Teil der Arbeiterklasse sich von dem Einfluß der sozialpatriotischen Verräter nicht befreit hat. Nur in einem kleinen Teile des deutschen Reiches haben die Arbeiter es verstanden, die Arbeiter- und Soldatenräte in Trutzburgen gegen die Regierung der Kapitalslakaien zu verwandeln. Jedes vorzeitige bewaffnete Losschlagen wird der Regierung der Ebert und Scheidemann nur die Möglichkeit geben, die Vorhut des Proletariats zu schlagen, bevor ihr das Gros zu Hilfe eilen kann ...

Arbeiter und Arbeiterinnen! Revolutionäre Soldaten Deutschlands! Geht von Fabrik zu Fabrik, von Werkstatt zu Werkstatt, weiset hin auf die Leichname Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs und fraget: Die, die uns jahrzehntelang ausgebeutet und unterdrückt haben, die Fabrikanten, Junker, Bankiers und Kaufherrn, sie leben lustig unter dem Schutz der Scheidemann-Ebert-Regierung, verprassen euer Gut, das eure Hände erzeugt haben, aber Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die ein Menschenalter für die Befreiung des Proletariats gekämpft und gelitten haben, sie liegen tot, ermordet durch Schergen der Scheidemann- und Ebert-Regierung. Wollt ihr es dulden?

Die Bethmann, die Jagow, die uns in den Krieg hineingestoßen haben, die Ludendorff, Hindenburg und Falkenhayn, die uns in diesem Kriege weißbluten ließen, sie leben frei, sie können ins Ausland reisen mit Erlaubnis der Ebert-Scheidemann-Regierung. Ihnen, den Hindenburg, Maercker, Lüttwitz, übergibt die Ebert-Scheidemann-Regierung die Entscheidung über euer Leben und Tod. Rosa Luxemburg aber und Karl Liebknecht, die euch gegen den Moloch Krieg mit ihren Leibern gedeckt haben, sie liegen ermordet von den Schergen der Ebert-Scheidemann-Regierung. Wollt ihr das dulden?

Wenn sich dagegen die proletarischen Gefühle der Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands aufbäumen, dann saget ihnen: es gilt zu kämpfen! Am Tage, wo das, was sterblich war an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, der Erde zurückerstattet wird, darf kein klassenbewußter Proletarier in der Werkstatt bleiben und für das Kapital schuften. Jeder Proletarier, in dessen Adern noch Blut fließt, muß an diesem Tage heraus auf die Straße; ohne Waffen, friedlich sollen die proletarischen Massen die Straßen durchziehen, und aus ihren Kehlen soll der Ruf erschallen:

Nieder mit der Regierung Ebert-Scheidemann, die die Kapitalisten schützt und die Vorkämpfer des Proletariats mordet!

Nieder mit ihren Handlangern, den kaiserlichen Generälen und Offizieren! Nieder mit der weißen Garde ihrer Söldlinge!

Schluß mit der Bewaffnung der Bourgeoisie!

Fort mit den Arbeiter- und Soldatenräten, die diese Regierung des Mordens an Proletariern unterstützen!

Neuwahlen aller Arbeiter- und Soldatenräte!

Nieder mit der Nationalversammlung der Bourgeoisie und ihrer sozialpatriotischen Lakaien!

Die gesamte Macht den proletarischen klassenbewußten Arbeiter- und Soldatenräten!

Mit Bannern, die diese Schlachtrufe in die Welt schreien, bedeckt die Leichname Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, und wenn die Erde ihre Leichname bedeckt hat, dann traget diese Schlachtrufe, die die ihrigen waren, in eure Werkstätten und Mietskasernen, und sie sollen nicht verstummen, bis die feigen Mörder gestürzt sind, bis ihre politischen Leichname, auf den Kehrichthaufen der Geschichte geworfen, vermodern und verfaulen, bis die Befreiung des Proletariats vollbracht ist. Dann werden wir, ein freies Volk auf freier Erde, unsern gemeuchelten Vorkämpfern ein Denkmal bauen, höher und unzerstörbarer als die Pyramiden Ägyptens: die sozialistische Räterepublik Deutschlands!

Die Zentrale der
Kommunistischen Partei Deutschlands
(Spartakusbund)

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv, D. F. VI/15.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
Reihe II, 1914–1945, Bd. 3, Januar 1919–Mai 1919.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1958, S. 84–87.

79

Aufruf der Zentrale der KPD „An unsere Organisationen" vom 3. Februar 1919

Im Anschluß an die Berliner Ereignisse, die großenteils falsch dargestellt und beurteilt werden und auf die wir in den nächsten Tagen ausführlich eingehen werden, glauben wir folgende Auffassung kundgeben zu müssen:

Die mit mächtigen Schritten herannahende proletarische Revolution hat nicht zum Ziele den Sturz der Ebert-Scheidemann-Noske und deren Ersetzung durch irgendeine andere Personenclique, sondern hat zum Ziele die Durchführung des Sozialismus schlechthin. Wir stehen auf dem Boden unseres Programms, wenn wir sagen: Die Machtergreifung durch das Proletariat und die Durchführung des Sozialismus hat zur Voraussetzung, daß die überwiegende Mehrheit des Proletariats sich zum Willen hindurchringt, die Diktatur zu ergreifen. Wir glauben nicht, daß dieser Augenblick schon gekommen ist. Wir glauben, daß die Entwicklung der nächsten Wochen und Monate erst das Proletariat als Gesamtheit zu der Auffassung wird heranreifen lassen, daß nur in seiner Diktatur sein Heil liegt. Die Regierung Ebert-Scheidemann lauert auf die Gelegenheit, diese Entwicklung in Blut zu ersticken. Wie in Berlin, wie in Bremen wird sie versuchen, Revolutionsherde einzeln zu ersticken, um so der allgemeinen Revolution zu entgehen. Das Proletariat hat die Pflicht, diese Provokation zuschanden zu machen, indem es vermeidet, in bewaffneten Aufständen den Henkern Opfer freiwillig anzubieten. Es gilt vielmehr, bis zu dem Augenblick der Machtergreifung die revolutionäre Energie der Massen in Demonstrationen, in Versammlungen, in Propaganda, Agitation und Organisation aufs höchste zu steigern, die Brandmarkung der Ebert-Scheidemann mit allen Mitteln fortzusetzen, die Massen in immer größerem Umfang zu gewinnen und die Geister bereit zu machen für die kommende Stunde. Vor allem ist überall auf Neuwahl der Arbeiterräte zu dringen unter der Parole:

Heraus mit den Ebert-Scheidemännern aus den Arbeiterräten!

Heraus mit den Henkern!

Die Zeit arbeitet für uns; die Ebert-Scheidemann sorgen für ihr Begräbnis selber. Die Stunde unseres Sieges naht! Nieder mit Ebert-Scheidemann!

Es lebe die proletarische, kommunistische Revolution!

Zentrale der
Kommunistischen Partei Deutschlands
(Spartakusbund)

Die Rote Fahne (Berlin), 3. Februar 1919.

80

Aus der Regierungserklärung Philipp Scheidemanns in der Nationalversammlung vom 13. Februar 1919

Die verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung ist der alleinige Träger der Reichsgewalt.

Festigung der Einheit des Reichs durch eine starke Zentralgewalt. Einheitliche Führung der Außenpolitik, einschließlich der auswärtigen Wirtschaftspolitik.

I. Außenpolitik

1. Herbeiführung sofortigen Friedensschlusses. Festhalten an den Grundsätzen des Präsidenten der Vereinigten Staaten unter Ablehnung jeden Gewaltfriedens.

2. Wiederherstellung eines deutschen Kolonialgebiets.

3. Sofortige Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen.

4. Gleichberechtigte Beteiligung am Völkerbund. Gleichzeitige und gegenseitige Abrüstung. Obligatorische Schiedsgerichte zur Vermeidung der Kriege. Abschaffung der Geheimdiplomatie.

II. Innenpolitik

1. Demokratische Verwaltung. Beseitigung aller Bevorzugungen bei der Besetzung von Beamtenstellen. Heranziehung der Frauen zum öffentlichen Dienst entsprechend den auf allen Gebieten vermehrten Frauenaufgaben.

2. Hebung der allgemeinen Volksbildung durch höchste Entwicklung des Schulwesens von unten auf. Jedem Kind ist ohne Rücksicht auf Vermögensverhältnisse der Zugang zu den höchsten Ausbildungsstufen gemäß seiner Begabung zu ermöglichen.

Ertüchtigung der Jugend.

3. Schaffung eines auf demokratischen Grundlagen aufgebauten Volksheeres zum Schutz des Vaterlandes unter wesentlicher Herabsetzung der Dienstzeit. Jeder Truppenteil wählt einen Vertrauensausschuß zur Mitwirkung bei Verpflegung (Kantine), Urlaub und Unterbringung sowie bei Beschwerden. Entlassung der in den Kasernen befindlichen Soldaten, auch des Jahrgangs 1899. Auflösung der militärischen Behörden, die nur für den Krieg geschaffen waren, und der heute als überflüssig zu erachtenden Friedensbehörden. Fürsorge für die bisherigen aktiven Offiziere und Unteroffiziere.

Für die Übergangszeit Bestätigung der bisher von den Soldaten gewählten Führer, soweit sie sich bewährt haben.

4. Ausreichende Fürsorge für die Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigten.

5. Einheitliche Grundlagen für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens, Förderung und Ausgestaltung des Verkehrswesens unter voller Wahrung des Reichsinteresses. Das Reich hat in engster Fühlung mit den beteiligten Kreisen regelnd und ausgleichend einzugreifen, damit das deutsche Wirtschaftsleben sich zum Wohle des ganzen Volkes entwickelt. Förderung der durch die Kriegsfolgen schwer geschädigten mittleren und kleineren Gewerbetreibenden.

6. Rationierung und Höchstpreise werden für notwendige Lebensmittel, und zwar für diejenigen, an denen wir Mangel leiden, vorerst aufrechterhalten. Die Freigabe der Verteilung der Lebensmittel und die Entfaltung des freien Handels erfolgt, sobald die Versorgung des Marktes so sichergestellt ist, daß Angebot und Nachfrage ihren Ausgleich finden können. Die Einfuhr wird nur insoweit beschränkt, als dies mit Rücksicht auf unsere Finanzverhältnisse notwendig ist. Solange die Einfuhr der rationierten Lebensmittel von Reichsstellen geleitet wird, sind die Vertreter des Handels und der Verbraucher hinzuzuziehen.

7. Wirtschaftszweige, die nach ihrer Art und ihrem Entwicklungsstand einen privatmonopolistischen Charakter angenommen haben, sind der öffentlichen Kontrolle zu unterstellen. Soweit sie sich zur einheitlichen Regelung durch die Gesamtheit eignen, insbesondere Bergwerke und Erzeugung von Energie, und dadurch zur einheitlichen Regelung durch die Gesamtheit (Sozialisierung) reif geworden sind, sind sie in öffentliche oder nichtwirtschaftliche Bewirtschaftung oder auf Reich, Staat oder Gemeindeverbände oder Gemeinden zu übernehmen.

8. Die Koalitionsfreiheit ist für jedermann in der Verfassung festzulegen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind zwischen den Organisationen der Unternehmer, Arbeiter und Angestellten zu vereinbaren. Ihre Durchführung ist durch Vertretungen der beteiligten Arbeiter und Angestellten zu überwachen. Das gesamte Arbeitsrecht ist den neuen Verhältnissen anzupassen.

9. Auf sozialpolitischem Gebiet sind in Angriff zu nehmen: die planmäßige Verbesserung der Volksgesundheit, die Wohnungsfürsorge, der Ausbau des Mutterschutzes, der Säuglings- und Jugendfürsorge. Der Arbeitsnachweis ist auf öffentlich-rechtlicher und paritätischer Grundlage zu regeln und für die Arbeitslosen, soweit ihnen Arbeit beschafft werden kann, [ist] zu sorgen.

10. Den Beamten sind die staatsbürgerlichen und beruflichen Rechte, einschließlich des Koalitionsrechtes, zu sichern. Eine zeitgemäße Neuregelung der Besoldungs- und Pensionsverhältnisse ist durchzuführen. Schaffung eines freiheitlichen Beamten- und Disziplinarrechts.

11. Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung in kleinbäuerlichen, bäuerlichen und allen sonstigen volkswirtschaftlich wertvollen Betriebs-

formen, insbesondere durch Pflege des Genossenschaftswesens. Schaffung von Neuland für Siedlungszwecke durch Bodenverbesserung und Heranziehung des Großgrundbesitzes nach vorwiegend wirtschaftlichen Grundsätzen, erforderlichenfalls durch Anwendung des Vorkaufsrechts oder durch Enteignung.

12. Verschärfte Erfassung der Kriegsgewinne und wiederholte Erhebung einer Mehreinkommensteuer. Heranziehung der Vermögen unter Freilassung der kleinsten zur Verminderung der Schuldenlast des Reiches.

Die Einkommenbesteuerung ist tunlichst auf einheitliche Grundlage zu stellen und nach sozialen und bevölkerungspolitischen Grundsätzen auszugestalten.

Die Erbschaftsbesteuerung ist in der Richtung der schärfsten Erfassung des Großbesitzes unter Berücksichtigung des Vermögens des Erben auszubauen.

Sicherstellung der persönlichen und staatsbürgerlichen Rechte des einzelnen, Gewissensfreiheit und Freiheit der Religionsübung, Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, Freiheit der Presse, Wissenschaft und Kunst, der Versammlung und Vereinigungen ...

Nicht die Revolution zu beenden, sondern ihr Werk ganz methodisch aufzubauen, ohne Bürgerkrieg und Blutvergießen hervorzurufen, das muß die Aufgabe jeder künftigen deutschen Volksvertretung und auch jeder künftigen deutschen Regierung sein, die vor der Geschichte in Ehren bestehen will.

Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, Berlin 1920, S. 44/45, 47.

81

Leitartikel der „Roten Fahne" „Der Sozialisierungsschwindel von Weimar" vom 3. März 1919

In Halle marschiert Noskes Soldateska ein. Ins Ruhrgebiet ist sie eingezogen und verhängt den weißen Schrecken über die Bergleute. Nach Leipzig sind Panzerzüge unterwegs. In Berlin stehen die Freiwilligentruppen schlagbereit, die Offiziere bewaffnen sich auf eigene Faust, und sie drohen Regimentern der Berliner Garnison mit Entwaffnung oder Auflösung, wenn sie bei einem ausbrechenden Generalstreik neutral bleiben oder sich den Arbeitern anschließen.

Aber die gepanzerte Faust allein erweist sich als ohnmächtig, die Feuersbrunst des Generalstreiks zu ersticken. Die Scheidemänner haben daher eine zweite Waffe gezückt gegen das revolutionäre Proletariat: die trügende, lügende Zunge.

Sozialisierung ist das Wort, das die Millionen Massen des Proletariats heute in stürmische Bewegung setzt gegen die Ebert-Scheidemann, gegen Weimar, gegen die Bourgeoisie. Die Ebert-Regierung macht daher die Sozialisierung zu einem dreisten Schwindel, um das Proletariat zu verwirren und zu prellen.

Sie haben von Weimar aus ein Manifest erlassen, das die Sozialisierung verspricht, das von der „Anerkennung der Betriebsräte" redet und von der „konstitutionellen Fabrik", und das ein schamloser Betrug und eine freche Drohung zugleich ist . . .

Die Ebert-Regierung will die Betriebsräte nur als „Berater" der Unternehmer gelten lassen und als ihre ausführenden Organe. Nach wie vor soll der Unternehmer in allen wichtigen Fragen des Betriebes und der Produktion im ganzen das entscheidende Wort haben. Die Betriebsräte sollen ihre Marionetten sein.

Die Ebert-Regierung will anstelle der Räteorgane Arbeitskammern, in denen der Kapitalist „gleichberechtigt", in Wahrheit aber beherrschend, neben dem Arbeiter sitzt.

Weimar will „Einigungsämter", in denen die Lakaien des Kapitals die Proletarier übers Ohr hauen. Die Regierung will die Bergwerke und andere Großbetriebe gegen Entschädigung in bar oder in Renten zu Staatseigentum machen . . .

Diese Sozialisierung ist in Wahrheit Staatskapitalismus. Sie ist die Sozialisierung, wie die Rathenau, die Payer, die Gröber und Erzberger sie verstehen. Diese Sozialisierung ist ein dreister Schwindel.

Die deutschen Proletarier müssen wissen, daß nur ihre eigenen Organe die Betriebe für sie erobern und verwalten können. Nur die Proletarier selbst können die Sozialisierung zu einer Wahrheit machen.

Diese Sozialisierung ist aber nicht ein einmaliger Akt. Sie kann nur durch das Proletariat errungen werden, aber sie kann von ihm nur etappenweise errungen werden. Die Gesetzgebung kann nur den Stempel auf die vollzogenen Tatsachen der Sozialisierung drücken und neue Akte, die die Proletarier selbst ausführen müssen, vorbereiten.

Die Arbeiter müssen als nächste Etappen verlangen:

1. daß die Betriebsräte und Arbeiterräte die vollständige und alleinige Kontrolle der Betriebe ausüben, die vollständige Kontrolle über die Arbeitsbedingungen;

2. daß die Betriebs- und Arbeiterräte auch bestimmen über die Produktion selbst; also darüber, was produziert wird, wieviel produziert wird, welche Betriebe stillzulegen und welche stillgelegten wieder in Betrieb zu setzen sind;

3. die entschädigungslose Enteignung der Bergwerke, Gruben und Banken.

Das sind Etappen zur Sozialisierung, die eine Wahrheit ist. Was die Ebert-Regierung in ihrer zitternden Angst kundtut, sind Etappen zum Staatskapitalismus.

Die Regierung, indem sie den Arbeitern den Staatskapitalismus als Sozialisierung unterschiebt, enthüllt ihre wahre Absicht der Rettung des Kapitals, indem sie neben den Schwindel die Drohung mit dem Säbel gegen die wirkliche Sozialisierung durch das Proletariat setzt: „Wilde Sozialisierungsversuche werden wir rücksichtslos bekämpfen."

Diese Sprache ist die alte Sprache des Kapitals. Jeder Arbeiter wird sie verstehen.

Die Rote Fahne (Berlin), 3. März 1919.

82

Resolution zu den Thesen über bürgerliche Demokratie und Diktatur des Proletariats, gebilligt vom Gründungskongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau am 4. März 1919

Auf Grund dieser Thesen und der Berichte der Delegierten aus den verschiedenen Ländern erklärt der Kongreß der Kommunistischen Internationale, daß die Hauptaufgabe der kommunistischen Parteien in allen Ländern, in denen es noch keine Sowjetmacht gibt, in folgendem besteht:

1. Den breiten Massen der Arbeiterklasse die historische Bedeutung der politischen und historischen Notwendigkeit der neuen, proletarischen Demokratie klarzumachen, die an die Stelle der bürgerlichen Demokratie und des Parlamentarismus gesetzt werden muß.

2. Unter den Arbeitern aller Industriezweige und unter den Soldaten in der Armee und Flotte sowie unter den Landarbeitern und armen Bauern die Räte zu verbreiten und zu organisieren.

3. Innerhalb der Räte eine feste kommunistische Mehrheit zu bilden.

W. I. Lenin: Resolution zu den Thesen
über bürgerliche Demokratie und Diktatur des Proletariats.
In: Werke, Bd. 28, Berlin 1959, S. 489.
Der I. und II. Kongreß der Kommunistischen Internationale.
Dokumente der Kongresse und Reden W. I. Lenins.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1959, S. 69.

83

Beschluß über die Konstituierung der Kommunistischen Internationale, angenommen auf dem Gründungskongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau am 4. März 1919

Die Internationale Kommunistische Konferenz beschließt, sich als Dritte Internationale zu konstituieren und sich als Kommunistische Internationale zu bezeichnen. Das Stimmenverhältnis bleibt dasselbe. Alle Parteien, Organisationen und Gruppen behalten das Recht, innerhalb 8 Monaten endgültig ihren Beitritt zur Dritten Internationale zu erklären.

Manifest, Richtlinien, Beschlüsse des Ersten Kongresses.
Aufrufe und offene Schreiben des Exekutivkomitees bis zum
Zweiten Kongreß (Bibliothek der Kommunistischen Internationale, Bd. I),
Hamburg 1920, S. 70.
Der I. und II. Kongreß der Kommunistischen Internationale.
Dokumente der Kongresse und Reden W. I. Lenins.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1959, S. 71.

84

Aus den „Richtlinien der Kommunistischen Internationale", angenommen auf dem Gründungskongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau am 6. März 1919

Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat bedeutet die Vernichtung der politischen Macht der Bourgeoisie. Das stärkste Machtmittel der Bourgeoisie ist der bürgerliche Staatsapparat mit seiner kapitalistischen Armee unter Führung bürgerlich-junkerlicher Offiziere, seiner Polizei und Gendarmerie, seinen Kerkermeistern und Richtern, seinen Pfaffen, Staatsbeamten usw. Die Eroberung der politischen Macht bedeutet nicht nur einen Personenwechsel in Ministerien, sondern die Vernichtung des feindlichen Staatsapparats, die Eroberung der wirklichen Kraft; die Entwaffnung der Bourgeoisie, der gegenrevolutionären Offiziere, der weißen Garde und die Bewaffnung des Proletariats, der revolutionären Soldaten, der roten Arbeitergarde; die Beseitigung aller bürgerlichen Richter und die Organisation des proletarischen Gerichts; die Aufhebung der Herrschaft der reaktionären Staatsbeamten und die Schaffung neuer Verwaltungsorgane des Proletariats. Der Sieg des Proletariats liegt in der Desorganisation der feindlichen, der Organisation der proletarischen Macht; er besteht in der Zertrümmerung des bürgerlichen, im Aufbau des proletarischen Staatsapparats. Nur nachdem das Proletariat den Sieg errungen, den Widerstand des Bürgertums gebrochen hat, kann

es seine früheren Gegner der neuen Ordnung nützlich machen, indem es sie unter seine Kontrolle stellt und allmählich zur Arbeit des kommunistischen Aufbaus heranzieht.

Der I. Kongreß der Kommunistischen Internationale.
Protokoll der Verhandlungen in Moskau vom 2. bis zum 19. März 1919.
Hamburg 1921, S. 187–188.
Der I. und II. Kongreß der Kommunistischen Internationale.
Dokumente der Kongresse und Reden W. I. Lenins.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Berlin 1959, S. 75–76.

85
„Programmatische Kundgebung" des außerordentlichen Parteitages der USPD in Berlin, angenommen am 6. März 1919

Unter Aufrechterhaltung der leitenden Gedanken des grundsätzlichen Teils des Erfurter Programms erklärt der Parteitag:

Im November 1918 haben die revolutionären Arbeiter und Soldaten Deutschlands die Staatsgewalt erobert. Sie haben aber ihre Macht nicht befestigt und die kapitalistische Klassenherrschaft nicht überwunden. Die Führer der Rechtssozialisten haben den Pakt mit den bürgerlichen Klassen erneuert und die Interessen des Proletariats preisgegeben. Sie treiben eine Verwirrungspolitik mit den Worten „Demokratie" und „Sozialismus".

In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind demokratische Rechtsformen Truggebilde. Solange der politischen Befreiung nicht auch die wirtschaftliche Befreiung und Unabhängigkeit gefolgt ist, besteht keine wahre Demokratie. Die Sozialisierung, wie die Rechtssozialisten sie betreiben, ist ein Gaukelspiel. Sie begnügen sich, unter Schonung der kapitalistischen Interessen, mit einer „gemischtwirtschaftlichen" Bewirtschaftung und sogar nur mit der „öffentlichen Kontrolle" der nach ihrem eigenen Urteil für die sofortige Vergesellschaftung reifen Betriebe.

Das klassenbewußte Proletariat hat erkannt, daß sein Befreiungskampf nur von ihm allein und nicht nur mit den bisherigen Organisationen durchgeführt werden kann, sondern daß dazu auch eine neue proletarische Kampforganisation erforderlich ist.

Im Rätesystem hat sich die proletarische Revolution diese Kampforganisation geschaffen ...

Die geschichtliche Aufgabe der USP ist es, die Bannerträgerin des klassenbewußten Proletariats in seinem revolutionären Befreiungskampf zu sein. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei stellt sich auf den

Boden des Rätesystems. Sie unterstützt die Räte in ihrem Ringen um die wirtschaftliche und politische Macht. Sie erstrebt die Diktatur des Proletariats, des Vertreters der großen Volksmehrheit, als notwendige Vorbedingung für die Verwirklichung des Sozialismus. Erst der Sozialismus bringt die Beseitigung jeder Klassenherrschaft, die Beseitigung jeder Diktatur, die wahre Demokratie.

Um dieses Ziel zu erreichen, bedient sich die USP aller politischen und wirtschaftlichen Kampfmittel einschließlich der Parlamente. Sie verwirft planlose Gewalttätigkeiten. Ihr Ziel ist nicht die Vernichtung von Personen, sondern die Beseitigung des kapitalistischen Systems.

Die nächsten Forderungen der USPD sind:

1. Einordnung des Rätesystems in die Verfassung. Entscheidende Mitwirkung der Räte bei der Gesetzgebung, Staats- und Gemeindeverwaltung und in den Betrieben.

2. Völlige Auflösung des alten Heeres. Sofortige Auflösung des durch Freiwilligenkorps gebildeten Söldnerheeres. Entwaffnung des Bürgertums. Errichtung einer Volkswehr aus den Reihen der klassenbewußten Arbeiterschaft. Selbstverwaltung der Volkswehr und Wahl der Führer durch die Mannschaft. Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

3. Die Vergesellschaftung der kapitalistischen Unternehmungen ist sofort zu beginnen. Sie ist unverzüglich durchzuführen auf den Gebieten des Bergbaues und der Energieerzeugung (Kohle, Wasser, Kraft, Elektrizität), der konzentrierten Eisen- und Stahlproduktion sowie anderer hochentwickelter Industrien und des Bank- und Versicherungswesens. Großgrundbesitz und große Forste sind sofort in gesellschaftliches Eigentum zu überführen. Die Gesellschaft hat die Aufgabe, die gesamten wirtschaftlichen Betriebe durch Bereitstellung aller technischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel sowie Förderung der Genossenschaft zur höchsten Leistungsfähigkeit zu bringen. In den Städten ist das private Eigentum an Grund und Boden in Gemeindeeigentum zu überführen, und ausreichende Wohnungen sind von der Gemeinde auf eigene Rechnung herzustellen.

4. Wahl der Behörden und der Richter durch das Volk. Sofortige Einsetzung eines Staatsgerichtshofes, der die Schuldigen am Weltkriege und an der Verhinderung eines zeitigeren Friedens zur Verantwortung zu ziehen hat.

5. Der während des Krieges geschaffene Vermögenszuwachs ist voll wegzusteuern. Von allen größeren Vermögen ist ein Teil an den Staat abzuführen. Im übrigen sind die öffentlichen Ausgaben durch stufenweis steigende Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern zu decken. Die Kriegsanleihen sind zu annullieren unter Entschädigung der Bedürftigen, der gemeinnützigen Vereine, Anstalten und der Gemeinden.

6. Ausbau der sozialen Gesetzgebung. Schutz und Fürsorge für Mutter und Kind. Den Kriegerwitwen und -waisen und den Verletzten ist eine sorgenfreie Existenz sicherzustellen. Den Wohnungsbedürftigen sind überflüssige Räume der Besitzenden zur Benutzung zu übergeben. Grundlegende Neuordnung des öffentlichen Gesundheitswesens.

7. Trennung von Staat und Kirche und Trennung von Kirche und Schule. Öffentliche Einheitsschule mit weltlichem Charakter, die nach sozialistisch-pädagogischen Grundsätzen auszugestalten ist. Anspruch jedes Kindes auf die seinen Fähigkeiten entsprechende Ausbildung und die Bereitstellung der hierzu erforderlichen Mittel.

8. Einführung eines öffentlich-rechtlichen Monopols für Inserate und Übertragung an die Kommunalverbände.

9. Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Nationen. Sofortige Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur russischen Räterepublik und zu Polen. Wiederherstellung der Arbeiter-Internationale auf dem Boden der revolutionären sozialistischen Politik im Geiste der internationalen Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal.

Die USPD ist der Überzeugung, daß durch die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte, die sie erstrebt, der vollständige und dauernde Sieg des Proletariats beschleunigt und gesichert wird. Das Bekenntnis in Wort und Tat zu den Grundsätzen und Forderungen dieser Kundgebung ist aber die notwendige Voraussetzung der Einigung der Arbeiterklasse.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages vom 2. bis 6. März 1919 in Berlin, Berlin o. J., S. 3/4.

86
Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr vom 6. März 1919

Die verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung hat in Übereinstimmung mit dem Staatenausschusse folgendes Gesetz beschlossen:

§ 1 Der Reichspräsident wird ermächtigt, das bestehende Heer aufzulösen und eine vorläufige Reichswehr zu bilden, die bis zur Schaffung der neuen reichsgesetzlich zu ordnenden Wehrmacht die Reichsgrenzen schützt, den Anordnungen der Reichsregierung Geltung verschafft und die Ruhe und Ordnung im Innern aufrechterhält.

§ 2 Die Reichswehr soll auf demokratischer Grundlage unter Zusammenfassung bereits bestehender Freiwilligenverbände und durch Anwer-

bung von Freiwilligen gebildet werden. Bereits bestehende Volkswehren und ähnliche Verbände können ihr angegliedert werden.

Offiziere und Unteroffiziere aller Art und Beamtenpersonal des bestehenden Heeres sowie dessen Einrichtungen und Behörden können in die Reichswehr übernommen werden.

Bewährten Unteroffizieren und Mannschaften ist die Offizierslaufbahn zu eröffnen.

Offiziere und Unteroffiziere, die in die Reichswehr eintreten, sollen in erster Linie bei Übernahme in die künftige Wehrmacht berücksichtigt werden.

§ 3 Die Angehörigen der Reichswehr gelten für die Dauer ihrer Zugehörigkeit als Heeresangehörige im Sinne der reichsgesetzlichen Vorschriften, insbesondere auch der Versorgungsgesetze.

§ 4 Gegenwärtiges Gesetz kommt in Bayern nach näherer Bestimmung des Bündnisvertrags vom 23. November 1870 (Bundesgesetzblatt 1871, S. 9) unter III § 5, in Württemberg nach näherer Bestimmung der Militärkonvention vom 21./25. November 1870 (Bundesgesetzblatt 1870, S. 658) zur Anwendung.

§ 5 Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft und mit dem 31. März 1920 außer Kraft.

Weimar, den 6. März 1919

Der Reichspräsident
Ebert

Der Reichswehrminister
Noske
Reinhardt

Reichs-Gesetzblatt (Berlin), 1919, Nr. 57, S. 295/296.

87

Telegramm Friedrich Eberts an Legationssekretär Jordan vom 11. April 1919

Weimar, 11. 4. 1919
Legationssekretär Jordan
Hotel National Bamberg
Telegramm in Ziffern

Bitte dem Herrn Ministerpräsidenten Hoffmann nachstehendes Telegramm des Herrn Reichspräsidenten Ebert sofort übermitteln:

Vorgänge in Bayern haben nach sicheren Nachrichten Entente in lebhafte Besorgnis versetzt. Man hat uns, wie ich streng vertraulich mitteile, Besetzung durch Ententetruppen angeboten und uns neuerdings durch

einen aus Paris entsandten Spezialkommissar zu verstehen gegeben, daß Belieferung Deutschlands mit Lebensmitteln unbedingt abhängig sei von der Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung in Deutschland. Da wir Ententetruppen unter keinen Umständen zulassen wollen und Lebensmitteleinfuhr nicht stocken darf, halte ich für notwendig, daß Wiederherstellung früheren Zustandes in Bayern baldigst erfolgt, zumal da nach mir zugegangenen neueren Nachrichten aus München man dort anfängt, sich an Räteregierung zu gewöhnen. Wenn von Ihnen in Aussicht genommene wirtschaftliche Maßnahmen nicht in kürzester Zeit zum Ziele führen, erscheint militärisches Vorgehen einzig mögliche Lösung. Die Erfahrung an anderen Stellen hat gelehrt, daß, je rascher und durchgreifender dieses erfolgt, um so weniger Widerstand und Blutvergießen zu erwarten ist.

gez. Ebert

Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Büro des Reichspräsidenten,
Nr. 215, Abt. B, Titel VII, Gruppe 5, Nr. 1, Bd. 1.
Zit. nach: Hans Beyer: Von der Novemberrevolution zur Räterepublik in München. Berlin (1957), S. 165.

88

Aufruf des Oberkommandos der bayrischen Roten Armee von Mitte April 1919

Brüder und Kameraden!

Wir wissen, wie sehr ihr irregeführt worden seid. Wir wissen, wie sehr ihr über die wirklichen Zustände in Unkenntnis gelassen werdet!

Das gesamte oberbayrische Proletariat ist einig.

Um dem werktätigen Volk seine Arbeitsstätten restlos zu erhalten, die Produktion sicherzustellen und die Sozialisierung durchzuführen, haben sich die gesamten proletarischen Arbeiter und Angestellten und Beamten zusammengeschlossen und in den ständig tagenden Betriebsräten ihre gesetzmäßige Vertretung geschaffen.

Das gesamte werktätige Volk verwaltet seine Angelegenheiten selbst und hat die alten Fabrikherren unter seine Kontrolle genommen.

Diese Einigung des gesamten Proletariats durch den hohen Gedanken der Räterepublik wirkt über die Arbeiter in der Werkstatt und im Büro hinaus. Die gesamte Münchener Garnison ist dem um seine Befreiung kämpfenden Proletariat aufs engste verbunden. Arbeiter und Soldaten, kämpft Seite an Seite für die Erhaltung der Räterepublik.

München ist vollkommen ruhig.

Alle Meldungen über die gestörte Ordnung in München sind erlogen.

Alle Verwaltungen arbeiten nach wie vor weiter. Die Ordnung wird von dem gesamten Proletariat und der Garnison aufrechterhalten. Die einzigen Ruhestörer und Feinde der Ordnung in München ist die Regierung in Bamberg. Die Herren Segitz und Schneppenhorst waren die ersten, die mit der Räterepublik einverstanden waren. Schneppenhorst hat in der Gründungsnacht der Räterepublik, mit zum Schwur erhobener Hand, seinen Kopf für unsere Sache verpfändet. Heute mißbraucht diese Bamberger Regierung euch, proletarische Brüder aus Nordbayern, um genau wie Noske in Preußen die Sache des Proletariats zu verraten, das in seinem Kampf gegen die Ausbeuter einige Proletariat zu zerspalten und das bayrische Volk zum Kampf gegen die eigenen Brüder aufzurufen.

Mit Bestechungsgeld kaufte man sich einige Führer der republikanischen Schutztruppe, entführte mit Gewalt die aus ihren Betten verhafteten rechtmäßig gewählten Mitglieder des Zentralrates unserer proletarischen Räterepublik.

Brüder und Genossen! Urteilt selbst! Übt hier das Proletariat einen Terror aus oder die Regierung Hoffmann?

Die Regierung Hoffmann hat schon heute die weißen Garden aus Preußen, die Schlächter von Berlin, Bremen und dem Rheinland, herbeigerufen. Wollt ihr auch weiße Garden werden? Wollt ihr Bayern und proletarische Brüder sein oder Noske-Preußen und Freunde der Kapitalisten? Wollt ihr eure proletarischen Brüder zusammenschießen, oder wollt ihr euch im Kampf gegen unsere gemeinsamen Feinde mit uns vereinigen? Wollt ihr wirklich unsere Frauen und Kinder verhungern lassen und uns zur Verzweiflung treiben?

Kameraden und Brüder!

Wir wollen keinen Bruderkrieg!

Schickt Parlamentäre zu uns zu eurer Aufklärung! Laßt sie euch von München und von der Räterepublik, von unserer Trauer über euch und von den Forderungen unseres Proletariats sprechen. Millionen weiße Garden und Tausende von Geschützen vermögen den Geist der Räterepublik nicht mehr zu zerstören.

Kameraden! Vermeidet den Bruderkampf! Laßt euch nicht mißbrauchen von der Bamberger Regierung und den Offizieren.

Erklärt euch gegen die Bamberger Regierung und schließt euch euren Brüdern aus der Arbeiterklasse an.

Verbrüdern wir uns alle unter dem Zeichen der Räterepublik!

Brüder, man sagt euch, wir erschießen die Gefangenen. Das ist eine Lüge! Ihr bleibt unsere irregeführten Brüder. Wir haben eure Kameraden aufgeklärt und zu euch zurückgeschickt.

Entscheidet euch! Sonst sind wir gezwungen, mit allen Mitteln die Räterepublik zu verteidigen. Kameraden, kommt zur Besinnung. Wir

wenden uns an euch, die ihr Proletarier und unsere Brüder seid, denn wir gehören zusammen.

Es lebe die bayrische Räterepublik!

Oberkommando der Roten Armee

Hans Beyer: Von der Novemberrevolution zur Räterepublik in München.
Berlin (1957), S. 166/167.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.
Reihe II, 1914–1945, Bd. 3, Januar 1919–Mai 1919.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Berlin 1958, S. 389/390.

89

Aus den Leitsätzen der Zentrale der KPD über den Frieden vom 19. Mai 1919

I

Die Friedensbedingungen der Entente gegenüber Deutschland sind die Bilanz der inneren und äußeren politischen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands nach viereinhalb Jahren eines verlorenen imperialistischen Präventivkrieges und nach sieben Monaten der politischen Neubefestigung der imperialistischen Klassen durch eine Regierung der Scheinrevolution und der tatsächlichen Gegenrevolution, deren augenblicklicher Fahnenträger die Koalitionsregierung Ebert-Scheidemann-Dernburg-Erzberger ist.

II

Das politische Resultat dieser Herrschaft ist:

1. Die Neuschöpfung des Militarismus in der barbarischen Form des Söldnerheeres, wie es zu Beginn der bürgerlichen Epoche entstand, aber zusammengesetzt aus den Auflösungsprodukten der imperialistischen Epoche; gebildet von den alten Junkeroffizieren und den neuen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Offizieren, die während des Krieges geschaffen wurden, den Embryonen der künftigen Bürokratie und der zünftigen Intelligenz; zusammengesetzt aus Lumpenproletariat, aus zurückgebliebenen proletarischen Schichten, die der Krieg brutalisiert hat, aus deklassierten kleinbürgerlichen und bäuerlichen Elementen.

Diese Abfallprodukte der bürgerlichen und Reste der vorbürgerlichen Gesellschaft, gelenkt durch die alte Militärkaste, bemäntelt durch die bürgerliche Demokratie, haben in neuer Form die Herrschaftsform wiederhergestellt, die vor dem Kriege bestand: den Militärstaat. Der Unterschied ist nur, daß anstelle der monarchisch-konstitutionellen Verbrämung die republikanisch-demokratische getreten ist ...

III

Die Friedensbedingungen der Entente nützen systematisch diesen innen- und außenpolitischen Bankerott aus.

Ihr Zweck ist die vollständige militärische Knebelung des neuimperialistischen Deutschlands, seine wirtschaftliche Ausschaltung aus dem Konkurrenzkampf der übrigen imperialistischen Staaten um die nichtkapitalistischen Länder, seine Verwandlung in einen Tributärstaat, dessen Kapitalisten ihre Zwischenmeister werden, seine dauernde Isolierung von der Weltrevolution und die Versetzung in die Unmöglichkeit, als Kraft der Weltrevolution militärisch aufzutreten.

Diese Friedensbedingungen erdrücken den neudeutschen Imperialismus, sie erdrücken aber zugleich die kommende proletarische Revolution ...

VI

Die Lage ist absolut ausweglos für die Regierung des bankerotten Imperialismus, sie mag sich anstellen, wie sie will.

Der einzig mögliche und unvermeidliche Ausweg ist der Sturz dieser Regierung und der Bourgeoisieherrschaft überhaupt, die Errichtung der proletarischen Diktatur in Gestalt der reinen Räteverfassung, der sozialistischen Produktion in Industrie und Landwirtschaft und damit der Anschluß an die Weltrevolution, wo sie siegreich, ihre Beschleunigung, wo sie erst im Anzuge ist ...

X

Eine Räteregierung als Ausdruck der proletarischen Diktatur, gestützt auf das Machtbewußtsein, das der Sieg über die eigene Bourgeoisie dem Proletariat verleiht, gestützt durch die unmittelbare Verbindung mit Rußland und Ungarn, gestärkt durch die moralische Unterstützung der Arbeiterklassen der Ententeländer, würde von vornherein den imperialistischen Siegern mit anderer Autorität gegenübertreten als die Regierung des bankerotten Imperialismus. Die Friedensbedingungen könnten nicht dieselben sein wie gegenüber der verkrachten Bourgeoisie und ihren verkrachten und verächtlichen Bedienten.

Für die Räterepublik würden sowohl Ablehnung als [auch] Annahme der Friedensbedingungen, die ihr gestellt würden, gänzlich verschiedene Wirkungen haben.

Die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung der Friedensbedingungen durch eine Räteregierung hängt ab von der konkreten Situation, in der sie den Frieden abzuschließen hätte oder nicht.

XI

Die Kommunistische Partei lehnt daher ab:

die Annahme von Friedensbedingungen, die diktiert werden der Ebert-

Regierung oder irgendeiner nachfolgenden Koalitionsregierung, die nicht auf der proletarischen Diktatur beruht, wie ihre Ablehnung durch eine solche Regierung als gleich verhängnisvoll für das Proletariat.

Die Internationale (Berlin), 1919, Heft 2/3, S. 28/29, 31/32.

90

Beschluß über die Freiwilligenkorps, angenommen auf dem Parteitag der SPD in Weimar am 15. Juni 1919

Der Parteitag würdigt die Beschwerden der Parteigenossen über die Haltung der Freiwilligenkorps und ihrer Führer.

Der Parteitag kann sich aber nicht verhehlen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter an der Unzufriedenheit mit den Freiwilligenkorps nicht unschuldig sind, weil zu wenige Arbeiter in diese Korps eintraten und damit die einseitige Zusammensetzung dieser Truppen verschuldeten.

Durch die Reform der Polizei und der Gendarmerie sind die Freiwilligenkorps von allen laufenden polizeilichen Aufgaben fernzuhalten.

Sollen Regierung und Verfassung nicht jedem willkürlichen Einflusse unterliegen, ist nicht völlig auf militärische Macht zu verzichten. Die unterschiedslose Herabsetzung und die Boykottierung der Freiwilligentruppen wie der Sicherheits- und Einwohnerwehren durch manche Arbeiter empfindet der Parteitag als eine Ungerechtigkeit.

Der Parteitag fordert die völlige Neutralität der Freiwilligentruppen in allen politischen Fragen, um sie vor jedem Verdachte gegenrevolutionärer und anderer Ausschreitungen zu sichern.

Alle Ausschreitungen von Mitgliedern der Freiwilligentruppen werden vom Parteitage entschieden verurteilt; deshalb erwartet der Parteitag eindeutige und feste Maßnahmen gegen jeden Mißbrauch der militärischen Gewalt. Er erhofft dies vor allem durch die weitestgehende Demokratisierung des Offizierkorps und durch den Eintritt unserer Parteigenossen in die Reichswehr.

Ebenso muß in geeigneter Weise Aufklärungsarbeit innerhalb der Truppenverbände durch Parteigenossen geleistet werden. Zu diesem Zweck hat die Partei Einrichtungen zu schaffen.

Der Belagerungszustand darf nur verhängt und Truppenverbände dürfen nur dann eingesetzt werden, wenn die zuständige Parteiorganisation vorher gehört ist.

In den Orten, in denen Truppen untergebracht sind, und in Orten, die vorübergehend zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung mit Truppen belegt werden müssen, sind den Befehlshabern geeignete Personen

aus Parteikreisen beizuordnen. In allen Fällen, wo die Truppen verwendet werden sollen, haben diese Genossen maßgebendes Mitbestimmungsrecht.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Abgehalten in Weimar vom 10. bis 15. Juni 1919, Berlin 1919, S. 507/508.

91
Beschluß über die Sozialisierung, angenommen auf dem Parteitag der SPD in Weimar am 14. Juni 1919

Die ungeheure wirtschaftliche Krisis, in die der Krieg nicht nur Deutschland, sondern auch alle anderen wirtschaftlich entscheidenden Länder Europas gestürzt hat, kann nur überwunden werden, wenn es durch sozialistische Maßnahmen gelingt, alle schaffenden Kräfte zu einmütiger, das Einzelinteresse dem Gesamtwohl unterordnender Tätigkeit zu vereinen.

Der Parteitag fordert daher von der parlamentarischen Vertretung der Partei und ihren Regierungsmitgliedern die Sozialisierung, wo sie möglich ist. Wo die Sozialisierung noch nicht möglich ist, ist an Stelle der reinen Privatwirtschaft eine zugunsten der Volksgemeinschaft planmäßig betriebene und gesellschaftlich kontrollierte Volkswirtschaft (Gemeinwirtschaft) durchzuführen.

Für die allmähliche Überführung von Produktionsmitteln in das Eigentum der Gesamtheit empfiehlt sich die Beteiligung des Reichs, die aus Anlaß der Vermögensbesteuerung mit Entschiedenheit durchzuführen ist.

Die Arbeiterschaft muß gleichberechtigt neben dem Unternehmertum mitbestimmend und mitverantwortlich an unserem Wirtschaftsleben mitwirken. Zu diesem Zweck sind außer den regionalen Organisationen (Betriebsarbeiterräte, Bezirkswirtschaftsräte, Reichsarbeiterrat) fachliche Organisationen der deutschen Wirtschaft auf paritätischer Grundlage ins Leben zu rufen, die unter Hinzuziehung von Vertretern der organisierten Verbraucher als Selbstverwaltungskörper zugleich Organe der Gemeinwirtschaft sind.

Die folgenschweren wirtschaftspolitischen Entschließungen, zu denen die allgemeine Wirtschaftsnot Deutschlands, der gebotene Abbau der bisherigen Kriegswirtschaft und die Durchführung eines etwaigen Friedensvertrages Anlaß geben werden, dulden keinen Aufschub in der Durchführung der gemeinwirtschaftlichen Wirtschaftsorganisationen. Der Arbeiterschaft kann nicht zugemutet werden, wirtschaftliche Maßnahmen irgendwelcher Art hinzunehmen, falls ihr nicht ungesäumt ein gleich-

berechtigter Einfluß auf die Bildung der wirtschaftlichen Entschließungen eingeräumt wird.

Die Reichsregierung ist zu ermächtigen, in wirtschaftsorganisatorischen Fragen Mehrheitsbeschlüssen der einzelnen Wirtschaftsgruppen verbindliche Kraft für alle zu dieser Wirtschaftsgruppe gehörigen Unternehmungen beizulegen und ferner zur Vorberatung der paritätischen Selbstverwaltungskörper für alle Wirtschaftsgruppen, für welche dies bisher noch nicht geschehen ist, Sachverständigenräte aus dem Kreise der Arbeitnehmer und Arbeitgeber unter Hinzuziehung von Vertretern der organisierten Verbraucher einzuberufen.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Abgehalten in Weimar vom 10. bis 15. Juni 1919. Berlin 1919, S. 513/514.

92

Aus den Richtlinien der Obersten Heeresleitung für die deutsche Politik vom 27. Juni 1919

Preußen muß Deutschland werden, und dieses Deutschland muß vor allen Dingen innere Politik treiben, die Politik eines modernen Friedrich Wilhelms I. Dazu gehören in erster Linie die restlose Wiederherstellung der Staatsautorität und dann die Sanierung unseres Wirtschaftslebens ... Unter den größten Anstrengungen und dank der selbstlosen und hingebenden Mitarbeit des Offizierkorps ist es gelungen, in der Reichswehr ein einigermaßen brauchbares Instrument für die Regierung zu schaffen. Dieses Instrument muß nun aber rücksichtslos eingesetzt werden, um auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens die Staatsautorität zu sichern und den Gesetzen Geltung zu verschaffen. Dies gilt in allererster Linie von der Verwaltung. Der Arbeiterrat-Unsinn muß aus der Verwaltung schnell und restlos verschwinden. Diese Nebenregierung ... bleibt in einem geordneten Staatswesen unmöglich und unerträglich. Ihre Beseitigung ist bei Sperrung der Bezüge und festem Auftreten ein Kinderspiel ...

Die Gesundung unseres Wirtschaftslebens, die Vorbedingung für jeden Wiederaufbau, ist, abgesehen von den Rohstoff- und den damit zusammenhängenden Fragen, hauptsächlich von zwei Dingen abhängig: Ordnung und Arbeit. Das bedeutet unter den derzeitigen Verhältnissen Belagerungszustand und Streikverbot ...

Für die nächsten Jahre [ist] unsere Aufgabe die innere Politik. Zur aktiven Außenpolitik fehlt uns jede Möglichkeit und fehlen uns die Mittel. Nur zwei Dinge müssen sofort mit größtem Nachdruck auch außen-

politisch betrieben werden, die Schuldfrage und die Organisation einer deutschen Irredenta in den abzutretenden Gebieten.

Der „festgewurzelte Irrglaube" an Deutschlands Kriegsschuld muß zerstört werden durch Aufklärung jeder Art, durch Proteste und Kundgebungen bei jeder sich bietenden Gelegenheit und nicht zuletzt durch die Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof.

Reginald H. Phelps: Aus den Groener-Dokumenten.
In: Deutsche Rundschau (Gelsenkirchen), 1950, H. 7, S. 535/536.
Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart.
Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, Bd. III.
Der Weg in die Weimarer Republik. Hrsg. von Dr. Herbert Michaelis und Dr. Ernst Schraepler unter Mitwirkung von Dr. Günter Scheel.
(West-)Berlin o. J., S. 533/534.

93

Aus dem Friedensvertrag zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten, unterzeichnet in Versailles am 28. Juni 1919

Artikel 159

Die deutschen Streitkräfte werden gemäß nachstehenden Bedingungen demobilgemacht und herabgesetzt.

Artikel 160

1. Spätestens am 31. März 1920 darf das deutsche Heer nicht mehr als sieben Infanterie- und drei Kavallerie-Divisionen umfassen.

Von diesem Zeitpunkt ab darf die gesamte Iststärke des Heeres der sämtlichen deutschen Einzelstaaten nicht mehr als einhunderttausend Mann, einschließlich der Offiziere und der Depots, betragen. Das Heer ist nur für die Erhaltung der Ordnung innerhalb des deutschen Gebietes und zur Grenzpolizei bestimmt.

Die Gesamtstärke an Offizieren, einschließlich der Stäbe, ohne Rücksicht auf deren Zusammensetzung, darf die Zahl viertausend nicht übersteigen ...

Die Unterhaltung oder Bildung anderswie zusammengefaßter Formationen oder anderer Kommandobehörden oder Behörden für Kriegsvorbereitung ist verboten.

Der deutsche große Generalstab und alle anderen ähnlichen Formationen werden aufgelöst und dürfen unter keiner Gestalt neu gebildet werden ...

Artikel 173

Die allgemeine Wehrpflicht wird in Deutschland abgeschafft.

Das deutsche Heer darf nur im Wege freiwilliger Verpflichtung aufgestellt und ergänzt werden.

Artikel 177

Unterrichtsanstalten, Hochschulen, Kriegervereine, Schützengilden, Sport- oder Wandervereine, überhaupt Vereinigungen jeder Art, ohne Rücksicht auf das Alter ihrer Mitglieder, dürfen sich nicht mit militärischen Dingen befassen.

Es ist ihnen namentlich untersagt, ihre Mitglieder im Waffenhandwerk oder im Gebrauch von Kriegswaffen auszubilden oder zu üben oder ausbilden oder üben zu lassen.

Diese Vereine, Gesellschaften, Unterrichtsanstalten und Hochschulen dürfen in keinerlei Verbindung mit dem Kriegsministerium oder irgendeiner anderen militärischen Behörde stehen.

Artikel 181

Nach Ablauf einer Frist von zwei Monaten nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrags dürfen die deutschen Seestreitkräfte im Dienst höchstens betragen:

6 Schlachtschiffe der „Deutschland"- oder „Lothringen"-Klasse,
6 kleine Kreuzer,
12 Zerstörer,
12 Torpedoboote
oder

eine gleiche Anzahl von Ersatzschiffen der im Artikel 190 vorgesehenen Bauart.

Es darf kein Unterwasserfahrzeug darunter sein.

Alle anderen Kriegsschiffe müssen, soweit nicht der gegenwärtige Vertrag ein anderes bestimmt, in Reserve gestellt oder Handelszwecken dienstbar gemacht werden.

Artikel 183

Nach Ablauf einer Frist von zwei Monaten nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrags darf die gesamte Kopfstärke der deutschen Kriegsmarine, Offiziere und Personal aller Grade und Gattungen eingeschlossen, 15 000 Mann nicht übersteigen. In dieser Zahl ist die Besatzung der Flotte und die Mannschaft im Küstenverteidigungs-, Küstensignal-, Verwaltungs- und Landdienst inbegriffen.

Die gesamte Kopfstärke an Offizieren und Deckoffizieren darf die Zahl 1500 nicht übersteigen ...

Artikel 231

Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben.

Artikel 233

Der Betrag der bezeichneten Schäden, deren Wiedergutmachung Deutschland schuldet, wird durch einen interalliierten Ausschuß festgesetzt, der den Namen „Wiedergutmachungsausschuß" trägt und in der Form und mit den Befugnissen, wie nachstehend und in Anlage II bis VII ausgeführt, gebildet wird.

Dieser Ausschuß prüft die Ansprüche und gewährt der deutschen Regierung nach Billigkeit Gehör.

Die Beschlüsse dieses Ausschusses über den Betrag der oben näher bestimmten Schäden werden spätestens am 1. Mai 1921 aufgesetzt und der deutschen Regierung als Gesamtbetrag ihrer Verpflichtungen bekanntgegeben ...

Artikel 235

Um den alliierten und assoziierten Mächten schon jetzt die Wiederaufrichtung ihres gewerblichen und wirtschaftlichen Lebens zu ermöglichen, bevor der endgültige Betrag ihrer Ansprüche festgesetzt ist, zahlt Deutschland in Anrechnung auf obige Schuld während der Jahre 1919, 1920 und der ersten vier Monate von 1921 in so viel Raten und in solcher Form (in Gold, Waren, Schiffen, Wertpapieren oder anderswie), wie es der Wiedergutmachungsausschuß festsetzt, den Gegenwert von 20 000 000 000 (zwanzig Milliarden) Mark Gold ...

Artikel 249

Deutschland trägt die gesamten Unterhaltskosten der alliierten und assoziierten Heere in den besetzten deutschen Gebieten von der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrags vom 11. November 1918 an ...

Artikel 313

Die den alliierten und assoziierten Mächten angehörigen Luftfahrzeuge haben innerhalb des deutschen Gebietes und der deutschen Hoheitsgewässer volle Flug- und Landungsfreiheit und genießen dieselben Vergünstigungen wie deutsche Luftfahrzeuge, besonders in Notfällen zu Land und See.

Artikel 321

Deutschland verpflichtet sich, dem Personen-, Güter-, Schiffs-, Boots-, Eisenbahnwagen- und Postverkehr von oder nach den angrenzenden oder nicht angrenzenden Gebieten irgendeiner der alliierten und assoziierten Mächte freien Durchgang durch sein Gebiet auf den für den internationalen Durchgangsverkehr geeignetsten Wegen, auf Eisenbahnen, schiffbaren Wasserläufen oder Kanälen zu gewähren, auch zu diesem Zweck die Durchfahrt durch die Hoheitsgewässer zu gestatten. Der Personen-, Waren-, Schiffs-, Boots-, Wagen-, Eisenbahnwagen- und Postverkehr wird keinen Durchgangszöllen oder unnützen Verzögerungen oder Beschränkungen unterworfen und hat in Deutschland in bezug auf Gebühren und Verkehrserleichterungen sowie in jeder anderen Hinsicht ein Anrecht auf gleiche Behandlung wie der innerdeutsche Verkehr.

Die Durchgangsgüter bleiben von allen Zoll- oder ähnlichen Abgaben frei ...

Artikel 327

Die Staatsangehörigen der alliierten und assoziierten Mächte genießen ebenso wie ihre Güter, Schiffe und Boote in allen deutschen Häfen und auf allen deutschen Binnenschiffahrtsstraßen in jeder Hinsicht die gleiche Behandlung wie die deutschen Reichsangehörigen, Güter, Schiffe und Boote.

Insbesondere sind die Schiffe und Boote jeder alliierten und assoziierten Macht berechtigt, Waren jeder Art und Reisende von und nach allen Häfen oder Plätzen Deutschlands, zu denen die deutschen Schiffe und Boote Zugang haben, zu keinen ungünstigeren Bedingungen zu befördern als sie bei Schiffen und Booten des Landes zur Anwendung gelangen ...

Gesteht Deutschland irgendeiner alliierten oder assoziierten oder irgendeiner anderen fremden Macht eine Vorzugsbehandlung zu, so tritt diese Behandlung unverzüglich und bedingungslos für alle alliierten und assoziierten Mächte in Kraft.

Der Verkehr von Personen, Schiffen und Booten erfährt keine anderen Beschränkungen als solche, die sich aus den Zoll- und Polizeivorschriften, aus den Vorschriften über das Gesundheitswesen sowie über Aus- und Einwanderung, endlich aus Ein- und Ausfuhrverboten ergeben. Solche Bestimmungen müssen angemessen und gleichmäßig sein und dürfen den Handel nicht unnötig behindern.

Artikel 331

Es werden für international erklärt:

die Elbe (Labe) von der Mündung der Vltava (Moldau) und die Vltava (Moldau) von Prag ab;

die Oder (Odra) von der Mündung der Oppa ab;
die Memel (Rußstrom, Memel, Njemen) von Grodno ab;
die Donau von Ulm ab;
und jeder schiffbare Teil dieser Flußgebiete, der mehr als einem Staat den natürlichen Zugang zum Meere mit oder ohne Umladung von einem Schiff in ein anderes vermittelt, sowie die Seitenkanäle und Fahrtrinnen, die zur Verdoppelung oder Verbesserung der von Natur aus schiffbaren Abschnitte der genannten Flußgebiete oder zur Verbindung zweier von Natur aus schiffbarer Abschnitte des gleichen Wasserlaufs gebaut werden.

Das gleiche gilt für den Schiffahrtsweg Rhein–Donau, falls er unter den im Artikel 353 festgesetzten Bedingungen gebaut wird.

Artikel 428

Um die Ausführung des gegenwärtigen Vertrags durch Deutschland sicherzustellen, bleiben die deutschen Gebiete westlich des Rheins einschließlich der Brückenköpfe während eines Zeitraums von fünfzehn Jahren nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrags durch die Truppen der alliierten und assoziierten Mächte besetzt.

Artikel 429

Werden die Bedingungen des gegenwärtigen Vertrags von Deutschland getreulich erfüllt, so wird die im Artikel 428 vorgesehene Besetzung nach und nach wie folgt eingeschränkt:

1. Nach Ablauf von fünf Jahren werden geräumt: der Brückenkopf von Cöln und die Gebiete nördlich einer Linie, die dem Lauf der Ruhr, dann der Eisenbahn Jülich–Düren–Euskirchen–Rheinbach, sodann der Straße von Rheinbach nach Sinzig folgt und den Rhein bei der Ahrmündung erreicht, wobei die genannten Straßen, Eisenbahnen und Ortschaften außerhalb dieser Räumungszone bleiben.

2. Nach Ablauf von zehn Jahren werden geräumt: der Brückenkopf von Coblenz und die Gebiete nördlich einer Linie, welche vom Schnittpunkt der belgischen, deutschen und holländischen Grenze ausgeht, etwa vier Kilometer südlich von Aachen vorbeigeht bis zum Höhenrücken von Forst-Gemünd, dem sie folgt, sodann östlich der Urfttaleisenbahn, dann über Blankenheim, Valdorf, Dreis, Ulmen bis zur Mosel verläuft, von Bremm bis Nehren diesem Flusse folgt, sodann bei Kappel und Simmern vorbeigeht, dem Höhenkamm zwischen Simmern und dem Rhein folgt und bei Bacharach den Rhein erreicht, wobei alle hier genannten Ortschaften, Täler, Straßen und Eisenbahnen außerhalb der Räumungszone bleiben.

3. Nach Ablauf von 15 Jahren werden geräumt: der Brückenkopf von Mainz, der Brückenkopf von Kahl und das übrige besetzte deutsche Gebiet.

Erachten zu diesem Zeitpunkt die alliierten und assoziierten Regierungen die Sicherheit gegen einen nicht herausgeforderten Angriff Deutschlands nicht als hinreichend, so darf die Zurückziehung der Besetzungstruppen in dem zur Erlangung der genannten Sicherheit für nötig gehaltenen Maße aufgeschoben werden.

Artikel 430

Stellt während der Besetzung oder nach Ablauf der oben vorgesehenen 15 Jahre der Wiedergutmachungsausschuß fest, daß Deutschland sich weigert, die Gesamtheit oder einzelne der ihm nach dem gegenwärtigen Vertrag obliegenden Wiedergutmachungsverpflichtungen zu erfüllen, so werden die im Artikel 429 genannten Zonen sofort wieder durch alliierte und assoziierte Streitkräfte ganz oder teilweise besetzt.

Artikel 433

Zur Sicherung der Ausführung der Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrags, wodurch Deutschland endgültig die Aufhebung des Vertrags von Brest-Litowsk und aller Verträge, Übereinkommen und Abmachungen zwischen ihm und der russischen maximalistischen Regierung anerkennt, sowie zur Sicherung der Wiederherstellung des Friedens und einer guten Regierung in den baltischen Provinzen und Litauen werden alle deutschen Truppen, die sich augenblicklich in den genannten Gebieten befinden, sobald die Regierungen der alliierten und assoziierten Hauptmächte den Augenblick mit Rücksicht auf die innere Lage dieser Gebiete für gekommen erachten, hinter die deutschen Grenzen zurückgenommen. Diese Truppen haben sich jeder Beitreibung, Beschlagnahme und aller andern Zwangsmaßnahmen zur Erlangung von Lieferungen mit Bestimmung nach Deutschland zu enthalten und dürfen sich auf keine Weise in Maßregeln zur Landesverteidigung einmischen, welche die vorläufigen Regierungen von Estland, Lettland und Litauen etwa ergreifen.

Bis zur Räumung oder nach der vollständigen Räumung dürfen keine neuen deutschen Truppen die genannten Gebiete betreten.

Reichs-Gesetzblatt (Berlin), 1919, Nr. 140, S. 919, 921, 931, 933, 935, 943, 985, 987, 989, 1053, 1203, 1207, 1213, 1215, 1219, 1309, 1311, 1313.

94

Aus der „Verfassung des Deutschen Reichs", unterzeichnet vom Reichspräsidenten Friedrich Ebert am 11. August 1919

Das Deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem

inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.

Artikel 1

Das Deutsche Reich ist eine Republik.
Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.

Artikel 20

Der Reichstag besteht aus den Abgeordneten des deutschen Volkes.

Artikel 21

Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie sind nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden.

Artikel 22

Die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von den über zwanzig Jahre alten Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Der Wahltag muß ein Sonntag oder öffentlicher Ruhetag sein.
Das Nähere bestimmt das Reichswahlgesetz.

Artikel 23

Der Reichstag wird auf vier Jahre gewählt. Spätestens am sechzigsten Tage nach ihrem Ablauf muß die Neuwahl stattfinden.
Der Reichstag tritt zum ersten Male spätestens am dreißigsten Tage nach der Wahl zusammen.

Artikel 25

Der Reichspräsident kann den Reichstag auflösen, jedoch nur einmal aus dem gleichen Anlaß.
Die Neuwahl findet spätestens am sechzigsten Tage nach der Auflösung statt.

Artikel 36

Kein Mitglied des Reichstags oder eines Landtags darf zu irgendeiner Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufs getanen Äußerungen gerichtlich oder dienstlich verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden.

Artikel 37

Kein Mitglied des Reichstags oder eines Landtags kann ohne Genehmigung des Hauses, dem der Abgeordnete angehört, während der Sitzungsperiode wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung ge-

zogen oder verhaftet werden, es sei denn, daß das Mitglied bei Ausübung der Tat oder spätestens im Laufe des folgenden Tages festgenommen ist.

Die gleiche Genehmigung ist bei jeder anderen Beschränkung der persönlichen Freiheit erforderlich, die die Ausübung des Abgeordnetenberufs beeinträchtigt.

Jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied des Reichstags oder eines Landtags und jede Haft oder sonstige Beschränkung seiner persönlichen Freiheit wird auf Verlangen des Hauses, dem der Abgeordnete angehört, für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben.

Artikel 41

Der Reichspräsident wird vom ganzen deutschen Volke gewählt. Wählbar ist jeder Deutsche, der das fünfunddreißigste Lebensjahr vollendet hat.

Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz.

Artikel 48

Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten.

Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zwecke darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen.

Von allen gemäß Abs. 1 oder Abs. 2 dieses Artikels getroffenen Maßnahmen hat der Reichspräsident unverzüglich dem Reichstag Kenntnis zu geben. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichstags außer Kraft zu setzen.

Bei Gefahr im Verzuge kann die Landesregierung für ihr Gebiet einstweilige Maßnahmen der in Abs. 2 bezeichneten Art treffen. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichspräsidenten oder des Reichstags außer Kraft zu setzen.

Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz.

Artikel 54

Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstags. Jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht.

Artikel 63

Die Gesetzesvorlagen werden von der Reichsregierung oder aus der Mitte des Reichstags eingebracht.

Die Reichsgesetze werden vom Reichstag beschlossen.

Artikel 73

Ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz ist vor seiner Verkündung zum Volksentscheid zu bringen, wenn der Reichspräsident binnen eines Monats es bestimmt.

Ein Gesetz, dessen Verkündung auf Antrag von mindestens einem Drittel des Reichstags ausgesetzt ist, ist dem Volksentscheid zu unterbreiten, wenn ein Zwanzigstel der Stimmberechtigten es beantragt.

Ein Volksentscheid ist ferner herbeizuführen, wenn ein Zehntel der Stimmberechtigten das Begehren nach Vorlegung eines Gesetzentwurfs stellt. Dem Volksbegehren muß ein ausgearbeiteter Gesetzentwurf zugrunde liegen. Er ist von der Regierung unter Darlegung ihrer Stellungnahme dem Reichstag zu unterbreiten. Der Volksentscheid findet nicht statt, wenn der begehrte Gesetzentwurf im Reichstag unverändert angenommen worden ist.

Über den Haushaltsplan, über Abgabengesetze und Besoldungsordnungen kann nur der Reichspräsident einen Volksentscheid veranlassen.

Das Verfahren beim Volksentscheid und beim Volksbegehren regelt ein Reichsgesetz.

Artikel 75

Durch den Volksentscheid kann ein Beschluß des Reichstags nur dann außer Kraft gesetzt werden, wenn sich die Mehrheit der Stimmberechtigten an der Abstimmung beteiligt.

Artikel 76

Die Verfassung kann im Wege der Gesetzgebung geändert werden. Jedoch kommen Beschlüsse des Reichstags auf Abänderung der Verfassung nur zustande, wenn zwei Drittel der gesetzlichen Mitgliederzahl anwesend sind und wenigstens zwei Drittel der Anwesenden zustimmen. Auch Beschlüsse des Reichsrats auf Abänderung der Verfassung bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen. Soll auf Volksbegehren durch Volksentscheid eine Verfassungsänderung beschlossen werden, so ist die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten erforderlich.

Hat der Reichstag entgegen dem Einspruch des Reichsrats eine Verfassungsänderung beschlossen, so darf der Reichspräsident dieses Gesetz nicht verkünden, wenn der Reichsrat binnen zwei Wochen den Volksentscheid verlangt.

Artikel 102

Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen.

Artikel 104

Die Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit werden auf Lebenszeit ernannt. Sie können wider ihren Willen nur kraft richterlicher Entscheidung und nur aus den Gründen und unter den Formen, welche die Gesetze bestimmen, dauernd oder zeitweise ihres Amtes enthoben oder an eine andere Stelle oder in den Ruhestand versetzt werden. Die Gesetzgebung kann Altersgrenzen festsetzen, bei deren Erreichung Richter in den Ruhestand treten.

Die vorläufige Amtsenthebung, die kraft Gesetzes eintritt, wird hierdurch nicht berührt.

Bei einer Veränderung in der Einrichtung der Gerichte oder ihrer Bezirke kann die Landesjustizverwaltung unfreiwillige Versetzungen an ein anderes Gericht oder Entfernungen vom Amte, jedoch nur unter Belassung des vollen Gehalts, verfügen.

Auf Handelsrichter, Schöffen und Geschworene finden diese Bestimmungen keine Anwendung.

Artikel 109

Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich.

Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.

Öffentlich-rechtliche Vorrechte oder Nachteile der Geburt oder des Standes sind aufzuheben. Adelsbezeichnungen gelten nur als Teil des Namens und dürfen nicht mehr verliehen werden.

Titel dürfen nur verliehen werden, wenn sie ein Amt oder einen Beruf bezeichnen; akademische Grade sind hierdurch nicht betroffen.

Orden und Ehrenzeichen dürfen vom Staat nicht verliehen werden.

Kein Deutscher darf von einer ausländischen Regierung Titel oder Orden annehmen.

Artikel 114

Die Freiheit der Person ist unverletzlich. Eine Beeinträchtigung oder Entziehung der persönlichen Freiheit durch die öffentliche Gewalt ist nur auf Grund von Gesetzen zulässig.

Personen, denen die Freiheit entzogen wird, sind spätestens am darauffolgenden Tage in Kenntnis zu setzen, von welcher Behörde und aus welchen Gründen die Entziehung der Freiheit angeordnet worden ist; unverzüglich soll ihnen Gelegenheit gegeben werden, Einwendungen gegen ihre Freiheitsentziehung vorzubringen.

Artikel 115

Die Wohnung jedes Deutschen ist für ihn eine Freistätte und unverletzlich. Ausnahmen sind nur auf Grund von Gesetzen zulässig.

Artikel 117

Das Briefgeheimnis sowie das Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis sind unverletzlich. Ausnahmen können nur durch Reichsgesetz zugelassen werden.

Artikel 118

Jeder Deutsche hat das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. An diesem Rechte darf ihn kein Arbeits- oder Anstellungsverhältnis hindern, und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Rechte Gebrauch macht.

Eine Zensur findet nicht statt, doch können für Lichtspiele durch Gesetz abweichende Bestimmungen getroffen werden. Auch sind zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur sowie zum Schutze der Jugend bei öffentlichen Schaustellungen und Darbietungen gesetzliche Maßnahmen zulässig.

Artikel 123

Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder besondere Erlaubnis friedlich und unbewaffnet zu versammeln.

Versammlungen unter freiem Himmel können durch Reichsgesetz anmeldepflichtig gemacht und bei unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden.

Artikel 124

Alle Deutschen haben das Recht, zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine oder Gesellschaften zu bilden. Dies Recht kann nicht durch Vorbeugungsmaßregeln beschränkt werden. Für religiöse Vereine und Gesellschaften gelten dieselben Bestimmungen.

Der Erwerb der Rechtsfähigkeit steht jedem Verein gemäß den Vorschriften des bürgerlichen Rechts frei. Er darf einem Vereine nicht aus dem Grunde versagt werden, daß er einen politischen, sozialpolitischen oder religiösen Zweck verfolgt.

Artikel 129

Die Anstellung der Beamten erfolgt auf Lebenszeit, soweit nicht durch Gesetz etwas anderes bestimmt ist...

Die Unverletzlichkeit der wohlerworbenen Rechte und die Offenhal-

tung des Rechtswegs für die vermögensrechtlichen Ansprüche werden besonders auch den Berufssoldaten gewährleistet. Im übrigen wird ihre Stellung durch Reichsgesetz geregelt.

Artikel 151

Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen. In diesen Grenzen ist die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen zu sichern.

Gesetzlicher Zwang ist nur zulässig zur Verwirklichung bedrohter Rechte oder im Dienst überragender Forderungen des Gemeinwohls.

Die Freiheit des Handels und Gewerbes wird nach Maßgabe der Reichsgesetze gewährleistet.

Artikel 153

Das Eigentum wird von der Verfassung gewährleistet. Sein Inhalt und seine Schranken ergeben sich aus den Gesetzen.

Eine Enteignung kann nur zum Wohle der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden. Sie erfolgt gegen angemessene Entschädigung, soweit nicht ein Reichsgesetz etwas anderes bestimmt. Wegen der Höhe der Entschädigung ist im Streitfalle der Rechtsweg bei den ordentlichen Gerichten offenzuhalten, soweit Reichsgesetze nichts anderes bestimmen. Enteignung durch das Reich gegenüber Ländern, Gemeinden und gemeinnützigen Verbänden kann nur gegen Entschädigung erfolgen.

Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das Gemeine Beste.

Artikel 156

Das Reich kann durch Gesetz, unbeschadet der Entschädigung, in sinngemäßer Anwendung der für Enteignung geltenden Bestimmungen, für die Vergesellschaftung geeignete private wirtschaftliche Unternehmungen in Gemeineigentum überführen. Es kann sich selbst, die Länder oder die Gemeinden an der Verwaltung wirtschaftlicher Unternehmungen und Verbände beteiligen oder sich daran in anderer Weise einen bestimmenden Einfluß sichern.

Das Reich kann ferner im Falle dringenden Bedürfnisses zum Zwecke der Gemeinwirtschaft durch Gesetz wirtschaftliche Unternehmungen und Verbände auf der Grundlage der Selbstverwaltung zusammenschließen mit dem Ziele, die Mitwirkung aller schaffenden Volksteile zu sichern, Arbeitgeber und Arbeitnehmer an der Verwaltung zu beteiligen und Erzeugung, Herstellung, Verteilung, Verwendung, Preisgestaltung sowie Ein-

und Ausfuhr der Wirtschaftsgüter nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen zu regeln.

Die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und deren Vereinigungen sind auf ihr Verlangen unter Berücksichtigung ihrer Verfassung und Eigenart in die Gemeinwirtschaft einzugliedern.

Artikel 157

Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutz des Reichs.
Das Reich schafft ein einheitliches Arbeitsrecht.

Artikel 159

Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Alle Abreden und Maßnahmen, welche diese Freiheit einzuschränken oder zu behindern suchen, sind rechtswidrig.

Artikel 165

Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt.

Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten sowie in nach Wirtschaftsgebieten gegliederten Bezirksarbeiterräten und in einem Reichsarbeiterrat.

Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat treten zur Erfüllung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze mit den Vertretungen der Unternehmer und sonst beteiligter Volkskreise zu Bezirkswirtschaftsräten und zu einem Reichswirtschaftsrat zusammen. Die Bezirkswirtschaftsräte und der Reichswirtschaftsrat sind so zu gestalten, daß alle wichtigen Berufsgruppen entsprechend ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung darin vertreten sind.

Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat das Recht, selbst solche Gesetzesvorlagen zu beantragen. Stimmt ihnen die Reichsregierung nicht zu, so hat sie trotzdem die Vorlage unter Darlegung ihres Standpunkts beim Reichstag einzubringen. Der Reichswirtschaftsrat kann die Vorlage durch eines seiner Mitglieder vor dem Reichstag vertreten lassen.

Den Arbeiter- und Wirtschaftsräten können auf den ihnen überwiesenen Gebieten Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse übertragen werden.

Aufbau und Aufgabe der Arbeiter- und Wirtschaftsräte sowie ihr Verhältnis zu anderen sozialen Selbstverwaltungskörpern zu regeln, ist ausschließlich Sache des Reichs.

Reichs-Gesetzblatt (Berlin), 1919, Nr. 152, S. 1383, 1388, 1390–1393, 1395–1397, 1403–1407, 1412–1415.

95

Resolution des Reichsverbandes der Deutschen Industrie vom 24. September 1919

Die deutsche Industrie, die auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft steht, hat bei der Beratung des Vorentwurfes eines Gesetzes über Betriebsräte von Anfang an trotz grundsätzlicher schwerster Bedenken sachlich mitgearbeitet in der Hoffnung, daß es gelingen werde, durch das Zusammenwirken der berufenen Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer die in dem Gesetz behandelten Fragen zu einer alle Beteiligten befriedigenden Lösung zu bringen.

Aber ihre Verbesserungsvorschläge sind im wesentlichen unberücksichtigt geblieben; vielmehr sind weitere Verschärfungen eingefügt worden. Deshalb erhebt die Industrie einmütigen und entschiedenen Einspruch gegen den vorliegenden Entwurf. Von der Nationalversammlung erwartet die deutsche Industrie im Hinblick auf die gefährliche Lage der deutschen Wirtschaft, die weitere Experimente nicht mehr verträgt, volle Berücksichtigung der Forderungen, die ihr von der durch die heutige Versammlung eingesetzten Kommission vorgelegt werden.

Vor allem sind der künftige Einfluß der Betriebsräte auf die Betriebsleitung, ihr Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen und bei der Einführung neuer Arbeitsmethoden, ihre jederzeitige Absetzbarkeit durch die Betriebsversammlung, der Zwang zur Vorlegung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung bei Einzelunternehmungen, die Abordnung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat neben anderen gleich bedenklichen Bestimmungen so gefährlich für die Leitung, Ordnung und Leistungsfähigkeit der Betriebe und damit so vernichtend für das gesamte deutsche Wirtschaftsleben, daß der Entwurf in dieser Form keinesfalls Gesetz werden darf.

Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (Berlin), 1919, H. 7, S. 17.

96

„Leitsätze über kommunistische Grundsätze und Taktik", angenommen auf dem 2. Parteitag der KPD in Heidelberg am 21. Oktober 1919

1. Die Revolution, geboren aus der wirtschaftlichen Ausbeutung des Proletariats durch den Kapitalismus und aus der politischen Unterdrükkung durch die Bourgeoisie zum Zwecke der Aufrechterhaltung des Ausbeutungsverhältnisses, hat eine zweifache Aufgabe: Beseitigung der politischen Unterdrückung und Aufhebung des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses.

2. Die Ersetzung des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses durch die sozialistische Produktionsordnung hat zur Voraussetzung die Beseitigung der politischen Macht der Bourgeoisie und deren Ersetzung durch die Diktatur des Proletariats.

3. In allen Stadien der Revolution, die der Machtergreifung des Proletariats vorangehen, ist die Revolution ein politischer Kampf der Proletariermassen um die politische Macht. Dieser Kampf wird mit allen politischen und wirtschaftlichen Mitteln geführt.

Die KPD ist sich bewußt, daß dieser Kampf nur mit den größten politischen Mitteln (Massenstreik, Massendemonstration, Aufstand) zum siegreichen Ende gebracht werden kann. Dabei aber kann die KPD auf kein politisches Mittel grundsätzlich verzichten, das der Vorbereitung dieser großen Kämpfe dient. Als solches Mittel kommt auch die Beteiligung an Wahlen in Betracht, sei es zu Parlamenten, sei es zu Gemeindevertretungen, sei es zu gesetzlich anerkannten Betriebsräten usw.

Da aber diese Wahlen als nur vorbereitende Mittel dem revolutionären Kampf unterzuordnen sind, kann auf die Anwendung dieser Mittel in ganz besonderen politischen Situationen verzichtet werden, nämlich wenn im Gange befindliche und auf die Entscheidung gehende revolutionäre Aktionen die Anwendung parlamentarischer Mittel vorübergehend oder dauernd überflüssig machen.

Die KPD lehnt daher einerseits die syndikalistische Auffassung von der Überflüssigkeit oder Schädlichkeit politischer Mittel, anderseits die Auffassung der USP ab, daß revolutionäre Errungenschaften auch auf dem Wege parlamentarischer Beschlüsse oder Verhandlungen mit der Bourgeoisie herbeigeführt werden könnten.

Die Beteiligung oder Nichtbeteiligung an den Wahlen ist von der Reichskonferenz oder vom Parteitag einheitlich für das ganze Reich zu bestimmen.

4. Schon vor Eroberung der Macht ist auf den Ausbau bestehender und die Schaffung neuer Räteorganisationen das größte Gewicht zu legen. Dabei ist zunächst freilich im Auge zu behalten, daß Räte und Räteorgani-

sationen nicht durch Statuten, Wahlreglements usw. geschaffen werden können und daß sie nicht durch Statuten, Wahlreglements usw. gehalten werden können. Sie verdanken ihre Existenz vielmehr allein dem revolutionären Willen und der revolutionären Aktion der Massen und sind der ideologische und organisatorische Ausdruck des Willens zur Macht für das Proletariat geradeso, wie das Parlament dieser Ausdruck für die Bourgeoisie ist.

Aus diesem Grunde sind die Arbeiterräte auch die gegebenen Träger der revolutionären Aktionen des Proletariats. Innerhalb dieser Arbeiterräte haben sich die Mitglieder der KPD fraktionsmäßig zusammenzuschließen und zu versuchen, durch geeignete Parolen die Arbeiterräte auf die Höhe ihrer revolutionären Aufgabe zu erheben und die Führung der Arbeiterräte und der Arbeitermassen zu gewinnen.

5. Die Revolution, die kein einmaliges Schlagen, sondern das lange, zähe Ringen einer seit Jahrtausenden unterdrückten und daher ihrer Aufgabe und ihrer Kraft nicht von vornherein voll bewußten Klasse ist, ist dem Auf- und Abstieg, der Flut und Ebbe ausgesetzt. Sie ändert ihre Mittel je nach der Lage; sie greift den Kapitalismus bald von der politischen, bald von der wirtschaftlichen, bald von beiden Seiten an. Die KPD bekämpft die Anschauung, als löste eine wirtschaftliche Revolution eine politische ab.

Die wirtschaftlichen Kampfmittel sind von besonderer Bedeutung, weil sie dem Proletariat über die eigentlichen Ursachen seines wirtschaftlichen und politischen Elends in ganz besonderem Maße die Augen öffnen. Der Wert dieser Kampfmittel steigt um so mehr, als in dem Proletariat die Einsicht wächst, daß auch diese wirtschaftlichen Kampfmittel dem politischen Ziel der Revolution dienen.

Aufgabe der politischen Partei ist es, dem Proletariat den ungehinderten, auch von keiner konterrevolutionären Gewerkschaftsbürokratie gehemmten Gebrauch dieser wirtschaftlichen Mittel zu sichern, wo nötig, selbst um den Preis der Zerstörung der Form der Gewerkschaft und Schaffung neuer Organisationsformen.

Die Anschauung, als könne man vermöge einer besonderen Organisationsform Massenbewegungen erzeugen, daß die Revolution also eine Frage der Organisationsform sei, wird als ein Rückfall in kleinbürgerliche Utopie abgelehnt.

6. Die wirtschaftliche Organisation ist die, in der die breiten Massen sich sammeln. Hier steht ein wichtiger, wenn auch nicht der einzige Teil der Masse, die den revolutionären Kampf durchführt.

Die politische Partei ist demgegenüber zur Führung des revolutionären Massenkampfes berufen. In der KPD sammeln sich die vorgeschrittensten und zielklarsten Elemente des Proletariats, die dazu berufen sind, in den

revolutionären Kämpfen voranzugehen. Im Interesse der Einheitlichkeit, geistigen Schulung und Übereinstimmung dieser Führerschicht müssen sie in der politischen Partei vereinigt sein.

Die syndikalistische Meinung, daß diese Vereinigung der zielklarsten Proletarier in einer Partei nicht notwendig sei, daß vielmehr die Partei gegenüber den wirtschaftlichen Organisationen des Proletariats zu verschwinden habe oder in ihnen aufgehen müsse oder daß die Partei ihre Führung in revolutionären Aktionen zugunsten von Betriebsorganisationen usw. aufgeben und sich auf Propaganda beschränken müsse, ist gegenrevolutionär, weil sie die klare Einsicht der Vorhut der Arbeiterklasse durch den chaotischen Trieb der in Gärung geratenen Masse ersetzen will.

Die Partei kann aber dieser Aufgabe nur gerecht werden, wenn sie in revolutionären Epochen in straffster Zentralisation vereinigt ist. Föderalismus in solchen Zeiten ist nur die versteckte Form für die Verneinung und Auflösung der Partei, weil Föderalismus in Wirklichkeit die Partei lähmt. Ebenso wie für die politische ist für die wirtschaftliche Organisation des Proletariats straffste Zentralisation erforderlich. Der Föderalismus in wirtschaftlichen Organisationen macht einheitliche Aktionen der Arbeiter unmöglich. Die KPD verwirft jeden Föderalismus.

7. Mitglieder der KPD, die diese Anschauungen über Wesen, Organisation und Aktion der Partei nicht teilen, haben aus der Partei auszuscheiden.

Bericht über den 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 20. bis 24. Oktober 1919. Hrsg. von der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund), o. O. o. J., S. 60–62.

97

Gemeinsamer Aufruf der Zentrale der Betriebsräte Deutschlands, der USPD und der KPD vom 12. Januar 1920

An das revolutionäre Proletariat Deutschlands! . . .

Das Betriebsrätegesetz soll alle Gedanken an eine soziale Revolution endgültig zerstören. Der Gesetzentwurf über die Betriebsräte wird deshalb von den revolutionären Kopf- und Handarbeitern als ein frecher Betrug zurückgewiesen.

Das Gesetz zerreißt das Proletariat! Es trennt die Angestellten wieder von den Arbeitern. Es macht das Bestimmungsrecht der Arbeitenden über ihre Einstellung und Entlassung zu leerem Schein, indem es nur ein nachträgliches, unmaßgebliches Beschwerderecht gewährt.

Der Gesetzentwurf schaltet die Arbeiter und Angestellten aus der Kontrolle der Geschäftsführung und Betriebsleitung völlig aus. Er macht die Betriebsräte zu bloßen Antreibern im Dienste des kapitalistischen Unternehmertums.

Die kapitalistische Produktion ist zerrüttet. Sie kann die Bedürfnisse der Bevölkerung nicht mehr befriedigen. Millionen müssen hungern, sie verfallen der Unterernährung! Millionen sind arbeitslos, dem Elend und der Not preisgegeben! Abertausende müssen feiern, weil keine Kohlen für die Betriebe beschafft werden. Die Eisenbahnkrise verschlimmert sich immer mehr. Die Verwirrung der Wirtschaft ist ärger denn je, und mit dem Anwachsen des politischen Einflusses der Gegenrevolution geht eine maßlose Preistreiberei Hand in Hand. Deshalb kann nur eine Umgestaltung der Produktionsweise von Grund auf den allgemeinen Zusammenbruch verhindern und den Neuaufbau der Wirtschaft ermöglichen. Diese rettende Umgestaltung der Produktionsweise im sozialistischen Sinne erfordert die freudige Mitarbeit aller Hand- und Kopfarbeiter und ihrer Vertreter in den Betrieben. Dazu sind nur Betriebsräte imstande, die mit den nötigen Rechten ausgestattet sind.

Wir fordern daher das volle Kontrollrecht über die Betriebsführung. Die schaffenden Menschen, die Arbeiter und Angestellten, müssen durch ihre Beauftragten darüber bestimmen, ob Betriebe stillgelegt werden dürfen oder nicht, was und wieviel von jedem Produkt hergestellt wird, welche Preise gefordert werden, wie Kohle, Roh- und Hilfsstoffe verteilt werden, was ein- und ausgeführt wird.

Diese umfassende Kontrolle kann nur erreicht werden im Kampfe gegen das Unternehmertum in jedem Betriebe und gegen die Staatsmacht, die die Unternehmer durch Noskegarden, durch die Parlamente und durch die Gerichte gegen die Arbeiter schützt.

Es gilt, den Kampf um revolutionäre Betriebsräte in allen Betrieben voranzutreiben oder erneut aufzunehmen. Die Köpfe aller Arbeiter und Angestellten müssen für diese Forderung begeistert werden. Nur im Kampfe wird das Proletariat sein Recht erringen können. Die nächsten Tage werden mit der parlamentarischen Entscheidung über das Betriebsrätegesetz einen Höhepunkt dieses Kampfes bringen. Diese parlamentarische Aktion der Gegenrevolution muß nicht nur im Parlament allen erdenkbaren Widerstand finden, sie muß auch im Lande Massenaktionen in immer gesteigerterem Maßstabe auslösen.

Teuerung und Notstand haben schon jetzt große Wirtschaftsbezirke und ganze Berufe zu Streikaktionen gezwungen. Andere Bezirke und andere Berufe stehen im Begriff, durch Proteststreiks ihrer Empörung über die drohenden Entrechtungen der Betriebsräte Ausdruck zu geben. In Massenversammlungen und Umzügen wird das Proletariat demonstrieren

gegen die heuchlerische gesetzliche Verdrehung des Rätegedankens, den sich das revolutionäre Proletariat nicht entweihen lassen will.

Proletarier in Stadt und Land, Angestellte und Arbeiter! Folgt dem Beispiel eurer Mitkämpfer! Heraus zum Protest! Heraus zum Kampf gegen das Betriebsrätegesetz, für das revolutionäre Rätesystem!

Erkämpft euch revolutionäre Betriebsräte mit vollem Kontroll- und Mitbestimmungsrecht in den Betrieben!

Zentrale der Betriebsräte Deutschlands
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund)

Die Rote Fahne (Berlin), 13. Januar 1920.

98

Aus dem Betriebsrätegesetz vom 18. Januar 1920

III. Aufgaben und Befugnisse der Betriebsvertretungen

A. Betriebsrat

§ 66

Der Betriebsrat hat die Aufgabe:

1. in Betrieben mit wirtschaftlichen Zwecken die Betriebsleitung durch Rat zu unterstützen, um dadurch mit ihr für einen möglichst hohen Stand und für möglichste Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen zu sorgen;

2. in Betrieben mit wirtschaftlichen Zwecken an der Einführung neuer Arbeitsmethoden fördernd mitzuarbeiten;

3. den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren, insbesondere vorbehaltlich der Befugnisse der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter und Angestellten (§ 8), bei Streitigkeiten des Betriebsrats, der Arbeitnehmerschaft, einer Gruppe oder eines ihrer Teile mit dem Arbeitgeber, wenn durch Verhandlungen keine Einigung zu erzielen ist, den Schlichtungsausschuß oder eine vereinbarte Einigungs- oder Schiedsstelle anzurufen;

4. darüber zu wachen, daß die in Angelegenheiten des gesamten Betriebs von den Beteiligten anerkannten Schiedssprüche eines Schlichtungsausschusses oder einer vereinbarten Einigungs- oder Schiedsstelle durchgeführt werden;

5. für die Arbeitnehmer gemeinsame Dienstvorschriften und Änderungen derselben im Rahmen der geltenden Tarifverträge nach Maßgabe des § 75 mit dem Arbeitgeber zu vereinbaren;

6. das Einvernehmen innerhalb der Arbeitnehmerschaft sowie zwischen ihr und dem Arbeitgeber zu fördern und für Wahrung der Vereinigungsfreiheit der Arbeitnehmerschaft einzutreten;

7. Beschwerden des Arbeiter- und Angestelltenrats entgegenzunehmen und auf ihre Abstellung in gemeinsamer Verhandlung mit dem Arbeitgeber hinzuwirken;

8. auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren im Betriebe zu achten, die Gewerbeaufsichtsbeamten und die sonstigen in Betracht kommenden Stellen bei dieser Bekämpfung durch Anregungen, Beratung und Auskunft zu unterstützen sowie auf die Durchführung der gewerbepolizeilichen Bestimmungen und der Unfallverhütungsvorschriften hinzuwirken;

9. an der Verwaltung von Pensionskassen und Werkswohnungen sowie sonstiger Betriebswohlfahrtseinrichtungen mitzuwirken; bei letzteren jedoch nur, sofern nicht bestehende, für die Verwaltung maßgebende Satzungen oder bestehende Verfügungen von Todes wegen entgegenstehen oder eine anderweitige Vertretung der Arbeitnehmer vorsehen.

§ 69

Die Ausführung der gemeinsam mit der Betriebsleitung gefaßten Beschlüsse übernimmt die Betriebsleitung. Ein Eingriff in die Betriebsleitung durch selbständige Anordnungen steht dem Betriebsrat nicht zu.

§ 74

Wird infolge von Erweiterung, Einschränkung oder Stillegung des Betriebs oder infolge von Einführung neuer Techniken oder neuer Betriebs- oder Arbeitsmethoden die Einstellung oder die Entlassung einer größeren Zahl von Arbeitnehmern erforderlich, so ist der Arbeitgeber verpflichtet, sich mit dem Betriebsrat, an dessen Stelle, wenn dabei vertrauliche Mitteilungen gemacht werden müssen, der etwa vorhandene Betriebsausschuß tritt, möglichst längere Zeit vorher über Art und Umfang der erforderlichen Einstellungen und Entlassungen und über die Vermeidung von Härten bei letzteren ins Benehmen zu setzen. Der Betriebsrat oder der Betriebsausschuß kann eine entsprechende Mitteilung an die Zentralauskunftsstelle oder einen von dieser bezeichneten Arbeitsnachweis verlangen.

Reichs-Gesetzblatt (Berlin), 1920, Nr. 26, S. 161/162, 164.

99

Brief Hugo Stinnes' an den Minister für Wiederaufbau Otto Gessler vom 23. Januar 1920

Sehr geehrter Herr Minister,

nach unserer Unterhaltung am vergangenen Montag habe ich mir sehr reiflich überlegt, ob ich als Deutscher in dieser Zeit das Recht habe, meine Mitwirkung in Paris an den Wiederaufbau-Verhandlungen zu versagen.

Ich bin zu dem Entschluß gekommen abzulehnen und werde an dem Entschluß so lange festhalten, als die deutsche Regierung sich so zusammensetzt, als es heute der Fall ist.

Ich kann kein Mandat von einem Kabinett annehmen, dem ich in seinen führenden Persönlichkeiten kein Vertrauen entgegenbringe, von denen ich annehme, daß sie teils aus mangelnder Einsicht, teils aus minderwertiger Gesinnung jeden Verhandlungserfolg zu Schanden machen und den Unterhändler selbst zum Lügner machen werden.

Ich will mich nicht überheben, wenn ich sage, daß in den meisten Kreisen des feindlichen Auslandes ich die Einschätzung des „honest enemy" habe. Das soll nicht anders werden, denn zahlreich sind die Deutschen nicht, die auf Grund solcher Einschätzung noch Vertrauen in ihre Zuverlässigkeit als Unterhändler haben.

Erst wenn in Deutschland das Reichswirtschaftsministerium, das Reichsfinanzministerium, das Auswärtige Amt, das Arbeitsministerium und das preußische Ministerium der öffentlichen Arbeiten resp. die deutschen Eisenbahnen einem einheitlichen festen Willen unterstehen, ist für mich die Möglichkeit gegeben, Aufträge entgegenzunehmen, wie Sie sie mir zugedacht hätten.

Es ist das Zeichen einer wahren Demokratie, daß sie in Zeiten der Todesgefahr ihren Diktator findet. Auch England und Frankreich taten das. Wenn Deutschland anders handelt in der heutigen Lebensgefahr, wird es kaum wieder hochkommen.

Es muß gehandelt, nicht verhandelt werden.

Es tut mir leid, Ihnen keine andere Entschließung mitteilen zu können, Ihrem Rufe würde ich gerne unter anderen Umständen gefolgt sein.

Mit hochachtungsvollem Gruß
Ihr ergebener gez. Hugo Stinnes

Otto Gessler: Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit.
Hrsg. von Kurt Sendtner, Stuttgart (1958), S. 62/63.

100

Kundgebung Wolfgang Kapps und des General von Lüttwitz vom 13. März 1920

Berlin, den 13. März

Kundgebung!

Die bisherige Reichsregierung hat aufgehört zu sein. Die gesamte Staatsgewalt ist auf den unterzeichneten Generallandschaftsdirektor Kapp-Königsberg als Reichskanzler und Ministerpräsidenten übergegangen. Zum militärischen Oberbefehlshaber und gleichzeitigen Reichswehrminister wird von dem Reichskanzler der General der Infanterie Freiherr v. Lüttwitz ernannt. Eine neue Regierung der Ordnung, der Freiheit und der Tat wird gebildet.

Freiherr v. Lüttwitz, General der Infanterie
Kapp, Generallandschaftsdirektor

Karl Brammer: Fünf Tage Militärdiktatur.
Dokumente zur Gegenrevolution, Berlin 1920, S. 24.

101

Aufruf der sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung und des Parteivorstandes der SPD vom 13. März 1920

Bürger, Arbeiter, Parteigenossen!

Der Militärputsch ist da! Die Baltikumlandsknechte, die sich vor der befohlenen Auflösung fürchten, haben den Versuch unternommen, die Republik zu beseitigen und eine diktatorische Regierung zu bilden mit Lüttwitz und Kapp an der Spitze!

Bürger der Republik, Arbeiter, Genossen! Wir haben die Revolution nicht gemacht, um uns heute wieder einem blutigen Landsknechtsregiment zu unterwerfen. Wir paktieren nicht mit den Baltikumverbrechern.

Deutsche Bürger, Arbeiter und Genossen! Die Arbeit eines ganzen Jahres soll in Trümmer geschlagen, eure schwer erkaufte Freiheit vernichtet werden.

Darum sind die schärfsten Abwehrmittel geboten. Kein Betrieb darf laufen, solange die Militärdiktatur der Ludendorff herrscht! Deshalb legt die Arbeit nieder! Streikt! Schneidet dieser reaktionären Clique die Luft ab! Kämpft mit jedem Mittel um die Erhaltung der Republik! Laßt allen Zwist beiseite! Es gibt nur dieses eine Mittel gegen die Rückkehr Wilhelms II.:

Lahmlegung des gesamten Wirtschaftslebens!

Keine Hand darf sich mehr rühren!

Kein Proletarier darf der Militärdiktatur helfen!
Generalstreik auf der ganzen Linie!
Proletarier, vereinigt euch! Nieder mit der Gegenrevolution!

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung:
Ebert, Bauer, Noske, Schlicke, Schmidt, David, Müller

Der Parteivorstand der SPD:
Otto Wels

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv, D. F. VI/13/2.

102

Aus dem Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände vom 13. März 1920

Auf zum Generalstreik!
An alle Arbeiter, Angestellten und Beamten!
Männer und Frauen!

Die militärische Reaktion hat ihr Haupt von neuem erhoben und in Berlin die Gewalt an sich gerissen. Pflichtvergessene Reichswehrgruppen sind hier unter Führung meuternder Offiziere einmarschiert und haben sich neben der vom Volk gewählten Regierung eine illegale Gewalt angemaßt. Die Reaktionäre haben die Nationalversammlung und die Preußische Landesversammlung als aufgelöst erklärt und schicken sich an, auch die Errungenschaften der Revolution vom November 1918 zu beseitigen.

Die deutsche Republik ist in Gefahr! ...

Lasse sich kein denkender Arbeiter, Angestellter und Beamter durch zweifelhafte Versprechungen der Putschregierung betören! Es gilt, alle Kräfte des Volkes zum Widerstand zusammenzufassen. Das Volk wäre nicht wert der Freiheiten und Rechte, die es sich erkämpft hat, wenn es sie nicht bis zum Äußersten verteidigen würde.

Wir fordern daher alle Arbeiter, Angestellten und Beamten zum einmütigen Protest gegen die Gewaltherrschaft auf, überall sofort in den Generalstreik einzutreten. Alle Betriebe müssen stillgelegt werden.

Flugblatt.
Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv, D. F. VI/13/3.

103

Aufruf der KPD-Organisation des Bezirkes Erzgebirge-Vogtland vom 13./14. März 1920

Arbeiter und Parteigenossen!

Die Stunde der Entscheidung ist gekommen! Jetzt oder nie gilt es, das Versäumte nachzuholen!

Daß es kommen mußte, wie es gekommen ist, war vorauszusehen, und wir haben es euch immer gesagt. Die Mehrheitssozialisten haben die Gegenrevolution organisiert zu einer Zeit, wo es galt, die Revolution zu organisieren. Daß sie es konnten, ist eure Schuld.

Die Gegenrevolution hat den ersten Augenblick zum Losschlagen gewählt, wo die Noske-Regierung versuchte, die Machtmittel gegen einige Reaktionäre anzuwenden.

Diese Verräterregierung ruft euch jetzt um Hilfe an. Sie hat euch zum Generalstreik aufgefordert.

Nicht ihretwegen, sondern euretwegen müßt ihr den Kampf aufnehmen. Die Regierung Ebert-Noske ist erledigt. Es kann sich nur darum handeln, die Kapp-Lüttwitz, die Henker und Mörder der Revolutionäre, die ausbeuterische Kapitalistenklasse niederzuwerfen und so niederzuwerfen, daß sie das Aufstehen für immer vergessen. Daß, wenn ihr die echten Reaktionäre niedergeworfen habt, ihr die verkappten nicht mehr an die Macht laßt, bedarf keines Wortes mehr.

Ihr müßt die ganze politische und wirtschaftliche Macht in eure Hände nehmen! Es ist jetzt nötig, eure Macht zu organisieren und so zu organisieren, daß sie euch nie mehr genommen werden kann.

Ihr müßt Montag früh in die Betriebe gehen und Betriebsratswahlen vornehmen. Auf 100 Arbeiter ein Delegierter, der jederzeit abgerufen werden kann, wenn ihr mit seinen Handlungen nicht mehr einverstanden seid. Am Montag nachmittag, 3 Uhr, treten die gewählten Räte zur konstituierenden Versammlung zusammen und wählen den Vollzugsrat.

Am Montag und an den folgenden Tagen werdet ihr bewaffnet. Laßt euch die Waffen nie wieder nehmen! Die einzige Macht, die dann noch amtet, ist der gewählte Arbeiterrat.

Jeder Versuch, gegen diese eure Macht Widerstand zu leisten, muß von euch gebrochen werden.

Die Arbeit in den Betrieben ruht. Der Arbeitslohn wird weitergezahlt. Diejenigen von euch, die militärischen Sicherheitsdienst leisten in der revolutionären Arbeiterwehr, werden eine Zulage erhalten.

Ihr habt euer Schicksal in der Hand. Wählt in den Betrieben Genossen, denen ihr die schwere Aufgabe mit gutem Gewissen anvertrauen dürft! Es geht um euer ganzes Dasein. Nur diejenigen, die ihr als politisch völ-

lig zuverlässig kennt, dürft ihr wählen, und diese müssen für die Wahl eines Vollzugsrates eintreten, auf den wirklich Verlaß ist. Nur Männern dürft ihr diese wichtige Funktion übertragen, die bewiesen haben, daß sie revolutionär handeln können und handeln wollen.

Tag und Nacht müßt ihr euch bereit halten, für eure Existenz unter Einsetzung eures Lebens zu kämpfen. Die Kommunistische Partei ist die einzige, die bewiesen hat, daß sie die Zeichen der Zeit begriffen [hat] und daß sie handeln kann. Nicht aus Parteirücksichten, sondern im Interesse der Revolution, weil es ums Ganze geht, müßt ihr Kommunisten wählen. Alle Arbeiter, ganz gleich, welcher Partei sie bisher angehört haben, werden in diesem schweren Kampf gebraucht. Aber seid nicht vertrauensselig. Diejenigen, die bislang schwankten, müssen erst durch die Tat, nicht durch Worte beweisen, daß sie nicht mehr schwanken. Alle kompromittierten Führer, alle, die Verrat geübt haben, müssen von der politischen Vorderbühne zurücktreten.

Die neue Revolution muß rein dastehen in ihrer sichtbaren Verkörperung der Macht.

Alle Macht den Räten!

Nieder mit den Kriegs- und Revolutionsverbrechern!

Es lebe der Kampf um die ganze Befreiung der Arbeiterklasse!

Kommunistische Partei
(Spartakusbund)

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv, D. F. VI/13.

104

Aus dem Aufruf der KPD vom 14. März 1920

Nach kurzem Zögern erhebt sich das Proletariat spontan, zornentbrannt gegen die von einer Handvoll Stahlbehelmter eingesetzte Diktatur der Generale und Junker...

Proletarier! Wenn ihr jetzt euch sammelt zum Kampf gegen die Militärdiktatur, müßt ihr euch klar bewußt sein, daß ihr nicht kämpfen könnt für eine Wiederaufrichtung der Blutherrschaft der Noske-Ebert-Bauer.

Die deutschen Proletarier können auch nicht kämpfen für die Wiederherstellung einer sozialistischen Novemberregierung, die nur ein verkapptes Bündnis mit der Bourgeoisie war. Jetzt gilt es, ein neues Kapitel zu eröffnen. Jetzt endlich muß das deutsche Proletariat den Kampf um seine eigne Macht eröffnen, den Kampf um die proletarische Diktatur und die kommunistische Räterepublik.

Proletarier in Stadt und Land! Unter der Fahne der proletarischen

Diktatur, der Herrschaft der Arbeiterräte, sammelt euch zum Kampf gegen die Militärdiktatur.

Zur Eröffnung dieses Kampfes führt der Generalstreik.

Zur Führung des Kampfes formiert euch sogleich zu Betriebsräten. Schließt die Betriebsräte zusammen zu Arbeiterräten, zu Vollversammlungen, die den Kampf leiten. In den Arbeiterräten schafft euch wieder Organe, durch die ihr euren gemeinsamen Willen feststellen und gemeinsame Aktionen führen könnt.

In den Arbeiterräten schafft euch den Hammer, der auf das Haupt der Militärdiktatur der Bourgeoisie und ihrer Helfer niedersaust.

In den Arbeiterräten schafft euch das Werkzeug, das im kapitalistischen Wirrsal kommunistische Ordnung schafft, das Wirtschaft und Staat der Proletarier aufbaut.

Keine Wiederkehr der Nationalversammlung. Keine Wiederkehr der Ebert-Noske. Keine Wiederkehr des Betruges einer sozialistischen Regierung mit bürgerlichem Unterbau, mit Staatsbürokratie und Parlamenten.

Euer Ziel ist der Rätekongreß als zentrales politisches Organ, in dem die Macht der Arbeiterschaft sich zusammenfaßt, der Rat der Volkskommissare als ihr ausführendes Organ ...

Eure nächsten Forderungen sind:

Sofortiger Rücktritt der Regierung Kapp-Lüttwitz. Entwaffnung und Auflösung der Reichswehr, der Sicherheitspolizei, der Einwohnerwehren, der Zeitfreiwilligen. Sofortige Beschlagnahme aller Waffen der Bourgeoisie. Bildung einer revolutionären, zuverlässigen Arbeiterwehr unter Kontrolle der Arbeiterräte. Freilassung aller politischen Gefangenen.

Arbeiter in Stadt und Land, Angestellte, werktätige Männer und Frauen! Tretet sofort in allen Fabriken, Werkstätten, Gutshöfen, Gruben, Kontoren zusammen zur Wahl revolutionärer Betriebsräte!

Schließt diese Betriebsräte zu Arbeiterräten zusammen! Durch sie führt euern Kampf, in ihnen schließt euch zusammen gegen die Militärdiktatur und gegen die Kapitalsdiktatur!

In eurer Hand, deutsche Proletarier, liegt jetzt das Schicksal der Weltrevolution. Beweist durch die Tat, daß ihr eure Macht zielbewußt in den Dienst der Weltrevolution zu stellen wißt!

Proletarier in Stadt und Land! Unter der Fahne der proletarischen Diktatur, der Herrschaft der Arbeiterräte, sammelt euch zum Kampf gegen die Militärdiktatur!

14. März 1920

Kommunistische Partei Deutschlands
(Spartakusbund)

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv, D. F. VI/13.

105

Beschluß der Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, der Berliner Gewerkschaftskommission, der SPD und der USPD vom 22. März 1920

Die gemeinsam tagenden Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, der Berliner Gewerkschaftskommission, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Unabhängigen Sozialdemokr. Partei Deutschlands beschließen:

Nachdem die Vertreter der Regierungsparteien sich verpflichtet haben, für die Durchführung der acht gewerkschaftlichen Forderungen, die das Ergebnis des Generalstreiks zusammenfassen, in ihren Fraktionen einzutreten, und die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich geschlossen hinter diese Forderungen gestellt, der Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei sie als Mindestforderungen anerkannt hat, nachdem weiter die Reichsregierung die bindende Erklärung abgegeben hat, 1. daß die Truppen in Berlin bis auf die Spreelinie zurückgezogen werden, 2. [daß] der verschärfte Belagerungszustand sofort aufgehoben wird, 3. daß die bewaffneten Arbeiter, insbesondere im Ruhrrevier, nicht angegriffen werden sollen, 4. [daß] mit den gewerkschaftlichen Verbänden über die Einreihung der Arbeiter in die Sicherheitswehren in Preußen verhandelt werden soll, empfehlen sie auf Grund der Anerkennung dieses gewerkschaftlichen Programms und der besonderen Zugeständnisse der Regierung den Arbeitern, Angestellten und Beamten im ganzen Reiche, insbesondere in Berlin und Umgebung, den Generalstreik mit Beginn des 23. März zu beendigen und die Arbeit allenthalben wieder aufzunehmen.

Die unterzeichneten Gewerkschaften und Parteien verpflichten sich, falls die Forderungen der Gewerkschaften nicht erfüllt und die Zusagen der Regierung gebrochen werden, von neuem zusammenzutreten und über die erneute Aufnahme des Generalstreiks zu entscheiden.

Berlin, den 22. März 1920 (nachts 12 Uhr)

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund
Legien

Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission Berlins u. Umg.
Rusch

Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände
Aufhäuser

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Juchacz
Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Crispien

Vorwärts (Berlin), 24. März 1920.

106
Erklärung der Zentrale der KPD vom 23. März 1920

1. Der Militärputsch der Kapp-Lüttwitz bedeutet den Zusammenbruch der bürgerlich-sozialistischen Koalition. Der proletarische Kampf gegen die Militärdiktatur war ein Kampf gegen die bürgerlich-sozialistische Koalition und hat zum Zwecke, die politische Macht der Arbeiterschaft zu erweitern bis zur vollständigen Ausschaltung des Bürgertums.

2. Die proletarische Diktatur kann aufgerichtet werden nur als Diktatur der ausschlaggebenden Teile des Proletariats und setzt voraus eine starke Kommunistische Partei, die getragen wird vom revolutionären Bewußtsein der werktätigen Bevölkerung, die sich zur Diktatur des Proletariats offen bekennt.

3. Das gegenwärtige Stadium des Kampfes, wo dem Proletariat noch keine ausreichende militärische Macht zur Verfügung steht, wo die mehrheitssozialistische Partei noch einen starken geistigen Einfluß auf Beamte, Angestellte und bestimmte Arbeiterschichten hat, wo die USPD die städtische Arbeiterschaft in ihrer Mehrheit hinter sich hat, ist ein Zeichen dafür, daß die objektiven Grundlagen für die proletarische Diktatur im gegenwärtigen Moment nicht gegeben sind.

4. Für die weitere Eroberung der proletarischen Massen für den Kommunismus ist ein Zustand, wo die politische Freiheit unbegrenzt ausgenützt werden, wo die bürgerliche Demokratie nicht als Diktatur des Kapitals auftreten könnte, von der größten Wichtigkeit für die Entwicklung in der Richtung zur proletarischen Diktatur.

5. Die KPD sieht in der Bildung einer sozialistischen Regierung unter Ausschluß von bürgerlich-kapitalistischen Parteien einen erwünschten Zustand für die Selbstbetätigung der proletarischen Massen und ihr Heranreifen für die Ausübung der proletarischen Diktatur.

Sie wird gegenüber der Regierung eine loyale Opposition treiben, solange diese Regierung die Garantien für die politische Betätigung der Arbeiterschaft gewährt, solange sie die bürgerliche Konterrevolution mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft und die soziale und organisatorische Kräftigung der Arbeiterschaft nicht hemmen wird.

Unter loyaler Opposition verstehen wir: keine Vorbereitung zum gewaltsamen Umsturz bei selbstverständlicher Freiheit der politischen Agitation der Partei für ihre Ziele und Losungen.

[23.] März 1920 Zentrale der KPD (Spartakusbund)

Die Rote Fahne (Berlin), 26. März 1920.

107

Vereinbarungen über den Abbruch der Kämpfe im Ruhrgebiet, beschlossen in Bielefeld am 24. März 1920 (Bielefelder Abkommen)

Verhandelt Bielefeld, den 24. März 1920

Die Vertreter aller beteiligten Parteien und Erwerbsgruppen erklären, daß sie ihre Forderungen zur Entwirrung der aus dem Kapp-Putsch entstandenen Lage mit der Verfassung und der Regierung auf Grund folgender Vereinbarung in Einklang bringen wollen:

1. Die anwesenden Vertreter der Regierungsparteien werden bei ihren Fraktionen dafür eintreten, daß bei der bevorstehenden Neubildung der Regierung im Reich und in Preußen die Personenfrage von den Parteien nach Verständigung mit den am Generalstreik beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gelöst und daß diesen Organisationen ein entscheidender Einfluß auf die Neuregelung der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetze eingeräumt wird, unter Wahrung der Rechte der Volksvertretung.

2. Sofortige Entwaffnung und Bestrafung aller am Putsch oder am Sturz der verfassungsmäßigen Regierungen Schuldigen sowie der Beamten, die sich ungesetzlichen Regierungen zur Verfügung gestellt haben.

Es wird Straffreiheit denen gewährt, die in der Abwehr des gegenrevolutionären Anschlages gegen Gesetze verstoßen haben, wenn die Verstöße und Vergehen vor Abschluß dieser Vereinbarungen, spätestens aber bis zum 25. März, vormittags 8 Uhr, erfolgten. Auf eigene Verbrechen gegen Personen und Eigentum findet diese Bestimmung keine Anwendung.

3. Gründliche Reinigung der gesamten öffentlichen Verwaltungen und Betriebsverwaltungen von gegenrevolutionären Persönlichkeiten, besonders solchen in leitenden Stellungen, und Ersatz durch zuverlässige Kräfte. Wiedereinstellung aller in öffentlichen Diensten aus politischen und gewerkschaftlichen Gründen gemaßregelten Organisationsvertreter.

4. Schnellste Durchführung der Verwaltungsreform auf demokratischer Grundlage unter Mitbestimmung auch der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

5. Sofortiger Ausbau der bestehenden und Schaffung neuer Sozialgesetze, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten volle soziale, wirtschaftliche Gleichberechtigung gewährleisten. Schleunige Einführung eines freiheitlichen Beamtenrechts.

6. Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige unter Zugrundelegung der Beschlüsse der Sozialisierungskommission, zu der Vertreter der Berufsverbände hinzuzuziehen sind. Die Einberufung der Sozialisierungskommission erfolgt sofort. Übernahme des Kohlen- und des Kalisyndikats durch das Reich.

7. Auflösung aller der Verfassung nicht treu gebliebenen konterrevolutionären militärischen Formationen und ihre Ersetzung durch Formationen aus den Kreisen der zuverlässigen republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten, ohne Zurücksetzung irgendeines Standes. Bei der Reorganisation bleiben erworbene Rechtsansprüche treu gebliebener Truppen und Sicherheitswehren unangetastet.

Unter die danach aufzulösenden Truppen fallen nach Ansicht der Kommission die Korps Lützow, Lichtschlag und Schulz.

8. Wirksame Erfassung, gegebenenfalls Enteignung der verfügbaren Lebensmittel und verstärkte Bekämpfung des Wuchers und Schiebertums in Stadt und Land. Sicherung der Erfüllung der Ablieferungsverpflichtung durch Gründung von Lieferungsverbänden und Verhängung fühlbarer Strafen bei böswilliger Verletzung der Verpflichtung.

9. Die verfassungsmäßigen Behörden walten ihres Amtes nach den gesetzlichen Vorschriften. Die jetzt bestehenden Vollzugs- oder Aktionsausschüsse haben in Gemeinschaft mit der Gemeindebehörde die Ortswehr aufzustellen und die Waffenabgabe zu regeln. Dies muß spätestens innerhalb [von] 10 Tagen geschehen. Danach tritt an die Stelle jener Ausschüsse ein aus der organisierten Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft und den Mehrheitsparteien gebildeter Ordnungsausschuß, der im Einvernehmen mit den zuständigen Gemeindeorganen bei der Durchführung des Sicherheitsdienstes mitwirkt.

10. Zur Unterstützung der ordentlichen Sicherheitsorgane wird, soweit erforderlich, eine Ortswehr in Stärke bis zu 3 auf 1000 Einwohner aus den Kreisen der republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten, gebildet. Für die Zeit, während welcher sie zum Dienst eingezogen sind, werden sie, soweit nicht der Staat die Kosten übernimmt, von der Gemeinde bezahlt. Durch die Bildung der Ortswehren sind die Einwohnerwehren aufgehoben.

11. Die sämtlichen Beteiligten verpflichten sich, ihren ganzen Einfluß dahin auszuüben, daß die Arbeiterschaft restlos zur gewohnten Arbeit

sofort zurückkehrt. Die Arbeitgeber sind gehalten, die rückkehrenden Arbeiter wieder einzustellen.

12. Es erfolgt sofortige Abgabe der Waffen und Munition sowie die Rückgabe requirierten und erbeuteten Heeresgeräts an die Gemeindebehörden.

13. Alle Gefangenen sind sofort, spätestens bis zum 27. März, mittags 12 Uhr, zu entlassen.

14. Bei loyaler Einhaltung dieser Vereinbarungen wird ein Einmarsch der Reichswehr in das rheinisch-westfälische Industriegebiet nicht erfolgen. Nach der Erklärung des Bevollmächtigten des Wehrkreiskommandos VI und des Reichskommissars wird das Wehrkreiskommando in politisch-militärischen Angelegenheiten nur auf schriftliche Anweisung des gesamten Reichsministeriums handeln. Ferner erklärt der Reichskommissar, daß er einen Vertrauensmann der Arbeiterschaft berufen werde, der bei allen militärisch-politischen Handlungen, über die der Reichskommissar mit zu befinden hat, gehört werden soll.

15. Der verschärfte Ausnahmezustand soll sofort aufgehoben werden, der allgemeine Ausnahmezustand dann, wenn die unter Ziffer 9 bis 12 festgesetzte Regelung erfolgt ist.

16. Herr Reichspostminister Giesberts wird die Frage der Versorgung der Hinterbliebenen und Verletzten dem Reichskabinett vortragen, mit dem Bestreben, daß die Kosten vom Reiche übernommen werden. Die Kommission spricht die Erwartung aus, daß das Reich die Kommunalverbände für alle ihnen aus den Unruhen erwachsenen Kosten und Schäden schadlos hält.

17. Weder den Arbeitern, die an den Kämpfen teilgenommen haben, noch den Mitgliedern der Polizei und Einwohnerwehren und den Mannschaften der Reichswehr dürfen Nachteile oder Belästigungen wegen ihrer Teilnahme erwachsen.

Giesberts (Reichspostminister), Severing, Thielemann, Heinr. Meyer, F. Klupsch, E. Sasse, Cuno, Stens, Imbusch, Kloft, Hamm, Dr. Jarres, Max Herbrig, Paul Oettinghaus, O. Brass, W. Enz, Fritz Charpentier, O. Triebel, Mehlich (Protokollführer)

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv, D. F. VI/13/1.

108

Aus einigen Berichten der Bezirke an die Zentrale der KPD über die Kämpfe während des Kapp-Putsches von Ende März 1920

Bezirk Brandenburg:

Die Landarbeiter standen in vielen Orten sofort an der Seite der Arbeiter in der Stadt. An einigen Orten kamen Landarbeiter sofort bei Ausbruch des Streikes in die Stadt und brachten den Industriearbeitern Waffen, Munition und Lebensmittel. Sammlungen für die Flüchtlinge durch die Landarbeiter finden in den einzelnen Orten jetzt noch statt.

Bezirk Schlesien:

In den meisten Orten wurden gemeinsame Ausschüsse gebildet. Unter dem Militär wurde eine lebhafte Agitation entfaltet, so daß dieses einen Teil der Offiziere absetzte.

Im Waldenburger Gebiet war ebenfalls der Generalstreik allgemein.

Bezirk Erzgebirge-Vogtland:

In Chemnitz erhielten wir am Sonnabend früh die ersten telegrafischen Meldungen von dem Putsch der Kapp-Lüttwitz und der Flucht der Regierung Ebert-Noske. Wir haben sofort zu den Dingen Stellung genommen und in einem Flugblatt die Chemnitzer Arbeiter zum Generalstreik und zur Demonstration auf dem Königsplatz aufgefordert. Der alte Arbeiterrat, in welchem wir sieben Vertreter hatten, nahm zu den Dingen ebenfalls Stellung. Man verständigte sich, einen Aktionsausschuß einzusetzen, der bis zu den Wahlen als Provisorium alle Aktionen einleiten sollte. Inzwischen wurden auf unsere Initiative hin die Einwohnerwehr in eine Arbeiterwehr umgewandelt und die Zeitfreiwilligen entwaffnet. Am Sonnabend wurde eine Publikation des Aktionsausschusses bekanntgegeben, die im „Kämpfer" abgedruckt ist. In diesem Aufruf werden die Arbeiter aufgefordert, am Montag in den Betrieben die Wahlen der Arbeiterräte vorzunehmen. Am Sonntag fand eine verhältnismäßig schlecht besuchte Demonstration statt. Die Wahlen am Montag in den Betrieben ergaben über Erwarten gute Resultate für die KPD. In der Vollversammlung, die am Nachmittag stattfand, stimmten 693 Delegierte für die Liste der KPD, 603 für die Mehrheitssozialisten, 100 für die USP und 94 für die demokratische Liste.

Bezirk Leipzig:

In Bitterfeld war die Stadt anfänglich von den Noskiden beherrscht, da die Arbeiterschaft nicht bewaffnet war. Aber die Arbeiterschaft in den umliegenden Orten hatte ziemlich viel Waffen und hat in der Nähe

von Bitterfeld eine offene Schlacht geschlagen, so daß die Reichswehr fluchtartig Bitterfeld im Stich gelassen hat. Sie haben alles stehengelassen. Die Arbeiter in Bitterfeld sind also auf diese Art noch vollständig bewaffnet worden und hielten dann förmliche Schießübungen ab.

Hettstedt ist ebenfalls in den Händen der Arbeiter. Die Bewaffnung ist dort gut. Sie hatten sich in den alten Arbeiterrat bis zuletzt gerettet und mit seiner Hilfe die Arbeiter bewaffnet. Die Sache steht dort sehr gut, und sie sind dort wohl auch zur Bildung von Arbeiterräten übergegangen.

In Halle ist ziemlich heftig gekämpft worden, und die Arbeiter haben sich tapfer geschlagen. Sie haben Unterstützung von Hettstedt und Merseburg erhalten. Vom Leunawerk und auch von Leipzig sind einige Trupps zu Hilfe geeilt.

Bezirk Magdeburg:

Alle drei Parteien sind gemeinsam in den Kampf getreten. Es bildete sich ein paritätisch zusammengesetzter Aktionsausschuß, zu dem ein Herr der demokratischen Partei hinzugezogen wurde. Wir forderten die Bewaffnung der Arbeiterschaft. SPD und USP wehrten sich dagegen; doch einigte man sich schließlich dahin, daß die Einwohnerwehr verstärkt werden sollte durch organisierte Arbeiter.

Bezirk Thüringen:

Die Dinge kamen in Fluß durch die Genossen vom Thüringer Wald. Es mußte verhindert werden, daß die Waffen und Munition, die dort lagerten, der Militärgewalt in die Hände fielen; dadurch ergab sich von selbst, daß sich die Arbeiter bewaffneten. In Suhl war Reichswehr. Dort kam es zum ersten Kampf. In diesem Kampf wurde die Sicherheitswehr zur Kapitulation gezwungen. Es gab Tote auf seiten der Sicherheitswehr. Die bewaffneten Arbeiter der Walddörfer schlossen sich militärisch zusammen. Die Rote Armee ging dann offensiv vor. So konnte am Mittwoch der Truppenübungsplatz Ohrdruf genommen werden, wo Waffen und Munition in Menge gefunden wurden. Das Lager in Ohrdruf wurde für die Folge Operationsbasis. Zunächst wurde Gotha in Angriff genommen. Der Kampf um Gotha war sehr blutig.

Bezirk Mecklenburg:

Nach Ausbruch des Kapp-Putsches setzte die Bewegung in Mecklenburg besonders unter dem Landproletariat sofort mit großer Schärfe ein. Die Bewaffnung des Landproletariats wurde sofort in Angriff genommen und durchgeführt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Kapp-Leute unter Lettow-Vorbeck sehr starken Anhang haben.

Es wird aus Dassow berichtet: Die Landarbeiter folgten unseren Parolen, sie holten von den umliegenden Gütern die Waffen ab. Es fanden heftige Kämpfe mit den Truppen statt ...

In Rostock vereinigten sich die drei sozialistischen Parteien und nahmen den Kampf mit 2000 bewaffneten Studenten auf. 1000 wurden entwaffnet. Am 18. zogen sich die übrigen vor die Stadt zurück. Es fand ein regelrechtes Gefecht mit den Studenten statt, bei dem die Arbeiter siegreich waren.

Bezirk Rheinland-Westfalen:

Der Generalstreik, bis Dienstag, dem 16., nur als Abwehrstreik gegen den Kapp-Putsch geführt, wächst sich aus zum Generalaufstand gegen Einwohner- und Sicherheitswehren, gegen Reichswehr und Freikorps als bekannt wird, daß sich größere Teile derselben zur Kapp-Regierung bekennen. Nach Hagen und Umgebung rückt das Freikorps Lützow heran, nach Witten, Wetter und Herdecke das Freikorps Lichtschlag, beide bekannt als stockreaktionär und bei der gesamten Arbeiterschaft verhaßt ihres brutalen Auftretens wegen in den Apriltagen des vergangenen Jahres. Ein Teil des Korps Lützow, durch Gegensätze unter den Soldaten innerlich bereits zermürbt, wird bei Hagen nach kurzem Kampf entwaffnet, der Rest desselben Korps von ca. 1000 Mann wird von nunmehr bewaffneten Hagener Arbeitern vernichtend geschlagen und flüchtet in das besetzte Gebiet.

Kleinere Teile des Freikorps Lichtschlag, das vom General von Watter zur Hilfe gesandt wird, werden bereits auf dem Anmarsch von der Arbeiterschaft Wittens, Wetters und Herdeckes mit bloßen Händen entwaffnet, das nachfolgende Gros von seinen Verbindungen abgeschnitten, umzingelt, wird völlig aufgerieben. Die Arbeiterschaft ohne jede Vorbereitung, ohne jede Organisation, plötzlich in den Besitz aller denkbaren modernen Waffen gelangt, empört über den Verrat des Generals v. Watter, der mit den Kappisten konspiriert und die Einwohnerwehren gegen das aufstehende Proletariat mobilisiert, wendet sich nunmehr gegen reaktionäre Truppen jeder Art in allen Orten. Die Bezirke Dortmund, Bochum, Hamm, Essen, Gelsenkirchen und Recklinghausen sind in drei Tagen von der Konterrevolution befreit.

Bezirk Hessen:

Nach Ausbruch des Kapp-Putsches gab der Bezirk Hanau an seine Ortsgruppen sofort folgende Parolen aus:

1. Generalstreik gegen Kapp-Lüttwitz und Noske.
2. Entlassung der politischen Inhaftierten.
3. Aufhebung des Belagerungszustandes.

In Hanau setzte der Generalstreik sofort ein und dauerte bis zum Donnerstag.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv, 3/1/10, Bl. 5, 8, 13, 16, 17, 19, 24, 27, 28 u. 31.

109

Aus der Rede Gustav Stresemanns im Geschäftsführenden Ausschuß der Deutschen Volkspartei am 28. März 1920

Wir waren der Meinung, daß sich Herr Kapp und seine Anhänger nicht würden halten können. Aber wir sagten uns eins: Wenn diese Angelegenheit, die gegen unseren Willen und [unser] Wissen und gegen unsere stärksten Warnungen nun doch gekommen ist, in Schimpf und Schande zum Scheitern kommt, so darf sie nicht so zusammenbrechen, daß mit ihr auch unsere ganze Reichswehr zusammenbricht. Wenn eine Verständigung nicht gelingt, dann ist die Reichswehr unmöglich geworden, und wir bekommen den Übergang zum Bolschewismus. Denn es stand uns auch noch ein weiteres vor Augen, nämlich, daß jetzt ein Gegenstoß von links einsetzen würde, daß also der Kampf nicht mehr zwischen parlamentarischer und angemaßter Regierung gehe, sondern zwischen unseren alten Kultur- und Wirtschaftsformen und dem Bolschewismus ...

In diesem Kampf gegen links stehen wir heute. Am 14. März setzte bereits der Generalstreik ein. Unzweifelhaft ist es, daß alle Angehörigen der Parteien, auf die sich die alte Regierung stützte, zu diesem Generalstreik geblasen haben, und zwar haben auch hier wieder die Demokraten einen großen Eifer gezeigt. Wir haben uns nicht nur nicht daran beteiligt, sondern den Generalstreik auf das schärfste verurteilt. Er ist das zweite Verbrechen, das in diesen Tagen am deutschen Volke begangen wurde. Man weiß nie, wann und in wessen Händen der Generalstreik endet ...

Wir haben schon am Sonntag mit dem Zentrum verhandelt, und wir haben auch der Sozialdemokratie vor Augen geführt, daß es sich nicht um einen Kampf zwischen der alten Regierung und Kapp handele, sondern um einen Kampf gegen den Bolschewismus ...

Es begannen die Verhandlungen mit den Gewerkschaften, und es folgte eine vollkommene Orientierung nach links, in der wir noch stehen und von der wir nicht wissen, wie weit sie führen wird. Augenblicklich stehen jedenfalls wir auf dem Boden der Verteidigung der Verfassung, wenn wir uns dagegen wenden, daß die Abmachung mit den Gewerkschaften die Grundlage unserer zukünftigen Regierungsform werden dürfte ...

Die Entwicklung der Gewerkschaften rückt stark nach links. Der Abg. Legien hat den stärksten Radikalismus gepredigt. Der Einfluß der Gewerkschaften bedeutet also eine verstärkte Gefahr. Das um so mehr, wenn das Heer weiter so zersetzt und zermürbt wird, wie es bisher geschehen ist. Deshalb müssen wir dafür eintreten, das Heer zu stärken und auch seelisch zu unterstützen.

Stresemann: Reden und Schriften.
Politik – Geschichte – Literatur 1897–1926, Erster Bd., Dresden 1926,
S. 321, 323, 324, 325, 326.

110

Aufruf der Zentrale der KPD vom 28. März 1920

Arbeiter, Genossen!

Für die deutsche Revolution ist abermals eine schwere Stunde gekommen. Ihr in Berlin habt auf den Rat eurer Gewerkschaftsführer den Streik abgebrochen. Ihr habt das getan im Vertrauen darauf, daß die Regierung erfülle, was sie zugesagt hatte.

Was versprach die Regierung zu tun? Sie versprach eine Regierung aus neuen Männern, die auch nur den bescheidenen Forderungen der Gewerkschaftsverbände genüge.

Was geschah?

In der Nationalversammlung entstand ein schamloser Kuhhandel, dessen Resultat kein anderes ist, als daß alles bleibt, wie es war.

Sie versprach Verhaftung und Bestrafung der Hochverräter.

Was geschah?

Die ganze Verbrechergesellschaft geht noch vergnügt wie immer Unter den Linden spazieren, nicht einer ist verhaftet. Aber die Kommunisten sitzen noch immer in Schutzhaft und füllen noch immer die Gefängnisse und Zuchthäuser.

Man versprach sofortige Entwaffnung der meuternden Truppen.

Was geschah?

Die Baltikumbanden und die Marinebrigaden sind mit voller Ausrüstung vom Döberitzer Lager ins Lockstedter Lager verlegt worden, „um aufgelöst zu werden". Mußten sie dazu ihre Waffen mitnehmen? Nein, sie liegen in Lockstedt bereit zu einem neuen Verbrechen, wie sie bisher in Döberitz lagen.

Man versprach Auflösung der konterrevolutionären Formationen, der Sicherheitswehren, der Einwohnerwehren.

Und was geschah?

Sie sind alle wieder „verfassungstreu" geworden und „stehen wieder

auf dem Boden der Verfassung" und schwören wieder Eide, die sie morgen wieder brechen werden, und haben wieder den Hauptmann von Pflugk-Harttung, den Mörder von Karl Liebknecht, und den Oberleutnant Marloh, den Mörder der 29 Matrosen, in ihre Reihen aufgenommen.

Und was geschieht noch mehr?

Während man euch, Proletarier, wieder in Schlummer wiegen will, hausen die „treu gebliebenen" Regierungshorden in Mitteldeutschland, morden eure Brüder zu Hunderten. Der weiße Schrecken herrscht in Mitteldeutschland.

Und was geschieht weiter?

Im Ruhrgebiet haben eure Brüder im Kampfe das errungen, was hier die Regierung euch versprach. Dafür will man sie jetzt morden. Man zieht ein ungeheures Heer gegen Rheinland-Westfalen zusammen, um mit Blut die gewonnenen Freiheiten der Arbeiter wieder auszulöschen.

Ja noch mehr. Mit der Entente hat sich die deutsche Regierung verbündet zum gemeinsamen Mordwerk an euren Brüdern in Rheinland-Westfalen.

Arbeiter, Proletarier!

Das wenige, was ihr in den Kämpfen der vergangenen Woche erreicht habt, wird in wenigen Tagen in Nebel vergehen, wenn ihr nicht wißt, euer Recht zu wahren.

Arbeiter, Proletarier!

Es gilt die Rettung eurer Brüder in Mitteldeutschland, es gilt die Rettung eurer Brüder im Rheinland. Es gilt euer eigenes Recht.

Eure Forderungen sind:

A. Militärische Sicherungen

1. Sofortige Entwaffnung und Auflösung der konterrevolutionären Truppen, d. h. der Truppen, die gegen die Arbeiter gekämpft haben und kämpfen.

2. Verhaftung der konterrevolutionären Offiziere und ihre Aburteilung durch ein Arbeitergericht.

3. Sofortige Beschlagnahme sämtlicher Waffen der Bourgeoisie und Übergabe an die Arbeiterräte.

4. Betriebsweise Ausgabe von Waffen an organisierte Arbeiter, Angestellte und Beamte.

5. Bildung von Arbeiterwehren unter zentraler Leitung der Arbeiterräte.

6. Sofortige Freilassung aller, die ihrer politisch-revolutionären Betätigung wegen in Zuchthäuser und Gefängnisse geworfen oder in Schutzhaft genommen worden sind. Strenge Bestrafung aller, die sich der Mißhandlung Gefangener schuldig machten.

B. Politische und wirtschaftliche Maßnahmen

1. Wahl von politischen Arbeiterräten und deren Zusammenfassung über das ganze Reich.

2. Anerkennung und Vervollständigung der Wahlen revolutionärer Betriebsräte in Stadt und Land zur vollen Kontrolle der Produktion, des Handels und Verkehrs. Dabei Berücksichtigung der Angestellten und Beamten entsprechend ihrer Bedeutung zur Kontrolle und Leitung der Produktion.

3. Kontrolle der Ablieferung der Lebensmittel und deren Verteilung an die Bevölkerung durch die Arbeiterräte in Stadt und Land und deren Hilfsorgane (Produktiv- und Konsumgenossenschaften).

28. März 1920

Die Zentrale der
Kommunistischen Partei Deutschlands
(Spartakusbund)

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv, D. F. VI/13.

111

Aus dem Aufruf der Zentrale der KPD vom 8. Mai 1920

An das Proletariat Berlins!

Arbeiter! Genossen!

Die Entente hat einen neuen Generalangriff gegen Sowjetrußland eröffnet. Der verkrachten polnischen Bourgeoisie samt ihren sozialpatriotischen Helfershelfern und dem Abenteurer Petljura, einem ehrsamen Mitglied der Zweiten Internationale, ist der Auftrag [zuteil] geworden, den Angriff gegen die Ukraine zu eröffnen. Sie kämpfen unter der heuchlerischen Losung, das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine vor Sowjetrußland zu retten ...

Arbeiter! Genossen! Das revolutionäre Proletariat aller Länder hat die gebieterische Pflicht, für Sowjetrußland auf die Schanzen zu steigen. Sowjetrußland verlangt nichts als die Möglichkeit des friedlichen kommunistischen Aufbaus.

Die Erhaltung Sowjetrußlands ist nicht nur die Erhaltung der stärksten Stütze, der Rückendeckung für die kommenden proletarischen Revolutionen Mittel- und Westeuropas. Die Möglichkeit friedlichen kommunistischen Aufbaues in Sowjetrußland allein eröffnet den täglich mehr verelendenden Arbeitermassen Mittel- und Westeuropas die Aussicht auf ihren eigenen Aufstieg aus der wirtschaftlichen Verwüstung, die der Weltkrieg hinterlassen hat.

Sowjetrußland allein vermag dem Proletariat der Westländer die Sklavenketten des Ententekapitalismus erleichtern und schließlich zerbrechen zu helfen.

Arbeiter! Genossen! Am nächsten Dienstag gebt in Massen euren Willen kund, daß keine gegenrevolutionäre Macht in Deutschland es wagen soll, sich direkt oder indirekt, aktiv oder passiv am Kesseltreiben gegen Sowjetrußland zu beteiligen. Laßt euch nicht einschläfern durch die Neutralität des Regierungsorgans. Ihr könnt nicht neutral bleiben in einem Kampf um das Schicksal des mächtigen Vorpostens der proletarischen Revolution. Darum erhebt von neuem eure Forderungen:

Engste politische und wirtschaftliche Verbindung mit Sowjetrußland!

Macht euch bereit, mit der größten Energie zu kämpfen!

Gegen jede Unterstützung der Angreifer Sowjetrußlands durch die deutsche Konterrevolution und die konterrevolutionäre Regierung!

Berlin, den 8. Mai 1920

Zentrale der
Kommunistischen Partei Deutschlands
(Spartakusbund)

Die Rote Fahne (Berlin), 9. Mai 1920.

112

Aus den Leitsätzen über die Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution, angenommen auf dem II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau am 24. Juli 1920

1. Die kommunistische Partei ist ein Teil der Arbeiterklasse, und zwar der fortgeschrittenste, klassenbewußteste und deshalb revolutionärste Teil. Die kommunistische Partei entsteht durch die Auslese der besten, klassenbewußtesten, selbstlosesten, weitestblickenden Arbeiter. Die kommunistische Partei hat keine von den Interessen der Arbeiterklasse verschiedenen Interessen. Die kommunistische Partei unterscheidet sich von der gesamten Masse der Arbeiter dadurch, daß sie den ganzen geschichtlichen Weg der Arbeiterklasse überschaut und an allen Wendepunkten dieses Weges nicht die Interessen einzelner Gruppen, einzelner Berufe, sondern die Interessen der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit verteidigt. Die kommunistische Partei ist jener organisatorisch-politische Hebel, mit dessen Hilfe der fortgeschrittenste Teil der Arbeiterklasse die gesamte Masse des Proletariats und des Halbproletariats auf den richtigen Weg führt...

5. Die Kommunistische Internationale weist aufs entschiedenste jene Auffassung zurück, wonach das Proletariat ohne eine eigene selbständige

politische Partei imstande sein soll, seine Revolution durchzuführen. Jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf ...

6. Die wichtigste Aufgabe einer wirklich kommunistischen Partei besteht darin, die engste Fühlung mit den breitesten Massen des Proletariats zu haben.

Um das zu erreichen, müssen die Kommunisten auch in Organisationen arbeiten, die zwar keine Parteiorganisationen sind, aber breite Arbeitermassen erfassen ...

9. Die Arbeiterklasse braucht die kommunistische Partei nicht nur bis zur Eroberung der Macht und nicht nur während der Eroberung der Macht, sondern auch nachher, wenn die Macht bereits in die Hände der Arbeiterklasse übergegangen ist. Die Geschichte der Kommunistischen Partei Rußlands, die in einem gewaltigen Lande drei Jahre an der Macht steht, zeigt, daß die Rolle der kommunistischen Partei nach der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse nicht nur nicht geringer geworden, sondern im Gegenteil außerordentlich gewachsen ist ...

19. ... Die Kommunistische Internationale wird mit jeder parteilosen Arbeiterorganisation zusammenarbeiten, wenn sie einen ernsthaften revolutionären Kampf gegen die Bourgeoisie führen will. Aber die Kommunistische Internationale wird dabei stets die Proletarier der ganzen Welt auf folgendes hinweisen:

1. Die kommunistische Partei ist das Hauptinstrument zur Befreiung der Arbeiterklasse. Wir müssen jetzt in jedem Lande eine kommunistische Partei haben, nicht mehr Gruppen und Strömungen.

2. In jedem Lande darf nur eine kommunistische Partei bestehen.

3. Die kommunistische Partei muß nach dem Prinzip der strengsten Zentralisation aufgebaut werden, in der Epoche des Bürgerkriegs muß sie in ihren Reihen eine militärische Disziplin einführen.

4. Überall, wo auch nur zehn Proletarier oder Halbproletarier vorhanden sind, muß die kommunistische Partei ihre eigene Zelle haben.

5. In jeder parteilosen Organisation muß eine kommunistische Zelle vorhanden sein, die der Gesamtpartei vollkommen untergeordnet sein muß.

6. Indem die kommunistische Partei an dem Programm und der revolutionären Taktik des Kommunismus unerschütterlich festhält, muß sie stets aufs engste mit den großen Arbeiterorganisationen verknüpft sein und Sektierertum ebenso vermeiden wie Prinzipienlosigkeit.

W. I. Lenin: Die Rolle der Kommunistischen Partei
in der proletarischen Revolution. In: Sämtliche Werke,
Bd. XXV, Wien–Berlin (1930), S. 683, 684, 685, 687, 689/690.
Der I. und II. Kongreß der Kommunistischen Internationale.
Dokumente der Kongresse und Reden W. I. Lenins.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1959, S. 154/155, 156, 158, 160, 163.

113

Aus den Statuten der Kommunistischen Internationale, angenommen auf dem II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau am 4. August 1920

Die Kommunistische Internationale, gegründet im März 1919 in der Hauptstadt der Russischen Föderativen Sowjetrepublik, Moskau, erklärt feierlich vor der ganzen Welt, daß sie es auf sich nimmt, das große Werk, das von der I. Internationalen Arbeiterassoziation begonnen wurde, fortzusetzen und zu Ende zu führen ...

Die Kommunistische Internationale bricht ein für allemal mit der Überlieferung der II. Internationale, für die in Wirklichkeit nur Menschen weißer Hautfarbe existierten. Die Kommunistische Internationale stellt sich die Befreiung der Werktätigen der ganzen Welt zur Aufgabe. In den Reihen der Kommunistischen Internationale vereinigen sich brüderlich Menschen weißer, gelber, schwarzer Hautfarbe – die Werktätigen der ganzen Erde.

Die Kommunistische Internationale unterstützt restlos die Errungenschaften der großen proletarischen Revolution in Rußland, der ersten siegreichen sozialistischen Revolution in der Weltgeschichte, und ruft die Proletarier der ganzen Welt auf, denselben Weg zu gehen. Die Kommunistische Internationale verpflichtet sich, jede Sowjetrepublik zu unterstützen, wo immer sie auch geschaffen wird.

Die Kommunistische Internationale weiß: um den Sieg schneller zu erringen, muß die um die Vernichtung des Kapitalismus und für die Schaffung des Kommunismus kämpfende Arbeiterassoziation eine straff zentralisierte Organisation besitzen. Die Kommunistische Internationale muß wirklich und in der Tat eine einheitliche kommunistische Partei der ganzen Welt darstellen. Die Parteien, die in jedem Lande arbeiten, erscheinen nur als ihre einzelnen Sektionen. Der Organisationsapparat der Kommunistischen Internationale muß den Arbeitern jedes Landes die Möglichkeit gewährleisten, in jedem gegebenen Moment die größtmögliche Hilfe von den organisierten Proletariern der übrigen Länder zu erhalten.

Zu diesem Zweck bestätigt die Kommunistische Internationale folgende Punkte der Statuten:

§ 1 Die neue internationale Arbeitervereinigung ist geschaffen zur Organisierung von gemeinsamen Aktionen der Proletarier der verschiedenen Länder, die das eine Ziel anstreben: Sturz des Kapitalismus, Errichtung der Diktatur des Proletariats und einer internationalen Sowjetrepublik zur vollen Beseitigung der Klassen und zur Verwirklichung des Sozialismus, dieser ersten Stufe der kommunistischen Gesellschaft.

§ 2 Die neue internationale Arbeitervereinigung nennt sich: „Kommunistische Internationale".

§ 3 Alle der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien tragen den Namen: „Kommunistische Partei des und des Landes (Sektion der Kommunistischen Internationale)".

§ 4 Die höchste Instanz der Kommunistischen Internationale ist der Weltkongreß aller ihr angehörenden Parteien und Organisationen. Der Weltkongreß tritt regelmäßig einmal jährlich zusammen. Der Weltkongreß allein ist berufen, das Programm der Kommunistischen Internationale zu ändern. Der Weltkongreß berät und beschließt über die wichtigsten Fragen des Programms und der Taktik, die mit der Tätigkeit der Kommunistischen Internationale zusammenhängen. Die Zahl der auf jede Partei oder Organisation entfallenden beschließenden Stimmen wird durch besonderen Kongreßbeschluß bestimmt.

§ 5 Der Weltkongreß wählt das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, welches das leitende Organ der Kommunistischen Internationale in der Zeit zwischen den Weltkongressen der Kommunistischen Internationale ist. Das Exekutivkomitee ist nur dem Weltkongreß verantwortlich.

§ 6 Der Sitz des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale wird jeweils vom Weltkongreß der Kommunistischen Internationale bestimmt.

§ 7 Ein außerordentlicher Weltkongreß der Kommunistischen Internationale kann entweder auf Beschluß des Exekutivkomitees oder auf Verlangen der Hälfte der Parteien, die zur Zeit des letzten Weltkongresses der Kommunistischen Internationale angehört haben, einberufen werden.

§ 8 Die Hauptarbeit des Exekutivkomitees lastet auf der Partei des Landes, wo auf Beschluß des Weltkongresses das Exekutivkomitee seinen Sitz hat. Die Partei des betreffenden Landes entsendet fünf ihrer Vertreter mit beschließender Stimme in das Exekutivkomitee. Außerdem entsenden die 10 bis 13 bedeutendsten kommunistischen Parteien, deren Liste von dem ordentlichen Weltkongreß bestätigt wird, je einen Vertreter mit beschließender Stimme in das Exekutivkomitee. Den anderen in die Kommunistische Internationale aufgenommenen Organisationen und Parteien steht das Recht zu, je einen Vertreter mit beratender Stimme in das Exekutivkomitee zu delegieren.

§ 9 Das Exekutivkomitee leitet die gesamten Arbeiten der Kommunistischen Internationale von einer Tagung bis zur anderen, gibt in mindestens vier Sprachen das Zentralorgan der Kommunistischen Internationale (die Zeitschrift „Kommunistische Internationale") heraus, tritt mit den erforderlichen Aufrufen im Namen der Kommunistischen Internationale

hervor und gibt für alle der Kommunistischen Internationale angehörenden Organisationen und Parteien bindende Richtlinien.

Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale.
Protokoll der Verhandlungen vom 19. Juli in Petrograd
und vom 23. Juli bis 7. August 1920 in Moskau,
Hamburg 1921, S. 600–604.
Der I. und II. Kongreß der Kommunistischen Internationale.
Dokumente der Kongresse und Reden W. I. Lenins.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1959, S. 211, 213.

114

Aus den Leitsätzen über die Bedingungen zur Aufnahme in die Kommunistische Internationale, angenommen auf dem II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau am 6. August 1920

Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale beschließt:

Für die Zugehörigkeit zur Kommunistischen Internationale gelten folgende Bedingungen:

1. Die tagtägliche Propaganda und Agitation muß einen wirklich kommunistischen Charakter tragen und dem Programm und den Beschlüssen der Kommunistischen Internationale entsprechen ...

Die periodische und nichtperiodische Presse und alle Parteiverlage müssen vollkommen dem Zentralkomitee der Partei unterstellt werden, ganz gleich, ob die Partei in ihrer Gesamtheit in dem betreffenden Moment legal oder illegal ist ...

5. Notwendig ist eine systematische und planmäßige Agitation auf dem Lande. Die Arbeiterklasse kann ihren Sieg nicht sichern, wenn sie nicht wenigstens einen Teil der Landarbeiter und armen Bauern für sich gewinnt und einen Teil der übrigen Landbevölkerung durch ihre Politik neutralisiert ...

7. Die Parteien, die der Kommunistischen Internationale angehören wollen, müssen die Notwendigkeit des vollständigen und absoluten Bruchs mit dem Reformismus und mit der Politik der „Zentristen" anerkennen und diesen Bruch in den weitesten Kreisen der Parteimitgliedschaft propagieren. Sonst ist eine konsequente kommunistische Politik unmöglich ...

8. In der Frage der Kolonien und der unterdrückten Nationen müssen die Parteien jener Länder, deren Bourgeoisie Kolonien besitzt und andere Nationen unterdrückt, eine besonders klare, eindeutige Linie verfolgen. Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale angehören will, ist verpflichtet, die Machinationen „ihrer" Imperialisten in den Kolonien schonungslos zu entlarven, jede Freiheitsbewegung in den Kolonien nicht

in Worten, sondern durch Taten zu unterstützen, die Verjagung ihrer eigenen Imperialisten aus diesen Kolonien zu fordern, in den Herzen der Arbeiter ihres Landes wahrhaft brüderliche Gefühle für die werktätige Bevölkerung der Kolonien und der unterdrückten Nationen zu wecken und in der Armee ihres Landes eine systematische Agitation gegen jegliche Unterdrückung der Kolonialvölker zu treiben.

9. Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale angehören will, ist verpflichtet, in den Gewerkschaften, den Arbeiter- und Betriebsräten, Genossenschaften und anderen proletarischen Massenorganisationen systematisch und hartnäckig kommunistische Arbeit zu leisten. Es ist notwendig, in diesen Organisationen kommunistische Zellen zu bilden, die durch langwierige und beharrliche Arbeit die Gewerkschaften usw. für die Sache des Kommunismus gewinnen müssen ...

12. Die der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien müssen nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus aufgebaut sein ...

14. Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale angehören will, ist verpflichtet, jede Sowjetrepublik in ihrem Kampfe gegen die konterrevolutionären Kräfte rückhaltlos zu unterstützen. Die kommunistischen Parteien müssen eine intensive Propaganda unter den Arbeitern treiben, damit diese es ablehnen, Kriegsmaterial zu befördern, das für die Feinde der Sowjetrepubliken bestimmt ist. Sie müssen legal oder illegal Propaganda unter den Truppen treiben, die zur Erdrosselung der Arbeiterrepubliken entsandt werden usw.

W. I. Lenin: Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale. In: Sämtliche Werke, Bd. XXV, Wien–Berlin (1930), S. 694, 695, 696.
Der I. und II. Kongreß der Kommunistischen Internationale.
Dokumente der Kongresse und Reden W. I. Lenins.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1959, S. 237–240.
W. I. Lenin: Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale. In: Werke, Bd. 31, Berlin 1964, S. 194, 195, 196, 197, 198.

115

Gemeinsamer Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der SPD, der USPD und der KPD vom 7. August 1920

Arbeiter, Sozialisten!

Von Tag zu Tag mehren sich die Gerüchte, daß Ententetruppen am Rhein zusammengezogen, daß dort Kriegsmaterial und Lebensmittel angehäuft werden, die dazu bestimmt sind, in dem durch Schuld der polnischen Regierung entfesselten polnisch-russischen Kriege die Polen gegen die russische Rote Armee zu unterstützen.

Erzwingt die Entente den Durchtransport von Truppen und Kriegsmaterial durch Deutschland, so bedeutet dies den Bruch der deutschen Neutralität und hat zur Folge, daß Deutschland Kriegsschauplatz wird.

Die deutsche Arbeiterklasse muß dies mit allen Mitteln verhindern.

Deshalb fordern wir die deutschen Arbeiter auf, den Versuchen der Ententemächte, Truppen, Kriegsmaterial und Munition durch deutsches Gebiet zu transportieren, jegliche Beihilfe zu verweigern. Die Eisenbahner und Transportarbeiter haben die Gefahr bereits erkannt und die größte Wachsamkeit gezeigt.

Sie dürfen der Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft sicher sein.

Wir erwarten mit aller Bestimmtheit, daß auch die französischen und englischen Arbeiter sich ihrer internationalen Pflicht bewußt sind und sie betätigen.

Haltet euch bereit!

Hoch die internationale Solidarität des Proletariats!

Berlin, 7. August 1920

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund)

Die Rote Fahne (Berlin), 8. August 1920.

116

Aus dem Agrarprogramm, angenommen auf dem Vereinigungsparteitag der USPD (Linke) und der KPD in Berlin am 5. Dezember 1920

Es ist klar, daß die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit nicht auf die Städte beschränkt bleiben kann. Die Kapitalsherrschaft lastet noch schwerer als auf dem städtischen auf dem ländlichen Proletariat. Ihr Zusammenbruch droht auch dem Kleinbürgertum den Untergang an.

Das ländliche Proletariat und das Kleinbauerntum sind in ihrem Kampf gegen das Kapital gehemmt durch die örtliche Zersplitterung und die ländliche Abgeschlossenheit. Sie können nur überwunden werden durch das engste Zusammenwirken mit dem städtischen Proletariat.

Im landwirtschaftlichen Großbetrieb ist die sozialistische Produktion vorgebildet durch das Kapital selbst. Es bedarf hier nur des Zerbrechens der Schranken des Privateigentums, der Aneignung des Landes und der Arbeitsmittel durch die Gesellschaft und des innigen Zusammenwirkens

mit der sozialisierten Industrie und [dem sozialisierten] Handel, damit auch hier die sozialistische Arbeitsweise sich entfalten kann. Das Kleinbauerntum und der im kleinbäuerlichen Betrieb bewirtschaftete Großgrundbesitz leiden nicht minder schwer wie das Landproletariat unter dem Druck der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Aber in seiner Betriebsform ist die sozialistische Wirtschaftsweise noch nicht vorgebildet. Sie kann nicht mit Gewalt durchgesetzt werden. Die bürgerliche Wirtschaft hat das bäuerliche Kleineigentum durch einen jahrhundertelangen gewaltsamen Prozeß der wirtschaftlichen Entwurzelung und des Betrugs unterhöhlt, der den Kleinbauern völlig in das Proletariat hinabschleudert oder ihn ein Zwitterdasein zwischen Industrieproletarier und Landproletarier führen läßt, der ihn vom Grund und Boden und seinen Arbeitsmitteln trennt und unter die Fuchtel des Großgrundbesitzers oder des industriellen Unternehmers stellt. Er wurde massenhaft in einen Landtagelöhner oder industriellen Lohnarbeiter verwandelt. Oder sein Landbesitz wurde derart verzwergt oder verschuldet, daß er, als Fußkugel an seinem Bein, ihn in die drückendste Hörigkeit gegenüber dem Großgrundbesitz und dem Industriekapital versetzte. Die Methode der zur Herrschaft gelangten Arbeiterklasse dem Kleinbauern gegenüber kann dagegen nur die der Hilfe und der Erziehung sein, damit er den Weg zum Sozialismus findet. Es gilt, die Lage des Kleinbauern als Kleinbauer wirtschaftlich zu erleichtern durch allseitige Hilfe der sozialisierten Industrie und des [sozialisierten] Handels. Es gilt, den Kleinbauern von der bürokratischen Schreiberzunft, die ihn bevormundete, zu befreien und ihm den Weg zur Verwaltung seiner eigenen Angelegenheiten durch ihn selbst zu eröffnen; es gilt schließlich, die Ansätze der kleinbäuerlichen Genossenschaften auszubauen, damit der Kleinbauer stufenweise zur genossenschaftlichen Produktion auf großer Stufenleiter gelangt.

Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages
der USPD (Linke) und der KPD (Spartakusbund).
Abgehalten in Berlin vom 4. bis 7. Dezember 1920.
Hrsg. von der Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands,
Berlin 1921, S. 237/238.

117

Aus dem „Manifest an das deutsche und internationale Proletariat", angenommen auf dem Vereinigungsparteitag der USPD (Linke) und der KPD in Berlin am 7. Dezember 1920

Die Kommunistische Partei Deutschlands und die linke Mehrheit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben sich zu

einer Partei verschmolzen: der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands. Die deutsche Sektion der Kommunistischen Internationale wird von nun an von einer kompakten Massenpartei vertreten, die imstande sein wird, nicht nur die Ideen des Kommunismus zu vertreten, sondern zum Kampfe für sie die Arbeitermassen aufzubieten. Indem die Vereinigte Kommunistische Partei befähigt sein wird, leitend in den Aktionen des Proletariats voranzuschreiten, wird sie durch die Tat beweisen, daß in ihre Reihen alle wirklich revolutionären Elemente gehören; daß besondere kommunistische Organisationen, wie die KAPD, kein Existenzrecht mehr haben; daß alles, was auf den Schlachtruf des Kommunismus hört, sich zusammenschließen muß in den Kampfreihen der geeinigten Partei. Die Konsolidierung der deutschen Sektion der Kommunistischen Internationale bedeutet einen Schritt vorwärts auf dem Wege der Weltrevolution, denn sie kam zustande nicht durch irgendein „Diktat" von außen, sondern als Ausdruck der inneren Ausreifung, der revolutionären Erstarkung der Vorderreihen der deutschen Arbeiterklasse selbst ...

Jeder Teilsieg, der den Massen auch für einen Augenblick Linderung verschafft – und für länger verschafft er sie ihnen nicht –, wird zu neuen Kämpfen anfeuern. Und jede Niederlage wird sie lehren, daß es keine Rettung aus der Not gibt, bevor der Leichnam des Kapitalismus nicht weggeräumt wird und der schöpferischen Arbeit der befreiten Arbeitermassen Platz macht. Nicht durch Predigten von der Unmöglichkeit der Hebung der Lage der Arbeitermassen unter der Herrschaft des Kapitalismus, sondern durch die energische, warme, rückhaltlose Unterstützung der Teilkämpfe der Arbeitermassen werden wir ihnen beibringen, daß es sich nicht um Reformen, sondern um Revolution handelt ...

In all den Kampfsituationen, die wir herbeiführen oder die kommen werden, gilt es zu verstehen, daß sich jede zum Kampf um die Macht auswachsen kann. Das enthebt die VKPD nicht der Pflicht, in jeder Situation zu prüfen, wie weit wir unsere Linien vorrücken können, aber die Pflicht der Kommunisten ist es gleichzeitig, daß, selbst wo sie in Teilkämpfe eintreten, sie ihr Auge aufs Ganze richten müssen, weil jeder Teilkampf bei dem vulkanischen Boden, den jetzt Europa überhaupt und Deutschland im besonderen darstellt, in den Kampf ums Ganze umschlagen kann. Niemals war die Kommunistische Partei die Partei des Putsches, des Drängens nach dem Losschlagen, wenn die Situation nicht dazu reif war, obwohl sie vor Heidelberg von unmarxistischen, putschistischen Elementen nicht frei war. Aber immer war sie eine Partei der Revolution. Klein, ohne Einfluß auf die breiten Arbeitermassen, hat sie für die Idee der Revolution gekämpft. Jetzt groß, sich auf breite Massen stützend, wird sie

für die Revolution kämpfen. Sie kann nichts anderes tun, denn die Zeit des Sieges der Revolution naht.

Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der USPD (Linke) und der KPD (Spartakusbund). Abgehalten in Berlin vom 4. bis 7. Dezember 1920. Hrsg. von der Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands. Berlin 1921, S. 222, 232–233.

118

Aus den „Richtlinien für die Frauenagitation", angenommen auf dem Vereinigungsparteitag der USPD (Linke) und der KPD in Berlin am 7. Dezember 1920

Die immer unerträglicher werdende Verelendung zwingt das Proletariat zur Beschleunigung des Kampfes um seine vollständige Befreiung, das heißt zum raschen Sturz des Kapitalismus und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats.

2. Diese letzte Phase des Kapitalismus zwingt mehr denn je auch die proletarischen Frauen in den politischen Kampf hinein.

Die Novemberrevolution brachte ihnen die politische Gleichberechtigung mit dem Mann und begann dadurch mit der Zerstörung der Illusion von der formalen Demokratie. Die bürgerliche Demokratie konnte die proletarischen Frauen ebensowenig wie ihre männlichen Klassengefährten wirtschaftlich und gesellschaftlich befreien. Das Privateigentum an Produktionsmitteln blieb bestehen. Damit blieb die Grundlage der Ausbeutung des Proletariats durch die Bourgeoisie.

Als Arbeiterinnen werden die Frauen stärker ausgebeutet als die Männer: durch niedrigeren Lohn, durch stärkeren Raubbau an ihrer Gesundheit, durch vollständige Nichtachtung ihrer besonderen natürlichen Anlagen und Aufgaben als Weib und Mutter.

Als proletarische Hausfrau hat die Frau unmittelbar am schwersten an den Lasten der Lebensmittelnot, Teuerung, Wohnungsnot, Kinderkrankheiten zu tragen.

Das Privateigentum ist aber auch die Wurzel der vollständigen wirtschaftlichen und persönlichen Abhängigkeit vom Manne, ihrer Rechtlosigkeit in der Familie und im öffentlichen Leben. Durch die Aufrechterhaltung des veralteten Haushaltes wird die Frau vollständig versklavt und vom öffentlichen Leben abgesperrt.

3. Nur durch die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsweise, deren Grundlage das Privateigentum ist, und nur durch die Errichtung der kommunistischen Wirtschaft und Gesellschaft kann die Frau ebenso wie der Mann die volle menschliche Freiheit erlangen. Die Vereinigte

Kommunistische Partei führt daher ihren Kampf, der die Befreiung aller Ausgebeuteten und Unterdrückten zum Ziel hat, notwendig auch für die Befreiung der proletarischen Frau. Die proletarischen Frauen müssen daher den Kampf des Proletariats um die politische Macht zu ihrer eigenen, höchsten Sache machen.

4. Die Kommunistische Partei als Vorkämpferin des Proletariats in seinem Befreiungskampfe hat die Aufgabe, alle Kräfte für dieses Ziel aktiv einzusetzen. Sie hat daher die unabweisbare Pflicht, den Frauen des Proletariats den Kampfpreis aufzuzeigen, sie zu Mitkämpferinnen zu erziehen und in die revolutionäre Kampffront einzugliedern.

Das Gesamtinteresse des Proletariats erfordert die Erfüllung dieser Pflicht gegenüber den proletarischen Frauen durch die Kommunistische Partei, weil die Stellungnahme des zahlenmäßig stärksten Teiles der Arbeiterklasse, der Frauen, für oder gegen die proletarische Revolution von entscheidender Bedeutung sein wird, sowohl beim Kampf um die Eroberung und Behauptung der politischen Macht als auch beim Aufbau der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

5. Die Kommunistische Partei hat die Pflicht, die Genossinnen in den Reihen der eigenen Partei als gleichberechtigte Mitglieder mit gleichen Pflichten zu intensivster Parteiarbeit heranzuziehen und für alle Parteiaufgaben so zu schulen, daß die Genossinnen jederzeit, besonders aber in Zeiten politischer Hochspannung, aktiv und selbständig alle Aufgaben, die die Revolution stellt, erfüllen können.

Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages
der USPD (Linke) und der KPD (Spartakusbund).
Abgehalten in Berlin vom 4. bis 7. Dezember 1920.
Hrsg. von der Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands,
Berlin 1921, S. 261/262.

119
Offener Brief der Zentrale der VKPD vom 8. Januar 1921

Offener Brief
an
Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund,
Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände,
Allgemeine Arbeiterunion,
Freie Arbeiterunion (Syndikalisten),
Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands
Die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands hält es für ihre

Pflicht, in einem für das gesamte deutsche Proletariat bedeutsamen und schweren Augenblick sich an alle sozialistischen Parteien und Gewerkschaftsorganisationen zu wenden.

Die fortschreitende Zersetzung des Kapitalismus, die Rückwirkungen der einsetzenden Weltkrise zu den Wirkungen der besonderen deutschen Krise, die fortschreitende Entwertung des Geldes und die in Deutschland noch immer fortschreitende Steigerung der Preise aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände, die zunehmende Arbeitslosigkeit und Verelendung der breiten Massen machen es notwendig, daß die proletarische Klasse sich als Gesamtheit zur Wehr setzt und dabei nicht nur der Industrieproletarier gedenkt, sondern all der Schichten, die, erst jetzt erwachend, sich ihres proletarischen Charakters bewußt werden.

In dieser unerträglichen Situation wird das Proletariat gehalten durch die fortschreitende Reaktion, die in [der] Orgesch, in dem Meuchelmord, in der Justiz, die jeden Meuchelmord deckt, immer neue Fesseln für das Proletariat erfindet und die auf die Uneinigkeit des Proletariats spekuliert.

Die VKPD schlägt daher sämtlichen sozialistischen Parteien und Gewerkschaftsorganisationen vor, sich auf folgender Grundlage zu unmittelbar zu beginnenden, im einzelnen noch näher zu besprechenden Aktionen zusammenzufinden:

I. a) Einleitung von einheitlichen Lohnkämpfen zur Sicherstellung der Existenz der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Verbindung der einzelnen Lohnkämpfe der Eisenbahner, Beamten und Bergleute sowie der anderen Industrie- und Landarbeiter zur geschlossenen Aktion.

b) Erhöhung aller Renten und Pensionen der Kriegsopfer, Rentner und Pensionäre entsprechend den geforderten Lohn- und Gehaltssätzen.

c) Einheitliche Regelung der Arbeitslosenbezüge für das ganze Reich auf der Grundlage der Verdienste der Vollbeschäftigten.

Belastung des Reiches mit der Unterstützung unter ausschließlicher Heranziehung des Kapitals für diese Zwecke.

Kontrolle der Arbeitslosen durch besondere Arbeitslosenräte in Verbindung mit den Gewerkschaften.

II. Maßnahmen zur Verbilligung der Lebenshaltung, nämlich:

a) Abgabe verbilligter Lebensmittel an alle Lohn- und niederen Gehaltsempfänger (Rentenempfänger, Witwen-, Waisengeldempfänger usw.) unter Heranziehung der Konsumvereine und unter Kontrolle der Gewerkschaften und Betriebsräte.

Bereitstellung der Mittel dafür durch das Reich.

b) Sofortige Beschlagnahme aller zur Verfügung stehenden bewohnbaren Räume mit dem Recht nicht nur zwangsweiser Einquartierung, son-

dern auch zwangsweiser Ausquartierung kleiner Familien aus großen Wohnungen oder gar Häusern.

III. Maßnahmen zur Bereitstellung von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen:

a) Kontrolle aller vorhandenen Rohmaterialien, Kohle, Düngemittel durch die Betriebsräte.

Wiederingangsetzung aller stillgelegten Betriebe, soweit sie Bedarfsgegenstände herstellen; Verteilung dieser so hergestellten Gegenstände nach den Grundsätzen zu II a.

b) Kontrolle der Bestellung, der Ernte und des Verkaufs aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse durch Guts- und Kleinbauernräte in Verbindung mit den Landarbeiterorganisationen.

IV. a) Sofortige Entwaffnung und Auflösung aller bürgerlichen Selbstschutzorganisationen und Bildung proletarischer Selbstschutzorganisationen in allen Ländern und Gemeinden.

b) Amnestie für alle Delikte, die aus politischen Motiven oder aus Gründen der bestehenden allgemeinen Not begangen wurden. Freilassung aller politischen Gefangenen.

c) Aufhebung der bestehenden Streikverbote.

d) Sofortige Aufnahme der Handels- und diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland.

Indem wir diese Aktionsgrundlage vorschlagen, verheimlichen wir keinen Augenblick, weder uns selbst noch den Arbeitermassen, daß die von uns aufgestellten Forderungen ihre Not nicht beseitigen können. Ohne auch für einen Augenblick darauf zu verzichten, in den Arbeitermassen den Gedanken an den Kampf um die Diktatur, den einzigen Weg zur Erlösung, weiterzuverbreiten, ohne darauf zu verzichten, die Arbeitermassen in jedem günstigen Moment zum Kampf um die Diktatur aufzufordern und zu führen, ist die Vereinigte Kommunistische Partei bereit, mit anderen Parteien, die sich auf das Proletariat stützen, gemeinsam die Aktion um die oben angeführten Maßregeln durchzuführen.

Wir verbergen die Gegensätze nicht, die uns von den anderen Parteien trennen. Wir erklären vielmehr: Wir wollen von den Organisationen, an die wir uns wenden, nicht ein Lippenbekenntnis zu den vorgeschlagenen Aktionsgrundlagen, sondern die Aktion für die aufgestellten Forderungen.

Wir fragen die Parteien, an die wir uns wenden, nicht: Haltet ihr diese Forderungen für berechtigt? Das setzen wir voraus.

Wir fragen sie: Seid ihr bereit, gemeinsam mit uns für diese Forderungen unverzüglich den rücksichtslosesten Kampf aufzunehmen?

Auf diese klare und eindeutige Frage sehen wir einer ebenso klaren und eindeutigen Antwort entgegen. Die Situation erfordert auch eine

rasche Antwort. Wir erwarten deshalb eine Antwort bis zum 13. Januar 1921.

Sollten die Parteien und die Gewerkschaften, an die wir uns wenden, nicht gewillt sein, den Kampf aufzunehmen, so würde die VKPD sich für verpflichtet erachten, diesen Kampf allein zu führen, und sie ist überzeugt, daß ihr die Arbeitermassen folgen werden. Schon heute wendet sich die VKPD an alle proletarischen Organisationen im Reiche und die sich um sie sammelnden Arbeitermassen mit der Aufforderung, in Versammlungen ihren Willen zur gemeinsamen Abwehr gegen den Kapitalismus und gegen die Reaktion, zur gemeinsamen Verteidigung ihrer Interessen zu bekunden.

Zentrale der
Vereinigten Kommunistischen Partei
Deutschlands

Die Rote Fahne (Berlin), 8. Januar 1921.

120

Aus den „Thesen zur Weltlage und den Aufgaben der Kommunistischen Internationale", angenommen auf dem III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau am 4. Juli 1921

2. ... Die erste Periode der revolutionären Bewegung nach dem Kriege, die durch eine elementare Stoßkraft, durch eine Formlosigkeit der Methoden und Ziele und durch das Hervorrufen einer außerordentlichen Panik innerhalb der herrschenden Klassen charakterisiert war, erscheint als im wesentlichen abgeschlossen. Das Selbstvertrauen der Bourgeoisie als Klasse und die äußerliche Festigkeit ihrer staatlichen Organe erstarkten zweifellos. Der panische Schrecken vor dem Kommunismus ist, wenn auch nicht verschwunden, jedoch abgeschwächt. Die Führer der Bourgeoisie brüsten sich sogar mit der Macht ihres Staatsapparats und sind in allen Ländern zur Offensive gegen die Arbeitermassen übergegangen, sowohl an der wirtschaftlichen als auch an der politischen Front ...

37. Der Krieg endete nicht unmittelbar mit einer proletarischen Revolution. Diese Tatsache betrachtet die Bourgeoisie mit gewissem Rechte als ihren großen Sieg. Nur kleinbürgerliche Verständnislosigkeit kann aber in der Tatsache, daß das europäische Proletariat die Bourgeoisie nicht während des Krieges oder gleich nach Kriegsende stürzte, einen Bankerott des Programms der Kommunistischen Internationale sehen. Der Kurs der Kommunistischen Internationale ist nicht eingestellt auf den Eintritt der proletarischen Revolution zu einem dogmatisch vorherbestimmten Kalen-

derdatum oder auf die Absicht, die Revolution in einer bestimmten Frist mechanisch durchzuführen. Die Revolution war und ist ein Kampf der lebendigen Kräfte auf gegebenen historischen Grundlagen. Die Störung des kapitalistischen Gleichgewichts in der ganzen Welt durch den Krieg schafft günstige Kampfbedingungen für die Kraft der sozialen Revolution. Alle Anstrengungen der Kommunistischen Internationale waren und sind darauf gerichtet, diese Lage vollkommen auszunützen ...

41. Ob nun die revolutionäre Bewegung in der nächsten Periode ein schnelleres oder langsameres Tempo annehmen wird, in beiden Fällen muß die kommunistische Partei eine Aktionspartei bleiben. Sie steht an der Spitze der kämpfenden Massen, sie formuliert klar und deutlich die Kampflosungen, indem sie die immer nachgiebigen, auf Kompromisse berechneten Losungen der Sozialdemokratie enthüllt. Bei allen Wechselfällen des Kampfes ist die kommunistische Partei bestrebt, neue Stützpunkte organisatorisch zu befestigen, die Massen an aktives Manövrieren zu gewöhnen, sie mit neuen Methoden zu wappnen, die auf einen offenen Zusammenstoß mit den Kräften des Feindes hinzielen. Indem jede Ruhepause dazu verwendet wird, sich die Lehren der vorhergehenden Kampfphase anzueignen, ist die kommunistische Partei bestrebt, die Klassenkonflikte zu vertiefen und auszubreiten, sie national und international durch die Einheit des Zieles und der Aktion zu verbinden und auf diese Weise an der Spitze des Proletariats alle Widerstände auf dem Wege zu seiner Diktatur und zur sozialen Revolution zu brechen.

Thesen und Resolutionen des III. Weltkongresses
der Kommunistischen Internationale,
(Moskau, 22. Juni bis 12. Juli 1921),
Hamburg 1921, S. 9, 26/27, 29.

121
Aus den „Thesen über die Taktik", angenommen auf dem III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau am 12. Juli 1921

Die Eroberung des ausschlaggebenden Einflusses auf die Mehrheit der Arbeiterklasse, das Hineinführen ihrer entscheidenden Teile in den Kampf ist gegenwärtig die wichtigste Frage der Kommunistischen Internationale. Denn trotz der objektiv revolutionären ökonomischen und politischen Lage, in der die Schärfe der revolutionären Krisis ganz plötzlich entstehen kann (sei es in einem großen Streik, einem kolonialen Aufstand, einem neuen Krieg oder sogar in einer großen parlamentarischen Krisis usw.) steht die Mehrheit der Arbeiterklasse noch nicht unter dem Ein-

flusse des Kommunismus, insbesondere in solchen Ländern, wo auf Grundlage der starken Macht des Finanzkapitals große Schichten vom Imperialismus korrumpierter Arbeiter existieren (z. B. in England und Amerika) und wo die wirkliche revolutionäre Massenpropaganda erst begonnen hat. Die Kommunistische Internationale hat vom ersten Tage ihrer Bildung an klar und unzweideutig sich zum Zwecke gesetzt nicht die Bildung kleiner, kommunistischer Sekten, die nur durch Propaganda und Agitation ihren Einfluß auf die Arbeitermassen herzustellen suchen, sondern die Teilnahme an dem Kampfe der Arbeitermassen, die Leitung dieses Kampfes in kommunistischem Sinne und die Bildung im Kampfe erprobter, großer revolutionärer kommunistischer Massenparteien. Die Kommunistische Internationale hat schon im ersten Jahre ihrer Existenz die sektiererischen Tendenzen abgelehnt, indem sie die ihr angeschlossenen Parteien – mochten sie noch so klein sein – aufforderte, sich an den Gewerkschaften zu beteiligen, um deren reaktionäre Bürokratie von innen heraus zu überwinden und die Gewerkschaften zu revolutionären Massenorganisationen des Proletariats, zu Organen seines Kampfes zu machen. Schon im ersten Jahre ihrer Existenz hat die Kommunistische Internationale die kommunistischen Parteien aufgefordert, sich nicht in Propagandazirkeln zu verschließen, sondern alle Möglichkeiten, die ihnen die bürgerliche Staatsordnung zur Agitation und Organisation des Proletariats offenzulassen genötigt ist, auszunützen: die Freiheit der Presse, die Koalitionsfreiheit und die bürgerlichen parlamentarischen Institutionen – mögen sie noch so sehr verkümmert sein – zur Waffe, zur Tribüne, zum Sammelplatz des Kommunismus zu machen. Auf ihrem II. Kongreß hat die Kommunistische Internationale die sektiererischen Tendenzen in ihren Resolutionen über die Gewerkschaftsfrage und über die Ausnützung des Parlamentarismus offen abgelehnt. Die Erfahrungen des zweijährigen Kampfes der kommunistischen Parteien haben die Richtigkeit des Standpunktes der Kommunistischen Internationale vollkommen bestätigt. Die Kommunistische Internationale hat durch ihre Politik die Trennung der revolutionären Arbeiter nicht nur von den offenen Reformisten, sondern auch von den Zentristen in einer Reihe von Ländern herbeigeführt. Dadurch, daß die Zentristen eine II½ Internationale gebildet haben, die offen sich mit den Scheidemännern, Jouhaux und Henderson auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale vereinigt, wurde das Kampfterrain für die proletarischen Massen viel übersichtlicher, was die kommenden Kämpfe nur erleichtern wird. Der deutsche Kommunismus wurde dank der Taktik der Kommunistischen Internationale (revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften, Offener Brief usw.) aus einer politischen Richtung, als welche er in die Januar- und Märzkämpfe des Jahres 1919 eintrat, zu einer großen revolutionären Massenpartei. Er hat in den Gewerkschaften

einen Einfluß erworben, der die Gewerkschaftsbürokratie veranlaßte, aus Furcht vor der revolutionären Wirkung der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit, zahlreiche Kommunisten aus der Gewerkschaft auszuschließen und sie nötigte, das Odium der Spaltung der Gewerkschaften auf sich zu nehmen ...

Die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands, die entstand aus der Vereinigung des Spartakusbundes und der linken unabhängigen Arbeitermassen, steht, obwohl schon Massenpartei, vor der großen Aufgabe, ihren Einfluß auf die breiten Massen zu erhöhen und zu verstärken, die proletarischen Massenorganisationen, die Gewerkschaften, zu erobern, den Einfluß der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsbürokratie zu brechen und in den kommenden Kämpfen des Proletariats Führerin der Massenbewegung zu werden. Diese ihre Hauptaufgabe erfordert die Einstellung der ganzen Agitations- und Organisationsarbeit auf die Eroberung der Sympathien der Mehrheit der Arbeiterschaft, ohne die bei der Macht des deutschen Kapitals kein Sieg des Kommunismus in Deutschland möglich ist. Dieser Aufgabe wurde die Partei weder was die Breite der Agitation noch was ihren Inhalt anbetrifft bisher gerecht. Sie verstand auch nicht, konsequent den Weg zu beschreiten, den sie durch den „Offenen Brief" betrat, den der Entgegenstellung der praktischen Interessen des Proletariats und der verräterischen Politik der sozialdemokratischen Parteien und der Gewerkschaftsbürokratie. Ihre Presse und ihre Organisation trägt noch zu sehr den Stempel der Vereins- und nicht der Kampforgane und -organisation. Die darin zum Ausdruck gelangten, noch nicht völlig überwundenen zentristischen Tendenzen führten einerseits dazu, daß die Partei, gestellt vor die Notwendigkeiten des Kampfes, zu ihm jäh, ohne genügende Vorbereitung überging, und daß sie nicht genügend die Notwendigkeit der geistigen Verbindung mit den nichtkommunistischen Massen im Auge behielt. Die Aktionsaufgaben, vor die die VKPD durch den Prozeß der Zerrüttung der deutschen Wirtschaft, durch die Offensive des Kapitals gegen die Lebenshaltung der Arbeitermassen bald gestellt sein wird, können nur dann gelöst werden, wenn die Partei die Aufgaben der Agitation und Organisation denen der Aktion, der Tat, nicht entgegenstellt, sondern den Geist der Kampfbereitschaft in ihren Organisationen ständig wach hält, wenn sie ihre Agitation zu einer wirklich volkstümlichen macht, wenn sie ihre Organisation so aufbaut, daß sie durch ihre Verbindung mit den Massen die Fähigkeit in sich entwickelt, die Kampfsituationen aufs sorgfältigste abzuwägen und die Kämpfe sorgfältig vorzubereiten.

Die Parteien der Kommunistischen Internationale werden zu revolutionären Massenparteien, wenn sie den Opportunismus, seine Überreste und seine Traditionen, in ihren Reihen dadurch überwinden, daß sie sich

eng mit den kämpfenden Arbeitermassen zu verbinden suchen, ihre Aufgaben aus den praktischen Kämpfen des Proletariats schöpfen, in diesen Kämpfen ebenso die opportunistische Politik der Vertuschung und Verkleisterung der unüberbrückbaren Gegensätze ablehnen und gleichzeitig jede revolutionäre Phrase ablehnen, die den Einblick in das reale Kräfteverhältnis verschließt, die Schwierigkeiten des Kampfes übersehen läßt ...

An Stelle des Minimalprogrammes der Reformisten und Zentristen setzt die Kommunistische Internationale den Kampf um konkrete Bedürfnisse des Proletariats, um ein System von Forderungen, die in ihrer Gesamtheit die Macht der Bourgeoisie zersetzen, das Proletariat organisieren, Etappen im Kampfe um die proletarische Diktatur bilden und deren jede für sich dem Bedürfnis der breitesten Massen Ausdruck verleiht, auch wenn diese Massen noch nicht bewußt auf dem Boden der proletarischen Diktatur stehen.

Thesen und Resolutionen des III. Weltkongresses
der Kommunistischen Internationale,
(Moskau, 22. Juni bis 12. Juli 1921),
Hamburg 1921, S. 35/36, 43–47.

122

Aus den „Leitsätzen über den organisatorischen Aufbau der kommunistischen Parteien, über die Methoden und den Inhalt ihrer Arbeit", angenommen auf dem III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau am 12. Juli 1921

I. Allgemeines.

1. Die Organisation der Partei muß den Bedingungen und dem Zweck ihrer Tätigkeit angepaßt sein. Die Kommunistische Partei soll die Avantgarde, der führende Vortrupp des Proletariats sein für alle Phasen seines revolutionären Klassenkampfes und der späteren Übergangsperiode zur Verwirklichung des Sozialismus, dieser ersten Stufe der kommunistischen Gesellschaft.

2. Es kann keine absolut richtige, unveränderliche Organisationsform für die kommunistischen Parteien geben. Die Bedingungen des proletarischen Klassenkampfes sind in einem unaufhörlichen Wandlungsprozeß Änderungen unterworfen, und diesen Änderungen entsprechend soll auch die Organisation der Avantgarde des Proletariats dauernd nach zweckmäßigen Formen suchen. Gleichfalls werden durch die historisch bestimmte Eigenart jedes einzelnen Landes besondere Anpassungsformen für die Organisation der einzelnen Parteien bedingt.

Diese Differenzierung hat aber bestimmte Grenzen. Die trotz aller Eigenart existierende Gleichheit in den Bedingungen des proletarischen Klassenkampfes in den verschiedenen Ländern und in den verschiedenen Phasen der proletarischen Revolution ist für die internationale kommunistische Bewegung von grundlegender Bedeutung. Sie ergibt die gemeinsame Grundlage für die Organisation der kommunistischen Parteien aller Länder.

Auf dieser Grundlage gilt es, die Organisation der kommunistischen Parteien zweckmäßig weiterzuentwickeln, nicht aber nach der Gründung irgendwelcher neuer Musterparteien an Stelle der schon existierenden zu streben oder nach einer absolut richtigen Organisationsform oder nach idealen Statuten zu suchen.

3. Die meisten kommunistischen Parteien und somit die Kommunistische Internationale als Gesamtpartei des revolutionären Proletariats der Welt, haben in ihren Kampfesbedingungen das gemeinsam, daß sie noch gegen die herrschende Bourgeoisie zu kämpfen haben. Der Sieg über diese, die Eroberung der Macht aus den Händen der Bourgeoisie, ist für sie alle bis auf weiteres der entscheidende, richtunggebende Hauptzweck.

Für alle Organisationsarbeit der kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern ist demgemäß durchaus entscheidend der Gesichtspunkt, eine solche Organisation aufzubauen, die den Sieg der proletarischen Revolution über die besitzenden Klassen ermöglicht und sichert.

4. Die Zweckmäßigkeit erfordert bei jeder gemeinsamen Aktion eine Führung. Vor allem ist sie nötig für den größten Kampf der Weltgeschichte. Die Organisation der kommunistischen Partei ist die Organisation der kommunistischen Führung in der proletarischen Revolution.

Um gut führen zu können, braucht die Partei selbst auch eine gute Führung. Unsere organisatorische Grundaufgabe ist demgemäß: Bildung, Organisierung und Erziehung einer unter tüchtigen führenden Organen tätigen kommunistischen Partei zum tüchtigen Führer der proletarischen revolutionären Bewegung.

5. Die Führung des revolutionären Klassenkampfes setzt bei der kommunistischen Partei und bei ihren führenden Organen die organische Verbindung von größtmöglicher Schlagkraft und größter Anpassungsfähigkeit an die sich verändernden Kampfesbedingungen voraus.

Die erfolgreiche Führung setzt außerdem unbedingt die engste Verbindung mit den proletarischen Massen voraus. Ohne diese Verbindung wird die Führerschaft die Massen nicht führen, sondern bestenfalls hinter ihnen hergehen.

Diese organischen Verbindungen werden in der kommunistischen Parteiorganisation durch den demokratischen Zentralismus erstrebt.

II. Über den demokratischen Zentralismus.

6. Der demokratische Zentralismus in der kommunistischen Parteiorganisation soll eine wirkliche Synthese, Verschmelzung des Zentralismus und der proletarischen Demokratie sein. Diese Verschmelzung ist nur auf der Grundlage der ständigen gemeinschaftlichen Tätigkeit, des ständigen gemeinschaftlichen Kampfes der gesamten Parteiorganisation erreichbar.

Die Zentralisation in der kommunistischen Parteiorganisation bedeutet keine formale und mechanische Zentralisation, sondern eine Zentralisation der kommunistischen Tätigkeit, d. h. die Bildung einer starken, schlagfertigen und zugleich auch anpassungsfähigen Führung ...

III. Über die Arbeitspflicht der Kommunisten.

8. Die kommunistische Partei soll eine Arbeitsschule des revolutionären Marxismus sein. Durch die tägliche gemeinschaftliche Arbeit in den Parteiorganisationen werden die organischen Verbindungen zwischen den verschiedenen Teilen und zwischen den einzelnen Mitgliedern angeknüpft.

Thesen und Resolutionen des III. Weltkongresses
der Kommunistischen Internationale,
(Moskau, 22. Juni bis 12. Juli 1921),
Hamburg 1921, S. 106/107, 109.

123

Aus der „Resolution zu den Beschlüssen des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale", angenommen auf dem 7. Parteitag der KPD in Jena am 25. August 1921

Der Parteitag stellt sich auf den Boden der Beschlüsse des dritten Weltkongresses und ist bereit, die Partei auf die Durchführung der Beschlüsse einzustellen ...

Der Parteitag anerkennt die Berechtigung der in den Thesen enthaltenen Kritik an der Märzaktion und wird die Lehren dieser Aktion bei den kommenden Kämpfen anwenden ...

Diese Lehren sind:

1. Genaue Analyse der konkreten Situation und sorgfältige Vorbereitung aller Kämpfe. Engste Verbindung der Partei mit den breiten Massen. Entfesselung von Kämpfen für Ziele, die für jeden Arbeiter verständlich sind.

2. Sorgfältiger Ausbau und Durchdringung der Organisation mit einheitlichem Kampfgeist. Eiserne Kampfesdisziplin.

3. Überwindung gleichermaßen aller Reste opportunistischer, zu Passi-

vität neigender Tendenzen wie auch der Politik revolutionärer Ungeduld und wortradikaler Phrase.

Angesichts dieser klaren Lehren der Märzaktion muß die Kritik der Vergangenheit in den Parteidiskussionen jetzt der Besprechung und Verwirklichung der nächsten Aufgaben weichen.

Bericht über die Verhandlungen des 2. [7.] Parteitages
der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der Kommunistischen Internationale).
Abgehalten in Jena vom 22. bis 26. August 1921.
Hrsg. von der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands.
Berlin 1922, S. 408/409.

124

Aus dem Manifest an die Werktätigen in Stadt und Land, angenommen auf dem 7. Parteitag der KPD in Jena am 26. August 1921

Schaffende Männer und Frauen in Stadt und Land!

Sammelt euch um die Forderungen, die sich jedem Werktätigen aufdrängen, die heute schon die Forderungen von Millionen sind:

1. Eine allgemeine, prozentuale, gleichmäßige Erhöhung aller Löhne, Gehälter, Invalidenrenten und Unterstützungen. Die Erhöhung muß außer den jetzigen Preissteigerungen auch die Verelendung gegenüber der Vorkriegszeit und der werktätigen Bevölkerung in anderen kapitalistischen Ländern ausgleichen. Wir halten eine allgemeine Erhöhung um 100 Prozent für das zunächst Mindestnotwendige.

2. Eine Ersetzung des Lohnausfalls der Kurzarbeiter zu zwei Dritteln von den Unternehmern (Punkt 7 der zehn Forderungen des ADGB).

3. Weitere besondere Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenslage der Arbeitslosen (Punkt 1, 6, 8, 9 der Forderungen des ADGB).

4. Eine wirklich durchgreifende, die unteren Einkommens- und Vermögensstufen schonende, dagegen die großen Vermögen und Einkommen um so schärfer erfassende Vermögens- und Einkommenssteuer. Dabei müssen alle Einkommen unter 24 000 Mark und alle Vermögen unter 100 000 Mark von jeder Besteuerung frei bleiben. Die steuerfreie Einkommens- und Vermögensgrenze ist für jedes Steuerjahr neu festzusetzen.

5. Die Wegsteuerung aller Erbschaften und Nachlässe, die den Wert von 100 000 Mark übersteigen, mit Ausnahme derjenigen, die zur Erhaltung und Weiterführung der Wirtschaft der selbstarbeitenden Bauern und Kleinhandwerker notwendig sind.

6. Die Beschlagnahme der Vermögen aller früheren Fürstenhäuser und der am Völkermord beteiligten Heerführer und Staatsmänner.

7. Die Einstellung der Zinszahlung der Staatsschulden unter Schonung der kleinen Zeichner.

8. Die Streichung aller Ausgaben, die der Aufrechterhaltung der Unterdrückungsorgane des bürgerlichen Klassenstaates dienen, insbesondere der Ausgaben für die Reichswehr, Polizei und Klassenjustiz.

9. Sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern, Ostpreußen und Mitteldeutschland.

10. Freilassung aller politischen Gefangenen. Niederschlagung aller Prozesse gegen revolutionäre Arbeiter.

11. Wirkliche Auflösung und Entwaffnung aller illegalen Kampforganisationen der Bourgeoisie (Orgesch, Stahlhelm usw.). Bildung eines Selbstschutzes der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Landarbeiter, der Kleinbauern.

12. Einstellung der industriellen Produktion auf die Bedürfnisse zum Wiederaufbau Sowjetrußlands und zur Nutzbarmachung der Rohstoffschätze Rußlands für den Aufbau der deutschen und europäischen Wirtschaft ...

Schaffende Männer und Frauen Deutschlands!

Die herrschenden Klassen haben den Kampf gegen die räuberischen Forderungen der Entente aufgegeben. Alle Parteien, selbst die Deutschnationalen, in donnernden Worten fressen sie täglich die Entente auf, praktisch machen sie die Politik der Unterwerfung unter die Ententeforderungen mit. Wir Kommunisten haben uns geweigert, den Namen der deutschen Arbeiterklasse unter das Diktat der Ententeräuber zu setzen. Wir rufen euch nicht auf zu einem Rachekrieg. Er würde dem werktätigen Volke in Deutschland wie in den Ententeländern nur neue Wunden schlagen. Wir rufen euch auf zum Fortschreiten auf dem einzigen Wege, an dessen Ende der Versailler Vertrag zerrissen werden kann, wie der Vertrag von Brest-Litowsk zerrissen worden ist. Das ist der Weg des revolutionären Kampfes, gemeinsam mit den Arbeitern, den Schaffenden aller Länder, insbesondere mit den Proletariern der Ententeländer selbst, gemeinsam mit der Kommunistischen Internationale. Nur Arbeiterfäuste diesseits und jenseits des Rheins und des Kanals können den Blutvertrag in Stücke reißen.

Bericht über die Verhandlungen des 2. [7.] Parteitages
der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der Kommunistischen Internationale).
Abgehalten in Jena vom 22. bis 26. August 1921.
Hrsg. von der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands,
Berlin 1922, S. 412–414.

125

Aus den „Richtlinien für die Organisation der kommunistischen Arbeit in den Gewerkschaften", angenommen auf dem 7. Parteitag der KPD in Jena am 26. August 1921

2. Alle Parteimitglieder sind anzuhalten, sich gewerkschaftlich zu organisieren und in ihren Organisationen im Sinne der kommunistischen Grundsätze zu wirken. Funktionäre der Partei können nur solche Mitglieder werden, die gewerkschaftlich organisiert sind. Ausgenommen sind nur solche Mitglieder, für die eine Berufsorganisation nicht besteht und die wegen ihres Wirkens als Kommunisten aus den Gewerkschaften ausgeschlossen sind. Den nichtsozialistischen Gewerkschaften dürfen Parteigenossen nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Bezirksleitung angehören und nur zu dem Zwecke, dort in einer den Verhältnissen angepaßten Form im Sinne des Kommunismus zu wirken. Parteimitglieder, die für den Austritt aus den Gewerkschaften Propaganda machen, verstoßen gegen grundlegende Parteibeschlüsse und sind aus der Partei auszuschließen ...

IV. Was geschieht mit den Ausgeschlossenen?

Wo trotz aller Bemühungen unserer Genossen, den organisatorischen Streitfragen aus dem Wege zu gehen und die Einigkeit aufrechtzuerhalten, ein Hauptvorstand durch diktatorische Maßnahmen ganze Ortsgruppen ausschließt, haben die Ausgeschlossenen klar und deutlich zu erklären, daß sie sich nach wie vor als zugehörig zur Gesamtorganisation betrachten und entschlossen sind, die Organisation in der bisherigen Weise weiterzuleiten. In jedem Fall ist an die Kontrollinstanzen und in letzter Linie an den Verbandstag zu appellieren. Die ausgeschlossenen Ortsvereine und Einzelmitglieder der Gewerkschaften halten durch die Bezirksfraktion und die Gewerkschaftsabteilung bei der Zentrale der KPD ihre Verbindung untereinander aufrecht. Sie sind verpflichtet, unter allen Umständen nach wie vor in innigster Verbindung mit den Fraktionen der zugehörigen gewerkschaftlichen Organisationen für die Revolutionierung und Eroberung derselben zu arbeiten. Die Gewaltakte der Hauptvorstände, die erfahrungsgemäß sehr vielen Arbeitern das konterrevolutionäre Wesen der Gewerkschaftsbürokratie enthüllen, müssen in objektiver Weise der Arbeiterschaft des ganzen Reiches bekanntgemacht und agitatorisch ausgenützt werden. Die Fraktionen sind verpflichtet, die ausgeschiedenen Mitglieder zur regsten Mitarbeit heranzuziehen.

Bericht über die Verhandlungen des 2. [7.] Parteitages
der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der Kommunistischen Internationale).
Abgehalten in Jena vom 22. bis 26. August 1921.
Hrsg. von der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands,
Berlin 1922, S. 425, 426/427.

126

Aus dem „Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands", angenommen auf dem Parteitag der SPD in Görlitz am 23. September 1921

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes in Stadt und Land. Sie erstrebt die Zusammenfassung aller körperlich und geistig Schaffenden, die auf den Ertrag eigener Arbeit angewiesen sind, zu gemeinsamen Erkenntnissen und Zielen, zur Kampfgemeinschaft für Demokratie und Sozialismus ...

Die Sozialdemokratische Partei ist entschlossen, zum Schutz der errungenen Freiheit das Letzte einzusetzen. Sie betrachtet die demokratische Republik als die durch die geschichtliche Entwicklung unwiderruflich gegebene Staatsform, jeden Angriff auf sie als ein Attentat auf die Lebensrechte des Volkes.

Die Sozialdemokratische Partei kann sich aber nicht darauf beschränken, die Republik vor den Anschlägen ihrer Feinde zu schützen. Sie kämpft um die Herrschaft des im freien Volksstaat organisierten Volkswillens über die Wirtschaft, um die Erneuerung der Gesellschaft im Geiste sozialistischen Gemeinsinns. Die Überführung der großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe in die Gemeinwirtschaft und darüber hinaus die fortschreitende Umformung der gesamten kapitalistischen Wirtschaft zur sozialistischen, zum Wohl der Gesamtheit betriebenen Wirtschaft erkennt sie als notwendige Mittel, um das schaffende Volk aus den Fesseln der Kapitalherrschaft zu befreien, die Produktionserträge zu steigern, die Menschheit zu höheren Formen wirtschaftlicher und sittlicher Gemeinschaft emporzuführen.

In diesem Sinne erneuert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihr im Erfurter Programm niedergelegtes Bekenntnis: Sie kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller, ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Sie führt diesen Kampf in dem Bewußtsein, daß er das Schicksal der Menschheit entscheidet in nationaler wie in internationaler Gemeinschaft, in Reich, Staat und Gemeinde, in Gewerkschaften und Genossenschaften, in Werkstatt und Haus.

Für diesen Kampf gelten die folgenden Forderungen:

Wirtschaftspolitik

Grund und Boden, die Bodenschätze sowie die natürlichen Kraftquellen, die der Energieerzeugung dienen, sind der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Volksgemeinschaft zu überführen. Gesetzliche Maßnahmen gegen die Extensivierung oder das gänz-

liche Unbenutztlassen landwirtschaftlicher Bodenflächen oder deren Verschwendung zu privaten Luxuszwecken. Kontrolle des Reichs über den kapitalistischen Besitz an Produktionsmitteln, vor allem über die Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts. Fortschreitender Ausbau der Betriebe des Reichs, der Länder und der öffentlichen Körperschaften unter demokratischer Verwaltung unter Vermeidung der Bürokratisierung. Förderung der nicht auf Erzielung eines Profits gerichteten Genossenschaften. Ausgestaltung des wirtschaftlichen Rätesystems zu einer Vertretung der sozialen und wirtschaftspolitischen Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Sozialpolitik

Einheitliches Arbeitsrecht. Sicherung des Koalitionsrechts. Wirksamer Arbeiterschutz: gesetzliche Festlegung eines Arbeitstages von höchstens acht Stunden, Herabsetzung dieser Arbeitszeit in Betrieben mit erhöhten Gefahren für Leben und Gesundheit. Äußerste Einschränkung der Nachtarbeit für Männer. Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche. Verbot der Arbeit von Frauen und Jugendlichen in besonders gesundheitsschädlichen Betrieben sowie an Maschinen mit besonderer Unfallgefahr. Verbot jeder Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder. Überwachung aller Betriebe und Unternehmungen. Eine wöchentliche, ununterbrochene Ruhepause von mindestens 42 Stunden. Jährlicher Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes. Unterstützung aller Bestrebungen zur Beseitigung der Übelstände der Heimarbeit und ihre Aufhebung, wo es ohne schwere wirtschaftliche Schädigung der Heimarbeiter möglich ist. Umbau der sozialen Versicherung zu einer allgemeinen Volksfürsorge. Auf diesen Grundlagen Förderung des internationalen Arbeiterschutzes.

Allgemeines Recht der Frauen auf Erwerb.

Sicherung und Ausbau der staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Rechte der Beamten.

Planmäßige, den sozialen Bedürfnissen der Arbeiterklasse angepaßte Bevölkerungspolitik. Besondere Fürsorge für kinderreiche Familien.

Finanzen

Sicherung und Weiterbildung der Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern, ihre Anpassung an die Wertveränderungen und an die Leistungsfähigkeit des werbenden Kapitals. Erbrecht des Reichs bei entfernteren Verwandtschaftsgraden, Pflichtteil des Reichs, abgestuft nach der Zahl der Erben. Wirksame Verfolgung der Steuerhinterziehung und Kapitalflucht. Schonung der Arbeitskraft und Belastung jedes verschwenderischen Überverbrauchs. Beteiligung der öffentlichen Gewalten am Vermögen der kapitalistischen Erwerbsunternehmungen.

Verfassung und Verwaltung

Sicherung der demokratischen Republik. Festigung der Reichseinheit. Ausbau des Reichs zum organisch gegliederten Einheitsstaat. Selbstverwaltung der Gemeinden und der zu höheren Selbstverwaltungskörpern gesetzlich organisierten Gemeindeverbände (Kreise, Bezirke, Provinzen). Überordnung der demokratischen Volksvertretung über die berufsständischen Organisationen. Demokratisierung aller staatlichen Einrichtungen. Vollständige verfassungsmäßige und tatsächliche Gleichstellung aller über 20 Jahre alten Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, der Herkunft und der Religion.

Gemeindepolitik

Schaffung einer einheitlichen Gemeindeordnung für Stadt und Land sowie eines einheitlichen Gemeindevertreterkörpers. Initiative und Volksabstimmung in den Gemeinden. Unterstellung aller Gemeindebeamten unter die Gemeindevertretung. Wahl der Bürgermeister auf Zeit. Bildung und Förderung großer und leistungsfähiger Kommunaleinheiten. Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf das Recht der Beanstandung ungesetzlicher Verwaltungsakte der Gemeinde, Beseitigung des Bestätigungsrechtes der Aufsichtsbehörden für Gemeindeorgane. Reichsgesetzliche Freigabe der kommunalen Sozialisierung.

Rechtspflege

Überwindung der herrschenden privatrechtlichen durch eine soziale Rechtsauffassung. Unterordnung des Vermögensrechts unter das Recht der Person und das Recht der sozialen Gemeinschaft. Kampf gegen Klassenjustiz, entscheidende Mitwirkung gewählter Volksrichter in allen Zweigen der Justiz. Erziehung zu allgemeiner Rechtskenntnis, volkstümliche Gesetzessprache. Zusammensetzung des Richterstandes aus allen Volksklassen, Mitwirkung der Frauen in allen Justizämtern. Neuordnung des juristischen Bildungsganges in sozialistischem Geiste. Übertragung der gesamten Justiz auf das Reich. Berufung in Strafsachen. Reichsgesetzliche Regelung des Strafvollzugs. Schutz- und Erziehungs-, nicht Vergeltungsstrafrecht. Abschaffung der Todesstrafe.

Kultur- und Schulpolitik

Recht aller Volksgenossen an den Kulturgütern. Oberstes Erziehungsrecht der Volksgemeinschaft.

Religion ist Privatsache, Sache innerer Überzeugung, nicht Parteisache, nicht Staatssache: Trennung von Staat und Kirche.

Ausgestaltung der Schule zur weltlichen Einheitsschule. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lernmittel und der Verpflegung in den Schulen.

Umwandlung der Schulen in Lebens- und Arbeitsgemeinschaften der Jugend mit weitgehender Selbstverwaltung. Gemeinsame Erziehung beider Geschlechter durch beide Geschlechter. Mitarbeit pädagogisch hervorragend begabter Laien, verantwortliche Mitwirkung der Eltern an der Schulerziehung und Schulaufsicht durch Elternräte.

Erziehung des heranwachsenden Menschen in der Familie, in der Schule und der freien Jugendbewegung zum bewußten Glied der sozialen Volks- und Menschheitsgemeinschaft, zu den Idealen der Republik, der sozialen Pflichterfüllung und des Weltfriedens.

Jugendhilfe (als selbständiges, öffentliches Arbeitsgebiet mit eigenen beamteten Organen), beginnend mit dem werdenden Kind und endend mit dem Eintritt der Volljährigkeit.

Bildungsstätten für erwachsene Volksgenossen als freie Arbeitsgemeinschaften zum Aufbau einer lebendigen Volkskultur.

Völkerbeziehungen und Internationale

Internationaler Zusammenschluß der Arbeiterklasse auf demokratischer Grundlage als beste Bürgschaft des Friedens.

Ein Völkerbund, der kein die Völkerbundsatzungen anerkennendes Volk ausschließt und in dem die Parlamente aller Länder durch Delegierte nach der Stärke der Parteien vertreten sind. Ausbau des Völkerbundes zu einer wahrhaften Arbeits-, Rechts- und Kulturgemeinschaft. Entscheidung aller internationalen Streitigkeiten durch ein internationales Gericht. Selbstbestimmung der Völker im Rahmen des für alle gleichmäßig geltenden internationalen Rechts. Völkerrechtlicher Schutz aller nationalen Minderheiten nach dem Grundsatz vollkommener Gegenseitigkeit. Internationale Abrüstung unter Garantie des Völkerbundes, Herabsetzung der Wehrmacht in allen Staaten auf das Maß, das die innere Sicherheit der Staaten und die Erzwingung internationaler Verpflichtungen durch gemeinschaftliches Vorgehen des Völkerbundes erfordert. Unterstellung aller Kolonien und Schutzgebiete unter die Oberhoheit des Völkerbundes. Durchführung des Grundsatzes der offenen Tür für alle wirtschaftlichen Austauschgebiete. Demokratisierung und Vereinfachung der diplomatischen Vertretungen der Staaten.

Revision des Friedensvertrags von Versailles im Sinne wirtschaftlicher Erleichterung und Anerkennung der nationalen Lebensrechte.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Abgehalten in Görlitz vom 18. bis 24. September 1921,
Berlin 1921, S. III–VI.

127

Aus den zehn Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes vom 15. November 1921

1. Beteiligung des Reiches an den Sachwerten. Die Aktiengesellschaften haben 25 v. H. ihres Aktienkapitals auf das Reich zu übertragen. Die kleineren gewerblichen Unternehmungen und die Landwirtschaft sind durch eine Steuer, deren Erträgnisse der Veränderung des Geldwertes angepaßt sind, in gleicher Höhe zu belasten.

2. Sozialisierung des Kohlenbergbaues zur Erhöhung der Kreditfähigkeit des Reiches.

3. Neuordnung der Verkehrsunternehmungen mit dem Ziele, sie in kürzester Zeit wirtschaftlich zu gestalten.

4. Schärfste Erfassung der Exportdevisen durch Ausbau der Außenhandelskontrolle.

5. Beschränkung der Einfuhr auf das Lebensnotwendige.

6. Erhöhung der Ausfuhrabgaben bis zur völligen Erfassung der Valutagewinne.

7. Beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers.

8. Sofortige Einziehung der bisherigen Steuern, insbesondere der Einkommensteuer. Die Steuerpflichtigen müssen verpflichtet werden, den Betrag ihrer eigenen Veranlagung sofort an die Finanzämter abzuliefern. Bleibt diese Zahlung bis zu einer Grenze von 25 v. H. hinter ihrer Einkommensteuerpflicht zurück, so haben sie nach der definitiven Veranlagungsentscheidung des Finanzamtes den Rest mit 5 v. H. Zinsen abzuführen. Ist die Selbstveranlagung unter diesem Betrage zurückgeblieben, so haben sie für diese Summe eine Verzinsung von 30 v. H. zu zahlen. Die Umsatzsteuer ist von den Steuerpflichtigen in monatlichen Abschlagszahlungen abzuführen.

9. Scharfe Besteuerung der durch Devisen und Effektengeschäfte erzielten Gewinne.

10. Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des AfA-Bundes rufen alle organisierten Arbeiter und Angestellten sowie die zentralen und örtlichen Organe der freien Gewerkschaften auf, mit allem Nachdruck für dieses Mindestprogramm einzutreten und für seine Durchführung ihre ganze organisatorische Kraft zu entfalten.

Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen
Gewerkschaftsbundes (Berlin), 1921, Nr. 48, S. 679.

128

Aus der Resolution zur politischen Lage und zur Politik der KPD, angenommen vom Zentralausschuß der KPD am 17. November 1921

Die nächsten großen Aufgaben der Partei sind:

1. die Ausdehnung und Zusammenfassung der wirtschaftlichen Kämpfe (Lohnkämpfe);

2. der Kampf um die Steuern, in deren Mittelpunkt die Erfassung der Goldwerte unter Arbeiterkontrolle steht;

3. eine umfassende Kampagne zur Verhinderung der Stinneskoalition im Reiche.

Diese Aufgaben der Partei sind zugleich Aufgaben, die der gesamten Arbeiterschaft durch die zunehmende Verelendung und das Vordringen des Großkapitals gestellt sind. Die KPD weiß sich eins mit den breitesten Massen außerhalb der eigenen Partei, die in zunehmendem Maße sich zu einer geschlossenen Kampffront für diese Ziele sammeln. Die Kundgebung des ADGB für die Erfassung der Goldwerte erfolgte bereits unter dem Druck der einsetzenden Massenbewegung gegen die Stinneskoalition und die Versklavung durch die Großbourgeoisie.

Die KPD wird ihren ganzen Einfluß aufbieten, um den letzten Arbeiter in diesem Kampfe zu mobilisieren und zu verhindern, daß die unausbleiblichen Auseinandersetzungen zwischen Arbeiterschaft und Bourgeoisie erneut versanden.

Die konsequente Durchführung dieses Kampfes ist für die Arbeiterschaft weder unter einer Stinnesregierung noch unter irgendeiner bürgerlichen Regierung möglich. Der Kampf gegen die Stinneskoalition muß daher von der Partei in allen Stadien geführt werden (Massendemonstrationen, Massenstreiks, evtl. Auflösung des Reichstages).

Das Verhältnis der Kommunisten zu einer evtl. neuen Regierung (sozialistische Regierung, Arbeiterregierung), die als Ergebnis solcher parlamentarischer und außerparlamentarischer Kämpfe zustande kommt, wird abhängen von der politischen Gesamtsituation und von den politischen Aufgaben, die eine solche Regierung aufstellen wird.

Die KPD läßt keinen Zweifel darüber, daß sie eine sozialistische Regierung, die sich die Durchführung der von den Massen aufgestellten Forderungen zum Ziele setzt, bei jedem Schritt wirklich proletarischer Politik mit allen Mitteln unterstützen wird. Die Partei wird alle Kraft daransetzen, durch Mobilisierung der Massen die sozialistische Regierung in der Wahrung proletarischer Interessen vorwärtszutreiben, was im Verlaufe der sich verschärfenden Kämpfe zwischen Bourgeoisie und Proletariat zur Sprengung des parlamentarischen Rahmens führen muß.

Die Voraussetzung einer solchen Entwicklung ist zunächst, daß die

gesamte Arbeiterklasse außerhalb des Parlaments den Kampf um ihre Forderungen aufnimmt. In diesem Kampfe allein kann die Einheitsfront der arbeitenden Massen sich voll entwickeln.

Die Rote Fahne (Berlin), 22. November 1921.

129

Aus den Leitsätzen des EKKI über die Einheitsfront der Arbeiter vom 18. Dezember 1921

8. Angesichts dieser Lage ist die Exekutive der Kommunistischen Internationale der Meinung, daß die Parole des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale „Zu den Massen" und die allgemeinen Interessen der kommunistischen Bewegung überhaupt von den kommunistischen Parteien und der Kommunistischen Internationale als Ganzes die Unterstützung der Parole der Einheitsfront der Arbeiter und die Übernahme der Initiative in dieser Frage fordern. Dabei muß natürlich die Taktik der kommunistischen Parteien im Zusammenhang mit den Verhältnissen eines jeden Landes konkretisiert werden.

9. In Deutschland hat die Kommunistische Partei auf ihrer letzten Reichskonferenz die Parole der Einheitsfront der Arbeiter unterstützt und sich bereit erklärt, eine einheitliche Arbeiterregierung zu unterstützen, die geneigt ist, einigermaßen ernst den Kampf gegen die Macht der Kapitalisten aufzunehmen. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale hält diesen Beschluß für unbedingt richtig und ist überzeugt, daß die KPD bei voller Wahrung ihrer selbständigen politischen Stellung in breitere Arbeiterschichten einzudringen und den Einfluß des Kommunismus auf die Massen zu verstärken vermag ...

18. Als Hauptbedingungen, die für die kommunistischen Parteien aller Länder gleich und unbedingt ultimativ sind, hält die Exekutive der Kommunistischen Internationale die absolute Selbständigkeit und die völlige Unabhängigkeit jeder kommunistischen Partei, die dieses oder jenes Übereinkommen mit den Parteien der II. und II½. Internationale trifft, und zwar volle Freiheit in der Darlegung ihrer Anschauungen und in der Kritik der Gegner des Kommunismus. Während die Kommunisten sich den Prinzipien der Aktion fügen, sollen sie dabei unbedingt das Recht und die Möglichkeit bewahren, nicht nur vor und nach der Aktion, sondern, wenn nötig, auch während der Aktion ihre Meinung über die Politik aller Organisationen der Arbeiterklasse ohne Ausnahme zu äußern. Ein Aufgeben dieser Bedingung ist unter keinen Umständen zulässig. Die Parole der größtmöglichsten Einheit aller Arbeiterorgani-

sationen in jeder praktischen Aktion gegen die kapitalistische Front unterstützend, können die Kommunisten indessen keinesfalls von der Darlegung ihrer Anschauungen Abstand nehmen, die allein der konsequente Ausdruck der Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse als Ganzes sind ...

21. Indem die Exekutive der Kommunistischen Internationale den hier dargelegten Plan aufstellt, weist sie alle Bruderparteien auch auf die Gefahren hin, mit denen er unter Umständen verbunden sein kann. Nicht alle kommunistischen Parteien sind genügend ausgebaut und gefestigt, nicht alle haben mit der zentristischen und halbzentristischen Ideologie gänzlich gebrochen. Es sind Fälle von Überschreitungen möglich, Tendenzen, die tatsächlich die Auflösung der kommunistischen Parteien und Gruppen in einem einheitlichen formlosen Block bedeuten würden. Um die neue Taktik mit Erfolg für die Sache des Kommunismus durchzuführen, ist es notwendig, daß die kommunistischen Parteien, die diese Taktik durchführen, stark und fest zusammengeschlossen sind und daß ihre Führung sich durch ideelle Klarheit auszeichnet ...

Thesen und Resolutionen des IV. Weltkongresses
der Kommunistischen Internationale,
Moskau, vom 5. November bis 5. Dezember 1922,
Hamburg 1923, S. 21, 24–27.

130

Aus der Resolution zur politischen Lage
und zu den nächsten Aufgaben der Partei,
angenommen vom Zentralausschuß der KPD am 23. Januar 1922

In der Erkenntnis, daß eine Arbeiterregierung gegenüber einer offenen oder verkappten Stinnesregierung die Möglichkeit einer politischen Machterweiterung des Proletariats bedeutet (z. B. durch Auflösung der legalen und illegalen gegenrevolutionären Verbände, Umwandlung der Polizei und Justiz zu Klassenorganen des Proletariats, Freilassung der verurteilten Revolutionäre, Erweiterung der Rechte der Betriebsräte usw.), ist die KPD bereit, unter bestimmten Voraussetzungen in eine Arbeiterregierung, sei es im Reiche, sei es in den Ländern, einzutreten. Der Eintritt der Kommunisten in eine solche Arbeiterregierung hängt ab von dem Kampfwillen der Arbeitermassen und der sich auf diese Massen stützenden Parteien sowie von den realen Möglichkeiten, die gegeben sind, um die Arbeitermacht zu befestigen und auszudehnen.

Stößt eine Landesarbeiterregierung bei der Wahrnehmung proletarischer Klasseninteressen auf das Hindernis bestehender Verfassungsbestim-

mungen und sogenannter Reichsrahmengesetze, so darf sie diese nicht zum billigen Vorwand für eine feige Untätigkeit nehmen. Sie darf vielmehr auch nicht vor einem Konflikt mit der Reichsregierung zurückschrekken, wenn es sich um die Durchsetzung von Forderungen handelt, die der Unterstützung aller Arbeiter und Arbeiterorganisationen gewiß sind. Nur energisches, entschlossenes Handeln im Sinne proletarischer Machterweiterung vermag die Landesarbeiterregierung zu einem proletarischen Vorposten gegenüber der Stinnesregierung im Reiche zu machen. Sie hat dabei auch die Aufgabe, alles zu tun, um die Bildung einer Arbeiterregierung im Reiche zu fördern.

Die Stellung der Kommunisten zur Politik der Arbeiterregierung ist nicht nur eine parlamentarische, sondern in erster Linie eine außerparlamentarische Angelegenheit. Das Interesse des gesamten Proletariats macht es unbedingt erforderlich, alle Maßnahmen der Arbeiterregierung, daher auch den Staatshaushaltplan, noch ehe sie im Parlament zur Beratung gelangen, in allen Arbeiterorganisationen (Parteien, Gewerkschaften, Betriebs- und Betriebsräteversammlungen, Genossenschaften, Mieter- und Kriegsbeschädigtenorganisationen usw.) kritisch durchzuberaten. Insbesondere muß die Streichung aller arbeiterfeindlichen Ausgaben und die Erhöhung der Ausgaben für soziale und kulturelle Zwecke verlangt werden. Ferner sind die Ausgaben für die staatliche Exekutivgewalt, solange diese im Klassenkrieg gegen das Proletariat verwendet wird, von den Vertretern der Arbeiterschaft abzulehnen.

Die Rote Fahne (Berlin), 25. Januar 1922.

131

Der Vertrag von Rapallo vom 16. April 1922

Die Deutsche Regierung, vertreten durch Reichsminister Dr. Walther Rathenau,

und

die Regierung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, vertreten durch Volkskommissar Tschitscherin, sind über nachstehende Bestimmungen übereingekommen:

Artikel 1

Die beiden Regierungen sind darüber einig, daß die Auseinandersetzung zwischen dem Deutschen Reich und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik über die Fragen aus der Zeit des Kriegszustandes zwischen Deutschland und Rußland auf folgender Grundlage geregelt wird:

a) Das Deutsche Reich und die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik verzichten gegenseitig auf den Ersatz ihrer Kriegskosten sowie auf den Ersatz der Kriegsschäden, d. h. derjenigen Schäden, die ihnen und ihren Angehörigen in den Kriegsgebieten durch militärische Maßnahmen einschließlich aller im Feindesland vorgenommenen Requisitionen entstanden sind. Desgleichen verzichten beide Teile auf den Ersatz der Zivilschäden, die den Angehörigen des einen Teiles durch die sogenannten Kriegsausnahmegesetze oder durch Gewaltmaßnahmen staatlicher Organe des anderen Teiles verursacht worden sind.

b) Die durch den Kriegszustand betroffenen öffentlichen und privaten Rechtsbeziehungen, einschließlich der Frage der Behandlung der in die Gewalt des anderen Teiles geratenen Handelsschiffe, werden nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit geregelt werden.

c) Deutschland und Rußland verzichten gegenseitig auf Erstattung der beiderseitigen Aufwendung für Kriegsgefangene. Ebenfalls verzichtet die Deutsche Regierung auf Erstattung der von ihr für die in Deutschland internierten Angehörigen der Roten Armee gemachten Aufwendungen. Die Russische Regierung verzichtet ihrerseits auf Erstattung des Erlöses aus von Deutschland vorgenommenen Verkäufen des von diesen Internierten nach Deutschland gebrachten Heeresgutes.

Artikel 2

Deutschland verzichtet auf die Ansprüche, die sich aus der bisherigen Anwendung der Gesetze und Maßnahmen der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik auf deutsche Reichsangehörige oder ihre Privatrechte sowie auf die Rechte des Deutschen Reichs und der Länder gegen Rußland sowie aus den von der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik oder ihren Organen sonst gegen Reichsangehörige oder ihre Privatrechte getroffenen Maßnahmen ergeben, vorausgesetzt, daß die Regierung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik auch ähnliche Ansprüche dritter Staaten nicht befriedigt.

Artikel 3

Die diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik werden sogleich wieder aufgenommen. Die Zulassung der beiderseitigen Konsuln wird durch ein besonderes Abkommen geregelt werden.

Artikel 4

Die beiden Regierungen sind sich ferner auch darüber einig, daß für die allgemeine Rechtsstellung der Angehörigen des einen Teiles im Ge-

biete des anderen Teiles und für die allgemeine Regelung der beiderseitigen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen der Grundsatz der Meistbegünstigung gelten soll. Der Grundsatz der Meistbegünstigung erstreckt sich nicht auf die Vorrechte und Erleichterungen, die die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik einer Sowjetrepublik oder einem solchen Staat gewährt, der früher Bestandteil des ehemaligen Russischen Reiches war.

Artikel 5

Die beiden Regierungen werden den wirtschaftlichen Bedürfnissen der beiden Länder in wohlwollendem Geiste wechselseitig entgegenkommen. Bei einer grundsätzlichen Regelung dieser Frage auf internationaler Basis werden sie in vorherigen Gedankenaustausch eintreten. Die Deutsche Regierung erklärt sich bereit, die ihr neuerdings mitgeteilten, von Privatfirmen beabsichtigten Vereinbarungen nach Möglichkeit zu unterstützen und ihre Durchführung zu erleichtern.

Artikel 6

Die Artikel 1b und 4 dieses Vertrags treten mit der Ratifikation, die übrigen Bestimmungen dieses Vertrags treten sofort in Kraft.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in Rapallo am 16. April 1922.

gez. Rathenau gez. Tschitscherin

Reichsgesetzblatt (Berlin), 1922, Teil II, Nr. 18, S. 677, 678.
Günter Rosenfeld: Sowjetrußland und Deutschland 1917–1922, Berlin 1960, S. 391–393.

132

Aus einem Telegramm Friedrich Eberts an die deutsche Delegation in Genua vom 19. April 1922

Beurteile Lage in Einklang mit hiesigen maßgebenden Persönlichkeiten sehr ernst ... Bitte folgende Möglichkeit prüfen: Entente soll unter unserer Mitwirkung mit Russen weiter verhandeln. Gelingt Entschädigung für Privatansprüche zu erreichen, so fällt automatisch Artikel 2 deutsch-russischen Vertrages und Bahn für Allgemeinabkommen ist frei.

Deutsches Zentralarchiv Potsdam,
Büro des Reichspräsidenten, Nr. 687, Bl. 302.
Zit. nach: Günter Rosenfeld: Sowjetrußland und Deutschland 1917–1922, Berlin 1960, S. 396.

133
Aus dem Aufruf der KPD zum Abschluß des Vertrages von Rapallo von Ende April 1922

Die russische Delegation hat Deutschland die Hand gereicht und einen gerechten, für beide Völker vorteilhaften Vertrag mit Deutschland geschlossen.

Die deutsche Delegation hat diesen Vertrag nur aus Furcht vor ihrer völligen Ausschaltung von den Verhandlungen unterzeichnet.

Die SPD mit Ebert an der Spitze hat sich dem Abschluß des Vertrages beharrlich widersetzt. Jetzt, nach seinem Abschluß, wo selbst bürgerliche Blätter gestehen, daß er vier Jahre früher abgeschlossen werden mußte, jetzt, wo ihn jeder deutsche Arbeiter begrüßt, bekämpft die Presse einer Arbeiterpartei, der SPD, voran der „Vorwärts", den Vertrag weiter und beweist damit nochmals, daß sie weder die Interessen noch den Willen der Arbeiterschaft vertritt.

Die Wirth-Regierung und jede bürgerliche Regierung Deutschlands wird diesen Vertrag nur verwirklichen, soweit es Lloyd George erlaubt und es ihre eigenen Profite erfordern werden.

Nur das deutsche Proletariat und eine von ihm erkämpfte Arbeiterregierung werden am Wiederaufbau Sowjetrußlands ehrlich mitarbeiten.

Je mehr Sowjetrußland wirtschaftlich erstarkt, um so mehr wird es die deutsche Arbeiterschaft mit Rohstoffen und Lebensmitteln versorgen können. Das Schicksal des deutschen Proletariats ist mit dem Schicksal Sowjetrußlands unzertrennlich verbunden.

Arbeiter, Arbeiterinnen!

Wenn ihr die russische Revolution unterstützen, wenn ihr eure Zukunft sichern wollt, erkämpft an Stelle der Koalitionsregierung eine Arbeiterregierung, die – statt Steuerlasten für das Proletariat – die Sachwerte erfaßt, die die Unternehmeroffensive abschlägt und den deutsch-russischen Vertrag in die Tat umsetzt.

Landeshauptarchiv Magdeburg, Oberpräsidium Magdeburg,
C 20 Ib, Nr. 4774, Bl. 30.

134
Aus der Erklärung Reichskanzler Joseph Wirths im Reichstag vom 29. Mai 1922

Wer den Rapallovertrag sorgfältig und ohne Voreingenommenheit durchliest, muß gestehen, daß der Vertrag von Rapallo ein ehrliches, aufrich-

tiges Friedenswerk ist. Es ist im gewissen Sinne ein vorbildlicher Friedensvertrag.

In diesem Friedensvertrag gibt es weder Besiegte noch gibt es Sieger. Es ist die vollkommene Liquidierung der aus dem Kriegszustand herrührenden gegenseitigen Forderungen.

Verhandlungen des Reichstags, I. Wahlperiode 1920,
Bd. 355, Berlin 1922, S. 7675.

135

Resolution zur Bildung von Industriegewerkschaften, angenommen auf dem 11. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands (1. Bundestag des ADGB) in Leipzig am 24. Juni 1922

Die allgemeine ökonomische Entwicklung vollzieht sich in schnellem Tempo zu großen industriellen Unternehmungen und damit zur Konzentration kapitalistischer Kräfte. Der großindustrielle Entwicklungsprozeß hat weiter dazu geführt, daß eine Trennung der Unternehmungen auf rein beruflicher Grundlage mehr und mehr in den Hintergrund tritt. An ihre Stelle sind Industrieunternehmungen getreten, die im Produktionsprozeß eine Reihe einzelner Fachgruppen einheitlich umfassen. Die organische Zusammenfassung kapitalistischer Kräfte geht jedoch darüber hinaus. Sie beginnt mit der Erzeugung und Gewinnung der Rohstoffe. Die Erzeugung und Gewinnung von Rohstoffen, ihre weitere Verarbeitung und [die] Ausnutzung der sich ergebenden Nebenprodukte, der Transport und Verkauf der Ware stehen vielfach in engster Verbindung.

Dieser Entwicklungsgang wird von kapitalistischer Seite mit allen Kräften gefördert. Das zeigt sich in der Verbindung zusammenhängender oder verwandter Industriezweige, darüber hinaus in der Bildung von Konzernen, die mehr und mehr das ganze Wirtschaftsleben beeinflussen. Bei handwerksmäßigen Betrieben treten noch vielfach Kleinunternehmer hervor. Die Arbeiter der verschiedenen Handwerksberufe sind jedoch öfter an einem gemeinsamen Arbeitsplatz beschäftigt, so im Baugewerbe. Auch bei den handwerksmäßigen Betrieben vollzieht sich ein engerer organisatorischer Zusammenschluß.

Im Kampfe der Gewerkschaften um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen muß deshalb dem straff organisierten Unternehmertum eine in große, leistungsfähige Industrieorganisationen zusammengefaßte Arbeiterschaft entgegengestellt werden. Der Gewerkschaftskampf wird benachteiligt und ein einheitliches Arbeiten aufs äußerste erschwert, wenn mehrere Berufsorganisationen in einer Industriegruppe ihr Betätigungsfeld erblicken. Dasselbe trifft zu, wenn bei Tarifverhandlungen einem Unter-

nehmer oder einer einheitlichen Unternehmergruppe eine Anzahl von Berufsorganisationen gegenüberstehen. Dies führt zu einem unnötigen Verbrauch an Kräften und Mitteln.

Die an die Gewerkschaften gestellten Anforderungen sind in den letzten Jahren gewaltig gestiegen. Die Aufgaben der Betriebsräte sowie die Wirtschaftsfragen und die mit allen Kräften anzustrebende Sozialisierung können nicht genügend auf der Grundlage des einzelnen Berufs gefördert werden. Das kann erfolgreich nur durch Industrieorganisationen geschehen.

Aus allen diesen Gründen hält der 11. Deutsche Gewerkschaftskongreß eine grundlegende Änderung der bisherigen Gewerkschaftsformen und des damit verbundenen Gewerkschaftsrechts für notwendig. Für große zusammenhängende Industrien, z. B. Bergbau, Hütten- und Metallindustrie, Baugewerbe, graphisches Gewerbe, Transport- und Verkehrsgewerbe, öffentliche Betriebe und Verwaltungen, Textilindustrie, Leder herstellende oder verarbeitende Industrie, Holzindustrie, Lebens- und Genußmittelindustrie, Land- und Forstwirtschaft einschließlich Weinbau und Gärtnerei, sind einheitliche Industrieverbände anzuerkennen oder zu schaffen. Dies geschieht durch den Zusammenschluß der heute noch vorhandenen Berufsorganisationen.

Ausgehend von dieser Anschauung, beauftragt der Kongreß den Vorstand und Ausschuß des ADGB in kürzester Frist eine Vorlage auszuarbeiten, die einen organischen Aufbau von Industrieverbänden, deren Abgrenzung usw. vorsieht. Diese Vorlage ist zunächst den beteiligten Gewerkschaften zur weiteren Beratung zu überweisen.

Protokoll der Verhandlungen
des elften Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands
(1. Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes).
Abgehalten zu Leipzig vom 19. bis 24. Juni 1922,
Berlin 1922, S. 534/535.

136

Vorschlag der Zentrale der KPD an die Leitungen der USPD und der SPD als Verhandlungsgrundlage für die Organisierung gemeinsamer Protestaktionen gegen die Ermordung Walther Rathenaus vom 24. Juni 1922

1. Sofortiges Verbot sämtlicher nationalistischer Kundgebungen.
2. Sofortige tatsächliche Auflösung sämtlicher monarchistischer und nationalistischer Organisationen.

3. Sofortige Entlassung aller monarchistischen Offiziere der Reichswehr und der Schupo sowie der höheren Beamten und Richter.

4. Sofortiger Rücktritt Gesslers und Beseitigung von Seeckts aus der Reichswehr.

5. Sofortige Verhaftung von Ludendorff, Escherich und allen Orgeschführern.

6. Sofortige Amnestie für alle revolutionären Arbeiter.

7. Verbot der zu Meuchelmord und gegen die Republik hetzenden monarchistischen Presse.

8. Sofortige Einsetzung von besonderen Gerichten aus organisierten Arbeitern, Angestellten und Beamten mit dem Rechte der Verhaftung und Aburteilung aller monarchistischen und arbeiterfeindlichen Straftaten.

9. Energische Durchführung des Bielefelder Abkommens, insbesondere des 8. Punktes über die Arbeiterwehr.

10. Aufhebung der Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten vom 24. Juni 1922 und Ersetzung durch eine Verordnung im Sinne der vorstehenden 9 Punkte, die sich einseitig nur gegen die monarchistische Hetze richtet und deren Durchführung nicht in den Händen der Landeszentralstelle liegt.

11. Zur Kontrolle der Durchführung dieser Verordnung Bildung von Kontrollorganen der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die von einer sofort einzuberufenden Betriebsrätevollversammlung an allen Orten des Reiches und zentral zusammengefaßt durch einen Betriebsrätekongreß zu wählen sind.

12. Proklamierung des Generalstreikes im Reiche bis zur Durchführung der obigen 11 Forderungen.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv, 3/1/17, Bl. 69.

137

Gemeinsame Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, der SPD, der USPD und der KPD „Zur Verteidigung der Republik und der Grundrechte der Arbeitnehmerschaft" vom 27. Juni 1922 (Berliner Abkommen)

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in Ausführung des Beschlusses des Leipziger Gewerkschaftskongresses sich mit dem Vorstand des AfA-Bundes und den drei politischen Arbeiterparteien in Verbindung gesetzt. In gemeinschaftlicher Beratung sind von den Unterzeichneten folgende Forderungen beschlossen worden:

An die Reichsregierung und den Reichstag!

Das Gesetz zum Schutz der Republik muß enthalten:

Sofortiges Verbot und strenge Bestrafung jeder monarchistischen oder antirepublikanischen Agitation in Wort, Bild oder Schrift. Bestrafung auch derjenigen, die solche Agitation oder Angriffe auf die Republik und ihre Organe irgendwie verherrlichen, belohnen oder begünstigen.

Verbot und sofortige Auflösung aller monarchistischen oder antirepublikanischen Verbindungen.

Verbot der monarchistischen Fahnen und Farben. Sofortige Beseitigung aller monarchistischen Embleme in den öffentlichen Gebäuden und Anstalten.

Bestrafung jedes Angriffs in Tat, Wort oder Schrift auf die republikanischen Farben und Fahnen.

Strenge Vorschriften zur Säuberung der Regierungsstellen und Behörden, einschließlich der Gerichte und der Reichswehr, von allen monarchistischen oder antirepublikanischen Elementen. Aufhebung derjenigen Rechte, die dieser Säuberung entgegenstehen.

Verbot des Waffentragens außerhalb des Dienstes.

Verbot des Uniformtragens für ehemalige Offiziere.

Untersagung weiterer Ernennung von Reserveoffizieren.

Einsetzung eines außerordentlichen Gerichtshofes in Berlin, dessen Kammern aus je einem Richter und 6 Laienbeisitzern bestehen werden, die vom Reichspräsidenten zu ernennen sind.

Übertragung der Anklageerhebung an einen vom Reichsjustizminister zu ernennenden republikanischen Reichskommissar.

Schaffung einer Reichsexekutive, insbesondere einer Reichskriminalpolizei.

Vorschriften zur Erleichterung der Verhaftung und Anordnung sofortiger Verhaftung solcher Personen, die gegen Gesetze zum Schutze der Republik verstoßen.

Bestimmungen über Beschlagnahme und Einziehung des Vermögens der Verurteilten sowie über Entziehung von Pensionen und Bezügen.

Die Geltungsdauer des Gesetzes ist zunächst auf zwei Jahre festzusetzen. Vom Reichstage erwarten wir, daß er dieses Gesetz in kürzester Frist verabschiedet und nicht früher auseinandergeht, bis es in Kraft getreten ist.

Unabhängig hiervon fordern wir sofortige Amnestie im Reiche und in den Ländern für alle wegen politischer Vergehen Verurteilten, mit Ausnahme derjenigen, die im Sinne dieses Gesetzes strafbare Handlungen begangen haben. Amnestie auch für die aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks zur Verantwortung Gezogenen, Einstellung aller aus demselben Anlaß eingeleiteten Disziplinarverfahren.

Die politischen Arbeiterparteien haben sich verpflichtet, diese Forderungen gemeinsam durchzusetzen und alle Maßnahmen der Regierung zur Erreichung dieses Zieles zu unterstützen.

Von den Gewerkschaftsmitgliedern und den gesamten Arbeitnehmern Deutschlands verlangen wir jetzt absolute Einigkeit, geschlossene Disziplin, festen Willen und Bereitschaft zur Unterstützung unseres Vorgehens, sobald wir sie dazu aufrufen.

Von den Gewerkschaften und Arbeiterparteien des Auslandes, die uns wiederholt ihre Unterstützung zur Erhaltung der deutschen Republik zugesichert haben, fordern wir jetzt eine starke Einwirkung auf ihre Regierungen in der Richtung, daß die Entente von ihrer Gewaltpolitik gegen das deutsche Volk, die den Nationalisten und Monarchisten in Deutschland immer neuen Agitationsstoff geliefert hat, endlich abläßt.

An alle republikanisch gesinnten Organisationen richten wir die Aufforderung, sich unseren Forderungen anzuschließen und auch ihre Kräfte für deren Durchführung einzusetzen.

Zur Beschlußfassung über die weiteren Maßnahmen und die Mitwirkung der gesamten Arbeitnehmerschaft sind die beiden Bundesausschüsse des ADGB und des AfA-Bundes noch für diese Woche zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen.

Berlin, 27. Juni 1922

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Leipart, Graßmann
Allgemeiner freier Angestelltenbund
Aufhäuser, Urban, Stähr
Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Müller, Braun
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Crispien, Dittmann
Kommunistische Partei Deutschlands
Meyer, Koenen

Die Rote Fahne (Berlin), 28. Juni 1922.

138
Plan Hugo Stinnes' vom Oktober 1922

Deutschland befindet sich in seiner augenblicklich unhaltbaren Lage hauptsächlich aus zwei Gründen:

1. Es erzeugt nicht genug, teilweise weil der Betrag der geleisteten Arbeit im allgemeinen ungenügend ist, teils weil alle Mittel nationaler

Produktion nicht voll verwertet werden, dank der Kontrolle der Produktion und der Güterverteilung durch die Regierung sowie der verrückten Steuergesetzgebung.

2. Der Versailler Vertrag hat Deutschland durch seine wirtschaftlich unerfüllbaren Bedingungen und durch seine großen psychologischen Schnitzer finanziell und moralisch ruiniert und macht es überdies unmöglich, die Gründe der Mißstände aus dem Weg zu räumen, die unter 1. angeführt sind.

Wie kann Deutschland und mit ihm Europa und die Welt zu gesunden Verhältnissen zurückgeführt werden?

Die Vorbedingung für die Änderung der unter 1. angeführten Tatbestände ist die Zusage, daß Deutschland wieder ein freies Land wird.

Daher müssen dem deutschen Volke die folgenden Fragen vorgelegt werden:

Unter der Voraussetzung, daß die Entente sich zur völligen Räumung Deutschlands (einschließlich des Saargebietes) bis, sagen wir, zum 1. April 1923 verpflichtet, jede Art von Sanktionen, Vergeltungen, Liquidationen, Kommissionen und Zwangslieferungen aufgibt und von jetzt ab sich in keiner Weise in Deutschlands innere Verwaltung einmischt, wird Deutschland seine Bereitwilligkeit erklären, möglichst durch das Mittel der Volksabstimmung, die folgenden Verpflichtungen auf sich zu nehmen, ohne die eine Rückkehr zu gesunden Verhältnissen unmöglich ist:

1. Sie (die Arbeiter) werden Überstunden machen, ohne besonderen Lohnzuschlag für Überstunden; d. h., einfach als eine Verlängerung des Achtstundentags, und das so lange und in zureichendem Maße, um

a) das deutsche Handelsgleichgewicht wieder aktiv zu gestalten und zu halten, und

b) die Zahlung von Zinsen und die Amortisation für eine Goldanleihe sicherzustellen, durch welche der Wiederaufbau von Frankreich und Belgien bewirkt und die Stabilisierung der deutschen Währung vorgenommen werden soll. (Details sind von Sachverständigen auszuarbeiten. Es wird hier angenommen, daß wenigstens die Arbeit von 2 Überstunden für eine Zeitspanne von 10 bis 15 Jahren gefordert werden muß.)

2. Die Regierungskontrolle über alle Zweige innerer und ausländischer Geschäftsverbindungen wird aufgehoben, insbesondere die Demobilisationsvorschriften und alle Subventionen, in welcher Form sie auch auftreten mögen, darunter die Mietvorschriften (Zwangsmiete), staatlich festgesetzte Getreidelieferungen, Festsetzung von Höchstpreisen, Verbote oder Einschränkungen von Einfuhren und Ausfuhren, Herabsetzung der Eisenbahntarife unter den Selbstkostenpreis, besonders beim Passagierverkehr, Zwangsbesteuerung, Zwangssyndikate, Fremdensteuern und Steuern für die Vermietung von Behelfswohnungen. Andererseits wird

Deutschland, sobald es wieder mit normalen Löhnen unter normalen Bedingungen arbeitet, überall in der Welt die handelspolitische Meistbegünstigung erhalten und wird Zugang zu allen Rohmaterialien und kolonialen Gebieten bekommen, ohne Rücksicht auf die Landesflagge, und unter denselben Bedingungen wie die übrige Welt. (Details sind von Sachverständigen auszuarbeiten.)

3. Die deutsche Mark ist sofort zu stabilisieren an dem Punkt, auf dem sie sich bei Gewährung der Stabilisations- und Reparationsanleihe wie unter 1, b befindet, und nachdem die folgenden weiteren Bedingungen für die Dauerhaftigkeit der Stabilisation geschaffen sind:

a) Für die Dauer von wenigstens fünf Jahren soll jeder Streik in jedem industriellen Unternehmen, das für die nationale Wirtschaft lebensnotwendig ist, verboten und als strafbare Handlung betrachtet werden. (Sachverständige haben zu entscheiden, welche industrielle Unternehmen unter die Bestimmungen fallen, und worin die Bestrafungen bestehen sollen.)

b) Die Verwaltungen von öffentlichen (Regierungs-)Unternehmen müssen sofort neuorganisiert und auf eine wirtschaftlich gesunde Basis gestellt werden (wenn nötig durch Zusammenlegung mit ähnlichen Unternehmen in anderen Ländern, jedoch durch eigene Maßnahmen, um den nationalen Charakter zu wahren), so daß sie für die deutsche nationale Wirtschaft Gewinne abwerfen, anstatt Verluste zu erzielen, und zur gleichen Zeit in den Stand zu kommen, der internationalen Goldanleihe als Grundlage zu dienen. (Detaillierte Maßnahmen sind von Sachverständigen vorzuschlagen.)

c) Die deutschen Steuergesetze müssen so geändert werden, daß sie die Sparsamkeit (Neigung zum Sparen) der Bevölkerung anregen, die Ansammlung von Kapital fördern, die Achtung vor dem Privateigentum wiederherstellen, während Eigentumsverbrechen außergewöhnlich strenger Bestrafung zu unterwerfen sind. (Detaillierte Vorschläge sind von Sachverständigen zu machen.)

d) Die Verwaltungskörper aller Ministerien und Regierungsabteilungen müssen auf ein Minimum reduziert werden und alle Gesetze, die seit Kriegsbeginn in Kraft getreten sind, müssen in der Absicht überprüft werden, um festzustellen, ob ihre Wirkung der Produktion nicht in einer oder der anderen Weise hinderlich war. (Detaillierte Vorschläge sind durch Sachverständige zu machen.)

Personen der bürgerlichen Klassen oder Pensionäre, die durch die Inflation ihrer Existenz verlustig gegangen sind, sollen vom Staat vermittels provisorischer Mindestpensionen unterstützt werden, daß sie sich anständig unterhalten können und nicht in ihrer Verzweiflung zur Gefahr für Deutschland und die Welt werden. (Detaillierte Vorschläge durch Sachverständige.)

Nachdem alle diese Vorarbeiten gemacht sind, werden Deutschland und Frankreich in Verbindung mit England, Italien und Belgien an die Vereinigten Staaten von Amerika heranzutreten haben, um zu versuchen, die gegenseitige Verschuldung der Völker zu regeln und so eine schließliche Liquidation der Folgen des Krieges von 1914–1918 zu ermöglichen.

George W. F. Hallgarten: Hitler, Reichswehr und Industrie.
Zur Geschichte der Jahre 1918–1933, Frankfurt am Main (1955), S. 54–57.

139

Das Programm des Reichsbetriebsrätekongresses vom 24. November 1922

I. Maßregeln zur Sicherung der Existenz der arbeitenden Massen

Versorgung der arbeitenden Bevölkerung mit Lebensmitteln (vor allem Brot, Fett, Kartoffeln und Kohle), Bedarfsgegenständen und Wohnungen zu herabgesetzten Preisen durch:

a) Beschlagnahme von Lebensmittelvorräten, Verteilung der Lebensmittel und sonstigen unentbehrlichen Bedarfsgegenstände durch die Genossenschaften unter Kontrolle der Arbeiter. Beschlagnahme der Luxuswohnungen und aller nicht voll ausgenützten Wohnräume und Zuweisung dieser Wohnungen an Wohnungslose unter Kontrolle der Mieterräte. Beseitigung aller Gesetzesbestimmungen, die diese Maßregeln verhindern.

b) Zur Brechung der Anbausabotage und Preistreiberei der Großgrundbesitzer und Großbauern: Kontrolle der Feldbestellung und Beschlagnahme des nichtbebauten anbaufähigen Landes und dessen genossenschaftliche Bewirtschaftung durch die Landarbeiter.

II. Maßregeln zur Abwälzung der Lasten des finanziellen Bankrotts und wirtschaftlichen Zusammenbruchs

1. Zur Sanierung der Finanzen Erfassung der Sachwerte durch:

c) Beschlagnahme aller Devisen und strengstes Verbot des Devisenhandels. Beschlagnahme aller Auslandsguthaben. Beschlagnahme aller dynastischen Vermögen.

d) Staatlich zentrale Zusammenfassung aller Banken, Kontrolle aller Finanzoperationen durch Staatsorgane von oben und Bankangestelltenräte von unten.

e) Sofortige Ausschreibung einer inneren Zwangsanleihe zur Tilgung der ungedeckten Staatsschulden.

f) Vereinfachung und Vereinheitlichung des Steuersystems: Abschaffung aller indirekten Steuern. Alleinige Besteuerung des den Existenz-

bedarf übersteigenden Einkommens und Vermögens. Erhebung dieser Steuern bei den Großproduzenten von Getreide, Kohle und Eisen auch in Naturalform zur Sicherung der Lebensmittel- und Rohstoffversorgung.

2. Zur Steigerung der Produktion:

g) Sicherung des Achtstundentages und Hebung der Volksgesundheit.

h) Einführung der Produktionskontrolle durch Organe des Staates von oben und Organe der Arbeiter und Angestellten von unten zum Zwecke der Organisation und Vereinheitlichung der Wirtschaft, technischen Verbesserung der Betriebe auf Kosten der Eigentümer und Regelung der Produktion nach den Bedürfnissen der werktätigen Bevölkerung.

i) Aufhebung aller der aus Profitrücksichten veranlaßten Betriebseinschränkungen und Konfiskation der eingeschränkten und stillgelegten Betriebe.

k) Zusammenfassung aller Trusts, Syndikate sowie der einzelnen Betriebe zu Produktionsgemeinschaften unter Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses. Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und Leitung derselben im Interesse der Bedürfnisse der werktätigen Bevölkerung.

l) Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Rohstoffen aus dem Auslande durch den Staat unter Kontrolle der Arbeiterschaft.

m) Kontrolle des gesamten Außenhandels durch Staats- und Arbeiterorgane bei Gewinnbeteiligung des Staates und Verwendung der Valutaprofite zur Versorgung der Bevölkerung mit notwendiger Auslandsware.

n) Einführung der Arbeitspflicht für alle Arbeitsfähigen von 18 bis 58 Jahren unter Arbeiterkontrolle.

III. Maßregeln zur Annullierung des Versailler Friedensvertrages und zum Wiederaufbau Europas

o) Prüfung aller privaten Finanz- und Sachlieferungsabkommen. Annullierung aller volkswirtschaftlich schädigenden Abkommen. Die Gewinne der übrigen werden zur Deckung der Reparationskosten mit verwandt.

p) Beschlagnahme aller Auslandsguthaben und Verwendung zu Reparationszwecken.

q) Gemeinsame Konferenz Deutschlands, Sowjetrußlands, Österreichs und der Türkei zur Annullierung des Versailler Diktats und zur Bildung eines Abwehrblocks. Gemeinsame Regelung der Frage der Industrie, Landwirtschaft, Finanzen und des Außenhandels.

r) Einberufung einer Weltkonferenz der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zur gemeinsamen Regelung der Wiedergutmachung und [zum] gemeinsamen Aufbau der vom Kriege am meisten geschädigten Landesteile.

s) Von der Arbeiterschaft der besiegten und der Siegerländer muß ein

langfristiger Aufschub sowohl für die Bar- wie für die Sachleistungen erkämpft werden. Zur völligen Liquidierung des Versailler Vertrages sind die ständige Verbindung und der gemeinsame Kampf der deutschen und der Arbeiter aus den Ententeländern erforderlich.

IV. Maßregeln zur Bekämpfung der Konterrevolution
und der Wirtschaftssabotage

t) Rücksichtslose Entfernung aller Beamten in Heer, Polizei, Justiz und Behörden, die nicht bedingungslos für die Verwirklichung dieses Rettungsprogramms tätig sind.

u) Auflösung und Entwaffnung aller konterrevolutionären Verbände. Verbot jeglicher konterrevolutionärer Agitation und Propaganda. Bildung von Arbeiterwehren.

v) Wahl von Wuchergerichten durch die werktätige Bevölkerung aus den Reihen der Betriebsräte, Kontrollausschüsse und Gewerkschaften zur Aburteilung aller Wucher- und Sabotagefälle. Sofortiger Erlaß der schärfsten Gesetzesbestimmungen gegen Sabotage und Wucher.

Um diese Forderungen durchzusetzen, muß die Bildung einer Arbeiterregierung, gestützt auf Arbeiterwehren, Betriebsräte und Kontrollausschüsse der zur Verwirklichung dieses Rettungsprogramms mobilisierten gesamten werktätigen Bevölkerung, erkämpft werden.

Die Rote Fahne (Berlin), 25. November 1922.

140

Aus den „Thesen über die Taktik der Komintern", angenommen auf dem IV. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau am 5. Dezember 1922

Im engsten Zusammenhang mit der Offensive des Kapitals auf ökonomischem Gebiet steht die politische Offensive der Bourgeoisie gegen die Arbeiterschaft, wie sie sich am krassesten im internationalen Faschismus äußert. Da die zunehmende Verelendung die Massen immer mehr revolutioniert, auch die Mittelschicht einschließlich der Beamten erfaßt und die Sicherheit der Bourgeoisie, in der Bürokratie ein absolut willfähriges und ausreichendes Werkzeug zu haben, erschüttert, genügen der Bourgeoisie die legalen Unterstützungsmethoden nicht mehr. Sie geht deshalb dazu über, sich überall besondere weiße Garden zu schaffen, die sich speziell gegen alle revolutionären Bestrebungen des Proletariats richten und mehr und mehr der brutalen Niederschlagung jedes Versuches der Arbeiterschaft, ihre Lage zu verbessern, dienen.

Das charakteristische Merkmal des italienischen Faschismus – des „klassischen" Faschismus, der jetzt für eine Zeitlang das ganze Land gewonnen hat – besteht darin, daß die Faschisten nicht nur engere konterrevolutionäre, bis an die Zähne bewaffnete Kampforganisationen bilden, sondern auch versuchen, durch soziale Demagogie sich einen Boden in den Massen, in der Bauernschaft, im Kleinbürgertum, sogar in gewissen Teilen der Arbeiterschaft zu schaffen, wobei sie die unvermeidlichen Enttäuschungen über die sogenannte Demokratie für ihre reaktionären Zwecke geschickt auszunutzen verstehen. Die Gefahr des Faschismus besteht jetzt in vielen Ländern: in der Tschechoslowakei, in Ungarn, in fast allen Balkanländern, in Polen, in Deutschland (Bayern), in Österreich, in Amerika und sogar in Ländern wie Norwegen. In dieser oder jener Form ist der Faschismus auch nicht in Ländern wie Frankreich und England ausgeschlossen.

Eine der wichtigsten Aufgaben der kommunistischen Parteien ist die, den Widerstand gegen den internationalen Faschismus zu organisieren, der gesamten Arbeiterschaft im Kampfe gegen die Faschistenbanden voranzugehen und auch auf diesem Gebiete die Taktik der Einheitsfront energisch anzuwenden, wobei die Methoden illegaler Organisation unbedingt notwendig sind ...

Die Taktik der Einheitsfront ist das Angebot des gemeinsamen Kampfes der Kommunisten mit allen Arbeitern, die anderen Parteien oder Gruppen angehören, und mit allen parteilosen Arbeitern zwecks Verteidigung der elementarsten Lebensinteressen der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie. Jeder Kampf um die kleinste Tagesforderung bildet eine Quelle revolutionärer Schulung, denn die Erfahrungen des Kampfes werden die Werktätigen von der Unvermeidlichkeit der Revolution und der Bedeutung des Kommunismus überzeugen.

Eine besonders wichtige Aufgabe bei der Durchführung der Einheitsfront ist die Erreichung nicht nur agitatorischer, sondern auch organisatorischer Resultate. Keine einzige Gelegenheit darf verpaßt werden, um in der Arbeitermasse selbst organisatorische Stützpunkte (Betriebsräte, Kontrollkommissionen aus Arbeitern aller Parteien und Parteilosen, Aktionskomitees usw.) zu schaffen.

Das Wichtigste in der Taktik der Einheitsfront ist und bleibt die agitatorische und organisatorische Zusammenfassung der Arbeitermassen. Der wirkliche Erfolg der Einheitsfronttaktik erwächst von „unten", aus den Tiefen der Arbeitermasse selbst. Die Kommunisten können dabei aber nicht darauf verzichten, unter gewissen Umständen auch mit den Spitzen der gegnerischen Arbeiterparteien zu unterhandeln. Über den Gang dieser Unterhandlungen müssen die Massen jedoch dauernd und vollkommen unterrichtet sein. Die Selbständigkeit der Agitation der kommu-

nistischen Partei darf auch während der Verhandlungen mit den Spitzen keinesfalls eingeschränkt werden ...

Als allgemeine propagandistische Parole ist die Arbeiterregierung (evtl. Arbeiter-und-Bauern-Regierung) fast überall zu gebrauchen. Als aktuelle politische Losung aber hat die Arbeiterregierung die größte Bedeutung in denjenigen Ländern, wo die Lage der bürgerlichen Gesellschaft besonders unsicher ist, wo das Kräfteverhältnis zwischen den Arbeiterparteien und der Bourgeoisie die Entscheidung der Regierungsfrage als praktische Notwendigkeit auf die Tagesordnung setzt. In diesen Ländern ergibt sich die Losung der Arbeiterregierung als unvermeidliche Schlußfolgerung aus der ganzen Taktik der Einheitsfront ...

Die elementarsten Aufgaben einer Arbeiterregierung müssen darin bestehen, das Proletariat zu bewaffnen, die bürgerlichen, konterrevolutionären Organisationen zu entwaffnen, die Kontrolle der Produktion einzuführen, die Hauptlast der Steuern auf die Schultern der Reichen abzuwälzen und den Widerstand der konterrevolutionären Bourgeoisie zu brechen.

Eine solche Arbeiterregierung ist nur möglich, wenn sie aus dem Kampfe der Massen selbst geboren wird, sich auf kampffähige Arbeiterorgane stützt, die von den untersten Schichten der unterdrückten Arbeitermassen geschaffen werden. Auch eine Arbeiterregierung, die einer parlamentarischen Konstellation entspringt, die also rein parlamentarischen Ursprungs ist, kann den Anlaß zu einer Belebung der revolutionären Arbeiterbewegung geben. Es ist selbstverständlich, daß die Geburt einer wirklichen Arbeiterregierung und die weitere Aufrechterhaltung einer Regierung, die revolutionäre Politik betreibt, zum erbittertsten Kampf, eventuell zum Bürgerkrieg mit der Bourgeoisie führen muß. Schon der Versuch des Proletariats, eine solche Arbeiterregierung zu bilden, wird von vornherein auf den schärfsten Widerstand der Bourgeoisie stoßen. Die Losung der Arbeiterregierung ist daher geeignet, das Proletariat zusammenzuschließen und revolutionäre Kämpfe auszulösen.

Die Kommunisten müssen sich unter Umständen bereit erklären, zusammen mit nichtkommunistischen Arbeiterparteien und Arbeiterorganisationen eine Arbeiterregierung zu bilden. Sie können das aber nur dann tun, wenn Garantien dafür vorhanden sind, daß die Arbeiterregierung wirklich einen Kampf gegen das Bürgertum im oben angegebenen Sinne führen wird. Dabei bestehen die selbstverständlichen Bedingungen für die Teilnahme der Kommunisten an einer solchen Regierung darin, daß

1. die Teilnahme an einer Arbeiterregierung nur mit Zustimmung der Komintern erfolgen kann;

2. die kommunistischen Teilnehmer an einer solchen Regierung unter der strengsten Kontrolle ihrer Partei stehen;

3. die betreffenden kommunistischen Teilnehmer an dieser Arbeiterregierung in engster Fühlung mit den revolutionären Organisationen der Massen stehen;

4. die Kommunistische Partei ihr eigenes Gesicht und die volle Selbständigkeit ihrer Agitation unbedingt behält.

Thesen und Resolutionen des IV. Weltkongresses
der Kommunistischen Internationale.
Moskau, vom 5. November bis 5. Dezember 1922.
Hamburg 1923, S. 10, 11, 14-16.

141

Aus dem Aufruf der Zentrale der KPD vom 22. Januar 1923

Die deutsche Bourgeoisie hat sich entschlossen, dem französischen Imperialismus einen organisierten Widerstand entgegenzusetzen. Die französische und deutsche Bourgeoisie sind einverstanden, einen gemeinsamen Trust zu bilden, der die Ruhrkohle mit den französischen Erzen verbindet. Aber die französischen Kapitalisten wollen die Oberhand haben. Sie verlangen für sich 60 Prozent des Anteils, während sie den Stinnes, Krupp und Thyssen nur 40 Prozent bewilligen.

Um die 10 Prozent geht der Kampf.

Er geht weiter darum, ob die deutsche Bourgeoisie endlich selber einen Teil der Reparationslasten auf sich nimmt ...

Die Franzosen haben das Ruhrgebiet besetzt, um die deutsche Schwerindustrie an der Gurgel zu fassen und sie zum Zahlen zu zwingen.

Den Kampf um die 10 Prozent und den Kampf um die Reparationsmilliarden kämpft die Bourgeoisie auf dem Rücken der deutschen Arbeiterklasse, des deutschen Mittelstandes aus ...

Die Cuno-Regierung dient als Vorspann einer offen gegenrevolutionären Regierung ...

Arbeiter und Arbeiterinnen!

In dieser Situation muß das Proletariat wissen, daß es nach zwei Seiten zu kämpfen hat. Das deutsche Proletariat kann sich natürlich dem fremden kapitalistischen Eindringling nicht unterwerfen. Die französischen Kapitalisten sind um keinen Deut besser als die deutschen, und die Bajonette der französischen Besatzungstruppen sind nicht weniger scharf als die der Reichswehr ...

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Nur wenn ihr überall im ganzen Reiche aufmarschiert als selbständige Kraft, als Klasse, die um ihre eigenen Interessen kämpft, werdet ihr imstande sein, der Gefahr entgegenzutreten, die in der Stärkung der deut-

schen Bourgeoisie durch den nationalistischen Taumel liegt. Nur wenn ihr getrennt von der deutschen Bourgeoisie, ihr das Handwerk legend, auftretet, werden die Arbeiter des Auslandes, in erster Linie die französischen Arbeiter, euch zu Hilfe eilen.

Die Rote Fahne (Berlin), 23. Januar 1923.

142

Aus dem gemeinsamen Aufruf der Unternehmerorganisationen und der Gewerkschaftsverbände vom 24. Januar 1923

Wir fordern ... Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf, sofort ... Geldmittel zur Verfügung zu stellen.

Zahlungen nehmen entgegen die Reichsbank und ihre Nebenstellen, sämtliche Banken und Bankiers, Sparkassen und Genossenschaften unter der Bezeichnung „Ruhrhilfe" (Abwehr des Einfalls ins Ruhrgebiet).

Von den Arbeitgebern wird erwartet, daß sie vorangehend Opfer bringen in Höhe der vierfachen von ihren Angestellten und Arbeitern bereitgestellten Beträge. Unternehmer, die eine im Verhältnis zu ihrer wirtschaftlichen Bedeutung geringe Zahl von Arbeitern und Angestellten beschäftigen, werden gebeten, ihren Beitrag entsprechend zu erhöhen. Arbeiter, Angestellte und Beamte wollen ihrerseits zunächst den Verdienst einer Arbeitsstunde opfern.

Um die Mittel schnell und reibungslos bereitzustellen, wird empfohlen, entsprechenden Abzügen bei Lohn- und Gehaltszahlungen zuzustimmen. Die Vereinbarungen sind zweckmäßig unter Mitwirkung der wirtschaftlichen Vertretungen der Arbeitnehmer zu treffen.

Die Arbeitgeber werden den Ertrag des gemeinschaftlichen Opfers den obengenannten Annahmestellen überweisen.

Die Verwaltung und Verwendung der Mittel liegt in den Händen eines Verwaltungsausschusses, der von den unterzeichneten Verbänden paritätisch zusammengesetzt worden ist.

Über die Annahme von Spenden von Lebensmitteln ergehen durch die landwirtschaftlichen Organisationen besondere Aufrufe.

Berlin, den 24. Januar 1923

Arbeitgeberverband Deutscher Versicherungsunternehmungen, Deutscher Handwerks- und Gewerbekammertag, Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie, Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, Reichsverband der Bankleitungen, Reichsverband der Deutschen Industrie, Reichsverband der Privatver-

sicherungen, Reichsverband des Deutschen Handwerks, Reichsverband des Deutschen Verkehrsgewerbes, Vereinigung der Arbeitgeberverbände des Großhandels, Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Zentralverband des Deutschen Großhandels.
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, Allgemeiner freier Angestelltenbund, Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, Deutscher Beamtenbund

Korrespondenzblatt
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Berlin),
1923, Nr. 4, S. 41/42.

143

Aus den „Leitsätzen zur Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung", angenommen auf dem 8. Parteitag der KPD in Leipzig am 1. Februar 1923

Die Taktik der Einheitsfront ist kein Manöver zur Entlarvung der Reformisten. Die Entlarvung der Reformisten ist umgekehrt ein Mittel zur Herstellung der einheitlich geschlossenen Kampfesfront des Proletariats. Die Kommunisten sind in jeder Stunde bereit, mit allen Proletariern und allen proletarischen Organisationen und Parteien den Kampf für die Interessen des Proletariats zu führen. Die Kommunistische Partei muß sich deshalb in jeder ernsten Situation sowohl an die Massen wie auch an die Spitzen aller proletarischen Organisationen mit der Aufforderung zum gemeinsamen Kampf zur Bildung der proletarischen Einheitsfront wenden. Die Auffassung, als sei die Herstellung der Einheitsfront möglich nur durch den Appell an die Massen zum Kampf (nur „von unten") oder nur durch Verhandeln mit den Spitzenkörperschaften (nur „von oben"), ist undialektisch und starr. Die Einheitsfront wird sich vielmehr entwickeln im lebendigen Prozeß des Klassenkampfes und des Erwachens des Klassenbewußtseins und des Willens zum Kampf bei immer stärker werdenden Schichten des Proletariats ...

III. Der Kampf um die Arbeiterregierung

Gegenüber der Koalitionspolitik der VSPD-Führer mit der Bourgeoisie, ihrer Politik der Arbeitsgemeinschaften mit dem Unternehmertum ist die Losung der Arbeiterregierung die Losung der proletarischen Einheitsfrontbewegung, die die einzelnen Abschnitte der Kämpfe verbindet.

Die Arbeiterregierung kann nur entstehen im Verlaufe der Kämpfe

der breiten Massen gegen die Bourgeoisie als Konzession der reformistischen Führer an den Kampfeswillen der Arbeiterschaft. Die Arbeiterregierung wird auch nur entstehen in einer Zeit der proletarischen Massenkämpfe, in einer Zeit, in der die Positionen der Bourgeoisie infolge ihrer Unfähigkeit, die Krise der Weltwirtschaft zu lösen, durch die Kämpfe der Arbeiterklasse stark erschüttert werden.

Die Arbeiterregierung ist weder die Diktatur des Proletariats noch ein friedlicher, parlamentarischer Aufstieg zu ihr. Sie ist ein Versuch der Arbeiterklasse, im Rahmen und vorerst mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie, gestützt auf proletarische Organe und proletarische Massenbewegungen, Arbeiterpolitik zu treiben, während die proletarische Diktatur bewußt den Rahmen der Demokratie sprengt, den demokratischen Staatsapparat zerschlägt, um ihn völlig durch proletarische Klassenorgane zu ersetzen.

Die Arbeiterregierung ist eine Regierung von Arbeiterparteien, die den Versuch macht, gegenüber der Bourgeoisie eine proletarische Politik zu treiben durch Abwälzung aller Lasten auf die besitzende Klasse, während die bisherige Koalitionspolitik der SPD zur Abwälzung aller Lasten auf die Arbeiterklasse geführt hat. Eine solche Arbeiterregierung kann aber nur proletarische Politik treiben und das Programm der proletarischen Einheitsfront verwirklichen, wenn sie sich auf die breiten Massen der Arbeiterschaft und ihre Organe stützt, die aus der Einheitsfrontbewegung entstehen (Betriebsräte, Kontrollausschüsse, Arbeiterräte usw.), sowie auf die bewaffnete Arbeiterschaft.

Auch ein parlamentarischer Wahlsieg der Arbeiterparteien kann den Anlaß zur Bildung einer Arbeiterregierung geben, wenn durch die Verschärfung des Gegensatzes zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie starke Massenbewegungen im Gange sind. Eine parlamentarische Arbeitermehrheit ist keine ausschlaggebende Kraft zur Sicherung einer Arbeiterregierung, denn deren Voraussetzung bildet in jedem Falle die kampfbereite proletarische Einheitsfront. Die Existenz der Arbeiterregierung erfordert die Niederkämpfung der Gegenrevolution, der Produktionssabotage sowie des gesamten Widerstandes der Bourgeoisie gegen die Arbeiterregierung und ihr Programm. Deshalb ist die Arbeiterregierung keine „vereinfachte Revolution" oder „Ersatzdiktatur", die den Widerstand des Bürgertums mildert und deshalb für die Reformisten annehmbar ist, sondern eine Periode des heftigsten Kampfes des Proletariats gegen die Bourgeoisie, die freiwillig keinen Fußbreit Boden abtreten wird.

In diesen Kämpfen zur Überwindung der Widerstände der Bourgeoisie wird die Arbeiterregierung gezwungen werden, den Rahmen der Demokratie zu überschreiten, zu diktatorischen Maßnahmen überzugehen, und alle geschichtliche Erfahrung der Klassenkämpfe lehrt, daß die Wider-

stände der Bourgeoisie nur mit Gewalt gebrochen werden können. Der Verlauf dieser Kämpfe muß zur Sprengung der demokratischen Verfassung, zur proletarischen Diktatur führen, wenn die Arbeiterklasse nicht unterliegen will. Die Kommunistische Partei sagt deshalb den Massen, daß die Arbeiterregierung die Vorbereitung des Proletariats zu schärfsten Kämpfen bis zum Bürgerkrieg erfordert, der der Arbeiterschaft von der Bourgeoisie in jedem Augenblick gespannter Klassengegensätze durch ihre wirtschaftliche Sabotage und ihre legalen und illegalen, nationalen und internationalen Organisationen der bewaffneten Gegenrevolution aufgezwungen wird.

Die Kommunistische Partei stellt die Arbeiterregierung als einzige Regierung, die in der gegenwärtigen Periode den Kampf des Proletariats für seine Existenz unterstützen kann, die allein die Interessen des Proletariats vertreten kann, ohne vor der Bourgeoisie zu kapitulieren, den bürgerlichen, den Koalitions- und sozialdemokratischen Regierungen gegenüber . . .

Die Kommunistische Partei muß beim Eintreten in die Arbeiterregierung Bedingungen stellen. Die wichtigsten sind die Teilnahme der Organe der proletarischen Einheitsfront an der Gesetzgebung (Beratung und Durchführung) und die Bewaffnung der Arbeiterschaft. Für die Beteiligung der Kommunistischen Partei an einer Arbeiterregierung sind jedoch nicht die Versprechungen der reformistischen Führer entscheidend, sondern die Einschätzung der allgemeinen politischen Lage, das Kräfteverhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat, die Kampfbereitschaft der proletarischen Massen, das Vorhandensein eigener Klassenorgane, die Widerstandskraft der reformistischen Bürokratie und in erster Linie die Fähigkeit der Kommunistischen Partei, die Massen zum Kampfe für ihre Forderungen zu führen.

Der Kampf für die Arbeiterregierung darf die Propaganda der Kommunisten für die Diktatur des Proletariats nicht schwächen; denn die Arbeiterregierung wie jede Position des Proletariats im Rahmen des bürgerlichen demokratischen Staates ist nur ein Stützpunkt, eine Etappe des Proletariats in seinem Kampfe um die politische Alleinherrschaft. Die Arbeiterregierung ist keine unbedingt notwendige, aber eine mögliche Etappe in dem Kampfe um die politische Macht.

Die Kommunistische Partei muß im Verlaufe der Kämpfe den Massen beweisen, daß nur geschlossene kommunistische Führung dem Proletariat die Machteroberung sichern kann. Aus diesem Grunde ist stärkste Zentralisation und Disziplin, Unterdrückung einerseits aller opportunistischen, reformistischen und andererseits scheinradikalen Schwankungen innerhalb der eigenen Reihen die Vorbedingung des siegreichen Kampfes um die Macht des Proletariats . . .

Landesarbeiterregierungen können nur entstehen in zugespitzten politischen Situationen, in denen der Druck der Massen so stark ist, daß ein Teil der sozialdemokratischen Führer veranlaßt wird, sich auf den Boden einer proletarischen Klassenpolitik zu stellen.

Die Landesarbeiterregierung ist eine Regierung von Sozialdemokraten und Kommunisten, die sich stützt auf die proletarischen Klassenorgane. Die politische Stütze dieser Arbeiterregierung ist nicht das bürgerliche Parlament, sondern [sind] die außerparlamentarischen Klassenorgane.

Die KPD beteiligt sich an den Landesregierungen, um sie zu Stützpunkten im Kampfe um die Arbeiterregierung im Reiche auszubauen. Der Kampf gegen die reaktionäre Reichspolitik, die Bewaffnung der Arbeiter, die Übergabe aller Machtmittel (Polizei, Verwaltung, Justiz, Schule) an das Proletariat, die Sicherung aller sozialen Positionen sowie die ausreichende Ernährung, Bekleidung und Behausung der arbeitenden Klasse zu Lasten der Besitzenden sind die wichtigsten unmittelbaren Aufgaben einer Landesregierung. Die Landesarbeiterregierungen müssen untereinander in engste Verbindung treten und einen Roten Block gegen die kapitalistische Reichsregierung (rein bürgerliche oder bürgerlich-sozialdemokratische Koalitionsregierung) bilden.

Eine Landesarbeiterregierung muß den ihr durch die Reichsgesetzgebung und die Reichsgewalt gezogenen Rahmen restlos und rücksichtslos für die proletarischen Klasseninteressen ausnützen und mit aller Kraft erweitern, was zu Konflikten der Landesarbeiterregierung mit der kapitalistischen Reichsregierung führen kann.

Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages
der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der Kommunistischen Internationale).
Abgehalten in Leipzig vom 28. Januar bis 1. Februar 1923.
Hrsg. von der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands,
Berlin 1923, S. 417, 420–423.

144
Aus der Entschließung des erweiterten Beirats des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes vom 7. Februar 1923

Der Arbeiterklasse des Ruhrgebiets, die sich, getreu den internationalen Beschlüssen, gegen militärische Gewaltherrschaft, Unterdrückung und Zwang wendet, versichert der erweiterte Beirat des DMV seine volle Sympathie und Unterstützung.

Um einen Kampffonds zu bilden und den Arbeitern in Kämpfen und Not beizustehen, hält der erweiterte Beirat auch eine finanzielle Unter-

stützung aus freiwilligen Sammlungen der Gewerkschaftsmitglieder wie aus Mitteln der Organisation für notwendig. Diese Unterstützung muß jedoch erfolgen auf der Basis proletarischer Klassensolidarität in selbständiger, freigewerkschaftlicher Verwaltung und Kontrolle der Unterstützungsgelder. Der erweiterte Beirat empfiehlt allen Mitgliedern, zur Unterstützung einen Stundenlohn zu opfern. Die gesammelten Gelder sind an den Vorstand des DMV abzuführen, soweit nicht bereits örtlich mit den übrigen Gewerkschaften eine andere Vereinbarung getroffen wurde. Der erweiterte Beirat kann jedoch einem gemeinsamen Unterstützungsfonds mit den Unternehmern, wie ihn der Mehrheitsbeschluß der letzten Ausschußsitzung des ADGB vorsieht, seine Zustimmung nicht geben. Eine solche Zustimmung ist unmöglich angesichts der immer schärfer hervortretenden Kampfesstellung der Unternehmer gegen die Arbeiterklasse, so u. a. in ihrem Kampfe zur Beseitigung des Achtstundentages, ihrer finanziellen Unterstützung der Nationalsozialisten und Gelben.

Korrespondenzblatt
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Berlin).
1923, Nr. 7, S. 74.

145

Beschluß des außerordentlichen Landesparteitages Sachsen der VSPD vom 4. März 1923

Die Landesversammlung wolle beschließen:

1. Eine Koalition mit den Demokraten ist abzulehnen.

2. Die Verhandlungen mit der KPD sind fortzuführen mit dem Bestreben, sie zur Teilnahme an der Regierung zu veranlassen.

3. Der Landesparteitag betrachtet die neuen Vorschläge der KPD als geeignete Verhandlungsgrundlage für eine gemeinsame Regierungsbildung mit der KPD. In diesem Sinne sind die weiteren Verhandlungen zu führen.

4. Um die Verhandlungen der VSPD mit der KPD zum Abschluß zu bringen, wählt der Landesparteitag einen siebengliedrigen Ausschuß.

5. Kommt die sozialistisch-kommunistische Regierung oder die sozialistische Minderheitsregierung zustande, ergeben sich aber Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit der VSPD und der KPD, dann ist die Verhandlungskommission sofort zu den Verhandlungen hinzuzuziehen, wenn ein Mitglied dieser Kommission die Zuziehung verlangt.

Der Kämpfer (Chemnitz), 6. März 1923.

146

Aus der Resolution zur Bildung kommunistischer Betriebszellen, angenommen vom Zentralausschuß der KPD am 16. Mai 1923

Die Aufgabe der kommunistischen Partei ist die Führung des proletarischen Klassenkampfes zur Errichtung der Sowjetdiktatur, deren hauptsächliche Träger die Arbeiter der Großbetriebe sind. Diesen Kampfaufgaben der Partei muß der Organisationsaufbau entsprechen. Darum gilt es, die Arbeitermassen nicht nur als Staatsbürger, sondern vor allem als Angehörige der proletarischen Klasse zu erfassen, um in erster Linie im Betrieb den ökonomisch-politischen Kampf gegen die Bourgeoisie zu führen. Die KPD wird demzufolge ihr Ziel nur erreichen, wenn sie fest in den Betrieben verwurzelt ist und die Betriebszellen die Hauptorgane der Partei sind.

Die Erfahrungen in der Betriebsrätebewegung und bei Bildung der proletarischen Betriebshundertschaften lehren, daß der Kampf gegen die Offensive des Kapitals und gegen den Faschismus nur dann Erfolge zeitigt, wenn die Betriebszellen als wichtigste politische Organe der Partei funktionieren.

Die Rote Fahne (Berlin), 17. Mai 1923.

147

Aus der Resolution zur politischen Lage, angenommen vom Zentralausschuß der KPD am 17. Mai 1923

Die Erfahrung hat bewiesen, daß die Einheitsfronttaktik, die von dem IV. Kongreß beschlossen wurde, der Weg ist, um die Arbeitermassen ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit zum Kampfe zu sammeln ...

Die deutsche Bourgeoisie wird heute oder morgen kapitulieren trotz des Widerstandes, den das Proletariat unter schweren Opfern dem Einbruch des französischen Imperialismus entgegengesetzt hat ...

Die Arbeiterklasse aber will keine Kapitulation. Die Arbeiterklasse weiß, was diese Kapitulation der Bourgeoisie auf Kosten des Proletariats bedeutet: Elend und Sklaverei für die Arbeiter des unbesetzten Gebietes, Sklaverei und Korruption im abgetrennten.

Nur eine Arbeiterregierung in Deutschland kann Deutschland vor [der] Kapitulation retten ...

Wir haben zu den leidenden, irregeführten, aufgewühlten Massen des proletarisierten Kleinbürgertums zu gehen, ihnen die volle Wahrheit zu sagen, ihnen zu sagen, daß sie sich und die Zukunft Deutschlands nur

dann werden verteidigen können, wenn sie sich verbunden haben mit dem Proletariat zum Kampf gegen die eigene Bourgeoisie. Nur durch den Sieg über die Stinnes und Krupp führt der Weg zum Sieg über die Poincaré und Loucheur ...

Die Losung: Nieder mit der Cuno-Regierung, nieder mit der Großen Koalition, her mit der Arbeiterregierung! muß sich aus einer propagandistischen Losung in den Schrei der Arbeitermassen verwandeln. Unter dieser Losung sind die Massen im ganzen Reiche zu mobilisieren. Nur wenn sie im ganzen Reiche aufstehen, wenn sie die koalitionsfreundlichen sozialdemokratischen Führer beiseiteschieben, werden die Ansätze zur Verteidigung des Proletariats, wie sie durch das Abkommen der KPD in Sachsen mit den Sozialdemokraten gebildet worden sind, nicht zerstampft werden von den Horden der Faschisten. Gelingt es nicht, die Losung der Arbeiterregierung im Reich und den Ländern zum Gegenstand des praktischen Massenkampfes zu machen, dann endet auch das sächsische Experiment durch die Reichsexekutive im Blut oder, was noch schlechter wäre, in der Schmach des Abdankens. Ausbau des Kampfes um die Landes[arbeiter]regierungen dort, wo sie schon jetzt möglich sind, in Sachsen, Thüringen, Hamburg, Lübeck, Braunschweig, Ausweitung des Kampfes im Reichsmaßstabe – das sind die nächsten Aufgaben der Partei.

Die Rote Fahne (Berlin), 18. Mai 1923.

148

Aus dem Aufruf der Zentrale der KPD vom 11. Juli 1923

Das Kabinett Cuno ist bankrott. Die innere und äußere Krise droht in den nächsten Tagen zur akuten Katastrophe zu führen. Die Nachrichten mehren sich, daß im besetzten Gebiet alle Vorbereitungen der rheinisch-westfälischen Separatisten fertig sind, um die Loslösung des rheinisch-westfälischen Pufferstaates vom Reich zu proklamieren ...

Wenn nicht alle proletarischen Kräfte sofort zum energischen Kampf gegen diese Hochverräter eingesetzt werden, dann kommt die Rheinlandrepublik schneller als man erträumt.

Die süddeutschen Faschisten, die ihre Hand im Spiele haben und von denen ein Teil der Führer ebenso wie die Dortenleute von französischen Geldern ausgehalten werden, haben auf ihren Tagungen beschlossen, die Proklamierung des rheinisch-westfälischen Pufferstaates zum Anlaß zu nehmen, um unmittelbar nach der Ernte ihrerseits loszuschlagen, um sich unter dem Vorwand, die Führung des aktiven Kampfes gegen den Franzoseneinbruch in die Hand zu nehmen, ebenfalls vom Reich loszulösen.

Die Aufmarschpläne der „Vaterländischen Verbände" sind bis ins einzelne fertig. Ludendorff und Hitler haben alles vorbereitet, um gegen Sachsen und Thüringen zu marschieren. Die norddeutschen faschistischen Organisationen, die Verbände Pommerns, Oberschlesiens und Ostpreußens, haben alle Vorbereitungen getroffen zur militärischen Niederwerfung von Berlin und Hamburg. In Mecklenburg, der Provinz Brandenburg, Pommern werden Reitervereine der Faschisten gebildet. An der Warthe und an der Oder sind bereits Pontons bereitgestellt zum Brückenbau für die faschistischen Stoßtrupps. Die Reichswehroffiziere bilden die Faschisten militärisch aus. Maßgebende Teile der Reichswehr arbeiten Hand in Hand mit den Faschisten. Die Verbindung der Reichswehr mit den Faschisten ist die militärische Stütze der Konterrevolution; die bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme unterstützen den Faschismus, um das Stinnesprogramm gegen das Proletariat durchzuführen ...

Der Angriff des Faschismus braucht nicht in den Formen des Kapp-Putsches zu erfolgen; er kann beginnen als Reichsexekutive gegen Sachsen und Thüringen; er kann ausgehen von der Ausrufung der rheinisch-westfälischen Republik und dem Angriff auf die Abwehrbewegung der Arbeiter. Selbst ein Angriff auf die Lohnkämpfe der Arbeiter kann die faschistische Front aufrollen ...

Nur wenn wir den Willen zum Siege und zur Übernahme der Macht haben, wenn jeder Kommunist bereit ist, für die Rettung und Befreiung der Arbeiterklasse sein Letztes zu opfern, nur dann wird unsere Partei die Partei des Sieges sein. Nur dann wird sie die revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung aufrichten, die mittels der Sachwerterfassung und Produktionskontrolle auf Kosten des Großkapitals die Arbeiterklasse, Angestellten, Beamten, den schwerbedrängten Mittelstand vor Untergang und Versklavung rettet und dem französischen Imperialismus eine kampffähige, geschlossene Nation entgegenstellt.

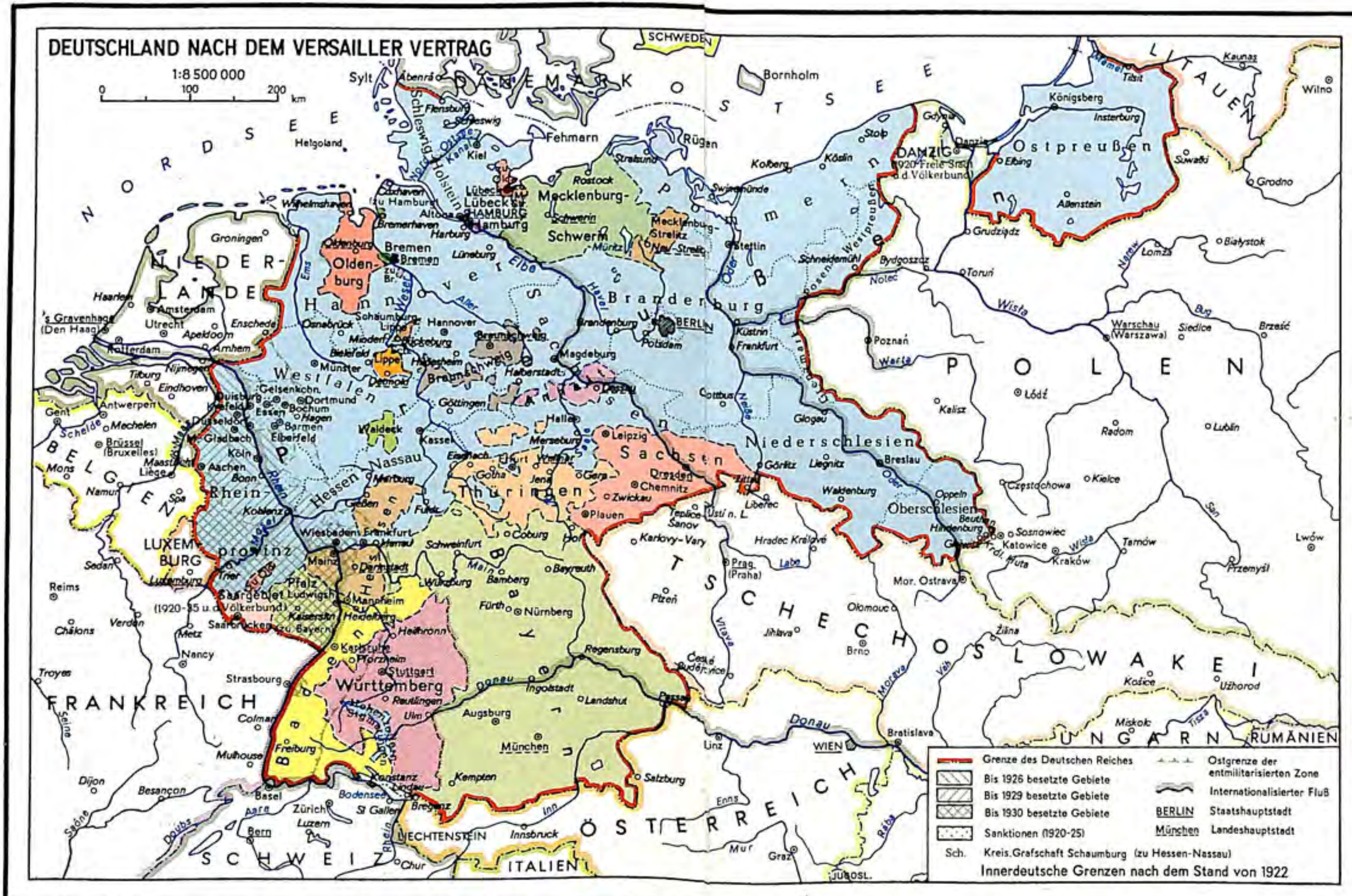
Die Partei ist bereit, mit allen denen Schulter an Schulter zu kämpfen, die ehrlich und entschlossen nach innen und außen unter Führung des Proletariats kämpfen wollen.

Auf, schließt die Reihen der Avantgarde des deutschen Proletariats!

Im Geist von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg laßt uns kämpfen!

Die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Die Rote Fahne (Berlin), 12. Juli 1923.


DEUTSCHLAND NACH DEM VERSAILLER VERTRAG
1:8 500 000
0 100 200 km
Grenze des Deutschen Reiches
Bis 1926 besetzte Gebiete
Bis 1929 besetzte Gebiete
Bis 1930 besetzte Gebiete
Sanktionen (1920-25)
Sch. Kreis Grafschaft Schaumburg (zu Hessen-Nassau)
Ostgrenze der entmilitarisierten Zone
Internationalisierter Fluß
BERLIN Staatshauptstadt
München Landeshauptstadt
Innerdeutsche Grenzen nach dem Stand von 1922
NORDSEE
OSTSEE
DÄNEMARK
SCHWEDEN
Bornholm
LITAUEN
Ostpreußen
DANZIG 1920 Freie Stadt d. Völkerbund
Pommern
Brandenburg
Mecklenburg-Schwerin
Mecklenburg-Strelitz
Schleswig-Holstein
Oldenburg
Hannover
Westfalen
Rheinprovinz
Hessen-Nassau
Hessen
Waldeck
Lippe
Braunschweig
Anhalt
Provinz Sachsen
Sachsen
Thüringen
Niederschlesien
Oberschlesien
Bayern
Pfalz
Baden
Württemberg
Saargebiet (1920-35 u. d. Völkerbund)
Grenzmark Posen-Westpreußen
NIEDERLANDE
BELGIEN
LUXEMBURG
FRANKREICH
SCHWEIZ
LIECHTENSTEIN
ITALIEN
ÖSTERREICH
TSCHECHOSLOWAKEI
POLEN
UNGARN
RUMÄNIEN
JUGOSL.
BERLIN
HAMBURG
Bremen
Lübeck
Königsberg
Tilsit
Memel
Kaunas
Wilno
Grodno
Suwałki
Allenstein
Elbing
Gdynia
Stolp
Köslin
Kolberg
Stettin
Swinemünde
Rügen
Stralsund
Rostock
Schwerin
Müritz
Kiel
Flensburg
Schleswig
Fehmarn
Sylt
Abenrå
Helgoland
Cuxhaven (zu Hamburg)
Wilhelmshaven
Bremerhaven
Altona
Harburg
Lüneburg
Schneidemühl
Bydgoszcz
Grudziądz
Toruń
Poznań
Warschau (Warszawa)
Łomża
Białystok
Siedlce
Brześć
Łódź
Kalisz
Radom
Lublin
Kielce
Częstochowa
Sosnowiec
Katowice
Kraków
Tarnów
Przemyśl
Lwów
Küstrin
Frankfurt
Potsdam
Brandenburg
Magdeburg
Halberstadt
Dessau
Halle
Merseburg
Leipzig
Dresden
Chemnitz
Zwickau
Plauen
Gera
Jena
Weimar
Erfurt
Gotha
Eisenach
Cottbus
Görlitz
Liegnitz
Breslau
Glogau
Waldenburg
Oppeln
Beuthen
Hindenburg
Gleiwitz
Zittau
Liberec
Teplice
Ústí n. L.
Karlovy Vary
Hradec Králové
Prag (Praha)
Plzeň
Olomouc
Mor. Ostrava
Jihlava
Brno
Žilina
Košice
Užhorod
Miskolc
Bratislava
WIEN
Linz
Graz
České Budějovice
Salzburg
Innsbruck
Chur
Hannover
Hildesheim
Göttingen
Kassel
Osnabrück
Minden
Bückeburg
Bielefeld
Detmold
Münster
Gelsenkirchen
Dortmund
Bochum
Essen
Duisburg
Krefeld
Düsseldorf
Gladbach
Barmen
Elberfeld
Hagen
Köln
Aachen
Bonn
Koblenz
Trier
Wiesbaden
Frankfurt
Hanau
Darmstadt
Mainz
Gießen
Marburg
Fulda
Coburg
Hof
Bayreuth
Schweinfurt
Würzburg
Bamberg
Fürth
Nürnberg
Regensburg
Passau
Ingolstadt
Landshut
Augsburg
München
Kempten
Ulm
Reutlingen
Stuttgart
Heilbronn
Pforzheim
Karlsruhe
Heidelberg
Mannheim
Ludwigshafen
Kaiserslautern
Saarbrücken
Freiburg
Konstanz
Lindau
Bregenz
Bodensee
St. Gallen
Zürich
Luzern
Bern
Basel
Mulhouse
Colmar
Strasbourg
Metz
Nancy
Verdun
Reims
Châlons
Troyes
Dijon
Besançon
Sedan
Groningen
Amsterdam
Haarlem
's Gravenhage (Den Haag)
Utrecht
Rotterdam
Apeldoorn
Enschede
Arnhem
Nijmegen
Tilburg
Eindhoven
Antwerpen
Gent
Mechelen
Brüssel (Bruxelles)
Maastricht
Liège
Mons
Namur
Spa
Elbe
Oder
Weser
Rhein
Main
Donau
Mosel
Ems
Havel
Aller
Saale
Neiße
Warthe
Netze
Weichsel
Wisła
Narew
Bug
San
Memel
Labe
Vltava
Morava
Váh
Tisza
Inn
Enns
Mur
Rába
Seine
Saône
Doubs
Aare
Schelde
Maas
Nord-Ostsee-Kanal

149

Forderungen der Konferenz oppositioneller sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter in Weimar vom 29. Juli 1923

1. Sofortige Einberufung der Fraktion und Forderung des Rücktritts der Regierung Cuno, ohne Rücksicht darauf, ob die bürgerlichen Fraktionen der von uns geforderten Einberufung des Reichstags zustimmen.

2. Erklärung gegen die Sabotageakte.

3. Anbahnung direkter Verhandlungen mit Frankreich und Belgien unter Angebot einer bestimmten Reparationssumme für Räumung des Ruhrgebiets, die durch Vermögensabgabe zu erheben ist.

4. Alle a) zur Bilanzierung des Etats, zur Stillegung der Notenpresse und gegen Währungsverfall, b) zur Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung nötigen Maßnahmen.

5. Ablehnung jeder Koalition, solange nicht die Partei durch eine klare, selbständige proletarische Politik sich die Macht sichergestellt hat, die ihr das Übergewicht in jeder Koalition sichert.

6. Unter vollster Wahrung unserer Anschauungen, Ziele und Selbständigkeit möglichstes Zusammenarbeiten mit den Kommunisten zur Erreichung der nächsten proletarischen Ziele.

7. Engstes Zusammenarbeiten der parlamentarischen Parteivertretungen im Reiche mit denen der Länder.

8. Einheitliche Maßnahmen der VSPD in den Ländern, Regierungen und Landtagen gegen den Faschismus; Aufbau eines einheitlichen Selbstschutzes durch die Partei.

9. Energischste Ausnutzung aller möglichen parlamentarischen und außerparlamentarischen Machtmittel in engster Verbindung mit den Gewerkschaftsorganisationen.

10. Sofortige Einberufung eines Parteitages.

Vorwärts (Berlin), 3. August 1923.

150

Aus der Erklärung Gustav Stresemanns in der Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei am 10. August 1923

Es handle sich nicht um die Frage, ob wir das Kabinett Cuno stürzen wollen oder nicht; vielmehr handle es sich darum, einen Eventualbeschluß für den Fall zu fassen, daß sich das Kabinett im Laufe der Ereignisse gezwungen sehen sollte, seine Demission zu geben.

Übereinstimmung dürfe er in folgenden zwei Punkten feststellen. Findet

das Kabinett aus eigener Kraft den Entschluß, zu bleiben, so werden wir es selbstverständlich unterstützen und mit ihm kämpfen.

Die Kraft zu diesem Entschluß müsse Cuno selbst finden. Ein Führer muß selbst wissen, ob er sich die Courage zutrauen darf; sie kann ihm nicht von außen zugeführt werden.

Führt die Entwicklung zum Rücktritt des Kabinetts und bietet uns die Mehrheitssozialdemokratie die Bildung der Großen Koalition unter bürgerlicher Führung an, so werden wir diese Lösung als die günstigste von den drei möglichen: Große Koaliton – Minderheitskabinett Wirth – sozialistische Arbeiterregierung wählen, zumal uns damit die letzte Möglichkeit winkt, den gemäßigten, staatsbejahenden Flügel der Sozialdemokratie von den Radikalen zu trennen.

In personeller Beziehung würden wir dann bestrebt sein, unseren Einfluß im Kabinett so stark wie möglich zu gestalten, insbesondere würden wir darauf dringen, daß der jetzige Wehrminister [Gessler] auf seinem Posten verbleiben könne, es sei denn, daß eine Persönlichkeit wie Noske an seine Stelle trete.

Gustav Stresemann: Vermächtnis.
Der Nachlaß in drei Bänden. Hrsg. von Henry Bernhard,
Erster Bd., Berlin (1932), S. 77/78.

151

Aus dem Aufruf der Zentrale der KPD und des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte vom 12. August 1923

Die Berliner Betriebsräte haben gestern einmütig und geschlossen den Generalstreik für Berlin ausgerufen. Sie haben die Bewegung des Berliner Proletariats in die Hände genommen. Sie lassen nicht, wie die verräterische Gewerkschaftsbürokratie, die Massen ohne Führung.

Der Reichsausschuß der Betriebsräte und die Kommunistische Partei Deutschlands rufen die übrige Arbeiterschaft auf, ihre Bewegung mit der mächtigen Bewegung des Berliner Proletariats zu vereinen und den Generalstreik über ganz Deutschland auszudehnen ...

Arbeiter, Beamte und Angestellte!

Organisiert und schließt die Reihen zum Kampf gegen den Hunger!

Kämpft für eure Rettung und damit für die Rettung Deutschlands!

Er muß alle Widerstände beseitigen. Er muß, mit eiserner Wucht geführt, die Ziele erreichen, die die Berliner Arbeiter gestellt haben:

1. Sofortiger Rücktritt Cunos und Auflösung des Reichstages;
2. Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung;
3. Beschlagnahme der Lebensmittel zur Sicherung der Ernährung;

4. sofortige Anerkennung der proletarischen Kontrollausschüsse;
5. sofortige Aufhebung des Verbots der proletarischen Hundertschaften;
6. sofortige Festsetzung eines Minimalstundenlohnes von 60 Friedenspfennigen für alle Arbeiter und Angestellten;
7. Wiedereinstellung aller Arbeitslosen und die Beschäftigung der Kriegsrentner zu vollem Lohn;
8. Aufhebung des Demonstrationsverbots und des Ausnahmezustandes;
9. sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen.

Flugblatt.
Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv, D. F. VI/16.

152

Aus der Aufzeichnung Gustav Stresemanns über eine Unterredung mit dem rheinischen Großindustriellen Otto Wolff am 21. August 1923

Die Stimmung im Rheinland schilderte Herr Otto Wolff als sehr schlecht. Es herrschten anarchische Zustände. Er habe die Empfindung, daß die Bewegung, die auf ein selbständiges Rheinland hinziele, rasende Fortschritte gemacht habe. Es handle sich dabei um Wochen. Die Reichsregierung solle selber auf diesen Wagen steigen, sonst würde der Wagen ohne sie weitergehen. Ihm schwebe vor, daß man der Begründung eines Rheinstaates zustimme, der auch einen Teil der Ruhr umfasse, weil die Rheinländer zu weich seien. Die Bahnen in diesen Gebieten könnten für eine Übergangszeit unter französisch-deutsche Verwaltung, eventuell unter Hinzunahme von Holland und der Schweiz, gestellt werden.

Gustav Stresemann: Vermächtnis.
Der Nachlaß in drei Bänden. Hrsg. von Henry Bernhard,
Erster Bd., Berlin (1932), S. 95.

153

Aus dem Kampfprogramm der Bezirksleitung Groß-Thüringen der KPD, der kommunistischen Landtagsfraktion und des Landesausschusses der Betriebsräte und Kontrollausschüsse Thüringens vom 11. September 1923

Jetzt steht vor der Arbeiterschaft die Frage: Wer soll in Thüringen herrschen, wer soll regieren? Auf keinen Fall darf in Thüringen eine Koalitionsregierung entstehen! Die Kommunistische Partei fordert erneut die Schaffung einer Regierung der Arbeiter und Kleinbauern ...

Als ... proletarische Sicherungsmaßnahmen betrachtet die KPD:

1. Die sofortige Einberufung des Thüringer Betriebsrätekongresses unter Zuziehung von Kleinbauerndelegierten ...

2. Bildung gemeinsamer proletarischer Hundertschaften, aufgebaut auf den Betrieben, die zur Abwehr gegen faschistische Mordorganisationen im Ernstfalle von der Regierung zu bewaffnen sind. Die proletarischen Hundertschaften haben in Verbindung mit der Landes- und Ortspolizei die Durchführung der im Interesse der werktätigen Bevölkerung liegenden Regierungsmaßnahmen zu sichern.

3. Behördliche Anerkennung der von Arbeitern, Kleinhändlern und Kleinbauern zu bildenden Kontrollausschüsse, denen Exekutivgewalt und das Recht der Beschlagnahme zusteht ...

4. Aufhebung aller Ausnahmeverordnungen, die die proletarische Bewegung behindern. Sofortige Freilassung und Amnestierung solcher Verfolgter, die im Interesse des proletarischen Befreiungskampfes tätig waren. Straffreiheit für Notdelikte und Verstöße gegen die §§ 218 bis 220 des RStGB.

Stimmt der Betriebsrätekongreß mit Kleinbauerndelegierten diesen Sicherungsmaßnahmen zu, so besteht für die KPD keinerlei Hindernis mehr, sich an einer gemeinsamen Regierungsbildung mit der VSPD zu beteiligen.

Als wichtigsten Inhalt des Programms einer Arbeiter- und Kleinbauernregierung schlagen wir folgende Forderungen vor:

1. Versorgung der werktätigen Bevölkerung mit Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs, vor allem Brot, Kartoffeln, Holz und Kohle, zu herabgesetzten Preisen. Ausnutzung der staatlichen Betriebe, Domänen und Forsten zur Linderung der Not der werktätigen Bevölkerung ...

2. Bei Produktionseinschränkungen, Kurzarbeit und Betriebsstillegungen Anwendung von Zwangsmaßnahmen gegen die Unternehmer zwecks Aufrechterhaltung der Betriebe und Fortführung der Produktion. Anklageerhebung gegen sabotierende Unternehmer. Fortführung stillgelegter Betriebe unter der selbständigen Leitung der Betriebsräte und Angestellten unter Gewährung von Staatskrediten ...

3. Beschaffung von ausreichender Wohngelegenheit ...

4. Durchführung des Anbauzwanges zur Sicherstellung der Volksernährung. Brachliegende Ländereien und unbebaute Felder des Großgrundbesitzes werden Kleinbauern und Pächtern zugeteilt ...

Zuteilung von Großgrundbesitzerland an Zwergbauern, um ihnen den Familienunterhalt zu sichern. Belieferung der Kleinbauern mit verbilligten Düngemitteln und landwirtschaftlichen Maschinen, verbilligtem Saatgut und Inventar.

5. Verbot jeglicher Verwendung der Technischen Nothilfe in Thüringen.

6. Sofortige Auflösung und Entwaffnung aller faschistischen Organisationen (Jungdo usw.). Sofortiges Verbot und strenge Bestrafung jeder monarchistischen oder faschistischen Agitation in Wort, Bild und Schrift. Säuberung des staatlichen Apparates. Entfernung solcher Beamten aus Polizei, Justiz und sonstigen Verwaltungsstellen, die nicht vorbehaltlos die Regierung der Arbeiter und Kleinbauern unterstützen.

7. Rücksichtslose Verhinderung aller monarchistischen und faschistischen Waffen- und Mannschaftstransporte ...

8. Bildung eines Roten Blocks aller Länder mit Arbeitermehrheiten zur gemeinsamen Abwehr und zum gemeinsamen Auftreten gegen die arbeiterfeindliche ausbeuterische Große Koalition, die das faschistische Stinnesregiment durchführt ...

9. In der Reichspolitik ist zu erkämpfen:

a) Säuberung der Reichswehr und des Staatsapparates von reaktionären Elementen und deren Ersatz durch organisierte Arbeiter.

b) Aufhebung der Ausnahmeverordnungen, Freilassung der proletarischen politischen Gefangenen, Herstellung der proletarischen Preßfreiheit.

c) Verbot, Entwaffnung und Auflösung aller faschistischen Organisationen.

d) Beseitigung der Bankrott- und Kapitulationspolitiker aus den Regierungsstellen.

e) Umgestaltung der Steuergesetzgebung, Abschaffung der Massenverbrauchssteuern und der Verkehrssteuern, Steuererleichterungen auch für den verelendeten Mittelstand (Ermäßigungen für die unteren Stufen, Heraufsetzung der Freigrenzen, Staffelung der kommunalen Tarife usw.). Zwangsabgabe von den großen Vermögen, Wegsteuerung des Aufwandes der Besitzenden über das Existenzminimum der Werktätigen.

f) Ausrottung der Börsenspekulation, Produktions- und Bankkontrolle zur Beseitigung des Großwuchers der Kapitalkonzerne, Zuchthausstrafe gegen Börsenspekulationen und Wucherkonzerne. Herabsetzung der Rohstoffpreise.

g) Erfassung der Sachwerte, Beschlagnahme der Devisen und Außenhandelskontrolle.

h) Auflösung des Reichstages, der ein Hindernis für jegliche Politik im Sinne der werktätigen Bevölkerung ist.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv, D. F. VI/16.

154

Telegramm des Botschafters der USA in Deutschland an seine Regierung über eine Unterredung mit Stinnes vom 21. September 1923

21. September 1923

Stinnes kam Samstag nachmittag. Er sagte mir, das Ende ist da. Die Ruhr und das Rheinland müssen kapitulieren. Hierauf erörtert er die Wirtschaftslage in Deutschland, die, wie er sagte, ihren Tiefpunkt erreicht hat. Wenn Deutschland leben soll, muß die Erzeugung gesteigert werden. Fabriken und Werkstätten ständen bereit. Jedoch die deutsche Arbeiterschaft müsse länger und schwerer arbeiten. Er sagte, er glaube, daß die deutschen Arbeiter zu niedrig bezahlt wären und daß sie, wie er dächte, ihre Löhne verdoppeln und verdreifachen könnten, wenn ein normaler Zehnstunden-Arbeitstag wiedereingeführt würde. Jedoch ist er überzeugt, daß die deutsche Arbeiterschaft auf diese Notwendigkeit nicht eingehen wird und daher hierzu gezwungen werden muß. Deshalb, sagte er, muß ein Diktator gefunden werden, ausgestattet mit Macht, alles zu tun, was irgendwie nötig ist. So ein Mann muß die Sprache des Volkes reden und selbst bürgerlich sein, und so ein Mann steht bereit. Eine große, von Bayern ausgehende Bewegung, entschlossen die alten Monarchien wiederherzustellen, sei nahe. Ich fragte ihn, wie nahe – und er sagte mir, vielleicht zwei bis drei Wochen entfernt. Die Teilnehmer der Bewegung würden gern bis zur Kartoffelreife und bis zur Einbringung der vollen Ernte warten, doch war er nicht sicher, ob so viel Aufschub möglich sei. Der Bewegung, sagte er, würden sich alle Rechtsparteien anschließen und eine ansehnliche Gruppe gemäßigter Männer in der Mitte, und sie würde in erster Linie einen Kampf gegen den Kommunismus bedeuten, da der kommunistische Flügel die Arbeiter zur Opposition treiben würde. Ich fragte ihn, ob die Industriellen sich mit der Bewegung vereinen würden. Stinnes erwiderte, daß sie das würden. Ich fragte ihn, wie Frankreich die Einsetzung eines Diktators in Deutschland aufnehmen würde. Stinnes erwiderte, daß niemand um Erlaubnis gefragt werden würde. Der von Stinnes entworfene Plan ist in Kürze dieser. Um Mitte Oktober werden drei oder möglicherweise vier Millionen Menschen arbeitslos sein. Die Kommunisten werden versuchen, diese Lage zum Ausbruch einer Revolution auszunutzen. Bereits gehen die Kommunisten, so sagte er, dazu über, ihre bis jetzt versteckten Lager von Waffen und Munition zu öffnen und diese zu verteilen. Unterdessen wird die Stresemann-Regierung ihre Unfähigkeit, mit der ihr gestellten Aufgabe fertig zu werden, erwiesen haben, und die Nation wird vor der Frage stehen, ihre Rettung entweder bei den Rechts- oder bei den Linksparteien zu suchen. Sobald die Kommunisten ihre Operationen beginnen, wird Ebert im Namen der Republik

einen Mann oder, wenn möglich, ein Komitee von drei Männern als Diktator ernennen und wird die ganze militärische Gewalt unter des Diktators Befehl stellen. Von da ab wird die parlamentarische Regierung zu Ende sein. Die Kommunisten werden rücksichtslos zerschmettert werden, und wenn sie zum Generalstreik aufrufen, wird dieser ebenfalls mit Gewalt unterdrückt. Wenn alles gut geht, denkt Stinnes, wird die ganze Lage innerhalb drei Wochen nach Beginn geklärt sein. Der Sozialismus wird nach diesen Erwartungen als eine politische Daseinsform in Deutschland für immer beseitigt und die Gesetze und Verordnungen, die die Produktion hindern und keinem nützlichen Zweck dienen, werden unverzüglich widerrufen werden. Die eine Schwierigkeit, die Stinnes fürchtet, ist die Möglichkeit, daß die Bewegung durch einen Angriffsakt der Rechtsparteien ausgelöst werden könnte. Er möchte, daß die Kommunisten beginnen. Jeder andere Anfang, meint er, wird die Außenwelt gegen Deutschland einnehmen. Er meint, daß die kommunistische Aktion von Frankfurt ausgehen wird, obwohl sie auch von Sachsen oder Thüringen kommen kann, die heute unter kommunistischer Herrschaft stehen.

Stinnes schloß seine Bemerkungen mit der Feststellung, er hoffe, daß, sobald Ordnung und normale Produktion in Deutschland wiederhergestellt seien, es möglich sein werde, jeden notwendigen Kapitalbetrag vom Ausland zu entleihen. Das braucht keine große Summe zu sein. Er sagt, daß selbst während der wirren Zustände der letzten drei Jahre keine ausländische Anleihe an irgendeine namhafte deutsche Firma gemacht wurde, die nicht prompt und vollständig zurückgezahlt worden wäre. Jede künftige Anleihe, behauptet er, wäre genauso sicher.

Ich bin mir völlig im unklaren darüber, wie ernst Stinnes' Erklärungen zu nehmen sind. Selbstverständlich dürfte im Falle eines Entschlusses der Industriellen, sich mit ihrem Vermögen und ihren Organisationen hinter die Rechtsparteien zu stellen, eine, wie er sagt, ganz entscheidende Krisis im Anzug sein. Eine Bestätigung hierfür zu erhalten, ist natürlich nicht möglich. Jedoch angesichts der Wichtigkeit der Erklärung für die Beurteilung der allgemeinen Lage schreibe ich Ihnen dies zu Ihrer Kenntnisnahme.

George W. F. Hallgarten: Hitler, Reichswehr und Industrie.
Zur Geschichte der Jahre 1918–1933, Frankfurt am Main (1955), S. 67/68.

155

Programm für die Arbeiterregierung Thüringens, beschlossen von der Verhandlungskommission der Bezirksorganisationen der VSPD und der KPD am 13. Oktober 1923

Die Verhandlungskommission der VSPD und KPD einigt sich auf folgendes Programm für die Tätigkeit der sozialdemokratisch-kommunistischen Regierung:

A

1. Das Land Thüringen als ein Gliedstaat der deutschen Republik, an deren Einheit unter allen Umständen festzuhalten ist, hat durch seine Regierung im Rahmen der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten eine Politik zu treiben und im Reiche auf eine Politik hinzustreben, die den Interessen der arbeitenden Bevölkerung dient. Grundlage dieser proletarischen Politik muß die Sicherstellung der Existenz der werktätigen Bevölkerung und der entschiedenste Kampf gegen Faschismus, Revanchepolitik, Reaktion und die verfassungswidrige Militärdiktatur sein.

2. Die gegenwärtige politische Situation wird durch einen Vorstoß der Reaktion beherrscht, der bereits in Bayern zur Aufrichtung einer reaktionären, monarchistischen Diktatur geführt hat. Dieses brutale Gewaltregiment, Belagerungszustand und Militärdiktatur im Reiche – nach Angabe der Reichsregierung gegen die Diktatur in Bayern durchgeführt –, richtet sich ausschließlich gegen das werktätige Volk. Aufgabe der sozialdemokratisch-kommunistischen Regierung Thüringens ist es, in engster Verbindung mit der sächsischen sozialdemokratisch-kommunistischen Regierung die Maßnahmen der beiden Parteien zur Abwehr der Reaktion und der Militärdiktatur zu unterstützen.

3. Es ist notwendig, das Ruhrgebiet, das Herz der deutschen Wirtschaft, in die Gesamtwirtschaft wieder einzugliedern. Um dies zu erreichen, ist unter Aufrechterhaltung der Existenzmöglichkeit des deutschen Volkes und der nationalen Einheit die Liquidierung des Ruhrkampfes durch erträgliche Reparationen auf Kosten der besitzenden Klasse durchzuführen. Der erste und ausschlaggebende Schritt hierfür ist die Erfassung der Sachwerte durch das Reich. Weiter ist die Schaffung eines Außenhandelsmonopols nach russischem Muster notwendig. Die gesamte Produktion im Reiche, vor allem die Syndikate, Trusts usw., sind unter öffentliche Kontrolle zu stellen. Zu diesem Zwecke ist der Ausbau des Betriebsrätegesetzes zu erstreben. Solange die Sachwerterfassung durch das Reich nicht durchgeführt ist, ist die Verschärfung der Besitzsteuern und die Aufhebung aller den Massenverbrauch und die kleinen Einkommen belastenden Steuern durchzuführen.

4. Gegen alle Pläne, gestützt auf Bayern und die Militärdiktatur, den Ruhrkonflikt auf Kosten des werktätigen Volkes zu liquidieren, ist der schärfste Kampf zu führen. Jeder Anschlag auf den Achtstundentag und die sozialen Rechte der werktätigen Massen, die Aufhebung der Erwerbslosenunterstützung und der Demobilmachungsverordnungen muß von der Thüringer Regierung gemeinsam mit dem gesamten Proletariat abgewehrt werden.

5. Beide Parteien verpflichten sich, die sozialdemokratisch-kommunistische Regierung in Thüringen mit allen Kräften zu festigen und zu halten. Entgegen dem Streben der Reaktion, verfassungswidrig eine Rechtsdiktatur im Reiche zu schaffen, muß die sozialdemokratisch-kommunistische Regierung Thüringens alle Kräfte unterstützen, die wie in Thüringen die Bildung einer Arbeiterregierung für das Reich zu verwirklichen suchen.

B

6. Beide Parteien verpflichten sich, zum Schutze der Verfassung republikanische Notwehren zu schaffen bzw. auszubauen. Im Bezirk und in den Unterbezirken sind sofort gemeinsame Leitungen der republikanischen Notwehren zu bilden. Die republikanischen Notwehren sind der gemeinsamen Regierung im Falle der Gefahr zur Verfügung zu stellen.

7. Die gesamten Polizeiorgane innerhalb des Landes sind zu verstaatlichen und unter die Leitung zuverlässiger republikanischer Beamter zu stellen.

8. Erlaß von Verordnungen zum Schutze der Republik. Bekämpfung der nationalistischen Geheimorganisationen unter Zuhilfenahme der staatlichen Exekutivorgane.

9. Behördliche Anerkennung der auf Vorschlag der Gewerkschaften, Kleinhändlerorganisationen und Bauernorganisationen nach dem sächsischen Muster zu bildenden Kontrollausschüsse, denen im Rahmen der Reichsbestimmungen weitestgehende Rechte eingeräumt werden. Kontrollausschüsse sind in den Kreisen und in allen größeren Gemeinden zu bilden. Die Kreis- und Gemeindebehörden haben die Lebensmittelversorgung und -verteilung zu regeln und den Kampf gegen den Wucher in Verbindung mit den Kontrollausschüssen zu führen.

10. Zur Sicherung der Ernährung und zur Beseitigung des Rentner- und Erwerbslosenelends sind sofort Schritte einzuleiten. Zur schnellen Erleichterung der bestehenden Schwierigkeiten sollen der Staat Bürgschaft für die Finanzierung der Ernährungswirtschaft übernehmen, Reichs- und Staatsbank die hierzu notwendigen Kredite bereitstellen oder vermitteln. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind die Unternehmer zur vollen Aufrechterhaltung ihrer Betriebe anzuhalten. Unter anderem sind an Unternehmungen, deren finanzieller Stand unter Hinzuziehung der Be-

triebsräte sorgfältig zu prüfen ist, wertbeständige Kredite gegen Verpfändung von Sachwerten zu geben. Verstärkte Ausführung aller öffentlichen Arbeiten unter Heranziehung der produktiven Erwerbslosenfürsorge.

11. Die Schulreform ist im Sinne der Einheitsschule fortzuführen, und die Berufsschulen [sind] auszubauen.

12. Niederschlagung von Verfahren aus politischen Anlässen zum Schutze der Republik und zur Wiederherstellung verfassungsrechtlicher Zustände, weitestgehende Ausübung des Begnadigungsrechtes für Notdelikte und Verstöße gegen die §§ 218–220 des RStGB.

13. Engstes Zusammenarbeiten der Regierungen, der Arbeiterorganisationen und der Kampforgane der Arbeiterschaft aller Länder mit Arbeitermehrheiten bei gemeinsamen Angelegenheiten und zum Schutze der Republik, insbesondere im Kampf gegen Reaktion und Militärdiktatur.

14. Zur wirksamen Durchführung dieser Maßnahmen wird ein außerparlamentarischer Ausschuß gebildet aus je drei Vertretern der beiden Parteien, je zwei von den beiden Parteien zu bestimmenden Vertretern aus Industriebetrieben und je einen Vertreter des ADGB, des AfA und des ADB.

15. Die Landtagsfraktionen der VSPD und KPD bilden einen außerparlamentarischen Arbeitsausschuß. Diesem Ausschuß werden in Verbindung mit dem Landesausschuß alle Entwürfe vor ihrer Einbringung ins Parlament vorgelegt, Anfragen und Interpellationen sind dem parlamentarischen Ausschuß ebenfalls vor ihrer Einbringung vorzulegen.

16. Der parlamentarische Arbeitsausschuß stellt für jeden Tagungsabschnitt einen gemeinsamen Arbeitsplan für die Fraktionen auf. Periodisch finden gemeinsame Fraktionssitzungen statt.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv, 25/1/186.

156
Ermächtigungsgesetz vom 13. Oktober 1923

§ 1

Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Maßnahmen zu treffen, welche sie auf finanziellem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiete für erforderlich und dringend erachtet. Dabei kann von den Grundrechten der Reichsverfassung abgewichen werden.

Die Ermächtigung erstreckt sich nicht auf Regelung der Arbeitszeit und auf Einschränkungen der Renten und Unterstützungen der Versicherten und Rentenempfänger in der Sozialversicherung sowie der Kleinrentner und Leistungen aus der Erwerbslosenversicherung.

Die erlassenen Verordnungen sind dem Reichstag und dem Reichsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Sie sind auf Verlangen des Reichstags sofort aufzuheben.

§ 2

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem Wechsel der derzeitigen Reichsregierung oder ihrer parteipolitischen Zusammensetzung, spätestens aber am 31. März 1924, außer Kraft.

Berlin, den 13. Oktober 1923

Der Reichspräsident
Ebert
Der Reichsminister des Innern
Sollmann

Reichsgesetzblatt (Berlin), 1923,
Teil I, Nr. 98, S. 943.

157

Aus der Verordnung über das Schlichtungswesen vom 30. Oktober 1923

Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 13. Oktober 1923 (Reichsgesetzbl. I, S. 943) verordnet die Reichsregierung bis zur endgültigen gesetzlichen Regelung:

Artikel I
Schlichtung
§ 1

An Stelle der bisherigen Schlichtungsausschüsse werden von der obersten Landesbehörde im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsminister neue Schlichtungsausschüsse errichtet ...

Die Schlichtungsausschüsse bestehen aus einem oder mehreren unparteiischen Vorsitzenden und aus Beisitzern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer in gleicher Zahl.

Die unparteiischen Vorsitzenden bestellt die oberste Landesbehörde nach Anhörung der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer des Bezirkes. Die Beisitzer beruft sie auf Vorschlag dieser Vereinigungen.

§ 2

Für größere Wirtschaftsbezirke bestellt der Reichsarbeitsminister nach Anhörung der beteiligten obersten Landesbehörden Schlichter. Er kann auch für den einzelnen Fall einen besonderen Schlichter bestellen.

Die Schlichter übernehmen die Schlichtung in Fällen, die für das Wirtschaftsleben von besonderer Wichtigkeit sind.

§ 6

Wird der Schiedsspruch nicht von beiden Parteien angenommen, so kann er für verbindlich erklärt werden, wenn die in ihm getroffene Regelung bei gerechter Abwägung der Interessen beider Teile der Billigkeit entspricht und ihre Durchführung aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen erforderlich ist.

Für die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs eines Schlichtungsausschusses ist der Schlichter zuständig, in dessen Bezirk der Geltungsbereich der vorgeschlagenen Gesamtvereinbarung liegt; dies gilt auch dann, wenn er sich nur unwesentlich über den Bezirk des Schlichters hinaus erstreckt. In den übrigen Fällen ist der Reichsarbeitsminister zuständig.

Die Verbindlichkeitserklärung ersetzt die Annahme des Schiedsspruchs.

Die Vorschriften des Abs. 1 bis 3 finden auf die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen vereinbarter Schlichtungsstellen entsprechende Anwendung.

§ 8

Der Reichsarbeitsminister kann mit Zustimmung der obersten Landesbehörde die Geschäftsführung der Schlichtungsausschüsse prüfen und die Vorlage von Akten verlangen. Er führt die Aufsicht über die Geschäftsführung der Schlichter.

Die Aufsicht über die Geschäftsführung der Schlichtungsausschüsse führt die oberste Landesbehörde ...

Berlin, den 30. Oktober 1923

Der Reichskanzler
Dr. Stresemann
Der Reichsarbeitsminister
Dr. Brauns

Reichsgesetzblatt (Berlin), 1923,
Teil I, Nr. 111, S. 1043–1045, 1080.

158

Aus dem „Regierungsprogramm" des Generals von Seeckt vom Oktober 1923

Außenpolitik: ...

Grundsätzliche Anerkennung der Reparationspflicht, die an der Selbsterhaltung ihre Grenze findet.

Keine neue Anerkennung des Versailler Vertrages. Festhaltung der Auffassung seines Zwangscharakters. Bekämpfung seiner Schuldunterlagen.

Ablehnung eines Eintritts in den Völkerbund.

Ablehnung jeder neuen Verpflichtung über die Grenzen des Versailler Vertrages hinaus, auch bezüglich des Rheinlandes ...

Deutschlands Kräfte, seine militärischen und seine wirtschaftlichen, liegen der Welt offen: keines Wortes bedarf es, um darzulegen, daß sie zur Verfolgung eigener Machtpolitik, zu angriffsweiser Störung des Friedens nicht ausreichen, selbst wenn eine deutsche Regierung sich zu solchen Unternehmen bereit fände. Eins aber lasse sich die Welt gesagt sein, daß zur Notwehr, zum letzten Kampf um nationales Sein oder Nichtsein sich stets eine deutsche Hand oder ein deutsches Schwert finden wird ...

Von den beiden großen angelsächsischen Mächten erhofft das Reich zunehmendes Verständnis für seine Lage, aber auch für gebrachte und gebotene Opfer ...

Der Ausbau der wirtschaftlichen Annäherung an Rußland wird der Regierung weiter am Herzen liegen, da sie überzeugt ist, daß die Verhältnisse beide Mächte aufeinander angewiesen haben und gegenseitige Hilfeleistung auf wirtschaftlichem Gebiet beider Interessen entspricht. Dabei muß und kann die durchaus verschiedene Form der Regierung in beiden Staaten kein Hindernis bilden, da das Reich ebensowenig daran denkt, sich in die inneren russischen Verhältnisse einzumischen, wie es jede äußere Einwirkung auf seine innere Gestaltung, von welcher Seite sie auch kommen möge, abzuweisen und zu verhindern entschlossen ist ...

Innenpolitik:

Niederwerfung aller gegen den Bestand des Reiches und gegen die ordnungsmäßige Reichs- und Staatsautorität gerichteten Bestrebungen durch Anwendung der Machtmittel des Reiches, Ausbau der Änderung der Reichsverfassung im föderativen Sinn ...

Wirtschaft:

Entschlossene Absage an alle marxistischen Theorien und Maßnahmen, insbesondere Aufgabe aller Sozialisierungsbestrebungen. Aufsichtsrecht des Staates über die lebenswichtige Produktion ... Verbot der Kartelle und Syndikate. Aufhebung der Tarifverträge. Ersatz der Gewerkschaften durch Berufskammern. Bereitstellung von Lebensmitteln und Einwirkung auf die Preisbildung bei diesen.

Friedrich von Rabenau: Seeckt. Aus seinem Leben 1918–1936, Leipzig (1940), S. 360/361.

159

Entwurf eines Kampfprogramms
für die Chemnitzer Konferenz proletarischer Organisationen.
beraten in der Zentrale der KPD, Mitte Oktober 1923

Die auf Veranlassung des sächsischen Arbeitsministeriums einberufene Konferenz von Vertretern aller proletarischen Organisationen und Klassenorgane Sachsens und aus dem Reich stellt folgendes Kampfprogramm auf:

I. Auf politischem Gebiet:

1. Aufhebung des Belagerungszustandes. Nieder mit der Militärdiktatur!

2. Entwaffnung aller faschistischen und reaktionären Kampfverbände, der bayrischen Monarchisten, Separatisten und Faschisten, ebenso im ganzen Reich. Sofortige und umfassende Bewaffnung der Arbeiterschaft. Der Vollzugsrat der Konferenz stellt sich vollständig der Regierung für diesen Zweck zur Verfügung.

3. Herstellung engster Verbindung und eines festen Vertrauensverhältnisses zwischen proletarischen Abwehrorganisationen und der Landespolizei; Entfernung aller reaktionären Elemente aus der Führung der L[andes-] P[olizei], Ersetzung durch dem Proletariat ergebene Polizeimannschaften, Unterbeamte und Arbeiter.

4. Wahl der Offiziere der Reichswehr durch die Mannschaften. Ausstattung der Vertrauensleute der Mannschaft mit vollen Befugnissen zur Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Mannschaft und als letzte Berufungsinstanz in allen Disziplinarstrafsachen. Gleichstellung der Verpflegung für Offiziere und Mannschaften. Versorgung der Mannschaften bei Dienstablauf mit Landstellen durch Beschlagnahme von Großgrundbesitzerland.

5. Arbeiter- und Bauernregierungen, gestützt auf proletarische Klassenorgane, in allen Ländern und im Reich.

6. Liquidation des Ruhrkampfes auf Kosten der Bourgeoisie unter Erhaltung der vollen Selbstbestimmung, der Einheit und Unversehrtheit Deutschlands.

7. Verteidigungsbündnis mit Sowjetrußland.

II. Auf wirtschaftlichem Gebiet:

1. Erfassung der Sachwerte, Sicherung des Achtstundentages.

2. Kontrolle der gesamten Wirtschaft, der Großunternehmungen in Industrie, Handel, Bankwesen, Verkehr und Landwirtschaft durch die Betriebsräte der Arbeiter und Angestellten von unten, durch proletarische Staatsorgane von oben.

3. Staatliche Syndizierung zur Zusammenfassung und Steigerung der Produktion.

4. Staatliches Aus- und Einfuhrmonopol.

5. Beschlagnahme und zentrale staatliche Verwaltung aller Devisen.

6. Stark progressive Besteuerung der großkapitalistischen Einkommen, Vermögen und Erbschaften; steuerliche Entlastung der Arbeiter, Kleinbauern, Kleingewerbetreibenden, Beamten und der freien Berufe.

7. Sofortige Beschlagnahme aller dynastischen Vermögen.

8. Beschlagnahme der Vermögen der landesverräterischen Großindustriellen, der Großwucherer, der Schieber.

9. Verhinderung der Betriebsstillegungen; Wiedereröffnung stillgelegter lebenswichtiger Betriebe, Weiterführung durch Betriebsräte mit Hilfe von Staatskrediten. Beschlagnahme des Betriebskapitals sowie des gesamten Vermögens von Unternehmern, die die Produktion sabotieren.

10. Ausreichende staatliche Versorgung der noch verbleibenden Erwerbslosen, der Sozial- und Kriegsrentner sowie der pensionierten Beamten.

11. Sofortiger Einkauf von Brot aus Staatsmitteln, Verteilung an Erwerbslose, an die Kinder der Arbeiter, der mittleren Beamten und des notleidenden Mittelstandes.

12. Abschluß von industriellen Lieferungsverträgen mit Sowjetrußland gegen Lieferung von Lebensmitteln und Rohstoffen.

13. Lieferung von Kali, Stickstoff, Phosphaten an Kleinbauern zu ermäßigten Preisen (staatliche Zuschüsse).

14. Beschlagnahme des Großgrundbesitzerlandes, Übergabe zur Nutznießung an Landarbeiter, Kleinbauern, ausgediente Beamte und Soldaten.

15. Staatliche Kredite für Kleinbauern.

16. Auf Grund aller dieser Maßregeln Schaffung einer wertbeständigen Währung.

III.

Die Durchsetzung dieses proletarischen Kampfprogramms erfordert die Mobilisierung und Zusammenfassung aller Werktätigen zu einer einheitlichen Kampffront durch die Klassenorgane der Arbeiterschaft, die Aktionsausschüsse, die proletarischen Hundertschaften, die Kontrollausschüsse, die Gewerkschaften.

Die Konferenz fordert von den sozialdemokratisch-kommunistischen Regierungen Sachsens, Thüringens und anderer Länder, daß sie, ungeachtet der frechen Angriffe der monarchistischen und faschistischen Reichswehrgenerale gegen die proletarischen Kampforgane, ihre Pflicht und Schuldigkeit tun, um die Organisation der proletarischen Verteidigung zu schützen und zu fördern.

Die auf der Konferenz vertretenen proletarischen Vertreter verpflichten sich, bei der Mobilisierung und Organisation des vom Reichsausschuß der Betriebsräte auf den 9. November einberufenen Reichsbetriebsrätekongresses tatkräftige Mitarbeit zu leisten. Dieser Betriebsrätekongreß wird die Aufgabe haben, alle Kräfte des Proletariats und der Werktätigen für den Entscheidungskampf zusammenzufassen, um den Kampf zu führen. Die Konferenz erklärt: Die Rettung des deutschen Proletariats und der Nation aus völliger Versklavung, Verelendung und Zertrümmerung ist nur noch durch die Anwendung der äußersten Mittel, durch ein geschlossenes Proletariat und durch seine Kampfverbindung mit allen vom Großkapital ausgebeuteten Volksschichten zu vollbringen, durch Generalstreik und bewaffnete Abwehr des Proletariats gegen den frech angreifenden Klassenfeind.

Die Entscheidung naht!

Arbeiter, Ausgebeutete, Ausgeplünderte, Werktätige ganz Deutschlands, rüstet mit aller Macht gegen die großkapitalistische Militärdiktatur!

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv, 1/29/50.

Register

Personenverzeichnis

Adenauer, Konrad (geb. 1876) 94 129 153 411
Arendsee, Martha (1885–1953) 261
Artelt, Karl (geb. 1890) 88
Arzt, Arthur (1880–1953) 389

Ballin, Albert (1857–1918) 42
Baluschek, Hans (1870–1935) 344
Barth, Emil (1879–1941) 83 85 104 150 166 169
Bartz, Wilhelm (1881–1929) 311
Bauer, Gustav Adolf (1870–1944) 71/72 214
Bebel, August (1840–1913) 135 217
Becher, Johannes R(obert) (1891–1958) 364
Becker, Karl (1894–1942) 168 385
Bell, Johannes (1868–1949) 232
Bliss, Tasker Howard (1853–1930) 80
Böchel, Karl (1884–1946) 389
Borsig, Ernst von (1869–1933) 265
Böttcher, Paul (geb. 1891) 303 310 342 372 386 424
Brandler, Heinrich (geb. 1881) 310 322 339 381 385/386 422 424 428 432 435 437
Brass, Otto (1875–1950) 261 310 322
Braun, Justus 190

Braun, M. J. (Broński, M.) (1882–1941) 285
Braun, Otto (1872–1955) 29 42 280
Braunthal, Bertha (geb. 1887) 261 342
Bredel, Willi (1901–1964) 431
Brüning, Heinrich (geb. 1885) 240
Budich, Willi (1890–1941) 117

Cachin, Marcel (1869–1958) 331
Chef der Heeresleitung siehe Seeckt, Hans von
Clemenceau, Georges Benjamin (1841 bis 1929) 138 227/228
Cohen(-Reuß), Max (geb. 1876) 160
Crispien, Artur (1875–1946) 277 298 302
Cuno, Wilhelm (1876–1933) 367 375 379 388 392 399 406/407

Dahlem, Franz (geb. 1892) 303 310
Däumig, Ernst Friedrich (1866–1922) 45 85 119/120 160 185 261 277 299 303 310 322
David, Eduard (1863–1930) 214 249
Degoutte, Jean Marie Joseph (1866 bis 1938) 397
Denikin, A. I. (1872–1947) 205
Dernburg, Bernhard (1865–1937) 239
Dimitroff, Georgi (1882–1949) 415 426
Dißmann, Robert (1878–1926) 252 362
Dittmann, Wilhelm (1874–1954) 29 34 104 166 169 298 302
Dorrenbach, Heinrich (1888–1919) 116 133 165 185 217
Dresel, Ellis (1865–1925) 183
Duisberg, Carl (1861–1935) 42 126
Duncker, Hermann (1874–1960) 106 117 154 168 179 372
Duncker, Käte (1871–1953) 117 168 171 179

Eberlein, Hugo (1887–1940) 64 117 154 168 179 208 339 342 386
Ebert, Friedrich (1871–1925) 25 29 71 98 101 102 104 108 110–112 119 121 147 152 154 164 183 214 236 265 275 325 352 356 409 427 433/434
Egelhofer, Rudolf (1896–1919) 226
Eichhorn, Emil (1863–1925) 135 183 bis 185 311
Einstein, Albert (1879–1955) 345
Eisner, Kurt (1867–1919) 93 224
Engels, Friedrich (1820–1895) 12 15/16 57/58 104 135 173 177 185 206 210 336 372/373
Ernst, August (1887–1953) 94
Ernst, Eugen (1864–1954) 183
Erzberger, Matthias (1875–1921) 240 343 348
Ewert, Arthur (1890–1959) 386

Falk, Adalbert von (1856–1944) 92
Fehrenbach, Konstantin (1852–1926) 287
Fischer, Ruth (Golke, Elfriede) (1895 bis 1961) 321 327 342 351 383 386 395 437
Florin, Wilhelm (1894–1944) 419
Frank, Leonhard (1882–1961) 345
Franke, Otto (1877–1953) 64 154
Frölich, August (geb. 1877) 423/424
Frölich, Paul (1884–1953) 55 168 172 179 286 339 386
Führer der Volksmarinedivision siehe Dorrenbach, Heinrich

Gäbel, Otto 310
Garnisonskommandeur, Bremer siehe Lehmann
Geithner, Otto (1876–1948) 261
General, Kommandierender (Hamburg) siehe Falk, Adalbert von
Gerstenberg, Wilhelm 213
Geschke, Ottomar (1882–1957) 303 342 351 386 395
Gessler, Otto (1875–1955) 409
Geyer, Curt (geb. 1891) 310
Giebel, Carl (1878–1930) 131
Giesberts, Johann (1865–1938) 280
Globig, Fritz (geb. 1892) 66 83 168
Goltz, Rüdiger Graf von der (1865 bis 1946) 223
Gouverneur von Kiel siehe Souchon, Wilhelm Anton Theodor
Gramsci, Antonio (1891–1937) 331

Graupe, Georg (1875–1959) 389 428
Groener, Wilhelm (1867–1939) 82 110/111 164
Grosz, George (1893–1959) 344/345
Gundelach, Gustav (1888–1962) 431
Guralski, A. J. (Kleine, August) (geb. 1885) 386

Haase, Hugo (1863–1919) 29 45 83 90 104 109 121 140/141 166 169
Habersaath, Erich (1893–1918) 66 101
Hagen, Louis (1855–1932) 411
Handke, Georg (1894–1962) 168
Haußmann, Conrad (1857–1922) 90
Heckert, Fritz (1884–1936) 96 153 157 168 170–172 301 303 310 339/340 342 381 386 424
Heine, Wolfgang (1861–1944) 263 279
Heinze, Rudolf (1865–1928) 433
Helfferich, Karl (1872–1924) 239 265
Herzfeld, Joseph (geb. 1853) 311
Herzog von Braunschweig und Lüneburg siehe Ernst August
Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha siehe Karl Eduard
Hilferding, Rudolf (1877–1941) 45 302 420
Hindenburg, Paul von Beneckendorff und von (1847–1934) 111 152 154
Hitler, Adolf (1889–1945) 434
Hoffmann, Adolph (1858–1930) 45 310 322
Hoffmann, Johannes (1867–1930) 224
Höllein, Emil (1880–1929) 311
Hoelz, Max (1889–1933) 324
Hoernle, Edwin (1883–1952) 91 286 342 364 372 386
Hörsing, Otto (1874–1937) 323
Hugenberg, Alfred (1865–1951) 239 265

Jagow, Traugott von (1865–1941) 266 284
Jannack, Karl (geb. 1891) 124
Jogiches, Leo (1867–1919) 34 50 101 117 167/168 170 179 208 217 219

Kaas, Ludwig (1881–1952) 239
Kabaktschieff, Christo (1878–1940) 300
Kaiser siehe Wilhelm II.
Kaiser, Jakob (1888–1961) 129
Kalinin, M. I. (1875–1946) 380
Kapp, Wolfgang (1858–1922) 266 274/275
Karl Eduard (1884–1954) 94
Kautsky, Karl (1854–1938) 45–48 51 56 60 62/63 141 211
Kellermann, Bernhard (1879–1951) 364
Kirdorf, Emil (1847–1938) 265 315
Klein, Karl (1886–1960) 168
Knief, Johann (1880–1919) 34 54/55 124
Koch (-Weser), Erich (1875–1944) 239
Kollwitz, Käthe (1867–1945) 21 344/345
Kommandant des Berliner Polizeipräsidiums siehe Braun, Justus
Koenen, Bernard (1889–1964) 122 261 386
Koenen, Wilhelm (1886–1963) 261 276/277 303 310/311 338 341 386 406 421
Kolaroff, Vasil (1877–1950) 415
König, Arthur (geb. 1884) 395
Korsch, Karl (1886–1961) 424
Kriegsminister, preußischer siehe Scheüch, Heinrich
Kronprinz des Deutschen Reiches und Preußens siehe Wilhelm
Kruge, Konrad Kurt (1857–1926) 94 129
Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav (1870–1950) 42
Kühlmann, Richard von (1873–1948) 42
Külz, Wilhelm (1875–1948) 239
Kun, Béla (1886–1939) 39
Kuusinen, O. W. (1881–1964) 338

Landauer, Gustav (1870–1919) 224 226
Landsberg, Otto (1869–1957) 104 214
Lange, Paul (1880–1951) 117 168 179
Lansing, Robert (1864–1928) 138
Lask (Jacobsohn-Lask), Berta (geb. 1878) 364

Laufenberg, Heinrich (1872–1932) 123/124 257 260
Ledebour, Georg (1850–1947) 29 45 119 185
Legien, Carl (1861–1920) 252 277
Lehmann 93
Leinert, Robert (1873–1937) 94
Leipart, Theodor (1867–1947) 361
Lenin (Uljanow), W. I. (1870–1924) 10 bis 16 20–23 32 39/40 47 49–51 54 bis 64 68 70 73/74 78–81 107 120 131 139/140 143 161 169 172 193 206 208–211 219 225 235 243 248 259 bis 261 264 279 285 293–299 303 319 330 332–335 337 339 342 350 365 371–373 395/396 420
Leonhard, Rudolf (1889–1953) 364
Lettow-Vorbeck, Paul von (1870–1964) 244/245
Levi, Paul (1883–1930) 117 147 168 179 259 286 310 322 326 328 342
Levien, Max (geb. 1885) 168
Leviné, Eugen (1883–1919) 148 154 157 168 224–226
Liebknecht, Karl (1871–1919) 22 24 34–36 48 54 79 82–86 98/99 102/103 106 109 116/117 119 128 143–148 151–155 157–159 167–171 179 183 185–187 191–193 208 265 268 295 298 365 396 420
Liebknecht, Wilhelm (1826–1900) 217
Liebmann, Hermann (1882–1935) 389
Lindau, Rudolf (geb. 1888) 386
Löbe, Paul (geb. 1875) 129
Ludendorff, Erich (1865–1937) 20 42 68 81/82 265/266 358 434
Lutterbeck 397
Lüttwitz, Walter Freiherr von (1859 bis 1942) 183 263 265/266 275
Luxemburg, Rosa (1871–1919) 22 34 48–50 53/54 79 86 106 116–119 132 143/144 147 152 155 157 167/168 170/171 173 178/179 191/192 207/208 219 245 265 268 298 365

Maercker, Georg (1865–1924) 214 216
Marat, Jean-Paul (1744–1793) 23
Marx, Karl (1818–1883) 12 15/16 52 57/58 65 132 173 177 184 206 208 210/211 336 372/373
Marx, Wilhelm (1863–1946) 240
Maslow, Arkadi (1891–1941) 321 342 351 383 386 437
Max, Prinz von Baden (1867–1929) 71 73 76 81 97/98 101
Mehlich, Ernst (1882–1926) 280
Mehring, Franz (1846–1919) 45 50 52/53 55 83 117 168 170
Merges, August (1870–1945) 93/94
Meyer, Ernst (1887–1930) 64 85 106 117 168 179 301 340 342 381
Militärgouverneur, Kölner siehe Kruge, Konrad Kurt
Miller, Josef (1883–1964) 92 252 386
Minster, Karl (geb. 1873) 168
Moissi, Alexander (1880–1935) 345
Molkenbuhr, Brutus (1881–1959) 119
Morgner, Edwin (1884–1943) 168
Mühsam, Erich (1878–1934) 224
Müller, Alfred (1866–1925) 423
Müller, Hermann (1876–1931) 119 232 279 282
Müller, Richard (geb. 1890) 29 85 119 150
Münzenberg, Willi (Wilhelm) (1889 bis 1940) 345

Nagel, Otto (geb. 1894) 344
Neubauer, Theodor (1890–1945) 424
Niekisch, Ernst (geb. 1889) 224
Noske, Gustav (1868–1946) 90 166 183/184 194 213/214 217/218 244 249 263 265 276 278
Nuschke, Otto (1883–1957) 239 269

Oldenburg-Januschau, Elard von (1855 bis 1937) 239
Oelßner, Alfred (1879–1962) 261
Oestreich, Paul (1878–1959) 345

Pabst, Waldemar (geb. 1881) 265/266
Papen, Franz von (geb. 1879) 240
Peter, Friedrich (gest. 1918) 92
Peters, Max (1887–1962) 141

Pfeiffer, Hans (geb. 1895) 386
Pieck, Wilhelm (1876–1960) 53, 54 85 98 117 143 147 153/154 168–170 179 185–187 278 281/282 285 303 310 339 342 381 386
Pilsudski, Jozef (1867–1935) 115
Piscator, Erwin (geb. 1893) 364
Podwoiski, N. I. (1880–1948) 10
Poincaré, Raymond (1860–1934) 375 379 388 392 399
Präsident, amerikanischer siehe Wilson, Thomas Woodrow

Radek (Sobelsohn), Karl (1885–1939) 171 259 349 354 401/402 422
Rädel, Siegfried (1893–1943) 386
Rathenau, Walther (1867–1922) 239 329 356/357
Rau, Heinrich (1899–1961) 414
Rechberg und Rothenlöwen zu Hohenrechberg, Joseph Graf von (geb. 1885) 130
Regierungspräsident, Kölner siehe Starck, Karl von
Reichert, Jakob Wilhelm (geb. 1885) 135
Reichskanzler siehe Max, Prinz von Baden und Müller, Hermann
Reichspräsident siehe Ebert, Friedrich
Remmele, Adam (1877–1951) 413
Remmele, Hermann (geb. 1880) 261 310/311 342 386
Renner, Karl (1870–1950) 84
Reuter-Friesland, Ernst (1889–1953) 268 321 342
Rothkegel, Rudolf (1889–1964) 140
Rubiner, Ludwig (1882–1920) 364
Rück, Fritz (1895–1959) 91
Rühle, Otto (1874–1943) 84 96 168 171 257

Schacht, Hjalmar (geb. 1877) 435
Scheidemann, Philipp (1865–1939) 29 33 71 81 97 103/104 147 214
Scheüch, Heinrich (1864–1946) 98
Schiffer, Eugen (1860–1954) 275
Schlageter, Albert Leo (1894–1923) 401
Schmidt, Felix 55 168 342 386
Schmidt, Robert (1864–1943) 214
Schneller, Ernst (1890–1944) 416, 417
Schulz, Karl (1884–1933) 168
Schumann, Georg (1886–1945) 310 342 386
Seeckt, Hans von (1866–1936) 265 275 409 434/435
Serrati, Giacinto Menotti (1872–1926) 298
Severing, Carl (1875–1952) 221 280 283 323 394 409
Seydewitz, Max (geb. 1892) 389
Siemens, Carl Friedrich von (1872–1941) 315
Siewert, Robert (geb. 1887) 310 342 386
Sinowjew, G. J. (1883–1936) 210 301 305 339
Solf, Wilhelm (1862–1936) 138
Sollmann, Wilhelm (1881–1951) 94 129
Souchon, Wilhelm Anton Theodor (1864 bis 1946) 89
Staatssekretär des Äußeren, amerikanischer siehe Lansing, Robert
Starck, Karl von (geb. 1867) 129
Stegerwald, Adam (1874–1945) 240
Steinhäuser 88
Stern, Viktor (1885–1958) 261
Stinnes, Edmund (geb. 1896) 153
Stinnes, Hugo (1870–1924) 42 151 239 265 315 343 346 367 375
Stoecker, Walter (1891–1939) 261 276 299 303 310/311 322 383 386 420
Stresemann, Gustav (1878–1929) 239 251 407 409/410 433
Ströbel, Heinrich (1869–1945) 45
Studnitz 127
Sült, Wilhelm (gest. 1921) 325

Tenner, Albin (geb. 1885) 424
Thalheimer, August (1884–1948) 91 117 168 179 278 285 310 342 386
Thälmann, Ernst (1886–1944) 261 291 304/305 310 342 351 386 395 430/431 437
Thyssen, August (1842–1926) 153
Thyssen, Fritz (1873–1951) 153

Togliatti, Palmiro (1893–1964) 331
Toller, Ernst (1893–1939) 224 226 364
Trotzki (Bronstein), L. D. (1879–1940) 49
Tschitscherin, G. W. (1872–1936) 235 356

Ulbricht, Walter (geb. 1893) 383/384 386 395/396 421
Urbahns, Hugo (1890–1947) 432

Vögler, Albert (1877–1945) 239 265

Walcher, Jacob (geb. 1887) 91 168 278 285 342 386
Warski, Adolf (Warszawski, A. S.) (1868 bis 1937) 50
Watter, Oskar Freiherr von (1861–1939) 215 272 282
Wels, Otto (1873–1939) 108 151/152 164 246
Westarp, Kuno Graf von (1864–1945) 239
Wieczorek, Paul (gest. 1918) 133
Wilhelm (1882–1951) 98 101
Wilhelm II. (1859–1941) 72 84 88 97/98 100/101 102
Wilson, Thomas Woodrow (1856–1924) 72 81 139
Wirth, Joseph (1879–1956) 240 329 358
Wissell, Rudolf (1869–1962) 166 214
Wolf, Friedrich (1888–1953) 364
Wolff, Otto (1881–1940) 411
Wolffheim, Fritz 257 260
Wolfstein (Frölich), Rosi (geb. 1888) 342

Zeigner, Erich (1886–1949) 389/390 424 433
Zetkin, Clara (1857–1933) 22 45 50/51 55 91 100 143 168 170 219/220 286 289/290 303 309/310 322 328 339 342 354 372 379–381 386 401
Zille, Heinrich (1858–1929) 344
Zweig, Arnold (geb. 1887) 192

Verzeichnis der geographischen Namen

Aachen 419
Ahlen (Westfalen) 273
Altona 91
Amerika 174
Amsterdam 53 115 207
Argentinien 206
Armenien 206
Augsburg 93

Bad Ems 131
Baden 127 413
Baltikum 26 37 40 139 180
Bamberg 224
Barmbeck siehe Hamburg-Barmbeck
Barmen 30 147 273
Barth 130
Bayern 93 127 167 224–227 240 265 315 400 402 411 418 422
Beckum 273
Belgien 19 37 40 378
Belorußland 40 114 199
Berlin 19 24 28–32 34 53/54 64 67 76 82/83 85 93 95–103 106–108 111 116/117 126 132/133 136 138/139 143/144 147–150 152–154 156 158/159 163–165 167/168 183–191 193/194 210 212 215–218 236 244/245 253/254 258/259 263 265/266 268/

269 271 275 278/279 282 285 289 302/303 306/307 320 325 343 345 347 353–355 357 360 364 366 368 386 391/392 397–399 404–408 413/414 422 427
– – Charlottenburg 29 31 100 421
– – Lichtenberg 217
– – Moabit 30/31 100/101 153 190
Bern 206
Beuthen (Bytom) 210
Bielefeld 30 280
Bochum 244
Bonn 419
Borbeck 397
Bottrop 397
Brandenburg (Havel) 30 210
Brandenburg, Mark 102
Braunschweig 93 147 166/167 187 390
Braunschweig, Freistaat 94 125
Bremen 30 53 55 91–93 122 124/125 146/147 166 188 210 213/214 390 433
Bremerhaven 91
Breslau (Wrocław) 83 129 211 215 303
Brest-Litowsk 25/26 29
Brünn (Brno) 27
Brunsbüttel (Holstein) 91
Budapest 27 84 220
Bukarest 115
Bulgarien 68 204 206 231 292 414

Cattaro (Kotor) 28
Celle 94
Charlottenburg siehe Berlin-Charlottenburg
Chemnitz (Karl-Marx-Stadt) 95 122 128 153 158 167 211 253 269/270 303 404 421 425 427–429
China 204 206/207 292
Cuxhaven 91 188

Dachau 225
Damgarten 130
Danzig (Gdańsk) 30 230
Don 37
Donzdorf (Württemberg) 129
Dortmund 83 187 244 273 397
Dortmunder Revier 30 397
Dresden 30 84 96 122 144 158 167 188 211
Duisburg 67 166 303
Durlach 263
Düsseldorf 30 55 94 126 147 188 211 221 355 419
Düsseldorfer Industriegebiet 64
Dwinsk (Daugavpils), Kreis 40

Eberswalde 270
Eisenach 212
Eisleben 83 323
Elbe 430
Elberfeld 25 147 211
Elsaß-Lothringen 72 230
England siehe auch Großbritannien 12 18 28 116 139 206/207 230 288
Erfurt 94 187 211 271
Erzgebirge 417
Essen 30 67 126 148/149 153/154 211 221 273/274 281 378 388
Estland 36 114 206
Europa 80 102 114 174 180 193 198/199 228/229 310 354 378 380 392/393
– Mitteleuropa 288 410
– Südosteuropa 199
– Westeuropa 60 115 180 199 288 293 378 410

Ferner Osten 38 228
Finnland 28 36/37 40 206/207
– finnische Küste 40
Finowgebiet 270
Flensburg 91
Forst (Lausitz) 270
Frankfurt (Main) 86 126 167 211/212 250 254 393 404 427 433
Frankreich 12 28 38 204 206/207 228 230/231 288 292 354 376 378 381 393 419
– nordfranzösisches Kohle- und Erzbecken 37
Franzburg-Barth, Kreis 130
Freiberg (Sachsen) 433
Friedrichshafen 86

Gelsenkirchen 397 427
Genua 354 356
Gera 30 128 211 271
Gladbeck 150 397
Gleiwitz (Gliwice) 211
Görlitz 67 345/346
Gotha 30 94 271
Greifswald 271
Greiz 271
Griechenland 292
Groß-Berlin siehe Berlin
Großbritannien siehe auch England 38 204 228 231 292 331 354 376 378 380 410
Großkorbetha 324
Guben (Wilhelm-Pieck-Stadt Guben) 53

Hagen (Westfalen) 67 188 273 282
Halberstadt 86
Halle (Saale) 24 30 83 94 128 187 211 216 279 303 305/306 355 366 420
Hamborn 149 166 187/188 211
Hamburg 30 54/55 67 85 91/92 123/124 153 166 188 211 215 244 253 291 304/305 325 390 405 408 417 427 429/430 432–434
– – Barmbeck 430–432
Hamm (Westfalen) 273
Hanau 85 127
Hannover 54/55 94 211
Haspe 67
Hauptstadt Deutschlands siehe Berlin
Heidelberg 259 262
Helsinki 28
Hervest-Dorsten (Westfalen) 166
Hessen 127 167 367 413
Hettstedt 324
Hirschberg (Jelenia Góra) 66
Höchst 236
Holland siehe Niederlande

Ickern (Ruhrgebiet) 166
Indien 204 292
Indonesien 292
Ingolstadt 211
Iran 292
Italien 204 288 354 369 378

Japan 38 228 354
Jassi (Iaşi) 115
Jena 30 84 211 271 339
Jugoslawien 206 220 292

Karlsruhe 129 263
Kassel 30 86 244
Kaukasien 36
Kaukasus 37
Kiel 30 87–92 94–96 98 104 122 144 146 224 405
Kiew 131/132
Kiew, Gouvernement 40
Kirchberg (Sachsen) 416
Koblenz 419
Köln 30 94/95 128 153/154 304 419/420 427
– – Deutz 420
Kopenhagen 115
Korea 204 206/207 292
Kurland 36
Küstrin (Kostrzyn) 411

Landeshut (Kamienna Góra) 66
Landwehrkanal 192 245
Lausitz 408
Le Havre 115
Leipzig 24 30 83 95 122 128 144 147 166/167 188 211/212 261 271 306 362 380 396 420
– – Eutritzsch 416
Lettland 40 114 206/207 223
Leuna 122/123 287 323–325
Leverkusen 126 236
Lichtenberg siehe Berlin-Lichtenberg
Lichtenburg 345
Litauen 36 114 206 223
Livland 36
Livorno 331
Lörrach (Baden) 413
Lübeck 30 91 211 390 405
Luckau 35
Ludwigshafen (Rhein) 236
Lugau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier 67

Magdeburg 30 33 67 94 167 244
Mainz 419

Mannheim 24 30 67 86 129 211 244 259 427
Mansfeld 322–324
Mansfelder Revier 271 323 325
Marienfelde bei Berlin 100 150
Marseille 115
Mecklenburg 271 279
Mecklenburg-Strelitz 399
Mexiko 292
Mitau (Jelgava) 139
Mitteldeutschland 90 93 216 221/222 238 253 270 279 287 322–327 334 404 408 421–423 426/427
– mitteldeutsches Industriegebiet 123
Moabit siehe Berlin-Moabit
Moskau 84 140 193 207 292 302 309 330 368
Mülheim (Ruhr) 24 66 149 153 188 211 388
München 30 93 111 126 188 211 224 bis 226 303 400 434
Münster 30 215 283
Murmanküste 37
Murmansk 38

Neumünster (Holstein) 91
Niederlande 41 54 85 102 115 206/207 292 378
Niederrhein 125 167
Norddeutschland 271 400
Nordseeküste 90
Nordwestdeutschland 167 404
Norwegen 206
Nürnberg 30 93 188 252 367

Oberhausen (Ruhrgebiet) 24 67 149 166 211
Oberschöneweide bei Berlin 100
Ohrdruf 271
Oldenburg 91
Oldenburg, Freistaat 399
Ostdeutschland 271
Ostelbien 239
Österreich 114 206/207 210 231 288 292
Österreich-Ungarn 26/27 35 68 84
Ostpreußen 167 224 253
Ostseeküste 90

Paris 12 52 58 115 223 227/228 231 313 397/398
Passau 93
Pazifik 228
Persien 206/207 292
Petrograd (Leningrad) 10–12 20 139 292 368
Pfalz 419
Pirna 30 421
Polen 19 26 36 115 204 206/207 230 288 290/291 414/415
Pommern 253
Potsdam 421
Prag 28 84
Preußen 29 104 230 246 346 377 409
Pskow 40

Rapallo 356
Reinickendorf bei Berlin 100
Remscheid 67 273
Rhein 126 135 154 229 420
Rheinland 123 126 230 404 412 418 bis 421
– linksrheinische Gebiete 230
Rheinland-Westfalen 41 153/154 239 267 283 391 404
– rheinisch-westfälisches Industriegebiet 147 149 221 280
Rhein–Ruhrgebiet 359
Rosenheim 93 225
Rostock 91 271 433
Rotterdam 115
Ruhr siehe auch Ruhrgebiet 126 135 154 404 420
Ruhrgebiet siehe auch Ruhr 24 65/66 94/95 123 125 147 149 153 166/167 188 215/216 220–222 229 272 274 279–283 325 376 378 388 392 396 bis 398 402 405 409 412 417/418 421/422
Rumänien 115 206 220
Rußland siehe auch Sowjetrußland 9 bis 17 20–26 37–39 41/42 45 47–51 53/54 58/59 65 71 76 81 97 99 107 118

134 161 171 173 203–205 228 246 259 261 293 301 344 365 371 373
Rybniker Revier (Volksrepublik Polen) 149

Saarbrücken 67
Saargebiet 230
Sachsen 96 349 359 367 383 389–392 399 402 404/405 408 412/413 417 422–425 427–429 433/434
– sächsisches Bergbaugebiet 67
Sachsen-Coburg und Gotha, Herzogtum 128
Sagan (Żagań) 66
Sangerhausen 324
Schlesien 66 239 253 398
– Niederschlesien 398
– Oberschlesien 66 129 133 149 167 216 221 253 388 398 412
– oberschlesisches Industriegebiet 66 123 149 166
Schleswig-Holstein 90 253
Schraplau (Mansfelder Seekreis) 324
Schwarzenberg (Erzgebirge) 417
Schweden 206
Schweinfurt 30
Schweiz 56 115 206/207 210
Senftenberger Revier 271
Serbien 114
Skandinavien 210
Solingen 30 126 147 427
Sömmerda 271
Sowjetrußland siehe auch Rußland, Sowjetunion 13/14 24 26/27 36–40 43 45/46 48 51 61 69 76 80 82 97 106 bis 108 110 114 116 131/132 139 bis 141 149 153/154 157 171 179 193 203–205 207 209/210 219/220 229 231 233–235 240 246/247 252/253 261 266 275 288–292 299 301/302 309 318 330 344/345 353–357 365 368 371 373 382
Sowjetukraine siehe Ukraine
Sowjetunion siehe auch Sowjetrußland 344 380–382 392 410 414/415 428
Spa 85 102
Spandau 29/30 100 123 186 189
Spanien 204 292
Sterkrade (Oberhausen) 67
Stettin (Szczecin) 24 211
Stockholm 55 60
Stolpe bei Berlin 65
Straßburg (Strasbourg) 41 122
Stuttgart 86 90 91 167 188 211 252 304 366
Süddeutschland 127 129 353 400
Suhl 271 421

Tegel bei Berlin 100
Thüringen 167 214 271 359 390–392 396 399 402 404 408 413 418 422 bis 425 427 429 434
Thüringer Wald 214 271
Torgau 67
Tours 331
Transkaukasien 38
Transsylvanien 115
Trebbin (Provinz Brandenburg) 130
Treptow bei Berlin 236
Trier 419
Tschechoslowakei 114 206/207 220 288 330 378
Türkei 204 206/207 231 292
Turkestan 38

Uckermark 129
Ukraine 26 36–38 40 107 114 118 131 199 206/207 416
Unetscha 131
Ungarn 114 204 206/207 210 220 224 231
Ural 37
USA siehe Vereinigte Staaten von Amerika

Vereinigte Staaten von Amerika 18 38 138–140 156 204 206/207 228 230 288 292 314 354 367/368 376 380 410
Versailles 228 232
Vogtland 279

Waldeck (Hessen) 418
Warschau 115 291

Wasserkante 66 167
Weimar 214 245–248 271 405
Weißensee bei Berlin 100
Wernrode (Thüringen) 130
Westdeutschland 90 253
Westfalen 125
Wien 28 84
Wiener Neustadt 27
Wiesbaden 419
Wilhelmshaven 86/87 91/92 132 211
Wilmersdorf bei Berlin 191
Wimmelburg (Mansfelder Seekreis) 324
Wittenau bei Berlin 186
Wolfenbüttel 188
Wolferode (Mansfelder Seekreis) 324
Wuppertal 67
Württemberg 127 222 359 404

Zeitz 67 86
Zella-Mehlis 271
Zossen 183
Zwickau 188 211
Zwickau–Oelsnitzer Steinkohlenrevier 398 404 433

Inhalt

Vorbemerkung 5

KAPITEL VI · Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und ihre Auswirkungen auf Deutschland. Der Beginn der weltgeschichtlichen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Die Novemberrevolution und die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Periode vom November 1917 bis Januar 1919)

Das Heranreifen der Revolution in Deutschland unter dem Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution (November 1917–Oktober 1918) 9

1. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution – Wende in der Menschheitsgeschichte 9
2. Die Lage Deutschlands Ende 1917. Das Anwachsen der Massenbewegung gegen den Krieg und das kaiserlich-imperialistische Regime. Der Januarstreik 1918 18

3. Die Niederlage des deutschen Imperialismus und Militarismus und die Entstehung einer revolutionären Krise 36

4. Die Versuche der deutschen Imperialisten und Militaristen zur Rettung ihrer Machtpositionen. Die Aufgaben der Revolution. Die Reichskonferenz der Spartakusgruppe 70

Die Novemberrevolution und ihre Entwicklung bis zum ersten Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands (November 1918–Dezember 1918) 87

1. Der Ausbruch der Revolution und die Bildung des Rates der Volksbeauftragten 87

2. Der Kampf des Spartakusbundes und der anderen revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse für die Weiterführung der Revolution. Die Rolle der Arbeiter- und Soldatenräte 114

3. Der Kampf des Spartakusbundes und der anderen revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse gegen die vordringende Konterrevolution. Der Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands 134

Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands 163

Die Niederlage der Arbeiterklasse in der Novemberrevolution und ihre Ursachen 182

KAPITEL VII · Die revolutionäre Nachkriegskrise. Die Gründung der Dritten Internationale. Die Bedeutung des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale und die Hilfe W. I. Lenins für die deutsche Arbeiterklasse. Der Kampf der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen unter Führung der KPD für die Verteidigung und Erweiterung der demokratischen Rechte und Freiheiten gegen die Machtpositionen der Konterrevolution. Die Entwicklung der KPD zur revolutionären Massenpartei. Der Kampf um die soziale und nationale Befreiung des deutschen Volkes im Jahre 1923 (Periode vom Januar 1919 bis Ende 1923)

Die Massenkämpfe in den Jahren 1919 und 1920 und die Entwicklung der KPD zur revolutionären Massenpartei 203

1. Die revolutionären Massenkämpfe nach der Niederlage der Novemberrevolution. Die Gründung der Kommunistischen Internationale 203

2. Der Versailler Vertrag und die endgültige Konstituierung der Weimarer Republik 227

3. Die allmähliche politische und organisatorische Festigung der KPD. Die Stellung der SPD zur Weimarer Republik 244

4. Die machtvolle Einheitsaktion der deutschen Arbeiterklasse zur Zerschlagung des konterrevolutionären Kapp-Putsches 264

5. Die Vereinigung des linken Flügels der USPD mit der KPD und die Entwicklung der KPD zur revolutionären Massenpartei 286

Die Entwicklung der Massenpolitik der KPD im Kampf zur Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen gegen die Offensive des Monopolkapitals (1921/1922) 312

1. Die Ausarbeitung der Einheitsfrontpolitik der KPD. Die Märzkämpfe. Der III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 312

2. Der wachsende Masseneinfluß der KPD in den Kämpfen zur Verteidigung der sozialen und demokratischen Interessen der Volksmassen (Herbst 1921 bis Ende 1922) 343

Der soziale und nationale Befreiungskampf der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen unter Führung der KPD 1923 375

1. Die Verschärfung der revolutionären Nachkriegskrise durch den imperialistischen Kampf um das Ruhrgebiet. Die Massenkämpfe der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen gegen Cuno und Poincaré unter Führung der KPD. Der Sturz der Regierung Cuno durch den Generalstreik 375

2. Die revolutionäre Krise in Deutschland im Herbst 1923. Die Niederlage der deutschen Arbeiterklasse und ihre Ursachen 408

DOKUMENTE

1 Funkspruch W. I. Lenins „An alle! An alle!" vom 12. November 1917 441

2 Das erste Echo der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in der deutschen Arbeiterklasse im November 1917 441

3 Aus der Erklärung des Reichskanzlers Georg Graf von Hertling im Deutschen Reichstag vom 29. November 1917 447

4 Aus dem Aufruf der Spartakusgruppe „Die Stunde der Entscheidung" vom Dezember 1917 447

5 Aus dem Aufruf der Spartakusgruppe zum Streik von Ende Januar 1918 449

6 Aus dem Aufruf der Spartakusgruppe „Ausharren um jeden Preis" von Anfang Februar 1918 451

7 Aus dem Aufruf der Spartakusgruppe vom März 1918 452

8 Aus dem „Friedensvertrag zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Rußland andererseits" vom 3. März 1918 453

9 Aus einer „Niederschrift über eine Besprechung im Stahlhof zu Düsseldorf am Donnerstag, dem 16. Mai 1918" 455

10 Aus dem Entwurf des „Aktionsprogramms" der SPD, veröffentlicht am 23. Mai 1918 457

11 Aus dem Offenen Schreiben Franz Mehrings an die Bolschewiki vom 3. Juni 1918 460

12 Aus dem Aufruf der Spartakusgruppe „Auf zum Kampf um den Frieden!" vom Juli 1918 462

13 Beschluß der Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses der SPD vom 23. September 1918 464

14 Eingeständnis der Kriegsniederlage und Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand durch die Oberste Heeresleitung am 28. September 1918 465

15 Erlaß Kaiser Wilhelms II. zum Rücktrittsgesuch des Reichskanzlers Georg Graf von Hertling vom 30. September 1918 465

16 Ersuchen der deutschen Regierung um Friedensverhandlungen an den Präsidenten der USA Woodrow Wilson vom 3. Oktober 1918 466

17 Aus dem Aufruf der Reichskonferenz der Spartakusgruppe am 7. Oktober 1918 466

18 Aus dem Bericht Dr. Johann Reicherts, Geschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, über eine Tagung führender Monopolherren im Stahlhof zu Düsseldorf am 9. Oktober 1918 469

19 Aus dem Aufruf des Soldatenrates Kiel vom Anfang November 1918 470

20 Forderungen des Arbeiter- und Soldatenrates Stuttgart vom 4. November 1918 471

21 Aufruf des Vorstandes der SPD vom 4. November 1918 472

22 Aufruf der Parteileitung der USPD „An das werktätige Volk Deutschlands" vom 4. November 1918 473

23 Über die Rolle Philipp Scheidemanns beim Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland im Oktober/November 1918 474

24 Aufruf des Reichskanzlers Prinz Max von Baden vom 6. November 1918 475

25 Aus der Erklärung Philipp Scheidemanns in der Sitzung des Kriegskabinetts am 7. November 1918 476

26 Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrates Hamburg vom 8. November 1918 478

27 Aus dem Aufruf des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates München vom 8. November 1918 479

28 Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrates Leipzig vom 8. November 1918 480

29 Aufruf der Spartakusgruppe vom 8. November 1918 480

30 Aufruf des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates Berlin vom 8. November 1918 482

31 Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrates Bremen vom 9. November 1918 482

32 Bekanntmachung über die Abdankung Wilhelms II. durch Prinz Max von Baden am 9. November 1918 483

33 Aufruf Friedrich Eberts vom 9. November 1918 484

34 Aufruf Friedrich Eberts vom 9. November 1918 484

35 Aufruf der Spartakusgruppe an die Arbeiter und Soldaten Berlins vom 10. November 1918 485

36 Aus dem Aufruf der Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Berlins vom 10. November 1918 487

37 Aus der Zeugenaussage des Generals Wilhelm Groener im Münchener Dolchstoßprozeß von 1925 über die Vereinbarungen zwischen der Obersten Heeresleitung und Friedrich Ebert am 10. November 1918 488

38 Aus dem Telegramm des Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg an alle Heeresgruppen und Armeeoberkommandos vom 10. November 1918 490

39 Mitteilung des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin vom 11. November 1918 492

40 Aus dem Telegramm der Sowjetregierung „An alle Arbeiter-, Soldaten- und Matrosenräte Deutschlands" vom 11. November 1918 492

41 Regierungsprogramm des Rates der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 494

42 Aus dem Aufruf des Vorstandes der USPD vom 12. November 1918 495

43 Telegramm des Rates der Volksbeauftragten an die Oberste Heeresleitung vom 12. November 1918 497

44 Aus dem Aufruf des Rates der Volksbeauftragten zur Bildung von Bauernräten vom 12. November 1918 498

45 Aus dem Arbeitsgemeinschaftsabkommen zwischen den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften vom 15. November 1918 498

46 Anordnung des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin vom 16. November 1918 501

47 Entschließung des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin vom 17. November 1918 502

48 Beschluß der Bezirkskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte Bezirk Niederrhein vom 20. November 1918 502

49 Aus der Bekanntmachung des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin vom 23. November 1918 504

50 Aus dem Leitfaden für die Arbeiter- und Soldatenräte des Bezirks Niederrhein und westliches Westfalen, aufgestellt von der Bezirkskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte am 25. November 1918 506

51 Beschluß des Parteiausschusses der SPD vom 28. November 1918 507

52 Leitsätze Karl Liebknechts vom 28. November 1918 508

53 Aus dem Extrablatt der Mülheimer „Freiheit" vom 8. Dezember 1918 513

54 Politisches Programm des 53er-Ausschusses (Zentralrat der Marine) von Anfang Dezember 1918 514

55 Aus dem Brief des Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg an Friedrich Ebert vom 8. Dezember 1918 515

56 Aktionsprogramm des Generalkommandos Lequis für die Niederschlagung der Revolution in Berlin vom Anfang Dezember 1918 517

57 Aus dem Programm der Sozialisierungskommission vom 11. Dezember 1918 518

58 Resolution der außerordentlichen Verbandsgeneralversammlung der USPD von Groß-Berlin vom 15. Dezember 1918 520

59 Aus dem Bericht über die Reichskonferenz der Internationalen Kommunisten Deutschlands in Berlin vom 15. bis 17. Dezember 1918 520

60 Anträge für den ersten Reichsrätekongreß, verfaßt von Karl Liebknecht am 15. Dezember 1918 522

61 Die wichtigsten Beschlüsse des ersten Reichskongresses der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands in Berlin vom 16. bis 21. Dezember 1918 523

62 Bericht über programmatische Ausführungen des Majors Kurt von Schleicher und des Generalmajors Hans von Seeckt auf einer Besprechung im Generalstab am 20. Dezember 1918 524

63 Resolution der großen Ratssitzung der Arbeiter- und Soldatenräte Leipzigs vom 23. Dezember 1918 525

64 Aus dem Programm der sozialdemokratischen Reichsregierung vom 29. Dezember 1918 526

65 Resolution des Gründungsparteitages der KPD in Berlin zur Trennung von der USPD und Gründung der KPD (Spartakusbund) vom 30. Dezember 1918 527

66 Erklärung der Delegation der früheren Gruppe Internationale Kommunisten Deutschlands auf dem Gründungsparteitag der KPD in Berlin zum Eintritt in die KPD vom 31. Dezember 1918 529

67 Protestresolution des Gründungsparteitages der KPD in Berlin gegen das Vorgehen der deutschen Regierung im Osten vom 31. Dezember 1918 530

68 Resolution des Gründungsparteitages der KPD in Berlin über die Stellung zu den revolutionären Obleuten Berlins vom 1. Januar 1919 531

69 Aus dem Artikel der „Roten Fahne" „Der neueste Streich der Gegenrevolution" vom 5. Januar 1919 531

70 Aufruf der revolutionären Obleute, des Zentralvorstandes der USPD Groß-Berlins und der Zentrale der KPD vom 5. Januar 1919 532

71 Aufruf der revolutionären Obleute, des Zentralvorstandes der USPD Groß-Berlins und der Zentrale der KPD vom 6. Januar 1919 534

72 Aufruf der sozialdemokratischen Reichsregierung vom 8. Januar 1919 534

73 Aus dem Aufruf der KPD vom 8. Januar 1919 535

74 Schreiben der Zentrale der KPD an die revolutionären Obleute und den revolutionären Aktionsausschuß in Berlin vom 10. Januar 1919 537

75 Aus dem Aufruf des „Kommunist", Bremen, vom 10. Januar 1919 538

76 Aus dem Bericht über eine Beratung führender deutscher Monopolherren in Berlin über die Finanzierung der „Antibolschewistischen Liga" am 10. Januar 1919 539

77 Erlaß Gustav Noskes „An die Bewohner Berlins!" vom 14. Januar 1919 540

78 Aus dem Aufruf der Zentrale der KPD von Mitte Januar 1919 541

79 Aufruf der Zentrale der KPD „An unsere Organisationen" vom 5. Februar 1919 544

80 Aus der Regierungserklärung Philipp Scheidemanns in der Nationalversammlung vom 13. Februar 1919 545

81 Leitartikel der „Roten Fahne" „Der Sozialisierungsschwindel von Weimar" vom 3. März 1919 547

82 Resolution zu den Thesen über bürgerliche Demokratie und Diktatur des Proletariats, gebilligt vom Gründungskongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau am 4. März 1919 549

83 Beschluß über die Konstituierung der Kommunistischen Internationale, angenommen auf dem Gründungskongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau am 4. März 1919 550

84 Aus den „Richtlinien der Kommunistischen Internationale", angenommen auf dem Gründungskongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau am 6. März 1919 550

85 „Programmatische Kundgebung" des außerordentlichen Parteitages der USPD in Berlin, angenommen am 6. März 1919 551

86 Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr vom 6. März 1919 553

87 Telegramm Friedrich Eberts an Legationssekretär Jordan vom 11. April 1919 554

88 Aufruf des Oberkommandos der bayrischen Roten Armee von Mitte April 1919 555

89 Aus den Leitsätzen der Zentrale der KPD über den Frieden vom 19. Mai 1919 557

90 Beschluß über die Freiwilligenkorps, angenommen auf dem Parteitag der SPD in Weimar am 13. Juni 1919 559

91 Beschluß über die Sozialisierung, angenommen auf dem Parteitag der SPD in Weimar am 14. Juni 1919 560

92 Aus den Richtlinien der Obersten Heeresleitung für die deutsche Politik vom 27. Juni 1919 561

93 Aus dem Friedensvertrag zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten, unterzeichnet in Versailles am 28. Juni 1919 562

94 Aus der „Verfassung des Deutschen Reichs", unterzeichnet vom Reichspräsidenten Friedrich Ebert am 11. August 1919 567

95 Resolution des Reichsverbandes der Deutschen Industrie vom 24. September 1919 575

96 „Leitsätze über kommunistische Grundsätze und Taktik", angenommen auf dem 2. Parteitag der KPD in Heidelberg am 21. Oktober 1919 576

97 Gemeinsamer Aufruf der Zentrale der Betriebsräte Deutschlands, der USPD und der KPD vom 12. Januar 1920 578

98 Aus dem Betriebsrätegesetz vom 18. Januar 1920 580

99 Brief Hugo Stinnes' an den Minister für Wiederaufbau Otto Gessler vom 23. Januar 1920 582

100 Kundgebung Wolfgang Kapps und des Generals Walter von Lüttwitz vom 13. März 1920 583

101 Aufruf der sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung und des Parteivorstandes der SPD vom 13. März 1920 583

102 Aus dem Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände vom 13. März 1920 584

103 Aufruf der KPD-Organisation des Bezirkes Erzgebirge-Vogtland vom 13./14. März 1920 585

104 Aus dem Aufruf der KPD vom 14. März 1920 586

105 Beschluß der Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, der Berliner Gewerkschaftskommission, der SPD und der USPD vom 22. März 1920 588

106 Erklärung der Zentrale der KPD vom 23. März 1920 589

107 Vereinbarungen über den Abbruch der Kämpfe im Ruhrgebiet, beschlossen in Bielefeld am 24. März 1920 (Bielefelder Abkommen) 590

108 Aus einigen Berichten der Bezirke an die Zentrale der KPD über die Kämpfe während des Kapp-Putsches von Ende März 1920 593

109 Aus der Rede Gustav Stresemanns im Geschäftsführenden Ausschuß der Deutschen Volkspartei am 28. März 1920 596

110 Aufruf der Zentrale der KPD vom 28. März 1920 597

111 Aus dem Aufruf der Zentrale der KPD vom 8. Mai 1920 599

112 Aus den Leitsätzen über die Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution, angenommen auf dem II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau am 24. Juli 1920 600

113 Aus den Statuten der Kommunistischen Internationale, angenommen auf dem II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau am 4. August 1920 602

114 Aus den Leitsätzen über die Bedingungen zur Aufnahme in die Kommunistische Internationale, angenommen auf dem II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau am 6. August 1920 604

115 Gemeinsamer Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der SPD, der USPD und der KPD vom 7. August 1920 605

116 Aus dem Agrarprogramm, angenommen auf dem Vereinigungsparteitag der USPD (Linke) und der KPD in Berlin am 5. Dezember 1920 606

117 Aus dem „Manifest an das deutsche und internationale Proletariat", angenommen auf dem Vereinigungsparteitag der USPD (Linke) und der KPD in Berlin am 7. Dezember 1920 607

118 Aus den „Richtlinien für die Frauenagitation", angenommen auf dem Vereinigungsparteitag der USPD (Linke) und der KPD in Berlin am 7. Dezember 1920 609

119 Offener Brief der Zentrale der VKPD vom 8. Januar 1921 610

120 Aus den „Thesen zur Weltlage und den Aufgaben der Kommunistischen Internationale", angenommen auf dem III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau am 4. Juli 1921 613

121 Aus den „Thesen über die Taktik", angenommen auf dem III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau am 12. Juli 1921 614

122 Aus den „Leitsätzen über den organisatorischen Aufbau der kommunistischen Parteien, über die Methoden und den Inhalt ihrer Arbeit", angenommen auf dem III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau am 12. Juli 1921 617

123 Aus der „Resolution zu den Beschlüssen des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale", angenommen auf dem 7. Parteitag der KPD in Jena am 25. August 1921 619

124 Aus dem Manifest an die Werktätigen in Stadt und Land, angenommen auf dem 7. Parteitag der KPD in Jena am 26. August 1921 620

125 Aus den „Richtlinien für die Organisation der kommunistischen Arbeit in den Gewerkschaften", angenommen auf dem 7. Parteitag der KPD in Jena am 26. August 1921 622

126 Aus dem „Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands", angenommen auf dem Parteitag der SPD in Görlitz am 23. September 1921 623

127 Aus den zehn Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes vom 15. November 1921 627

128 Aus der Resolution zur politischen Lage und zur Politik der KPD, angenommen vom Zentralausschuß der KPD am 17. November 1921 628

129 Aus den Leitsätzen des EKKI über die Einheitsfront der Arbeiter vom 18. Dezember 1921 629

130 Aus der Resolution zur politischen Lage und zu den nächsten Aufgaben der Partei, angenommen vom Zentralausschuß der KPD am 23. Januar 1922 630

131 Der Vertrag von Rapallo vom 16. April 1922 631

132 Aus einem Telegramm Friedrich Eberts an die deutsche Delegation in Genua vom 19. April 1922 633

133 Aus dem Aufruf der KPD zum Abschluß des Vertrages von Rapallo von Ende April 1922 634

134 Aus der Erklärung Reichskanzler Joseph Wirths im Reichstag vom 29. Mai 1922 634

135 Resolution zur Bildung von Industriegewerkschaften, angenommen auf dem 11. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands (1. Bundestag des ADGB) in Leipzig am 24. Juni 1922 635

136 Vorschlag der Zentrale der KPD an die Leitungen der USPD und der SPD als Verhandlungsgrundlage für die Organisierung gemeinsamer Protestaktionen gegen die Ermordung Walther Rathenaus vom 24. Juni 1922 636

137 Gemeinsame Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, der SPD, der USPD und der KPD „Zur Verteidigung der Republik und der Grundrechte der Arbeitnehmerschaft" vom 27. Juni 1922 (Berliner Abkommen) 637

138 Plan Hugo Stinnes' vom Oktober 1922 639

139 Das Programm des Reichsbetriebsrätekongresses vom 24. November 1922 642

140 Aus den „Thesen über die Taktik der Komintern", angenommen auf dem IV. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau am 5. Dezember 1922 644

141 Aus dem Aufruf der Zentrale der KPD vom 22. Januar 1923 647

142 Aus dem gemeinsamen Aufruf der Unternehmerorganisationen und der Gewerkschaftsverbände vom 24. Januar 1923 648

143 Aus den „Leitsätzen zur Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung", angenommen auf dem 8. Parteitag der KPD in Leipzig am 1. Februar 1923 649

144 Aus der Entschließung des erweiterten Beirats des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes vom 7. Februar 1923 652

145 Beschluß des außerordentlichen Landesparteitages Sachsen der VSPD vom 4. März 1923 653

146 Aus der Resolution zur Bildung kommunistischer Betriebszellen, angenommen vom Zentralausschuß der KPD am 16. Mai 1923 654

147 Aus der Resolution zur politischen Lage, angenommen vom Zentralausschuß der KPD am 17. Mai 1923 654

148 Aus dem Aufruf der Zentrale der KPD vom 11. Juli 1923 655

149 Forderungen der Konferenz oppositioneller sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter in Weimar vom 29. Juli 1923 657

150 Aus der Erklärung Gustav Stresemanns in der Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei am 10. August 1923 657

151 Aus dem Aufruf der Zentrale der KPD und des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte vom 12. August 1923 658

152 Aus der Aufzeichnung Gustav Stresemanns über eine Unterredung mit dem rheinischen Großindustriellen Otto Wolff am 21. August 1923 659

153 Aus dem Kampfprogramm der Bezirksleitung Groß-Thüringen der KPD, der kommunistischen Landtagsfraktion und des Landesausschusses der Betriebsräte und Kontrollausschüsse Thüringens vom 11. September 1923 659

154 Telegramm des Botschafters der USA in Deutschland an seine Regierung über eine Unterredung mit Stinnes vom 21. September 1923 662

155 Programm für die Arbeiterregierung Thüringens, beschlossen von der Verhandlungskommission der Bezirksorganisationen der VSPD und der KPD am 13. Oktober 1923 664

156 Ermächtigungsgesetz vom 13. Oktober 1923 666

157 Aus der Verordnung über das Schlichtungswesen vom 30. Oktober 1923 667

158 Aus dem „Regierungsprogramm" des Generals von Seeckt vom Oktober 1923 668

159 Entwurf eines Kampfprogramms für die Chemnitzer Konferenz proletarischer Organisationen, beraten in der Zentrale der KPD, Mitte 1923 670

REGISTER 673

Verantwortlich für die wissenschaftlich-organisatorische Arbeit: Fredi Sumpf
Zusammenstellung der Illustrationen: Rudi Stahl, Fredi Sumpf, Eckhard Trümpler

Mit 64 Bildseiten und einer Karte (MdI Nr. 973/65) · Dietz Verlag GmbH, Berlin 1. Auflage 1966 · Lektor: Peter Bachmann · Printed in the German Democratic Republic · Alle Rechte vorbehalten · Lizenznummer 1 · Typographie: Horst Kinkel Einband und Schutzumschlag: Volkmar Brandt · Die Kartengrundlage wurde vom VEB Hermann Haack, geographisch-kartographische Anstalt, Gotha, Vorlagen für die Illustrationen wurden vor allem vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, vom Museum für Deutsche Geschichte und von Zentralbild zur Verfügung gestellt · Gesamtherstellung: Karl-Marx-Werk Pößneck V 15/30 · ES 5 C 4 · 11,00